

ÖSTERREICH-UNGARNS AUSSENPOLITIK VON DER BOSNISCHEN KRISE 1908 BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1914

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE
DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN
MINISTERIUMS DES ÄUSSERN

ZWEITER BAND

ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN LEIPZIG

v.2

JACKSON LIBRARY-UNCC



3 0510 1001422J

The Woman's College
University of North Carolina

The LIBRARY



DB
46
A5
1930
v.2

*This book must
not be taken
from the building*

VERÖFFENTLICHUNGEN
DER KOMMISSION FÜR NEUERE GESCHICHTE ÖSTERREICHS
20.

ÖSTERREICH-UNGARNS AUSSENPOLITIK

VON DER BOSNISCHEN KRISE 1908
BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1914

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE
DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MINISTERIUMS
DES ÄUSSERN

AUSGEWÄHLT VON
LUDWIG BITTNER, ALFRED FRANCIS PRIBRAM,
HEINRICH SRBIK UND HANS UEBERSBERGER

BEARBEITET VON
LUDWIG BITTNER UND HANS UEBERSBERGER

Σ 110 Austro-Hungarian Monarchy. Ministerium
des k. und k. Hauses und des Äusseren



ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN UND LEIPZIG

1930

546.504
A556
V. 2

COPYRIGHT 1930 BY
ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN UND LEIPZIG

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

DB
46
A5
1930
V. 2

DRUCK DER ÖSTERREICHISCHEN STAATSDRUCKEREI IN WIEN

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE
DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN
MINISTERIUMS DES ÄUSSERN

2. BAND

27. FEBRUAR 1909 BIS 31. AUGUST 1910



Digitized by the Internet Archive
in 2025

Nr. 1069. Aufzeichnung über eine Unterredung mit dem türkischen Minister des Äußern Rifaat Pascha, 27. Feb. 1909.^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Geheim. Meine Unterredung mit Rifaat Pascha wurde damit eingeleitet, daß wir uns gegenseitig zu der eben zum Abschluß gebrachten Entente zwischen der Monarchie und der Türkei beglückwünschten. Ich sprach die Hoffnung aus, daß der nunmehr glücklich zustande gekommene Accord den Beginn einer langen Periode inntiger und freundschaftlicher Beziehungen bedeute, wie sie einer alten Tradition und den wahren Interessen der beiden Reiche entsprächen. Rifaat Pascha bemerkte, daß auch die Türkei den größten Wert darauf lege, mit ihren Nachbarn, insbesondere mit der Monarchie, in dem besten Einvernehmen zu stehen, um alle Kraft der inneren Konsolidierung des Reiches widmen zu können. Ich erwiderte, daß wir den auf die Regenerierung des türkischen Reiches gerichteten Bestrebungen mit der größten Sympathie gegenüberstünden und daß uns die Absicht vollkommen ferne gelegen sei, dem zur Lösung dieser großen Aufgabe berufenen neuen Regime Schwierigkeiten zu bereiten. Diese wohlwollenden Intentionen hätten wir auch in den eben abgeschlossenen Verhandlungen dadurch bewiesen, daß wir bis an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegangen wären und den Wünschen der Pforte, soweit nur irgend möglich, Rechnung getragen hätten. Umsomehr seien wir zu der bestimmten Erwartung berechtigt, daß die durch die bestehenden Verträge unseren Nationalen gewährleistete Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung in der Türkei nunmehr respektiert und dem rechtswidrigen Boykott unserer Waren und Schiffe unverzüglich ein Ende bereitet werde. Es bedürfe keiner besonderen Erwähnung, daß dies eine selbstverständliche Voraussetzung der Ratifizierung des Entente-Protokolles sei. Der türkische Minister des Äußern nahm diese Ausführungen zustimmend zur Kenntnis. Auf die Besprechung unseres Verzichtes auf unsere Rechte im Sandschak von Novipazar übergehend, betonte ich nachdrücklichst, daß wir, nach wie vor, die Aufrechterhaltung der türkischen Herrschaft im Sandschak auf das lebhafteste wünschen. Die Solidarität der Interessen im Sandschak, die den beiderseitigen Staatsmännern zur Zeit des Berliner Kongresses vorschwebte und die zu den einschlägigen Bestimmungen des Berliner Vertrages führte, bestehe auch heute, namentlich angesichts der serbischen und montenegrinischen Konvoitisen, unverändert fort. Wenn wir auf unsere Rechte im Sandschak verzichten und unsere Truppen von dort zurückgezogen hätten, so sei dies geschehen, einerseits um eine klare Situation

zu schaffen und allen Mißdeutungen unserer loyalen Absichten vorzubeugen, andererseits weil wir die Ueberzeugung gewonnen hätten, daß die konstitutionelle Türkei entschlossen und imstande sein werde, den Besitz des Sandschaks allen Angriffen gegenüber allein aufrecht zu erhalten. Diese Gesichtspunkte seien es auch, welche uns bestimmt hätten, einer Anregung der Pforte folgend, mit ihr in Pourparlers über den Austausch geheimer Erklärungen einzutreten, in denen das beiderseitige solidarische Interesse an der Erhaltung des status quo im Sandschak zum Ausdruck kommen sollte. Jene Pourparlers hätten bis jetzt dazu geführt, daß wir den Entwurf einer diesbezüglichen geheimen Note,^{b)} die von uns an die Pforte zu richten und von ihr mit einer analogen Erklärung zu beantworten wäre, vor kurzem in Konstantinopel mitgeteilt hätten. Ich las Rifaat Pascha hierauf das fragliche *Projet de note* vor. Er schien mit dem Gedankengang und der Textierung einverstanden zu sein und stellte nur die Frage, welche Tragweite die von uns in Aussicht genommene Erklärung im Falle einer kriegesischen Verwicklung besitzen würde. Ich erwiderte dem türkischen Minister, gerade so, wie wir für die immerhin näher liegende Eventualität eines Konfliktes der Monarchie mit Serbien eine militärische Kooperation der Türkei nicht beanspruchten, könne auch die letztere im Falle eines türkisch-serbischen Krieges eine militärische Mitwirkung unsererseits nicht verlangen; dies schließe jedoch nicht aus, daß die Solidarität unserer beiderseitigen Interessen, wie sie in dem geheimen Notenaustausch zum Ausdruck kommen würde, sich in einem solchen Falle auf diplomatischem Gebiet in sehr wirksamer Weise manifestiere. Angenommen, der Sandschak würde von serbischer Seite zum Schauplatz von Bandeneinfällen gemacht werden, so könnten Oesterreich-Ungarn und die Türkei, die unmittelbaren Nachbarn Serbiens, durch ein solidarisches Vorgehen in Belgrad eine wesentlich nachdrücklichere Pression ausüben, als sie etwa durch eine Kollektiv-Démarche der Mächte bei der serbischen Regierung erreicht werden würde. Diesen Bemerkungen, die Rifaat Pascha zu befriedigen schienen, fügte ich hinzu, daß wir zwar, wie gesagt, im Prinzip bereit seien, mit der Pforte geheime Erklärungen in dem besprochenen Sinne auszutauschen; wir müßten es aber mit solchen Abmachungen für durchaus unvereinbar erklären, daß es Serbien, jenem Staate, der in erster Linie die durch das geheime Abkommen zu schützenden Interessen bedrohe, auch weiterhin gestattet werde, sich über türkisches Gebiet mit Kriegsmaterial aller Art zu versorgen und müßten daher verlangen, daß die Pforte durch entsprechende Maßnahmen diese Durchfuhr verhindere. Rifaat Pascha, der meinen Ausführungen im ganzen zuzustimmen und auch die Berechtigung unseres eben erwähnten Verlangens einzusehen schien, kam nun im Anschlusse daran spontan auf das gespannte Verhältnis der Monarchie zu Serbien zu sprechen und bemerkte, daß in dieser Beziehung in London und in Paris, wie er sich durch persönliche Rücksprache überzeugt habe, eine sehr pessimistische Auffassung der Lage bestehe. Ich setzte dem türkischen Minister des Aeußern hierauf unseren bekannten Standpunkt gegenüber Serbien auseinander. Das Gespräch wandte sich nun der Erörterung der bulgarischen Frage zu. Ich gab der Hoffnung Ausdruck, daß es binnen kurzem zu einer die Interessen aller

beteiligten Faktoren währenden Verständigung der Pforte und Bulgariens kommen werde. Es wäre meines Erachtens im eigenen Interesse der Türkei gelegen, daß die Pforte durch verständiges Entgegenkommen den Abschluß des Accords erleichtere und beschleunige. Damit würde zwar die Politik Bulgariens kaum für alle Zukunft festgelegt werden können; allein es wäre nach meiner Ansicht für die Türkei doch von großem Wert, sich durch eine freundschaftliche Lösung der schwebenden Differenzen für eine Reihe von Jahren gute Beziehungen zu Bulgarien zu sichern. Ich versicherte Rifaat Pascha, daß wir stets bereit wären, auf ein freundliches Verhältnis zwischen der Türkei und Bulgarien durch Erteilung von entsprechenden Ratschlägen in Sofia hinzuwirken. Rifaat Pascha nahm diese Ausführungen mit Befriedigung entgegen und äußerte zum Schlusse nur noch die Befürchtung, es könnten sich in der Kretafrage erhebliche Schwierigkeiten ergeben; er schien überhaupt über die künftige Haltung Griechenlands, namentlich auch hinsichtlich Mazedoniens, nicht ohne Besorgnisse zu sein. Anschließend an diese Bemerkungen, denen gegenüber ich mich rezeptiv verhielt, warf der türkische Minister die Frage auf, in welchem Sinne wir in der Kretafrage Stellung zu nehmen gedenken. Ich erwiderte ihm ausweichend, wir seien in dieser Frage erst in zweiter Linie interessiert. Unter voller Wahrung unseres Rechtes, bei ihrer Regelung mitzusprechen, überließen wir den vier Schutzmächten gewissermaßen den Vortritt und würden eine Entschließung unsererseits erst dann fassen, wenn uns die vier Mächte ihren Standpunkt mitgeteilt, haben würden.

a) Vgl. n. 1063, 1070, 1104, 1433. — b) n. 948.

Nr. 1070. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 27. Feb. 1909 Nr. 107 (eing. 6 U. 40 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Mit Bezug auf meinen morgen in Wien eintreffenden Bericht No. 18 C geheim. Nach der Unterzeichnung des Protokolles habe ich gestern mit dem Grossvezir und dem interimistischen Minister des Äussern eine längere Unterredung in Angelegenheit des Sandjaks von Novi Bazar gehabt. Der Grossvezir sagte mir, er sei mit der von uns proponierten Note^{b)} einverstanden und würde nur einige Änderungen vorschlagen. Anfangs wollte Hilmi Pascha einen Passus in die Note aufgenommen sehen, welcher im Falle eines serbischen oder montenegrinischen Angriffes auf den Sandjak der Türkei unsere materielle Unterstützung zusagen würde. Ich habe den türkischen Ministern geantwortet, dass dies weit über den Rahmen dessen gehe, was wir im Auge haben; wir müssten uns nämlich in dieser Beziehung ganz freie Hand behalten, um nicht etwa in die Lage zu geraten, gegen unseren Willen in einen Krieg verwickelt zu werden. Hilmi Pascha gab hierauf obigen Gedanken auf und proponierte nun mehrere textuelle Änderungen, welche allerdings gleichfalls nicht unwesentlicher Natur sind. Ich habe trotzdem den türkischen Ministern zugesagt, dass ich diese Änderungen des Textes als türkischen Gegenvorschlag Euer Exzellenz unterbreiten werde. Hilmi Pascha denkt sich den Vorgang so, dass die Pforte in ihrer Antwort unsere ganze Note wiederholen, von derselben Akt

nehmen und erklären wird, dass sie in jedem Punkte zustimmt. Die vorgeschlagenen Änderungen sind die folgenden: Alinea II des Notenentwurfes: Nach den Worten „à la conservation de la souveraineté“ würde eingeschaltet werden: „et des droits de possession effective de l'Empire ottoman“. ^{c)} Alinea III: An Stelle der Worte „nous nous déclarons prêts“ wäre zu setzen: „nous nous engageons“, ^{c)} dann ferner in demselben Alinea vor den Worten „notre appui“ einzuschalten das Wort „tout“; hingegen würden die Worte in demselben Alinea „en conférence ou autrement“ ausbleiben. ^{d)} Alinea V: Statt „dans la supposition que la Turquie ne manquera pas de faire“ wäre nach einem eingesetzten Punkte ein neuer Satz mit den Worten zu beginnen „Nous espérons que la Turquie fera etc. ...“. ^{d)} In demselben Alinea wäre nach „gouvernement Impérial“ zu setzen: „ottoman“, ferner die Worte „en activant Mitrovitz“ wären zu ersetzen durch folgende: „dans cet ordre d'idées la construction de la ligne Uvac-Mitrovitz paraît avoir une importance particulière, etc.“. ^{c)} Schliesslich bittet Hilmi Pascha, den Termin auf fünf Jahre zu erstrecken. Der betreffende Passus würde demnach lauten: „pour la durée de cinq ans.“

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 1069, 1086, 1104. — ^{b)} Beilage zu n. 948. — ^{c)} Randbemerkung (Musulin): angenommen. — ^{d)} Desgl.: abgelehnt.

Nr. 1071. *Tel. aus Konstantinopel-Pera, 27. Feb. 1909 Nr. 108 (eing. 4 U. p. m.).* ^{a)} *Entziff.*

Gestern nachmittags fand eine Versammlung der Lastträger in der grossen Douane statt, wobei über Aufforderung des jungtürkischen Abgeordneten und Komiteemitgliedes Dr. Riza Tewfik Bey die Einstellung des Boykotts beschlossen wurde. Heute haben die Lastträger tatsächlich die Arbeit wieder aufgenommen.

Pallavicini.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 82 Nr. 114.

Nr. 1072. *Tel. nach London, 27. Feb. 1909 Nr. 27 (chiffr. 6 U. p. m.).* ^{a)} *Konz. (S. Matscheko; V. Musulin; G. Aehrenthal).*

Euer Exzellenz Telegramme No. 24, 25 und 27 erhalten. Wie Sie mir melden, haben sowohl Sir Edward Grey wie Herr Cambon Ihnen gegenüber die inzwischen fehlgeschlagene Aktion erwähnt, zur Begleichung des österreichisch-ungarisch-serbischen Gegensatzes eine Demarche in Wien zu unternehmen. Speziell der Herr Staatssekretär hat Ihnen gegenüber allerdings in der freundschaftlichsten Weise und unter Betonung des Umstandes, daß ihm und der französischen Regierung nichts ferner liege als der Gedanke irgend einer Pression, die zwei Hauptpunkte der geplanten Aktion erwähnt. Angesichts der Auslassungen Sir Edward Grey's kann ich nur mein Erstaunen darüber ausdrücken, daß die beiden Kabinette, die doch in der Situation klar sehen sollten, sich so weit in der Adresse irren konnten. Wie Euer Exzellenz wissen, ist die Demarche in Wien dank der entschiedenen Stellungnahme Deutschlands unterblieben. Ich hätte mich aber auch sonst in keinem Falle in Konversationen mit den Botschaftern in dem

von Sir Edward Grey angedeuteten Sinne eingelassen. Wie ich sehe, beschäftigen sich Grey und Cambon jetzt mit dem Gedanken einer Einwirkung in Belgrad. Aus den bezüglichen Äußerungen des Staatssekretärs die Sie mir telegraphieren, ist als ein nicht ungünstiges Moment zu konstatieren, daß er die russische Regierung vorschiebt und erklärt, England hätte in Serbien ebensowenig direkte Interessen wie Deutschland oder Frankreich. Im Uebrigen scheinen mir die Ideen Cambon's präziser und der Realisierbarkeit näher als die des englischen Staatssekretärs. Wie ich Euer Exzellenz bereits mit meinem Telegramme vom 25. I. M., No. 26 mitteilte, ist es mir erwünscht, daß Euer Exzellenz sich allen Anwürfen gegenüber, die sich auf eine Vermittlungsaktion der Mächte beziehen, bis zu dem Momente sehr reserviert verhalten, wo wir den Kabinetten den mit der Pforte abgeschlossenen Accord mitteilen werden. Sie dürfen Ihre Mitredner aber doch nie über die Kardinalpunkte unserer Auffassung im Zweifel lassen: Zuerst muß Serbien sich zur Respektierung des österreichisch-ungarisch-türkischen Entente-Protokolles bequemen und seine Umkehr zu einer korrekten und friedlichen Politik ankündigen und nur dann, wenn wir diese moralischen Garantien besitzen, können wir direkt mit Serbien die wirtschaftlichen Fragen, die es interessieren, besprechen. In einem früheren Momente — dies können Sie nicht entschieden genug betonen — wäre ich absolut abgeneigt, mich über diese Frage zu äußern. Mit dem gestrigen Kurier ist ein Erlaß^{b)} an Euer Exzellenz abgegangen, in welchem unter anderem auch angedeutet ist, wie ich mir die weitere Entwicklung der Dinge nach erfolgtem Abschluß des Accords mit der Türkei denke.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1087. — ^{b)} n. 1054.

Nr. 1073. Tel. nach St. Petersburg, 27. Feb. 1909 Nr. 40 (chiffr. 2 U. 50 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Gagern; V. und G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Bericht No. 8, E. Ich bin mit Ihrer Haltung Herrn Iswolsky gegenüber, welche meinen Intentionen vollkommen entspricht, einverstanden. Es ist selbstverständlich kein Grund vorhanden, irgend einem, selbst politischen Gespräche mit dem Minister des Aeußern aus dem Wege zu gehen, wenn derselbe hiezu eine Gelegenheit bietet. Euer Exzellenz erhalten übrigens durch den Montag eintreffenden Kurier eine Weisung,^{b)} Herrn Stolypine über die Haltung Herrn Iswolsky's in freundschaftlicher Weise genaue Informationen zu erteilen. Ich glaube, daß hiedurch die Konversation mit Herrn Iswolsky, bei welchem übrigens, wie Sie berichten, eine gewisse Annäherungstendenz wahrnehmbar ist, wieder in Fluß kommen kann.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1074, 1080. — ^{b)} n. 1068.

Nr. 1074. Tel. aus St. Petersburg, 27. Feb. 1909 Nr. 28 (eing. 3 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Erfahre von verlässlicher Quelle, dass slavophiler Führer Graf Bobrinski, welcher gestern längere Aussprache mit Herrn Iswolsky und

Herrn von Tscharikoff hatte, nach deren Beendigung in starker Erregung geäußert hätte: „Wir können jetzt keinen Krieg führen und müssen trachten, das Volk zurückzuhalten, aber Österreich-Ungarn wird uns dereinst vergelten, wenn es Hand anlegt an unsere serbische Schwester.“ Von anderer Seite höre ich, dass gestern im Auswärtigen Amte eine Note redigiert worden sei, um Serbien zur Ruhe zu mahnen, die allerdings angeblich nicht frei sein soll von unfreundlichen Akzenten gegen österreichisch-ungarische Monarchie.

Berchtold.

a) Vgl. n. 1073, 1075, 1076.

Nr. 1075. Tel. aus Berlin, 28. Feb. 1909 Nr. 61 (eing. 9 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Deutsche Regierung nimmt Standpunkt ein, daß sie zwar in der Euer Exzellenz bekannten Antwort an die Botschafter von Frankreich und England die Anregung zu einer Demarche in Belgrad gegeben habe, aber die Führung in dieser Angelegenheit dem französischen Kabinett — infolge seines Bundesverhältnisses zu Rußland — überlasse. Baron Schoen sagte mir vertraulich, daß nach längeren Pourparlers mit Cambon eine schriftliche Formel zu dieser Demarche gefunden worden sei, laut der zuerst konstatiert werden soll, daß durch die Unterzeichnung des Entente-protokolles zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei ein fait nouveau geschaffen sei; sodann soll Serbien aufgefordert werden, in der entschiedensten Weise zu erklären, daß es von seinen ungerechtfertigten Forderungen auf territoriale Kompensationen abstehe, sich aller Provokationen der Monarchie gegenüber enthalten und die seinerzeit in Aussicht gestellten wirtschaftlichen Vorteile durch direkte Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn zu erlangen bestrebt sein wird. Bis gestern abends gaben sich Baron Schoen und französischer Botschafter der bestimmten Hoffnung hin, daß in dieser Beziehung auch auf Rußlands Zustimmung gerechnet werden könne, nachdem auch französischerseits in Aussicht gestellt worden war, in Petersburg einen starken Druck auszuüben. Nach Meldungen aus Paris und Petersburg bestehen aber in Petersburg noch manche Schwierigkeiten die — wie es scheint — auch in Paris einen Eindruck hervorgerufen haben.

Szögyény.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 83 Nr. 115. Mit Tel. vom 1. März Nr. 43 nach St. Petersburg, Nr. 26 nach Paris mitgeteilt. Vgl. auch n. 1074, 1076.

Nr. 1076. Tel. aus St. Petersburg, 28. Feb. 1909 Nr. 29 (eing. 1. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Die in meinem Telegramm Nr. 28 vom 27. d. M. angekündigte Note an die serbische Regierung soll heute an Herrn Sergeieff^{b)} abgegangen sein und morgen in einem Communiqué in der hiesigen Presse veröffentlicht werden. Wie ich aus sicherer Quelle erfahre, wurde der russische Gesandte in Belgrad beauftragt, dortiger Regierung mitzuteilen, dass russische Regierung den in der Rede des Herrn Novaković vertretenen Standpunkt billige. Gleichzeitig wird serbische Regierung aufgefordert, von ihren

Forderungen auf territoriale Kompensationen abzustehen und ihre Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiete in einer an die Signatarmächte zu richtenden Note zusammenzufassen. Von einer Mahnung an die Adresse Serbiens abzurüsten, soll in der Note nicht Erwähnung getan sein.

Berchtold.

a) Vgl. n. 1075, 1082. — b) Vgl. n. 1084.

*Tel. nach Athen, 1. März 1909 Nr. 12 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.).
Siehe n. 1081.*

Tel. nach Athen, 1. März 1909 Nr. 13 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 1080.

*Tel. nach Belgrad, 1. März 1909 Nr. 26 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.).
Siehe n. 1081.*

Tel. nach Belgrad, 1. März 1909 Nr. 27 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 1080.

*Nr. 1077. Tel. des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad,
1. März 1909 Nr. 62 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.*

Ministerpräsident erklärte dem deutschen Gesandten, daß Serbien sich dem Urteile aller Grossmächte unterwerfen würde. Minister des Äussern sagte mir, bezüglich der Passus in der Regierungserklärung vor Skupschtina lasse absichtlich die Frage des Sich-Fügens offen. Deutscher Gesandter steht unter dem Drucke der Befürchtung, dass aus eventuellem Krieg der Monarchie gegen Serbien sicher Weltkrieg entsteht und neigt zu der Auffassung, dass Serbien nicht zu Schweres zugemutet werden soll; ein Aufgeben der grossserbischen Propaganda seitens der serbischen Regierung könne nicht erwartet werden. Prinz Ratibors Äusserungen — im Vergleiche zu jenen vor 4 Monaten — dokumentieren jetzt erheblich grössere Nachsicht gegenüber serbischem Verhalten. Englischer Gesandter äusserte sich gesprächsweise, dass, um Ruhe zu erzielen, auch die professionellen Unruhestifter, wie Sektionschef Spalajković, welcher fortfahre, Hetzartikel in der Presse zu lanzieren, von Belgrad entfernt werden müssen.

Franz.

*Nr. 1078. Tel. des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad,
1. März 1909 Nr. 64 (eing. 2. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.*

Ministerium veröffentlicht im heutigen Abendblatt offizielles Communiqué. Auszugsweiser Inhalt: Serbische Regierung unternehme täglich Schritte, damit serbische Wünsche von Europa angehört und erörtert werden, hoffe im Bewusstsein der von Europa anerkannten korrekten Haltung auf Gerechtigkeitssinn und gute Dispositionen gegenüber Serbien. Bevölkerung solle beunruhigenden Gerüchten volle Reserve entgegenbringen, Regierung sei wachsam. „Trotzdem die Nachbarmonarchie namhafte militärische Massnahmen an der Grenze trifft, hat Serbien mit derselben bisher die regelmässigen Beziehungen unterhalten und wünscht die königliche Regierung, dass dieselben auch in Zukunft erhalten bleiben.“ Die

Regierung sei Europa gegenüber für die regelrechte Haltung an der Grenze verantwortlich und erwarte vom Verhalten jedermanns, dass es in allem in Wort und Tat die königliche Regierung in dieser ersten Zeit unterstütze durch korrekteste Haltung und grösste Mässigung. Communiqué beabsichtigt, Beruhigung der Bevölkerung und guten Eindruck bei Grossmächten zu erzielen, und erscheint mir als der erste Versuch, um Bevölkerung zu ernüchern und auf Rückzug vorzubereiten. Franz.

a) Oe.-U. Bosnien 83 Nr. 116. Vgl. n. 1085.

Tel. nach Berlin, 1. März 1909 Nr. 42 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 1081.

Tel. nach Berlin, 1. März 1909 Nr. 43 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 1080.

Nr. 1079. Tel. aus Berlin, 1. März 1909 Nr. 62 (eing. 9 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Russischer Botschafter hat gestern im Auftrage seiner Regierung Staatssekretär Inhalt der Note mitgeteilt, welche das Petersburger Kabinett an die serbische Regierung gerichtet hat. In derselben wird kategorisch der Rat erteilt, sich von der Forderung irgendwelcher territorialer Kompensationen vollkommen loszusagen und in Betreff der wirtschaftlichen Vorteile die Entschliessungen der Mächte abzuwarten. Baron Schoen hat — wie er mir sagte — Grafen Osten-Sacken geantwortet, dass die deutsche Regierung mit dem ersten Teile der erteilten Ratschläge selbstredend ganz einverstanden sei, hingegen es nicht für richtig halte, dass russischerseits die Regierung wirtschaftlicher Fragen, bei welchen es sich offenbar um solche handle, welche direkt zwischen Wien und Belgrad in Ordnung gebracht werden müssen, von den Entschliessungen der Grossmächte abhängig gemacht würde. Auf die Frage des Staatssekretärs, ob infolge dieser, russischerseits an Serbien gerichteten Note, Russland an der beabsichtigten Kollektivdemonstration der Mächte in Belgrad nunmehr nicht teilnehmen werde, antwortete Osten-Sacken, er habe in dieser Beziehung keine Instruktionen, doch nehme er an, dass sich seine Regierung an diesem Schritte beteiligen werde.

Szögyény.

a) Vgl. n. 1097.

Tel. nach Bukarest, 1. März 1909 Nr. 46 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 1081.

Tel. nach Bukarest, 1. März 1909 Nr. 47 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 1080.

Tel. nach Cetinje, 1. März 1909 Nr. 19 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 1081.

Tel. nach Cetinje, 1. März 1909 Nr. 20 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 1080.

Tel. nach Konstantinopel 1. März 1909 Nr. 80 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 1081.

Nr. 1080. Tel. nach Konstantinopel Nr. 81, St. Petersburg Nr. 46, Rom Nr. 35, Paris Nr. 28, London Nr. 32, Berlin Nr. 43, Bukarest Nr. 47, Sofia Nr. 43, Belgrad Nr. 27, Athen Nr. 13 und Cetinje Nr. 20, 1. März 1909 (chiffr. 9 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. Pogatscher und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

(Für alle:) Suite à mon télégramme No. ...^{b)} Monsieur Sverbéew en me faisant la communication précédente a fait ressortir son caractère informatif. Je l'ai remercié en soulignant que nous n'avions jamais eu l'intention de faire appel à la médiation des Puissances pour aplanir les différends survenus depuis la proclamation du 5 octobre entre nous et la Serbie. Nous ne pourrions cependant qu'accueillir avec satisfaction toute démarche faite à Belgrade pour arrêter le Gouvernement serbe sur la pente dangereuse où il se trouvait et cela avant tout dans l'intérêt de la paix générale, ainsi que de la Serbie elle-même. Il me revenait d'autre part que les Puissances s'appliquaient à trouver une formule pour une intervention collective à Belgrade. Cette intervention aurait pour base le fait nouveau de l'arrangement survenu dernièrement entre l'Autriche-Hongrie et la Turquie, arrangement que je m'empresserais de communiquer tout prochainement aux Cabinets. J'ai ajouté que le Gouvernement Impérial et Royal attendait de la part de la Serbie une déclaration précise et claire, faite sans intermédiaire, portant qu'elle renonçait à ses prétentions de compensations politiques et qu'elle était décidée de remplir dorénavant vis-à-vis de la Monarchie les devoirs de bon voisinage. Si la Serbie se plaçait sur ce terrain, nous serions tout disposés à négocier directement avec elle les questions économiques qui l'intéressent et de faire preuve dans ces pourparlers de la plus grande bienveillance.

(Für alle, ausgenommen St. Petersburg:) Veuillez conformer Votre langage aux informations qui précèdent.

(Für St. Petersburg.) Nachdem meine Erwiderung an Herrn Swerbejeff mündlich erfolgte, lege ich großen Wert darauf, daß Herr Iswolsky von unserem Standpunkte möglichst genau informiert werde; gegebenen Falles ermächtige ich Euer Exzellenz, dies in Form eines offiziellen Schreibens zu tun. Bei der durch die Ratschläge Rußlands in Belgrad etwas veränderten Sachlage überlasse ich es dem Ermessen Euer Exzellenz, ob der Ihnen mit Weisung vom 27. v. M., No. 40, aufgetragene Schritt beim Ministerpräsidenten Herrn Stolipine noch zu machen sein wird, beziehungsweise, ob Sie bei Verwertung der zu gebenden Informationen auf bessere Intentionen Herrn Iswolskys hinweisen könnten. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1087, 1090, 1092, 1110, 1131. — ^{b)} n. 1081.

*Tel. nach London, 1. März 1909 Nr. 31 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.).
Siehe n. 1081.*

*Tel. nach London, 1. März 1909 Nr. 32 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe
n. 1080.*

*Tel. nach Paris, 1. März 1909 Nr. 27 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe
n. 1081.*

Tel. nach Paris, 1. März 1909 Nr. 28 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 1080.

Tel. nach Rom, 1. März 1909 Nr. 34 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 1081.

Tel. nach Rom, 1. März 1909 Nr. 35 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 1080.

Nr. 1081. *Tel. nach St. Petersburg Nr. 45, London Nr. 31, Berlin Nr. 42, Paris Nr. 27, Rom Nr. 34, Konstantinopel Nr. 80, Belgrad Nr. 26, Bukarest Nr. 46, Sofia Nr. 42, Athen Nr. 12 und Cetinje Nr. 19, 1. März 1909 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).*

Herr Sverbéew hat mir heute folgende schriftliche Mitteilung überreicht: ... *wie n. 1084* ... Vorstehendes zu Euer etc. vorläufiger Information. Fortsetzung^{a)} folgt. Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 84 Nr. 117. Vgl. n. 1080.

Tel. nach St. Petersburg, 1. März 1909 Nr. 46 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 1080.

Nr. 1082. *Tel. aus St. Petersburg, 1. März 1909 Nr. 30 (eing. 2. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.*

Mein englischer Kollege spricht sich sehr befriedigt über heute erschienenenes russisches Communiqué^{a)} aus. Einseitige russische Démarche erscheine ihm gleichwertig mit ursprünglich geplantem Kollektivschritt der Mächte. Herr Iswolsky habe dieses Verlangen gestellt. Nach Darstellung des Sir A. Nicolson würden im Falle, dass serbische Antwort zustimmend lauten sollte, weitere Verhandlungen mit Belgrader Regierung geführt werden zwecks Klarstellung wirtschaftlicher Petita. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1076.

Nr. 1083. *Tel. aus St. Petersburg, 1. März 1909 Nr. 32 (eing. 2. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.*

Minister des Aeussern hat heute meinem deutschen Kollegen Erwähnung getan, dass seinen Informationen zufolge Österreich-Ungarn, nachdem Serbien friedliche Erklärungen abgegeben und auf territoriale Kompensationen verzichtet haben würde, nicht geneigt wäre, Verhandlungen mit Savekönigreich durch Vermittlung der Mächte zu führen, sondern auf direkten Negotiationen bestehen möchte. Nach Ansicht Herrn Iswolskys würde solche Weigerung im Widerspruche stehen mit seinerzeit von Wiener Kabinett zugesagter Bereitwilligkeit, alle Fragen, die das Konferenzprogramm bilden sollten — somit auch Fragen der serbischen Kompensationen — zum Gegenstande einer vorherigen Diskussion zwischen den Mächten zu machen. In eventuellen direkten Verhandlungen zwischen beiden kriegsmässig gerüsteten Mächten — „géant et souris“ — sieht Minister des Aeussern eminente Gefährdung des Friedens. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1097.

Nr. 1084. *Note des russischen Geschäftsträgers, 16. Feb. 1. März 1909 Nr. 311 (überreicht vom russ. Geschäftsträger am 1. März 1909).^{a)} Ausfert.*

Le soussigné, Chargé d'Affaires de Russie, a l'honneur de porter, d'ordre de son Gouvernement à la connaissance de Son Excellence Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères, qu'en réponse aux deux communications que le Ministre de Serbie à St. Pétersbourg a fait au Gouvernement Impérial, ce dernier lui a répondu, qu'il constatait avec plaisir, que le Gouvernement Serbe maintenait sa résolution de ne pas se départir de son attitude pacifique, d'éviter tout ce qui pourrait provoquer un conflit entre la Serbie et l'Autriche et de ne pas entreprendre de mesures militaires à la frontière. Le Cabinet de St. Pétersbourg est persuadé que les intérêts vitaux de la Serbie à laquelle la Russie a de tout temps porté la sympathie la plus sincère, lui dictaient impérieusement cette ligne de conduite, laquelle répond seule à la situation générale du moment. Il a pu se convaincre d'autre part que les Puissances ne sont pas disposées à prêter leur appui à l'idée d'une acquisition territoriale en faveur de la Serbie. Le Gouvernement Serbe doit en conclure que tous ses efforts d'amener les Puissances à soutenir ses prétentions dans ce sens resteront sans résultat et qu'il ne pourrait conserver les sympathies des Puissances qu'en renonçant à insister sur des exigences, qui pourraient aboutir à un conflit armé avec l'Autriche-Hongrie. Le Gouvernement Impérial tient à mettre le Gouvernement Serbe en garde contre toute attitude pouvant l'exposer à un pareil danger, et espère que la Serbie restera, comme elle vient de le déclarer, fidèle à ses engagements de suivre les conseils des Grandes Puissances; le Cabinet de St. Pétersbourg croit en même temps, que le Gouvernement Serbe devrait, dans les circonstances actuelles, déclarer nettement à ces Puissances qu'il ne maintenait pas ses revendications territoriales et qu'il s'en remettait pour tout ce qui touche à la solution des questions pendantes à la décision des Puissances. Ces dernières pourront alors employer tous leurs efforts en faveur des intérêts serbes.

S. Sverbéew.

^{a)} Vgl. n. 1076, 1081, 1085, 1114, 1117, 1135, 1178.

Tel. nach Sofia, 1. März 1909 Nr. 42 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 1081.

Tel. nach Sofia, 1. März 1909 Nr. 43 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 1080.

Nr. 1085. *Tel. des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 2. März 1909 Nr. 67 (eing. 3. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.*

Aus vertraulicher Quelle: Russischer Gesandter hat heute bei Minister des Äussern offiziellen Schritt getan, um friedliches Verhalten sowie Verzicht auf territoriale Forderungen zu erzielen. Der Minister sicherte ersteres zu, erklärte bezüglich des zweiten, dass es sich um Existenzbedingung Serbiens um ein nationales, von der Skupschtina aufgestelltes Programm handle, dass er, der Minister, daher keine Antwort erteilen könne, die

russischen Wünsche jedoch der Regierung und Skupschtina übermitteln werde. Französischer Gesandter hatte Auftrag, den Schritt des russischen Gesandten zu unterstützen, falls dieser es wünsche. Französischer, englischer und italienischer Gesandter haben in nicht offizieller Form der serbischen Regierung geraten, russische Wünsche zu beachten. Franz.

^{a)} Vgl. n. 1078, 1084, 1091, 1114, 1143.

Nr. 1086. Tel. nach Konstantinopel, 2. März 1909 Nr. 82 (chiffr. 4 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; G. Macchio).

Geheim. Aus vertraulicher Quelle, deren Informationen sich wiederholt bewährt haben, erhalte ich folgendes Telegramm: Parmi différentes propositions concernant diversion annoncée figure actuellement en premier lieu coup de main dans direction Sandjak exécuté simultanément par Serbie et Monténégro en dépit avertissement russe qu'une convention secrète entre Vienne et Stambul paraît garantir intégrité Sandjak. Branco.^{b)} Mit Rücksicht auf unsere freundschaftlichen Beziehungen sowohl zur Türkei als auch zu Hilmi Pascha persönlich, halte ich einen vertraulichen Austausch derartiger Informationen, welche ernste Eventualitäten betreffen, für angezeigt und ersuche Euer Exzellenz mit dieser Motivierung obige Nachricht, in welcher das Wort „convention“ durch „entente“ zu ersetzen wäre, dem Grossvezir streng vertraulich mitzuteilen. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1070. — ^{b)} Bei dem Konzept dieses Tel. erliegt folgende, undatierte Notiz: Ein im vertraulichen Wege heute eingetroffener Erlass des serbischen Kriegsministers an den Kommandanten der Drina-Division beauftragt diesen, einen Operationsplan zur Besetzung des Sandjaks mit Berücksichtigung der Truppen, welche die Türkei dieser serbischen Action derzeit entgegenzustellen vermöchte, auszuarbeiten. Dieses Project erscheint durch beiliegende, soeben eingetroffene telegrafische Meldung aus Budapest (... wie oben von „Parmi“ bis „Branco“ ...) bestätigt. Die vom Evidenzbureau des Generalstabes heute eingetroffenen Meldungen des k. u. k. Militär-Attachés in Belgrad, sowie des 13. Corps-Commandos, bestätigen die in dem [so!] heute morgens aus Semlin eingetroffene Meldung über eine teilweise Mobilisierung der Belgrader Garnison.

Nr. 1087. Tel. aus London, 2. März 1909 Nr. 30 (eing. 3. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe eben Sir E. Grey gesprochen. Obwohl ich ihm sagte, dass ich keinerlei Auftrag zu bestellen habe, äusserte ich mich im Laufe unserer ganz vertraulichen Unterredung im Sinne des in Euer Exzellenz Telegrammen Nr. 27 und 32 niedergelegten Grundsatzes, dass Serbien eine direkte Erklärung der Verzichtleistung auf politische Kompensationen und Garantien korrekter Haltung und freundschaftlicher Beziehungen geben müsse, bevor Euer Exzellenz in ebenfalls direkte Unterhandlungen mit Belgrad über wirtschaftliche Vorteile treten könnten. Staatssekretär war im ersten Momente sehr betroffen. Er meinte, er hätte gehofft, dass, nachdem Russland durch seinen Schritt in Belgrad eine wirklich grosse und dankenswerte Anstrengung für den Frieden gemacht hätte, die k. u. k. Regierung sich in Form- und Detailfragen ebenfalls entgegenkommend zeigen und es nicht ablehnen würde, mit den Mächten über die wirtschaftlichen Vorteile

für Serbien zu discutieren. Er berief sich darauf, dass Euer Exzellenz das Konferenzprogramm angenommen und die Abänderung des Artikels 7 in „*avantages économiques*“ vorgeschlagen hätten. Er sei unter dem Eindrücke gewesen, daß dieser Artikel wie die anderen Gegenstand der Verhandlungen sein sollte, welche zu dem „*accord préalable*“ zwischen den Mächten führen würden, den Euer Exzellenz in Hochdero Note vom 14. November^{b)} an das russische Kabinett als wünschenswert erklärten, worin Staatssekretär mit Euer Exzellenz übereinstimmt. Sollte nun durch Ablehnung jeglicher Diskussion zwischen den Mächten über die „*avantages économiques*“ in der jetzt günstig aussehenden Lage wieder eine Verschlimmerung eintreten, so würde Sir E. Grey „nicht nur enttäuscht, sondern ganz verzweifelt sein.“ Auf meine längere Gegenbemerkung gab er vollständig zu, daß es für Österreich-Ungarn notwendig sei, moralische Garantien für das künftige Benehmen Serbiens zu erhalten. Ich verwies auch darauf, daß die von uns eventuell zu gebenden wirtschaftlichen Vorteile nicht wie einige andere Konferenzpunkte zu den Artikeln des Berliner Vertrages gehören. Er gab das zu, kam aber immer darauf zurück, dass er geglaubt hätte, Euer Exzellenz hätten bezüglich sämtlicher Konferenzpunkte das Prinzip einer Diskussion zwischen den Mächten angenommen. Staatssekretär ersuchte mich übrigens, unsere ganze Unterredung als privat und nicht offiziell anzusehen. Vorläufig müsse man abwarten, welchen Eindruck der russische Schritt in Belgrad gehabt hätte.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 1088, 1097, 1117. — b) Vgl. n. 576 Anm. a.

Nr. 1088. Tel. aus London, 2. März 1909 Nr. 31 (eing. 3. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm Nr. 30 von heute. Ich fragte Sir E. Grey, nachdem wir vertraulich und privat sprachen, wie er sich jetzt die Konferenz überhaupt denke. Er meinte, der von Euer Exzellenz gewünschte „*accord préalable*“ über alle Fragen scheine auch ihm unerlässlich. Ist diese Verständigung erzielt, so mag es sich vielleicht herausstellen, daß dieselbe so vollständig ist, daß das „*préalable*“ in Definitives einfach umgewandelt wird, durch Konferenz oder eventuell nur durch Notenaustausch. Ich fragte auch, wie es mit der Kretafrage stehe. Staatssekretär antwortete, daß man darüber seit Beginn des Jahres gar nicht gesprochen hätte. Er betrachte sie als eine der allerwichtigsten Fragen, meine aber, man müsse eine nach der anderen regeln.

Mensdorff.

a) Oe.-U. Bosnien 86 Nr. 118. Vgl. n. 1116.

Nr. 1089. Bericht aus Rom, 2. März 1909 Nr. 16 B (eing. 4. März). Ausfert.

Streng vertraulich. Den hohen Erlass vom 24. v. M. No. 704 habe ich zu erhalten die Ehre gehabt, und möchte heute nur flüchtig auf einzelne wenige Punkte der darin enthaltenen Ausführungen zurückkommen. Gewiss wäre die Annahme eine irrige, dass die Dreibundpolitik Italiens mit Tittoni steht und fällt. Sie hat auch während der Ära Zanardelli-Prinetti bestanden,

zur Zeit als die italienischen Manöver knapp an unserer Grenze stattfanden und irredentistische Deputationen aus Triest vor König Victor Emanuel defilirten. Der Wunsch, die Allianz Idee zu popularisiren, ihr Eingang in die Herzen und Gemüther der Bevölkerung zu verschaffen — dies war schliesslich Ziel und Endzweck der Tittonischen Politik, und dieser Versuch muss vorläufig als misslungen angesehen werden. „Die Abkommen der Regierungen“ sagte er in seiner Rede vom 4. December^{a)} „bleiben ohne die Einwilligung der Völker wirkungslos und unfruchtbar.“ Tittonis Schicksal war an dem Tage besiegelt, da eine Carrikatur, die ihn Seiner Majestät dem Kaiser die Stiefel putzend darstellte, zu Tausenden im ganzen Lande verkauft wurde! Dass sein Niedergang einen sofortigen greifbaren Umschwung in der italienischen Politik mit sich bringen würde, habe ich niemals geglaubt, wie ich dies bereits vor längerer Zeit (Telegramm No. 211 vom 26. November v. J.)^{b)} angedeutet habe. Das Gefühl der Schwäche manifestirte sich zuerst bei Tittoni durch ein unsicheres schwankendes, mitunter widerspruchsvolles Auftreten. Sodann begann sich die Divergenz zwischen Berlin und Rom, was die Auslegung der Bundespflichten anbelangt, allmählich schärfer zu accentuiren. Ich habe dem Minister einmal eine diesbezügliche Bemerkung gemacht — mehr par acquit de conscience, als weil ich ein greifbares Resultat davon erwartete. Ich glaube nicht, dass die Geschichte Herrn Tittoni einen hohen Platz unter den Staatsmännern Europas anweisen wird; immerhin ist er doch zu sehr ein homme sérieux, als dass Worte wie jene: „que les relations entre les deux pays ne pourront que se ressentir du peu de cas, que l'on fait de l'Italie à Vienne“ rein nur als der Ausfluss einer momentanen üblen Laune anzusehen sein sollten. Die Auffassung Euerer Excellenz, dass nunmehr eine rasche Lösung der Crisis wünschenswerth sei, ist gewiss in hohem Grade zutreffend. Ein Minister, dessen Tage gezählt sind, und der nur mehr ein Schattendasein führt, ist nicht der Mann für die jetzige Situation. Lützow.

^{a)} Schultheß, Europ. Geschichtskal. 1908, 361. — ^{b)} Nicht aufgenommen. Betrifft die Frage der Errichtung einer italienischen Fakultät in Österreich.

Nr. 1090. Tel. aus St. Petersburg, 2. März 1909 Nr. 34 (eing. 3. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Nachdem Euer Exzellenz mit Telegramm No. 46 vom 1. dieses Monats, angesichts der durch die Ratschläge Russlands in Belgrad veränderten Sachlage, Ausführung der mit Erlass No. 732 beregten Demarche beim Ministerpräsidenten meinem Ermessen anheimgestellt, glaubte ich vorderhand von derselben absehen zu sollen, umsomehr als, wie ich gesprächsweise neuerlich konstatierte, Herr Stolypin über Inhalt fraglicher Memoranden und Resultat Buchlauer Entrevue vollkommen informiert. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1092, 1131.

*Tel. nach Athen, 3. März 1909 Nr. 15 (chiffr. 12 U. 20 M. p. m.).
Siehe n. 1097.*

*Tel. nach Belgrad, 3. März 1909 Nr. 29 (chiffr. 12 U. 20 M. p. m.).
Siehe n. 1097.*

Nr. 1091. Tel. des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 3. März 1909 Nr. 68 (eing. 11 U. 40 p. m.).^{a)} Entziff.

Ministerpräsident theilte heute dem deutschen Gesandten mit, dass russischer Gesandter gestern die mit Telegramm No. 67 berichtete Démarche gemacht habe und hiebei vom französischen, englischen und italienischen Gesandten in der von mir gemeldeten Form unterstützt wurde. Herr Novaković eröffnete sodann seinem Mitredner, dass der Ministerrat nunmehr beschlossen habe, auf territoriale wie auch auf alle anderen Kompensationen zu verzichten, jedwede Provokation Österreich-Ungarns zu vermeiden und zu verhindern, sowie militärische Rüstungen einzustellen, wenn seitens Österreich-Ungarns das Gleiche verbürgt würde. Ministerpräsident gab weiters der Hoffnung Ausdruck, dass Berlin hiedurch zufrieden gestellt werde und dass Serbien in absehbarer Zeit wieder zu normalen Beziehungen mit Österreich-Ungarn gelange. Im Laufe der Konversation erwähnte Ministerpräsident, dass ihm die Frage der Annexion durch das Zustandekommen des Abkommens zwischen der Türkei und der Monarchie erledigt scheine. Aus diesen Äusserungen resultiert ein radikaler Wechsel der Haltung des offiziellen Serbien und scheint die österreichisch-ungarische Politik einem grossen Erfolge nahe; die nächsten Tage werden aber erst zeigen, ob nicht hinter dieser neuen Haltung Serbiens Neben- und Verschleppungsabsichten liegen, welche mit unserer Auffassung und unseren Wünschen im Widerspruche stehen und ob die Regierung dieser Kraftprobe gewachsen ist.

Franz.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 86 Nr. 119. Vgl. n. 1094, 1099.

*Tel. nach Berlin, 3. März 1909 Nr. 45 (chiffr. 12 U. 20 M. p. m.).
Siehe n. 1097.*

*Nr. 1092. Erlaß nach Berlin, 3. März 1909 Nr. 790.^{a)} Konz.
(S. Franckenstein; G. Pogatscher).*

Mit meiner Depesche vom 26. v. M. No. 733^{b)} habe ich Euer Exzellenz zu Ihrer persönlichen Orientierung und zur streng vertraulichen Information des Herrn Reichskanzlers die Abschrift einer an Graf Berchtold ergangenen Weisung übermittelt, in welcher dem Herrn Botschafter ein Schritt beim russischen Ministerpräsidenten Herrn Stolipine aufgetragen wurde. Angesichts der durch die Rathschläge Russlands in Belgrad etwas veränderten Sachlage habe ich mich bestimmt gesehen, mittelst eines Telegrammes vom 1. l. M.^{c)} es dem Ermessen des Grafen Berchtold zu überlassen, ob der in Rede stehende Schritt bei Herrn Stolipine noch zu machen wäre, beziehungsweise ob bei Verwerthung der dem Herrn russischen Ministerpräsidenten zu gebenden Information auf die sich manifestirenden besseren Intentionen Herrn Isvolsky's hingewiesen werden könnte. Wie mir Graf Berchtold soeben meldet, hat er vorderhand von der fraglichen Demarche absehen zu sollen geglaubt, zumal da er Gelegenheit gehabt hatte, gesprächsweise neuerlich zu constatiren, dass Herr Stolipine über den Inhalt der ihm mitzutheilenden Memoranden sowie über das Resultat der Buchlauer Entrevue informirt sei. Falls Euer Exzellenz den Fürsten Bülow von dem

Inhalte des eingangserwähnten an Graf Berchtold gerichteten Erlasses bereits informiert haben, wollen Hochdieselben auch Vorstehendes in streng vertraulicher Weise zur Kenntnis des Herrn Reichskanzlers bringen.

a) Vgl. n. 1090, 1095. — b) Vgl. n. 1068 Anm. a. — c) n. 1080.

Erlaß nach Berlin, 3. März 1909 Nr. 804. Siehe n. 1096.

Nr. 1093. Bericht aus Berlin, 3. März 1909 Nr. 8 B (eing. 5. März).a)
Ausfert.

Streng vertraulich. Wie ich Eurer Excellenz bereits telegrafisch zu melden die Ehre hatte, wurde hier im Auswärtigen Amte, im Einverständnisse mit meinem französischen Kollegen, eine Formel redigiert, die als Basis für die gemeinsame Demarche der Mächte in Belgrad zu dienen hätte. In der Anlage^{b)} beehre ich mich dieses projet de formule, das mir vertraulich zur Verfügung gestellt wurde, Eurer Exzellenz ergebenst vorzulegen. Herr von Tschirschky wird in den nächsten Tagen den Auftrag erhalten, Eurer Exzellenz dieses projet, sowie den Immediatbericht, der in diesem Belange vom Reichskanzler Seiner Majestät dem Kaiser Wilhelm unterbreitet wird, vorzulesen. Eure Exzellenz werden aus diesem Immediatberichte ersehen, dass die französische Regierung gegen die Schlussformel, wo von direkten Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien die Rede ist, noch Bedenken erhebt. Herr von Kiderlen, der die Verhandlungen mit Herrn Cambon führte, erwiderte dem französischen Botschafter diesbezüglich, Letzteres sei gerade die Hauptsache. Die deutsche Regierung müsste unbedingt daran festhalten, dass dies gleich von Anfang an festgestellt werde. Deutscherseits könne Österreich-Ungarn nicht zugemutet werden, dass es — wie es Herrn Iswolsky vorzuschweben scheine — mit Russland, als dem Mandatar Serbiens, verhandle; ebenso wenig werde sich Österreich-Ungarn darauf einlassen wollen, dass sich die anderen Mächte in seine Verhandlungen mit Serbien einschieben, umsomehr, als es sich um freiwillige Konzessionen der österreichisch-ungarischen Monarchie an Serbien handle. Bezüglich der jetzigen Démarche Herrn Iswolskys in Belgrad, meinte Herr Cambon, die Mächte könnten sich ihr allenfalls anschließen, da sie ja dasselbe bezwecke, was die Mächte wollten. Es wurde ihm geantwortet, man könne sich hier nicht vorstellen, dass da, wo die Mächte *pari passu* vorzugehen beabsichtigten, sie jetzt, Herrn Iswolsky zu Liebe, *à la remorque de la Russie* erscheinen wollten. Auch wüsste man hier nicht, welchen Nachdruck Herr Iswolsky seiner Demarche geben und was er Serbien versprechen wolle, wenn es, wie er sich ausdrückt — sein Schicksal den Händen der Mächte anvertraute. Herr Cambon war schliesslich auch der Ansicht, dass die französische Regierung — ganz abgesehen von Iswolskys letztem Schritte — ihre Bemühungen wegen der gemeinsamen Démarche in Belgrad fortsetzen sollte. Endlich erörterte Herr Cambon noch die Möglichkeit, dass falls Herr Iswolsky ganz bündige Versicherungen aus Belgrad erhielte, die anderen Mächte sich einzeln dieselben Versicherungen serbischerseits geben lassen könnten. Herr von

Kiderlen antwortete dem Herrn französischen Botschafter, er würde dies auch für einen gangbaren Weg halten und es für möglich erachten, dass die übrigen Mächte die auf diesem Wege erhaltenen Versicherungen der serbischen Regierung in Wien mitteilten. Unerlässliche Voraussetzung hiefür sei aber das Einverständnis aller Mächte, auch Russlands, darüber, dass Serbien auf direkte Verhandlungen mit Österreich-Ungarn hingewiesen werde. Streng vertraulich erzählte Herr von Kiderlen Baron Flotow, Herr Cambon habe ein weiteres Bedenken erhoben gegen die Phrase „la Serbie s'abstiendra de tout acte hostile, pour lequel la responsabilité entière retomberait sur elle“, ^{b)} die in Paris nicht gefalle. Herr von Kiderlen hat, — so sagte er Baron Flotow — dies als non essentiel bezeichnet, wenn alles Andere stehen bliebe. In den an Kaiser Wilhelm gerichteten Immediatbericht sei dieses französische Bedenken nicht aufgenommen worden und werde auch Herrn von Tschirschky nicht zur Kenntnis gebracht werden. Die obigen interessanten Mitteilungen verdanke ich Herrn von Kiderlen, der wie Eure Exzellenz wissen — noch immer hier im Auswärtigen Amte zurückgehalten wird und der Hauptmitarbeiter des Reichskanzlers in den jetzigen aktuellen Fragen der äusseren Politik ist. Ich brauche Eure Exzellenz nicht zu versichern, dass Reichskanzler, Staatssekretär und Herr von Kiderlen, ich kann wol behaupten, in allen Phasen der Balkanpolitik und insbesondere in der „serbischen Frage“ mit voller Überzeugung an unserer Seite stehen. Allerdings führt die exceptionelle Stellung Herrn von Kiderlens insoferne zu manchen Unzukömmlichkeiten, als — wie ich wiederholt bemerken konnte — zwischen ihm und dem Staatssekretär manche Eifersüchteleien schon jetzt in Erscheinung treten. Herr von Kiderlen will eine führende Rolle in der Wilhelmstraße spielen und spielt sie auch. Bis auf Weiteres kann uns dies ganz recht sein, da er sich bisher tatsächlich als ein aufrichtiger Anhänger der von Eurer Exzellenz verfolgten Politik bewährt. Dies wird ihm übrigens durch die deutsche öffentliche Meinung vorgeschrieben, denn, soweit ich die hiesige Presse überblicken kann, sind es unter den namhafteren deutschen publizistischen Organen nur das „Berliner Tageblatt“ und die „Hamburger Nachrichten“, die die Leitung unserer Politik unfreundlich kritisieren und in der serbischen Frage einem Einlenken unsererseits das Wort reden. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1094, 1164. — ^{b)} Im Abdruck der Beilage in G. P. XXVI/2 Nr. 9411 fehlt die Stelle „et pour lequel la responsabilité entière retomberait sur la Serbie“.

Nr. 1094. Bericht aus Berlin, 3. März 1909 Nr. 8 C (eing. 5. März). Ausfert.

Vertraulich. Der beabsichtigten gemeinsamen Demarche der Mächte in Belgrad ist Russland bekanntlich durch eine eigene, an die serbische Regierung gerichtete Note zuvorgekommen.^{a)} Die Note ist in entgegengesetztem Tone gehalten, warnt aber in sehr entschiedener Weise vor den gefährlichen Folgen einer aggressiven Politik und fordert Serbien auf, durch eine kategorische Erklärung auf Gebietsforderungen zu verzichten. Zum Schlusse wird in der russischen Note versichert, dass, wenn Serbien „s'en remettait pour tout ce qui touche à la solution des questions pendantes

à la décision des puissances“, diese Letzteren alle für die Interessen Serbiens eintreten würden. Die deutsche Regierung hat gegen diese letztere, sehr allgemein gehaltene Versicherung, die zu Missdeutungen Anlass bieten müsste, sogleich Stellung genommen und der Staatssekretär ließ dem russischen Botschafter gegenüber keinen Zweifel, dass man deutscherseits die Auffassung des k. u. k. Kabinettes teile, wonach Serbien vor Allem in Wien die Erklärung abgeben müsse, dass es seine ganz ungerechtfertigten Ansprüche auf territoriale Kompensationen aufgebe und sich sodann direkt an die österreichisch-ungarische Regierung wenden müsse, um die in Aussicht gestellten wirtschaftlichen Vorteile zu erlangen. Im übrigen ist nach hiesiger Auffassung noch immer die Aussicht vorhanden, dass die Mächte dabei bleiben, außer der bereits erfolgten russischen Demarche auch die geplante Kollektivdemarche in Belgrad zu unternehmen. Ich habe mir erlaubt, Eurer Exzellenz bereits telegrafisch zu berichten, dass der russische Botschafter der Ansicht ist, seine Regierung werde sich davon nicht ausschließen. Herr von Schoen versicherte mir wiederholt, dass man deutscherseits auf das Zustandekommen einer ähnlichen Demarche nach wie vor großes Gewicht lege. An anderer Stelle^{b)} berichte ich über die Verhandlungen, die hierüber im Auswärtigen Amte mit dem französischen Botschafter gepflogen werden. Im Laufe dieser Verhandlungen ist Herr Cambon wieder einmal auf die Konferenz-Idee zu sprechen gekommen, wobei er ausführte, dass die erfolgte Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei und das zu erwartende Arrangement zwischen Bulgarien und der Türkei noch immer eine Gefahr zurücklasse, insolange die Abänderungen des Berliner Vertrages nicht formell von den Signatarmächten sanktionniert seien. Herr von Kiderlen, der — wie Eurer Exzellenz bekannt — diese Verhandlungen führte, erwiderte dem Herrn Botschafter, weder die deutsche, noch die österreichisch-ungarische Regierung hätte dies jemals bestritten; doch scheine ihm, dass dies der allerletzte Akt der sich jetzt abspielenden Vorgänge sein müsse. Früher müssten alle Streitfragen beseitigt sein; dann sei es aber nur eine Frage des Geschäftsganges, ob sich sieben Bevollmächtigte am grünen Tisch vereinigen, oder ob man ein Stück Papier zur Unterschrift an die Signatarmächte circulieren lasse. Auch mir gegenüber haben Herr Cambon, sowie mein englischer und mein italienischer Kollege zu wiederholten Malen ihrer Überzeugung dahin Ausdruck verliehen, dass ihre Regierungen nur darin einen befriedigenden und definitiven Abschluß der bestehenden Komplikationen erblicken könnten, wenn die faktischen Abänderungen des Berliner Vertrages in formeller Hinsicht die Sanktion der Signatarmächte auf einer Konferenz erhielten. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1091. — ^{b)} n. 1093.

*Nr. 1095. Bericht aus Berlin, 3. März 1909 Nr. 8 G (eing. 5. März).^{a)}
Ausfert.*

Vertraulich. Den hohen Erlass vom 26. Februar d. Js. No. 733^{b)} habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Die Depesche, welche Euer Excellenz an den Grafen Berchtold am gleichen Tage unter No. 732 gerichtet haben

und die sich auf die unsrem Botschafter in St. Petersburg aufgetragene Rücksprache mit dem russischen Minister-Praesidenten, Herrn Stolypin, bezieht, habe ich samt den beigeschlossenen Schriftstücken Freiherrn von Schoen vorgelesen. Er machte sich von denselben ganz genaue Aufzeichnungen und legte diese sodann dem Reichskanzler vor. Fürst Bülow liess mich ersuchen für diese äusserst interessanten, streng vertraulichen Mittheilungen Euer Excellenz seinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Herr von Kiderlen, mit dem, wie er mir sagte, der Reichskanzler die ganze Angelegenheit eingehend besprochen hat, versichert mir, dass er seinerseits Euer Excellenz Vorgehen vollkommen billigt. Herr Iswolsky „müsse an den Pranger gestellt werden“ und er — Herr von Kiderlen — ist der Meinung, dass es ganz angezeigt sein würde, wenn nicht nur Herr Stolypin, sondern in der Folge auch die Cabinete von Paris, London und Rom von der ganz unqualificirbaren Haltung des russischen Herrn Ministers des Aeussern von Euer Excellenz vertraulich in Kenntniss gesetzt würden.

Szögyény.

a) Vgl. n. 1092, 1098, 1164. — b) Vgl. n. 1068 Anm. a.

*Tel. nach Bukarest, 3. März 1909 Nr. 49 (chiff. 12 U. 20 M. p. m.).
Siehe n. 1097.*

*Tel. nach Cetinje, 3. März 1909 Nr. 22 (chiff. 12 U. 20 M. p. m.).
Siehe n. 1097.*

*Tel. nach Konstantinopel, 3. März 1909-Nr. 83 (chiff. 12 U. 20 M. p. m.).
Siehe n. 1097.*

*Tel. nach London, 3. März 1909 Nr. 33 (chiff. 12 U. 20 M. p. m.).
Siehe n. 1097.*

Nr. 1096. *Erlaß nach London Nr. 801, Paris Nr. 802, Rom Nr. 803, Berlin Nr. 804 und St. Petersburg Nr. 805, 3. März 1909 (chiff. 3 U. 30 M. p. m.).*^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Aehrenthal).

Le Cabinet de Vienne n'a pas omis de faire savoir, en son temps, aux Puissances qu'il poursuivait des négociations immédiates avec la Sublime Porte au sujet de la Bosnie et de l'Herzégovine et qu'il s'empresserait de les informer dès que ces négociations auraient donné le résultat désiré. Fidèle à ces intentions, j'ai aujourd'hui l'honneur de Vous remettre, ci-près, copie de l'arrangement qui vient d'être signé, à Constantinople, par l'Ambassadeur Impérial et Royal et par la Sublime Porte,^{b)} en Vous invitant à porter la teneur de cette pièce à la connaissance de Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères. Vous voudrez bien faire ressortir, à cette occasion, que d'après ledit arrangement, toute divergence entre le Cabinet de Vienne et la Sublime Porte au sujet de la Bosnie et de l'Herzégovine est aplanie, et que le Gouvernement Ottoman, en revoquant la protestation qu'il avait adressée aux Puissances, reconnaît, d'une façon expresse, le nouvel état des choses créé en Bosnie et en Herzégovine, c'est à dire l'extension des droits de souve-

raineté de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique sur ces provinces. Les Puissances ayant, plus d'une fois, exprimé l'espoir que les questions pendantes entre l'Autriche-Hongrie et la Turquie trouveraient une solution amicale, le Cabinet de Vienne aime à croire qu'Elles prendront avec une entière satisfaction connaissance du présent accord. En remettant le texte du Protocole à Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères Vous êtes autorisé de lui laisser, en même temps, copie de la présente dépêche.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 87 Nr. 120. Vgl. n. 1116, 1222, 1294, 1350, 1443. —
^{b)} Vgl. n. 1064.

*Tel. nach Paris, 3. März 1909 Nr. 29 (chiffr. 12 U. 20 M. p. m.).
 Siehe n. 1097.*

Erlaß nach Paris, 3. März 1909 Nr. 802. Siehe n. 1096.

*Tel. nach Rom, 3. März 1909 Nr. 36 (chiffr. 12 U. 20 M. p. m.).
 Siehe n. 1097.*

Erlaß nach Rom, 3. März 1909 Nr. 803. Siehe n. 1096.

Nr. 1097. *Tel. nach St. Petersburg Nr. 47 (1), Berlin Nr. 45 (2), London Nr. 33 (3), Paris Nr. 29 (4), Rom Nr. 36 (5), Konstantinopel Nr. 83 (6), Bukarest Nr. 49 (7), Sofia Nr. 45 (8), Belgrad Nr. 29 (9), Cetinje Nr. 22 (10) und Athen Nr. 15 (11), 3. März 1909 (chiffr. 12 U. 20 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Aehrenthal und Pogatscher; G. Aehrenthal).*

I.—II. Wie ich nach verschiedenen Symptomen und Meldungen schließe, scheint bei einigen Kabinetten die Auffassung zu bestehen, daß wir, sobald einmal Serbien seine Forderungen politischer Kompensationen fallen gelassen haben würde, bezüglich der wirtschaftlichen Vorteile, die wir dem Königreiche einzuräumen uns bereit fänden, in einen Gedankenaustausch mit den Mächten eintreten sollten. Wir hätten seinerzeit unser Einverständnis damit erklärt, daß in das Programm der beabsichtigten Balkankonferenz die „*avantages économiques à accorder à la Serbie et au Monténégro*“ aufgenommen würden und müßten also konsequenter Weise auch über diesen Punkt mit den Mächten verhandeln. Dieser Auffassung gegenüber ist darauf hinzuweisen, daß sämtliche Mächte, Rußland mitinbegriffen, den von uns gewählten Modus procedendi gutgeheißen und dem zugestimmt haben, daß zunächst über die schwebenden Fragen Verhandlungen zwischen den direkt interessierten Mächten gepflogen würden. Wir sind in dieser Weise unter dem einmütigen Beifalle Europas bezüglich Bosniens und der Herzegowina vorgegangen und haben heute die Kabinette von dem Abschlusse unserer direkten Verhandlungen mit der Türkei offiziell in Kenntnis gesetzt. Serbien gegenüber wollen wir, wenn es auf seine politischen Kompensationsforderungen verzichtet und uns direkt in die Kenntnis gesetzt hat, eine korrekte freundlichbarliche Haltung bei gleichzeitiger Einstellung seiner Rüstungen beobachten zu wollen, dieselbe

Politik befolgen. Wir sind bereit, die wirtschaftlichen Vorteile, die wir Serbien zu bieten in der Lage sind, im Wege gegenseitiger direkter Verhandlungen festzustellen. Nach erfolgtem Accord mit dem benachbarten Königreiche könnte den Mächten gegenüber auf denselben verwiesen werden. Ich bemerke, daß uns ein anderer Weg schon deshalb nicht gangbar erscheint, weil die Entschließungen, zu denen wir und Serbien in den das Königreich interessierenden wirtschaftlichen Fragen des Handelsvertrages oder des Bahnanschlusses gelangen werden, Ausflüsse der Souveränität sind, die nicht von einer Einwirkung dritter Staaten abhängig gemacht werden können. Anders stünde die Sache natürlich, wenn es sich um eine wirtschaftliche Förderung Serbiens in solchen Fragen handeln würde, die, wie beispielsweise die Donau-Adria-Bahn oder die Stellung Serbiens als Donauuferstaat, eine internationale Bedeutung besitzen.

4.—6. Vorstehendes zu Ihrer Information und Regelung Ihrer Sprache.

7. Vorstehendes zu Ihrer Information und eventuellen Verwertung an höchster Stelle.

8.—11. Vorstehendes zu Ihrer Information.

1. Vorstehendes mit Bezug auf Ihr Telegramm Nr. 32 vom 1. l. M. zu Ihrer Information und Regelung Ihrer Sprache.

2. Euer Exzellenz wollen von dem Inhalte der vorstehenden Information dem Herrn Staatssekretär Mitteilung machen und bemerken, wir hätten mit lebhafter Dankbarkeit davon Kenntnis genommen, daß des Freiherrn von Schoen Antwort an Graf Osten-Sacken (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 62 vom 1. l. M.) so vollkommen mit unseren Anschauungen übereinstimmt.

3. Bezugnehmend auf Ihr Telegramm vom 2. l. M., Nr. 30 ermächtige ich Euer Exzellenz, die vorstehenden Ausführungen gelegentlich dem Herrn Staatssekretär gegenüber zu verwerten. Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 88 Nr. 121. Vgl. n. 1102, 1107, 1108, 1117, 1125, 1126, 1127, 1129, 1350.

Erlaß nach St. Petersburg, 3. März 1909 Nr. 805. Siehe n. 1096.

Nr. 1098. Tel. aus St. Petersburg, 3. März 1909 Nr. 36 (eing. 4. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Minister des Äussern hat heute Graf Pourtalès zu sich beschieden, um neuerdings seiner Ansicht nach unhaltbares Verhältnis zwischen ihm und mir zu besprechen und ihn aufzufordern, mich zu verständigen, dass es ihn freuen möchte, wenn ich ihn aufsuchen wollte. Nachdem Anregung spontan vom Minister erfolgt ist, erscheint Boden für Wiederaufnahme der persönlichen Beziehungen geebnet und gedenke ich morgen Herrn Iswolsky aufzusuchen. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1095.

*Tel. nach Sofia, 3. März 1909 Nr. 45 (chiffr. 12 U. 20 M. p. m.).
Siehe n. 1097.*

Nr. 1099. Tel. aus Belgrad, 3. März 1909 Nr. 69 (eing. 4. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Legationssekretär Franz teilt mir mit, dass, wie seither in Erfahrung gebracht, der mit Telegramm Nr. 68 gemeldete Ministerratsbeschluss heute russischem Gesandten übermittelt wurde, um Zustimmung der russischen Regierung einzuholen. Erst nach erlangter Zustimmung wird Ministerratsbeschluss den Mächten offiziell bekanntgegeben und veröffentlicht werden.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1100.

Nr. 1100. Tel. aus Belgrad, 4. März 1909 Nr. 71 (eing. 3 U. 20 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Aus guter Quelle erfahre ich, dass Minister des Äussern serbische Journalisten heute früh zu sich berief und ihnen mitteilte, serbische Regierung habe auf die sehr freundschaftlichen Ratschläge Russlands in friedfertigstem Tone und mit Entgegenkommen geantwortet, soweit es die serbischen Interessen gestatten. Zugleich mahnte er sie zur Ruhe und ersuchte um Vertrauen zur Regierung. Hieraus erhellt, dass serbische Regierung hier noch keine klare Stellungnahme eingesteht und eventuellen Rückzug verschleiern will.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1099, 1101.

Nr. 1101. Tel. aus Belgrad, 4. März 1909 Nr. 73 (eing. 5. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Der deutsche, französische, italienische und englische Gesandte, die ich heute sprach, haben den übereinstimmenden Eindruck, daß die Regierung, welcher die russische Démarche erwünscht kam, tatsächlich die Situation ändern will. Ob sie sich unserem, durch die Artikel des „Fremdenblatt“ hier bekannten Standpunkt ganz anpassen wird, scheint noch zweifelhaft, da sie bestrebt ist, jedes direkte Zurückweichen vor uns zu verbergen und zu vermeiden. Mein französischer Kollege ist überzeugt, daß Serbien sich schließlich auch zu der von uns gewünschten formellen Erklärung in Wien bequemen wird. In der Antwort auf den russischen Schritt scheint serbische Regierung nicht nur territoriale, sondern auch politische (Autonomie) und wirtschaftliche Kompensationen fallen zu lassen. Auf die „ökonomischen Vorteile“ wurde hier nie Wert gelegt und englischer Gesandter bemerkte mit Recht, daß die serbische Regierung wie ein trotziges Kind, dessen Wunsch nicht befriedigt wurde, nunmehr die Annahme jedes anderen Angebotes verweigert. Teilweise dürfte bei dem Verzicht Serbien von dem Gedanken geleitet sein, direkten Verhandlungen mit uns zu entgehen. Bezüglich der Garantien, welche Serbien für die Abrüstung verlangt, gaben meine Kollegen verschiedene Wortlaute, aus denen nur hervorzugehen scheint, daß Serbien nur irgend ein Versprechen haben möchte, daß wir es nicht anzugreifen gedenken. Überhaupt habe ich den Eindruck, daß die serbische Regierung, der unsere militärischen Vorbereitungen, Anordnungen auf den Bahnen in Südungarn und so weiter nicht unbekannt bleiben konnten, vor der kommenden

Katastrophe erschrocken ist, einlenken, uns direkt aber möglichst ausspielen will. Das gegenwärtige Kabinett, alle Parteien vertretend, hat jedenfalls das notwendige Gewicht, um dem Lande gegenüber jeden Rückzug vertreten zu können. Auf alle an mich gerichteten Anfragen erwiderte ich, daß ich keine speziellen Instruktionen erhalten habe, da Euer Exzellenz noch hoffen, daß Serbien infolge der freundschaftlichen Ratschläge der Mächte und der durch unser Abkommen mit der Türkei geschaffenen Lage endlich zur vollkommenen Besinnung gelange und zu den unbedingt notwendigen Schritten bei uns schreiten werde. Minister des Äußern werde ich morgen sehen.

Forgách.

a) Vgl. n. 1100, 1110.

Nr. 1102. Tel. aus Berlin, 4. März 1909 Nr. 66 (eing. 5. März 9 U. a. m.). Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz gestrigen Telegrammes Nr. 45 Staatssekretär mitgeteilt. Freiherr von Schoen lässt Euer Exzellenz versichern, dass die deutsche Regierung Euer Exzellenz Auffassung vollkommen verstehe und nach wie vor teile. Er ergreife jede Gelegenheit in seinen Gesprächen mit den hiesigen Botschaftern und in seinen Instruktionen an die deutschen Vertreter, um für die Richtigkeit des von Euer Exzellenz eingenommenen Standpunktes mit möglichster Deutlichkeit einzutreten. Szögyény.

Nr. 1103. Privatschreiben aus Bukarest, 4. März 1909 (eing. 7. März).a)
Eigh. Ausfert.

Es sollte, soweit es hiezu nicht schon etwas spät ist, verhindert werden, dass sich hier beim König, bei Bratianu, Carp und wie die verschiedenen „Führer“ heissen, ein gewisses Misstrauen gegen unsere Balkanpolitik einschleicht. Ich habe davon schon in meinem ergebensten streng vertraulichen Berichte vom 14. Jänner l. J. Nr. 4 gesprochen. Derselbe enthebt mich der Nothwendigkeit dieses Thema hier nochmals näher auszuführen. Dass meine Befürchtungen in obiger Hinsicht nicht übertrieben sind, kann ich durch Citiren verschiedener mir gegenüber Seitens des Königs und Anderer in den letzten Wochen gefallener Bemerkungen darlegen. Eine kritische Zeit bringt die Gemüther in Aufregung und lässt die Leute Dinge sagen, welche sie sonst nicht so leicht über die Lippen gebracht hätten. Der alte Sturdza — die acute Gehirnanemie war damals bei ihm noch nicht eingetreten — sagte mir im Laufe unserer vielen Unterredungen ein Mal plötzlich, man wisse hier sehr wohl, „dass die Ungarn an das Schwarze Meer herankommen wollen.“ Der König, welcher das Thema unserer Freundschaft für Bulgarien bisher nur in Andeutungen berührt hatte, sagte mir bei einer meiner allerletzten Audienzen (mein ergebenstes geheimes Telegramm Nr. 47 vom 23. Februar) wörtlich: „Graf Thurn verhält sich in Sofia sehr reservirt, dagegen wurde Ihr dortiger Militärattaché sehr häufig im Bulgarischen Kriegsministerium gesehen. Ihnen wird wohl von militärischen Abmachungen mit Bulgarien (von Generalstab zu Generalstab) Nichts bekannt sein? Glauben Sie, dass Ihr hiesiger Militärattaché von dem

Inhalte der Abmachungen Kenntniss hat?“ Bei derselben Audienz las ich dem Könige den für Ihn bestimmten streng vertraulichen Erlass vom 18. Feber l. J. Nr. 604 vor und hoffte, dass Er dadurch Sich etwas beruhigen würde. Dies war aber, wie ich bemerkte, nicht der Fall. Als ich zu der Stelle kam (Ende des vorletzten Alinea),^{b)} wo es heisst, dass „wir uns gerne bereit finden würden, gegebenen Falls eine Rumänisch-Bulgarische Verständigung nach Kräften zu fördern“, sagte der König etwas spitzig: „Das würden wir uns schon selbst — direct mit Sofia — ins Reine bringen“. Zu bemerken war in der letzten Zeit auch wieder, dass der König Serbien als „eine Flankendeckung gegen Bulgarien“ betrachtet. Die Annexion und Alles, was darum und daran hängt, scheint also den König noch immer nicht (mein Telegramm vom 24. Juni 1908 Nr. 37)^{c)} von dieser unglücklichen Idee abgebracht zu haben. Die bisher angewendeten Beruhigungsmittel (Versicherung unserer freundschaftlichen Gesinnung etc.) werden beim König nicht ausreichen. Er hat mir auch wiederholt angedeutet, dass Er in Allem, was unsere Beziehungen betrifft, eine offene Aussprache wünscht. Seine von mir seiner Zeit telegrafisch gemeldete Bemerkung, „Rumänien habe für uns jetzt grössere Bedeutung als Italien“ möchte ich auch in Erinnerung bringen. Dass der König uns untreu wird, kann ich nicht glauben, selbst von einer Extratour will ich nicht sprechen; wenn ich aber sehe, dass meine chers collègues von Russland und Italien immer dickere Freunde werden, so werde ich auch an die Entente ihrer Regierungen „zur Erhaltung des status quo am Balkan“ erinnert und ich muss dann unwillkürlich auch daran denken, dass, während man uns wahrscheinlich (wenn wir nicht noch mehr geben) die Meistbegünstigung kündigen wird, die hiesigen Kammern, unter allgemeinem Applaus und Freundschaftsbetheuerungen, für Messina eine relativ sehr hohe Summe gewisser Massen als Nationalgeschenk votiert haben.

Schönburg.

a) Vgl. n. 1182. — b) In Wirklichkeit drittletztes Alinea, das von „Wie ich den letzten Meldungen Euer Durchlaucht“ bis „nach Kräften zu fördern“ reicht. — c) Nicht aufgenommen.

Nr. 1104. Erlaß nach Konstantinopel, 4. März 1909 Nr. 819.^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. und G. Aehrenthal).

Geheim. Ich ersehe aus Ihrer telegraphischen Meldung vom 27. v. Mts. No. 107, daß der Großvezier bei der Beratung des geheimen Notenaustausches auf das Ansinnen zurückgekommen ist, daß wir der Türkei zur Zurückweisung eines serbischen oder montenegrinischen Angriffes auf den Sandschak auch unsere materielle Unterstützung zusagen sollten. Auf Grund Ihrer sehr zutreffenden Gegenbemerkungen hat Hilmi Pascha diesen Gedanken aufgegeben und nur einige textuelle Änderungen am Entwurf^{b)} beantragt, die aber doch wieder den Zweck haben, ein stärkeres als das von uns beabsichtigte Engagement herbeizuführen. Der Einschaltung der Worte „et des droits de possession effective de l'Empire Ottoman“ im Alinea 2 stimmen wir zu. Um Hilmi Pascha entgegenzukommen, wären wir auch bereit, die Worte „nous nous déclarons prêts“ durch „nous nous engageons“ zu ersetzen und vor die Worte „notre appui“ das Wort „tout“ einzufügen;

hingegen können wir, eben weil darin ein für uns zu weit gehendes Engagement liegen würde, der Auslassung der Worte „en conférence ou autrement“ nicht zustimmen und höchstens zugeben, daß diese Worte durch die Wendung „sur le terrain diplomatique“ ersetzt würden, falls die Türkei diese letztere Fassung vorziehen sollte. Wie ich Euer Exzellenz bereits telegraphierte und wie ich auch Rifaat Pascha gegenüber auseinandersetzte, kann die Pforte in diesem auf Reziprozität beruhenden geheimen Notenaustausch nicht eine materielle Unterstützung unsererseits für den Fall eines serbischen oder montenegrinischen Angriffes auf den Sandschak beanspruchen, wenn wir auch von ihr nicht fordern, daß sie uns im Falle einer serbischen Aggression auf Bosnien militärisch unterstütze. Die Ersetzung der Worte „dans la supposition etc.“ durch „nous espérons que la Turquie fera etc.“ scheint mir die Bedeutung dieses Passus zu sehr abzuschwächen, als daß ich sie akzeptieren könnte. Wenn die Türkei sich mit uns in Verhandlungen über die Sicherung ihres Besitzstandes im Sandschak einläßt, so können wir es wohl als eine selbstverständliche Voraussetzung und nicht nur als eine vage Hoffnung aussprechen, daß sie ihrerseits alles tun werde, um ihre strategische Position in dem bedrohten Gebiete zu festigen. Aus demselben Grunde scheint uns die von Hilmi Pascha vorgeschlagene Wendung „dans cet ordre d'idées etc.“ statt „en activant . . . Mitrowitza“ zu wenig präzise. Wir könnten eventuell einer Fassung wie der folgenden zustimmen, die an Stelle des Absatzes „en activant etc.“ zu treten hätte: „Ayant constaté que le Gouvernement Impérial Ottoman apprécie à sa juste valeur l'importance qu'aurait dans cet ordre d'idées l'achèvement de la ligne Uvac-Mitrowitza, le Gouvernement Impérial et Royal est tout disposé à lui prêter son concours actif et amical quant aux questions etc.“ In demselben Gedankenzusammenhange komme ich hier wieder auf den Gegenstand meines Telegrammes vom 22. v. Mts. No. 63 zurück. Wie Hochdieselben mir mit Telegramm vom 24. v. Mts. Nr. 103 melden, hat Hilmi Pascha es vollkommen eingesehen, daß die Vorbedingung des geheimen Einverständnisses zwischen uns und der Türkei die Einstellung des Transportes von serbischem Kriegsmaterial durch türkisches Territorium bilden müsse. So wertvoll nun auch diese mündliche Zusicherung des Großveziers an sich gewiß ist, müssen wir doch das größte Gewicht darauf legen, daß uns diese Zusicherung, noch bevor es zur Unterzeichnung der Noten komme, separat in bindender und schriftlicher Form wiederholt werde. Der Erstreckung des Terminges auf fünf Jahre würden wir zustimmen. Indem ich Euer Exzellenz weiterer Berichterstattung entgegen sehe, bemerke ich noch, daß Rifaat Pascha mir gegenüber die Frage aufwarf,^{c)} ob es sich nicht empfehlen würde, sobald der Notenaustausch in der von Hilmi Pascha in Aussicht genommenen Art und Weise vollzogen worden sei, den Text der Noten zu publizieren. Ich habe auf diesen Anwurf ausweichend aber nicht ablehnend geantwortet, weil ich Wert darauf legte, meiner Unterredung mit dem neuen türkischen Minister des Äußern die Note des größten Entgegenkommens zu geben. Im Grunde genommen scheint mir aber eine Veröffentlichung der geheimen Noten weder in unserem noch im wohlverstandenen Interesse der Türkei zu liegen. Was uns anbelangt, wäre es vielleicht nicht opportun, in dem gegenwärtigen Augenblicke,

wo allem Anscheine nach [nach] der eben in Belgrad erfolgten russischen Démarche ein Einlenken Serbiens nicht ganz ausgeschlossen ist, der Öffentlichkeit Kenntnis von geheimen Abmachungen zu geben, deren offenkundige Tendenz sich gegen Serbien und Montenegro richtet. Für die Türkei andererseits kann die in Rede stehende Veröffentlichung die üble Konsequenz zeugen, daß die Aufmerksamkeit Serbiens und der serbophilen Zentren der europäischen Politik darauf gelenkt wird, daß selbst die Türkei und wir den Sandschak als ein eventuell in Frage kommendes Expansionsgebiet für die beiden serbischen Staaten betrachten. Falls Rifaat Pascha Euer Exzellenz gegenüber auf den Veröffentlichungsgedanken zurückkommen sollte, ersuche ich Euer Exzellenz, dem Herrn Minister des Äußern zu sagen, daß wir uns die Sache noch einmal reiflich überlegt hätten und da zu den oben wiedergegebenen Konklusionen gelangt wären. Ich möchte in diesem Belange noch erwähnen, daß es mir für den Fall, als wir jetzt oder später doch zur Veröffentlichung schreiten sollten, geraten erscheint, in dem Notentexte einen direkten und namentlichen Hinweis auf Serbien und Montenegro, wie er gegenwärtig in dem ersten, zweiten und vierten Alinea enthalten ist, zu vermeiden und überlasse ich es Euer Exzellenz, eine Neuredaktion der betreffenden Stellen im Einvernehmen mit den türkischen Ministern vorzunehmen und mir dann einzuberichten.

a) Vgl. n. 1105, 1144. — b) n. 948. — c) Vgl. n. 1069.

Nr. 1105. Bericht aus Konstantinopel, 4. März 1909 Nr. 20 B (eing. 7. März).a) Ausfert.

Geheim. Wie ich Euerer Excellenz bereits mit meinem Telegramme vom 27. v. M. No. 107 zu melden die Ehre hatte, kam am letzten Freitag nach der Unterfertigung des Protokolles zwischen Hilmi Pascha und mir die Angelegenheit des Sandschaks von Novibazar und dessen Sicherung gegen eventuelle serbische und montenegrinische Angriffe zur eingehenden Erörterung. Der interimistische Minister des Äußern Gabriel Effendi nahm an dieser Besprechung theil. Der Grossvezir hatte von Anfang unseres Gespräches an von jenen Forderungen, die er kürzlich mir gegenüber aufgestellt hatte, und welche ich in meinem ergebensten Berichte vom 26. v. M., No. 18 C geheim, erwähnte, Abstand genommen und wollte nunmehr blos einen Passus in die von uns vorgeschlagene Note bringen, laut welchem wir gewisse Verpflichtungen materieller Natur im Falle eines serbischen oder montenegrinischen Angriffes auf den Sandschak ausdrücklich zu übernehmen hätten. Ich erklärte den türkischen Ministern, dass es meiner Ansicht nach ganz nutzlos wäre, Euerer Excellenz einen solchen Vorschlag zu unterbreiten. Auf das hin wurde die Sache fallen gelassen, und wurden die Euerer Excellenz bereits telegrafisch gemeldeten Abänderungen zum Texte der Note vorgeschlagen. Als wir bei der Lecture der Note zur Stelle gelangten, welche von der Verpflichtung der Pforte handelt, ihrerseits militärische Vorkehrungen zur Sicherung des Sandschaks zu treffen, namentlich aber den aus strategischen Gründen wichtigen Bau der Bahn Uvac—Mitrowitzja je früher in Angriff zu nehmen, meinten die türkischen Minister, dass dieser Passus

ganz ausbleiben könnte. Selbstverständlich protestirte ich auf das Entschiedenste gegen diese Zumuthung und sagte Hilmi Pascha ganz offen, dass wir, wenn wir uns in irgend einer Weise für die Sicherung des Sandschaks binden sollen, auf dem Baue jener Bahn bestehen werden. Ich liess ihm auch keinen Zweifel darüber, dass es uns daran gelegen ist, eine bindende Erklärung der Regierung in dieser Hinsicht zu erlangen, umso mehr als wir ja schon unter dem früheren Regime ein dahin gehendes Versprechen erhalten hatten. Der Grossvezir machte den Einwurf, dass der Bau dieser Bahn von der Zustimmung des Parlamentes abhängig sei, worauf ich ihm zur Antwort gab, dass ich dies wohl wisse, dass es sich aber vorläufig nur um eine Zusicherung der Regierung handle, eine Zusicherung, welche ja nur eine Gegenleistung dafür bilden würde, was wir der türkischen Regierung bieten wollen. Hilmi Pascha schien dies einzusehen, aber Gabriel Effendi machte auf die grossen Kosten jenes Bahnbaues aufmerksam. Er versuchte auch in die Note nur ein Engagement der türkischen Regierung, die Sache zu studieren, aufzunehmen, ich beharrte aber auf dem Worte „construction“, was dann auch angenommen wurde. Gabriel Effendi sagte des weiteren, der Bahnbau Uvac—Mitrowitzka sei wohl in sein Programm aufgenommen, aber er fürchte, dass das Parlament wegen der verhältnissmässig übergrossen Kosten die Sache auf einen späteren Zeitpunkt zurückstellen werde. Ich machte Gabriel Effendi auf den Passus der Note aufmerksam, in welchem gesagt wird, dass wir bereit sind, der Türkei sowohl in finanzieller als technischer Hinsicht behülflich zu sein. Gabriel Effendi gieng auf diesen Gedanken ohne weiteres ein und sagte, dass, wenn es möglich wäre, die Hälfte der Baukosten auf irgend eine Weise auf uns zu überwälzen, so dass der Kilometer der Türkei nur auf circa 100.000 Franken zu stehen käme, auf Grund letzterer Ziffer die Zustimmung des Parlamentes zu erreichen wäre. Gabriel Effendi entwickelte seinen Gedanken folgendermassen: Die bosnischen Bahnen müssten früher oder später doch in normalspurige verwandelt werden; bei der Berechnung der Kosten dieses Baues könnte, meinte er, die oben erwähnte Hälfte der Kosten des Baues der Sandschakbahn in unauffälliger Weise von unserer Seite übernommen werden.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1104, 1106.

Nr. 1106. Bericht aus Konstantinopel, 4. März 1909 Nr. 20 C (eing. 7. März). Ausfert.

Geheim. Im Verfolge meines Berichtes No. 18 C Geheim vom 26. 1. M. und unter Rückschluss der mir gütigst zur Einsicht übersendeten geheimen Berichte des Grafen Forgách No. 78 A—Ca) und No 9 Ba) beehre ich mich Euer Excellenz das Nachstehende zu melden. Als ich den Grossvezir am letzten Montag fragen liess, ob er seinem Versprechen gemäss die weitere Durchfuhr von für Serbien bestimmtem Kriegsmaterial habe inhibieren lassen, liess er mir sagen, er habe damit allerdings einen Anfang gemacht und sei auch entschlossen, insoferne die Sendung von 15 Tonnen Dynamit in Betracht komme (vgl. hieramtl. Telegramm No. 103 vom 24. v. M.), nicht nachzugeben; er stosse aber auf gewisse Schwierigkeiten seitens der

hiesigen serbischen und belgischen Gesandtschaft. Der serbische Geschäftsträger berufe sich nämlich auf ein ihm (Hilmi Pascha) zur Zeit seines obigen Versprechens unbekannt gewesenes angebliches Engagement seines Amtsvorgängers (Kjamil Pascha) sämtliche von Serbien in der jüngsten Zeit im Auslande gemachten Bestellungen von Kriegsmaterial jeder Art an der ungehinderten Durchfuhr durch türkisches Gebiet beneficieren zu lassen, wogegen der belgische Gesandte auf den Schaden hinweise, welcher der an den betreffenden Lieferungen interessierten Industrie seines Landes erwachsen würde, wenn der bezügliche Transit plötzlich verboten werden sollte. Hilmi Pascha meinte des weiteren, nach den von ihm auf der Pforte angestellten Nachforschungen würde das in Rede stehende Engagement seines Amtsvorgängers sich nur auf die Durchfuhr von 75 Batterien sammt zugehöriger Munition beziehen, was aber serbischerseits ausdrücklich bestritten werde. Es sei ihm daher nichts anderes übrig geblieben, als Kjamil Pascha schriftlich zu ersuchen, ihn in der Sache authentisch zu informieren und er warte nun dessen Antwort ab. Er erkenne die Richtigkeit unseres Standpunktes namentlich im Hinblick auf die infolge der Entente mit uns vollkommen geänderte Sachlage gerne an, umsomehr als er ja selbst von allem Anfang an, wie er dies seinerzeit auch dem Civilagentenstellvertreter Generalconsul Rappaport gesagt habe, gegen die Durchfuhr von serbischem Kriegsmaterial gewesen und sich überdies ganz klar darüber sei, dass die serbischen Geschütze und Gewehre, um die es sich handle sich nicht nur gegen uns sondern auch gegen die Türkei richten könnten. Seine Absicht sei also, in beiderseitigem Interesse ein allenfalls über die Durchfuhr der erwähnten 75 Batterien hinausgehendes Arrangement Kjamil Paschas möglichst restrictiv zu interpretieren, respective dasselbe wenn irgend thunlich nur bezüglich solcher Artikel gelten zu lassen, deren Acquirierung mit Rücksicht auf ihre Natur (Zelte, Uniformen etc.) für die Türkei wie für uns eine mindere Bedeutung hätte. Auf die Einwendung, dass er ja infolge der total geänderten Situation nicht gehalten sei, ein Engagement zu honorieren, welches in einem Augenblick getrübler Beziehungen zu uns eingegangen wurde, replicierte der Grossvezir, dass die bezüglichen Vereinbarungen Kjamil Paschas mit den Serben auf die Zeit vor der Annexion zurückreichten, was mir aber durchaus unglaublich erscheint, da ich ja von den zwischen Kjamil Pascha und der serbischen Gesandtschaft gepflogenen gegenständlichen Unterhandlungen seinerzeit Kenntniss gehabt habe und daher weiss, dass dieselben nicht früher als vor 2 Monaten stattfanden. Ich liess den Grossvezir ferner auf die Anwesenheit von serbischen Banden im Sandjak und auf die Connivenz aufmerksam machen, die nach unseren Informationen zwischen der Centralleitung des serbischen Bandenwesens und verschiedenen hohen türkischen Militärs bestanden zu haben scheine. Gleichzeitig liess ich auf die diesbezüglich von Baron Giesl vor Kurzem beim Kriegsminister unternommene Démarche hinweisen. Hilmi Pascha versprach sich eingehend informieren zu wollen, drückte aber seine Zweifel darüber aus, dass sich hohe türkische Militärpersonen jemals in irgendwelche Verbindungen oder Abmachungen mit serbischen Bandenführern eingelassen hätten. Was den vorerwähnten Schritt des k. u. k. Militärbevollmächtigten beim Kriegs-

minister anlangt, so versprach Ali Riza Baron Giesl die Ergreifung sofortiger Massregeln, die theils die Verstärkung der militärischen Positionen im Sandjak theils die strenge Überwachung der dortselbst anwesenden serbischen Generalstabsofficiere, theils endlich die definitive Unterbindung jedweder Beziehungen von Militärpersonen zu den Banden (falls solche Beziehungen überhaupt noch bestünden) zum Gegenstand haben sollen. Schliesslich sagte der Kriegsminister zu, sich, soviel es auf ihn ankomme, der Durchfuhr serbischen Kriegsmateriales durch die Türkei widersetzen zu wollen.

Pallavicini.

a) Übersendung apokrypher Aktenstücke. Vgl. n. 98 Anm. b, 598, 631, 783, 1560.

Nr. 1107. Tel. aus London, 4. März 1909 Nr. 32 (eing. 5. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 33^{b)} von heute nachts. Ich habe eben Sir E. Grey gesehen und mich im Sinne der telegrafischen Weisung geäussert. Staatssekretär hatte noch keine Nachricht über Antwort Serbiens, erwartet aber, daß sie günstig sein wird. So lange er sie offiziell nicht kennt und nicht weiß, wie sich Russland dazu stellt, wäre eine Diskussion verfrüht. Grey meinte, Serbien sei nicht in derselben Lage wie die Türkei, sondern uns gegenüber so schwach, daß es vielleicht direkte Verhandlungen mit uns scheuen wird. Er glaubt, Serbien werde, wenn es Verzicht auf politische Kompensationen ausspricht, dafür sein Los in die Hände der Mächte legen wollen, damit diese das Königreich mit der Monarchie in Verbindung setzen. Sir E. Grey schien Verständnis dafür zu haben, daß Fragen wie Handelsvertrag oder Bahnanschluß direkt zwischen Wien und Belgrad verhandelt werden müssen, kommt aber darauf zurück, daß Alles wesentlich erleichtert würde, wenn dem Königreich ein Anhaltspunkt geboten werden könnte, was k. u. k. Regierung als wirtschaftliche Vorteile zu bieten geneigt wäre. Er würde es sehr beklagen, wenn man abermals an einem toten Punkt anlangen würde. Er gab zu, daß Serbien nicht, wie Türkei, aus der Annexion zu Ansprüchen berechtigt sei, aber durch die Annexion sowie bulgarische Unabhängigkeitserklärung sei eben der ganze Komplex der Balkanfragen aufgerollt worden, zu denen auch die serbischen und montenegrinischen Aspirationen gehören, welche im Einklange mit den anderen Fragen eine Regelung finden müssten. Ich begegnete im Foreign Office dem französischen Botschafter, der sehr warm dafür plädiert, daß unsererseits konziliante Haltung gezeigt werde, wobei er hervorhebt, daß jetzt serbischer Regierung keine Provokation vorgeworfen werden könne. Sowohl Herr Cambon als Grey scheinen mir wieder sehr beschäftigt damit, die schwierige Stellung Herrn Iswolskys zu berücksichtigen. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1117. — ^{b)} Vom 3. März.

Nr. 1108. Tel. aus Paris, 4. März 1909 Nr. 12 (eing. 5 U. 20 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 29 vom 4. d. M.^{b)} Herr Pichon war gestern sehr beängstigt durch Zeitungsnachrichten, dass Euer

Exzellenz nur direkte Verhandlungen mit Serbien zugeben würden. Er hat die Überzeugung ausgesprochen, dass Serbien infolge der russischen Demarche auf die bisher erhobenen territorialen Ansprüche verzichten wird. Der Minister hofft, dass Österreich-Ungarn dann eine Aussprache mit den Mächten bezüglich unserer Konzessionen ökonomischer Natur nicht abweisen werde. Die Situation sei gefährlich, er hätte die grössten Schwierigkeiten, um Russland zurückzuhalten, und bat mich dringend, Euer Exzellenz anzuempfehlen, in der Form nicht zu rigoros zu sein. Ich habe Herrn Pichon gesagt, dass Herr Iswolsky Ursache und Schuld der serbischen Prätionen sei und ich das panslavistische Geschrei in Petersburg für Bluff halte, auf den wir nicht hineinfallen werden. Khevenhüller.

a) Vgl. n. 1125, 1126, 1127. — b) Vom 3. März.

Nr. 1109. Tel. nach Belgrad, 5. März 1909 Nr. 31 (chiff. 9 U. 10 M. p. m.).a) Abschrift.

Euer Hochgeboren wollen der königlich serbischen Regierung im Namen der k. u. k. gemeinsamen Regierung die nachfolgende Erklärung in Form einer offiziellen Note abgeben. Le Gouvernement Impérial et Royal commun d'Autriche-Hongrie se voit à son regret dans la nécessité de porter à la connaissance du Gouvernement Royal serbe ce qui suit: En présence de l'attitude observée depuis quelque temps par le Gouvernement Royal serbe il paraît impossible aux deux Gouvernements de la Monarchie austro-hongroise de soumettre au vote des parlements à Vienne et à Budapest le traité de commerce conclu l'année dernière et dont le terme de ratification est du reste déjà échu. En communiquant ce qui précède au Gouvernement serbe le Gouvernement Impérial et Royal commun se plaît à espérer que la Serbie, se rendant au conseil des Puissances, changera son attitude au sujet de la Bosnie et de l'Herzégovine et exprimera en même temps son intention bien-arrêtée de reprendre avec l'Autriche-Hongrie des rapports de bon voisinage. Le Gouvernement Impérial et Royal commun n'attend qu'une communication dans ce sens pour ouvrir avec le Gouvernement Royal de nouvelles négociations sur les relations de commerce et de trafic entre la Monarchie et le Royaume de Serbie. Gelegentlich der Uebergabe dieser Note wollen Euer Hochgeboren darauf hinweisen, daß die Eröffnung, mit der Sie beauftragt seien, als ein Akt des Entgegenkommens unsererseits aufzufassen sei, da wir hiedurch gewissermaßen die Konversation mit dem serbischen Kabinet eröffnen und ihm Gelegenheit zu einer Aussprache bieten. Sie wollen ausdrücklich hervorheben, daß unser Schritt nicht als eine mise en demeure anzusehen sei, daß die serbische Regierung Zeit habe, sich die Sache zu überlegen und daß wir keine sofortige Antwort verlangten. Eines sei aber jedenfalls klar, daß die aktuellen wirtschaftlichen Fragen auf dem direkten Wege zwischen der Monarchie und Serbien verhandelt werden müßten, wenn unsere Beziehungen zu Serbien wieder in ein normales Geleise gelangen sollen. Die russische Intervention und die auf dieselbe erfolgte Antwort der serbischen Regierung wollen Euer Hochgeboren bei Ihrer Demarche nicht berühren; wenn Herr Milovanović, wie dies sehr

leicht möglich ist, selbst darauf zu sprechen kommen sollte, so wollen Euer Hochgeboren bemerken, daß uns der offizielle Wortlaut der serbischen Äußerung nicht bekannt ist, daß wir aber, wenn die serbische Regierung wirklich eine so befriedigende Erklärung den anderen Mächten abgegeben habe, nicht begreifen könnten, warum dieselbe Abstand nehmen sollte, sie auch uns gegenüber zu wiederholen. Achrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 90 Nr. 124. Vgl. n. 1120, 1124, 1134, 1141, 1197, 1207, 1424.

Nr. 1110. Tel. aus Belgrad, 5. März 1909 Nr. 75 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Mein russischer Kollege, der mich soeben besucht hat, äusserte sich über die Situation in der bei ihm gewohnten sehr reservierten Art, doch ausdrücklich betonend, dass er die so zuversichtliche, zu optimistische Auffassung mehrerer Kollegen, besonders des französischen Gesandten, nicht teile; die serbische Antwort auf die russische Demarche sei noch nicht endgiltig formuliert und solange hier nicht etwas schriftliches fixiert sei, könne man in Belgrad sich nie mit Bestimmtheit aussprechen und seien Überraschungen nie ausgeschlossen. Er könne mir die Details der serbischen Antwort nicht mitteilen, da selbe vorerst noch nach St. Petersburg vorgelegt wurde und er die bezüglichlichen Weisungen seiner Regierung, auf welche noch Besprechungen mit der serbischen Regierung sicherlich folgen würden, noch nicht erhalten habe, aber stündlich erwarte. Jedenfalls habe serbische Regierung ernstes Bestreben einzulenken und eine konziliante friedliche Haltung einzunehmen; für eine glückliche Lösung müsse aber auch unserseits „de la coulance“ erhofft werden. Ich äusserte mich dem russischen Gesandten gegenüber ganz im Sinne Euer Exzellenz telegraphischer Mitteilungen über Hochderselben Gespräche mit dem russischen Geschäftsträger.^{b)} Mein russischer Kollege sprach in pessimistischer und gedrückter Weise über die Rückwirkung, die ein Waffengang zwischen uns und Serbien in Russland hervorrufen würde. Ich hatte den Eindruck, dass er ein eventuelles aktives Eingreifen seines Vaterlandes befürchtet und für nicht ausgeschlossen hält. Forgách.

a) Vgl. n. 1101, 1111, 1149. — b) Vgl. n. 1080.

Nr. 1111. Tel. aus Belgrad, 5. März 1909 Nr. 77 (eing. 6. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ich besuchte den Minister des Äussern und ihn begrüßend, daß er in dem am Tage meiner Abreise gebildeten neuen Kabinette seinen Platz behalten habe, sprach ich meine Hoffnung aus, daß das nunmehrige alle Parteien vertretende Ministerium den Mut haben werde, den unheilvollen Weg der letzten Monate vollständig zu verlassen und durch aufrichtige Schritte bei uns zu normalen nachbarlichen Beziehungen wiederzukehren. Der Minister antwortete mit seinen gewöhnlichen Phrasen über die Schwierigkeiten und Lebensinteressen Serbiens, versicherte mich aber, daß die Regierung entschlossen sei, die bisherige Richtung zu ändern und demnächst ihre Entscheidung bekanntgeben werde. Über die Details der serbischen

Antwort an Russland machte er mir keine Mitteilungen und stellte ich auch keine Fragen. Da er über die übertriebenen Forderungen der letzten Artikel des Fremdenblatt klagte, benützte ich den Anlaß, um ihn in ernstester Weise auf die Gefahren der fortgesetzten Spannung und der serbischen Auffassung aufmerksam zu machen. Ich sei ohne jedwede spezielle Instruktion Euer Exzellenz bezüglich meiner Sprache gegenüber der serbischen Regierung zurückgekehrt; Serbien solle aber keine Zeit verlieren und den günstigen Moment, in welchem es ohne direkte Pression unsererseits, nur auf den Rat der befreundeten Mächte, sich aus seiner unhaltbaren Lage retten könne, nicht versäumen. Es müsse schnell und vollständig handeln, allen Thorheiten entsagen und selbst den Weg nach Wien finden. Wir hätten keine Absicht, Serbien zu erniedrigen, aber dasselbe müsse in deutlicher Weise die Irrungen der letzten Monate fallen lassen. Mit halben Lösungen, Phrasen, Kautelen und so weiter könne man uns jetzt nicht mehr kommen. (Fortsetzung folgt.)

Forgách.

a) Vgl. n. IIII, III2.

Nr. 1112. Tel. aus Belgrad, 5. März 1909 Nr. 79 (eing. 6. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung zu Telegramm Nr. 77. Minister des Aeussern war durch meine Ausführungen sichtlich impressioniert und gab schliesslich zu, daß die Umkehr eine vollständige sein muss. Die Regierung werde Alles tun, was sie könne und was nicht gegen die Würde des Landes verstosse. Als ich das Ministerium verließ, begegnete ich den Ministerpräsidenten, der mich frug, ob ich nun zufrieden sei, da die Regierung am besten Wege sei, die Situation zu klären. Auf meine Antwort, ich sei offiziell von keiner Sinnesänderung Serbiens verständigt, sagte Herr Novaković, die Entscheidung der Regierung, die uns zufriedenstellen werde, sei noch nicht endgiltig festgestellt. In ganz aufrichtiger Weise erklärte er mir dann, daß die Situation für Serbien unhaltbar sei und dasselbe sich mit uns verständigen und zu normalen Beziehungen zurückkehren müsse. Auf meine Erwiderung, daß hierzu höchste Zeit sei und Serbien baldigst sich nach Wien wenden möge, sagte Herr Novaković, die Regierung würde auch hierzu sich entschliessen können, wenn wir die nationale Würde respektieren und zu keinen unmöglichen Schritten drängen. Vorläufig stehe aber zwischen uns und Serbien noch Europa. Serbien werde jetzt von Russland und den Signatarmächten verlangen, daß dieselben sich sofort über unser türkisches Protokoll aussprechen, eventuell die Annexion anerkennen; dann könne Serbien den Rückzug finalisieren und Aspirationen auf das uns zugesprochene Territorium fallen lassen. (Fortsetzung folgt.)

Forgách.

a) Vgl. n. IIII, III2.

Nr. 1113. Tel. aus Belgrad, 5. März 1909 Nr. 80 (eing. 6. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 79. Ich bemerkte, daß Serbien Rußland in eine schwierige Lage versetzte, worauf der Ministerpräsident

einige unfreundliche Worte über Russland gebrauchte. Weder demselben noch anderen Mächten sei Serbien Dank schuldig; dieselben hätten teilweise die heutige Lage verschuldet und hätten daher die Pflicht, Serbien eine Wendung zu erleichtern. Ministerpräsident schloss mit sehr verständigen und korrekten Erklärungen und bat mich nur wiederholt, auf die nationalen Empfindlichkeiten, auf die Erregung, auf die notwendige Würde des Landes Rücksicht zu nehmen und der serbischen Regierung die Wendung nicht zu erschweren. Die Mitteilungen des Ministerpräsidenten machen es mir selbstverständlich, warum der russische Gesandte (mein Telegramm Nr. 75) sich zu mir so misshütig und wenig zuversichtlich über die serbische Stellungnahme äusserte. Diesbezüglich habe ich noch nachzutragen, daß mein russischer Kollege mir bereits für morgen nachmittags detailliertere Auskünfte in Aussicht stellte. Dem deutschen Gesandten sagte Minister des Äussern heute, daß es sich bisher nur um einen Entwurf handle, der vorerst zur Genehmigung nach Petersburg telegraphiert wurde. Erst nach der dortigen stündlich erwarteten Antwort werde Text fixiert und allen Signatarmächten, auch Österreich-Ungarn, übermittelt werden.

Förgách.

a) Vgl. n. 1141.

*Nr. 1114. Tel. aus Cetinje, 5. März 1909 Nr. 23 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Russischer Geschäftsträger hat sich vorgestern nach Rieka begeben, um dem Fürsten von der seitens Russlands in Belgrad gemachten Demarche^{b)} Mitteilung zu machen. Desgleichen hat der italienische Gesandte, wie ich dessen vertraulichen Äusserungen entnehme, den unerwartet hier eingetroffenen Fürsten gestern von den seitens der italienischen Regierung in Belgrad erteilten Ratschlägen in Kenntnis gesetzt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass auch Montenegro denselben Folge geben werde. Baron Squitti habe beigefügt, dass Montenegro in keinem Falle auf eine effektive oder moralische Unterstützung seiner Aspirationen seitens Italiens rechnen könne. Auf die Antwort des Fürsten „Nous marcherons pourtant“, habe italienischer Gesandter geantwortet, „Ce serait une folie“, was den Fürsten nachdenklich gestimmt habe. Mein italienischer Kollege beabsichtigt heute, den Auftrag seiner Regierung auch dem Ministerpräsidenten gegenüber zur Ausführung zu bringen.

Kuhn.

a) Oe.-U. Bosnien 89 Nr. 123. Vgl. n. 1084, 1085, 1137, 1142, 1143, 1166. —

b) n. 1084.

*Nr. 1115. Tel. aus Cetinje, 5. März 1909 Nr. 24 (eing. 6. März 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Gestern abends bin ich vom Fürsten zum ersten Male seit Mitte November in den Konak gebeten worden. Im Laufe der sich zunächst in Allgemeinheiten bewegendem Unterredung machte Seine königliche Hoheit die Bemerkung, er hoffe noch immer auf die eventuell im Wege einer Grenzregelung sich betätigende Grossmut Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät.

Ich ermangelte nicht, dem Fürsten gegenüber unter Berufung auf meine seinerzeitigen Mitteilungen zu betonen, dass welche Gebietsabtretung immer ausgeschlossen sei. Er wisse, dass die Dispositionen der k. u. k. Regierung die besten seien und dass selbe bereit sei, den Wünschen des Fürstentums entgegenzukommen. Um diese Dispositionen betätigen zu können, müsste jedoch vorher eine Änderung der gegenwärtigen gegnerischen Haltung des Fürstentums eintreten. Der Fürst, welcher hierauf das Gespräch ablenkte, verabschiedete mich in der zuvorkommendsten Weise. Die an mich ergangene Einladung ins fürstliche Palais wird auch von meinen Kollegen als das Anzeichen einer möglicherweise beginnenden Ernüchterung gedeutet.

Kuhn.

a) Vgl. n. 1137.

Nr. 1116. Tel. nach London, 5. März 1909 Nr. 34 (chiffr. 3 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. und G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramm No. 31 vom 2. März erhalten. Die Ansichten, die Sir E. Grey über den auch ihm unerlässlich scheinenden „accord préalable“ entwickelte, decken sich vollkommen mit meiner Euer Exzellenz bekannten Anschauung und ich bin sehr erfreut, diese Übereinstimmung konstatieren zu können. Ist der accord in den verschiedenen Belangen einmal vorhanden, so kann er tatsächlich auf dem Wege eines bloßen Notenaustausches in ein definitivum verwandelt werden, ohne daß zu einem komplizierten Verfahren gegriffen zu werden brauchte. Durch meine an die Kabinette ergangene Mitteilung des mit der Türkei betreffs Bosniens und der Herzegowina gezeichneten Protokolles^{b)} ist der erste Anstoß zu einem solchen accord préalable gegeben; es schiene mir angezeigt, daß Euer Exzellenz den Herrn Staatssekretär, wenn Sie ihn von dem Inhalte dieses Telegrammes verständigen, darauf aufmerksam machen. In diesem Sinne habe ich mich gestern dem englischen Botschafter gegenüber ausgesprochen.

Aehrenthal.

a) Oe.-U.Bosnien 89 Nr. 122. Vgl. n. 1155. — b) n. 1096.

Nr. 1117. Bericht aus London, 5. März 1909 Nr. 22 B (eing. 8. März). Ausfert.

Mit meinen Telegrammen No. 30 vom 2. und No. 32 vom 4. diesen Monats, habe ich mir erlaubt, Euer Excellenz über meine letzten Gespräche mit Sir Edward Grey zu berichten, so dass mir heute nur wenig beizufügen übrig bleibt. Der Staatssekretär sprach wiederholt den aufrichtigen Wunsch aus, dass die Verhandlungen nicht abermals an einen toten Punkt gelangen mögen. Ein derartiger deadlock habe durch einige Zeit in den Pourparlers zwischen Wien und Constantinopel bestanden, bis Euer Excellenz denselben, durch Anbot einer finanziellen Entschädigung an die Pforte, behoben hätten, dann wieder in den türkisch-bulgarischen Verhandlungen bis zum Eintritt der russischen finanziellen Mediation. Vor einigen Tagen schien die Situation bezüglich Serbiens sehr schlecht; nun sei durch die russische

Démarche in Belgrad^{a)} wieder ein Hoffnungsschimmer gekommen und der Staatssecretär hätte sich der Erwartung hingegeben, dass die k. u. k. Regierung die grosse Anstrengung anerkennen würde, welche Russland im Interesse des Friedens gemacht hat und auch ihrerseits Entgegenkommen zeigen würde (meet Russia half way.) Sir Edward schien die letzte Action des russischen Cabinets ziemlich hoch anzuschlagen, weil es Herrn Iswolsky nicht leicht sein konnte, die Rathschläge zum Aufgeben territorialer Compensationen in Belgrad zu ertheilen. Der Staatssecretär hatte, wie er mir sagte, gestern Nachmittag noch keine Meldung über die serbische Antwort. Ehe er dieselbe, eben so wie die diesbezügliche russische Auffassung kenne, sei es schwierig und nutzlos, sich in eine Discussion darüber einzulassen. Im Laufe unserer vertraulichen Unterredung verwerthete ich die im hohen Telegramm Eurer Excellenz Nr. 33, vom 3. nachts, niedergelegten Ausführungen. Ich fügte auch noch Einiges bei über den Stand der öffentlichen Meinung bei uns, die endlich wirklich aufgebracht sei und eine Garantie dafür verlange, dass wenn man nunmehr zu irgend einem Arrangement gelange, dasselbe definitiv sein müsse, damit wir nicht in einigen Monaten einem neuerlichen Aufflackern serbischer Agitationen ausgesetzt seien. Sir Edward zeigte für Manches, das ich ausführte, Verständniss. Er sah vollständig ein, dass Verhandlungen über einen Handelsvertrag und Bahnanschlüsse direkt geführt werden müssten und ich hatte die Empfindung, dass die Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen Fragen die direct zwischen Wien und Belgrad besprochen werden sollten und solchen, die einen internationalen Charakter haben, seinen klaren und präzisen Verstand als richtig frappirte. Ebenso verstand er, dass irgend ein „replâtrage temporaire“ keinen Werth hätte und fand den bei uns bestehenden Wunsch vollständig berechtigt, eine bleibende Regelung herbeizuführen. Er kam aber stets darauf zurück, dass Serbien im Verhältnisse zur Monarchie so schwach sei, dass es bei directen Verhandlungen in eine derartige Inferiorität versetzt würde, dass man es dem Königreiche nicht verargen könne, wenn es lieber sein Schicksal in die Hände der Mächte lege. (Die Türkei sei uns gegenüber in einer anderen Lage gewesen, erstens als eine doch bedeutendere Macht als Serbien und auch nicht so exponirt, wie das benachbarte kleine Königreich es uns gegenüber ist). Was sollte man thun, frage er sich, wenn Serbien zwar die von England, Frankreich und Italien unterstützten russischen Rathschläge zum Aufgeben territorialer Compensationen (worin Sir Edward Grey auch das Fallen lassen der Forderung der Autonomie begreift) annimmt, im Übrigen aber die Entscheidung über die wirtschaftlichen Fragen den Mächten überlassen will. Ich antwortete, dass ja die Mächte dann noch immer der serbischen Regierung den Rath ertheilen könnten, directe Verhandlungen mit Wien zu beginnen. Ich betonte bei dieser Gelegenheit, dass bis jetzt in Serbien der Gedanke blos wirtschaftlicher Concessionen stets mit Hohn zurückgewiesen worden sei, worauf Sir Edward bemerkte, das mache unseren Erfolg umso grösser, wenn das Königreich sich jetzt dazu bequeme, solche anzunehmen. Im Laufe unserer längeren Unterredung, gab Sir Edward auf eine meiner Bemerkungen zu, dass Serbien nicht wie die Türkei, aus der Annexion Bosniens und der Herzegowina Ersatz-

Ansprüche zu erheben berechtigt sei. Durch die Thatsache der Annexion sei aber der ganze Complex der Balkan-Fragen aufgerollt worden, die nun gleichzeitig geregelt werden müssten, wenn man zu ruhigeren Verhältnissen zurückkehren wolle. Zu diesen Fragen gehörten eben auch die serbischen und montenegrinischen Aspirationen, die nicht daraus ausschaltet werden könnten. Sowohl Sir Edward Grey, als mein französischer Colleague gaben sich die grösste Mühe, die „grosse Anstrengung“ hervorzuheben, welche die russische Regierung im Interesse des Friedens gemacht hat und rechnen es Herrn Iswolsky hoch an, dass er sich zu diesem Schritte entschlossen hat. Es scheint mir eine der merkwürdigsten Erscheinungen der letzten Monate, wie die verschiedenen Cabinetes sich immer wieder mit der schwierigen persönlichen Stellung Herrn Iswolskys beschäftigen und wie er es verstanden hat, ein Mitgefühl für seine Lage zu erwecken, das man beinahe Mitleid nennen könnte. Meines Wissens ist es das erstemal, dass in internationalen Verhandlungen auf die persönlichen Schwierigkeiten des Auswärtigen Ministers eine Grossmacht so viel Rücksicht genommen wird. Ob dies geeignet ist, auf die Dauer das Prestige des eiteln russischen Diplomaten zu erhöhen, will ich dahingestellt lassen. Mensdorff.

P. S. Nach Fertigstellung dieses Berichtes habe ich heute Nachmittag gegen 6 Uhr Sir Edward Grey gesehen. Derselbe schien erfreut über die ihm von Cartwright gemeldete Unterredung Euer Excellenz mit dem Botschafter, weil er daraus entnahm, dass Hochdieselben eine viel conciliantere Sprache führten, als die Wiener Press-Organen. (Der Fremdenblatt-Artikel hatte hier verstimmt.) Sir Edward war noch nicht im Besitze des Textes der serbischen Note und hatte nur telegraphische Résumés davon aus Belgrad und Petersburg erhalten. Er bezeichnete aber die ganze Situation nach den ihm zugekommenen Depeschen heute als hoffnungsvoller. Mensdorff.

a) n. 1084.

Nr. 1118. Privatschreiben aus London, 5. März 1909.^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Das hohe vertrauliche Privatschreiben Euer Excellenz vom 25. Februar betreffend eine angebliche Verstimmung Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Herrn gegen König Eduard habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Als ich vor einigen Tagen mit dem Privatsecretär des Königs, Lord Knollys sprach, sagte mir derselbe vertraulich, sein höchster Herr hätte Kenntniss erhalten von den Gerüchten, die in Wien, wie es scheint, in der Gesellschaft in Umlauf sind, dass nämlich König Eduard in Ischl Seine Majestät den Kaiser und König dadurch verletzt hätte, dass Er Allerhöchstdemselben gesagt hätte, Er versetze Goschen nach Berlin, um ihm ein Avancement zu geben und dergleichen Klatsch mehr. König Eduard schien, soweit ich den Äusserungen Lord Knollys entnehmen konnte, nicht unter dem Eindrucke zu stehen, dass unser Allergnädigster Herr thatsächlich gegen ihn verstimmt sei, sondern hatte eben nur von dem oben erwähnten Geschwätz gehört. Ich versicherte Lord Knollys, dass, nachdem ich in Ischl anwesend war, ich besser als irgend jemand wisse, wie unbegründet diese Gerüchte seien und sprach die Vermuthung aus, dass

dieselben wahrscheinlich gar nicht zur Allerhöchsten Kenntniss gelangt sind. Ich sprach mich in Gemäßheit des hohen Schreibens dahin aus, dass ich von maßgebendster Seite wisse, dass unser Allerhöchster Herr stets bereit ist, dieselben freundschaftlichen Beziehungen mit König Eduard fortzusetzen, die seit jeher zwischen den beiden erlauchten Herrschern bestanden haben. Es war mir umso willkommener dies thun zu können, als mir Lord Knollys in der letzten Zeit wiederholt versicherte, dass die Gefühle persönlicher Anhänglichkeit und grenzenloser Verehrung des Königs für die Allerhöchste Person unseres Allergnädigsten Herrn in keinem Augenblicke der zwischen den beiderseitigen Regierungen zu Tage getretenen Meinungsverschiedenheiten auch nur die geringste Veränderung erfahren hätten. In dem hohen Privatschreiben erwähnen Euer Excellenz abermals den Umstand, dass König Eduard es durch einige Zeit vermieden hat, mit mir über politische Fragen zu sprechen. Wie Euer Excellenz aus meiner Berichterstattung bekannt ist, hat Seine Majestät seit dem Zustandekommen unserer Einigung mit der Türkei^{b)} bereits wiederholt mir gegenüber politische Themas berührt, was darauf schliessen lässt, dass der höchste Herr zu dem vertrauensvollen Tone, mit welchem Er mich früher beehrte, zurückkehren dürfte. Ich habe aber, während der Zeit, wo politische Gespräche ausgeschaltet schienen, Lord Knollys gegenüber im strengsten Vertrauen mehrmals darauf hingewiesen, in welcher schwierige Situation es mich versetze, wenn sein höchster Herr fortfahre, jedem politischen Gespräche mit mir aus dem Wege zu gehen. Der vertraute Privatsecretär König Eduards erwiderte mir stets, dass Seine Majestät es Sich zur Regel gemacht habe, wenn gegensätzliche Ansichten zwischen Seiner und einer fremden Regierung beständen, eine Erörterung dieser Fragen mit dem betreffenden Vertreter zu vermeiden. Lord Knollys bezeichnete es sogar als eine Rücksicht des Königs, da es ja für einen Botschafter nicht angenehm sein könnte, aus dem Munde des Monarchen Kritiken der von ihm vertretenen Regierung zu hören. Andererseits könne Seine britannische Majestät bei den hier bestehenden streng constitutionellen Anschauungen niemals eine andere Ansicht äussern, als die Seiner jeweiligen Regierung. Ich konnte Lord Knollys nicht verhehlen, dass in meinem speciellen Falle die Situation für mich peinlich zu werden drohe und dass ich, da ich ja Begegnungen mit dem höchsten Herrn nicht aus dem Wege gehen könnte, ernstlich die Frage erwäge, ob ich nicht unter irgend einem Vorwande bei meiner Regierung um einen Urlaub einkommen sollte. Bald nach einer meiner diesbezüglichen Unterredungen mit Lord Knollys kam die Einigung Euer Excellenz mit der türkischen Regierung zu Stande^{b)} und bei der nächsten Gelegenheit — anlässlich meines Besuches in Windsor — nahm der König Anlass, mit mir über die Situation zu sprechen. Nunmehr ist Seine Majestät abgereist und ich gebe mich der Erwartung hin, dass, falls nicht neue ernste Complicationen eintreten, der König nach Seiner Rückkehr den früheren vertrauten Verkehr mit mir aufnehmen wird und das durch einige Wochen bestandene etwas schwierige Verhältniss der Vergangenheit angehören und vergessen werden wird.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1677. — ^{b)} Vgl. n. 1064.

*Nr. 1119. Privatschreiben nach Sofia, 5. März 1909.^a) Konz. (S. Gagern;
V. u. G. Aehrenthal).*

Wie Graf Czernin Euer Hochgeboren mündlich berichtet haben wird, hat Herr Saraſow am 2. d. M. im Auftrage Seiner königlichen Hoheit des Fürsten Ferdinand zunächst bei Sectionschef von Müller und dann bei mir vorgesprochen und mir die Absicht seines gnädigsten Herrn angekündigt mich während Seines hiesigen Aufenthaltes aufzusuchen. Anknüpfend hieran richtete der Herr diplomatische Agent die Frage an mich, ob ich dem Fürsten anlässlich Dessen Besuches bei mir die Ihm infolge der Proclamierung Bulgariens zum Königreiche zukommenden königlichen Ehren erweisen würde. Ich machte demgegenüber Herrn Saraſow darauf aufmerksam, daß ich ungeachtet des privaten Characters, den der Besuch des Fürsten unzweifelhaft an sich tragen würde, eine Äußerung in der von ihm gewünschten Richtung nicht abgeben könne, sondern mich darauf beschränken müsse, auf unsere Stellungnahme in der Anerkennungsfrage zu verweisen, wie wir sie infolge der Reise Seiner königlichen Hoheit nach Petersburg zu präcisiren in der Lage gewesen seien. Diese Antwort scheint den Fürsten nicht befriedigt zu haben, denn Höchstderselbe ist, obwohl seit jener Demarche Seines diplomatischen Vertreters bereits mehrere Tage verstrichen sind und der Besuch eigentlich noch für den 2. d. M. in Aussicht gestellt war, nicht bei mir erschienen. Hätte Fürst Ferdinand mir den angekündigten Besuch abgestattet, so würde ich wohl kein Bedenken getragen haben, Höchstdenselben bei dieser ganz privaten Zusammenkunft in meiner Ansprache als König zu behandeln. Indessen scheint es Seiner königlichen Hoheit auf eine solche Behandlung wie überhaupt auf einen Besuch bei mir weniger angekommen zu sein, als vielmehr darauf, von mir eine Erklärung zu erhalten, die er gewiß in der Folge nicht unterlassen haben würde, der Öffentlichkeit gegenüber zum mindesten als eine „reconnaissance de courtoisie“ des Wiener Kabinetts darstellen zu lassen. Es muß nun wohl damit gerechnet werden, daß Seine königliche Hoheit wegen meiner bei dem erwähnten Anlasse beobachteten Haltung stark gegen uns verstimmt sein und uns dies auf alle mögliche Weise zu erkennen geben wird. Zwischen einer Verstimmung des Fürsten und einem Abweichen von unserem wohlerwogenen in der Anerkennungsfrage eingenommenen Standpunkte habe ich erstere als das kleinere von zwei Übeln wählen zu sollen geglaubt.

Postscriptum. Wie ich durch Herrn Mişu, der im Palais Coburg vorgesprochen, erfahre, ist Fürst Ferdinand gegen mich äußerst aufgebracht und scheint sich sogar zu allen möglichen Drohungen verstiegen zu haben. Zufolge Äußerungen des Herrn Gesandten ist diese Erregung wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß Herr Saraſow, sei es aus Ungeschick oder absichtlich, das Gespräch mit mir arg entstellt haben dürfte. Wollen Euer Hochgeboren eine Gelegenheit suchen, Seine königliche Hoheit durch Herrn Dobrovitsch in die Kenntnis des wahren Inhaltes des bewußten Gespräches zu bringen und betonen, daß ich auf die früher erwähnte Anfrage des bulgarischen Vertreters eine andere Antwort zu geben nicht in der Lage war. Daß ich die dem Herrscher Bulgariens schuldige Ehrerbietung nicht

im geringsten mindern wollte, geht schon aus dem Umstande hervor, daß ich mich im Palais Koburg einschreiben ließ.

^{a)} Vgl. n. 1139, 1147.

*Nr. 1120. Tel. aus Belgrad, 6. März 1909 Nr. 81 (eing. 3 U. 55 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Ich habe den im Telegramm Euer Exzellenz Nr. 31 von gestern erhaltenen Wortlaut mit offizieller Note Minister des Äußern übergeben und mich im Sinne der hohen Instruktion ausgesprochen. Minister schien unsere entgegenkommende Haltung aufzufassen, wollte sich aber jeder Äußerung enthalten, da er Note dem Ministerrate unterbreiten müsse. Von selbst erwähnte er, dass die auf die russische Démarche beschlossene, die Änderung in der Haltung Serbiens erklärende Note eigentlich fertig sei und auch uns übergeben werden würde. Doch sei die in Petersburg angesuchte Zustimmung noch nicht eingetroffen. Letzteres bestätigte mir soeben auch mein russischer Kollege.

Forg  ch.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 91 Nr. 126. Vgl. n. 1121, 1214.

*Nr. 1121. Tel. aus Belgrad, 6. März 1909 Nr. 82 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Französischer Gesandter teilte mir mit, es sei eine Depesche aus Petersburg eingetroffen, laut welcher Herr Iswolsky im Prinzip der serbischen Erklärung zustimme, sich aber noch eine detaillierte Antwort vorbehalte. Dies verzögere endgültige Redaktion serbischer Note. Mein französischer Kollege fügte hinzu, dass, falls Note mit dem ihm vorgelesenen Entwurf übereinstimmt, wir voraussichtlich zufrieden sein dürfen. Entwurf wäre lang und gewunden gewesen, hätte aber mit der ausdrücklichen Erklärung geendet, dass Serbien mit uns korrekt nachbarliche Beziehungen aufrecht erhalten wolle, keinerlei Forderungen aus Anlass der Annexion aufstelle und seine Interessen in die Hände der M  chte lege. Die Übergabe dieser schriftlichen Erklärung in Wien hätte auch unserem bezüglichen Begehren entsprochen.

Forg  ch.

^{a)} Vgl. n. 1120, 1141.

Tel. nach Berlin, 6. März 1909 Nr. 47 (chiff. 7 U. p. m.). Siehe n. 1124.

*Nr. 1122. Tel. aus Berlin, 6. März 1909 Nr. 67 (eing. 7. März 1909
9 U. a. m.). Entziff.*

Das in der heutigen Rundschau der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erschienene Entrefilet und der unter der Spitzmarke „Kaltes Blut“ in der „Kölnischen Zeitung“ von gestern an leitender Stelle publizierte Artikel haben bei meinen Kollegen und in den Journalistenkreisen großes Aufsehen gemacht. Insbesondere ist mein französischer Kollege sehr impressioniert. Er sagte mir: „Ce ne sont pas des constatations de faits, mais des fanfares.“ Staatssekretär sagte mir, dass das Communiqué in

der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ auf direkten Wunsch des Reichskanzlers veröffentlicht wurde, um die Situation zu präzisieren und keine (Zweifel)^{a)} darüber zu lassen, dass die Forderung Österreich-Ungarn sollte bei seinen Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen die Mächte als Mandatäre Serbiens zulassen, deutscherseits ebenso entschieden zurückgewiesen wird, als österreichisch-ungarischerseits. Diese hochoffizielle Enunziation sei darum notwendig gewesen, um die an mancher Stelle des In- und Auslandes immer wieder auftauchende Vermutung, als ob Deutschland geneigt wäre, sich doch zu einer Vermittlerrolle zwischen den österreichisch-ungarischen und den russisch-serbischen Forderungen herzugeben, aus der Welt zu schaffen. Szögyény.

^{a)} Chiffre fehlt.

Tel. nach Bukarest, 6. März 1909 Nr. 52 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 1124.

Tel. nach Cetinje, 6. März 1909 Nr. 23 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 1124.

Tel. nach Konstantinopel, 6. März 1909 Nr. 87 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 1124.

Nr. 1123. *Auszug aus einem Bericht des Militärbevollmächtigten in Konstantinopel an den Chef des Generalstabs, 6. März 1909 Nr. 147 (mitgeteilt als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 12. März 1909 Nr. 1200, eing. 22. März). Abschrift.*

Mit den Albanesenführern werden Verhandlungen behufs sofortiger Mobilmachung eines starken Albanesen Aufgebotes im Falle eines serbisch-montenegrinischen Angriffes auf den Sandžak gepflogen. Die Albanesen haben sich bereit erklärt, binnen 24 Stunden weit über 100.000 Mann zu stellen.

Nr. 1124. *Tel. nach London Nr. 35 (1), Paris Nr. 31 (2), Rom Nr. 37 (3), Berlin Nr. 47 (4), St. Petersburg Nr. 49 (5), Konstantinopel Nr. 87 (6), Bukarest Nr. 52 (7), Sofia Nr. 46 (8) und Cetinje Nr. 23 (9), 6. März 1909 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. u. G. Pogatscher).*

1.—5. Ich habe gestern nachstehende Instruction an Graf Forgách gerichtet: scribatur Telegramm nach Belgrad vom 5. l. M. No. 31 in extenso von „Euer Hochgeborn wollen der k.“ bis „zu wiederholen“. So lautet die an Graf Forgách gerichtete Weisung.

6., 8., 9. Vorstehendes zu Euer etc. Information.

7. Vorstehendes zu Euer Durchlaucht Information und Verwertung bei Seiner Majestät dem Könige.

1.—5. Euer etc. wollen den Herrn Minister des Äussern mündlich von dem Inhalte der von dem k. u. k. Gesandten in Belgrad zu übergebenden Note informieren. Eine Démarche unter Mittheilung einer Copie dieser Note, wie ich dies bezüglich unseres Ententeprotokolls mit der Türkei Hochdenselben aufgetragen, liegt nicht in meinen Intentionen. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1136, 1138, 1145, 1171, 1172, 1195.

Nr. 1125. *Tel. nach Paris, 6. März 1909 Nr. 30 (chiffr. 12 U. 20 M. p. m.).*^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Seit der mit Ihrem Telegramme vom 4. l. M., Nr. 12, gemeldeten Unterredung mit Herrn Pichon ist Euer Exzellenz meine telegraphische Weisung vom gleichen Tage Nr. 29 zugekommen, in welcher Hochdenselben die Argumente, die zur Vertretung unseres Standpunktes in der Frage direkter gegenseitiger Verhandlungen zwischen Wien und Belgrad geeignet sind, an die Hand gegeben wurden. Mit der im letzten Alinea^{b)} Ihres Telegrammes wiedergegebenen Sprache Herrn Pichon gegenüber bin ich vollkommen einverstanden, wie es mir überhaupt erwünscht ist, daß Euer Exzellenz jeden Anlaß wahrnehmen, um der französischen Regierung, deren Haltung in der jüngsten Zeit in Petersburg Mißfallen erregt hat und die man von dort aus zu alarmieren und hiedurch gefügiger zu machen sich bestrebt, das Rückgrat zu kräftigen. Wenn nun einerseits die in der eingangs zitierten Weisung angeführten Gründe für die Berechtigung unseres direkte Verhandlungen mit Serbien ins Auge fassenden Standpunktes sprechen, erscheint dieser Weg andererseits auch als der einzig natürliche und praktische, da ja Österreich-Ungarn und Serbien in ununterbrochenen diplomatischen Beziehungen stehen und gegenseitig durch bevollmächtigte Gesandte vertreten sind. Wenn Rußland unter diesen Umständen gegen solche direkte Verhandlungen wirkt, so müßte darin das Bestreben Herrn Iswolskys erblickt werden, die Situation dahin auszunützen, um sich zu einem persönlichen Erfolge zu verhelfen. Es wäre sehr zu hoffen, daß Frankreich, welches in so dankenswerter und kluger Weise für die Erhaltung des im allgemeinen Interesse liegenden Friedens eingetreten ist, diese keineswegs aus begründeten sachlichen Motiven entspringende Absicht erkenne, die nur geeignet ist, die Situation zu komplizieren und zu erschweren, und daß es in Belgrad daher nicht in dem Sinne wirken werde, Serbien von einer direkten Aussprache mit uns zurückzuhalten. Euer Exzellenz wollen sich Herrn Pichon gegenüber vertraulich in diesem Sinne aussprechen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1171. — b) Beginnt mit: „Ich habe Herrn Pichon gesagt“.

Tel. nach Paris, 6. März 1909 Nr. 31 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 1124.

Nr. 1126. *Bericht aus Paris, 6. März 1909 Nr. 5 B (eing. 8. März).*^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Da Herr Pichon in der vorigen Woche seinen Empfang abgesagt hatte, sah ich ihn bei meinem Besuche am 3. März das erstemal seit zwei Wochen. Euer Excellenz telegrafische Depeschen der letzten Tage hatten für mich keine besonderen Aufträge enthalten, und nachdem ich dem Minister nichts zu sagen hatte, was er nicht von anderer Seite erfahren konnte, hielt ich es taktisch für richtiger Gespräche über die Situation dermalen nicht zu provozieren. Herr Pichon empfing mich mit dem Ausrufe „ich hoffe, Sie werden in der Formfrage wegen Serbien nicht intransigent sein“. Ich fragte „hat denn Serbien bereits auf die territorialen Ansprüche Verzicht geleistet?“ Der Minister antwortete „noch nicht, aber ich zweifle nicht, dass es baldigst geschehen wird“. Es entwickelte sich aus diesen

kurz hingeworfenen Aphorismen ein eingehendes Gespräch über die Lage. Herr Pichon ist beunruhigt, wegen der Artikel des Fremdenblattes, wegen eines Passus der Rede Herrn Wekerles und vermutlich auch wegen Meldungen Herrn Croziers über seine letzte Unterredung mit Euer Exzellenz, deren in dero hohem Chiffre-Telegramm No. 19^{b)} Erwähnung geschah. Pichon ist in Angst, weil er befürchtet, Euer Excellenz würden es refusiren, sich Russlands oder der anderen Mächte zu bedienen, um erstens den serbischen Rückzug anzunehmen, zweitens an Serbien unsere wirtschaftlichen Koncessionen bekannt zu geben. Er sagte mir: „Sie können mir glauben, dass ich in St. Petersburg einen sehr schweren Stand habe. Sie werden doch nicht einen Krieg anfachen wollen ‚pour une question de procédure‘.“ Der Minister bat mich eindringlich Euer Excellenz seine Beklemmungen berichten zu wollen und fügte hinzu, dass die Lage ihm bedenklich erschiene, wenn wir nicht davon abständen, die direkte Verständigung mit Serbien zu begehren. Ich habe Veranlassung genommen Euer Excellenz in meinem ergebensten Telegramme Nr. 12 vom 4. März über meine Aussprache zu relationiren. Es bleibt mir nicht viel hinzuzufügen. Um ein Missverständnis zu vermeiden, bemerke ich, dass ich das Telegramm Eurer Excellenz No. 29 nicht besass, als ich Herrn Pichon sprach. Ich habe den Herrn Minister daran erinnert, dass ich bereits am 26. Oktober (gemeldet durch Telegramm No. 45 vom 26. Oktober v. Js.) ihm eine Mitteilung gemacht hatte bezüglich der ökonomischen Zugeständnisse an Serbien. Dieses Land habe aber ungebührliche, jedes rechtlichen Grundes entbehrende Forderungen aufgestellt, welche direkt auf Herrn Iswolskys Publikation des Punktes 7 zurückzuführen wären. Der russische Minister sei der Urheber der territorialen Revindikationen Serbiens. Russland habe unsern nun abgeschlossenen Ausgleich mit der Türkei ungern gesehen. Er habe sich weniger wegen der Wahrung des Friedens als aus egoistischen Macht-Gelüsten zwischen Bulgarien und die Türkei eingeschoben. Wir seien dieser Aktion gegenüber ruhig bei Seite gestanden und hätten nicht gestört. Nun sei die Phase gekommen, wo Frankreich und England Russland aufgefordert hatten gemeinsam in Belgrad einzuwirken. Nach einigem Schwanken habe es Herr Iswolsky vorgezogen in Serbien allein als acteur aufzutreten. Wir hätten abzuwarten, ob Russlands Einschreiten ein glattes und klares Resultat zeitige. Auf zweideutige und wie es serbischer Gewohnheit entspräche, verlogene Antwort könnten wir sicherlich nicht unsere Haltung ändern. Serbien habe uns herausgefordert und gerüstet. Wenn Umkehr eintritt, muss eine solche klaglos dastehen. Wir können nicht akzeptiren, dass zwischen uns und Serbien eine russische oder andere Vermittlung eingeschoben werde, die wir niemals begehrt hätten. Ich sagte Herr Pichon: „C'est difficile d'accepter que celui qui a allumé l'incendie se qualifie comme pompier.“ Den Lärm in St. Petersburg hielte ich für bluff, um uns einzuschüchtern und zu einer retraite zu bewegen. Ich glaube, dass Herr Pichons Angst waschecht ist, warum, erlaube ich mir an anderer Stelle^{c)} zu entwickeln.

Khevenhüller.

^{a)} Vgl. n. 1127, 1129. — ^{b)} Dieses Tel. wurde nicht aufgenommen, weil sein Inhalt in n. 1020 und 1021 wiedergegeben ist. — ^{c)} n. 1127.

*Nr. 1127. Bericht aus Paris, 6. März 1909 Nr. 5 D (eing. 8. März).^{a)}
Ausfert.*

Vertraulich. In meinem Telegramme Nr. 11,^{b)} habe ich Euer Exzellenz gemeldet, dass Herr von Nelidoff an den Herrn Minister des Äussern die Frage gestellt hat, wie sich Frankreich verhalten werde, wenn Russland wegen der serbischen Kontroverse uns den Krieg erklären sollte. Herr Pichon soll ausweichend und mit wenig Wärme geantwortet haben. Es ist mir nicht bekannt, ob der russische Botschafter von St. Petersburg aus zu einer solchen Anfrage beauftragt war. In dem Charakter meines russischen Kollegen läge es ohne Auftrag gehandelt zu haben. Der casus foederis tritt ein, wenn Russland von zwei Grossmächten angegriffen würde. Wenn Russland unter der wahnwitzigen Leitung Iswolskys uns wegen der serbischen Prätionen den Fehdehandschuh hinwürfe, dann wäre allerdings Frankreich vor ein grausames Dilemma gestellt. Doch glaube ich, dass dasselbe Verhältnis für die mit uns verbündete Macht gilt. Um die slawische Solidarität zu stützen oder zu bekämpfen würde weder Frankreich noch Deutschland den Kriegspfad betreten wollen. Hier hat man aber ganz besondere Gründe sich vor einem Kriege zu scheuen. Nach dem Stande der öffentlichen Meinung würde sich in Frankreich ein Sturm der Entrüstung erheben gegen die Regierung, welche sich in einen Kampf einliesse aus einer Ursache, die nichts mit den primordialen Interessen dieses Landes gemein hat. Selbst ein so fest sitzender Chef der Regierung wie Herr Clemenceau müsste abdanken. Ein derartiges Abenteuer hätte zunächst die Folge, dass das gegenwärtige Regime verschwinden müsste. Vor die Wahl gestellt zu sein, die Bündnispflicht zu verletzen oder gegen Deutschland mit den Waffen aufzutreten wäre eine fürchterliche Lage für die dermaligen Herren in Frankreich. Sie werden sich den äussersten Anstrengungen unterziehen, damit diese Eventualität nicht zur Wahrheit werde. Die Gefahr, dass ein Konflikt zwischen uns und Russland möglich ist, beherrscht die Gemüter der hiesigen Regierungsleute im Augenblicke. Vor einigen Tagen wurde ich von einem Politiker gefragt, wie Frankreich diesem Dilemma entrinnen könne. Ich erwiderte, indem es in St. Petersburg beschwichtigend, in Belgrad energisch befehlend auftritt. Es liegt ausser allem Zweifel, dass Russland die Konstellation so drehen will, dass es sich zwischen uns und Serbien einschiebt. Man will in Frankreich nicht begreifen, dass wir ein Recht haben auf direkte Aussprache mit Belgrad zu bestehen. Ich muss leider konstatieren, dass in Folge der Richtung und des Tones den unsere Presse in letzter Zeit einschlug, die geringen Sympathien die unsere Sache noch in der öffentlichen Meinung genoss, verloren gegangen sind. Wenn die im Temps vom 5. März gebotene Analyse der serbischen Antwort richtig ist, so weicht die Regierung in Belgrad der russischen Aufforderung mit einer eleganten Schwenkung aus. Ich fürchte, dass man hier die Berechtigung Euer Exzellenz zu einer direkten Verhandlung mit Serbien nie wird anerkennen wollen. Euer Exzellenz werden meinem Telegramme No. 12^{c)} entnommen haben, dass ich mich gegen Herrn Pichon in dem Sinne ausgesprochen habe, der in dem hohen Telegramme Nr. 29 mir als Richtschnur dient. Bei nächster Gelegenheit werde ich neuerdings unsere Auffassung

in gleicher Weise zu vertreten mich bemühen. Es sei mir nur noch gestattet hervorzuheben, dass seit der nun mehr als fünf Monate andauernden Krise die Gefahr eines europäischen Zusammenstosses noch nie als näherstehend beurteilt wurde, als im jetzigen Augenblicke. Khevenhüller.

a) Vgl. n. 1126. — b) Vom 25. Feb. — c) Vom 4. März.

Nr. 1128. Bericht aus Paris, 6. März 1909 Nr. 5 F (eing. 8. März). Ausfert.

In der gegenwärtigen Phase der orientalischen Krise hat sich beinahe die gesamte französische Presse gegen uns gewendet. Am heftigsten traten auf der *Echo de Paris*, *Journal des Débats* und der *Matin*. Zeitungen wie der *Petit Parisien*, welche uns früher günstig gestimmt waren, haben gänzlich umgeschlagen. Am bedauerlichsten ist der veränderte Ton, der die Leitartikel des *Temps* beherrscht. Dieses Blatt unterscheidet sich von anderen dadurch, dass die scharfe Kritik immer in eine vornehme Form gekleidet wird. Das abschreckende Urteil, das über Euer Exzellenz Politik in der französischen Presse gefällt wird, beruht teilweise auf unrichtiger Information. Die in der letzten Zeit in Wiener Blättern erschienenen Artikel, die sich eines besonders rüden Tones beflissen haben, fanden hier eine unschwer vorauszusehende Erwiderung. Handelte es sich doch um eine Aktion des verbündeten Russland, die man hier als einen Akt von Abnegation und Friedensliebe ansah. In einem politischen Konflikte, in welchem Russland eine Rolle spielt, wird die französische Presse immer an dessen Seite zu finden sein. Die Bundestreue wird hiebei von den Subsidien gestützt, die Russland Ende Jänner bei Auflage seines grossen Anlehens der hiesigen Presse zubilligte. Es soll eine ungeheure Summe betragen, was an Subventionen an die Presse verabfolgt wurde. Nur zwei Zeitungen haben eine für uns angenehme Ausnahme gemacht. Der *Eclair* und der *Figaro*. Erstere Zeitung hat in mehreren energisch stylisirten Artikeln aus Judets Feder die Serben zur Ruhe verwiesen. Khevenhüller.

Nr. 1129. Bericht aus Paris, 6. März 1909 Nr. 5 I (eing. 8. März 1909).a) Ausfert.

In meinem heutigen vertraulichen Bericht Nr. 5 B habe ich Euer Exzellenz Meldung erstattet über eine Unterredung, welche ich mit Herrn Pichon am 3. d. Mts. hatte. Der Minister zeigte damals etwas Beunruhigung, weil nach seiner Auffassung der Keim eines Zwiespaltes vorhanden war, der sich aus den entgegengesetzten Meinungen Euer Exzellenz und Herrn Iswolskys ergeben kann. Inzwischen ist mir Euer Exzellenz telegrafische Weisung vom 4. d. Mts.^{b)} zugekommen. Ich konnte bei meiner heute morgens stattgefundenen Zusammenkunft mit Herrn Pichon die in dem oberwähnten Telegramme niedergelegten Ansichten verwerten und dem Minister unseren Standpunkt darlegen, was die eventuellen Verhandlungen mit Serbien betrifft. Der Herr Minister schien heute die Lage weniger pessimistisch anzusehen. Ich erklärte, dass Euer Exzellenz zwar nie um eine Mediation nachgesucht hätten, es auch nicht annehmen könnten, dass

eine andere Macht bezüglich der Koncessionen ökonomischer Natur sich zwischen uns und Serbien einschöbe, weil die Zugeständnisse, die wir machen würden, ausschliesslich von unserem souveränen Rechte bestimmt würden. Hingegen sei es selbstverständlich, dass wenn es sich um Angelegenheiten der internationalen Kompetenz handle, wie Ausbau der Donau-Adria-Bahn oder Beitritt Serbiens zur Donau-Kommission, die Signatarmächte befragt werden müssten. Herr Pichon, wenn ich ihn richtig verstand, scheint namentlich die Eventualität zu befürchten, dass Euer Exzellenz eine direkte serbische Mitteilung hinsichtlich des Aufgebens der territorialen Forderungen verlangen werden. Er hält dafür, dass die Anzeige der Mächte an uns genügen würde, um die bestehende Spannung zu beseitigen. Herr Pichon hatte heute früh noch keine Meldung über den Text der Antwort, welche Serbien an Russland richten wird. Er versprach mir mich zu benachrichtigen, wenn er etwas Neues erhalten sollte und sagte, nach einem Telegramme aus Belgrad scheine man dort an der sehr mühsamen Redaktion noch herumzufeilen. Ich erlaubte mir Herrn Pichons Aufmerksamkeit auf den Beschluss zu lenken, welchen die Skuptsina am 3. Januar^{c)} nach der Rede Milovanovichs gefasst habe. Ich sagte dem Minister, dass uns mit zweideutigen Phrasen nicht gedient sei. Serbien müsse verzichten, nicht etwa die territorialen Ansprüche nur momentan zurückstellen. Der allgemeine Eindruck, den mir die heutige Begegnung mit Herrn Pichon hinterliess, ist, dass er eine Aussöhnung der Gegensätze bestimmt erwartet und bereit ist in diesem Sinne fortgesetzt zu arbeiten.

Khevenhüller.

a) Oe.-U. Bosnien 91 Nr. 125. — b) n. 1097. — c) Vgl. n. 834.

Tel. nach Rom, 6. März 1909 Nr. 37 (chiff. 7 U. p. m.). Siehe n. 1124.

Tel. nach St. Petersburg, 6. März 1909 Nr. 49 (chiff. 7 U. p. m.). Siehe n. 1124.

Nr. 1130. Bericht aus St. Petersburg, 21. Feb. 6. März 1909 Nr. 9 A (eing. 8. März). Ausfert.

Vertraulich. Das Allerhöchste Handschreiben Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Herrn an Kaiser Nikolaus,^{a)} welches ich gelegentlich meiner Rückkehr vom Urlaube persönlich hierher mitgebracht habe, ist damals im Wege des Auswärtigen Amtes an seine höchste Bestimmung geleitet worden (confer: mein ergebenster Bericht No. 7 E^{b)} vom 15. Februar l. J.). Seither war mir keinerlei direkte oder indirekte Information über die Aufnahme, welche dasselbe gefunden, zur Kenntnis gekommen. Erst anlässlich der vorgestrigen Aussprache mit dem Herrn Minister des Äussern ist ein Streiflicht auf dieses Gebiet gefallen, allerdings nur insoferne, als die Person Herrn Iswolsky's dabei im Spiele ist. Mit gedämpfter Stimme ist der Minister auf das fragliche Schriftstück zu sprechen gekommen. „Je suis devenu l'objet de la plus grave accusation qui puisse être portée contre un Ministre, à celle d'avoir soustrait des pièces décisives à l'attention de mon Souverain! J'ignore ce qui pouvait avoir motivé une pareille accusation. Mais je puis Vous assurer, qu'elle m'a vivement blessé.“ — Ich

machte den Minister darauf aufmerksam, dass in dem Schreiben Seines Monarchen an unseren Allergnädigsten Herrn von einer Überraschung die Rede sei, welche unser die Annexion betreffender Schritt bei Kaiser Nikolaus hervorgerufen. Eine solche könne nur erklärlich scheinen, wenn Seine Majestät nicht entsprechend informiert worden wäre über den Inhalt der im Sommer vorigen Jahres gewechselten Memoranden und das Ergebnis der in Buchlau stattgehabten Pourparlers. Herr Iswolsky, welcher im Ganzen von einer versöhnlichen Stimmung beseelt schien, bemerkte, dass, wenn Euer Exzellenz dem Versprechen, ihn rechtzeitig von der Durchführung der Annexion zu verständigen, nicht nachgekommen seien, worauf die Überraschung nicht nur seines Kaiserlichen Herrn, sondern auch seiner selbst zurückzuführen sei, er zugeben wolle, dass dies vornehmlich einer Verkettung unglücklicher Zufälligkeiten zuzuschreiben sei. Über den Verlauf des zwischen den beiden Kabinetten gepflogenen vorbereitenden Gedankenaustausches sei aber Kaiser Nikolaus aufs Genaueste unterrichtet gewesen. „Non seulement que Sa Majesté avait pris connaissance de toutes les pièces qui s’y rattachent, mais encore avait-il souligné de sa propre main les passages principaux de ces documents.“ Dass Herr Iswolsky durch den von ihm gewählten Vorgang, seinen Kaiserlichen Herrn gegen die Politik Euer Exzellenz auszuspielen, selbst Schuld getragen, dass es zu dem Schritte, durch welchen er sich getroffen fühlte, kommen musste, wird er sich wohl in seinem Inneren gedacht haben. Meinerseits habe ich nicht verfehlt, ihm diese Reflexionen in schonender Weise nahezulegen. Von der Eventualität eines Zurückkommens des Kaisers Nikolaus auf das letzte Schreiben unseres Allergnädigsten Herrn hat der Minister keine Erwähnung getan.

Berchtold.

a) Vgl. n. 935. — b) Nicht aufgenommen. Vgl. n. 935 Anm. a.

Nr. 1131. Bericht aus St. Petersburg, 21. Feb./6. März 1909 Nr. 9 B (eing. 8. März).^{a)} Ausfert.

Den hohen Erlass Nro. 732 vom 26. v. M., mit welchem mir Euer Exzellenz aufzutragen gefunden hatten, dem russischen Konseilpräsidenten Informationen über jene Vorkommnisse zu geben, welche zu der zwischen Hochderselben und Herrn Iswolsky bestehenden Disharmonie geführt, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Seither ist mir das hohe Telegramm Nro. 46 vom 1. d. M. zugekommen, welches die Frage meinem Ermessen anheimstellt, ob die betreffende Weisung angesichts der vom Herrn Minister des Aeussern manifestierten besseren Dispositionen noch auszuführen wäre, eventuell in welcher der abgeänderten Sachlage Rechnung tragenden Weise dies zu geschehen hätte. Wie Euer Excellenz meinem ergebensten Telegramme Nro. 34 vom 2. d. M. entnommen haben werden, bin ich bis auf Weiteres von der Ausführung der fraglichen Démarche abgestanden. Hiefür war für mich namentlich der Umstand massgebend, dass meines Wissens Herr Stolypine über den Inhalt der im Sommer v. J. gewechselten Memoranden, sowie das Ergebnis der Buchlauer Entrevue genau unterrichtet ist (mein ergebenster Bericht vom 24. Oktober/6. November v. J. Nro. 44 C).

Nicht die Tatsache der Annexion, sondern blos der hiebei eingeschlagene Modus procedendi hat hier die Verstimmung hervorgerufen. Unser Standpunkt war bekanntlich, dass die Art und Weise der Wahrnehmung unserer Interessen nach in merito hergestelltem Einvernehmen mit Russland unserem alleinigen Ermessen überlassen bleiben musste. In dieser Beziehung enthalten aber die betreffenden Dokumente wohl kein die Annahme unserer Auffassung erweisendes Material. Trotzdem ich somit den in Aussicht gestandenen Schritt beim Herrn Ministerpräsidenten nicht unternommen, ist mir in diesen Tagen Gelegenheit geboten gewesen im Laufe einer längeren Unterredung mit Herrn Stolypine auch das Thema der persönlichen Beziehungen zwischen Euer Exzellenz und Herrn Iswolsky anzuschlagen und dabei die Rückwirkung der hiesigen Politik auf die serbischen Verhältnisse zur Sprache zu bringen. Ich konnte auch bei dieser Gelegenheit konstatieren, dass der Regierungschef vom Inhalte der vorzitierten Memoranden und dem Resultate der Buchlauer Entrevue vollkommen informiert ist. Die Situation im Schosse des Kabinetes lässt sich meines Erachtens am besten dahin definieren, dass man zwar zur Einsicht gekommen ist, der Minister des Aeussern habe die Partie ungeschickt gespielt, dass man aber nicht gesonnen ist hieraus die Konsequenzen zu ziehen. Herr Stolypine nahm die Gelegenheit unserer Unterredung wahr, um die ausserordentlich schwierige Stellung zu schildern, in welcher sich das Kabinet der öffentlichen Meinung — richtiger gesagt öffentlichen Leidenschaft — des Landes gegenüber seit fünf Monaten befinde, und zu resümieren, was Alles in diesem Zeitlaufe von der Regierung verfügt worden sei, um die Hochflut zurückzustauen und einzudämmen. Ich entgegnete dem Herrn Ministerpräsidenten, dass ich mich gewiss nicht der Opportunität der getroffenen Massnahmen verschliesse, namentlich des polizeilichen Verbotes öffentlicher Diskussion der Annexionsfrage, der Unterdrückung einer diesfälligen Duma-Debatte, der Verhinderung von Demonstrationen anlässlich der Anwesenheit des serbischen Thronfolgers u. s. w., dass aber andererseits durch gewisse Kundgebungen der Regierung im Zusammenhalte mit der unüberlegten Sprache der Presse falsche Hoffnungen in Serbien geweckt worden zu sein scheinen, welche allein das übermütige Auftreten unseres Nachbarn zu erklären vermögen. Herr Stolypine sprach die Hoffnung aus, dass nunmehr, wo dem Belgrader Kabinete in unzweideutiger Weise zu verstehen gegeben worden sei, dessen politische Revindikationen hätten keine Aussicht auf Erfolg, Serbien Vernunft annehmen werde, zumal es, wie ich ihn versicherte, nicht in unserer Absicht gelegen sei, das Savekönigreich vor Eingehen in wirtschaftliche Verhandlungen „demütigen“ zu wollen: eine Ansicht, die in Folge der herausfordernden Sprache unserer Presse hier allgemeine Verbreitung gefunden hat. Meine Unterredung mit dem Konseilspräsidenten hatte den praktischen Erfolg, dass Herrn Iswolsky's Eifersucht durch diese Aussprache — von welcher er selbstredend Kenntnis erhielt — in hohem Maasse geweckt worden ist, so zwar, dass er sich zu einem entscheidenden Schritte veranlasst gefunden hat, um die unterbrochenen persönlichen Beziehungen mit mir wieder aufzunehmen. Berchtold.

a) Vgl. n. 1133.

Nr. 1132. Bericht aus St. Petersburg, 21. Feb./6. März 1909 Nr. 9 C
(eing. 8. März). Ausfert.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß hier mit einem unmittelbar bevorstehenden österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikte als einem unausweichlichen Verhängnisse gerechnet wird. Vom Minister des Aeußern bis zum Dumaabgeordneten, vom Letzteren bis zum Amateurpolitiker der Petersburger Clubs und Salons ist man hierüber einig und auch die Presse gibt von dieser allgemeinen Stimmung unverkennbaren Widerschein. Von einer tiefgehenden Sympathie für die serbische Schwester ist hiebei wenig zu merken. Wenn ein Mitgefühl vorhanden ist, so hat es mehr den Charakter des schablonenmäßig Überkommenen als den des unmittelbar Empfundnen, des Ererbten aus einer vergangenen Epoche, des Vermächtnisstückes einer entschwundenen Generation und zwar eines Nachlasses, den man am liebsten nur mit der Beschränkung des *beneficium inventarii* geltend machen möchte. Im Laufe der Jahre und durch die gewonnenen herben Erfahrungen ist man nüchterner und zur Erkenntnis der alten Wahrheit gekommen, daß das Hemd näher ist als der Rock. *Tunica propior pallio est*. Hiefür mag allerdings eben in der gegenwärtigen Zeit das Gefühl der eigenen Ohnmacht von ausschlaggebender Bedeutung sein. In allen maßgebenden Kreisen ist man von einem leicht begreiflichen Friedensbedürfnisse und dem Wunsche erfüllt, vom Strudel der Ereignisse in keine Abenteuer fortgerissen zu werden. Daneben herrscht aber in denselben Sphären die bange Besorgnis, was geschehen würde, wenn Oesterreich-Ungarn seinen kleinen Nachbar angreifen und sich dadurch in den Augen der slavischen Welt ins Unrecht setzen würde? Möchte dann die Regierung stark genug sein, dem anschwellenden Strome der nationalen Leidenschaft Widerstand zu leisten? Diese auf aller Lippen brennende und überall zu vernehmende Frage scheint auch den Conseilspräsidenten selbst ernstlich zu beschäftigen. Er sprach mir unlängst ganz offen von dem Friedensbedürfnisse des Reiches, von dem Verlangen, daß es zu einem Ausgleich zwischen uns und dem Savekönigreiche komme, von der Abneigung der Regierung, wegen Serbiens in eine krieglerische Verwicklung gezogen zu werden, aber auch von der Gefahr, die für den Fall drohe, als die Öffentlichkeit einen eventuellen Zusammenstoß unserem Konto zur Last setzen würde. „Dans ce cas“ so meinte Herr Stolypine „personne ne peut dire, si nous ne serons pas renversés par la vague“. Dafür, daß der Ernst der Lage den leitenden Persönlichkeiten, darunter auch dem Minister des Aeußern, allgemach zum Bewußtsein kommt, gibt ein Gespräch Zeugenschaft, welches Herr Iswolsky im Laufe der letzten Tage mit dem Prinzen Georg^{a)} Troubetzkoy, einem bekannten Panslavisten und Liberalen, gehabt haben soll. Der Minister beauftragte seinen Interviewer auf die öffentliche Meinung beruhigend einzuwirken, da Rußland sich in seiner Stellungnahme zu Gunsten Serbiens ausschließlich auf diplomatische Dëmarchen beschränken müsse. Auf die Erwiderung Troubetzkoy's, daß die öffentliche Meinung in Rußland im höchsten Grade erregt sein würde, wenn die russische Regierung nicht aufrichtig für Serbien eintrete, antwortete Herr Iswolsky: „Eine öffentliche Meinung, hinter welcher keine Kanonen stehen, zählt nicht.“ Zwei Legenden

über unser Verhältnis zu Serbien haben sich hier allgemein eingebürgert: die eine dahingehend, daß wir Serbien demütigen wollen, die andere berichtend, daß ein Krieg gegen Serbien von langer Hand von Euer Excellenz vorbereitet sei und eine Etappe in der von Hochdensenben inaugurierten aktiven Balkanpolitik bilde. Was die angeblich beabsichtigte Demütigung des kleinen Nachbar-Königreiches anbelangt, hat diese Ausstreuung wohl hauptsächlich darin ihren Grund, daß sich unsere Presse wiederholt eines ironischen und verächtlichen Tones gegen Dynastie, Regierung und Parlament in Serbien bedient hat, welcher den Anschein wecken mußte, man gehe bei uns darauf hinaus, das Land an seiner empfindsamsten Stelle zu verwunden, seinen Nationalstolz zu treffen. Nachdem durch derartige Betätigung satyrischer Talente nichts erreicht wird, als Vermehrung der in Belgrad herrschenden und in St. Petersburg reflektierten Verbitterung, wäre es wohl wünschenswert, wenn sich unsere Presse eines einer Großmacht würdigeren Tones befleißigen wollte. Ich glaube dies wegen der in der russischen Gesellschaft wahrnehmbaren bedenklichen Rückwirkung solcher an sich vielleicht harmlos erscheinender Stilproben erwähnen zu sollen. Hinsichtlich der angeblich in das politische System Euer Excellenz passenden Vorbereitung eines Waffenganges mit Serbien, bin ich bestrebt, den hiesigen berufenen und ungerufenen Politikern das Sinnlose ihrer Kombination nachzuweisen. Daß eine Großmacht einen Krieg herbeiwünschen könnte, bei welchem keine kriegereischen Lorbeeren zu erringen, kein Gebietszuwachs zu erhoffen und kein wirtschaftlicher Vorteil zu erzielen ist, dabei ein Wespennest angestochen und ganz Europa entfremdet würde, kann nur eine krankhaft irritierte slavische Phantasie ausdenken und verfechten. Einzelnen gegenüber läßt sich wohl die Unvernunft einer solchen Supposition mit momentanem Erfolge demonstrieren, bei der Allgemeinheit aber durchzudringen, ist aussichtslos. Über Truppenverschiebungen ist mir in letzter Zeit bloß von Kiew eine Meldung zugekommen. Dieselbe bestätigt die s. z. einberichtete Rückkehr der 33. Infanterie-Division mit der gleichnamigen Artillerie-Brigade nach Kiew. Hinsichtlich des damals erwähnten Gerüchtes der Dislozierung von vier Infanterie-Regimentern an die österreichische Grenze heißt es in Kiewer Offizierskreisen, daß es sich hiebei nur um eine Demonstration gegen Oesterreich-Ungarn handle, nachdem Rußland aus mehrfachen Gründen gegenwärtig keinen Krieg führen könne. Der Kiewer k. und k. Konsul fügt jedoch hinzu, daß Anzeichen, wie beschleunigte Truppenausbildung, Komplettierung der Vorräte u. s. w. vorhanden seien, die für das Bestreben der Militärbehörden sprechen, für alle Fälle gerüstet sein zu wollen. In den letzten Tagen seien auch aus Moskau und dem dortigen Rayon große Quantitäten von Montur- und Armatur-Gegenständen für 200.000 Mann nach Kiew gekommen, wovon ein Teil nach Winnica und Rowno gehe. Über die Stimmung unter den Offizieren in der Provinz lauten die eingehenden Meldungen dahin, daß von einer Kampflust nicht die Rede sei. Eine gleiche Beobachtung läßt sich auch rücksichtlich der Militärs der Hauptstadt anstellen. Es scheint somit, daß sich Zivil und Militär die Hände reicht in dem Wunsche, daß Rußland verschon bleibe von einer kriegereischen Verwicklung im Gefolge der serbischen Krise. Berchtold.

a) Wohl Grigorij.

Nr. 1133. Bericht aus St. Petersburg, 21. Feb./6. März 1909 Nr. 9 D
(eing. 8. März).a) Ausfert.

Vertraulich. Mit meinem ergebensten Berichte vom 24./11. Feber v. M. Nro. 8 E war ich in dem Falle Euer Exzellenz Meldung zu erstatten über einen Annäherungsversuch, den der Herr Minister des Äussern mir gegenüber unter Inanspruchnahme meines deutschen Kollegen unternommen. Letzterer glaubte durch Veranstaltung eines Diners intimen Charakters Herrn Iswolsky Gelegenheit zu geben, seinem Wunsche, mit mir wieder dienstliche Beziehungen anzuknüpfen, Ausdruck geben zu können. Es scheint, dass der Herr Minister diese Absicht des Grafen Pourtalès nicht durchschaut hat, wenigstens ist das fragliche Symposion verlaufen, ohne dass Herr Iswolsky einen Anlauf in der angedeuteten Richtung genommen hätte. Eine dienstliche Angelegenheit führte mich am Tage nach dieser Begegnung zum Herrn Ministerpräsidenten und gab Anlaß zu einem politischen Meinungsaustausche, von welchem der Herr Minister des Äussern alsbald Kenntniss erhielt — (mein heutiger Bericht lit. B). Der Wunsch des Letzteren, die fallengelassenen persönlichen Beziehungen mit dem österreichisch-ungarischen Missionschef wieder aufzunehmen, scheint hiedurch zur Reife gebracht worden zu sein. Herr Iswolsky liess meinen deutschen Kollegen zu sich bitten und erklärte ihm, es sei auf die Dauer unhaltbar, dass ein hier accreditierter Botschafter einzelne Mitglieder des Kabinetes aufsuche und bloß ihn — den Minister des Äussern — systematisch ausschalte. Auf den Hinweis des Grafen Pourtalès, dass dieses irreguläre Verhältnis auf das bekannte Vorgehen Herrn Iswolskys gegen Prinzen Fürstenberg zurückzuführen sei, entgegnete der Minister, es sei ihm nie in den Sinn gekommen eine so weitreichende Auslegung seinem damaligen Schritte unterlegen zu wollen. Auch würde er meinem deutschen Kollegen Dank wissen, wenn er mich hierüber aufklären und mir sagen wollte, dass es ihn freuen würde mich bei sich zu sehen. Angesichts dieses völlig spontanen Entgegenkommens Herrn Iswolskys glaubte ich nicht zögern zu sollen von seiner Einladung Gebrauch zu machen und habe ihn am nächstfolgenden Tage aufgesucht. Die Stimmung, in welcher ich den Herrn Minister antraf, war eine herzliche und freundschaftliche, um im Laufe der Konversation nach Massgabe der wachgerufenen politischen Reminiscenzen einen mehr elegischen Charakter anzunehmen. Was die seinerzeit dem Prinzen Fürstenberg in die Feder diktierte Erklärung^{b)} anbelangt, motivierte sie Herr Iswolsky in der bekannten Weise, indem er feststellt, dass 1° die angedrohte Publikation der im Sommer gewechselten Memoranden, 2° die erfolgte Mitteilung eines dieser geheimen Schriftstücke an die italienische Regierung und 3° die Preisgebung des bis dahin geheim gehaltenen Gegenstandes der Monarchenbesprechung vom Jahre 1897 die Besorgnis rechtfertigten, es könnten auch in der Zukunft confidentielle Aeusserungen des kaiserlichen Kabinetes in unberufene Hände gelangen.^{c)} Er habe daher zu dem fraglichen Vorgange Zuflucht genommen, „un procédé regrettable mais dicté par la nécessité“. Ich bemerkte dem Minister, dass ich mich zur Zeit, als die einschlägige Relation des Prinzen Fürstenberg am Ballplatze eintraf, in Wien befand und den Eindruck gewann,

der Minister habe den Bruch als Selbstzweck gewollt, nicht als Defensivmassnahme: so unmotiviert habe mir derselbe erschienen! Ich machte namentlich geltend, dass über das Kaiser-Interview vom Jahre 1897 nichts verlautbart worden sei, was nicht schon seinerzeit im Wege eines beiderseits vereinbarten offiziellen Communiqués bekannt gegeben worden sei. Herr Iswolsky replizierte darauf, dass allerdings nicht der wörtliche Inhalt des damaligen Meinungsaustausches nun veröffentlicht, beziehungsweise den Mächten bekannt gegeben worden sei, wohl aber der Wortlaut des russischen Memorandums vom 4./17. Dezember v. J., in welchem auf die konfidentielle Note des St. Petersburger Kabinettes vom 19. Juni v. J.^{d)} Bezug genommen und gesagt werde, dass darin verschiedene Fragen des austro-russischen Akkords vom Jahre 1897 präzisiert worden seien, speziell auch die Annexionsfrage. Erst durch die Mitteilung dieses Memorandums an die Mächte sei bekannt geworden, dass auch die Annexionsfrage Gegenstand der Monarchenbesprechung vom Jahre 1897 gebildet habe. Der Herr Minister konkludierte dahin, dass angesichts der erwähnten Divulgationen, beziehungsweise Androhung von solchen, ihm allerdings nichts übrig geblieben sei, als von weiterem vertraulichem Verkehre mit dem Wiener Kabinette abzusehen. Er habe aber hiebei bloß den konfidentiellen Meinungsaustausch im Auge gehabt, wie er auf Grund der Entente vom Jahre 1897 in den letzten zehn Jahren gepflogen worden sei. Dabei wolle er jedoch nicht auf den persönlichen Contact mit dem jeweiligen hiesigen österreichisch-ungarischen Missionschef verzichten, im Gegenteile lege er Wert darauf, auch fernerhin mit mir in Fühlung zu bleiben, und hoffe, bei dem freundschaftlichen Verhältnisse, in welchem wir stets gestanden, dass die „demütigende“ Behandlung, welche ich ihm seit meiner Rückkehr angedeihen liess, auf misverständlicher Auffassung beruhte und nicht beabsichtigt gewesen sei. Nachdem ich den Minister diesfalls beruhigt und unser Verhältnis hiemit klargestellt erschien, nahm Herr Iswolsky die Gelegenheit wahr, um sich in Betrachtungen über verschiedene unliebsame Wahrnehmungen in der letzten Zeit zu ergehen: Ausweisung eines russischen Journalisten aus den annektierten Provinzen, Anhaltung eines russischen Kuriers an unserer Grenze, öffentliche Affichierung der seiner Ansicht nach sekret zu behandelnden Motive der Abberufung eines russischen Konsuls, endlich entstellende, gehässige und herausfordernde Sprache unserer inspirierten Presse. Er ersehe aus allen diesen Symptomen, dass eine Politik von pin-pricks bei uns gegen Russland befolgt und keine Rücksicht genommen werde auf die Schwierigkeiten, mit welchen ohnehin schon die hiesige Regierung zu kämpfen habe, um die irritierte öffentliche Meinung niederzuhalten. Ich konnte mich nicht enthalten, dem Herrn Minister, welcher speziell den Tenor der „Neuen Freien Presse“ bemängelte, hervorhebend, dass dieses Organ seine Informationen vom Ballplatze beziehe, zu entgegnen: „C'est un peu comme ici. Je ne suis pas sans ignorer que le „Nowoje Wremja““ reçoit également de temps à autre des informations du Ministère des Affaires Étrangères. Mais de là à vouloir prétendre que tous les articles de ce journal qui nous abreuvent journallement de sottises et d'injures soient écrits dans votre cabinet de travail il y a un long chemin!“

Herr Iswolsky berief sich — wie gewöhnlich — auf seine Machtlosigkeit der hiesigen Presse gegenüber, will jedoch unlängst durch den Conseilspräsidenten eine Verwarnung an dieselbe gerichtet haben, welche nicht ohne Wirkung geblieben sei. Er beteuerte, die zwischen den beiden Kaiser-mächten bestehenden Misshelligkeiten aufrichtig zu bedauern und seiner-seits Alles zu vermeiden, was eine weitere Verbitterung verursachen könnte. Schliesslich appellierte er an meine Dazwischenkunft, um Euer Exzellenz zu bitten, der besonderen Empfindlichkeit der heutigen russischen Gesell-schaft Rechnung tragen zu wollen. Im Rahmen des vorliegenden Berichtes sollte die Wiederaufnahme meiner Beziehungen zum Herrn Minister des Äussern geschildert und charakterisiert sein: über spezielle bei diesem Anlasse vom Leiter der Auswärtigen Angelegenheiten gemachten Äusser-ungen werden Euer Exzellenz in meiner weiteren heutigen Berichterstattung Aufzeichnung finden.

Berchtold.

a) Vgl. n. 1146, 1675. — b) n. 820. — c) Vgl. n. 827. — d) Vgl. n. 9.

Tel. nach Sofia, 6. März 1909 Nr. 46 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 1124.

Nr. 1134. Vortrag an den Kaiser, 6. März 1909. Eigh. Ausfert.

Ich nehme mir die ehrerbietigste Freiheit, Eurer Majestät, die Instruc-tionen treu gehorsamst zu unterbreiten, welche gestern an Graf Forgách abgegangen sind.^{a)} Ich habe dieselben gestern mit Herrn von Tschirschky besprochen, welcher sie als das einzig richtige Mittel bezeichnete, Klarheit in die Situation zu bringen und das Doppelspiel Rußlands unschädlich zu machen. Der deutsche Botschafter hatte den Auftrag mir die Auffassung des Reichskanzlers in der letzten Phase der Pourparlers der Cabinette, Serbien betreffend, mitzutheilen. Diese Auffassung deckt sich erfreulicher-weise, wie dies auch aus dem treu gehorsams: beigeschlossenen Berichte^{b)} des Herrn von Szögyény hervorgeht, vollständig mit der meinigen.

Aehrenthal.

Auf der Ausfertigung: Zur Kenntnis genommen und bin vollkommen einverstanden. Franz Joseph (*eigenhändig*).

a) n. 1109. — b) n. 1093.

Nr. 1135. Bericht aus Belgrad, 7. März 1909 Nr. 24 A (eing. 9. März).^{a)} Ausfert.

Die serbische Politik hat in den letzten Tagen eine starke, beinahe vollkommene Wendung gemacht. Wie ich Euer Exzellenz im Laufe des Winters berichtete, mehrten sich seit Wochen die Zeichen der Ernüchterung. Die lange Spannung begann für das kleine Land unerträglich zu werden; die Sympathien des friedliebenden Europas wendeten sich sichtlich immer mehr und mehr von dem bellenden, nach Krieg rufenden Gerngrosse ab. Den massgebenden Kreisen blieben unsere militärischen Vorbereitungen

und unsere ruhige Entschiedenheit, mit dem Frühjahr zu ernstern Massregeln zu greifen, nicht unbekannt, während sie andererseits zum Bewusstsein kamen, dass ihre finanziellen Quellen versiegten und nicht genügten, um die durch Jahre so vernachlässigte Armee zur vollständigen Schlagfertigkeit zu bringen. Als daher am 24. Februar das in Serbien unerhörte Ereigniss eintrat, und unter dem Drucke der auswärtigen Lage alle vier Parteien ihren inneren Hader bei Seite schoben und gemeinsam aus ihren hervorragendsten Männern ein Koalitionsministerium bildeten, erschien es wahrscheinlich, dass die neue, tatsächlich das ganze Land repräsentierende Regierung eine Liquidierung der zu einer Katastrophe führenden bisherigen Politik versuchen würde. Dies wurde gleich in geschickter Weise initiiert, indem Serbien sich an Russland wendete und durch Bitten um Ratschläge sein Schicksal quasi in dessen Hände legte. Die inner- und ausserpolitischen Gründe, welche für Serbien vorläufig den ausschliesslichen Appell an das uns gegenwärtig gegensätzlich gegenüberstehende russische Reich am passendsten erscheinen liessen, brauche ich nicht darzulegen. Hierauf erfolgte die bekannte russische Antwort^{b)} mit der Mahnung zur friedlichen Haltung und zum Verzicht auf territoriale Forderungen, welche bei den Mächten keine Sympathie und Unterstützung finden könnten. Die serbische Regierung ergriff diesen Rat der russischen Regierung um eine Schwenkung ihrer Politik auszuführen und dieselbe allen Signatarmächten, also auch uns, zu notifizieren. In die Détails des beabsichtigten serbischen Schrittes, über welchen ich Euer Exzellenz mehrfach telegrafisch berichtete, will ich nicht eingehen, da der Wortlaut noch nicht feststeht und geändert werden kann. Die serbische Regierung wird begreiflicherweise versuchen, ihren Rückzug zu verschleiern, sich möglichst auf Europa auszureden, dasselbe uns gegenüber vorzuschieben und seine^{c)} Interessen den Mächten und einer eventuellen Conferenz anzuvertrauen. Zu einer direkten, notwendigen Aussprache und zu einer befriedigenden Klärung wird es jedenfalls noch eines gelinden, oder stärkeren Druckes unsererseits bedürfen. Über meine bezüglichen Bemühungen und Gespräche mit den serbischen Ministern und meinen Kollegen liegen Euer Exzellenz bereits meine telegrafischen Meldungen vor. In Belgrad vollzieht sich oft der unerwarteteste Umschwung und Incidenzfälle sind nach wie vor nicht ausgeschlossen. Im allgemeinen muss aber die grosse Besserung in der Lage unbedingt konstatiert werden. Serbien will dem Kriege mit uns ausweichen und dessen Regierung schickt sich daher an, alle unverschämten Prätionen zurückzuziehen und die Bedrohung des Friedens einzustellen. Dem durch Monate hindurch betörten und künstlich aufgepeitschten Lande gegenüber hat es die Regierung noch nicht gewagt, ihren Rückzug einzugestehen. Die betreffenden Nachrichten sickern aber durch und das Ministerium wird bald Farbe bekennen müssen. Die Hetzblätter beginnen bereits die Regierung zu verdächtigen und anzugreifen: doch ist deren Stellung stark genug, um bei genügender Energie jeden Putsch, den erregte oder kriegslustige Elemente versuchen könnten, zu erdrücken. Forgách.

a) Vgl. n. 1149. — b) Vgl. n. 1084. — c) So!

Nr. 1136. Tel. aus Berlin, 7. März 1909 Nr. 68 (eing. 9 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 47 von gestern. Staatssekretär ist durch Herrn von Tschirschky vom Wortlaut der durch Grafen Forgách in Belgrad abgegebenen Erklärung und der an diesen ergangenen Weisung schon in Kenntnis. Baron Schoen bittet mich Euer Exzellenz zu melden, dass die deutsche Regierung mit Euer Exzellenz so zeitgemäßem Schritt, welcher die so notwendige Klärung der Situation beschleunigen wird, vollkommen einverstanden ist. Vertraulich fügte er hinzu, er sei überzeugt, dass es auf diese Art Euer Exzellenz gelingen werde, die sich immer wieder wiederholenden Winkelzüge Herrn Iswolskys zu durchkreuzen. Szögyény.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 92 Nr. 127.

Nr. 1137. Tel. nach Cetinje, 7. März 1909 Nr. 25 (chiffr. 7 U. 45 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramme Nr. 23 und 24 vom 5. 1. M. Ich bin mit der Sprache, die Sie dem Fürsten gegenüber geführt haben, vollkommen einverstanden. Der Umstand, daß Euer Hochwohlgeboren von dem Fürsten in den Konak gebeten worden sind, bietet uns einen Anlaß, um in ähnlicher Weise, wie dies Serbien gegenüber geschehen ist, nunmehr auch mit Montenegro eine Conversation zu beginnen. Euer Hochwohlgeboren wollen sich daher ehebaldigst beim Fürsten Zutritt verschaffen und sich ihm gegenüber im nachstehenden Sinne aussprechen: Sie hätten von Ihrer Berufung in den Konak, sowie von dem Inhalte Ihrer Unterredung mit dem Fürsten der k. u. k. Regierung Meldung erstattet, welche die von Ihnen geführte Sprache, als dem Standpunkte des Wiener Cabinetes vollkommen entsprechend, gutgeheißen habe. Euer Hochwohlgeboren seien beauftragt, dem Fürsten zu wiederholen, daß die k. u. k. Regierung dem Fürstentume gegenüber, trotz der hostilen Haltung, welche dasselbe monatelang an den Tag gelegt habe, noch immer die besten Dispositionen hege, jedoch die Bethätigung derselben davon abhängig machen müsse, daß eine Änderung in dieser Haltung eintrete. Wenn das Fürstentum die betreffs Bosniens und der Herzegovina bisher eingenommene Haltung ändern und der k. u. k. Regierung unmittelbar den Willen kundgeben würde, mit der österreichisch-ungarischen Monarchie wieder correcte und freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, so wäre die k. u. k. Regierung bereit, mit der montenegrinischen Regierung in Pourparlers zu treten und den Wünschen des Fürsten ein möglichstes Entgegenkommen zu zeigen. Je früher die erwähnte Änderung in der Haltung des Fürstenthumes eintreten und je bestimmter die erwartete directe Kundgebung der montenegrinischen Regierung an die k. u. k. Regierung erfolgen werde, desto mehr werde man in Wien bereit sein, die Wünsche und Interessen Montenegros zu berücksichtigen. Sollte Fürst Nikolaus Ihren Ausführungen mit der Einwendung begegnen, daß die im Lande herrschende Stimmung es ihm unmöglich mache, die bezüglich Bosniens und der Herzegovina bisher beobachtete Haltung zu ändern und die uns vorschwebende Erklärung abzugeben, so wollen Euer Hochwohlgeboren dem Fürsten erwidern, daß er sich seinem

Volke gegenüber auf die wohlgemeinten, übereinstimmenden und ernstesten Rathschläge der Mächte berufen könne, deren Befolgung den Interessen Montenegros in hohem Grade zugute käme, deren Mißachtung aber schwere Gefahren heraufbeschwören müßte.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1142.

Nr. 1138. Tel. aus St. Petersburg, 7. März 1909 Nr. 39 (eing. 8. März 9 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 49 vom 6. d. M. An Grafen Forgách ergangene Instruktion heute mündlich zur Kenntnis Herrn Iswolskys gebracht. Minister des Äußern, welcher eben einschlägige telegrafische Meldung Herrn von Sverbejew erhalten, frug mich, ob auch in dem mir zur Verfügung gestellten Texte Wendung vorkommt „La Serbie se rendant aux conseils des puissances renoncera à ses prétentions au sujet de la Bosnie-Herzégovine.“ Ich erwiderte Herrn Iswolsky, daß in mir zugekommener Weisung statt „renoncera à ses prétentions“ die Fassung „changera son attitude“ vorkommt. Im Übrigen beschränkte sich der Minister auf die Bemerkung, daß der Ton der nach Belgrad gerichteten Erklärung ihm im allgemeinen einen konzilianten Eindruck mache.

Berchthold.

Nr. 1139. Tel. aus Sofia, 7. März 1909 Nr. 48 (eing. 8. März 9 U. a. m.).a) Entziff.

Geheim. Soeben verläßt mich Herr Dobrovich, der vom Fürsten Ferdinand beauftragt war, die Ablehnung seines beabsichtigten Besuches bei Euer Exzellenz mir gegenüber zur Sprache zu bringen. Herr Dobrovich sagte mir, sein gnädigster Herr sei über die unfreundliche, ja grobe Art, in welcher seine ohne jeden Hintergedanken, nur den freundschaftlichsten Gefühlen entsprungene Absicht seitens Euer Exzellenz abgelehnt worden sei, auf das tiefste entrüstet und empört und sei jeder weitere Kontakt mit Euer Exzellenz für ihn ausgeschlossen. Ich unterbrach Herrn Dobrovich sofort mit der Bemerkung, dass von einer Ablehnung des beabsichtigten Besuches durch Euer Exzellenz nicht die Rede sein könne, schon gar nicht aber von einer unfreundlichen oder, wie er sich auszudrücken beliebe, groben Ablehnung. Fürst Ferdinand sollte Euer Exzellenz und die in Hochderen ganzer bulgarischer Politik zum Ausdruck kommenden Gefühle aufrichtiger, ja freundschaftlicher Verehrung für ihn besser kennen, als dass er einen solchen Vorwurf gegen Euer Exzellenz erheben würde. Ausserdem sei mir durch Graf Czernin, den Euer Exzellenz am Tage der nicht zustandekommenen Entrevue gesehen hätten, über die Demarche des Herrn Sarafow und die demselben gegebene Antwort in Hochderen Auftrag eine genaue Mitteilung zugegangen und könne ich in der dem bulgarischen Vertreter gegebenen Antwort auch nicht die Spur einer Unfreundlichkeit entdecken. Herr Dobrovich sagte mir hierauf, er sei ermächtigt, mir den Wortlaut der Depesche zu übersetzen, die Seine königliche Hoheit unter dem frischen Eindrucke der Meldung Herrn Sarafow's persönlich konzipiert und an ihn, Dobrovich, gerichtet hatte, in welcher die Antwort Euer Exzellenz,

wie sie dem Fürsten durch seinen diplomatischen Agenten wiedergegeben wurde, enthalten war. Die fragliche Depesche lautet nach meinen während der Uebersetzung Herrn Dobrovich' gemachten stenografischen Aufzeichnungen ziemlich wortgetreu wie folgt: „Ich hatte Herrn Sarafow beauftragt, bei Baron Aehrenthal eine Unterredung für mich zu vermitteln. Gleich bei den ersten Worten runzelte der Baron die Stirn und nahm einen sehr ärgerlichen und unfreundlichen Ausdruck an. Baron Aehrenthal erwiderte sodann Herrn Sarafow: „Sagen Sie dem Fürsten, dass ich mich zu seiner Verfügung halte, er solle aber wissen, dass, wenn er glaubt, damit von uns das erzwingen zu können, was er in Petersburg erreicht hat, so irre er sich gewaltig. Ich bin Minister des k. u. k. Hauses und des Äussern und über meine Lippen wird das Wort Majestät nicht kommen, welchen Titel Euer Fürst prätendiert. Ich liebe nicht die Politik durch Hintertüren und scheint es mir daher besser, wenn diese Unterredung unterbleibt,“ dann fuhr Freiherr von Aehrenthal fort: „Wenn diese Unterredung den Zweck haben soll, eine Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser und König zu erlangen, so kann ich schon jetzt kategorisch erklären, dass davon nicht die Rede sein könne.“ Ich habe nach diesen Worten Sarafow gesagt, dass jeder Kontakt zwischen mir und Baron Aehrenthal fürderhin ausgeschlossen ist. Meine höfliche Demarche hatte keinerlei Hintergedanken, sondern war von dem Gefühle aufrichtiger Freundschaft erfüllt und das war mein Lohn! Die ganze Zeit hat Baron Aehrenthal das unfreundlichste Gesicht gemacht und sich in boshaften Allusionen auf meine Reise nach Koburg und Petersburg ergangen, wo ich sogar von einem Leichenbegängnis zu profitieren gewusst hätte.““ Soweit das Telegramm des Fürsten an seinen Kabinettschef. Letzterer erwähnte noch, der Fürst habe gesprächsweise geäußert, jetzt könne auch von einer Fortsetzung der seinerzeit entrierten Pourparlers nicht mehr die Rede sein, er wolle von Euer Exzellenz überhaupt nichts mehr wissen.

Thurn.

a) Vgl. n. 1119, 1140, 1147.

Nr. 1140. *Tel. aus Sofia, 7. März 1909 Nr. 49 (eing. 8. März 9 U. a. m.).*^{a)} *Entziff.*

Fortsetzung des Telegramms Nr. 48. Ich erwiderte, dass offenbar Herr Sarafow, sei es aus Ungeschicklichkeit, sei es absichtlich, die Worte Euer Exzellenz in perfider Weise verdreht habe. Nach den mir durch Graf Czernin zugekommenen Mitteilungen Euer Exzellenz, hätten Hochdieselben auf die ausdrückliche Frage Herrn Sarafows diesem nur gesagt, Euer Exzellenz könnten nicht die formelle Erklärung abgeben, Fürst Ferdinand „mit königlichen Ehren“ zu empfangen, da eine solche Erklärung aus dem Munde des Ministers des Äussern einer formellen Anerkennung gleichkommen würde, welche, wie er selbst erkennen müsse, trotz aller Sympathie für die bulgarische Sache im gegenwärtigen Moment noch nicht möglich wäre. Euer Exzellenz hätten sogar dem Grafen Czernin ausdrücklich zu erkennen gegeben, dass Hochdieselben kein Bedenken tragen würden, dem Fürsten bei dieser Zusammenkunft in der Ansprache den Titel Majestät zu geben.

Der beste Beweis, dass Euer Exzellenz die Ablehnung des Besuches oder gar eine Unhöflichkeit absolut nicht beabsichtigt hätten, sei wohl darin zu sehen, dass Hochdieselben bis zum letzten Augenblicke das Eintreffen des Fürsten erwartet hätten. Bei der Parteirichtung, welcher Herr Sarafow angehört (Zankowist), schiene es mir gar nicht ausgeschlossen, dass letzterem eine Entfremdung zwischen dem Fürsten und Euer Exzellenz gelegen käme, so dass der Verdacht wohl nicht ganz von der Hand zu weisen ist, dass er seinen Bericht absichtlich tendenziös entstellt habe. Herr Dobrovich gestand mir zu, dass auch ihm dieser Verdacht bereits gekommen sei, und bat mich, Euer Exzellenz unverweilt ausführlich zu telegrafieren, in der Hoffnung, dass dieses bedauerliche Missverständnis möglichst bald aufgeklärt werde. Ich bitte um geneigte Weisung im Gegenstande. Thurn.

a) Vgl. n. 1147.

Nr. 1141. Tel. nach Belgrad, 8. März 1909 Nr. 35 (chiff. 9 U. 30 M. p. m.). a) Konz. (S. Matscheko; V. und G. Aehrenthal).

In Ihrem Telegramme vom 6. d. M., Nr. 82, geben Euer Hochgeboren auf Grund von Mitteilungen Ihres französischen Kollegen ein Résumé des Entwurfes der Note wieder, mit welcher Serbien die Demarche Rußlands, Englands, Frankreichs und Italiens in Belgrad beantworten will. Nach Angabe Herrn Descos' wäre auch die Übergabe dieser Erklärung in Wien in Aussicht genommen. Hiezu möchte ich bemerken, daß die von Serbien uns direkt abzugebende Erklärung, welche im Sinne der in Belgrad überreichten Note^{b)} für uns die Voraussetzung für die Aufnahme von Pourparlers über die wirtschaftlichen Fragen bildet, die Änderung in der bisherigen Haltung Serbiens in Betreff Bosniens und der Herzegowina nicht als eine bedingte und von der Stellungnahme dritter Faktoren abhängige hinstellen darf. Eine in solcher Art verklausulierte Mitteilung könnte von uns nicht als befriedigend angesehen werden. Wir haben in der von Euer Hochgeboren übergebenen Note^{b)} gesagt, daß die k. u. k. Regierung eine Mitteilung Serbiens darüber erwarte, daß Serbien, dem Rate der Mächte nachkommend, seine Haltung in Betreff Bosniens und der Herzegowina ändere und zugleich seine entschiedene Absicht kundgebe, mit der Monarchie freundnachbarliche Beziehungen wieder aufzunehmen. Diese beiden Punkte müßten in der von Serbien an uns zu richtenden Note prägnant zum Ausdruck kommen. Dies könnte, was den ersteren Punkt anbelangt, etwa in der Form geschehen, daß Serbien uns erkläre: Mit Rücksicht darauf, daß seit dem Abschlusse des Übereinkommens zwischen der Monarchie und der Türkei die Angliederung Bosniens und der Herzegowina als eine in materieller Hinsicht abgeschlossene und nicht mehr diskutierbare Angelegenheit betrachtet werden müsse, folge Serbien dem Rate der Mächte und halte seine früheren aus dem Titel der Annexion gestellten Ansprüche nicht mehr aufrecht. Euer Hochgeboren wollen den Herrn Ministerpräsidenten, welcher Ihnen ausdrücklich erklärt hatte, daß die jetzige Regierung sich mit uns verständigen und zu normalen Beziehungen zurückkehren wolle, sowie den Herrn Minister des Äußern, der sich ähnlich aussprach, mit allem Nach-

druck darauf verweisen, daß die Redaktion der serbischen Note an uns dem oben hervorgehobenen Standpunkte vollauf Rechnung tragen müsse, widrigenfalls sie den von der serbischen Regierung angestrebten Zweck nicht erreichen könnte. Ich möchte es Euer Hochgeboren auch anheimstellen, den Versuch zu machen, auch auf indirektem Wege vertraulich durch Vermittlung Ihres französischen Kollegen auf die Redaktion jener Note Einfluß zu nehmen. Den serbischen Ministern gegenüber wollen Euer Hochgeboren bei dieser Gelegenheit den folgenden Gedankengang in geeigneter Weise verwerten: Die früheren serbischen Regierungen hätten sich zu den ungerechtfertigten und unerfüllbaren Prätionen, welche Serbien anlässlich der Annexion uns gegenüber erhoben habe, offenbar durch die Hoffnung auf fremde Unterstützung verleiten lassen. Die schwankende Haltung Herrn Iswolskys sei geeignet gewesen, solche Erwartungen zu erwecken, die sich aber nun, wie man in Serbien selbst eingesehen habe, als ganz trügerisch erwiesen haben. In der Tat sei Rußland, wie Herr Iswolsky selbst in der Duma erklärt habe, durch frühere Abmachungen mit uns gebunden; überdies sei die Annexion Gegenstand der Besprechungen in Buchlau gewesen, und Herr Iswolsky habe derselben ausdrücklich zugestimmt. Diesen Verpflichtungen habe der russische Minister nun allerdings insofern Rechnung getragen, als er in Belgrad wissen ließ, daß Rußland territoriale Revendikationen Serbiens nicht unterstützen könne. Herr Iswolsky scheint es aber noch immer nicht ganz aufgegeben zu haben, Serbien gegenüber den wahren Sachverhalt zu verhüllen, um nicht eingestehen zu müssen, daß er außerstande sei, den von ihm selbst in Serbien geweckten Hoffnungen zu entsprechen. Wenn Herr Iswolsky daher gegenwärtig bestrebt zu sein scheint, sich zwischen Serbien und die Monarchie zu drängen, damit das Königreich nur durch seine Vermittlung mit der Monarchie in Verbindung trete, so lasse sich der Herr russische Minister des Äußern hiebei ohne Zweifel in erster Linie von der Rücksicht auf sein persönliches Prestige leiten. Serbien hätte gar keinen Grund, diesem fremden Spiele Vorschub zu leisten, welches seinen eigenen wohlverstandenen Interessen geradezu widerstreite. Österreich-Ungarn und Serbien seien als Nachbarn auf eine direkte Aussprache angewiesen, und da die diplomatischen Beziehungen auch gegenwärtig nicht unterbrochen seien, liege kein Anlaß vor, eine fremde Vermittlung in Anspruch zu nehmen. Übrigens wäre die Monarchie nicht in der Lage, eine solche zu akzeptieren. Herr Novaković, welcher Euer Hochgeboren gegenüber sich über Rußlands Haltung nicht in freundlicher Weise aussprach^{c)} und meinte, Serbien sei weder diesem noch den anderen Mächten Dank schuldig, dürfte für meine obigen Konsiderationen nicht unempfindlich sein. Wenn der Herr Ministerpräsident die Ihnen gegebenen korrekten Versicherungen mit der Bitte schloß, wir möchten auf die Erregung in Serbien und auf die Würde des Landes Rücksicht nehmen, so wollen Euer Hochgeboren darauf hinweisen, daß wir eben aus diesen Gründen nicht auf einer sofortigen Antwort bestünden; ebenso enthalte die von uns verlangte Erklärung nichts, was gegen die Würde Serbiens irgendwie verstoßen würde.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1148, 1152, 1159, 1162, 1223. — ^{b)} Vgl. n. 1109. — ^{c)} Vgl. n. 1113.

Nr. 1142. Tel. aus Cetinje, 8. März 1909 Nr. 25 (eing. 9. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Wie ich streng vertraulichen Äusserungen meines italienischen Kollegen entnehme, ist man in hiesigen Regierungskreisen sehr verstimmt, dass die serbische Antwort auf die russische Demarche ohne vorherige Anfrage in Cetinje erfolgt ist. Man hat daher den Entschluss gefasst, die mit Telegramm Nr. 23 gemeldete Mitteilung des hiesigen russischen Geschäftsträgers mit einer den Standpunkt der fürstlichen Regierung kennzeichnenden Note zu erwidern. Diese, heute der russischen Gesandtschaft zugestellte Note ist wohl der serbischen Antwort nachgebildet, doch enthält sie den Zusatz, dass „die fürstliche Regierung die Legalität der Annexion nicht anerkenne“ und schliesst mit dem Vorbehalt der Aktionsfreiheit Montenegros gegenüber Entscheidung der Grossmächte. Da diese Redaktion wohl kaum auf eine Einkehr zur Vernunft schliessen lässt, sich überdies Fürst Nikolaus italienischem Gesandten gegenüber beklagt hat, man verdächtige ihn im Volke, im geheimen mit Österreich-Ungarn zu verhandeln, so frage ich mich an, ob ich den mit Euer Exzellenz Telegramm Nr. 25 mir zugekommenen Auftrag dennoch ausführen soll.

Kuhn.

^{a)} Vgl. n. 1153.

Nr. 1143. Bericht aus Cetinje, 8. März 1909 Nr. 19 A (eing. 13. März).^{a)} Ausfert.

Wie mir der russische Geschäftsträger mitteilt, hat derselbe Mitte vergangener Woche über Auftrag seiner Regierung dem Fürsten eine Abschrift der an das Belgrader Cabinet gerichteten russischen Note^{a)} à titre d'information übergeben und sei ihm in Erwiderung dieses Schrittes eine die Stellungnahme der fürstlichen Regierung zur russischen Demarche kennzeichnende Note in Aussicht gestellt worden. Wie mein russischer College glaubt, werde sich die montenegrinische Note, was Inhalt und Form anbelangt, der serbischen Antwort, welche hier durch den serbischen Vertreter mitgeteilt worden sei, anpassen. Die durch Telegramme des telegraphischen Correspondenzbureaus hier bekannt gewordenen Schritte der Mächte in Belgrad, sowie die Nachricht, dass Serbien dem Ratschlage Russlands Folge gegeben und auf territoriale Compensationen verzichtet habe, hat in den hiesigen politischen Kreisen, wie in der Bevölkerung der Hauptstadt grosse Bestürzung und Erregung hervorgerufen. Zum Zwecke der Beruhigung teilt ein im letzten Glas Crnogorca vom 6. d. Mts. verlautbartes Communiqué mit, dass der russische Geschäftsträger der fürstlichen Regierung eine Abschrift der in Belgrad übergebenen Note übermittelt habe, „mittelst welcher Russland dem Königreiche bezüglich des in diesen kritischen Stunden zu beobachtenden Vorgehens Ratschläge erteilt“ und bemerkt bezüglich der infolge der telegraphischen Nachricht über die Antwort Serbiens sich kundgebenden Beunruhigung erklären zu können, dass die Antwort der königlich serbischen Regierung in keiner Weise eine solche Beunruhigung rechtfertige. Den gleichen Zweck, das ist zu beruhigen und den Eindruck abzuschwächen, den die Nachricht von unserem Über-

einkommen mit der Türkei auch hier zu machen nicht verfehlt hat, sowie die erschütterte Zuversicht zu stärken, verfolgt das in Übersetzung beigeschlossene^{b)} in der gleichen Nummer des Glas Crnogorca veröffentlichte Communiqué, welches mit Sophistik darzulegen bemüht ist, dass die serbischen Ansprüche auf Bosnien und die Herzegovina durch das österreichisch-ungarisch-türkische Übereinkommen in keiner Weise tangiert werden.

Kuhn.

a) Vgl. n. 1085, 1114, 1167. — b) Nicht aufgenommen.

Nr. 1144. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 8. März 1909 Nr. 118 (eing. 9. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Im Laufe des Gespräches, welches ich heute über den im hohen Erlasse vom 4. d. M. Nr. 819 geheim behandelten Gegenstand betreffs des Sandschaks hatte, machte ich Gabriel Effendi instruktionsgemäss auch darauf aufmerksam, dass wir vor dem in Aussicht genommenen Notenwechsel darauf bestehen müssten, dass türkischerseits eine schriftliche Erklärung bezüglich der Einstellung des Transportes von serbischem Kriegsmaterial durch türkisches Territorium abgegeben werde. Der Herr Minister erwiderte, dass sich die Pforte in dieser Beziehung in einer sehr schwierigen Lage befinde. Er bat mich Euer Exzellenz die Bitte vorzutragen, ihm diesbezüglich einen Rat zu geben. Es handle sich um drei Kategorien von Sendungen für Serbien: erstens, gewisse Ausrüstungsgegenstände, wie Zelte, Uniformsachen, Luftballons etc., zweitens Waffen und Munition, drittens Sprengstoffe. Was die letzteren anbelangt, stehe die Pforte auf dem Standpunkt, die Durchfuhr derselben vorläufig nicht zuzulassen, weil sie das Durchfuhrverbot mit der Gefährlichkeit dieser Stoffe motivieren kann. Die Kategorie unter 1) kann wohl anstandslos passieren. Die unter 2) angeführten Sendungen bereiten aber die grössten Schwierigkeiten. Der serbische Gesandte hat hier erklärt, dass die Bestellungen seinerzeit auf Grund einer Zusicherung Kiamil Paschas gemacht wurden; wenn nun die türkische Regierung die Durchfuhr verbiete, so setze sie Serbien einem grossen materiellen Schaden aus, was als ein unfreundlicher Akt gegenüber dem Königreich aufzufassen wäre. Gabriel Effendi wies mir gegenüber auf die Gefahr hin, dass Serbien unter dem Eindruck der türkischen Weigerung irgendwelche feindselige Demonstration an der Grenze machen könnte, was wieder gewisse Vorsichtsmassregeln türkischerseits involvieren würde. Es müsse also mit dieser prekären Lage gerechnet werden und eben aus diesem Grunde erbitte er sich einen Rat Euer Exzellenz. Was das oben erwähnte, von serbischer Seite angerufene angebliche Versprechen des früheren Grossvezirs anbelangt, so ist, wie mir Gabriel Effendi sagt, nunmehr durch eine schriftliche Äusserung Kiamil Paschas konstatiert, dass ein solches generelles Versprechen nicht existiere. Kiamil Pascha hat nur von Fall zu Fall die Durchfuhrerlaubnis erteilt. Der Minister fügte noch hinzu, dass mehrere Botschafter, so namentlich der französische und der englische, wegen der Durchfuhrbewilligung der aus ihren respektiven Ländern stammenden Sendungen sich bei der Pforte verwendeten, was die Situation noch mehr erschwere. Ausserdem kommen schon dieser Tage

wieder zwei Schiffsladungen in Salonik an. Unter den oben dargelegten Umständen glaubt Gabriel Effendi, dass die Pforte nicht in der Lage ist, uns die von uns verlangte allgemeine schriftliche Zusicherung zu erteilen.
Pallavicini.

a) Vgl. n. 1154, 1217.

Nr. 1145. Tel. aus London. 8. März 1909 Nr. 33 (eing. 9. März 9 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 35 vom 6. d. M. Ich habe eben Sir E. Grey mündlich von den an Graf Forgách ergangenen Instruktionen informiert. Staatssekretär sieht im allgemeinen Situation jetzt als günstiger an, will sich aber nicht aussprechen, bevor ihm die serbische Antwortsnote auf russische Ratschläge vorliegt. Er machte die Bemerkung, Euer Exzellenz würden wohl auch der russischen Regierung von den Instruktionen an Graf Forgách Kenntnis gegeben haben, da dies vielleicht die endgiltige Stylisierung der serbischen Note beeinflussen könnte. Auf meine Frage, ob serbische Note an Rußland oder an die Mächte gerichtet würde, antwortete er, daß er erwarte, sie werde an die Mächte, inklusive Österreich-Ungarn, adressiert werden. Ich habe auch Privatsekretär Sir E. Greys gesprochen, welcher den Eindruck hat, serbische Regierung werde jetzt vernünftige, konziliante Haltung annehmen.
Mensdorff.

Nr. 1146. Tel. nach St. Petersburg, 8. März 1909 Nr. 51 (chiffr. 8 U. p. m.). a) Konz. (S. Franckenstein und Matscheko; V. Musulin und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Wie Graf Forgách unterm 5. l. M.^{b)} telegraphiert, verlangt Serbien jetzt von Rußland und den Signatarmächten, daß dieselben sich sofort über unser türkisches Protokoll^{c)} aussprechen und eventuell die Annexion anerkennen, dann könne Serbien den Rückzug finalisieren und seine Aspirationen auf das uns zugesprochene Territorium fallen lassen. Ich finde, daß der Zeitpunkt für Rußland gekommen ist, Serbien in seiner schwierigen Lage einen Dienst dadurch zu erweisen, daß es in Belgrad erklären läßt, die Frage der Annexion Bosniens und der Herzegowina könne nach der Unterzeichnung des Entente-Protokolles in Konstantinopel von den Mächten materiell nicht weiter erörtert werden und sei sohin im Wesen als bereinigt anzusehen. Was die formale Vorgangsweise der Mächte anlange, so sei dies die Sache der Mächte, die Serbien nichts angehe, und um die sich dasselbe nicht zu kümmern habe. Dieser modus procedendi hat den Vorteil, daß unsere Differenzen mit Serbien sofort ein Ende erreichen würden, und zwar ohne daß Rußland uns gegenüber die Annexion schon jetzt ausdrücklich anzuerkennen brauchte; die formelle Anerkennung der Annexion sei gewissermaßen eine cura posterior und könne in einem späteren Momente, eventuell durch einen Notenaustausch oder auf einer Konferenz der Signatarmächte erfolgen. Euer Exzellenz wollen sich in diesem Sinne zu Herrn Iswolsky aussprechen und auf eine klare Stellungnahme des Herrn Ministers mit allem Nachdruck hinwirken. Sollte Herr Iswolsky Ausflüchte suchen

und sein beliebtes Doppelspiel wieder beginnen, so wird es Ihre Aufgabe sein, den Herrn Minister in unzweideutiger Weise darauf aufmerksam zu machen, daß ich mich, angesichts der gefährlichen Situation, in der sich Serbien heute befinde, und aus der es nur durch eine sofortige und bündige Sprache Rußlands befreit werden könne, gezwungen sehen würde, von den in meinen Händen befindlichen Piècen, die sich auf den der Annexion vorangegangenen Gedankenaustausch mit Herrn Iswolsky beziehen, nicht nur in Belgrad, sondern auch in London und Paris einen entsprechenden Gebrauch zu machen. Gleichzeitig mit dieser in bestimmtester Form gehaltenen Eröffnung werden Euer Exzellenz dann auch die Ihnen mit Weisung vom 26. v. M., Nr. 732, aufgetragene streng vertrauliche Demarche beim Herrn Ministerpräsidenten zur Ausführung zu bringen haben. Wie ich zu Ihrer persönlichen Information bemerke, erscheint mir die eventuelle Verständigung der Kabinette von Paris und London auf Basis der oben erwähnten Piècen schon deshalb angezeigt, weil aus der Sprache des französischen Botschafters in Berlin, Herrn Cambon, Herrn von Szögyény gegenüber zu entnehmen ist, daß Herr Iswolsky in Paris die Meinung zu verbreiten scheint, daß er in Buchlau von mir hintergangen und über meine Absichten völlig im Unklaren gelassen worden sei.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1133, 1157, 1164, 1170, 1173, 1180, 1223, 1269, 1836. — ^{b)} Vgl. n. 1112. — ^{c)} Vgl. n. 1064.

*Nr. 1147. Tel. nach Sofia, 8. März 1909 Nr. 49 (chiffr. 10 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Aehrenthal).*

Euer Hochgeboren Telegramme No. 48, 49 und 50^{b)} erhalten. Wie Euer Hochgeboren aus den mündlichen Mittheilungen des Grafen Czernin und meinem Privatbrief vom 5. l. M. ersehen haben, ist die Erregung des bulgarischen Souverains durch die grobe Ungeschicklichkeit oder böse Absicht Herrn Sarafows hervorgerufen worden. Euer Hochgeboren wollen auch noch direct und in meinem Namen zur Kenntniss des Herrschers von Bulgarien bringen, daß ich über dieses höchst bedauerliche Mißverständnis auf das peinlichste und unangenehmste berührt bin, und ausdrücklich feststellen, daß ich mich Höchstdemselben mit Freuden zur Verfügung gestellt habe und, wenn ich Seinen privaten Besuch empfangen hätte, Ihm königliche Ehren erwiesen hätte, daß ich aber auf die seitens des bulgarischen diplomatischen Vertreters an mich gerichtete ausdrückliche Frage eine formelle Zusicherung diesbezüglich nicht ertheilen konnte. Die im Telegramme an Herrn Dobrovitch enthaltenen Ausführungen des bulgarischen Souverains über meine Stimmung und meine sonstigen angeblichen Bemerkungen lassen deutlich erkennen, daß es sich hier um eine höchst bedauerliche, durch die Ungeschicklichkeit oder mala fides Herrn Sarafows hervorgerufene Irreführung handelt. Ich ersuche Euer Hochgeboren demnach, Herrn Dobrovitch unter nochmaliger Hervorhebung meines Bedauerns mitzutheilen, daß ich mich zwar der Hoffnung hingebe, dieser Zwischenfall sei nunmehr endgiltig beigelegt, das Vorgehen des hiesigen bulgarischen Vertreters habe jedoch mein Vertrauen zu diesem erschüttert. Ich müsse angesichts der hohen Wichtigkeit, welche ich unseren Beziehungen zu

Bulgarien beimesse, Werth darauf legen, daß letzteres hier durch einen intelligenten und tactvollen Diplomaten vertreten sei. Ich müsse den bulgarischen Herrscher demnach bitten, Herrn Sarafov in einem Höchsthin convenienden Zeitpunkte durch eine andere geeignetere Persönlichkeit zu ersetzen.
Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1175. — ^{b)} Mit Tel. Nr. 50, 7. März 1909 (eing. 8. März 9 U. a. m.) wurde aus Sofia der Empfang von n. 1119 mitgeteilt und mit Rücksicht auf große Erregung Fürst Ferdinands und der üblen Consequenzen, die eine Fortdauer derselben auch für die Beziehungen Österreich-Ungarns zur bulgarischen Regierung haben könnten, um eine weitere telegrafische Mitteilung ersucht, die auf den Fürsten kalmierend zu wirken geeignet wäre.

Nr. 1148. Tel. aus Belgrad, 9. März 1909 Nr. 87 (eing. 4 U. 10 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramm No. 35. Ganz im Sinne dieser Instruktionen wollte ich bereits gestern persönlich auf den Ministerpräsidenten einwirken, konnte ihn jedoch leider nicht treffen. Ich werde es heute abermals versuchen. Minister des Aeussern ersuchte mich, ihn heute erst spät abends aufzusuchen, da den ganzen Tag Ministerrat unter Vorsitz des Königs stattfinde. Meinen französischen Kollegen habe ich bereits ersucht, auf die serbische Regierung aufklärend und vermittelnd zu wirken, damit die uns direkt zu gebende Antwort befriedigend und genügend ausfalle. Er erwidert mir stets mit der Bitte nicht zu drängen; dies könnte alles verderben, während die Leute jetzt am guten Wege seien. Hierauf verweise ich stets auf die verfließende Zeit und die grosse Gefahr der weiteren Unsicherheit und Spannung. Noch gestern abends suchte mich französischer Gesandter auf, um mir mitzuteilen, unsere Note und meine begleitenden Worte hätten im Ministerium des Aeussern eine verständige, gute Aufnahme gefunden. Die grösste Schwierigkeit liege bei dem Minister des Aeussern, der durch Monate dem Lande, den Journalisten und allen Diplomaten von den unbedingt notwendigen territorialen Kompensationen gesprochen habe und dessen Eitelkeit ihm einen kategorischen Frontwechsel erschwere. Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1149.

Nr. 1149. Tel. aus Belgrad, 9. März 1909 Nr. 88 (eing. 7 U. 40 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Très confidentiel. Suite du télégramme No. 87 d'aujourd'hui. Mon collègue de France m'informe que la réponse russe vient d'arriver hier soir et a été remise encore cette nuit au gouvernement serbe. Monsieur Isvolski a répondu au projet serbe par un contreprojet très conciliant qui rendrait la note serbe plus précise et claire. D'après les informations fournies très confidentiellement par mon collègue de France la note serbe raccourcie n'aura probablement que deux alinéas. Dans le premier la Serbie se déclare prête à maintenir les rapports de bon voisinage avec l'Autriche-Hongrie, rapports qui de fait n'étaient pas interrompus et qu'elle n'a aucun désir de troubler. Dans le second alinéa la Serbie déclare de ne demander aucune compensation relative à l'annexion. Ministre de France m'a assuré que malgré une mention

spéciale des puissances et de l'Europe l'abandon des demandes antérieures de la Serbie est exprimé sans réserve et sans condition. J'ai causé avec mon collègue dans le sens de la dépêche de Votre Excellence d'hier et lui ai suggéré d'user de son influence auprès du gouvernement serbe afin que la rédaction de la note que la Serbie devra nous adresser en réponse à ma lettre concernant les relations commerciales soit précise et satisfaisante au sujet de l'attitude serbe vis-à-vis du nouvel état des choses établi par notre convention avec la Turquie. Le représentant français m'a assuré à plusieurs reprises d'être convaincu que la réponse serbe sera conforme à nos désirs et m'a prié de ne pas m'inquiéter et de ne pas trop presser le gouvernement serbe qui avant tout enverra sa note circulaire aux puissances, Vienne y compris. Il a ajouté que même le ministre de Russie qui jusqu'à présent n'était guère optimiste (télégramme chiffré No. 75 du 5 dernier) venait lui exprimer son opinion que nous marchions vers la solution complète. En ce qui concerne mon opinion personnelle ma dépêche No. 24 A^b) doit être parvenue ce matin à Votre Excellence.

Forgách.

a) Vgl. n. 1150, 1177. — b) Vom 7. März.

Nr. 1150. Tel. aus Belgrad, 9. März 1909 Nr. 91 (eing. 10. März 9 U. a. m.).^a) Entziff.

Minister des Äussern sagte mir, dass wegen der vielen Bedenken und der genauen Erwägung jeden Wortes heutiger Ministerrat Feststellung der serbischen Note nicht beendigte. Doch dürfte dies bis morgen Abend, spätestens bis übermorgen erfolgen und dann sofort Mitteilung stattfinden. (Von anderer Seite erfahre ich, dass Zirkularnote sofort telegrafisch in claris an serbische Gesandtschaften ergehen wird.) Auf die Frage unserer Note übergehend, wollte Minister mir gegenüber zuerst diplomatische Winkelzüge anwenden und von Notwendigkeit des Studiums der kommerziellen Seite durch Finanzministerium und Handelsministerium sprechen. Ich musste ihm in ziemlich eindringlicher Weise Gefahren der Verzögerung vor Augen führen und ihn einladen, die ökonomische Seite späteren Verhandlungen zu überlassen und auf eine sofortige befriedigende Beantwortung des politischen Teiles und der prinzipiellen Frage einzugehen. Schliesslich gab er zu, dass der Ministerrat sich noch diese Woche mit der Sache endgültig befassen müsse und Redaktion der serbischen Antwort, die wir vielleicht gemeinsam vornehmen werden, spätestens Sonntag oder Montag erfolgen wird. Er klagte mir, dass das Ministerium infolge seiner Zusammensetzung langsamer und schwerfälliger arbeite, da die verschiedenen Parteihäupter sich gegenseitig misstrauen und keine leichte Arbeit haben, ihre Parteien, die über die plötzliche, für das erregte Land unerwartete Schwenkung verblüfft sind, entsprechend zu beeinflussen. Er bat mich um Geduld, da in den politischen Parteiklubs noch eine starke, zu schonende Vibration der Nerven zu beobachten sei. Auf meine Anregung hin ist er sehr geneigt, falls es ihm in den nächsten Tagen nützlich erscheint, eine Zusammenkunft der im Ministerium befindlichen Parteiführer mit mir zu arrangieren, damit ich direkt auf dieselben einwirke. Ich habe den Eindruck, dass meine Unter-

redung mit dem Minister die morgige endgiltige Redaktion der serbischen Zirkularnote günstig beeinflussen dürfte und ihn auch zugänglicher machte, für eine uns im Sinne Euer Exzellenz Instruktionen zu erteilende Antwort. Den Ministerpräsidenten spreche ich morgen nachmittag. Forgách.

a) Oe.-U. Bosnien 93 Nr. 129. Vgl. n. 1149, 1151, 1160, 1179.

Nr. 1151. Tel. aus Belgrad, 9. März 1909 Nr. 92 (eing. 10. März 9 U. a. m.).a) Entziff.

Im Nachhang zu meinem Telegramm Nr. 91 von heute. Im Verlaufe unserer Unterredung frug mich Minister des Äussern in nicht offizieller Form, zu seiner eigenen Orientierung, ob im Falle einer uns politisch befriedigenden Antwort, wenigstens provisorische Verlängerung unseres Handelsvertrages über den 1. April erhofft werden könne, da Verhandlungen über eine neue Konvention bis zu diesem Datum unmöglich abgeschlossen wären. Ich antwortete ausweichend mit Hinweis auf agrarische Strömung und parlamentarische Schwierigkeiten sowie Rückwirkung bisheriger serbischer Haltung auf unsere Öffentlichkeit. Da ähnliche Anfragen in bestimmter Form wiederkehren dürften, bitte ich Euer Exzellenz um eventuelle Instruktionen behufs Regelung meiner Sprache. Forgách.

a) Vgl. n. 1156, 1158.

Nr. 1152. Tel. aus Berlin, 9. März 1909 Nr. 71 (eing. 10. März 9 U. a. m.).a) Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 51a) von gestern habe ich zur Kenntnis Fürst Bülow's bringen lassen. Reichskanzler liess mir für diese interessante Mitteilung seinen verbindlichsten Dank an Euer Exzellenz durch Herrn von Kiderlen übermitteln und versicherte, dass er die so klare und bündige Sprache, welche Euer Exzellenz durch den Grafen Forgách in Belgrad führen lassen, als den Verhältnissen vollkommen entsprechend aufrichtigst begrüsse. Szögyény.

a) Auszugsweise Mitteilung von n. 1141.

Nr. 1153. Tel. nach Cetinje, 9. März 1909 Nr. 26 (chiff. 9 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Wie ich aus Ihrem Telegramme vom 8. d. M., No. 25, entnehme, haben Euer Hochwohlgeboren wider Erwarten Bedenken getragen, die mit meinem Telegramme vom 7. d. M., No. 25, angeordnete Démarche beim Fürsten Nikolaus zur Ausführung zu bringen, und zwar deshalb, weil die Antwort der fürstlichen Regierung auf den letzten Schritt des russischen Geschäftsträgers nicht in einem unseren Wünschen entsprechenden Sinn abgefaßt sei, sowie weil sich der Fürst darüber beklagt habe, er werde im Volke geheimer Verhandlungen mit uns verdächtigt. — Was den ersteren Punkt anbelangt, so gebe ich mich, wenn auch Ihre Berufung in den Konak als Symptom beginnender Ernüchterung gedeutet werden kann, keineswegs der Illusion hin, daß unserem Standpunkt in Cetinje sofort und ohne

weiteres werde Rechnung getragen werden. Die Initiative des Fürsten Euer Hochwohlgeboren gegenüber bietet mir aber den willkommenen Anlaß, um in Analogie mit dem Schritt, den wir in Belgrad vor kurzem unternommen haben, auch der montenegrinischen Regierung Gelegenheit zu einer direkten Aussprache zu bieten. Auf eine solche lege ich Wert, was immer im weiteren Verlauf ihr Resultat sein mag, weil dadurch notwendigerweise schließlich eine Klärung der Situation herbeigeführt und auch im Falle eines negativen Ergebnisses vor ganz Europa dargetan würde, daß nicht wir es waren, die es an gutem Willen und Entgegenkommen haben fehlen lassen. Der Zeitpunkt für eine solche Démarche in Cetinje scheint mir auch deshalb gekommen zu sein, da wir gleichzeitig in Petersburg und in Rom Schritte unternehmen, um diese beiden Cabinete zu veranlassen, auf Serbien und Montenegro etwa im folgenden Sinn einzuwirken. Danach sollten die russische und die italienische Regierung in Belgrad, beziehungsweise in Cetinje, nachdrücklich darauf aufmerksam machen, daß infolge des Abschlusses unseres Akkords mit der Türkei die Annexion von den Mächten in materieller Hinsicht nicht weiter erörtert werden könne und sohin im Wesen als bereinigt zu betrachten sei. Die formale Seite der Anerkennung der Annexion sei Sache der Mächte und gehe die beiden serbischen Staaten nichts an. Was die Bemerkung Euer Hochwohlgeboren anbelangt, der Fürst scheue vor Verhandlungen mit uns zurück, um sich nicht vor seinem Volke zu compromittieren, so erscheint diese Befürchtung wohl dadurch widerlegt, daß er ja selbst den ersten Schritt zu einer persönlichen Rücksprache mit Euer Hochwohlgeboren unternommen hat. Euer Hochwohlgeboren wollen daher unverweilt um eine Audienz beim Fürsten ansuchen und sich ihm gegenüber im Sinne meines Telegrammes No. 25 aussprechen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1166.

Nr. 1154. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 9. März 1909 Nr. 119 (eing. 10. März 9 U. a. m.).a) Entziff.

Geheim. Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes Nr. 118. Großvezir sagte mir soeben, daß gestern französischer Botschafter bei ihm eine Demarche behufs Durchfuhr von 15 Tonnen Scheddit unternommen hat. Herr Constans überreichte hiebei eine Aufzeichnung, in welcher ausgeführt wird, daß der fragliche Explosivstoff für Kriegszwecke nicht verwendet werden könne und für eine französische Minengesellschaft bestimmt sei; der Transport könnte auch in kleineren Quantitäten nach Bedarf erfolgen. Er, der Großvezir habe unter diesen Umständen gegen eine sukzessive Durchfuhr dieser Sprengstoffmengen keinen Einwand erhoben. Ebenfalls gestern habe sich auch der englische Botschafter für die Durchfuhrbewilligung von 30 Tonnen Dynamit, welche gleichfalls für Bergbauzwecke für eine englische Gesellschaft bestimmt seien, verwendet. Der Großvezir erwiderte meinem englischen Kollegen, daß er nur unter folgenden Modalitäten den Transport bewilligen könne. Das Dynamit müsse in Salonik eingelagert werden und könne nur fallweise in kleinen Quantitäten über Ersuchen des Destinärs respektive der englischen Botschaft nach Serbien abtransportiert

werden. Hilmi Pascha sagte mir noch, daß er die Verwendung der einzelnen Dynamitsendungen im Wege der türkischen Gesandtschaft in Belgrad kontrollieren lassen wolle. Wie mir der Großvezir des ferneren mitteilte, hat ihm der serbische Gesandte eine Liste des von Serbien bestellten und noch nicht bezogenen Kriegsmaterials übergeben. Danach würde es sich noch um den Bezug von 100.000 Gewehren und 50 Millionen Patronen handeln. Hilmi Pascha erwiderte dem serbischen Gesandten, daß er mit Rücksicht auf die gegenwärtige politische Konstellation und nachdem die Durchfuhrbewilligung seitens Österreich-Ungarns als ein unfreundlicher Akt der Türkei aufgefasst werden könnte, nicht in der Lage sei, die Durchfuhr zu gestatten. Um die serbische Regierung nicht vollkommen vor den Kopf zu stoßen, wolle, wie Hilmi Pascha mir schliesslich sagte, er aber diesmal noch die Erlaubnis zur Durchfuhr einer dieser Tage in Salonik eintreffenden Sendung von 7 Mitrailleusen nebst Accessorien bereits früher gelieferten Materials gestatten. Pallavicini.

a) Vgl. n. 1168, 1169.

Nr. 1155. Bericht aus London, 9. März 1909 Nr. 23 A (eing. 12. März). Ausfert.

Im Besitze des hohen Telegrammes No. 34 vom 5. 1. Mts. habe ich gestern die Gelegenheit ergriffen, um Sir Edward Grey zu sagen, dass Euer Exzellenz mit Freude konstatiert hätten, dass Hochdieselben mit ihm bezüglich des „accord préalable“ über die Punkte des Konferenzprogrammes übereinstimmten. An unsere letzte Unterredung anknüpfend führte ich aus, dass die Umwandlung des „accord préalable“ in einen definitiven, durch blossen Notenaustausch jedenfalls rascher und einfacher zum Ziele führen würde, als das complicirte Verfahren einer Konferenz. Sir Edward Grey gab zu, dass unsere Einigung mit der Türkei Material zu einem „accord préalable“ liefere, ebenso das wahrscheinlich dieser Tage zu Stande kommende arrangement zwischen der Türkei und Bulgarien. Dann kämen noch die Wünsche Serbiens und Montenegros.¹⁾ (Ich fügte bei: „Und die einzelnen Punkte über türkische Fragen, wie Kapitulationen etc. sowie Creta,“ welche alle bei einer Konferenz zu sehr langwierigen Verhandlungen Anlass geben würden!) Sir Edward widersprach mir nicht, war aber reservirter als bei unserem letzten Gespräche und offenbar gestern nicht geneigt, in eine nähere Erörterung über die Konferenz-Frage einzugehen; wahrscheinlich weil er wieder abwarten will, was er von Petersburg hört. Nachdem Sir Edward überdies gestern Eile hatte in das Parlament zu gehen, so hielt ich es nicht für angezeigt, auf eine weitere Conversation zu insistieren. Ich hatte aber eine längere Unterredung mit Sir Edwards Privatsekretär Mr. Tyrell, der mir unumwunden erklärte, er persönlich sei von Anfang an gegen die Konferenzidee gewesen. Ich kann nicht annehmen, dass Mr. Tyrell sich so aussprechen würde, wenn sein Chef jetzt unter russischem Einflusse sich wieder zum Advokaten des Konferenz-Principes machen wollte. Sir Charles Hardinge ist seit einer Woche an Influenza erkrankt, so dass ich ihn nicht gesehen habe. Mensdorff.

¹⁾ !!

Nr. 1156. Tel. aus St. Petersburg, 9. März 1909 Nr. 40 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

M. Iswolsky m'ayant invité de passer chez lui aujourd'hui, m'a exprimé oralement la satisfaction que démarche de la Russie à Belgrade a été favorablement accueillie à Vienne et que la Serbie, se rendant aux sages conseils donnés par le cabinet de St. Pétersbourg, a déclaré ne pas avoir l'intention de faire naître une guerre avec l'Autriche-Hongrie ni de changer ses rapports de bon voisinage avec cette Puissance et vouloir s'abstenir d'une immixtion dans une affaire regardant Puissances signataires et renoncer aux prétentions territoriales, politiques et économiques découlant de l'annexion de la Bosnie et Herzégovine. La Russie, en constatant détente produite par cette décision du gouvernement serbe espère que ce dernier ne tardera pas à faire déclaration analogue à Vienne comme aux autres cabinets. En ce qui concerne négociations de commerce et de trafic envisagées par l'Autriche-Hongrie, le cabinet Impérial reconnaît que ces négociations sont de nature à n'intéresser que l'Autriche-Hongrie et la Serbie et ne peuvent être poursuivies que par communication directe entre ces deux gouvernements. C'est dans le sens susindiqué que le ministre russe à Belgrade a été chargé de se prononcer vis-à-vis du ministre des affaires étrangères du Royaume.

Berchtold.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 92 Nr. 128. Vgl. n. 1151, 1157, 1159, 1173, 1174, 1177, 1181, 1196.

Nr. 1157. Tel. aus St. Petersburg, 9. März 1909 Nr. 41 (eing. 10. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 51 vom 8. d. M. und Herrn Iswolsky mündlich verdolmetscht. Minister ersuchte mich, ihm Inhalt in Form einer Notiz zukommen zu lassen, was ich morgen tun und gleichzeitig Rücksprache für übermorgen verlangen werde. Nachdem zu erwarten ist, dass Herr Iswolsky, der bis nun keine Anfrage von Serbien über Stellungnahme zu österreichisch-ungarisch-türkischem Protokoll^{b)} erhalten hat, sich auf diesen Umstand sowie darauf berufen wird, dass serbische Erklärung, wenn nach hiesigem Rat in Wien abgegeben, bedingungslos Verzicht auf territoriale, politische, kommerzielle Revindikationen zum Ausdrucke bringen soll, ersuche ich Euer Exzellenz um gütige Instruktion, ob, beziehungsweise unter welchem Titel ich in diesem Falle Mitteilung geheimer Piècen nach London, Paris und Belgrad in Aussicht zu stellen hätte.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1156, 1173. — ^{b)} n. 1064.

Nr. 1158. Tel. nach Belgrad, 10. März 1909 Nr. 37 (chiff. 9 U. p. m.). Abschrift.

Euer Hochgeboren mit Telegramm Nr. 92 gemeldete reservierte Haltung in der Frage eines handelspolitischen Provisoriums ab 1. April billige ich vollständig. Unsere Stellung wird von dem Inhalte der serbischen

Erklärung abhängen. Ich werde das Hauptgewicht auf den politischen Teil derselben legen. Bevor nicht eine entsprechende Antwort Serbiens uns vorliegt, vermöchte ich nicht, mich über das Provisorium zu äußern. Zu Euer Hochgeboren ausschliesslich persönlicher Information füge ich bei, dass ich für den Fall einer befriedigenden Antwort Serbiens, der wir zustimmen in der Lage wären, meinerseits bereit bin, bei beiden Regierungen das möglichste zu tun, um durch ein vorläufiges Provisorium ab 1. April den Eintritt eines vertragslosen Zustandes zu vermeiden.

*Nr. 1159. Tel. nach Belgrad, 10. März 1909 Nr. 38 (chiff. 9 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).*

Graf Berchtold telegraphiert unterm 9. l. M. wie folgt: ... *wie n. 1156* ... Angesichts dieser Äußerungen Herrn Iswolskys, welche befriedigende Erklärungen der serbischen Regierung in Aussicht zu stellen scheinen, wollen Euer Hochgeboren bei Verwertung des Ihnen im zweiten Teile meines Telegrammes vom 8. l. M., Nr. 35 an die Hand gegebenen Gedankenganges das Verhalten und die Sprache Herrn Serguéiew's berücksichtigen und eventuell Ihre bezüglichen Ausführungen entsprechend modifizieren.
Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1162, 1177.

Nr. 1160. Tel. in claris aus Belgrad, 10. März 1909 ohne Nr. (eing. 11. März 9 U. a. m.).^{a)} Abschrift.

Texte du télégramme circulaire adressé le 25/2, 10/3 par Monsieur Milovanovitch aux Légations de Serbie à Pétersbourg, Berlin, Londres, Paris, Vienne, Rome et Constantinople: En se conformant aux conseils amicaux du gouvernement Impérial de Russie, le gouvernement Royal a l'honneur de vous communiquer la déclaration ci-après qu'il vous prie de vouloir bien porter à la connaissance du gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité: La Serbie considérant qu'au point de vue du droit sa situation à l'égard de l'Autriche-Hongrie après la proclamation de l'annexion de la Bosnie-Herzégovine est restée normale, n'a aucune intention de provoquer la guerre contre la Monarchie voisine et ne désire modifier en rien envers elle ses rapports juridiques continuant à remplir sur la base de la réciprocité ses devoirs de bon voisinage et à entretenir avec elle comme par le passé les relations rentrant dans le domaine des intérêts d'ordre matériel. S'étant toujours soumise au point de vue que la question bosno-herzégovinienne est une question européenne et qu'il appartient aux Puissances signataires du traité de Berlin à décider relativement à l'annexion et à la nouvelle rédaction de l'article 25 du traité de Berlin, la Serbie confiante en la sagesse et l'équité des Puissances leur remet sans réserve comme au tribunal compétent sa cause sans réclamer par conséquent de l'Autriche-Hongrie de ce chef aucune compensation soit territoriale soit politique ou économique. Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1150, 1161, 1162, 1163, 1165, 1171, 1173, 1176, 1178, 1179, 1181, 1185, 1188, 1210, 1214, 1220, 1265, 1307, 1331.

Nr. 1161. Tel. aus Belgrad, 10. März 1909 Nr. 93 (eing. 11. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Serbische Note, die ich Euer Exzellenz in claris telegraphierte,^{a)} ist wenn auch von unserem Standpunkte aus nicht ganz befriedigend, so doch meiner ergebensten Ansicht nach ein starker Rückzug Serbiens und eine beinahe vollständige Schwenkung seiner uns bisher direkt feindlichen Stellungnahme und Politik. Da Serbien speziell ausdrücklich erklärt, direkt nicht mehr zur Annexion Stellung zu nehmen, sondern dies den Signatarmächten als ihnen zukommendes Recht überlässt, so glaubte ich, die der Gesandtschaft zugesendete Kopie nicht zurückweisen zu sollen, da unser bekannter Standpunkt, dass Serbien kein Recht habe, auf diplomatischem Wege zur Annexion Stellung zu nehmen, voll anerkannt wird. Befriedigend scheinen mir die Erklärungen des ersten Absatzes, laut welchen Serbien feierlich seine Kriegsdrohungen einstellt und im Gegensatz zu seinen bisherigen Behauptungen zugibt, dass die Annexion Bosniens keine rechtliche Änderung seines Verhältnisses zur Monarchie hervorgerufen habe. Auch die Absicht, korrekte nachbarliche und materielle (Handels)Beziehungen zu erhalten, wird präzise ausgesprochen. Im zweiten Absatz wird jede Forderung einer Kompensation gegen uns fallen gelassen und Serbien unterwirft sich ohne Reserve der auf die Änderung des Artikels 25 bezüglichen Beschlüsse der Signatarmächte. Wenn auch noch die bosnische Frage als eine europäische bezeichnet wird, und Serbien von seinen den Mächten anvertrauten Interessen spricht, so braucht man diese Note nur mit der mit Kompensationsforderungen versehenen im Oktober ausgesendeten Protestnote^{b)} zu vergleichen, um den Rückzug und dessen Tragweite zu ermessen. Dass Serbien auch keine wirtschaftlichen Kompensationen von uns haben will, also nur eventuell auf internationale Zugeständnisse (Donau-Adriabahn, Donaukommission) reflektiert, kann uns vielleicht sehr gelegen sein wegen der grossen Schwierigkeit, wirtschaftliche Zugeständnisse in unseren Parlamenten durchzusetzen. Sehr bezeichnend für Serbiens Politik und Hoffnungen ist es, dass in der Einleitung nur Russlands und nicht auch der Ratschläge der anderen Mächte gedacht wird. Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1160, 1162. — ^{b)} Vgl. n. 180.

Nr. 1162. Tel. aus Belgrad, 10. März 1909 Nr. 94 (eing. 11. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Gelegentlich meiner sehr langen Unterredung mit dem Ministerpräsidenten hatten wir den Text der serbischen Note^{b)} noch nicht in Händen und aus den mündlichen Mitteilungen des Ministers, welcher Wortlaut nicht auswendig wusste, konnte ich keinen sicheren Schluss ziehen. Doch bemerkte ich ihm sofort, daß die Verschiebung der Mächte und Aufwerfung ihres Spruches mir höchst unbefriedigend scheine und eine Klärung der Situation zwischen Serbien und uns verzögere und, auf seine wiederholte Gegenbemerkung, daß Serbien gerade von unserem bekannten Standpunkt aus sich nicht über die Annexion äussern, selbe auch nicht vor dem Spruch der Mächte anerkennen könnte, antwortete ich, dass von

keiner Anerkennung die Rede sei, sondern von unverklausulierter Erklärung, daß die vollzogene Tatsache abgeschlossen und für Serbien undisputierbar sei. Herr Novaković behauptet, daß dies eigentlich in der Zirkularnote enthalten sei, und drückte seine feste Überzeugung aus, daß dieselbe Euer Exzellenz so ziemlich befriedigen und Hochdieselben nach deren Erhalt keinen intransigenten Standpunkt Serbien gegenüber einnehmen werden, da durch die Note Euer Exzellenz Standpunkt eigentlich vollständig zum Sieg gelange. Einige Worte über die europäische Seite der Angelegenheit seien notwendig gewesen, sowohl aus Rücksicht auf die bisherigen Enunziationen der Regierung, als auch auf die Stimmung im Lande und im Parlament. Die Minister würden ohnehin die grösste Schwierigkeit haben, ihren Parteien den Rückzug mundgerecht und verständlich zu machen. Auf unsere Note übergehend, gelang es mir, das Misstrauen des Ministerpräsidenten, als ob wir mit derselben nur die Aktion Russlands und der anderen Mächte durchkreuzen wollten, zu verschreiben und ihm unser Entgegenkommen begreiflich zu machen. Er gab zu, dass wir die direkten unbedingt notwendigen Verhandlungen durch unseren Schritt für Serbien erleichtert hätten, und stellte mir eine baldige möglichst befriedigende Antwort in Aussicht. Bezüglich Bosniens meinte er, dass die Regierung nur dasselbe wie in der Zirkularnote antworten könne. Nach langer Kontroverse und Verwertung aller mir von Euer Exzellenz telegraphierten Argumente schien Novaković einzusehen, daß uns gegenüber eine präzisere Erklärung über Serbiens veränderte Haltung in Anbetracht der vollzogenen Angliederung notwendig sei. Er werde, nachdem er nunmehr genaue Kenntnis unserer Forderungen habe, unseren konzilianten Schritt würdigen und überlegen, ob wir gemeinsam einen Text, der uns befriedigt und das Ministerium nicht unmöglich macht, finden könnten. Er bat mich um Geduld, damit die Wirkung der Zirkularnote im Inlande beurteilt werden könne; mit derselben habe die Regierung drei Viertel des schweren Weges gemacht. Vielleicht könne auch das letzte Viertel uns gegenüber gemacht werden. Er kam stets darauf zurück, daß die Regierung eigentlich gar keine Vorbehalte gemacht habe, da sie wisse, daß Russland durch geheime Verabredungen gebunden sei, keine andere Macht sich widersetze, die Mächte oder deren Konferenz die Annexion also ohne Schwierigkeit ratifizieren würden. Für Serbien wäre dies eine Erleichterung; jedwede Agitation würde im Lande aufhören und die Herstellung guter Beziehungen zu uns wäre beschleunigt. Die Regierung hätte Nachricht, daß auch der Widerstand panslawistischer Kreise gegen die Anerkennung der Annexion durch Russland abnehme. Novaković sprach im allgemeinen verständlich, mit grosser Hochachtung über Euer Exzellenz, den er aus Petersburg kenne, und den Erfolg unserer Politik. Resigniert sagte er, das Schicksal Serbiens hänge eigentlich von der Entwicklung der südslavischen Frage innerhalb der Monarchie ab. Immerhin wird es sehr schwierig sein, eine so präzise Textierung durchzusetzen, wie jene, welche im hohen Telegramm Nr. 35 vom 8. d. M. angedeutet war. Um selbe durchzusetzen, dürften wir sehr nachdrückliche Schritte machen müssen.

Forgách.

a) Vgl. n. 1159, 1161, 1176. — b) n. 1160.

Nr. 1163. *Note des serbischen Gesandten in Wien, 10. März 1909 Nr. 43 (eing. 11. März).*^{a)} *Ausfert.*

D'ordre de mon Gouvernement j'ai l'honneur, Monsieur le Ministre, de Vous communiquer ce qui suit: ... *wie n. 1160 von „La Serbie, considérant“ bis „politique ou économique.“* ... Simitch.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 94 Nr. 131. Vgl. n. 1176, 1214.

Nr. 1164. *Erlaß nach Berlin, 10. März 1909 Nr. 887.*^{a)} *Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).*

Streng vertraulich. Ich habe den Bericht Euer Exzellenz vom 3. I. M. Nr. 8/G erhalten, in dem mir Euer Exzellenz melden, daß der Reichskanzler mit meiner Absicht vollkommen einverstanden gewesen sei, Herrn Stolipine auf Grund der mir zur Verfügung stehenden Piècen darüber aufzuklären, daß Herr Iswolsky in Buchlau über die bevorstehende Annexion Bosniens und der Herzegowina rückhaltlos informiert wurde und derselben im Prinzipie auch zugestimmt habe. Inzwischen wissen Euer Exzellenz aus meinem Erlasse vom 3. d. M. Nr. 790, daß die Ausführung der dem Grafen Berchtold aufgetragenen Démarche bisher mit Rücksicht auf die Schritte unterblieben ist, die das russische Kabinett in Belgrad zu machen sich veranlaßt sah. Heute, wo verschiedene Anzeichen dafür sprechen, daß wir neuerlich russischen Winkelzügen gegenüber stehen, habe ich den Moment für gekommen erachtet, in der serbischen Sache eine entscheidende Pression auf Herrn Iswolsky auszuüben und auch Vorbereitungen getroffen, um eventuell die Kabinette von Paris und London auf das Doppelspiel des Herrn Ministers aufmerksam zu machen. Unter Hinweis auf eine Meldung des Grafen Forgách über eine Unterredung mit Herrn Novaković, in welcher der serbische Ministerpräsident erklärte, Serbien werde jetzt von Russland und den Signatarmächten verlangen, daß dieselben sich sofort über unser türkisches Protokoll aussprechen und eventuell die Annexion anerkennen, dann könne Serbien den Rückzug finalisieren und seine Aspirationen auf das uns zugesprochene Territorium fallen lassen, habe ich den Grafen Berchtold mit der nachfolgenden Message an Herrn Iswolsky beauftragt: ... *mit stilistischen Änderungen wie n. 1146 von „Ich finde, daß der Zeitpunkt“ bis „beim Herrn Ministerpräsidenten zur Ausführung zu bringen haben.“* ... Wenn Euer Exzellenz meine vorstehenden Mitteilungen zur Kenntnis des Herrn Reichskanzlers, beziehungsweise des Herrn Staatssekretärs bringen, können Euer Exzellenz bezüglich der Cambonschen Formel, die Hochdieselben mir mit der Relation vom 3. I. M., Nr. 8 B einberichteten, beifügen, daß dieselbe uns gewiß vollkommen entsprechen würde; die Demarche, mit der ich den Grafen Forgách in Belgrad beauftragt hätte, sei dem selben Gedankengange entsprungen und ich hätte mich auch, als ich am 6. I. M. die verschiedenen Botschafter empfang, dahin geäußert, ich hoffte, die Mächte würden bei ihren Ratschlägen in Belgrad, wenn schon nicht den Wortlaut, so doch das Wesen des in Berlin vereinbarten projet de formule berücksichtigen.

^{a)} Vgl. n. 1181, 1334.

Nr. 1165. *Tel. aus Berlin, 10. März 1909 Nr. 74 (eing. 11. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.*

Vertraulich. Herr von Kiderlen, den ich heute zu sprechen Gelegenheit hatte, sagte mir, die serbische Note^{b)} sei noch nicht eingetroffen; über ihren angeblichen Inhalt lägen hier bisher nur unkontrollierbare Zeitungsnachrichten vor. Herr von Kiderlen versicherte mich, daß wenn besagte Note dem hier bekannten Standpunkte Österreich-Ungarns nicht Rechnung tragen würde, der Reichskanzler entschlossen sei, ohne früher eine Anfrage in Wien zu stellen, sogleich Antwort zu erteilen, daß die Note nach Ansicht der deutschen Regierung nicht geeignet erscheine, die von allen Seiten gewünschte friedliche Lösung herbeizuführen. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1180. — ^{b)} Vgl. n. 1160.

Nr. 1166. *Tel. aus Cetinje, 10. März 1909 Nr. 26 (eing. 11. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.*

Ich habe heute abends dem aus Rieka zurückgekehrten Fürsten die mir mit Euer Exzellenz Telegramm vom 7. d. M. No. 25 aufgetragene Mitteilung gemacht. Fürst Nikolaus, welcher nach meinen über sein Ansuchen wiederholten Eröffnungen längere Zeit im Nachdenken versunken blieb, meinte endlich „er glaube, es sei zu spät, Montenegro habe sich zu weit exponiert, um zurück zu können.“ Ich wies auf die durch unser Übereinkommen mit der Türkei veränderte Situation sowie auf die in Belgrad und hier erteilten Ratschläge der Mächte hin, welche eine Änderung der Politik des Fürstentums rechtfertigen würden. Gegenüber der Bemerkung des Fürsten über die ihm durch die erst am Tage der Annexion erfolgte Mitteilung zugefügte Demütigung erinnerte ich an das seitens der k. u. k. Regierung erwiesene Entgegenkommen, welches gleichzeitig eine Eliminierung einiger die Souveränitätsrechte Montenegros einschränkenden Bestimmungen des Artikels 29 in Aussicht stellte. Auch versäumte ich nicht den Fürsten, der die alten Euer Exzellenz bekannten Klagen vorbrachte, darauf aufmerksam zu machen, dass er infolge der geografischen Lage seines Landes nur durch die Pflege guter Beziehungen zur Monarchie die Entwicklung und Zukunft seines Volkes sicherstellen könnte. Obwohl Seine königliche Hoheit sich der Richtigkeit meiner Erwiderungen nicht verschliessen konnte, ersuchte er mich schliesslich, unter der Beteuerung, dass er bei Beobachtung korrekten Verhaltens die Entscheidung der Konferenz abwarten wolle, Euer Exzellenz zu melden, dass falls Hochdieselben in der Lage wären, eine einen sichtbaren Vorteil bietende Lösung, welche ihm eine Brücke zum Rückzug baute, zu proponieren (dem Fürsten schwebt hiebei wohl die ihm beliebte Idee einer Grenzregulierung im Tauschwege vor), er sich beeilen würde, die gebotene Hand zu ergreifen. Kuhn.

^{a)} Vgl. n. 1153, 1200.

Nr. 1167. *Bericht aus Cetinje, 10. März 1909 Nr. 20 B (eing. 13. März).^{a)} Ausfert.*

Wie mir der kaiserlich russische Geschäftsträger bestätigt, ist die ihm in Erwiderung auf seine kürzliche Demarche^{b)} zugekommene Note

der fürstlichen Regierung der serbischen Antwortnote auf die Ratschläge Russlands nachgebildet. Nebst Beteuerungen der Friedensliebe Montenegros und der Zusicherung, dass sich das Fürstentum der Nachbarmonarchie gegenüber des correctesten Verhaltens befeissen und Alles vermeiden werde, was von uns als Provocation aufgefasst werden könnte, bringt die Note den Entschluss zum Ausdruck, dass die fürstliche Regierung, welche die Legalität der Annexion Bosniens und der Herzegovina nicht anerkennen könne, bezüglich des Schutzes der serbischen Interessen sich dem Gerechtigkeitssinne der Mächte anvertraue. Am Schlusse der Note erklärt die fürstliche Regierung sich gegenüber der Entscheidung der Mächte ihre definitive Entschliessung vorzubehalten und beruft sich auf das Manifest vom 24. September (7. Oktober) v. J.^{c)} in welchem Fürst Nikolaus seinem Volke erklärt habe, dass Montenegro für den Fall als die Mächte die Annexion gut heissen sollten, sich von allen durch den Art. 29 des Berliner Vertrages auferlegten Lasten und Einschränkungen frei fühle.

Kuhn.

a) Oe.-U. Bosnien 95 Nr. 132. — b) Vgl. n. 1085, 1143. — c) Vgl. n. 187, 640.

Nr. 1168. Tel. nach Konstantinopel, 10. März 1909 Nr. 91 (chiffr. 8 U. 15 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Geheim. Euer Exzellenz Telegramme Nr. 118 und 119 vom 8. d. und 9. d. erhalten. Ich halte nach wie vor an der Auffassung fest, daß es widersinnig wäre, wenn die Pforte sich einerseits von uns den Schutz des türkischen Besitzstandes im Sandschak gegenüber serbischen Angriffen zusichern ließe und gleichzeitig ruhig zusehen würde, wie sich Serbien über türkisches Gebiet fortdauernd mit Kriegsmaterial versorgt, welches nur zur Verwendung gegen die Türkei selbst oder gegen die Monarchie bestimmt sein kann. Die Ausführungen Gabriel Effendis Euer Exzellenz gegenüber können mich von diesem Standpunkte umsoweniger abbringen, als er ja selbst zugibt, daß die Pforte vollkommen freie Hand habe und durch keinerlei generelle Abmachungen Kiamil Paschas gebunden sei. Die Anregung, hinsichtlich der Aufrechterhaltung des status quo im Sandschak eine geheime Verabredung zu treffen, ist von der Pforte ausgegangen; wir sind den türkischen Wünschen entgegengekommen, um unsere freundschaftliche Gesinnung zu beweisen, nicht aber, um in der Frage der Durchfuhr eine Pression auszuüben. Der innere Zusammenhang der beiden Angelegenheiten ist aber ein so eklatanter, daß die türkischen Minister wohl verstehen werden, wenn wir zum Abschlusse der geheimen Konvention über den Sandschak nur unter der Voraussetzung bereit sind, daß die Pforte uns die schriftliche — selbstverständlich geheim zu haltende — Zusicherung gibt, den Transit serbischen Kriegsmaterials bis auf weiteres nicht zu gestatten. Es wäre wünschenswert, daß sich dieses Versprechen auf alle drei Kategorien solcher Transporte beziehe, die Gabriel Effendi angeführt hat; im äußersten Falle würden wir uns mit dem Verbot des Durchtransportes der Sendungen der zweiten und dritten Kategorie begnügen. Euer Exzellenz wollen sich im Sinne des Vorstehenden den türkischen Ministern gegenüber aussprechen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1169, 1183.

Nr. 1169. Bericht aus Konstantinopel, 10. März 1909 Nr. 22 B (eing. 13. März).^{a)} Ausfert.

Geheim. Ich habe die Ehre gehabt, den hohen Erlass vom 4. d. M., No. 819 geheim, betreffend den beabsichtigten geheimen Notenaustausch in Angelegenheit des Sandschaks zu erhalten. Ich habe vorgestern mit dem interimistischen Minister des Äussern und gestern mit dem Grossvezir in der Angelegenheit eine längere Besprechung gehabt. Gabriel Effendi nahm die von Euerer Excellenz vorgeschlagenen neuerlichen Abänderungen zur Kenntnis und sagte mir, er werde darüber mit dem Grossvezir Rücksprache pflegen. Dies ist auch thatsächlich geschehen und es fand infolge dessen gestern zwischen mir und Hilmi Pascha eine eingehende Besprechung im Gegenstande statt. Der Grossvezir sprach sich vor allem dagegen aus, dass die Worte „en conférence ou autrement“ beibehalten werden. Er sagte nämlich, die Türkei könne überhaupt nicht zugeben, dass die Frage des Sandschaks auf der Conferenz besprochen werde. Wenn dies seitens irgend einer Macht geschehen würde, so müsste der türkische Delegirte sofort die Conferenz verlassen. Ich schlug sodann Hilmi Pascha die Fassung „sur le terrain diplomatique“ vor. Dies nahm er aber auch nicht an, indem er darauf hinwies, dass wenn unser „appui“ ausdrücklich nur auf das diplomatische Terrain beschränkt werden sollte, das ganze Abkommen für die Türkei fast werthlos würde. Es ist Hilmi Pascha nach meinen Auseinandersetzungen wohl klar, dass wir uns nicht die Hände binden können und dass wir nicht riskiren könnten, gegen unseren Willen, des Sandschaks wegen, uns in einen Krieg verwickeln zu lassen, er meint aber, dass Österreich-Ungarn doch gewisse Massregeln, wie zum Beispiel Aufstellung einer Truppenmacht an der Grenze oder dergleichen, welche sich nicht auf das diplomatische Terrain beschränken, ergreifen könnte, um auf diese Art den „Appui“ wirksam zu machen. Im Laufe des Gespräches liess der Grossvezir die Bemerkung fallen, dass die Sache Anfangs als eine Bedingung zum Zustandekommen des Protokolles^{b)} gedacht war. Gegen diese Behauptung trat ich mit grosser Entschiedenheit auf, indem ich Hilmi Pascha sagte, dass davon zwischen mir und Kiamil Pascha niemals die Rede war. Der frühere Grossvezir habe mir nur in der Weise den Gedanken eines Einvernehmens mit uns in Bezug auf die Sicherung des Sandschaks nahegelegt, dass er mir sagte, es würde, wenn er in der Lage wäre, in irgend einer Weise die albanesischen Abgeordneten in Betreff des Sandschaks zu beruhigen, für ihn leichter sein, das Protokoll im Parlamente durchzubringen. Von einer Bedingung sei niemals die Rede gewesen. Hilmi Pascha gab sofort in diesem Punkte nach und sagte mir dann, er müsse doch dem Sultan und auch dem Kriegsminister von dem Abkommen sprechen und es sei sicher, dass wenn nicht in irgend einer Form unsererseits eine Art materieller Unterstützung in Aussicht gestellt werden könnte, dasselbe als nahezu werthlos betrachtet werden würde. Ich machte hierauf meinen Mitredner auf den Umstand aufmerksam, dass es sich ja hier überhaupt um eine unilaterale Verpflichtung handelt, die immerhin, wenn sie auch nur auf diplomatischem Terrain verbleibt, eine sehr grosse Bedeutung habe. Dies leuchtete wohl Hilmi Pascha ein, er bat mich aber wiederholt,

bei Euerer Excellenz doch dafür einzutreten, dass die beiden Ausdrücke „en conférence ou autrement“ ausgelassen werden. Meiner Ansicht nach übrigens würden wir uns, auch wenn diese Ausdrücke ausbleiben, noch zu keiner materiellen Leistung verpflichten, vorausgesetzt, dass das Wort „tout“ ausbleibt. Über den Punkt der Ersetzung der Worte „dans la supposition“ sowie über den letzten Passus, in welcher^{c)} von der Bahn Uvac-Mitrowitza gesprochen wird, konnten wir uns noch nicht einigen. Hilmi Pascha wird mir diesfalls noch heute einen Vorschlag machen, welchen ich morgen telegrafisch einberichten werde. Die Ausdrücke Serbien und Montenegro sind durchwegs durch „tiers Etats“ und Ähnliches ersetzt worden.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1168, 1217. — b) Vgl. n. 1064. — c) So!

Erlaß nach London, 10. März 1909 Nr. 886. Siehe n. 1170.

Nr. 1170. Erlaß nach Paris Nr. 885 und London Nr. 886, 10. März 1909.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Wie Euer Exzellenz aus der beiliegenden streng vertraulichen Pièce, einem Erlasse an den Grafen Berchtold vom 26. Februar l. J., Nr. 732, entnehmen werden, habe ich den Entschluß gefaßt, den russischen Ministerpräsidenten Herrn Stolypin tunlichst vollständig über das Doppelspiel Herrn Iswolskys aufzuklären, der die Meinung verbreitet, als sei er von mir in Buchlau getäuscht und von der bevorstehenden Annexion nicht unterrichtet gewesen. Mit Rücksicht auf die russische Demarche in Belgrad habe ich die Durchführung dieses Auftrages sistiert. Heute, wo verschiedene Anzeichen dafür sprechen, daß wir neuerlich russischen Winkelzügen gegenüberstehen, habe ich den Moment für gekommen erachtet, eine entscheidende Pression auf Herrn Iswolsky auszuüben. Ich habe daher das abschriftlich mitfolgende Telegramm an den Grafen Berchtold^{b)} gerichtet, aus welchem Euer Exzellenz ersehen werden, daß ich Herrn Iswolsky Gelegenheit gebe, sich über seine Stellungnahme zur österreichisch-ungarisch-serbischen Kontroverse mit Klarheit und Bestimmtheit auszusprechen. Die formelle Frage der Anerkennung von ihrer materiellen Seite trennend, hätte der Herr russische Minister des Äußern in Belgrad nur erklären zu lassen, daß nach der Unterzeichnung des Protokolles in Konstantinopel die Annexionsfrage von den Mächten materiell nicht weiter erörtert werden könne und im Wesen als bereinigt angesehen werden müsse, die formelle Frage der Anerkennung aber sei eine Angelegenheit, die nur die Mächte und nicht Serbien angehe. Ist Herr Iswolsky zu einer so bündigen Sprache in Belgrad nicht zu bewegen, so wird Graf Berchtold die ihm aufgetragene Demarche bei Herrn Stolypin durchführen. Euer Exzellenz hingegen wollen eine telegraphische Weisung abwarten und nach Erhalt derselben Herrn Pichon (Sir E. Grey) aufsuchen und dem Herrn Minister (Staatssekretär) Einsicht in die vier Pièces geben, die die Beilage meines eingangs bezogenen Erlasses nach St. Petersburg bilden. Eingehenderer Kommentare zu diesen Stücken

wollen sich Euer Exzellenz enthalten. Es wird genügen, wenn Euer Exzellenz auf die unaufhörlichen Schwierigkeiten hinweisen, die Herr Iswolsky seit der Veröffentlichung des Annexionsbeschlusses nicht nur uns sondern auch den vermittelnden Mächten bereitet und die in einem merkwürdigen Gegensatze stünden zu der aus dem Ihnen übermittelten Materiale hervorgehenden Tatsache, daß Herr Iswolsky von der bevorstehenden Annexion genau unterrichtet war und ihr im Prinzipie auch zugestimmt hat.

a) Vgl. n. 1180, 1194, 1221. — b) n. 1146.

Nr. 1171. Tel. aus Paris, 10. März 1909 Nr. 13 (eing. 11. März 3 U. 15 M. a. m.). Entziff.

Bei heutigem Empfang Herrn Pichons habe ich Euer Exzellenz Telegramme No. 30 und 31 verwertet. Der Minister sagte, dass die serbische Verzichtnote^{a)} morgen an Signatarmächte, auch an uns, übergeben wird und er glaube, daß selbe in einer für uns annehmbaren Form abgefasst sei. Er versicherte mich, in Belgrad Ratschläge gegeben zu haben, welche auf direkte Aussprache mit uns fördernd wirkten. Nach seinen Nachrichten sei Abschluss zwischen Russland und Türkei sofort zu erwarten. Auf meine Frage, ob Frankreich mit seinen verbündeten Mächten beabsichtige, demnächst in Wien Demarche zu machen, um die Konferenzidee zu aktivieren, antwortete der Minister „nein“. Diese Nachricht hat in der Presse zirkuliert. Pichon glaubt, dass die Situation sehr bald derart geklärt sein dürfte, dass der Konferenz nähergetreten werden könne. Ton der hiesigen Presse wird gegen Deutschland sehr aggressiv und betont mit Schärfe die Bündnispflicht. Dies ist Antwort auf die Auslassungen Berliner Blätter.

a) n. 1160.

Khevenhüller.

Nr. 1172. Erlaß nach Rom, 10. März 1909 Nr. 882.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Mit meinem Telegramme vom 6. l. M., Nr. 37, habe ich Euer Exzellenz eingeladen, Herrn Tittoni von dem Inhalte der offiziellen Note zu informieren, welche Graf Forgách in Belgrad übergeben hat. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Minister des Äußern gegenüber neuerdings auf diese Note, die ein neues Moment in der österreichisch-ungarisch-serbischen Kontroverse darstellt, zu sprechen kommen und hiebei bemerken, daß sich die k. u. k. Regierung der Hoffnung hingebe, das Kabinett von Rom werde im Interesse des Friedens, der ihm ebenso wie uns am Herzen liege, auf die serbische Regierung im Sinne der in Rede stehenden Note einwirken. Die italienische Regierung könnte in Belgrad darauf hinweisen, daß die Mächte nach der Unterzeichnung des Entente-Protokolles die Annexion Bosniens und der Herzegowina als eine im Wesen abgeschlossene und nicht mehr diskutierbare Angelegenheit betrachten. Daher möge Serbien, dem Rate der Mächte folgend, erklären, daß es seine aus dem Titel der Annexion gestellten Ansprüche fallen lasse und zu einem freundschaftlichen Verhältnisse zu Österreich-Ungarn zurückkehren wolle.

Euer Exzellenz wollen hinzufügen, daß wir mit besonderer Zuversicht erwarten zu können glauben, daß die italienische Regierung dem von uns Serbien gegenüber eingenommenen entgegenkommenden Standpunkte Rechnung tragen und entsprechende Ratschläge in Belgrad wie übrigens auch in Cetinje erteilen werde, da ja Herrn Tittoni die zwischen uns und dem russischen Kabinette ausgetauschten Aide-Mémoires bekannt waren^{b)} und er ebenso durch mich wie durch Herrn Iswolsky seinerzeit von der bevorstehenden Annexion Bosniens und der Herzegowina informiert worden ist, einer Aktion, der er im Prinzip und unter Formulierung gewisser Voraussetzungen zugestimmt habe. Diesen Voraussetzungen hätten wir — so wollen Euer Exzellenz betonen — durch unseren Verzicht auf die uns vertragsmäßig zugestandenen Rechte im Sandjak und durch die Evakuierung desselben bereits zum Teile entsprochen; die übrigen Voraussetzungen aber, die sich auf die Modifikation des Artikels XXIX des Berliner Vertrages beziehen, seien wir nach wie vor zu erfüllen bereit.

a) Vgl. n. 1180, 1195. — b) Vgl. n. 337.

Nr. 1173. *Tel. nach St. Petersburg, 10. März 1909 Nr. 53 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).*^{a)} *Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).*

Streng vertraulich. Euer Exzellenz Telegramme Nr. 40 und 41 erhalten. Die Äusserungen Herrn Iswolskys, die Euer Exzellenz mit dem erstgenannten Telegramme wiedergeben, scheinen befriedigende Erklärungen der serbischen Regierung in Aussicht zu stellen; ich enthalte mich aber noch einer eingehenden Würdigung, bis mir der Wortlaut der serbischen Erklärung^{b)} vorliegen wird, der den Blättermeldungen zufolge in der aller-nächsten Zeit veröffentlicht werden soll. Hingegen nehme ich mit Vergnügen Kenntnis davon, daß auch nach Ansicht des kaiserlichen Kabinettes die Handels- und Verkehrsfragen nur unmittelbar zwischen uns und Serbien verhandelt werden können. Wenn Euer Exzellenz Herrn Iswolsky am 11. I. M. wiedersehen, können Euer Exzellenz sich in diesem Sinne äußern und hinzufügen, daß das russische Kabinett gewiß keinen Anstand nehmen werde, den serbischen Staatsmännern das Einlenken in die Bahnen einer nüchternen Politik dadurch zu erleichtern, daß es (wie in meinem Telegramme Nr. 51 des weiteren ausgeführt ist) in Belgrad auch erklären lasse, es betrachte mit der Unterzeichnung des Entente-Protokolles die materielle Seite der Annexion als bereinigt. Wenn Euer Exzellenz bei Herrn Iswolsky gute Dispositionen bemerken sollten, auf dieses billige Ansinnen einzugehen und die obige Erklärung abzugeben, die, wenn die russischen Ratschläge in Belgrad aufrichtig gemeint sind, sich als eine Folgerung aus denselben beinahe von selbst ergibt, so können Euer Exzellenz natürlich den Hinweis auf die eventuelle Mitteilung der geheimen Pièces^{c)} fallen lassen, sonst aber wollen Euer Exzellenz auf dieselben in dem Maße zu sprechen kommen, als Ihnen die Sprache Herrn Iswolskys mehr oder minder befriedigend erscheint.

Aehrenthal.

a) Öe.-U. Bosnien 93 Nr. 130. Vgl. n. 1174, 1180, 1181, 1185. — b) n. 1160. — c) n. 1146.

*Nr. 1174. Tel. aus St. Petersburg, 10. März 1909 Nr. 42 (eing. 6 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Im gestrigen Telegramme No. 40 wäre die Gruppe „à Vienne“ zwischen „a été favorablement accueillie“ und „et que la Serbie“, welche irrtümlich eingesetzt wurde, zu streichen.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1173.

Nr. 1175. Tel. aus Sofia, 10. März 1909 Nr. 57 (eing. 11. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Herr Dobrovitch sagte mir soeben im Auftrage seines gnädigsten Herrn, Höchstderselbe habe die Aufklärungen, die ich namens Euer Excellenz über den wahren Inhalt Hochderen Unterredung mit Herrn Sarafow zu geben in der Lage war, zur Kenntnis genommen. Er habe daraus mit Freude ersehen, dass es sich um ein Missverständnis handle und danke Euer Excellenz für deren ...^{b)} Hiemit sehe er den Zwischenfall als erledigt an. Herr Sarafow werde eine strenge Reprimande erhalten. Auf meine Frage, ob Fürst Ferdinand nicht beabsichtige, seinen Wiener Vertreter, der doch das ...^{b)} Euer Excellenz schwerlich wiedergewinnen könnte, durch eine geeignetere Persönlichkeit zu ersetzen, antwortete Herr Dobrovitch sichtlich verlegen, sein Souverän werde dies gewiss bei sich bietender Gelegenheit ins Auge fassen, doch sei es im gegenwärtigen Moment nicht gut tunlich. Wenn auch diese gegen Herrn Sarafow geübte Nachsicht zu ganz eigenartigen Schlussfolgerungen reizt, glaubte ich gleichwohl nicht insistieren zu sollen.

Thurn.

^{a)} Vgl. n. 1147, 1182, 1187. — ^{b)} Chiffre fehlt.

Nr. 1176. Tel. nach Belgrad, 11. März 1909 Nr. 39 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Monsieur Simić est venu aujourd'hui me remettre le texte de la déclaration serbe en ajoutant qu'il était heureux d'être le porteur d'un message de paix de la part de son Gouvernement. Le Ministre serbe affirma en répondant à une question de ma part qu'il s'agissait d'une circulaire adressée aux Puissances; j'ai donc constaté que la communication qu'il venait de me faire n'était pas la réponse à la note que le Comte Forgách avait remise au Gouvernement Royal, réponse que le Cabinet de Vienne continuait donc à attendre. Monsieur Simić s'étant efforcé de démontrer que le contenu de la communication répondait à notre point de vue, je lui ai donné à entendre que — si certains passages de la note serbe semblaient à première vue répondre à nos justes demandes — je regrettais de ne pouvoir en dire autant de l'ensemble de la note. J'ai ajouté que je considérais toutefois la communication serbe comme un premier pas dans une meilleure voie, espérant que la réponse que nous attendions encore de Belgrade marquerait d'avantage les bonnes dispositions mises en avant par le Gouvernement Royal. Was die kritische Würdigung des Zirkulares von unserem Standpunkte aus betrifft, so möchte ich die folgenden Bemerkungen hier

anschließen: Der erste Satz „La Serbie considérant qu'au point de vue du droit sa situation à l'égard de l'Autriche-Hongrie après la proclamation de l'annexion de la Bosnie-Herzégovine est restée normale“ kann wohl nur besagen „die Rechtslage Serbiens sei uns gegenüber durch die Annexion nicht geändert worden“ mit anderen Worten „Serbien könne aus dem Titel der Annexion einen Rechtsanspruch nicht geltend machen“. Dieser vollkommen korrekte Standpunkt ist bedauerlicherweise in den weiteren Ausführungen, besonders im zweiten Teile des Zirkulars nicht festgehalten. In diesem nämlich wird allerdings gesagt, daß Serbien keinerlei Kompensation von uns verlange, gleichzeitig aber erklärt, daß dies nur deshalb geschähe, weil Serbien seine Sache den Mächten als dem kompetenten Forum anheimgebe, von dem es eine „Entscheidung“ der „bosnisch-herzegowinischen Frage“ noch erwarte. Diese Formulierung ist, wie Euer Hochgeboren bekannt, mit unserem Standpunkte unvereinbar; wir sehen die erfolgte Angliederung Bosniens und der Herzegowina mit der Unterzeichnung des Protokolles in Konstantinopel als im Wesen bereinigt und als eine Angelegenheit an, die materiell nicht mehr diskutiert werden kann. Die formale Behandlung aber gehe eben nur die Signatarmächte an und kann Serbien nicht weiter interessieren. Aus der hier besprochenen Fassung des zweiten Teiles des Zirkulars geht deutlich die Tendenz hervor, die Angelegenheit der Annexion „offen“ zu lassen und einem bedingungslosen Verzicht auf den bisherigen serbischen Standpunkt auszuweichen. Die in der Note enthaltenen Zusicherungen betreffs eines freundnachbarlichen Benehmens erscheinen dadurch in einem eigentümlichen Licht, daß nicht von einer Änderung sondern von einer Fortsetzung der bisherigen Haltung gesprochen wird. Euer Hochgeboren wollen die vorstehenden Konsiderationen in Ihren Gesprächen mit den serbischen Ministern tunlichst zu dem Zwecke verwenden, um eine möglichst zufriedenstellende Textierung der noch in Aussicht stehenden serbischen Antwortnote an uns zu erreichen. Da Herr Novaković Ihnen gegenüber für diese Note die Notwendigkeit einer präziseren Erklärung über Serbiens veränderte Haltung einzusehen und zu einer gemeinsamen redaktionellen Tätigkeit bereit schien, (Telegramm No. 94 vom 10. I. M.) dürften Ihre Bemühungen vielleicht nicht ohne Erfolg bleiben.

Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 95 Nr. 133. Vgl. n. 1160, 1163, 1180, 1188.

*Nr. 1177. Tel. aus Belgrad, 11. März 1909 Nr. 95 (eing. 2 U. 50 M. p. m.).
Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 38 von gestern. Ich habe den im zweiten Teile von Euer Exzellenz Telegramm Nr. 35 vom 8. d. M. gegebenen Gedankengang dem Minister des Äussern gegenüber gar nicht und in meinem gestrigen Gespräche mit Ministerpräsidenten nur mit äusserster Vorsicht benützt. Speziell enthielt ich mich von Anwürfen gegen Herrn Iswolsky und dessen persönliche schwankende Politik; da ich im Laufe des Gespräches merkte, dass Ministerpräsident aus innerpolitischen Gründen der Skupschtina gegenüber sich auf Russlands Ratschläge

ausreden und dadurch Lage des Ministeriums erleichtern will. Gestrige serbische Note ist nicht so präzise und befriedigend als wir es nach den Mitteilungen Herrn Iswolskys an Grafen Berchtold^{a)} und des französischen Gesandten an mich^{b)} erwarten durften. Zur Stunde kann ich noch nicht beurteilen, ob daran der gestrige und vorgestrige Ministerrat Schuld tragen. Immerhin ist die Note so abgefasst, dass Euer Exzellenz, je nach der Richtung, die Hochdieselben unserer Politik zu Serbien geben wollen, entweder die Schwenkung und den Rückzug Serbiens anerkennen oder mich zu einer schärferen Sprache und weiteren Forderungen ermächtigen können. Um Euer Exzellenz Entschliessung in keiner Weise vorzugreifen, werde ich heute Umgang mit serbischen Staatsmännern und Anfragen meiner Kollegen ausweichen. Sehr dankbar wäre ich, wenn Euer Exzellenz mir noch heute eine beiläufige Regelung meiner die Zirkularnote betreffenden Sprache vorschreiben würden.

Forgách.

a) Vgl. n. 1156. — b) Vgl. n. 1149.

Nr. 1178. Tel. aus Belgrad, 11. März 1909 Nr. 96 (eing. 2 U. 40 M. p. m.).
Entziff.

Serbische Note^{a)} wurde in einer geschlossenen Konferenz gestern abends allen Mitgliedern der Skupschtina mitgeteilt und Vorgang für die heutige öffentliche Sitzung festgestellt. Heute hat der Minister des Äussern in Beantwortung einer bestellten Interpellation Zirkularnote vorgelesen. Er fügte derselben wenige erläuternde Worte bei, in welchen er den besonders freundschaftlichen Schritt Russlands,^{b)} welches einer eventuellen Kollektivdemonstration zuvorkam, würdigte. Ministerielle Antwort wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen und Skupschtina ging zur Tagesordnung über.

a) Vgl. n. 1160. — b) Vgl. n. 1084.

Forgách.

Nr. 1179. Tel. aus Belgrad, 11. März 1909 Nr. 97 (eing. 5 U. 45 M. p. m.).
Entziff.

Streng vertraulich. Bulgarischer Vertreter teilt mir mit, er wisse aus sicherer Quelle, dass serbische Note^{a)} meinen russischen Kollegen unangenehm berühren dürfte, da er noch vorgestern insistiert habe, dass die Erwähnung der bosnischen Angelegenheit als einer europäischen weggelassen werde. Im Ministerrat gestern früh habe daher Minister des Äussern nach seinem Gespräche mit russischem Gesandten und mir (mein Telegramm No. 91 vom 9. d. M.) diesen Standpunkt vertreten, sei aber nur von Herrn Pašić unterstützt worden. Alle anderen Minister beharrten auf der Fassung, um auf Russland und die Mächte einen Druck behufs Einberufung der Konferenz auszuüben. Ich vernahm mehrere Ansichten, dass die Note durch zu grosse Schlaueit verfehlt sei, da die serbische Regierung, welche der Kriegsgefahr entrinnen wollte, durch die Fassung es uns ermöglicht habe, je nach unserem Belieben den serbischen Rückzug und die friedlichen Beteuerungen zu konstatieren oder die Note als ungenügend und voller Ausflüchte zu erklären.

Forgách.

a) Vgl. n. 1160.

Nr. 1180. *Tel. nach Berlin Nr. 53 (1), Paris Nr. 33 (2), Rom Nr. 40 (3), London Nr. 36 (4), St. Petersburg Nr. 54 (5), Konstantinopel Nr. 93 (6), Bukarest Nr. 55 (7), Sofia Nr. 51 (8) und Cetinje Nr. 27 (9), 11. März 1909 (chiffre 9 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. u. G. Aehrenthal).*

1 bis 9. Ich telegraphiere wie folgt an Graf Forgách: ... wie n. 1176 ...

1. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Mitteilung an den Herrn Reichskanzler oder Staatssekretär mit Bezug auf Ihr Telegramm vom 10. 1. M., Nr. 74.

2 bis 4. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache. Wie Euer Exzellenz aus einem Erlasse, der Ihnen mit Kurier zukommt,^{b)} entnehmen werden, habe ich in St. Petersburg auf eine klare und bestimmte Stellungnahme Herrn Iswolskys in Belgrad hingewirkt; ich versuche ihn dazu zu bewegen, daß er dort erkläre, die Frage der Annexion könne nach der Unterzeichnung des Protokolles in Konstantinopel von den Mächten materiell nicht weiter erörtert werden und sei sohin im Wesen als bereinigt anzusehen; was die formale Vorgangsweise der Mächte anlange, so sei dies die Sache der letzteren und interessiere Serbien weiter nicht. Es wäre wünschenswert, wenn auch die dortige Regierung diesen Standpunkt in St. Petersburg und Belgrad zur Geltung brächte.

5. Aus dem Vorangehenden geht hervor, wie dringend notwendig es ist, Herrn Iswolsky im Sinne meiner Telegramme vom 8. 1. M., Nr. 51 und vom 10. 1. M., Nr. 53 zu einer klaren Sprache und entsprechenden Einwirkung in Belgrad zu bewegen. Im Bedarfsfalle sind Euer Exzellenz, wie gesagt, ermächtigt, die geheimen Pièces ins Feld zu führen.

6 bis 9. Vorstehendes zu Euer etc. Information. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1191, 1193, 1194, 1195, 1253, 1283. — ^{b)} Vgl. n. 1170, 1172.

Nr. 1181. *Tel. aus Berlin, 11. März 1909 Nr. 75 (eing. 12. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.*

Euer Excellenz Telegramm von gestern No. 52^{b)} erhalten und Inhalt dem Staatssekretär zur Kenntnis gebracht. Euer Excellenz signalisierter Erlass No. 887^{c)} bis jetzt, Nachmittags, noch nicht eingetroffen. Serbischer Geschäftsträger hat heute früh serbische Note^{d)} dem Staatssekretär übergeben. Baron Schoen beschränkte sich, wie er mir sagte, vorerst darauf, dieselbe ohne weitere Bemerkung entgegenzunehmen. Mir gegenüber versicherte er, dass er diese Note, in welcher über eine Abrüstung kein Wort enthalten ist, für unbefriedigend erachte. Reichskanzler beabsichtige, dies, die Übereinstimmung mit dem Wiener Kabinett voraussetzend, eventuell in einer Notiz in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu erkennen zu geben. Die Anmassung Serbiens, zu entscheiden, was Sache der Mächte sei und worüber letztere zu discutieren hätten, sowie der Appell an die Mächte als „competentes Gericht“ zeigen deutlich, dass Serbien, respektive Russland, Absicht hätten, zu einer Konferenz zu drängen, auf welcher Fragen discutiert werden sollten, welche mit dem Berliner Vertrag nicht in direktem Zusammenhange stünden und über die eine vorherige Einigung der Mächte nicht stattgefunden habe. Deutscherseits werde wohl zugegeben,

dass die Änderungen am Berliner Verträge der formellen Sanktion der Mächte bedürfen; dies könne aber auch ohne Konferenz geschehen. Eine Konferenz mit „uferlosem Programm“ werde deutscherseits niemals beschickt werden. Herr von Tschirschky ist beauftragt, sich im Sinne des Obigen Euer Excellenz gegenüber auszusprechen und Hochdemselben nahezulegen, ob nicht der jetzige Augenblick für die k. u. k. Regierung geeignet wäre, sich mit der Türkei möglichst eingehend über eine gegenseitige weitgehende Unterstützung Serbien gegenüber zu verständigen. Hilmi Pascha hätte in dieser Beziehung gute Dispositionen und der neueste Versuch Herrn Iswolskys, bei den Verhandlungen der Ablösung der Kriegsschuld von der Türkei nicht unbedeutende Concessionen für Serbien herauszuschlagen, würde solchen Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei zu statten kommen.

Szögyény.

a) Vgl. n. 1199. — b) Mitteilung von n. 1156 und 1173. Vgl. n. 1191 Anm. b. — c) Vom 10. März. — d) Vgl. n. 1160.

Tel. nach Bukarest, 11. März 1909 Nr. 55 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 1180.

Nr. 1182. Erlaß nach Bukarest, 11. März 1909 Nr. 910.a) Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Geheim. Aus verschiedenen Meldungen Euer Durchlaucht und nicht am wenigsten aus Ihrem Privatschreiben vom 4. l. M. habe ich ersehen, daß sich Seiner Majestät des Königs und der verschiedenen führenden rumänischen Politiker eine gewisse Empfindlichkeit, ja beinahe eine mißtrauische Stimmung in Bezug auf unser Verhältnis zu Bulgarien bemächtigt hat. Da König Karl Euer Durchlaucht gegenüber selbst den Wunsch einer Aussprache über diesen Gegenstand zu erkennen gab, ersuche ich Euer Durchlaucht, die nächste Gelegenheit zu einer bezüglichen Konversation mit Seiner Majestät zu benützen. Euer Durchlaucht könnten Ihre Darlegungen mit der Bemerkung einleiten, daß mich die Aeüßerungen Seiner Majestät einigermaßen überrascht hätten und daß ich annehmen möchte, der höchste Herr stünde unter dem Eindrücke nicht ganz zutreffender Informationen aus Sofia. Bekanntlich sei Seine Majestät in den letzten Monaten auch öfters wegen der kriegerischen Absichten beunruhigt gewesen, die Er Bulgarien zumutete. Ich hätte mich wiederholt bemüht, durch Euer Durchlaucht in beruhigendem Sinne auf ihn einzuwirken und Höchstendenselben darüber aufzuklären, daß mir kriegerische Intentionen seitens Bulgariens unwahrscheinlich schienen. Die Entwicklung, die die Dinge genommen, habe mir recht gegeben und meine optimistische Annahme, die auf der Kenntnis der übrigens auch Seiner Majestät wohl vertrauten Persönlichkeit des Fürsten Ferdinand beruht habe, gerechtfertigt. Was nun unser Verhältnis zu Bulgarien betrifft, so ist dasselbe sehr leicht zu charakterisieren: Durch das, wie es Seiner Majestät genau bekannt ist, rein zufällige Zusammentreffen der bulgarischen Unabhängigkeitsaktion mit der definitiven Angliederung Bosniens und der Herzegowina hat sich ein Parallelismus ergeben, der aber — was wir von unserem Standpunkte aus im

Interesse des Friedens und der Erhaltung des status quo nur begrüßen können — in einer äußeren Wirksamkeit nicht zu Tage getreten ist. Dieser Parallelismus hat offenbar die Gerüchte von weitgehenden Abmachungen zwischen Wien und Sofia gezeitigt, Gerüchte, die keinerlei Grundlage besitzen, da tatsächlich keinerlei Abmachungen mit der bulgarischen Regierung bestehen. Euer Durchlaucht können Seiner Majestät sagen, daß in den letzten Monaten begreiflicher Weise in den Gesprächen des k. u. k. Militär-Attachés in Sofia mit den dortigen Militärs auch gewisse Eventualitäten akademisch gestreift wurden; das Wiener Kabinett hat aber stets an der einmal eingeschlagenen Richtung und an der Politik festgehalten, eine Verständigung mit der Türkei auf gutlichem Wege zu erreichen. Es dürfte der Aufmerksamkeit Seiner Majestät des Königs nicht entgangen sein, daß uns diese unsere Haltung in Bulgarien manche Kritik eingetragen hat, da man dort der Ansicht ist, daß die Bereinigung der bulgarisch-türkischen Kontroverse durch unsere versöhnliche und entgegenkommende Haltung der Türkei gegenüber erschwert worden sei. Unsere Politik also habe eine Aenderung nicht erfahren. Wir haben uns von der Auffassung nicht entfernt, daß Bulgarien mit seinem vornehmlich diplomatisch veranlagten Fürsten einen Krieg nicht wagen und daß die Türkei nach der Durchführung der beiden nur formalen Aenderungen des Berliner Vertrages Lebenskraft genug besitzen würde, um auch in Zukunft als gewichtiger politischer Faktor in Betracht zu kommen. Wir haben auf Grund dieser Einschätzung des ottomanischen Reiches namhafte Opfer gebracht, um uns mit der Türkei nach erfolgter Anerkennung der Annexion wieder auf einen freundschaftlichen Fuß zu stellen, und es sei daher unsinnig, uns macchiavelistische Pläne und bezügliche Vereinbarungen mit Bulgarien zuzumuten. Wir machen unseren Einfluß in Sofia auch weiterhin im Sinne des Friedens geltend und raten dort darauf ein, möglichst gute Beziehungen zur Türkei zu unterhalten. Die weitere Entwicklung der Dinge im osmanischen Reiche hängt natürlich nicht allein von unserem Willen allein ab und manche der Nachrichten, die uns von dort zukommen, lauten nicht sehr zuversichtlich. Ich möchte aber diesen Pessimismus fürs erste nicht teilen und mich heute auch nicht in weitere Konsiderationen, die sich aus einer pessimistischen Auffassung der Lage ergeben, einlassen. Seine Majestät der König weiß — und dies ist ja wiederholt zwischen Wien und Bukarest erörtert worden, — daß wir es als die richtigste Politik Rumäniens betrachten, sich im Falle eines türkisch-bulgarischen Krieges zunächst zuwartend zu verhalten und in enger Verbindung mit seinen Alliierten zu bleiben; es muß selbstverständlich der Erwägung Seiner Majestät des Königs und der rumänischen Staatsmänner anheimgegeben werden, bulgarische Anerbietungen, die sich im psychologischen Momente jedenfalls einstellen dürften, auf ihre Annehmbarkeit zu prüfen. Der kluge politische Sinn und die lange Erfahrung Seiner Majestät bieten ja eine Gewähr dafür, daß Rumänien sich möglichst lange die freie Hand wahren und keine vorzeitigen Arrangements abschließen wird. Was das Verhältnis Rumäniens zu Bulgarien anbelangt, so betrachten wir dasselbe zunächst vom Standpunkte unserer freundschaftlichen Beziehungen zum Königreiche; diese freundschaftlichen Beziehungen und das

Interesse, das wir ebenso wie Rumänien daran besitzen, daß Bulgarien im Falle einer Aktion gegen die Türkei nicht ausschließlich auf russische Unterstützung sich zu verlassen bemüht sehe, bringen es mit sich, daß wir eine rumänisch-bulgarische Verständigung immerhin als ein günstiges Ereignis registrieren würden und daß wir, falls man zu diesem Zwecke an uns heranträte, bereit wären, sie zu fördern. Euer Durchlaucht können auf Grund des Gesagten unsere politische Anschauung Seiner Majestät dem Könige in nachstehenden Worten zusammenfassen: unsere Politik auf der Balkanhalbinsel bleibt nach wie vor eine konservative und hat keine Abweichung erfahren. Wir werden auch nach Bereinigung der serbischen Kontroverse, die wir ebenso wie die türkische auf friedlichem Wege abzuschließen hoffen, im Interesse des Friedens und der Aufrechterhaltung des status quo tätig sein, so daß für unsere Freunde und Alliierten ein Grund zur Beunruhigung nicht vorliegt. Wiesehr die russischen Vorstöße am Balkan mit der eminenten Friedenspolitik, die wir befolgen, kontrastieren, dies zu ermesen, überlassen wir der weisen Einsicht Seiner Majestät.

a) Vgl. n. 1175, 1275, 1689 Anm. f.

Tel. nach Cetinje, 11. März 1909 Nr. 27 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 1180.

*Tel. nach Konstantinopel, 11. März 1909 Nr. 93 (chiffr. 9 U. p. m.).
Siehe n. 1180.*

Nr. 1183. Tel. nach Konstantinopel, 11. März 1909 Nr. 94 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. und G. Pogatscher).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 91 von gestern. Nach den übereinstimmenden Meldungen Baron Giesls an das Reichskriegsministerium und Herrn Páras an mich (Telegramm vom 10. d. M. Nr. 29^{b)} an Euer Exzellenz) hat die Pforte für das von Marseille nach Salonik unterwegs befindliche serbische Kriegsmaterial die Durchfuhrbewilligung erteilt. Euer Exzellenz wollen diese Verfügung Hilmi Pascha gegenüber gelegentlich Ihrer Unterredung im Sinne meines zitierten Telegrammes zur Sprache bringen und betonen, daß wir von dieser Konnivenz gegenüber den serbischen Wünschen gerade im gegenwärtigen Momente peinlichst berührt sind. Anschließend daran wollen Euer Exzellenz nochmals darauf hinweisen, wie unvereinbar diese Haltung der Pforte mit dem an uns gerichteten Ansinnen bezüglich des Sandschaks sei.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1184. — b) Nicht aufgenommen.

Nr. 1184. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 11. März 1909 Nr. 123 (eing. 12. März 9 U. 50 M. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Nachdem ich gehört habe, dass der gestrige Ministerrat im Gegensatz zu den mir vom Grossvezir vorgestern gemachten Versicherungen die Durchfuhr von auf zwei Schiffen in Salonik ankommendem serbischem Kriegsmaterial bewilligt hätte, habe ich mich heute auf die Pforte begeben, um Hilmi Pascha hierüber zu interpellieren. Er sagte mir Folgendes: Für das auf dem Schiffe „Crimée“ ankommende, für Serbien

bestimmte Kriegsmaterial, welches nach einer mir gleichzeitig vorgewiesenen Liste der Hauptsache nach aus Sattelzeug, dann 59.000 Kilogramm leerer Patronen, 10.000 Kilogramm Artilleriegeschossen besteht, hat der Minister-rat die Durchfuhr bewilligt. Was hingegen das zweite Schiff anbelangt, so hat sich die Pforte bis nach Prüfung der Schiffslisten eine Entscheidung vorbehalten. Unter allen Umständen, sagte mir Hilmi Pascha, wird die Durchfuhr von Dynamit nur in kleinen Quantitäten, beiläufig ein bis zwei Tonnen per Monat, gestattet werden. Überhaupt will der Grossvezir auch die Transporte, die bewilligt werden sollen, möglichst verzögern. Im Sinne des mir heute zugekommenen Telegrammes No. 91 vom 10. l. M. habe ich dem Grossvezir gesagt, dass wir den ins Auge gefassten Notenaustausch nur unter Bedingung vornehmen würden, dass die Pforte uns schriftlich erklärt, von nun an die Durchfuhr von Kriegsmaterial nach Serbien nicht mehr zu gestatten. Hilmi Pascha erwiderte mir hierauf, er könne mir heute noch keine definitive Antwort diesfalls geben, aber er glaube, dass er in der Lage sein werde, eine solche schriftliche Erklärung dahin abzugeben, dass die Türkei, insolange sich die politische Lage zwischen Österreich-Ungarn und Serbien nicht kläre, die Durchfuhr von eigentlichem Kriegsmaterial, wie Waffen, Munition, militärischen Sprengstoffen etc. nach Serbien nicht gestatten werde. Im Laufe des Gespräches liess Hilmi Pascha eine Bemerkung fallen, aus welcher ich ersah, dass sich Herr Sinowiew bei ihm wegen der Durchfuhr des serbischen Kriegsmateriales verwendet hat. Pallavicini.

a) Vgl. n. 1183, 1192.

Tel. nach London, 11. März 1909 Nr. 36 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 1180.

Tel. nach Paris, 11. März 1909 Nr. 33 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 1180.

Tel. nach Rom, 11. März 1909 Nr. 40 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 1180.

Tel. nach St. Petersburg, 11. März 1909 Nr. 54 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 1180.

Nr. 1185. Tel. aus St. Petersburg, 11. März 1909 Nr. 45 (eing. 12. März 4 U. 50 M. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Sinne des Telegrammes Nr. 51 vom 8. d. M. und 53 vom 11. d. M. heute mit Minister des Äussern gesprochen. An der Hand meiner schriftlichen Aufzeichnungen von dem gestrigen Tage erklärte mir Herr Iswolsky, von Seite serbischer Regierung nicht befragt worden zu sein wegen Stellungnahme zu österreichisch-türkischem Protokoll, daher auch keinen Anlass zu haben, in Belgrad Aufklärungen zu geben. Übrigens hätten weder Russland noch seines Wissens andere Mächte bisher auf Mitteilungen austro-türkischen Protokolles geantwortet, daher es vorzeitig erschiene, darüber dritten gegenüber Urteil abzugeben. Was Redaktion serbischer Antwortnote^{b)} anbelangt, meinte er, es wäre erst deren Wortlaut und deren Aufnahme in Wien abzuwarten, bevor über Fassung diskutiert werden könnte. Nachdem zu sehen war, dass Herr Iswolsky auf den Kern der Sache nicht eingehen wollte,

brachte ich Notwendigkeit zur Sprache, Serbien klares Bild der Situation zu geben und falsche Auffassungen rücksichtlich Russlands Stellungnahme zur Annexion zu zerstreuen. Minister verwies auf seine Kundgebung in der Dumasitzung, durch welche sein Standpunkt urbi et orbi verkündigt worden sei und beklagte Sprache unserer Presse, welche irriges Gerücht aussprengt, Russland verweigere Anerkennung der Annexion. Nachdem Herr Iswolsky nicht einsehen wollte, dass Erklärung in Belgrad, die wir von ihm verlangen, nichts anderes sei, als Ergänzung und Motivierung der von ihm gegebenen guten Ratschläge, drückte ich ihm Bedauern aus, dass er sich im Interesse Serbiens zu diesem Schritte nicht entschliessen wolle und fügte hinzu, bei den bekannten Dispositionen Euer Exzellenz sei zu besorgen, Hochdieselben könnten sich bestimmt finden, durch Mitteilung der auf die russische Stellungnahme zur Annexion bezugnehmenden geheimen Pièces nach Belgrad, eventuell London und Paris Aufklärung über den Sachverhalt zu geben. Minister, der über diese Bemerkung in hohem Grade betroffen schien, sagte mir, er möchte wissen, ob ich dieselbe als Graf Berchtold oder als österreichisch-ungarischer Botschafter gemacht. In ersterem Falle sei er bereit, sie als nulle et non avenue zu betrachten, in letzterem müsse er darauf bestehen, dass das Verlangen in Form einer offiziellen Note genau präzisiert und die Androhung der Aktenpublikation unter Spezifizierung der einzelnen Dokumente beigesetzt werde, um Seiner Majestät dem Kaiser und dem Ministerrate unterbreitet zu werden. Da ich zu einer derartigen schriftlichen Demarche nicht autorisiert bin, ersuche ich Euer Exzellenz, falls sich Hochdieselben zur Übermittlung offizieller Note an russische Regierung veranlasst sehen sollten, wozu mein heutiges Privatgespräch noch kein Präjudiz bildet, mir entsprechende Instruktionen unter Anschluß französischen Textes zukommen lassen zu wollen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass dieser Ausgang tiefgehenden Riss zwischen den Kaiserreichen bedeuten würde. Ministerpräsident schwer erkrankt. Berchtold.

a) Vgl. n. 1191, 1196, 1269, 1272, 1467. — b) n. 1160.

Nr. 1186. Tel. aus St. Petersburg, 11. März 1909 Nr. 46 (eing. 12. März 4 U. 50 M. a. m.).^{a)} Entziff.

Dem deutschen Botschafter, der nach mir Herrn Iswolsky besuchte, sprach letzterer vertraulich von meinem Verlangen betreffs der in Belgrad abzugebenden Erklärung. Minister meinte, es sei eine unerhörte Zumutung, von ihm zu fordern, dass er nun, nachdem er seit Monaten für die Wahrung des europäischen Charakters der Annexionsfrage eingetreten, in Belgrad gegenteilige Auffassung verdolmetschen solle. Es fiel ihm nicht ein, deshalb der Annexion Anerkennung versagen zu wollen. Graf Pourtalès vertrat dem gegenüber Ansicht, dass obige Theorie hinsichtlich Serbiens nicht zutreffe, da dieselbe nur Signatarmächte betreffe — ein Gedankengang, dem Minister des Äussern nicht zustimmen wollte. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1191.

Tel. nach Sofia, 11. März 1909 Nr. 51 (chiff. 9 U. p. m.). Siehe n. 1180.

Nr. 1187. Privatschreiben aus Sofia, 11. März 1909 (eing. 13. März).a)
Ausfert.

Streng vertraulich. Wie ich gestern telegraphisch zu melden mir erlaubte, betrachtet Fürst Ferdinand die Wiener Besuchs-Affaire durch die ihm gegebene Aufklärung über den wahren Inhalt Euer Excellenz Unterredung mit Herrn Sarafoff, welche Er mit bestem Dank zur Kenntniss nimmt, als erledigt und beschränkt sich darauf, Seinem Wiener Vertreter einen scharfen Verweis zukommen zu lassen. Die Abberufung Herrn Sarafoffs scheint aber nach den verlegenen Worten Herrn Dobrovitchs, der auf meine diesbezügliche Frage so ausweichend antwortete, vorläufig nicht in Aussicht genommen zu sein. Dieser Umstand scheint mir äusserst verdächtig, wie mir überhaupt der ganze Zwischenfall noch durchaus nicht völlig aufgeklärt erscheint. Zunächst möchte ich doch an die vom Fürsten behauptete völlige Harmlosigkeit Seiner Démarche nicht so unbedingt glauben und scheint mir auch die Behauptung, Herr Sarafoff habe ausser der Anfrage, ob Euer Excellenz den Fürsten zu einer bestimmten Stunde empfangen wollen, keinerlei weiteren Auftrag gehabt, nicht so recht glaubwürdig. Auch darüber kann ich leise Zweifel nicht unterdrücken, ob die Verdrehung Euer Excellenz Worte, wie sie in dem Telegramm des Fürsten an Herrn Dobrovitch zum Ausdrucke kommt, einzig und allein auf das Conto Sarafoffs zu setzen ist. Diese Zweifel scheinen mir umso gerechtfertigter angesichts der auffallend milden Behandlung, die Letzterem von seiten Seines Souveräns zu Theil wird. Würde Dessen beabsichtigter Besuch bei Euer Excellenz tatsächlich der Ausfluss einer freundschaftlichen Gesinnung und des Bestrebens gewesen sein, mit der k. und k. Regierung auch ferner enge Beziehungen zu pflegen, so wäre es geradezu unverständlich, dass der diplomatische Vertreter, der durch Nichteinhaltung seiner Instruction sowie durch ungeschickte oder absichtliche Verdrehung der Worte Euer Excellenz beinahe einen vollständigen Bruch herbeigeführt hätte, mit einer „severe reprimande“, von der es nicht einmal so sicher ist, ob sie bis an seine Adresse gelangen wird, loskommen könnte. Jedenfalls lässt es seitens des Fürsten nicht auf eine besonders hohe Einschätzung des Wertes freundschaftlicher und vertrauensvoller Beziehungen zum k. u. k. Cabinete schliessen, wenn Er sich nicht beeilt, einen Vertreter abzurufen, der — wenn die ihm zur Last gelegte Wortverdrehung wirklich auf sein Conto geschrieben werden muss — zu einer Pflege vertraulicher Beziehungen so durchaus ungeeignet wäre. Als ein weiteres verdächtiges Symptom, welches ich auch in meiner heutigen officiellen Berichterstattung erwähne, erscheint mir der Umstand, dass Herr Dobrovich — wie er mir seither selbst eingestand — beauftragt war, das die angeblich beleidigende Antwort Euer Excellenz enthaltende Telegramm sofort Herrn Malinoff mitzuteilen. Ob hingegen auch die Aufklärung des Sachverhaltes dem Herrn Ministerpräsidenten zur Kenntnis gebracht wurde, habe ich bisher nicht feststellen können. Jedenfalls werde ich die nächste sich bietende Gelegenheit nicht vorüber gehen lassen, um ihn entsprechend aufzuklären. All diese Symptome haben in mir den — allerdings bis jetzt nicht auf seine Richtigkeit nachweisbaren — Verdacht erregt, dass wir es hier wieder mit einem der dem

Fürsten eigenen compliciten mise-en-scène-Manöver zu thun haben. Zunächst ist es äusserst wahrscheinlich, dass die angekündigte Visite doch ein Versuch war, um daraus eine „reconnaissance de courtoisie“ zu construiren, was Er gewiss nicht verfehlt hätte zu behaupten, wenn Euer Excellenz die von Saraffoff verlangte Erklärung abgegeben hätten. Auf der anderen Seite scheint es mir aber gar nicht unwahrscheinlich, dass Seine Königliche Hoheit im voraus mit einer Ablehnung dieser Zumuthung seitens Euer Excellenz gerechnet hätte. In diesem Falle brauchte Er nur die Worte Euer Excellenz etwas zu verdrehen, um daraus eine Ihm zugefügte Beleidigung zu construiren, welche Ihm den willkommenen Vorwand bot, Sein schon in Petersburg offenbar beschlossenes vorbehaltloses Einschwenken in den russischen Curs auch jenen Mitgliedern Seines Cabinetes als unvermeidlich hinzustellen, die sonst hiegegen doch gewisse Bedenken hätten tragen können. So aber konnte Er ihnen nachweisen, dass die k. und k. Regierung sich völlig von Bulgarien abgewendet habe, daher von dieser Seite ohnehin nichts mehr zu erwarten sei, so dass das Heil nur mehr in einer bedingungslosen Hingabe an Russland zu suchen sei. Dies scheint dem Fürst auch vollkommen gelungen zu sein, und kann nach verschiedenen Äusserungen der Regierungsmänner, der allgemeinen Sprache der Presse sowie zahlreichen schwer aufzählbaren Imponderabilien gar kein Zweifel darüber herrschen, dass Bulgarien wenigstens für den Augenblick sich willenlos in den russischen Strom gestürzt hat.

Thurn.

a) Vgl. n. 1175, 1754.

Nr. 1188. Tel. aus Belgrad, 12. März 1909 Nr. 101 (eing. 6 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Ich suchte heute Minister des Äussern auf, ... *Vorstellungen wegen der Vorfälle an der Drina und der Tötung eines Gendarmen* ... Hierauf kamen wir auf die serbische Zirkularnote^{b)} zu sprechen, welche ich als ersten Schritt auf der Bahn der Vernunft anerkannte, aber zugleich mit Benützung der Argumente Euer Exzellenz Telegrammes No. 39 von gestern als widerspruchsvoll, gewollt unklar und im Gesamteindrucke als noch nicht befriedigend bezeichnete. Der Minister beteuerte, dass die Note das äusserste Ausmass dessen enthalte, wozu die Regierung nach langen schweren Debatten sich habe entschliessen können. Jeder Ausdruck sei erwogen, auch unsere Note bereits berücksichtigt worden und die Unklarheiten, welche Milovanović nach langer Konversation ...^{c)} zugab, seien durch die Bedachtnahme auf alle Standpunkte und deren ängstliche Ausgleichung verursacht worden. Was die prinzipielle Differenz wegen der „bosnisch-herzegowinischen Frage“ betreffe, so meinte Milovanović, wir müssten die Schwenkung anerkennen, da Serbien bisher die Annexion als eine „serbische Frage“ aufgeworfen und behandelt habe, während die Regierung nunmehr nur mehr von einer europäischen Angelegenheit spreche. Serbien nehme den Standpunkt ein, den jeder dritte Staat vertreten könnte, z. B. Belgien, dass es die Lösung und Entscheidung den Signatarmächten überlasse und sich deren Entscheidung ohne Reserve unterwerfe. Einen korrekteren

Standpunkt gebe es nicht, besonders, da uns gegenüber auf jede Forderung aus Anlass der Annexion ausdrücklich verzichtet wird. Die Erwähnung der serbischen Interessen, über welche die Mächte zu entscheiden hätten, stimme mit unserem Standpunkte, dass Serbien irgendwelche internationale — wenn auch wirtschaftliche — Vorteile (z. B. Donau-Adriabahn) zugesprochen werden könnten. Fortsetzung folgt. Forgách.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 97 Nr. 134. Vgl. n. 1189, 1197. — ^{b)} n. 1160. — ^{c)} Chiffre verstümmelt.

Nr. 1189. Tel. aus Belgrad, 12. März 1909 Nr. 102 (eing. 8 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung vom Telegramm No. 101. Ich schloss die Kontroversen mit der Erklärung, dass ich die retrospektive Kritik der Zirkularnote nur vornehme, um dem Minister jene Punkte darzulegen, welche in der uns zu erteilenden Antwortnote klar und präzise geregelt werden müssen, um uns zu ermöglichen, Serbiens bisherige Haltung zu vergessen. Milovanović erwiderte, er werde erst morgen mit seinen Kollegen beraten, aber die Antwort an uns könne sich nur in denselben Linien bewegen, wie die Zirkularnote. Diesem Ausspruche widersprach ich in ernstester Weise und versuchte, den Minister zu überzeugen, dass es in des Königreichs wohlverstandenen Interesse liege, uns sofort wirklich zu befriedigen. Schliesslich gab er zu, dass er verschiedene Textierungen versuchen und mir zur Besprechung vorlegen werde. Mein direktes Verlangen, dass die Änderung der bisherigen Haltung Serbiens in Betreff Bosniens ganz bedingungslos ausgesprochen werden müsse, Serbien also uns zu erklären habe, dass es infolge unseres Übereinkommens mit der Türkei die Angliederung Bosniens als materiell abgeschlossen und undisputierbar betrachte, erschien dem Minister viel zu scharf und unerfüllbar. Auf seine Einwendung, das Protokoll^{b)} sei Serbien von keiner Seite mitgeteilt, offiziell also nicht bekannt, erwiderte ich, die serbische Gesandtschaft dürfte doch sicherlich das dem türkischen Parlamente vorgelegte Schriftstück einberichtet haben. Hierauf kamen die gewöhnlichen Bitten um Geduld, Berücksichtigung der schweren Lage des Landes, der vollständigen Unmöglichkeit, eine klare, allen Gefühlsmomenten widersprechende, über den Standpunkt der Grossmächte in der bosnischen Frage hinausgehende Erklärung abzugeben, u. s. w. Schliesslich versicherte Milovanović, dass er, falls wir nicht intransigent sind, nicht an der Anknüpfung wirklich guter Beziehungen verzweifle. Momentan sei übrigens das grösste Hindernis zur Beruhigung, der Widerhall, welchen der unglückliche, aufgebauschte Agrarer Hochverratsprozess erzeuge. Fortsetzung folgt. Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1197. — ^{b)} Vgl. n. 1064.

Nr. 1190. Tel. aus Belgrad, 12. März 1909 Nr. 103 (eing. 13. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 102. Die Unterredung ermächtigt mich nicht zur Hoffnung, dass ich einen sehr befriedigenden Erfolg

bezüglich der Antwortnote erzielen werde. Die Verschleppung ist zwar nicht direkt beabsichtigt, da das Ministerium sich bisher mit der Zirkularnote befasste und das aus politischen und persönlichen Gegnern zusammengesetzte Kabinett langsam zu Entscheidungen kommt. Auch will das Kabinett den Eindruck des letzten Schrittes bei den Parteien und im Lande vorerst konstatieren. Minister des Äussern gab mir zu, dass sowohl Skupschtina als öffentliche Meinung den Rückzug der Regierung sehr ruhig genommen und eigentlich gebilligt hätten; allerdings weil Note durch den russischen Schritt entschuldigt und motiviert wurde, und möglichst zweideutig abgefasst war. Die Regierung will auch den Effekt im Auslande abwarten und ist, wie mir scheint, der Überzeugung, daß teilweise durch ihren unleugbaren Rückzug uns gegenüber, teilweise durch ihre Unterwerfung unter Russland und die Mächte die Kriegsgefahr behoben und uns die Möglichkeit zu dem ernstesten Schritt genommen ist. Daher wird sie trachten, in der Antwortnote uns etwas zu bieten, aber einem vollkommenen Einbekenntnis bezüglich ihrer bisherigen Haltung auszuweichen. Im Laufe des Gespräches erwähnte der Minister auch, dass, sobald wir die Auseinandersetzungen als befriedigend betrachten und die Détente konstatieren, die Einschränkung der serbischen militärischen Defensivmassregeln eine selbstverständliche Folgeerscheinung wäre. Behufs Beantwortung der Note wollte Minister des Äussern durchaus meine Ansicht über handelspolitischen Zustand nach dem 1. April kennen. Ich erwiderte, dass mir die politische Spannung doch noch so akut scheine, dass ich vorerst mit ihm deren befriedigende Lösung versuchen müsse, und dann erst der kommerziellen Frage näher treten könne. Jetzt solle Serbien die politische Situation präzise und klar bereinigen und handelspolitisch nur seine prinzipielle Geneigtheit zu Verhandlungen und zur Vermeidung eines vertragslosen Zustandes aussprechen. Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1197.

Nr. 1191. Erlaß nach Berlin, 12. März 1909 Nr. 953.^{a)} Konz. (S. Matscheko und Musulin; V. Franckenstein; G. Aehrenthal).

In der Anlage erhalten Euer Exzellenz mit Bezug auf meine Telegramme Nr. 52^{b)} und 53 vom 10. und 11. l. M. zwei Telegramme des Grafen Berchtold vom 11. l. M. sowie die Abschrift eines Antworttelegrammes, welches ich unter dem heutigen an den Herrn Botschafter gerichtet habe.^{c)} An die Mitteilung der vorstehenden telegraphischen Korrespondenzstücke wollen Euer Exzellenz dem Reichskanzler beziehungsweise dem Staatssekretär gegenüber die Bemerkung anschließen, daß ich jetzt vorerst den Effekt der von Grafen Berchtold geführten Sprache bezüglich der eventuellen Verwendung der geheimen Piècen abwarten wolle. Wie Euer Exzellenz bekannt, hatte die Ankündigung ihrer eventuellen Verwertung den Zweck, Herrn Iswolsky dazu zu bewegen, daß er unter Hinweis auf die serbische Zirkularnote und vor Abfassung der serbischen Antwort auf unsere Belgrader Demarche sich in Belgrad dahin vernehmen lasse, daß nach der Unterzeichnung des Konstantinopeler Protokolles die Tatsache der Annexion von den Mächten materiell nicht weiter erörtert werden könne, während die

formale Seite der Angelegenheit eben nur die Mächte, aber nicht Serbien tangiere. Hätte sich Rußland zu einer so präzisen Darlegung seiner Auffassung entschlossen, so wären ihr die Westmächte aller Wahrscheinlichkeit nach beigetreten. Ich erwäge nun, ob wir dem von mir angestrebten Ziele, eine definitive Klärung der Situation herbeizuführen, nicht auch auf einem anderen Wege näherkommen könnten und ob wir nicht Herrn Iswolsky noch einen anderen *modus procedendi* vorschlagen könnten, der uns befriedigen würde. Das dem Berliner Kabinett bekannte Aide-Mémoire vom 17. Dezember v. J.^{d)} nimmt den Gedanken auf, daß ein zwischen den Mächten stattfindender Gedankenaustausch zu der Feststellung gewisser „formules“ führen könnte, in welchen die Lösung der einzelnen schwebenden Fragen zusammengefaßt wäre. Bekanntlich haben die Mächte unsere Entente mit der Türkei als ein günstiges Moment betrachtet und uns zu dem Zustandekommen derselben ihre Befriedigung ausgesprochen und auch Herr Iswolsky hat sich wiederholt dahin geäußert, daß er die Anerkennung der Annexion nicht verweigern würde. Da sonach eine ablehnende Haltung wohl von keiner Seite zu erwarten ist, dürfte es den Mächten in einem gegenseitigen Gedankenaustausche, dessen Ausgangspunkt die Unterzeichnung des Konstantinopeler Protokolles wäre, nicht schwer fallen, sich nunmehr bezüglich der Annexion Bosniens auf eine solche „formule“ zu einigen, der auch wir zustimmen könnten. Diese „formule“ könnte beiläufig dahin lauten, daß die Mächte nach zustimmender Kenntnisaufnahme des Protokolles, in welchem die Anerkennung der neuen Rechtslage Bosniens und der Herzegowina enthalten ist, den Artikel XXV des Berliner Vertrages außer Kraft setzen. Wenn die Mächte zu einer solchen „formule“ gelangen und dieselbe in Belgrad zur Kenntnis bringen, dürfte die Lage in Serbien alsbald eine Klärung erfahren und der Friede gesichert erscheinen. Es wäre mir von großem Werte, von Euer Exzellenz eine Mitteilung darüber zu erhalten, wie Fürst Bülow die hier skizzierte Vorgangsweise beurteilt und ob er der Meinung ist, daß es angezeigt wäre, sie als Alternativvorschlag Herrn Iswolsky mitzuteilen.

^{a)} Vgl. n. 1198, 1208, 1313 zweite Beilage Anm. a, 1336. — ^{b)} Vgl. n. 1181 Anm. b. — ^{c)} n. 1185, 1186, 1196. — ^{d)} n. 769 erste Beilage.

Nr. 1192. Tel. nach Konstantinopel, 12. März 1909 Nr. 96 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm von gestern, Nr. 123. Mit dem Inhalte der schriftlichen Erklärung, wie Hilmi Pascha ihn Euer Exzellenz gegenüber formuliert und in Aussicht gestellt hat, wäre ich vollkommen einverstanden. Von der Abgabe einer solchen schriftlichen Erklärung müssen wir nach wie vor unsere Bereitwilligkeit zu dem den Sandschak betreffenden Notenaustausche abhängig machen. Euer Exzellenz wollen im Sinne meiner letzten telegraphischen Weisungen in eindringlicher Weise auf eine je frühere Abgabe der in Rede stehenden Erklärung hinwirken. Zu Euer Exzellenz persönlicher Information füge ich bei, daß die hiesige Kriegsverwaltung großen Wert auf die beschleunigte Erlassung eines allgemeinen

Durchfuhrverbotes für Kriegsmaterial nach Serbien seitens der türkischen Regierung legt. Ich sehe einer ehebaldigen telegraphischen Berichterstattung mit lebhaftem Interesse entgegen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1199, 1201.

Tel. nach London, 12. März 1909 Nr. 37 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1194.

Nr. 1193. Tel. aus London, 12. März 1909 Nr. 37 recte 34 (eing. 13. März 9 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 36 von gestern. Ich habe Sir E. Grey gesprochen und mich im Sinne telegrafischer Weisung geäußert, wobei ich hervorhob, daß Serbien nur von Fortsetzung, nicht Änderung seiner bisherigen Haltung sprach, die kaum freundnachbarlich genannt werden könne. Ich betonte, dass materielle Seite der Annexion durch Konstantinopler Protokoll abgeschlossen und formale nur Signatarmächte, nicht Serbien angehe. Staatssekretär zeigte zu Anfang wenig Verständnis für diese Unterscheidung und er interpretierte serbische Note in dem Sinne, dass Serbien, da es sich um Abänderung eines Artikels des Berliner Vertrages handelt, sich zurückziehe und Entscheidung den Signatarmächten überlasse. Nachdem es auf alle territorialen und politischen Forderungen ausdrücklich verzichte, hätte er gehofft, dass die Note uns zufriedenstellend erscheinen würde. Ich wies darauf hin, dass Serbien aber bisher aus der Annexion ein grief und dieselbe zum Anlasse seiner Rüstungen und provokatorischen Haltung gemacht hätte. Wir müßten Zusicherung haben, dass dies aufhöre und nicht eine Frage offengelassen werde. Sir E. Grey schien dies zu verstehen und sprach Hoffnung aus, dass Serbien Beantwortung der Note des Grafen Forgách benützen würde, um solche Zusicherungen zu geben, die, ohne das Königreich einer Demütigung auszusetzen, Euer Exzellenz bewegen könnten, der jetzigen serbischen Note eine günstigere Interpretation zu geben. Das Argument, eine Angelegenheit nicht „offen zu lassen“, ist beim Staatssekretär wirksam und er wiederholte stets, er möchte den ganzen Komplex der Fragen des nahen Ostens in möglichst definitiver Weise regeln. Er spricht wieder mehr von Konferenz und dem Recht der Signatarmächte, bei jeder Abänderung des Berliner Vertrages mitzureden, wobei er aber stets den „accord préalable“ als Vorbedingung der Konferenz anerkennt.

Mensdorff.

Nr. 1194. Tel. nach Paris Nr. 34 und London Nr. 37, 12. März 1909 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. u. G. Aehrenthal).

Zu meinem Tel. vom 11. I. M. Nr. 33/36. — Wenn Euer Exzellenz im Sinne des letzten Alineas dieses Telegramms^{b)} auf dortige Regierung einwirken, so wollen Sie hiebei auf die geheimen Pièces, die meinem Erlasse vom 10. März Nr. 885/886 beiliegen, selbstverständlich nicht Bezug nehmen und dieselben nicht vor Erhalt einer bezüglichen ausdrücklichen telegraphischen Ermächtigung verwerthen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1266. — b) Beginnt: „Es wäre wünschenswert.“

*Nr. 1195. Tel. aus Rom, 12. März 1909 Nr. 57 (eing. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Bezugnehmend auf Euer Exzellenz Telegramme Nr. 37 vom 6. d. M., Nr. 40 vom 11. d. M. und Erlass Nr. 882 vom 10. d. M. Heutige Unterredung mit Herrn Tittoni war interessanter als gewöhnlich. Er sagte: Serbien hat in seiner Zirkularnote vor der ganzen Welt erklärt, es verlange weder territoriale noch politische noch ökonomische Entschädigungen. Umso besser! Von dieser Erklärung müsse Europa Akt nehmen und sofort die Konferenz einberufen. Selbstverständlich könne bei dieser von irgendwelchen Indemnitätsforderungen Serbiens keine Rede sein, nachdem es selbst erklärt hat, keine zu haben; betreffend Handelsvertrag etc. werde es auf den Weg der direkten Verhandlungen mit uns gewiesen. Aufgabe der Konferenz sei lediglich Registrierung des Konstantinopler Protokolles und des zu gewärtigenden türkisch-bulgarischen Akkords sowie der von uns in Aussicht gestellten Modifikation des Artikels 29; eventuell könne von derselben von der Donau-Adriabahn die Rede sein, doch sei auch dies vielleicht nicht notwendig. Wenn Euer Exzellenz mit dieser Anregung einverstanden wären, sei Herr Tittoni bereit, in Petersburg, Paris und London dafür Propaganda zu machen. Obige Anregung war mir eher eine Überraschung und wiederholte ich ihm dreimal, dass ich dieselbe Euer Exzellenz nur dann transmittieren könne, wenn deutlich zu verstehen sei, dass auf der Konferenz von serbischer Reklamationen was immer für einer Art nicht die Rede sein könne. Dies bejahte der Minister auf das Nachdrücklichste. Trotzdem traue ich der Sache nicht recht und habe seine Anregung, ohne mich irgend wie darüber zu äussern, einfach ad referendum genommen. Herr Tittoni ist, wie im gleichzeitig abgehenden Telegramm Nr. 58^{b)} bemerkt, heute in viel selbstbewussterer Stimmung. Vielleicht spielen persönliche Motive bei diesem plötzlichen Hervortreten aus seiner bisherigen Lethargie nicht die allerletzte Rolle.

Lützow.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 97 Nr. 135. Vgl. n. 1198, 1240. — ^{b)} Nicht aufgenommen.

Nr. 1196. Tel. nach St. Petersburg, 12. März 1909 Nr. 55 (chiffre. 6 U. 45 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 45 vom 11. l. M. Ich bin mit der Sprache Euer Exzellenz Herrn Iswolsky gegenüber vollkommen einverstanden. Allem Anscheine nach ist dieselbe auf den Herrn Minister nicht ohne Eindruck geblieben; ich möchte sie also vorderhand wirken lassen und abwarten, inwieweit sie den von mir intendierten Zweck erreichen wird. An die Übermittlung einer offiziellen Note an die russische Regierung mit dem von Herrn Iswolsky angeführten Inhalte habe ich selbstverständlich nie gedacht. Ich behalte mir vor, Euer Exzellenz je nach den Umständen, mit weiteren Instruktionen zu versehen. Zu Euer Exzellenz Information füge ich bei, daß ich mich dem hiesigen russischen Geschäftsträger gegenüber, der die Euer Exzellenz von Herrn Iswolsky gemachten Mitteilungen (Telegramm vom 9. d. M., No. 40) mir wiederholte, dahin ausgesprochen habe, wie erwünscht und notwendig es wäre, daß Rußland in Belgrad durch

eine klare, eindringliche Sprache die Situation charakterisiere und seine Stellungnahme zur Annexion unzweideutig dahin präzisiere, daß letztere nach unserem Entente-Protokolle mit der Türkei in materieller Hinsicht nicht mehr diskutierbar und im Wesen bereinigt sei; die formale Seite sei Sache der Mächte und interessiere Serbien weiter nicht. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1191.

Nr. 1197. Tel. nach Belgrad, 13. März 1909 Nr. 40 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 101—103 erhalten. Ich ersehe aus Ihren Meldungen, daß Sie in Ihren Konversationen mit Herrn Milovanović im Sinne meiner Instruktionen das Möglichste getan haben, um eine befriedigende Textierung der serbischen Antwortnote an uns zu erreichen. Man weiß jetzt in Belgrad genau, wie wir das serbische Zirkulare beurteilen und wie die serbische Antwort gefaßt sein müßte, um uns zu genügen. Es wird sich also jetzt empfehlen, in dem bisherigen Insistieren nachzulassen, damit nicht in Serbien der Eindruck erweckt werde, als sei uns eine günstige serbische Antwort für unsere Politik den Kabinetten gegenüber unentbehrlich. Hingegen können Euer Hochgeboren betonen, daß seit Übergabe unserer Note^{b)} bereits mehr als eine Woche verstrichen sei und daß es wohl nicht angehe, ihre Beantwortung noch lange hinauszuschieben. Die Nachrichten über die Fortdauer der serbischen Rüstungen, speziell jene über die erfolgte Bewaffnung des Landsturmes, verstärken den nicht sehr günstigen Eindruck, den ich aus den Äußerungen des Herrn Milovanović Ihnen gegenüber empfangen; wir müssen daher die Eventualität einer in allernächster Zeit erfolgenden stärkeren Pression ins Auge fassen. Ich ersuche Euer Hochgeboren daher, mir bis längstens Montag abends Ihre persönliche Appreciation über die dortige Lage und die wahrscheinlichen Chancen einer baldigen uns befriedigenden Antwort zu telegraphieren. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1205. — b) Vgl. n. 1109.

Nr. 1198. Tel. nach Berlin, 13. März 1909 Nr. 56 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Zu meinem gestrigen Erlasse No. 953. Graf Lützwow telegraphiert wie folgt: ... wie n. 1195 von „Heutige Unterredung“ bis „Propaganda zu machen.“ ... Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Herrn Reichskanzler zu sagen, daß ich von der präzisen und klaren Sprache Herrn Tittonis angenehm überrascht sei. Die Auffassung, die der Herr italienische Minister von der den Mächten in Bezug auf die schwebenden Fragen obliegenden Aufgabe äußert, decke sich so ziemlich mit der meinen; ein Unterschied besteht nur darin, daß ich die Tittonische Formel lieber im Wege eines Notenaustausches, als im Wege einer Konferenz realisiert sehen möchte; ich verhehle mir allerdings nicht, daß es Herrn Tittoni schon aus persönlichen Gründen eben um die Konferenz zu tun sein dürfte. Bevor ich die Anfrage des Herrn Ministers beantworte, wäre ich dem Herrn Reichskanzler für die Mitteilung seiner Ansicht sehr dankbar. Wenn Herr

Tittoni seine Anregung in Paris, London und Petersburg in der präzisen Art formuliert, wie er dies dem Grafen Lützow gegenüber getan hat, wäre die Idee einer Konferenz vielleicht tatsächlich annehmbarer, als sie uns bis jetzt erschienen ist.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1208, 1216.

Nr. 1199. Tel. nach Berlin, 13. März 1909 Nr. 57 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Geheim. Derselbe Gedankengang, welcher der in Euer Exzellenz Telegramm No. 75 vom 11. d. M. (letztes Alinea)^{b)} erwähnten Anregung des Berliner Kabinetts zu Grunde liegt, hat mich veranlaßt, bereits vor längerer Zeit mit der Pforte in Pourparlers zu treten, die darauf abzielen, durch einen geheimen Notenaustausch das identische Interesse der Monarchie und der Türkei an der Aufrechterhaltung des türkischen Besitzstandes im Sandjak von Novibazar zu konstatieren und der Pforte unsere volle diplomatische Unterstützung in dieser Richtung zuzusichern. Die diesbezüglichen Unterhandlungen sind fast bis zum Abschlusse gediehen; wir müssen jedoch die definitive Vereinbarung davon abhängig machen, daß sich die Pforte durch eine schriftliche Erklärung verpflichte, bis auf weiteres die Durchfuhr serbischen Kriegsmaterials durch türkisches Gebiet nicht zu gestatten. Ich habe mich über diesen Gegenstand Herrn von Tschirschky gegenüber mehrfach ausgesprochen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und Verwertung bei Fürst Bülow oder Freiherrn von Schoen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1192, 1201, 1233. — ^{b)} Beginnt mit „Herr von Tschirschky ist beauftragt“.

Nr. 1200. Tel. nach Cetinje, 13. März 1909 Nr. 28 (chiffr. 9 U. 20 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Die Sprache, welche Euer Hochwohlgeboren in der mit Ihrem Telegramme vom 10. l. M., No. 26, gemeldeten Unterredung mit dem Fürsten geführt haben, entsprach vollkommen meinen Intentionen. Wenn auch Fürst Nikolaus sich nicht dazu bewegen ließ, sich im Sinne der Zusagen zu äußern, von welchen wir gegebenen Falles die Eröffnung von Pourparlers mit der montenegrinischen Regierung und ein Entgegenkommen für Seine Wünsche abhängig machen, so ist immerhin der Zweck erreicht worden, mit Montenegro, ebenso wie dies in Belgrad geschehen ist, die Conversation wieder aufzunehmen. In der Euer Hochwohlgeboren gegenüber gemachten Beteuerung des Fürsten, daß Er bei Beobachtung eines correcten Verhältnisses zur k. u. k. Monarchie die Entscheidung der Conferenz abwarten wolle, sehe ich ein mir auch durch andere Meldungen bestätigtes nicht ungünstiges Moment. Wenn der Fürst Ihnen wieder eine Gelegenheit geben sollte, so können Sie Seiner königlichen Hoheit wiederholen, daß die Interessen Seines Landes bei uns volles Verständnis und Entgegenkommen finden und daß wir uns bereit zeigen würden, Seine Wünsche thunlichst

zu berücksichtigen, sobald das Fürstentum seine Haltung bezüglich Bosniens und der Herzegowina geändert und unmittelbar seine Bereitwilligkeit geäußert haben werde, mit der k. u. k. Monarchie wieder correcte und freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Euer Hochwohlgeboren wollen mich über eventuell sich ergebende neue Momente in der dortigen Situation sowie in der Stimmung des Fürsten telegraphisch in Kenntnis setzen. Ich werde sodann Euer Hochwohlgeboren weitere Instructionen zukommen lassen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1232.

Nr. 1201. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 13. März 1909 Nr. 125 (eing. 14. März 9 U. a. m.). a) Entziff.

Geheim. Hohe Telegramme Nr. 94 und 96 vom 11. und 12. d. M. erhalten. Ich werde den Entwurf des Textes der auszutauschenden Noten betreffend den Sandjak sowie auch der türkischen Deklaration bezüglich des serbischen Kriegsmaterials Montag Euer Exzellenz telegrafisch vorlegen. Ich habe heute sowohl den interimistischen Minister des Äussern als auch den Grossvezir auf den Artikel 5 des serbisch-türkischen Handelsvertrages vom Jahre 1906^{b)} (vorgelegt mit h. a. Bericht Nr. 33 H. P. vom 21. Juni 1906)^{c)} aufmerksam gemacht, laut welchem der Transit von Kriegsmaterial, Dynamit etc. formell verboten ist. Hiebei hob ich hervor, dass meiner Ansicht nach das Vorgehen Kiamil Paschas, welcher sich über diese Vertragsbestimmung hinwegsetzte, ein gesetzwidriges war. Des ferneren wies ich darauf hin, dass, nachdem die Pforte eine formelle Handhabe gegenüber Serbien und auch gegenüber den Reklamationen des französischen und englischen Botschafters im obigen Vertragsartikel besitze, wir es als eine unfreundliche Haltung ansehen müssten, wenn die Pforte trotzdem serbisches Kriegsmaterial und speziell Dynamit zur Durchfuhr zulassen würde. Gabriel Effendi gab zu, dass die türkische Regierung auf diese Vertragsbestimmung vergessen hat; Hilmi Pascha hingegen wollte mir glauben machen, dass dies nicht der Fall gewesen sei, dass er sich aber wegen des Versprechens Kiamil Paschas in einer Zwangslage befunden habe und anderseits befürchten musste, dass eine kategorische Weigerung, die unterwegs befindlichen Transporte zur Durchfuhr zuzulassen, Serbien gegen die Türkei gereizt hätte. Der Grossvezir erkannte jedoch an, dass seine Situation dem Parlamente gegenüber eine schwierige werden könnte, wenn die Sache daselbst zur Sprache gebracht werden würde. Schliesslich sagte er mir, er könne das von ihm bereits gegebene Versprechen bezüglich der in meinem Telegramm Nr. 123 vom 11. d. M. erwähnten Schiffsladung sowie wegen einer ersten kleinen Teilsendung von Dynamit nicht zurückziehen. Wie mir Gabriel Effendi sagte, wird die Sache morgen im Minister-rat nochmals zur Sprache gebracht werden und es ist nicht ausgeschlossen, dass eine Berufung auf den oberwähnten Handelsvertragsartikel auch bezüglich der letzterwähnten Sendung noch eine Änderung in letzter Stunde bewirken wird.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1199, 1202, 1217. — b) Martens, N. R. G. 2. Serie XXXV 236. —

c) Nicht aufgenommen.

Nr. 1202. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 13. März 1909 Nr. 126 (eing. 14. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Im Laufe meines heutigen Gespräches mit dem Grossvezir über die serbischen Kriegsmaterialsendungen frug mich Hilmi Pascha, ob ich nichts von gewissen geheimen Unterhandlungen, welche bei der Anwesenheit des Fürsten Ferdinand von Bulgarien in Petersburg stattgefunden haben, wisse. Auf meine verneinende Antwort sagte mir Hilmi Pascha streng vertraulich, er hätte Anhaltspunkte, dass zwischen Bulgarien und Russland Abmachungen hochpolitischen Charakters getroffen worden sind. Es soll sich hiebei um Balkanfragen handeln. Hilmi Pascha fügte hinzu, er hoffe mir in einigen Tagen nähere Mittheilungen machen zu können. Er bat mich, seinen Namen nicht zu nennen, meinte aber, dass es jedenfalls gut wäre, wenn auch unsererseits in der Sache nachgeforscht werden würde.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 1201, 1215, 1219.

Nr. 1203. Tel. aus Belgrad, 14. März 1909 Nr. 105 (eing. 2 U. 40 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Französischer Gesandte klagt mir, dass die serbische Regierung, seitdem sie sich ganz hinter Russland gestellt habe, seinen Ratschlägen sichtlich weniger Gehör schenke. Ein weiteres Entgegenkommen uns gegenüber könnte nur Russland leicht erzielen; der jetzt vielleicht gute Wille des Herrn Iswolsky werde durch das totale Versagen und die Unfähigkeit seines hiesigen, jeder Initiative und Energie baren Vertreters nicht genügend vertreten. Auch englischer Gesandte sagte mir, er habe, ohne sich eines besonderen Erfolges rühmen zu können, sich — gegen seine Natur — selbst in eine Erregung hineingeredet, im Bestreben, Minister des Äussern zu überzeugen, dass es in Serbiens eigenstem Interesse wäre, die politische, mit militärischen Rüstungen verbundene Spannung schleunigst zu beendigen. Meine beiden Kollegen frugen mich, ob es genüge, wenn Serbien vorläufig entgegenkommend auf den handelspolitischen Teil unserer Note antwortete. Hiemit wäre die direkte Konversation zwischen den zwei Nachbarn in Gang gebracht und die politischen Auseinandersetzungen könnten dann folgen. Ich erwiderte, dass handelspolitische Verhandlungen nach den Ereignissen der letzten Monate schon mit Rücksicht auf unsere öffentliche Meinung erst nach Klärung der politischen Beziehungen in Betracht kommen können, darum hätten wir die bekannten Fragen an Serbien gerichtet und ihm die Antwort erleichtert. Dieselbe müsse aber unbedingt dahin lauten, dass Serbien seine Haltung gegenüber den durch die Annexion geschaffenen, durch das Protokoll materiell geregelten Zuständen ohne jede Verkläusulierung ändere. Fortsetzung folgt.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1204, 1205.

Nr. 1204. Tel. aus Belgrad, 14. März 1909 Nr. 106 (eing. 5 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes No. 105. Mein englischer Kollege meinte, dass keine serbische Regierung uns einen so direkten kategorischen

Verzicht geben könne und werde. Er frug mich, ob es genügen würde, falls Serbien in seiner Antwort an uns sich strikte an den Wortlaut der russischen Note halten würde. Ich erwiderte, dass mich dies nicht befriedigen würde, ich aber nicht leugne, dass dies ein weiterer Fortschritt gegen die gewundenen Erklärungen der Zirkularnote wäre. Letztere werde jetzt hier mit Recht als ein Rückzug betrachtet; die schlaue Textierung ermögliche es aber der serbischen Regierung wann immer später — wenn die internationale Lage günstiger erscheine — zu erklären, die Frage sei offen geblieben, ihr Verzicht uns gegenüber entbehre jeder Bedeutung, da Bosnien und die Herzegowina eine „europäische Frage“ seien, also keine rechtsgiltige Entscheidung vorliege. Ich sagte sowohl dem französischen als dem englischen und deutschen Gesandten, die mit mir regelmässig Rücksprache pflegen, dass ich befürchte, dass meine entgegenkommenden Gespräche, trotz ernster Andeutungen, die ich einflichte, von den serbischen Ministern nicht gewürdigt werden, und, da ich mich jeder comminatorischen Wendung enthalte, einen unberechtigten Optimismus erzeugen. Mein Bestreben, die serbische Regierung zu einer freiwilligen Einkehr zu bringen, scheine fehl zu gehen. Mehreren fremden Vertretern sagte Minister des Äussern, Antwort an uns werde in der ersten Hälfte nächster Woche, also in den allernächsten Tagen abgehen. Über Inhalt äusserte er sich nicht. Gestern fand ein mehrstündiger Ministerrat unter Vorsitz König Peters statt, welcher sich mit Antwort auf unsere Note befasst haben soll. Trotz ihrer gesprächsweise geäusserten Absichten haben weder Ministerpräsident noch Minister des Äussern mich bisher zu einer Besprechung oder Festsetzung des Textes eingeladen. Die Sprache aller Blätter ist fortdauernd äusserst gehässig, wenn auch die ernsten Zeitungen keine Kriegsdrohungen mehr bringen. Selbst die in der Regierung vertretenen Parteiblätter enthalten kein auch nur halbwegs anständiges oder freundliches Wort an unsere Adresse. Jede weitere politische Konzession, auch Handelsvertragsverhandlungen, ausser behufs Fortsetzung des Provisoriums und des giltigen Vertrages, werden einstimmig heftig zurückgewiesen.

Forgách.

a) Vgl. n. 1205.

Nr. 1205. Tel. aus Belgrad, 14. März 1909 Nr. 109 (eing. 6 U. 15 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nro. 40. Ich werde Euer Exzellenz Weisung gemäss spätestens morgen, Montag, nachmittags meine persönliche Auffassung über die Lage und Chancen einer uns befriedigenden Antwort telegraphisch melden. Vorläufig erlaube ich mir auf meine heutigen Telegramme No. 105 und 106 zu verweisen. Sehr dankbar bin ich für Euer Exzellenz Weisung, der ich ergebenst beipflichte, dass ein Insistieren meinerseits in der bisherigen Tonart nicht zweckentsprechend wäre. Ich habe soeben meinen deutschen Kollegen ersucht, noch heute oder morgen vormittags den Minister des Äussern aufzusuchen, ihn auf das Verstreichen von acht Tagen seit Übergabe unserer Note aufmerksam zu machen und zu erfahren zu trachten, was serbische Regierung zu antworten gedenkt; zugleich

möge er aus eigenem Antriebe in freundschaftlicher aber entschiedener Form Minister auf die unbedingte Notwendigkeit aufmerksam machen, uns eine befriedigende Antwort zu geben, da im gegenteiligen Falle Österreich-Ungarn sicherlich zu einer schärferen Pression entschlossen sei. Prinz Ratibor schreibt dem Minister, um dringende Zusammenkunft bittend; er wird sich in dem von mir vorgeschlagenen Sinne äussern und mir Resultat sofort bekanntgeben.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1206, 1209.

Nr. 1206. Tel. aus Belgrad, 14. März 1909 Nr. 110 (eing. 15. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Pour faire suite à mon télégramme No. 109 d'aujourd'hui. Conversation de mon collègue allemand aura lieu demain, lundi, matin à dix heures. Ministre de France m'informe qu'il vient de rencontrer le président du conseil qui lui a dit que troisième conseil des ministres, tenu ce matin, vient de finir l'étude de notre note. Réponse nous sera remise „de suite“. Mon collègue de France croit que ce sera mardi ou mercredi. Sur une question directe le ministre lui a répondu qu'on leur aurait conseillé de Pétersbourg d'être très avenants vis-à-vis de l'Autriche-Hongrie. Aussi la réponse serbe serait très polie; sur son contenu même président du conseil ne s'est prononcé, mais a ajouté qu'elle faciliterait certainement la continuation des pourparlers. Ministre de France trouve les ministres serbes très réservés, presque insoucians, et ne se fie à un repos assuré sur leur oreiller russe.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1205, 1209.

Nr. 1207. Tel. aus Belgrad, 14. März 1909 Nr. 111 (eing. 15. März 6 U. 30 M. a. m.).^{a)} Entziff.

Minister des Äussern übersendet mir in diesem Momente Kopie des Telegrammes, das er an serbischen Gesandten in Wien in Beantwortung unserer Note richtete. Telegramm mit dessen Inhalt folgt. Es ist die beinahe unverschämteste Antwort, die Serbien uns hätte überhaupt geben können, ist im vollständigen Gegensatze zu allen Äusserungen der serbischen Minister mir gegenüber und wird uns leider zu scharfen Schritten zwingen. Bezüglich der nachbarlichen Beziehungen und des serbischen, die bosnische Frage betreffenden Standpunktes weist die Note ganz kurz auf die Darlegungen der Zirkularnote hin. Hierauf werden wir aufgefordert, den Handelsvertrag durch unsere Parlamente votieren zu lassen. Sei uns dies nicht möglich, so sei Serbien zu einer provisorischen Verlängerung bis 31. Dezember bereit, falls wir es ihm antragen. Die Abfassung dieses unglaublichen Schriftstückes ist mir nicht unerwartet, da bulgarischer Vertreter mir vor einer Stunde mitteilte, Sektionschef Spalajković habe es ihm in Aussicht gestellt. Hiebei darf nicht vergessen werden, dass hier vor einem Krieg Angst herrscht. Das Ministerium scheint, wie ich es bereits einmal telegraphierte, überzeugt zu sein, dass wir doch nicht zu den äussersten Massnahmen greifen wollen oder können.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1109, 1209, 1210, 1211, 1214.

Nr. 1208. Tel. aus Berlin, 14. März 1909 Nr. 78 (eing. 15. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Antwort auf gestrigen Erlass Nr. 953. Mit dem von Euer Excellenz beabsichtigten *modus procedendi* Herrn Iswolsky gegenüber ist Reichskanzler vollkommen einverstanden. Fürst Bülow liess mich ersuchen, Euer Exzellenz zu melden, er finde Höchstderen Gedanken so vortrefflich, dass er sich denselben aneigne und in Unterredung mit dem russischen Botschafter ihn diesem gegenüber selbst verwerte. Graf Osten-Sacken habe ihn nämlich im Auftrage des Herrn Iswolsky eindringlich darum gebeten, sich bei Euer Excellenz dafür zu verwenden, dass Höchstdieselben von der in Aussicht genommenen Publizierung der in Frage kommenden geheimen Piècen absehen mögen. Reichskanzler habe geantwortet, Deutschland müsse es seinem Bundesgenossen überlassen, was dieser tun wolle, insolange Iswolsky Serbien nicht ernstlich zur Ruhe weisen werde. Sei letzterer hierzu gewillt, ohne den Unterschied zwischen materieller und formeller Anerkennung der Annexion präzisieren zu wollen, so könne er ja als Antwort auf österreichisch-ungarische Mitteilung von dem Arrangement mit der Türkei die Anerkennung der Annexion und die daraus folgende Notwendigkeit der Abänderung des Berliner-Vertrages per Note aussprechen. Deutsche Regierung wäre gerne bereit, die Hand dazu zu bieten, um die anderen Mächte zu einem analogen Verfahren zu veranlassen. Auf diese Art würde russischer Minister des Äussern in die Lage kommen, in Belgrad eine freiere und deutlichere Sprache zu führen. Sollte Herr Iswolsky auf den Gedanken nicht eingehen, so werde ihm deutscher Botschafter in Petersburg sagen, dass die deutsche Regierung den Dingen ihren Lauf lassen müsse. Fürst Bülow schmeichelt sich, Euer Excellenz Zustimmung zu seiner Sprache gegenüber Graf Osten-Sacken voraussetzen zu können. Dieser deutscherseits formulierte Gedanke würde die Solidarität Deutschlands und Österreich-Ungarns zum Ausdruck bringen und allenfalls bei Herrn Iswolsky leichter Eingang finden; ausserdem würde dadurch vielleicht erreicht werden, dass Herr Iswolsky auch weiter unter dem Coup der Berchtoldischen Eröffnungen bleibe. Herr von Tschirschky wird beauftragt werden, sich Euer Excellenz gegenüber im obigen Sinne auszusprechen. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 56 werde ich morgen mit Reichskanzler besprechen können.

Szögyény.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 98 Nr. 136. Vgl. n. 1230, 1313 zweite Beilage Anm. a.

Nr. 1209. Tel. nach Belgrad, 15. März 1909 Nr. 41 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. und G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 109—112. Ich will auf den natürlich gänzlich unbefriedigenden Inhalt der serbischen Note nicht weiter eingehen. Unsere Position der serbischen Regierung gegenüber ist durch dieselbe jedenfalls erleichtert. Bei der Entgegennahme der serbischen Note seitens Herrn Simić habe ich mich darauf beschränkt zu konstatieren, daß ihr Inhalt unbefriedigend sei; ich habe hiebei darauf hingewiesen, daß der durch die Überreichung unserer Note in Belgrad

gemachte Schritt allgemein als ein Entgegenkommen der k. u. k. Regierung aufgefaßt worden sei, von dem man eine Klärung der Situation erhofft habe; durch die serbische Antwort, welche unserer Frage vollständig ausweicht, wären jedoch die Chancen einer Verständigung zwischen Wien und Belgrad wieder weniger günstig geworden. Zu Euer Hochgeboren vertraulichen Information füge ich bei, daß ich die in Rede stehende serbische Note zu beantworten gedenke, mir jedoch hiebei, ebenso wie es die serbische Regierung getan hat, Zeit lassen werde. Euer Hochgeboren wollen sich inzwischen eine gewisse Reserve auferlegen, aber weder durch Ihre Sprache noch durch Ihre Haltung den Eindruck hervorrufen, daß wir die Dinge überstürzen wollen. Dies gilt auch als Orientierung mit Bezug auf Ihre im letzten Alinea des Telegrammes Nr. 113 formulierten Erwägungen.

Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 100 Nr. 139. Vgl. n. 1210, 1211, 1226, 1235.

Nr. 1210. Tel. aus Belgrad, 15. März 1909 Nr. 112 (eing. 7 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Mit der Note, welche Serbien heute an uns richtete, hat es meiner ergebensten Ansicht nach, unserer Politik Vorschub geleistet. Ich hatte Euer Exzellenz in Wien mündlich gemeldet, dass, falls die Mächte und besonders Russland Serbien entsprechende Ratschläge geben, dasselbe seine Haltung teilweise ändern, sich zum Frieden bekennen, uns gegenüber aber zu keiner genügenden und vollkommenen Einkehr und zu keiner wirklichen Änderung seiner unsere neuen Provinzen aufwühlenden Agitation kommen werde. Dies ist durch die schlaue Zweideutigkeit der Zirkularnote^{b)} geschehen. Euer Exzellenz erwiderten mir sofort, dass Hochdieselben diese halbe Lösung nicht akzeptieren und die „Versumpfung“ bei Fortbestand aller Schattenseiten und besonders der gross-serbischen Agitation nicht dulden könnten. Serbien würde hiedurch nur dem Konflikte jetzt ausweichen, um, militärisch besser gerüstet, wann immer als Bundesgenosse einer Grossmacht auf deren Geheiss gegen uns feindlich aufzutreten. Ich erlaube mir Euer Exzellenz aus voller Überzeugung beizustimmen und zu bemerken, dass die Schwierigkeit erst bei den weiteren Punkten nach einer Art Rückzug Serbiens eintreten würde. Die Zirkularnote war so geschickt abgefasst, dass sie es uns erschwerte, weitere Pression anzusetzen und einen vollen Erfolg zu erreichen. Mit seiner Antwort bietet uns nun Serbien eine vollkommene Handhabe, um es an die Wand zu drücken und zu zwingen, Farbe zu bekennen. Wir sagten Serbien, wir könnten wegen seiner Haltung den Handelsvertrag nicht votieren, es soll nun erklären, ob es dieselbe ändern wolle, worauf wir in neue Verhandlungen eintreten würden. Darauf antwortete es, seinen von uns beanstandeten Standpunkt bezüglich Bosniens wiederholend, wir sollen doch den hier zum Gesetz gewordenen Vertrag vorerst in unseren Parlamenten durchzubringen versuchen! Eine solche Antwort wird einer Grossmacht von einem kleinen Nachbarn erteilt. Dies dürfte unsere Stellung auch den anderen Mächten gegenüber erklärlich machen und erleichtern. Note dürfte hier akkreditierte Vertreter sehr

erstaunen; mein deutscher Kollege, welchem ich sie sofort mitteilte, ist empört, da sie im vollen Gegensatze ist zu den Versicherungen, die ihm serbischer Minister erteilte. Bulgarischer Agent, der, wie ich im vorigen Telegramme meldete, mich auf Note vorbereitete, sagte, sie sei im Minister-rate gegen den König und den Minister des Äussern durch den Chef der Jungradikalen Stojanović und durch unseren grössten Gegner, den alt-radikalen Finanzminister Protić, durchgesetzt worden. Forgách.

a) Vgl. n. 1207, 1209, 1214. — b) n. 1160.

Nr. 1211. Tel. aus Belgrad, 15. März 1909 Nr. 113 (eing. 4 U. 20 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu meinem heute nachts expeditierten Telegramme^{b)} will ich hervorheben, dass serbische Antwort ganz im Sinne der Andeutungen, die seit zwei Tagen in den der Regierung nahestehenden Zeitungen erschienen, eigentlich jedwede direkte Verhandlung mit uns zurückweist. Bezüglich der nachbarlichen Beziehungen und Bosniens werden wir nur auf die Zirkularnote verwiesen, obwohl serbische Regierung sowohl aus Euer Excellenz Bemerkungen zum serbischen Gesandten, als auch meinen sehr deutlichen Gesprächen mit Minister des Äussern ganz genau wusste, dass dieselbe uns nicht befriedigt hatte und wir deren Ergänzung forderten. Auch direkte neue kommerzielle Verhandlungen werden beinahe verweigert, da Serbien nur, falls wir es vorschlagen, auf Verlängerung des Provisoriums eingehen will. Unsere Mitteilung, dass wir wegen Serbiens Haltung den Vertrag unseren Parlamenten nicht vorlegen können, wird ignoriert, sogar auch die Aufforderung, die parlamentarische Beratung zu versuchen, verhöhnt. Der weitere folgenschwere Gang der Ereignisse entzieht sich meiner lokalen Kompetenz; doch sei es mir erlaubt zu bemerken, dass, falls es die allgemeinen politischen und die militärischen Umstände erlauben, von Belgrad aus ein eben so schleuniges als energisches Auftreten notwendig erscheint. Forgách.

a) Vgl. n. 1209, 1210. — b) n. 1207.

Nr. 1212. Tel. aus Belgrad, 15. März 1909 Nr. 116 (eing. 3 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Sowohl deutscher als englischer und französischer Gesandter, die mich soeben aufsuchten, sagen, dass serbische Note ihnen unerwartet und im Gegensatz zur Sprache der serbischen Minister sei, auf deren Grundlage sie ihren Regierungen im ganz entgegengesetzten Sinne Meldungen erstatteten. Sie bedauern und bemängeln einstimmig den serbischen Schritt und besonders dessen Textierung. Englischer und französischer Gesandter glauben, dass ausser vielleicht dem Minister des Äussern die Mitglieder des Kabinetts sich von den weitreichenden Konsequenzen ihres Entschlusses keine Rechenschaft ablegen. Mein englischer Kollege meint, dass die Mächte nunmehr eine sehr ernste Sprache in Belgrad führen müssen. Auf alle Anfragen über unsere nächste Stellungnahme lehne ich Auskunft mit dem Hinweis ab, dass ich diesbezüglich Euer Excellenz Instruktionen abzuwarten habe.

Minister des Äussern frug meinen deutschen Kollegen, welchen Eindruck ich von der Note hätte! Am heutigen Tage ihrer Überreichung in Wien votierte übrigens Skupschtina den laut Begründung des Finanzministers direkt gegen uns gerichteten Minimaltarif. Forgách.

Nr. 1213. Tel. aus Belgrad, 15. März 1909 Nr. 120 (eing. 16. März 9 U. a. m.). Entziff.

Ministerpräsident hat mich soeben besucht. Als er auf serbische Note zu sprechen kam, lehnte ich eine offizielle Äusserung als Euer Excellenz zustehend, ab. Meiner persönlichen Meinung nach, die er auch zu kennen wünschte, sei die Note „un document désastreux“. Meine strenge Beurteilung schien Minister sehr zu erstaunen. Er behauptet, serbische Regierung habe die beste Absicht gehabt. Sie habe geglaubt zuvorkommend zu sein, indem sie ihren unabänderlichen politischen Standpunkt kurz uns noch wiederholt und sich weitläufig über die handelspolitischen Fragen äussert, um zu zeigen, dass sie über dieselben zu weiterer Aussprache und Verhandlungen geneigt sei. Diesen merkwürdigen Erklärungen gegenüber ging ich im Sinne meiner bisherigen Telegramme an Euer Excellenz in eine detaillierte scharfe Kritik der Note ein. Speziell wies ich darauf hin, dass die Regierung doch hätte wissen können, wie sie die bestehenden Differenzen mit Nachdruck akzentuiere, wenn sie neuerlich die „bosnisch-herzegowinische Frage“ erwähne und keine Änderung ihrer Haltung vornehme. Auf meine Frage, ob denn der Minister des Äussern dem Ministerrate nicht meine bezüglichen klaren und entschiedenen Ausführungen mitgeteilt habe, blieb Ministerpräsident mir die Antwort schuldig. Er schien der Tragweite der serbischen Antwort wirklich nicht bewusst gewesen zu sein und als sie ihm aus meinen Äusserungen klar ward, wurde er ganz kleinlaut und still, machte friedliche Versicherungen — allerdings vermischt mit Phrasen über die Würde des Landes, Unmöglichkeit weiterer Verzichte und so weiter — und verliess mich mit der inständigen Bitte, mein Wohlwollen und meine ruhige Auffassung unentwegt bis zum letzten Moment und bis zum letzten Versuch beizubehalten. Forgách.

Nr. 1214. Note des serbischen Gesandten in Wien, 15. März 1909 Nr. 47 (eing. 15. März).a) Ausfert.

D'ordre de mon Gouvernement, j'ai l'honneur de communiquer à Votre Excellence la réponse suivante du Gouvernement Royal à la communication que la Légation Impériale et Royale d'Autriche-Hongrie lui a faite le 6 de ce mois:^{b)} Le Gouvernement Royal a exposé dans sa dépêche circulaire du 25 février (10. mars)^{c)} qui a été remise au Gouvernement Impérial et Royal, de même qu'aux Gouvernements de toutes les autres Puissances Signataires du Traité de Berlin, son point de vue dans la question bosno-herzégovinienne et il a à cette occasion constaté que la Serbie, considérant que les rapports juridiques entre elle et l'Autriche-Hongrie sont restés normaux, désire continuer à remplir envers la Monarchie voisine, sur la base de la réciprocité, les devoirs de bon voisinage et à entretenir avec elle

les relations dérivant des intérêts mutuels d'ordre matériel. Le Gouvernement Royal est, par conséquent d'avis qu'il serait le plus conforme, tant aux intérêts matériels des deux parties qu'aux liens créés par le traité, signé l'année dernière qui a déjà reçu la force de loi en Serbie, que les Gouvernements de la Monarchie soumettent à l'approbation des Parlements de Vienne et de Budapest ce traité de commerce, quoique le délai prévu pour sa ratification ait déjà expiré. L'acceptation de ce traité par les Parlements aurait en même temps présenté le moyen le plus sûr pour éviter toute interruption des relations conventionnelles. Son rejet par les Parlements aurait servi soit à fixer un point de départ certain à des négociations eventuelles en vue d'un nouveau traité, soit au contraire à faire constater que les tendances des Parlements, avec leurs courants agraires, conseillent d'abandonner en général toute idée de faire un traité au tarif conventionnel entre la Serbie et l'Autriche-Hongrie. Au cas où l'Autriche-Hongrie, par suite de l'insuffisance de temps ou pour des raisons d'ordre parlementaire, n'aurait pu faire passer par les Parlements jusqu'au 18/31 mars le traité de commerce que la Serbie a conclu avec elle, le Gouvernement Royal se tiendrait prêt à accepter, si elle lui était proposée, une nouvelle application provisoire de ce traité jusqu'à la date du 18/31 décembre de cette année.

Simitch.

a) Oe.-U. Bosnien 99 Nr. 138. Vgl. n. 1207, 1210, 1220, 1245, 1364, 1388, 1414, 1425. — b) n. 1120. — c) n. 1160.

Nr. 1215. Tel. nach Berlin Nr. 59 (1) und St. Petersburg Nr. 56 (2), 15. März 1909 (chiffr. 5 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. und G. Musulin).

1.—2. Nach einer mir zugekommenen vertraulichen Meldung sollen bei der letzten Anwesenheit des Fürsten Ferdinand in Petersburg geheime Unterhandlungen stattgefunden haben; es sei zu vermuten, dass zwischen Russland und Bulgarien Abmachungen hochpolitischen Charakters getroffen worden seien, bei denen es sich um Balkanfragen gehandelt habe.

1. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und vertraulicher Mittheilung an den Herrn Reichskanzler.

2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz persönlicher Information und eventuellen Berichterstattung.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1202, 1219.

Nr. 1216. Tel. aus Berlin, 15. März 1909 Nr. 79 (eing. 16. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 56 vom 13. d. M. Reichskanzler findet Anregung Herrn Tittonis ganz beachtenswert und ist der Meinung, dass sie freundschaftlich aufgenommen werden sollte. Näheres über seine Auffassung wird mir Fürst Bülow morgen mitteilen.

Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1232, 1248.

Nr. 1217. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. März 1909 Nr. 129 (eing. 16. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 125 vom 13. d. M. Nachfolgend Wortlaut der in Aussicht genommenen Note der Pforte an mich, welche gleichzeitig den Text meiner an die Pforte zu richtenden Note wörtlich reproduziert: „Monsieur l'Ambassadeur. Votre Excellence d'ordre du gouvernement Impérial et Royal, a bien voulu m'adresser en date de ce jour la note confidentielle dont la teneur suit: „„L'intérêt de l'Autriche-Hongrie à la conservation de la souveraineté et des droits de possession effectifs de l'Empire ottoman sur tout le Sandjak de Novibazar est aujourd'hui tout aussi grand qu'il était pendant les 30 années de la coopération des troupes Impériales et Royales avec celles de Sa Majesté le Sultan. Le cabinet de Vienne qui repousse toute idée d'accorder à des tiers Etats des compensations territoriales, comprend parfaitement que la Sublime Porte se place au même point de vue quant aux empiétements possibles de ces Etats sur le territoire dudit Sandjak. Il existe donc à ce sujet un parallélisme parfait entre les intérêts de l'Autriche-Hongrie et de la Turquie. Persuadés que la Sublime Porte observera en présence de certaines aspirations visant le territoire austro-hongrois une attitude sympathique à notre égard, nous nous engageons à donner à la Sublime Porte tout notre appui pour contrecarrer les desseins que d'autres Etats pourraient former à l'endroit du Sandjak de Novi-Bazar. En conséquence, je suis chargé par mon Gouvernement de déclarer que nous assumons cette obligation pour la durée de 5 ans. Nous sommes convaincus que la Turquie fera naturellement tout ce qui dépendra d'elle pour fortifier sa position stratégique dans le défilé de Novi-Bazar dont l'accès actuellement difficile ne se prête pas aux opérations militaires rapides que pourraient exiger les éventualités auxquelles le Gouvernement Impérial ottoman veut parer. En activant dans cet ordre d'idées la construction de la ligne Uvac-Mitrovitza, le Gouvernement ottoman peut compter sur le concours effectif de l'Autriche-Hongrie dans les questions financières et techniques y relatives, qui resteraient réservées à une entente spéciale entre les deux Gouvernements.““ En réponse je suis chargé de déclarer à Votre Excellence que, les vues de la Sublime Porte sur le Sandjak Novi-Bazar étant entièrement conformes à celles que le cabinet de Vienne veut bien exprimer dans la note ci-dessus, le Gouvernement Impérial ottoman en prend acte pour la durée de 5 ans. Quant à la prolongation du chemin de fer de Mitrovitza jusqu'à Uvac pour y opérer la jonction avec les chemins de fer de la Bosnie et de l'Herzégovine, nous en reconnaissons l'importance militaire, mais la construction de cette ligne nécessitant des dépenses considérables, nous comptons sur le concours effectif de l'Autriche-Hongrie dans les questions financières et techniques y relatives dont l'examen et le règlement feront l'objet d'une entente spéciale entre les deux Gouvernements. Veuillez ...“ Wie aus vorstehendem Text ersichtlich schlägt die Pforte vor, das erste Alinea ^{b)} unseres Entwurfes ganz auszulassen, weil dasselbe in der Antwort der Pfortenredaktion nicht wiederholt werden könnte und tatsächlich — auch meiner Meinung nach — überflüssig ist. Die Pforte bittet nach wie vor im vierten Alinea trotz

Auslassung der Worte „en conférence ou autrement“ das Wort „tout“ beizubehalten. In meinem Berichte vom 10. d. M. Nr. 22 D^c) geheim, habe ich mich allerdings dahin ausgesprochen, dass gegebenen Falls das Wort „tout“ ausbleibe, aber nach reiflicher Ueberlegung glaube ich, dass wir uns selbst unter Beibehaltung desselben nicht zu weit einlassen würden. Der Passus betreffend die fünf Jahre gelangt nach der von der Pforte vorgeschlagenen Fassung mehr in Evidenz, was allerdings vom türkischen Standpunkt aus eine gewisse Bedeutung hat, eben so wie die Ersetzung des Ausdruckes daselbst „dans la supposition“ durch die Worte „nous sommes convaincus que“. Der Satz in unserer Note betreffend die Eisenbahn entspricht unserem ursprünglichen Texte nur mit dem Unterschied, dass statt „achever“ „construire“ gesagt wird, was den Verhältnissen mehr entspricht, da tatsächlich der Bau der Eisenbahn noch nicht angefangen ist und wir auch die Konzession zu derselben nicht erhalten haben. Ferner werden die Worte „concourir activement et amicalement“ durch „concourir effectivement“ ersetzt. Was den diesbezüglichen Passus in der Antwortnote der Pforte anbelangt, so ist derselbe sogar präziser gehalten als der unsrige und involviert eine ausdrückliche Zusicherung der Pforte. Den Text der geheimen Deklaration hat mir Gabriel Effendi wegen Zeitmangels nicht zukommen lassen können, er war aber damit einverstanden, dass ein solcher Entwurf unsererseits ihm proponiert werde. Ich erlaube mir daher Euer Exzellenz zu bitten, mir einen Text, welcher ungefähr Hochherden Wünschen entsprechen würde, gütigst auf telegrafischem Wege zuzumitteln. Derselbe müsste natürlich, sowohl was die Limitierung der von der Durchfuhr ausgeschlossenen Gegenstände als auch die zeitliche Begrenzung anbelangt, dem Euer Exzellenz einberichteten türkischen Standpunkt Rechnung tragen (Ausschluss der in meinem Telegramme Nr. 118 vom 8. d. M. sub 1 angeführten Gegenstände, ferner Limitierung bis zu dem Zeitpunkte, bis die politischen Verhältnisse zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien sich vollständig geklärt haben.) Ich erlaube mir vorstehende Anregung in Kenntnis des Wertes, der darauf gelegt werden muss, ehestens in den Besitz einer bindenden Erklärung der türkischen Regierung zu gelangen, keinerlei Transport von Kriegsmaterial nach Serbien mehr zuzulassen.^{d)} Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 1218, 1250. — ^{b)} Vgl. n. 948 Beilage. — ^{c)} Irrig für Nr. 22 B. Vgl. n. 1169. — ^{d)} So!

Nr. 1218. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. März 1909 Nr. 130 (eing. 16. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Ich habe heute wieder beim Grossvezir in Angelegenheit der Dynamitsendungen für Serbien interveniert. Hilmi Pascha gab in meiner Gegenwart den telegrafischen Auftrag nach Salonik, dass ausser 2 $\frac{1}{2}$ Tonnen Dynamit für englische, respektive französische Minengesellschaft in Serbien, bis zu einem weiteren Pfortenbefehl kein Dynamit das Dépôt in Salonik verlassen dürfe. Hiebei wiederholte Hilmi Pascha sein Versprechen, die von uns verlangte Deklaration bei Austausch der geheimen Noten mir

einzuhändigen. Es ist selbstverständlich, dass bis zur Abgabe dieser Deklaration die Pforte keine weitere Erlaubnis zur Durchfuhr von Dynamit erteilen wird.
Pallavicini.

a) Vgl. n. 1217.

Nr. 1219. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. März 1909 Nr. 131 (eing. 16. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Zu meinem Telegramm Nr. 126 vom 13. d. M. Hilmi Pascha sagte mir heute, er werde mich an einem der nächsten Tage aufsuchen, um mir bezüglich der von ihm neulich angedeuteten russisch-bulgarischen Verhandlungen nähere Auskünfte zu geben. Gleichzeitig sprach er mir neuerlich von seinem Wunsche, von uns eine Erklärung zu erhalten, in welcher wir der Pforte im Falle eines serbischen oder bulgarischen Angriffes wenigstens eine wohlwollende Neutralität zusichern würden. Der Grossvezir legte mir wieder nahe, eine diesbezügliche Phrase wenn möglich in die Note betreffend den Sandschak aufzunehmen. Ich erwiderte ihm, dass wir zunächst mit der letzteren Angelegenheit fertig werden müssten und ich daher vorläufig Euer Exzellenz über seinen Wunsch nicht Bericht erstatten werde.
Pallavicini.

a) Vgl. n. 1215, 1249.

Nr. 1220. Tel. aus London, 15. März 1909 Nr. 37 (eing. 16. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Privatsekretär des Sir E. Grey, den ich heute abends sah, bezeichnet serbische Note,^{b)} die hier überraschend wirkte, als unbefriedigend und töricht. Milovanović habe noch vor kurzem englischem Gesandten gesagt, er berate mit Graf Forgách über Redaktion der Note. Sowohl russische als englische Regierung hätten in Belgrad darauf hingewiesen, dass diese Note der serbischen Regierung eine Gelegenheit biete, um aus ihren Schwierigkeiten herauszukommen. Mr. Tyrrell kann sich die merkwürdige Fassung der Note nur dadurch erklären, dass König Peter seinen Thron retten will und darauf rechnet, dass die Mächte nunmehr eine solche Pression ausüben werden, dass er auf einen Zwang zur Nachgiebigkeit hinweisen kann. Tyrrell hatte seinen Chef seit Eintreffen der Nachricht nicht gesprochen, konnte mir also nicht den Eindruck mitteilen, den die Note auf Sir E. Grey gemacht hatte.
Mensdorff.

a) Vgl. n. 1223, 1238. — b) n. 1214.

Nr. 1221. Tel. aus Paris, 15. März 1909 Nr. 15 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Nach sorgfältigem Studium Euer Excellenz Weisung Nr. 885 vom 10. d. Mts. beehre ich mich, darauf hinzuweisen, dass die eventuelle Mitteilung der vier Stücke bei Herrn Pichon kaum einen besonderen Eindruck hervorrufen dürfte. In meinen zahlreichen Besprechungen mit dem Minister des Aeussern seit anfang Oktober habe ich stets hervorgehoben, dass Herr

Iswolsky von der bei uns bestehenden Absicht, die zwei Provinzen zu annektieren, unterrichtet war und zwar lange vor der Zusammenkunft mit Euer Excellenz in Buchlau. Ich bin der Überzeugung, dass Pichon nie daran geglaubt hat, dass Iswolsky getäuscht worden sei, dass er vielmehr die Maske des Betrogenen erst dann hervorgekehrt habe, als er in London mit dem Verlangen bezüglich der Dardanellen durchgefallen war. Bekanntgabe der vier Stücke wird von Herrn Iswolsky hier als Vertrauensbruch bezeichnet werden und deshalb den beabsichtigten Zweck nicht erzielen. Herr Pichon wird, selbst wenn er überzeugt wäre von Iswolskys unwahrer Haltung, doch nie die Hand bieten, um seinen Sturz zu fördern.

Khevenhüller.

a) Vgl. n. 1266.

Tel. nach St. Petersburg, 15. März 1909 Nr. 56 (chiff. 5 U. p. m.) Siehe n. 1215.

Nr. 1222. Tel. aus St. Petersburg, 15. März 1909 Nr. 49 (eing. 16. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Note vorstehend wiedergegebenen Textes ist mir heute vom Minister des Äussern übergeben worden. „Le soussigné ministre des affaires étrangères de l'Empire de Russie a l'honneur d'accuser à Son Excellence le Comte Berchtold, ambassadeur d'Autriche-Hongrie, réception de la copie de la dépêche que le Baron Aehrenthal lui a adressée à la date du 3 mars^{b)} ainsi que du texte de l'arrangement signé à Constantinople par l'ambassadeur Impérial et Royal et par la Sublime Porte en sujet de la Bosnie et Herzégovine. En rappelant à Son Excellence l'échange de vues qui a eu lieu en novembre et décembre dernier entre le cabinet de Pétersbourg et celui de Vienne et en se référant spécialement à son aide-mémoire du 9^{c)} novembre et à sa dépêche du 4 décembre,^{d)} le soussigné se fait un devoir de constater encore une fois que dans l'opinion du gouvernement Impérial un arrangement direct entre l'Autriche-Hongrie et la Turquie n'exclut pas la nécessité de soumettre la question de la Bosnie et l'Herzégovine à une conférence des Puissances signataires du traité de Berlin. Par conséquent le gouvernement Impérial serait prêt dès à présent à s'entendre avec l'Autriche-Hongrie ainsi qu'avec les autres Puissances signataires du traité de Berlin en vue de la réunion d'une conférence qui aurait à s'occuper tant de la question de la Bosnie et Herzégovine que des autres points du programme précédemment accepté par tous les cabinets.“

Berchtold.

a) Oe.-U. Bosnien 99 Nr. 137. Vgl. n. 1231, 1241, 1257, 1270. — b) Vgl. n. 1096. — c) Beilage zu n. 626. — d) Beilage zu n. 769, 780.

Nr. 1223. Tel. aus St. Petersburg, 15. März 1909 Nr. 50 (eing. 16. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Minister des Äussern kam heute auf meine zuzufolge der Telegramme Nr. 51 und 52 vom 8. d. M.^{b)} gemachten Eröffnungen zurück. Die von uns ausgesprochene „menace“ (ich korrigierte den Ausdruck in „avertissement“)

erschwere dem Minister, uns einen Schritt entgegen zu tun. Trotzdem habe er nun russischen Gesandten in Belgrad beauftragt, serbischer Regierung dringend zu empfehlen, sich mit Grafen Forgách über den Text der an uns zu richtenden Antwortnote zu einigen. Auch an die Signatarmächte sei die Aufforderung ergangen, Demarche des russischen Gesandten Unterstützung zu leisten. Auf Redaktion eines Textes hat sich hiesiges Kabinett, wie Minister sagt, nicht eingelassen, da es im Interesse der Erzielung eines Erfolges gelegen scheine, diese Sorge dem serbischen Minister und unserem Gesandten zu überlassen. Berchtold.

a) Vgl. n. 1220, 1226, 1243. — b) Mitteilung von n. 1141.

Nr. 1224. Tel. aus St. Petersburg, 15. März 1909 Nr. 51 (eing. 16. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Angesichts der hiesigem Auswärtigen Amt zugekommenen Informationen, dass im Momente Ausbruchs des Konfliktes mit Serbien 4 österreichisch-ungarische Armeekorps Galiziens gegen Russland mobilisiert werden würden, versicherte mich heute Herr Iswolsky, dass alle Gerüchte über russische Kriegsvorbereitungen aus der Luft gegriffen seien und die gemeldeten Truppen-Verschiebungen lediglich im Rahmen regulärer Dispositionen erfolgt wären. Russland werde, selbst im Falle es zu einer „promenade militaire“ unserer Truppen nach Belgrad kommen sollte, sich völlig ruhig verhalten. Diesen Äusserungen fügte Minister längere Betrachtungen bei über tiefgehende Rückwirkung eventueller kriegesischer Expedition auf russisches Verhältnis zu Österreich-Ungarn. Berchtold.

a) Vgl. n. 1256, 1272.

Nr. 1225. Tel. aus St. Petersburg, 15. März 1909 Nr. 52 (eing. 16. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Verhandlungen Rifaat Paschas mit russischem Kabinette sind heute zu vorläufigem Abschlusse gekommen.^{a)} Der Türkei werden 125 Millionen von Kriegsschuld gestrichen. Über Behandlung von Restschuld Nachtragsverhandlungen in Aussicht gestellt. Berchtold.

a) Vgl. n. 942, 980, 1242, 1541.

Nr. 1226. Tel. aus Belgrad, 16. März 1909 Nr. 121 (eing. 2 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Mit Dank bestätige ich den Erhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 41 von gestern, das mir als Richtschnur dienen wird. Um Missverständnissen vorzubeugen, bemerke ich, dass ich bei gestrigem Besuch, den mir der Ministerpräsident abstattete, Kritik der Note wiederholt als meine persönliche Ansicht bezeichnete, besonders hervorhebend, wie sie im Gegensatze stehe zur Sprache, welche die Minister mir persönlich gegenüber führen. Unser Gespräch verlief in der höflichsten und ruhigsten Form und selbstverständlich fiel von meiner Seite, da ich hierzu nicht instruiert war, keine Drohung oder Andeutung, dass wir die regelmässige diplomatische

Konversation ändern könnten. Doch liess ich dem Ministerpräsidenten, der die serbische Note als eine „entgegenkommende“ betrachten wollte und die Tragweite derselben nicht einsah, keinen Zweifel, dass ich die Note als sehr unbefriedigend betrachte und als nicht geeignet, die wünschenswerte Klärung zu erleichtern.

Forgách.

a) Vgl. n. 1223, 1228.

Nr. 1227. Tel. aus Belgrad, 16. März 1909 Nr. 122 (eing. 2 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Gestern hat Skupschtina für Heeresausrüstung als Nachtragskredit 5,300.000 mit Stimmeneinhelligkeit bewilligt, heute 500.000 Dinar dem Minister des Äussern für vertrauliche Zwecke.

Forgách.

a) Oe.-U. Bosnien 103 Nr. 144.

Nr. 1228. Tel. aus Belgrad, 16. März 1909 Nr. 123 (eing. 17. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Serbische Presse billigt einstimmig letzte Note und fordert Regierung auf, bei ihrer bisherigen Haltung zu verbleiben und jedwede weitere österreichisch-ungarische Forderung abzulehnen.

Forgách.

a) Oe.-U. Bosnien 101 Nr. 140. Vgl. n. 1226, 1229.

Nr. 1229. Tel. aus Belgrad, 16. März 1909 Nr. 125 (eing. 17. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Mein englischer Kollege, der plötzlich besten Willen zeigt, beruhigend hier einzuwirken, teilt mir zwei Telegramme Sir E. Greys mit: Das erste vom 13. d. M. an Botschafter in Wien, dass nach Ansicht des Staatssekretärs Serbien uns unverklausuliert seine friedlichen Absichten und seine Bereitwilligkeit, in kommerzielle Verhandlungen zu treten, erklären sollte. Das zweite vom 15. d. M. an Gesandten in Belgrad, ihn anweisend, russische Démarche zu unterstützen, damit serbische Regierung sich vertraulich mit mir bespreche, um eine uns möglichst genehme Antwort zu erteilen. Obwohl letztere Weisung durch serbische Note überholt war, begab sich mein englischer Kollege heute zu russischem Gesandten. Derselbe hätte keine bezügliche Instruktion erhalten, aber dafür gänzlich seinen Kopf verloren. Er sei äusserst aufgeregt und erschreckt und behaupte, Österreich-Ungarn habe krieglerische Pläne, um Serbien zu annektieren! Er hätte vollkommen „serbische“ Ansicht ausgedrückt, serbische Note als inhaltlich korrekt und befriedigend bezeichnet! Diese Stellungnahme des russischen Gesandten, welche sich auch in seiner Berichterstattung widerspiegeln dürfte, macht es mir verständlich, dass er es nicht durchsetzen konnte, dass serbische Zirkularnote sich der viel klareren russischen Note anpasste und dass der Ratschlag, die Reserven zu entlassen, welchen Herr Iswolsky hier gegeben haben soll, erfolglos blieb.

Forgách.

a) Vgl. n. 1228, 1235.

Tel. nach Berlin, 16. März 1909 Nr. 62 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1235.

Nr. 1230. Tel. nach Berlin, 16. März 1909 Nr. 63 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. und G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramm vom 14. l. Mts., No. 78, erhalten. Herr von Tschirschky hat mir heute eingehende Mitteilungen über die Unterredung des Fürsten Bülow mit dem Grafen Osten-Sacken gemacht und mir die an Graf Pourtalès ergangenen Instruktionen mitgeteilt. Ich bin sehr erfreut, daß Fürst Bülow meinen Gedanken richtig gefunden und denselben sofort in so glücklicher Weise bei dem russischen Kabinette verwertet hat. Wenn Herr Iswolsky auf die deutsche Anregung eingeht, würde sich Fürst Bülow auch an die anderen Signatarmächte des Berliner Vertrages mit der Frage wenden, ob dieselben bereit wären, durch Noten in Wien ihre Zustimmung zur Annexion zu erklären. Erhalten wir dann durch Fürst Bülow die Verständigung, daß die Mächte zu der Absendung solcher zustimmender Noten sich bereit finden, so würde ich wiederum keinen Anstand nehmen, diese zustimmenden Noten dadurch zu provozieren, daß ich mich unter Berufung auf die bereits erfolgte offizielle Notifikation der Verständigung mit der Türkei an die Mächte wende, behufs formeller Sanktion der Abänderung des Artikels XXV des Berliner Vertrages. Ich werde in diesem Sinne Seiner Majestät morgen Bericht erstatten und sehe mit lebhaftem Interesse den Nachrichten über die Aufnahme entgegen, die der Schritt des Fürsten Bülow in Petersburg gefunden hat.

Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 103 Nr. 143. Vgl. n. 1231, 1240, 1241, 1354.

Nr. 1231. Tel. nach Berlin, 16. März 1909 Nr. 64 (chiffr. 10 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko und Franckenstein; G. Aehrenthal).

Im Verfolge meines heutigen Telegramms Nr. 63. Mit der Instruktion an Graf Pourtalès hat sich offenbar die folgende Note Herrn Iswolskys an Graf Berchtold gekreuzt: ... wie n. 1222 von „*Le soussigné*“ bis „*tous les cabinets*“. ... Euer Exzellenz wollen diese Note dem Herrn Reichskanzler mitteilen und beifügen, daß ich sie morgen mit Herrn von Tschirschky besprechen werde.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1247, 1259.

Nr. 1232. Tel. aus Berlin, 16. März 1909 Nr. 82 (eing. 17. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Zu meinem Telegramm Nr. 79 von gestern. Reichskanzler ersuchte mich zu melden, dass er Euer Exzellenz Ansicht über die Vorteile, welche Anregung Herrn Tittonis biete, sowie über die Tendenzen, von denen sie geleitet ist, vollkommen teile. Da sich jetzt Gelegenheit biete, Italien wieder mehr an uns heranzuziehen, dürfte es nützlich sein, Herrn Tittonis Anerbieten möglichst freundlich aufzunehmen und auf diese Art die von der italienischen Regierung in letzter Zeit etwas schmerzlich vermisste regere Anteilnahme

Italiens an den jetzt schwebenden internationalen Verhandlungen über die Balkankrise zu ermöglichen. Fürst Bülow glaubt zwar, es sei wenig wahrscheinlich, dass es Herrn Tittoni gelingen dürfte, Russen, Engländer und Franzosen für ein Ausscheiden der serbischen Frage aus dem Programm einer Konferenz zu gewinnen. Durch Vertretung seines Standpunktes würde er aber jedenfalls wieder an die Zentralmächte heranrücken und die Genugtuung einer italienischen Initiative haben. Eine Konferenz auch mit dem beschränkten Programme Herrn Tittonis hält Fürst Bülow für nicht opportun, aber gerade diese Beschränkung des Programmes würde das Umgehen einer Konferenz erleichtern. Aus diesen Gründen würde Fürst Bülow folgende Antwort an Herrn Tittoni vorschweben: „Sein Projekt sei vortrefflich und er würde durch eine Aktion in diesem Sinne sich grosses Verdienst erwerben. Die guten Beziehungen Italiens zu den anderen Mächten würden gerade seine Initiative besonders hoffnungsvoll gestalten. Wenn die zwei grössten, der Sanktion der Mächte (das Wort Konferenz wäre wohl am besten zu vermeiden) zu unterbreitenden Fragen — Annexion Bosniens und der Herzegowina und Unabhängigkeit Bulgariens — durch vorherige Verständigung zwischen den nächstbeteiligten erledigt seien, dann wäre es vielleicht möglich, dies auch bezüglich der zwei anderen von Herrn Tittoni erwähnten Fragen — Donau—Adriabahn und Aufhebung des Artikels 29 des Berliner Vertrages — zu erreichen.“ Über die Bahn wären nach Meinung des Fürsten Bülow Verhandlungen und Verständigungen zwischen der Türkei und Serbien erforderlich. Betreffs des Artikels 29 seien Österreich-Ungarn und Montenegro^{b)} hauptsächlich beteiligt und Herr Tittoni würde sich grosse Verdienste erwerben, wenn er sein gewichtiges Wort bei Montenegro zu Gunsten der Verhandlungen einlegen wollte. Allerdings könne er nicht beurteilen, ob Euer Excellenz es für opportun hielten, Italien nahezulegen, bei Montenegro auf verständige Forderungen hinzuwirken.

Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1240, 1267. — ^{b)} Vgl. n. 1200.

*Nr. 1233. Bericht aus Berlin, 16. März 1909 Nr. 10 A (eing. 19. März).^{a)}
Ausfert.*

Streng vertraulich. Nach dem gestrigen Botschafterdiner, das bei den deutschen Majestäten im hiesigen königlichen Schlosse stattfand, zog Seine Majestät der Kaiser alle anwesenden Botschafter in längere Unterredungen. Mit meinem ergebensten Telegramme von heute Nr. 81^{b)} hatte ich bereits die Ehre, Eurer Exzellenz zu melden, dass Seine Majestät mich ersuchte, Seinen wärmsten Dank unserem Allergnädigsten Herrn zu übermitteln für die Verständigung über die von Allerhöchstdemselben beschlossenen Massnahmen. Kaiser Wilhelm versicherte mich, dass Er die Verstärkung unserer Besatzungen in Bosnien und der Herzegovina und die damit verbundenen anderen Verfügungen ganz den Umständen angemessen finde. Er gebe zwar durchaus nicht die Hoffnung auf, dass eine friedliche Beilegung des Streitfalles zwischen Österreich-Ungarn und Serbien doch noch zu erreichen sein werde, es sei aber ganz richtig, sich bei Zeiten

für den Ernstfall vorzubereiten. Mit grosser Wärme und unter voller Zustimmung des Reichskanzlers, der unserer Unterredung beiwohnte, erklärte Kaiser Wilhelm, dass Deutschland, ebenso wie es bisher unsere Bestrebungen zur Unterhaltung des Friedens voll unterstützt habe, auch im Falle eines Krieges ganz an unserer Seite stehen werde. Ganz abgesehen vom Bundesvertrage sei Deutschland durch seine eigenen Interessen darauf angewiesen, mit allen Kräften Österreich-Ungarn zu unterstützen, weil es sich auch um ein deutsches Interesse handle, das durch die „slavische Gefahr“ jetzt mehr denn je bedroht ist. In dieser Beziehung sei glücklicherweise beinahe die gesamte deutsche öffentliche Meinung mit Ihm und Seiner Regierung einverstanden, und nur ganz vereinzelt begegne man hierzulande dem Vorwurfe, wonach Deutschland sich zu stark in dem Konflikte zwischen uns und Serbien engagiere und zu stark für eine Sache eintrete, die eigentlich ein deutsches Interesse nicht berühre. Dieser wenn auch — wie gesagt — nur spärlich auftretenden Auffassung müsse bei Zeiten mit voller Energie entgegengetreten werden: „Ja, wir wollen in deutscher Treue unserer Bundespflicht umsomehr mit aller uns zu Gebote stehender Macht entsprechen, als es in dem vorliegenden Falle mit Beziehung auf Deutschland heissen muss: *Tua res agitur!*“ Aber nicht nur der deutschen, sondern auch der ausländischen öffentlichen Meinung müsse dieser Standpunkt mit Entschiedenheit klar gemacht werden, da man unbegreiflicherweise im Auslande und insbesondere in Frankreich zu glauben scheine, dass Deutschland im entscheidenden Augenblicke zögern würde, im Verein mit Österreich-Ungarn „seine Bataillone marschieren zu lassen“. Dies wolle Er ganz besonders Herrn Cambon klipp und klar erklären, da dieser sonst sehr vernünftige und richtig denkende Botschafter, wie Er höre, nach verschiedenen Seiten sich dahin geäussert habe, die energische Stellungnahme der deutschen Regierung für unseren Standpunkt sei nichts anderes als ein bluff und ein wolüberlegter Einschüchterungsversuch. Seine Majestät wandte sich hierauf an den russischen Botschafter und zog nachher den französischen, den italienischen und den türkischen Botschafter ins Gespräch. Während des darauf folgenden Konzertes in den Appartements Ihrer Majestät der Kaiserin hatte Kaiser Wilhelm die Gnade, sich an meine Seite zu setzen und mir Einiges über Höchstseine Unterredungen mit den vorgenannten Botschaftern kurz zu erzählen. Grafen Osten-Sacken und Herrn Cambon fand der Kaiser infolge der ernsten Sprache, die Er mit ihnen geführt, recht kleinlaut, insbesondere den Letzteren, welchem Er Vorwürfe darüber nicht erspart habe, dass die französische Regierung ihren notorischen Einfluss in St. Petersburg im Interesse der Ausgleichung der bestehenden Komplikationen nicht gehörig zur Geltung gebracht habe. Der Schlüssel der Situation sei aus verschiedenen Gründen jetzt in Frankreich — so habe Seine Majestät dem französischen Botschafter gesagt —; würden die Pariser Banken unter der Ägide der französischen Regierung nicht fortwährend den Russen und den turbulenten Balkanvölkern immer wieder mit Geld unter die Arme greifen, so wäre eine Ernüchterung schon lange eingetreten. Den türkischen Botschafter fand Kaiser Wilhelm für Seine Ratschläge sehr zugänglich. Er, Kaiser Wilhelm, habe Nizamy Pascha

sehr ans Herz gelegt, in Constantinopel dahin zu wirken, dass die Türkei sich eng an Österreich-Ungarn anschliesse, zu welchem Zwecke eine türkisch-österreichisch-ungarische Militär-Konvention, deren ehetunlichsten Abschluss Er dringend empfehle, am angezeigtesten wäre. Der türkische Botschafter hätte Ihm geantwortet, dies entspreche auch vollkommen seiner eigenen Überzeugung und er zweifle auch nicht daran, dass der Sultan und seine jetzigen Ratgeber einsehen, dass nur eine solche Politik den wahren Interessen der Türkei dienen könne.

Szögyény.

a) Vgl. n. 1199, 1344. — b) Kurzer Vorbericht zu vorstehendem Bericht.

Nr. 1234. Bericht aus Berlin, 16. März 1909 Nr. 10 B (eing. 19. März). Ausfert.

Vertraulich. An anderer Stelle berichte ich über meine Unterredung, die ich gestern mit Kaiser Wilhelm hatte. Bezeichnend ist es, dass in der heutigen „Post“ ein Artikel erschienen ist, den die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vollinhaltlich wiedergibt, und der genau dem Ideengange entspricht, den mir Seine Majestät entwickelte. In diesem Artikel, den, im Auftrage des Reichskanzlers, Herr von Kiderlen verfasst hatte, wird ausgeführt, wie sehr es zu beklagen sei, dass in einem Teile der hierländischen Presse gegen die deutsche Regierung der Vorwurf erhoben werde, Deutschland habe sich in dem gegenwärtigen internationalen Conflict viel zu weitgehend für Österreich-Ungarn eingesetzt und dabei vergessen, dass es sich hiebei keineswegs um ein deutsches Interesse handle. Mit grosser Energie wird dieser Behauptung entgegengetreten und versichert, dass im vorliegenden Falle ein eminent deutsches Interesse mit im Spiele sei, da jede, wenn auch nur diplomatische Schwächung der österreichisch-ungarischen Position Deutschlands Stellung in Mitleidenschaft ziehen, und Letzterem in der Folge gewichtige Nackenschläge eintragen würde. Sollte es also, so heisst es am Schlusse dieser Ausführungen, zu ernstern Conflicten kommen, so seien es nicht „österreichische, sondern unsere eigenen Interessen, die unseren Platz an der Seite Österreich-Ungarns bestimmen“. Bei dieser begonnenen journalistischen Campagne war es dem Fürsten Bülow darum zu thun, bei Zeiten einer Auffassung zu begegnen, welche das Eintreten Deutschlands für die österreichisch-ungarische Monarchie bekämpft und die — wie ich constatiren muss — gerade in den letzten Tagen in manchen deutschen Press-Organen immer mehr hervortritt. Ich will nicht untersuchen, auf welche Einflüsse diese Haltung der in Rede stehenden deutschen Zeitungsstimmen zurückzuführen ist, und ob — wie von vielen Seiten behauptet wird — englisches, französisches und auch russisches Geld hiebei eine Rolle spielt; Tatsache ist es aber, dass nicht nur das hier sehr verbreitete „Berliner Tageblatt“ und die „Hamburger Nachrichten“ sowie auch die „Frankfurter Zeitung“ und ab und zu sogar das Organ der Conservativen die „Kreuzzeitung“ unsere Politik in unfreundlicher Weise beurteilen. In dieser Beziehung geht das „Berliner Tageblatt“ voran, dessen Chef-Redacteur, Theodor Wolf, viele Jahre in Paris zugebracht hat, und auch jetzt noch einige^{a)} Beziehungen mit Frankreich und

der hiesigen französischen Botschaft aufrecht erhält. Mein französischer College giebt sogar zu, dass er Herrn Wolf wiederholt empfangen, versichert mich aber, dass er immer auf ihn beruhigend einzuwirken trachte. Nach Ansicht Herrn Cambons sei es aber ganz begreiflich, dass die deutsche Journalistik, oder wenigstens ein ansehnlicher Teil derselben, Angesichts der gefährlichen Lage, in welcher sich jetzt ganz Europa befinde, darauf dringe, dass durch gegenseitige Nachgiebigkeit die Situation geklärt und der Friede gesichert werde. Er, der französische Botschafter, bedaure aufrichtig, dass die französische Presse — welche sich bisher im Ganzen genommen Österreich-Ungarn gegenüber freundschaftlich verhielt — seit Kurzem ihre Haltung geändert habe; doch sei dies nur die Folge dessen, „que l'Allemagne est plus autrichienne que l'Autriche elle même“; man dürfe eben nicht vergessen, dass Frankreich der Bundesgenosse Russlands sei und es bleiben wolle. Gleichwie Deutschland für seinen Bundesgenossen Österreich-Ungarn eintreten zu müssen glaube, wünsche auch Frankreich seine Loyalität Russland gegenüber, dessen Interessen leider mit denen Österreich-Ungarns im Widerspruche stehen, zu bekunden. Nichtsdestoweniger ist Herr Cambon mit der Sprache der Pariser Presse, insbesondere des „Temps“ und des „Journal des Débats“ (auf dessen den Agramer Hochverratsprozess betreffenden, von böswilligen Invektiven gegen Österreich-Ungarn strotzenden Artikel ich ihn aufmerksam machte) keineswegs einverstanden und er versicherte mir, er habe in dieser Hinsicht wiederholt ernste Vorstellungen in Paris gemacht. Das caeterum censeo des französischen Botschafters lautet: Ehetunlichste Einberufung einer Konferenz! Leider mache — nach seinen Impressionen — in dieser Beziehung Deutschland viel mehr Schwierigkeiten als Österreich-Ungarn. Auch mein italienischer und englischer College erblicken nur in einer Konferenz mit beschränktem Programme das einzige wirksame Heilmittel zur Erhaltung des Friedens.

Szögyény.

a) So in der Ausfertigung, nachträglich mit Bleistift in „enge“ umgeändert.

Tel. nach Bukarest, 16. März 1909 Nr. 61 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.) Siehe n. 1235.

Tel. nach Cetinje, 16. März 1909 Nr. 31 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1235.

Tel. nach Konstantinopel, 16. März 1909 Nr. 98 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1235.

Nr. 1235. *Tel. nach London Nr. 42 (1), Paris Nr. 36 (2), Rom Nr. 42 (3), Berlin Nr. 62 (4), St. Petersburg Nr. 58 (5), Konstantinopel Nr. 98 (6), Bukarest Nr. 61 (7), Sofia Nr. 55 (8) und Cetinje Nr. 31 (9), 16. März 1909 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).*

1.—9. Mit meinem Telegramme von gestern No. 41 (beziehungsweise No. 35, 41, 60, 57, 97, 60, 54, 30)^{b)} habe ich Euer etc. von meiner Beurteilung der serbischen Note in Kenntnis gesetzt. Wie Graf Forgách meldet, haben

sein englischer, französischer, deutscher und italienischer Kollege den serbischen Schritt übereinstimmend bedauert und bemängeln die Textierung des fraglichen Schriftstückes. Die Note sei ihnen unerwartet und stünde im Gegensatze zur Sprache der serbischen Minister, auf deren Grundlage sie ihren Regierungen in ganz entgegengesetztem Sinne Meldungen erstattet hätten. Mr. Whitehead habe Meinung geäußert, daß die Mächte nunmehr eine sehr ernste Sprache in Belgrad führen müßten. Der italienische Vertreter in Belgrad habe Absicht ausgesprochen, in einem die serbische Note mißbilligenden und sie als sehr töricht darstellenden Sinne nach Rom zu telegraphieren. Vorstehendes zu Euer etc. Information

1, 2, 3, 4, 5 und 7: und zur geeigneten Verwertung. Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 101 Nr. 141. Vgl. n. 1229, 1237, 1255. — b) Mitteilung von n. 1209.

Nr. 1236. Tel. aus London, 16. März 1909 Nr. 38 (eing. 7 U. 20 M. p. m.).^{a)} Entziff.

In einer mir soeben zugekommenen Note^{a)} bestätigt Sir E. Grey schriftlich den Empfang des Protokolles zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei „betreffend den Status von Bosnien und der Herzegovina“, das ich ihm am 5. d. M. übergeben habe. Er betont darin, dass er uns schon seine Befriedigung darüber ausgedrückt hat, dass eine Einigung zwischen der k. u. k. und der türkischen Regierung erzielt worden ist. Die Note besagt weiter: Nachdem das Protokoll eine Änderung des Berliner Vertrages involviert, bedarf es einer Vorlage an die Signatarmächte, und die britische Regierung ist ganz bereit, in eine Diskussion einzugehen über die Versammlung einer Konferenz, welche sich zu beschäftigen hätte mit dieser Frage sowie mit anderen, über welche es jetzt scheint, dass hinreichende „präliminare“ Einigung erzielt ist oder auf dem Punkte ist, erzielt zu werden. Ich lege Text der Note durch die Post vor. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1238, 1239, 1278.

Nr. 1237. Tel. aus London, 16. März 1909 Nr. 39 (eing. 17. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe eben Sir E. Grey gesprochen, der die serbische Note unbefriedigend findet, und mir wiederholt sagte, sie werde von keiner Macht gebilligt. Staatssekretär hatte gehofft, serbische Regierung werde sich bezüglich Redaktion mit Graf Forgách, eventuell auch mit anderen diplomatischen Vertretern in Belgrad besprechen. Er hätte geglaubt, Serbien könne, ohne sich etwas zu vergeben, ungefähr folgendermassen antworten: „Serbien wolle seine Unabhängigkeit und Integrität bewahren, werde jede Veränderung des Berliner Vertrages anerkennen, die von den Mächten sanktioniert ist, wolle freundschaftliche Beziehungen mit der Monarchie unterhalten und verpflichte sich, weder direkte noch indirekte Störungen auf österreichisch-ungarischem Gebiete zu fördern und sei bereit, bezüglich eines Handelsvertrages in direkte Verhandlung mit der k. u. k. Regierung zu treten.“^{b)} Auf meine Frage, wie er sich die Absendung dieser unbefrie-

digenden Note erkläre, antwortete Sir E. Grey, es sei nur durch innerpolitische Gründe möglich. Er schien zu glauben, dass es immerhin vielleicht denkbar sei, dass man in Belgrad noch auf einen gemeinsamen Druck der Mächte rechne, welcher serbische Regierung zwingen würde, eine zweite konziliantere Note abzuschicken. (Sollte diese Eventualität eintreten, so dürfte sich wohl Greys Ratschlag in dem oben skizzierten Rahmen bewegen.) Staatssekretär sagte mir im Laufe des Gespräches, man trete wiederholt an ihn mit Nachrichten heran, denen zufolge in Österreich-Ungarn die Neigung zu einer kriegesischen Austragung unserer Differenzen mit Serbien im Steigen begriffen sei. Er antworte stets, dass die Äusserungen Euer Exzellenz und meine Mitteilungen ihm keinerlei Anlass geben, derartigen alarmierenden Meldungen Glauben zu schenken. Ich bestärkte ihn darin und wies wiederholt auf die entgegenkommende Absicht hin, die der letzten Note des Grafen Forgách zugrunde lag. Mensdorff.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 104 Nr. 145. Vgl. n. 1235, 1244, 1278, 1281, 1282, 1308, 1313, 1330. — ^{b)} Vgl. n. 1252.

Nr. 1238. Tel. aus London, 16. März 1909 Nr. 40 (eing. 17. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zum Telegramm Nr. 38 von heute. Ich habe Sir E. Grey gefragt, wie seine Note betreffs Konferenz zu verstehen sei. Er meinte, er habe gedacht, dass, wenn man über die Hauptpunkte der Konferenz zu einem accord préalable gelangt sei, es an der Zeit wäre, zu einem Schlusse zu kommen. Über die anderen Punkte meinte er auf mein Befragen, man könne sich vielleicht zwischen den Mächten verständigen, um dieselben späteren Verhandlungen vorzubehalten (das heisst wohl, sie fallen zu lassen). Seine Note war vor Eintreffen gestriger serbischer Antwort redigiert.^{b)} Nach Sir E. Greys Ansicht hätte Konferenz stattfinden können 1. über Annexion Bosniens und der Herzegovina, respektive unser Protokoll mit der Türkei; 2. bulgarische Unabhängigkeit, worüber türkisch-bulgarische Einigung unmittelbar bevorsteht; 3. avantages économiques für Serbien, wobei Grey vor Augen hatte, Serbien würde auf direkte Verhandlungen mit uns in Betreff Handelsvertrages eingehen, indes Fragen wie Stellung Serbiens in Donaukommission vor die Konferenz kämen; 4. Modifikation des Artikels 29 des Berliner Vertrages, die Euer Excellenz in Aussicht gestellt haben und worüber ein Einverständnis erzielt werden müsste. Italienischer Vorschlag betreffend Konferenz ist gestern vom Geschäftsträger hier mitgeteilt worden; scheint sich ziemlich auf selber Linie wie Sir E. Grey's Note zu bewegen. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1239, 1278. — ^{b)} Vgl. n. 1220.

Nr. 1239. Note des Foreign Office an den Botschafter in London, 16. März 1909 Nr. 8764 (eing. mit Bericht aus London vom 16. März^{a)} Nr. 25 A vom 19. März).^{b)} Ausfert.

I have the honour to acknowledge the receipt of the Austro-Turkish Protocol, regarding the status of Bosnia and Herzegovina, which Your

Excellency was good enough to communicate to me on the 5th instant. As Your Excellency will recollect, I have already expressed to you my satisfaction that an agreement on this question should have been reached between the Austro-Hungarian and Ottoman Governments. Since the Austro-Turkish Protocol involves an alteration of the Treaty of Berlin, it requires to be submitted to all the Signatory Powers, and His Majesty's Government are fully prepared to enter into discussions as to the meeting of a Conference to deal with this question and others also, as to which it would now appear that sufficient preliminary agreement has been or is on the point of being reached.

E. Grey.

^{a)} Dieser Bericht bringt nur einen Auszug der Note und wurde daher nicht aufgenommen. — ^{b)} Oe.-U. Bosnien 102 Nr. 142. Vgl. n. 1236, 1238.

Tel. nach Paris, 16. März 1909 Nr. 36 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1235.

Tel. nach Rom, 16. März 1909 Nr. 42 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1235.

Nr. 1240. Tel. nach Rom, 16. März 1909 Nr. 44 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. und G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 12. l. Mts., No. 57. Herzog von Avarna hat heute ganz in dem gleichen Sinne hier Eröffnungen gemacht. Ich habe dieselben sehr sympathisch aufgenommen und hinzugefügt, daß mir die Formulierungen Herrn Tittonis sehr glücklich erschienen. Bevor ich jedoch auf den Gedanken des Herrn italienischen Ministers näher einging, müßte ich den Erfolg einer Anregung abwarten, die Fürst Bülow kürzlich in Petersburg im Zusammenhang mit der von uns bei den Mächten erfolgten Notifikation der Verständigung mit der Türkei gemacht hat. Ich würde nicht ermangeln, Herrn Tittoni von der Aufnahme, die die Anregung des Herrn Reichskanzlers in Petersburg gefunden hat, zu verständigen, damit derselbe sodann in Kenntnis der Auffassung in Petersburg über seine eventuell weiteren Schritte schlüssig werden könne. Euer Exzellenz wollen sich maßgebenden Ortes im vorstehenden Sinne aussprechen.

Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 104 Nr. 146. Vgl. n. 1230, 1232, 1241, 1254, 1259, 1267.

Tel. nach St. Petersburg, 16. März 1909 Nr. 58 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1235.

Nr. 1241. Tel. nach St. Petersburg. 16. März 1909 Nr. 59 (chiffr. 12 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Herr von Tschirschky hat mir heute Kenntnis von einer Unterredung des Fürsten Bülow mit dem russischen Botschafter in Berlin Grafen Ostensacken gegeben. Diese Unterredung hat Fürst Bülow in einem Telegramme an Graf Pourtalès wie folgt resumiert:^{b)} Die Démarche, die Graf Pourtalès

auf Grund dieses Telegrammes in Petersburg gemacht hat, hat sich mit der Mitteilung Herrn Iswolskys an Euer Exzellenz gekreuzt, die Hochdieselben mir mit Telegramm vom 15. l. M. Nr. 49 einberichtet haben.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1230, 1240, 1247, 1256, 1257, 1270. — ^{b)} Hier ist der Inhalt des Tel. des Fürsten Bülow vom 14. März 1909 (G. P. XXVI/2 Nr. 9437) wiedergegeben.

Nr. 1242. Tel. aus St. Petersburg, 16. März 1909 Nr. 53 (eing. 17. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Nach Auffassung Herrn von Tscharykows erscheint türkisch-bulgarischer Streitfall durch heutigen Tages von Rifaat Pascha und von Herrn Iswolsky gezeichnetes Protokoll^{a)} erledigt.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1225, 1541.

Nr. 1243. Tel. aus St. Petersburg, 16. März 1909 Nr. 54 (eing. 17. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Erfahre aus unbedingt sicherer Quelle, dass über Herrn Iswolskys Vortrag am vergangenen Samstag Kriegsrat in Zarskojeselo stattgefunden hat, in welchem Seiner Majestät die Frage vorlag, ob der Politik hostile Richtung gegen Österreich-Ungarn gegeben werden könnte. Gesamte Generalität, auch Vertreter der Kriegsmarine hätten sich unzweideutig dahin geäußert, dass Russland gegenwärtig zur Kriegführung absolut nicht vorbereitet sei und Existenz der Monarchie durch darauf hinausgehende Politik in Frage gestellt werden könnte. Tags darauf habe sich dann Minister des Äussern mir gegenüber in dem in meinem Telegramm Nr. 50 vom 15./2. März wiedergegebenen Sinne geäußert. Nachdem Konferenz unter Vorsitz Seiner Majestät am zweitfolgenden Tage nach meiner Unterredung mit Herrn Iswolsky stattfand, in welcher von der Eventualität der Aktenpublikation die Rede war, dürfte die fragliche Massnahme auf die hieran geknüpften Konklusionen des Ministers zurückzuführen sein.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1269.

Tel. nach Sofia, 16. März 1909 Nr. 55 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1235.

Nr. 1244. Tel. aus Belgrad, 17. März 1909 Nr. 126 (eing. 18. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Le ministre de France a été chargé de conseiller au gouvernement serbe d'avoir attitude la plus conciliante vis à vis de l'Autriche-Hongrie et de tenir surtout la conversation ouverte. Mon collègue en m'informant de ce qui précède me dit que les cercles gouvernementaux serbes commencent à devenir très inquiets et à se rendre compte de l'effet de leur note déplorable.

Forgách.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 105 Nr. 147. Vgl. n. 1237, 1246, 1287.

*Nr. 1245. Bericht aus Belgrad, 17. März 1909 Nr. 27 A (eing. 19. März).^{a)}
Ausfert.*

Die seit einem halben Jahre von uns mit seltener Geduld ertragene politische Spannung hat durch die Note, welche der serbische Gesandte vorgestern Euer Exzellenz überreichte, eine zur baldigen Entscheidung drängende Wendung genommen. Seit Monaten wird Österreich-Ungarn in Serbien in der unglaublichsten Weise beschimpft und in den Kot gezerzt. Das Königreich hat in ganz Europa, sowohl bei den Regierungen als in der öffentlichen Meinung, eine zähe Kampagne der Verleumdung und der Denunziation gegen die Monarchie geführt. Weiters wurde uns unentwegt der Krieg angekündigt und diese Drohung durch unverhältnismässige Rüstungen bekräftigt, so dass wir zu finanziell lästigen Gegenmassregeln gezwungen sind. Es würde mich zu weit führen die Ereignisse der letzten 5 Monate zu rekapitulieren; allen mit den verschiedenen Phasen bekannten Kreisen ist es klar, dass der letzte serbische Schritt^{a)} der Tropfen ist, der den vollen Becher übergehen lässt. Erst nach einiger Zeit werden sich die Beweggründe genau feststellen lassen, welche Serbiens Staatsmänner bewogen haben, ein so vermessenes und törichtes Schriftstück nach Wien abgehen zu lassen, obwohl ihre Zirkularnote vom 10. d. Mts. und die Sprache der Minister ein Einlenken, ein Überwiegen verständiger Erwägungen zu versprechen schien. Nach den mir zukommenden Informationen hätten auch die zwei, die Aussenwelt kennenden und nicht unmittelbar in dem serbischen Parteihader stehenden Elemente, König Peter und der Minister des Äussern, der Note opponiert. Deren begeisterte Verfechter waren der überspannte Phantast, Unterrichtsminister Stojanović, Chef der jung-radikalen Partei, und der altradikale Finanzminister Protić, der lauteste Feind der Monarchie. Die erfahreneren Männer wie Pašić und Novaković dürften wohl zögernd mitgehalten haben; aber in dem aus allen Parteiführern zusammengesetzten Kabinete herrscht natürlich Eifersucht und kein Minister will sich von seinen Kollegen, sobald derselbe ungeberdig wird, an Patriotismus überbieten lassen. Das Land hat leider keinen Herrscher, sondern nur einen Schattenkönig und Staatsmänner wie Stojanović und Protić, welche anderswo es höchstens zu einer Gymnasialprofessur in einer Provinzstadt gebracht hätten. Diese Leute, vom blindesten Chauvinismus befangen, haben keine Idee von internationalen Gebräuchen und legten sich von der Tragweite ihrer Note keine Rechenschaft ab. Denn es ist für mich zweifellos, dass weder der König noch die Regierung noch das Land den Krieg wünschen, sondern denselben fürchten. Die zum Kriege hetzenden Elemente sind eigentlich nur wenige Journalisten, Professoren und Studenten. Trotzdem hat aber die „patriotische Phrase“ in Folge der jahrelangen Aufreizung der Gemüter gegen uns eine solche Allgewalt im Lande angenommen, dass serbische Regierungen freche Noten nach Wien senden und anscheinend sorglos, Katastrophen entgegensteuern.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1214.

Nr. 1246. Bericht aus Belgrad, 17. März 1909 Nr. 27 B (eing. 19. März).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Die Methode der Geduld und Ruhe hat mit der letzten serbischen Note ausgespielt. Es kommen nun Worte, welche eine Grossmacht nur aussprechen kann, wenn sie auch entschlossen ist, eventuell zum Schlage auszuholen. Es wirft sich also die Frage auf: Wird Serbien unserer entschlossenen, scharfen Pression nachgeben? Euer Exzellenz dürften, ohne eine sichere Prophezeiung über dieses unruhige, unberechenbare, jeder festen Leitung und Stütze bare Land zu fordern, es als meine Pflicht betrachten, dass ich in diesem Momente dieser bestimmten Frage gegenüber meine Ansicht Hochdenselben vorlege. Dieselbe lautet dahin, dass Serbien uns wahrscheinlich nicht nachgeben wird. Ich müsste viele meiner Berichte wiederholen, wenn ich jene Stimmungen — Verblendung, Hass, Chauvinismus, Verzweiflung, Gleichgültigkeit, und so weiter — begründen und beschreiben wollte, welche im Königreiche vorherrschen und das eigentlich durchaus nicht kriegslustige Land verleiten können, lieber den tollen, ungleichen Konflikt aufzunehmen, als sich vor uns zu erniedrigen. Ganz anders gestaltet sich aber die Lage, wenn die Mächte, speziell Russland, eingreifen und Serbien mit Eindringlichkeit das Einlenken anraten. Vor einem energischen Russland und vor Europa dürfte sich Serbien beugen, vor uns allein wahrscheinlich nicht. Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1244, 1274.

Tel. nach Berlin, 17. März 1909 Nr. 66 (chiffr. 7 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 1256.

Tel. nach Berlin, 17. März 1909 Nr. 67 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 1251.

Nr. 1247. Tel. aus Berlin, 17. März 1909 Nr. 86 (eing. 18. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 63 und 64 von gestern. Staatssekretär sagte mir heute, Graf Pourtalès telegraphierte, dass Herr von Tscharykow sich über die deutsche Anregung sehr sympathisch ausgesprochen habe. Herr Iswolsky habe sich bisher noch nicht geäussert. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1241, 1257.

Nr. 1248. Tel. aus Berlin, 17. März 1909 Nr. 87 (eing. 18. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Mit Bezug auf mein Telegramm Nr. 79 von gestern. Mein italienischer Kollege sagte mir, er hätte gestern mit dem Reichskanzler die Tittonische Anregung besprochen. Fürst Bülow habe sich über dieselbe mit der grössten Anerkennung ausgesprochen. Heute hat Herr Pansa dieselbe Angelegenheit dem Staatssekretär gegenüber zur Sprache gebracht, welcher sich ebenfalls sehr sympathisch über die beabsichtigte Demarche des italienischen Ministers des Äussern in Petersburg, Paris und London geäussert, aber hinzugefügt

habe, dass die deutsche sowie die k. u. k. Regierung die Tittonische Formel lieber im Wege eines Notenaustausches, als im Wege einer Konferenz realisiert sehen möchten. Herr Pansa ist über diese Auffassung ganz bestürzt, da nach seiner Ansicht, die, wie er behauptet, sich mit jener Tittonis vollkommen decke, dessen Anregung direkt darauf hinzielt, eine Konferenz — allerdings mit einem genau beschränkten Programm — zu ermöglichen. Würde die Konferenzidee a limine abgewiesen werden, würde Tittoni nach der Überzeugung meines italienischen Kollegen in keinem Falle eine Initiative ergreifen, da nach seiner Ansicht, welche in Paris, Petersburg und London vollkommen geteilt werde, nur durch eine Konferenz die aufgetauchten grossen Schwierigkeiten und Differenzen endgiltig geregelt werden könnten.

Szögyény.

a) Vgl. n. 1254.

Nr. 1249. Tel. nach Konstantinopel, 17. März 1909 Nr. 100 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; G. Aehrenthal).

Geheim. Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 131 vom 15. d. M. Ich billige vollkommen die seitens Euer Exzellenz dem Großvezier erteilte Antwort, daß sein in Rede stehender Wunsch nicht zu meiner Kenntnis gebracht werden könne. Eine Aufnahme der von Hilmi Pascha gewünschten Phrase in die den Sandschak betreffende Note ist vollkommen ausgeschlossen. Durch die Note und unser Entgegenkommen gegenüber den türkischen Abänderungswünschen in ihrem Texte haben wir einen vollkommen deutlichen Beweis unserer freundschaftlichen Absichten gegeben; über dieses Maß hinauszugehen, scheint mir untunlich. Sollte Hilmi Pascha auf diese Angelegenheit Euer Exzellenz gegenüber zurückkommen, so wollen Euer Exzellenz in Ihrer Antwort sich in obigem Sinne äußern.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1250.

Nr. 1250. Tel. nach Konstantinopel, 17. März 1909 Nr. 101 (chiffr. 10 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; V. und G. Aehrenthal).

Geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 129 vom 15. d. M. In Würdigung der von Euer Exzellenz zu Gunsten der türkischerseits in Vorschlag gebrachten textlichen Änderungen geltend gemachten Argumente erkläre ich mich mit dem in obigem Telegramme gemeldeten Wortlaute der Note der Pforte an Euer Exzellenz einverstanden. Was speziell das Wort „tout“ im vierten Alinea^{b)} anbelangt, so wollen Euer Exzellenz anlässlich der Mitteilung meiner Zustimmung zum oberwähnten Texte Hilmi Pascha gegenüber hervorheben, daß ich jenes Wort akzeptiert habe, um nicht den geringsten Zweifel darüber obwalten zu lassen, daß wir die Türkei unterstützen wollen, damit sie Herrin im Sandschak bleibe. Es steht jedoch fest, daß wir uns nur zu einer diplomatischen Aktion verpflichten, deren effektiven Wert, auf welchen ich auch mündlich Rifaat Pascha gegenüber hingewiesen habe, die Pforte nicht verkennen wird. Was die geheime Deklaration anlangt, so würde beiläufig nachstehender Text meinen

Absichten entsprechen: „En présence de l'agitation croissante en Serbie et qui se traduit par des mesures tendant à augmenter sensiblement les forces militaires du Royaume en vue d'événements belliqueux, le Gouvernement Ottoman s'engage à prendre de suite des mesures strictes et efficaces pour prohiber dorénavant le débarquement dans les ports de l'Empire et le transit à travers le territoire ottoman de tout envoi d'armes et de parties d'armes, de munition de guerre et de matériel pour sa fabrication ainsi que celui de matières explosives, destiné directement ou indirectement pour la Serbie. Le Gouvernement Ottoman s'engage en outre de maintenir cette mesure prohibitive autant que durera la susdite situation anormale.“ Wenn der Großvezier diesem Texte zustimmt, können Euer Exzellenz den Notenaustausch bezüglich des Sandschaks bei gleichzeitiger Entgegennahme bewußter Deklaration vornehmen. Ich ersuche um weitere telegraphische Bericht-
erstattung. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1249, 1251, 1264, 1293. — ^{b)} Vgl. Beilage zu n. 948.

Nr. 1251. Tel. nach Konstantinopel Nr. 102 (1), Berlin Nr. 67 (2) und St. Petersburg Nr. 61 (3), 17. März 1909 (chiffre 11 U. 20 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Aehrenthal).

1. Der türkische Botschafter, den ich heute empfangen habe, hat sich im Zusammenhang mit der durch die serbischen Rüstungen geschaffenen Lage beunruhigt über die Ereignisse gezeigt, die das kommende Frühjahr auf der Balkanhalbinsel zeitigen könnte. Reschid Pascha befürchtet, daß sich der in Serbien angesammelte Zündstoff, wenn nicht auf anderem Wege, so über kurz oder lang in Mazedonien entladen könnte. Ich habe den Erwägungen des türkischen Botschafters zugestimmt und ihm geraten, seine Auffassung nach Konstantinopel zu telegraphieren. Es könnte bei den Mächten nur einen sehr heilsamen Eindruck machen, wenn auch die Türkei die Kabinette auf die von Serbien dem Frieden drohenden Gefahren aufmerksam machte. Die Türkei könnte, so fuhr ich fort, bei diesem Anlasse darauf hinweisen, daß zur schleunigen Entwirrung der Situation die Mächte in an das Wiener Kabinett zu richtenden Noten ihre Zustimmung zur Annexion erklären sollten. Unsererseits würden wir keinen Anstand nehmen, um den Mächten zu der Absendung solcher zustimmender Noten ein weiteres Entgegenkommen zu zeigen, diese zustimmenden Noten dadurch zu provozieren, daß wir uns unter Berufung auf die bereits erfolgte offizielle Notifikation der Verständigung mit der Türkei an die Mächte wenden behufs formeller Sanktion der Aufhebung des Artikels XXV des Berliner Vertrages. Am Schlusse unserer Unterredung haben wir noch konstatiert, daß die Türkei alles Interesse besitze, das Zusammentreten einer Balkankonferenz zu vermeiden. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich im Sinne meiner Rücksprache mit Reschid Pascha auch zu Hilmi Pascha zu äußern.

2. u. 3. Ich telegraphiere wie folgt an Markgraf Pallavicini: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso). Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information 2. und zur Mitteilung an den Herrn Reichskanzler. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1250, 1276.

Nr. 1252. *Notiz des englischen Botschafters (überreicht am 17.a) März 1909).b) Abschrift.*

Texte proposé par Sir E. Grey.

La Serbie pourrait fournir des assurances, qu'elle ne ferait aucune démarche qui créerait des difficultés, ou directement ou indirectement, sur territoire autrichien: qu'elle observait toutes les obligations d'amitié et de bon voisinage, tout en conservant son indépendance et son intégrité; qu'elle serait contente de profiter de l'offre faite par l'Autriche d'entrer en négociations directes pour la conclusion d'un traité de commerce et, si l'on le trouvait désirable, elle pourrait ajouter qu'il n'était pas de son ressort d'introduire des changements dans le Traité de Berlin, mais qu'elle serait prête à accepter ce qui aurait été dûment reconnu par les Puissances Signataires de ce Traité.

a) Dieses Datum ergibt sich aus n. 1278. — b) Vgl. n. 1237, 1259, 1278, 1315, 1330.

Nr. 1253. *Tel. aus Paris, 17. März 1909 Nr. 16 (eing. 18. März 9 U. a. m.).a) Entziff.*

Bei heutiger Aussprache mit Herrn Pichon habe ich folgenden Vorschlag gemacht, welchen ich als meiner eigenen Initiative entspringend bezeichnet habe. Frankreich solle die Signatarmächte veranlassen, in Belgrad zu erklären, dass nach Mitteilung des Ententeprotokolles die materielle Seite der Annexionsfrage entschieden sei. Die formelle Erledigung der Annexion sei Sache der Mächte und gehe Serbien nichts an. Die Mächte würden gleichzeitig die Erwartung aussprechen, dass Serbien ihnen erkläre, die territorialen Prätionen aufzugeben und gleichzeitig die Rüstungen einzustellen. In einer zweiten Demarche würden Frankreich und die übrigen Mächte uns von dem in Belgrad gemachten Schritt und der dort erhaltenen Antwort Mitteilung machen. Die beiden Demarchen sind nicht als eine Kollektivaktion aufzufassen, sondern würden durch die Signatarmächte einzeln erfolgen. Herr Pichon hat meine Anregung akzeptiert und wird in diesem Sinne seine Bemühungen erfolgen lassen. Der Minister hat mir versichert, dass die materielle Anerkennung der Annexion überhaupt allseits akzeptiert und dass man bereit sei, uns für die Behandlung der formalen Seite jede denkbare Garantie zu geben. Der Minister war äusserst besorgt und bat mich dringend, Euer Exzellenz nahezulegen, gegen Serbien nicht zu rauh vorgehen zu wollen. Die Angst, die in hiesigen Regierungskreisen besteht, dass der casus föderis eintreten könnte, ist gesteigert durch die enorme Unordnung, welche der (Post- und Telegrafestreik)^{b)} herbeigeführt hat.

Khevenhüller.

a) Vgl. n. 1180, 1283. — b) Chiffre verstümmelt.

Nr. 1254. *Tel. aus Rom, 17. März 1909 Nr. 61 (eing. 10. U. p. m.).a) Entziff.*

Ich habe mich heute im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 44 von heute ausgesprochen. Herr Tittoni ist erfreut über sympathische Aufnahme seines Gedankens seitens Euer Exzellenz. Er hatte kurz vorher ein

Telegramm aus Berlin erhalten, wonach seine Anregung bei Fürst Bülow und Baron Schoen die denkbar beste Aufnahme gefunden hätte. Gleich anerkennend hätten sich auch Herr von Szögyény und Herr Cambon darüber ausgesprochen. Staatssekretär hatte nur noch Zweifel, ob Herr Iswolsky dafür zu gewinnen sein werde. Tittoni erblickt in baldigster Einberufung der Konferenz mit bekanntem streng limitierten Programm einziges Mittel, den Frieden zu erhalten und sieht mit Interesse der in Aussicht gestellten Mitteilung Euer Exzellenz entgegen. Die blosse Veröffentlichung der Einberufung der Konferenz und ihres Programmes werde in Belgrad sofort kalmierend wirken, doch sei keine Zeit zu verlieren. „Les Serbes ne seront pas contents mais tant pis“. Ich habe bereits dieser Tage Herrn Tittoni erklärt, dass ich seine Anregung für durchaus richtig und zweckentsprechend halte. Wenn ihm dabei gleichzeitig der Gedanke vorschwebt, dadurch seine eigene Position wiederzugewinnen, so ändert dies nichts an der Sache.

Lützow.

a) Vgl. n. 1248, 1267, 1268, 1298.

*Nr. 1255. Tel. aus Rom, 17. März 1909 Nr. 62 (eing. 6 U. 55 M. p. m.).
Entziff.*

Erhalten Euer Excellenz Telegramm Nr. 42 von gestern. Serbische Antwortsnote wird von Herrn Tittoni in Form und Inhalt missbilligt und wird italienischer Vertreter in Belgrad beauftragt, sich nachdrücklich in diesem Sinne auszusprechen. Russischer Geschäftsträger, der sich heute über hiesige Beurteilung der Note erkundigte, wurde im gleichen Sinne verbescheidet. Schärfer noch als der Minister drückte sich der Generalsekretär aus. Il trouve la note absurde et d'un ton entièrement inusité même entre Grandes Puissances et d'autant plus inconvenant de la Serbie à l'Autriche-Hongrie.

Lützow.

*Nr. 1256. Tel. nach St. Petersburg Nr. 60 (1) und Berlin Nr. 66 (2),
17. März 1909 (chiffr. 7 U. 15 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko;
V. u. G. Aehrenthal).*

1. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 51 vom 15. d. M. erhalten. Euer Exzellenz wollen Herrn Iswolsky unter Berufung auf einen erhaltenen Auftrag ausdrücklich versichern, daß alle Gerüchte von einer Mobilisierung unserer Armeekorps in Galizien vollkommen aus der Luft gegriffen seien und daß weder für den gegenwärtigen Moment noch für die Zukunft militärische Maßnahmen projektiert sind, welche gegen Rußland gerichtet wären. Euer Exzellenz wollen hinzufügen, daß wir unsererseits den Gerüchten über russische Vorbereitungen keinen Glauben beigemessen und die jüngsten Verschiebungen im Kiewer Militärbezirk als interne Maßnahmen der russischen Militärverwaltung aufgefaßt hätten. Von der so positiven Erklärung des Herrn Ministers, daß Rußland sich selbst in dem Falle, als es zu einer „promenade militaire“ unserer Truppen nach Belgrad kommen sollte, völlig ruhig verhalten würde, wollen Euer Exzellenz mit der

Bemerkung Akt nehmen, unsere ganze bisherige Haltung habe den klarsten Beweis erbracht, daß wir Serbien gegenüber bis zum letzten Augenblicke mit der größten Langmut vorgehen, um der dortigen Regierung Zeit zur Umkehr zu lassen; jeder aggressive und jeder Gedanke einer Prestigepolitik Serbien gegenüber liege uns ferne; was wir aber nicht länger hinausschieben können, sei, den frechen Provokationen und zielbewußten Rüstungen ein Ende zu bereiten. Euer Exzellenz letzte Schritte bei Herrn Iswolsky verfolgten, wie Sie betonen wollen, immer nur dasselbe Ziel, nämlich Rußland zu bewegen, daß es durch entsprechende Aufklärungen in Belgrad die dortigen Machthaber zu einem unzweideutigen Einlenken bestimme. Ausschließlich auf diesen Zweck sei auch die Demarche gerichtet, mit der Fürst Bülow den Grafen Pourtalès beauftragt habe. (Mein gestriges Telegramm Nr. 59.) Euer Exzellenz können Ihre Rücksprache mit Herrn Iswolsky unter dem Hinweis beschließen, daß der Herr Minister es auch heute noch in der Hand habe, durch eine zustimmende Aufnahme der deutschen Anregung eine sofortige Klärung der Situation zwischen den Kabinetten und in weiterer Folge einen den Frieden sichernden Umschwung in Belgrad herbeizuführen.

2. Graf Berchtold telegraphiert vom 15. l. M.: (Inseratur Telegramm aus St. Petersburg vom 15. d. M., Nr. 51, in extenso.) Ich antwortete hierauf wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 von „Euer Exzellenz wollen“ bis „herbeizuführen“.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Mitteilung an den Herrn Reichskanzler. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1261, 1272, 1285.

Tel. nach St. Petersburg, 17. März 1909 Nr. 61 (chiff. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 1251.

Nr. 1257. Tel. aus St. Petersburg, 17. März 1909 Nr. 56 (eing. 18. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten hohes Telegramm Nr. 59 vom 16. d. M. Graf Pourtalès hat fragliche Demarche vorgestern ausgeführt, einige Stunden nachdem Herr Iswolsky mir Antwortnote^{b)} auf unsere Notifikation des österreichisch-ungarisch-türkischen Protokolles übergeben. Wie mir mein deutscher Kollege sagt, ist Aufnahme seines Schrittes nicht ungünstig gewesen. Minister hätte allerdings bemerkt, auf ersten Blick befürchte er, dass durch deutsche Proposition Konferenz beseitigt würde und auf diese Weise auch Diskussion der anderen Programmpunkte in Wegfall käme. Er habe sich jedoch beruhigt, als deutscher Botschafter einwendete, dass Bedenken Herrn Iswolskys unbegründet seien und dass Anregung Deutschlands ein Entgegenkommen an russischen Standpunkt betreffs Befragung der Signatarmächte bedeute. Minister erklärte, Proposition in Erwägung ziehen und Seiner Majestät dem Kaiser unterbreiten zu wollen. In einer Unterredung, die Graf Pourtalès Tags darauf mit Herrn von Tscharykow hatte, konstatierte ersterer, dass Gehilfe des Ministers des Äussern deutsche Anregung optimistisch auffasse. Berchtold.

a) Vgl. n. 1247, 1304, 1346. — b) n. 1222.

Nr. 1258. Tel. aus Belgrad, 18. März 1909 Nr. 129 (eing. 9 U. p. m.).^{a)}
Entziff.

Gelegentlich heutigen diplomatischen Empfanges, von dem ich mich ferne hielt, hat, wie mein deutscher Kollege mir mitteilt, Minister des Äussern sich ihm und anscheinend auch anderen Vertretern gegenüber dahin geäußert, dass Serbien sich dem Spruch der Mächte beugen und die bosnische Frage als erledigt betrachten werde, wenn Mächte türkisches Protokoll als Regelung der Annexion anerkennen. Auf eine Frage bezüglich der Abrüstung erwiderte der Minister, Serbien würde einen dieselbe anraten- den einmütigen Wunsch der Mächte sofort erfüllen, da es darin die Gewähr der Mächte gegen einen Angriff seitens eines stärkeren Nachbarn erblicken würde. Mein deutscher Kollege hatte den Eindruck, dass Minister des Äussern nachgiebiger gestimmt ist und es gern sehen würde, wenn alle Mächte Serbien eine uns genehme Formel aufzwingen würden. Ich glaube, dass französischer Gesandter bestrebt ist, eine solche Formel zu konzipieren.

Forgách.

a) Vgl. n. 1260, 1287.

Nr. 1259. Tel. nach Berlin, 18. März 1909 Nr. 73 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Wie ich Euer Exzellenz in meinem Telegramm No. 64 vom 16. d. M. in Aussicht stellte, habe ich mit Herrn von Tschirschky die Antwort Herrn Iswolskys auf unsere Verständigung von der Unterzeichnung des Konstantinopler Protokolles und ebenso den Schritt des Fürsten Bülow in Petersburg wie die verschiedenen Anregungen Herrn Tittonis^{b)} und Sir Edward Greys^{c)} eingehend besprochen. Der Herr Botschafter wird Fürst Bülow über unsere Unterredung ausführlich berichten. Unser übereinstimmender Eindruck war der, einstweilen das Resultat der deutschen Demarche in Petersburg abzuwarten; bekanntlich lauten die ersten Nachrichten über deren Aufnahme durch das russische Kabinett nicht ungünstig. Für den immerhin noch möglichen Fall, daß Herr Iswolsky auf die deutsche Anregung doch nicht eingehen sollte, habe ich mit Herrn von Tschirschky den Gedanken ventiliert, ob Fürst Bülow dann nicht versuchen könnte, einer Verständigung mit Herrn Iswolsky auf einem anderen Wege näher zu kommen. Ich habe für diese Eventualität auf den in dem russischen Aide-Mémoire vom 17. Dezember v. J.^{d)} enthaltenen Gedanken zurückgegriffen, für die Lösung der einzelnen schwebenden Fragen gewisse für alle Mächte akzeptable „formules“ zu konstruieren. Als eine solche formule bezüglich Bosniens, die uns befriedigen würde, und die, von den Mächten angenommen und in Belgrad mitgeteilt, geeignet wäre, eine sofortige Klärung der Situation herbeizuführen, habe ich die folgende bezeichnet: L'Autriche-Hongrie a communiqué aux Cabinets le Protocole signé à Constantinople le 26 Février dr.^{e)} et dans lequel la Turquie reconnaît le nouvel état de choses créé en Bosnie-Herzégovine par la Proclamation de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique en date du 5 Octobre 1908. Les Puissances signataires du Traité de Berlin prennent, conformément au principe énoncé par la Conférence de Londres de 1871, acte de cette communication et déclarent aboli

l'Article XXV du Traité de Berlin. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Verwertung in Ihren Unterredungen mit dem Herrn Reichskanzler.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1262, 1267, 1289, 1298, 1313 zweite Beilage. — b) Vgl. n. 1240, 1267. — c) Vgl. n. 1252. — d) n. 769 Beilage. — e) n. 1064.

Nr. 1260. Tel. aus Berlin, 18. März 1909 Nr. 90 (eing. 19. März 9 U. a. m.). Entziff.

Der serbische Geschäftsträger hat heute dem Staatssekretär, wie dieser mir sagt, ein Promemoria übergeben, in welchem die serbische Regierung erklärt, dass sie in der Frage der Anerkennung der Annexion Bosniens und der Herzegowina sowie der Abrüstung keine direkte Erklärung an das k. u. k. Kabinett in Wien abzugeben in der Lage sei und dies nur den Mächten gegenüber tun könnte. Baron Schoen, der mir gegenüber dieses Promemoria als ganz unverschämt bezeichnet, hat dasselbe in Abschrift mit heutiger Post an Herrn von Tschirschky mit dem Auftrage gesendet, es zu Euer Excellenz Kenntniss zu bringen.

Szögyény.

a) Vgl. n. 1258.

Nr. 1261. Tel. aus Berlin, 18. März 1909 Nr. 91 (eing. 19. März 9 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Herr von Kiderlen erzählte mir, aus nicht offizieller, aber vollkommen glaubwürdiger Quelle sei hier Nachricht eingetroffen, dass in Petersburg ein geheimer Kriegsrat stattgefunden habe, in welchem über eine etwaige Mobilisierung eines Teiles der russischen Armee beraten worden sei. Nachdem sich der Kriegsrat entschieden dagegen ausgesprochen hätte, habe Herr Iswolsky sich entschliessen müssen, seine bekannten friedlichen Versicherungen (Euer Excellenz Telegramm vom 17. d. M., Nr. 66) abzugeben.

Szögyény.

Nr. 1262. Privatschreiben des deutschen Botschafters in Wien, 18. März 1909 (eing. 18. März).a) Eigh. Ausfert.

Über die Aufnahme, die der jüngste Vorschlag des Fürsten Bülow in Petersburg bei Herrn Tscharykow erfahren hat, bin ich beauftragt Eurer Excellenz die in der Anlage^{b)} befindlichen Mittheilungen zu machen. Eine offizielle russische Antwort ist in Berlin noch nicht eingegangen.

Tschirschky.

a) Vgl. n. 1259, 1269. — b) Beilage.

Beilage zu n. 1262.

Herr von Tscharykow sagte dem deutschen Botschafter in St. Petersburg, dass der von ihm übermittelte Vorschlag bei näherer Prüfung noch günstigeren Eindruck mache, als auf den ersten Blick. Der Vorschlag finde in St. Petersburg durchaus sympathische Aufnahme. Herr von Tscharykow sieht vollkommen die Notwendigkeit ein, dass die serbischen Ansprüche

von der Annexionsfrage getrennt werden. Er legt anscheinend zunächst weniger Wert auf Festhaltung an den Konferenzgedanken als Herr Iswolsky. Hauptsache für ihn ist, dass das Prinzip des europäischen Charakters der bosnischen Frage gewahrt werde, gleichviel auf welche Weise.

Nr. 1263. Bericht aus Bukarest, 18. März 1909 Nr. 14 C (eing. 21. März). Ausfert.

Offene Sympathien für Serbien habe ich hier bisher bei niemandem konstatieren können, dagegen sehr häufig ein für das benachbarte Königreich wenig schmeichelhaftes Mitleid. Ich spreche dabei vom hiesigen Publikum oder, wenn man es enger fassen will, von der hiesigen Gesellschaft. Was dagegen die maßgebenden Personen Rumäniens betrifft, so ist bei allen mit absoluter Übereinstimmung das Eine zu bemerken: der sehnliche Wunsch nach einer friedlichen Lösung unseres Konfliktes mit Serbien, weil man hier daraus sich ergebende weitergehende Komplikationen besonders mit Rücksicht auf die panslavistische Strömung in Rußland befürchtet und weil man in einer weiteren Schwächung Serbiens eine indirekte Stärkung Bulgariens erblickt. Ganz pessimistisch schien man übrigens auch in den allerletzten Tagen die Lage hier nicht aufzufassen. In meiner vorgestrigen Audienz bemerkte Seine Majestät der König, von unserem Konflikte mit Serbien sprechend: „Hoffen wir, daß es dem bisher bewährten Geschick des Leiters Ihrer Auswärtigen Angelegenheiten gelingt, sich auch aus dieser Schwierigkeit herauszuwinden und uns alle recht bald von diesem cauchemar zu befreien.“

Schönburg.

Nr. 1264. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 18. März 1909 Nr. 135 (eing. 9 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 101 geheim vom 17. d. M. und Auftrag ausgeführt. Notenaustausch findet übermorgen Samstag vormittag statt. Text der Deklaration türkischerseits im Wesen angenommen. Gabriel Effendi möchte nur einige stylistische Änderungen vornehmen, um dieselbe in Form einer Note zu kleiden. Ich habe zu diesem Zwecke mit demselben morgen eine Zusammenkunft. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 1277.

Nr. 1265. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 18. März 1909 Nr. 136 (eing. 10 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Serbischer Gesandter hat vorgestern der Pforte offiziell erklärt, dass Serbien keinerlei feindliche Absichten in Bezug auf den Sandjak hegt. Indem Gabriel Effendi mir diese Mitteilung machte, sagte er mir, er habe die Erklärung Herrn Nenadović' dankend entgegengenommen, ihn aber gebeten, dieselbe in schriftlicher Form zu wiederholen, was bis jetzt noch nicht geschehen ist. Der montenegrinische Vertreter hat eine analoge mündliche Erklärung namens seiner Regierung abgegeben. Der Minister des Äussern erzählte mir bei diesem Anlasse, er habe den serbischen Gesandten

auf seine Frage, wie er über die Zirkularnote^{b)} denke, geantwortet, dieselbe sei ganz schön redigiert, er wäre aber dem Herrn Gesandten dankbar, wenn er ihm eine Aufklärung darüber geben könnte, was eigentlich die serbische Regierung von Europa verlangt, nachdem Serbien erkläre, an Österreich-Ungarn keinerlei Forderungen zu stellen. Herr Nenadović blieb die Antwort schuldig. Pallavicini.

a) Vgl. n. 1301. — b) n. 1160.

Tel. nach London, 18. März 1909 Nr. 46 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 1266.

Nr. 1266. Tel. nach Paris Nr. 40 (1) und London Nr. 46 (2), 18. März 1909 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

1. Geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 15. l. M., Nr. 15.
2. Geheim. Bezugnehmend auf mein Telegramm Nr. 37 vom 12. l. M.

1. und 2. Da nach den mir vorliegenden Meldungen und verschiedenen Anzeichen die Ankündigung, daß ich durch Mitteilung der auf die russische Stellungnahme zur Annexion bezugnehmenden geheimen Pièces nach Belgrad, London und Paris den wahren Sachverhalt feststellen würde, einen starken Eindruck auf Herrn Iswolsky gemacht zu haben scheint, sehe ich von einer Verwertung der fraglichen Pièces bei den dortigen Regierungen ganz ab. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1269, 1324.

Nr. 1267. Tel. nach Rom, 18. März 1909 Nr. 49 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Reçu télégramme de Votre Excellence en date du 17 mars, No. 61. Votre Excellence connaît déjà par mon télégramme No. 44 en date du 16 courant l'accueil sympathique que j'ai fait aux ouvertures de Monsieur Tittoni, ouvertures qui me paraissent en effet renfermer une idée très pratique. Le ministre italien s'est exprimé d'une manière claire et précise; constatant que la Serbie avait déclaré de ne demander aucune sorte de compensation ni territoriale, ni politique, ni économique et que, d'autre part, nos rapports de commerce et de trafic avec le Royaume voisin ne sauraient être réglés que par la voie de négociations immédiates, Monsieur Tittoni estime que le chemin qui conduirait à la sanction des Puissances se trouve entièrement déblayé. Selon Monsieur Tittoni la tâche des Cabinets se bornerait à prendre acte 1° du Protocole de Constantinople, 2° de l'accord turco-bulgare et 3° d'enregistrer les modifications à apporter à l'article XXIX du traité de Berlin. Quant à ce troisième point il est bien entendu qu'il ne peut s'agir que de la modification de celles des dispositions de l'article XXIX qui limitent vis-à-vis de la Monarchie austro-hongroise les droits souverains du Monténégro; les autres dispositions de cet article qui regardent la Turquie, restent nécessairement hors de cause; c'est ainsi qu'il ne saurait être question ni du territoire d'Antivari ni de celui de Spizza,

territoires cédés par la Turquie l'un au Monténégro, l'autre à l'Autriche-Hongrie. Il est également entendu que la Monarchie se réserve de traiter directement avec la Principauté la question de la construction d'une voie ferrée à travers le territoire du Monténégro. Il va sans dire que nos bonnes dispositions de consentir en faveur du Monténégro à certaines modifications de l'article XXIX dépendent d'un changement complet dans l'attitude du Prince Nicolas vis-à-vis de la Monarchie; je suis du reste tout disposé de continuer, quant à l'article XXIX, un échange d'idées suivi avec Monsieur Tittoni. En Vous exprimant dans le sens de ce télégramme Vous voudrez bien relever que je partage entièrement les vues éminemment claires du Ministre italien: il y a une seule légère différence. Tandis que Monsieur Tittoni croit ne pouvoir atteindre le but désiré que par la voie d'une conférence, il me semblerait à moi encore possible, voir même désirable, d'y arriver par un échange de notes entre les Cabinets; peut-être Monsieur Tittoni trouverait-il opportun d'appuyer, si elle lui convient, cette idée aussi à St. Pétersbourg. Je termine en constatant que je suis parfaitement de l'avis de Monsieur Tittoni de ne pas occuper les Puissances de la question du chemin de fer du Danube à l'Adriatique, question qui me paraît proche d'une solution satisfaisante à la suite de la formation du syndicat auquel l'Italie s'est intéressée.

Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 105 Nr. 148. Vgl. n. 1232, 1259, 1268, 1295, 1298.

Nr. 1268. Tel. aus Rom, 18. März 1909 Nr. 65 (eing. 19. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 61 von gestern. Einer vertraulichen Andeutung Bollatis entnehme ich, dass Tittonis Anregung in London keine besonders gute Aufnahme gefunden hat. Man findet dort, dass dessen Limitierung des Konferenzprogrammes allzuweit gehe und serbische Wünsche, wie beispielsweise rücksichtlich Donaukommission, allzusehr ignoriere. Hiesige Regierung hat Kenntnis von Fürst Bülow's Schritt in Petersburg betreffend Verständigung ohne Konferenz. Bollati erwähnt ein vorderhand unverbürgtes Gerücht, wonach Serbien erklärt habe, abrüsten zu wollen, falls alle Mächte es verlangen.

Lützow.

a) Vgl. n. 1267.

Nr. 1269. Bericht aus St. Petersburg, 5. 18. März 1909 Nr. 11 A (eing. 21. März).^{a)} Ausfert.

Meinem ergebensten Telegramme Nr. 45 vom 11. März 26. Februar d. J., mit welchem ich die Aufnahme wiedergegeben, welche die Perspektive der Aktenhinausgabe beim Minister des Äussern gefunden, möchte ich nachfolgende ergänzende Darstellung meiner betreffenden Démarche hinzufügen. Bekanntlich hatte ich — über Herrn Iswolskys Wunsch — Tags zuvor den Inhalt einer mündlich gemachten Mitteilung in Notizform dem Herrn Minister zukommen lassen, worin eine von Graf Forgách telegraphisch gemeldete Anfrage Serbiens hinsichtlich der Auffassung der Mächte über den durch Abschluss des österreichisch-ungarisch-türkischen

Protokolles geschaffenen Zustand zum Ausgangspunkte genommen wurde für die Anregung einer bündigen Erklärung Russlands in Belgrad, dass nun die Annexionsfrage als materiell bereinigt anzusehen sei. Nebenbei bemerkt, scheint diese harmlos klingende Anfrage in die Kategorie der serbischen Versuche zu gehören, Unfrieden zwischen Wien und St. Petersburg zu streuen. Der Minister brachte meine betreffende Notiz zur Verlesung und suchte sie kurz abzutun. Serbien habe sich nicht an Russland mit der Frage gewendet, wie man sich zur Annexionsfrage angesichts der Unterfertigung des österreichisch-ungarisch-türkischen Protokolles stelle; andererseits sei serbische Zirkulärnote erst vor zwei Stunden hier eingetroffen, gleichzeitig in anderen Kapitalen. Es wäre vor Allem abzuwarten, welche Aufnahme dieselbe bei den Mächten namentlich auch beim Wiener Cabinet finden werde. Ich gab mich mit dieser oberflächlichen Abfertigung nicht zufrieden, versuchte dem Minister ein Bild vom psychologischen Zustande zu entwerfen, in welchem sich gegenwärtig das Serbenvolk befindet, verwies auf grossen Einfluss, der Russland dort zustehe und appellierte durch die gegebenen Umstände moralische Verpflichtung, in Belgrad aufgekommene falsche Konzeptionen zu zerstreuen. Wenn er wirklich die Erhaltung des Friedens wolle, möge er in Serbien falsche Illusionen zerstreuen und die Sachlage so darstellen, wie sie ist. Der Minister weigerte sich auf diese Gedankenfolge einzugehen, versicherte mit Emphase seine guten Intentionen, berief sich auf die serbischerseits gezeigte erfreuliche Disposition, den russischen Ratschlägen zu folgen, wollte dartun, dass wir täglich neue Forderungen aufstellen, um den Bruch unvermeidlich zu machen und konkludierte dahin, dass jetzt, wo noch kaum die serbische Zirkulärnote und schon gar nicht deren Aufnahme seitens der Signatarmächte bekannt ist, absolut kein Grund vorliege, zur Frage Stellung zu nehmen. Ich machte den Minister darauf aufmerksam, dass die Situation zu ernst sei, um Verstecken zu spielen und der Wahrheit das Auge zu verschliessen. Am Grunde aller Schwierigkeiten der internationalen Lage, die nun schon seit fünf Monaten eine unleidliche Spannung verursachen, liege die unklare Stellungnahme Russlands zur Annexionsfrage, die irrigen Begriffe, die diesfalls durch die hiesige Presse verbreitet werden, die willkürlichen Interpretationen, die den „Affirmations“ und „Réticences“ der Regierung zu Teil werden, die falschen Hoffnungen, die da und dort geweckt wurden und wach erhalten werden. Er habe es in der Hand und meines Erachtens sei es seine Pflicht die diesbezüglich in Serbien verbreiteten Ansichten, von welchen wir direkt und indirekt Kenntnis haben und die allein das übermütige Auftreten der Belgrader Regierung erklären, richtig zu stellen, klar und präcis zu sagen, dass Russland nie die Anerkennung verweigert habe und die Frage nun, wo der Ausgleich zwischen uns und der Türkei abgeschlossen sei, als materiell bereinigt angesehen werden müsse. In gewohnter Weise berühmte sich der Minister seiner nach Belgrad gerichteten Mahnungen, die ihn dort zum bestgehassten, von allen Organen mit Unflat beworfenen Mann gemacht, auf die Verzichtleistungen Serbiens, auf die Rechte der Signatarmächte. Was das österreichisch-ungarisch-türkische Protokoll anbelangt, habe er sich noch nicht einmal Wien gegenüber geäußert; wie käme er

dazu, dies Serbien gegenüber zu tun? Da ich kurz vorher von dem Inhalt der serbischen Zirkularnote Kenntnis erhalten, die zwei Stunden zuvor im Auswärtigen Amte abgegeben worden war, konnte ich dem Minister meine persönliche Ansicht über diese hybride Kundgebung zum Ausdruck bringen, indem ich mein Bedauern darüber aussprach, dass die Redaktion keineswegs den Angaben entspreche, die mir der Minister zwei Tage zuvor über seine nach Belgrad gerichteten Instruktionen getan hatte. Es komme mir vor, als hätte Russland eine Reihe von Punkten vorgezeichnet und Serbien, anstatt eine gerade Linie durchzuziehen, kunstvolle Halbkreise um jeden Punkt herumgezogen. Dies zeige, dass dort Auffassungen verbreitet sind, welche die Nation auf bedenklichen Wegen erhalten und möglicherweise zu Katastrophen führen. Auf eine Diskussion der serbischen Zirkularnote wollte sich Herr Iswolsky nicht einlassen. Der Text sei ihm kaum bekannt, auch wisse man nicht, wie er in Wien werde aufgenommen werden. Doch ganz im Allgemeinen könne er meine pessimistische Auffassung nicht bedingungslos teilen. Es fänden sich doch über alle in Betracht kommenden Punkte beruhigende Zusicherungen. Zu viel solle man nicht verlangen. Man treibe dadurch das unglückliche Volk zur Verzweiflung. Um die Diskussion zu einem Abschlusse zu bringen, richtete ich noch einen dringenden Appell an die Einsicht des Ministers: „Vous nous avez dit, Vous avez de bonnes intentions. Les conseils que Vous avez donnés à Belgrade semblaient le prouver. Nous ne demandons rien que de les expliquer, de les motiver, pour que les fausses conceptions qui existent à ce sujet soient dispersées et que la Serbie sache trouver le chemin, que jusqu'ici elle cherche en vain. Ce n'est pas nous qui poussons les Serbes au désespoir, c'est au contraire, que „les mains jointes““ nous Vous prions de ne pas le faire“. Nachdem Herr Iswolsky auch auf diese Apostrophe nicht anders reagierte, als mit der ausweichenden Phrase: „Attendons la réponse de la Serbie et l'accueil qui lui sera fait“ glaubte ich nicht länger zögern zu sollen, und bemerkte, dass zu besorgen sei, Euer Exzellenz werden, falls von Herrn Iswolsky den Serben nicht klarer Wein eingeschenkt werde, zur Selbsthilfe schreiten und durch Mitteilung der auf die im Sommer geführten Verhandlungen Bezug habenden Pièces nach Belgrad — eventuell auch nach Paris und London — die Situation aufzuhellen suchen. Auf die erstaunte Frage, was für Pièces ich darunter meinte, nannte ich die beiden im Sommer gewechselten Memoranden und die zwei nach der Buchlauer Entrevue^{b)} Euer Exzellenz zugekommenen Briefe. Starren Auges, mit unheimlicher Ruhe richtete der Minister die Frage an mich: „C'est le Comte Berchtold qui parle?“ Auf meine Frage, was er damit meine, wurde er deutlicher: „Alors c'est le chantage qui recommence! Eh bien! Si c'est Vous qui parlez en Comte Berchtold je suis prêt à considérer Votre démarche comme nulle et non avenue. Mais si c'est l'Ambassadeur d'Autriche qui parle, alors je devrais Vous prier, de m'écrire une note officielle, dans laquelle Vous mentionneriez nettement la demande que Vous voulez faire en y ajoutant la menace que Vous venez de prononcer.“ Der Minister fügte bei, dass er in einer so ersten Zeit nichts selbstständig machen könne und dass eine derartige Mitteilung Seiner Majestät dem Kaiser und dem Ministerrate unterbreitet werden müsste. Ohne auf seine

verfängliche Fragestellung einzugehen, beschränkte ich mich zu bemerken, dass ich nicht hoffen wolle, es werde zu der fraglichen Eventualität kommen, dass ich mich aber verpflichtet fühlte, ihn darauf aufmerksam zu machen „qu'il avait à compter avec cette possibilité vu les dispositions bien connues du Baron d'Aehrenthal“. Der Minister schien ganz bouleversiert. Er erging sich über verschiedene Betrachtungen, wie „qu'il préférerait être le menacé que le menaçant“, — dass er mich bedauere, eine solche Mission übernommen zu haben, dass wir über Serbien herfallen und es zermalmen können, dass aber ein solcher Vorgehen uns nichts nützen und eine Nation von 135 Millionen uns zu Feinden machen würde, etc. Nachdem mein weiteres Verbleiben im Kabinet des Ministers zwecklos erschien, brach ich die Konversation ab und verabschiedete mich. Graf Pourtalès, welcher zufällig nach mir Herrn Iswolsky aufsuchte, fand denselben noch ganz unter dem Eindrucke meiner Démarche. Vorausschickend „au fond je ne devrais Vous rien dire“ erzählte der Minister brühwarm den ganzen Hergang meinem deutschen Kollegen. Er nannte es eine unglaubliche Zumutung, zu verlangen, dass er nun in Serbien sein ganzes bisheriges Eintreten für den internationalen (europäischen) Charakter der Annexionsfrage desavouieren solle. Auch gab er zu verstehen, dass er seinerseits mit Publikationen antworten könnte, die in Deutschland verstimmen würden. Die unmittelbare Folge des vorstehend geschilderten Auftritts scheint einerseits die Einberufung eines Kriegsrates in Tsarskoe Selo^{c)} und anderseits ein nach Berlin gerichteter Hilfruf gewesen zu sein. Ersterer soll das Ergebnis gezeitigt haben, dass sich sämtliche anwesende Vertreter des Heeres und der Kriegsmarine dahin geäußert hätten, Russland könne derzeit an keinen Krieg denken. Letzterer hat zu der bekannten durch meinen deutschen Kollegen verdolmetschten Anregung des Fürsten Bülow^{d)} geführt, welche wohl nicht ganz nach dem Geschmacke des Herrn Ministers sein dürfte, deren Wirkung aber vorderhand noch abzuwarten ist. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1266, 1272, 1347. — ^{b)} Vgl. n. 1068, 1146. — ^{c)} Vgl. n. 1243. — ^{d)} Vgl. n. 1262, 1270.

Nr. 1270. Bericht aus St. Petersburg, 5./18. März 1909 Nr. 11 B (eing. 21. März).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Mit hohem Telegramm Nr. 59 vom 16. d. M. haben mich Euer Exzellenz in Kenntnis gesetzt von der zwischen Fürsten Bülow und Grafen Osten-Sacken stattgehabten Unterredung betreffs Anbahnung eines freundschaftlichen deutsch-russischen Gedankenaustausches über die Ermöglichung eines energischen Vorgehens Russlands in Belgrad. Im Laufe des fraglichen Gespräches ist seitens des Reichskanzlers der Gedanke einer Zustimmungserklärung der Mächte zur Annexion ventilirt worden, welche im Wege von Noten, die an das Wiener Cabinet zu richten wären, erfolgen könnte. Hiebei wird darauf verwiesen, „dass die von Herrn Iswolsky selbst gestellte Bedingung für die Sanktion der Annexion durch die Mächte, nämlich die türkisch-österreichisch-ungarische Verständigung“ erfüllt sei. Woher diese Informationen über die Auffassung Herrn Iswolskys stammen, entzieht sich meinem Urteile. Jedenfalls befindet sich dieselbe

mit den hier gemachten diesfälligen Wahrnehmungen im Widerspruche. Sowohl Grafen Pourtalès als mir gegenüber hat sich der russische Minister stets auf den Standpunkt gestellt, dass ein Ausgleich zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei wohl beitragen möchte, die Frage einer Lösung näher zu bringen, dass aber hiedurch weder ein Präjudiz für die endgültige Entscheidung geschaffen, noch auch die freie Diskussion unter den Mächten behindert werden könnte. Auf diesem Boden steht Herr Iswolsky auch in seiner Antwort auf die unterm 22. Februar/7. März l. J. demselben zugekommene Notifizierung des österreichisch-ungarisch-türkischen Protokolles.^{a)} Es wäre Vogel Strauss Politik, sich der Tatsache zu entziehen, dass hierin eine tiefgehende Divergenz der Auffassungen zwischen hier einer- und Wien andererseits bis zur Stunde besteht. Die Aufgabe, vor welcher sich Herr Iswolsky teils durch eigene Schuld, teils durch die Misgunst des Schicksals gestellt sieht, ist eine äusserst komplizierte und widerspruchsvolle. Er soll den Wechsel honorieren, den er Serbien durch Versprechen diplomatischer Unterstützung der serbischen Revindikationen ausgestellt hat. Er soll aber auch Alles aufbieten, um eine Conflagration zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu verhindern. Seinen in Buchlau gemachten Zusicherungen treu bleibend hätte er keine Schwierigkeit der Annexion entgegenzusetzen. Andererseits muss er auch allen Anschein meiden, als hätte er in Buchlau slavische Interessen zu einem Tauschobjekte gemacht. Er sieht sich gezwungen, seinem französischen Bundesgenossen und seinem englischen Freunde zu beweisen, dass er ihre Rechte als Signatarmächte nicht nur nicht preisgegeben hat, sondern auch zu verteidigen im Stande ist. Um der Sache des Friedens zu dienen, hatte er aber diese Rechte nur in dem beschränkten Masse einer blossen Formalität gelten lassen! Dem Labyrinth dieser widerstreitenden Exigention zu entrinnen, wäre nur im geheimnisvollen Halbdunkel möglich. Nach einer Serie diplomatischer Misserfolge erscheint aber ein greifbarer Erfolg dringend von Nöten und hiezu bildet helles Tageslicht die unausweichliche Voraussetzung! Nur wer diese Umstände in Rechnung zieht, die Art und Weise aus der Nähe kennt, wie der Herr Minister des Äussern in seiner nach allen Seiten hin defensiven Stellung „von der Hand in den Mund“ lebt, wird dessen Schwachzüge richtig einschätzen. Es ist zum Gemeinplatz geworden, diese Politik „sprunghaft“ zu nennen. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Herr Iswolsky rührt sich nicht vom Flecke, weil er wohl weiss, dass er machtlos ist es zu tun. Er beschränkt sich darauf, nach allen Seiten hin möglichst den Schein zu wahren, wie denn sein ganzes System, man möchte beinahe sagen, sein ganzes Wesen, Schein ist und nicht Realität. Auch am vergangenen Montage, als der Herr Minister mir in einem Atem das Beharren auf dem Standpunkte betonte, der Abschluss des österreichisch-ungarisch-türkischen Ausgleiches präjudiziere nicht den Rechten der Signatarmächte, wie auch den Entschluss Alles aufzubieten, um die serbische Regierung zu einer befriedigenden Antwort an Österreich-Ungarn zu bewegen, — war er vom Bestreben geleitet, den Schein zu retten: den Schein der Serbien versprochenen diplomatischen Assistenz nicht untreu zu werden, den Schein das Seinige zu tun, um eine Conflagration zu verhindern und vor Allem den Schein, keine neuerliche

diplomatische Schlappe erlitten zu haben. Dass er damit den Serben einen schlechten Dienst und der Konfliktsgefahr Vorschub geleistet hat, mag wohl seinem Scharfsinne nicht entgangen sein: der Schein aber war gerettet! Herr Iswolsky ist bei allen seinen Schwächen und Mängeln ein zu kluger, wenn auch vielleicht erst durch Erfahrung klug gewordener Staatsmann, um sich nicht bewusst zu sein, dass eine solche Politik auf die Dauer ohne Korrektive schwer aufrechtzuerhalten ist, daher er auch in allerletzter Zeit einen Appell an das Berliner Cabinet um freundschaftliche Vermittlung gerichtet hat.^{b)} Wie Euer Exzellenz bekannt, hat der russische Minister auf diesem Wege die bittere Pille vorgesetzt erhalten, er möge der Annexion — wenn auch gemeinschaftlich mit den anderen Mächten — die formelle Sanktion erteilen und dadurch sich freie Hand schaffen, Serbien ernstlich zur Ruhe zu bringen. Die Pille gleicht im Wesen auffällig derjenigen, welche ich ihm bereits zuvor in verschiedenen — abwechselnd stärkeren und schwächeren — Dosen vorgesetzt hatte. Dass es Herrn Iswolsky nicht leicht wird, dieselbe zu schlucken, zeigt der Umstand, dass der deutsche Botschafter bis zur Stunde ohne Antwort geblieben ist, obwohl die einschlägige Démarche bereits am vergangenen Montage erfolgt war und der Minister Tags darauf Rapport bei Seiner Majestät dem Kaiser erstattet hatte. Trotzdem will Graf Pourtalès die Hoffnung nicht aufgeben, eine befriedigende Antwort zu erhalten und stützt sich hiebei auf die anscheinend nicht ganz ungünstige Aufnahme, die sein Schritt bei Herrn Iswolsky gefunden hatte und die beifällige Art, mit welcher die deutsche Anregung seither vom Gehilfen des Ministers beurteilt worden ist. Sollte es zur Annahme der deutschen Proposition kommen, wird die Fata Morgana der Konferenz, welcher man nun hier neuerdings nachzujagen scheint, sich von selbst verflüchtigen. Bis dahin wird aber mit diesem Luftgebilde zu rechnen sein, welches der Phantasie des Herrn Ministers den Zauber eines internationalen Aeropags vorführt, bei dem ihm selbst keine geringere Rolle zufallen möchte, als jene des „ehrlichen Maklers“ nach klassischem Muster. Berchtold.

a) Vgl. n. 1222, 1346. — b) Vgl. n. 1269 Anm. d, 1285.

Nr. 1271. Tel. nach Belgrad Nr. 50 (1) und Cetinje Nr. 35 (2), 19. März 1909 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Müller).

1. u. 2. Geheim.

1. Euer Hochgeboren Telegramm No. 130 von heute erhalten.

2. Im Verfolge zu Erlass No. 20308^{a)} vom 3. d. M.

1. und 2. Wie Herr von Szögyény meldet,^{a)} hat die deutsche Regierung sich bereit erklärt, im Falle eines Krieges zwischen uns und

1. Serbien

2. Montenegro

1. und 2. beziehungsweise im Falle der früheren Abberufung Euer etc. unsere dortige diplomatische Vertretung sowie den Schutz unserer Staatsangehörigen, unserer Archive und der Missionsgebäude zu übernehmen. Ich ersuche Euer etc. mit Ihrem deutschen Kollegen das Nötige zu verabreden und beim Eintreten der angeführten Eventualität im Sinne des

1. Erlasses vom 3. März 1. J., No. 21032,^{a)}

2. citirten Erlasses

1. und 2. vorzugehen.

1. Sollte sich die deutsche Mission nicht im Besitze deutscher Flaggen befinden, die gegebenen Falles auf dem k. u. k. Gesandtschaftsgebäude und dem Kanzleiannex zu hissen wären, so würden solche über Euer Hochgeboren Verlangen von hier beigelegt werden. Aehrenthal.

a) Mit Erlaß nach Belgrad vom 3. März 1909 Nr. 21032 und mit Erlaß nach Cetinje vom 3. März 1909 Nr. 20308 wurden gewisse Vorkehrungen für den Fall des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen oder eines Krieges angeordnet. Mit Erlaß vom 16. März 1909 Nr. 977 wurde der Botschafter in Berlin angewiesen, an die deutsche Regierung die Anfrage zu stellen, ob sie gewillt sei, die diplomatische Vertretung und den Schutz der österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen in Serbien und Montenegro zu übernehmen. Mit Tel. vom 18. März 1909 Nr. 89 wird aus Berlin gemeldet, daß die deutsche Regierung diesem Wunsche gerne entsprechen wolle. Vgl. n. 1273, 1561.

Nr. 1272. Erlaß nach Belgrad, 19. März 1909 Nr. 1049.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Geheim. Wie Euer Hochgeboren dem hier abschriftlich mitfolgenden Telegramme des Grafen Berchtold^{a)} entnehmen werden, hat Herr Iswolsky den k. u. k. Botschafter versichert, daß alle Gerüchte über russische Kriegsvorbereitungen aus der Luft gegriffen seien und daß Rußland, selbst wenn es zu einer „promenade militaire“ unserer Truppen nach Belgrad kommen sollte, sich völlig ruhig verhalten würde. Ich habe den Grafen Berchtold, wie Euer Hochgeboren der hier gleichfalls angeschlossenen telegraphischen Weisung^{b)} des näheren entnehmen werden, beauftragt, von den Versicherungen des Herrn russischen Ministers des Äußern Akt zu nehmen und ihm ausdrücklich zu erklären, daß weder für jetzt noch für die Zukunft militärische Maßnahmen projektiert seien, welche gegen Rußland gerichtet wären. Gleichzeitig habe ich den Herrn Botschafter beauftragt, Herrn Iswolsky die Motive darzulegen, von welchen wir uns in unserer Haltung Serbien gegenüber leiten ließen. Wie ich zu Euer Hochgeboren Information hinzufüge, glaube ich, daß Herr Iswolsky sich zu den dem Grafen Berchtold gegebenen Versicherungen sowie auch zu den in Belgrad in letzter Zeit erteilten Ratschlägen auch deshalb bestimmt sah, weil meine Ankündigung,^{c)} daß ich durch Mitteilung gewisser auf die russische Stellungnahme zur Annexion und auf die Buchlauer Unterredung bezughabender geheimer Pièces an die Kabinette von Belgrad, London und Paris den wahren Sachverhalt feststellen würde, auf den Herrn Minister nicht ohne Wirkung geblieben ist.

a) Vgl. n. 1224, 1256, 1285. — b) n. 1256. — c) Vgl. n. 1185, 1269.

Nr. 1273. Tel. aus Belgrad, 19. März 1909 Nr. 130 (eing. 12 U. 30 M. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Deutscher Gesandter erhielt Befehl, für Fall meiner ABERUFUNG oder KRIEGSAUSBRUCH Wahrung Interessen unserer Staatsangehörigen, Gesandtschaftsgebäude u. s. w. zu übernehmen. Forgách.

a) Vgl. n. 1271, 1561.

Nr. 1274. Tel. aus Belgrad, 19. März 1909 Nr. 132 (eing. 20. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Mein italienischer Kollege teilt mir mit, dass er dem Minister des Aeussern heute vorgehalten habe, dass die serbische Regierung das Land in eine Katastrophe führe und von keiner Seite Unterstützung zu erwarten habe. Der sehr deprimierte Minister erwiderte, Serbien werde sich vor den Mächten beugen müssen und erwarte nur, dass dieselben ihre Wünsche aussprechen. Eine ähnliche Mitteilung macht mir der französische Gesandte, welcher überzeugt ist, dass serbische Regierung nur eine genügende Pression seitens der Mächte wünsche, um welche Formel immer oder Text, welchen ihr die Mächte anempfehlen, anzunehmen. Streng vertraulich. Dies würde mit der Prognose übereinstimmen, welche ich in meinem Berichte Nr. 27 B^{b)} vorgestern stellte. Unseren Interessen wäre aber meiner Ansicht nach kaum gedient, wenn nach der letzten serbischen Note der Rückzug nur aus „Achtung vor den befreundeten Mächten“ und nicht infolge unseres energischen Auftretens erfolgt. Unser Verhältnis zu Serbien war bereits vor der Annexion seit Jahren ein beinahe unhaltbares, einer Grossmacht kaum würdiges. Wenn wir nicht in kurzer Zeit die Ereignisse der letzten Monate, welche uns zu solchen militärischen Vorbereitungen zwangen, wiederum erleben wollen, so muss jetzt Serbien zum deutlichen Verzicht auf seine Aspirationen verhalten werden. Eine solche Demütigung wäre eine — wenn auch schwache — Gewähr für die im beiderseitigen Interesse notwendige Einsicht, dass eine serbische Politik der Todfeindschaft gegen die Monarchie und der Aspirationen gegen deren Integrität Schiffbruch leiden muss.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1287. — ^{b)} Vom 17. März.

Tel. nach Berlin, 19. März 1909 Nr. 77 (chiff. 9 U. p. m.). Siehe n. 1278.

Tel. nach Berlin, 19. März 1909 Nr. 78 (chiff. 9 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1279.

Nr. 1275. Privatschreiben aus Bukarest, 19. März 1909 (eing. 21. März).^{a)} Ausfert.

Geheim. Ich hatte mir nach sorgfältiger Durchsicht des geheimen Erlasses vom 11. März l. J. Nr. 910, bevor ich zur Audienz gieng, eine Abschrift desselben mit einigen ganz kleinen Abänderungen gemacht um dieselbe dem Könige vorzulesen, weil dieses gewisser Massen direkte zur Kenntniss bringen von Aktenstücken, wie ich bei früheren Anlässen bemerkte, auf Seine Majestät mehr Eindruck macht, als das blosses Wiederholen derselben aus dem Gedächtnisse und im Gespräche. Als ich nun gleich bei Beginn des Vorlesens zu der Stelle kam, wo es heisst, dass Seine Majestät beinahe eine mistrauische Stimmung zu hegen scheint, unterbrach mich der König lachend und sagte: „So arg habe ich die Sache nicht gemeint.“ Ich entschuldigte mich, „falls der Ausdruck mistrauisch“ Seiner Majestät „zu stark erscheinen“ sollte. Davon wollte aber der König auch wieder Nichts hören, indem Er bemerkte: „Nein, nein, lesen Sie mir die

Sache wörtlich vor. „Der Erlass hat auf den König, wie ich im weiteren Verlauf der Audienz constatiren konnte, den allerbesten Eindruck gemacht und Er ist wie ich überzeugt bin Euer Excellenz sehr dankbar für denselben. Zum ersten Male seit der Annexion hörte ich auch aus dem Munde des Königs Worte der Anerkennung über unsere Politik. „Sagen Sie dem Baron Ährenthal, dass ich ihn zu seinen bisherigen Erfolgen beglückwünschen lasse“. Die Eventualität eines Bulgarischen Vorgehens — von welcher der König heute endlich zuzugeben scheint, dass sie vorläufig nicht ganz actuell ist — berührend, präcisirte mir Seine Majestät Höchsthochstehenden Standpunkt nochmals dahin, dass Rumänien in diesem Falle entweder ein Observationscorps aufstellen oder sich mit Bulgarien freundschaftlich über eine nach dem Kriege zu erfolgende Gebietsabtretung an der Dobrudscha-Grenze verständigen müsse. Der König fügte hinzu: „Wir werden selbstredend Nichts thun ohne uns mit unseren Alliierten in's Einvernehmen zu setzen.“ Schönburg.

a) Vgl. n. 1548.

Tel. nach Cetinje, 19. März 1909 Nr. 35 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 1271.

Nr. 1276. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 19. März 1909 Nr. 137 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 17. d. M. Nr. 102. Da ich heute den Grossvezir nicht sehen konnte, entledigte ich mich des hohen Auftrages Gabriel Effendi gegenüber. Derselbe sagte mir, dass das betreffende Telegramm Reschid Paschas gestern während des Ministerrates hier eingetroffen und in demselben besprochen worden sei. Man einigte sich hiebei in der Ansicht, dass vorerst die Annahme des Ententeprotokolles^{a)} durch die Kammer abzuwarten sei und beschloss, dahin zu wirken, dass die betreffenden Verhandlungen morgen stattfinden. Was die von Euer Exzellenz angeregte Démarche der Pforte bei den Kabinetten anbelangt, ist Gabriel Effendi der Ansicht, dass dieselbe im Interesse der Erhaltung des Friedens gelegen wäre, er glaubt aber, dass der von Euer Exzellenz ins Auge gefasste Zweck ...^{b)} erreicht werden würde, wenn die Sache unsererseits so hingestellt werden könnte, dass auf diesem Wege die Konferenz an welcher, wie es scheine, alle Kabinette, namentlich jene von Paris, Rom und London nach wie vor festhalten, ermöglicht werde. Der Herr Minister ist im Gegensatze zu Rifaat Pascha der Ansicht, dass der Zusammentritt der Konferenz behufs Abänderung des Berliner Vertrages früher oder später notwendig werden wird. Gabriel Effendi versprach mir, noch heute den Grossvezir von meiner Démarche in Kenntniss zu setzen. Ich werde morgen vormittags eine Zusammenkunft mit letzterem haben. Pallavicini.

a) Vgl. n. 1064. — b) Chiffre verstümmelt.

Nr. 1277. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 19. März 1909 Nr. 138 (eing. 20. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes No. 135. Ich habe heute den Text der Deklaration betreffend das Durchfuhrverbot des

serbischen Kriegsmateriales mit Gabriel Effendi festgesetzt. In Betreff des Austausches der Noten sagte mir der Minister des Äussern, dass Hilmi Pascha vielleicht noch eine kleine Änderung der Note im Sinne einer präziseren Fassung der von uns zu übernehmenden Verpflichtung vorschlagen werde. Ich erklärte Gabriel Effendi, dass ich unter keinen Umständen einen derartigen Vorschlag Euer Excellenz unterbreiten könne, nachdem wir den von der Pforte proponierten Text angenommen hätten. Ich bat daher, den Grossvezir hievon für alle Fälle noch heute in Kenntnis zu setzen. Gabriel Effendi sagte mir zu, sich dafür einzusetzen, dass, wenn der Notenaustausch auch morgen nicht stattfinden sollte — weil es ja auch möglich wäre, dass der Grossvezir die Ankunft Rifaat Paschas am Montag abwarten möchte — mir die Deklaration wegen des Kriegsmateriales jedenfalls morgen eingehändigt werde. Es scheint mir, dass man noch vor Votierung des Entente-protokolles einen Druck auf uns ausüben möchte, um uns zu bewegen, eine Verpflichtung militärischer Natur einzugehen. Es kommen mir Nachrichten zu, laut welchen die Opposition gegen das Ententeprotokoll im Parlament täglich grösser wird. Man behauptet, dass die persönliche Opposition gegen den Grossvezir in den letzten Tagen bedeutend an Terrain gewonnen habe und dass die Gefahr nicht ausgeschlossen sei, dass man sich der Vorlage betreffend das Ententeprotokoll bedienen werde, um das Kabinett Hilmi Pascha und mit ihm die derzeitige parlamentarische Herrschaft des Komités zu stürzen. Ich habe gestern den Präsidenten und den Vizepräsidenten der Kammer bei einem Dîner begegnet; beide sagten mir, sie hofften, dass das Protokoll angenommen werden wird, allerdings sei aber mit einer starken Opposition gegen dasselbe zu rechnen. Beide machten Anspielungen auf eine gewisse Garantierung des Sandjaks von Novi-Bazar unsererseits. Auch Gabriel Effendi schien mir heute weniger optimistisch als bisher. Bei den hiesigen ganz unfertigen parlamentarischen und Parteiverhältnissen sind Überraschungen nicht ausgeschlossen, so viel ist sicher, dass die Opposition gegen das Protokoll heute eine viel grössere ist als sie anfangs war.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1291.

Nr. 1278. Tel. nach London Nr. 47 (1), Berlin Nr. 77 (2) und St. Petersburg Nr. 66 (3), 19. März 1909 (chiffre 9 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Musulin und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

1. Euer Exzellenz Telegramme Nr. 38—40 erhalten.
2. u. 3. Ich telegraphiere an Graf Mensdorff wie folgt:

1.—3. Sir F. L. Cartwright ist vor zwei Tagen im Auftrage seiner Regierung hier erschienen und hat mir auftragsgemäß erklärt, daß die englische Regierung die serbische Antwort auf unsere Demarche mißbillige. Sowohl Rußland wie England hätten gewünscht, daß ein Passus, betreffend die Abrüstung, in die serbische Note aufgenommen werde. Im übrigen sei der englische Geschäftsträger in Belgrad eingeladen worden, die dem russischen Vertreter in Belgrad in letzter Zeit aufgetragenen Schritte,

um Serbien zu einem dezidierten Einlenken zu bestimmen, auch seinerseits zu unterstützen. Der Herr englische Botschafter hatte weiters den Auftrag, mir mitzuteilen, daß die englische Regierung bemüht sei, der serbischen Regierung eine uns konvenierende Erklärung zu soufflieren, und hat einen Wortlaut vorgelegt, der sich mit der im Telegramme Nr. 39 angeführten Mitteilung Sir E. Greys im großen und ganzen deckt.^{b)} Ich habe Sir F. L. Cartwright zunächst für die freundschaftliche Message seiner Regierung gedankt und, bezugnehmend auf die englische Antwort auf unsere Mitteilung von der Unterzeichnung des Entente-Protokolles in Konstantinopel, bemerkt, daß sich dieselbe vorteilhaft von der uns zugekommenen analogen russischen Antwort unterscheide, da in der englischen Textierung anerkannt sei, daß hinsichtlich Bosniens und der Herzegowina eine „präliminare“ Einigung bereits vorliege. Was hingegen seine Mitteilung über den englischerseits proponierten Inhalt einer eventuellen serbischen Deklaration anbelange, so könnte mir dieselbe schon deshalb nicht genügen, weil darin von der Notwendigkeit der serbischen Abrüstung nicht die Rede sei. Die Unterstützung der Schritte des russischen Gesandten in Belgrad durch den dortigen englischen Geschäftsträger betreffend, bemerkte ich, daß ich mir von dieser nicht viel Erfolg verspreche, da sich nach den mir zugekommenen Meldungen Herr Sergeew jetzt serbischer als die Serben selbst gebärde. Gestern, am 18. d., abends, ist Sir F. L. Cartwright neuerdings bei mir erschienen und hat mir eröffnet, daß seine Regierung sich zu ersten und nachdrücklichen Schritten in Belgrad entschlossen habe und bereit sei, zu versuchen, die Abgabe einer unsererseits zu textierenden serbischen Erklärung an uns bei der serbischen Regierung durchzusetzen; er bitte mich also, ihm den Entwurf einer solchen Erklärung, den er seiner Regierung telegraphieren würde, mitzuteilen. Von mir wünsche die englische Regierung nur die Zusicherung, daß wir, solange die englische Demarche im Zuge sei, eine Attaque Serbiens unterlassen würden. Diese neuerlichen Eröffnungen des englischen Botschafters habe ich dankend und mit dem Bemerken zur Kenntnis genommen, daß ich ihm die gewünschte Versicherung, wir würden Serbien, solange die englische Demarche im Zuge sei, nicht den Krieg machen, gerne erteile. Auch den Entwurf einer Erklärung, die die englische Regierung in Belgrad vertreten würde, würde ich ihm in kürzester Zeit zukommen lassen. Was unser Verhältnis zu Serbien im allgemeinen anbelange, so könnte ich ihm erklären, daß Österreich-Ungarn niemals die Absicht gehabt habe, die Integrität und Unabhängigkeit Serbiens zu bedrohen; solche Absichten bestünden auch jetzt und auch für die Zukunft nicht. Was wir von Serbien verlangen, ist, daß es aufrichtig zu einer Politik korrekter freundnachbarlicher Beziehungen zu der Nachbarmonarchie zurückkehre. Eines müsse ich aber betonen, nämlich, daß wir nicht in der Lage wären, die Pourparlers fortzusetzen, wenn man uns im Zusammenhang mit der serbischerseits abzugebenden Erklärung etwa, wie dies wahrscheinlich von Belgrad intendiert werden dürfte, zumuten sollte, gleichzeitig auch unsere notwendig gewordenen militärischen Vorkehrungen einzustellen. Selbstverständlich werden wir letztere, die mit großen materiellen Opfern verbunden sind, rückgängig machen, sobald uns eine

befriedigende Erklärung der serbischen Regierung vorliegen wird. Fortsetzung folgt.

2. und 3. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information

2. und Mitteilung an den Herrn Reichskanzler. Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 107 Nr. 150. Vgl. n. 1279. — b) Vgl. n. 1252.

Nr. 1279. Tel. nach London Nr. 48 (1), Berlin Nr. 78 (2) und St. Petersburg Nr. 67 (3), 19. März 1909 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

1.—3. Fortsetzung zu meinem Telegramm Nr. 47 (77, 66). Der Entwurf für eine Erklärung der serbischen Regierung, den ich heute dem englischen Botschafter übergab, lautet wie folgt: ... *wie n. 1280 erster und zweiter Absatz* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information.

1. und zur Regelung Ihrer Sprache

2. und Mittheilung an den Herrn Reichskanzler. Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 109 Nr. 151. Vgl. n. 1286, 1288, 1290, 1296, 1308, 1315, 1317, 1323, 1330, 1339, 1364, 1365, 1393, 1405.

Nr. 1280. Notiz für den englischen Botschafter in Wien (am 19. März 1909 übergeben).^{a)} Konz. (S. Esterházy).

La Serbie reconnait qu'elle n'a pas été atteinte dans ses droits par le fait-accompli créé en Bosnie-Herzégovine. Elle déclare, qu'ayant appris^{b)} l'arrangement survenu à Constantinople entre l'Autriche-Hongrie et l'Empire Ottoman, par lequel le nouvel état de choses se trouve matériellement réglé, elle abandonne l'attitude de protestation et d'opposition qu'elle a observée à l'égard de l'annexion depuis l'automne dernier, et elle s'engage en outre à changer le cours de sa politique actuelle envers l'Autriche-Hongrie pour vivre désormais avec cette dernière sur le pied d'un bon voisinage.

Conformément^{c)} à ses déclarations pacifiques, la Serbie ramenera son armée à l'état du printemps de 1908, en ce qui concerne son organisation, sa dislocation et son effectif. Elle désarmera et licenciera ses volontaires et ses bandes, et elle empêchera la formation de nouvelles unités irrégulières aux frontières de l'Autriche-Hongrie et de la Turquie.

L'Autriche-Hongrie,^{d)} loin de prétendre imposer des entraves au développement normal de l'armée serbe, se borne à demander la révocation des mesures exceptionnelles qui contiennent une menace à son adresse.

a) Vgl. n. 1278, 1279, 1284, 1286, 1290, 1302, 1313 erste Beilage, 1315, 1323, 1324, 1345, 1364, 1365. — b) Vgl. n. 1316. — c) Vgl. n. 1364. — d) Vgl. n. 1365.

Nr. 1281. Tel. aus London, 19. März 1909 Nr. 43 (eing. 20. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Sir E. Grey sagte mir soeben, er habe aus Telegramm Cartwrights mit Freude entnommen, dass Euer Excellenz seine Anregung bezüglich Aktion der Mächte in Belgrad, wie in meinem Telegramm Nr. 39 vom 16. d. Mts. angedeutet, günstig aufnehmen. Nachdem Euer Excellenz

noch auf Notwendigkeit der Reduzirung serbischer Armee auf Friedensstand hingewiesen, würde er auch dies in die Ratschläge an Serbien aufnehmen, vorausgesetzt, dass Mächte in Belgrad Zusicherung geben könnten, dass Österreich-Ungarn keinen Angriff auf Serbien unternehmen werde. Falls die anderen Mächte zustimmen, wie er erwarte, so schiene es Sir E. Grey am zweckmässigsten, wenn die Mächte einzeln bei Euer Excellenz anfragen würden, ob Hochdieselben einverstanden sind, dass sie im vorstehenden Sinne eine Aktion in Belgrad unternehmen. Im bejahenden Falle wäre dann der nächste Schritt die kollektiv oder doch gleichzeitig in Belgrad zu gebenden Ratschläge. Sowohl Sir E. Grey, als Herr Cambon erwarten Zustimmung Herrn Iswolskys zu dieser Aktion, hätten sie aber heute nachmittags noch nicht bestimmt erhalten. Mensdorff.

a) Oe.-U. Bosnien 106 Nr. 149. Vgl. n. 1282.

Nr. 1282. Bericht aus London, 19. März 1909 Nr. 26 C (eing. 22. März). Ausfert.

Vertraulich. Mit heutigen Telegramm Nr. 43, habe ich Euer Excellenz über die Unterredung gemeldet, die ich heute nachmittag um fünf Uhr mit Sir Edward Grey hatte. Der Herr Staatssecretär war sehr erfreut darüber, dass Euer Excellenz — wie aus einem Telegramm Sir F. Cartwrights hervorging — seine Anregung, betreffs einer neuen Action der Mächte in Belgrad, günstig aufgenommen hätten. Er sagte mir, dass er nach unserem letzten Gespräch (mein Telegramm Nr. 39, vom 16. lf. Mts.) an Cartwright telegraphirte und ihm etwas ausführlicher dasjenige wiederholte, was er mir als seine Idee bezeichnet hatte. Nachdem Euer Excellenz dem britischen Botschafter gegenüber auf die Nothwendigkeit einer serbischen Abrüstung (was Sir Edward als Reduction auf den Friedensstand versteht) hingewiesen haben, so will er auch das noch in die von ihm vorgeschlagenen Ratschläge aufnehmen, vorausgesetzt, dass die Mächte gleichzeitig Serbien versichern können, dass Österreich-Ungarn keinen Angriff auf das Königreich unternehmen werde. Wenn man nun über den Inhalt der in Belgrad zu unternehmenden Action übereinstimmt, so schiene es dem Herrn Staatssecretär wichtig, dass in der Form kein Fehler begangen werde. Er hält es daher für das Zweckmässigste, wenn die Mächte einzeln bei Euer Excellenz sich dessen vergewissern, dass eine Action in dem von ihm angedeuteten Sinne, Hochdieselben befriedigen würde. Ist dies festgestellt, so wäre nur in Belgrad der Schritt collectiv oder gleichzeitig zu machen. Sir Edward war ziemlich hoffnungsfreudig, dass durch diesen Schritt eine Klärung der Situation, in so weit sie Serbien betrifft, herbeigeführt werden würde. Auf meine Frage, ob er die Zustimmung Russlands zu der von ihm vorgeschlagenen Action habe, antwortete er, dass er sie erwarte und, dass er nach Meldungen Nicolsons Grund habe anzunehmen, dass sie ertheilt werden würde. Wir sprachen weiter von dem italienischen Vorschlage, betreffs einer Conferenz und von der Anregung des Fürsten Bülow in Petersburg die Conferenz durch einen einfachen Noten-Austausch zu ersetzen. Er wollte sich nicht recht aussprechen und ich habe den Eindruck, dass

er persönlich noch immer einen Noten-Austausch eben so gern haben würde, wie eine Konferenz, dass er aber nichts thun oder sagen will, was ihn in dieser Frage in einen Gegensatz zu Herrn Iswolsky bringen könnte. Die Hauptsache sei jetzt, wie er meinte, über die Schwierigkeiten mit Serbien hinweg zu kommen. Dann wären die 4 Punkte der Konferenz, über die ein „accord préalable“ hergestellt sein könnte: 1.) das Protokoll zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei, 2.) das türkisch-bulgarische Abkommen, 3.) Serbien und 4.) Artikel 29 des Berliner Vertrages. Über diesen letzten Punkt — fügte er bei — habe man allerdings noch gar nicht verhandelt und habe er überhaupt von Montenegro und dessen Wünschen seit langer Zeit gar nichts gehört. Vor meinem Besuche bei Sir Edward Grey hatte ich heute meinen französischen Kollegen gesehen, der auch voll Hoffnung war, dass der Vorschlag des Herrn Staatssekretärs Erfolg haben würde. Auch die Nachrichten aus Wien über die Sprache, die Euer Excellenz den Botschaftern gegenüber geführt hatten, schienen Herrn Cambon günstig. Er stellt es aber als sehr wünschenswerth hin, dass Euer Excellenz sich mit der Antwort auf die letzte serbische Note nicht zu sehr beeilen, um eben den Mächten Zeit zu geben, in Belgrad im Sinne der Ruhe und der Vernunft einzuwirken. Ehe ich das Foreign Office heute Nachmittag verliess, habe ich auch noch den Privatsekretär Sir Edward Greys Mr. Tyrrell, gesprochen, der den Eindruck hat, dass die Serben eine Pressure der Mächte wünschen „they seem to invite a pressure“. Auch er erwartet russische Zustimmung zu englischem Vorschlag und er sagte mir, der serbische Gesandte in Petersburg habe sich bei Herrn Iswolsky darüber entschuldigt, dass seine Regierung den Text der Note nicht benützt hätte, welchen ihnen der russische Minister des Äussern zugeschickt hatte. Im Laufe unseres Gespräches sagte mir Mr. Tyrrell, er habe manchmal den Eindruck, als ob Herr Iswolsky ganz die Nerven verlieren würde. Wie ich Euer Excellenz bereits wiederholt zu berichten in der Lage war, wird hier in streng vertraulichem Verkehre häufig eine nichts weniger als schmeichelhafte Beurteilung des russischen Ministers des Äussern ausgedrückt. Aus Bemerkungen Lord Knollys, Hardinges und Tyrrells in Privatgesprächen mit mir klingt häufig durch, wie wenig Vertrauen Herr Iswolsky persönlich auch hier einflösst. Trotzdem wird er durch dick und dünn gehalten und unterstützt werden. Die Rücksicht auf Russland ist momentan eine der wichtigsten Triebfedern der englischen Politik und dürfte es auch durch absehbare Zeit bleiben, falls nicht ein scharfer Gegensatz zwischen Russland und der Türkei die englische Regierung in die peinliche Situation bringt, zwischen der mohamedanischen und der slavischen Welt wählen zu müssen. In dieser Hinneigung zu Petersburg spielen die Rücksichten auf ernste asiatische Fragen — Persien, Indien — eine grosse Rolle. Nebstdem aber ist die in geradezu kindischer Weise zunehmende Angst vor dem übermächtigen Deutschland auch ein Grund, um eine Anlehnung an das Czarenreich zu suchen, das in Verbindung mit Frankreich im Stande sein könnte einen Druck auf die deutschen Legionen auszuüben, welche dem harmlosen Engländer von seinen Zeitungen als demnächst in den britischen Häfen der Nordsee landend dargestellt werden.

Mensdorff.

Nr. 1283. Tel. nach Paris, 19. März 1909 Nr. 41 (chiffr. 5 U. p. m.). Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 17. d. M., Nr. 16. Ich bin damit ganz einverstanden, daß Hochdieselben meinen seinerzeit (Telegramm an Euer Exzellenz Nr. 33 vom 11. d. M.) dem russischen Kabinette gemachten Vorschlag bei Herrn Pichon als Ihrer eigenen Initiative entsprungen zur Sprache gebracht haben. Wäre Herr Iswolsky seinerzeit auf meine Anregung — die ja so ziemlich auch der Cambonschen Formel entspricht — eingegangen, so wäre die Situation in Belgrad heute wahrscheinlich schon geklärt. Ich will hoffen, daß Herr Pichon mit seinen Bemühungen, die wir nur dankbar begrüßen können, bei den Mächten Erfolg hat. Aehrenthal.

Nr. 1284. Tel. nach Paris Nr. 42 und Rom Nr. 50, 19. März 1909 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Zu Euer Exzellenz Information: Der hiesige englische Botschafter ist gestern Abends bei mir erschienen und hat mir auftragsgemäß mitgeteilt, daß die englische Regierung sich entschlossen habe, zur Erhaltung des Friedens einen nachdrücklichen und ernsten Schritt in Belgrad zu unternehmen. Gleichzeitig hat mich Sir F. L. Cartwright ersucht, ihm mitzuteilen, welches der Inhalt der Erklärung sein sollte, die die serbische Regierung abgeben müßte, um uns zufrieden zu stellen. Ich habe dem englischen Botschafter den Entwurf einer solchen Erklärung, in welcher das Hauptgewicht auf die Zurückziehung aller aus Anlaß der Annexion erhobenen serbischen Forderungen und die Einstellung der Rüstungen gelegt wird, heute übergeben. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1280, 1296, 1329, 1345.

Tel. nach Rom, 19. März 1909 Nr. 50 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 1284.

Tel. nach St. Petersburg, 19. März 1909 Nr. 66 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 1278.

Tel. nach St. Petersburg, 19. März 1909 Nr. 67 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1279.

Nr. 1285. Tel. aus St. Petersburg, 19. März 1909 Nr. 57 (eing. 20. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Bezugnehmend auf hohes Telegramm Nr. 60 vom 17. d. Mts. Herr Iswolsky, welcher betonte, seine kürzlichen Äusserungen über Mobilisierung unserer galizischen Armeekorps seien lediglich im Rahmen einer „conversation amicale“ erfolgt, nahm meine diesfälligen beruhigenden Mitteilungen mit Genugtuung entgegen. Was Verhalten der serbischen Regierung anbelangt, beteuerte Minister neuerdings, alles was an ihm liegt zu tun, um Einlenken der serbischen Staatsmänner zu erzielen, er müsse jedoch konstatieren, dass seine redlichen Bemühungen nicht immer den gewünschten Erfolg hätten. Stellungnahme Russlands zu österreichisch-ungarisch-

türkischem Protokoll weigerte sich Minister in diesem Zusammenhange zu diskutieren. Von fakultativ stylisiertem Schlusspassus des vorbezogenen hohen Telegrammes — betreffend wünschenswerte Zustimmung Russlands zu deutscher Anregung^{b)} — vor der Hand noch keinen Gebrauch gemacht, da sich deutscher Botschafter bereits sehr eindringlich in diesem Sinne geäußert hat und Pression gerade von unserer Seite aller Wahrscheinlichkeit nach Missdeutung begegnet hätte. Wie mir Graf Pourtalès sagt, hat sich Herr Iswolsky ihm gegenüber in dem Sinne ausgesprochen, dass kaiserliches Kabinett deutscher Anregung „entgegenkommen“ werde. Berchtold.

a) Vgl. n. 1272. — b) Vgl. n. 1270 Anm. b, 1289.

Nr. 1286. Vortrag an den Kaiser, 19. März 1909.^{a)} Konz. (S. und G. Gager) und Ausfert.

Ich nehme mir die ehrerbietigste Freiheit, Euer Majestät treuehormsamst zu melden, dass ich heute mit Allerhöchstderen Kriegsminister sowie mit dem Chef des Generalstabes eine Besprechung über die Modalitäten abgehalten habe, unter welchen unsererseits von Serbien die Abrüstung zu verlangen sein wird. Auf Grund dieses Gedankenaustausches wurde sodann eine Notiz redigirt, welche ich heute dem königlich grossbritannischen Botschafter unter Bezugnahme auf dessen gestern gestellte Anfrage übermittelt habe. Indem ich diese Notiz Euer Majestät im Anschlusse treuehormsamst zu unterbreiten^{b)} mir gestatte, nehme ich mir die ehrerbietigste Freiheit zu bemerken, dass der derselben angefügte, mit den Worten „l'Autriche-Hongrie, loin de prétendre“ beginnende Absatz lediglich die Motivirung unserer an Serbien zu richtenden Abrüstungsforderung darstellt und daher ausschliesslich zur Information der englischen Regierung, nicht aber zur Mittheilung an das Belgrader Kabinett bestimmt ist. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1279. — b) n. 1280.

*Tel. nach Belgrad, 20. März 1909 Nr. 51 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).
Siehe n. 1296.*

*Nr. 1287. Bericht aus Belgrad, 20. März 1909 Nr. 29 A (eing. 22. März).
Ausfert.*

Vertraulich. Aus meinen Telegrammen (speziell Nr. 126, 127,^{a)} 129 und 132^{b)}), werden Euer Exzellenz hochgeneigtest ersehen haben, dass der serbischen Regierung über die Folgen der letzten, allseitig getadelten, von uns mit militärischen Vorbereitungen beantworteten Note bange wird und dass die beunruhigten Mächte sich beraten und behufs „Erhaltung des Friedens“ durch ihre Vertreter eine starke Pression in Belgrad auszuüben beginnen. Die Erhaltung des Friedens! Ich könnte mich auf meine ersten Berichte nach der Annexion berufen, in welchen ich Euer Exzellenz meldete, dass der Friede, die Beruhigung und das Schicksal Serbiens ausschliesslich in den Händen der Mächte liegen und von ihrer Haltung und ihren Ratschlägen abhängen. Durch ein halbes Jahr hat es aber dem Herrn Iswolsky und den ihre traditionelle kontinentale Verhetzung treibenden Staatsmännern und Zeitungen an der Themse konveniert, Serbien und Montenegro als

Verbündete ihrer Politik gegen uns zu benützen und entsprechend aufzustacheln. Jetzt, wo das irregeleitete Königreich vor der Katastrophe steht, wird es verlassen und werden ihm dringende Ratschläge behufs „Erhaltung des Friedens“ gegeben. Der serbischen Regierung wird es täglich klarer, dass sie vereinzelt dasteht und unserer Übermacht ausgeliefert ist. Ihre Politik geht nun dahin, uns auszuweichen, das so gefährliche tête-à-tête zu vermeiden und den Rückzug sowie die Verbeugung vielmehr den Mächten, als uns gegenüber auszuführen. Die Regierung erwartet nur einen entschiedenen Wunsch Europas, um alles, was von ihr verlangt wird, zu tun. In einem, das serbische Niveau charakterisierenden, wenig ästhetischen, aber ausdrucksvollen Satze sagte der Minister des Aeussern meinem italienischen Kollegen: „Nous ferons tout ce que les Puissances demanderont si elles exigent que nous baissions les pantalons et levions la chemise, nous le ferons.“ Auch die militärische Abrüstung würde auf eine einmütige Anempfehlung sofort erfolgen. Die Tendenz Serbiens ist klar. Es hofft, dass Europa immerhin weniger verlangen wird, als wir allein, und durch seinen vollständigen Gehorsam will es den Mächten beweisen, welch artiger, folgsamer Staat das Königreich sei, welches nur das Unglück habe, von einem übermächtigen Nachbarn bedroht und verleumdet zu werden. Auch im Inlande wird eine Stellungnahme, die auf „Bitten und Ratschläge Russlands und der befreundeten Mächte“ erfolgt, gewürdigt und gebilligt werden. Jeder Schreier und Kaffeehauspolitiker wird zugeben, dass es vorteilhafter sein könne, den Streit zu verschieben, bis die Bundesgenossen bereit seien. Selbst Prinz Georg sagte schon vor Wochen in einem Interview, der kriegerrische Konflikt mit Österreich-Ungarn sei im Interesse der Zukunft Serbiens zwar unausweichlich, brauche aber durchaus nicht sofort auszuberechnen. Unser Verhältnis zu Serbien ist immer nur ein kleiner Teil unserer Auswärtigen Gesamtinteressen. Auch in diesem Augenblicke sind unsere Beziehungen zu den Grossmächten, deren Anerkennung der Annexion und die Erhaltung des Friedens wichtiger als die serbische Frage und deren momentane Regelung. Wir sollten aber das halbgezogene Schwert nur ruhen lassen, wenn Serbien nachdrücklich und deutlich uns das Scheitern seiner Politik eingesteht und auf seine Aspirationen verzichtet. Wir wurden teilweise durch die unglaublichen Wühlereien des Königreiches zur Annexion gezwungen und unser Verhältnis zu Serbien war eigentlich seit Jahren ein beinahe unerträgliches, einer Grossmacht kaum würdiges. Was dieses Land in den letzten Monaten geleistet hat, wie es uns verunglimpfte, wie es gegen uns auf der ganzen Welt hetzte, auf welche Probe es unsere Geduld stellte und zu wie bedeutenden und kostspieligen militärischen Vorbereitungen es uns zwang, brauche ich nicht auszuführen. Wenn wir dies alles nicht in absehbarer, kurzer Zeit wiederum erleben wollen, so muss Serbien in seinem eigenen Interesse auch bei einer friedlichen Lösung seine Demütigung fühlen. Es soll ihm klar werden, dass seine Politik der Todfeindschaft gegen die Monarchie und der Grossserbischen Aspirationen auf unser Territorium Schiffbruch gelitten hat und immer Schiffbruch leiden muss. Forgách.

^{a)} Nicht aufgenommen, weil ungefähr gleichen Inhalts wie n. 1258. — ^{b)} Vom 17. bis 19. März.

Tel. nach Berlin, 20. März 1909 Nr. 79 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1296.

Nr. 1288. Tel. aus Berlin, 20. März 1909 Nr. 96 (eing. 21. März 9 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramme Nr. 77 und 78 von gestern. Reichskanzler war über die Unterredung Euer Excellenz mit Sir F. Cartwright durch Herrn von Tschirschky schon unterrichtet und findet den Entwurf einer Erklärung der serbischen Regierung an das k. u. k. Kabinett sehr entsprechend, würde es aber für wünschenswert erachten, wenn die englische Regierung in Belgrad darauf bestünde, dass diese Erklärung in möglichst kurzer Zeit beantwortet beziehungsweise hierzu ein terminus praclusi bestimmt würde, da sonst zu befürchten stehe, dass die Antwort über russische Intrigue verschleppt werde. Reichskanzler ist von den ehrlichen Absichten der englischen Regierung hiebei überzeugt.

Szögyény.

Nr. 1289. Tel. aus Berlin, 20. März 1909 Nr. 97 (eing. 21. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Zu meinem Telegramm Nr. 94^{b)} von gestern. Herrn Iswolskys Antwort auf deutsche Démarche ist dem Grafen Pourtalès heute noch nicht erteilt worden. Würde Iswolsky auf die in Rede stehende Anregung nicht eingehen, ist Fürst Bülow ganz einverstanden, die Annahme jener „formule“, welche Euer Excellenz mit Herrn von Tschirschky besprochen haben (Euer Excellenz Telegramm Nr. 73 vom 18. d. M.) russischem Minister des Äussern nahezu legen.

Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1285, 1298, 1299. — ^{b)} Teilt mit, daß Iswolsky dem Grafen Pourtalès seine Antwort auf deutsche Démarche für den 20. oder 21. März in Aussicht gestellt habe.

Nr. 1290. Tel. nach Konstantinopel, 20. März 1909 Nr. 109 (chiffr. 5 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Musulin).

Zu Euer Exzellenz Information: Der hiesige englische Botschafter ist vorgestern abends bei mir erschienen und hat mir auftragsgemäß mitgeteilt, daß die englische Regierung sich entschlossen habe, zur Erhaltung des Friedens einen nachdrücklichen und ernsten Schritt in Belgrad zu unternehmen. Gleichzeitig hat mich Sir F. L. Cartwright ersucht, ihm mitzuteilen, welches der Inhalt der Erklärung sein sollte, die die serbische Regierung abgeben müßte, um uns zufriedenzustellen. Ich habe dem englischen Botschafter den Entwurf einer solchen Erklärung,^{b)} in welcher das Hauptgewicht auf die Zurückziehung aller aus Anlaß der Annexion erhobenen serbischen Forderungen und die Einstellung der Rüstungen gelegt wird, gestern übergeben.

^{a)} Vgl. n. 1279, 1345. — ^{b)} n. 1280.

Nr. 1291. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 20. März 1909 Nr. 139 (eing. 6 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes No. 138. Notenaustausch heute nicht stattgefunden. Hilmi Pascha will den angeblich spätestens Mittwoch hier eintreffenden Minister des Äussern über dessen ausdrücklichen Wunsch abwarten. Wegen Deklaration betreffend Kriegsmaterialies habe ich heute nachmittags eine weitere Besprechung mit dem Grossvezir. Wir konnten uns heute vormittag nicht einigen, weil Hilmi Pascha im Gegensatz zu den mir gestern von Gabriel Effendi gegebenen Zusicherungen bezüglich der mit dem in Salonik erwarteten zweiten Schiffe eintreffenden Materialien eine Ausnahme statuieren will, indem er von denselben wohl die Waffen, Munition und Sprengstoffe inhibieren, die mit diesem Schiffe eventuell eintreffenden Waffenbestandteile jedoch unter Berufung auf das bereits Herrn Nenadović gegebene Versprechen passieren lassen will. Falls Hilmi Pascha auf seinem Standpunkte beharren sollte, werde ich, um die Gegendeclaration womöglich noch heute zu erhalten, in die Aufnahme einer Klausel bezüglich der vorerwähnten Schiffssendungen einwilligen.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 1292, 1293, 1300.

Nr. 1292. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 20. März 1909 Nr. 143 (eing. 21. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Verfolge meines heutigen Telegrammes No. 139. Meine nachmittägige Unterredung mit Hilmi Pascha in Beisein Gabriel Effendis, der eben aus der Kammer kam, hat mich in Bezug auf die Chancen der Votierung des Protokolles^{b)} einigermaßen beruhigt. Namentlich der Minister des Äussern, der im steten Kontakte mit der Kommission steht, sieht die Lage viel optimistischer an als der Grossvezir. Er sagte auch, dass die Kommission morgen ihren Bericht an das Präsidium abgehen lassen werde und dass die Beratung im Plenum Mittwoch stattfinden dürfte. Der Grossvezir erklärte seine vormittägige pessimistische Aussprache dahin, dass er prinzipiell wegen der damit verbundenen Verantwortung etwas nur dann als sicher hinzustellen pflege, wenn er seiner Sache vollkommen gewiss ist. Für das Protokoll sind nach Aussage Hilmi Paschas derzeit ausgesprochen alle Jungtürken, gegen das Protokoll die 27 albanesischen Deputierten und aus taktischen Gründen der inneren Politik die Liberalen; derzeit unbestimmt sind die Araber und einige Christen. Es werde sich also darum handeln, in Constantinopel heute noch ungewisse Elemente zu gewinnen. Hilmi Pascha scheint mir eben aus letzterem Grunde die Sache um einige Tage verzögern zu wollen. Geheim. Der Grossvezir wiederholte im Laufe der Besprechung mehrmals, dass jene albanesischen Elemente, welche gegen das Protokoll sind, sich folgender Argumente bedienen: Durch die Annahme des Protokolles mache sich die Türkei Serbien und Montenegro zum Todfeinde. Man müsse also von Österreich-Ungarn zum mindesten verlangen, dass es der Türkei seinen Schutz gewähre. In Verbindung hiemit kam

Hilmi Pascha wieder auf den Notenaustausch bezüglich des Sandjaks zu sprechen und sagte mir, seine Aufgabe wäre eine viel leichtere, wenn in jener Note ein präziserer Ausdruck, wie etwa „tout son appui et son concours efficace“ aufgenommen werden könnte. Der Grossvezir zeigte wohl für das ihm bereits wiederholt von mir auseinandergesetzte Argument, dass Österreich-Ungarn keine militärische Hilfe in Aussicht stellen könne, volles Verständnis, er meinte aber, dass ein solcher Ausdruck, wenn er auch im Wesen nichts ändere, doch für die Galerie wertvoll wäre. Unter „Galerie“ versteht Hilmi Pascha einige Vertrauensmänner des Comités, welche auf die Albanesen einwirken würden. Ich antwortete dem Grossvezir, dass ich nicht in der Lage wäre, Euer Excellenz eine Abänderung des bereits festgesetzten Textes vorzuschlagen. Unter den heutigen, so schwierigen Verhältnissen wäre es, glaube ich, aber vielleicht doch zu erwägen, ob nicht die Aufnahme der obcitirten 2 Worte in die Note ratsam wäre, da sie anderseits ja auch in Verbindung mit dem Worte „contrecarrer“ noch immer zu keiner militärischen Hilfeleistung verpflichtet würde. Pallavicini.

a) Vgl. n. 1311. — b) Vgl. n. 1064.

Nr. 1293. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 20. März 1909 Nr. 144 (eing. 21. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Gabriel Effendi hat mir soeben die Deklaration betreffs des serbischen Kriegsmateriales eingehändigt. Der mit mir vorher vereinbarte Text stimmt im Wesen mit dem im hohen Telegramme 101 vom 17. d. enthaltenen überein. Von der Durchfuhr ausgeschlossen sind: „tout envoi d'armes, d'accessoires d'armes, de munitions de guerre et de matériel pour sa fabrication ainsi que de matières explosibles à destination directe ou indirecte de la Serbie.“ Die in meinem heutigen Telegramme No. 139 erwähnte Restriktion lautet wie folgt: „Il est entendu qu'exception sera faite pour les articles transportés par deux bateaux et qui se trouvent déjà à Salonique ou en route et dont le passage a été déjà accordé, sauf toutefois les fusils et les cartouches et matières explosibles dont le passage ne sera également pas permis.“ Ich habe meine Zustimmung zu diesem Alinea deshalb zu geben mir erlaubt, weil sonst eine Verzögerung eingetreten wäre, während welcher die Durchfuhr der betreffenden Sendungen doch erfolgt wäre. Hilmi Pascha liess mich (verständigen)^{b)} daß er in Bezug auf die Gegenstände, deren Durchfuhrerlaubnis er sich reserviert hat, sehr rigoros vorgehen wird. Bezüglich der Dardanellenpassage sagte der Grossvezir, dass, falls die internationalen Verträge eine Handhabe bieten sollten, die Türkei auch in dieser Beziehung sich durch die abgegebene Deklaration als gebunden betrachten würde. Die Deklaration^{a)} lege ich mit nächstem Kurier vor. Pallavicini.

a) Vgl. n. 1338. — b) Chiffre fehlt.

*Tel. nach London, 20. März 1909 Nr. 49 (chiffre 6 U. 30 M. p. m.).
Siehe n. 1296.*

Tel. nach Paris, 20. März 1909 Nr. 43 (chiffre. 6 U. 30 M. p. m). Siehe n. 1296.

Nr. 1294. Bericht aus Paris, 20. März 1909 Nr. 6 A (eing. 22. März).^{a)} Ausfert.

Am 6. März habe ich, wie in meinem ergebensten Berichte No. 5 H^{b)} vom selben Tage gemeldet, Herrn Pichon das zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei abgeschlossene Protokoll eingehändigt. Heute ist mir die Antwort der Regierung der Republik in Form einer Verbalnote^{c)} zugekommen. Ich habe das Wesentliche aus dieser Note Euerer Excellenz im Wege meines Telegrammes No. 17^{d)} von heute zur hohen Kenntnis gebracht. Anschliessend beehre ich mich nunmehr den Originaltext der Verbalnote ganz ergebenst zu unterbreiten.

Khevenhüller.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 109 Nr. 152. — ^{b)} Enthält nur die oben wiedergegebene Meldung, daß der Botschafter gemäß n. 1096 das Ententeprotokoll überreicht habe. — ^{c)} Beilage. — ^{d)} Dieses nicht aufgenommene Tel. bringt nur einen Auszug der in der folgenden Beilage abgedruckten Verbalnote.

Beilage zu n. 1294. Verbalnote des französischen Ministeriums des Äußern an den Botschafter in Paris, 19. März 1909.^{a)} Ausfert.

Le Gouvernement de la République a l'honneur d'accuser réception du texte du protocole signé à Constantinople le 26 février dernier par les gouvernements d'Autriche-Hongrie et de Turquie et dont il a reçu communication à la date du 6 de ce mois. Ainsi que M. Pichon l'a déclaré verbalement au comte Khevenhüller, le gouvernement de la République a accueilli avec satisfaction cette communication. Il a trouvé dans la conclusion de l'accord porté à sa connaissance la preuve du désir, commun aux deux puissances qui l'ont contracté, de mettre un terme aux difficultés qui s'élevaient entre elles et il a considéré cet acte comme préparant l'entente entre tous les gouvernements signataires du traité de Berlin. Pour que cette entente s'établisse d'une façon définitive, le gouvernement de la République, fidèle à ses déclarations antérieures, estime qu'il y aurait lieu de recourir à la réunion d'une conférence internationale dont le programme serait arrêté d'avance. Il se réfère à cet égard à l'aide mémoire en date du 23 décembre 1908^{b)} remis par le comte Khevenhüller à M. Pichon et dans lequel le gouvernement austro-hongrois a reconnu l'influence salutaire que pouvait avoir l'idée d'une conférence et marqué ses sympathies pour une réunion internationale relative aux affaires des Balkans. Le gouvernement impérial et royal avait indiqué dans le même document que les négociations directes qu'il avait engagées avec la Sublime Porte rentraient dans cet ordre d'idées et auraient pour effet de rendre plus efficaces le travail de la conférence projetée. Le gouvernement de la République déclare, en conséquence, qu'il est prêt à se concerter avec les autres puissances en vue d'établir le programme de cette conférence.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 110. — ^{b)} Vgl. n. 790.

Tel. nach Rom, 20. März 1909 Nr. 51 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1296.

Nr. 1295. Tel. aus Rom, 20. März 1909 Nr. 67 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Reçu télégramme no. 49 d'hier.^{b)} J'ai donné aujourd'hui connaissance à Monsieur Tittoni de la manière de voir de Votre Excellence concernant son ouverture sans qu'il ait eu à faire la moindre contre-observation. Toutefois il est d'avis que la conférence doit être considéré comme le seul et unique moyen d'arriver à une entente. D'après lui, l'opinion publique, tant en Italie qu'ailleurs, réclame d'une façon impérieuse une sanction internationale donnée publiquement et au grand jour et il ne serait appuyé par personne en Italie s'il hasardait à proposer une solution qui ne tiendrait pas compte de cette exigence. Dans une longue dépêche qu'il venait d'expédier à Londres, il s'est efforcé de dissiper les scrupules de Sir Edward Grey quant à la limitation du programme. En quoi l'Angleterre voudra-t-elle l'élargir? La Serbie avait renoncé à toute compensation de genre politique, il ne saurait évidemment être question de discuter un traité de commerce à une conférence et quant à l'admission de la Serbie à faire partie de la commission danubienne — la proposition venait de Vienne et ne rencontrerait sûrement d'objection nulle part. Le dernier alinéa du télégramme de Votre Excellence^{c)} (chemin de fer transversal) a été accueilli par Monsieur Tittoni avec vive satisfaction. Was dem Minister momentan am meisten Sorge bereitet, ist Montenegro. Er habe in diesem Momente ein Schreiben vom Fürsten Nikolaus erhalten, das er dem König vorlegen müsse. Der Fürst sagt darin, seine Haltung während der letzten Monate sei ihm durch den Druck der öffentlichen Meinung aufgezwungen worden. Er wirft darin den Gedanken auf, ob eventuell durch Abtretung eines äquivalenten Gebietsstreifens oder durch eine noch zu diskutierende Kompensation Österreich-Ungarn bewogen werden könnte, auf Spizza zu verzichten. Herr Tittoni bat mich, von Vorstehendem Euer Excellenz Kenntnis zu geben. Er begreift sehr gut, dass von einer Zession nicht die Rede sein könne, andererseits aber habe die k. u. k. Monarchie so viele Erfolge aufzuweisen, dass ein Akt freundlichen Entgegenkommens dem kleinen Montenegro gegenüber von ganz Europa sympathisch begrüsst werden würde. Nachdem Antivari nicht befestigt werden dürfte, sei jede Gefahr ausgeschlossen. Andererseits sei im Falle, dass das Anwachsen der Leidenschaften die Entthronung des Fürsten herbeiführen sollte, der Eintritt anarchischer Zustände in Montenegro für uns gewiss nicht wünschenswert. Ich habe dem Minister keinerlei Hoffnung gemacht und betont, dass eine Zession eo ipso undiskutierbar sei und mir andererseits nicht klar sei, was für ein Äquivalent uns Montenegro wohl bieten könnte. Trotzdem habe ich nicht geglaubt, ihn unterbrechen zu sollen, da er augenscheinlich das Sprachrohr des Königs war und mir daran lag, in diesem Augenblick weder letzteren, noch seinen Minister zu brüskieren.

Lützow.

^{a)} Vgl. n. 1298, 1303. — ^{b)} Vom 18. März. — ^{c)} Beginnt: „Je termine en constatant.“

Nr. 1296. Tel. nach St. Petersburg Nr. 68 (1), London Nr. 49 (2), Berlin Nr. 79 (3), Paris Nr. 43 (4), Rom Nr. 51 (5) und Belgrad Nr. 51 (6), 20. März 1909 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Musulin; G. Aehrenthal).

I.—6. Während,

I.—5. wie ich Euer Exzellenz mit meinem Telegramme vom 19. d. M., Nr. 66, (respektive 47, 77, 42, 50) mitteilte,

I.—6. der englische Botschafter am 18. d. M., abends, einen dringenden Schritt bei mir unternommen hat und mir die Absicht seiner Regierung zur Kenntnis brachte, in Belgrad energisch einzuwirken, kam der russische Geschäftsträger gestern mit einer ähnlichen Message Herrn Iswolskys. Der russische Minister habe erfahren, daß uns die serbische Antwort nicht befriedige und da er den lebhaften Wunsch hege, zwischen uns und Belgrad eine Verständigung herbeizuführen, habe er neuerdings strikte Weisungen an den russischen Gesandten in Belgrad erlassen, damit dieser auf die Abfassung einer uns zufriedenstellenden Erklärung der serbischen Regierung nachdrücklichst hinwirke. Herr Sverbéew war beauftragt, mir mitzuteilen, daß Herr Iswolsky von den an den russischen Gesandten in Belgrad ergangenen strikten Weisungen^{b)} die russischen Vertreter bei den Großmächten behufs Verständigung der Kabinette informiert habe. Vorstehendes zu Euer etc. Information.

Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 110 Nr. 153. Vgl. n. 1299, 1329. — ^{b)} Vgl. n. 1297.

Nr. 1297. Tel. aus St. Petersburg, 20. März 1909 Nr. 58 (eing. 7 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Nachdem aus Meldungen des Prinzen Ratibor zu ersehen war, dass Herr Sergeieff ohne Instruktionen von seiner Regierung geblieben ist, bezüglich der der serbischen Regierung zu erteilenden Ratschläge, hat mein deutscher Kollege diesfalls vertraulich bei Herrn von Tscharykow Erkundigung eingezogen. Hiebei wurde festgestellt, dass fragliche Instruktion am Sonntag den 1. 14. dieses Monats von hier telegraphisch abgegangen, der Empfang aber von Herrn Sergeieff nie bestätigt worden ist, obwohl dies bezüglich vor- und nachher eben dahin gesendeter Telegramme der Fall gewesen. Am Mittwoch den 4. 17. dieses Monats ist — nach Angabe des Ministergehilfen — telegraphisch in Belgrad angefragt worden, ob betreffender Auftrag eingelangt sei, jedoch auch diese Weisung wäre bis zur Stunde unbeantwortet geblieben. Herr von Tscharykow, welcher weitere Informationen in Aussicht stellte, kann sich, wie er sagt, nicht erklären, worauf diese Irregularität des Dienstganges zurückzuführen ist. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1296, 1305.

Nr. 1298. Tel. nach Berlin, 21. März 1909 Nr. 83 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. und G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramme Nr. 94^{b)} und 97 vom 19. und 20. d. M. erhalten. Zu meinen Telegrammen vom 18. 1. M., Nr. 72^{c)} und 73: Euer

Exzellenz wollen dem Herrn Reichskanzler sagen, daß ich natürlich, bevor ich zu der Tittonischen Anregung definitiv Stellung nehme, das offizielle Resultat der Einwirkung des Fürsten Bülow in St. Petersburg abwarten werde. Persönlich neige ich eher zu einer pessimistischen Auffassung und bin nicht sehr zuversichtlich darüber, daß wir seitens Herrn Iswolskys eine rückhaltlos zustimmende Antwort zu erwarten haben. Für den Fall aber, als der deutsche Vorschlag in St. Petersburg nicht durchdringt, würde ich es für richtig halten, den Tittonischen Konferenzgedanken aufzugreifen. Wie mir Graf Lützow unterm gestrigen telegraphiert,^{d)} hält Herr Tittoni an seinem Gedanken einer Konferenz mit einer eng begrenzten und bloß registrierenden Aufgabe fest und ist eifrig bemüht, die englische Regierung in diesem Sinne zu bestimmen. Die Annahme des Tittonischen Vorschlages würde vom Standpunkte der Dreibundpolitik den Vorteil bieten, die Stellung Italiens an unserer Seite zu markieren und zu befestigen; unseren Interessen würde die italienische Anregung deshalb entsprechen, weil sie die serbischen Prätionen ausschließt und so die europäische Frage der Sanktion von unserer Kontroverse mit dem Königreiche trennt. Die Formel, die ich Euer Exzellenz mit dem zweiten der eingangs erwähnten Telegramme mitteilte, würde im Falle der Realisierung der Konferenz auf Grundlage der Tittonischen Idee den Tenor des sanktionierenden Beschlusses der Mächte bezüglich der Annexion bilden können. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1303, 1309, 1319. — b) Vgl. n. 1289 Anm. b. — c) Mitteilung von n. 1254 und 1267. — d) n. 1295.

*Nr. 1299. Tel. aus Berlin, 21. März 1909 Nr. 98 (eing. 6 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Bezug auf mein gestriges Telegramm No. 97. Graf Pourtalès telegraphiert, Herr Iswolsky habe ihm gestern abends eine Note zukommen lassen, in der ausgeführt wird, dass, wenn die k. u. k. Regierung die Mächte durch eine Note um die formelle Abänderung des Artikels 25 angehe, das russische Kabinett „seine Pflicht darin erblicken würde, diese Demarche mit dem aufrichtigen Wunsche entgegenzunehmen, in ihr die Elemente einer Lösung zu finden, welche für alle Signatarmächte im gleichen Masse annehmbar sein würde.“ Indessen glaube das russische Cabinet, feststellen zu sollen, dass nach Ansicht der deutschen Regierung der von ihr angeregte Modus procedendi die Notwendigkeit des Zusammentritts einer europäischen Konferenz nicht ausschliesse. Der gewundene zweideutige Ton der Note Iswolskys hat hier einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht. Herr v. Kiderlen sagte mir, der Reichskanzler habe bisher noch keinen definitiven Beschluss wegen deren Beantwortung gefasst, doch glaube er, Fürst Bülow werde einwilligen, dass Graf Pourtalès Auftrag erhalte, Herrn Iswolsky an die Wand zu drücken und eine klare und präzise Antwort zu fordern. Hiesiger russischer Geschäftsträger — Graf Osten-Sacken hat Berlin zu einem kurzen Urlaube verlassen — hat gleiche Mitteilung gemacht wie Herr Swerbejew (Euer Excellenz Telegramm No. 79).^{b)} Szögyény.

a) Vgl. n. 1309, 1319, 1333. — b) n. 1296.

Nr. 1300. Tel. nach Konstantinopel, 21. März 1909 Nr. 112 (chiffre. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; G. Aehrenthal).

Geheim. Erhalten Euer Exzellenz Bericht vom 17. d. M. No. 23 A,^{b)} sowie die Telegramme N. 138 von vorgestern, N. 139 und 140^{b)} von gestern. Ich entnehme denselben das Vorhandensein einer Opposition gegen das Entente-Protokoll, rücksichtlich deren mir nicht ganz klar ist, ob sie auf eine Verstimmung zwischen dem Grossvezier und dem jungtürkischen Comité zurückzuführen ist oder auf andere Momente. Gegen die erstere Annahme würde die Tatsache sprechen, dass Hilmi Pascha und das Comité bisher vollkommen einig waren. Die Schwierigkeiten, welchen die Sanctionnierung des Ententeprotokolles begegnet, erfüllen mich mit Beunruhigung. Ich hoffe noch immer, dass Hilmi Pascha dieselben wird überwinden können. Sollte sich die Situation verschärfen und er zu der Überzeugung gelangen, dass ihm dies nicht gelingen kann, so wäre es besser, dass er die Vorlage des Protokolles nicht forcire, um nicht durch einen Misserfolg im Parlament diese Angelegenheit, welche eventuell ein anderes Cabinet durchbringen könnte, für die Zukunft unmöglich zu machen. In diesem Sinne stelle ich es auch Euer Exzellenz Ermessen anheim, entweder noch mit der Fertigung der Note betreffend den Sandjak zu warten, oder in dieselbe einen Passus des Inhalts hineinzunehmen, dass ihre Giltigkeit erst mit dem Tage der Sanctionnierung des Entente-Protokolles durch das türkische Parlament beginnt. Was die Durchfuhr von Waffen und sonstigem Kriegsmateriale von Salonik nach Serbien anlangt, so befremdet es mich, dass Hilmi Pascha sein Versprechen so wenig gehalten hat. Wenn die Transporte weiter andauern, so müssen wir annehmen, dass Serbien direkt zum Kriege türkischerseits ermuntert wird. Euer Exzellenz wollen sich in diesem Sinne dem Grossvezier gegenüber äussern und mich telegrafisch auf dem Laufenden erhalten. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1312. — ^{b)} Nicht aufgenommen. Enthält Einzelheiten über die Verhandlungen des türkischen Parlaments betreffend das Ententeprotokoll vom 26. Feb. 1909.

Nr. 1301. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 21. März 1909 Nr. 145 (eing. 3 U. 10 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes No. 136 vom 18. d. M. Wie mir Gabriel Effendi sagt, hat Herr Nenadović ihm die schriftliche Erklärung, wonach Serbien keinerlei feindliche Absichten mit Bezug auf den Sandjak hege, bis gestern abends nicht zukommen lassen. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 1321.

Nr. 1302. Notiz des englischen Botschafters (überreicht am 21. März 1909).^{a)} Abschrift.

Paragraphe 1. de la proposition Austro-Hongroise. (1.) La Serbie reconnait qu'elle n'a pas été atteinte dans ses droits par le fait accompli créé en Bosnie-Herzégovine. Elle déclare, qu'ayant appris l'arrangement survenu

à Constantinople entre l'Autriche-Hongrie et l'Empire Ottomane par lequel le nouvel état des choses se trouve matériellement réglé, elle abandonne l'attitude de protestation et d'opposition qu'elle a observée à l'égard de l'annexion depuis l'automne dernier, et elle s'engage en outre à changer le cours de sa politique actuelle envers l'Autriche-Hongrie pour vivre désormais avec cette dernière sur le pied d'un bon voisinage, et qu'elle se conformera par conséquent à telle décision que les Puissances prendront par rapport à l'Art. XXV du traité de Berlin.

a) Vgl. n. 1280, 1313, 1315, 1323 Anm. c.

*Nr. 1303. Tel. nach Rom, 21. März 1909 Nr. 55 (chiffr. 5 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin; G. Aehrenthal).*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 20. l. M., Nr. 67. Ich bin erfreut, demselben zu entnehmen, daß Herr Tittoni an der von ihm ins Auge gefaßten Beschränkung des Konferenzprogrammes festhält und sich bemüht, die Bedenken Sir E. Greys gegen diese Limitierung zu zerstreuen. Wie Euer Exzellenz bereits bekannt, bin ich im Prinzip mit dem Gedankengange Herrn Tittonis einverstanden, muß jedoch das Ergebnis der von Fürst Bülow in Petersburg gemachten Anregung abwarten, um definitiv zu dem Vorschlage des Herrn italienischen Ministers des Äußern Stellung zu nehmen. Die Antwort Herrn Iswolskys auf die Anregung des Reichskanzlers dürfte übrigens in den allernächsten Tagen erfolgen. Was Montenegro betrifft, so ist Fürst Nikolaus sowohl in den ersten Oktobertagen wie auch kürzlich wieder in klarer und bestimmter Weise davon in Kenntnis gesetzt worden, daß wir bereit wären, wenn das Fürstentum seine Haltung bezüglich Bosniens und der Herzegowina ändert und zu korrekten und freundnachbarlichen Beziehungen mit uns zurückkehrt, den Interessen des Fürstentums, für welche wir volles Verständnis hätten, entgegenzukommen. Es wurde jedoch dem Fürsten sowohl gelegentlich der Annexion wie auch bei den Unterredungen, welche Freiherr von Kuhn kürzlich mit Seiner königlichen Hoheit hatte, kein Zweifel darüber gelassen, daß die Gewährung territorialer Kompensationen gänzlich ausgeschlossen sei. Euer Exzellenz könnten, wenn Sie Vorstehendes zur Kenntnis Herrn Tittonis bringen, an den Herrn Minister die Gegenfrage richten, ob er es wohl auf sich nehmen würde, wenn ein kleiner Nachbarstaat Italien gegenüber durch Monate hindurch eine feindselige und im höchsten Grade provokatorische Haltung eingenommen hätte, bei seinem Höchsten Herrn auch noch eine Gebietsabtretung an einen solchen Staat in Anregung zu bringen. Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien III Nr. 154. Vgl. n. 1298, 1329, 1354.

Nr. 1304. Tel. aus St. Petersburg, 21. März 1909 Nr. 59 (eing. 22. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 56 vom 17/4 d. M. In der gestern dem deutschen Botschafter erteilten Antwort der russischen Regierung auf Proposition des Berliner Kabinetts heisst

es im Wesentlichen, que, dans le cas où Gouvernement allemand obtiendrait que le cabinet de Vienne fasse auprès des Puissances démarche pour obtenir sanction de l'amendement de l'article 25 du traité de Berlin, cabinet Impérial se ferait devoir d'accueillir cette démarche avec sincère désir d'y trouver éléments d'une solution également acceptable à toutes les Puissances. Beisatz, dass Berliner Kabinett selbst zugegeben, solcher Vorgang schliesse „Notwendigkeit“ der nachträglichen Einberufung einer Konferenz nicht aus, veranlasste Grafen Pourtalès dem Minister zu bemerken, eine solche Äusserung sei deutscherseits nicht gefallen, Botschafter habe im Gegenteile von vorne herein betont, Konferenzfrage solle derzeit völlig aus dem Spiele gelassen werden.
Berchtold.

a) Vgl. n. 1319, 1333.

Nr. 1305. Tel. aus St. Petersburg, 21. März 1909 Nr. 60 (eing. 22. März 9 U. a. m.). Entziff.

Vertraulich. Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 58 vom gestrigen Tage. Wie Minister des Äussern nunmehr Grafen Pourtalès mitteilt, hat Herr Sergeieff inzwischen gemeldet, fragliche Instruktionen erhalten zu haben, jedoch bis nun nicht in der Lage gewesen zu sein, entsprechenden Gebrauch zu machen, nachdem serbische Note bereits nach Wien abgegangen war.
Berchtold.

Nr. 1306. Tel. aus Sofia, 21. März 1909 Nr. 64 (eing. 12 U. m.). Entziff.

Bei heutiger Unterredung mit dem Kriegsminister sagte dieser dem k. u. k. Militärattaché, Fürst Ferdinand sei gelegentlich seines Aufenthaltes in Petersburg keinerlei Abmachungen bezüglich der Haltung Bulgariens dem österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikt gegenüber eingegangen und sei in seinen Entschlüssen vollkommen frei. Dem Fürsten werde es jedenfalls nie einfallen, sich an einem serbischen Abenteuer gegen Österreich-Ungarn zu beteiligen. General Nikolajeff würde hierzu niemals seine Hand bieten. Solange er Kriegsminister sei, werde Bulgarien sich nimmermehr in eine Kooperation mit Serbien gegen die Monarchie einlassen.

Thurn.

Nr. 1307. Tel. aus Belgrad, 22. März 1909 Nr. 141 (eing. 23. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Von einem Konfidenten erhalte ich über die gestern und vorgestern stattgefundenen Sitzungen der Parteiklubs, welchen Vertrauensmann teilweise selbst beiwohnte, mir glaubwürdig scheinende Referate. Die Minister haben ihren Parteien (z. B. Herr Pašić der altradikalen) gemeldet, dass der Ministerrat beschlossen habe, unsere nächste Note, welche voraussichtlich I.) Abrüstung, II.) Anerkennung der durch das türkische Protokoll geschaffenen Situation, III.) Verzicht auf den in der Zirkularnote bezüglich der bosnischen Frage eingenommenen Standpunkt fordern werde, sofort den Signatarmächten zu übermitteln. Zugleich

würde denselben in Gemässheit der Ratschläge des russischen und englischen Kabinettes mitgeteilt, dass Serbien Reserven entlassen und weitere militärische Bestellungen einstellen werde, wenn die Mächte garantieren, dass Österreich-Ungarn dasselbe tun werde, oder Serbien im Falle eines österreichischen Angriffes beschützen. Bezüglich der weiteren Forderungen Österreich-Ungarns sollen die Mächte Serbien Ratschläge erteilen, da das Königreich an seiner Zirkularnote^{b)} festhalte, dass die bosnische Frage eine europäische Angelegenheit sei. Alle Parteiklubs haben diese Entscheidung des Ministerrates gebilligt, das Ministerium ermächtigt, die bekannte Resolution der Skupschtina eventuell den Verhältnissen anzupassen und zu ändern, aber an dem Standpunkte der Zirkularnote festzuhalten. Die Verschiebung unserer Note wurde dahin gedeutet, dass wir uns auch dem Willen der Mächte fügen und dass Russland und England im Interesse Serbiens intervenieren und dasselbe vor direkten Auseinandersetzungen mit uns bewahren wollen.

Forgách.

a) Vgl. n. 1332. — b) Vgl. n. 1160.

Nr. 1308. Bericht aus Belgrad, 22. März 1909 Nr. 31 (eing. 24. März).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Mit meinem ergebensten Danke beehre ich mich den streng vertraulichen Erlass Euer Exzellenz No. 1054^{b)} vom 20. d. Mts. zu bestätigen, mit welchem mir Hochdieselben einige an Grafen Mensdorff gerichtete Telegramme und einen Entwurf für die von der serbischen Regierung abzugebende Erklärung übermittelten. Euer Exzellenz mögen es mir nicht verübeln, wenn ich meiner ergebensten Zustimmung zu dieser Textierung Ausdruck zu geben wage und hinzufüge, dass ich für den Fall, als Hochdieselben mich beauftragt hätten, mich mit meinen Kollegen und der serbischen Regierung wegen einer von Letzterer uns zu gebenden Antwort zu besprechen, ein Konzept fertiggestellt hatte, welches sich inhaltlich ganz mit Euer Exzellenz Entwürfe deckt. In dem jetzigen Augenblicke, wo Serbien die sichtliche Hoffnung hat, sich hinter die Mächte zu „drücken“ und sich unter deren Schutz mit einer möglichst anodynem, im Inlande deutbaren und verdrehbaren, eigentlich den Mächten und nicht uns ausgestellten Erklärung zu retten, halte ich es für meine Pflicht, meine Euer Exzellenz telegraphierte und einberichtete Ansicht mit Insistenz zu wiederholen, dass ich einen solchen Ausgang als eine unglückliche Lösung betrachten würde. Ich spreche natürlich vom Belgrader Gesichtspunkte und verhehle mir durchaus nicht, dass Gründe unserer allgemeinen Politik Euer Exzellenz eventuell zu anderen Entscheidungen oder zu mehr Nachgiebigkeit Serbien gegenüber bewegen könnten. Aber von hier aus bei ausschliesslicher Beurteilung unserer Beziehungen zu Serbien ist es mindestens notwendig, dass Serbien eine so scharfe, demütigende Erklärung uns direkt abgebe. Euer Exzellenz ist es bekannt, wie unendlich unser Verhältnis zum Königreiche auch vor der Annexion war. Es ist im Interesse Serbiens selbst gelegen, einzusehen, dass die Politik der offenen Feindschaft und der Wühlereien, welche es seit Jahren gegen uns betreibt, nicht neu

aufleben darf und entweder zur Katastrophe am Schlachtfelde oder zum demütigenden Bussgange führen muss. Jedwede Erklärung bietet nur eine „papierene“ schwache Garantie. Ich gestehe offen, dass ich mir die Frage, wie sich unser Verhältnis zu Serbien nach den Konvulsionen der letzten Monate und bei dem phantastischen gegen uns herrschenden Hasse gestalten wird, noch nicht klar und sicher beantworten kann. Aber immerhin wäre eine Erklärung wie jene, welche Euer Exzellenz kontemplierten, eine Möglichkeit für uns, den Vorhang fallen zu lassen, unsere militärischen Massnahmen einzustellen und uns der leisen Hoffnung — vielleicht der Illusion — hinzugeben, dass Serbien zur Einsicht kommen und für einige Jahre — nicht freundnachbarliche — aber wenigstens normale nachbarliche Beziehungen aufrecht erhalten wird.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1313, 1330. — ^{b)} Mit diesem Erlaß (S. Matscheko; V. Musulin; G. Aehrenthal) wurden n. 1237, 1278 und 1279 nach Belgrad zur rein persönlichen Information mitgeteilt.

*Nr. 1309. Tel. aus Berlin, 22. März 1909 Nr. 99 (eing. 9 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Zu meinem Telegramme No. 98 von gestern. An Herrn von Tschirschky ist gestern Weisung ergangen, Euer Exzellenz das Telegramm des Grafen Pourtalès und die an diesen darauf telegraphierten Instruktionen vorzulesen, durch welche deutscher Botschafter beauftragt wird, in sehr entschiedener Weise bei Herrn Iswolsky auf eine klare, bündige Antwort zu drängen. Fürst Bülow ist mit Euer Exzellenz ganz einverstanden, zur Tittonischen Anregung erst dann definitiv Stellung zu nehmen, wenn Iswolsky auf neuerliche Démarche Pourtalès Antwort erteilt haben wird (Telegramm Euer Exzellenz Nr. 83 von gestern). Falls deutscher Vorschlag in Petersburg, wie man hier glaubt, nicht angenommen wird, wäre man auch in Berlin nicht ganz abgeneigt, den Tittonischen Konferenzgedanken schliesslich doch aufzugreifen; freilich hat man die Bedenken gegen eine Konferenz noch immer nicht aufgegeben. Französischer, englischer und italienischer Botschafter bemühen sich, deutsche Regierung zu überzeugen, dass nur durch eine Konferenz, deren Programm genau (kundgegeben)^{b)} werden müsse, den bestehenden Schwierigkeiten ein Ziel gesetzt werden könnte, doch ist es ihnen bisher nicht gelungen, in dieser Beziehung vom Reichskanzler eine Zusage zu erhalten.

Szogyény.

^{v)} Vgl. n. 1319, 1333. — ^{b)} Chiffre verstümmelt.

*Nr. 1310. Tel. aus Cetinje, 22. März 1909 Nr. 30 (eing. 9 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Zu meinem Telegramm Nr. 28 vom 17. d. M.^{b)} Mein italienischer Kollege, welchem gegenüber ich mich im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 34^{c)} vom 20. d. M. auszusprechen Gelegenheit nahm, teilte mir mit, Fürst Nikolaus habe ihn, wie auch andere Kollegen, verständigen lassen, dass bezüglich der beabsichtigten Mobilisierung von sechs Bataillonen und

deren Konzentrierung im Küstengebiete Contreordre gegeben worden ist. Es seien zwecks Beruhigung der Bevölkerung nur einige Kompagnien mobilisiert und ins Küstengebiet dirigiert worden. Kuhn.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 112 Nr. 155. — ^{b)} Nicht aufgenommen. Meldet, daß Fürst Nikolaus sich über die Manöver von 17 österreichisch-ungarischen Kriegsschiffen bei Spizza beklagt, weshalb sich die montenegrinische Regierung genötigt gesehen habe, bei Antivari Truppen zusammenzuziehen. — ^{c)} Vom 19. März (nicht aufgenommen). Der Gesandte wird beauftragt, seinem italienischen Kollegen gegenüber „und auch sonst, wenn diese Angelegenheit zur Sprache gebracht werden sollte“, mitzuteilen, daß die Manöver der österreichisch-ungarischen Kriegsschiffe bei Spizza nur reguläre Übungen der k. u. k. Escadre seien und keinen Grund zur Beunruhigung böten.

Nr. 1311. Tel. nach Konstantinopel, 22. März 1909 Nr. 114 (chiffr. 3 U. 50 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; G. Aehrenthal).

Geheim. Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 143 vom 20. d. M. In Anbetracht der Schwierigkeit der Stellung Hilmi Paschas und um einen neuen Beweis dafür zu geben, daß wir der Türkei aufrichtige freundschaftliche Gefühle entgegenbringen, sowie im Interesse der Stärkung der Position der Türkei gegenüber Serbien und Montenegro bin ich bereit, im Texte der Note bezüglich des Sandschaks den vom Großvezier vorgeschlagenen Wortlaut „tout son appui et son concours efficace“ als allerletzte Änderung anzunehmen. Euer Exzellenz wollen diesen Wortlaut in Ihre Note aufnehmen und Hilmi Pascha bei vorangehender Mitteilung dieser meiner Entschließung darauf aufmerksam machen, daß, wie er selbst hervorgehoben hat, durch diese textliche Änderung das Ausmaß und die ursprüngliche Bedeutung unseres Engagements nicht geändert wird.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1320.

Nr. 1312. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 22. März 1909 Nr. 149 (eing. 23. März 9 U. a. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm vom 21. d. M. Nr. 112, geheim erhalten. Ich werde heute abends mit Grossvezier, der mit Gabriel Effendi bei mir speist, in Betreff der parlamentarischen Behandlung des Protokolls in dem mir aufgetragenen Sinne sprechen, wiewohl die Nachrichten, die mir von allen Seiten zukommen, sehr beruhigend klingen. Man rechnet jetzt allgemein sicher darauf, dass die Verhandlung Mittwoch oder spätestens Samstag stattfinden und dass die Vorlage, wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, eine grosse Majorität erhalten wird. Gabriel Effendi hat sich heute auch in diesem Sinne geäußert. Ferid Pascha, den ich gestern sah, sagte mir, dass das Protokoll votiert wird; er will persönlich auf einzelne ihm nahestehende Abgeordnete eingewirkt haben. Seine gestern signalisierte Ernennung zum „stellvertretenden“ Vali von Smyrna ist heute erfolgt.

Pallavicini.

Nr. 1313. *Privatschreiben an den englischen Botschafter in Wien, 22. März 1909 Nr. 1104.a) Konz. (S. Matscheko; V. und G. Musulin).*

Personnel. Lors de l'entretien que nous avons eu hier dans l'après-midi, j'ai prié Votre Excellence de bien vouloir informer Sir Edward Grey que le texte du premier alinéa qu'il m'avait proposé pour la note responsive serbe^{b)} me paraissait inacceptable. Votre Excellence m'a alors suggéré l'idée que l'on pourrait peut-être modifier cet alinéa de notre rédaction en y insérant un passage qui faciliterait la tâche des Puissances vis-à-vis de la Serbie. Selon Votre Excellence les Puissances s'adresseraient individuellement et par écrit au Cabinet de Vienne pour l'assurer qu'elles donneraient sans réserve à la Conférence future leur assentiment au Protocole signé à Constantinople entre l'Autriche-Hongrie et la Turquie; en présence de ces assurances formelles, le Cabinet de Vienne pourrait accepter un texte qui établirait „que la Serbie se soumettra à telle décision que les Puissances prendront par rapport à l'article XXV du traité de Berlin.“ M'étant réservé de Vous donner une réponse définitive à Votre proposition, j'ai l'honneur d'informer Votre Excellence que je suis disposé à entrer dans Sa manière de voir; j'accepte donc pour la note responsive serbe la modification appuyée par Votre Excellence à condition naturellement que les Puissances me fassent savoir préalablement, individuellement et par écrit qu'elles donneront en Conférence leur adhésion au Protocole de Constantinople. Pour faciliter l'échange de vues entre les Cabinets, je joins ci-près le texte d'une formule^{c)} qui pourrait à la Conférence servir de base aux déclarations concernant l'article XXV du traité de Berlin. Veuillez, Monsieur l'Ambassadeur, avoir la complaisance de porter ce qui précède à la connaissance de Sir Edward Grey et bien établir vis-à-vis de Son Excellence que la réponse que nous attendons directement de la Serbie, devrait, pour nous satisfaire, se conformer soit à notre première rédaction, soit au texte modifié qui se trouve sous ce pli.^{d)} Connaissant toute ma pensée sur le fond de la question, Votre Excellence n'a certainement pas manqué d'informer Sir Edward Grey de ma conviction que les conseils les mieux intentionnés des Puissances pour être efficaces devraient être accompagnés d'une déclaration catégorique que la Serbie, si elle refuse de se conformer à ces conseils, sera abandonnée à son sort.

a) Vgl. n. 1237, 1308, 1323, 1324, 1326, 1345, 1353, 1367, 1418. — b) Vgl. n. 1302. — c) Zweite Beilage. — d) Erste Beilage.

Erste Beilage zu n. 1313.a) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Aehrenthal).b)

La Serbie reconnaît qu'elle n'a pas été atteinte dans ses droits par le fait accompli créé en Bosnie-Herzégovine et qu'elle^{b)} se conformera par conséquent à telle décision que les Puissances prendront par rapport à l'article XXV du traité de Berlin. Se rendant aux conseils des Grandes Puissances la Serbie s'engage dès à présent à abandonner l'attitude de protestation et d'opposition qu'elle a observée à l'égard de l'annexion depuis l'automne dernier, et elle s'engage en outre à changer le cours de sa politique actuelle envers l'Autriche-Hongrie pour vivre désormais avec cette dernière

sur le pied d'un bon voisinage ... wie n. 1280 von „Conformément“ bis „menace à son adresse“. ...

^{a)} Vgl. n. 1345, 1353, 1367, 1418. — ^{b)} Von „se conformera“ bis „abandonner“ von Aehrenthal eigenhändig eingefügt.

Zweite Beilage zu n. 1313.^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Aehrenthal).

L'Autriche-Hongrie a communiqué aux Cabinets le Protocole signé à Constantinople le 26 Février dr. et dans lequel la Turquie reconnaît le nouvel état de choses créé en Bosnie-Herzégovine par la Proclamation de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique en date du 5 Octobre 1908. Les Puissances signataires du Traité de Berlin prennent, conformément au principe énoncé à la Conférence de Londres de 1871, acte de cette communication et déclarent aboli l'Article XXV du Traité de Berlin.

^{a)} Amtsvermerk (Musulin): „1. Dem deutschen Botschafter brevi manu mitgeteilt. 2. Mit Privatbrief vom 22. März Cartwright mitgeteilt.“ Die obige Fassung war ursprünglich in einem nicht abgegangenen Tel. nach London eingeschaltet, dessen durchgestrichener Text nach der Einschaltung folgendermassen lautete: „Wenn Sir Edward Grey seinen Einfluß in Petersburg in dem Sinne geltend macht, um die Annahme einer solchen „formule“ seitens Herrn Iswolskys zu sichern, würde er sich auf der gleichen Linie mit dem deutschen Kabinette befinden, da Fürst Bülow bereits Gelegenheit hatte, sich im Sinne meiner Aeußerungen zu Sir F. L. Cartwright gegenüber dem russischen Botschafter in Berlin auszusprechen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache dem Herrn Staatssekretär gegenüber.“ Der Wortlaut dieses nicht abgegangenen Telegrammes sollte auch nach Berlin mit einem ebenfalls nicht abgegangenen Tel. folgenden Wortlautes mitgeteilt werden: „Mit Bezug auf meinen Erlaß vom 12. I. M. Nr. 953 und auf Euer etc. Telegramm vom 14. I. M. Nr. 78 und zur Mitteilung an Fürsten Bülow.“ Diese Form der Mitteilung unterblieb und es trat die durch den eingangs zitierten Amtsvermerk Musulins vorgesehene an ihre Stelle. Vgl. übrigens n. 1259, 1345, 1394.

Nr. 1314. Tel. aus London, 22. März 1909 Nr. 44 (eing. 6 U. 15 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Premierminister, der gestern abends bei mir dinierte, sieht Situation jetzt viel hoffnungsvoller an als vorige Woche und ist namentlich hochofreut, den Meldungen Cartwright's zu entnehmen, dass Euer Exzellenz die Anregung Sir Edward Grey's in so günstiger Weise aufgenommen haben. Ich erwiderte, k. u. k. Regierung sei stets geneigt, Entgegenkommen zu zeigen, vorausgesetzt, dass Serbien definitiv jede Präension in Zusammenhang mit Annexion aufgebe und auch abrüste. Mr. Asquith meint, ein Krieg wäre beinahe ein Verbrechen zu nennen und er warne, dass, wenn es dazu käme, die öffentliche Meinung Europa's sich gegen uns stellen würde wie während des Burenkrieges gegen England, weil sie in ihrer Unkenntnis nur die Grossmacht gegen den Kleinstaat sieht und die Sympathien dem Schwächeren zugehen. ... *Deutsch-englische Flottenverhandlungen.* ...

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1340.

Nr. 1315. Tel. aus London, 22. März 1909 Nr. 45 (eing. 23. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe soeben Sir E. Grey gesprochen. Euer Excellenz kennen schon durch Cartwright die Einwendungen, die hier gegen den Entwurf Euer Excellenz für Erklärung der serbischen Regierung erhoben werden. Staatssekretär sagte mir, derselbe hätte ihn enttäuscht. Er anerkenne, dass frühere serbische Noten uns nicht befriedigen konnten, so namentlich „de continuer bon voisinage“. Er sei der Ansicht, man müsse von Serbien Erklärung erhalten, die inhaltlich befriedigend, in der Form tadellos und ohne Zweideutigkeit sei. Er hatte dies mit seinem Entwurfe^{b)} zu erreichen gehofft. Im Entwurfe Euer Excellenz^{c)} seien aber Entschuldigungen (apologies) Serbiens enthalten, die für das Königreich eine direkte Demütigung in sich schliessen. Eine indirekte Demütigung für die Mächte, hauptsächlich Russland, liege darin, dass dieselben von Serbien verlangen sollen, Annexion formell anzuerkennen, bevor Ratification der Signatarmächte ausgesprochen ist. Sir E. Greys Entwurf wäre von Mächten und von Serbien sofort angenommen worden, die Sache in 48 Stunden geregelt gewesen und man hätte dann innerhalb einer Woche die Annexion, türkisch-bulgarisches Übereinkommen und eventuell die Veränderungen des Artikels 29 ratifizieren können. Das Foreign Office arbeite nun an neuem Entwurfe,^{d)} hoffend, eine Form zustande zu bringen, die Euer Excellenz befriedigen könnte und substantiell alles von uns Verlangte enthalten würde, ohne Serbien und Russland zu demütigen. Falls dies nicht gelinge, erklärte Sir. E. Grey, nichts weiter tun zu können, was er sehr bedauern würde. Fortsetzung folgt. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1279, 1316. — ^{b)} n. 1252. — ^{c)} n. 1280. — ^{d)} n. 1302.

Nr. 1316. Tel. aus London, 22. März 1909 Nr. 46 (eing. 23. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung zu Telegramm Nr. 45 von heute. Ich habe auch Sir Charles Hardinge gesprochen, der mit Verfassung des Entwurfes betraut ist, den er morgen nach Wien zu schicken hofft. Bezüglich des Passus in Euer Exzellenz Entwurf „ayant appris l'arrangement survenu entre l'Autriche-Hongrie et la Turquie“^{b)} scheint es ihm schwer, dass serbische Regierung in einer Note sich auf ein Abkommen beziehe, das ihr nicht offiziell mitgeteilt worden ist. Was die Anregung Euer Exzellenz betrifft, dass die Mächte einzeln und schriftlich in Wien erklären, sie seien bereit, die Annexion zu ratifizieren, so glaubt Sir Ch. Hardinge, dass dies nur möglich wäre, wenn Euer Exzellenz gleichzeitig den Mächten die Zusicherung geben, dass k. u. k. Regierung ihre Zustimmung zur Aufhebung der durch Artikel 29 Montenegro auferlegten Restriktionen erteile. Sir Ch. Hardinge ist der Ansicht, dass in der Substanz kein eigentlicher Unterschied zwischen Standpunkt Euer Exzellenz und dem Sir E. Greys liege, sondern nur in der Form. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1324. — ^{b)} n. 1280.

Nr. 1317. Tel. aus London, 22. März 1909 Nr. 47 (eing. 23. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Sir Charles Hardinge sagte mir heute, Euer Excellenz hätten Cartwright Zusicherungen darüber gegeben, dass Angriff auf Serbien unsererseits nicht stattfinden werde und dass ich ermächtigt werden würde, dieselben bei Sir E. Grey zu widerholen. Hardinge würde Wert darauf legen, wenn von hier aus starke Pression auf Serbien ausgeübt werden soll, in der Lage zu sein, auf derartige formelle Erklärungen hinweisen zu können. Ich erbitte mir diesbezüglich genaue Weisungen, nachdem ich die im Telegramm No. 47 enthaltene Mitteilung über Euer Excellenz Unterredung mit Cartwright nicht als Auftrag aufgefasst habe, hier derartige Erklärung abzugeben. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1339.

Nr. 1318. Privatschreiben aus Sofia, 22. März 1909 (eing. 28. März).^{a)} Eigenh. Ausfert.

Nach der Unabhaengigkeits-Erklärung hatte Sich Fürst Ferdinand von jedem Contacte mit dem diplomatischen Corps zurückgezogen und vermied auch den Besuch von allen Veranstaltungen bei denen Er riskirt hätte, mit Diplomaten in Berührung zu kommen. Sogar den Hofchargen war es verboten worden in Diplomaten-Hausern zu verkehren, insolange das neue Königreich nicht anerkannt worden sei. Seit der Rückkehr des Fürsten aus Petersburg ist nun in dieser Haltung eine plötzliche Aenderung erfolgt, die wol nur den Zweck haben kann, der dort durchgesetzten „Behandlung mit königlichen Ehren“ eine möglichst grosse Bedeutung zu unterschieben, und sie Seinem Volke gegenüber zum Mindesten als eine de facto Anerkennung erscheinen zu lassen. So erschien, wenige Tage nach der Rückkehr des Fürsten aus Petersburg Ihre kön. Hoheit die Fürstin bei einem Wolthaetigkeitsfeste und sprach alle anwesenden Diplomaten an. Vor einigen Tagen fand im hiesigen Officiersclub ein Ball zu Gunsten des Rothen Kreuzes statt, welchen das Fürstenpaar mit Ihrer Anwesenheit beehrte und gelegentlich welchen auch der Fürst mit den anwesenden Diplomaten Cercle hielt. Hiebei machte S. kön. Hoheit allerdings bezüglich meiner Person insoferne eine Ausnahme, als Er, waehrend er die Vertreter der sogenannten Entente-Maechte in lange Conversationen zog, mich nur so im Vorübergehen mit ein paar nichtssagenden Bemerkungen abspeiste. Obwohl mir dieses Benehmen des Fürsten Ferdinand durchaus nicht unerwartet kam, glaube ich doch es Dir ergebenst signalisiren zu sollen, da es mir sehr bezeichnend erscheint, dass der Fürst es nicht der Mühe wert gehalten hat, in irgend einer Weise sein Bedauern über das jüngste durch Seinen Vertreter verursachte Wiener Missverständnis auszusprechen. Wenngleich mir persönlich die Gnade oder Ungnade Fürst Ferdinand's an und für sich unendlich gleichgiltig ist, so ist doch meine gegenwärtige Stellung hier, namentlich mit Rücksicht auf die geheimen Eröffnungen, die ich erst vor Kurzem dem Fürsten zu machen beauftragt war,^{b)} und von denen ausser Herrn Dobrowitch auch der Ministerpraesident und Herr Liaptcheff Kenntnis haben, und die nun seit der plötzlichen Schwenkung zu Russland

einfach ignoriert wurden, eine für mein *Amour propre* recht peinliche. Ich wäre Dir daher sehr dankbar, wenn Du — sobald es die Verhältnisse erlauben werden, mir ermöglichen würdest, den bulgarischen Staub von meinen Füßen zu schütteln. Ich glaube dass dies auch im Interesse des Dienstes wäre. Denn wenn ich auch zugeben muss, dass bei der gegenwärtigen Constellation, auch ein eventueller Nachfolger vorerst nicht viel Erspriessliches auszurichten in der Lage sein dürfte, so wird er doch nicht, in demselben Masse wie ich, durch die Vergangenheit gehandicaped sein. Abgesehen davon, dass der Fürst mir den „Budapester Affront“^{c)} noch nicht verziehen hat, ist es nur menschlich, dass Er Sich, mit Rücksicht auf die von Ihm scheinbar so günstig aufgenommenen, dann aber ohne ein Wort der Erklärung bei Seite geworfenen geheimen Eröffnungen, im Verkehre mit mir befangen und genirt fühlen muss. Dies Alles wäre einem neuen Manne gegenüber nicht der Fall und wird dieser — wenn einmal die Flitterwochen der neuesten russischen Intimität etwas verrauscht sind — leichter auf neuer, durch unangenehme Erinnerungen nicht unterwühlten Grundlage, ein besseres Verhältnis frisch aufzubauen in der Lage sein. Wenn ich mir erlaubt habe, in einem Momente, wo Du Vieles Wichtigeres zu thun hast, auch dieses Thema zur Sprache zu bringen, so liegt meine Entschuldigung in dem erwähnten demonstrativ unfreundlichen Benehmen des Fürsten mir gegenüber, welches natürlich nicht unbemerkt geblieben sein kann. Thurn.

^{a)} Vgl. n. 1440, 1679. — ^{b)} Vgl. n. 735. — ^{c)} Laut eigenh. Privatschreiben des Grafen Thurn vom 25. Sept. 1908 (nicht aufgenommen) hatte Fürst Ferdinand diesen „während der ganzen Dauer seines Budapester Séjours complet geschnitten“ und nur einige Minuten vor Abfahrt zur Seite genommen und „mit den heftigsten Klagen über die tiefe Kränkung und Beleidigung, die ihm angeblich durch Vorenthaltung des goldenen Vlieses zugefügt worden sei“, überschüttet. Vgl. über den Budapester Aufenthalt des Fürsten n. 87.

Tel. nach Berlin, 23. März 1909 Nr. 84 (chiffr. 8 U. a. m.). Siehe n. 1323.

Nr. 1319. Tel. nach Berlin, 23. März 1909 Nr. 85 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Kwiatkowski; V. Musulin und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramm vom 21. I. M., Nr. 98, betreffend die ausweichende Antwort, die Herr Iswolsky schließlich auf die deutsche Demarche erteilt hat, stimmt vollständig mit einer Meldung^{b)} überein, die mir am selben Tage seitens Graf Berchtolds über das Resultat der deutschen Intervention zugekommen ist. Ich hätte im Interesse der Friedenserhaltung gewünscht, daß das russische Kabinett auf die Anregung des Fürsten Bülow eingegangen wäre, obwohl ich diesbezüglich, wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramme vom 23. I. M.^{c)} wissen, wenig Hoffnung hatte. Nach der dilatorischen Antwort Iswolskys scheint es wohl nicht mehr möglich, die Idee des Herrn Reichskanzlers noch weiter im Auge zu behalten; dagegen wird der Konferenzgedanke in der Tittonischen begrenzten Formulierung jetzt mehr in den Vordergrund treten. Euer Exzellenz kennen die Gründe, die mir die Tittonische Anregung einer Konferenz mit eng begrenzter und bloß registrierender Aufgabe annehmbar und sogar praktisch erscheinen lassen. Jetzt, da der deutsche Vorschlag,

der allerdings vorzuziehen gewesen wäre, sich als undurchführbar erweist, wird Fürst Bülow den Konferenzgedanken in der italienischen Form vielleicht auch sympathischer finden, da er, wie bereits angedeutet, zumindest den Vorteil hat, ein gemeinsames Auftreten der Dreibundmächte auf Grund eines gemeinsamen Programmes herbeizuführen. In der Hoffnung, daß Fürst Bülow meinem Gedankengange zustimmt, würde ich großen Wert darauf legen, daß er auch Herrn Tittoni eine Mitteilung in diesem Sinne zukommen lasse. Erhalte eben Euer Exzellenz Telegramm Nr. 99 vom 22. I. M. Ich weise mit dem morgigen Kuriere Graf Lützow an,^{d)} auf Herrn Tittoni einzuwirken, daß er bei der Weiterführung seines Konferenzgedankens in enger Fühlungnahme mit uns und dem deutschen Kabinette vergehe.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1323, 1335, 1349. — b) n. 1304. — c) Wohl 21. März. Vgl. n. 1298. — d) Vgl. n. 1349.

Nr. 1320. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 23. März 1909 Nr. 151 (eing. 7 U. 15 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 22. d. M. No. 114. Hilmi Pascha hat die Mitteilung, welche ich ihm über die Aufnahme der Worte „concours efficace“ in den Text der Note machte, mit grossem Dank entgegengenommen, Ich wollte den Austausch der Note sofort vornehmen, der Großvezir bestand aber darauf, die für nächsten Samstag in Aussicht stehende Ankunft Rifaat Paschas abzuwarten, weil er ihm über sein Ansuchen versprochen habe, bis dahin zuzuwarten. Er stimmte mir darin bei, dass selbstverständlich an dem Texte der Note nichts geändert werden kann. Hilmi Pascha fügte hinzu, es sei ihm auch angenehm, dass die Sache noch solange in suspenso gehalten wird, bis das Protokoll in der Kammer angenommen sein wird. Er will nämlich eine gewisse Pression auf die albanesischen Deputierten ausüben, indem er ihnen erklären wird, er sei wohl im Principe in der Frage des Sandjaks schon mit dem Wiener Kabinett einig, dasselbe mache aber seine definitive Zustimmung von der Votierung des Protokolles abhängig. Der eigentliche Grund scheint mir der zu sein, dass Hilmi Pascha sich nicht traut, vor der Votierung des Protokolles in einer Frage, welche mit derselben im Zusammenhange steht, irgend etwas definitives zu unternehmen. Ich habe bei Hilmi Pascha den Präsidenten der parlamentarischen Kommission für äussere Angelegenheiten angetroffen. Derselbe bat mich um einige Aufklärungen, damit er einzelne noch schwankende Kommissionsmitglieder beruhigen könne. Er sagte mir, dass seiner Überzeugung nach das Protokoll im Parlament mit einer ziemlich grossen Majorität akzeptiert werden wird. Auch der Grossvezir bat mich, Euer Exzellenz zu melden, dass er auch glaube, dass nichts zu befürchten sei. Wie mir Gabriel Effendi, den ich später sah, sagte, will er sowie auch der Kommissionspräsident heute dahin arbeiten, damit die Verhandlung im Plenum morgen stattfinde. Der Minister erklärte mir auch, er werde alles tun, damit die Sache in einer Sitzung abgetan werde.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1489.

Nr. 1321. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 23. März 1909 Nr. 152 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes No. 145 vom 21. d. M. Wie mir Gabriel Effendi mitteilt, hat der hiesige serbische Gesandte ihm gestern die neueste Erklärung in Betreff des Sandschaks von Novi Bazar übermittelt. Von anderer Seite erfahre ich, dass Montenegro eine ähnliche schriftliche Erklärung abgegeben haben soll. Pallavicini.

Nr. 1322. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 23. März 1909 Nr. 153 (eing. 6 U. 10 M. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Gabriel Effendi sagte mir heute, er habe den türkischen Gesandten in Belgrad angewiesen, auf die serbische Regierung einzuwirken, damit dieselbe sich den erwarteten Ratschlägen der Grossmächte füge. Aus Berichten Azarian Effendis aus Belgrad sowie aus einer ihm gegenüber gestern getanen Äusserung des Herrn Nenadović habe er den Eindruck, dass man in Belgrad endlich zur Vernunft komme. Pallavicini.

Nr. 1323. Tel. nach London Nr. 52 (1), Berlin Nr. 84 (2) und St. Petersburg Nr. 72 (3), 23. März 1909 (chiff. 8 U. a. m.).^a) Konz. (S. Mat-scheko; V. u. G. Aehrenthal).

1.—3. Zu meinen Telegrammen vom 19. 1. Mts., No.

1. 47 und 48.

2. 77 und 78.

3. 66 und 67.

1.—3. Sir F. L. Cartwright, der den ihm von mir übergebenen Entwurf einer serbischen Erklärung^b) nach London telegraphiert hatte, ist vorgestern am 21. 1. Mts., wieder bei mir erschienen, um mir eine Modifikation des ersten Alineas der vorerwähnten Erklärung im Namen Sir E. Greys vorzuschlagen. Der Botschafter übergab mir den Text einer von der serbischen Regierung uns zu gebenden Erklärung,^c) die mit einer früheren Anregung des Londoner Kabinettes nahezu identisch war und von mir wegen ihrer unbefriedigenden ganz allgemeinen Fassung nicht angenommen wurde. Hierauf suggerierte der englische Botschafter den Gedanken, um den Mächten ihre vermittelnde Aufgabe in Belgrad zu erleichtern, in dem ersten Alinea unserer Redaktion eine andere Motivierung für die Änderung der serbischen Politik der Monarchie gegenüber anzuführen. Zufolge dieser Anregung könnte dieses erste Alinea folgendermaßen lauten: ... *wie erste Beilage zu n. 1313 von „La Serbie reconnait“ bis „voisinage“*... Diese Modifikation ist aber von Sir F. L. Cartwright unter der ausdrücklichen Voraussetzung vorgebracht worden, daß die Mächte als Äquivalent für unser Entgegenkommen auch ihrerseits ein Stück Weges uns entgegenkommen und dem Wiener Kabinette die Versicherung schriftlich und einzeln erteilen, daß sie auf der künftigen Konferenz das Konstantinopler Protokoll sanktionieren würden. Um mein aufrichtiges Bestreben, den Frieden zu erhalten, zu dokumentieren, habe ich mich bereit erklärt, den Cartwrightschen

Gedanken unter der von ihm selbst formulierten Bedingung zu akzeptieren. Vorstehendes zu Ihrer Information.

1. und Regelung Ihrer Sprache.

2. und Mitteilung an den Herrn Reichskanzler. Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 112 Nr. 156. Vgl. n. 1313, 1319, 1324, 1325, 1336, 1351, 1364. — ^{b)} n. 1280. — ^{c)} n. 1302.

Nr. 1324. Tel. nach London, 23. März 1909 Nr. 53 (chiff. 11 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramme vom 22. 1. M., No. 45 und 46, erhalten. Aus meinem heutigen Telegramme No. 52 wissen Euer Exzellenz, welcher Text einer von Serbien uns zu gebenden Erklärung dem englischen Kabinett jetzt vorliegt. Wenn der Herr Staatssekretär von meinem ersten Entwurfe sagt, daß er ihn enttäuscht hätte, so kann ich nur meinerseits bekennen, daß für mich die proponierte Textierung des englischen Kabinettes auch eine Enttäuschung gewesen sei. Ich kann auch mein Erstaunen darüber nicht verschweigen, daß Sir Edward Grey so wenig die verborgenen Grundlagen des ganzen Problems erkennt. Ich vermag in meiner Textierung den Versuch einer Demütigung weder für Serbien noch für Rußland zu erblicken. Ich habe ganz im Gegenteil dem Königsreiche durch mein Eingehen auf die Cartwrightsche Formel geradezu goldene Brücken zum Rückzuge gebaut. Sir Edward Grey scheint sich nicht Rechenschaft davon zu geben — Euer Exzellenz können dies nicht nachdrücklich genug betonen — daß die provozierende Haltung Serbiens vom Anbeginn der Krise an auf die Stellungnahme des russischen Kabinettes zurückzuführen ist, das seinerzeit das bekannte Schlagwort von den territorialen Kompensationen geprägt hatte. Was wir in unserem Verhältnisse zu Serbien verlangen, ist eine Umkehr der serbischen Politik, nicht aber eine bloße replâtage des bestehenden Gegensatzes. Wenn Sir Edward Grey wirklich im Interesse einer friedlichen Entwicklung am Balkan wirken will, hat er jetzt die beste Gelegenheit dazu; seiner Autorität und seinem Einflusse könnte es gelingen, Rußland zu einer unzweideutigen Stellungnahme zu bewegen und Serbien zur Abgabe einer uns befriedigenden, den Frieden sichernden Erklärung zu veranlassen. Wir können unter keinen Umständen die Hand dazu bieten, daß zwischen uns und Serbien eine offene Frage bestehen bliebe, was zweifelsohne der Fall wäre, wenn wir nicht von Belgrad aus eine die unzweideutige Umkehr der serbischen Staatsmänner dartuende Antwort erhielten. Zu Ihrem Telegramme No. 46 muß ich ausdrücklich bemerken, daß Sir Charles Hardinge im Irrtum ist, wenn er meint, die Anregung, daß die Mächte in Wien einzeln und schriftlich erklären sollten, sie seien bereit, die Annexion zu ratifizieren, sei von mir ausgegangen; Euer Exzellenz ist aus meinem eingangs bezogenen Telegramme bekannt, daß es Sir F. L. Cartwright war, der diese Anregung im Zusammenhange mit der von ihm vorgeschlagenen Modifikation des ersten Alineas meines Erklärungsentwurfes gemacht hat. Die Frage des Artikels XXIX des Berliner Vertrages habe ich heute dem englischen Botschafter, der sie ebenfalls zur Sprache brachte, im Detail

auseinandergesetzt und ihn darüber aufgeklärt, daß es sich nur um das Fallenlassen jener Bestimmungen des genannten Artikels handeln könne, welche eine Einschränkung der montenegrinischen Souveränität uns gegenüber beinhalten. Ich habe hinzugefügt, daß die Sache ziemlich kompliziert sei und daß noch Pourparlers zwischen den Mächten notwendig sein würden, um die formale zu finden, mit der diese Angelegenheit vor die eventuelle Konferenz gebracht werden könnte. Bei seinem heutigen Besuche hat mir der englische Botschafter auch wieder eine neueste englische Fassung einer serbischen Erklärung mitgeteilt, die sich mit meinem Telegramme an Euer Exzellenz No. 46 gekreuzt hat. Es finden sich in diesem völlig unannehmbaren Entwurfe so naive Stellen, daß ich mich nicht enthalten konnte, zu Sir F. L. Cartwright zu bemerken, dieser Entwurf scheine mir eher im Belgrader Auswärtigen Amte, als im Foreign Office verfaßt worden zu sein.^{b)} Die Situation ist jetzt die folgende: Ich erwarte eine Antwort Sir Edward Greys auf die letzten Mitteilungen, die Sir F. L. Cartwright ihm in meinem Namen zu machen in der Lage war. Das englische Kabinett hat zwei Fassungen einer uns befriedigenden serbischen Erklärung zu seiner Verfügung: Meinen ersten Text^{c)} und jenen, mit der von mir unter einer bestimmten Voraussetzung akzeptierten Modifikation Sir F. L. Cartwrights.^{d)} Euer Exzellenz wollen in Ihren Unterredungen mit Sir Edward Grey und Sir Charles Hardinge mit allem Nachdrucke betonen, daß zu weiteren Verhandlungen über eine serbischerseits uns zu gebende Erklärung nur eine dieser beiden Textierungen die Grundlage bilden könnte. Ein Zurückgreifen auf frühere von uns bereits abgelehnte Vorschläge wäre also nicht geeignet, die Schwierigkeiten der Situation zu beheben. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1333, 1341, 1364, 1366, 1397. — ^{b)} Dieser englische Entwurf liegt nicht bei. In einer zusammenfassenden Aufzeichnung des Hof- und Ministerialsekretärs Franz Freiherrn von Matscheko über diese Verhandlungen heißt es darüber: „Dieser Entwurf enthielt zwar einen aus unserer ersten Textierung herübergenommenen Passus über die Abrüstung Serbiens, schloß sich aber im übrigen enge an den Gedankengang der ersten, von uns bereits abgelehnten englischen Redaktion an. Da in dem Entwurfe überdies, gewissermaßen um die Zurücknahme der militärischen Maßnahmen Serbiens zu begründen, von der formellen Versicherung Österreich-Ungarns gesprochen wird, Serbien gegenüber keinerlei aggressive Absichten zu verfolgen und der normalen Entwicklung der serbischen Armee nichts in Weg legen zu wollen, so wurde er vom Minister als unzulänglich und unannehmbar zurückgewiesen.“ Vgl. n. 1325, 1352. — ^{c)} n. 1280. — ^{d)} Erste Beilage zu n. 1313.

Nr. 1325. Tel. aus London, 23. März 1909 Nr. 48 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Sir Charles Hardinge liess mich heute nachmittags in das Foreign Office bitten und übergab mir den Entwurf zur serbischen Note, den Euer Exzellenz heute durch Cartwright erhalten dürften.^{b)} Da mir eben das heutige Telegramm Nr. 52 zugekommen war, verhehlte ich Unterstaatssekretär nicht, dass ich geglaubt hätte, Cartwright hätte sich mit Euer Exzellenz über den Text geeinigt. Hardinge erwiderte, diese Formulierung würden einige Mächte nicht annehmen und würde auch Serbien nur aufgezwungen werden können, möglicherweise durch Ultimatum, wahrscheinlich nur durch Krieg. In jetziger englischer Redaktion hofft man, in Substanz

alles von Euer Exzellenz Verlangte zu geben, ohne Serbien zu demütigen. Ich bezog mich auch darauf, dass Euer Exzellenz in eine Modifikation Hochderen Entwurfes nur unter ausdrücklicher Bedingung eingewilligt hätten, dass Mächte uns Zusicherung der Sanktionierung des Konstantinopeler Protokolles auf Konferenz geben. Sir Ch. Hardinge erklärte, es sei sicher, dass keine Macht Annexion in Frage stellen werde, die verlangte Zusicherung im Voraus wäre aber nicht zu erreichen, wenn nicht auch unsererseits Zusicherung bezüglich des Artikels 29 gegeben werde. Ich begab mich zu Sir E. Grey in das Parlament. Fortsetzung folgt. Mensdorff.

a) Vgl. n. 1326, 1364, 1366. — b) Vgl. n. 1324 Anm. b.

Nr. 1326. Tel. aus London, 23. März 1909 Nr. 49 (eing. 24. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung zu Telegramm No. 48. Sir Edward Grey sagte mir, das erste Alinea des von Euer Exzellenz vorgestern Cartwright gegebenen Textes^{b)} hätte noch so sehr Charakter einer Abbitte, daß man ihn nicht Serbien aufzwingen und wohl auch nicht Rußlands Einwilligung dazu durchsetzen könnte. Greys Textierung, die nach seiner Ansicht inhaltlich alles gibt, würde er in Serbien durchsetzen können und hoffentlich auch bei Herrn Iswolsky, von dem er noch keine diesbezügliche Antwort hatte. Er gab zu verstehen, dass er sich für diese hier redigierte Note stark einsetzen würde. Er tue sein Möglichstes und könne weiter nichts machen. Wenn seine jetzige Aktion misslingt, betrachtet er seine Aufgabe als beendet, werde aber gezwungen sein, seine Vorschläge in Form von Blaubuch zu veröffentlichen, um englische Politik vor dem Parlamente zu rechtfertigen. Fortsetzung folgt. Mensdorff.

a) Vgl. n. 1327, 1329, 1364. — b) n. 1313 erste Beilage.

Nr. 1327. Tel. aus London, 23. März 1909 Nr. 50 (eing. 24. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung zu Telegramm Nr. 49. Ich brachte Sir E. Grey auf die Frage, dass die Mächte schriftlich und einzeln die Versicherung erteilen, dass sie auf der künftigen Konferenz das Konstantinopeler Protokoll annehmen. Staatssekretär meinte, dass ihm dies nur möglich schiene, falls unsererseits gleichzeitig die Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens, und der Abänderung des Artikels 29 zugesichert würde. Ersteres würde Russland, letzteres Italien verlangen. Schon anlässlich der Beantwortung unserer Notifikation des Konstantinopeler Protokolles habe italienische Regierung angeregt, gleichzeitig Abänderung des Artikels 29 vorzubringen. Er glaube, die drei Punkte: Annexion, Unabhängigkeit Bulgariens und Artikel 29 müssten gleichzeitig geregelt werden. Ich erwiderte, dass ich nicht bestreite, dass diese drei Punkte bei der Konferenz oder dem Notenaustausche gleichzeitig behandelt werden sollen; dass es sich hier aber darum handle, uns eine Zusicherung zu geben, dass die Zustimmung zum Konstantinopeler Protokolle bei der Konferenz gegeben werden wird. Fortsetzung folgt. Mensdorff.

a) Vgl. n. 1328, 1334, 1364.

Nr. 1328. Tel. aus London, 23. März 1909 Nr. 50 bis (eing. 24. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes No. 50. Sir E. Grey versicherte, dass keine Macht sich der Annexion widersetzen würde und dass er sich auch nicht dazu hergeben würde, eine solche veränderte Haltung zu unterstützen. Ich entgegnete, dass es sich nicht um ihn, sondern Minister anderer Staaten handle und spielte auf einige der merkwürdigen Verzögerungen russischer Instruktionen in Belgrad an, die ich schon unlängst berührt und von denen er auch durch Grafen Metternich gehört hatte. Grey kommt immer darauf zurück, dass Zusicherung der Anerkennung der Annexion nicht einzeln gegeben werden könne und dass diese Frage nur gleichzeitig mit Unabhängigkeit Bulgariens und Artikel 29 behandelt werden kann. Für eine möglichst rasche vollständige Regelung aller drei Fragen ist er allerdings sehr eingenommen und ich glaube nicht, dass er auf Konferenz bestehen würde, wenn dasselbe Ziel durch Notenaustausch erreicht werden könnte. Es ist mir unbekannt, wie Euer Exzellenz letzten englischen Entwurf beurteilen und ich weiss auch nicht, wie Hochdieselben sich zur Abänderung des Artikels 29 stellen. Unter gewissen Umständen könnte aber vielleicht eine Zusicherung unsererseits bezüglich Unabhängigkeit Bulgariens und Artikel 29 den Gang aller Verhandlungen beschleunigen und Regelung des ganzen Fragenkomplexes durch blossen Notenaustausch fördern.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1341, 1364.

Nr. 1329. Tel. aus Rom, 23. März 1909 Nr. 71 (eing. 6 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramme No. 50 bis 55.^{b)} Minister des Äussern sagte mir heute, er habe den Eindruck, dass Serbien nahezu jede ihm von den Mächten proponierte Formel einer Erklärung akzeptieren würde. Es könne daher nur bedauert werden, dass in London gegen den von Euer Excellenz proponierten Text (Telegramm Euer Excellenz No. 50 vom 19. d. M.) Bedenken erhoben würde. Haltung der englischen Regierung sei ihm übrigens während der ganzen Krise unklar, mitunter nahezu unverständlich vorgekommen. Im Übrigen zweifle er nicht, dass man sich schliesslich über eine Formel einigen werde, doch sei es schade um die durch englische Skrupel verlorene Zeit. Tittoni schien einermassen überrascht, dass russische Regierung die von ihm eskomptierte ablehnende Antwort auf Fürst Bülow's Schritt (Euer Excellenz Telegramm No. 55 von vorgestern) noch nicht erteilt habe. Betreffend Montenegro habe ich ihm neuerdings wiederholt, dass von einer Gebietsabtretung unter keinerlei Modalitäten die Rede sein könne. Er betonte bei diesem Anlasse von Neuem, welche Bemühungen der Fürst gemacht habe, um seine ungeberdigen Untertanen im Zaum zu halten.

Lützow.

^{a)} Vgl. n. 1326, 1330. — ^{b)} Tel. Nr. 52—54 nicht aufgenommen.

Tel. nach St. Petersburg, 23. März 1909 Nr. 72 (chiffr. 8 U. a. m.). Siehe n. 1323.

Nr. 1330. Tel. aus Belgrad, 24. März 1909 Nr. 143 (eing. 3 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Mein italienischer Kollege teilt mir mit, dass englischer Gesandter vor 3 oder 4 Tagen den von Sir E. Grey proponierten Text für die serbische Antwort^{b)} (Telegramm des Grafen Mensdorff No. 39 und Telegramm Euer Excellenz an den k. u. k. Botschafter in London No. 47 vom 19. d. Mts.) vertraulich dem Minister des Äussern gezeigt habe. Letzterer erklärt, dass die serbische Regierung diesen Text, falls die Mächte es wünschen, sicherlich akzeptieren werde. Englischer Gesandter habe den Eindruck gewonnen, dass serbische Regierung auf einmütigen Ratschlag der Mächte auch eine weitergehende Erklärung abgeben werde. Auf Anfragen meiner Kollegen bezeichnete ich den bewussten englischen Text als meiner persönlichen Meinung nach der Sachlage nicht angepasst und ganz ungenügend, um eine wirkliche Umkehr der serbischen Regierung von ihrer bisherigen und jetzigen Politik zu beweisen.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1308, 1329, 1352. — ^{b)} n. 1252.

Nr. 1331. Tel. aus Belgrad, 24. März 1909 Nr. 144 (eing. 5 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Auf eine vor zwei Tagen gestellte Interpellation, warum Serbien österreichisch-ungarische militärische Massnahmen nicht zu seinem Schutz durch Mobilisierung erwidere, antwortete Ministerpräsident soeben in der Skupschtina in folgendem Sinne: Serbische Regierung habe ihren Standpunkt in der Zirkularnote,^{a)} welche ausser in Wien und Berlin überall befriedigt habe, dargelegt. An diesen zwei Orten seien einzelne Ausdrücke beanständet worden, obwohl dieselben weder mit der Friedensliebe Serbiens noch mit dessen Vertrauen in die Gerechtigkeit der Mächte im Widerspruch gestanden sind. Auf Basis der Zirkularnote habe sich Serbiens letzte Antwort an Österreich-Ungarn bewegt, ebenso wie die neue Aktion der Serbenfreundlichen Mächte, welche die Ordnung des erwähnten formellen Missverständnisses bezwecke. Alle Grossmächte wirken für die Erhaltung des Friedens und da dieselben das europäische Gericht sind, ohne welches nichts abgeschlossen werden kann, hat sich Serbien mit der vollsten Aufrichtigkeit auf sie gestützt. Der Glaube der Grossmächte an die Erhaltung des Friedens sei so stark, dass sie den Wunsch ausgesprochen haben, Serbien solle seine Friedensliebe dadurch dokumentieren, dass es nicht mobilisiere, obwohl davon gesprochen wird, dass Österreich-Ungarn dies tue und es scheint, als ob Serbien das Recht erworben habe, mit ähnlichen Schritten zu erwidern. Fortsetzung folgt.

Forgách.

^{a)} n. 1160.

Nr. 1332. Tel. aus Belgrad, 24. März 1909 Nr. 145 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes No. 144. Die Regierung sieht der Demarche der Mächte zur Klärung des österreichisch-ungarisch-serbischen

Missverständnisses mit dem grössten Vertrauen entgegen. Sie hat daher dem Wunsche der Mächte, von einer Mobilisierung abzusehen, Rechnung getragen. Die Regierung hat Grund anzunehmen, dass ihre Friedensliebe und ihr Eingehen auf die Wünsche der Grossmächte von denselben gewürdigt und gute Früchte tragen werde. Der Interpellant, der bekannte Königsmörder Oberst Misić, war mit der Antwort nicht zufrieden, worauf Ministerpräsident noch einige Worte sagte, dass der Interpellant vielleicht Recht hätte, wenn Österreich-Ungarn und Serbien sich allein gegenüberstünden, aber es gebe noch ein drittes, nämlich die Mächte, welche einerseits Österreich-Ungarn gegen einen Angriff Serbiens, anderseits Serbien gegen einen Angriff Österreich-Ungarns garantieren. Diese Rede bestätigt leider alle meine Meldungen, dass Serbien sich noch nur^{a)} hinter die Mächte versteckt, uns aber jede direkte genügende Erklärung verweigern will. Auch meine aus geheimer Quelle geschöpfte Information (Telegramm No. 141 vom 22. d. Mts.), dass Ministerrat beschlossen habe, zwar Skupschтина-Resolution aufzugeben, (aber)^{b)} an dem von uns beanstandeten Standpunkte der Zirkularnote festhalten wolle, scheint sich zu bestätigen.

Forgách.

a) So! — b) Chiffre fehlt.

Nr. 1333. Tel. nach Berlin Nr. 87 (1) und St. Petersburg Nr. 75 (2), 24. März 1909 (chiff. 9 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

1. Euer Exzellenz Telegramm vom 23. l. M., Nr. 102^{b)} erhalten.

1. und 2. Herr von Tschirschky hat mir heute die von Euer Exzellenz mit Telegramm vom 21. d. M., Nr. 98 (1), 99 (2)^{c)} signalisierte ausweichende Antwort Herrn Iswolskys auf den Schritt, den Fürst Bülow in Petersburg unternommen, und ebenso die neuerlichen Instruktionen des Grafen Pourtalès mitgeteilt, welche im Wesen darauf hinauslaufen, er möge Herrn Iswolsky an die Wand drücken und dem russischen Minister, wenn dieser zu einer klaren und bündigen Antwort wieder nicht zu bewegen sein sollte, erklären, daß das deutsche Kabinett sich desinteressieren und den Dingen ihren Lauf lassen würde. Fürst Bülow ist, wie Herr von Tschirschky weiters mitteilte, der Ansicht, daß die Annahme seines Vorschlages in Petersburg auch eine günstige Rückwirkung auf die Dispositionen des englischen Kabinettes bei seiner die serbische Erklärung betreffenden vermittelnden Aktion in Wien ausüben würde. Was diese Aktion selbst anlange, meine Fürst Bülow, es wäre nicht in unserem Interesse, sie zu lange fortzuspinnen.

1. Ich habe hierauf den deutschen Botschafter im Sinne des letzten Alineas meines heutigen Telegramms^{d)} aufgeklärt und hinzugefügt, daß nach dem wahrscheinlich bald bevorstehenden Schlusse unserer Konversation mit dem englischen Kabinett unsere Antwort auf die serbische Note voraussichtlich schon Samstag den 27. l. M. in Belgrad übergeben werden würde.

2. Ich habe hierauf den deutschen Botschafter dahin aufgeklärt, daß sich in unseren Verhandlungen mit dem englischen Kabinett fortwährend Schwierigkeiten ergeben, und daß ich die Absicht hätte, falls nicht bis

dahin eine glatte Annahme einer meiner beiden Textierungen englischerseits erfolge, dem englischen Botschafter bei unserer nächsten Begegnung mitzuteilen, daß ich die Konversation mit dem englischen Kabinette für abgeschlossen erachte. Abschließend bemerkte ich zu Herrn von Tschirschky, daß in dem vorerwähnten Falle unsere Antwort auf die serbische Note voraussichtlich schon Samstag den 27. d. M. in Belgrad übergeben werden würde.

1. und 2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1309, 1324, 1334, 1351. — b) Teilt mit, Iswolsky habe dem Grafen Pourtalès zugesagt, „die verlangte Antwort demnächst zu erteilen, doch müsse er vorher noch die Befehle Kaiser Nikolaus einholen.“ — c) Wohl irrig für Nr. 59. — d) n. 1334.

Nr. 1334. Tel. nach Berlin, 24. März 1909 Nr. 88 (chiffr. 9 U. 20 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Herr von Tschirschky ist heute bei mir erschienen, um mir mitzuteilen, Fürst Bülow sei davon überrascht gewesen, daß ich die von Sir F. L. Cartwright proponierte Modifikation des ersten Alineas meines Entwurfes einer serbischen Erklärung mit der Bedingung angenommen hätte, daß wir von den Mächten einzeln und schriftlich die Zusicherung erhielten, daß sie auf einer Konferenz die Abrogierung des Artikels XXV des Berliner Vertrages sanktionieren würden. Fürst Bülow sieht in der Stellung dieser Bedingung die Annahme des Konferenzgedankens und befürchtet, daß die Mächte durch die Formulierung inakzeptabler Konferenzbedingungen ihr Anerkennungsversprechen illusorisch machen könnten; auch besorge der Herr Reichskanzler, daß die mit unserer Zustimmung in Petersburg unternommene deutsche Aktion durch die Sir F. L. Cartwright gemachten Eröffnungen gegenstandslos werden könnte. Ich habe dem deutschen Botschafter erklärt, daß ich — wie ich es ja mit ihm vor Erteilung meiner Antwort an den englischen Botschafter eingehend besprochen hätte — ein eminentes Interesse daran besäße, daß die Mächte mir in dem jetzigen Augenblicke schriftlich ihre Zustimmung zu der späteren formellen Anerkennung der Annexion aussprechen. Derselbe Gedanke sei bekanntlich der Message zu Grunde gelegen, mit der ich (siehe meinen Erlaß vom 10. März l. J., No. 887) im Anfang dieses Monats Graf Berchtold für Herrn Iswolsky beauftragt hatte. Auch die deutsche Demarche verfolge ja ebenfalls den gleichen Zweck. Was das Bedenken des Fürsten Bülow anbelange, daß ich in meiner Antwort an den englischen Botschafter gewissermaßen den Konferenzgedanken akzeptiert hätte, so möchte ich bemerken, daß ich mich von allem Anfang an nicht prinzipiell ablehnend gegen denselben verhalten habe. Ich habe aber immer betont und war darin mit dem deutschen Kabinette einig, daß ich die Konferenz nur mit einem streng limitierten Programme annehmen würde. Die Befürchtungen des Herrn Reichskanzlers, daß die Mächte ihre mir gegebenen Zusicherungen durch die Stellung unannehmbarer Konferenzbedingungen hinfällig machen könnten, vermag ich nicht zu teilen, da die Mächte unter allen Umständen ein Interesse an der Bereinigung der bulgarischen Frage und jener des Artikels XXIX

besitzen, eine Bereinigung, die nur im Wege eines Notenaustausches oder einer Konferenz erfolgen könnte; im äußersten Falle hätte ich die schriftlichen Zusicherungen der Mächte in der Tasche, deren moralische Kraft immer aufrecht bliebe.

Ich habe Herrn von Tschirschky schließlich gesagt, daß ich sehr bedauerte, wenn in Berlin der Eindruck bestünde, als ob ich durch mein Entgegenkommen dem englischen Kabinett gegenüber nicht parallel mit der deutschen Demarche in Petersburg vorgegangen wäre; da übrigens das englische Kabinett fortwährende Schwierigkeiten mache, würde ich, falls nicht bis dahin eine glatte Annahme einer meiner beiden Textierungen englischerseits erfolge, dem englischen Botschafter bei unserer nächsten Begegnung mitteilen, daß ich meine Konversation mit dem englischen Kabinett für abgeschlossen erachtete. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Verwertung beim Herrn Reichskanzler. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1327, 1333, 1335, 1342, 1351.

*Nr. 1335. Tel. aus Berlin, 24. März 1909 Nr. 103 (eing. 3 U. 10 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Als ich heute beim Staatssekretär vorsprach, um ihm Inhalt Euer Excellenz Telegrammes No. 85 von gestern mitzuteilen, empfangt er mich mit der soeben aus Petersburg eingetroffenen Nachricht, Iswolsky habe dem Grafen Pourtalès Erklärung abgegeben, das russische Kabinett sei bereit, der österreichisch-ungarisch-türkischen Abmachung son adhésion formelle sans réserve zu erteilen. Fortsetzung folgt. Szögyény.

a) Oe.-U. Bosnien 113 Nr. 157. Vgl. n. 1334, 1336, 1351.

*Nr. 1336. Tel. aus Berlin, 24. März 1909 Nr. 104 (eing. 7 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Vertraulich. Fortsetzung des heutigen Telegrammes No. 103. Herr von Tschirschky wird heute telegrafisch beauftragt, Euer Excellenz Wortlaut der von Iswolsky dem Grafen Pourtalès abgegebenen Erklärung mitzuteilen.^{b)} Euer Excellenz Zustimmung voraussetzend, beabsichtigt Reichskanzler, sich telegrafisch auch an die anderen Mächte zu wenden, und sie aufzufordern, dass sie nach zustimmender Kenntnisnahme des Protokolles,^{c)} in welchem die Anerkennung der neuen Rechtslage in Bosnien und der Herzegowina enthalten ist, sich mit der Ausserkraftsetzung des Artikels 25 des Berliner Vertrages einverstanden erklären (Erlass No. 953 vom 12. dieses Monats). Zugleich ist deutscher Botschafter angewiesen, Euer Exzellenz zu ersuchen, insolange Antwort der Mächte nicht eintrifft, die Verhandlungen mit England (Telegramm Euer Exzellenz 84 von gestern) zu keinem Abschlusse gelangen zu lassen. Staatssekretär, und wie er mir versichert, auch der Reichskanzler, sind über die erfolgte, nach ihrer Ansicht günstige Wendung sehr befriedigt und geben sich der Hoffnung hin, dass die bosnische Frage nunmehr durch einen Notenaustausch aus der Welt geschafft und die von ihnen immer ...^{d)} Konferenzidee endgiltig ausgeschaltet werden könne. Pourtalès telegraphiert, Iswolsky sei in einer sehr gedrückten

Stimmung und habe ihn versichert, es habe ihm grosse Überwindung gekostet, der deutschen Anregung Folge zu geben. Szögyény.

a) Oe.-U. Bosnien 114 Nr. 158. Vgl. n. 1346, 1349. — b) n. 1337. — c) n. 1064. — d) Chiffre fehlt.

Nr. 1337. Notiz der Deutschen Botschaft in Wien. Ohne Datum. (24. März 1909).a) Ausfert.

Nach Einholung der Befehle Seiner Majestät des Kaisers Nicolaus unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Zarskoeselo hat Herr Iswolsky dem Kaiserlichen Botschafter in St. Petersburg mitgeteilt, dass die Kaiserlich Russische Regierung für den Fall, daß das Wiener Kabinett eine Anfrage an die Mächte in dem verabredeten Sinne richten würde, „ne manquera pas d'y répondre en donnant sans réserve son adhésion formelle à cette demande.“ Ich bitte, Herrn Baron Aehrenthal zu sagen, daß wir nunmehr sein Einverständnis dazu voraussetzen würden, daß wir bei den anderen Mächten eine analoge Demarsche wie in St. Petersburg machen. Die Note, welche von Baron Aehrenthal an die Mächte zu richten wäre, würde nach dem Dafürhalten der Kaiserlichen Regierung etwa zu lauten haben: Österreich-Ungarn hat den Mächten seine Abkommen mit der Türkei mitgeteilt und ersucht nunmehr die . . . Regierung um ihre Zustimmung zur Aufhebung des Artikels 25. Der Kaiserlichen Regierung würde es erwünscht sein, wenn ihr baldigst der Wortlaut derjenigen Note, welche Baron Aehrenthal an die Mächte richten wird, mitgeteilt und die Spezialverhandlungen mit England bis zum Eingang der Antwort der Mächte hingezogen würden.

a) Vgl. G. P. XXVI/2 S. 702, Nr. 9468 und n. 1336, 1346.

Erlaß nach Konstantinopel, 24. März 1909 Nr. 1115. Siehe n. 1345.

Nr. 1338. Bericht aus Konstantinopel, 24. März 1909 Nr. 24 A (eing. 28. März).a) Ausfert.

Geheim. In der Anlage^{b)} beehre ich mich Euer Excellenz die vom interimistischen Minister des Äußern Gabriel Effendi unterzeichnete Declaration, betreffend das Durchfuhrverbot serbischen Kriegsmaterials durch türkisches Territorium ergebenst zu unterbreiten. Pallavicini.

a) Vgl. n. 1293, 1433. — b) Beilage.

Beilage zu n. 1338. Note des türkischen Ministeriums des Äußern an den Botschafter in Konstantinopel, 20. März 1909 Nr. G¹ 77048 S¹ 38. Ausfert.

Sur la demande que Votre Excellence veut bien me formuler, je m'empresse de Lui déclarer qu'en présence de l'agitation croissante en Serbie, le Gouvernement Impérial Ottoman, dans l'intérêt du maintien de la paix générale, ne permettra pas à partir de ce jour et tout autant que durera la situation anormale actuelle, le débarquement dans les ports de l'Empire et le transit à travers le territoire Ottoman de tout envoi d'armes et d'accessoires d'armes, de munitions de guerre et de matériel pour la

fabrication ainsi que de matières explosibles à destination directe ou indirecte de la Serbie. Il est entendu qu'exception sera faite pour les articles transportés par deux bateaux et qui se trouvent déjà à Salonique ou en route et dont le passage a été déjà accordé, sauf toutefois les fusils et cartouches et matières explosibles dont le passage ne sera également pas permis. Gabriel.^{a)}

a) Gabriel Effendi Noradounghian.

Nr. 1339. Tel. nach London, 24. März 1909 Nr. 54 (chiffr. 12 U. 45 M. a. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 47 vom 22. I. M. Aus meinem von Euer Exzellenz zitierten Telegramme Nr. 47 wissen Hochdieselben, daß die englische Regierung von mir nur die Zusicherung zu erhalten wünschte, daß wir, solange die englische Demarche im Zuge sei, eine Attaque Serbiens unterlassen würden. Meine dem englischen Botschafter gegebene Zusage konnte sich also nur auf die Zeit beziehen, in der die englische Demarche verhandelt würde. Wenn Sir Charles Hardinge oder Sir Edward Grey Euer Exzellenz gegenüber auf diesen Gegenstand zurückkommen sollten, so wollen Euer Exzellenz bemerken, daß Sie zu der fraglichen Erklärung nicht ermächtigt seien, und bei diesem Anlasse feststellen, daß meine Äußerung zu Sir F. L. Cartwright im obigen Sinne gelautet habe. Euer Exzellenz wollen hinzufügen, daß wir über unsere bisherigen Zusicherungen nur dann hinausgehen könnten, wenn wir über den Text der serbischerseits abzugebenden Erklärung mit London und den übrigen Kabinetten bereits einig geworden wären. Ich würde in diesem Falle keinen Anstand nehmen, Euer Exzellenz zu ermächtigen, dem englischen Kabinett formell zu eröffnen, daß Serbien unsererseits keine feindseligen Schritte zu befürchten habe. Diese Erklärungen würden natürlich hinfällig werden, wenn die serbische Regierung sich weigern würde, uns jene Deklaration abzugeben, auf die wir und die Kabinette uns geeinigt hätten. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1341.

Nr. 1340. Erlaß nach London, 24. März 1909 Nr. 1136.^{a)} Konz. (S. Biegeleben; G. Aehrenthal).

Der telegrafischen Meldung No. 44 vom 22. März d. J. habe ich mit Befriedigung entnommen, dass Euer Exzellenz Gelegenheit hatten, dem englischen Premierminister gegenüber die Haltung der k. u. k. Regierung im Conflicte mit Serbien zu erläutern und darauf hinzuweisen, dass wir gerne bereit sind, Entgegenkommen zu bekunden, wenn man sich in Belgrad dazu bequemt, auf unberechtigte Pretensionen zu verzichten und dieser Sinnesänderung durch Einstellung der Rüstungen Ausdruck zu geben. Mit Erstaunen habe ich aber wahrgenommen, dass M. Asquith im Verlaufe der Unterredung eine Analogie zwischen unserer Situation im Verhältniss zu Serbien und der Lage Englands zur Zeit des Burenkrieges herausgefunden haben will. Einen solchen Parallelismus kann ich nach keiner Richtung hin gelten lassen und die Aufstellung einer derartigen Behauptung beweist, dass Ihr Mitredner in den Kern der Frage nicht eingedrungen und nicht

im Stande ist, sich in unsere Lage zu versetzen. Der Krieg gegen die Buren war in Europa unpopulär, weil er in der Absicht auf die Vernichtung zweier selbständiger Staatswesen unternommen worden war, — wir verlangen von Serbien nichts und sind wider unseren Willen in eine gegnerische Stellung zu diesem Lande nur in der Verteidigung unseres guten Rechtes hineingedrängt worden. Mr. Asquith übersieht vor allem, dass von den tausende von Meilen von Englands Küsten entfernten Burenrepubliken nur die Bedrohung einer Colonie zu besorgen war, während wir es mit einem Gegner zu thun haben, der unmittelbar vor unseren Thoren steht, dessen feindseliges Gebahren seit vielen Monaten unsere angrenzenden Länder beunruhigt und dessen mit der grössten Offenheit betriebene namhafte Rüstungen uns zu kostspieligen Gegenmassregeln zwingen. Er vergisst, dass wir uns das Recht, in Bosnien zu bleiben, blutig erkauft haben und dass auch England niemals freiwillig ein Land aufgegeben hat, das es mit dem Schwerte erobert hatte. Er beachtet endlich den sehr wichtigen Umstand nicht, dass wir vor 30 Jahren über Antrag englischer Staatsmänner und gewissermassen unter ihrer Egeide die Occupation auf uns genommen haben, um den in jenen Ländern herrschenden beständigen Unruhen ein Ende zu bereiten und um der Verwicklung gewisser dem Frieden Europas äusserst gefährlicher grosserbischer Ideen entgegenzutreten, derselben Ideen, welche das heutige Serbien auf seine Fahne geschrieben hat. Dadurch ist dieses Land zu einem Herd des Unfriedens, zu einem uns fortwährend bedrohenden Elemente der Unordnung geworden und hat an unserer Südostgrenze Zustände geschaffen, die wir nicht länger dulden können. Wir begehen also keinen Act der Aggression, sondern einen solchen der Selbstverteidigung, wenn wir peremptorisch verlangen, dass die serbische Regierung endgültig Aspirationen aufgebe, die auch nicht den Schein einer Berechtigung für sich in Anspruch nehmen können. Ich lege Werth darauf, dass Euer Exzellenz sich Mr. Asquith gegenüber gelegentlich in diesem Sinne aussprechen.

a) Vgl. n. 1451.

Nr. 1341. Tel. aus London, 24. März 1909 Nr. 51 (eing. 25. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 53 und 54 von heute früh. Ich habe Sir E. Grey gesprochen, der mir sagte, er habe nach Empfang der Meldung Cartwrights über seine gestrige Unterredung mit Euer Exzellenz nach Wien telegraphiert und neuerdings kleine redaktionelle Veränderungen in der Textierung vorgeschlagen, die Euer Exzellenz mit Cartwright verabredet hatten. Er zeigte mir dieselben. Ohne dieselben zu diskutieren, machte ich ihn sogleich darauf aufmerksam, daß das französische „se fiant“ ganz anders klingt als das englische „trusting“, das ihm offenbar vorschwebt. Ich sprach eindringlich im Sinne der telegrafischen Weisung (russischer Einfluß der provokatorischen Haltung, Notwendigkeit unzweideutiger Erklärung und Umkehr serbischer Politik etc.). Sir E. Grey bleibt bei seiner Ansicht, daß auch nach seiner Redaktion solche Zusicherungen

seitens Serbiens gegeben worden wären, daß die Frage nicht offen und keine Zweideutigkeiten übrig geblieben wären. Sir E. Greys Standpunkt ist der, daß er alles tun will, um friedliche Lösung herbeizuführen, nicht aber eine Erklärung anraten könne, die eventuell nur durch Krieg aufgezwungen werden könnte. Fortsetzung folgt. Mensdorff.

a) Vgl. n. 1328, 1342, 1345, 1352, 1353, 1364.

Nr. 1342. Tel. aus London, 24. März 1909 Nr. 52 (eing. 25. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 51. Bezüglich vorheriger Erklärung der Mächte in Wien, das Konstantinopler Protokoll anzuerkennen (ich betonte, daß dies von Cartwright und nicht von Euer Exzellenz angeregt war) sagte mir Sir E. Grey, im Falle einer friedlichen Lösung würden alle Mächte „in Linie fallen“ und Annexion anerkennen. Die Mächte könnten aber nicht Erklärungen abgeben, die sie für alle Fälle binden würden, solange Erhaltung des Friedens nicht gesichert ist. Im Verlaufe unserer Unterredung sagte mir Sir E. Grey, er sei häufig in der Stimmung zu erklären (er tue es nicht oder wenigstens noch nicht), daß der ganze Berliner Vertrag null und nichtig sei. Wenn einzelne Artikel aufgehoben würden, könnten schliesslich auch andere Mächte die ihnen unbequemen Artikel aufgeben und es würde sich dann nicht um eine Revision oder Modifikation des Berliner Vertrages handeln, sondern um dessen Annullierung. Eine eingehende Konversation wollte Sir E. Grey verschieben, bis er von Cartwright gehört hätte, wie Euer Exzellenz seine heute telegraphierte Anregung aufnehmen. Mensdorff.

a) Vgl. n. 1334, 1364.

Nr. 1343. Tel. aus London, 24. März 1909 Nr. 53 (eing. 25. März 9 U. a. m.). Entziff.

Habe gerüchtweise vernommen, Herr Iswolsky wäre an Rifaat Pascha während dessen Aufenthalt in Petersburg mit einer russisch-türkischen Allianzangeregung herangetreten. Hiesiger türkischer Geschäftsträger sagte streng vertraulich diesbezüglich Grafen Széchényi, er habe zwar von einer solchen Démarche jetzt nichts gehört, es sei aber immerhin möglich, daß ein solcher Versuch wieder gemacht worden sei, da Rußland bereits früher bei neuer türkischer Regierung nach dieser Richtung angeklopft habe. Ich telegraphiere Vorstehendes, da Rifaat Pascha morgen Wien eintreffen soll. Mensdorff.

Erlaß nach Paris. 24. März 1909 Nr. 1114. Siehe n. 1345.

Nr. 1344. Privatschreiben an den Gesandten Grafen Albert Nemes in Paris, 24. März 1909 Nr. 1116. Konz. (S. Biegeleben; V. und G. Aehrenthal).

Vertraulich. Mit dem abschriftlich anverwahrten Berichte^{a)} erstattet H. v. Szögyény Meldung über eine Unterredung, die er mit Kaiser Wilhelm

gehabt hat und in deren Verlauf ihm Höchstderselbe Mittheilungen über die Vorstellungen machte, die er bezüglich der Haltung der französischen Regierung in der letzten Zeit an Herrn Cambon gerichtet habe. Ich habe mit Befriedigung daraus ersehen, dass die Anschauungen Kaiser Wilhelms sich vollkommen mit meinen eigenen Ansichten decken, die ich vor einigen Tagen Herrn Crozier gegenüber zum Ausdruck gebracht hatte. Ich habe ihn darauf aufmerksam gemacht, dass ich zu meinem Bedauern seit einiger Zeit ein Abschwenken der bisher correcten Verhaltenslinie der französischen Politik beobachten müsse, die im Gegensatze zu der zeitweilig bethätigten Selbstständigkeit wieder mehr als je von den ihr jeweilig aus London oder Petersburg zukommenden Impulsen abhängig erscheine. Auch die schwankende und unsichere, theilweise sogar feindselige Haltung der massgebenden französischen Presse lasse die Vermutung gerechtfertigt erscheinen, dass man am Quai d'Orsay über den einzuschlagenden Weg nicht volle Klarheit besitze und dass die auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Bemühungen des französischen Cabinets jedenfalls nicht in genügend nachdrücklicher und zielbewusster Weise zum Ausdruck kommen. Mir sei diese Haltung unverständlich, weil Frankreich, das den Frieden wünsche, es mehr als irgend ein anderes Land in der Hand gehabt habe, jede Störung desselben hintanzuhalten. In seinem Interesse wäre es gelegen gewesen, eine Vermittlung zwischen uns und Russland herbeizuführen und seinem Alliirten in unzweideutiger Weise zu erkennen zu geben, dass dessen Politik in unserem Conflict mit Serbien weder auf seine Billigung noch auf seine materielle Unterstützung zu rechnen hätte. Je ernster und fester eine solche Aussprache in Petersburg erfolgen würde, desto rascher müssten die Illusionen zerstört werden, denen man sich in Belgrad hinsichtlich der von Russland zu erwartenden Hilfe hingabe. Eine derartige rechtzeitige Warnung wäre, so schiene es mir, nicht bloss den französischen Gläubigern sehr willkommen gewesen; sie hätte vielmehr auch dem französisch-russischen Allianzverhältnisse durch die mögliche Ersparung einer schweren Belastungsprobe einen wesentlichen Dienst erwiesen. Da man in Paris von den friedlichsten Intentionen beseelt sei, müsse man sich dort auch dazu verstehen, dem Frieden bei derjenigen Macht das Wort zu reden,¹⁾ die allein zu dessen Gefährdung beitrage. Die vorstehenden Ausführungen sind bestimmt lediglich zu Ihrer persönlichen Information und zur Regelung Ihrer Sprache zu dienen.

¹⁾ Von Aehrenthal verbessert aus „derjenigen Macht aufzuzwingen“.

^{a)} Vgl. n. 1233.

Nr. 1345. Erlaß nach Rom Nr. 1113 (1), Paris Nr. 1114 (2) und Konstantinopel Nr. 1115 (3), 24. März 1909.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

1.—3. Wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramme vom

1. 19. I. Mts., No. 50,

2. 19. I. Mts., No. 42,

3. 20. I. Mts., No. 109,

1.—3. bekannt ist, habe ich dem englischen Botschafter, der mich ersucht hatte, ihm mitzuteilen, welches der Inhalt der Erklärung sein sollte, die die serbische Regierung abgeben müßte, um uns zufriedenzustellen, den Entwurf einer solchen Erklärung übergeben. Dieser Entwurf hatte den folgenden Wortlaut: ... *wie n. 1280 von „La Serbie“ bis „Turquie“* ... Sir F. L. Cartwright, der den ihm von mir übergebenen Entwurf einer serbischen Erklärung nach London telegraphiert hatte, ist am 21. I. M. wieder bei mir erschienen, um mir im Namen Sir E. Greys eine Modifikation des ersten Alineas der vorerwähnten Erklärung vorzuschlagen. Der Botschafter übergab mir gleichzeitig den Text einer englischerseits konzipierten, uns von der serbischen Regierung zu gebenden Erklärung, die mit einer früheren Anregung des Londoner Kabinettes nahezu identisch war und von mir wegen ihrer unbefriedigenden ganz allgemeinen Fassung nicht angenommen wurde. Hierauf suggerierte der englische Botschafter den Gedanken, daß — um den Mächten ihre vermittelnde Aufgabe in Belgrad zu erleichtern — in das erste Alinea unserer Redaktion eine andere Motivierung für die Änderung der serbischen Politik der Monarchie gegenüber aufgenommen werden sollte. Zuzufolge dieser Anregung könnte dieses Alinea folgendermaßen lauten: ... *wie erste Beilage zu n. 1313.* ... Diese Modifikation ist aber von Sir F. L. Cartwright unter der ausdrücklichen Voraussetzung vorgebracht worden, daß die Mächte auch ihrerseits ein Stück Weges uns entgegenkommen und dem Wiener Kabinette die Versicherung schriftlich und einzeln erteilen, daß sie auf der künftigen Konferenz das Konstantinopler Protokoll sanktionieren würden. Um mein aufrichtiges Bestreben, den Frieden zu erhalten, zu dokumentieren, habe ich in einem Schreiben an den englischen Botschafter mich bereit erklärt, den Cartwrightschen Gedanken unter der von ihm selbst formulierten Bedingung zu akzeptieren. In meinem eben erwähnten Schreiben habe ich dem englischen Botschafter auch den beiliegenden Text einer Formel^{b)} mitgeteilt, dazu bestimmt, den Gedankenaustausch zwischen den Kabinetten im Sinne der Cartwrightschen Anregung zu erleichtern, und bemerkt, daß dieser Text auch als Grundlage für die auf der eventuellen Konferenz abzugebende Erklärung der Berliner Signatarmächte bezüglich des Artikels XXV des Berliner Vertrages dienen könnte.

a) Vgl. n. 1341. — b) Zweite Beilage zu n. 1313.

*Tel. nach St. Petersburg, 24. März 1909 Nr. 75 (chiffre 9 U. p. m.).
Siehe n. 1333.*

*Nr. 1346. Bericht aus St. Petersburg, 11./24. März 1909 Nr. 12 A
(eing. 27. März).^{a)} Ausfert.*

Mit Telegramm Nro. 56 vom 17. 4. d. M. und Bericht Nro. 11-B vom 18./5. d. M. hatte ich Euer Exzellenz Meldung erstattet von der Démarche, welche Graf Pourtalès im Auftrage seiner Regierung bei Herrn Iswolsky gemacht hatte, um eine definitive Zustimmung Russlands zur Annexionsfrage zu erzielen und hiedurch die Vorbedingung zu schaffen für eine klare Sprache der kaiserlichen Regierung zu den Machthabern

in Belgrad. Mein deutscher Kollege hat den fraglichen Schritt bereits am 15. 2. d. M. ausgeführt, die Antwort war ihm am 20. 7. d. M. mitgeteilt worden. Dieselbe besagte im Wesentlichen, dass Russland immer gesucht hätte, eine friedliche Lösung zu finden, dass aber die österreichisch-ungarischen Ansprüche an Serbien gradatim höher angesetzt werden und man hier den Eindruck gewonnen habe, der Krieg sei in Wien beschlossene Sache. Weiters hiess es, dass, falls die k. u. k. Regierung dazu gebracht würde, eine *Démarche* bei den Mächten in dem vom Berliner Kabinet angedeuteten Sinne zu machen, (Mitteilung des österreichisch-ungarisch-türkischen Protokolles und Verlangen der Zustimmung der einzelnen Mächte zur Abänderung des Artikels XXV des Berliner Vertrages) die russische Regierung sich eine Pflicht daraus machen würde, „*d'accueillir une pareille démarche avec le sincère désir de trouver les éléments pour une solution également acceptable à toutes les Puissances.*“ Schliesslich wird bemerkt, dass durch die betreffenden Schritte die „Notwendigkeit“ der Einberufung einer Konferenz nicht ausgeschlossen werde, was das Berliner Kabinet selbst zugegeben habe. Der zitierte Schlusspassus — in *cauda venenum* — hatte Grafen Pourtalès bei Entgegennahme dieser russischen Antwortnote veranlasst, sich dagegen zu verwahren, dass die deutsche Proposition der Konferenzfrage in dem einen oder anderen Sinne präjudiziere und neuerlich zu betonen, dieses Problem solle gegenwärtig völlig aus dem Spiele gelassen werden. Ich konnte meinem deutschen Kollegen nicht verhehlen, dass mir die Redaktion der russischen Antwort keinen sehr günstigen Eindruck mache, nachdem sich aus der Phraseologie derselben ein positiver Kern nur schwer herauschälen lasse. Meine Besorgnis, dass Herr Iswolsky auf diese Weise abermals versuchen wolle, sich aus der Schlinge zu winden, oder wenigstens die Stunde der Vergeltung hinauszuschieben, hat sich seither als unbegründet erwiesen. Wie ich nämlich unterm heutigen Datum — Nro. 61^{b)} — zu telegraphieren Gelegenheit hatte, ist Graf Pourtalès gestern spät abends zum Minister des Äussern zitiert worden, welcher, eben von Tsarskoe-Selo zurückgekehrt, ihm namens seines Kaiserlichen Herrn die Mitteilung machte, „*que la Russie déclarerait formellement son adhésion sans réserve à l'abolition de l'article XXV du Traité de Berlin, dans le cas où l'Autriche-Hongrie s'adresserait à elle en vue de la reconnaissance du protocole austro-hongrois-turc.*“ Die vorstehende Eröffnung muss Herrn Iswolsky nicht leicht gefallen sein, bedeutet sie doch den Zusammenbruch seiner seit fünf Monaten getriebenen kunstvollen Politik. Dass dieselbe nicht mehr lange aufrecht zu halten war, scheint ihm übrigens in der allerletzten Zeit zur Einsicht gekommen zu sein. Mit einer an kindliche Naivität grenzenden Aufrichtigkeit hätte er in den abgelaufenen Wochen Grafen Pourtalès von der peinlichen Situation gesprochen, in welche er geraten: „*On me demande de me prononcer sur l'annexion. Je vois bien qu'à la longue je ne pourrai m'y soustraire. Mais alors le Baron d'Aehrenthal mettra le document en poche et le tour sera joué.*“ Nun ist dieser Moment eingetreten und wenn der Minister bis zuletzt gehofft hatte, wenigstens durch Verwirklichung der Konferenzidee einen wenn auch bescheidenen diplomatischen Erfolg zu erringen, so ist nun auch diese

Hoffnung nahezu geschwunden. Denn, wie er selbst bekennt, würde unter den gegebenen Umständen eine Konferenz wohl nur in dem engen Rahmen eines Bureau d'enregistrement zusammentreten und ein solcher, von vorneherein geknebelter Areopag hätte, seiner Ansicht nach, keine raison d'être. Mein deutscher Kollege, welcher bestrebt war, Herrn Iswolsky in der Stimmung dumpfer Resignation, in welcher sich derselbe befand, einigermaßen aufzurichten, gab in allgemeinen Ausdrücken zu verstehen, dass durch die deutsche Vermittlungsaktion die Konferenz nicht notwendig begraben werde. Ob es ihm damit gelungen ist, dem russischen Minister Trost zu bieten, scheint mir allerdings fraglich. Denn die Konferenz, wie sie Herrn Iswolsky vorgeschwebt, hätte Russland Revanche gewähren sollen für die Erfahrungen der Jahre 1871 und 1878 bei gleichzeitiger Rehabilitierung des diplomatischen Prestiges des gegenwärtigen Lenkers seiner auswärtigen Geschicke. Nach einer wie der anderen Richtung könnte aber eine einfache „Registrierungs-Konferenz“ nicht anders als effektivlos bleiben. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1336, 1337, 1347, 1467, 1533. — ^{b)} Kurzer Vorbericht zum obigen Bericht.

Nr. 1347. Bericht aus St. Petersburg, 11. 24. März 1909 Nr. 12 B (eing. 27. März).^{a)} Ausfert.

Zum Schlusse meines ergebensten Berichtes Nro. 11 A vom 18./5. d. M. hatte ich erwähnt, dass ein über Herrn Iswolskys Vortrag einberufener Kriegsrat in Tsarskoe Sselo sich mit der Frage zu beschäftigen hatte, ob Russland die Möglichkeit eines Krieges unter den gegenwärtigen Verhältnissen in seinem politischen Calcul einstellen könne und dass das Verdict der anwesenden Vertreter des Heeres und der Kriegsmarine negativ gelaute habe. Seine Majestät der Kaiser soll Sich damals — Samstag, den 13. März/28. Februar — die Höchste Entscheidung vorbehalten und dieselbe erst am Dienstag, den 16. 3. d. M. dahin getroffen haben, dass die Politik in friedliche Bahnen einzuschlagen hätte. Bestärkt mag der Höchste Herr durch die Haltung des Finanzministers worden sein, welcher nicht versäumt hatte, die Unausweichlichkeit einer finanziellen Katastrophe im Falle einer kriegerischen Komplikation in drastischer Weise zu beleuchten. Aus der Umgebung Seiner Majestät des Kaisers erfahre ich in streng konfidentiellem Wege, dass Höchsten Ortes nun das Verfehlte der in der letzten Zeit geführten Politik eingesehen und eine Neuorientierung in Erwägung gezogen wird. Dieser Umschwung, welcher gleichbedeutend wäre mit einem Zurückkehren zu den Traditionen des Dreikaiserbundes, möchte selbstverständlich das faillissement der Iswolsky'schen Politik besiegeln. Trotzdem werde, wie mir aus derselben Quelle zukommt, die Demission des Ministers des Äussern derzeit nicht in Erwägung gezogen, da eine solche Massnahme in Deutschland und Österreich-Ungarn, wo die Presse nicht müde würde, persönliche Angriffe gegen Herrn Iswolsky zu richten, als eine Kapitulation vor dem Auslande ausgelegt werden müsste. Der Minister solle vielmehr trotz aller Echecs weiterhin gehalten werden. Mit diesen von beachtenswerter Seite stammenden Informationen lassen sich gewisse Äusserungen in Causalnexus bringen, welche Herr Iswolsky in der abgelaufenen

Woche sowohl Grafen Pourtalès wie mir gegenüber fallen gelassen hat. Dieselben gehen kongruierend dahin, dass der Herr Minister nichts anderes wünschen würde, als zum alten Kurse der Entente-Politik zurückzukehren und dass weder durch die Erlangung der Konzession zum Ausbaue der Sandschak-Bahn noch durch die Erstreckung der Souveränitätsrechte unseres erhabenen Herrschers auf Bosnien und die Herzegovina der Wiederaufnahme einer solchen Orientierung ein ernstes Hindernis in den Weg gestellt sei. Die vorstehend verzeichneten Wahrnehmungen sind vorderhand zu wenig konsistenter Natur, um Gegenstand bilden zu können weitgehender Folgerungen und Erörterungen. Immerhin glaubte ich dieselben Euer Exzellenz einberichten zu sollen und möchte hieran die ergebenste Meinungsäußerung knüpfen, dass auch für den Fall, als die geschilderten Symptome von einer realen Unterlage ausgehen sollten, für den Anfang eine gewisse Zurückhaltung angezeigt erscheinen würde, um nicht den Wert der gesuchten Freundschaft von vorneherein herabzusetzen.

Berchtold.

a) Vgl. n. 1346, 1349, 1468, 1533.

Tel. nach Athen, 25. März 1909 Nr. 18 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 1354.

Tel. nach Belgrad, 25. März 1909 Nr. 55 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 1354.

Nr. 1348. Bericht aus Belgrad, 25. März 1909 Nr. 32 A (eing. 27. März). Ausfert.

Mit steigender Nervosität erwarten Regierung und Publikum entweder unsere Démarche oder jene der Grossmächte. Über die täglich wechselnden Phasen und Eindrücke liegen Euer Exzellenz meine ausführlichen Telegramme vor. Die Kriegsfurcht ist im allgemeinen in Zunahme begriffen, da unsere militärischen Vorbereitungen hier nicht unbekannt bleiben. Doch neigt die Regierung noch zur Ansicht, dass sie durch die englischen pourparlers in Wien und die Démarche der Mächte gesichert sei und unter deren Schutze mit einer billigen Erklärung und der Abrüstung davonkommen werde. Der Beweis ihrer Zuversicht liegt auch darin, dass sie einem Rat des russischen Gesandten entsprechend zwar die Rüstungen und Reservisten-Einberufungen im gewohnten Masse fortsetzt, tatsächlich aber bis zur Stunde keine auf eine wirkliche Mobilisierung deutenden Massnahmen getroffen hat. Von mehreren Seiten wird dies als ein Zeichen angesehen, dass Serbien den Krieg auf jeden Fall vermeiden und sich, falls die Vermittlung der Mächte scheitert, im letzten Augenblicke auch direkt vor uns beugen wird. Dass Serbien was immer für eine von den Mächten vorgeschriebene Erklärung sofort unterzeichnen und abgeben würde, wiederholen die Minister und ihre Zeitungen fortwährend. Letztere fügen allerdings einstimmig mit einer nichts zu wünschen übrig lassenden Aufrichtigkeit hinzu, dass, je ungünstiger der Schiedsspruch der Mächte für Serbien lauten werde, desto sicherer sei es, dass das Königreich nur in eine kleine Verschiebung einwillige, um bei der nächsten Gelegenheit mit den Waffen jene serbischen Provinzen zu erringen, welche man ihm jetzt friedlich verweigert.

Forgách.

Nr. 1349. *Tel. nach Berlin, 25. März 1909 Nr. 90 (chiffre. 3 U. 15 M. p. m.).*^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramme Nr. 102^{b)}—104 erhalten. Mit Rücksicht auf diese Meldungen Euer Exzellenz und die mir auch von Herrn von Tschirschky überbrachte Mitteilung, daß Herr Iswolsky im Namen seines kaiserlichen Herrn dem deutschen Botschafter in St. Petersburg erklärt habe, Rußland sei bereit, „de donner son adhésion formelle et sans réserve à la suppression de l'Article 25 du traité de Berlin“, falls auch die anderen Mächte dasselbe zu tun beabsichtigten und falls das Wiener Kabinett sich zu diesem Ende an die Mächte wende, habe ich die in meinem Telegramme Nr. 85 vom 23. I. M. signalisierte Weisung an Graf Lützow nicht abgehen lassen. Fortsetzung folgt. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1347, 1350. — ^{b)} Vgl. n. 1333 Anm. b.

Nr. 1350. *Tel. nach Berlin, 25. März 1909 Nr. 92 (chiffre. 8 U. 30 M. p. m.).*^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Fortsetzung meines heutigen Telegrammes No. 90. Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Herrn Reichskanzler meine dankbare Befriedigung über das Resultat des von Graf Pourtalès in Petersburg unternommenen Schrittes auszudrücken, von welchem ich mir eine günstige Rückwirkung auf die ganze Situation erwarte. Mit der Absicht des Fürsten Bülow, sich jetzt seinem Plane gemäß telegraphisch auch an die anderen Mächte zu wenden und sie aufzufordern, daß sie sich mit Bezug auf das Protokoll, in welchem die Anerkennung der neuen Rechtslage in Bosnien und der Herzegowina enthalten ist, bereit erklären mögen, der Außerkraftsetzung des Artikels XXV des Berliner Vertrages zuzustimmen, bin ich natürlich einverstanden. Ich habe für den Entwurf der Note, die wir im Sinne der Anregung des Fürsten Bülow an die Kabinette der Signatarmächte richten würden, die Zustimmung Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Herrn eingeholt. Euer Exzellenz wollen den im Nachstehenden wiedergegebenen Text dieses Entwurfes dem Herrn Reichskanzler zur Verfügung stellen: En Vous chargeant par ma dépêche en date du 3 mars courant^{b)} de remettre à Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères le texte du Protocole signé à Constantinople par l'Ambassadeur I. et R. et par la Sublime Porte, je Vous ai invité à faire ressortir à cette occasion que la Turquie reconnaissait expressément par cet arrangement le nouvel état de choses créé en Bosnie et Herzégovine, c'est à dire l'extension des droits de souveraineté de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique sur les deux provinces. Je suis heureux de constater que la communication faite aux Puissances Signataires du Protocole signé à Constantinople a été accueillie avec satisfaction par les Cabinets; je crois donc pouvoir admettre qu'ils seront également enclins de procéder à la suppression de l'article XXV du traité de Berlin. Veuillez donc à cette fin présenter à Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères une demande en règle et m'informer aussitôt de l'accueil que Votre démarche aura trouvé auprès de lui. Vos collègues de — reçoivent des instructions analogues; ils sont comme Vous autorisés à laisser, s'il le désire, copie de la présente

dépêche entre les mains de Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères. Angesichts der dem Grafen Pourtalès gegebenen Erklärung des russischen Kabinettes habe ich Herrn Tittoni wissen lassen, daß nunmehr das Hauptgewicht auf die weitere Durchführung der Aktion des Berliner Kabinettes zu legen sei und daß ich mich der Hoffnung hingäbe, er würde dieselbe seinerseits wärmstens unterstützen. Über meine Verhandlungen mit dem Londoner Kabinette, betreffend die serbische Erklärung, erhalten Euer Exzellenz morgen weitere telegraphische Mitteilungen. Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 114 Nr. 159. Vgl. n. 1351, 1354, 1361. — b) n. 1096.

Nr. 1351. Tel. aus Berlin, 25. März 1909 Nr. 105 (eing. 9 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 87 und 88 von gestern. Da ich Reichskanzler, der wegen der eingetretenen schweren Parlamentskrise — Absage der Konservativen an den Block — in der letzten Zeit nicht sprechen konnte, habe ich ihm Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 84 vom 23. d. M. durch Vermittlung Herrn von Kiderlens zur Kenntnis bringen lassen. Kiderlen sagte mir damals, er glaube, Fürst Bülow werde unangenehm überrascht sein, dass Euer Exzellenz in Folge der Annahme der vom englischen Botschafter in Wien proponierten Modifikation der in Verhandlung stehenden serbischen Erklärung sowie durch die anschliessend daran dem englischen Botschafter gegenüber gemachte Eröffnung, den Konferenzgedanken definitiv akzeptiert hätten; Reichskanzler werde wohl befürchten, dass dadurch der Erfolg der mit unserem Einverständnis in Petersburg unternommenen deutschen Aktion gefährdet werden könnte. Im Laufe unserer Unterredung hatte ich aber den Eindruck, dass es mir gelungen sei, die Bedenken Herrn von Kiderlens zu zerstreuen, und da mich Kiderlen ausdrücklich ersuchte, in meiner Berichterstattung davon keine Erwähnung zu tun, habe ich es bisher unterlassen. Deutsche Regierung bleibt nach wie vor auf dem Standpunkte, dass eine Konferenz möglichst zu vermeiden wäre. Reichskanzler und Staatssekretär waren durch parlamentarische Verhandlungen auch heute so sehr in Anspruch genommen, dass ich nur Herrn von Kiderlen gegenüber mich im Sinne Euer Exzellenz bezogenen Telegrammes Nr. 88 aussprechen konnte. Herr Gesandter versprach mir diesbezüglich noch heute mit Fürst Bülow zu sprechen und mir ehestens zu antworten. Mit Rücksicht auf die inzwischen aus Petersburg eingetroffenen Informationen (mein gestriges Telegramm Nr. 103) hält Kiderlen die von Euer Exzellenz angeregte deutsche Demarche bei Herrn Tittoni für gegenstandslos.

Szögyény.

a) Vgl. n. 1350.

Tel. nach Bukarest, 25. März 1909 Nr. 77 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 1354.

Tel. nach Cetinje, 25. März 1909 Nr. 40 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 1354.

Tel. nach Konstantinopel, 25. März 1909 Nr. 118 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 1354.

Tel. nach London, 25. März 1909 Nr. 55 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 1354.

Nr. 1352. Tel. nach London, (25.)^a März 1909 (nicht abgegangen).^b Konz. (S. Matscheko).

Graf Forgách telegrafirt vom 24. l. M.: scribatur aus beiliegendem Telegramm aus Belgrad vom 24. l. M. No. 143 von „Mein italienischer Kollege“ bis „abgehen würde“. Dass Sir Edward Grey den englischen Gesandten in Belgrad beauftragte, den englischerseits proponierten Text einer serbischen Antwort an uns mit der serbischen Regierung zu besprechen, bevor er sich noch meiner Zustimmung zu diesem Texte vergewisserte, paralytiert wohl vollkommen den Effekt der von den Mächten in Belgrad in Aussicht genommenen Schritte. Da ich überdies aus Ihren Telegrammen No. 48 bis 51 entnehme, dass Sir Edward Grey, statt mit uns einen Text zu vereinbaren, auf dessen Annahme in Belgrad insistiert würde, mit der serbischen Regierung über eine Redaktion verhandelt, mit der wir uns zufrieden geben müssten, kann ich mir von einer Fortsetzung der Pourparlers mit dem Londoner Cabinet einen Nutzen nicht versprechen. Zwischen uns und London steht jetzt die Sache so, dass die englische Regierung gegen den ersten und zweiten der von mir formulierten Texte Bedenken trägt, während ich die englische Fassung, die Sir Edward Grey mir gestern übergeben liess, wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramme No. . .^b) wissen, als völlig unannehmbar bezeichnet habe. Euer Exzellenz wollen dies Sir Edward Grey gegenüber konstatieren und hervorheben, dass ich die Freiheit meiner Action Serbien gegenüber wieder aufnehme. Aehrenthal.

^a) Das undatierte Konzept wurde laut Amtsvermerk (Pirquet) am 24. März 1909 verfaßt. Da darin aber das erst am 25. März um 9 U. vorm. eingelaufene Tel. aus London Nr. 51 (n. 1341) zitiert wird und am 25. März laut n. 1364 Cartwright einen neuen Entwurf vorlegte, so muß das Konz. auf den 25. März datiert werden. —

^b) Vgl. n. 1324 Anm. b. Das oben entworfene Telegramm sollte laut den Konzepten anderer ebenfalls nicht abgegangener Telegramme nach Berlin, St. Petersburg, Paris, Rom, Konstantinopel und Belgrad mitgeteilt werden. Das Tel. wurde offenbar deshalb nicht abgeschickt, weil Cartwright am 25. März neue Vorschläge brachte (vgl. n. 1353 und 1364).

Nr. 1353. Englischer Entwurf einer serbischen Erklärung. Ohne Datum (vom engl. Botschafter vorgelegt am 25. März 1909).^a Abschrift.

Modifications proposées par Sir Edward Grey.

La Serbie reconnaît qu'elle n'a pas été atteinte dans ses droits par le fait accompli créé en Bosnie-Herzégovine et qu'elle se conformera par conséquent à telle décision que les Puissances prendront par rapport à l'article XXV du traité de Berlin. Se rendant aux conseils des Grandes Puissances la Serbie s'engage dès à présent à s'abstenir d'une attitude de protestation et d'opposition dans la question de la Bosnie-Herzégovine et s'engage en outre à diriger le cours de sa politique envers l'Autriche-Hongrie de manière à vivre désormais avec cette dernière sur le pied de bon voisinage.

Se fiant aux assurances pacifiques du Gouvernement Austro-Hongrois, la Serbie ramènera son armée à l'état du printemps de 1908, en ce qui

concerne son organisation, sa dislocation et son effectif. Elle désarmera et licenciera ses volontaires et ses bandes, et elle empêchera la formation de nouvelles unités irrégulières sur son territoire.

a) Vgl. n. 1313 erste Beilage, 1341, 1352, 1364.

Tel. nach Paris, 25. März 1909 Nr. 45 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 1354.

Nr. 1354. Tel. nach Rom Nr. 58 (1), Paris Nr. 45 (2), London Nr. 55 (3), Konstantinopel Nr. 118 (4), Belgrad Nr. 55 (5), Bukarest Nr. 77 (6), Cetinje Nr. 40 (7) und Athen Nr. 18 (8), 25. März 1909 (chiffr. 6 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

1.—8. Fürst Bülow hat unter dem 14. März l. J.^{b)} den kaiserlich deutschen Botschafter in Skt. Petersburg mit meiner Zustimmung beauftragt, dem Herrn russischen Minister des Äußern die nachstehende Lösung der bestehenden Schwierigkeiten betreffs Bosniens und der Herzegovina anzuempfehlen: Rußland sollte erklären, daß es der Annexion zustimmt und wenn diese prealable Erklärung vorliege, würde Österreich-Ungarn sich behufs Abrogirung des Art. XXV mit einem direkten Ansuchen an die Signatarmächte des Berliner Vertrages wenden. Wie ich nunmehr aus Berlin erfahre, hat Herr Isvolsky im Auftrage seines kaiserlichen Herrn dem Grafen Pourtalès erklärt, daß Rußland keinen Anstand nehmen wolle, „de donner son adhesion formelle et sans réserve à la suppression de l’art. XXV du traité de Berlin“, falls die anderen Cabinete dasselbe zu thun beabsichtigten und das Wiener Cabinet sich zu diesem Behufe an sie wende.

1.—3., 5.—8. Vorstehendes zu Euer etc. vertraulicher Information.

4. Mit Rücksicht auf Euer Exzellenz Telegramm vom 24. l. M. No. 154^{c)} ermächte ich Euer Exzellenz diese Nachricht, die auf die Entwicklung der Dinge zweifelsohne von günstiger Einwirkung sein wird, schon jetzt bei Hilmi Pascha und dem Minister des Äußern vertraulich zu verwerthen; ich glaube, daß dieselbe zu der Stärkung ihrer Stellung der Kammeropposition gegenüber beitragen dürfte.

1. Herrn Tittoni können Euer Exzellenz bezugnehmend auf den Inhalt meines Telegrammes No. 55 vom 21. l. M. mittheilen, daß erfreulicherweise die Anregung des Fürsten Bülow in Petersburg angenommen worden sei; gegenwärtig sei daher das Hauptgewicht auf die weitere Durchführung der deutschen démarche zu legen und ich gäbe mich der bestimmten Hoffnung hin, daß Herr Tittoni die Aktion des Berliner Cabinetes auch seinerseits wärmstens unterstützen werde.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1350, 1355, 1358, 1368. — b) Vgl. n. 1230. — c) Berichtet über neue Schwierigkeiten bei der Verhandlung des Ententeprotokolls vom 26. Feb. 1909 (vgl. n. 1064) in der Kammer.

Nr. 1355. Tel. aus Rom, 25. März 1909 Nr. 75 (eing. 5 U. 10 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Bei einer Besprechung zu dritt (zwischen)^{b)} mir, Herrn Tittoni und Graf Monts auf der Consulta erfuhr ich durch letzteren, dass russische

Regierung der Aufhebung des Artikels 25 purement et simplement zugestimmt habe — ein Erfolg, zu dem ich mir erlaube Euer Excellenz meine verehrungsvollsten Glückwünsche darzubringen. Auftragsgemässe Aufforderung des deutschen Botschafters: Italienische Regierung möge sich dem Vorgehen Russlands anschliessen, brachte Tittoni in eine gewisse Verlegenheit. Er sagte: er habe stets im Parlament den Standpunkt verfochten, Italien könne die Annexion umso unbedenklicher akzeptieren, als Österreich-Ungarn erklärt habe, in eine Berücksichtigung der montenegrinischen Wünsche durch Modifizierung des Artikels 29 einzuwilligen. Erscheine er nun vor dem Parlamente mit einer Erklärung, der Artikel 25 sei aufgehoben, ohne dass gleichzeitig vom Artikel 29 überhaupt die Rede sei, so werde er mit Schimpf und Schande weggejagt. Lieber gebe er vorher seine Demission. Alles Zureden des Grafen Monts und meiner selbst unter Betonung des Umstandes, Italien habe weder Anspruch noch Veranlassung, sich, was den Artikel 29 anbelangt, von den übrigen Mächten abzusondern, war vergeblich. Fortsetzung folgt. Lützow.

a) Vgl. n. 1354, 1356. — b) Chiffre fehlt.

Nr. 1356. Tel. aus Rom, 25. März 1909 Nr. 76 (eing. 7 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes No. 75. Das meiste, was ich aus ihm herausdrücken konnte, war, dass Italien seine Adhäsion purement et simplement (ohne Reserve) gebe, wenn ihm eine schriftliche Mitteilung des k. u. k. Cabinetes zukäme, dass Euer Excellenz alles betreffend Artikel 29 Verabredete rückhaltslos aufrechterhielten. Er brauche dies unerlässlich zu seiner Deckung vor dem Parlament. Minister sprach mir viel von Pourparlers der letzten Zeit betreffend Artikel 29, von denen ich keine Kenntnis habe. Ich werde Herrn Tittoni heute abends wiedersehen und wird er mir dann Näheres darüber sagen, wie er sich die obbezeichnete Mitteilung unsererseits denkt. Lützow.

a) Vgl. n. 1357.

Nr. 1357. Tel. aus Rom, 25. März 1909 Nr. 77 (eing. 26. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu heutigen Telegrammen Nr. 75 und 76. Nachstehend folgt der Text des Tittonischen Entwurfes einer Note, welche ich an ihn richten könnte. Der Minister wiederholte die heute früh gebrauchten Argumente unter Berufung auf die in seiner Rede vom 5. Dezember^{b)} im Parlamente abgegebenen Erklärungen. Ich schicke voraus, dass ich mich in eine meritorische Erörterung betreffend die Alineas des Artikels 29 nicht eingelassen habe, da der Minister den Vertragstext nicht zur Hand hatte und sich anderseits auf mir noch unbekannte Besprechungen zwischen Euer Exzellenz und Herzog von Avarna berief. Text lautet: En m'informant de l'adhésion du Gouvernement italien à la communication du Gouvernement Impérial et Royal relative à l'abolition de l'article 25 du traité de Berlin

vous m'avez exprimé le désir de recevoir la confirmation par écrit des déclarations que le Gouvernement Impérial et Royal vous avait faites précédemment au sujet des modifications à l'article 29 du dit traité.“^{c)} Fortsetzung des Textes, den ich mit Rücksicht auf Chiffregeheimnis wortgetreu übersetze, lautet: In Gemässheit der erhaltenen Instruktionen beehre ich mich zur Kenntnis Euer Exzellenz zu bringen, dass die k. u. k. Regierung geneigt ist, in die Aufhebung der in den Alineas 5, 7, 8, 9, 10 und 11 des vorbezeichneten Artikels enthaltenen die Souveränitätsrechte Montenegros beschränkenden Bestimmungen einzuwilligen, insoferne diese Aufhebung die Einwilligung sämtlicher Signatarmächte des Berliner Vertrages gefunden haben wird.“ Letzter Satz des Textes lautet: „L'alinéa six du même article devra être remplacé par le suivant: Le port d'Antivari doit conserver le caractère de port commercial: il ne pourra pas y être érigé des œuvres qui le transforment en port militaire.“ Originaltext des Entwurfes folgt per Post. Herr Tittoni begab sich sofort nach unserer Unterredung zum König, um über die Situation Meldung zu erstatten. Ich brauche kaum hervorzuheben, dass das Insistieren des Ministers auf Empfang der obbezeichneten Note (die, wie er sagt, nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist) durch seine schwierige und schwankende parlamentarische Stellung begründet ist. Er sagte selbst, dass ein anderer Minister an seiner Stelle vielleicht geneigt wäre, der Aufhebung des Artikels 25 ohne weiters zuzustimmen.

Lützow.

^{a)} Vgl. n. 1362, 1374, 1401. — ^{b)} Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1908, 363. — ^{c)} Vgl. n. 637.

Nr. 1358. Tel. aus St. Petersburg, 25. März 1909 Nr. 63 (eing. 26. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Herr Iswolsky versicherte heute meinem deutschen Kollegen, dass er jeder Formel zustimmen werde, über welche sich Euer Exzellenz mit englischer Regierung einigen würden.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1354, 1386.

Nr. 1359. Tel. aus Belgrad, 26. März 1909 Nr. 158 (eing. 27. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Minister des Äussern teilt mir mit, dass König und Ministerrat bezüglich des Kronprinzen vermutlich erst morgen zu einem Beschluss kommen werden. Sie fassen die Angelegenheit ernst auf und dürften kaum sein Verzichtschreiben, welches er selbst veröffentlicht habe, ignorieren. Aus dem Gespräch entnahm ich den Eindruck, dass die Regierung gerne den Prinzen bei seinem Worte nehmen und von der Thronfolge ausschliessen möchte, aber sich fragt, ob der unberechenbare junge Mann dann, jeder Fessel entledigt, nicht noch gefährlicher wäre und später doch als Prätendent auftreten würde. Die serbische Presse verurteilt beinahe einstimmig den Prinzen, bringt die allerschärfsten und beschimpfendsten Charakteristiken seiner Person und bezeichnet seinen Verzicht als ein Glück für Serbien. Der Schritt des Prinzen steht, im Gegensatz zur Auffassung unserer Blätter,

in gar keiner Verbindung mit der aktuellen politischen Lage, ausser dass dieselbe vielleicht aufregend auf seine ohnehin nicht normalen Nerven wirkte.

Forgách.

a) Vgl. n. 1360, 1387.

Nr. 1360. Tel. aus Belgrad, 26. März 1909 Nr. 159 (eing. 27. März 9 U. a. m.). Entziff.

Statim. Gelegentlich des Gespräches über den Kronprinzen (Telegramm Nr. 158) wollte Minister des Äußern mich über den Stand unserer Verhandlungen mit den Mächten und über den Inhalt der Erklärung, welche dieselben oder wir von Serbien verlangen werden, ausholen. Serbien habe versprochen, sich ohne Reserve der Entscheidung der Mächte über Bosnien zu unterwerfen, aber eine „déclaration humiliante“ könnte das Königreich auch den Mächten nicht abgeben. Je leichter wir Serbien diesen letzten Akt machen, desto schneller würde sich zwischen uns wiederum ein gutnachbarliches Verhältnis, das der Minister aufrichtig wünsche, herstellen lassen. Ich verhielt mich sehr reserviert und bemerkte nur, dass nichts in Eurer Exzellenz bisheriger Politik die Annahme rechtfertigt, daß Hochdieselben eine demütigende oder erniedrigende Erklärung von Serbien verlangen wollten; allerdings sei als wenigste formelle Garantie der serbischen Sinnesänderung eine präzise unzweideutige Erklärung notwendig. Die Abgabe einer solchen, den Wechsel der Politik eingestehenden Erklärung, sei keine Erniedrigung. Der Minister widersprach nicht, wiederholte seine Bitte um Rücksichtnahme und fügte hinzu, daß die Regierung froh sein werde, je früher auf unsere oder der Mächte Anregung Reservisten zu entlassen und die unerträgliche politische Spannung als beendetigt zu betrachten. Von mehreren Seiten vernehme ich, daß Serbien mürbe ist, daß die Regierung je eher jedwede Erklärung den Mächten oder uns abgeben würde. Zu meinen bezüglichen Berichten und Telegrammen erlaube ich mir zu bemerken, daß durch die eventuelle Anerkennung der Annexion durch Rußland die Situation so verändert ist und der Schiffbruch seiner Politik Serbien so klar werden wird, daß der Text der Erklärung hiedurch an Gewicht verliert. Es hätte also auch vom lokalen Belgrader Standpunkt aus keine zu beklagende Bedeutung mehr, falls Euer Exzellenz aus Entgegenkommen für die Mächte sich auf eine Modifizierung oder Milderung des Textes einzulassen gedenken.

Forgách.

Nr. 1361. Tel. aus Berlin, 26. März 1909 Nr. 106 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nro. 90 und 92 von gestern und dieselben durch Vermittlung Herrn von Kiderlens dem Reichskanzler zur Kenntnis gebracht. Auch habe ich eine Abschrift Euer Exzellenz Notentwurfs an die k. u. k. Missionen bei den Signatarmächten Reichskanzler zur Verfügung gestellt. Kiderlen sagte mir, dass bisher auf die deutsche Demarche nur von Paris und London Erwidierungen eingetroffen seien. Die Pariser Antwort laute günstig; hingegen mache man in London

Schwierigkeiten. Dies wird mir von meinem englischen Kollegen bestätigt, der mir soeben sagte, dass Sir Edward Grey vorerst „die serbische Angelegenheit geordnet haben möchte.“ Szögyény.

a) Vgl. n. 1362.

Nr. 1362. Tel. aus Berlin, 26. März 1909 Nr. 108 (eing. 27. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Zu meinem Telegramme No. 106 von heute. Herr von Kiderlen teilt mir soeben bezüglich der aus Paris und London vorliegenden Antworten und der inzwischen aus Rom eingetroffenen Antwort folgende Details mit. Italienisches Kabinett hatte Wunsch um Wiederholung der Versprechung bezüglich der Abänderung des Artikels 29 des Berliner Vertrages geäußert. Nachdem Graf Lützow den betreffenden Pourparlers beigezogen worden, dürften Euer Excellenz darüber bereits genau informiert sein.^{b)} Die aus Paris und London eingegangenen Antworten seien, bei starker Nuancierung im Ton, sich doch im Grunde so ähnlich, dass auf einen gegenseitigen Gedankenaustausch umsomehr zu schliessen sei, als die erste Mitteilung Herrn Pichons, die er dem Fürsten Radolin auf Grund der ihm direkt aus Petersburg zugekommenen Nachrichten gemacht hatte, bedeutend entgegenkommender lautete, als die jetzt vorliegende. Pariser Kabinett spreche sich nunmehr dahin aus, dass es der Annexion in der angeregten Form zustimmen wolle, die deutsche Regierung aber ersuche, in Wien dahin zu wirken, dass das k. u. k. Kabinett sein Ansuchen an die Mächte erst nach deren Démarche in Belgrad richte. Englische Regierung habe ihre Zustimmung einfach abgelehnt, ehe die „serbische Frage“ geregelt sei und mache auch Reserven — wie Italien — in Betreff des Artikels 29. Sir E. Grey hätte sogar von einer Pression Österreich-Ungarns gesprochen, das durch die Androhung eines Ultimatus an Serbien die Zustimmung der Mächte zur Annexion sich zu sichern suche. Deutsche Regierung hat, wie mir Herr von Kiderlen weiters mitteilt, ihre Botschafter in Paris und London beauftragt, neuerdings bei den betreffenden Kabinetten den Zweck des deutschen Vorschlages dahin zu erläutern, dass durch denselben eben eine feste Basis für die Intervention in Belgrad gewonnen werden sollte. Falls die Mächte glaubten, Serbien auf andere Weise zur Nachgiebigkeit zu bringen, so sei dies dem Berliner Kabinett recht, es müsse ihnen aber dann auch Verantwortung für alles Weitere zuschreiben. „Serbische Frage“ bestände jetzt für die deutsche Regierung lediglich darin, dass Serbien auf alle Aspirationen bezüglich Bosniens und der Herzegovina verzichte, dass es jegliche Provokation und Drohung unterlasse und abrüste. Ob Österreich-Ungarn sich zu einem Ultimatum genötigt sehen würde, hätte nach Ansicht der deutschen Regierung mit der Anerkennungsfrage nichts zu tun; deutsches Kabinett begreife aber vollkommen, dass Österreich-Ungarn für jetzt und eine absehbare Zeit Garantien für Ruhe und Ordnung an seinen Grenzen verlangt. Tschirschky wird beauftragt, die einschlägigen Depeschen Euer Excellenz in extenso mitzuteilen. Szögyény.

a) Vgl. n. 1368, 1376. — b) Vgl. n. 1357.

Nr. 1363. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 26. März 1909 Nr. 158 (eing. 7 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Gabriel Effendi teilte mir heute mit, dass im letzten Ministerrat beschlossen worden sei, dass die Türkei sich an einer Konferenz, in welcher das zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn bezüglich Bosniens zustande gekommene Übereinkommen einer Diskussion unterzogen werden sollte, nicht beteiligen werde. Der Minister fügte noch hinzu, die Pforte beabsichtige, mit einem neuen Programme für die Konferenz an die Mächte heranzutreten. Türkischerseits möchte man gewisse, in unserem Protokoll bereits prinzipiell festgelegte Fragen in das Programm aufnehmen. Auf meine Bemerkung, dass das letztere auf diese Weise von einigen Mächten als zu weitgehend betrachtet werden könnte, sagte mir Gabriel Effendi, dass die Türkei wenigstens die Zollerhöhung auf der Konferenz durchführen möchte.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 1377.

Nr. 1364. Tel. nach London, 26. März 1909 Nr. 57 (chiff. 12 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Musulin und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramme No. 48 bis 52 erhalten. Wie ich in meinem Telegramme No. 53^{b)} vom 23. l. M. bemerkte, war ich zu weiteren Verhandlungen mit dem englischen Kabinette über eine serbischerseits uns zu gebende Erklärung nur auf Grundlage meines ersten oder zweiten Textes bereit. Euer Exzellenz kennen diese Texte aus meinen Telegrammen vom 19. d. M., No. 48, und vom 23. d. M., No. 52. Wie ich in meiner gestrigen Unterredung mit dem englischen Botschafter mit Vergnügen konstatierte, hat die englische Regierung diesen meinen Standpunkt angenommen und im Prinzip den zweiten Text akzeptiert; sie hat mir aber einige Modifikationen an demselben vorgeschlagen.^{c)} Da der mit Cartwright vereinbarte zweite Text das Mindeste war, was ich verlangen mußte, um den Serben selbst ihre Umkehr deutlich vor Augen zu bringen, habe ich diese beantragten Modifikationen, was das erste Alinea anbelangt, entschieden ablehnen müssen. Sir F. L. Cartwright hatte beantragt, daß wir die Worte „à abandonner l'attitude de protestation etc.“ durch „s'abstenir d'une attitude de protestation etc.“ und ebenso die Worte „à changer le cours de sa politique actuelle envers l'Autriche-Hongrie etc.“ durch „diriger le cours de sa politique envers l'Autriche-Hongrie etc.“ ersetzen mögen. Weiters sollten nach der englischen Anregung an die Stelle der Worte „qu'elle a observée à l'égard de l'annexion depuis l'automne dernier“ die Worte „dans la question de la Bosnie-Herzégovine“ treten. Bei der Ablehnung dieser Modifikationen habe ich hervorgehoben, daß in der serbischen Erklärung ausdrücklich zugegeben werden müsse, daß die Haltung Serbiens uns gegenüber bisher keine korrekte war und daß es diese Haltung ändern werde; durch die englischen Modifikationen würde aber diese Tatsache verschleiert. Im übrigen könne ich auch nicht zugeben, daß in einer serbischen Erklärung

an uns von einer „question de la Bosnie-Herzégovine“ die Rede sei. In Betreff des zweiten Alineas ^{c)} habe ich die englische Anregung, dasselbe mit den Worten „Se fiant aux assurances pacifiques du Gouvernement Austro-Hongrois“ beginnen zu lassen, ebenfalls zurückgewiesen. Ich habe Sir F. L. Cartwright erklärt, Österreich-Ungarn sei der friedliebendste Staat in Europa und mein allergnädigster Herr der friedliebendste Monarch; es sei aber eine inakzeptable Zumutung, daß wir unsere Friedensliebe und gar einem Staate wie Serbien gegenüber noch eigens beteuern sollten. Da Sir F. L. Cartwright meine Argumentation einzusehen und in London vertreten zu wollen erklärte, habe ich mich, um den Mächten die Vertretung der von uns geforderten Erklärung in Belgrad zu erleichtern, über Anregung des englischen Botschafters bereit gefunden, im zweiten Alinea, ^{d)} wo von der Einstellung der Rüstungen und von der Zurückführung der serbischen Armee auf den Friedensstand vom Frühjahr 1908 die Rede ist, die nachfolgenden Modifikationen zu akzeptieren: ^{e)} Statt der Worte „Conformément à ses déclarations pacifiques la Serbie ramenera etc.“ die Fassung „Conformément à ces déclarations et confiante dans les intentions pacifiques de l’Autriche-Hongrie la Serbie ramenera etc.“ und am Schlusse des Alineas statt „aux frontières de l’Autriche-Hongrie et de la Turquie“ die Worte „sur son territoire“. Ich habe die erste der beiden vorerwähnten Modifikationen angenommen, weil die Einschaltung der Worte „confiante dans les intentions pacifiques de l’Autriche-Hongrie“ vollkommen der Langmut entspricht, die wir Serbien bisher bewiesen haben und ebenso einer richtigen Einschätzung unserer friedlichen Intentionen, die unsere Politik Serbien gegenüber auch in Zukunft leiten werden, wenn das Königreich tatsächlich zu einer korrekten Haltung der Nachbarmonarchie gegenüber zurückkehrt. Zu Sir F. L. Cartwright habe ich, als wir diese Modifikationen erörterten, noch bemerkt, daß es in dem Augenblicke, wo die erfreuliche Zustimmung Herrn Iswolskys zu der Aufhebung des Artikels XXV des Berliner Vertrages vorliege, wohl nur eines bestimmten Rates der von England geführten Mächte in Belgrad bedürfe, um den Frieden zu sichern, und daß ich daher mit Vertrauen der weiteren Entwicklung der Dinge entgegen sehe. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, habe ich auch noch ausdrücklich hervorgehoben, daß Serbien die in Rede stehende Erklärung unmittelbar an uns richten müßte und nicht etwa in die Form einer Zirkulardepesche kleiden dürfte. Die serbische Regierung könnte sich auf ihre am 15. März ^{f)} an uns gerichtete Note beziehen und ihre neuerliche Mitteilung etwa mit den Worten beginnen: „Pour donner suite etc.“. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und entsprechenden sofortigen Verwertung bei Sir Edward Grey, dem Sie noch sagen wollen, daß ich bis Sonntag eine Erwiderung erwarte. Sollte wider Erwarten eine Einigung mit London nicht zustande kommen, würde ich am Montag den 29. März Grafen Forgách beauftragen, unsere Antwort auf die serbische Depesche zu übergeben.

Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 116 Nr. 162. Vgl. n. 1376, 1379, 1380, 1399. — ^{b)} Vgl. auch n. 1352. — ^{c)} Vgl. n. 1353. — ^{d)} n. 1280 zweiter Absatz. — ^{e)} Vgl. n. 1367. — ^{f)} n. 1214.

*Nr. 1365. Tel. nach London, 26. März 1909 Nr. 58 (chiff. 10 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).*

Vertraulich. Als ich am 19. l. Mts.^{b)} (meine Telegramme No. 47 und 48 vom selben Tage) dem englischen Botschafter unseren ersten Entwurf einer von der serbischen Regierung abzugebenden Erklärung übergab, habe ich über Anregung Sir F. L. Cartwrights — gewissermaßen als ein Kommentar zu demselben und nur zur Orientierung der englischen Regierung bestimmt — die folgende Bemerkung beigelegt: „L’Autriche-Hongrie, loin de prétendre imposer des entraves au développement normal de l’armée serbe, se borne à demander la révocation des mesures extraordinaires qui contiennent une menace à son adresse.“ Um der Möglichkeit eines Mißverständnisses vorzubeugen, habe ich heute Sir F. L. Cartwright nochmals nachdrücklichst auseinandergesetzt, daß meine oben wiedergegebene Bemerkung nicht dazu verwendet werden dürfe, in Belgrad mitgeteilt zu werden; sie sei vielmehr lediglich dazu bestimmt, zur Orientierung des englischen Kabinetts zu dienen, damit dasselbe mit umso größerem Nachdrucke und umso rückhaltloser in vollständiger Kenntnis unserer Intentionen seine Stimme in Belgrad erheben könne. Euer Exzellenz wollen sich bei Ihrer nächsten Begegnung mit Sir Edward ebenfalls nachdrücklichst in diesem Sinne äußern.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1367, 1381, 1442. — ^{b)} n. 1280.

*Nr. 1366. Tel. nach London, 26. März 1909 Nr. 59 (chiff. 12 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).*

Bezugnehmend auf das Alinea 7 meines Telegrammes vom 23. l. Mts., No. 53, und das Alinea 3 Ihres Telegrammes vom selben Tage, No. 48.^{b)} Bezüglich der unsererseits zu konzедierenden Modifikationen des Artikels XXIX stehe ich in einem Gedankenaustausch mit Herrn Tittoni, der in allernächster Zeit zu einem befriedigenden Ergebnisse führen dürfte. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 115 Nr. 161. — ^{b)} Reicht von „Sir Hardinge erklärte“ bis Schluß.

Nr. 1367. Österreichisch-ungarischer Entwurf einer serbischen Erklärung. Ohne Datum (am 26. März 1909 dem englischen Botschafter in Wien übergeben).¹⁾ Konz. (S. Schreibmaschine).

Formule proposée par Baron d’Aehrenthal. ... Wie erste Beilage zu n. 1313 von „La Serbie“ bis „bon voisinage“ ... Conformément à ces déclarations et confiante dans les intentions pacifiques de l’Autriche-Hongrie^{a)} la Serbie ramenera son armée à l’état du printemps de 1908, en ce qui concerne son organisation, sa dislocation et son effectif. Elle désarmera et licenciera ses volontaires et ses bandes, et elle empêchera la formation de nouvelles unités irrégulières sur son territoire.^{b)}

¹⁾ In der Fassung heute dem englischen Botschafter übergeben. 26. März 1909.
Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1280 zweiter Absatz, 1364, 1399, 1425. — ^{b)} Der dritte Absatz von n. 1280 blieb weg (vgl. n. 1365).

Nr. 1368. Tel. aus London, 26. März 1909 Nr. 54 (eing. 27. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramm No. 55.^{b)} Deutscher Botschafter hat Sir E. Grey die Mitteilung Herrn Iswolskys an Grafen Pourtalès bezüglich Zustimmung Russlands zur Aufhebung des Artikels 25 zur Kenntnis gebracht. Staatssekretär erklärte, englische Regierung könne Sanktion zur Aufhebung besagten Artikels erst dann geben, wenn auch die anderen Fragen beigelegt werden, die durch Vorgehen Österreich-Ungarns im vorigen Herbst berührt wurden und zwar vor allem Schwierigkeiten mit Serbien und Artikel 29. Vertraulich sagte Sir E. Grey noch meinem deutschen Kollegen, dass, wenn Österreich-Ungarn Sanktionierung verlange oder anderenfalls ein Ultimatum an Serbien stelle, er darin eine Pression erblicke, der er nicht nachgeben wolle. Sir E. Grey erklärte, seine Mitwirkung zu allem geben zu wollen, sobald er sieht, dass Frieden gesichert ist; er will aber nicht jetzt eine bindende Erklärung bezüglich der Annexion abgeben, ohne Garantie, dass der Krieg mit Serbien nicht doch nachher erfolgt. Fortsetzung folgt.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1362, 1369, 1370, 1379, 1382. — ^{b)} n. 1354.

Nr. 1369. Tel. aus London, 26. März 1909 Nr. 55 (eing. 27. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Suite du télégramme Nr. 54. J'ai vu mon collègue français qui m'assure que Monsieur Pichon donnera la même réponse que Sir E. Grey et que ni l'Angleterre ni la France ni l'Italie ne consentiront à une déclaration préalable comme celle de la Russie. Monsieur Cambon maintient que le texte de la note serbe que Cartwright devait remettre à Votre Excellence hier, contient toutes les garanties pour l'avenir et que, si Votre Excellence le refuse, l'impression en Europe sera que Votre Excellence est décidée à faire la guerre à la Serbie malgré le succès considérable qu'Elle a obtenu sur Monsieur Iswolsky pour qui sa dernière déclaration est presque humiliante. On devra publier dans tous les parlements ce qui a été proposé et le sentiment public, dont le changement vis-à-vis de nous est déjà perceptible en France, se trouvera décidément contre l'Autriche-Hongrie.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1372, 1379.

Nr. 1370. Tel. aus London, 26. März 1909 Nr. 56 (eing. 27. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu heutigem Telegramm Nr. 54. Foreign Office telegraphiert an Cartwright betreffend Ablehnung der Sanktionierung der Aufhebung des Artikels 25. Die Depesche, die Graf Metternich gezeigt wurde, bewegt sich auf Linie der im obzitierten Telegramm gemeldeten Erklärungen Sir E. Greys. Mein deutscher Kollege fand den Staatssekretär bei seiner zweiten Unterredung mehr konzilient und einlenkend als gestern Abends. Grey gab Metternich zu verstehen, daß er, falls eine Note für Serbien zustande komme, welche die Mächte empfehlen könnten, und

dadurch die Kriegsgefahr abgewendet würde, Widerstand gegen Aufhebung des Artikels 25 fallen lassen würde. Allerdings gab Sir E. Grey nicht ganz klar zu, daß nicht auch vorher Artikel 29 erledigt sein müsse, betonte aber, daß Regelung serbischer Frage die Hauptsache sei. Hiesiger Ministerrat (billigt)^{b)} Sir E. Greys Vorgehen Sanktion zu (verweigern)^{b)} bis friedliche Lösung gesichert sei.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 1379, 1382. — b) Chiffre verstümmelt.

Nr. 1371. Tel. aus London, 26. März 1909 Nr. 57 (eing. 27. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Sir Charles Hardinge, den ich heute abends sah, bemerkte, es sei ihm aufgefallen, daß das vom deutschen Botschafter gestellte Verlangen weitergehe, als dasjenige, das Euer Exzellenz angeregt hatten. Bei letzterem handelt es sich um die Zusage, bei der Konferenz die Annexion anzuerkennen, während er die deutsche Démarche dahin verstand, daß die sofortige Anerkennung verlangt wurde. Sir Charles Hardinge meinte, die Zustimmung Herrn Iswolskys sei von Deutschland „mit Drohung von Bajonetten“ abgerungen worden. Im (Laufe)^{b)} unserer Unterredung über Iswolskys Haltung in den letzten Monaten betonte ich abermals, was ich so häufig den englischen Ministern wiederhole,     die Situation längst in Ordnung wäre, wenn Iswolsky durch die zwei unglücklichen Worte von „compensations territoriales“ nicht die tollsten Hoffnungen in Serbien erweckt hätte. Sir Charles Hardinge gibt dies rückhaltslos zu und behauptet, darüber Iswolsky vor dessen Abreise von London seine Meinung in unzweideutiger Weise gesagt zu haben.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 1379. — b) Chiffre fehlt.

Nr. 1372. Tel. an den Gesandten Grafen Albert Nemes in Paris, 26. März 1909 Nr. 46 (chiff. 10 U. 45 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Sz  p  ry; G. Aehrenthal).

Der französische Botschafter hat mir heute zur Kenntnis gebracht,     Frankreich gleichfalls bereit sei, der Abrogierung des Artikels XXV des Berliner Vertrages auf ein diesbezügliches Ansuchen Österreich-Ungarns zuzustimmen. Herr Crozier hat an diese Mitteilung das Ersuchen geknüpft, ich möge davon absehen, die in Rede stehende Démarche in Paris zu unternehmen, bevor meine mit Sir Edward Grey geführten Verhandlungen in Betreff einer von Serbien abzugebenden Erklärung zu einem Einverständnis geführt hätten. Ich habe dem Herrn Botschafter geantwortet, ich beabsichtige an die M  chte heranzutreten, sobald ich vom Fürsten Bülow die Nachricht erhalten haben werde,     alle Kabinette, dem Beispiele Rußlands und Frankreichs folgend, ihre Bereitwilligkeit zur Abrogierung des Artikels XXV ausgesprochen haben. Dies könne angesichts der in Rom und London herrschenden Dispositionen von einem Tag zum andern eintreten. Ich sehe keinen Grund für den Aufschub der endgiltigen Regelung dieser wichtigen Angelegenheit, welche ich keineswegs mit der Frage unserer Beziehungen zu Serbien verquickt sehen wolle. Herr Crozier wisse,    

wir den Mächten genügend Zeit gelassen hätten, um Serbien zur Vernunft zu bringen; jetzt erforderten unsere Interessen seitens des letzteren eine prompte und unzweideutige Antwort. Ich hege zwar die Hoffnung, mit Sir Edward Grey binnen kurzem ins Reine zu kommen, doch sei der Botschafter im Irrtume, wenn er die bezüglich der Formel noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten als „leichte Divergenzen“ bezeichne. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren Information und Regelung Ihrer Sprache.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1369, 1373, 1390 Anm. c.

Nr. 1373. Tel. des Gesandten Grafen Albert Nemes aus Paris, 26. März 1909 Nr. 18 (eing. 27. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Wie mir aus guter Quelle vertraulich mitgeteilt wird, hat hiesige deutsche Botschaft gestern Auftrag erhalten, bei der französischen Regierung anzufragen, ob Frankreich bereit sei, sich der russischen Erklärung betreffs Abrogierung des Artikels 25 des Berliner Vertrages anzuschließen. Da die Antwort des Herrn Louis an Baron Lancken, Frankreich würde das bosnisch-herzegovinische fait accompli anerkennen, wünsche aber vorher eine Garantie, dass der Friede nunmehr auch gesichert sei, von der deutschen Botschaft als nicht befriedigend angesehen wurde, hat Fürst Radolin Herrn Pichon, der durch Ministerrat und Kammersitzung verhindert war, noch gestern abends persönlich aufgesucht. Pichon soll deutschem Botschafter erklärt haben, im Prinzip sei auch Frankreich mit der Abrogierung des Artikels 25 einverstanden, doch wäre hiesige Regierung erfreut, wenn Euer Exzellenz in Würdigung der freundlichen Haltung, welche Frankreich in der Orientkrise von Anfang an Österreich-Ungarn gegenüber beobachtet habe, mit einer bezüglichlichen Anfrage warten würden, bis Hochdieselben sich mit England über die seitens Serbiens abzugebende Antwort verständigt hätten.

Nemes.

a) Vgl. n. 1372, 1376.

Nr. 1374. Tel. nach Rom, 26. März 1909 Nr. 60 (chiff. 3 U. 45 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramme No. 75 bis 77 erhalten. Euer Exzellenz können Herrn Tittoni sagen, daß ich im Sinne meiner Pourparlers mit dem italienischen Kabinette, betreffend den Artikel XXIX, gerne bereit bin, ihm in einer Antwortnote auf seine Zustimmung zur Aufhebung des Artikels XXV die gewünschten Zusicherungen darüber zu erteilen, daß wir in die Aufhebung der die Souveränität Montenegros zu unseren Gunsten einschränkenden Bestimmungen des erstgenannten Artikels einwilligen. Der mir von Euer Exzellenz mit Telegramm No. 77 skizzierte Notenentwurf Herrn Tittonis scheint mir ganz dem Inhalte unserer bisherigen einschlägigen Unterredungen zu entsprechen und ich warte nur die mir von Euer Exzellenz angekündigte Vorlage des Textes ab, um mich definitiv zu entscheiden.

Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 115 Nr. 160. Vgl. n. 1375, 1384, 1401.

Nr. 1375. Bericht aus Rom, 26. März 1909 Nr. 21 B (eing. 28. März).^{a)}
Ausfert.

Beiliegend beehre ich mich Eurer Excellenz einen auf anderem Wege bereits signalisirten Notenentwurf^{b)} Herrn Tittonis betreffend die Modification des Artikels 29 des Berliner Vertrages ergebenst in Vorlage zu bringen.
Lützow.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 117 Nr. 163. Vgl. n. 1374, 1400, 1419, 1444, 1491, 1513, 1514.
— ^{b)} Beilage.

Beilage zu n. 1375.a)

Notenentwurf.

Monsieur le Ministre, En m'informant de l'adhésion du Gouvernement Italien à la communication du Gouvernement Impérial et Royal relative à l'abolition de l'article 25 du Traité de Berlin, vous m'avez exprimé le désir de recevoir la confirmation par écrit des déclarations que le Gouvernement Impérial et Royal vous avait faites précédemment au sujet des modifications à l'article 29 du dit Traité.^{b)}

Conformément aux instructions que je viens de recevoir, j'ai l'honneur de vous faire connaître que le Gouvernement Impérial et Royal est disposé à consentir à la suppression des dispositions de l'article précité aux alinéas 5, 7, 8, 9, 10, 11 contenant des limitations aux droits de souveraineté du Monténégro, en tant que cette suppression aura obtenu le consentement de toutes les Puissances signataires du Traité de Berlin. L'alinéa 6 du même article devra être remplacé par le suivant: „Le port d'Antivari doit conserver le caractère de port commercial: il ne pourra pas y être érigé des œuvres qui le transforment en port militaire.“

^{a)} Oe.-U. Bosnien 117 Nr. 163. — ^{b)} Vgl. n. 637.

Tel. nach Belgrad, 27. März 1909 Nr. 58 (chiff. 11 U. 30 M. p. m.).
Siehe n. 1376.

Nr. 1376. Tel. nach Berlin Nr. 96 (1), St. Petersburg Nr. 81 (2), Paris Nr. 48 (3), Rom Nr. 62 (4), Konstantinopel Nr. 124 (5) und Belgrad Nr. 58 (6), 27. März 1909 (chiff. 11 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Mat-scheko; V. u. G. Aehrenthal).

1. Zu meinem Telegramme No. 93^{b)} vom 26. d. M. Euer Exzellenz Telegramm No. 108 von gestern erhalten.

2. Zu meinem Telegramme No. 78^{b)} vom 26. d. M.

3. Zu meinem Telegramme No. 47^{b)} vom 26. d. M. Euer Hochgeboren Telegramm No. 18 vom 26. l. M. erhalten.

4. Zu meinem Telegramme von gestern No. 61.^{b)}

5. Zu meinem Telegramme von gestern No. 122.^{b)}

6. Zu meinem Telegramme von gestern No. 57.^{b)}

1.—6. Ich telegraphiere wie folgt an Graf Mensdorff: (Scribatur heutiges Telegramm nach London No. 61 von „Nachrichten, die ich“ bis „gegenüber äußern“.) Vorstehendes zu Euer etc. Information.

1. und zur Mitteilung an den Herrn Reichskanzler.

3. u. 4. Euer etc. wollen meine vorstehenden Instruktionen an Graf Mensdorff umgehend bei dem Herrn Minister des Aeußern verwerten und nachdrücklichst darauf hinweisen, daß ich, um meine Zustimmung zur englischen Mediation und meine Euer etc. bekannte zweite Textierung aufrechterhalten zu können, ebenso wie von der englischen Regierung dringendst eine vorläufige, wenigstens mündliche Zustimmung des dortigen Kabinettes zur der Aufhebung des Artikels XXV des Berliner Vertrages bis Sonntag oder Montag erwarte.

a) Vgl. n. 1379, 1389, 1399, 1401, 1418. 1454. — b) Mitteilung von n. 1364.

Nr. 1377. Tel. nach Konstantinopel, 27. März 1909 Nr. 123 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm von gestern No. 158. Ich ersuche Hochdieselben, Gabriel Effendi zu sagen, ich sei von der Euer Exzellenz gemachten Mitteilung, daß die Pforte nunmehr beabsichtige, mit einem neuen Programme für die Konferenz an die Mächte heranzutreten, sehr überrascht. Euer Exzellenz wollen darauf hinweisen, daß es den Bemühungen des Fürsten Bülow gelungen sei, Herrn Iswolsky zur Abgabe der Erklärung zu veranlassen, daß das russische Kabinett bereit sei, dem Übereinkommen zwischen uns und der Türkei seine formelle bedingungslose Zustimmung zu erteilen und daß angesichts dieser Erklärung die Konferenzidee als ausgeschaltet betrachtet werden kann. Ich wüßte mich — so wollen Euer Exzellenz abschließend betonen — in voller Übereinstimmung mit dem Herrn Reichskanzler, indem ich der türkischen Regierung den wohlgemeinten und dringenden Rat erteile, von der ihr vorschwebenden Absicht, sich an die Mächte mit einem neuen Programme für eine Konferenz zu wenden, abzusehen, da auf einer Konferenz zweifellos Fragen aufgeworfen und Ansprüche angemeldet würden, welche dem von der Pforte eingenommenen Standpunkte und den Interessen der Türkei zuwiderliefen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1392, 1433.

Tel. nach Konstantinopel, 27. März 1909 Nr. 124 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1376.

Nr. 1378. Tel. in claris nach London, 27. März 1909 ohne Nr. (expediert 6 U. 15 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. u. G. Musulin).

Dringender telegrafischer Auftrag für Euer Exzellenz unterwegs. Ersuche für morgen Sonntag Zusammenkunft mit dem Herrn Staatssecretär verabreden.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1395.

Nr. 1379. Tel. nach London, 27. März 1909 Nr. 61 (chiffr. 10 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Musulin und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Zu meinem Telegramm vom 26. l. M., No. 57. Nachrichten, die ich aus Berlin erhalte, die heutige Reutermeldung und der Inhalt Euer Exzellenz Telegramme vom 26. l. M. No. 54 bis 57, wonach der Staatssekretär erklärt

habe, die englische Regierung könne Sanktion zur Aufhebung des Artikels XXV erst dann geben, wenn auch die anderen Fragen beigelegt würden, die durch unser Vorgehen im vorigen Herbste berührt wurden, und zwar vor allem Schwierigkeiten mit Serbien und Artikel XXIX, haben mich veranlaßt, Sir F. L. Cartwright heute nachmittag zu mir zu bitten. Ich habe dem englischen Botschafter die Umstände ins Gedächtnis gerufen, unter denen unser zweiter Text mit der Cartwrightschen Modifikation zustande gekommen ist. Ich habe darauf hingewiesen, daß es sein eigener Vorschlag war, die Mächte sollten nur als Aequivalent für mein Entgegenkommen schon jetzt die Versicherung erteilen, daß sie in einem späteren Momente dem *fait accompli* der Annexion auch ihre formelle Zustimmung geben würden. Inzwischen habe die deutsche Vermittlung in Petersburg Erfolg gehabt und ihr Resultat liege jetzt den Kabinetten vor. Es springe in die Augen, daß eine schleunige Zustimmung zu dem Bülow'schen Antrag notwendig sei, um in Belgrad den für die Annahme der englischen Mediation günstigen Effekt der Iswolskyschen Erklärung nicht zu paralysieren. Der Akzess der Mächte zu der russischen Deklaration sei aber auch eine notwendige Voraussetzung dafür, daß ich die Verhandlungen mit dem englischen Kabinett über die Mediationsformel zum Abschlusse bringe. Ich könnte unmöglich eine Formulierung aufrecht erhalten, wonach ich von Serbien nur verlange, daß es sich bezüglich des Artikels XXV der Entscheidung der Mächte unterwerfe, wenn ich nicht vorher entsprechende Zusicherungen darüber besäße, wie diese Entscheidung ausfallen würde. Zusammenfassend habe ich meinen Standpunkt dem englischen Botschafter gegenüber dahin präzisiert, daß ich meine Zustimmung zu meinem zweiten Texte mit den Euer Exzellenz gestern telegraphierten von mir zugestandenen Abänderungen nur dann aufrecht erhalten könnte, wenn die englische Regierung entweder Fürst Bülow oder mir direkt jetzt, wenigstens mündlich, dieselbe Zusicherung gäbe, wie Herr Iswolsky dem Grafen Pourtalès, das heißt, *que l'Angleterre donnera son adhésion formelle et sans réserve à la suppression de l'Article XXV du Traité de Berlin*. Sir F. L. Cartwright erkannte die Richtigkeit meiner Argumentation und versprach deren Vertretung in London; der englische Botschafter meint auf eine günstige Entscheidung seiner Regierung rechnen zu können, wenn ich eine direkte Erklärung Sir Edward Greys annehmen würde, der es wie Cartwright vertraulich bemerkte, wahrscheinlich aus naheliegenden Gründen gerne vermieden sehen möchte, gewissermaßen einer Pression des Fürsten Bülow nachzugeben. Hieran schloß der Botschafter die Bitte, daß wir uns mit der *demande en règle* erst nach Beendigung der englischen Mediation an die Mächte wenden sollten. Beide Anregungen des Herrn Botschafters habe ich sympathisch angenommen, bezüglich seiner letzteren aber ausdrücklich hervorgehoben, ich glaubte zwar, daß die englische Mediation in Belgrad Erfolg haben würde, müsse aber doch auch den entgegengesetzten Fall im Auge haben und faßte daher seine Anregung, mit der *demande en règle* bei den Mächten bis zur Beendigung der Mediation zuzuwarten, natürlich dahin auf, daß diese *demande* nach Durchführung der englischen Demarche in Belgrad, gleichviel welches Resultat dieselbe ergebe, erfolgen würde. Ich habe am Ende unserer Unter-

redung dem englischen Botschafter keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich, wenn ich nicht bis Sonntag oder spätestens Montag im Besitze einer wenigstens mündlichen Zusicherung des englischen Kabinettes, betreffend dessen Zustimmung zur Abrogierung des Artikels XXV mich befände, die Mediationsverhandlungen mit dem englischen Kabinette als abgebrochen betrachten müsste; ich könnte über diesen Termin schon deshalb nicht zuwarten, weil ich im Interesse der Regelung unseres zollpolitischen Verhältnisses zu Serbien am kommenden Montag den 29. d. abends oder Dienstag den 30. d. M. eine Mitteilung an die serbische Regierung richten müßte. Euer Exzellenz wollen sich in dem vorstehenden Sinne umgehend Sir Edward Grey gegenüber äußern. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1376, 1383, 1388, 1393, 1394, 1397, 1410, 1411.

Nr. 1380. Tel. aus London, 27. März 1909 Nr. 58 (eing. 5 U. 40 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramm No. 57 von heute. Sir E. Grey erklärte, im Interesse des Friedens den Text Euer Excellenz zur serbischen Note, wie er zwischen Euer Excellenz und Cartwright vereinbart wurde, anzunehmen. Britische Regierung setzt sich mit französischer, russischer und italienischer Regierung in Verbindung, um deren Kooperation zu sichern. Grey hält es für wünschenswert, dass Euer Excellenz — wenn es nicht schon geschehen ist — den Botschaftern besagter drei Mächte ähnliche Versicherungen und Erklärungen erteilen, wie an Cartwright, damit sie in der Lage sind, dieselben in Belgrad zu bestätigen und von serbischer Regierung Abrüstung zu erreichen. Sir E. Grey setzt voraus, dass, wenn Serbien die Note an uns richtet, es eine konziliante Antwort erhalten wird, so dass die Mächte, indem sie diese Note anraten, nicht Serbien einer Zurückweisung aussetzen. Vorstehendes wesentlichen Inhalt der Instruktionen, die heute an Cartwright telegraphiert werden. Mensdorff.

a) Oe.-U. Bosnien 118 Nr. 164. Vgl. n. 1381, 1382, 1389, 1393, 1405, 1747.

Nr. 1381. Tel. aus London, 27. März 1909 Nr. 59 (eing. 28. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 58 von heute.^{b)} Ich habe im Foreign Office betont, daß die im obigen Telegramm zitierte Bemerkung Euer Exzellenz: Loin de prétendre imposer d'entraves etc. nicht zur Mitteilung in Belgrad bestimmt sei. Sir E. Grey und Sir Charles Hardinge antworteten, dass dies verstanden sei. Der in meinem heutigen Telegramm Nr. 58 ausgesprochene Wunsch Greys, Euer Exzellenz mögen auch den (Botschaftern)^{c)} Frankreichs und Rußlands und Italiens ähnliche Erklärungen wie Cartwright geben, bezieht sich auf (Erklärungen)^{c)} Euer Exzellenz, welche Cartwright am 19. d. M. meldete, die folgenden Inhaltes waren: Österreich-Ungarn beabsichtigt nicht, Serbien anzugreifen, wenn es abrüstet, und nicht Serbiens Unabhängigkeit, freie Entwicklung und territoriale Integrität anzutasten. Die Kenntnis dieser Erklärungen Euer Exzellenz würde es auch den anderen Mächten ermöglichen, in Belgrad

Pression zur Annahme des nunmehr vereinbarten Textes der Note auszu-
üben. Mensdorff.

a) Vgl. n. 1394, 1409, 1442. — b) Vom 26. — c) Chiffre fehlt.

Nr. 1382. Tel. aus London, 27. März 1909 Nr. 60 (eing. 28. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu meinem heutigen Telegramm Nr. 58. Ich habe Sir E. Grey heute nachmittags ein zweites Mal gesehen. Bezüglich deutschen Ansuchens zur Sanktionierung der Aufhebung des Artikels 25 wiederholte er mir, was er meinem deutschen Kollegen gesagt hatte (meine gestrigen Telegramme Nr. 54 und 56). Er fügte hinzu, das hiesige Parlament und öffentliche Meinung würden es der Regierung nie verzeihen, wenn sie vorherige Sanktion geben würde und es dann doch noch zu Krieg oder Ultimatum käme. Wenn aber die serbische Note mit dem vereinbarten Text abgeschickt und in Wien angenommen wird und dadurch Frieden gesichert ist, so werde er dem Ministerrat ohne Zeitverlust vorschlagen, die Aufhebung des Artikels 25 zu sanktionieren und er erwarte nicht, daß dagegen Einsprache erhoben werden wird. Ich fragte ihn, ob ich dies als eine private Zusicherung seinerseits auffassen könne, was er bejahte, indem er Vorstehendes wiederholte, immer Bedingung betonend, daß eine friedliche Lösung erzielt wird. Sir E. Grey erklärte mir weiters, daß, wenn serbische Regierung Text der Note nicht annimmt, oder auch nur das geringste daran ändert, er die Situation als ganz verändert ansehen und sich für die Frage nicht mehr interessieren würde. Er (erteile)^{b)} heute Instruktionen an britischen Gesandten in Belgrad, dies dor auf das nachdrücklichste zu betonen. Sir E. Grey sprach schliesslich Hoffnung aus, daß, wenn die serbische Note abgehe, die kleinen noch ausstehenden Details der Verständigung zwischen der Türkei und Bulgarien geregelt werden und Euer Exzellenz sich mit Herrn Tittoni über Artikel 29 einigen, der ganze Fragenkomplex, das ist Annexion Bosniens, Unabhängigkeit Bulgariens und Modifikation des Artikels 29, noch vor Ostern definitiv geregelt sein könnte. Mensdorff.

a) Vgl. n. 1383, 1397. — b) Chiffre fehlt.

Nr. 1383. Tel. aus London, 27. März 1909 Nr. 62^{a)} (aufg. 28. März 3 U. a. m., eing. 9 U. a. m.).^{b)} Entziff.

Habe Euer Exzellenz Telegramm Nr. 61 nach Abgang meiner heutigen Telegramme Nr. 61^{a)} und 60 erhalten. Da in der von Sir E. Grey telefonisch mitgeteilten Weisung an Cartwright nicht alle Punkte Euer Exzellenz obbezogenen Telegrammes klar beantwortet erscheinen, habe ich Staatssekretär, der über Sonntag auf das Land zu reisen beabsichtigt, heute nachts geschrieben und um eine Unterredung für morgen Sonntag gebeten, falls er Unterstaatssekretär Sir Charles Hardinge nicht ermächtigt hätte, voll in seinem Namen zu sprechen. Mensdorff.

a) Obiges vom 27. März datierte Telegramm wurde am 28. März um 3 U. a. m., das vom 28. März datierte Tel. Nr. 61 (n. 1395) am 28. März um 12 U. 30 M. a. m. aufgegeben. Nummernfolge also bei der Aufgabe gestört. — b) Vgl. n. 1396, 1409.

Tel. nach Paris, 27. März 1909 Nr. 48 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1376.

Tel. nach Rom, 27. März 1909 Nr. 62 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1376.

Nr. 1384. Tel. aus Rom, 27. März 1909 Nr. 78 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramm No. 60 von gestern. Ich glaube, dass Herrn Tittoni der Modus vorschwebt, die beiden Erklärungen simultan vor sich gehen zu lassen und nicht die unsere als Antwort auf die seine erscheinen zu lassen; doch ist dies schliesslich gleichgiltig. Jedenfalls wiederholte mir der Minister heute: unsere Note diene nur zu seiner Deckung und sei nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Im Verlaufe der Unterredung erwähnte Herr Tittoni, deutsche Demarche betreffend Aufhebung des Artikels 25 sei in London von Graf Metternich mit geringem diplomatischen Geschick durchgeführt worden. Il paraît qu'il a pris un ton comminatoire et que l'entretien aurait été vif. Sir E. Grey aurait répondu que l'Angleterre n'avait pas l'habitude de céder à des menaces. Monsieur Tittoni regrette vivement l'incident et donne à entendre qu'il espère que le Comte Mensdorff saura le redresser.

Lützow.

^{a)} Vgl. n. 1385, 1389.

Nr. 1385. Tel. aus Rom, 27. März 1909 Nr. 79 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Bezug auf Telegramm Euer Excellenz No. 61^{b)} von heute. Unmittelbar vor mir hat heute früh Herr Tittoni den englischen Botschafter empfangen, der ihn frug, ob Italien sich der in Belgrad zu machenden Demarche anschliessen wolle, falls Pourparlers zwischen Wien und London zu einem Resultate führten. Tittoni bejahte. Mir gegenüber drückte er zuversichtliche Hoffnung aus, dass Einigung schliesslich erfolgen werde. Keine Macht werde es leichten Herzens auf sich nehmen, einen Konflikt von unabsehbaren Konsequenzen herbeizuführen rien que pour une nuance de plus ou de moins dans une déclaration serbe dont la valeur pratique et réelle dépendait de toute façon dans une large mesure des circonstances futures quelle que puisse être la terminologie adoptée actuellement. Herrn Tittonis Befriedigung über gesamte Lage ist einigermaßen getrübt durch noch nicht erzielte diesbezügliche Einigung sowie durch den in meinem heutigen Telegramme No. 78 bezogenen Londoner Zwischenfall.

Lützow.

^{a)} Vgl. n. 1389. — ^{b)} Vgl. n. 1376 Anm. b.

Tel. nach St. Petersburg, 27. März 1909 Nr. 81 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1376.

*Nr. 1386. Tel. aus St. Petersburg, 27. März 1909 Nr. 65 (eing. 9 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Entschluss der russischen Regierung, gegebenen Falles vorbehaltlos Aufhebung des Artikels 25 des Berliner Vertrages zuzustimmen, wurde, wie Herr Iswolsky dem deutschen Botschafter versichert, von hier tale quale nach Paris und London mitgeteilt. Botschafter Frankreichs und Englands hätten russischen Minister des Äussern seither von Antworten ihrer Regierungen zu deutschem Vorschlag in Kenntnis gesetzt, welche weniger absolut lauten sollen als russische. Namentlich mache England Reserve, dass serbische Angelegenheit und Modifikationen Artikels 29 des Berliner Vertrages gleichzeitig zu bereinigen wären. Herr Iswolski sprach Graf Pourtalès Befürchtung aus, dass englischerseits erhobene Schwierigkeiten in Berlin verstimmend wirken könnten. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1358, 1389, 1427.

*Tel. nach Belgrad, 28. März 1909 Nr. 60 (chiffr. 7 U. 15 M. p. m.).
Siehe n. 1389.*

*Nr. 1387. Tel. aus Belgrad, 28. März 1909 Nr. 160 (eing. 3 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Gestriger Kronrat und heutige Sitzung der Skuptschina haben Verzicht des Prinzen Georg angenommen und Prinzen Alexander als Thronfolger deklariert. Laut Zeitungen soll Prinz Georg nach Beendigung des Konfliktes mit Österreich-Ungarn in das Ausland reisen. Die Hetzblätter bezeichnen ihn als unser Opfer und seinen Verzicht als Folge seines Schmerzes über den Rückzug der serbischen Politik. Dies ist vollkommen unrichtig, da das ganze Ereignis mit der äusseren Politik in keinem unmittelbaren Konnex steht und nur ein Ausfluss des seltsamen Charakters des Prinzen und innerpolitischer Gegensätze ist. Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1359.

Nr. 1388. Tel. aus Belgrad, 28. März 1909 Nr. 161 (eing. 10 U. 45 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Ministres d'Angleterre et de France ont reçu les instructions relatives à la déclaration que la Serbie doit nous faire. Le texte qu'ils doivent proposer au gouvernement serbe est mot pour mot conforme au second texte que Votre Excellence a arrêté avec l'Ambassadeur d'Angleterre. Au second alinéa se trouvant les deux légères modifications auxquelles Votre Excellence a consenti. Ministre d'Angleterre considère les termes du texte commun modérés et très raisonnables et me dit que la Serbie doit être contente d'en être quitte à si bon marché. Il paraît que le ministre de France partage cette opinion et que tous deux ne doutent pas que gouvernement serbe ne se rende à leurs conseils. Ministre d'Italie et de Russie sont encore sans instructions. Mon collègue anglais espère pouvoir faire sa démarche demain sans même attendre l'appui italien, si toutefois le ministre de Russie, dont

le concours est naturellement nécessaire, reçoit ses instructions à temps. Les instructions anglaises pour le *modus procedendi* à conseiller aux Serbes n'étant pas tout à fait claires, j'ai dit à mon collègue anglais que d'après les télégrammes de Votre Excellence la déclaration serbe ne serait à adresser qu'uniquement à Vienne comme suite à leur note remise le 15 mars.^{b)} Mon collègue d'Angleterre se conforme à cet avis. J'ai d'ailleurs fait observer à mon collègue anglais que Votre Excellence n'avait consenti au texte dont il venait d'être muni que sous la condition expresse que l'Angleterre s'associe à la décision de la Russie et donne son adhésion formelle et sans réserve à la suppression de l'article XXV. Mon collègue ne paraissait pas être instruit sur l'attitude définitive de son gouvernement à ce sujet et si l'entente y relative était déjà établie entre Vienne et Londres. Forgách.

a) Vgl. n. 1379, 1403. — b) n. 1214.

Nr. 1389. Tel. nach Berlin Nr. 97 (1), St. Petersburg Nr. 82 (2), Paris Nr. 49 (3), Rom Nr. 63 (4), Konstantinopel Nr. 125 (5) und Belgrad Nr. 60 (6), 28. März 1909 (chiffr. 7 U. 15 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

1. Zu meinem Telegramm No. 96 vom 27. 1. M.
2. Zu meinem Telegramm No. 81 vom 27. 1. M. Euer Exzellenz Telegramm No. 65 vom selben Tage erhalten.
3. Zu meinem Telegramm No. 48 vom 27. 1. M.
4. Zu meinem Telegramm No. 62 vom 27. 1. M. Euer Exzellenz Telegramm No. 78 und 79 vom selben Tage erhalten.
5. Zu meinem Telegramm No. 124 vom 27. 1. M.
6. Zu meinem Telegramm No. 58 vom 27. 1. M.

1.—6. Ich telegraphiere an Graf Mensdorff wie folgt: ... *wie nr. 1394b)* ...

1. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Mitteilung an den Herrn Reichskanzler.

2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information.

3. Euer Hochgeboren wollen sich vielleicht umgehend im vorstehenden Sinne vertraulich zu Herrn Pichon äußern und ihm bei diesem Anlasse meine lebhafteste Befriedigung über das mit dem französischen Cabinet zustandegekommene Einverständnis zum Ausdruck bringen.

4. Euer Exzellenz wollen sich im vorstehenden Sinne tunlichst umgehend zu Herrn Tissoni äußern und bemerken, dass ich nur das Eintreffen des von Euer Exzellenz angekündigten Notenentwurfes betreffend den Artikel XXIX abwarte, um diese Angelegenheit auch formell zum Abschluss zu bringen. Den Schlusspassus meines vorstehenden Telegrammes nach London, wonach die unsererseits zu machenden Konzessionen betreffend die Abänderung des Artikels XXIX natürlich die Rückkehr Montenegros zu einer korrekten und freundnachbarlichen Haltung uns gegenüber voraussetzen, wollen Euer Exzellenz nachdrücklich betonen.

5. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information. Euer Exzellenz wollen die Tatsache, dass nunmehr die Bereitwilligkeit der Mächte

vorliegt, der Aufhebung des Artikels XXV des Berliner Vertrages zuzustimmen, im Interesse der Durchbringung des Ententeprotokolls bei Hilmi Pascha in vertraulicher Weise verwerten.

6. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren Information. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1400, 1406. — ^{b)} Laut Anweisung für das Chifferndepartement auf n. 1394 wurden in dem vorstehenden Zirkular in der Abschrift des Tel. nach London vom 28. März 1909 Nr. 63 nach „Nach dem Wortlaute dieser Erklärungen“ eingeschaltet: „denen ein mir gestern zugekommenes Telegramm Graf Mensdorffs vorausgegangen ist, wonach Sir E. Grey den zwischen mir und Cartwright vereinbarten Text der an uns zu richtenden serbischen Note annimmt“. Vgl. n. 1380.

Nr. 1390. Tel. aus Berlin, 28. März 1909 Nr. 109 (eing. 29. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramme No. 93^{b)} und 94^{c)} von gestern und 96 von heute und Inhalt durch Vermittlung Herrn von Kiderlens Reichskanzler zur Kenntnis gebracht. Deutscher Botschafter in London hat gestern abends telegraphiert, er erfahre, dass Euer Excellenz mit Cartwright mit einem günstigen Resultate zum Abschlusse gelangt seien. Hingegen meldet Herr von Tschirschky, dass diese Verhandlungen bisher noch nicht beendetigt seien. Kiderlen versicherte mir, Fürst Bülow werde zu Gunsten des Friedens gewiss damit einverstanden sein, dass die englische Regierung die Zusicherung, welche Herr Isvolski dem Grafen Pourtalès erteilt hat, que l'Angleterre donne adhésion formelle et sans réserve à la suppression de l'article 25 du traité de Berlin vorerst direkt in Wien gebe. Ich glaube aber, den Worten Herrn von Kiderlens entnehmen zu können, Reichskanzler werde sich nicht damit begnügen, dass der von ihm in London gemachte Schritt durch eine Erklärung an Euer Excellenz beantwortet sei, und darauf bestehen, dass die englische Regierung auch ihm gleiche Erklärung abgebe. Die Euer Excellenz gegenüber gemachte Bemerkung Cartwrights, dass es Sir E. Grey aus naheliegenden Gründen vermeiden wolle, einer Pression Fürsten Bülows nachzugeben, habe ich Kiderlen nicht mitgeteilt.

Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1418, 1421. — ^{b)} Vgl. n. 1376 Anm. b. — ^{c)} Tel. nach Berlin 26. März 1909. Enthält Mitteilung von n. 1372.

Nr. 1391. Tel. aus Cetinje, 28. März 1909 Nr. 37 (eing. 29. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Infolge der letzten, aus Belgrad und aus Petersburg eingetroffenen Nachrichten ist in hiesigen Regierungskreisen Niedergeschlagenheit und Unsicherheit bemerkbar. Wie ich vertraulich erfahre, hat Fürst Nikolaus, welcher gleichfalls sehr gedrückt sei, englischen Geschäftsträger gebeten, an Sir E. Grey zu telegraphieren, dass fürstliche Regierung den Ratschlägen der englischen Regierung zufolge bisher correcte und zuwartende Haltung beobachtet habe et qu'il remet sa cause dans ses mains. Kuhn.

^{a)} Vgl. n. 1423.

Tel. nach Konstantinopel, 28. März 1909 Nr. 125 (chiff. 7 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 1389.

Nr. 1392. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 28. März 1909 Nr. 160 (eing. 29. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Antwort auf Telegramm No. 123 vom 27. d. Mts. Gabriel Effendi sagte mir, dass jedenfalls die Rückkehr Rifaat Paschas abgewartet werden wird, bevor die Pforte irgendeinen Entschluss bezüglich eines Programm-vorschlages für die Konferenz fassen wird. Der Minister fügte noch hinzu, dass selbstverständlich die Konferenz erst zusammentreten könnte, wenn das Übereinkommen zwischen der Türkei und Bulgarien perfekt sein wird. Im Laufe des Gespräches meinte der Minister, dass die türkische Regierung den Wünschen Euer Excellenz und des Fürsten Bülow gerne nachkommen würde, wenn die Kabinette von Wien und Berlin spezielle eigene, der Pforte bisher nicht bekannte Interessen an dem Nichtzustandekommen der Konferenz hätten; was das Interesse der Türkei in der Frage anbelangt, so wäre dasselbe ein grosses, indem die Pforte jene Vorteile, die Österreich-Ungarn ihr im Protokoll bereits zugesichert hat, nur im Wege einer Konferenz von den anderen Mächten rasch zu erlangen hofft. Ausserdem sei das jetzige türkische Kabinett durch das Faktum dem Parlament gegenüber gewissermassen gebunden, als die frühere türkische Regierung diejenige war, welche überhaupt die Konferenzidee zuerst angeregt hat. Was die Fragen politischer Natur anbelangt, auf welche Euer Excellenz anspielen, sagte Gabriel Effendi, dass die Pforte sich keineswegs fürchte, dass solche Fragen auf's Tapet gebracht werden könnten, weil eben das Programm der Konferenz ein streng limitiertes sein müsste. Nach Ansicht Gabriel Effendis würde auch eine gewöhnliche Konferenz der Botschafter in Konstantinopel unter Zuziehung eines türkischen Vertreters die ihm vorschwebenden Angelegenheiten erledigen können. Aus den Auslassungen des Ministers konnte ich entnehmen, dass, wenn auch die Pforte an dem Projekt der Konferenz festhalten sollte, ein diesbezüglicher Schritt derselben nicht unmittelbar bevorsteht.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 1420, 1449.

Nr. 1393. Tel. nach London, 28. März 1909 Nr. 62 (chiffr. 4 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Kwiatkowski; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Aus Euer Exzellenz Telegramm No. 58 vom 27. l. Mts. habe ich mit Befriedigung entnommen, daß Sir Edward Grey den Text zur serbischen Note, wie er zwischen mir und Cartwright vereinbart wurde, angenommen hat.

Da somit bezüglich der englischen Mediation ein Einverständnis zwischen uns und dem englischen Kabinette zustandegekommen ist, glaube ich annehmen zu können, daß auch die noch bestehende Differenz betreffend die wenigstens mündliche Zusicherung des englischen Kabinettes, der Aufhebung des Artikels XXV des Berliner Vertrages zustimmen zu wollen, auf die sich mein gestriges Telegramm No. 61 bezog, bald behoben sein wird.

Nicht ganz verständlich ist mir die Bemerkung im Alinea 4^{b)} Ihres Telegrammes über die Versicherungen und Erklärungen, die ich den Botschaftern Frankreichs, Rußlands und Italiens erteilen sollte.

Ich habe seinerzeit Cartwright gesagt und ermächtigt Euer Exzellenz, dies, sobald der vollständige Akkord hergestellt sein wird, Sir Edward Grey zu wiederholen, daß wir im Interesse des Gelingens der englischen Mediation mit unserer Note an die serbische Regierung zuwarten wollten und daß wir Serbien während der Dauer unserer Verhandlungen mit England und jener Englands mit dem Königreiche nicht attackieren würden.

Ich muß es Sir Edward Grey überlassen, diese Erklärung jenen Kabinetten, die sich an der englischen Mediation in Belgrad beteiligen, mitzuteilen, da ja die englische Vermittlung bekanntlich nicht von uns angesucht wurde. Selbstverständlich bin ich übrigens bereit, mich, wenn die Botschafter danach fragen, in dieser Weise ihnen gegenüber zu äußern.

Dasselbe gilt von dem in meinem Telegramme vom 19. I. M. No. 47 wiedergegebenen Äußerungen an F. L. Cartwright, wonach Österreich-Ungarn niemals die Absicht gehabt habe, die Integrität und Unabhängigkeit Serbiens zu bedrohen und daß solche Absichten auch jetzt und für die Zukunft nicht bestünden.

Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und eventuell zur Regelung Ihrer Sprache.^{c)} Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1405, 1408, 1442. — ^{b)} Beginnt: „Grey hält es.“ — ^{c)} Mitgeteilt nach Bukarest Nr. 80, Sofia Nr. 66, Cetinje Nr. 43 und Athen Nr. 19, 28. März 1909 (chiffr. 7 U. p. m.).

Nr. 1394. Tel. nach London, 28. März 1909 Nr. 63 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Zu meinem Telegramm No. 61 vom 27. d. M. Euer Exzellenz Telegramme No. 59 vom 27. d. M. und No. 61 vom 28. d. M. erhalten. Sir F. L. Cartwright hat mir heute ein Aide-Mémoire nachstehenden Inhaltes übergeben: ... wie n. 1398 von „Après que la Serbie“ bis „dans l'article XXIX“ ... Nach dem Wortlaute dieser Erklärungen ist eine vollständige Einigung zwischen uns und dem englischen Kabinett nicht nur in Betreff der Mediation in Belgrad, sondern auch was die Zustimmung Englands zur Abrogierung des Artikels XXV anbelangt, zu konstatieren. Bei der Übergabe des Aide-Mémoires hat der englische Botschafter ausdrücklich hervorgehoben, dass die an der Vermittlungsaction in Belgrad beteiligten Mächte Änderungen an dem zwischen mir und Cartwright zuletzt vereinbarten Text der serbischen Note in Belgrad nicht diskutieren, sondern der serbischen Regierung erklären würden, derselbe sei à prendre ou à laisser; wenn Serbien dem Rate der Mächte nicht folge, würde es sich selbst überlassen werden. Die Démarche der Mächte in Belgrad würde aller Wahrscheinlichkeit nach Montag, den 29. d. M. erfolgen. Der französische Botschafter, der bettlägerig ist, hat mich wissen lassen, dass er ermächtigt sei, mir eine ganz analoge Erklärung wie sein englischer Kollege abzugeben. Ich habe die Eröffnungen Sir F. L. Cartwrights mit dem Ausdrucke meiner aufrichtigsten Befriedigung über das erzielte Einverständnis entgegengenommen und ihm bezüglich des Artikels XXIX die Zusicherung wiederholt, die ich bereits Herrn Tittoni erteilt hatte; ich fügte hinzu, dass das bezügliche Einverständnis mit dem italienischen Cabinet nur mehr des

formalen Abschlusses bedürfe. Die Voraussetzung für mein Entgegenkommen in diesem Punkte sei aber natürlich, dass Montenegro zu einer korrekten, freundschaftlichen Haltung uns gegenüber zurückkehre. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache.

Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 119 Nr. 166. Vgl. n. 1389, 1395, 1409.

Nr. 1395. Tel. aus London, 28. März 1909 Nr. 61^{a)} (aufg. 12 U. 30 M. a. m., eing. 9 U. a. m.).^{b)} Entziff.

Bezug auf Telegramm in claris von heute Abend.^{c)} Sir E. Grey, der auf das Land wollte, verschob in Folge eines Telegrammes in claris von Cartwright Abreise bis zeitlich Früh und wir verabredeten, uns eventuell zwischen 11 und 12 Uhr zu treffen. Das mir in Aussicht gestellte Telegramm noch nicht eingetroffen. Staatssekretär teilte mir aber eben 12 Uhr nachts telefonisch mit, er habe Telegramm aus Wien erhalten und Cartwright ermächtigt zu erklären, daß, falls serbische Note übergeben und in Wien angenommen wird, britische Regierung ihre Zustimmung zur Aufhebung des Artikels 25 geben wird, vorausgesetzt, daß Artikel 29 zur Zufriedenheit Italiens geregelt wird.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 1383 Anm. a. — b) Vgl. n. 1383, 1394. — c) n. 1378.

Nr. 1396. Tel. aus London, 28. März 1909 Nr. 63 (eing. 29. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Bezug auf mein gestriges Telegramm No. 62. Sir E. Grey teilte mir heute früh schriftlich mit, er habe sein letztes Wort gestern abends Sir F. Cartwright mitgeteilt, er könne ohne Cabinetsbeschluss nicht weiter gehen. Staatssekretär meint, sein Telegramm an Cartwright müsse Euer Exzellenz befriedigen und verweist mich für Details an Sir Charles Hardinge, nachdem er auf das Land reisen muss. Fortsetzung folgt. Mensdorff.

a) Vgl. n. 1397.

Nr. 1397. Tel. aus London, 28. März 1909 Nr. 64 (eing. 29. März 9 U. a. m.). Entziff.

Fortsetzung zu meinem Telegramm Nr. 63 von heute. Ich habe eben Sir Charles Hardinge gesprochen, der mir Text der telegrafischen Weisung an Cartwright vorlas des Inhalts, daß unter der einzigen Bedingung, daß Modifikation des Artikels 29 zur Befriedigung Italiens geregelt wird, die britische Regierung ihre Zustimmung zur Aufhebung des Artikels 25 ohne Reserve gibt, wenn Serbien die zwischen Euer Exzellenz und Cartwright vereinbarte Note ohne jede Änderung abschickt und dieselbe von Euer Exzellenz angenommen wird. Sollte Serbien Mediation ablehnen und Note nicht absenden, so ist britische Regierung ebenfalls bereit, der Aufhebung des Artikels 25 zuzustimmen, wenn alle anderen Mächte dasselbe tun, was ja der Fall zu sein scheint. Sir Charles Hardinge betonte, daß dadurch Euer Exzellenz die volle Sicherheit der englischen Zustimmung für beide

Alternativen (Erfolg oder Scheitern der englischen Mediation) gesichert ist. Eine weitere bedingungslose Erklärung (könne)^{a)} das britische Kabinett — ohne dessen Zustimmung Sir E. Grey nichts weiter sagen könnte, als was er gestern abends telegraphierte — nicht geben, schon aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung (mein gestriges Telegramm Nr. 60). Ich sprach eingehend im Sinne der telegrafischen Weisung Nr. 61 Sir Charles Hardinge meint, daß Euer Exzellenz schon nach Kenntnisnahme der gestern mittags an Cartwright abgegangenen Depesche und nach Empfang meiner Meldungen über meine gestrige Unterredung mit Sir E. Grey den Eindruck gewonnen haben dürften, daß hier keine Absicht bestehe, der Aufhebung des Artikels 25 Schwierigkeiten entgegen zu setzen. (Ich glaubte das Bestreben schon gestern zu bemerken, die erste etwas schroffe Ablehnung des Fürst Bülow'schen Vorschlages abzuschwächen.) Unter den Fragen „die durch unser Vorgehen im vorigen Herbst berührt wurden und vor Aufhebung des Artikels 25 geregelt werden müssten“ versteht man hier Serbien und Artikel 29, nicht aber auch Bulgarien. Bezüglich des Artikels 29 betonte ich, wie Euer Exzellenz im Telegramm Nr. 53 vom 23. d. M. ausführten, daß es sich nur um jene Bestimmungen handeln könne, welche eine Einschränkung der montenegrinischen Souveränität uns gegenüber beinhalten. Unterstaatssekretär anerkannte das und bemerkte, es wären also nur zwei oder drei Punkte, über welche er den Eindruck hätte, daß Euer Exzellenz bereits mit Herrn Tittoni im Einverständnis wären. Sir Charles Hardinge ist der festen Überzeugung, daß die Mediation in Belgrad gelingen wird, und zwar glaubt er dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen bestimmter erwarten zu können, als wenn England eine Erklärung, wie die Herr Iswolskys, abgeben würde. Dadurch könnte Serbien zur Verzweiflung getrieben werden, während es jetzt einer Pression nachgeben wird, die, bei aller Festigkeit, doch noch einen freundschaftlichen Charakter wahren kann. Streng vertraulich und als seine persönliche Ansicht sprach mir Hardinge die Meinung aus, daß nach der hoffentlich jetzt bald zu Stande kommenden Einigung die vollständige Regelung aller Fragen am besten ohne Konferenz zu Stande gebracht werden könnte.

Mensdorff.

a) Chiffre fehlt.

Nr. 1398. Aide-mémoire des englischen Botschafters, 28. März 1909.^{a)} Ausfert.

Après que la Serbie aura adressé à l'Autriche-Hongrie la note dans les termes rédigés entre le Baron d'Aehrenthal et l'Ambassadeur d'Angleterre et que l'Autriche-Hongrie l'aura acceptée comme satisfaisante, le Gouvernement de Sa Majesté sera prêt à donner son assentiment sans réserves à l'abrogation de l'article XXV du traité de Berlin, si le Baron d'Aehrenthal en fait la demande directe. Si par hasard la Serbie refuserait d'adresser à l'Autriche-Hongrie la note que le Gouvernement de Sa Majesté, de concert avec les autres Puissances, va recommander à la Serbie, le Gouvernement de Sa Majesté serait également prêt à donner son assentiment à l'abrogation de l'article XXV, si toutes les autres Puissances Signataires, comme il a toute raison de croire, sont prêtes à en faire de même. A condition que la réponse

serbe en les termes convenus sera favorablement acceptée comme satisfaisante, et à condition que le Baron d'Aehrenthal n'adressera sa demande pour l'abrogation de l'article XXV qu'après que la médiation des Puissances à Belgrade aura été efficace ou sera restée sans résultat, l'Ambassadeur d'Angleterre est autorisé à donner à Son Excellence les assurances verbales qu'Elle lui a demandées. Il est bien entendu que tout ce qui précède dépend de l'assurance verbale que le Baron d'Aehrenthal a donnée récemment à l'Ambassadeur d'Angleterre au sujet des changements que le Gouvernement austro-hongrois sera prêt à admettre dans l'article XXIX.

a) Oe.-U. Bosnien 119 Nr. 166. Vgl. n. 1394, 1450.

*Tel. nach Paris, 28. März 1909 Nr. 49 (chiffr. 7 U. 15 M. p. m.).
Siehe n. 1389.*

*Nr. 1399. Tel. des Gesandten Grafen Albert Nemes aus Paris,
28. März 1909 Nr. 19 (eing. 29. März 5 U. 30 M. a. m.).^{a)} Entziff.*

Ich habe mich soeben bei Herrn Pichon des mir mit Telegramm No. 48 vom 28. d. M. zugeteilten Auftrages entledigt. Französischer Minister des Äussern erklärte mir in formeller Weise qu'il donnait volontiers satisfaction au désir exprimé par Votre Excellence si toutes les Puissances signataires y adhèrent et si l'Autriche-Hongrie consent aux modifications que l'Italie a proposées quant à l'article XXIX du traité de Berlin. Herr Crozier ist von dieser Zustimmung des französischen Kabinetts zur Abrogation des Artikels XXV des Berliner Vertrages bereits verständigt worden. Nach seiner Erklärung sagte mir Herr Pichon, er würde im Interesse der Annahme des englischen Vorschlages in Belgrad Wert darauf legen, Serbien eine beruhigende Erklärung betreffend die im zweiten Alinea des zweiten von Euer Excellenz mit Sir F. Cartwright vereinbarten Textes^{b)} enthaltenen Worte „intentions pacifiques de l'Autriche-Hongrie“ geben zu können. Ich habe Herrn Pichon ausdrücklich erklärt, diesbezüglich von Euer Excellenz keine Ermächtigung zu haben, teilte ihm jedoch die im hohen Telegramme No. 47 vom 27. d. M.^{c)} enthaltene Argumentation Euer Excellenz bei Anlass der Annahme der von Sir F. Cartwright vorgeschlagenen Aufnahme der Worte „confiant dans les intentions pacifiques de L'Auriche-Hongrie“ in das zweite Alinea mit. Minister des Äussern schien diese meine Mitteilung als hinreichend zu betrachten. Nemes.

^{a)} Vgl. n. 1454. — ^{b)} Vgl. n. 1367. — ^{c)} Mitteilung von n. 1364. Vgl. n. 1376 Anm. b.

*Tel. nach Rom, 28. März 1909 Nr. 63 (chiffr. 7 U. 15 M. p. m.). Siehe
n. 1389.*

*Nr. 1400. Tel. nach Rom, 28. März 1909 Nr. 64 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin; G. Aehrenthal).*

Im Nachhange zu meinem heutigen Telegramme Nr. 63. Ich bin mit dem von Euer Exzellenz mit Bericht vom 26. März, Nr. 21 B, vorgelegten Wortlaute des Notenentwurfes vollkommen einverstanden, nur müßte

derselbe begreiflicherweise eine Ergänzung ungefähr im nachstehenden Sinne erhalten: „Il est bien entendu que les bonnes dispositions du Gouvernement Impérial et Royal d'acquiescer aux modifications ci-dessus expliquées de l'article XXIX du traité de Berlin ne sauraient être réalisées que lorsque le Monténégro aura repris vis-à-vis de la Monarchie austro-hongroise une politique correcte et des rapports de bon voisinage.“ Indem ich hiemit das mit der italienischen Regierung erzielte Einverständnis bezüglich der Abrogierung des Artikels XXV und hinsichtlich der an dem Artikel XXIX vorzunehmenden Modifikationen mit Befriedigung feststelle, konstatiere ich, um jedes Mißverständnis zu verhüten, daß der Übermittlung der Note, welche Euer Exzellenz an Herrn Tittoni in betreff des Artikels XXIX zu richten haben werden, unsere demande en règle bezüglich der Abrogierung des Artikels XXV voranzugehen hätte, ebenso wie die Zustimmung der italienischen Regierung zu der Abrogation des Artikels XXV, auf welche Zustimmung ja im ersten Alinea des von Herrn Tittoni verfaßten Notenentwurfes selbst Bezug genommen wird. Über unser Verhältnis zu Montenegro im Zusammenhange mit der Abänderung des Artikels XXIX erhalten Euer Exzellenz morgen eine weitere telegraphische Weisung. Euer Exzellenz wollen sich im Sinne der vorstehenden Ausführungen Herrn Tittoni gegenüber aussprechen.

Aehrenthal.

a) Oe.-U Bosnien 118 Nr. 165. Vgl. n. 1412, 1413, 1419, 1444, 1477, 1491.

*Nr. 1401. Tel. aus Rom, 28. März 1909 Nr. 80 (eing. 5 U. p. m.).
Entziff.*

Antwort auf Telegramm No. 62 von gestern. Bevor ich zu Wort kommen konnte, teilte Herr Tittoni mir ein soeben erhaltenes Telegramm aus London mit, wonach Einigung über serbische Erklärung erfolgt sei. Sir Charles Hardinge habe hinzugefügt, englischer Gesandte in Belgrad sei beauftragt worden, auf sofortiger Annahme zu bestehen. Herr Tittoni hat augenblicklich italienischen Vertreter in gleichem Sinne instruiert. Ein Stefani-Telegramm meldet bereits erste serbische Abrüstungsmassregel. Herr Tittoni wiederholte mir seine Zustimmung zur Aufhebung des Artikels 25 und zwar „sans réserves“ falls Text seiner Note betreffend Artikel 29 (vergleiche Euer Exzellenz Telegramm No. 60 vom 26. dieses Monats) Approbation Euer Exzellenz findet. Er liess Bemerkung fallen, dass unter dieser Voraussetzung er für seine Person auf Zustandekommen der Konferenz keinerlei Wert mehr legen würde. Es schien mir zwecklos eine Differenzierung österreichischer heutiger Demarche und unserer seinerzeitigen demande en règle eintreten zu lassen. Ich habe vorgezogen, ihn gleich festzunageln, was mir gelungen ist unter der obbezeichneten Voraussetzung. Bezüglich letzterer hoffe ich ohne Sorge sein zu können, da mein Telegramm Nro. 77 vom 25. dieses Monats, vollen Text, wenn auch teilweise in Übersetzung, enthielt. Herr Tittoni sieht ganzen Fragenkomplex als nahezu geregelt an und freut sich auf seine Osterferien. Lützow.

*Tel. nach St. Petersburg, 28. März 1909 Nr. 82 (chiffr. 7 U. 15 M. p. m.).
Siehe n. 1389.*

Nr. 1402. Tel. aus St. Petersburg, 28. März 1909 Nr. 66 (eing. 29. März 9 U. a. m.). Entziff.

Rumeur se maintient avec consistance que Sa Majesté aurait exprimé son profond mécontentement au ministre des affaires étrangères au sujet de la politique poursuivie par ce dernier, politique qui a mené à un échec définitif. Démission de Monsieur Isvolski ne serait d'après ces bruits qu'une affaire de jours. Question du successeur paraît cependant soulever de graves difficultés.

Berchtold.

Tel. nach Belgrad, 29. März 1909 Nr. 62 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1405.

Nr. 1403. Tel. aus Belgrad, 29. März 1909 Nr. 165 (eing. 6 U. 45 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Suite du télégramme No. 161 d'hier. Ministres d'Italie et de Russie ont reçu des instructions pour appuyer démarche anglaise. Démarche collective des quatre Puissances aura lieu aujourd'hui à 5 heures. Ministre d'Angleterre a préparé un aide-mémoire accompagnant la déclaration que le gouvernement serbe devra nous faire. Cet aide-mémoire conseille expressément l'acceptation du texte tel quel sans y changer une virgule. Si ce conseil n'était pas suivi, l'Angleterre se désintéresserait et abandonnerait la Serbie à son sort.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1404.

Nr. 1404. Tel. aus Belgrad, 29. März 1909 Nr. 166 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm No. 165. Die Demarche der Mächte wurde im letzten Augenblick auf morgen vormittag verschoben, da russischer Gesandter erklärte, dass seinen Instruktionen gemäß auch deutscher Vertreter an derselben teilzunehmen habe. Er hatte hievon aber deutschen Gesandten nicht vorher benachrichtigt, so dass dessen Abwesenheit ihm erst auffiel, als er sich schon mit den anderen drei Vertretern in das Auswärtige Amt begeben sollte! Mein deutscher Kollege, welchen der englische Gesandte hierauf benachrichtigte, hatte gar keinen Auftrag erhalten und telegraphierte um Instruktionen nach Berlin. Er teilt mir jedoch mit, dass, falls dieselben auch verspätet einlangen, er auf eigene Verantwortung morgen vormittag vorgehen werde, um weitere Verzögerung zu verhindern. Falls russischer Gesandter ihn rechtzeitig zur Teilnahme aufgefordert hätte, würde er auch heute nachmittag sich an der Kollektivdemarche beteiligt haben, da es sich um einen in Wien verabredeten, uns genehmen Schritt handle, welcher also auch sicherlich in Berlin gebilligt werde. Russischer Gesandter, der vermutlich Text vertraulich serbischer Regierung mitgeteilt haben dürfte, sagte dem französischen Gesandten, dass er an dessen Annahme durch Serbien nicht zweifle.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1406, 1414.

Nr. 1405. Tel. nach Berlin Nr. 99 (1), St. Petersburg Nr. 83 (2), Paris Nr. 50 (3), Rom Nr. 67 (4), Konstantinopel Nr. 128 (5) und Belgrad Nr. 62 (6), 29. März 1909 (chiff. 9 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Mat-scheko; V. Musulin und Müller; G. Aehrenthal).

1.—6. Als der englische Botschafter mir am 18. l. M. mitzuteilen hatte, das englische Kabinett sei bereit zu versuchen, die Abgabe einer unsererseits zu textierenden Erklärung der serbischen Regierung an uns in Belgrad durchzusetzen, fügte er

1. u. 2. bekanntlich (siehe mein Telegramm vom 19. l. M., No. 77/66)

1.—6. hinzu, die englische Regierung wünsche von mir nur die Zusicherung, daß wir, solange die englische Demarche im Zuge sei, weder an Serbien eine weitere Mitteilung gelangen lassen noch dasselbe angreifen würden. Ich habe dem englischen Botschafter damals

1. und 2. wie Euer Exzellenz ebenfalls bereits bekannt,

1.—6. geantwortet, daß ich ihm diese Zusicherung gerne erteilte und hiebei bezüglich unseres Verhältnisses zu Serbien im allgemeinen bemerkt, daß Österreich-Ungarn niemals die Absicht gehabt habe, die Integrität und Unabhängigkeit Serbiens zu bedrohen und daß solche Absichten weder jetzt noch für die Zukunft bestünden. Sir Edward Grey ist gelegentlich seiner Zustimmung zu unserer Mediationsformel am 28. l. M.^{b)} auf meine am 18. d. M. gegebenen Zusicherungen dem Grafen Mensdorff gegenüber mit der Anregung zurückgekommen, ich möchte auch den Botschaftern Rußlands, Frankreichs und Italiens ähnliche Erklärungen wie Sir F. L. Cartwright gegenüber abgeben. Ich habe daraufhin Graf Mensdorff ermächtigt, Sir Edward Grey zu wiederholen, daß wir im Interesse des Gelingens der englischen Mediation mit unserer Note an die serbische Regierung zuwarten wollten und daß wir Serbien während der Dauer unserer Verhandlungen mit England und jener Englands mit dem Königreiche nicht attackieren würden. Ich müsse es Sir Edward Grey überlassen, diese Erklärung jenen Kabinetten, die sich an der englischen Mediation in Belgrad beteiligen, mitzuteilen, da wir ja bekanntlich um die englische Vermittlung nicht angesucht hätten. Selbstverständlich wäre ich übrigens bereit, mich auf Anfragen der Botschafter ihnen gegenüber im gleichen Sinne auszusprechen. Dasselbe gelte von meinen oben wiedergegebenen Äußerungen zu Cartwright, betreffend das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Serbien im allgemeinen.

Im Laufe des gestrigen und heutigen Tages haben nun tatsächlich die Botschafter Frankreichs und Italiens sowie der russische Geschäftsträger meine dem englischen Kabinette gemachten „Versicherungen“ zur Sprache gebracht. Ich habe nur kurz erwidert, indem ich auf die traditionelle Friedenspolitik der Monarchie hinwies und im übrigen bemerkte, es sei vollkommen richtig, daß ich dem englischen Kabinette erklärt hätte, wir würden, solange die englische Demarche im Zuge sei, eine „Attaque“ Serbiens unterlassen. Vorstehendes zu Euer etc. Information.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1393, 1408. — ^{b)} Wohl 27. März. Vgl. n. 1380.

Nr. 1406. Tel. aus Berlin, 29. März 1909 Nr. 112 (eing. 3 U. 45 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 97 von gestern. Zur Beteiligung an der Demarche in Belgrad, die voraussichtlich schon heute erfolgt, ist deutsche Regierung bisher von keiner Seite aufgefordert. Nichtsdestoweniger ist Reichskanzler bereit — sagte mir Herr von Kiderlen — in der Voraussetzung, dass dies Euer Exzellenz Wunsch entspricht, deutschem Gesandten in Belgrad Instruktion zu geben, dass, wenn seine Kollegen ihn zur Teilnahme an der (Demarche)^{b)} auffordern, „mitzutun“. Fortsetzung folgt.

Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1404, 1407. — ^{b)} Chiffre fehlt.

Nr. 1407. Tel. aus Berlin, 29. März 1909 Nr. 113 (eing. 30. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung des heutigen Telegrammes No. 112. Ich habe Herrn von Kiderlen versichert, es bestehe kein Zweifel darüber, dass die Teilnahme der deutschen Regierung an der Demarche in Belgrad Euer Exzellenz sehr erwünscht wäre. Aus den heutigen und gestrigen Äusserungen Kiderlens entnehme ich, dass man im Auswärtigen Amte davon unangenehm berührt ist, dass Deutschland bei der jetzigen Aktion der Mächte in Belgrad anscheinend ganz beiseite gelassen worden ist und man erblickt darin eine englische Absichtlichkeit. Darauf deutet auch die Bemerkung Herrn von Kiderlens: „Wir wollen uns niemand aufdrängen; sollten wir aber, wenn auch etwas verspätet, aufgefordert werden, so stünden wir nicht an — vorausgesetzt, dass dies dem Wunsche des Wiener Kabinettes entspricht, — uns der Demarche der Mächte in Belgrad anzuschliessen.“ Reichskanzler und Staatssekretär, die im Reichstage beschäftigt sind, konnte ich nicht sprechen.

Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1410, 1417.

*Tel. nach Konstantinopel, 29. März 1909 Nr. 128 (chiff. 9 U. 30 M. p. m.).
Siehe n. 1405.*

Nr. 1408. Tel. nach London, 29. März 1909 Nr. 65 (chiff. 9 U. 20 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. und G. Aehrenthal).

Bezugnehmend auf das fünfte Alinea meines Telegrammes vom 28. I. M., Nr. 62... mit stilistischen Änderungen wie n. 1405 letzter Absatz von „Im Laufe“ bis „unterlassen“ ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1409, 1442.

Nr. 1409. Tel. aus London, 29. März 1909 Nr. 65 (eing. 8 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 63 vom 28. d. M. Ich habe eben Sir E. Grey und Sir Charles Hardinge gesehen, die hoch befriedigt

von dem erfreulichen Abschlusse unserer Verhandlungen sind und sicher erwarten, dass serbische Regierung den Text der Note annimmt und absendet. Hardinge meinte, die einzige Befürchtung könnte noch sein, dass die Serben durch das in Russland losgebrochene „Geheul“ irregeführt, noch in letzter Stunde Absendung der Note ablehnen. Er glaube aber, dass durch die von Euer Exzellenz den Botschaftern von Frankreich, Italien und besonders Russland in Konversationen gegebenen oder zu gebenden Erklärungen über Hochderen friedliche Absichten (mein Telegramm No. 59 vom 27. d. M. und Euer Exzellenz Telegramm No. 62 von gestern) die auch von russischer Seite in Belgrad ausgeübte Pression gefördert werden wird. Sir E. Grey und Sir Charles Hardinge sprachen Hoffnung aus, dass wir bei Montenegro keinen Schwierigkeiten begegnen werden. Mensdorff.

a) Vgl. n. 1408.

Nr. 1410. Tel. aus London, 29. März 1909 Nr. 66 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Die mir mit Telegramm No. 61 vom 27. d. M. mitgeteilte Entschliessung, zu welcher Euer Excellenz in Hochderen Unterredung mit Cartwright gelangt sind, die Erklärung britischer Regierung bezüglich Aufhebung des Artikels 25 direkt zu verlangen, nicht durch (Deutschlands)^{b)} Vermittlung, hat ohne Zweifel hier günstig gewirkt. Deutschlands Mediation hat hier verstimmt, wie mir Sir Ch. Hardinge offen eingestand mit dem Beifügen, dass, wenn die erste Antwortnote auf Graf Metternichs Anfrage schroff gefunden wurde, dies nicht unbeabsichtigt war. Er fragte mich, ob Euer Excellenz diese (Dazwischenkunft)^{b)} gewünscht hätten oder ob dieselbe ohne Euer Excellenz Wissen geschehen sei. Ich antwortete, dass mir Details darüber nicht zugekommen sind, dass ich mir aber dächte, dass Fürst Bülow, nachdem die Erklärung Russlands an ihn gerichtet war, auch in Paris und London die Dispositionen sondieren wollte. Diese Frage hat heute nur mehr historischen Wert. Bezeichnend ist aber, wie jedes Hervortreten Deutschlands hier gleich Verstimmung und Misstrauen erweckt. Mensdorff.

a) Vgl. n. 1407. — b) Chiffre verstümmelt.

Nr. 1411. Tel. aus London, 29. März 1909 Nr. 67 (eing. 30. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Ich habe im Sinne Euer Exzellenz telegrafischer Weisungen wiederholt darauf hingewiesen, dass die Anregung, die Mächte sollten im Voraus in Wien erklären, dass sie in einem späteren Zeitpunkte das fait accompli der Annexion anerkennen würden, nicht von Euer Exzellenz sondern von Cartwright ausgieng.^{b)} Sir E. Grey sagte mir heute, dass offenbar ein Missverständnis vorliege, nachdem Cartwright dazu nicht den Auftrag erhalten habe und es auch niemals gemeldet hätte. Wenn Euer Exzellenz unter dem Eindrucke standen, dass diese Anregung von hier ausgieng, war es Sir E. Grey begreiflich, dass Hochdieselben dann

auf die Abgabe der Erklärung drangen. Es habe heute keine Bedeutung mehr. Grey legt aber Wert darauf, dass Euer Exzellenz nicht glauben sollten, seine Haltung sei inkonsequent gewesen. Ich glaube nicht, dass man jetzt hier noch darauf zurückkommen wird; es ist aber immerhin möglich, dass Cartwright es bei Euer Exzellenz zur Sprache bringt, denn ich habe den Eindruck, dass er in die Lage gesetzt werden wird, aufzuklären, wieso er ohne Auftrag eine immerhin wichtige Aktion anregen konnte.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 1450. — b) Vgl. n. 1379.

Tel. nach Paris, 29. März 1909 Nr. 50 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1405.

Nr. 1412. Tel. nach Rom, 29. März 1909 Nr. 65 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Zu meinem gestrigen Telegramm No. 64. Den bezüglich der theilweisen Abänderung des Art. XXIX im Sinne unserer Conzessionen zu beobachtenden Vorgang denke ich mir in der Weise, dass wir die bezügliche an Herrn Tittoni zu richtende Note in einem späteren Momente auch den anderen Cabineten mittheilen und diese hiedurch von unserer Bereitwilligkeit in Kenntnis setzen, einer unsere im Art. XXIX formulirten Vorrechte einschränkenden Abänderung des genannten Artikels zuzustimmen. Die Mächte würden uns dann offiziell davon verständigen, dass auch sie mit diesen Abänderungen einverstanden sind und hiedurch der neuen Gestalt des Art. XXIX ihre Sanction ertheilen. Was die Sicherstellung der in dem Schlusssatze unserer Note als Voraussetzung für unsere Conzessionen erwähnten Rückkehr des Fürsten zu einer correkten und freundnachbarlichen Haltung anbelangt, so möchte ich es Herrn Tittoni, mit dem wir die zu Gunsten Montenegros erfolgenden Modificationen vereinbart haben, anheimgeben, unter Hinweis auf diese in Aussicht stehenden Vortheile eine Einwirkung bei dem Fürsten eintreten zu lassen. Fürst Nikolaus müsste bewogen werden, durch eine von seiner Regierung an Baron Kuhn zu richtende Note sein Einlenken zu documentiren. Diese Note könnte etwa in dem Sinne abgefasst sein, dass Fürst Nikolaus die vorliegende Zustimmung der Signatarmächte des Berliner Vertrages zur Aufhebung des Art. XXV zum Anlasse nehme, um uns zu erklären, dass er jetzt auch seinerseits seine attitude d'opposition et de protestation aufgebe und zu einer correcten und freundnachbarlichen Haltung der Monarchie gegenüber zurückkehre. Wenn Euer Excellenz sich im vorstehenden Sinne zu dem Herrn italienischen Minister des Äussern aussprechen, wollen Sie hinzufügen, dass Sie ermächtigt sind, sich über den genauen Wortlaut dieser Mittheilung mit Herrn Tittoni ins Einvernehmen zu setzen.

Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 120 Nr. 167. Vgl. n. 1419, 1423, 1444, 1445, 1463, 1464.

Tel. nach Rom, 29. März 1909 Nr. 67 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1405.

Nr. 1413. *Tel. aus Rom, 29. März 1909 Nr. 81 (eing. 30. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.*

Antwort auf Telegramm No. 64 von gestern. Es ist mir gelungen, Herrn Tittoni Zusatz zu seinem Notenentwurf als etwas nahezu Selbstverständliches und durch die Situation Gegebenes akzeptabel zu machen. Er willigte ein und wird nach Empfang der also ergänzten Note seinen ganzen Einfluss beim Fürsten von Montenegro geltend machen (nötigenfalls durch Entsendung eines Spezialgesandten), damit er das ihm Gebotene annehme und sich ruhig verhalte. Gesamtsituation wird hier als ein grossartiger Erfolg Österreich-Ungarns angesehen und empfunden. Eine gewisse Mässigung im Tone unserer Presse (speziell der „Neuen Freien Presse“) würde jetzt diesen Eindruck eher erhöhen als abschwächen. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 1419, 1423.

*Tel. nach St. Petersburg, 29. März 1909 Nr. 83 (chiff. 9 U. 30 M. p. m.).
Siehe n. 1405.*

Nr. 1414. *Tel. aus Belgrad, 30. März 1909 Nr. 170 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).^{a)} Entziff.*

Im Verfolge meines Telegrammes Nro. 166 von gestern. Deutscher Gesandter hatte auf seine gestrige Anfrage noch keine Weisung erhalten und frug mich heute früh, ob ich ihn ermächtige, nach Berlin zu telegraphieren, dass er im Einvernehmen mit mir sich an der Demarche beteiligt, um selbe nicht weiter zu verzögern. Ich drückte mein Einverständnis und meine Überzeugung aus, dass unsere beiden verbündeten Regierungen sicherlich keine Einwendungen dagegen hätten, dass deutscher Vertreter sich an einem Schritt beteilige, welcher unternommen wurde, um den Frieden zu erhalten und Serbien zur Vernunft zu bringen. Hierauf erfolgte heute vormittags Kollektivdemarche der fünf Vertreter und Überreichung des Textes mit einem den Ratschlag der Mächte ausdrückenden Aide-Mémoire. Minister des Äussern machte gar keine Bemerkung und sagte, er werde Demarche noch nachmittags dem Könige und dem Ministerrat unterbreiten und Beschluss heute abends oder morgen mitteilen. Da sowohl russischer als englischer Vertreter Text bereits vertraulich zur Kenntnis der serbischen Regierung gebracht hatten, sind alle meine Kollegen der Ansicht, dass Unterbreitung an Ministerrat nur verabredete Formalität ist und an der Annahme des Textes durch serbische Regierung nicht zu zweifeln sei. Im Aide-Mémoire wurde der serbischen Regierung vorgeschrieben, den Text ohne jede Änderung mit einer kurzen Einleitung im Nachhange zur Note vom 14. dieses Monats^{b)} Euer Exzellenz durch serbischen Gesandten überreichen zu lassen. Die Vertreter von England, Frankreich und Italien fügten noch im Aide-Mémoire bei, sie seien beauftragt, serbischer Regierung mündlich mitzuteilen, dass Euer Exzellenz den Vertretern der Mächte eröffnet hätten, Österreich-Ungarn hege keine Absicht Serbien anzugreifen und dessen Souveränität oder territoriale Integrität zu bedrohen. Mein deutscher Kollege, welchem ich vorstehende Schilderung

verdanke, erinnerte sich nicht ganz genau an den Text dieses Teiles des Aide-Mémoire. Ich werde trachten, noch heute genauen Wortlaut dieser Mitteilung von meinem italienischen oder französischen Kollegen zu erfahren.

Forgách.

a) Vgl. n. 1415, 1417. — b) Vom 15. März. Siehe n. 1214.

Nr. 1415. Tel. aus Belgrad, 30. März 1909 Nr. 172 (eing. 31. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Pour faire suite à mon télégramme d'aujourd'hui no. 170. D'après les indications du ministre de France, le passage de l'aide-mémoire relatif aux paroles de Votre Excellence était rédigé dans les termes suivants: Les quatre représentants étaient autorisés à informer le ministre des affaires étrangères qu'au cours de ses conversations avec les ambassadeurs, le ministre Impérial et Royal des affaires étrangères avait toujours exprimé son désir de n'exercer aucune pression sur le gouvernement serbe, si ce dernier se rendait aux conseils des Puissances, et qu'il n'avait jamais eu l'intention de porter atteinte au libre développement, à la sécurité et à l'intégrité de la Serbie.

Forgách.

a) Vgl. n. 1416.

Nr. 1416. Tel. aus Belgrad, 30. März 1909 ohne Nr. (eing. 31. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ministre des Affaires Etrangères me fait informer que le gouvernement Royal a accepté la formule proposée par les Puissances et que la note y relative sera de suite remise à Votre Excellence par le Ministre de Serbie à Vienne.

Forgách.

a) Oe.-U. Bosnien 121 Nr. 168. Vgl. n. 1415, 1424.

Nr. 1417. Tel. nach Berlin, 30. März 1909 Nr. 100 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramme No. 112 und 113 vom 29. l. Mts. erhalten. Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Herrn Reichskanzler mitzuteilen, daß wir, da die Initiative zu der heute in Belgrad erfolgten Mediation von dem englischen Kabinette ausgegangen ist, nicht in der Lage waren, einen die Beteiligung Deutschlands an derselben betreffenden Wunsch zu äußern, daß wir aber sehr glücklich sind, aus den vorliegenden Nachrichten zu entnehmen, daß sich auch unser treuer Freund und Bundesgenosse an der Vermittlungsaktion in Belgrad beteiligt hat.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1414.

Nr. 1418. Tel. nach Berlin, 30. März 1909 Nr. 102 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Zu Euer Exzellenz Telegramm vom 28. l. M., Nr. 109. Wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramme vom 27. d. M., Nr. 96, wissen, habe ich, da die Zeit drängte und die Aufrechterhaltung der mit Cartwright

vereinbarten zweiten Textierung ebenso wie die Mediation in Belgrad davon abhing, daß die Zustimmung Englands zur Aufhebung des Artikels XXV bis spätestens Montag den 29. d. M. vorliege, dem englischen Botschafter anheimgegeben, daß ich die betreffende Mitteilung entweder durch Fürst Bülow oder direkt erhalte und mich schließlich damit begnügt, daß mir diese Zustimmung durch Cartwright überbracht würde. Es geschah dies im Zusammenhange mit der in unserer zweiten Textierung^{b)} enthaltenen Cartwrightschen Formel, deren Voraussetzung für uns eben die Zustimmung des englischen Kabinettes zu der Aufhebung des Artikels XXV war. Anders steht die Sache mit unserer „demande en règle“ an die Mächte, die nach dem Bülowschen Vorschlag erst zu erfolgen hätte, wenn wir durch Fürst Bülow erfahren, daß die Kabinette ihre zustimmende Antwort auf unsere Demarche in Aussicht gestellt haben. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Reichskanzler die vorstehenden Aufklärungen übermitteln und ihm mitteilen, ich würde, wenn er damit einverstanden wäre, nach Bereinigung der serbischen Angelegenheit Sir Edward Grey wissen lassen, daß ich Wert darauf legen würde, wenn er sich auch zu dem deutschen Botschafter in London, ebenso wie dies in seinem Namen Cartwright hier getan hat, mündlich dahin äußern würde, daß das englische Kabinett der Aufhebung des Artikels XXV des Berliner Vertrages zustimme. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1421, 1434. — b) Erste Beilage zu n. 1313.

Nr. 1419. Tel. nach Cetinje, 30. März 1909 Nr. 47 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Franckenstein; V. u. G. Musulin).

Herr Tittoni hat mich, als es sich um seine Zustimmung zur Aufhebung des Artikels XXV des Berliner Vertrages handelte, durch Graf Lützow wissen lassen, daß er eine schriftliche Mitteilung des k. und k. Kabinettes darüber zu erhalten wünsche, daß wir die der italienischen Regierung bereits erteilte Zusage, betreffend die Modifikation des Artikels XXIX, aufrecht erhalten. Der Herr italienische Minister des Äußern hat mir zu diesem Zwecke den nachfolgenden Text einer Note vorgeschlagen, die Graf Lützow an ihn zu richten hätte: ... wie Beilage zu n. 1375 ... Ich habe die vorstehende Meldung des Grafen Lützow mit den folgenden Telegrammen beantwortet: ... wie n. 1400 von „Ich bin mit dem“ bis „selbst Bezug genommen wird“ ... [und] „Zu meinem gestrigen Telegramme“ ... wie n. 1412 von „Den bezüglich der“ bis „ins Einvernehmen zu setzen.“ ... Auf das erste meiner vorstehenden Telegramme ist heute die nachstehende Antwort des Grafen Lützow eingelangt: ... wie n. 1413 von „Es ist mir gelungen“ bis „ruhig verhalte.“ ... Vorstehendes zu Euer Hochwohlgebornen persönlicher Information. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1441, 1463, 1466, 1477.

Nr. 1420. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 30. März 1909 Nr. 162 (eing. 6 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Baron Marschall hat, wie er mir mitteilt, gestern in der Konferenzfrage eine Unterredung mit Hilmi Pascha gehabt. Der Grossvezir sagte

ihm, die Türkei wünsche die Konferenz, um die ihr von Österreich-Ungarn bereits zugesagten wirtschaftlichen Vorteile auch von anderen Mächten zu erlangen. Mein deutscher Kollege wendete hierauf ein, dass sich gerade diese Fragen nicht zur Behandlung auf einer Konferenz eignen, sondern im direkten Wege verhandelt werden müssten. Hilmi Pascha verschloss sich nicht den Argumenten Marschalls und sagte dann, es wären auch politische Fragen, welche die Pforte auf einer Konferenz bereinigen möchte, nämlich die Abschaffung der Artikel 23 und 61 des Berliner Vertrages. Mein deutscher Kollege machte hierauf die Einwendung, dass dies für die Pforte gefährlich werden könnte, da gerade eine eventuelle Ablehnung dieses Wunsches eine neue Bekräftigung jener Bestimmungen des Berliner Vertrages involvieren würde. Hilmi Pascha konnte auch diesen Argumenten nicht entgegentreten und meinte, er wäre für seine Person kein Anhänger der Konferenzidee; es müsse aber jedenfalls die Rückkehr Rifaat Paschas abgewartet werden, um im Ministerrat einen Beschluss zu fassen. Schliesslich liess der Grossvezir durchblicken, dass die Idee, mit einem neuen Programme für die Konferenz an die Mächte heranzutreten, der Pforte von englischer Seite suggeriert wurde.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1392, 1433, 1449, 1481.

Nr. 1421. Tel. nach London, 30. März 1909 Nr. 66 (chiff. 11 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Musulin).

Herr von Szögyény telegraphiert unterm 28. I. M.: ... wie n. 1390 von „Deutscher Botschafter“ bis „Erklärung abgebe“. ... Ich antworte hierauf, wie folgt: ... wie n. 1418 ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz persönlicher Information.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1422, 1434, 1436.

Nr. 1422. Tel. aus London, 30. März 1909 Nr. 69 (eing. 9 U. 20 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Statim. Sir Charles Hardinge sagte mir soeben, dass, als er heute früh Nachricht erhielt, Herr Iswolski verlange, dass deutscher Gesandter an der Demarche in Belgrad teilnehme und dieselbe dadurch aufgeschoben sei, er sofort an britischen Gesandten in Belgrad telegraphierte, er möge, falls deutsche Instruktionen noch nicht eingetroffen sein sollten, auf seinen französischen, russischen und italienischen Kollegen dringen, die Demarche auch ohne deutschen Gesandten sofort zu machen, damit kein weiterer Verzug eintrete. Hiesige Regierung legt Wert darauf, dass Absendung der Note nicht weiter verzögert werde. Warum Herr Iswolski in letzter Stunde noch die Teilnahme des deutschen Gesandten verlange, ist Sir Charles Hardinge nicht verständlich. Es sei dem Foreign Office gleichgiltig, ob, wie zu erwarten, deutscher Vertreter daran teilnimmt oder nicht; die Hauptsache sei, dass (keine)^{b)} weitere Verzögerung verursacht werde.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 1421, 1432. — b) Chiffre fehlt.

Nr. 1423. *Tel. aus Rom, 30. März 1909 Nr. 83 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm von gestern No. 65. Hierseitige Bereitwilligkeit zur Einwirkung in Cetinje konnte ich bereits mit Telegramm No. 81 von gestern melden. In Ermanglung Herrn Tittonis, der durch Adressdebatte absorbiert ist, habe ich heute Bollati gesprochen, der durch Herzog von Avarna bereits von der Anregung Euer Exzellenz betreffend montenegrinische Erklärung instruiert war. Derselbe will die sachliche Berechtigung keineswegs in Abrede stellen, ist sich aber keineswegs klar über den geeignetsten modus procedendi. Auch die Tatsache, dass Montenegro sich an England gewendet habe (Euer Exzellenz gestriges Telegramm No. 66)^{b)} dürfe nicht ausser Acht gelassen werden, doch sei es schliesslich sicher, dass man auch betreffs Montenegros zu einer befriedigenden Lösung gelangen werde. Generalsekretär frug mich, ob mir etwas über die unserseits verfügte Absperrung der montenegrinischen Grenze mit Ausnahme der Strasse Cetinje-Cattaro bekannt sei. Bollati wird sich bemühen, Minister heute abends zu sprechen und vermutet, dass derselbe dann sofort an Herzog von Avarna telegraphieren wird. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 1438, 1482. — ^{b)} Nicht aufgenommen. Mitteilung von n. 1391.

Tel. nach Athen, 31. März 1909 Nr. 21 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 1428.

Nr. 1424. *Tel. nach Belgrad, 31. März 1909 Nr. 64¹⁾ (chiffr. 3 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Schreibmaschine; G. Aehrenthal).*

Monsieur Simitch vient de me remettre la note suivante: ... *wie n. 1425* ... Veuillez répondre à cette communication par le texte suivant que vous remettrez au Gouvernement serbe en forme de note verbale: Le Gouvernement Impérial et Royal ayant reçu la note de la Légation Royale de Serbie à Vienne en date du 31 Mars prend acte bien volontiers des déclarations du Gouvernement Royal de Serbie quant à l'attitude qu'Il est décidé à observer désormais vis-à-vis de la Monarchie. En se félicitant de pouvoir reprendre avec le Gouvernement Royal des relations de bon voisinage, le Gouvernement Impérial et Royal commun d'Autriche-Hongrie, fidèle au point de vue exposé dans la note de la Légation Impériale et Royale en date du 5 mars dr.,^{b)} est prêt ouvrir immédiatement avec le Gouvernement Royal de nouvelles négociations sur les relations commerciales entre la Monarchie et le Royaume de Serbie. La Légation Impériale et Royale a reçu à ce sujet des instructions précises l'autorisant à se mettre sans délai en rapport avec le Gouvernement Royal en vue de remplacer par un autre le régime économique expirant le 31 de ce mois.

¹⁾ Auf einer Abschrift des Entwurfes für den Kaiser folgender Vermerk Aehrenthals: „Ich nehme mir die ehrerbietigste Freiheit diesen Entwurf schon heute treuehorsamst zu unterbreiten, um für alle Fälle schon morgen Vormittag in der Lage sein zu können, das vorliegende Telegramm an Graf Forgách abgehen lassen zu können. Aehrenthal.“ Da die serbische Note vom 31. März datiert ist, so dürfte der vorstehende Entwurf entweder zurückdatiert oder schon auf Grund von n. 1416 verfaßt worden sein.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 122 Nr. 170. — ^{b)} Vgl. n. 1109.

Nr. 1425. *Verbalnote der serbischen Gesandtschaft in Wien, 18. 31. März 1909 Nr. 701) (eing. 31. März).^{a)} Ausfert.*

Se référant à la note antérieure du Gouvernement Serbe au Gouvernement Austro-Hongrois^{b)} et de façon à dissiper tout malentendu qui pourrait en être le résultat, le Ministre de Serbie a reçu l'ordre de fournir les explications suivantes au Ministère Impérial et Royal des Affaires Étrangères: La Serbie reconnaît qu'elle n'a pas été atteinte dans ses droits par le fait accompli créé en Bosnie-Herzégovine et qu'elle se conformera par conséquent à telle décision que les Puissances prendront par rapport à l'article XXV du Traité de Berlin. Se rendant aux conseils des Grandes Puissances la Serbie s'engage dès à présent à abandonner l'attitude de protestation et d'opposition qu'elle a observée à l'égard de l'annexion depuis l'automne dernier et s'engage en outre à changer le cours de sa politique actuelle envers l'Autriche-Hongrie, pour vivre désormais avec cette dernière sur le pied d'un bon voisinage. Conformément à ces déclarations et confiante dans les intentions pacifiques de l'Autriche-Hongrie la Serbie ramènera son armée à l'état du printemps de 1908, en ce qui concerne son organisation, sa dislocation et son effectif. Elle désarmera et licenciera ses volontaires et ses bandes, et elle empêchera la formation des nouvelles unités irrégulières sur son territoire.

¹⁾ Im Falle der Allerhöchsten Ermächtigung würde ich die Antwort der k. u. k. Regierung heute Nachmittag expedieren. Aehrenthal. — Einverstanden. Franz Joseph (eigenhändig).

^{a)} Oe.-U. Bosnien 121 Nr. 169. Vgl. n. 1367, 1424, 1428, 10395, 10860. —

^{b)} In den amtlichen Abschriften wird hier beigefügt: „du 14 courant“. Es handelt sich wohl um n. 1214.

Tel. nach Berlin, 31. März 1909 Nr. 103 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 1428.

Nr. 1426. *Tel. nach Berlin, 31. März 1909 Nr. 104 (chiffr. 5 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Gagern; G. Aehrenthal).*

Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Reichskanzler meine lebhafteste und dankbare Befriedigung über seine letzten Montag gehaltene grossangelegte Rede auszusprechen und ihm zugleich meinen herzlichsten Glückwunsch zu deren Aufnahme im Reichstage zu übermitteln. Es sei mir eine wahre Freude gewesen, die klare und überzeugende Darstellung des Fürsten Bülow von dem Werthe und der Kraft des Zusammenstehens der zwei Kaisermächte zu lesen. Ich könne dem Reichskanzler nur versichern, dass, wie dies aus den verschiedenen Kundgebungen in unseren Parlamenten und der öffentlichen Meinung hervorgeht, in der österreichisch-ungarischen Monarchie volles und dankbares Verständnis für den Allianzgedanken vorhanden ist. Während der letzten Monate muss es auch dem unpolitischsten Kopfe klar geworden sein, was es für einen Staat bedeutet, in ernsten Zeiten auf einen treuen und starken Freund zählen zu können. Besonders befriedigt und erfreut war ich über die zwingende Argumentation, mit welcher der Reichskanzler dafür eintrat, dass in der Annexions-Frage von Anfang an das Recht auf unserer Seite war. Euer Exzellenz wollen ferner ausdrücklich betonen, dass ich mich der Hoffnung hingebe, dass die von dem Kanzler

Russland gegenüber geführte massvolle Sprache und besonders die weise Rücksichtnahme auf die Stellung des Kaisers Nikolaus mit der Zeit gute Früchte tragen werden. Mich mit dem Fürsten Bülow eins wissend über die Russland gegenüber zu befolgende Methode, habe ich nach Thunlichkeit getrachtet, unsere Presse in dem Sinne zu beeinflussen, dass in derselben nicht zu viel von einer Niederlage Russlands gesprochen werde. Ich werde diese Bemühungen fortsetzen. Dem Reichskanzler wollen Euer Exzellenz überdies meinen persönlichen Dank aussprechen für das Vertrauen, das er mir entgegengebracht, sowie für das unerschütterliche Festhalten an der Freundschaft der beiden Mächte, dem allein die Beilegung der Krise zu danken ist und welches die feste Grundlage für die Erhaltung des Friedens in der Zukunft bilden wird. Zu Euer Exzellenz streng vertraulichen und persönlichen Information füge ich bei, dass Seine Majestät unser Allergnädigster Herr nach dem formellen Abschlusse der Krise, das heisst nach erfolgtem Austausch der die Anerkennung der Annexion seitens der Mächte aussprechenden Noten Seiner Majestät Kaiser Wilhelm in einem Schreiben für Höchstdessen an den Tag gelegte bundestreue Gesinnung und freundschaftlichen Beistand danken wird.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1431, 1448.

Nr. 1427. Bericht aus Berlin, 31. März 1909 Nr. 13 C (eing. 2. April).a)
Ausfert.

In Folge der Block-Krise und der wichtigen Verhandlungen im Reichstage, über welche ich an anderer Stelle zu berichten mir erlaube, habe ich den Reichskanzler und den Staatssecretär in letzterer Zeit gar nicht sprechen können. Da ich aber Herrn von Kiderlen, der, wie Euerer Excellenz bekannt, gewissermassen die Leitung der deutschen auswärtigen Politik gegenwärtig in Händen hat, täglich sehen konnte, war ich immer in der Lage, mich der erhaltenen hohen Aufträge zu entledigen und Euere Excellenz über die hiesigen Auffassungen am Laufenden zu erhalten. Auch heute hatte ich eine längere Unterredung mit dem Herrn Gesandten, bei welchem Anlasse Herr von Kiderlen, die Vorkommnisse der letzten Zeit résumierend, sich folgendermassen aussprach: Zu Beginn der Balkankrise sei eine politische Niederlage Österreich-Ungarns und Deutschlands als das selbstverständliche Ergebnis der Gruppierung der drei Entente Mächte von diesen selbst erwartet worden. Als dann das Marokko-Abkommen zwischen Frankreich und Deutschland perfect wurde und der Besuch König Eduards in Berlin erfolgte, sei beides in Russland und in England mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Die Unterzeichnung des österreichisch-ungarisch-türkischen Protokolles, durch welches die beiden nächstinteressirten Mächte den Streitpunkt über Bosnien und die Herzegowina endgiltig beseitigten, habe diese beiden Mächte entschieden unangenehm berührt. Es blieb ihnen jedoch, — so führte Herr von Kiderlen des Weiteren aus — nichts Anderes übrig, als sich mit dem Gedanken der Legalisirung der Annexion abzufinden und vor Allem die serbischen Schreier zur Ruhe zu bringen. Dass das Erstere in irgend einer Weise erfolgen werde, unterlag keinem Zweifel,

und um das Zweite zu erreichen, hätte Deutschland die Anregung gegeben, durch eine Gesamttaktion der Mächte in Belgrad die endgiltige Beseitigung der serbischen Schwierigkeiten zu erreichen. England und Frankreich wären hiezu im Prinzipie bereit gewesen, als Herr Iswolsky diese Bestrebungen durch seine Sonderaction in Belgrad durchkreuzte. Die in der Folge eingetretene Verschärfung der Situation, die Herrn Iswolsky zu der dem Grafen Berchtold gegebenen Versicherung drängte: Russland würde bei einem eventuellen kriegesischen Conflict zwischen Österreich-Ungarn und Serbien selbst nicht die Waffen ergreifen, habe die deutsche Regierung dazu bewogen, in Russland mit einer energischen Sprache aufzutreten. Ein diesbezüglicher Briefwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Nicolaus, von dem in manchen Zeitungen erzählt wurde, hätte nie bestanden; Graf Pourtalès habe keine Note überreicht und habe auch nie eine drohende Sprache geführt, sondern habe sich einzig und allein darauf beschränkt, freundschaftlich, aber sehr entschieden, darauf zu drängen, dass die russische Regierung eine unumwundene Erklärung darüber abgebe, ob sie die Annexion Bosniens und der Herzegovina anerkenne. Auf die französische Allianz, die Entente mit England und auf seine Revaler Besprechungen bauend, dachte Herr Iswolsky noch in letzter Stunde, dass es ihm gelingen werde, die gesamte orientalische Frage vor einen europäischen Congress zu ziehen und dort mit der Unterstützung Frankreichs und Englands, sowie auch des russischerseits so auffallend umschmeichelten Italiens, Österreich-Ungarn und Deutschland eine recht empfindliche Niederlage zu bereiten. Aus diesem Grunde sei die erste Antwort des russischen Ministers des Äussern auf die deutsche Démarche ausweichend und unbestimmt gewesen, und erst nach wiederholtem Drängen des deutschen Botschafters habe Herr Iswolsky, offenbar dem Befehle seines kaiserlichen Herrn gehorchend, sich entschlossen, zu erklären, dass Russland die Einverleibung Bosniens und der Herzegovina in die österreichisch-Ungarische Monarchie als eine vollendete Tatsache anerkenne. Nunmehr, — so versicherte mir Herr von Kiderlen zum Schlusse — ist die Campagne mit einem Sieg auf der ganzen Linie zu Ende geführt; was noch aussteht, ist ein R  ckzugsgefecht Serbiens, von dem sich eigentlich sagen lässt, dass es tatsächlich gleichgiltig ist, wie es ausf  llt. Das Wesentliche bleibt, dass es eine bosnisch-herzegovinische Frage nicht mehr gibt und dass die Zukunftstr  ume Serbiens nicht als eine politische Realität betrachtet werden.

Szögyény.

a) Vgl. n. 1386, 1529.

Tel. nach Bukarest, 31. März 1909 Nr. 83 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 1428.

Tel. nach Cetinje, 31. März 1909 Nr. 48 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 1428.

Tel. nach Konstantinopel, 31. März 1909 Nr. 132 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 1428.

Tel. nach London, 31. März 1909 Nr. 67 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 1428.

Tel. nach Paris, 31. März 1909 Nr. 51 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 1428.

Tel. nach Rom, 31. März 1909 Nr. 69 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 1428.

Tel. nach Rom-Vatikan, 31. März 1909 Nr. 8 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 1428.

Nr. 1428. Tel. nach St. Petersburg Nr. 85 (1), London Nr. 67 (2), Berlin Nr. 103 (3), Paris Nr. 51 (4), Rom-Quirinal Nr. 69 (5), Rom-Vatikan Nr. 8 (6), Konstantinopel Nr. 132 (7), Bukarest Nr. 83 (8), Sofia Nr. 70 (9), Cetinje Nr. 48 (10) und Athen Nr. 21 (11), 31. März 1909 (chiffr. 4 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

I.—II. Der serbische Gesandte hat heute im Auftrage seiner Regierung eine Verbalnote mit dem nachfolgenden Text hier übergeben: ... *wie n. 1425* ... Ich habe von dieser Erklärung mit Befriedigung Act genommen und betrachte mit der Abgabe derselben die serbische Kontroverse für abgeschlossen und die freundschaftlichen Beziehungen mit dem Königreiche als wiederhergestellt. Vorstehendes zu Euer etc. Information

I.—5., 7. und zur Mitteilung an die dortige Regierung.

8.—II. und Regelung Ihrer Sprache. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1435.

Tel. nach Sofia, 31. März 1909 Nr. 70 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 1428.

Nr. 1429. Tel. aus Belgrad, 1. April 1909 Nr. 177 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Dem englischen Militärattaché wurde gestern offiziell im Kriegsministerium mitgeteilt, dass Befehle ausgegeben wurden, um alle Reservisten, deren Anzahl ihm mit 10.000 angegeben wurde, heute zu entlassen. K. u. k. Militärattaché konstatiert, dass bis zur Stunde Entlassung noch nicht durchgeführt wurde. Forgách.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 123 Nr. 172. Vgl. n. 1430.

Nr. 1430. Tel. aus Belgrad, 1. April 1909 Nr. 179 (eing. 2. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm Nr. 177. Entlassung der Reservisten hat tatsächlich heute nachmittags begonnen. Forgách.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 123 Nr. 173.

Tel. nach Berlin, 1. April 1909 Nr. 105 (chiffr. 5 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 1434.

Nr. 1431. Tel. aus Berlin, 1. April 1909 Nr. 117 (eing. 2. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird heute abends offizielles Communiqué erscheinen, in dem Behauptung, als ob bei der letzten deutschen Demarche in Petersburg deutscherseits eine Pression ausgeübt und sogar mit Mobilmachung gedroht worden wäre, als eine Fabel erklärt wird. Es wird festgestellt, dass die deutsche Regierung, den traditionellen guten Beziehungen entsprechend, Russland gegenüber vorgegangen, und dass die Zustimmung der russischen Regierung zu Deutschlands wohlgemeinten Vorschlag in freundschaftlicher Weise erfolgt wäre. Es sei ein unbestrittenes Verdienst Iswolsky's, den freundschaftlichen Charakter und die friedliche Tendenz der deutschen Demarche richtig erkannt zu haben und entsprechend zu berücksichtigen.

Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1426, 1455.

Nr. 1432. Privatschreiben aus Berlin, 1. April 1909 (eing. 2. April).^{a)} Ausfert.

... Beziehungen zwischen Kaiser Wilhelm II. und Bülow ... Aus meiner telegrafischen Berichterstattung werden Euere Excellenz ersehen haben, dass die deutsche Regierung durch das Vorgehen des englischen Cabinetes, sowol in Betreff der Aufhebung des Artikels XXV des Berliner Vertrages als auch in Betreff der Mediation in Belgrad etwas missgestimmt war. Auf die Démarche des Fürsten Bülow, welche er bei den Cabineten von London, Paris und Rom in der ersten Frage gemacht hat, ist eine definitive Antwort aus London hier nie eingetroffen; zur Teilnahme an der Mediation, welche unter der Führung England's in Belgrad stattgefunden hat, ist die deutsche Regierung nicht aufgefordert worden. Die Aufklärungen, welche ich den erhaltenen Instructionen entsprechend hier geben konnte, haben es ganz klargestellt, dass Euere Excellenz — da periculum in mora vorhanden war — sich damit begnügen mussten, die Zustimmung des englischen Cabinetes zur Aufhebung des Artikel XXV durch Sir F. L. Cartwright entgegenzunehmen, und dass wir, da die Mediation von dem englischen Cabinet ausgegangen ist, nicht in der Lage waren, einen die Beteiligung Deutschlands an dem Schritte in Belgrad betreffenden Wunsch zu äussern. In dieser Beziehung hat übrigens zwischen Wien und Berlin nie ein Missverständnis bestanden; doch wird nach wie vor deutscherseits die englische Regierung eines beabsichtigt unfreundlichen Vorgehens gegenüber Deutschland beschuldigt, und man geht hier sogar so weit, England zu verdächtigen, dass es zwar jetzt zur Beilegung der österreichisch-ungarisch-serbischen Krise aufrichtig beigetragen habe, zugleich aber einen Hintergedanken verfolge, welcher darauf hinausgehe, dahin zu wirken, dass die serbischen Träume, die jetzt ein so jähes Ende gefunden haben, bei gegebener Gelegenheit verwirklicht werden können. Daraufhin deute, so sagte mir gestern Herr von Kiderlen, eine hier eingetroffene Nachricht, nach welcher England schon jetzt einen Thron-Candidaten für Serbien habe, der nach dem Sturze König Peter's eine der englischen Politik gefügige Puppe sein

würde. Hoffentlich sind dies nur Phantasmagorien; sie sind aber bezeichnend für das rege Misstrauen, mit welchem hier die englische Politik im allgemeinen und jetzt speciell den Balkan betreffend verfolgt wird. . . . *Kiderlen-Wächters Besuch in Wien. Reise Kaiser Wilhelms nach Korfu.* . . . Szögyény.

a) Vgl. n. 1422, 1434, 1529.

Nr. 1433. Erlaß nach Konstantinopel, 1. April 1909 Nr. 1261.a) Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Geheim. Ich habe mit Rifaat Pascha, welcher mich gelegentlich seiner Rückreise von Petersburg wieder aufsuchte, eine längere Konversation gehabt. Unser Gespräch lenkte sich zuerst auf die Frage der Votierung des Ententeprotokolles durch das türkische Parlament, wobei der Herr Minister bemerkte, daß er diese Votierung für unbedingt sicher halte. Ich drückte Rifaat Pascha meine Freude darüber aus, daß er sich nunmehr nach Konstantinopel begeben und fügte lächelnd hinzu, ich empfände immer ein leichtes Unbehagen, wenn ich meine Kollegen fern von ihren Posten auf einer Tournée durch Europa wüßte. Rifaat Pascha erkundigte sich sodann, wie es um die Frage unseres geheimen Notenaustausches in Betreff des Sandschaks stehe. Ich habe meinen Mitredner über den Stand dieser Frage informiert und auf das von uns neuerlich gezeigte Entgegenkommen hingewiesen, indem wir der Aufnahme der Worte „concours efficace“ in den betreffenden Notentext zugestimmt hätten. In diesem Entgegenkommen, so hob ich hervor, läge ein weiterer Beweis dafür, daß wir uns auf diplomatischem Terrain mit der Türkei bezüglich der Erhaltung ihres Besitzstandes im Sandschak solidarisches fühlten. Wir hätten jedoch auch durch unsere Zustimmung zu den Worten „concours efficace“ keinerlei militärische Verpflichtung auf uns genommen; dies schließe aber natürlich nicht aus, daß wir durch interne Maßnahmen in Bosnien und der Herzegovina der Türkei, wenn diese in die Lage käme, ihren Besitzstand im Sandschak verteidigen zu müssen, einen wirkungsvollen Dienst erwiesen. Wie mir der Herr türkische Minister des Aeußern sagte, hat er die ihm früher vorschwebende Absicht, unser Abkommen mit der Türkei betreffs des Sandschaks zu veröffentlichen, nunmehr fallen gelassen; er scheint zu begreifen, daß Serbien und Montenegro in dem Bestand einer österreichisch-ungarisch-türkischen Vereinbarung einen Beweis für die Schwäche des türkischen Reiches in jenem Gebiete und eine Ermutigung für ihre territorialen Aspirationen finden könnten. Mit dieser Sinnesänderung Rifaat Paschas stimmt eine mir auf streng vertraulichem Wege zugekommene Nachricht überein, wonach er Herrn Tittoni auf dessen Frage, ob zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei Verhandlungen betreffs des Sandschaks stattgefunden hätten, erwidert habe, daß solche Verhandlungen überhaupt nicht geführt worden wären. Wir kamen sodann auf die Situation in Mazedonien zu sprechen, bezüglich welcher der Herr Minister sich ziemlich besorgt zeigte. Auf die Konferenzfrage übergehend habe ich meinem Mitredner im Sinne meiner telegraphischen Weisung an Euer Exzellenz vom 27. v. M. No. 123 nachdrücklich geraten, die Idee einer Konferenz fallen zu lassen. Ich hatte den Eindruck, daß Rifaat Pascha

sich mit der Konferenzidee deshalb beschäftige, weil er sich der Hoffnung hingibt, auf einer Konferenz mit neuem Programm die Aufhebung der Artikel 23 und 61 des Berliner Vertrages zu erlangen. Ich bemerkte deshalb ausdrücklich zu dem türkischen Minister, daß heute wohl keine Macht daran denke, sich unter Berufung auf die Bestimmungen der erwähnten Artikel in die inneren Verhältnisse des osmanischen Reiches einzumischen. Die Türkei täte daher meiner Ansicht nach am besten, im gegenwärtigen Augenblick diese Artikel in ihrer Versenkung zu lassen und sich in allen Fragen, in denen ein türkisches Interesse im Spiele sei, an Oesterreich-Ungarn und Deutschland anzuschließen, die beide ein aufrichtiges Interesse an der Erhaltung und Kräftigung des osmanischen Reiches besäßen. Rifaat Pascha erging sich sodann in den Versicherungen, daß die Türkei bestrebt sein werde, mit allen Mächten, besonders aber mit der Monarchie, die besten Beziehungen zu unterhalten. Schließlich kamen wir noch auf das türkisch-bulgarische Abkommen zu sprechen, indem Rifaat Pascha an mich die Frage richtete, wie ich dasselbe beurteilte. Ich habe dem Herrn Minister geantwortet, daß ich über das im Prinzip erzielte Einvernehmen sehr befriedigt sei, über die Modalitäten des Abkommens, welche sehr komplizierter Natur seien, mir jedoch bisher kein Urteil gebildet hätte. Indem ich Vorstehendes Euer Exzellenz zu Ihrer Information mitteile, erneuere ich u. s. f.

a) Vgl. n. 1069, 1338, 1420, 1488.

Nr. 1434. Tel. nach London Nr. 68 (1) und Berlin Nr. 105 (2), 1. April 1909 (chiffr. 5 U. 15 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko u. Musulin; G. Aehrenthal).

1. Zu meinem Telegramme vom 30. I. M., No. 66. Nach Bereinigung der serbischen Angelegenheit möchte ich nunmehr mit der an die Mächte bezüglich der Aufhebung des Artikels XXV zu richtenden demande en règle nicht länger zuwarten. Ich ersuche Euer Exzellenz daher, Sir Edward Grey zu sagen, daß zwar die Zustimmung, die er mir durch Sir F. L. Cartwright zur Aufhebung des Artikels XXV des Berliner Vertrages habe mitteilen lassen, die Mediation der Mächte in Belgrad ermöglicht habe, daß es mir aber wegen der formellen weiteren Behandlung der Angelegenheit und für die Absendung der demande en règle von Wichtigkeit wäre, wenn er seine Zustimmung zur Aufhebung des Artikels XXV auch dem deutschen Botschafter mündlich mitteilen würde. Euer Exzellenz wollen betonen, daß die in Rede stehende Eröffnung an den deutschen Botschafter nur eine selbstverständliche Wiederholung der hier gemachten Mitteilungen bilde, zu der sich der Herr englische Staatssekretär in dem Bestreben, alle pendenten Fragen möglichst bald abzuschließen (Euer Exzellenz Telegramm No. 70^{b)} vom 31. v. M.), jetzt nach der erfreulichen Beilegung der serbischen Krise wohl ohne weiteres bereit finden werde. Euer Exzellenz wollen von meinen vorstehenden Instruktionen auch Ihrem deutschen Kollegen vertraulich Mitteilung machen, damit er in der Lage sei, die Eröffnungen Sir Edward Greys ohne Zeitversäumnis entgegenzunehmen.

2. Zu meinem Telegramm No. 102 vom 30. v. M.: Ich telegraphiere wie folgt an Graf Mensdorff: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Mitteilung an den Herrn Reichskanzler, dem Euer Exzellenz sagen wollen, daß wir in seinem Sinne zu handeln glauben und, um weiteres Zeitversäumnis zu vermeiden, seine Antwort auf die Euer Exzellenz mit dem eingangs zitierten Telegramme aufgetragene Anfrage nicht abgewartet haben. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1432, 1437. — b) Danach habe es Hardinge in einem Gespräche als wünschenswert bezeichnet, daß die Ratifikation des österr.-ung.-türk. Protokolles vom 26. Feb. 1909 (n. 1064) bald statfinde.

Nr. 1435. Tel. aus London, 1. April 1909 Nr. 72 (eing. 2. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 67 vom 31. v. M. Ich habe Sir E. Grey eben mitgeteilt, wie Euer Exzellenz die serbische Note aufgenommen haben und er war hochbefriedigt, zu vernehmen, daß Hochdieselben die freundnachbarlichen Beziehungen mit Serbien als wiederhergestellt ansehen. Staatssekretär teilte mir mit, daß der italienische Geschäftsträger ihm heute Nachmittags von der Verständigung zwischen Euer Exzellenz und Herrn Tittoni betreffs Artikel 29 Kenntnis gegeben und daran Ersuchen geknüpft habe, die britische Regierung möge Italien unterstützen, um Montenegro zur Annahme zu bewegen. Grey telegraphiert noch heute nach Cetinje, um italienische Demarche vollinhaltlich zu unterstützen und Annahme bei montenegrinischer Regierung durchzusetzen. Sir E. Grey war hocherfreut und hofft, nunmehr alles geordnet zu sehen. Er wiederholte abermals, daß seine Hauptsorge stets die Erhaltung des Friedens war. Mensdorff.

a) Vgl. n. 1438, 1482.

Nr. 1436. Tel. aus London, 1. April 1909 Nr. 73 (eing. 2. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Sir E. Grey sagte mir heute, er habe gestern dem deutschen Botschafter alles mitgeteilt, was zwischen Euer Exzellenz und Sir F. L. Cartwright und dem Staatssekretär und mir in den letzten Tagen vorgegangen ist, wobei er Graf Metternich gegenüber darauf hinwies, daß, als spät abends am Samstag österreichisch-ungarische Anfrage eintraf, er, um Zeitverlust zu ersparen, die Einwilligung zur Aufhebung des Artikel 25 nach Wien telegraphierte. Mein Kollege von Deutschland, den ich vorher sah, hat mir dasselbe erzählt, mit der Bemerkung, daß er die gestrige Mitteilung Greys als einen Akt der Höflichkeit auffasse, welcher bezwecke, ihn von dem Geschehenen zu informieren. Ich glaube Vorstehendes mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm No. 66 vom 31. v. M.^{b)} melden zu sollen. Mensdorff.

a) Vgl. n. 1437. — b) n. 1421.

Nr. 1437. Tel. aus London, 1. April 1909 Nr. 74 (eing. 2. April 9 U. a. m.). Entziff.

Statim. Erhalten Euer Excellenz Telegramm No. 68, welches sich mit meinem Telegramm No. 73 gekreuzt hat. Ich habe eben meinen Kollegen

von Deutschland gesprochen. Sir E. Grey hat ihn gestern speziell zu sich bitten lassen und ihm aus eigener Initiative die Verhandlungen der letzten Tage geschildert, wobei Staatssekretär die Meinung aussprach, daß der Abrogation des Artikels 25 nichts mehr im Wege stehe. Er sprach dabei die Hoffnung aus, daß bis zur Stellung der demande en règle Artikel 29 erledigt sein würde. Graf Metternich hat gestern abends in diesem Sinne nach Berlin berichtet und beabsichtigt, keinen weiteren Schritt hier zu unternehmen. Unter diesen Umständen, da ja die Erklärung Sir E. Greys an den deutschen Botschafter wohl als abgegeben angesehen werden kann, glaubte ich von der Ausführung der Instruktion des Telegrammes No. 68 absehen zu sollen, falls ich nicht weitere Weisung Euer Excellenz erhalte. Mensdorff.

Nr. 1438. Tel. aus Rom, 1. April 1909 Nr. 85 (eing. 2. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 83. Minister des Äussern sagte mir heute, er habe an italienischen Gesandten in Cetinje telegraphiert, um mit allen Nachdrucke auf den Fürsten von Montenegro einzuwirken. Was den modus der durch letzteren abzugebenden Erklärung anbelangt, wird Herr Tittoni Euer Exzellenz durch Herzog von Avarna proponieren, dass fragliche Erklärung an die italienische Regierung gerichtet und von dieser uns offiziell mitgeteilt werde, selbstverständlich mit dem Rechte der Publikation. Tittoni meint, dass dieser modus, der sachlich allen Wünschen Euer Exzellenz entspreche, in der Form für den Fürsten Nikolaus rücksichtsvoller wäre. Ich habe den Eindruck, dass auch dem hiesigen Hofe obzitiert Vorgang bei weitem erwünschter wäre. Der hiesigen Regierung käme dabei zu Gute, dass sie gewissermassen als ehrlicher Mäkler auftritt und dies eventuell parlamentarisch verwerten kann. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 1435, 1445, 1482.

Nr. 1439. Tel. an den Generalkonsul in Skutari, 1. April 1909 Nr. 15 (chiff. 7 U. 15 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; V. u. G. Macchio).

Geheim. Mit Bezug auf Euer Hochwohlgeboren Bericht vom 24. v. M. N. 43^{b)} geheim: In Anbetracht der geänderten politischen Lage wollen Euer Hochwohlgeboren nun die Geldverteilung auf successive Verausgabung des in obigem Berichte ausgewiesenen Restbetrages beschränken und hierauf bis auf Weiteres einstellen. Erlass folgt per Courier. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1011, 1500. — ^{b)} Enthält Rechnungslegung über die gemäß n. 864 gemachten Auslagen.

Nr. 1440. Privatschreiben nach Sofia, 1. April 1909.^{a)} Konz. (S. Gagern; V. u. G. Aehrenthal).

Ich habe Dein Schreiben vom 22. d. Mts. erhalten und benütze den heute abgehenden Courier um Dir meine Antwort auf dasselbe zukommen zu lassen. Was zunächst die darin erwähnte Geschmacklosigkeit des bulgarischen Herrschers betrifft, bei einer öffentlichen Veranstaltung des Vertreter der sogenannten Ententemächte ostentativ auszeichnender zu

behandeln, als den Vertreter Oesterreich-Ungarn's, so möchte ich dem ebenso wenig Bedeutung beimessen, als dem Umstande, dass weder Fürst Ferdinand noch einer der beiden eingeweihten bulgarischen Minister es der Mühe werth gefunden haben, Dir gegenüber in irgend einer Weise von den unsererseits vor einigen Monaten mit ihnen entamirten geheimen Verhandlungen Erwähnung zu thun. Der Gang der Ereignisse spricht übrigens dafür, dass die Klugheit und Schlaueit des Fürsten Ihm bei Seinem Hinüberschwenken zu Russland nicht zur Seite gestanden sind. Er wollte damit etwas besonders Kluges thun und sieht nun, dass Er mit der Annahme des die Begleichung der Entschädigung an die Türkei betreffenden russischen Vorschlages sowie mit der in St. Petersburg erlangten „reconnaissance de courtoisie“ nicht viel erreicht, sondern seine famose Position dadurch eigentlich eher geschwächt hat. Doch ist dies füglich Seine und Bulgarien's Sache. Deiner Ansicht, dass Deine Stellung in Sofia seit dem Besuch des bulgarischen Souveräns in Budapest im vorigen September^{b)} eine Einbusse erlitten hat und Deine Abberufung von Deinem gegenwärtigen Posten im Interesse des Allerhöchsten Dienstes gelegen wäre, kann ich nicht beipflichten, da es bei dem etwas complicirten Character des Fürsten Ferdinand in der Behandlung unserer Vertreter am dortigen Hofe immer des hauts et des bas gegeben hat, und vermutlich auch in Hinkunft geben wird. Deine Vorgänger Call, Müller und Braun haben in dieser Beziehung ihre Erfahrungen gemacht. Sie haben aber solche von der momentanen Constellation und Stimmung abhängige Behandlungsmethoden des Fürsten niemals tragisch genommen und keine Consequenzen bezüglich ihrer Stellung daraus abgeleitet, was jedenfalls sehr richtig war, da es im diplomatischen Berufe darauf ankommt, gerade in schwierigen Momenten, wo nicht Alles glatt geht, auf seinem Posten auszuharren und gegen die auftauchenden Schwierigkeiten anzukämpfen. Was Deinen Wunsch, von Sofia abberufen zu werden, betrifft, so weißt Du, daß ich demselben zu willfahren entschlossen bin. Bevor ich aber diese Absicht verwirkliche, muß die Regelung der Frage der Unabhängigkeit Bulgarien's und die für uns damit zusammenhängende befriedigende Erledigung der Eisenbahnfrage abgewartet werden. Dein Abgang von Sofia vor Regelung dieser Fragen wäre übrigens auch nicht in Deinem Interesse gelegen, da derselbe in diesem Falle leicht zu für Dich wenig günstigen Commentaren Anlass bieten könnte.

^{a)} Vgl. n. 1589. — ^{b)} n. 87.

Tel. nach Berlin, 2. April 1909 Nr. 107 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 1443.

Nr. 1441. Tel. aus Cetinje, 2. April 1909 Nr. 48 (eing. 3. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Laut vertraulicher Mitteilung meines italienischen Kollegen hat derselbe heute im Auftrage seiner Regierung die laut Telegrammes Euer Excellenz vom 31. v. M. Zahl 47^{b)} in Aussicht gestellte Demarche der italienischen Regierung bei Fürst Nikolaus gemacht. Baron Squitti will den Eindruck gewonnen haben, dass die ihm für morgen nach der Rückkehr

des Fürsten aus Rieka in Aussicht gestellte Antwort, obwohl Seine königliche Hoheit in gedrückter Stimmung die ihm erteilten Ratschläge entgegennahm, eine zustimmende sein werde. Englischer Geschäftsträger habe ohne besonderen Auftrag italienische Demarche unterstützt. Kuhn.

a) Vgl. n. 1471, 1478. — b) Vom 30. März.

Nr. 1442. Tel. nach London, 2. April 1909 Nr. 69 (chiffre 8 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Gelegentlich der Durchführung der Mediationsdemarche in Belgrad haben der englische, französische, italienische und russische Gesandte der serbischen Regierung ein Aide-Mémoire überreicht. In diesem Aide-Mémoire eröffnen die genannten Vertreter dem Minister des Äußern, sie seien ermächtigt, ihm mitzuteilen, daß ich in Konversationen mit den hiesigen fremden Botschaftern erklärt hätte, wir würden keine Pression auf Serbien ausüben, die normale Entwicklung seiner militärischen Kräfte nicht behindern, wir beabsichtigten, wenn dieses abrüste, keinen Angriff auf Serbien und hätten auch nicht vor, dessen Entwicklung, Sicherheit und Integrität zu bedrohen. Bezugnehmend auf den Inhalt dieses Aide-Mémoires ist im gestrigen Abendblatt des „Fremdenblatt“ eine Notiz erschienen, in welcher ausgeführt wird, daß die vorstehenden Mitteilungen der fremden Vertreter an die serbische Regierung zwar etwas selbstverständliches enthielten, daß aber eine Ermächtigung unsererseits zu solchen formellen Erklärungen in Belgrad nicht vorlag. Um Mißverständnissen vorzubeugen, ersuche ich Euer Exzellenz, Sir Edward Grey zu sagen, daß ich die ihm gemachten Zusicherungen, auf die sich meine Telegramme No. 58, 62 und 65 vom 26., 28. und 29. v. M. beziehen, keineswegs in Abrede stellen wolle, daß es mir aber, um keine irrtümliche Auffassung in der hiesigen öffentlichen Meinung aufkommen zu lassen, geboten erschiene, darauf hinzuweisen, daß meine Sir F. L. Cartwright gemachten Eröffnungen ebenso wie meine Konversationen mit den Vertretern Frankreichs, Rußlands und Italiens nicht dazu bestimmt waren, in Belgrad mitgeteilt zu werden. Wie ich nach der Aktenlage konstatiere, ist eine bezügliche Vereinbarung tatsächlich nie erfolgt; was speziell die in meinem Telegramme No. 58 wiedergegebene Bemerkung anbelangt, haben mir Euer Exzellenz mit Telegramm vom 27. v. M. No. 59 gemeldet, Sir Edward Grey und Sir Charles Hardinge hätten wohl verstanden, daß dieselbe in Belgrad nicht verwertet werden dürfe.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1453.

Nr. 1443. Tel. nach London Nr. 70 (1), Paris Nr. 53 (2), Rom Nr. 74 (3), St. Petersburg Nr. 87 (4) und Berlin Nr. 107 (5), 2. April 1909 (chiffre 10 U. p. m.).^{a)} Konz. (Schreibmaschine u. Franckenstein; G. Aehrenthal).

1.—4. En Vous chargeant par ma dépêche en date du 3 mars courant^{b)} de remettre à Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères le texte du Protocole signé à Constantinople par l'Ambassadeur I. et R. et par la Sublime Porte, je Vous ai invité à faire ressortir à cette occasion que la Turquie

reconnaissait expressément par cet arrangement le nouvel état de choses créé en Bosnie et Herzégovine, c'est à dire l'extension des droits de souveraineté de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique sur les deux provinces. Je suis heureux de constater que la communication faite aux Puissances Signataires du Protocole de Constantinople a été accueillie avec satisfaction par les Cabinets; je crois donc qu'ils seront enclins de procéder à la suppression de l'article XXV du traité de Berlin. Veuillez donc à cette fin présenter à Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères une demande en règle et m'informer aussitôt de l'accueil que Votre démarche aura trouvé auprès de lui. Vos collègues de — reçoivent des instructions analogues; ils sont comme Vous autorisés à laisser, s'il le désire, copie de la présente dépêche entre les mains de Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères.

5. Fürst Bülow hat mich durch Herrn von Tschirschky wissen lassen, daß nunmehr die Voraussetzungen für die demande en règle erfüllt seien, welche das Wiener Kabinett behufs Abrogierung des Artikels XXV des Berliner Vertrages an die Signatarmächte richten würde. Ich habe daher im Sinne der mit dem Herrn Reichskanzler vereinbarten Vorgangsweise die nachstehende Depesche auf telegraphischem Wege an die k. u. k. Vertreter bei den Signatarmächten gerichtet: (Inseratur vorstehende Depesche in extenso.) Euer Exzellenz wollen Vorstehendes zur Kenntnis des Fürsten Bülow bringen und in analoger Weise wie Ihre Kollegen bei den Signatarmächten die in Rede stehende demande en règle an die dortige Regierung richten.

Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 124 Nr. 174. Vgl. n. 1452, 1459, 1484, 1497, 1508, 1536, 1543, 1545. — b) Vgl. n 1096.

Tel. nach Paris, 2. April 1909 Nr. 53 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 1443.

Nr. 1444. Tel. nach Rom, 2. April 1909 Nr. 72 (chiffr. 2 U. 15 M. p. m.). a) Konz. (S. Matscheko; V. Musulin u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Herzog von Avarna hat mir heute den Text einer Erklärung vorgelegt, deren Abgabe an uns Herr Tittoni bei der montenegrinischen Regierung durchsetzen will. Der proponierte italienische Text lautete: „Le Gouvernement princier est prêt à se conformer à telle décision qui sera prise par les Grandes-Puissances en ce qui concerne l'article XXV du traité de Berlin; il entretiendra désormais des rapports d'amitié et de bon voisinage avec le Gouvernement Impérial et Royal d'Autriche-Hongrie.“ In einem Briefe an den italienischen Botschafter^{b)} habe ich diesem heute mitgeteilt, daß mir die nachfolgende Einschaltung in den italienischen Text unumgänglich notwendig erscheine, damit das Einlenken des Fürstentums mit entsprechender Deutlichkeit zum Ausdruck gelange. Zwischen „Berlin“ und „désormais“ müßte es statt „il entretiendra“ heißen: „il s'engage dés-à-présent à abandonner l'attitude de protestation et d'opposition qu'il a observée à l'égard de l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine depuis l'automne dernier et il s'engage en outre à entretenir“. In diesem Sinne lautete auch der Auftrag meines Telegrammes Nr. 65 vom 29. März. Da die montenegrinische Regierung die vorstehende Erklärung auf Anraten

des italienischen Kabinettes aller Wahrscheinlichkeit nach schon in der allernächsten Zeit geben dürfte, besteht für die Aufnahme des Euer Exzellenz aus meinem Telegramme vom 28. v. M. Nr. 64 bekannten Schlußsatzes: „Il est bien entendu etc.“ in die Note, die Euer Exzellenz über unsere Zustimmung zur Aufhebung, beziehungsweise Abänderung gewisser Bestimmungen des Artikels XXIX an Herrn Tittoni richten werden, keine Notwendigkeit mehr. Die Note würde also ohne diesen Schlußsatz in der von Herrn Tittoni proponierten Fassung abzugehen haben. Herr Tittoni seinerseits würde dann bloß von unseren Zusicherungen betreffend den Artikel XXIX Kenntnis nehmen; natürlich bestünde dann auch kein Anlaß für ihn, gelegentlich dieser schriftlichen Kenntnisnahme auf die seitens der montenegrinischen Regierung in jenem Zeitpunkte bereits abgegebene Erklärung hinzuweisen. Da aus den telegraphischen Weisungen Herrn Tittonis an Herzog von Avarna hervorzugehen scheint, daß der Herr italienische Minister sich noch nicht ganz klar darüber ist, wie ich mir den weiteren *modus procedendi* denke, wiederhole ich hier die von mir beabsichtigte Vorgangsweise und ersuche Euer Exzellenz, sie Herrn Tittoni nochmals entsprechend zu erläutern: Ich werde in nächster Zeit die *demande en règle* wegen der Zustimmung der Mächte zur Annexion an die Kabinette richten. In einer Antwort wird das italienische Kabinett „*exprimer le désir de recevoir la confirmation par écrit etc.*“ Nach Erhalt dieser Note werden Euer Exzellenz ermächtigt sein, die mit Bericht Nr. 21 B im Entwurfe vorgelegte Note und zwar ohne meinen Zusatz an Herrn Tittoni zu richten, der dieselbe zur Kenntnis nehmen wird. Wir unsererseits würden dann den anderen Kabinetten von unserer Bereitwilligkeit, der Modifikation des Artikels XXIX in dem in der Note an Herrn Tittoni gekennzeichneten Ausmaße zuzustimmen, Mitteilung machen und sie auffordern, diese Modifikationen auch ihrerseits zu sanktionieren. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1457, 1463, 1471 Anm. b. — b) 2. April 1909 Nr. 1276, Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal). Nicht aufgenommen, da Inhalt oben vollständig wiedergegeben.

*Nr. 1445. Tel. nach Rom, 2. April 1909 Nr. 73 (chiffre 8 U. 10 M. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).*

Euer Exzellenz Telegramm No. 85 vom 1. l. M. erhalten. Ich bin erstaunt, daß Euer Exzellenz es überhaupt übernommen haben, den neuesten Vorschlag Herrn Tittonis, die montenegrinische Erklärung sollte uns durch Vermittlung des italienischen Kabinettes zukommen, an mich weiterzuleiten. Der Herr italienische Minister kann nicht im Zweifel darüber sein, daß wir die Differenzen mit dem unabhängigen Fürstentume Montenegro ebenso nur auf direktem Wege erledigen können, wie wir dies Serbien gegenüber getan haben. Ich ersuche Euer Exzellenz also, Herrn Tittoni dringend nahe zu legen, daß er davon absehen möge, den Herzog von Avarna mit der in Euer Exzellenz vorerwähntem Telegramme signalisierten Message zu betrauen, da ich ihm eine unbedingt ablehnende Antwort zuteil werden lassen müßte. Euer Exzellenz selbst wollen sich in der bestimmtesten Weise dahin aussprechen, daß ich die italienische Vermittlung nur unter

der Voraussetzung akzeptieren könne, daß sie darauf abziele, die fürstliche Regierung zur direkten Abgabe einer Erklärung an den k. u. k. Gesandten in Cetinje zu veranlassen. Ich bemerke schließlich, daß ich erwartet hätte, Euer Exzellenz würden im Sinne meines Telegrammes No. 65 vom 29. v. M. Herrn Tittoni sofort erklärt haben, daß Ihnen seine Anregung indiskutabel erscheine.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1456.

Tel. nach Rom, 2. April 1909 Nr. 74 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 1443.

Tel. nach St. Petersburg, 2. April 1909 Nr. 87 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 1443.

Nr. 1446. Note an den ungarischen Ministerpräsidenten, 2. April 1909 Nr. 1288.a) Konz. (S. Oppenheimer; V. und G. Macchio).

Vertraulich. Angesichts der geänderten politischen Constellation in den Beziehungen zwischen uns und Serbien erscheint es mir doppelt unerwünscht, dass ein Teil der Wiener und Budapester Presse in der letzten Zeit sich mit dem eventuellen Sturze der serbischen Dynastie in einer Weise beschäftigt, die nicht nur beim serbischen Hofe und in der dortigen Öffentlichkeit einen höchst ungünstigen Eindruck hervorruft, sondern auch in der allgemeinen europäischen Meinung dem politischen Taktgefühl unserer Presse nicht sehr zur Ehre gereichen kann. Ich habe mich aus diesem Anlasse bewogen gefunden, durch eine officiöse Erklärung im „Fremdenblatt“ diesen Sensationsnachrichten entgegenzutreten. Auch der k. u. k. Gesandte in Belgrad macht auf diesen so wenig zeitgemässen Sachverhalt aufmerksam und fügt hinzu, dass der gegenwärtig in Semlin lebende Journalist Steinhardt, welcher seinerzeit aus Serbien ausgewiesen wurde und derzeit Correspondent ausser anderen auch mehrerer ungarischer Blätter und der südslavischen Korrespondenz ist, den vorerwähnten allarmierenden Nachrichten über Serbien sehr nahe steht. Ich beehre mich daher an Euer Exzellenz mit der Anregung heranzutreten, ob es in Würdigung des politischen Interesses, welches wir daran haben, dass die officiellen Kreise nicht einer Duldung oder gar Unterstützung der in Rede stehenden Press-Enunciationen beschuldigt werden, sich nicht empfehlen würde, dass Steinhardt nach Massgabe seiner hier nicht feststellbaren Staatszugehörigkeit entweder aus den Ländern der heiligen Stefanskronen oder wenigstens aus Semlin ausgewiesen werde. Für eine dringliche Behandlung dieser Angelegenheit und gefällige Bekanntgabe des diesbezüglich Veranlassenen wäre ich Euer Exzellenz zu besonderem Danke verbunden.

a) Vgl. n. 1447.

Nr. 1447. Bericht aus Belgrad, 3. April 1909 Nr. 36 A (eing. 5. April).a) Ausfert.

Es wäre heute noch verfrüht, über die Folgen unserer sechsmonatlichen, so kritischen Kontroverse mit Serbien ein endgiltiges Urteil fällen zu wollen. Momentan kann ich nur melden, dass der Schlussakt sich in ruhiger, beinahe

würdiger Weise abspielte. Die Regierung gehorchte sofort der Mediation der Mächte; die Note wurde ohne Zögern vollinhaltlich akzeptiert und in Wien abgegeben; die Skupština, welche in einer stürmischen geheimen Konferenz vorbereitet worden war, hörte in der öffentlichen Sitzung die Ausführungen des Ministers des Äussern laut- und debattelos an; Belgrad blieb ganz ruhig und es ereignete sich nicht die geringste Demonstration. Teilweise waren die Nerven des Landes durch die lange, unerträgliche Spannung so ermüdet, dass selbst die schmachlichste Beendigung der Krise als eine Erlösung betrachtet wurde, teilweise war seit Russlands Frontwechsel die Niederlage so sicher, dass noch schärfere Bedingungen als die in der Note enthaltenen befürchtet wurden. Die massgebenden Kreise haben sich nur zähneknirschend zu der Demütigung und zum Eingeständnisse ihrer Schwäche und ihres Maulheldentumes entschlossen. Sie geben sich darüber keiner Täuschung hin, dass ihr Rückzug ebenso vollständig als beschämend ist. Merkwürdigerweise wird unser Sieg auch von der serbischen Presse unumwunden eingestanden. Ob die gewonnene Erfahrung und besonders Russlands Verhalten eine dauernde, heilsame Wirkung ausüben werden, scheint mir zweifelhaft. Für einige Zeit wird die serbische Regierung jedenfalls vorsichtig werden und die grossererbische Bewegung hat einen für uns, speziell in Bosnien sehr wertvollen Schlag erlitten. Aber der Hass gegen uns und die „russische Hypnose“, von der Vladan Georgevitch in seinem letzten Werke mit so viel Berechtigung spricht, sind zu stark, als daß ich auf eine wirkliche Umkehr und auf eine befriedigende Gestaltung unserer Beziehungen zu Serbien grosse Hoffnungen setzen könnte. Heute denkt hier jedermann noch an Rache, welche nur mit russischer Bundesgenossenschaft erfolgen kann; die jetzige Haltung des grossen slawischen Reiches wird nicht auf dessen Schuldkonto gesetzt, sondern Herrn Iswolskys Unfähigkeit zugeschrieben. Für uns würde es zwei sichere Wege geben, um mit Serbien zu einem sehr guten politischen Verhältnisse zu gelangen. Der eine wäre dessen Aspirationen auf den Sandschak, auf Mazedonien und die Verbindung mit der Adria über türkisches Territorium offen zu unterstützen, der andere sich seiner ökonomischen Interessen wirklich anzunehmen, sein Export-Vieh wiederum nach Wien und Kőbánya (Steinbruch) zu leiten, das Land wirtschaftlich an uns zu ketten, eventuell unserem Zollgebiete einzuverleiben und so auch politisch aufzusaugen. Der eine Weg wäre, meiner ergebensten Ansicht nach, ein grosser Fehler,¹⁾ welcher sich später bitter rächen würde, den anderen verlegen uns innerpolitische Verhältnisse und agrarische Tendenzen. Unnütz werden aber die Stürme und Opfer der letzten sechs Monate nicht sein. Das grosse Ziel ist erreicht; Bosnien und die Herzegowina sind ohne Blutvergiessen definitiv in den Habsburg'schen Länderbesitz eingereiht und die uns so gefährliche, grossererbische Idee ist zurückgeworfen und gedemütigt. Das Königreich, dessen innere Verhältnisse uns noch manche Überraschung bereiten können, müssen wir vorläufig mit Ruhe und Nachsicht behandeln und abwarten, welche Lehren dasselbe aus der jüngsten Vergangenheit zieht.

Forgách.

¹⁾ Sehr richtig.

^{a)} Vgl. n. 1446, 1518.

*Tel. nach Berlin, 3. April 1909 Nr. 111 (chiffr. 8 U. 50 M. p. m.).
Siehe n. 1449.*

Nr. 1448. Tel. aus Berlin, 3. April 1909 Nr. 119 (eing. 6 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nro. 104 vom 31. vorigen Monats. Reichskanzler läßt Euer Exzellenz seinen aufrichtigen Dank für die freundschaftliche Message übermitteln, welche Euer Exzellenz ihm durch mich haben zukommen lassen. Fürst Bülow versicherte mich in den wärmsten Ausdrücken seines unerschütterlichen Vertrauens für Euer Exzellenz Person und die von Euer Exzellenz verfolgte und von der ganzen öffentlichen Meinung in Deutschland gebilligte Politik. Es sei ein Verdienst Euer Exzellenz, eine aktive Politik eingeschlagen zu haben, die auch in der Zukunft für Österreich-Ungarn sowie Deutschland, „die besten Früchte tragen wird.“ Mit Euer Exzellenz Rußland gegenüber befolgten Methode ist der Reichskanzler vollkommen einverstanden; auch er trachte auf die deutsche Presse einzuwirken, daß sie nicht zu viel von einer Niederlage Rußlands spreche. Richtiges Vorgehen Deutschlands und Österreich-Ungarns bestehe darin, Rußland zwar keine Avancen zu machen und seine Intimität nicht zu suchen, aber zu trachten, gute Beziehungen herzustellen.

Szögyény.

*Nr. 1449. Tel. nach Konstantinopel Nr. 135 (1) und Berlin Nr. 111 (2),
3. April 1909 (chiffr. 8 U. 50 M. p. m.).^a) Konz. (S. Matscheko;
V. Musulin; G. Aehrenthal).*

1. Aus Euer Exzellenz Telegrammen vom 28. und 30. v. Mts., No. 160 und 162, ersehe ich, daß die türkischen Staatsmänner noch immer an dem Konferenzgedanken festzuhalten scheinen, trotzdem Euer Exzellenz ebenso wie Baron Marschall bemüht waren, sie davon zu überzeugen, daß es im eigensten Interesse der Türkei gelegen wäre, diese Idee nicht wieder aufzunehmen. Ich hoffe, daß ich bei meiner letzten Unterredung mit Rifaat Pascha einen stärkeren Eindruck erzielt habe. Was die Bemerkung Gabriel Effendis anbelangt, die Türkei würde es berücksichtigen, wenn gewisse eigene, der Pforte bisher nicht bekannte Interessen des Berliner oder Wiener Kabinettes diesen das Zustandekommen der Konferenz nicht wünschenswert erscheinen ließen, so wollen Euer Exzellenz darauf hinweisen, daß es im allgemeinen unser dringender Wunsch sei, Komplikationen jeder Art zu vermeiden und daß wir das Eintreten solcher Komplikationen bei einem Wiederaufleben des Konferenzgedankens befürchteten. Wenn Euer Exzellenz merken sollten, daß man auf der Pforte auch nach der Rückkehr Rifaats an dem Konferenzgedanken festhält, so wollen Hochdieselben hervorheben, daß wir, wie ja Rifaat Pascha aus meinem Munde wisse, gegen die Aufhebung der Artikel 23 und 61 des Berliner Vertrages gewiß keine Einwendung erheben würden, wenn die Türkei dieselbe im Wege eines Notenaustausches zu erreichen bestrebt wäre. Ein Notenaustausch sei auch der weitaus praktischere Weg, um der Türkei jene Vorteile zu sichern, die wir ihr im Ententeprotokoll bereits zugestanden hätten, da die komplizierte

technische Natur der betreffenden Fragen deren Behandlung auf einer Konferenz geradezu ausschließe. Sollte die Pforte gegen unseren Rat mit dem Vorschlage einer Konferenz hervortreten, so würde sie wohl schon bei der Diskussion über das Konferenzprogramm die Erfahrung machen, daß es ihr kaum gelingen werde, die Aufnahme unerwünschter Programmpunkte zu verhindern. Sie würde also auf einem Umwege wieder zu dem Gedanken eines Notenaustausches zurückkehren müssen und da sei es nicht einzusehen, warum sie nicht gleich den kürzesten Weg einschlagen sollte. Bei Ihren einschlägigen Unterredungen mit dem Großvezier beziehungsweise dem Minister des Äußern wollen Euer Exzellenz abschließend nachdrücklichst bemerken, daß wir, wenn die Pforte sich mit einer bezüglichlichen Note an uns wenden sollte, eine Einwendung gegen die Abrogierung der Artikel 23 und 61 des Berliner Vertrages — wie gesagt — nicht erheben würden. Hingegen müßten wir uns freie Hand wahren, falls die Pforte daran dächte, zu diesem Zwecke eine Konferenz vorzuschlagen, gegen deren Zusammentritt wir schwerwiegende Bedenken hätten.

2. Nach Rücksprache mit dem deutschen Botschafter, welcher gestern mit einem einschlägigen Auftrage des Reichskanzlers bei mir war, telegraphiere ich, wie folgt, an Markgraf Pallavicini: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Vorstehendes zur Verwertung.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1462.

Nr. 1450. Tel. nach London, 3. April 1909 Nr. 71 (chiffr. 1 U. 15 M. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Sir F. L. Cartwright hat mir gegenüber heute erwähnt, Sir Edward Grey möchte bei mir nicht den Eindruck aufkommen lassen, als ob die Haltung des englischen Kabinettes in der Frage der Zustimmung desselben zur Aufhebung des Artikels XXV eine inkonsequente gewesen sei und daß er, der Staatssekretär, „aurait failli à sa parole“. Mir war anfangs nicht ganz klar, worauf diese Bemerkung des englischen Botschafters hinzielte und ich kam erst nach einiger Überlegung darauf, daß es sich um das in Euer Exzellenz Telegramm No. 67 vom 29. v. M. besprochene Mißverständnis handle und um die Tatsache, daß Cartwright nicht den Auftrag erhalten hatte, mich für die Annahme seiner formule in unserem zweiten Texte der serbischen Erklärung dadurch zu gewinnen, daß er mir die prealable Zustimmung des englischen Kabinettes zur Aufhebung des Artikels XXV in Aussicht stellte. Ich habe Sir F. L. Cartwright erwidert, daß ich angesichts der bedingungslosen Zustimmung, die er mir namens seiner Regierung zur Aufhebung des Artikels XXV am 28. v. M.^{a)} aussprach, dem anfänglichen Zögern des englischen Kabinettes keine Bedeutung beigelegt und an der loyalen Haltung Sir Edward Greys niemals gezweifelt hätte. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache, falls der Herr Staatssekretär auf diesen Zwischenfall zurückkommen sollte.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1398.

Nr. 1451. Tel. aus London, 3. April 1909 Nr. 75 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Unter Bezugnahme auf Erlaß 1136 vom 24. v. M. Ich hatte gestern abends Gelegenheit, den Premierminister zu sprechen und ihn mit Benützung der in gedachter Weisung niedergelegten Argumentation darauf aufmerksam zu machen, daß eine wirkliche Analogie zwischen unserem Verhältnisse zu Serbien und demjenigen Englands zu den Burenrepubliken nicht bestand. Er verstand unseren Standpunkt ganz gut und sagte mir schließlich, ich möge Euer Exzellenz gelegentlich melden, daß er anerkenne, daß ein bedeutender Unterschied bestehe zwischen dem an unserer Grenze gelegenen Serbien und dessen agitatorischer Tätigkeit und den viele Tausende von Meilen von England entfernten Burenstaaten. Gleichzeitig sprach Lord Asquith seine Befriedigung über die glückliche Beendigung der serbischen Kontroverse aus. Daran anknüpfend meinte er, daß vom Standpunkte der Wiederherstellung einer für uns günstigen Stimmung in der englischen öffentlichen Meinung es sehr günstig wäre, wenn die k. u. k. Regierung sich Montenegro gegenüber großmütig und „large“ zeigen würde. Für Serbien und dessen mit Blut befleckte Dynastie bestehe in England keinerlei Gefühl; anders stehe es mit dem montenegrinischen Gebirgsvolke, für welches eine gewisse unleugbare „Schwärmerei“ vorhanden sei, die noch von Gladstone herrühre. Ich entgegnete, daß Montenegro ja etwas von uns erhält; er meinte, daß, wenn wir recht großmütig uns bezeigen, es hier vorzüglichen Eindruck machen würde. Er sage mir das nur ganz persönlich als genauer Kenner der Strömungen, welche das öffentliche Leben Englands beherrschen, und von dem Wunsche beseelt, die Verstimmungen der Nachbarstaaten früher oder später zu überwinden. Mensdorff.

Nr. 1452. Tel. aus London, 3. April 1909 Nr. 76 (eing. 4. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 70 vom 2. d. M. erhalten. Ich habe soeben Demande en règle bei Sir E. Grey gestellt und ihm Abschrift des gedachten Telegrammes zurückgelassen. Staatssekretär sprach die Meinung aus, dass wohl kein Hindernis bestehen dürfte, die gewünschte Aufhebung des Artikels 25 auszusprechen; er wollte mir aber keine definitive Antwort geben, da er glaube, er würde sich mit den anderen Mächten verständigen müssen, um die Zustimmung in derselben Form und gleichzeitig zu erteilen. Er war in Eile, auf das Land zu fahren und stellte mir für Montag bestimmte Antwort in Aussicht. Er sagte mir, er habe die Anfrage noch nicht so bald erwartet, worauf ich erwiderte, dass gerade er mir wiederholt eine baldmögliche Finalisierung als erwünscht bezeichnete und ich dies auch Euer Exzellenz gemeldet hätte. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1474.

Nr. 1453. Tel. aus London, 3. April 1909 Nr. 77 (eing. 4. April 9 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramm No. 69 vom 2. d. Mts. Ich habe Sir E. Grey die in der telegrafischen Weisung enthaltene Mitteilung

gemacht. Staatssekretär erwiderte, er sei der Ansicht gewesen, daß die Äußerungen Euer Excellenz an die Botschafter dazu bestimmt waren, verwertet zu werden, um auf Serbien einzuwirken. In welcher Form die Gesandten in Belgrad diese Mitteilung machten, ob mündlich oder schriftlich, sei ihm unbekannt gewesen. Ich betonte, daß es durch aide-mémoire geschah. Nachdem aber nicht verlangt wurde, daß etwas rückgängig gemacht werden soll, so meinte er, daß die Sache wohl keine besondere Bedeutung habe. Ich bemerkte, daß Euer Excellenz die von Hochdenselben gemachte Zusicherung nicht in Abrede stellen wollen, jedoch Wert darauf legen, zu konstatieren, daß sie nicht zur Mitteilung in Belgrad bestimmt war.

Mensdorff.

Nr. 1454. Bericht des Gesandten Grafen Albert Nemes aus Paris, 3. April 1909 Nr. 7 A (eing. 5. April). Ausfert.

Des mir mit dem hohen Telegramme No. 48 vom 27.ten vor. Mts. zu Teil gewordenen Auftrages konnte ich mich, wie ich dies mit Telegramm Nr. 19^a) zu melden die Ehre hatte, erst am Abende des 28.ten entledigen, da Herr Pichon den Nachmittag außerhalb Paris verbracht hatte. Als ich um sieben Uhr von dem Herrn Minister empfangen wurde und ihm gegenüber die im obcitirten Telegramme enthaltenen Instruktionen an Botschafter Graf Mensdorff verwerthete, war Herr Pichon bereits von London aus über den Stand der Verhandlungen Euer Exzellenz mit dem englischen Kabinette unterrichtet. Auf meine Bemerkung, daß Euer Exzellenz um Hochderen Zustimmung zur englischen Mediation und die mit Sir F. L. Cartwright vereinbarte Textierung der von Serbien zu erteilenden Erklärung aufrechterhalten zu können, von dem französischen, ebenso wie von dem englischen Kabinette eine vorläufige, wenigstens mündliche Zustimmung zu der Aufhebung des Art. XXV des Berliner Vertrages erwarten, erwiderte mir Herr Pichon, daß eine bezügliche Instruktion an Herrn Crozier bereits abgegangen sei. Übrigens benütze er gerne die Gelegenheit, um auch mir in formeller Weise zu erklären, daß er bereitwilligst die von Euer Exzellenz erwartete Zustimmung unter der Bedingung erteile, daß ein Gleiches auch seitens der übrigen Signatarmächte geschehe, und Österreich-Ungarn der von Italien vorgeschlagenen Modifikation des Art. XXIX des Berliner Vertrages zustimme.

Nemes.

^a) n. 1399.

Nr. 1455. Bericht des Gesandten Grafen Albert Nemes aus Paris, 3. April 1909 Nr. 7 C (eing. 5. April).^a) Ausfert.

Vertraulich. Ungeachtet des Dementi der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, welche den in französischen Blättern verbreiteten Versionen über die Demarche des Grafen Pourtalès wegen der Zustimmung Russlands zur Abrogirung des Artikels XXV des Berliner Vertrages entgegentritt, bleibt der Petit Parisien, der in solchen Fragen als das Sprachrohr der Regierung angesehen werden kann, dabei, dass seine Meldungen über die von Deutsch-

land in St. Petersburg ausgeübte brutale Pression den zuverlässigsten Quellen entstammen. Dass die französische Presse solche aus St. Petersburg kommende Nachrichten am Quai d'Orsay schöpfen konnte, ist umso wahrscheinlicher als diese in ihrer Tendenz mit einer Äusserung Herrn Pichons übereinstimmen, die mir in vertraulicher Weise wiederholt wurde. Herr Pichon soll den Hergang des Besuches des deutschen Botschafters bei Herrn Iswolsky in der Weise geschildert haben, dass Graf Pourtalès zu den stärksten Pressionsmitteln Zuflucht genommen und schliesslich, da der Herr russische Minister des Äussern sich sträubte, die verlangte Zustimmung zu geben, diesem die Worte — *alors c'est la guerre* zugerufen hätte. Herr Nelidow soll sich unlängst dahin ausgesprochen haben, dass die Spannung zwischen St. Petersburg und Berlin eine derartige geworden sei, dass jahrelang an eine Anbahnung besserer Beziehungen nicht zu denken sein wird. Eine ganz andere Sprache hat der russische Botschaftsrat mir gegenüber geführt. Von der Intervention Deutschlands sprechend sagte mir Herr Nekludoff — als seine rein persönliche Impression — das Auftreten Deutschlands werde gewiss bei Kaiser Nikolaus und vielen einflussreichen Russen einen tiefgehenden Eindruck hervorgerufen haben. Deutschland sei ein Freund, auf den man zählen könne, Frankreich aber habe Russland einfach im Stiche gelassen. Herr Nekludoff, der viel und hastig spricht, liess auch das Wort „Dreikaiserbündnis“ fallen.

Nemes.

a) Vgl. n. 1431, 1458.

Nr. 1456. Tel. aus Rom, 3. April 1909 Nr. 89 (eing. 8 U. 15 M. p. m.).a)
Entziff.

Antwort auf Telegramm Nro. 73 von gestern. Ich bin nicht verantwortlich für das, was Herzog von Avarna über seine Konversationen mit Euer Exzellenz berichtet, von welchen ich häufig keine Kenntnis erhalten. Avarna hat telegraphiert, Euer Exzellenz hätten ihm gesagt, que la modification de l'article XXIX constituât une concession que nous fissions à l'Italie et non pas au Monténégro, mais qu'il fallait que ce dernier fit une déclaration quant à son attitude à l'avenir. Nachdem seitens Euer Exzellenz nicht präzisiert war, dass diese Deklaration direkt an uns gerichtet sein müsse, habe er (Herr Tittoni) auf Grund dieser Meldung, geglaubt, dass der von ihm vorgeschlagene Modus (schriftliche Erklärung, die von der italienischen Regierung tale quale an uns weitergegeben werde) den Intentionen Euer Exzellenz durchaus entsprechen werde und habe sofort an italienischen Vertreter in Cetinje in diesem Sinne telegraphiert. Obwohl er nicht einsehen könne, dass für uns darin ein sachlicher Unterschied liegen kann, wolle er jetzt, so unangenehm es ihm auch sei, seine Instruktion abzuändern, nach Cetinje telegraphieren, dass die fragliche schriftliche Erklärung direkt und nicht durch seine Vermittlung in unsere Hände gelange. Betreffend Textierung der Erklärung folgt gleichzeitig weiteres Telegramm.

Lützow.

a) Vgl. n. 1464.

Nr. 1457. Tel. aus Rom, 3. April 1909 Nr. 91 (eing. 11 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 72 von gestern. Minister des Äussern ersucht Euer Exzellenz dringendst, auf Zusatz: il s'engage etc. nicht zu bestehen. Es scheint ihm nicht gerecht, das Factum zu ignorieren, dass zwischen der Haltung Montenegros und jener Serbiens immerhin ein ganz wesentlicher Unterschied zu machen sei; überdies enthalte der Schlusssatz an sich schon eine bindende Zusage für die Zukunft. Es wäre ihm im hohen Grade peinlich, Cetinje gegenüber nicht nur auf den modus der Überreichung der Deklaration sondern auch auf deren Textierung zurückkommen zu müssen. Ausführliche Motivierung wird er Euer Exzellenz durch Herzog von Avarna zukommen lassen.

Lützow.

^{a)} Vgl. n. 1464.

Nr. 1458. Tel. aus St. Peterburg, 3. April 1909 Nr. 72 (eing. 6 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Englischer Botschafter bemüht sich hier, jüngste Aktion Deutschlands als Gewaltakt gegen Russland hinzustellen, um Kluft zwischen zentralen Kaisermächten und Russland zu vertiefen. Es wäre wohl im Interesse der künftigen Beziehungen der drei Kaisermächte gelegen, in unseren Blättern Niederlage Russlands möglichst wenig zu akzentuieren und unser bewiesenes Entgegenkommen an den russischen Standpunkt des europäischen Charakters der Annexionsfrage zu betonen.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1455, 1465.

Nr. 1459. Tel. aus St. Petersburg, 3. April 1909 Nr. 73 (eing. 4. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Inhalt des hohen Telegrammes Nr. 87 vom 2. d. M. betreffs Einholung der Zustimmung der Mächte zur Aufhebung des Artikels XXV des Berliner Vertrages heute Herrn Iswolsky mittelst offizieller Note mitgeteilt. Minister nahm Schriftstück mit dem Bemerken entgegen, daß er russische Vertreter bei Signatarmächten beauftragt habe, unter Notifizierung der Einwilligung Rußlands zur Aufhebung des gedachten Artikels, Fallenlassen gewisser, die Souveränität Montenegros einschränkender Bestimmungen des Artikels XXIX in Anregung zu bringen.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1460, 1469, 1545.

Nr. 1460. Note des russischen Botschafters, 21. März/3. April 1909 Nr. 547 (eing. 4. April).^{a)} Ausfert.

Le soussigné Ambassadeur de Russie est chargé, d'ordre de son Gouvernement, de porter à la connaissance de Son Excellence Monsieur le Baron d'Aehrenthal, Ministre des Affaires Etrangères, que le Cabinet Impérial, ayant promis son consentement à l'abrogation, par voie d'échange de note, de l'article 25 du Traité de Berlin, estime qu'il est opportun et juste de procéder à l'abrogation par la même voie de celles des dispositions de

l'article 29 du même traité, qui contiennent des restrictions aux droits souverains de la Principauté de Monténégro. Le Cabinet Impérial a donc l'honneur de proposer au Gouvernement Austro-Hongrois de donner son adhésion formelle à la suppression des alinéas 5, 6, 7, 8, 9, 10 et 11 de l'article 29 du Traité de Berlin. Le Cabinet Impérial se plaît à espérer que le Gouvernement Austro-Hongrois voudra bien donner une réponse favorable à sa proposition qu'il adresse en même temps à toutes les Puissances Signataires du Traité de Berlin.

Ouroussoff.

a) Oe.-U. Bosnien 124 Nr. 175. Vgl. n. 1459, 1461, 1463, 1475, 1502, 1504, 1512, 1519, 1527.

Tel. nach Berlin, 4. April 1909 Nr. 112 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 1463.

Nr. 1461. Tel. aus Berlin, 4. April 1909 Nr. 123 (eing. 3 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Russischer Geschäftsträger hat hier im Auftrage seiner Regierung die Demarche wegen der Aufhebung der die Hoheitsrechte Montenegro's beschränkenden (Bestimmungen)^{b)} des Berliner Vertrages (Alineas 1 bis 8 des Artikels 29) gemacht. Herr von Tschirschky ist beauftragt, bei Euer Exzellenz anzufragen, ob die k. u. k. Regierung mit einer zustimmenden Beantwortung der russischen Demarche einverstanden wäre. Szögyény.

a) Vgl. n. 1460, 1463. — b) Chiffre fehlt.

Nr. 1462. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 4. April 1909 Nr. 173 (eing. 5. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ahmet Riza Bey hat mir anlässlich des am letzten Donnerstag bei mir stattgehabten Diners gesagt, es wäre mit Rücksicht auf die bevorstehende Debatte in der Kammer über das Protokoll von sehr grossem Werte, wenn man über eine eventuelle wohlwollende Auffassung des k. u. k. Kabinetts bezüglich des Wunsches der Türkei, die Artikel 23 und 61 des Berliner Vertrages zu abrogieren, sich Klarheit verschaffen könnte. Ich erwiderte ihm damals, dass ich vorläufig nicht in der Lage sei, mich hierüber zu äussern. Gestern kam auch der Grossvezir gesprächsweise auf den Gegenstand zu sprechen. Er sprach die Hoffnung aus, dass seitens Österreich-Ungarns einem solchen Wunsche der Türkei vielleicht entgegengekommen werden würde. Das mir heute zugekommene Telegramm vom 3. d. M. Nr. 135 hat mich nun über Euer Exzellenz Intentionen in dieser Richtung vollkommen aufgeklärt. Ich habe daher mit Rücksicht auf die morgige Verhandlung über das Protokoll und auf die obigen Anwürfe, ferner da ich aus den ...^{b)} des Grossvezirs entnehmen konnte, dass Rifaat Pascha über seine mit Euer Exzellenz geführte Unterredung ihm keinen genauen Bericht erstattet hat, mich beeilen zu sollen geglaubt, den hohen Auftrag bereits heute insofern auszuführen, als ich dem Grossvezir sagte, wir würden, falls die Pforte mit einer bezüglichen Note sich an uns wenden sollte, eine Einwendung gegen die Abrogation der oberwähnten Vertragsartikel nicht

erheben. Ich habe aber selbstverständlich nicht unterlassen, schon heute Hilmi Pascha ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, dass wir uns jedoch in der obigen Frage freie Hand wahren müssten, falls die Pforte auf ihrer Konferenzidee bestehen würde. Der Grossvezir nahm meine Mitteilung mit sichtlicher Befriedigung und Dank entgegen. Er sagte mir, er werde dieselbe morgen verwerten und zwar in der Weise, dass er erklären würde, er sei überzeugt, dass wenn sich die Pforte in offiziellem Wege an Österreich-Ungarn mit der Bitte wende, seine Zustimmung zur Abrogation der Artikel 23 und 61 des Berliner Vertrages zu erteilen, dies ohne weiteres geschehen werde. Ich behalte mir vor, den im obigen hohen Telegramme enthaltenen Auftrag bei nächster Gelegenheit in seiner Gänze auszuführen. Heute unterliess ich dies einerseits, weil ich den Grossvezir nur für einige Minuten aus dem Ministerkonseil herausbitten liess, anderseits weil es mir aus taktischen Gründen nicht ratsam schien, am Vorabende der Kammer-sitzung viel über die Konferenz zu sprechen. Aus den Auslassungen Hilmi Paschas erhielt ich übrigens den Eindruck, dass er für seine Person die Idee der Konferenz aufgegeben hat.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1488. — b) Chiffre fehlt.

Nr. 1463. Tel. nach Rom Nr. 78 (1), Berlin Nr. 112 (2) und St. Petersburg Nr. 92 (3), 4. April 1909 (chiffre 11 U. 20 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko u. Musulin; G. Aehrenthal).

1. Der russische Botschafter hat mir heute eine Note des nachstehenden Inhaltes zukommen lassen: (Inseratur aus der beiliegenden Note des russischen Botschafters vom 3. April/21. März l. J., Nr. 547, von „Le soussigné Ambassadeur“ bis „du Traité de Berlin“). Ich ersuche Euer Exzellenz, Herrn Tittoni mit Rücksicht auf diese Mitteilung des russischen Kabinettes zu eröffnen, daß mir nun eine teilweise Abänderung des Vorganges geboten erscheint, den ich laut meiner Telegramme vom 29. v. M., Nr. 65, und vom 2. d. M., Nr. 72, betreffend den Beitritt der Mächte zu den von uns akzeptierten Modifikationen des Artikels XXIX des Berliner Vertrages, ins Auge gefaßt hatte. Ich bin der Ansicht, daß es nun geboten erschiene, den zwischen uns und Italien bezüglich des Artikels XXIX auf Grund des Tittonischen Notenentwurfes hergestellten Akkord zunächst gemeinschaftlich dem russischen Kabinette mitzuteilen. Erst wenn dessen Akzeß zu unserem Akkord vorliegt, würde dann unsererseits die Begrüßung der anderen Signatarmächte erfolgen. Ich ersuche Euer Exzellenz, mir zu telegraphieren, ob Herr Tittoni mit diesem *modus procedendi* einverstanden ist.

2. Zu dem unter den Mitteilungen des Kuriers vom 30. v. M. befindlichen Telegramme an Baron Kuhn vom 30. v. M., Nr. 47. Ich telegraphiere wie folgt an Graf Lützwow: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Mitteilung an den Herrn Staatssekretär. Erhalte eben Euer Exzellenz Telegramm Nr. 123 vom 4. l. M. Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Baron Schoen zu sagen, daß es mir sehr erwünscht wäre, wenn er mit der Beantwortung der russischen Demarche zuwarten wollte, bis die Äußerung Herrn Tittonis auf meine

oben wiedergegebene Anregung eingetroffen ist. Das deutsche Kabinett könnte dann den russischen Vorschlag damit beantworten, daß es sich dem seitens der Kabinette von Wien und Rom in Petersburg mitzuteilenden, den Artikel XXIX betreffenden Akkord anschließe.

3. Fortsetzung zu meinem heutigen Telegramme Nr. 91.^{b)} Ich telegraphiere wie folgt an Graf Lütow: (Inseratur Telegramm sub 1. in extenso.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz vorläufiger Information. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1464, 1476, 1496, 1497. — ^{b)} Mitteilung von n. 1419.

*Nr. 1464. Tel. nach Rom, 4. April 1909 Nr. 79 (chiffr. 10 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Aehrenthal).*

Euer Exzellenz Telegramm No. 89 vom 3. l. M. erhalten. Es ist mir vollkommen unverständlich, wie Herzog von Avarna aus meinen Konversationen mit ihm den Eindruck gewinnen konnte, daß eine uns durch die italienische Regierung vermittelte montenegrinische Erklärung uns genügen würde. Das Zugeständnis, das wir bezüglich des Artikels XXIX gemacht haben, ist allerdings, wie Euer Exzellenz genugsam bekannt ist, in Konversationen und Pourparlers mit dem italienischen Kabinett, die im vorigen Herbste begonnen haben, festgestellt worden. Daß wir über diese Konzessionen mit Italien verhandelten, stellt allerdings ein politisches Entgegenkommen dem italienischen Kabinett gegenüber dar. Euer Exzellenz werden aber gewiß mit mir darin übereinstimmen, daß unser Zugeständnis selbst Konzessionen an Montenegro, und nicht an Italien enthält. Es war die Aufgabe Euer Exzellenz, einer durch die Berichterstattung Avarnas möglich gewordenen irrümlichen Auffassung Herrn Tittonis entgegenzutreten und speziell an der Hand meines Telegrammes No. 65 vom 29. v. M. darauf hinzuweisen, daß die montenegrinische Erklärung an den k. u. k. Vertreter in Cetinje gerichtet sein mußte. Da Euer Exzellenz auf Grund meines eben zitierten Telegrammes mit Herrn Tittoni sowohl über unsere an das italienische Kabinett zu richtende Note wegen der Modifikation des Artikels XXIX verhandelten, wie^{b)} Sie ermächtigt waren, sich mit dem Herrn italienischen Minister wegen des Textes der montenegrinischen Erklärung ins Benehmen zu setzen, ist es mir nicht recht erklärlich, wie Herr Tittoni nach Cetinje definitive Weisungen erlassen konnte, bevor bezüglich dieses Textes eine endgiltige Einigung zustandegekommen war. Zu dem Herzog von Avarna, der mir heute eine Mitteilung seines Ministers ganz im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes vom 3. l. M., No. 91, überbracht hatte, habe ich mich ganz kategorisch dahin geäußert, daß ich nicht darauf eingehen könnte, den von mir als notwendig erkannten Zwischensatz „il s'engage etc.“ aufzugeben; ich habe darauf hingewiesen, daß es eine elementare Voraussetzung der italienischen Vermittlung im gegebenen Falle war, daß die montenegrinischerseits abzugebende Erklärung, bevor sie in Cetinje angetragen wurde, im Détail mit uns verabredet werde. Ein Abgehen von unserem Zwischensatze erscheine mir umso weniger möglich, als eine montenegrinische Spezialmission in Skutari sich erst in allerjüngster Zeit in feindseligen Ausfällen gegen die Monarchie ergangen habe. Was den von Herrn

Tittoni relevierten Unterschied in der Haltung Montenegros und Serbiens anbelange, so sei demselben, so schloß ich dem Herzog von Avarna gegenüber, durch unsere Konzessionen in Betreff des Artikels XXIX und dadurch Rechnung getragen, daß wir Montenegro gegenüber ein Abrüstungsbegehren nicht gestellt hätten. Herzog von Avarna war von meiner Argumentation überzeugt und wird im Sinne unserer Unterredung nach Rom berichten. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Verwertung bei Herrn Tittoni.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1463, 1482, 1496. — b) So!

Nr. 1465. Tel. nach St. Petersburg, 4. April 1909 Nr. 90 (chiff. 9 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Szápáry; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramm No. 72 von gestern erhalten. Ich teile vollkommen Euer Exzellenz Ansicht, daß die auf die Vertiefung der Kluft zwischen den Kaisermächten und Rußland gerichteten englischen Bemühungen in Petersburg sorgfältig im Auge behalten werden müssen. Weitere diesbezügliche Weisungen werden mit nächstem Curier an Euer Exzellenz abgehen. Ich habe von Anfang an auf unsere Zeitungen in dem Sinne einwirken lassen, daß die russische Niederlage möglichst accentuiert werde. Die Blätter haben diesem Wunsche voll Rechnung getragen und sogar der hiesige Times-Correspondent konstatiert in der Nummer vom 30. v. Mts. die maßvolle Haltung unserer Presse. Ich werde dafür Sorge tragen, daß auch unser durch die nunmehr erfolgte demande en règle bewiesenes Entgegenkommen gegenüber dem russischerseits eingenommenen Standpunkte des europäischen Charakters der Annexion in den Zeitungen entsprechend hervorgehoben werde.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1467.

Nr. 1466. Tel. nach St. Petersburg, 4. April 1909 Nr. 91 (chiff. 5. April 2 U. a. m.).^{a)} Konz. (S. u. G. Musulin).

Zu Euer Exzellenz Information. Ich habe am 30. v. M. wie folgt an Baron Kuhn telegraphiert: ... wie n. 1419 von „Herr Tittoni“ bis zu „Euer Hochwohlgeboren persönlichen Information.“ ... Fortsetzung folgt.^{a)}

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1463.

*Tel. nach St. Petersburg, 4. April 1909 Nr. 92 (chiff. 11 U. 20 M. p. m.).
Siehe n. 1463.*

Nr. 1467. Bericht aus St. Petersburg, 22. März/4. April 1909 Nr. 13 C (eing. 6. April).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Mit meinem die deutsche Vermittlungsaktion betreffenden Berichte Nro. 12A vom 24./11. März hatte ich Euer Exzellenz gemeldet, dass, trotz der ursprünglich in nichtssagender Phraseologie abgefassten Antwort des kaiserlichen Cabinetes auf die Démarche des Grafen Pourtalès, dem

Letzteren am 23./10. v. M. die bedingungslose Zustimmung Russlands zur Annexion in Aussicht gestellt worden ist. Seither hat mir mein deutscher Kollege den Schlüssel gegeben zur Erklärung dieses in die Augen springenden Stimmungswechsels. Über einen zweiten von Berlin erhaltenen kategorischen Auftrag hatte Graf Pourtalès Herrn Iswolsky vor das aut-aut gestellt, entweder klar und bündig die deutscherseits verlangte Zusicherung zu geben, „wodurch er sich nichts vergeben und auch die Konferenzfrage nicht präjudizieren würde“ oder weiterhin einer unzweideutigen Stellungnahme auszuweichen, in welchem Falle den Dingen freier Lauf gegeben und Russland seinem Schicksal überlassen werden würde. Diese Alternative sei — so hatte sich der deutsche Botschafter ausgedrückt — „der letzte freundschaftliche Dienst, den Deutschland der Nachbarmonarchie zu leisten gewillt sei“. Es scheint, dass der russische Minister, der bis dahin vom Wahne befangen war, Deutschland werde eine nach beiden Seiten hin entgegenkommende Vermittlerrolle spielen, nun plötzlich nicht nur zur Einsicht seines unrichtigen Calculs gekommen ist, sondern in den Worten des Grafen Pourtalès ein förmliches Ultimatum zu vernehmen glaubte, welches ihn veranlasste, ohne mit seinem englischen Ratgeber Rücksprache zu pflegen, sich nach Tsarskoe Selo zu begeben und seinem Kaiserlichen Herrn von der kritischen Situation Meldung zu erstatten. Die Folge war die ohne weiteres Zögern von Seiner Majestät gegebene Erklärung, zutreffenden Falles die „adhésion sans réserves“ zur Aufhebung des Artikels XXV des Berliner Vertrages formell aussprechen zu wollen. Insoweit sich die Ideenfolge, welche für Herrn Iswolskys Entschliessungen massgebend war, beurteilen lässt, dürfte der Gedanke, dass es jedenfalls — was immer er tun würde — zu einem kriegerischen Zusammenstosse zwischen Österreich-Ungarn und Serbien kommen werde, richtunggebend gewesen sein für sein passives Verhalten der letzten Wochen. Auf diese Erwägung ist wohl auch sein Ausspruch zurückzuführen, dass Euer Exzellenz seine eventuelle Zustimmungserklärung zu sich stecken würden und der Streich damit gespielt wäre. Alle direkt und indirekt dem Minister gegebenen Aufklärungen und Versicherungen, dass unsere Politik gerade den gegenteiligen Zweck verfolge, konnten bei dem Misstrauen, welches er den Plänen Euer Exzellenz entgegenbringt, nicht verfangen. Drastischere Mittel waren notwendig, um den Minister aus seinem trotzigem Fatalismus aufzurütteln. Die über erhaltenen Befehl am 11. März/26. Februar l. J.^{b)} meinerseits erfolgte Hinweisung auf die Eventualität einer Aktenpublikation scheint die Ernüchterung bewirkt zu haben. Es unterliegt kaum einem Zweifel, dass man ohne diese Massnahme heute genau auf demselben Flecke stehen würde wie zuvor. Auffallend ist nur, dass nach all' den Erfahrungen, die der Herr Minister mit dem Berliner Cabinet gemacht hatte, ein Hoffnungsschimmer ihm von dort zu erstrahlen dünkte. Wie konnte der russische Staatsmann seine Berechnung auf die verhältnismässig reservierte Haltung der deutschen Regierung zu Beginn der Krise aufbauen, wo damals das ungeklärte Verhältnis Österreich-Ungarns zur Türkei dem Berliner Kabinette eine gewisse Zurückhaltung auferlegte, ein Umstand, der seither in Wegfall gekommen ist? Umso befremdender muss die naive Zuversicht Herrn Iswolskys erscheinen, als die Sprache der deutschen Offiziösen in der letzten

Zeit keinen Zweifel übrig gelassen hatten über die feste Orientierung der Reichspolitik im nahen Osten. Wie Gortschakoff im Frühjahr 1878, so hat sich nun Iswolsky belehren lassen müssen, dass die Interessensolidarität der beiden Kaisermächte stärker ist, als die Rücksichtnahme auf das Prestige eines in die Klemme geratenen russischen Staatsmannes. Ich habe vorhin erwähnt, dass Herr Iswolsky ohne seinen englischen Ratgeber — das ist Sir Arthur Nicolson — zu befragen, die kaiserliche Entschliessung über die deutsche Demarche eingeholt hatte. Graf Pourtalès war vorsichtig genug gewesen, dem Minister von vorneherein zu erklären, die Demarche sei streng konfidentieller Natur und habe unbedingt zwischen ihnen Beiden zu bleiben und Herr Iswolsky scheint sich hieran gehalten zu haben. Die Unterlassungssünde, welche sich Letzterer dadurch seinem britischen Freunde gegenüber schuldig machte, hat auf die persönlichen Beziehungen der beiden bis dahin in enger Fühlung gestandenen Politiker eine merkbar abkühlende Rückwirkung geübt. Unter dem ersten Eindrucke der vom russischen Proselyten der englischen Balkanpolitik begangenen Untreue wurde derselbe einfach zum „Coward“ gestempelt und erst die lindernde Zeit hat dieses strenge Urteil dahin abgeschwächt, dass sich der Minister angesichts des deutschen „Ultimates“ in eine Zwangslage versetzt sehen musste. In der hiesigen Gesellschaft und Presse hat die Dazwischenkunft des Berliner Cabinetes eine Verschiebung der Auffassung in dem Sinne zur Folge gehabt, dass die starke Misstimmung, welche seit der Proklamierung der Annexion gegen Österreich-Ungarn geherrscht hatte, sich nun in potenziertem Masse Berlin zuwendet. Und da die betreffende Aktion das Ende der sechsmonatlichen Krise bedeutet, wird nun der Löwenanteil an der Krise selbst der deutschen Regierung zur Last geschrieben, — eine Logik, wie sie den russischen Gefühlspolitikern eigen ist. Mein deutscher Kollege aber, der die Demarche auszuführen hatte, ist über Nacht zu einer furcht- und schreckenerregenden Nibelungenfigur geworden, etwa wie der grimme Hagen von Tronje, nachdem er den arglosen Siegfried erschlagen.

Berchtold.

a) Vgl. n. 1465, 1533. — b) Vgl. n. 1185.

Nr. 1468. Bericht aus St. Petersburg, 22. März 4. April 1909 Nr. 13 E (eing. 6. April).a) Ausfert.

Im Laufe der vorvorigen Woche hat — wie Euer Exzellenz meinem ergebensten Berichte Nro. 12 B vom 24./11. v. M. entnommen haben werden — glaubwürdigen Informationen zu Folge ein Wind von Tsarskoe Selo geweht, welcher eine Umkehr zu früheren Traditionen anzukünden schien. Auch mir, wie Grafen Pourtalès gegenüber getane Äusserungen Herrn Iswolskys waren geeignet, in diesem Sinne gedeutet zu werden. Ich hatte mir damals erlaubt die Notwendigkeit zu betonen, vorerst sicherzustellen, ob diese Symptome auf realer Unterlage basieren und ferner allen Anschein zu meiden, dass eine Annäherung an Russland für uns gegenwärtig besonders begehrenswert wäre. Seither haben sich in der ausländischen Presse Anklänge an dieses Problem gefunden, die auch in der hiesigen öffentlichen Meinung nicht unbemerkt geblieben sind. Die russische Gesellschaft hat jedoch nur sehr

oberflächlich und im Ganzen ablehnend reagiert, wie unter den gegebenen Umständen wohl nicht anders zu erwarten war. Es unterliegt keinem Zweifel, dass bei der sentimental Veranlagung der russischen Volkspsyche ein plötzlicher Umschwung angesichts der erlittenen Schlappe von vorneherein ausgeschlossen war. Nicht die Stimme zwingender Logik wurde aus der Fügung der Ereignisse heraus vernommen, sondern blos der Keulenschlag empfunden, welcher der nationalen Eitelkeit versetzt worden ist. Diese Stimmung kann eine vorübergehende sein, sie ist aber gegenwärtig vorhanden und dominiert die Lage in solcher Weise, dass auch die leitenden Stellen mit ihr zu rechnen gezwungen sind. Der englischen Diplomatie ist dieses bedeutsame Moment nicht entgangen und sie lässt es sich angelegen sein, dasselbe für ihre letzten Zwecke auszunützen. Sir Arthur Nicolson wie sein amtlicher und ausseramtlicher Stab sind bestrebt, die Gefühlssaiten nachhaltig erklingen zu lassen und hiedurch die Kluft zu vertiefen, die die Entwicklung der Dinge im Nahen Osten zwischen Russland und den beiden zentralen Kaisermächten gebildet. In welch' werktätiger Weise die hiesige britische Vertretung hierin von ihrer heimischen Presse unterstützt wird, ist Euer Exzellenz zur Genüge bekannt. Den macchiavellistischen Agenten des dreieinig Königreiches reichen die exaltierten Vorkämpfer des russischen Panslavismus brüderlich die Hände. In ihrem Interesse liegt es, die Wunde nicht vernarben zu lassen, die der „Triumph des Germanismus“ der Slavenwelt geschlagen. Und die Darstellung der deutschen Vermittlungsaktion im Lichte einer brutalen Vergewaltigung kommt ihnen hiebei sehr zu Statten. Trotz der geschilderten Sachlage habe ich Grund anzunehmen, dass meine in dem Eingangs bezogenen Berichte erwähnten Informationen über einen Stimmungswechsel in den höchsten Kreisen nicht aus der Luft gegriffen sind. Was Herrn Iswolsky anbelangt, ist er zwar mir gegenüber nicht neuerlich auf das Thema des Zurückkehrens zur Entente-politik zu sprechen gekommen, doch hat mein deutscher Kollege ihn in der allerletzten Zeit an seinen gelegentlichen Ausspruch erinnert, dass der Status quo am Balkan bis nun nicht gestört sei und von dieser Enunciation Akt genommen. Im Übrigen begegne ich auch bei einzelnen klugen und einsichtsvollen Politikern konservativer Richtung die Auffassung, dass für eine dauernde Beruhigung und Konsolidierung der Anschluss Russlands an Österreich-Ungarn und Deutschland die Vorbedingung bilden würde. Es sind dies vorderhand nichts weiter als sporadische Ansätze einer richtigen Einschätzung der realen Verhältnisse, welche gegenüber einer erdrückenden, von der Wahnvorstellung eines diplomatischen Tsushima befangenen Mehrheit nicht zu Worte kommen können. Die Macht der Tatsachen ist aber auf Seite der Wenigen und ihr Gewicht kann schliesslich nach dieser Seite hin die Wage zum Senken bringen.

Berchtold.

a) Vgl. n. 1533.

Nr. 1469. Bericht aus St. Petersburg, 22. März/4. April 1909 Nr. 13 F (eing. 6. April).a) Ausfert.

Der letzte Versuch Herrn Iswolsky's einen diplomatischen Erfolg zu erzielen, scheint den Weg seiner Vorgänger nehmen zu wollen. In meinem

gestrigen Telegramme Nro. 73 hatte ich schon von der Anregung des Ministers zur Abänderung des Artikels XXIX des Berliner Vertrages Erwähnung getan. Hierüber ist von der kaiserlich russischen Regierung offenbar in der Anhoffnung einer beifälligen Aufnahme das im Anbuge mitfolgende Communiqué^{b)} in den hiesigen Blättern kundgemacht worden. Die fragliche Eröffnung hat jedoch in der gesamten hiesigen Presse — soweit sie schon heute besprochen wird — eine sehr wenig freundliche Beurteilung gefunden. Im Wesentlichen wird darauf hingewiesen, dass der Versuch Herrn Iswolsky's, Russland einen Erfolg zu verschaffen, ein ganz verspäteter und zweckloser sei, da der Minister schon vorher die Annexion bedingungslos anerkannt habe. Auf diese Art hätte er das wichtigste Atout ohne jedwedes Gegen-Zugeständnis aus der Hand gegeben und setze sich der Gefahr aus, eine neuerliche Schlappe zu erleiden. An dem Entgegenkommen Österreich-Ungarns und Deutschlands der russischen Anregung gegenüber wird übrigens in der Presse nicht gezweifelt: Deutschland habe ein Interesse daran, die etwas getrüben Beziehungen zu Russland zu bessern und Österreich-Ungarn habe von Anbeginn an einer Abänderung des in Rede stehenden Vertragsartikels zugestimmt. Deshalb sei diese ganze Aktion ein „Einrennen offener Türen“. Aus diesen Presstimmen geht neben einer gewissen Oberflächlichkeit in der Behandlung der komplizierten Fragen des Artikels XXIX das einhellige Bestreben hervor, den untergetauchten Minister nicht mehr an die Oberfläche gelangen lassen zu wollen. ... *Vorlage von Berchtold.*

a) Vgl. n. 1533. — b) Nicht aufgenommen. Die russ. Reg. schlägt in diesem Communiqué den Mächten vor, ihre formelle Einwilligung zur Aufhebung des Art. 29 des Berliner Vertrages auf demselben Wege zu geben, wie die russ. Regierung in die Aufhebung des Art. 25 eingewilligt hat.

Nr. 1470. Bericht aus St. Petersburg, 22. März/4. April 1909 Nr. 13 H (eing. 6. April).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Die Art und Weise, wie der Herr Minister des Aeussern die Interessen Russlands im Verlaufe der Orientkrise vertreten, hat sein politisches Prestige im In- und Auslande untergraben und dadurch seine Stellung auf die Dauer unhaltbar gemacht. Alles scheint hierüber einig zu sein, Hof, Gesellschaft, Duma, Presse und last not least er selbst. Wie die Gemahlin Herrn Iswolsky's einem Jeden, der es hören will, erzählt, hat der Minister vor wenigen Tagen — merkwürdigerweise erst nach seinem Rückzuge — seine Demission gegeben, welche jedoch von Seiner Majestät dem Kaiser nicht angenommen worden sei. Von Herrn Tscharykoff erfahre ich streng konfidentiell, dass es sich nur um einen Aufschub handle, da der Kaiser vor Allem die vollständige Abwicklung der gegenwärtigen, nur zum Teile ausgetragenen Komplikationen wünsche, bevor er über des Ministers Ansuchen schlüssig werden könne. Voraussichtlich werde Herr Iswolsky im Herbste an die Spitze einer Mission gestellt werden. An ein vollständiges Abschneiden seiner diplomatischen Karriere sei nicht gedacht worden. Grössere Schwierigkeiten scheint die Frage der Nachfolgerschaft des Ministers zu bereiten. Drei Kandidaten sind in diesen Tagen immer genannt

worden: General-Major Fürst Engalitscheff, Botschafter Graf Cassini und Gesandter von Hartwig. Jeder dieser Prätendenten scheint bereit zu sein, das schwere und verantwortungsvolle Amt zu übernehmen, keiner von ihnen befähigt, dasselbe zu versehen. Dem Fürsten Engalitscheff fehlt Geschäftskennntnis und Routine, dem Grafen Cassini physische und intellektuelle Frische, dem Herrn von Hartwig staatsmännischer Blick und staatsmännisches Urteil. Un ridicule, un ramolli, un rond de cuir, so könnte man sie klassifizieren. Ernster zu nehmen wäre die eventuelle — aber gegenwärtig nicht in Erörterung gezogene — Kandidatur Herrn Tscharykoff's oder Herrn Sasonoff's, doch scheint es müssig heute hierüber Kombinationen anzustellen.

Berchtold.

a) Vgl. n. 1533.

Nr. 1471. Tel. aus Cetinje, 5. April 1909 Nr. 52 (eing. 6. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Zu meinem Telegramm Nr. 48 vom 2. d. M. Wie ich den Mitteilungen meines italienischen Kollegen entnehme, hat Fürst Nikolaus noch keine definitive Antwort auf die italienische Demarche erteilt. Die Pourparlers bezüglich des Textes der von Montenegro abzugebenden Erklärung seien noch im Zuge. Herr Squitti fügte bei „les dispositions sont bonnes et je crois que nous sommes sur le bon chemin pour arriver à un résultat satisfaisant“. Was den seitens Italiens vorgeschlagenen Text der von der fürstlichen Regierung abzugebenden Erklärung anbelangt, so entnehme ich aus den Mitteilungen des italienischen Gesandten, dass in demselben der im Brief Euer Exzellenz an Herzog von Avarna (hohes Telegramm Nr. 55)^{b)} enthaltene Zusatz „il s'engage“ bis „et s'engage en outre“ fehlt. Mein italienischer Kollege scheint bisher nicht den Auftrag erhalten zu haben, die Aufnahme dieses Zusatzes in die Erklärung durchzusetzen. Kuhn.

^{a)} Vgl. n. 1474. — ^{b)} Tel. vom 3. April 1909 Nr. 55 (chiff. 4 U. p. m.). Enthält Mitteilung von n. 1444 zur rein persönlichen Information.

Nr. 1472. Tel. in claris aus Konstantinopel-Pera, 5. April 1909 ohne Nummer (eing. 6. April 9 U. a. m.).^{a)} Abschrift.

Nach sehr bewegter geheimer Kammersitzung wurde heute nachts Protokoll mit 136 gegen 48 Stimmen angenommen. Pallavicini.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 125 Nr. 176.

Nr. 1473. Tel. nach London Nr. 74, Paris Nr. 56, Rom Nr. 80 und St. Petersburg Nr. 93, 5. April 1909 (chiff. 6 U. 30 M. p. m.).^{a)} Abschrift.

Auf eine Anfrage des Berliner Kabinetts,^{b)} welche Form mir die geeignetste für die Antwort der deutschen Regierung auf unsere demande en règle scheine, habe ich meine Auffassung dahin präzisiert,^{c)} dass es den diplomatischen Gepflogenheiten wohl am besten entspräche, wenn diese Antwort mittelst einer durch Herrn von Tschirschky hier zu überreichenden Note erteilt würde. Eine analoge Vorgangsweise schiene mir auch für die Beantwortung unserer demande en règle durch die übrigen Signatarmächte

am geeignetsten. Euer . . . wollen der dortigen Regierung bei sich ergebender Gelegenheit von dieser meiner Auffassung Kenntniss geben.

^{a)} Vgl. n. 1495. — ^{b)} Tel. aus Berlin, 4. April 1909 Nr. 124. Nicht aufgenommen, weil wesentlicher Inhalt oben wiedergegeben. — ^{c)} Tel. nach Berlin, 5. April 1909 Nr. 114. Aus denselben Gründen nicht aufgenommen.

Nr. 1474. Tel. aus London, 5. April 1909 Nr. 78 (eing. 6. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm Nr. 76 vom 3. d. M. Antwort zu unserer Demande en règle lautet: „Sir E. Grey ist bereit, zur Aufhebung des Artikels 25 des Berliner Vertrages zu schreiten, sobald er durch die italienische Regierung davon unterrichtet ist, dass die Modifikationen des Artikels 29 zu ihrer Befriedigung geregelt sind. Grey wünscht jedoch darauf aufmerksam zu machen, dass im Falle eine der vorgeschlagenen Modifikationen des Artikels 29 dem Fürsten von Montenegro unannehmbar erschiene, die britische Regierung nicht in Lage wäre, auf Seine Hoheit einzuwirken, damit er solche Modifikationen annehme, welche nach seiner Meinung seine Stellung weniger vorteilhaft machen würden, als unter dem gegenwärtigen status quo. Sir E. Grey reserviert sich das Recht, irgend welche Modifikation der vorgeschlagenen Veränderungen des Artikels 29 zu unterstützen, welche wünschenswert erschiene. Die Zustimmung Sir E. Greys zur Aufhebung des Artikels 25 wird jedoch seinem Versprechen gemäss von der Regelung solcher Punkte nicht abhängig gemacht“. Fortsetzung folgt.

^{a)} Vgl. n. 1471, 1475, 1510.

Mensdorff.

Nr. 1475. Tel. aus London, 5. April 1909 Nr. 79 (eing. 6. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes No. 78. Sir E. Grey führte im Gespräche aus, er wolle sich nur seine Freiheit bezüglich der Modifikation des Artikels XXIX reservieren. Er habe nicht gehört, dass der Fürst von Montenegro Einwendungen erhebe und er habe die italienische Demarche in Cetinje unterstützt, um den Fürsten zur Annahme zu bewegen. Engländerseits werde gewiss keine Schwierigkeit wegen Modifizierung des Artikels XXIX angeregt werden. Aber selbst wenn sich darüber Meinungsverschiedenheiten ergeben sollten, so würde das die englische Zustimmung zur Aufhebung des Artikels XXV nicht beeinflussen. Dieselbe wird gegeben, sobald Italien bezüglich des Artikels XXIX befriedigt ist und seinerseits die Zustimmung zur Aufhebung des Artikels XXV gibt. Ich erwiderte, dass ich glaubte, dies sei bereits geschehen. Sir E. Grey sagte, er habe von Rom noch nichts offiziell darüber gehört, werde übrigens dem englischen Botschafter daselbst telegrafieren. Ich fragte den Staatssekretär, ob Herr Iswolsky wieder irgend etwas angeregt hätte, da ich in den Zeitungen von russischer Aktion betreffs Artikels XXIX las. Sir E. Grey sagte, eine russische Zirkulardepesche^{b)} liege vor, scheine ihm aber sich mit dem zwischen Euer Excellenz und der italienischen Regierung vereinbarten Text zu decken. Betreffs des Alinea 6 sei eine Differenz, die aber nur in Worten

liege. Grey wiederholte, er erwarte keine Schwierigkeiten; es scheint mir wahrscheinlich, dass von russischer Seite wieder versucht wird, englische Unterstützung für irgend ein Manöver Iswolskys zu erlangen. Es wäre jedenfalls sehr erwünscht, wenn italienische Regierung ehetunlichst hier offiziell mitteilen würde, dass sie Zustimmung zur Abrogation des Artikels XXV erteilt hat und mit Modifizierungen des Artikels XXIX befriedigt ist.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 1477, 1480, 1510. — b) Vgl. n. 1460.

Tel. nach Paris, 5. April 1909 Nr. 56 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1473.

Tel. nach Rom, 5. April 1909 Nr. 80 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1473.

Nr. 1476. Tel. aus Rom, 5. April 1909 Nr. 92 (eing. 6. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 78 von gestern. Minister des Äusseren ist mit vorgeschlagenem modus vollkommen einverstanden. Lützow.

a) Vgl. n. 1496.

Tel. nach St. Petersburg, 5. April 1909 Nr. 93 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1473.

Nr. 1477. Tel. aus Berlin, 6. April 1909 Nr. 127 (eing. 7 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Graf Pourtalès, welcher sich zu kurzem Urlaub hier befindet, sagte mir, Herr Iswolsky befürchte, dass die Verhandlungen über die teilweise Abänderung des Artikels 29 noch grossen Schwierigkeiten begegnen werden, da, wie er höre, Euer Excellenz darauf bestehen, dass montenegrinische Regierung vor allem Erklärung abgebe, welche mit dem Selbstgefühl des Landes unvereinbar sei. Ich habe Pourtalès in die mit der Couriersexpedition vom 30. v. M. mir zur Verfügung gestellten diesbezüglichen Telegramme Euer Excellenz an Baron Kuhn^{b)} und Graf Lützow vertraulich Einsicht gegeben. Graf Pourtalès teilt vollkommen meine Meinung, dass die von Euer Excellenz in Aussicht genommene Ergänzung des Notenentwurfes „il est bien entendu ... rapports de bon voisinage“ (Telegramm Euer Excellenz an Graf Lützow No. 64 vom 28. v. M.) der Sachlage vollständig entspricht und die montenegrinischen Suszeptibilitäten in keiner Weise tangieren könne. Pourtalès meint, es wäre sehr angezeigt, wenn Euer Excellenz Herrn Iswolsky in dieser Beziehung eine beruhigende Mitteilung zukommen liessen.

Szögyény.

a) Vgl. n. 1475. — b) Vgl. n. 1419.

Nr. 1478. Tel. aus Cetinje, 6. April 1909 Nr. 53 (eing. 7. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramm No. 48 vom 2. d. M. Soeben ist mir von der fürstlichen Regierung nachstehende Note zugekommen: „J'ai l'honneur d'informer Votre Excellence que répondant à une communication qui m'a été faite aujourd'hui par Son Excellence Monsieur l'Envoyé

extraordinaire et Ministre plénipotentiaire d'Italie à Cettigné, je viens de lui adresser une note dont je crois de mon devoir de vous transmettre ci-joint une copie. Considérant les suppressions à apporter à l'article 29 du traité de Berlin comme satisfaisantes pour les parties intéressées et vu que le Monténégro est prêt à se conformer à la décision que prendraient les Puissances relativement à l'article 25 du même traité, le gouvernement Princier se plaît à espérer que rien n'entrave plus le développement et le raffermissement de bons rapports entre la Monarchie et la Principauté. Veuillez agréer etc. Signé: Tomanovitch.“ Die erwähnte Kopie der an den hiesigen italienischen Gesandten gerichteten Note hat folgenden Wortlaut: „J'ai l'honneur d'accuser à Votre Excellence réception de sa note d'aujourd'hui par laquelle Elle a bien voulu m'informer que l'Autriche-Hongrie et les autres Puissances consentent à la suppression de toutes les dispositions de l'article 29 du traité de Berlin, portant des restrictions aux droits de pleine souveraineté du Monténégro, à l'exception de l'alinéa 6 qui serait remplacé par la stipulation suivante que: le port d'Antivari doit conserver le caractère de port commercial; on ne pourra y construire des œuvres qui le transformeraient en port militaire. Antivari étant le débouché principal du Monténégro et la tête de sa ligne ferrée, le gouvernement Princier, tant pour des raisons de développement de ce port que pour donner aux plus intéressés un gage de ses sentiments pacifiques, déclare volontiers et dès aujourd'hui qu'Antivari conservera le caractère de port commercial, ce qui mettra son libre développement à l'abri des inconvénients auxquels sont souvent exposés les ports militaires. Le bon vouloir dont l'Autriche-Hongrie a fait preuve en se désistant des droits qui lui étaient conférés par l'article 29, inspire au Monténégro toute confiance dans les rapports d'amitié et de bon voisinage qu'il se propose d'entretenir dorénavant avec le gouvernement I. et R. de l'Autriche-Hongrie. Au nom du gouvernement Princier j'ai l'honneur de vous prier de vouloir transmettre au gouvernement Royal d'Italie ses plus vifs remerciements pour la part qu'il a prise à cette occasion et je le prie de se faire l'interprète des mêmes sentiments auprès des Puissances qui ont bien voulu donner leur consentement à l'affranchissement du Monténégro des restrictions qui lui avaient été imposées jusqu'à présent. Convaincu des sentiments amicaux qui animent les Puissances à l'égard du Monténégro, le gouvernement Princier est prêt à se conformer à la décision qu'elles prendraient en ce qui concerne l'article 25 du traité de Berlin.“ Kuhn.

a) Oe.-U. Bosnien 126 Nr. 178. Vgl. n. 1485, 1486, 1491, 1492, 1493.

Nr. 1479. Tel. nach Konstantinopel, 6. April 1909 Nr. 138 (chiff. 10 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Der hiesige türkische Botschafter hat mir mitgeteilt, daß das Petersburger Kabinett seine bei den Signatarmächten gemachte, auf die Aufhebung gewisser die Souveränitätsrechte Montenegros einschränkender Bestimmungen des Artikels XXIX abzielende Anregung auch bei der Pforte vorgebracht hat. An diese Mitteilung hat der Herr Botschafter das Ersuchen geknüpft, über den von der k. u. k. Regierung dieser Anregung

gegenüber eingenommenen Standpunkt informiert zu werden. Ich habe Reschid Pascha erwidert, daß ich unseren Standpunkt in dieser Frage bereits im Laufe der letzten Delegationssession präzisiert hätte und daß wir an unserer Bereitwilligkeit festhielten, der Abrogierung der Alinea 5, 7, 8, 9, 10 und 11 des Artikels XXIX zuzustimmen. Was das den Hafen von Antivari betreffende Alinea 6 des Artikels XXIX anbelange, habe zwischen dem Kabinette von Wien und jenem von Rom ein Gedankenaustausch stattgefunden, da Österreich-Ungarn und Italien an den die Adria betreffenden Fragen in erster Linie interessiert seien. Die beiden Kabinette seien dahin übereingekommen, daß das fragliche 6. Alinea durch den folgenden Wortlaut zu ersetzen wäre: „Le port d'Antivari doit conserver le caractère de port commercial; il ne pourra pas y être érigé des ouvrages qui le transforment en port militaire.“ Ich gab dem türkischen Botschafter gegenüber der Erwartung Ausdruck, daß diese Fassung des 6. Alinea auch die Zustimmung der Türkei finden werde, welche durch ihre geographische Lage ebenfalls an den Adriafragen besonders interessiert sei. Wir müßten aber natürlich unsere Zustimmung zu den erwähnten Modifikationen des Artikels XXIX an die Voraussetzung knüpfen, daß Montenegro die der Annexion gegenüber eingenommene Haltung ändere und die bündige Zusage erteile, mit der Monarchie von nun an freundschaftliche Beziehungen unterhalten zu wollen. Euer Exzellenz wollen sich im Sinne der vorstehenden Ausführungen gelegentlich dem Großvezier und dem Minister des Äußern gegenüber aussprechen. Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 125 Nr. 177. Vgl. n. 1515.

Nr. 1480. Tel. aus London, 6. April 1909 Nr. 81 (eing. 7. April 9 U. a. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinen gestrigen Telegrammen Nr. 78 und 79. Ich habe eben Sir Charles Hardinge gesprochen und ihn noch befragt, wie die gestrige Antwort Sir E. Greys zu verstehen sei. Er wiederholte mir, britische Regierung werde, wie sie es von Anfang an erklärte, Zustimmung zur Aufhebung des Artikels 25 geben, sobald sie höre, dass Artikel 29 zur Zufriedenheit Italiens geregelt sei. Grey habe sogleich italienischen Vorschlag in Cetinje unterstützt, somit dem Fürsten von Montenegro geraten, die vorgeschlagene Modifikation anzunehmen. Dabei bleibe er, könne aber nicht eine Pression auf den Fürsten Nikolaus ausüben, falls dieser nicht annehmen will. Was die russische Zirkulardepesche betrifft, so habe Sir E. Grey der russischen Regierung geantwortet, dass er die darin enthaltenen Vorschläge annimmt mit Ausnahme des Alinea 6, nachdem er schon den italienischen Vorschlag akzeptiert und dessen Annahme in Cetinje angeraten habe. Russischer Vorschlag decke sich mit dem italienischen mit Ausnahme des Alinea 6, deshalb könne man diesen Passus im russischen Vorschlag hier nicht annehmen. Unterstaatssekretär schien auch die jüngste Aktion Herrn Iswolskys inopportun zu finden. Er betonte, dass England in der Frage nicht direkt beteiligt sei, sich reserviert halte und Mitteilung von Italien erwarte, um sich danach zu richten. Mensdorff.

Nr. 1481. Bericht aus London, 6. April 1909 Nr. 30 B (eing. 9. April).
Ausfert.

Vertraulich. Im Schlußsatze des mir gütigst abschriftlich mitgetheilten Telegrammes des Markgrafen Pallavicini dto. Pera, am 30. vor. Mts. No. 162, findet sich die Meldung vor, Hilmi Pascha habe dem genannten Botschafter gegenüber durchblicken lassen, dass die Idee, die Türkei möge mit einem neuen Programme für eine Konferenz an die Mächte herantreten, der Pforte von englischer Seite suggerirt worden sei. Ich beehre mich Euer Excellenz diesbezüglich zu melden, dass der hiesige türkische Geschäftsträger Grafen L. Széchényi gegenüber, der diese angeblich englische Suggestion in einer allgemeinen Conversation mit Djevad Bey als eine Zeitungsnachricht berührte, die Richtigkeit derselben auf das entschiedenste leugnete. Jedenfalls habe Sir Edward Grey ihm niemals eine derartige Anspielung gemacht. Djevad Bey fügte hinzu, er habe erst vor einigen Tagen, ganz ohne Auftrag, „purement pour satisfaire sa propre curiosité“, den Herrn englischen Staatssecretär in Bezug auf die nunmehrigen Chancen einer Konferenz befragt, und eine sehr evasive Antwort ob deren weiterer Nothwendigkeit erhalten. Auf die Bemerkung Grafen Széchényis, die in Rede stehende Suggestion könne auch ohne sein (Djevads) Wissen in Constantinopel durch den englischen Botschafter gemacht worden sein, bemerkte der türkische Geschäftsträger, er bezweifle die Wahrscheinlichkeit dieser Annahme, denn in diesem Falle wäre er von seiner Regierung hievon sicherlich unterrichtet worden. Im Verlaufe der Conversation bemerkte noch der mehrgenannte türkische Botschaftsrath, seiner Regierung sei es nicht so sehr um eine Konferenz selbst, aber um ein Weiterspinnen der Verhandlungen zu thun, damit die verschiedenen Fragen, zum Beispiel die zu erlangenden wirtschaftlichen Vortheile, sowie die cretensische und armenische Frage nicht etwa „einschlafen“ oder gar gänzlich fallen gelassen werden mögen.

Mensdorff.

Nr. 1482. Tel. aus Rom, 6. April 1909 Nr. 94 (eing. 9 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramm No. 79. Wie in meinem Telegramme No. 83 vom 30. v. M. gemeldet, konnte ich im Auftrage Euer Excellenz das Telegramm No. 65 vom 29. v. M. nur Herrn Bollati und nicht dem Minister gegenüber zur Ausführung bringen. Als meine mit Telegramm No. 85 vom 1. d. M. mitgeteilte Unterredung mit Herrn Tittoni stattfand, war dessen auf der missverständlichen Meldung Herzogs von Avarna beruhendes Telegramm nach Cetinje augenscheinlich bereits abgegangen, obwohl mir der Minister dies nicht sagte. Dass dies tatsächlich der Fall sein dürfte, erhellt unter anderem auch aus dem Telegramme des Grafen Mensdorff^{a)} (mitgeteilt mit Telegramm No. 75 vom 2. d. M.), wonach Italien bereits am 1. d. M., also am Tage meiner Unterredung mit Herrn Tittoni, um die englische Unterstützung seiner in Cetinje gemachten Demarche ansuchte. Es hat dies alles vornehmlich retrospektives Interesse; ich erwähne es, um zu konstatieren, dass mich in der ganzen Sache kein denkbare Verschulden trifft. Heute sagte mir Tittoni, er habe

bona fide geglaubt, den Intentionen Euer Excellenz zu entsprechen, wenn er ohne Zeitverlust sofort nach Cetinje telegrafierte. Es ist ihm ausserordentlich peinlich, jetzt sich bezüglich des beizufügenden Zwischensatzes neuerdings an den Fürsten von Montenegro zu wenden, obwohl ich mein Möglichstes getan habe, ihn dazu zu überreden. Er sagte, dass das Verhalten des Fürsten ein umso korrekteres und loyaleres sein werde, je mehr man ihm jetzt alles erspare, was einer Demütigung gleichsehe. Seine Taten in der Zukunft seien wichtiger als alle Worte, die er jetzt zu Papier bringe. Ohne sich zu binden, versicherte mich der Minister zum Schluss, er werde auf Mittel und Wege sinnen, um dem Fürsten von Montenegro die Sache akzeptabel zu machen. Zuerst müsse er das Telegramm des Herzogs von Avarna über dessen letzte diesbezügliche Unterredung mit Euer Excellenz abwarten, das ihm bisher nicht zugekommen sei. Lützow.

a) n. 1435.

*Nr. 1483. Bericht aus Tokio, 6. April 1909 Nr. 21 A (eing. 13. Mai).^{a)}
Ausfert.*

Geheim. In dem hohen Erlasse vom 13. Jänner d. J. No. 120 geheim, haben Euer Excellenz die Veränderungen gekennzeichnet, welche das politische Bild Europa's im Laufe des letzten Herbstes erfuhr und hiebei speziell auf die erfolgte Anlehnung Russlands an die Westmächte, auf die Verschärfung des anglo-deutschen Gegensatzes und die damit parallel gehende minder freundschaftliche Stellung der englischen Politik gegenüber uns, endlich auf den Einfluss der Haltung des englischen Kabinetts auf jene Italiens hingewiesen. Dem, als Konklusion aus diesen Praemissen mir ertheilten hohen Auftrage gemäss, habe ich keine Gelegenheit verabsäumt um den hiesigen Staatsmännern vor Augen zu führen, dass die vorerwähnten neuen Konstellationen keineswegs eine Verminderung des politischen Gewichtes der Monarchie mit sich brachten, dass dieses sich vielmehr nun noch stärker geltend mache. In weiterer Ausführung der in dieser Hinsicht mir gütigst an die Hand gegebenen Argumente konnte ich in meinen Gesprächen mit dem Ministerpraesidenten und dem Minister des Aeussern auch noch unsere in der Zwischenzeit zur Tatsache gewordene Verständigung mit der Türkei, ferner den Umstand hervorheben, dass die aus Anlass der Allerhöchsten Willensäusserung vom 7. Oktober v. J. von serbischer und montenegrinischer Seite erhobenen Prätionen von jenen Signatarmächten, die anfänglich denselben nicht ganz ablehnend gegenüberstanden, seither als unzulässig erkannt worden sind. Meine Ausführungen fanden eine sympathische, verständnisvolle Aufnahme; dies galt, wie ich hervorheben möchte, insbesondere auch rücksichtlich meines Hinweises auf die — auch in neuerlichen Kundgebungen von deutscher Seite bekräftigte — Festigkeit unseres Bundesverhältnisses mit Deutschland und auf die, unter Nennung der entsprechenden Ziffern dargelegte imponierende Grösse der den beiden europäischen Zentralmächten zur Verfügung stehenden Machtmittel. Diese militärische Kraft schliesse für uns jede Besorgnis vor einem eventuellen russischen Angriffe aus, übrigens

hielten Euer Exzellenz aus mannigfachen Gründen es für unwahrscheinlich, dass Russland die Gefahr einer gegen uns gerichteten aggressiven Politik werde riskiren wollen. Diese Prognose Euer Excellenz ist durch die seitherige Gestaltung der russischen Politik bestätigt worden; wie ich unter dem heutigen Datum lit. B^b) zu berichten die Ehre habe, hielt auch Graf Komura die vorerwähnte Eventualität für ausgeschlossen. Eure Excellenz hatten die Güte in der vorcitirten hohen Weisung mir die Wahl des Zeitpunktes anheimzustellen, wo dem hiesigen Ministerium des Aeussern vertrauliche Andeutungen über die Art und Weise zu machen wären, in der Japan — den Fall eines Krieges zwischen den beiden mitteleuropäischen Grossmächten und Russland vorausgesetzt — seine Interessen an der pacifischen Küste wahrzunehmen vermöchte. In dieser Hinsicht gibt mir schon der von Euer Excellenz mir erteilte Auftrag, an eine derartige discrete Eröffnung erst in dem Momente zu schreiten, wo mir die Atmosphäre hiefür genügend vorbereitet erscheint, eine klare Direktive. Solange nämlich eine solche krieglerische Komplikation nicht auch nach Anschauung der hiesigen Staatsmänner mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, geschweige im gegenwärtigen Zeitpunkte, wo die japanische Regierung bestimmt glaubt, dass Russland zu einem Waffengange unfähig sei, wäre es sicherlich verfrüht hier mit Andeutungen hervorzutreten, deren Aktualität — zumal angesichts der neuestens konstaterbaren Détente — von der hiesigen Regierung ganz gewiss negirt werden würde. Von dem voraussichtlich negativen Ergebnisse eines unter solchen Umständen unternommenen Schrittes absehend, durch den — wenn ich so sagen darf — unser Pulver umsonst verschossen und der in einem sich vielleicht später ergebenden psychologischen Momente zu gebende Wink minder eindrucksvoll sich gestalten würde, möchte ich mir erlauben auf eine — meines Frachtens — damit verbundene positive Gefahr ergebenst hinzuweisen. Soweit ich die derzeitigen hiesigen Verhältnisse bisher übersehe, schiene es mir sehr möglich, dass Graf Komura, der schon vermöge seiner Vergangenheit starke Sympathien für England hegt, — nicht zu reden von dem Bestehen der anglo-japanischen Allianz — auch eine streng vertrauliche Andeutung im vorbezeichneten Sinn dem Londoner Kabinett nicht ganz vorenthalten, und dass sie auf diesem Umwege, vielleicht auch noch entstellt und tendenziös aufgebauscht, nach Petersburg gelangen könnte. Die unliebsamen Konsequenzen einer solchen Indiscretion bedürfen keiner weiteren Ausführung. Ganz anders vermöchten, wie ich glaube, die Chancen eines solchen Winkes in einem späteren Zeitpunkte stehen. Ob Japan bei seinem seit dem letzten Kriege immer stärker steigendem Machtbewusstsein geneigt sein wird seine Allianz mit England zu erneuern, bei welcher Grossbritannien wohl mehr als der empfangende, als der gebende Teil anzusehen sein dürfte, ist immerhin fraglich; eine gewisse Divergenz der Interessen zwischen Russland und Japan in Bezug auf die Mandschurei liegt zweifellos vor und kann, trotz des von beiden Seiten bekundeten guten Willens, den Keim zu schärferen Gegensätzen bilden; die Entwicklung der Dinge in China und der Einfluss, den sie auf die gegenseitige Position der dort interessirten Mächte ausüben wird, ist wohl unberechenbar, lässt aber die

Möglichkeit einer prononcierten Stellungnahme derselben zu, kurz es scheinen mir auf dem ostasiatischen Schachbrette Verschiebungen nicht ausgeschlossen, die auf die europäische Politik einen Reflex ausüben und zu Gunsten unserer Interessen in der von Euer Excellenz geplanten Weise benützt werden können. Sollten Hochdieselben keine anderweitige Weisung mir zu erteilen befinden, so würde ich mich sonach zunächst darauf beschränken in meinen Aeusserungen den hiesigen Regierungskreisen gegenüber auch weiterhin mich der von Euer Excellenz mir vorgezeichneten Sprache zu bedienen, aber eine — sei es auch nur vertrauliche — Erörterung der vorerwähnten Eventualität vermeiden.

Call.

a) Erlaß nach Tokio vom 29. Mai 1909 Nr. 2021 erteilt die Zustimmung zu der vom Botschafter eingenommenen Haltung. Vgl. auch n. 1610. — b) Nicht aufgenommen.

Tel. nach Athen, 7. April 1909 Nr. 23 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 1492.

Tel. nach Belgrad, 7. April 1909 Nr. 71 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 1492.

Tel. nach Berlin, 7. April 1909 Nr. 117 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 1492.

Nr. 1484. Note des deutschen Botschafters, 7. April 1909 (eing. 7. April).^{a)} Ausfert.

Nachdem die k. und k. Österreichisch-Ungarische Regierung der Kaiserlich Deutschen Regierung Kenntnis von der Unterzeichnung des mit der Hohen Pforte vereinbarten Protokolls bezüglich Bosniens und der Herzegowina gegeben und nunmehr die Bitte um Zustimmung zur Aufhebung des Artikels XXV des Berliner Vertrages ausgesprochen hat, ist der unterzeichnete Kaiserlich Deutsche Botschafter von seiner hohen Regierung beauftragt und beehrt sich Seiner Exzellenz dem K. und K. Minister des Kaiserlichen Hauses und des Äußern Herrn Freiherrn von Aehrenthal ganz ergebenst mitzuteilen, daß die Kaiserliche Regierung formell und ohne Rückhalt der Aufhebung des Artikels XXV des Berliner Vertrages ihre Zustimmung erteilt.

von Tschirschky.

a) Oe.-U. Bosnien 128 Nr. 179. Vgl. n. 1443, 1530.

Tel. nach Bukarest, 7. April 1909 Nr. 93 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 1492.

Nr. 1485. Tel. nach Cetinje, 7. April 1909 Nr. 58 (chiffr. 9 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 53, vom 6. d. M., erhalten. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, die Note der fürstlichen Regierung mit folgender Note zu beantworten: „En accusant réception de la Note que Votre Excellence a bien voulu m'adresser à la date du ... sous le No. ...^{b)} j'ai l'honneur, d'ordre de mon Gouvernement, de Vous communiquer ce qui

suit: Le Gouvernement Impérial et Royal commun d'Autriche-Hongrie prend acte avec satisfaction des déclarations que le Gouvernement Princier a bien voulu donner quant à son attitude vis-à-vis de la Monarchie voisine; il est heureux, dans ces conditions, de pouvoir considérer comme rétablies les relations de bon voisinage entre l'Autriche-Hongrie et le Monténégro. Quant aux modifications à apporter à l'article XXIX du Traité de Berlin le Gouvernement Princier n'ignore pas que l'Autriche-Hongrie, dès l'automne dernier, s'est déclarée, en principe, disposée à y consentir. Le Gouvernement Impérial et Royal se félicite que la dernière communication de Votre Excellence lui permet de réaliser ces intentions et de procéder aux modifications dudit article, d'accord avec les autres Puissances signataires du Traité de Berlin."

Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 128 Nr. 180. Vgl. n. 1486, 1491, 1492, 1493, 1499.
— b) Punkte im Konzept.

*Nr. 1486. Tel. aus Cetinje, 7. April 1909 Nr. 54 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Zu meinem Telegramme 53 von gestern. Die vorgestern seitens des italienischen Gesandten an die fürstliche Regierung gerichtete Note enthält die Mitteilung, dass Österreich-Ungarn und die Mächte geneigt seien, einzelne, die Souveränität Montenegros einschränkende Bestimmungen des Artikels 29 des Berliner Vertrages zu abrogieren, doch müsste Montenegro vorher die Erklärung abgeben, dass es sich den Entscheidungen der Grossmächte bezüglich des Artikels 25 füge und in Hinkunft (désormais) freundschaftliche Beziehungen zu Österreich-Ungarn unterhalten werde. Die nach langwierigen Verhandlungen zwischen dem Fürsten und dem italienischen Gesandten sowie dem russischen Geschäftsträger zustandgekommene Antwortnote habe ich Euer Exzellenz gestern einberichtet. Fürst Nikolaus versuchte bis zum letzten Momente, auf der Aufnahme einer Phrase zu bestehen, mit welcher die Bestimmung des Hafens von Antivari zum Handelshafen als in Ausübung seines Souveränitätsrechtes erfolgend, erklärt wird, begnügte sich jedoch schließlich mit den in der Note enthaltenen, diese Bestimmung erklärenden Phrasen. Der von Euer Exzellenz laut hohen Telegrammes No. 55^{b)} als unumgänglich notwendig bezeichnete, die Aufgabe der bisher beobachteten gegnerischen Haltung Montenegros gegenüber der Annexion betreffende Passus war in der italienischen Note nicht enthalten und fehlt sonach auch in der montenegrinischen Antwort. Obwohl Erklärung der fürstlichen Regierung, sich der Entscheidung der Mächte bezüglich des Artikels 25 anzupassen, mit Hinblick darauf, dass dieselbe, wie auch in Montenegro bekannt ist, in der Anerkennung der Annexion und der Abrogation des Artikels 25 besteht, auch als Erklärung aufgefasst werden kann, dass Montenegro seine seit dem Herbst beobachtete gegnerische Haltung gegenüber der Annexion aufgeben werde, so könnte vielleicht in unserer Antwortnote der vorerwähnte Zusatz in der Weise aufgenommen werden, dass wir von der Erklärung der fürstlichen Regierung, sich den Entscheidungen der Mächte bezüglich des Artikels 25 zu fügen und folglich auch seine seit dem vergangenen Herbst beobachtete gegnerische Haltung

gegenüber der Annexion aufgeben zu wollen, Akt nehmen. Nach Einlangen unserer zustimmenden Antwortnote beabsichtigt Fürst Nikolaus, sämtliche Grenzwachen nach Hause zu senden und mittelst eines Manifestes seinem Volke die Rückkehr Montenegros zu einer friedlichen Politik zu erklären.
Kuhn.

a) Vgl. n. 1485, 1487. — b) Vgl. Anm. b zu n. 1471.

Nr. 1487. Tel. aus Cetinje, 7. April 1909 Nr. 55 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Fürst Nikolaus, welcher sich morgen über die Feiertage nach Rieka begibt, liess mich heute zu sich bitten, um mir gegenüber seiner Freude und Genugthuung Ausdruck zu geben, nun wieder freundschaftliche und gute Beziehungen zu uns pflegen zu können. Er sei sehr erkenntlich, dass ihm die schonende Art der Vermittlung Italiens den Rückzug ermöglicht habe. Der Fürst bat mich, Euer Exzellenz mitzuteilen, dass er heute Befehle gegeben habe, dass die Grenzwachdetachements von der Grenze wie auch die am Lovcenplateau befindlichen Truppen zurückgezogen werden: es sollen nur an einzelnen Punkten Wachen von höchstens drei Mann bleiben. Ferner habe Fürst in der Hoffnung, dass unsere Handelsbeziehungen in Bälde wieder normal werden würden und dass wir dem Fürstentume behufs Abschlusses eines Handelsvertrages Entgegenkommen zeigen werden, angeordnet, dass der Boykott gegen unsere Waren heute aufzuhören habe. Seine königliche Hoheit richtet an Euer Exzellenz die Bitte, dass angesichts der Änderung der Haltung Montenegros die seit kurzem verfügte Grenzsperr ehe baldigst aufgehoben werden möge. Fürst Nikolaus bat mich schliesslich, ihm eine Mitteilung über die Aufnahme, die die Note der fürstlichen Regierung in Wien gefunden habe, zukommen zu lassen.
Kuhn.

a) Vgl. n. 1486.

*Tel. nach Konstantinopel, 7. April 1909 Nr. 139 (chiff. 10 U. 50 M. p. m.).
Siehe n. 1492.*

Nr. 1488. Bericht aus Konstantinopel, 7. April 1909 Nr. 28 B (eing. 10. April). Ausfert.

Mit meinem ergebensten Telegramme vom 4. d. M. No. 173 habe ich bereits die Ehre gehabt, Euerer Exzellenz über die theilweise Ausführung des hohen telegrafischen Auftrages vom 3. d. M. No. 135, betreffend die Mittheilungen, welche ich in Angelegenheit des Conferenzgedankens dem Grossvezir zu machen ermächtigt war, Meldung zu erstatten. Ich hatte mir erlaubt, in dieser Meldung auszuführen, dass ich angesichts gewisser Andeutungen des Grossvezirs sowie Ahmed Riza Beys und mit Rücksicht auf die damals bevorstehende Verhandlung unseres Ententeprotokolles im türkischen Parlamente sowie andererseits im Hinblick auf das weitere Festhalten der türkischen Regierung an der Conferenzidee es für angezeigt hielt, Hilmi Pascha eine vorläufige Mittheilung im Sinne des hohen Telegrammes Euerer Exzellenz zu machen. Wie ich hiebei constatiren konnte und wie es nur natürlich war, haben meine Eröffnungen auf den Grossvezir

einen ausserordentlich günstigen Eindruck gemacht. Ich gehe nicht irre, wenn ich annehme, dass diese meine Aussprache viel dazu beigetragen hat, Hilmi Pascha pro foro interno gegenüber der parlamentarischen Opposition wesentlich zu stärken. Bei meinem gestrigen Besuche beim Grossvezir, bei welchem auch Rifaat Pascha anwesend war, kam das Gespräch neuerlich auf die Conferenz. Ich nahm Gelegenheit, mich genau im Sinne des mir mittlerweile zugekommenen geheimen Erlasses vom 1. I. M. No. 1261 und des über die Instructionen dieses Erlasses hinausgehenden eingangscitirten telegrafischen Auftrages Euerer Excellenz vernehmen zu lassen. Der Grossvezir schien für die von mir vorgebrachten Argumente, welche die neuerliche Anregung der Idee einer Conferenz für das türkische Interesse geradezu als gefährlich darstellten, ziemlich viel Verständnis zu zeigen, doch blieb er dabei, dass diese Angelegenheit erst reiflich überlegt werden müsste. Er erklärte mir ausdrücklich, dass derzeit die türkische Regierung nicht beabsichtige, mit einem neuen Programm-Vorschlage an die Mächte heranzutreten. Es müsse zunächst die bulgarische Angelegenheit geregelt werden, dann werde sich aber wohl die Pforte mit der Frage beschäftigen, welcher Weg — nämlich Conferenz oder Verhandlungen von Cabinet zu Cabinet — unter den gegebenen Verhältnissen für die Realisierung der von ihr angestrebten Ziele eingeschlagen werden solle. Ich habe den Grossvezir nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass angesichts des Umstandes, dass zwei Mächte, nämlich Österreich und Deutschland gegen die Conferenz seien, von einem Zusammentritte derselben ja überhaupt nicht die Rede sein könne. Der Grossvezir verblieb aber bei seinen Erklärungen. Er versicherte mich jedoch nochmals, dass vorläufig vor Abschluss der bulgarischen Frage die Pforte die Conferenzidee keineswegs neuerdings anregen werde. Rifaat Pascha nahm während des ganzen bezüglichlichen Theiles meiner Unterredung mit dem Grossvezir an derselben nur mit wenigen Worten Antheil. Ich glaube, und auch andere Anzeichen bestärken mich in dieser Annahme, dass Rifaat entschieden für eine Conferenz ist. Pallavicini.

Nr. 1489. Bericht aus Konstantinopel, 7. April 1909 Nr. 28 C (eing. 10. April).^{a)} Ausfert.

Geheim. Wie ich Euerer Excellenz unter dem 23. v. Mts. sub No. 151 telegrafisch meldete, hatte mir der Grossvezir gesagt, dass er behufs der effectiven Vornahme des geheimen Notenaustausches in Angelegenheit des Sandjaks von Novibazar die Rückkehr Rifaats Pascha, welcher darum ausdrücklich ersucht habe, abwarten wolle. Ich habe damals die Vermuthung ausgesprochen, dass es dem Grossvezir bei diesem Aufschube hauptsächlich darum zu thun war, vor Votirung des Ententeprotokolls durch das türkische Parlament in diesem Gegenstande sich nicht definitiv zu binden. Am vergangenen Samstag habe ich Hilmi Pascha gegenüber diesen Gegenstand gesprächsweise gestreift. Um nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, dass es uns wegen der auf den Ausbau der Sandjakbahn bezüglichlichen Bestimmungen der in Rede stehenden Noten besonders an dem Austausch derselben gelegen sei, bemerkte ich bei dieser Gelegenheit zu Hilmi Pascha,

dass, wie er wisse, wir selbst ja an diesen Noten kein Interesse haben, im Gegentheile dieselben enthielten ja nur eine gewisse einseitige Verpflichtung unsererseits. Der Grossvezir antwortete, dass er auf die Sache grossen Wert lege und er werde mich in den nächsten Tagen aufsuchen, um die Angelegenheit mit mir noch weiter zu besprechen. Rifaat Pascha habe ich seit seinem Eintreffen in Constantinopel bereits dreimal gesehen. Er erwähnte mir gegenüber die geheimen Noten nicht. Gestern begegnete ich demselben im Arbeitszimmer des Grossvezirs. Ich befragte den Letzteren im Laufe des Gespräches, ob die Zeitungsnachrichten richtig seien, wonach die albanesischen Abgeordneten bei der geheimen Debatte über das Entente-protocoll auch gewisse Garantien seitens Österreich-Ungarns für den Sandjak verlangt hätten. Hilmi Pascha erwiderte, dass dies thatsächlich der Fall gewesen sei, er aber den Interpellanten in der Sitzung geantwortet habe, die Türkei sei genug stark, um ihren Besitz-Stand im Sandjak zu vertheidigen. Er sei hiebei vorsätzlich auf den Gegenstand nicht weiter eingegangen, da ja immerhin Indiscretionen einzelner Abgeordneter zu befürchten gewesen seien, und seine Ausführungen auf serbischer und montenegrinischer Seite leicht Anstoss hätten erregen können. Soweit der Grossvezir. Von dem Notenaustausche sprach er mir bei dieser Gelegenheit nicht. Rifaat Pascha aber betheiligte sich überhaupt nicht an diesem Theil unseres Gespräches. Aus allen den im Vorstehenden skizzirten Umständen glaube ich den Schluss ziehen zu sollen, dass der neue Minister des Äussern ein Gegner des geheimen Notenaustausches, so wie er jetzt vorliegt, ist, und dass auch der Grossvezir unter dem Einflusse Rifaat Paschas die Absicht haben könnte, gewisse Änderungen an dem Texte der Note in Vorschlag zu bringen.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1521.

Nr. 1490. Bericht aus Konstantinopel, 7. April 1909 Nr. 28 E (eing. 10. April).a) Ausfert.

Geheim. Unter den Meldungen eines der hiesigen Tagesblätter über die vorgestrigte geheime Sitzung des Abgeordnetenhauses war unter anderem ein angeblicher Passus aus der Rede des bekannten albanesischen Parteiführers Ismail Kjemal Bey verzeichnet, wonach dieser Abgeordnete das Ministerium im Gegenstande eines russischen Angebotes einer Defensiv- und Offensiv-Allianz interpelliert hätte. Nach der betreffenden Zeitungsmeldung richtete Ismail Kjemal Bey unter Vorweisung von Abschriften gewisser geheimer Dokumente an die Regierung die Frage, aus welchen Gründen das russische Angebot eines Schutz- und Trutzbündnisses, an welches gleichzeitig die Bedingung der Freilassung der Dardanellen-Passage für russische Kriegsschiffe geknüpft gewesen wäre, abgewiesen worden sei. Ich habe getrachtet, gestern Gabriel Effendi, zu welchem mich die in den letzten Monaten gepflogenen Verhandlungen im Gegenstande unseres Ententeprotokolles in ein gewisses näheres Verhältnis gebracht haben, über diesen Gegenstand auszuholen. Wie ich voraussah, leugnete zwar der Handelsminister, über die Angelegenheit etwas Näheres zu wissen, doch machte er mir gewisse

streng vertrauliche Andeutungen, welche in die Sache doch ziemliche Klarheit bringen. Demnach wäre ein russisches Angebot zur Zeit des Aufenthaltes Herrn von Iswolskys in London dem damaligen ottomanischen Botschafter dortselbst, Rifaat Pascha, gegenüber erfolgt. Über den genaueren Inhalt des russischen Vorschlages erwähnte Gabriel Effendi nichts, doch widersprach er nicht der Darstellung Ismail Kjemal Beys. Er gab auch zu, daß die von Kjemal Bey vorgewiesenen Abschriften von geheimen Dokumenten richtig seien. Er könne dies nur auf die Weise erklären, daß Kjemal Bey, welcher einige Zeit von Kiamil Pascha für den Posten des Ministers des Äußern in Aussicht genommen und vielfach zu Rate gezogen worden war, die fraglichen Dokumente von Kiamil Pascha zur Einsicht erhielt. Auf mein Befragen stellte Gabriel Effendi entschieden in Abrede, daß während der letzten Zeit, insbesondere während seiner provisorischen Amtsführung in dem Auswärtigen Amte, russischerseits auf obige Anregung zurückgekommen worden wäre. Er sagte mir weiters, daß Ismail Kjemal Bey während seiner Rede angesichts einer verneinenden Handbewegung des Großveziers direkt Rifaat Pascha apostrophiert habe, welcher von dem geheimen russischen Angebote ja wisse. Pallavicini.

a) Vgl. n. 1533.

*Tel. nach London, 7. April 1909 Nr. 74 bis (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).
Siehe n. 1492.*

*Tel. nach Paris, 7. April 1909 Nr. 57 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe
n. 1492.*

*Nr. 1491. Tel. nach Rom, 7. April 1909 Nr. 81 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.). a)
Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).*

Freiherr von Kuhn telegraphiert unterm gestrigen wie folgt: ... *wie n. 1478* ... Ich habe Baron Kuhn beauftragt, die Note der fürstlichen Regierung in nachstehender Weise zu beantworten: ... *wie n. 1485* ... Euer Exzellenz wollen von dem Inhalte dieser unserer Antwort auf die montenegrinische Note Herrn Tittoni Mitteilung machen und hiebei betonen, daß wir uns bei unserer Entschliebung, die in Rede stehende Erklärung der fürstlichen Regierung, obgleich dieselbe in formeller Beziehung nicht ganz entsprechend sei, als genügend zu betrachten, auch von dem Wunsche leiten ließen, Italien unser freundschaftliches Entgegenkommen zu zeigen. Euer Exzellenz wollen jedoch hinzufügen, daß ich über die Vorgangsweise des Kabinettes von Rom in dieser Frage, bevor noch ein vollständiges Einvernehmen zwischen Herrn Tittoni und mir hergestellt war, einigermaßen überrascht gewesen sei und mir vorbehalte, auf dieselbe zurückzukommen. Im Sinne meines Telegrammes an Euer Exzellenz vom 28. v. M. No. 64 wollen Euer Exzellenz Herrn Tittoni sodann an meinen, ihm bekannten Standpunkt erinnern, wonach der Übermittlung der Note, welche Euer Exzellenz an den Herrn Minister in Betreff des Artikels XXIX zu richten haben werden, unsere demande en règle bezüglich der Abrogierung des

Artikels XXV voranzugehen hätte, ebenso wie die Zustimmung der italienischen Regierung zu der Abrogierung des Artikels XXV. Da nunmehr bezüglich der an dem Artikel XXIX vorzunehmenden Modifikationen ein volles Einverständnis erzielt und unsere demande en règle bereits an das Kabinett von Rom gerichtet worden sei, gäbe ich mich der Erwartung hin, daß Herr Tittoni den Herzog von Avarna ohne Verzug beauftragen werde, der k. u. k. Regierung mittelst einer Note die Zustimmung der italienischen Regierung zur Abrogierung des Artikels XXV zu notifizieren. Sobald mir diese Note zugekommen sein wird, werde ich Euer Exzellenz ermächtigen, die mit Herrn Tittoni vereinbarte und mit Bericht vom 26. v. M., No. 21/B, anher vorgelegte Note an den Herrn Minister des Äußern zu richten.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1496, 1497.

*Tel. nach Rom-Vatikan, 7. April 1909 Nr. 11 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).
Siehe n. 1492.*

*Nr. 1492. Tel. nach St. Petersburg Nr. 95 (1), Berlin Nr. 117 (2), Paris Nr. 57 (3), London Nr. 74 bis (4), Konstantinopel Nr. 139 (5), Rom-Vatikan Nr. 11 (6), Bukarest Nr. 93 (7), Sofia Nr. 75 (8), Belgrad Nr. 71 (9) und Athen Nr. 23 (10), 7. April 1909 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).*a) Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

1—10. Baron Kuhn telegraphiert unterm 6. v. M. wie folgt: Scribatur Telegramm aus Cetinje vom 6. d. M., No. 53 von „Soeben ist mir“ bis „du traité de Berlin.“ Ich telegraphiere hierauf wie folgt an Baron Kuhn: Scribatur heutiges Telegramm No. 58 an Baron Kuhn.

1, 3—5. Euer Exzellenz wollen von dem Inhalte unserer Note der dortigen Regierung mündlich Mittheilung machen und beifügen, dass wir, wie aus unserer der fürstlichen Regierung erteilten Antwort hervorgeht, die Kontroverse mit Montenegro als abgeschlossen und die freundschaftlichen Beziehungen mit dem Fürstentum als wieder hergestellt betrachten.

2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Mitteilung an den Herrn Reichskanzler.

6.—10. Vorstehendes zu Euer ... Information.

7.—10. und Regelung Ihrer Sprache.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1494, 1503.

*Tel. nach Sofia, 7. April 1909 Nr. 75 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe
n. 1492.*

*Nr. 1493. Vortrag an den Kaiser, 7. April 1909.*a) Konz. (S. Gagern; G. Aehrenthal) u. Ausfert.

Von Euer Majestät Gesandten in Cetinje ist mir heute das ehrerbietigst anverwahrte Telegramm^{b)} zugekommen, womit derselbe den Text einer an ihn gerichteten Note der montenegrinischen Regierung, betreffend die Beilegung der Kontroverse zwischen der Monarchie und dem Fürstentume

einberichtet und zugleich den Wortlaut einer von dem montenegrinischen Minister des Äußern an den dortigen italienischen Vertreter gerichteten Erklärung wiedergibt. Die an Freiherrn von Kuhn gerichtete Note erscheint insoferne nicht ganz befriedigend, als sie den von mir ausdrücklich verlangten Zusatz, betreffend die Änderung der Haltung Montenegros uns gegenüber, nicht enthält. Es schiene mir aber dessenungeachtet weder klug noch aussichtsvoll, auf unserem Standpunkte weiter zu beharren, da das nicht korrekte Vorgehen Herrn Tittonis in dieser Frage, wenn ich ihn auch nicht einer direkten mala fides zeihen will, in mir doch den bestimmten Eindruck hervorgerufen hat, daß er es unbedingt vermeiden wollte, in unserem Namen eine Pression auf Montenegro auszuüben, was wohl in höfischen Rücksichten seine Erklärung finden dürfte.^{c)} Ferner steht mir zur Erwägung, daß unser Akkord mit Italien in Betreff des Artikels XXIX bei Herrn Iswolsky die lebhafteste Verstimmung erweckt hat. Nachdem durch die Beendigung der Krise glücklicherweise der Beweis erbracht worden ist, daß Herr Iswolsky es verstanden hat, sich in Paris wie in London zu diskreditieren, hat es ihm nun sehr gut gepaßt, einen Vorwand gefunden zu haben, um Herrn Tittoni, welcher ihm während des ganzen Winters nachgelaufen ist, einige recht unangenehme Dinge sagen zu können. Die Aussichtslosigkeit, auf diplomatischem Wege eine korrektere Erklärung von der montenegrinischen Regierung zu erlangen sowie auch die Erwägung, daß Montenegro sich an manchen Stellen gewisser Sympathien erfreut und eine schärfere Stellungnahme unsererseits gegenüber dem Fürstentume uns leicht neue Schwierigkeiten mit England verursachen könnte, lassen ein weiteres Insistieren auf unserem Standpunkte nicht angezeigt erscheinen, zumal hiedurch leicht der Unterschied in der Situation Serbien gegenüber sich insoferne zeigen könnte, daß, während alle Mächte darin einig waren, einen Konflikt zwischen uns und diesem Lande hintanzuhalten, manche Kabinette es vielleicht ganz gerne sehen würden, wenn wir am Schlusse der gegenwärtigen Krise noch einen kleinen Mißerfolg in Betreff Montenegros erleiden würden. Mir dies alles vor Augen haltend, glaubte ich den Intentionen Euer Majestät zu entsprechen, indem ich, von der Allerhöchsten Ermächtigung Gebrauch machend, auch eine mildere Textierung der montenegrinischen Erklärung annehme und auf Grund derselben in Anhoffung der Allerhöchsten Genehmigung die Differenz mit Montenegro als beigelegt ansehe. Eine in diesem Sinne an Freiherrn von Kuhn gerichtete telegraphische Weisung gestatte ich mir, Euer Majestät im Anschlusse ehrfurchtsvollst zu unterbreiten. Aehrenthal.

Auf der Ausfertigung: Vollkommen einverstanden. Franz Joseph (eigh.).

^{a)} Vgl. n. 1485. — ^{b)} Vgl. n. 1478. — ^{c)} Eigh. Randbemerkung des Kaisers: Richtig.

Nr. 1494. Tel. aus London, 8. April 1909 Nr. 82 (eing. 9. April 9 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 74 vom 7. d. M.^{a)} Ich habe soeben Sir Charles Hardinge mündlich Mitteilung gemacht vom Inhalte

der Note Euer Exzellenz an die montenegrinische Regierung. Unterstaatssekretär war hocherfreut, dass Kontroverse als abgeschlossen angesehen werden kann, umso mehr als das Foreign Office erst gestern durch den hiesigen italienischen Geschäftsträger sowie durch englischen Botschafter in Rom informiert wurde, dass neuerliche Schwierigkeiten eingetreten waren. Sobald Foreign Office von der italienischen Regierung davon unterrichtet wird, dass der Artikel 29 zu ihrer Zufriedenheit geregelt ist, wird die englische Regierung bereit sein, ihre formelle Einwilligung zur Aufhebung des Artikels 25 auszusprechen. Dies dürfte aber vielleicht erst nach Ostern geschehen, nachdem Sir E. Grey gestern abends abgereist ist und nicht vor Mittwoch wieder hier sein wird. Sir Charles Hardinge tritt heute zehntägigen Urlaub an.

Mensdorff.

a) n. 1492.

Nr. 1495. Tel. an den Gesandten Grafen Albert Nemes in Paris, 8. April 1909 Nr. 58 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Wie ich Euer Hochgeboren Telegramm von gestern, Nr. 26,^{b)} entnehme, scheint das Pariser Kabinett für die Erteilung seiner formellen Zustimmung zur Abrogierung des Artikels XXV die Form einer an Euer Hochgeboren zu richtenden Note ins Auge gefaßt zu haben. Euer Hochgeboren wissen bereits aus meinem Telegramme vom 5. l. M., Nr. 56, daß es meiner Ansicht nach am geeignetsten wäre und den diplomatischen Gepflogenheiten am besten entspräche, wenn die Signatarmächte eine identische Vorgangsweise beobachten und ihre hier akkreditierten Vertreter beauftragen würden, die demande en règle der k. u. k. Regierung durch eine offizielle Note zu beantworten. Euer Hochgeboren wollen sich für eine solche Vorgangsweise bei der dortigen Regierung verwenden.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1501. — ^{b)} Tel. aus Paris, 7. April 1909 Nr. 26 (eing. 8. April 9 U. a. m.). Danach habe „Herr Bapst, Stellvertreter des directeur politique“, dem Grafen Nemes erzählt, daß die französische Antwortnote an ihn „fertiggestellt bei Herrn Pichon liege, der jedoch mit der Absendung zurückhalte. Er glaube, Verzögerung wäre auf Herrn von Nelidow zurückzuführen, der den Wunsch ausgesprochen hätte, daß bis zur Regelung Montenegro berührender Fragen zugewartet werde.“ Graf Nemes „habe Bapst gegenüber Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 56 vom 5. d. M. gesprächsweise verwertet.“

Nr. 1496. Tel. nach Rom, 8. April 1909 Nr. 82 (chiffr. 9 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Aehrenthal).

Zu meinem Telegramm Nr. 81 vom 7. d. M. Im Verlaufe der jetzt abgeschlossenen italienischen Mediation haben sich zwei Zwischenfälle ergeben, die ich, wenn sie jetzt auch nur mehr bloß retrospektives Interesse besitzen, Euer Exzellenz bitten muß, bei Herrn Tittoni zur Sprache zu bringen. Bereits mit meinem Telegramm vom 4. l. M. Nr. 79 habe ich darauf hingewiesen, daß es eine elementare Voraussetzung der italienischen Vermittlung war, die montenegrinischerseits abzugebende Erklärung vorerst

im Detail mit uns zu vereinbaren. Euer Exzellenz ist die Art und Weise bekannt, wie die englische Regierung die Aktion, die sie bezüglich Serbiens ebenso übernommen hatte wie Italien jene bezüglich Montenegros, zur Durchführung gebracht hat. Sir F. L. Cartwright hat die Enunziation, die seitens der serbischen Regierung erfolgen sollte, im Détail mit mir besprochen und die Instruktionen an den englischen Gesandten in Belgrad sind erst in dem Momente ergangen, wo bezüglich des Wortlautes der Erklärung nach längeren Verhandlungen eine vollständige Einigung zwischen mir und dem englischen Kabinett zustande gekommen war. Die Vorgangsweise Herrn Tittonis war eine grundverschiedene. Trotzdem er durch Herzog von Avarna und durch Euer Exzellenz die ausreichendsten Informationen darüber besaß, daß wir einen gewissen Wortlaut der montenegrinischen Erklärung und eine direkte Abgabe derselben an uns wünschten, hat er den italienischen Vertreter in Cetinje angewiesen, einen Text, den wir als verbesserungsbedürftig erachtet hatten, der montenegrinischen Regierung zur Annahme zu empfehlen, ohne bei diesem Anlaß zu erwähnen, daß die Abgabe der montenegrinischen Erklärung an den k. u. k. Vertreter in Cetinje erfolgen mußte. Vor das fait accompli der montenegrinischen Note gestellt, auf deren Abfassung Herr Tittoni über unsere Insistenz nachträglich noch so weit Einfluß genommen hatte, daß in derselben auch eine direkte Erklärung an uns enthalten war, habe ich dieselbe im Interesse einer beschleunigten Erledigung der ganzen Krise und um Herrn Tittoni ein Entgegenkommen zu erweisen, annehmen zu sollen geglaubt. Der zweite Zwischenfall, auf den ich hier noch kurz zurückkommen will, betrifft den Gegenstand meines Telegrammes No. 78 vom 4. I. Mts., betreffend die gemeinschaftliche Mitteilung, die wir und das italienische Kabinett über unseren Akkord hinsichtlich der Abänderung des Artikels XXIX an das russische Kabinett richten sollten. Während Euer Exzellenz in der Lage waren, mir mit Ihrem Telegramme No. 92 vom 5. I. Mts. zu melden, daß Herr Tittoni mit dem von mir beantragten modus procedendi vollkommen einverstanden sei, eröffnete mir Herzog von Avarna seitens seines Ministers beinahe gleichzeitig, dieser möchte vorerst an die Durchführung des geplanten gemeinschaftlichen Schrittes nicht denken. Es ist leicht erklärlich, daß mich dieser Widerspruch, der sich in einem Momente einstellte, wo im Gegenstande selbst zwischen uns und dem italienischen Kabinett eine völlige Einigung vorlag und die Aktion dem Abschlusse zudrängte, einigermaßen überraschen mußte. Wenn Euer Exzellenz die vorstehenden Konsiderationen, natürlich in durchaus freundschaftlicher Weise, verwerten, so wollen Euer Exzellenz gleichzeitig hervorheben, daß ich trotz der erwähnten Unstimmigkeiten sehr froh gewesen sei, die Gelegenheit des Artikels XXIX, so wie ich dies von allem Anfange an intendiert hatte, mit dem italienischen Kabinett zum Abschluß bringen zu können und daß ich das günstige Ergebnis der italienischen Vermittlung in Cetinje im Sinne einer Befestigung des Dreibundgedankens und als einen persönlichen Erfolg Herrn Tittonis mit lebhafter Befriedigung begrüße.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1505.

Nr. 1497. *Tel. aus Rom, 8. April 1909 Nr. 95 (eing. 9. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 81 von gestern. In Abwesenheit Herrn Tittonis, der angeblich Samstag zurückkommen soll, habe ich Herrn Bollati Inhalt unserer Antwort auf die montenegrinische Note mitgeteilt. Auf meine Bemerkung über übereilte Vorgangsweise des italienischen Kabinetts entgegnete Generalsekretär, dieselbe habe jedenfalls das Gute gehabt, dass dadurch einer weitergehenden russischen Proposition der Boden entzogen wurde. Mit weiterem Vorgange im Sinne des eingangs bezogenen Telegrammes ist italienisches Kabinett vollkommen einverstanden und wird Bollati noch heute Herrn Tittoni telegrafisch ersuchen, Herzog von Avarna zur Absendung der Zustimmungsnote zu ermächtigen. Hiebei erwähnte Generalsekretär, Tittoni werde möglicherweise der Parität wegen wünschen, dass ihm unsere demande en règle nachträglich in Form einer Note mitgeteilt werde. Ich habe ihm einstweilen auftragsgemäss nur eine Abschrift des Telegrammes Euer Exzellenz Nr. 74 vom 2. d. M. eingehändigt. Schliesslich bitte ich mich wissen zu lassen, ob der im Telegramm Nr. 78 vom 5. d. M. angegebene Modus aufrechterhalten bleibt, nämlich gemeinschaftliche Mitteilung des zwischen uns und Italien hergestellten Akkords zunächst an das russische Kabinett und erst nach Beitritt des letzteren an die übrigen Signatarmächte. Herr Bollati hatte auf Grund eines eben von Herzog von Avarna erhaltenen Telegrammes diesbezüglich Zweifel.

Lützow.

^{a)} Vgl. n. 1502.

Nr. 1498. *Privatschreiben des deutschen Botschafters in Wien, 9. April 1909.^{a)} Eigh. Ausfert.*

Fürst Bülow beauftragt mich, Sie zu bitten, uns den Wortlaut der österreichischen Antwort auf die russische Note wegen Artikels 29 und das für die Übergabe der diese Antwort enthaltenden Note in Petersburg in Aussicht genommene Datum so rechtzeitig mittheilen zu wollen, daß wir zu gleichzeitiger Abgabe unserer Antwort in Petersburg im Stande sind.

Tschirschky.

^{a)} Vgl. n. 1504.

Nr. 1499. *Tel. aus Cetinje, 9. April 1909 Nr. 56 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.*

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm No. 58. Ich habe gestern unsere Antwortnote der fürstlichen Regierung zugemittelt. Ministerpräsident, dem ich nachmittags begegnete, gab mit Effusion seiner Freude und Dankbarkeit Ausdruck. Soviel ich bisher konstatieren konnte, wird die Wiederherstellung freundnachbarlicher Beziehungen zur Monarchie, sowohl in Regierungs- als auch in den verschiedenen Bevölkerungskreisen, wie die Befreiung von einem Alpdruck, der in den letzten Monaten auf Montenegro gelastet habe, empfunden. Man hofft auf baldige Aufhebung der Grenzsperre und Regelung der Handelsbeziehungen zur Nachbar-

monarchie, auf welche Montenegro angewiesen sei. Falls eine gleiche Stimmung auch in den übrigen Landesteilen, wie dies zu erwarten ist, zur Geltung kommt, so wird es dem Fürsten nicht schwer fallen, die Änderung seiner Politik, welche wohl nur von der Opposition zu Angriffen ausgenützt werden dürfte, vor seinem Volke zu rechtfertigen. Kuhn.

Nr. 1500. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 9. April 1909 Nr. 181 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Ich telegraphiere nachstehend nach Skutari: Über Ersuchen des Grossvezirs, der mir mitteilte, dass Baron Nopsca wieder im dortigen Vilajet herumreise und Geld verteile, was Aufregung unter der Bevölkerung hervorrufe, wollen Euer Hochwohlgeboren dem Genannten nahelegen, seine Tätigkeit einzustellen, respektive Vilajet zu verlassen. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 1439, 1509.

Nr. 1501. Tel. des Gesandten Grafen Albert Nemes aus Paris, 9. April 1909 Nr. 28 (eing. 9 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 58 vom 8. d. M. Herr Bapst teilt mir soeben folgendes brieflich mit: „Le ministre accepte l'idée de faire remettre à Vienne par Monsieur Crozier la réponse relative à l'annexion de la Bosnie et Herzégovine. Mais il dit à Crozier de ne pas devancer son collègue russe.“

Nemes.

^{a)} Vgl. n. 1543.

Nr. 1502. Tel. nach Rom, 9. April 1909 Nr. 83 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 95 vom 8. d. M. erhalten. Was die bei unserer demande en règle beobachtete formelle Vorgangsweise anbelangt, so können Euer Exzellenz Herrn Tittoni, falls er Ihnen gegenüber auf diesen Punkt zu sprechen kommen sollte, mitteilen, daß unsere Démarche in Berlin in derselben Art und Weise erfolgt ist, wie jene in Rom und daß das deutsche Kabinett durch eine Note, die Herr von Tschirschky an mich richtete, bereits seine Zustimmung zur Aufhebung des Artikels XXV des Berliner Vertrages ausgesprochen hat. Euer Exzellenz sind übrigens ermächtigt, falls der Herr Minister des Äußern darauf Wert legen sollte, unsere demande en règle nachträglich in die Form einer Note an das italienische Kabinett zu kleiden. Hinsichtlich des modus procedendi, den wir bezüglich des Artikels XXIX einzuhalten gedenken, wollen Euer Exzellenz Herrn Tittoni sagen, daß ich an meiner ursprünglichen Absicht, diesbezüglich zunächst gemeinschaftlich mit dem römischen Kabinett an die russische Regierung heranzutreten, um diese letztere zum Anschlusse an unseren Akkord einzuladen, jetzt nicht mehr festhalte. Für eine solche Démarche erscheint mir angesichts des fait accompli, welches durch die Regelung unserer Kontroverse mit Montenegro geschaffen wurde, kein Grund mehr vorhanden. Ich beabsichtige, in der Frage des Artikels XXIX vielmehr folgendermaßen vorzugehen: Sobald mir die formelle Zustimmung der

italienischen Regierung zur Abrogierung des Artikels XXV, die ich binnen kurzem erwarte, durch Herzog von Avarna offiziell mitgeteilt sein wird, werden Euer Exzellenz ermächtigt werden, die mit Herrn Tittoni vereinbarte Note, in der wir unsere Bereitwilligkeit zur Modifikation des Artikels XXIX aussprechen, an den Herrn Minister zu richten. Sodann gedenke ich die Kabinette der Signatarmächte, und zwar das russische Kabinett unter gleichzeitiger Bezugnahme auf seine Zirkularnote^{b)} von dem zwischen uns und Italien zustande gekommenen Akkord hinsichtlich der Abänderung des Artikels XXIX zu verständigen und sie einzuladen, ihre Zustimmung zu diesen Modifikationen zu erteilen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1506. — b) n. 1460.

Nr. 1503. Tel. aus St. Petersburg, 9. April 1909 Nr. 75 (eing. 10 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Den Auftrag des Telegramms No. 95 vom 7. d. Mts. — die mündliche Verständigung des Ministers des Äussern betreffend Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu Montenegro — heute ausgeführt. Indem Herr Iswolsky die Mitteilung mit Befriedigung entgegennahm, fragte er, ob ich auch zu Demarche ermächtigt sei wegen einvernehmlichen Vorgehens behufs Durchführung der beabsichtigten Abänderung des Artikels 29 des Berliner Vertrages, was ich verneinte. Berchtold.

a) Vgl. n. 1512.

Nr. 1504. Privatschreiben an den deutschen Botschafter, 10. April 1909 Nr. 1510.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Ich werde selbstverständlich nicht ermangeln, Sie von dem Wortlaute unserer Antwort auf die russische Circulardepesche vom 21. März/3. April, den Art. XXIX betreffend, sowie von dem Zeitpunkte rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, in dem die Mittheilung dieser unserer Antwort in Petersburg erfolgen wird. Sobald alle hiesigen Vertreter der Signatarmächte mir in Form von Noten die Zustimmung ihrer Regierungen zur Abrogierung des Artikels XXV notificirt haben werden, werde ich die genannten Mächte — ebenfalls durch Noten, welche von den k. u. k. Vertretern zu überreichen wären — von dem mit dem Cabinet von Rom bezüglich des Artikels XXIX erzielten Accord in Kenntnis setzen und an sie die Frage richten, ob sie auch ihrerseits zu den vereinbarten Modificationen dieses Artikels ihre Zustimmung ertheilen. Eine solche ausdrücklich auf die russische Circulardepesche bezugnehmende Note wird auch an das Cabinet von St. Petersburg gerichtet werden.

a) Vgl. n. 1498.

Nr. 1505. Tel. aus Rom, 10. April 1909 Nr. 96 (eing. 11. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 82 vom 8. d. M. Bei meiner kurzen Unterredung, die ich heute mit Herrn Tittoni hatte, der nachmittags

angekommen war und abends nach Venedig weiterfährt, habe ich beide Zwischenfälle zur Sprache gebracht. Seine Entgegnungen waren eher konfus, gaben mir aber den Eindruck, dass es sich eher um Mangel an diplomatischer Routine und keineswegs um eine beabsichtigte Rücksichtslosigkeit handelt. Ad 1 sagte er, dass keine Zeit zu verlieren war, Sache abzuschliessen, nachdem russischer Vorschlag aufgetaucht war mit Aufhebung des Artikels 6. Auf sofortige ...^{b)} dieser russischen Proposition seinerseits tut sich Herr Tittoni einiges zugute. Im Übrigen sei die schliesslich akzeptierte Formel der Feder des Fürsten von Montenegro entsprungen und keineswegs mit der italienischen identisch. Ad 2 liess den Minister sein Gedächtnis einigermaßen im Stich. Er bestätigte mit ...^{c)} die mit Telegramm No. 92 vom 5. d. M. gemeldete Erklärung gegeben zu haben, konnte sich aber nicht erinnern, Herzog von Avarna einen gegenteiligen Auftrag gegeben zu haben. Wahrscheinlich, sagte er, müsse die Sache mit der vorbezogenen russischen Proposition zusammenhängen, die einen anderen modus procedendi wünschenswert erscheinen liesse. Für Inhalt des Schlusslineas^{d)} des eingangs bezogenen Telegrammes war Herr Tittoni sehr empfänglich. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 1508, 1513. — ^{b)} Chiffre fehlt. — ^{c)} Chiffre verstümmelt. — ^{d)} Beginnt: „Wenn Euer Exzellenz.“

Nr. 1506. Tel. aus Rom, 10. April 1909 Nr. 98 (eing. 11. April 9 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm No. 83 von gestern. Frage der Übermittlung der demande en règle mittelst Note wurde heute seitens des Ministers des Äussern nicht berührt. Derselbe ist mit dem vorgeschlagenen Modus procedendi vollkommen einverstanden und hofft auf sofortige Finalisierung.
Lützow.

Nr. 1507. Tel. aus London, 11. April 1909 Nr. 83 (eing. 12. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Bezug auf meine Telegramme 78 und 79 vom 5. d. M. Italienischer Geschäftsträger hat heute Ermächtigung seiner Regierung erhalten, Foreign Office offiziell mitzuteilen, dass Modifikation des Artikels 29 die italienische Regierung voll befriedigt habe. Zustimmung der letzteren zur Aufhebung Artikels 25 wurde hier bereits formell bekanntgegeben, doch versprach mir italienischer Geschäftsträger, dieselbe anlässlich seiner heute erfolgten Demarche zu wiederholen.
Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1523.

Nr. 1508. Note des ital. Botschafters in Wien, 11. April 1909 Nr. 179/956 (eing. 11. April).^{a)} Ausfert.

Par une communication en date du 3 Avril courant,^{b)} Son Excellence l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie a bien voulu demander, au nom du Gouvernement Impérial et Royal, à Son Excellence le Ministre des Affaires Étrangères d'Italie si le Gouvernement Royal serait disposé à procéder à

la suppression de l'article XXV du Traité de Berlin. En réponse à cette communication j'ai l'honneur, conformément aux instructions que je viens de recevoir, de notifier formellement à Votre Excellence l'adhésion du Gouvernement du Roi à la suppression de l'article XXV du Traité de Berlin et de Lui exprimer, en même temps, le désir de recevoir, en cette occasion, la confirmation de Ses déclarations précédentes, concernant les modifications à introduire dans l'article XXIX du dit Traité. Avarna.

a) Oe.-U. Bosnien 129 Nr. 182. Vgl. n. 1505, 1513 Anm. b. — b) Vgl. n. 1443.

Nr. 1509. Tel. nach Konstantinopel, 12. April 1909 Nr. 145 (chiff. 2 U. 50 M. p. m.). Konz. (S. Pitner; V. u. G. Macchio).

Antwort auf Telegramm Nro. 181. Beschwerde der Pforte hängt mit früherer Tätigkeit Baron Nopcsa's, welche auf eine hieramtliche geheime Vorbereitungsaktion zurückzuführen war, zusammen. Mit Klärung der politischen Lage wurde diese eingestellt, wie auch Herr Konsul Kral meldet, Baron Nopcsa entsprechend informirt. Dessen beanständete Tätigkeit bezieht sich daher auf eine frühere Zeit und dürfte dermalen nicht mehr Anstoß erregen. Aehrenthal.

Nr. 1510. Tel. aus London, 12. April 1909 Nr. 84 (eing. 4 U. 35 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu seiner, mit Bericht vom 6. d. M. No. 30 Ab^{b)} vorgelegten Note vom 5. d. M. teilt mir Sir E. Grey soeben schriftlich mit,^{c)} „daß er nunmehr bereit sei, zur Aufhebung des Artikels 25 des Berliner Vertrages zu schreiten.“ Mensdorff.

a) Vgl. n. 1523, 1524. — b) Nicht aufgenommen. Enthält nähere Ausführungen zu den in n. 1474 und 1475 gebrachten Mitteilungen. — c) n. 1511.

Nr. 1511. Note des Foreign Office an den Botschafter in London, 12. April 1909 (eing. mit Bericht aus London 16. April 1909 Nr. 32 B am 19. April).^{a)} Ausfert.

With reference to the communication which I addressed to Your Excellency on the 5th instant, I have the honour to inform you that I am now ready to proceed to the suppression of Article 25 of the Treaty of Berlin. Grey.

a) Vgl. n. 1510, 1523, 1524, 1531.

Nr. 1512. Tel. nach St. Petersburg, 12. April 1909 Nr. 97 (chiff. 9 U. 40 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Der russische Botschafter, der heute bei mir erschienen ist, sprach sich im Auftrage seiner Regierung ganz im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes vom 9. d. M., Nr. 75, aus, indem er auf die mündliche Eröffnung Euer Exzellenz, betreffend die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu Montenegro Bezug nahm und die Befriedigung Herrn Iswolskys

über diese Mitteilung zum Ausdrucke brachte. Hierauf stellte Fürst Ourousoff die Anfrage, ob das Wiener Kabinett nunmehr die russische Proposition wegen eines einvernehmlichen Vorgehens behufs der beabsichtigten Modifikation des Artikels XXIX beantworten würde. Ich antwortete dem Herrn Botschafter, indem ich darauf hinwies, daß die russische Regierung dem Berliner Kabinette gegenüber die Zusicherung erteilt habe, der Abrogierung des Artikels XXV formell und ohne Reserve zuzustimmen, sobald wir mit einem diesbezüglichen Ansinnen an sie herantreten würden. Nun hätten wir die bezügliche demande en règle, und zwar noch vor Empfang der Note der russischen Botschaft vom 3. d. M., betreffend Artikel XXIX, in Petersburg anhängig gemacht; ich sei daher berechtigt, vor allem die Antwort des Petersburger Kabinettes auf unsere obige demande zu gewärtigen. Unmittelbar nach Empfang derselben würde ich mich beeilen, Euer Exzellenz zu beauftragen, der dortigen Regierung unter Bezugnahme auf ihre vorerwähnte Proposition formell unsere Bereitwilligkeit auszusprechen, der Modifikation des Artikels XXIX im Sinne der von uns mit Italien als Adriamacht getroffenen Vereinbarungen zuzustimmen, unter der Voraussetzung, daß die übrigen Signatarmächte sich einverstanden erklären. Damit diese unsere Mitteilung betreffs Artikels XXIX unmittelbar nach Empfang der russischen betreffs Artikels XXV erfolgen könne, werde ich Euer Exzellenz morgen den Wortlaut unserer projektierten Note telegraphisch mitteilen; ich behalte mir vor, Euer Exzellenz sofort nach Eintreffen der russischen Mitteilung zur Übergabe unserer Note telegraphisch zu ermächtigen. Indem ich Euer Exzellenz ersuche, sich im vorstehenden Sinne an maßgebender Stelle auszusprechen, füge ich hinzu, daß mir sowohl vom deutschen als vom italienischen Botschafter die die Zustimmung ihrer Regierungen zur Abrogierung des Artikels XXV enthaltenden Noten bereits übergeben worden sind.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1514, 1517, 1527, 1535.

*Nr. 1513. Tel. aus Rom, 13. April 1909 Nr. 100 (eing. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 84^{b)} von gestern. Ich habe heute abends Herrn Tittoni Note betreffend Modifikation des Artikels 29 überreicht und beabsichtige voraussichtlich morgen abends Urlaub anzutreten.

Lützow.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 130 Nr. 183. Vgl. n. 1505, 1587. — ^{b)} 11. April 1909 (chiff. 5 U. p. m.; S. u. G. Kinsky). Der Botschafter wird, da der italienische Botschafter soeben eine Note betreffend die Abrogierung des Art. 25 übermittelt hat (n. 1508), ermächtigt Herrn Tittoni die ö.-u. Note betreffend die Abänderung des Art. 29 zu übergeben. Vgl. Beilage zu n. 1375.

Nr. 1514. Tel. nach St. Petersburg, 13. April 1909 Nr. 98 (chiff. 8 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

Zu meinem gestrigen Telegramme No. 97. Nachstehend der Text der Note,^{b)} die Euer Exzellenz an das russische Kabinett seinerzeit richten

wollen: Le soussigné a l'honneur, d'ordre de son Gouvernement, de porter ce qui suit à la connaissance de Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères: Le Gouvernement Impérial et Royal est disposé à consentir à la suppression des dispositions de l'article XXIX du Traité de Berlin aux alinéas 5, 7, 8, 9, 10 et 11, contenant des restrictions des droits de souveraineté du Monténégro, en tant que cette suppression aura obtenu le consentement de toutes les Puissances signataires dudit Traité. Quant à l'alinéa 6 du même article, il a été convenu dans un échange d'idées entre le Cabinet de Vienne et celui de Rome, directement intéressé lui aussi dans la Mer Adriatique, que cet alinéa devra être remplacé par le suivant: „Le port d'Antivari doit conserver le caractère de port commercial; il ne pourra pas y être érigé des ouvrages qui le transforment en port militaire.“ En communiquant ce qui précède à Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères, le soussigné a l'honneur, d'ordre de son Gouvernement, de Le prier de bien vouloir l'informer, si le Cabinet de St. Petersbourg est disposé à adhérer aux modifications ci-dessus énumérées de l'article XXIX du Traité de Berlin. Ce Cabinet ayant émis par sa circulaire du 31 mars 3 avril a. c. No. 547 une proposition dans le même sens, relative au dit article, le Cabinet de Vienne se plaît à croire, que le Gouvernement Impérial adhèrera aux modifications en question. Zu der tatsächlichen Absendung dieser Note werden Euer Exzellenz noch durch eine besondere telegraphische Weisung ermächtigt werden.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1535, 1537, 1542. — b) Vgl. n. 1375 Beilage.

Tel. nach Berlin, 14. April 1909 Nr. 126 (Schiff. S. U. 55 M. p. m.). Sisko n. 1516.

Nr. 1515. Tel. nach Konstantinopel, 14. April 1909 Nr. 146 (Schiff. S. U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Frankenstein; G. Aehrenthal).

Der hiesige türkische Botschafter hat hier gestern im Auftrage seiner Regierung die Erklärung abgegeben, daß die Pforte den uns Auge gefaßten Modifikationen des Artikels XXIX in den Alinéas 6—11 ihre Zustimmung zu erteilen bereit sei, gleichzeitig aber auch im Hinblick auf den zwischen den Alinéas 7 und 4 bestehenden Konnex die Abrogierung dieses letzteren Alinéas wünsche. Ich habe Reschid Pascha gegenüber in meiner Erwiderung darauf hingewiesen, daß dieses 4. Alinéa zweierlei Bestimmungen umfasse. Was den ersten Teil des Alinéas betreffe, welcher Montenegro freie Schifffahrt auf der Bojana einräume, so würde meiner Ansicht nach das Fürstentum kaum zu bewegen sein, auf dieses Recht zu verzichten. Unter diesen Umständen erschiene mir ein Versuch, die Zustimmung der Mächte zur Aufhebung der ersten Stipulation des fraglichen Alinéas zu erlangen, wohl aussichtslos. Was jedoch den zweiten Satz dieses Alinéas anbelange, so hätte ich gegen dessen Abrogierung kein Bedenken, vorausgesetzt natürlich, daß auch die übrigen Signatarmächte sich damit einverstanden erklärten. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1479, 1516, 1542, 1576, 1622, 1648.

Nr. 1516. Tel. nach London Nr. 76 (1), Paris Nr. 60 (2), Rom Nr. 85 (3), Berlin Nr. 126 (4) und St. Petersburg Nr. 99 (5), 14. April 1909 (chiff. 8 U. 55 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

1., 2., 4., 5. Sobald ich im Besitze der formellen Zustimmung aller Signatarmächte zur Aufhebung des Artikels XXV sein werde, — eine solche ist mir bisher bloß seitens Deutschlands und Italiens zugekommen — werde ich

4., 5. wie Hochdensenben bekannt ist

1., 2., 4., 5. Euer etc. ebenso wie die übrigen k. und k. Vertreter bei den Signatarmächten anweisen, die dortigen Regierungen über die von den Kabinetten von Wien und Rom, welche an den Adriafragen besonders interessiert sind, vereinbarten Modifikationen des Artikels XXIX mittels identischer Noten zu informieren und sie um eine Mitteilung darüber zu ersuchen, ob sie diesen Modifikationen zustimmen. Inzwischen hat mich der hiesige türkische Botschafter von der Bereitwilligkeit seiner Regierung, den ins Auge gefaßten Modifikationen des Artikels XXIX in den Alineas 6 bis 11 zuzustimmen, in Kenntnis gesetzt und gleichzeitig den Wunsch der Pforte zum Ausdruck gebracht, daß im Hinblick auf den zwischen den Alineas 7 und 4 dieses Artikels bestehenden Konnex auch dieses letztere Alinea abrogirt werde. (Scribatur ex Telegramm nach Konstantinopel vom 14. I. M., Nr. 146, von: „Ich habe Reschid . . .“ bis „ . . . damit einverstanden erklärten.“) Vorstehendes zu Euer etc. Information und Regelung Ihrer Sprache.

3. Ich telegraphiere wie folgt an Markgraf Pallavicini: (Scribatur Telegramm Nr. 146 in extenso von „Der hiesige türkische Botschafter“ . . . bis . . . einverstanden erklärten.“) Vorstehendes zu Euer Hochgeboren Information und Regelung Ihrer Sprache.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 130 Nr. 184. Vgl. n. 1520, 1524, 1526.

Tel. nach Paris, 14. April 1909 Nr. 60 (chiff. 8 U. 55 M. p. m.). Siehe n. 1516.

Tel. nach Rom, 14. April 1909 Nr. 85 (chiff. 8 U. 55 M. p. m.). Siehe n. 1516.

Tel. nach St. Petersburg, 14. April 1909 Nr. 99 (chiff. 8 U. 55 M. p. m.). Siehe n. 1516.

Nr. 1517. Tel. aus St. Petersburg, 14. April 1909 Nr. 78 (eing. 15. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Informé ministre du contenu du télégramme de Votre Excellence No. 97 en date de 12 avril. Dans sa réponse Monsieur Isvolski m'a assuré d'un ton maussade qu'il n'avait jamais songé à une corrélation entre proposition russe au sujet de l'article XXIX et demande du cabinet de Vienne concernant article XXV. Aussi ne pouvait-il s'en expliquer le motif, vu que la Russie n'avait jamais manqué à ses engagements et n'avait nullement l'intention d'agir autrement à l'avenir. Attendu cependant que Votre Excellence se plaçait sur le terrain susindiqué, ministre ne manquerait pas de prendre les ordres de Sa Majesté l'Empereur. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1519, 1527.

Nr. 1518. Erlaß nach Belgrad, 15. April 1909 Nr. 1529. Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Ich bestätige Euer Hochgeboren den Empfang Ihres Berichtes vom 3. 1. M., Nr. 36/A, in welchem Sie interessante und beachtenswerte Erwägungen an die Beendigung unserer Kontroverse mit Serbien knüpfen. Auch ich bin der Ansicht, daß der Ausgang der Krise, die Europa durch Monate hindurch in Atem gehalten hat, und die trotz aller Hindernisse und Widerstände erfolgte Anerkennung der Annexion nicht ohne Nutzen für unser Verhältnis zu Serbien sein dürften, zumal da ich doch glauben möchte, daß die russische Hypnose in Serbien eine Erschütterung erlitten haben dürfte; ich stimme auch in dem Gedanken mit Euer Hochgeboren überein, daß die Zurückwerfung der großserbischen Idee auf das künftige Verhalten des Save-Königreiches eine gewisse Rückwirkung haben wird. Ebenso wenig wie Euer Hochgeboren gebe ich mich jedoch in dieser Hinsicht Illusionen hin. Es gäbe, wie Euer Hochgeboren sehr treffend dargelegt haben, zwei Möglichkeiten, mit unseren kleinen Nachbarn zu einem guten Verhältnisse zu gelangen. Was den ersten dieser Wege anbelangt, nämlich die serbischen Aspirationen auf den Sandschak, Mazedonien und die Verbindung mit der Adria über türkisches Territorium offen zu unterstützen, so hielte auch ich es für einen großen Fehler, diesen Weg einzuschlagen; auch denke ich nicht daran, ihn zu betreten. Die zweite von Euer Hochgeboren erwähnte Möglichkeit, um mit Serbien zu einem guten politischen Verhältnisse zu gelangen, verdient jedoch unsere volle Aufmerksamkeit. Auch ich bin der Meinung, daß das uns vorschwebende Ziel durch möglichste Berücksichtigung und Förderung der serbischen wirtschaftlichen Interessen bei voller Wahrung der unsrigen, erreicht werden könnte. Ich verhehle mir natürlich keineswegs die großen Schwierigkeiten, auf welche die Durchführung des in Rede stehenden Programms angesichts der in Österreich und in Ungarn bestehenden agrarischen Strömungen stößt. Allein ich gebe mir auch vollkommen Rechenschaft von der außerordentlichen Wichtigkeit, auf diesem Wege einen modus vivendi mit Serbien herzustellen. Denn würden wir nach Vernichtung der politischen Ideale des Save-Königreiches auch dessen wirtschaftliche Existenz unmöglich machen, so würde unser Vorgehen zweifellos auf der Balkanhalbinsel tiefen Argwohn wecken und in Europa als Unterdrückung und Ausbeutung der kleinen Staaten gebrandmarkt werden, ja es wäre zu besorgen, daß eine solche Vorgangsweise der Monarchie in Bulgarien und der Türkei, vielleicht sogar in Rumänien den Anstoß geben könnte, der Idee eines Balkanbundes, die bisher eine Chimäre war, ernstlich näherzutreten. Aus diesen Konsiderationen hat sich in mir die feste Überzeugung gebildet, daß es für unsere ganze Balkanpolitik und für unsere Stellung am Balkan überhaupt von allergrößter und weitreichendster Bedeutung ist, auf dem Wege der möglichsten Berücksichtigung und Förderung der ökonomischen Interessen Serbiens die eingangs erwähnten günstigen Wirkungen der Annexionspolitik zu befestigen und zu vertiefen und auf diesem Wege zu einem modus vivendi mit Serbien zu gelangen. Ich halte es daher für meine Pflicht, mich bei der k. k. und bei der königlich ungarischen Regierung mit meinem ganzen Einflusse zu verwenden, damit dieser Weg

gangbar gemacht werde. In Übereinstimmung mit der von Euer Hochgeboren wiederholt geäußerten Auffassung bin ich übrigens der Ansicht, daß die Frage unseres Verhältnisses zu Serbien nur einen Theil des südslavischen Problems bildet, und nur im Zusammenhange und Einklange mit der in den beiden Staaten der Monarchie und in den annectirten Provinzen der südslavischen Bevölkerung gegenüber befolgten inneren Politik behandelt werden kann.

Nr. 1519. Tel. nach Berlin, 15. April 1909 Nr. 127 (chiffr. 8 U. 15 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm von gestern Nr. 138.^{b)} Graf Berchtold telegraphiert unterm gestrigen wie folgt: ... *wie n. 1517 von „Informé Ministre“ bis „S. M. l'Empereur.“* ... Ich habe diese Meldung mit nachstehendem Telegramm beantwortet: ... *wie n. 1527* ... Ich werde Euer Exzellenz rechtzeitig davon in Kenntniss setzen, wenn Graf Berchtold ermächtigt werden wird, das russische Circular^{c)} zu beantworten. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Mitteilung an die dortige Regierung.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1535. — ^{b)} Tel. aus Berlin, 14. April 1909 Nr. 138 (eing. 15. April, 9 U. a. m.) meldet: „Staatssekretär erwartet Mitteilung von Euer Excellenz, daß Graf Berchtold ermächtigt wird, Antwort auf russisches Zirkulare betreffend Artikel 29 in Petersburg zu übergeben, um deutschen Vertreter in Petersburg zu beauftragen, gleichlautende Antwort zu erteilen. Baron Schoen läßt Euer Excellenz melden, daß nach — durch mich — erfolgter Überreichung der Note betreffs Artikels 29 Herr von Tschirschky ermächtigt werden wird, Zustimmung der deutschen Regierung Euer Excellenz zur Kenntniss zu bringen.“ — ^{c)} n. 1460.

Nr. 1520. Tel. aus Berlin, 15. April 1909 Nr. 139 (eing. 16. April 9 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramm Nro. 126 von gestern. Türkischer Botschafter hat gestern hier ähnliche Demarche gemacht, aber hervorgehoben, daß es sich für die Pforte nur um die Abrogation des zweiten Theiles des Alineas 4 handelt. Staatssekretär antwortete, daß wenn die übrigen Signatarmächte damit einverstanden sind, deutsche Regierung keine Einwendung zu erheben hätte.

Szögyény.

Nr. 1521. Erlaß nach Konstantinopel, 15. April 1909 Nr. 1547.^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. und G. Aehrenthal).

Geheim. Ich bin mit den Ausführungen des Berichtes vom 7. d. M., Nr. 28 C, und namentlich damit vollkommen einverstanden, daß Euer Exzellenz bestrebt sind, den Eindruck zu vermeiden, als ob wir an dem baldigen definitiven Abschluß des Abkommens über den Sandjak ein besonderes Interesse hätten. Euer Exzellenz wollen auch fernerhin bei Ihren Unterredungen mit den türkischen Ministern sich von diesem Gesichtspunkte leiten lassen und Ihrerseits das Sandjak-Abkommen nicht zur Sprache bringen. Selbstredend tritt hiedurch eine Abänderung der Euer Exzellenz zugekommenen Instruktionen nicht ein; sollte von türkischer Seite an

Hochdieselben wegen der Unterzeichnung des Geheimvertrages herangetreten werden, so sind Euer Exzellenz nach wie vor hiezu ermächtigt. Allerdings beabsichtige ich, der Pforte diesbezüglich nicht länger im Wort zu bleiben, als bis zum Moment der Ratifizierung des Entente-Protokolles, die bekanntlich am 26. d. M. zu erfolgen hat. Wenn die Pforte bis zu diesem Zeitpunkte nicht spontan die Unterzeichnung des Sandjak-Abkommens bei Euer Exzellenz in Anregung bringt, so müßte ich dies als einen Beweis dafür auffassen, daß sie die Idee, die fragliche Vereinbarung mit uns zu treffen, überhaupt fallen gelassen habe. Sollte also nach der Ratifizierung des Entente-Protokolles türkischerseits auf die Unterfertigung des Sandjakabkommens zurückgekommen werden, so wollen Hochdieselben unter Betonung des Umstandes, daß wir der Pforte lange genug Zeit gelassen hätten, zu einem endgiltigen Entschluß zu kommen, daß sie aber die mehrfachen Anregungen Euer Exzellenz in dieser Richtung stets dilatorisch behandelt habe, sich im Sinne des Vorstehenden dahin äußern, daß wir bei dieser Sachlage zu der Annahme berechtigt gewesen wären, die Pforte selbst habe das ihrer Initiative entsprungene Projekt des Übereinkommens aufgegeben. Was die Schlußbemerkung Ihres Berichtes anbelangt, so brauche ich nicht besonders hervorzuheben, daß wir auf eine Abänderung des vereinbarten Textes unter keiner Bedingung eingehen könnten; der Vertragsentwurf in seiner gegenwärtigen Fassung enthält das Maximum an Konzessionen, die wir der Türkei gewähren können, und ein Vergleich zwischen Leistung und Gegenleistung fällt ohnedies bereits stark zu unseren Ungunsten aus. Hinsichtlich der Ereignisse, die sich in den letzten Tagen in Konstantinopel abspielten, möchte ich in diesem Zusammenhange nur kurz bemerken, daß sich die weitere Entwicklung der Dinge im gegenwärtigen Momente zwar noch nicht absehen läßt; es scheint aber so viel festzustehen, daß die Autorität des Sultans, der diesen Vorgängen nicht ganz ferne stehen dürfte, wieder mehr in den Vordergrund tritt. Was immer aber das Resultat der innerpolitischen Kämpfe in der türkischen Hauptstadt sein mag, an dem Standpunkte, den wir in der Frage des Sandjak-Abkommens einnehmen, werden wir jeder Regierung gegenüber festhalten.

a) Vgl. n. 1601, 2446.

*Nr. 1522. Österr.-ung. Ratifikation des Protokolls zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei vom 26. Feb. 1909; Wien, 15. April 1909.^{a)}
Konz. (S. Peter; G. Macchio).*

Le soussigné Ministre de la Maison Impériale et Royale et des Affaires Etrangères ratifie au nom du Gouvernement Impérial et Royal commun d'Autriche-Hongrie le contenu du Protocole signé à Constantinople, le 26 février 1909, et dont la teneur est la suivante:

PROTOCOLE.

Le Gouvernement Impérial et Royal commun d'Autriche-Hongrie et le Gouvernement Impérial Ottoman, désirant donner, d'un commun accord, une solution à certaines questions pendantes entre eux, les soussignés:

Jean Marquis Pallavicini, Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire d'Autriche-Hongrie, et

Husséïn Hilmi Pacha, Grand Vézir, et

Gabriel Effendi Noradounghian, Ministre ad intérim Impérial Ottoman des Affaires Etrangères, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, sont convenus des stipulations suivantes :

Article I^{er}

L'Autriche-Hongrie déclare renoncer d'une façon expresse à tous les droits qui lui ont été conférés par rapport à l'ancien Sandjak de Novi-Bazar par le Traité de Berlin et la Convention de Constantinople du 21 avril 1879.

Article II.

La Convention du 21 avril 1879, ainsi que la protestation de la Sublime Porte contre la décision du Gouvernement commun d'Autriche-Hongrie, concernant la Bosnie et l'Herzégovine, et toutes les autres dispositions ou stipulations existantes entre les Hautes Parties contractantes, et contraires à cette décision, sont abrogées et remplacées par le présent Protocole qui constate que toute divergence au sujet de ces deux provinces est aplanie entre Elles et que le Gouvernement Ottoman reconnaît d'une façon expresse le nouvel état de choses en Bosnie-Herzégovine créé par ladite décision.

Article III.

Les originaux de la Bosnie et de l'Herzégovine qui se trouvent actuellement en Turquie — à l'exception des personnes indiquées dans les notes qui seront échangées entre les Parties contractantes lors de la ratification du présent Protocole — ainsi que les sujets Ottomans originaux des différentes parties de l'Empire Ottoman de passage ou en résidence fixe en Bosnie-Herzégovine, continueront à conserver leur nationalité Ottomane comme par le passé.

Les habitants de la Bosnie et de l'Herzégovine domiciliés dans ces provinces seront libres d'émigrer dans l'Empire Ottoman en se conformant, comme auparavant, aux lois de la Bosnie et de l'Herzégovine, et ils seront admis en Turquie comme Ottomans. Ceux-ci de même que les originaux de la Bosnie et de l'Herzégovine qui se trouvent actuellement en Turquie auront toujours le droit de disposer pleinement de leurs immeubles sis en Bosnie et en Herzégovine, de les affermer ou de les administrer directement par eux-mêmes ou par des tiers.

Il est entendu que les originaux de la Bosnie et de l'Herzégovine qui, sans esprit d'émigration, se rendraient désormais en Turquie, y seront traités sur le même pied que les sujets autrichiens ou hongrois.

Article IV.

La liberté et la pratique extérieure du culte musulman seront assurées, comme par le passé, aux personnes habitant ou séjournant en Bosnie et en Herzégovine.

Les musulmans continueront à jouir des mêmes droits civils et politiques que tous les habitants de la Bosnie et de l'Herzégovine appartenant à d'autres cultes.

Le nom de Sa Majesté Impériale le Sultan, comme Khalife, continuera à être prononcé dans les prières publiques des musulmans.

Les droits des fondations pieuses (vakoufs) seront respectés, comme par le passé, et aucune entrave ne sera apportée aux rapports des musulmans avec leurs chefs spirituels qui dépendront comme toujours du Cheik-ul-Islamat à Constantinople lequel donnera l'investiture au Réis-ul-Uléma.

Article V.

Une décision arbitrale ayant constaté de plus que, d'après le Code foncier Ottoman, l'Etat Ottoman possédait en Bosnie-Herzégovine des biens immeubles de diverses natures, le Gouvernement commun d'Autriche-Hongrie s'engage à payer à Constantinople dans un délai de quinze jours, qui suivront la ratification du présent Protocole, au Gouvernement Ottoman, une somme de deux et demi millions de livres turques en or comme contre-valeur de ces biens immeubles.

Article VI.

L'Autriche-Hongrie s'engage à conclure avec la Turquie, dans un délai de deux ans à compter de la date de la ratification du présent Protocole sur la base du droit public européen, un traité de commerce qui sera mis en vigueur en tant que les autres traités de commerce de la Sublime Porte seront conclus et mis en vigueur sur la même base.

En attendant, l'Autriche-Hongrie consent, après un délai de quinze jours à partir de la ratification du présent acte, à l'élévation de 11 à 15⁰/₀ des droits de douane ad valorem en Turquie,

ainsi qu'à l'établissement de nouveaux monopoles ou au prélèvement de surtaxes de consommation, sur les cinq articles suivants : pétrole, papier à cigarettes, allumettes, alcools, cartes à jouer :

tout cela à condition qu'un même traitement soit appliqué simultanément et sans distinction aux importations des autres pays.

En tant qu'il s'agit de l'importation d'articles faisant l'objet d'un monopole, l'administration de ces monopoles est tenue de se fournir d'articles de provenance autrichienne ou hongroise suivant le pourcentage établi sur la base de l'importation annuelle de ces mêmes articles, pourvu que les prix à offrir pour la livraison des articles de monopole se conforment à la situation du marché au moment de l'achat tout en prenant en considération les qualités des marchandises à fournir et la moyenne des prix, qui ont été notés dans les trois dernières années pour lesdites qualités.

Il est, en outre, entendu que si la Turquie au lieu d'établir de nouveaux monopoles sur les cinq articles susmentionnés, se décidait à les frapper de surtaxes de consommation, ces surtaxes seraient imposées dans la même hauteur aux produits similaires de la Turquie et de toute autre nation.

Article VII.

Reconnaissant le droit régalien du Gouvernement Ottoman sur le service des postes, le Gouvernement commun d'Autriche-Hongrie s'engage à supprimer, dès la ratification du présent acte, les offices postaux Impériaux Royaux, fonctionnant actuellement en Turquie dans des localités où il n'existe pas d'autres bureaux de poste étrangers. Il s'engage, en outre, à supprimer également les autres offices postaux Impériaux Royaux dans l'Empire Ottoman au fur et à mesure que les Puissances ayant des bureaux de poste en Turquie auront supprimé les leurs.

Article VIII.

La Sublime Porte se proposant d'ouvrir en Conférence européenne ou autrement avec les Grandes Puissances intéressées des négociations en vue de faire cesser le régime capitulaire en Turquie, en le remplaçant par le régime du droit international, l'Autriche-Hongrie, en reconnaissant le bien fondé de ces intentions de la Sublime Porte, déclare dès maintenant vouloir lui prêter à cet effet son plein et sincère appui.

Article IX.

Le présent Protocole sera ratifié et entrera en vigueur immédiatement après l'échange des ratifications. Les ratifications en seront échangées à Constantinople aussitôt que faire se pourra et au plus tard dans deux mois.

Fait en double expédition à Constantinople, le 26 février 1909.

(L. S.) PALLAVICINI m. p.

(L. S.) H. HILMÝ m. p.

(L. S.) GABRIEL NORADOUNGHIAN m. p.

Le soussigné déclare que les stipulations de ce Protocole seront fidèlement observées et exécutées dans toute leur teneur.

Cette déclaration est destinée à être échangée contre une déclaration analogue portant la ratification du Gouvernement Impérial Ottoman.

Vienne, le 15 avril 1909.

AEHRENTHAL.

^{a)} Drucke bei L. Bittner, Chronol. Verz. d. österr. Staatsverträge III 599 Nr. 5336. — Die Ratif. des türk. Ministers des Äußern, Rifaat Pascha, d. d. Konstantinopel, 26. April 1909 (Ausfert.) ist mut. mut. gleichlautend. Der Austausch der Ratif. erfolgte am 26. April in Konstantinopel. Vgl. n. 1064, 1566, 1568. Ein Austauschprotokoll liegt nicht vor.

*Nr. 1523. Tel. nach London, 15. April 1909 Nr. 77 (chiffr. 8 U. p. m.),^{a)}
Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).*

Nach Euer Exzellenz Telegramm No. 84 vom 12. d. M. hatte ich erwartet, daß mir das englische Kabinett seine Zustimmung zur Aufhebung des Artikels XXV durch Sir F. L. Cartwright ohne weiteren Aufschub notifizieren werde. Nun teilte mir der Botschafter, den ich heute sprach, mit, er habe diesbezüglich noch keinerlei Instruktionen erhalten. Da Sir Edward Grey seinerzeit erklärt hat, die formelle Zustimmung der englischen

Regierung zur Abrogierung des Artikels XXV werde erfolgen, sobald wir mit Italien bezüglich Artikel XXIX einig geworden wären und da das Londoner Kabinett von unserem diesbezüglichen Accord mit Italien, wie aus Ihrem Telegramm No. 83 vom 11. d. M. hervorgeht, offiziell in Kenntnis gesetzt wurde, so kann ich mir den Grund der eingetretenen Verzögerung nicht erklären. Euer Exzellenz wollen daher dem Herrn Staatssekretär gegenüber unverweilt auf diese Momente hinweisen und ihm meinen Wunsch zum Ausdruck bringen, nunmehr ehestens in den Besitz der zustimmenden Erklärung der englischen Regierung zu gelangen, welche in Übereinstimmung mit dem von Deutschland und Italien beobachteten Vorgang im Wege des hiesigen englischen Botschafters an mich zu richten wäre. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1530, 1531.

Nr. 1524. Tel. aus London, 15. April 1909 Nr. 85 (eing. 16. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 76 vom 14. d. M. Ich habe eben Sir E. Grey gesprochen, der auf einen Tag in die Stadt kam. Bezüglich seiner Zustimmung zur Aufhebung des Artikels 25 meinte er, daß er dieselbe im Wesen schon gegeben hätte durch seine kurze Note an mich vom 12. d. M. (mein Telegramm Nr. 84). Formell wäre er bereit, diejenige Vorgangsweise zu befolgen, welche als die passendste zur Aufhebung einer internationalen Vertragsbestimmung erschiene und er ist der Ansicht, daß alle Signatarmächte dieselbe Form beobachten sollten. Er habe die anderen Regierungen nicht konsultiert, aber er meint, daß eine gleiche Vorgangsweise befolgt werden sollte, um die Aufhebung dieses Artikels zu registrieren. Ich sagte ihm, die richtige Form schiene eine Note der Wiener Botschafter der Signatarmächte an Euer Exzellenz. (Nachdem man hier etwas unbeholfen scheint, könnten vielleicht die Noten, in welchen formelle Zustimmung Deutschlands und Italiens ausgesprochen wurde, den anderen Signatarmächten als Muster anempfohlen werden.) Fortsetzung folgt. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1511, 1525, 1531.

Nr. 1525. Tel. aus London, 15. April 1909 Nr. 86 (eing. 16. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nro. 85 von heute. Betreffend Wunsch der Pforte bezüglich Alineas 4 des Artikels 29 hatte Staatssekretär noch keine Antwort gegeben. Die Erwiderung Euer Exzellenz schien ihm jedoch vollständig richtig. Sir Edward Grey schien noch ungewiß, ob bezüglich der Modifikation des Artikels 29 nicht von der einen oder anderen Seite noch Wünsche ausgesprochen werden; dieselben dürften aber nur formeller Natur sein und könnten keine ersten Schwierigkeiten mehr machen. Ich verwies darauf, daß zwischen der k. u. k. Regierung und italienischer Regierung darüber Einverständnis erzielt ist und montenegrinische Regierung durch ihre Note an italienischen Vertreter sich damit zufrieden erklärt hat. Sir Edward Grey wollte sich noch nicht zu einem vollständigen Einverständnis mit der bezüglichen Modifikation binden, so daß ich den

Eindruck habe, daß noch irgendein russischer Wunsch vorliegt. Bezüglich der Registrierung der geänderten Artikel des Berliner Vertrages sagte mir Sir Edward Grey, es werde von verschiedenen Seiten die Ansicht vertreten, daß Bestimmungen eines Vertrages, der durch eine Konferenz zustandekam, auch nur durch eine Konferenz aufgehoben werden könnten. Er selbst glaubt aber nicht, daß dies notwendig ist und meint, die Abrogationen und Veränderungen könnten ebenso gut durch Notenaustausch registriert werden, wenn sich die Mächte darüber einigen. Staatssekretär begibt sich bis 26. dieses Monats auf das Land, sagte mir aber, alle von uns besprochenen Fragen könnten auch in seiner Abwesenheit durch Sir Charles Hardinge geregelt werden.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 1530.

Nr. 1526. Tel. des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Rom, 15. April 1909 Nr. 103 (eing. 16. April 9 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nro. 85. Herr Bollati erzählte mir, dass auch der hiesige türkische Botschafter vor einigen Tagen hier eine Demarche wegen Abrogation des Alineas 4 des Artikels XXIX gemacht und von Herrn Tittoni die Antwort erhalten, dass die italienische Regierung dagegen — die Zustimmung der Signatarmächte vorausgesetzt — keine Einwendung zu erheben habe. Nach Ansicht der Consulta würde die Aufhebung des ganzen Alineas nicht eine Rechtseinschränkung für Montenegro bedeuten, da in diesem Falle die auf internationalem Recht beruhende Befugnis der freien Schifffahrt eo ipso in Kraft treten würde. Merkwürdigerweise habe die, freilich mitinteressierte Türkei auf die im Alinea 4 enthaltene Einschränkung der Souveränitätsrechte des Fürstentums aufmerksam gemacht; weder hier, noch in Petersburg, noch auch in Cetinje habe man während der Vorverhandlung daran gedacht, das Verlangen nach Aufhebung desselben zu stellen. Herr Bollati nahm meine Mitteilung über Euer Exzellenz diesbezügliches Verhalten als neuen Beweis Hochderen wohlwollenden Gesinnung dem Fürstentume gegenüber mit sichtlicher Befriedigung entgegen und will hierüber dem heute von Rom abwesenden Minister sofort berichten. Somssich.

Nr. 1527. Tel. nach St. Petersburg, 15. April 1909 Nr. 100 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. und G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 14. l. Mts., No. 78. Es befremdet mich einigermaßen, daß die Mitteilung, welche Euer Exzellenz Herrn Iswolsky im Sinne meines Telegrammes vom 12. l. Mts., No. 97, gemacht, den Herrn Minister veranlaßt hat, Hochdemselben gegenüber einen mürrischen Ton anzuschlagen. Wenn Ihr Mitredner versichert, er habe nie an das Bestehen einer Korrelation zwischen der russischen Proposition bezüglich des Artikels XXIX und unserer demande en règle in Betreff des Artikels XXV gedacht, so will ich konstatieren, daß die Redaktion der vom hiesigen russischen Botschafter überreichten Note^{b)} das Bestehen eines solchen Konnexes zum mindesten nicht ausschloß. Die betreffende Stelle lautet: ... le cabinet Impérial ayant promis son consentement à l'abrogation,

par voie d'échange de notes, de l'article XXV, estime qu'il est opportun et juste de procéder à l'abrogation ... Es ist mir aber übrigens gar nicht eingefallen, daran zu zweifeln, daß das Petersburger Kabinett die Zusage einhalten werde, nach Empfang unserer demande en règle seine formelle und bedingungslose Zustimmung zur Aufhebung des Artikels XXV zu erteilen. Ebenso wenig hat die russische Regierung Grund, darüber im Zweifel zu sein, daß das Wiener Kabinett den mit Italien vereinbarten Modifikationen des Artikels XXIX, welche ja übrigens anlässlich der Beilegung unserer Differenz mit Montenegro der fürstlichen Regierung vorbehaltlich der Zustimmung der übrigen Signatarmächte bereits zugesagt worden sind, seine formelle Zustimmung erteilen wird. Über die Art und Weise, wie diese Zustimmung erfolgen wird, sind Euer Exzellenz bereits durch mein Telegramm vom 12. 1. Mts., No. 97, informiert; auch wissen Euer Exzellenz, daß Ihnen die Ermächtigung zugehen wird, die betreffende Note nahezu gleichzeitig mit der Erteilung der Antwort des russischen Kabinettes auf unsere demande en règle zu überreichen. Wenn es in Petersburg gewünscht werden sollte, könnte ein Tag vereinbart werden, an welchem beide Noten zu überreichen wären. Euer Exzellenz wollen sich im Sinne des Vorstehenden Herrn Iswolsky gegenüber aussprechen und hiebei bemerken, wie erwünscht es wäre, daß die Abrogierung des Artikels XXV sowie die Modifikation des Artikels XXIX, bezüglich welcher sich die Kabinette von Wien und St. Petersburg in merito in Übereinstimmung befänden, nunmehr auch in formeller Beziehung ohne Verzug zum Abschluß gebracht würden. In analoger Weise werde ich mich dem hiesigen russischen Botschafter gegenüber äußern.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1519, 1534, 1535. — b) n. 1460.

Nr. 1528. Tel. der Landesregierung für Bosnien und die Herzegowina in Sarajevo an das gemeinsame Finanzministerium; Sarajevo, 15. April 1909 Nr. 2523/res. (eing. als Einsichtsstück des gemeinsamen Finanzministeriums vom 16. April 1909 Nr. 1033 Pr. B. H. am 16. April).^{a)} Abschrift.

Dr. Miroslav Spalajković war noch ein zweites Mal in Sarajevo zu Besuch bei seinem Schwiegervater Gliso Jeftanović. In Begleitung seiner Gattin traf er am 24. September 1907 hierorts angeblich mit einmonatlichem Urlaub ein, wohnte im Hause seines Schwiegervaters, verkehrte im Familienkreise und ausserdem mit intimeren Freunden des Hauses, darunter insbesondere mit Risto Hadži Damjanović und dem damals in Sarajevo weilenden Advokaten Dr. Gavril. Mit letzterem unternahm Spalajković samt Gattin, Schwägerin Kruna und Schwager Manojlo am 21. Oktober Ausflug nach Mostar, wo Gesellschaft einen Tag Aufenthalt nahm und am 24. Oktober nach Jajce, von wo alle am nächsten Tage hierher rückkehrten. Am 28. Oktober erfolgte Abreise des Spalajković samt Gattin und Schwägerin nach Belgrad, wohin er angeblich vom damaligen Ministerpräsidenten Pašić dringend berufen wurde. Zu besonderen Wahrnehmungen gab sein Aufenthalt in Sarajevo und in Ausflugsorten keinen Anlass. Ein Konfident

meldet, Spalajković hätte eine bedeutende, aus serbischem Dispositionsfonds stammende Geldsumme für hiesigen serbischen Unterstützungsverein Prosvjeta mitgebracht und mit hiesigem Advokaturskonzipisten Dr. Milan Srškić, einem weitschichtigen Verwandten der Familie Gl. Jeftanović, Verhandlungen gepflogen. Diese sollen die bekannte Mairesolution der serbischen Ultras und die im November 1907, also kurz nach der Abreise des Spalajković stattgefundene Versammlung der serbischen Organisation zum Gegenstande gehabt haben. Ferner soll er Einfluss auf die redaktionelle Führung der Srpska Riječ genommen und die Oktoberartikel „Dogagaji u Srbiji“ zum Lobe der Politik des Pašić geschrieben haben. Beweise für diese Nachrichten nicht vorhanden. Auch wird sich auf hierstelliges Telegramm 3. November 1908, No. 6466/res.^{b)} berufen.

a) Vgl. n. 65. — b) Liegt nicht vor.

Nr. 1529. Privatschreiben nach Berlin, 16. April 1909.^{a)} Konz. (S. Gager; G. Aehrenthal).

Die Raschheit, mit welcher sich die Ereignisse gefolgt sind, haben es mit sich gebracht, daß unser Verkehr in der letzten Zeit meist nur ein telegraphischer sein konnte, so daß ich erst heute dazu komme, auf Euer Exzellenz Privatschreiben vom 1. d. Mts. sowie auf den Bericht vom 31. v. Mts. No. 13 C zu reflectiren. Ich habe diesen Bericht, in welchem Euer Exzellenz an der Hand der sehr zutreffenden Äußerungen Herrn von Kiderlen's die hauptsächlichsten Phasen der jetzt überwundenen Krise recapitulieren, nach Petersburg mitgeteilt. Für die Glückwünsche, welche Euer Exzellenz mir zu dem Abschlusse der Krise zu übermitteln die Freundlichkeit hatten, danke ich Ihnen wärmstens und benütze zugleich diesen Anlaß, Ihnen für die in bewegten Zeiten geleisteten ausgezeichneten Dienste meine volle Anerkennung auszusprechen. Ausschlaggebend für die Beilegung der Krise war jedenfalls das harmonische Zusammengehen zwischen Wien und Berlin, welches erfreulicher Weise in keiner einzigen Phase gestört war, so daß den uns gegnerischen Kabinetten absolut keine Gelegenheit geboten war, ihre Intrigen gegen uns spielen zu lassen. An unserem festen Zusammenhalten prallten eben alle Versuche der Ententemächte ab, uns den Erfolg streitig zu machen. Durch den Courier erhalten Euer Exzellenz eine Reihe von Berichten aus Petersburg, welche Ihnen, falls Sie nicht schon diesfalls durch Mitteilungen aus dem Auswärtigen Amte informiert sind, Aufschluß über die Beweggründe der Haltung der russischen Regierung während der letzten Wochen sowie über die augenblickliche Situation geben werden. Zunächst wird abzuwarten sein, ob und wann Iswolsky zurücktritt. Ich betrachte es nicht für ausgeschlossen, daß der Wechsel in der Leitung der russischen auswärtigen Politik sich erst im Herbst vollzieht. In Berlin scheint man, wie ich einer Äußerung Herrn von Kiderlen's entnommen habe, immerhin damit zu rechnen, daß Iswolsky als Botschafter dorthin kommt, und man ist anscheinend geneigt, das Agrément für ihn zu erteilen, von der Ansicht ausgehend, daß es bei der Eitelkeit des Mannes vielleicht besser ist, ihn in Berlin als anderswo zu haben. Aber auch nach einem Wechsel

im Ministerium des Äußern in Petersburg wird weder für uns noch für Deutschland, wie ich aus den Äußerungen Herrn von Tschirschky's und Herrn von Kiderlen's mich überzeugen konnte, ein Anlaß gegeben sein, unsere Politik gegenüber Rußland zu ändern. Wir werden etwaige von dort ausgehende Annäherungsversuche, welche mir allerdings in nächster Zeit nicht wahrscheinlich dünken, gewiß nicht zurückweisen, aber ebenso gewiß gegenüber solchen auch kein Empressement an den Tag legen. Wie Graf Berchtold sehr richtig hervorhebt, muß sich der Klärungsproceß in den russischen Köpfen allmählich und von selbst vollziehen und sich dort erst die Einsicht Bahn brechen, daß die Politik Iswolsky's im Westen genau ebenso eine Politik der Utopien ist, wie es vor dem japanischen Kriege die russische Politik im Osten war. Dem leicht impressionablen Geiste Kaiser Wilhelm's mag es vielleicht möglich erscheinen, schon jetzt ein rascheres Tempo in der Annäherung an Rußland einzuschlagen, doch glaube ich annehmen zu können, daß meine früher erwähnten Betrachtungen mit den Anschauungen des Fürsten Bülow in diesem Punkte vollkommen übereinstimmen.

a) Vgl. n. 1533, 1571.

Nr. 1530. Tel. nach London, 16. April 1909 Nr. 79 (chiffr. 7 U. p. m.).a)
Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramme Nr. 85 und 86 von gestern, welche sich mit meinem gestrigen Telegramm Nr. 77 gekreuzt haben, erhalten. Den Mitteilungen, welche Euer Exzellenz im Sinne meines zitierten Telegrammes Sir Charles Hardinge machen werden, wollen Sie noch hinzufügen, daß mir die dilatorische Haltung des englischen Kabinetts hinsichtlich seiner formellen Zustimmung zur Aufhebung des Artikels XXV jetzt, da die von Sir Edward Grey selbst formulierten Voraussetzungen längst vorliegen, als ganz unmotiviert erscheint und mich unangenehm berührt hat. Euer Exzellenz wollen mit allem Nachdruck darauf verweisen, daß die in dieser Hinsicht gegebenen Zusicherungen der Mächte die Grundlage bildeten, auf welcher wir die englische Vermittlungsaktion in Belgrad akzeptierten, und daß wir nur im Vertrauen auf diese Zusicherungen und in der Erwartung einer unverweilten Realisierung derselben uns mit dem Inhalte der serbischen Erklärung zufriedengeben konnten. Eine weitere Verzögerung der Zustimmung des englischen Kabinetts müßten wir als im Widerspruch mit den bündigen Erklärungen Sir Edward Greys stehend betrachten. Was die Form betrifft, in der das englische Kabinett ebenso wie die anderen Signatarmächte uns seine Zustimmung mitzuteilen hätten, so ist es Euer Exzellenz bekannt, daß mir hiefür eine von den hiesigen Vertretern der Mächte an mich gerichtete Note am entsprechendsten erscheint. Die deutsche und die italienische Regierung haben mir ihre Zustimmung zur Abrogierung des Artikels XXV auf diese Art bereits bekannt gegeben. Nachstehend der Text der — im wesentlichen mit der italienischen übereinstimmenden — deutschen Note, den Euer Exzellenz dem dortigen Kabinett eventuell mitteilen können: (Inseratur Note des deutschen Botschafters vom 7. d. M. in extenso.)

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1531.

*Nr. 1531. Tel. aus London, 16. April 1909 Nr. 88 (eing. 9 U. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Erhalten Euer Excellenz Telegramm No. 77 vom 15. d. Mts., das sich mit meinem Telegramm No. 85 gestern gekreuzt hat. In Abwesenheit Sir E. Greys und Sir Charles Hardinges habe ich eben zweiten Unterstaatssekretär gesprochen und ihn ersucht, an Sir F. L. Cartwright zu telegrafieren, damit derselbe Euer Excellenz die englische Zustimmung zur Aufhebung des Artikels 25 ausspreche. Unterstaatssekretär wird sogleich an Grey berichten und hofft, morgen nach Wien telegrafieren zu können. Übrigens habe Sir E. Grey gestern nach unserer Unterredung an Sir F. L. Cartwright telegraphiert, so daß der Botschafter bereits wissen muß, daß nach Auffassung des Foreign Office die englische Zustimmung „in Substanz“ schon durch die Note Greys an mich vom 12. d. Mts. erteilt worden ist. Ich ersuchte den Unterstaatssekretär, zu veranlassen, daß Cartwright Zustimmung durch Note an Euer Excellenz wiederhole. Ich fügte bei, daß, wenn über die Form derselben ein Zweifel bestehe, der englische Botschafter die Note Deutschlands oder Italiens zum Muster nehmen oder darüber mit Euer Exzellenz sich besprechen könnte. Unterstaatssekretär schien darauf einzugehen, wiederholte, daß englische Zustimmung ja im Wesen gegeben sei und es sich nur um die Form handeln könne, und schien überrascht, daß Sir F. L. Cartwright sich nicht als ermächtigt angesehen habe, bei Euer Excellenz Zustimmung zu wiederholen. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1511, 1530, 1536.

*Nr. 1532. Tel. nach St. Petersburg, 16. April 1909 Nr. 102 (chiffre.
11 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. und G. Aehrenthal).*

Euer Exzellenz telegraphische Meldung No. 83 erhalten. Aus meinen früheren telegraphischen Instruktionen ist Euer Exzellenz der von mir gewünschte modus procedendi bekannt. Ich ersuche letzteren bei russischem Minister des Äußern mit dem Beifügen zu vertreten, daß die Kabinette von Berlin und Rom die Antwortnoten in Betreff Abrogierung des Artikels 25 des Berliner Vertrages durch ihre hiesigen Botschafter bereits übergeben ließen. Die Kabinette von London und Paris haben sich gleichfalls bereit erklärt, unserem Wunsche Rechnung zu tragen und sehe ich der Übermittlung der bezüglichlichen Noten durch den am Wiener Hofe akkreditierten englischen, beziehungsweise französischen Botschafter demnächst entgegen. Ich zweifle nicht, daß Herr Iswolsky nach Entgegennahme dieser Information nicht zögern wird, Fürst Ouroussoff einzuladen, an mich die bewußte Note zu richten. Sobald Euer Exzellenz sich unzweideutige Gewißheit verschafft, daß Weisung an Fürst Ouroussoff ergangen, sind Sie ermächtigt, unsere Mitteilung in Betreff Modifikation des Artikels 29 des Berliner Vertrages zu übergeben. Sollte dies nicht zu erreichen sein, wollen Euer Exzellenz wegen letztgedachter Mitteilung weiteren Auftrag abwarten.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1534, 1535.

Nr. 1533. Erlaß nach St. Petersburg, 16. April 1909 Nr. 1560. Konz.
(S. Matscheko; V. und G. Aehrenthal).

Geheim. Euer Exzellenz haben in den beiden Kurierexpeditionen vom 24. März^{a)} und vom 4. I. M.^{b)} einige äußerst interessante Wahrnehmungen über die Stimmungen und Auffassungen niedergelegt, welche in Petersburg durch den langwierigen und bewegten Verlauf der Annexionsangelegenheit und durch den schließlichen Ausgang derselben gezeitigt worden sind. Für die unbefangene Beurteilung kann es wol kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Mißerfolge, welche die russische Politik zuerst im äußersten Osten, dann im nahen Orient erfahren hat, auf eine den realen Verhältnissen nicht entsprechende Einschätzung der Situation seitens der leitenden Faktoren zurückzuführen sind. Es wäre nicht zu verwundern, wenn an höchster Stelle diese Einsicht sich Geltung verschaffen und eine neue, den realen Verhältnissen gerechter werdende Orientierung der Politik des Kaiserreiches herbeiführen würde, was, wie Euer Exzellenz bemerken, mit einem Zurückkehren zu den Traditionen des Dreikaiserbündnisses gleichbedeutend wäre. Es ist in dieser Beziehung gewiß sehr charakteristisch, daß selbst Herr Iswolsky, dessen Politik diesen Traditionen gewiß nicht immer entsprach, nunmehr dem Grafen Pourtalès sowie auch Euer Exzellenz gegenüber sich gelegentlich in dem Sinne äußert, daß der status quo am Balkan bis nun eigentlich nicht gestört worden sei. Diese Auffassung entspräche ja vollkommen dem jederzeit von uns vertretenen Standpunkte, daß durch die Annexion in dem auf dem Berliner Vertrage beruhenden Zustande keine faktische, sondern bloß eine formelle Alteration eingetreten sei, welche nunmehr durch die Zustimmung der Signatarmächte vollkommen saniert ist. Vielleicht werden wir in den Fall kommen, diese Äußerungen des Herrn russischen Ministers praktisch verwerten zu können. Gewiß ist jedoch, wie Euer Exzellenz in richtiger Beurteilung der russischen Volkspsyche bemerken, bei der sentimentalischen Veranlagung derselben ein plötzlicher Umschwung der öffentlichen Meinung nicht zu gewärtigen. Immerhin aber kann erhofft werden, daß die bessere Einsicht, welche unter dem zwingenden Drucke der Tatsachen an manchen Stellen sich zu manifestieren beginnt, allmählich immer mehr zur Geltung kommen und schließlich die Orientierung der äußeren Politik beeinflussen werde. Es hat in Rußland gegenüber der populären, auf slavophile Utopien gerichteten Strömung jederzeit eine von weniger zahlreichen, aber erfahrenen und besonnenen Elementen vertretene Richtung gegeben, welche einen Anschluß Rußlands an die beiden benachbarten Kaisermächte als den geeignetsten Weg zur Förderung der realen russischen Interessen betrachtet. Ein erfahrener russischer Diplomat, Saburow, pflegte mir zu sagen, Rußland habe die Wahl zwischen einer politique coûteuse, das sei die auf Abenteuer ausgehende slavophile Politik unter gleichzeitigem Anschluß an die Westmächte, und der politique bon-marché, das sei die konservative Politik in Anlehnung an die beiden Kaiserreiche. Vollkommen stimme ich mit Euer Exzellenz darin überein, daß es sich für uns angesichts der bereits wahrnehmbaren Symptome eines möglichen Umschwunges empfehlen würde, uns für den Anfang eine gewisse Zurückhaltung aufzuerlegen und kein

übermäßiges Empressement zu zeigen, welches den Wert unserer Freundschaft nur herabmindern könnte. Wol aber erscheint es für uns geraten, die russischen Empfindlichkeiten, so weit dies mit unseren Interessen vereinbar ist, zu schonen, um diese Entwicklung, welche ja unseren Wünschen entsprechen würde, nicht zu stören. In diesem Sinne habe ich auch nicht verabsäumt, auf unsere Presse dahin einzuwirken, daß der Ausgang der Annexionskampagne nicht als ein speziell gegen die russische Politik errungener Sieg dargestellt werde. Wie Euer Exzellenz aus meinem zu Ihrer persönlichen Information angeschlossenen Privatschreiben an Herrn von Szögyény^{c)} entnehmen wollen, scheint man auch in Berlin meine Auffassung über das Rußland gegenüber in der nächsten Zeit zu beobachtende Verhalten zu teilen. Ganz in diesem Sinne sind wir mit Berlin darüber einig, ohne selbstverständlich Rußland irgend eine Vorzugsstellung in Sofia einzuräumen, doch einer diplomatischen Initiative des Petersburger Cabinets betreffs Bulgariens keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen, sondern derselben gegebenen Falles zu folgen. Von maßgebendem Einflusse auf die Gestaltung des politischen Verhältnisses zu Rußland in der nächsten Zeit wird natürlich sein, ob und in welchem Zeitpunkte der Rücktritt Herrn Iswolsky's von der Leitung der auswärtigen Politik sich vollziehen sollte. So viel läßt sich wol sagen, daß bei seiner schwankenden und oft geradezu sprunghaften Art im Falle seines Verbleibens die Chancen für eine verlässliche und stetige Politik Rußlands an der Seite der beiden Kaisermächte als sehr ungünstig angesehen werden müßten. Ich möchte hier noch einige Bemerkungen betreffs des Verhältnisses Rußlands zu Italien anschließen, welchem in der letzten Zeit von beiden Seiten eine besondere Pflege zu Teil wurde und welches wir allen Grund haben, mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen. Es scheint mir keinem Zweifel zu unterliegen, daß das Bestreben Herrn Tittoni's schon im Herbste vorigen Jahres und auch bis jetzt darauf hinausging, mit Rußland und uns zu einer entente à trois in allen orientalischen Fragen zu gelangen. Wie ich streng vertraulichen Nachrichten, um deren Geheimhaltung ich Euer Exzellenz speziell ersuche, entnehme, zeigt sich Herr Iswolsky gegenüber den bezüglichen Eröffnungen Herrn Tittoni's wol zum Abschlusse eines Akkord's mit Italien bereit, würde es aber ablehnen, uns dieser Entente beizuziehen. Nachdem es Herrn Tittoni mit Rücksicht auf die Stellung Italiens im Dreibunde wol nicht möglich erscheinen dürfte, mit Rußland einen Akkord einzugehen, der — ohne uns abgeschlossen — eine Spitze gegen uns hätte, so möchte ich dafür halten, daß diese russisch-italienischen Annäherungsbestrebungen vorderhand kaum zu weitgehenden, für uns bedrohlichen Abmachungen führen dürften. Immerhin müssen wir zweifelsohne dem Verhältnisse Rußlands zu Italien ein besonderes Augenmerk zuwenden. Was schließlich die Politik Herrn Iswolsky's mit Bezug auf die Türkei betrifft, so werden Euer Exzellenz aus dem in Abschrift mitfolgenden Berichte des Markgrafen Pallavicini vom 7. d. M., Nr. 28 E, mit Interesse entnehmen, daß der Herr russische Minister tatsächlich zur Zeit seines Aufenthaltes in London an Rifaat Pascha mit dem Angebote eines Schutz- und Trutzbündnisses unter der Bedingung der Eröffnung der Meerengen für russische Kriegsschiffe herangetreten war.

Die neuesten Ereignisse in Konstantinopel werden auch auf das Verhältnis der Mächte zur Türkei und untereinander voraussichtlich nicht ohne Einfluß bleiben. Die Tragweite dieser Vorgänge und die weitere Entwicklung lassen sich heute wol noch nicht abschätzen; weitere Wirren stehen aber in näherer oder fernerer Zukunft zu befürchten und es drängt sich die Frage auf, ob die Aktion der Jungtürken statt des angestrebten Zieles der Regenerierung des ottomanischen Staatswesens nicht im Gegenteil eine dauernde Schwächung der Türkei zur Folge haben werde, womit die ganze orientalische Frage in eine neue Phase treten würde.

a) Vgl. n. 1346, 1347. — b) Vgl. n. 1467, 1468, 1469, 1470. — c) Vgl. n. 1529.

Nr. 1534. Tel. aus St. Petersburg, 16. April 1909 Nr. 83 (eing. 6 U. 10 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 100 vom 15. d. M. Herr Iswolsky liess mich heute zu sich bescheiden, um mir Antwortnote wegen Abrogierung des Artikels 25 des Berliner Vertrages einzuhändigen. Nachdem dieser Vorgang nicht ganz (dem)^{b)} von Euer Excellenz angeregten Modus procedendi entspricht, ersuche um telegrafische Instruktionen, ob zu Entgegennahme bereitgehaltener russischer Note und Uebergabe unserer Mitteilung betreffs Modifikation des Artikels 29 ermächtigt bin. Minister beruft sich auf Umstand, dass demande en règle wegen Aufhebung des Artikels 25 im Wege hieramtlicher offizieller Note erfolgte und es bisherigen Gepflogenheiten entspreche, Antwort in gleicher Form an Botschaft zu adressieren.

Berchtold.

a) Vgl. n. 1532. — b) Chiffre verstümmelt.

Nr. 1535. Tel. nach Berlin Nr. 130 (1) und St. Petersburg Nr. 103 (2), 17. April 1909 (chiff. 10 U. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

1. Zu meinem Telegramme No. 127 vom 15. d. M. Wie Graf Berchtold unter dem Gestrigen telegraphiert, hat Herr Iswolsky ihn zu sich bitten lassen, um ihm die Antwortnote des russischen Kabinettes wegen Abrogierung des Artikels XXV des Berliner Vertrages einzuhändigen. Da es Graf Berchtold bekannt war, daß diese Vorgangsweise meinen Intentionen nicht entsprechen würde, hat er um Instruktionen ersucht, ob er die Note des Petersburger Kabinettes entgegennehmen und hierauf an Herrn Iswolsky unsere Mitteilung betreffs Artikel XXIX richten könne. Ich habe den Herrn Botschafter noch gestern telegraphisch beauftragt, den von mir gewünschten modus procedendi bei Herrn Iswolsky zu vertreten und darauf hinzuweisen, daß das deutsche und das italienische Kabinett mir durch Noten ihrer hiesigen Botschafter ihre Zustimmung zur Aufhebung des Artikels XXV bereits bekanntgegeben hätten und daß auch die englische und die französische Regierung bereit seien, ihre diesbezüglichen Erklärungen auf dem analogen Wege an mich zu richten. Ich fügte hinzu, daß Herr Iswolsky sich nach Erhalt dieser Informationen zweifellos dem Vorgehen der anderen Mächte anschließen werde, und ermächtigte den Grafen Berchtold, sobald er sich

unzweideutig Gewißheit verschafft habe, daß Fürst Ouroussoff entsprechend angewiesen worden sei, unsere Mitteilung in Betreff der Modifikation des Artikels XXIX zu übergeben. Dem seinerzeit geäußerten Wunsche des Berliner Kabinetts entsprechend, wollen Euer Exzellenz von dem Vorstehenden dem Herrn Reichskanzler oder Staatssekretär Mitteilung machen, um die kaiserliche Regierung in die Lage zu setzen, wegen gleichzeitiger Beantwortung der russischen Zirkularnote betreffs Artikel XXIX an Graf Pourtalès entsprechende Weisungen zu erlassen. Unsere auf den Artikel XXIX bezügliche Note an das russische Kabinett wird, so wollen Euer Exzellenz hinzufügen, den in meinem Telegramme No. 125^{a)} vom 13. d. M. mitgeteilten Wortlaut haben und auf den türkischen Vorschlag wegen Aufhebung oder Abänderung des vierten Alineas dieses Artikels somit nicht Bezug nehmen. Graf Berchtold wird unter Einem beauftragt, den Grafen Pourtalès von dem Zeitpunkte der Übergabe unserer Note in Kenntnis zu setzen.

2. Zu meinem Telegramme No. 102 von gestern. Das Berliner Kabinett hat seinerzeit den Wunsch ausgesprochen, von unserer Antwort auf die russische Zirkularnote, betreffend Artikel XXIX, rechtzeitig verständigt zu werden, um den Grafen Pourtalès gleichzeitig mit einem analogen Schritt beauftragen zu können. Ich weise daher Herrn von Szögyény an, dem Reichskanzler, dem der Text unserer Antwortnote bereits bekannt ist, von dem Inhalte meines oben zitierten Telegrammes Mitteilung zu machen und ersuche Euer Exzellenz, Ihren deutschen Kollegen vor der Überreichung der fraglichen Note an Herrn Iswolsky zu verständigen. Aehrenthal.

a) Mitteilung von n. 1512 und 1514.

Nr. 1536. Note des englischen Botschafters, 17. April 1909 (eing. 17. April).^{a)} Ausfert.

In reply to the communication which the Austro-Hungarian Ambassador in London made to Sir Edward Grey on the 3rd instant,^{b)} I have the honour to inform Your Excellency that His Majesty's Government give their consent to the suppression of Article XXV of the Treaty of Berlin. F. Cartwright.

a) Oe.-U. Bosnien 131 Nr. 185. Vgl. n. 1531. — b) Vgl. n. 1443.

*Tel. nach St. Petersburg, 17. April 1909 Nr. 103 (chiffr. 10 U. p. m.).
Siehe n. 1535.*

Nr. 1537. Tel. aus St. Petersburg, 18. April 1909 Nr. 87 (eing. 19. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Note betreffend Modifikation des Artikels XXIX entsprechend hohem Telegramm Nr. 98 vom 13. d. M. Herrn Iswolsky heute verlesen und übergeben. Minister beschränkte sich darauf, Schriftstück entgegenzunehmen.
Berchtold.

a) Vgl. n. 1581.

Nr. 1538. Tel. aus Belgrad, 19. April 1909 Nr. 195 (eing. 7 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Der österreichische Reichstagsabgeordnete, Professor Masaryk, welcher im Wege der Presse oder im Parlament eine sehr scharfe Aktion gegen den Agramer Hochverratsprozess einzuleiten beabsichtigt, hat mich aufgesucht, um mir mitzuteilen, dass er einzelne Minister, die Leiter der sogenannten großserbischen Bewegung, Sektionschef Spalajković, den aus der Brochure des Nastić bekannten Milan Pribičević u. s. w. aufsuchen will. Professor Masaryk erzählte mir seine sehr ungünstigen, in Agram gewonnenen Eindrücke und wollte meine Meinung kennen lernen. Ich erwiderte, dass ich als Beamter mich jeder Äusserung über den Gegenstand, dessen juridische Details mir auch nicht genau bekannt seien, enthalten müsse; vom menschlichen Standpunkte begreife ich, dass dem Professor ein Hochverratsprozess überhaupt unsympathisch sei und besonders einer, in welchem nur kleine Leute auf der Anklagebank sitzen und die Hauptbeschuldigten als Verteidiger fungieren. Der Herr Abgeordnete sagte, dass infolge des Artikels des Professors Friedjung^{b)} unsere äussere Politik und speziell Euer Exzellenz nunmehr mit dem Prozess in Verbindung gebracht würden; er wolle daher nach seiner morgigen Rückkehr mit Euer Exzellenz persönlich Rücksprache pflegen und bitte mich, ihn bei Euer Exzellenz anzumelden. Ich erwiderte, dass ich letzteres selbstverständlich tun werde, Hochdieselben würden, wenn es Ihre Zeit erlaubt, vielleicht gerne den so bekannten Gelehrten und Abgeordneten empfangen; doch müsse ich bemerken, dass der Prozess eine innere, beinahe lokale kroatische Angelegenheit sei, nicht in die Kompetenz des österreichischen Reichsrats falle und noch weniger mit unserer auswärtigen Vertretung und deren Leitung in Verbindung gebracht werden könne. Ich habe den Abgeordneten, der mir den Eindruck eines ziemlich objektiv denkenden, hochgebildeten Mannes machte, in vorsichtiger Weise vor den einseitigen Informationen, die er in Belgrad erhalten wird, gewarnt. Persönlich darf ich hinzufügen, dass ich Euer Exzellenz bei meiner letzten Berichterstattung in Wien vor Beginn des Prozesses meine ungünstige Ansicht meldete und die Befürchtung aussprach, dass das Beweismaterial juristisch und politisch ungenügend sein und uns kompromittieren werde. In Hochderselben Auftrag habe ich in Budapest meine Ansicht dem ungarischen Ministerpräsidenten und dem Banus wiederholt, bei dem letzteren aber einen vorgefassten, entschiedenen Standpunkt gefunden, zu dessen Widerlegung mir natürlich sowohl die Kompetenz als das Material fehlten. Die serbische Presse beschäftigt sich auf das ausführlichste mit dem Prozess und den unerfreulichen Details der Verhandlungen.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1560, 1752, 1764, 2310, 2312. — ^{b)} „Neue Freie Presse“ vom 25. März 1909. Das zum Teil von Friedjung eigenhändig geschriebene Konzept des Artikels liegt in der Registratur des Pressedepartements vor. Vgl. n. 1821, 1939.

Tel. nach Berlin, 19. April 1909 Nr. 132 (chiffr. 7 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 1542.

Nr. 1539. Tel. nach Konstantinopel, 19. April 1909 Nr. 149 (chiffr. 4 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Zeitungsmeldungen zufolge wäre die Entsendung von Kriegsschiffen seitens einiger Mächte in die griechischen oder türkischen Gewässer im Zuge.^{b)} Ich habe es unterlassen, mich dafür zu verwenden, daß unsererseits eine derartige Maßnahme ergriffen werde, da mir seitens Euer Exzellenz keine bezügliche Anregung zugekommen ist und Hochdieselben in erster Linie dazu berufen sind, die Opportunität der Entsendung zu beurteilen. Streng vertraulich. Eben erhalte ich folgendes Telegramm aus Berlin:^{c)} „Da Baron Marschall die Entsendung deutscher Kriegsschiffe für angezeigt erachtet, beabsichtigt man deutscherseits, zwei Kreuzer nach dem Piräus zu entsenden, wo sie weitere Befehle zu erwarten haben. Da früher Befehle Kaiser Wilhelms noch eingeholt werden müssen, bittet Staatssekretär, diese Mitteilung streng vertraulich zu behandeln; deutscher Stationär Lorelei, gegenwärtig in Smyrna, hat Befehl erhalten, sich sofort nach Mersina zu begeben.“
Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1544, 1549. — ^{b)} Infolge einer Militärrevolution gegen die Herrschaft der Jungtürken trat das Kabinett Hilmi Pascha am 13. April zurück. Die von den Jungtürken in Mazedonien gesammelte Armee rückte jedoch am 24. April in Konstantinopel ein, erzwang am 27. April die Absetzung des Sultans Abdul Hamid und die Proklamierung seines Bruders Reschad unter dem Namen Mohammed V. Am 2. Mai trat ein neues Kabinett mit Hussein Hilmi Pascha als Großwesir und Rifaat Pascha als Außenminister zusammen. Vgl. über diese Ereignisse G. P. XXVII, 1 S. 1 ff. — ^{c)} Tel. aus Berlin, 18. April 1909 Nr. 146 (eing. 19. April 9 U. a. m.). Entziff. Oben vollständig wiedergegeben.

*Tel. nach Konstantinopel, 19. April 1909 Nr. 151 (chiffr. 7 U. 15 M. p. m.).
Siehe n. 1542.*

Nr. 1540. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 19. April 1909 Nr. 219 (eing. 8 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Die Unterfertigung des türkisch-bulgarischen Protokolls steht unmittelbar bevor. Auch die Schwierigkeit wegen der bulgarischen Forderung nach sofortiger, das ist unabhängig von der mit einem Monate befristeten Ratifikation zu erfolgender Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens seitens der Pforte dürfte bald beseitigt sein. Herr Liaptscheff hat diesfalls verlangt, dass die Pforte gleichzeitig mit der Unterfertigung des Protokolls eine Erklärung abgebe, welche den Mächten mitzuteilen wäre und in welcher sie die Unabhängigkeit Bulgariens bereits jetzt anerkennen würde. Wie mir Rifaat Pascha jedoch noch heute vormittag sagte, sei dies für die Pforte mit Rücksicht auf das Parlament inakzeptabel. Unmittelbar nachher kam Liaptscheff zu mir, um mich um meinen Rat zu fragen. Er bemerkte, dass es Bulgarien lediglich darum zu tun sei, auf Grund des mit der Pforte abzuschliessenden Protokolls von den Mächten anerkannt zu werden, noch bevor die Ratifikation desselben stattfindet, welche immerhin bei den vagen Verhältnissen in der Türkei ganz unsicher sei. Ich erwiderte als meine rein persönliche Auffassung, dass die Mächte, sowie sie es im Falle unseres

Protokolls getan hätten, die Unterfertigung des bulgarischen Übereinkommens mit der Türkei als ein *fait accompli* ansehen könnten, vorausgesetzt, dass selbstverständlich, was uns und Deutschland anbelangt, die Eisenbahnfrage in befriedigender Weise erledigt werde. Liaptscheff sagte mir, dass Herr Sinowieff, welchen er ebenfalls befragt habe, ganz dieselbe Ansicht aussprach. Auf meine Frage, wie es um die Entschädigungsangelegenheit der orientalischen Bahnen stehe, sagte mir der bulgarische Minister, dass sich Bulgarien in dem abzuschliessenden Protokolle verpflichtet, der Gesellschaft vom Tage der Sequestrierung der Linie bis zu dem Momente der tatsächlichen Bezahlung der Entschädigung durch die Pforte die Zinsen der noch festzustellenden Entschädigungssumme zu bezahlen. Bis dahin wären die 40 Millionen bei der russischen Regierung vinkuliert. Auf diese Weise liege es auch im Interesse Bulgariens, auf die Pforte einzuwirken, damit sie sich mit der Bahn verständige.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1541.

Nr. 1541. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 19. April 1909 Nr. 220 (eing. 20. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Verfolge meines heutigen Telegramms No. 219. Das türkisch-bulgarische Protokoll ist heute nachmittags in Gegenwart der Botschafter von Russland, England und Frankreich unterzeichnet worden und soll Mittwoch, 21. d. M. vor das Parlament kommen. Die Anwesenheit der drei erwähnten Grossmächtevertreter war, wie mir Herr Sinowiew sagte, vereinbart und hatte den Zweck, die drei Botschafter in die Lage zu setzen, von dem Versprechen des Ministers des Äussern, dass das Protokoll schon übermorgen dem Parlamente unterbreitet werden würde, im Beisein Liaptscheffs Act zu nehmen. ... *Bulgarische Mobilisierungsdrohungen* ...

Pallavicini.

a) Vgl. n. 942, 980, 1225, 1242.

Nr. 1542. Tel. nach London Nr. 83 (1), Paris Nr. 64 (2), Berlin Nr. 132 (3) und Konstantinopel Nr. 151 (4), 19. April 1909 (chiff. 7 U. 15 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. und G. Aehrenthal).

1.—3. Euer etc. wollen die nachstehende Note an den Herrn Minister des Äussern richten: ... *wie n. 1514 von „Le soussigné“ bis „l'article XXIX du Traité de Berlin.“*...

4. Wie Euer Exzellenz bekannt, habe ich gelegentlich der diplomatischen Vorbereitung der Annexion mit Herrn Tittoni Verhandlungen geführt, bei welchen ich mich bereit erklärte, gewissen Modifikationen des Artikels XXIX des Berliner Vertrages gegebenen Falles zuzustimmen. Da diese Modifikationen der Zustimmung aller Signatarmächte bedürfen, habe ich die k. u. k. Vertreter bei diesen Mächten beauftragt, die nachstehende Note an den betreffenden Herrn Minister des Äussern zu richten: (Inseratur vorstehende Note in extenso.) Nachdem die Türkei den Berliner Vertrag gleichfalls unterfertigt hat, wollen Euer Exzellenz im Verfolge

Ihrer Mitteilung (vergleiche mein Telegramm No. 146, vom 14. I. M.) eine analoge Note an die Pforte richten, sobald Ihnen dies tunlich erscheint.
Aehrenthal.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 132 Nr. 188. Vgl. n. 1567, 1573, 1576, 1581, 1594, 1595, 1602, 1606, 1622.

Tel. nach Paris, 19. April 1909 Nr. 64 (chiff. 7 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 1542.

Nr. 1543. Note des französischen Botschafters, 19. April 1909 (eing. 19. April).^{a)} Ausfert.

L'Ambassadeur de la Republique Francaise à Vienne à l'honneur de faire savoir à Son Excellence le Baron d'Aehrenthal, Ministre Impérial et Royal des Affaires Etrangères qu'en réponse à la communication faite le 3 de ce mois^{b)} par le chargé d'Affaires d'Autriche-Hongrie à Paris, le Gouvernement Français donne son adhésion à la suppression de l'art. 25 du traité de Berlin.
Crozier.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 132 Nr. 187. Vgl. n. 1501. — ^{b)} n. 1443.

Nr. 1544. Tel. des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Rom, 19. April 1909 Nr. 105 (eing. 9 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Herr Tittoni teilt mir soeben mit, dass er über Ansuchen des italienischen Konsuls in Mersina einen Kreuzer zum Schutze der italienischen Staatsangehörigen nach Adana entsendet habe. Auf meine Frage, welche Haltung die italienische Regierung gegenüber den Ereignissen in der Türkei weiters einzunehmen gedenke, sagte mir der Minister, dass man sich vorläufig auf eine abwartende Stellung beschränken müsse. Er werde gewiss nichts unternehmen, ohne sich vorher mit Euer Excellenz verständigt zu haben, wie er auch bittet, ihn von den Entschlüssen Hochderselben rechtzeitig unterrichten zu wollen. Es sei in hohem Grade wünschenswert, dass die Dreibundmächte auch diesfalls im vollsten Einvernehmen vorgehen. Er habe über eine Flottendemonstration Englands, Frankreichs und Russlands nur durch die Zeitungen Kenntnis erhalten; ein Ansuchen, sich denselben anzuschliessen, sei ihm von keiner Seite zugekommen.
Somssich.

^{a)} Vgl. n. 1539, 1546.

Nr. 1545. Note des russischen Botschafters, 6./19. April 1909 Nr. 626 (eing. 19. April).^{a)} Ausfert.

Le soussigné, Ambassadeur de Russie, d'ordre de son Gouvernement, a l'honneur d'informer Son Excellence le Baron d'Aehrenthal, Ministre des Affaires Etrangères, que le Gouvernement Impérial Russe, ayant reçu la note de l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie à St. Pétersbourg, en date du 21 Mars/3 Avril a. c.,^{b)} donne son consentement à la suppression de l'article 25 du Traité de Berlin.
Ouroussoff.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 131 Nr. 186. Vgl. n. 1443, 1459, 1555, 1564, 1565. —

^{b)} Vgl. n. 1459.

Nr. 1546. Note des russischen Botschafters, 6./19. April 1909 Nr. 629 (eing. 20. April).^{a)} Ausfert.

Le Gouvernement Impérial a reçu des renseignements, concernant les événements qui se produisent à Mersine, Tarsos et Veterna. La population Grecque et les étrangers domiciliés dans ces localités sont exposés aux plus grands dangers et mettent tout leur espoir dans l'envoi par les Puissances de navires de guerre dans le but de les protéger. Le soussigné, Ambassadeur de Russie, est chargé par son Gouvernement de s'informer auprès de Son Excellence Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie, si des informations analogues sont parvenues au Gouvernement Impérial et Royal et si le Cabinet de Vienne compte prendre les mesures de protection opportunes, en commun avec les autres Puissances.

Ouroussoff.

^{a)} Vgl. n. 1544, 1547, 1556, 1559.

Nr. 1547. Tel. nach Berlin Nr. 133 (1) und Rom Nr. 88 (2), 20. April 1909 (chiffr. 9 U. 20 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

1. u. 2. Der hiesige russische Botschafter hat nachstehende Note an mich gerichtet: (scribatur Note vom 6/19 April No. 629 von „le Gouvernement I.“ — „avec les autres Puissances.“) Ich gedenke diese Note im nachstehenden Sinne zu beantworten: Den Meldungen des k. u. k. Consularvertreters in Mersina zufolge sei die Ruhe in dieser Hafenstadt dank der energischen Massnahmen des dortigen Mutessarif nicht gestört worden. Für die Entsendung eines k. u. k. Kriegsschiffes in diesen Hafen bestehe daher bis jetzt kein Anlass. Was die bedauerlichen Ereignisse in den im Innern des Landes gelegenen Orten Adana und Tarsos anbelange, welche mehr lokalen Charakter hätten, so seien unseren Nachrichten zufolge österreichische oder ungarische Staatsangehörige in ihrer persönlichen Sicherheit nicht gefährdet. Auch scheine die Situation sich daselbst zu bessern. Sollten aber in Mersina oder in anderen türkischen Hafenstädten Unruhen ausbrechen, bei welchen Angriffe auf das Leben und die Sicherheit unserer Staatsangehörigen zu beklagen oder zu befürchten wären, so würden seitens der k. u. k. Regierung die erforderlichen Massnahmen ergriffen und gegebenen Falls zur Entsendung von k. u. k. Kriegsschiffen geschritten werden. Wenn schliesslich die Entwicklung der Dinge in der Türkei für die Mächte die Nothwendigkeit ergeben sollte, der Frage gemeinsamer Schutzmassregeln näher zu treten, wozu gegenwärtig noch kein genügender Anlass gegeben scheint, würde das Cabinet von Wien natürlich bereit sein, sich mit den übrigen Cabineten ins Einvernehmen zu setzen.

1. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes der dortigen Regierung mit dem Bemerken zur Kenntnis bringen, dass ich Werth darauf lege, die russische Anfrage in Übereinstimmung mit der Auffassung des Berliner Cabinetes zu beantworten, und dass ich daher auf die Note des russischen Botschafters erst dann in obigem Sinne erwidern werde, wenn Euer Exzellenz mich in Kenntnis gesetzt haben, dass die k. Regierung meinen bezüglichen Standpunkt theilt.

2. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren Information und Mittheilung
an die dortige Regierung. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1551.

*Nr. 1548. Tel. aus Bukarest, 20. April 1909 Nr. 123 (eing. 6 U. 10 M.
p. m.).^{a)} Entziff.*

Herr Bratiano kam gestern abends zu mir, um mich zum Abschlusse des Handelsvertrages^{b)} zu beglückwünschen und erzählte mir dann Folgendes. Er habe zuerst mit englischem, dann mit russischem Gesandten Gespräch über Stellungnahme Rumäniens zur gegenwärtigen kritischen Situation am Balkan gehabt. Er theilte mir sodann genauen Inhalt dieser beiden Unterredungen mit. Tenor der Äusserungen des Ministerpräsidenten dem englischen Gesandten gegenüber war der, dass Europa ernste Sprache führen und England eventuell Kriegsschiffe Varna schicken möge, um einen Druck auf die Entschliessungen Bulgariens im Sinne des Friedens auszuüben. Rumänien wäre gerne bereit, mit Europa in diesem Sinne zu kooperieren, habe aber keine Lust, für Europa bloss den Gendarmen zu machen. Wenn die europäischen Regierungen es nicht für nötig fänden, in Sofia ernste Mahnungen zum Frieden vernehmen zu lassen, so werde auch rumänische Regierung nur auf die Wahrung der eigenen Interessen bedacht sein und sich also eventuell auch mit Bulgarien verständigen. Herr Bratiano glaubte den Äusserungen des englischen Gesandten zu entnehmen, dass man englischerseits ein aktives Eingreifen Bulgariens jetzt nicht gerne sehen würde. Russischem Gesandten gegenüber sprach sich Herr Bratiano, wie er mir sagte, absichtlich weniger deutlich aus. Herr von Giers schien insbesondere zu fürchten, dass sich Rumänien in seinem Verhalten zu Bulgarien allzu rasch nach der einen oder der anderen Richtung hin engagieren könnte. Er schien also den lebhaften Wunsch nach Aussprache mit der rumänischen Regierung zu haben, bevor dieselbe einen Entschluss im obigen Belange fassen würde. Ich legte in meinen Äusserungen Nachdruck darauf, dass mir nach wie vor die friedliche Veranlagung des Fürsten Ferdinand beste Gewähr dafür zu bieten scheine, dass Bulgarien nicht à tout prix darauf losgehen werde.

Schönburg.

^{a)} Vgl. n. 1275, 1552. — ^{b)} Bittner, Chronol. Verz. d. österr. Staatsverträge III 603 Nr. 5351.

*Nr. 1549. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 20. April 1909 Nr. 223 (eing.
3 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.*

Erhalten Euer Excellenz Telegramm No. 149 vom 19. d. M. Die momentane Situation bietet meiner Ansicht nach keinerlei Grund zu irgendwelchen Befürchtungen in Bezug auf die Sicherheit der fremden Kolonien in Konstantinopel. Ich war übrigens von Anfang an, selbst als die Lage kritisch war, der Ueberzeugung, dass die Entsendung von Kriegsschiffen in die türkischen Gewässer zwecklos, ja im Hinblick auf den Eindruck, welchen eine solche Massregel auf die aufgeregten Gemüter hätte machen können, sogar gefährlich wäre. Aus diesem Grunde habe ich mich enthalten,

an Euer Excellenz mit irgend einer bezüglichlichen Anregung heranzutreten. Meine Kollegen haben diese Ansicht meines Wissens geteilt. Es war in keinem Momente unter uns die Rede davon, unseren Regierungen wegen der Ereignisse in Konstantinopel irgendwelche Massnahmen anzuraten. Bloss der italienische Geschäftsträger hat gleich in den ersten Tagen der Bewegung bei mir und wahrscheinlich auch bei meinen Kollegen in diesem Sinne angefragt. Ich habe Herrn Sforza meine Ansicht mitgeteilt, worauf er, wie es scheint, die Absicht, an seine Regierung irgend einen Vorschlag zu erstatten, aufgegeben hat. Was Baron Marschall anbelangt, so glaube ich, dass er den in Euer Excellenz Telegramm erwähnten Vorschlag, zwei deutsche Kreuzer nach dem Piräus zu entsenden, mit Rücksicht auf die allgemeine Lage im türkischen Reiche und speziell auch wegen der Ereignisse in Adana gemacht haben dürfte. Es muss hiebei auch in Rechnung gezogen werden, dass die deutschen Kriegshäfen sehr entfernt sind. Was die Lage in Mersina betrifft, verweise ich auf mein Telegramm vom 18. d. M. No. 213.^{b)} Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 1539, 1550. — ^{b)} Mitteilung der folgenden, aus Mersina an die Botschaft gelangten telegr. Meldung: „Grâce conduite énergique mutessarif Mersine tranquillité continue. Cuirassé anglais attendu aujourd’hui. Quartier, église Arméniens Tarsous incendiés, pillage, tuerie horribles, situation Adana améliorée, pertes incalculables.“

Nr. 1550. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 20. April 1909 Nr. 229 (eing. 9 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Im Verfolge meines heutigen Telegrammes No. 223. Wie mir der italienische Geschäftsträger heute mitteilt, hat er tatsächlich bei seiner Regierung die Entsendung von Kriegsschiffen in die türkischen Gewässer beantragt, jedoch nicht wegen der hiesigen Ereignisse, sondern im Hinblick auf die Möglichkeit, dass bei der mohammedanischen Bevölkerung in anderen Lokalitäten der Türkei eine Erregung eintreten könnte. Baron Marschall sagte mir in gleicher Weise, dass er die Entsendung der zwei Kreuzer wegen der allgemeinen politischen Situation in der Türkei angeregt hat.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 1551, 1553.

Tel. nach Rom, 20. April 1909 Nr. 88 (chiffr. 9 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 1547.

Nr. 1551. Tel. aus Berlin, 21. April 1909 Nr. 156 (eing. 9 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 133 von gestern. Russischer Geschäftsträger hat bisher keine solche Demarche gemacht. Sollte dieselbe erfolgen, wird Staatssekretär, wie er mir soeben sagte, eine ganz ähnliche Antwort erteilen wie Euer Exzellenz sie zu geben beabsichtigen, aber hinzufügen, dass deutsche Regierung es notwendig befunden hat, ein Kriegsschiff nach Mersina zu entsenden (siehe mein Telegramm Nr. 153^{b)} von gestern), da dies im allgemeinen zur Beruhigung der hiesigen öffentlichen Meinung

für angezeigt erachtet wird und da tatsächlich in jenen Gegenden viele deutsche Reichsangehörige sich befinden und insbesondere von Seite der deutschen Levante-Baumwollgesellschaft in Adana Alarmrufe hieher gelangt sind. Der Stationär Lorelei kehrt nach Konstantinopel zurück. Baron Schoen teilt vollkommen Euer Exzellenz Ansicht, daß vorläufig keine Notwendigkeit bestehe, der Frage gemeinsamer Schutzmaßregeln näher zu treten. Staatssekretär ist der, wie ich glaube, ganz richtigen Meinung, daß die russische Demarche hauptsächlich den Zweck verfolgt, eine gemeinsame Flottenaktion zum Vorwand zu nehmen, um russischen Kriegsschiffen der Schwarzen Meer Flotte die Durchfahrt durch die Dardanellen zu ermöglichen.

Szögyény.

a) Vgl. n. 1550, 1553, 1558, 1562. — b) Nicht aufgenommen.

Nr. 1552. Tel. nach Bukarest, 21. April 1909 Nr. 105 (chiffr. 9 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. Pogatscher u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 123 vom 20. l. M. Ich habe Herrn Mişu bei Besprechung der Präoccupationen Herrn Bratianos dargelegt, daß weder die mir vorliegenden Meldungen noch die politische Situation an sich darauf schließen ließen, daß sich Bulgarien mit aggressiven Absichten der Türkei gegenüber trage. Angesichts der Thatsache, daß die bulgarisch-türkische Verständigung bereits abgeschlossen sei und die Anerkennung der Unabhängigkeit und des Königthums unmittelbar bevorstehe, sei auch gar nicht zu verstehen, worauf die bulgarische Regierung es bei einem kriegesischen Unternehmen gegen die Türkei abgesehen haben sollte. Wenn ich aber den ganz unwahrscheinlichen Fall annehmen wollte, daß man sich in Sofia trotzdem zu einer Action hinreißen ließe, so würde eine solche Action zum Nachtheile Bulgariens gewiß nur zur Folge haben, daß der entflammte mohammedanische Patriotismus der beiden einander jetzt bekämpfenden türkischen Parteien sich unisono gegen den bulgarischen Angreifer wenden würde. Wenn Euer Durchlaucht sich in vorstehendem Sinne zu Herrn Bratiano auftragsgemäß vernehmen lassen, wollen Sie hinzufügen, daß mir zu irgendwelchen actuellen Entschlüssen und Engagements der rumänischen Regierung in der gegenwärtigen Sachlage ein Anlaß nicht vorzuliegen scheine. Was im speziellen die Situation in der Türkei anlange, so berechtere das einmütige Interesse der Großmächte an der Aufrechterhaltung des Friedens zu der zuversichtlichen Hoffnung, daß die dortigen Vorgänge, was immer ihre weitere Entwicklung sein möge, zu kriegesischen Verwicklungen oder fremden Interventionen nicht führen werden.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1689 Anm. e.

Nr. 1553. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 21. April 1909 Nr. 231 (eing. 7 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Konsulat Aleppo telegraphiert unterm gestrigen wie folgt: „Die Unruhen breiten sich auch in diesem Vilajete aus. 400 Verbrecher entsprangen der Citadelle von Pajas und überfielen Kirkhan mordend und

plündernd. Sodann begaben sie sich nach Antiochien, wo Massacre und Plünderung seit 24 Stunden fort dauern. Die Metzelei ist gegen die Armenier gerichtet, die Plünderung allgemein. Die Lokalbehörde verfügt nicht über genügend Militär, um Bewegung zu unterdrücken. Aleppo momentan ruhig. Englische Kreuzer in Alexandretta angekommen.“ Bei der Machtlosigkeit des jetzigen Kabinettes und der voraussichtlichen Inanspruchnahme der kommenden Regierung mit den dringenden Geschäften in Konstantinopel halte ich das weitere Umsichgreifen der Unruhen für keineswegs ausgeschlossen. Ich würde daher auch den Moment nunmehr für gekommen erachten, dem Beispiele der englischen und deutschen Regierung folgend ein bis zwei kleinere Kriegsschiffe in das östliche Mittelmeer zu entsenden.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1550, 1551, 1556, 1563.

Nr. 1554. *Tel. nach Sofia, 21. April 1909 Nr. 82 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).* a) *Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).*

Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 89^{b)} vom 20. d. M. erhalten. Der bulgarische Agent ist heute bei mir erschienen und hat mir in Übereinstimmung mit der Euer Hochgeboren zugekommenen Note von der Unterzeichnung des türkisch-bulgarischen Protokolls Mitteilung gemacht. Herr Saraffoff fügte bei, seine Regierung hoffe, daß wir im Vereine mit den anderen Mächten nunmehr die Unabhängigkeit Bulgariens anerkennen würden. Ich erwiderte dem bulgarischen Vertreter, daß ich die eben zustande gekommene Einigung Bulgariens und der Türkei mit aufrichtiger Befriedigung begrüße. Wir hätten Bulgarien gegenüber stets eine wohlwollende Gesinnung betätigt und auch im Herbst v. J. in der Anerkennungsfrage gewisse diplomatische Schritte unternommen; dementsprechend würden wir uns nun auch beeilen, die Unabhängigkeit Bulgariens anzuerkennen, sobald ein befriedigendes Arrangement bezüglich der Ansprüche der Orientbahngesellschaft vorliegen würde. Auf diesen Punkt müßte ich allerdings nach wie vor Gewicht legen; ich sei aber fortgesetzt mit allem Nachdruck bemüht, die Gesellschaft zu einer möglichst entgegenkommenden Haltung zu bestimmen, und es sei nach meinen Informationen auch fast mit Sicherheit zu erwarten, daß eine diesbezügliche Vereinbarung in den allernächsten Tagen abgeschlossen werde. Mein Standpunkt in dieser Frage scheine übrigens auch von bulgarischer Seite als berechtigt anerkannt zu werden, da Herr Liaptscheff, wie mir gemeldet wurde, nicht früher von Konstantinopel nach Sofia zurückzukehren beabsichtigen solle, als bis ihn die Pforte von der Déchargeerklärung der Gesellschaft in Kenntnis gesetzt hätte. Euer Hochgeboren wollen sich im Sinne des Vorstehenden gegenüber den dortigen Ministern aussprechen und von einer schriftlichen Beantwortung der bulgarischen Note absehen. Ich behalte mir weitere Instruktionen vor.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1569. — b) Mit Tel. Nr. 89, 20. April 1909 (eing. 21. April 9 U. a. m.) wurde aus Sofia gemeldet, Minister des Äußern habe von der Unterzeichnung des bulgarisch-türkischen Protokolles in einer Note Mitteilung gemacht.

Nr. 1555. Schreiben Kaiser Franz Josef I. an den Deutschen Kaiser Wilhelm II., 22. April 1909.^{a)} Konz. (S. Otto Biegeleben; G. Aehrenthal).

Da nunmehr die Zustimmungen aller Signatarmächte zur Aufhebung des Artikels 25 des Berliner Vertrages eingelangt sind, darf ich die Angelegenheit der Ausdehnung meiner Souveränität auf Bosnien und die Hercegowina als abgeschlossen betrachten. Bei diesem Anlasse ist es mir ein wahres Herzensbedürfnis Dich zu versichern, dass ich freudig und dankbar die während dieser schweren Zeit bewiesene, bundestreue und vom deutschen Volke einmütig gebilligte Haltung Deiner Regierung anerkenne, die in so hohem Maasse zur Ausgleichung aller entstandenen Schwierigkeiten auf friedlichem Wege beigetragen hat. Für diesen neuen wertvollen Beweis Deiner bundesfreundlichen Gesinnung, die ich in unwandelbarer Treue erwidere, bitte ich Dich meinen aufrichtigsten und wärmsten Dank entgegenzunehmen. Das mit Deinem Grossvater abgeschlossene Bündnis hat sich neuerdings auf das segensreichste als das festeste Bollwerk des europaeischen Friedens bewährt und wird dieser seiner vornehmsten Aufgabe auch in der Zukunft gerecht werden. In dieser Zuversicht bestärkt mich nicht nur die innige Freundschaft, die Uns verbündet und der Du in den letzten Monaten einen so thatkräftigen Ausdruck verliehen hast, sondern auch das frohe Bewusstsein, dass Unsere Völker in der klaren Erkenntnis der durch das Bündnis gewährleisteten Sicherheit demselben immerdar ihre treue Anhänglichkeit bewahren werden.

^{a)} Laut Amtsvermerk am 23. April 1909 dem deutschen Botschafter zur Weiterleitung an den Deutschen Kaiser übergeben. Der Botschafter in Berlin erhielt mit Erlaß vom 27. April Nr. 1728 eine Abschrift. Vgl. n. 1545, 1591.

Nr. 1556. Tel. nach Berlin Nr. 136 (1), Rom Nr. 91 (2), St. Petersburg Nr. 107 (3), Paris Nr. 66 (4), London Nr. 85 (5) und Konstantinopel Nr. 156 (6), 23. April 1909 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

1. und 2. Im Nachhange zu meinem Telegramme vom 20. I. M. [ad 1] No. 133 [ad 2] No. 88. Ich beantworte die darin erwähnte Note des russischen Botschafters mit nachstehender Note: (Inseratur Note an die russische Botschaft vom 23. dieses Monates^{b)} von „D'après les informations“ bis „qu'après mûres délibérations“.)

3., 4., 5. und 6. Der hiesige russische Botschafter hat nachstehende Note an mich gerichtet: (Inseratur Note vom 6./19. April, No. 629, von „Le Gouvernement Impérial“ bis „avec les autres Puissances“.) Ich beantworte diese Note mit der folgenden Note: (Inseratur Note an die russische Botschaft^{b)} von „D'après les informations“ bis „qu'après mûres délibérations“.)

1.—6. Ueber Allerhöchsten Befehl werden die k. u. k. Kriegsschiffe „Kaiser Karl VI.“ und „Zenta“ vorläufig nach dem Piräus entsendet. Vorstehendes zu Euer etc. Information

1. und 2. und Mitteilung an die dortige Regierung.

3., 4. und 5. und Regelung Ihrer Sprache. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1553, 1558, 1562, 1572. — ^{b)} 1559.

*Nr. 1557. Bericht aus Bukarest, 23. April 1909 Nr. 18 A (eing. 26. April).
Ausfert.*

Streng vertraulich. Der deutsche Kronprinz gefällt hier sehr. Er nimmt durch Sein eminent liebenswürdiges Wesen und durch Seine einfache Herzlichkeit alle Welt für sich ein. Auch beim Cercle der Diplomaten wußte Seine Kaiserliche Hoheit manchem etwas besonders Herzliches und Freundliches zu sagen. Dem russischen Gesandten sagte Kronprinz Wilhelm mit seiner sympathischen Offenheit, es wäre doch viel natürlicher, daß Rußland mit Deutschland intim sei als mit England. Wäre Seine Kaiserliche Hoheit darauf aufmerksam gemacht worden, daß der englische Gesandte daneben stand, so hätte er diese Wendung kaum gebraucht. Zu letzterem sagte er sodann auf englisch: „Warum können wir uns denn nicht verstehen und wozu denn diese Aufregung in der Flottenfrage!“ (Das Gespräch verbreitete sich dann über dieses Thema.) Der Kronprinz kam hierauf zu mir, sprach im Tone kindlicher Verehrung von Seiner Majestät dem Kaiser und König und im Zusammenhang damit über die glücklich überstandene Krise. Ich bemerkte, daß Seine Majestät unser Allergnädigster Herr dieselbe, wie ich gehört hätte, sehr ruhig genommen habe. Der Kronprinz sprach dann über die Stimmung in unserer Armee zur Zeit, als die Krise ihren Höhepunkt erreichte. Er bemerkte unter anderem, daß er mit einigen unserer Offiziere in Deutschland zusammengetroffen sei, die sehr kriegerisch gestimmt waren. Auf meine Bemerkung, daß sie als gute Soldaten gar nicht anders denken konnten, meinte Seine Kaiserliche Hoheit: „Ein Krieg wäre am Ende gar nicht so schlecht gewesen.“ Am serbischen Gesandten vorbei, der links von mir stand, und den er bloß begrüßte, ohne an ihn das Wort zu richten, trat der Kronprinz sodann an den in der Reihenfolge nächsten Missionschef heran. — Wenn ich nicht irre, legt Ihre Königliche Hoheit die Kronprinzessin von Rumänien seit der Krise Wert darauf, Ihre englischen und russischen Sympathien etwas mehr hervorzukehren; ich hatte auch in letzter Zeit ein oder das andere Mal die Impression, als ob Ihre Königliche Hoheit dies mir gegenüber appointieren will. Ich habe mich unlängst bei Ihrer Königlichen Hoheit, welche ich seit über 10 Jahren zu kennen die Ehre habe, über das Verhalten Englands uns gegenüber beklagt: Ihre Königliche Hoheit kenne meine aufrichtigen Sympathien für alles Englische, Sie werde daher gewiss begreifen, wie sehr ich die Haltung Englands bedauert hätte und über dieselbe erstaunt war. Schönburg.

Tel. nach Konstantinopel, 23. April 1909 Nr. 156 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1556.

Tel. nach Konstantinopel, 23. April 1909 Nr. 158 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 1558.

Tel. nach London, 23. April 1909 Nr. 85 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1556.

Tel. nach Paris, 23. April 1909 Nr. 66 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1556.

Tel. nach Rom, 23. April 1909 Nr. 91 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1556.

Tel. nach St. Petersburg, 23. April 1909 Nr. 107 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1556.

Nr. 1558. *Tel. nach St. Petersburg Nr. 108 (1) und Konstantinopel Nr. 158 (2), 23. April 1909 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Pogatscher).*

1. u. 2. Zu meinem gestrigen Telegramme No.

1: 107^{b)}

2: 156.

1. u. 2. ... *Mitteilung von n. 1551 im Auszug.* ... Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1563. — ^{b)} n. 1556.

Nr. 1559. *Note an den russischen Botschafter, 23. April 1909 Nr. 1665.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).*

Se référant à la note de l'Ambassade Impériale en date du 6/19 Avril a. c., côtée 629, le soussigné Ministre des Affaires Etrangères a l'honneur de porter ce qui suit à la connaissance de Son Excellence Monsieur l'Ambassadeur de Russie: D'après les informations qui nous sont parvenues, l'ordre n'a pas été troublé à Mersine grâce aux mesures énergiques prises par le mutessarif de cette ville. Quant aux événements regrettables, dont Tarsos et Adana, situés à l'intérieur du pays, ont été le théâtre, la vie et la sécurité des sujets autrichiens ou hongrois n'y a pas été menacée. Vu, cependant, la possibilité de troubles dans d'autres ports de la Turquie dont nos ressortissants pourraient avoir à souffrir, le Gouvernement Impérial et Royal a cru bon d'envoyer deux navires de guerre dans les parages de la Méditerranée orientale. Le Gouvernement Impérial et Royal n'estime pas, qu'il ait lieu pour le moment d'envisager d'autres mesures de protection, mesures susceptibles de produire un effet dangereux sur l'opinion publique en Turquie et qui ne sauraient par conséquent être prises, le cas échéant, qu'après mûres délibérations.

^{a)} Vgl. n. 1556.

Tel. nach Athen, 24. April 1909 Nr. 28 (chiffr. 5 U. p. m.). Siehe n. 1563.

Nr. 1560. *Privatschreiben nach Belgrad, 24. April 1909 Nr. 265 C. d. M.^{a)} Abschrift eines an die Tschechoslowakei ausgelieferten, von Aehrenthal genehmigten Konz.*

Mit Interesse habe ich die telegraphische Berichterstattung^{b)} Euer Hochgeboren über den Besuch, welchen der Abgeordnete Professor Masaryk Ihnen abgestattet hat, zur Kenntnis genommen, und die bei diesem Anlasse von Euer Hochgeboren gegenüber dem genannten Abgeordneten geführte Sprache findet meine volle Billigung. Ich werde natürlich keinen Anstand nehmen, Professor Masaryk zu empfangen, falls er nach seiner Rückkehr bei mir vorsprechen sollte. Was die in Euer Hochgeboren Tele-

gramm wiedergegebenen Äusserungen Herrn Masaryks über den Friedjung-schen Artikel und den Agramer Hochverratsprozess betrifft, muss ich bemerken, dass Herr Professor Friedjung, der bei Abfassung seines Artikels mit der Vorsicht und Gewissenhaftigkeit eines gewiegten Historikers und Publizisten vorgegangen ist, sehr wohl in der Lage sein wird, seine Behauptungen zu erhärten, falls es zur Durchführung des ihm angedrohten Ehrenbeleidigungsprozesses kommen sollte. Übrigens handelt es sich hiebei um Dinge, die umso leichter zu beweisen sind, als es jedem Zeitungsleser aus den Blättern bekannt ist, wie ungescheut offizielle serbische Persönlichkeiten öffentlich an der grosserbischen Propaganda theilgenommen haben. Der Agramer Hochverratsprozess hingegen ist, wie Euer Hochgeboren Herrn Masaryk gegenüber bereits hervorgehoben haben, ausschließlich Sache der kroatischen Gerichtsbehörden und eine Einflußnahme auf denselben entzieht sich völlig meiner Kompetenz.

a) Vgl. n. 98, 487, 1106, 1742, 1752, 1764. — b) n. 1538.

Nr. 1561. Erlaß nach Berlin, 24. April 1909 Nr. 1695. Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

Als Mitte vorigen Monates die Eventualität eines Konfliktes mit Serbien und Montenegro nahe gerückt war, hatte ich Euer Exzellenz mit meinem geheimen Erlass vom 16. v. M., No. 977^a) ersucht, bei der deutschen Regierung anzufragen, ob sie im Falle einer kriegesischen Verwicklung geneigt wäre, die Vertretung unserer Interessen sowie den Schutz unserer Nationalen, Archive und Missionsgebäude in den beiden serbischen Staaten zu übernehmen. Die kaiserl. deutsche Regierung hat sich hierauf in der zuvorkommendsten Weise bereit erklärt, diesem unserem Wunsch zu entsprechen und sofort die erforderlichen vorbereitenden Verfügungen getroffen. Da nunmehr infolge der Beilegung unserer Controverse mit Serbien und Montenegro die Gefahr eines Konfliktes beseitigt ist und die Vertretung unserer Interessen durch die deutsche Regierung nicht mehr in Frage kommt, wollen Euer Exzellenz dem Berliner Kabinet für das uns bei diesem Anlasse bewiesene besondere Entgegenkommen den aufrichtigsten und herzlichsten Dank der k. u. k. Regierung zum Ausdruck bringen.

a) Vgl. n. 1271 Anm. a.

Nr. 1562. Tel. aus Berlin, 24. April 1909 Nr. 162 (eing. 25. April 9 U. a. m.).^a) Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 136 von gestern Staatssekretär mitgeteilt. Baron Schoen sagte mir, französischer Botschafter habe gestern bei ihm vorgesprochen und den Wunsch seiner Regierung ausgedrückt, dass die nach den türkischen Gewässern etwa zu entsendenden deutschen Kriegsschiffe tunlichst gleiche Instruktionen wie die französischen erhalten. Staatssekretär hat ihm geantwortet, dass die Instruktionen an die deutschen Schiffe schon erteilt sind und dahin lauten, dass sie sich den deutschen Konsuln zum Schutze der deutschen Reichsangehörigen zur Verfügung zu

stellen haben. Ein militärischer Konflikt sei nach Möglichkeit zu vermeiden. Herr Cambon habe versichert, dass die französischen Instruktionen, welche die gleiche Tendenz verfolgen, nahezu gleichlautend sind. Szögyény.

a) Vgl. n. 1551.

Nr. 1563. Tel. nach Konstantinopel Nr. 159 (1) und Athen Nr. 28 (2), 24. April 1909 (chiffr. 5 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

1. Zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 158. Die auf Allerhöchsten Befehl mit der vorläufigen Bestimmung Piräus abgegangene detachierte Kreuzergruppe besteht aus Seiner Majestät Schiffen „Kaiser Karl VI.“ „Zenta“ und „Magnet“ und steht unter dem Kommando des Kontreadmirals Schukić, welcher den Befehl erhält, direkt mit Euer Exzellenz in Verbindung zu treten. Euer Exzellenz sind ermächtigt, falls Ihnen die Anwesenheit der k. u. k. Kriegsschiffe, welche bis auf Weiteres im Piräus in Bereitschaft zu verbleiben haben, an einem Punkte der türkischen Mittelmeerküste dringend geboten erscheinen sollte, an Kontreadmiral Schukić im Wege der k. u. k. Gesandtschaft in Athen entsprechende Weisungen zu richten. Das Kommando der Kreuzergruppe ist beauftragt, Euer Exzellenz über die Schiffsbewegungen, insoweit sie für Hochdieselben von Interesse sind, telegraphisch Meldung zu erstatten.

2. Zu meinem Telegramme Nr. 27^{b)} vom 23. d. M. Die auf Allerhöchsten Befehl mit der vorläufigen Bestimmung Piräus abgegangene detachierte Kreuzergruppe besteht aus Seiner Majestät Schiffen „Kaiser Karl VI.“, „Zenta“ und „Magnet“ und steht unter dem Kommando des Kontreadmirals Schukić, welcher den Befehl erhält, mit der Botschaft in Konstantinopel und mit Euer Hochwohlgeboren in Verbindung zu treten. Markgraf Pallavicini ist ermächtigt, in dringenden Fällen dem Kommando der Kreuzergruppe, die bis auf Weiteres im Piräus in Bereitschaft zu verbleiben hat, im Wege Euer Hochwohlgeboren entsprechende Weisungen zukommen zu lassen. Über die Schiffsbewegungen werden Euer Hochwohlgeboren, soweit diese für Sie von Interesse sind, von Kontreadmiral Schukić informiert werden.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1553, 1572. — b) Mitteilung ungefähr gleichen Inhalts wie n. 1556.

Nr. 1564. Privatschreiben Kaiser Franz Josef I. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland, 24. April 1909.^{a)} Konz. (S. Esterházy; G. Aehrenthal).

Il a plu à Dieu de m'épargner l'effusion de sang dans les Balkans et de dénouer par des moyens pacifiques une redoutable crise. Je ne saurais, au milieu de la satisfaction que les peuples d'Europe en ressentent, passer sous silence la part qui Te revient de cette heureuse solution. Confiant dans la loyauté de mes desseins Tu m'as tendu la main au moment suprême. Laisse-moi T'en exprimer ma reconnaissance. Nous avons d'autant plus lieu de nous féliciter de la paix, au maintien de laquelle Ta haute sagesse a contribué, qu'elle procure aux chefs d'Etat de la Chrétienté le loisir de donner aux graves événements de Constantinople toute l'attention qu'ils

réclament. J'espère que Tu as passé avec Ta famille de bonnes fêtes de Pâques et que la santé de l'Impératrice ne laisse rien à désirer. Je tâche avec une constante sollicitude à être renseigné sur ce sujet. Tu voudras bien exprimer à Sa Majesté tous mes hommages dévoués.

a) Das Schreiben wurde dem Botschafter in St. Petersburg mit Erlaß vom 27. April 1909 Nr. 1729 zur Übergabe an den russischen Minister des Äußern übermittelt. Die Übergabe an den Gehilfen des russischen Ministers des Äußern erfolgte laut Telegramm vom 30. April 1909 Nr. 92 (eing. 1. Mai 9 U. a. m.) am 30. April. Vgl. n. 1545, 1584, 1667.

Nr. 1565. Note des russischen Botschafters, 12. 25. April 1909 Nr. 645 (eing. 26. April).^{a)} Ausfert.

Le soussigné, Ambassadeur de Russie a l'honneur d'ordre de Son Gouvernement, de faire à Son Excellence Monsieur le Baron d'Aehrenthal, Ministre des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie la communication suivante: Le soussigné a eu l'honneur d'informer son Excellence Monsieur le Baron d'Aehrenthal par une note en date du 6/19 Avril a. c. que le Gouvernement Impérial donnait son consentement à la suppression de l'Article 25 du Traité de Berlin. Le Gouvernement Russe tient à constater à cette occasion qu'il est bien entendu que l'acte échangé à Berlin le 1/13 Juillet 1878 entre les Plénipotentiaires de Russie et les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie^{b)}, demeurant sans objet, l'acte en question est considéré comme abrogé.

Ouroussoff.

a) Vgl. n. 1574. — b) Vgl. n. 97 Anm. b.

Nr. 1566. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 26. April 1909 Nr. 252 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe soeben mit Rifaat Pascha die Ratifikationen unseres Entente-protokolles ausgetauscht.^{b)} Ich lege Dokumente mit nächstem Kurier vor.
Pallavicini.

a) Oe.-U. Bosnien 133 Nr. 190. — b) Vgl. n. 1064, 1522, 1568.

Nr. 1567. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 26. April 1909 Nr. 254 (eing. 3 U. 40 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Zum hohen Telegramme No. 151 vom 19. d. M. Ich habe Rifaat Pascha Note im Sinne des hohen Auftrages eingehändigt. Pallavicini.

a) Vgl. n. 1576.

Nr. 1568. Note explicative des Botschafters in Konstantinopel ausgetauscht anläßlich der Auswechselung der Ratifikationen des Protokolls zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei vom 26. Feb. 1909 gegen eine gleichlautende Note des türkischen Ministers des Äußern;^{a)} Konstantinopel, 26. April 1909.^{b)} Abschrift.

Au moment de procéder à l'échange des ratifications du Protocole en date du 26 février 1909^{b)}, le soussigné Ambassadeur d'Autriche-Hongrie a l'honneur de déclarer qu'il est entendu:

1° que dans l'application de l'article III dudit Protocole, les élèves originaires de la Bosnie et de l'Herzégovine qui étudient dans les écoles civiles de l'Empire Ottoman et dont les parents se trouvent dans lesdites provinces, seront reconnus, à leur retour dans leurs foyers, comme Bosniens ou^{c)} Herzégoviniens, à moins qu'ils n'aient opté, à leur majorité d'âge, pour la nationalité Ottomane;

que les originaires de la Bosnie et de l'Herzégovine qui seraient de passage en Turquie depuis une année au plus avec un passeport en règle du Gouvernement de Sarajévo, ainsi que les employés et cavass originaires desdites provinces, actuellement au service de l'Ambassade et des Consulats Impériaux et Royaux en Turquie, seront traités sur le même pied que les sujets autrichiens ou hongrois. Une liste de ces employés et cavass devra être communiquée aux autorités locales Ottomanes dans un délai de deux mois à dater de ce jour.

2° que, relativement à l'article IV, le Chéikh-ul-Islamat donnera l'investiture aux Réis-ul-Uléma de la Bosnie et de Herzégovine, en conformité de l'accord qui était antérieurement intervenu à ce sujet entre l'Ambassade Impériale et Royale d'Autriche-Hongrie et le Chéikh-ul-Islamat à Constantinople, accord qui contient les dispositions suivantes:

a) élection par une curie électorale religieuse (héyéti ilmié) de trois candidats pour le poste de Réis-ul-Uléma,

b) nomination à ce poste d'un de ces trois candidats par Sa Majesté l'Empereur et Roi,

c) envoi au Chéikh-ul-Islamat, par l'intermédiaire de l'Ambassade Impériale et Royale et le canal de la Sublime Porte, d'une requête de la curie susmentionnée, demandant le ménchour pour le personnage nommé Réis-ul-Uléma. Cette pièce sera accompagnée d'un takrir de l'Ambassade Impériale et Royale constatant que la curie électorale religieuse, en procédant à l'élection du Réis-ul-Uléma, était dûment constituée et autorisée à ce faire, et que la personne pour laquelle l'investiture est demandée a été nommée par Sa Majesté l'Empereur et Roi.

3° que, dans le cas où la Sublime Porte grèverait les cinq articles mentionnés à l'article VI du Protocole de surtaxes de consommation, la taxe sur le papier à cigarettes en feuilles et celle sur le papier à cigarettes confectionné (en livrets, en tubes etc.) devront être calculées sur une base égale proportionnelle de la valeur de ces articles.

4° que, quant à l'article VII, les localités où il n'existe pas d'autres bureaux de poste étrangers sont les suivantes: Andrinople, Tchésme, Gallipoli, Lagos et Rodosto; les bureaux de poste Impériaux Royaux y seront supprimés d'après la stipulation de l'article susmentionné. Le bureau de poste Impérial Royal à San Juan di Média, quoiqu'il n'y ait pas d'autres bureaux de poste étrangers, sera maintenu provisoirement comme office intermédiaire du bureau de poste Impérial Royal à Scutari d'Albanie. Pallavicini.

^{a)} Die Note des türk. Ministers des Äußern Rifaat Pascha, Konstantinopel, 26. April 1909 liegt in Ausfert. vor. — ^{b)} Vgl. n. 1064, 1522, 1566. — ^{c)} Die im Polit. Archiv erliegenden Abschriften haben statt „ou“ „et“. Die türk. Ausfert. hat jedoch „ou“.

Nr. 1569. *Tel. nach Sofia, 26. April 1909 Nr. 83 (chiff. 4 U. p. m.).^{a)}*
Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Da die Pforte in dem in Konstantinopel unterzeichneten Protokoll den neuen Rechtszustand in Bulgarien anerkannt hat und da ferner die Gesellschaft der orientalischen Bahnen zu einer prinzipiellen Einigung mit der türkischen Regierung gelangt ist, erscheinen die Bedingungen gegeben, welche wir unsererseits an die Anerkennung der bulgarischen Unabhängigkeit und des bulgarischen Königtums geknüpft hatten. Seine Majestät, unser Allernädigster Herr, richtet daher noch am heutigen Tage ein Glückwunschtelegramm an König Ferdinand. Euer Hochgeboren wollen sich um eine Audienz bei Seiner Majestät bewerben und Höchstdemselben in entsprechender Weise auch die Glückwünsche der k. u. k. Regierung zum Ausdrucke bringen. Gleichzeitig wollen Euer Hochgeboren eine Note nachstehenden Inhaltes an die königliche Regierung richten: Le Gouvernement Impérial et Royal a pris connaissance de la Note de Votre Excellence en date du ... avril l'informant de l'accord survenu à Constantinople entre le représentant de la Bulgarie et le Gouvernement Impérial Ottoman, accord à la suite duquel ce dernier déclare reconnaître le nouvel état de choses en Bulgarie. En même temps le Cabinet de Vienne a eu connaissance d'un arrangement sauvegardant les intérêts de la Compagnie des chemins de fer orientaux. Dans ces circonstances le Gouvernement Impérial et Royal qui a toujours été inspiré de la plus vive sympathie pour la consolidation et le développement de l'Etat bulgare, est heureux de pouvoir reconnaître aussi de son côté le Royaume indépendant de Bulgarie. En me félicitant d'être à même de porter ce message de mon Gouvernement à la connaissance de Votre Excellence, je saisis etc. Von diesen an Euer Hochgeboren ergehenden Instructionen verständige ich unter einem das Berliner Cabinet und gehe auf Grund eines früheren Gedankenaustausches mit diesem von der Voraussetzung aus, daß Ihr deutscher Kollege analoge Instructionen erhalten wird. Sowohl mir als der deutschen Regierung erschiene es wünschenswert, Italien zu unserem Vorgehen heranzuziehen und so bei diesem Anlasse den Dreibund zu markieren. Es wurden daher die beiderseitigen Geschäftsträger in Rom angewiesen, Herrn Tittoni nahezulegen, er möge den italienischen Vertreter in Sofia in dem Sinne instruieren, daß tunlichst eine gleichzeitige Audienz der drei Vertreter erbeten werde. Ich ersuche Euer Hochgeboren demnach, diesbezüglich mit Ihren Kollegen von Deutschland und Italien in Fühlung zu treten. Eben erhalte ich ein Telegramm des k. u. k. Geschäftsträgers in Rom, wonach Herr Tittoni der obigen Anregung der beiden Cabinete zugestimmt und diesbezügliche Instructionen an den italienischen Vertreter in Sofia zugesagt hat. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1554, 1571.

Nr. 1570. *Bericht aus Athen, 27. April 1909 Nr. 22 (eing. 8. Mai).*
Ausfert.

Vertraulich. Anlässlich meines heutigen Antrittsbesuches beim Herrn Minister des Äussern — ein früherer Versuch, ihn anzutreffen, hatte fehl-

geschlagen — fand ich bei demselben eine über das normale Mass hinausgehende liebenswürdige Aufnahme. Er wies mit grosser Wärme auf unsere gegenseitigen ausgezeichneten Beziehungen hin, deren Pflege ihm ganz besonders am Herzen liege, (wobei auch meines Vorgängers Baron Macchio mit grösster Anerkennung gedacht wurde) und stellte sich mir für alle Informationen ganz zur Verfügung, mich einladend, jeder Zeit ihn aufzusuchen, wenn ich aus irgend einem Grunde den Wunsch hätte, ihn zu sprechen. Herr Baltazzi ergriff auch gleich die Gelegenheit, mir einige in der Nacht aus Constantinopel eingetroffene vertrauliche Telegramme Herrn Gryparis vorzulesen, aus denen zu entnehmen war, dass das persönliche Schicksal Seiner Majestät des Sultans auf Grund eines Fetwa des Scheik-ül-Islam eine tragische Wendung zu nehmen im Begriffe wäre. Aus den weiteren Äusserungen des Herrn Ministers konnte ich entnehmen, dass alle Angelegenheiten, die für Griechenland von Interesse sind, gegenüber den Constantinopeler Ereignissen — welche man hier mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt, ohne jedoch bisher die Ruhe zu verlieren — momentan anscheinend in den Hintergrund getreten sind. Dies geht jedoch nicht so weit, dass die Gedanken schliesslich doch wieder dorthin sich wenden, wo vitale Interessen für das Königreich auf dem Spiele stehen. Natürlich ist dies in erster Linie die Kreta-Frage. Herr Baltazzi landete in seinen Äusserungen auch sehr bald dort. Er skizzierte kurz die überaus schwierige Stellung der Regierung Kreta gegenüber und wies darauf hin, dass sie unentwegt fortfahre, auf die schon recht ungeduldige Bevölkerung mässigend einzuwirken. Er resümierte unter dem Hinweis darauf, dass der Termin der Zurückziehung der Occupationstruppen nahe bevorstehe, dahin, dass diese Frage jetzt reif sei, endlich einmal ebenso endgiltig bereinigt zu werden, wie es jüngst bezüglich anderer orientalischer Fragen „tout à fait similaires“ geschehen sei. Bemerkenswert war hiebei, dass der Herr Minister ganz spontan hervorhob, er baue zwar fest auf unser und Deutschlands Wohlwollen in dieser Frage, erkenne aber an, dass in erster Linie die Schutz-mächte diesfalls zu einer Initiative berufen wären — eine Auffassung, der ich, ohne mich in Erörterungen darüber einzulassen, auf Grund Euer Excellenz mündlicher Instruktion im Allgemeinen nur beipflichten konnte. Die zweite Frage, die von dem, was Herr Baltazzi mir sagte, sich besonders abhob, war die bulgarische. Er teilte mir die gestern durch Griechenland erfolgte Anerkennung Bulgariens als unabhängiges Königreich mit und bemerkte hiezu, Griechenland habe zwar keinen Grund gehabt, in der Anerkennungsfrage unter den ersten Regierungen zu sein, allein es hätte gerade mit Hinblick auf die heiklen griechisch-bulgarischen Beziehungen, griechischerseits vermieden werden müssen, als letzte Regierung diese Anerkennung auszusprechen. Nun war für Herrn Baltazzi der Moment gekommen, sich bezüglich Bulgariens und seiner macedonischen Aspirationen zu erleichtern. Er tat dies zwar mit einiger Mässigung, allein es leuchtete doch unverkennbar das ärgste Misstrauen durch, welches man hier zu Lande gegen Bulgarien in macedonicis hegt. „Les Bulgares ne resteront pas tranquilles sous ce rapport.“ So lautete die einschlägige in ebenso ernstem wie überzeugtem Tone gesprochene diesbezügliche Äusserung des Herrn

Ministers. Eine weitere Conclusion knüpfte er vorläufig nicht daran, betonte jedoch, dass Griechenland es sei, welches betreffs Macedoniens strikt korrekt vorgehe, zum Beispiel Bandenbildungen nicht nur nicht encouragire, sondern sie auf griechischem Territorium auch nicht dulde — eine Haltung, die auch Anerkennung finde. Die innere Lage und die jüngste Ministerkrisis — über die Euer Excellenz durch den bisherigen k. u. k. Geschäftsträger Legationsrat Ritter von Loewenthal, wie ich mich überzeugen konnte, ebenso eingehend wie über alle anderen auf der Tagesordnung stehenden Fragen informirt worden sind — wurde in meinem Gespräche mit Herrn Baltazzi nur gestreift, in diesem Zusammenhange jedoch von ihm noch einmal der Kreta-Frage Erwähnung getan, die insoferne auch mit der spezifisch inneren Politik zusammenhänge, als bei den voraussichtlich im Spätherbst vorzunehmenden Neuwahlen auch die Entsendung kretischer Abgeordneter in die griechische Kammer zu erwärtigen sei.

Braun.

Nr. 1571. Privatschreiben aus Berlin, 27. April 1909 (eing. 29. April). Ausfert.

Mit verbindlichstem Danke habe ich Euer Excellenz gütiges Schreiben vom 16. d. M. zu erhalten die Ehre gehabt. Zu ganz besonderem Danke bin ich Euerer Excellenz verpflichtet für Hochdero wohlwollende Anerkennung meiner bescheidenen Tätigkeit in den letzten bewegten Zeiten. Meine Aufgabe während der ganzen — nunmehr glücklich überwundenen — Krise, war eine leichte, da ich hier, so zu sagen immer nur damit zu tun hatte: d'enfoncer des portes ouvertes. Wie Euere Excellenz so richtig bemerken, war das harmonische Zusammengehen zwischen Wien und Berlin in keiner einzigen Phase gestört, und Euerer Excellenz fortlaufende präcise und klare Instructionen haben mich immer in die Lage versetzt, die mir erteilten hohen Aufträge entsprechend ausführen zu können. Das Entgegenkommen, welchem ich hiebei beim Reichskanzler und im Auswärtigen Amte begegnet habe, ist über jedes Lob erhaben. Im Laufe des letzten halben Jahres ist in der That kaum ein einziger Tag vorüber gegangen, an welchem ich in der Wilhelmsstrasse nicht vorgesprochen hätte, wo ich, sei es vom Staatssecretär, sei es von dessen Stellvertreter stets mit dem grössten Zuvorkommen empfangen worden bin. Seitdem Herr von Kiderlen-Wächter Berlin verlassen hat, ist der Verkehr mit dem Auswärtigen Amte allerdings etwas schwerfälliger geworden; der genannte Herr Gesandte hatte alle Fäden der deutschen auswärtigen Politik in seinen Händen zusammengefasst und war immer gewillt und auch im Stande, auf die an ihn gestellten Fragen allsogleich klare und bündige Antwort zu erteilen. Freiherr von Schoen befolgt bei der Behandlung aller Angelegenheiten, mit welchen er sich zu befassen hat, so zu sagen, eine „collegiale“ Methode; bevor er eine definitive Antwort giebt, zieht er gewöhnlich früher noch den Unterstaatssecretär und auch den Referenten (für Fragen des nahen Orients den geheimen Legationsrath Zimmermann) zu Rathe und somit entstehen Weiterungen und manchmal auch Missverständnisse, die erst später aufgeklärt werden können. In

der Angelegenheit der Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens war zwischen dem Staatssecretär und dem Unterstaatssecretär eine entschiedene Meinungs-Differenz. Letzterer wollte darauf durchaus nicht eingehen, dass deutscherseits die Anerkennung in Sofia schon jetzt notificirt werde; er wollte noch zuwarten, bis auch hier von Seite der Vertreter der Orientbahngesellschaft die Erklärung abgegeben werde, dass zwischen der Gesellschaft und der Pforte, tatsächlich eine Vereinbarung zu Stande gekommen sei. Es hat mir einige Mühe gekostet die Herrn in der Wilhelmstrasse davon zu überzeugen, dass, wie Euerer Excellenz in Hochdero Telegramme Nr. 144^{a)} so richtig ausführen, ein jedes weitere Hinausschieben der Anerkennung für die politischen Interessen unserer Gruppe in Bulgarien von Nachteil wäre und unsere Stellung in der Bahnfrage keineswegs stärken würde. Die aus Sofia eingetroffene Nachricht, dass Seine Majestät, unser Allergnädigster Herr, an König Ferdinand eine Begrüssungs-Depesche zu richten die Gnade hatte (Vide mein heutiges Telegramm Nr. 167)^{b)} hat den Staatssecretär, wie er mir sagte, überrascht, und Fürst Bülow hat sich beeilt Kaiser Wilhelm telegrafisch anheimzustellen auch Seinerseits ungesäumt ein gleiches Telegramm an den König zu richten. Die von Euerer Excellenz mir gütigst zur Verfügung gestellten Berichte des Grafen Berchtold habe ich mit sehr grossem Interesse gelesen. Nach den Meldungen des Grafen Pourtalès ist es nicht wahrscheinlich, dass Herr Iswolsky, wenn überhaupt, vor dem Herbste zurücktrete. Was unsere und Deutschland's Politik gegenüber Russland betrifft, so ist Fürst Bülow, wie ich während meiner letzten Unterredung, die ich mit ihm hatte, constatiren konnte, ganz Euerer Excellenz Meinung, dass auch nach einem eventuellen Wechsel in der Person des russischen Ministers des Aeussern weder für uns noch für Deutschland ein Anlass vorliege etwaige von Russland ausgehende Annäherungsversuche mit besonderem Empressement entgegenzunehmen. Kaiser Wilhelm soll Sich, wie man mir versichert, in dieser Beziehung ganz im gleichen Sinne ausgesprochen und sich dahin geäussert haben, dass eine Annäherung an Russland speciell für Deutschland zwar recht wünschenswert erschiene, dass aber hiefür die Zeit noch nicht gekommen sei. Die Ereignisse in der Türkei werden hier begreiflicher Weise mit sehr grosser Aufmerksamkeit und nicht minder mit grosser Besorgnis verfolgt. Ein klares Bild der momentanen Situation und der weiteren Entwicklung derselben konnte sich auch das Auswärtige Amt nach den Meldungen Baron Marschall's nicht machen. Noch heute Früh versicherte mir Freiherr von Schoen, er glaube, dass Sultan Abdul Hamid nicht werde zur Abdankung gezwungen werden. Einige Stunden später ist die Nachricht eingetroffen, dass der Thronwechsel stattgefunden hat! Mein türkischer College, Nizamy Pascha, bekanntlich ein treuer Anhänger und Vertrauensmann des jungtürkischen Comité's „de l'union et du progrès“ ist seit dem Ausbruche der Unruhen in Constantinopel für Niemanden sichtbar. Er hat einen leichten Influenza-Anfall dazu benützt, um seit 14 Tagen sein Zimmer nicht zu verlassen. Über den Tag der Ankunft der deutschen Majestäten in Wien und die Dauer des dortigen Aufenthaltes ist man hier noch nicht genau informirt. Ich wäre Euerer Excellenz sehr dankbar, wenn Hochdieselben die Allerhöchsten Befehle

einholen und mich ehestens wissen lassen wollten, ob ich mich aus diesem Anlasse nach Wien zu begeben haben werde. Szögyény.

^{a)} Liegt im polit. Archiv nicht vor. Vgl. n. 1569. — ^{b)} Tel. aus Berlin, 27. April 1909 Nr. 167 (eing. 4 U. 30 M. p. m.) hat den oben angegebenen Inhalt und meldet ferner, daß der deutsche Vertreter in Sofia beauftragt wurde, im Einvernehmen mit seinem österreichisch-ungarischen und italienischen Kollegen die Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens zu notifizieren. Vgl. n. 1569.

Nr. 1572. Tel. nach Konstantinopel, 27. April 1909 Nr. 161 (chiff. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein und Gagern; G. Aehrenthal).

Zu Euer Exzellenz Information: Der hiesige französische Botschafter hat hier im Auftrage seiner Regierung angeregt, daß dem Commandanten unserer vorläufig nach dem Piräus entsendeten Kriegsschiffe analoge Instructionen ertheilt werden, wie jene, die der Commandant der ins östliche Becken des Mittelmeeres entsendeten französischen Kriegsschiffe erhalten hat. Diese Instructionen lauten folgendermaßen: Im Falle von Massacres, Plünderungen oder Bränden in den betreffenden Hafenorten sind ohne Rücksicht darauf, ob andere fremde Kriegsschiffe dort anwesend sind oder nicht, Détachements zu landen, welche zum Schutze des Lebens und Eigenthums der Einwohner einzuschreiten haben. Wenn dagegen seitens der Lokalbehörde durch Vermittelung des französischen Consularamtes das Ansuchen um Landung eines Détachements behufs Aufrechterhaltung der Ordnung, also gleichsam als Polizeimaßnahme, gestellt werden sollte, so ist einem solchen Ansuchen nur in dem Falle stattzugeben, daß der oder die Commandanten anderer in demselben Hafen etwa anwesender fremder Kriegsschiffe sich ausnahmslos zu einem gleichen Vorgehen bereit erklären. Wenn der oder einer der Commandanten der in dem Hafen etwa gleichzeitig anwesenden Kriegsschiffe anderer Mächte die Theilnahme an einer solchen Maßnahme ablehnen, so hat der französische Schiffcommandant von derselben Abstand zu nehmen. Dieselbe Reserve hat der französische Commandant zu beobachten, falls außer dem von ihm befehligten Schiffe sich kein Kriegsschiff einer anderen Macht in dem betreffenden Hafen befindet. Graf Montecucoli, dem Vorstehendes zur Kenntniss gebracht worden ist, hat die in Rede stehenden Instructionen dem Contreadmiral Schukić durch den heutigen Courier zu seiner Information mitgetheilt. Die Euer Exzellenz mit meinem Telegramme vom 24. l. M., Nr. 159, ertheilte Ermächtigung, dem genannten Contreadmiral gegebenen Falles entsprechende Weisungen zu ertheilen, bleibt durch Vorstehendes unberührt. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1556.

Nr. 1573. Bericht aus London, 27. April 1909 Nr. 36 (eing. 30. April).^{a)} *Ausfert.*

In Ergänzung meines Telegrammes No. 95^{b)} von heute Abend erlaube ich mir anliegend den Text der Note Sir Edward Greys zu unterbreiten,^{c)} welche mir heute spät abends zugekommen ist. Als ich mich heute Nachmittag von Sir Edward Grey verabschiedete, sagte er mir, dass

er mir die Note heute oder morgen zusenden würde. Mit den Abänderungen der Alineas 5, 7, 8, 9, 10 und 11, sei er vollständig einverstanden. Was Alinea 6 betrifft, so hätte er auch gegen diese Veränderung nichts einzuwenden, falls sich die k. und k. Regierung mit der bezüglichen Erklärung der montenegrinischen Regierung zufrieden gibt. Eine „formelle“ Abänderung eines Alineas des Artikels müsste aber, nach seiner Ansicht, die Unterschriften der Bevollmächtigten der Signatar-Mächte tragen. Was endlich Alinea 4 betrifft, so müsse man die Wünsche der Türkei berücksichtigen, könne aber im gegenwärtigen Augenblicke schwer mit der türkischen Regierung unterhandeln. Prinzipielle Gegensätze bestünden jedenfalls zwischen keiner Seite, meinte er, und fügte bei, dass er Alles in seiner Note erklärt hätte; wobei er mir den Eindruck machte, sich selbst mit der ganzen Frage sehr wenig beschäftigt zu haben. Mensdorff.

a) Oe.-U. Bosnien 134 Nr. 192. Vgl. n. 1542, 1579, 1581, 1606. — b) Vorbericht zum obigen Bericht. — c) Vgl. Beilage.

Beilage zu n. 1573. Note des englischen Staatssekretärs des Äußern an den Botschafter in London, 27. April 1909 Nr. 15491 09.^{a)} *Ausfert.*

I have the honour to acknowledge the receipt of Your Excellency's communication of the 20th instant,^{b)} in which you inform me of the views of the Austro-Hungarian Government in regard to modifications in Article 29 of the Treaty of Berlin, and request to be informed whether His Majesty's Government are in agreement on the subject. His Majesty's Government have noted with satisfaction that the Austro-Hungarian Government assent to the suppression of paragraphs 5, 7, 8, 9, 10 and 11 of the Article in question: as to the proposal to replace paragraph 6 by another, stipulating that the port of Antivari shall preserve the character of a commercial port, and that no works shall be erected there to transform it into a military port, His Majesty's Government have no objection in principle to such an arrangement. In this connection the declaration made by the Montenegrin Government to the Austro-Hungarian Representative at Cetinje would appear adequate: if, however, the Austro-Hungarian Government wish to invest this clause with the character of a formal international stipulation, it would evidently be necessary that it should take the form of a Treaty modifying the Treaty of Berlin, and signed by the Plenipotentiaries of the Powers Signatory of the Treaty of Berlin; this course would correspond to that adopted in 1871 in regard to the abrogation of articles 11, 13, and 14 of the Treaty of Paris and the substitution for them of a fresh article. His Majesty's Government understand, however, that the question of paragraph 4, which has been raised by the Turkish Government, still remains open for consideration.

Grey.

a) Oe.-U. Bosnien 135 Nr. 142. — b) Vgl. n. 1542.

Nr. 1574. Note an den russischen Botschafter, 27. April 1909 Nr. 1713. Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

En réponse à la Note que Son Excellence Monsieur l'Ambassadeur de Russie a bien voulu lui adresser à la date du 25/12 avril ct., sous le No. 645,

le soussigné Ministre des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie a l'honneur de L'informer que le Gouvernement Impérial et Royal, partageant la manière de voir du Cabinet Impérial Russe, est également d'avis qu'à la suite de la suppression de l'article XXV du Traité de Berlin l'acte échangé à Berlin le 13/I. juillet 1878 entre les Plénipotentiaires d'Autriche-Hongrie et les Plénipotentiaires de Russie est devenu sans objet et doit être considéré comme abrogé.

Erl. nach Belgrad, 28. April 1909 Nr. 1736. Siehe n. 1577.

Nr. 1575. Bericht aus Konstantinopel, 28. April 1909 Nr. 36 D (eing. 1. Mai).^{a)} Ausfert.

Die politische Umwälzung, welche im vorigen Sommer in der Türkei stattgefunden hat, wurde bekanntlich von der englischen Regierung sehr geschickt ausgenützt, um die Stellung England's in der Türkei wieder zur vorherrschenden zu machen. Die hiesige englische Botschaft pflog damals sehr intime Beziehungen zur jungtürkischen Partei und namentlich zum Comité Union et Progrès. Der Grossvezier Kjamil Pascha holte sich in der englischen Botschaft Rath in allen die auswärtigen Beziehungen der Türkei betreffenden Angelegenheiten und war mit Sir Gerard Lowther in stetem Verkehre. Auf diese Weise identificierte sich aber auch Sir G. Lowther immer mehr mit Kjamil Pascha, sodass dessen Fall für den Einfluss, den bisher die englische Botschaft hier hatte, von entscheidender Bedeutung wurde. Nach dem Sturze Kjamil Pascha's erkalteten die anfänglich so warmen Beziehungen der englischen Botschaft zu den Jungtürken immer mehr. Man ging zuletzt jungtürkischerseits sogar soweit, zu behaupten, dass das Geld welches bei den meuternden Soldaten vorgefunden wurde von der englischen Regierung gegeben worden wäre, welche eben im Hinblick auf ihre zahlreichen mohamedanischen Unterthanen in Indien, den Khalifen Abdul Hamid auf dem Throne erhalten wollte. Hingegen näherte sich die deutsche Botschaft immer mehr dem Comité Union et Progrès. Letzteres geschah namentlich im Wege und durch Vermittlung der in Deutschland ausgebildeten Generäle und Offiziere. Baron Marschall in seinen Gesprächen mit den Collegen nahm in den letzten Wochen vollkommen Partei für das Comité, und machte sogar kein Hehl daraus, dass, seiner Ansicht nach, Abdul Hamid fallen müsse. Die Lage in Constantinopel hat sich nun namentlich dadurch, dass eben die gedachten Generäle hier zur Herrschaft gekommen sind, vollständig zum Vortheile Deutschlands geändert. Der Antagonismus zwischen Deutschland und England kommt also auch in dieser Phase der Entwicklung der Orientkrise deutlich zum Ausdruck. Was unsere Haltung anbelangt, so glaube ich, dass wir uns nach wie vor möglichst neutral gegenüber den verschiedenen Strömungen im türkischen Reiche verhalten sollen. Diese von uns bisher befolgte Politik hat sich vollkommen bewährt. Wir haben die grossen Schwierigkeiten, in welchen wir uns infolge der Annexion befanden glücklich überwunden, obwohl wir während dieser Zeit mit 3 Regierungen zu thun hatten.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 1586.

Nr. 1576. Bericht aus Konstantinopel, 28. April 1909 Nr. 36 F (eing. 1. Mai). Ausfert.

Mit meinem Telegramme vom 26. d. Mts. No. 254 habe ich Euerer Excellenz bereits den Vollzug des hohen telegrafischen Auftrages vom 19. d. Mts. No. 151 in Angelegenheit der seitens des k. u. k. Cabinetes beantragten Modification des Artikels XXIX des Berliner Vertrages zu melden die Ehre gehabt. Rifaat Pascha erwiderte mir bei der Einhändigung meiner bezüglichen Note, daß er dieselbe demnächst beantworten werde. Die Pforte selbst lege auf eine Abänderung der Bestimmungen des Alinea 4 desselben Artikels großen Wert und sei bereits vor einiger Zeit diesbezüglich an die Cabinete herangetreten, ohne jedoch auf ihre Demarche bisher eine Antwort erhalten zu haben. Die Bemerkung Rifaat Paschas gab mir Anlaß, mich demselben gegenüber im Sinne des hohen Telegrammes vom 14. d. Mts. No. 146 auszusprechen. Von der Antwort Euerer Excellenz an den türkischen Botschafter in Wien schien Rifaat Pascha keine Kenntniss zu haben. Er bemerkte, daß überhaupt in der letzten Woche der Dienst in seinem Département, insbesondere was die Chiffrier- und Déchiffrierarbeit betreffe, in Folge der politischen Ereignisse in der Hauptstadt arg ins Stocken gerathen sei.

Pallavicini.

Nr. 1577. Erl. nach Sofia Nr. 1735 (1) und Belgrad Nr. 1736 (2), 28. April 1909.^a) Konz. (S. Matscheko; V. Musulin u. Pogatscher; G. Aehrenthal).

1. und 2. Streng vertraulich. Der Zusammenbruch der großserbischen Aspirationen, der mit der Anerkennung der Annexion Bosniens und der Herzegowina eingetreten ist, hat die Wahrscheinlichkeit nahegerückt, daß man in Belgrad versuchen würde, durch die Wiederaufnahme des alten Gedankens einer politischen Annäherung an Bulgarien die politische Situation Serbiens der Monarchie gegenüber zu stärken. Eine besondere Actualität mußte der Gedanke einer Verständigung mit dem neuen Königreiche in dem Momente gewinnen, wo der allem Anscheine nach bevorstehende Bürgerkrieg in der Türkei günstigere Chancen für ein aktives Hervortreten der beiden Balkanstaaten zu bieten schien. Wie ich aus streng vertraulichen Quellen erfahre, hat die serbische Regierung nun tatsächlich in jüngster Zeit Schritte in Sofia unternommen, um die bulgarische Regierung dazu zu bewegen, ihre bisherige politische Richtung zu verlassen und sich mit Serbien zu einer gemeinsamen Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen und zur Abwehr einer weiteren Penetration des Balkans seitens der europäischen Zentralmächte zu verbinden. Sicherem Vernehmen nach soll die serbische Regierung sich zur Unterstützung ihrer Demarche in Sofia auch an die Cabinete von Paris, London, Petersburg und Rom gewendet haben. Praktischen Erfolg scheinen die serbischen Bestrebungen bisher nicht gehabt zu haben. Der bulgarische Vertreter in Belgrad hat sich über dieselben eher kühl geäußert und, wie mir aus der eingangs erwähnten streng vertraulichen Quelle bekannt geworden ist, seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß sich Bulgarien wohl kaum entschließen werde, seiner Politik

eine feindselige Spitze, sei es gegen Österreich-Ungarn, sei es gegen die Türkei zu geben. Auch bei den vorgenannten Cabineten scheint man über einige allgemeine Phrasen wie, daß man im Prinzipie einen Akkord der Balkanstaaten nur mit Befriedigung begrüßen könne etc., nicht hinausgegangen zu sein. Man hat in Belgrad auch direkt zu verstehen gegeben, daß man gerade den gegenwärtigen Moment nicht für sehr angezeigt halte, um die Anbahnung einer politischen Intimität zwischen Belgrad und Sofia zu patronisieren. Nichtsdestoweniger geht aus den mir vorliegenden streng vertraulichen Nachrichten hervor, daß man es nicht nur in Petersburg, wo man bekanntlich eine serbisch-bulgarische Verständigung von allem Anfange an gefördert hat, sondern auch in Rom mit einiger Genugtuung begrüßen würde, wenn es zu weitgehenden bulgarisch-serbischen Abmachungen käme, und daß das italienische Cabinet diesbezüglich in Sofia nur deshalb nicht aus der Reserve hervortritt, weil es die Chancen für das Gelingen der serbischen Action derzeit noch pessimistisch beurteilt. Ich meinerseits hielte dafür, daß Bulgarien gegenwärtig für die serbischen Wünsche tatsächlich wohl kaum zu haben sein wird, da es den bulgarischen Staatsmännern klüger und vorteilhafter erscheinen dürfte, neben dem russischen Eisen noch ein zweites im Feuer zu haben, das heißt sich die Möglichkeit einer Anlehnung an die Monarchie offen zu halten und sie sich nicht durch den ostensiblen Anschluß an unsere Gegner zu verschließen. Euer Hochgeboren wollen gleichwohl allen Symptomen, die in der Richtung einer serbisch-bulgarischen Annäherung etwa zu verzeichnen sein würden, Ihr besonderes Augenmerk zuwenden und mir über Ihre Wahrnehmungen Bericht erstatten. Da, wie im Vorhergehenden mehrfach erwähnt, die in diesem Erlaß zusammengefaßten Informationen streng vertraulichen Ursprungs sind, so wollen Euer Hochgeboren sich bei Ihren eventuellen den Gegenstand betreffenden Unterredungen mit Ihren Kollegen einer besonderen Vorsicht befleißigen.

a) Vgl. n. 1012, 1593, 1599.

Nr. 1578. Tel. des Gesandten Grafen Albert Nemes aus Paris, 29. April 1909 Nr. 30 (eing. 30. April 9 U. a. m.). a) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 64 vom 19. d. M. Herr Louis hat mir heute gesagt, daß französische Regierung meine in Euer Exzellenz Auftrag überreichte Note mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen habe und im Wesen vollkommen einverstanden sei, der vorgeschlagenen Modifikation des Artikels XXIX des Berliner Vertrages zuzustimmen. Eine Antwort auf die fragliche Note sei deshalb noch nicht erfolgt, weil französische Regierung über die formelle Frage nicht schlüssig sei, wie der vorgeschlagene Text ohne einen eigenen neuen Vertrag an Stelle des zu streichenden Alineas 6 eingefügt werden könnte. Das Pariser Kabinett stünde diesbezüglich mit anderen Kabinetten in einem Gedankenaustausch. Herr Louis stelle mir eine baldige schriftliche Antwort in Aussicht. Nemes.

a) Vgl. n. 1579, 1592.

Nr. 1579. Tel. nach Rom, 29. April 1909 Nr. 96 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Die Demarche, die wir im Sinne unserer Verabredungen mit dem italienischen Kabinette bei den Signatarmächten wegen Abänderung des Artikels XXIX des Berliner Vertrages unternommen haben, hat die britische Regierung, wie mir Graf Mensdorff unterm 27. l. Mts.^{b)} telegraphiert, durch eine an diesen gerichtete Note beantwortet, in welcher das Londoner Kabinett von unserer Zustimmung zur Aufhebung der Alineas 5, 7, 8, 9, 10 und 11 mit Befriedigung Akt nimmt; was die Modifikation des Alinea 6 anbelangt, so habe die britische Regierung keine prinzipielle Einwendung zu erheben; die diesbezügliche Erklärung der montenegrinischen Regierung gegenüber Baron Kuhn erscheine dem Londoner Kabinette ausreichend. Sollten wir jedoch wünschen, den neuen Bestimmungen über Antivari den Charakter einer formellen internationalen Stipulation zu geben, so wäre hiezu, ebenso wie dies 1871 bei der Abänderung der Arikel 11, 13 und 14 des Pariser Vertrages geschehen sei, der Abschluß eines förmlichen Vertrages notwendig, der durch die Bevollmächtigten der Signatarmächte unterschrieben werden müßte. Euer Exzellenz wollen Herrn Tittoni von dem Vorstehenden Mitteilung machen und ihm sagen, daß ich meinerseits an dem Standpunkte festhalte, daß die von uns angeregte neue Textierung des Alinea 6 ebenso wie die anderen Modifikationen des Artikels XXIX internationale Giltigkeit erlangen werden, sobald sämtliche Signatarmächte uns durch Noten ihre Zustimmung zu unserem Vorschlage bekannt gegeben hätten. Es würde mich interessieren, die Ansicht des italienischen Kabinettes über diesen Punkt kennen zu lernen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1578, 1581, 1582. — ^{b)} Vgl. n. 1573.

Nr. 1580. Bericht aus Rom, 29. April 1909 Nr. 29 A (eing. 1. Mai 1909). Ausfert.

Streng vertraulich. Herr Tittoni benützte unsere gestrige Unterredung zu einem kurzen vergleichenden Rückblick auf seine politische Stellung vor einigen Monaten und jetzt. Er sage mir gewiss Nichts Neues, bemerkte er, wenn er constatire, dass er bis vor Kurzem noch von allen seinen politischen Freunden verlassen und aufgegeben — gewissermassen bereits zu den Todten geworfen worden sei. Auch die gesammte Presse habe, mit alleiniger Ausnahme des „Corriere della Sera“, sich aus dem sinkenden Schiffe geflüchtet. Wenn sich nunmehr eine — wie er hoffe — nachhaltige Besserung eingestellt habe, so sei dies, fuhr er fort, zum Theile seiner eigenen Festigkeit, hauptsächlich aber der Erkenntniss zuzuschreiben, dass er mehr politischen Scharfblick und mehr Voraussicht bewiesen habe, als seine Collegen in Petersburg und London. Letzteres ist richtig. Was die „Festigkeit“ Herrn Tittonis anbelangt, so dürfte er in dieser Appreciation seiner selbst ziemlich allein stehen! Andererseits muss wahrheitsgetreu zugegeben werden, dass die Verhältnisse vor einigen Monaten derartige waren, dass es einer Persönlichkeit von ganz anderer envergure bedurft hätte, um der Situation Herr zu bleiben, falls dies überhaupt möglich war.

Ich habe Herrn Tittoni nicht verhehlt, dass mir, während meines kurzen Aufenthaltes in Wien unvortheilhafte Vergleiche zwischen der Bundestreue Italiens und jener Deutschlands wiederholt zu Ohren gekommen seien. Der Minister entgegnete, die Verhältnisse seien so fundamental verschiedene, dass für einen Vergleich die richtige Basis mangle. Jedermann müsse zugeben, dass er — en tenant compte des circonstances — soweit gegangen sei, als es für ihn überhaupt menschenmöglich war, aber in Italien könne eben ein Minister nicht gegen das Parlament und gegen die öffentliche Meinung Politik treiben! Er habe dies auch ganz kürzlich in Venedig dem Fürsten Bülow eingehend vorgehalten und in überzeugender Weise nachgewiesen. Im Laufe der Unterredung liess Herr Tittoni die Bemerkung fallen, es stiegen ihm mitunter Zweifel auf, ob Herzog von Avarna bei allen seinen sonstigen guten Eigenschaften mit der politischen Situation des eigenen Vaterlandes genau vertraut sei und die Rückwirkung der parlamentarischen Strömungen auf die auswärtige Politik desselben stets richtig zu beurtheilen und zu veranschaulichen verstehe. Das Thema wurde, wie gesagt, nur flüchtig berührt, wie überhaupt unsere gestrige Unterredung mehr den Charakter einer causerie hatte, nachdem Tittoni von seinen Vorbereitungen zur Abreise nach Bajae ziemlich stark in Anspruch genommen war.

Lützow.

Nr. 1581. Note des russischen Botschafters, 16. 29. April 1909 Nr. 682 (eing. 1. Mai).^{a)} Ausfert.

Le soussigné, Ambassadeur de Russie à Vienne, d'ordre de Son Gouvernement a l'honneur de faire à Son Excellence Monsieur le Baron d'Aehrenthal, Ministre des Affaires Etrangères, la communication suivante: L'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie à St. Pétersbourg a bien voulu par sa note, en date du 5/18 Avril sub N. 33,^{b)} informer le Gouvernement Impérial de Russie que le Gouvernement Impérial et Royal d'Autriche-Hongrie est disposé à consentir à la suppression des dispositions de l'article 29 du traité de Berlin aux alinéas 5, 7, 8, 9, 10 et 11, contenant les restrictions des droits de souveraineté du Monténégro, en tant que cette suppression aura obtenu le consentement de toutes les Puissances, signataires du dit traité. Le Gouvernement Impérial, ayant fait des propositions dans ce même sens dans sa circulaire du 21 Mars/3 Avril, a appris avec satisfaction la décision ci-dessus exposée du Gouvernement Austro-Hongrois et renouvelle les assurances, qu'il consent pour sa part, également, à la suppression des clauses citées du traité de Berlin. Quant à la proposition, formulée par le Cabinet de Vienne de remplacer l'alinéa 6 de l'article 29 du dit traité par un autre, stipulant que „le port d'Antivari doit conserver le caractère de port commercial et qu'il ne pourra y être érigés d'ouvrages qui le transformeraient en port militaire“, le Gouvernement Impérial n'a pas d'objections de principe à faire à un pareil arrangement. A ce point de vue il estime que la déclaration faite à ce sujet par le Gouvernement Monténégrin serait suffisante et que, dans ces conditions, l'alinéa 6 pourrait être supprimé simultanément avec ceux mentionnés plus haut; mais si le Cabinet de Vienne voulait donner à sa proposition concernant l'alinéa 6 le caractère d'une stipulation formelle

et internationale, celle-ci devrait évidemment revêtir la forme d'un traité, portant modification du traité de Berlin et signé par les plénipotentiaires des Puissances qui ont participé à ce traité, ainsi-que cela a été fait en 1871 pour le remplacement des articles 11, 13 et 14 du traité de Paris. Le Gouvernement Impérial de Russie se plaint à espérer que le Gouvernement Impérial et Royal adhérera à ce point de vue et voudrait bien l'en informer.

Ouroussoff.

a) Oe.-U. Bosnien 136 Nr. 193. Vgl. n. 1542, 1573, 1579, 1582, 1592, 1606. —

b) Vgl. n. 1537.

Nr. 1582. Tel. aus Rom, 2. Mai 1909 Nr. 122 (eing. 12 U. 10 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 96 vom 29. vorigen Monats. Herr Tittoni teilt vollkommen die Auffassung Euer Exzellenz, dass schriftliche Zustimmung sämtlicher Signatarmächte genüge, um der neuen Textierung des Alineas 6 ebenso wie den anderen Modifikationen des Artikels 29 internationale Giltigkeit zu geben. Hiebei glaubt er annehmen zu dürfen, dass Euer Exzellenz die seitens sämtlicher Mächte erfolgte Adhäsion notifizieren werden, womit die Sache als abgeschlossen zu betrachten wäre.

Lützow.

a) Vgl. n. 1581, 1587.

Nr. 1583. Tel. aus Rom, 2. Mai 1909 Nr. 127 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Anwesenheit Barrères bei Feierlichkeiten in Nizza wurde hier wenig goutiert und eher als eine Taktlosigkeit desselben empfunden. Zum Glück sei es dem Herzog von Genua gelungen, sich der Aufdringlichkeiten des französischen Botschafters erfolgreich zu erwehren. Ich machte gestern abends Herrn Tittoni eine Bemerkung über die fieberhafte Tätigkeit Barrères, welcher in jeder denkbaren Weise die Jahresfeier von 1859 zur Verhetzung gegen uns auszunützen sucht. „Vous avez bien raison“ fit le ministre; „l'autre jour M. Barrère a voulu me parler précisément dans ce sens. Je l'ai interrompu en lui disant: Pardon, mais croyez vous que l'ambassadeur de France à Vienne tienne un langage pareil au votre? Pour ce qui est de moi j'en doute fort. Or il importerait de savoir lequel des deux représente les opinions de son gouvernement.“

Lützow.

Nr. 1584. Privatschreiben Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Franz Josef I.; Carskoé Selo, 21. April (4. Mai) 1909.^{a)} Ausfert.

Je me réjouis sincèrement de ce que la crise balkanique dont Tu me parles dans Ta lettre,^{b)} n'ait pas amené d'effusion de sang. La paix des peuples d'Europe se trouvait exposée à de graves dangers et je ne doute pas qu'ils ne Nous soient reconnaissants de les en avoir préservés. J'aime aussi à croire que les événements de Constantinople, qui méritent toute Notre attention, aboutiront à une issue pacifique. Ta sollicitude concernant

la santé de l'Impératrice m'a beaucoup touché et, en T'en remerciant de cœur, je suis content de pouvoir Te donner à ce sujet les meilleurs renseignements.
Nicolas.

^{a)} Vom russischen Botschafter mit Schreiben vom 27. April/10. Mai 1909 Nr. 751 eingesandt, dem Kaiser mit Vortrag vom 12. Mai vorgelegt. — ^{b)} n. 1564.

Nr. 1585. Tel. nach Konstantinopel, 6. Mai 1909 Nr. 172 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Musulin u. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Auf Grund einer Meldung des Grafen Thurn, wonach heute, am 6. Mai, bulgarischerseits die schriftliche Notifizierung an die Mächte erfolgen werde, daß der von König Ferdinand angenommene Titel in authentischer Übersetzung „Roi des Bulgares“ laute, wird in der Adresse der, um ein Zeitversäumnis zu vermeiden, schon mit dem heutigen Kurier nach Sofia abgehenden neuen Kreditiv (im Kontexte derselben ist ein Anlaß für die Anführung des Titels nicht gegeben) der Titel „Rex Bulgarorum“, „Roi des Bulgares“, gebraucht. Das k. und k. Cabinet hat sich zu diesem Entschlusse bewogen gefunden, weil nach einer vorliegenden Meldung in dem am 4. I. M. überreichten Beglaubigungsschreiben des russischen Vertreters diese Titulatur bereits gebraucht wurde und mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die anderen Mächte dem bulgarischen Herrscher auf die erfolgte Notifizierung hin den gewählten Titel ebenfalls zugestehen werden. Falls diese Angelegenheit seitens der Pforte Euer Exzellenz gegenüber zur Sprache gebracht werden sollte, so wollen Sie etwaigen Suszeptibilitäten gegenüber darauf hinweisen, daß angesichts des griechischen Präzedenzfalles (der König von Griechenland führt bekanntlich den Titel „Roi des Hellènes“) eine Ablehnung des bulgarischerseits gewählten Titels nicht möglich erscheint. Euer Exzellenz wollen, wenn Sie es für nötig halten sollten, weiter hervorheben, daß es nach unserer Ansicht taktisch richtig wäre, wenn es die Pforte vermiede, dem bulgarischen Königstitel durch einen allfälligen Protest eine irredentistische Bedeutung beizulegen, die man am besten gar nicht aufkommen lasse. Wie ich zu Euer Exzellenz persönlicher Information hinzufüge, habe ich mich auf eine Anfrage des deutschen Cabinets im Sinne dieses Telegrammes geäußert und bemerkt, daß ich es für sehr opportun und wünschenswert hielte, wenn auch Baron Marschall eingeladen würde, der Pforte gegenüber gegebenenfalles eine analoge Sprache zu führen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1596.

Nr. 1586. Erlaß nach Konstantinopel, 6. Mai 1909 Nr. 1804.^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Ich habe die telegrafische und schriftliche Berichterstattung Euer Exzellenz über die mit dem Thronwechsel in Konstantinopel zusammenhängenden Ereignisse mit Interesse zur Kenntnis genommen. Wenn Euer Exzellenz der Ansicht Ausdruck geben, daß mit der Thronbesteigung Mohamet V. nur die akute Krise im türkischen Reiche ein Ende gefunden

hat und daß wir noch einer längeren Periode politischer Unsicherheit entgegengehen, so möchte ich dieser Auffassung meine Zustimmung nicht versagen. Für den Augenblick gestaltet sich die Situation im türkischen Reiche vielleicht günstiger, als man es in dem Momente erwarten durfte, wo der Widerstand gegen den reaktionären Putsch vom 13. April l. J. einsetzte. Der in allen Kreisen angesammelte Haß gegen den jetzt gestürzten Machthaber war ein einigendes Moment, das die disparatesten Elemente, Jungtürken und Nationalisten, Christen und Mohammedaner, zusammenhielt. Dazu kam, daß die jungtürkische Organisation, die sich im Parlament und im Komité selbst in den kritischen Apriltagen nicht eben glänzend bewährte, in dem III. Armeekorps und in dessen Offizieren festere Wurzeln hatte, so daß der reaktionäre Versuch von dieser Seite energischen Widerstand fand und vereitelt wurde. Für die Zukunft scheinen die Auspicien weniger verheißungsvoll. Es ist zu befürchten, daß die auf die Entfernung Abdul Hamids geeinigten Kräfte sich nach der Erreichung dieses Zieles bald wieder trennen und daß das neue Régime in kurzer Zeit wieder mit dem Antagonismus der verschiedenen Strömungen zu rechnen haben wird, die sich aus der nationalen und religiösen Struktur des türkischen Reiches ergeben. Bedenklich für die weitere Entwicklung der Dinge wird jedenfalls auch der Umstand sein, daß durch die Ereignisse der letzten Wochen die zivile Autorität ganz abgesehen von jener des Trägers der höchsten staatlichen Würde eine schwere, nur allmählich wieder gut zu machende Schädigung erlitten hat und daß, wie Euer Exzellenz bemerken, im gegenwärtigen Augenblicke nur die militärische Diktatur eine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu bieten vermag. Als erfreuliche Momente möchte ich in dem gegenwärtigen Situationsbilde immerhin bezeichnen, daß der Gang der Ereignisse in Konstantinopel die Notwendigkeit einer europäischen Intervention, die zu unabsehbaren Konsequenzen hätte führen können, nicht gezeitigt hat und daß bei den maßgebenden Faktoren in Konstantinopel der Wunsch zu bestehen scheint, konservativ denkende und erprobte Staatsmänner, wie Ferid Pascha, an die Spitze der Regierung zu berufen. Daß es bei der gegebenen Situation in der Türkei auch weiterhin unser Bestreben sein muß, unsere Haltung, wie dies Euer Exzellenz in Ihrem Berichte vom 28. v. Mts., No. 36 D, so zutreffend hervorheben, so einzurichten, daß wir den verschiedenen Strömungen gegenüber möglichst neutral bleiben, halte auch ich für das Richtige und ich kann es nur mit Anerkennung begrüßen, daß Euer Exzellenz es verstanden haben, die Annexionsangelegenheit durch die Fährlichkeiten der türkischen Wirren hindurch zu einem glücklichen Abschlusse zu steuern.

a) Vgl. n. 1575, 1603.

Nr. 1587. Tel. nach Rom, 6. Mai 1909 Nr. 101 (chiffr. 11 U. 20 M. a. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Im Sinne unserer Vereinbarung mit dem italienischen Kabinett sind wir bekanntlich an die anderen Signatarmächte des Berliner Vertrages herangetreten und haben sie um ihre Zustimmung zu den bekannten —

mit Herrn Tittoni verabredeten — Modifikationen des Artikels XXIX ersucht. Aus formellen Gründen erscheint es notwendig, daß auch das italienische Kabinett uns schriftlich seine förmliche Zustimmung zu den in Rede stehenden Abänderungen ausspreche, da die vorangegangene Vereinbarung in dieser Hinsicht vielleicht nicht als ausreichend betrachtet werden könnte. Euer Exzellenz wollen sich in diesem Sinne zu Herrn Tittoni äußern und beifügen, daß meiner Anschauung nach die fragliche Erklärung des italienischen Kabinettes etwa in der Form erfolgen könnte, daß dasselbe mittels Note von dem Inhalte der von Euer Exzellenz am 12. v. M.^{b)} überreichten Note Akt nimmt und seinerseits den darin angeführten Modifikationen des Artikels XXIX zustimmt. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1582. — b) Vgl. n. 1513, 1602.

Nr. 1588. Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 23. April/6. Mai 1909 Nr. 16 D (eing. 8. Mai). Ausfert.

Geheim. Ich beehre mich Euer Exzellenz in der Anlage ein Schreiben des Herrn von Schwartz, Vertreters des Wolff'schen Telegraphen-Bureau's in St. Petersburg, ergebenst zu unterbreiten, aus welchem hervorzugehen scheint, dass das hiesige Auswärtige Amt während des jüngsten Konfliktes zwischen der Monarchie und Serbien versucht hat, die Führer der slavischen Parteien des österreichischen Reichsrates durch den Wiener Vertreter der St. Petersburger Telegraphen Agentur zu Kundgebungen zu Gunsten des Friedens zu bewegen. Herr von Schwartz, welcher mir von der hiesigen deutschen Botschaft anempfohlen wurde, ersuchte mich mündlich um streng vertrauliche Behandlung dieser Angelegenheit und wiederholt in dem anverwahrten Schreiben seine Bitte. Szilassy.

Beilage zu Nr. 1588. Privatschreiben des Vertreters des Wolff'schen Telegraphenbureaus in St. Petersburg an den Legationsrat Julius von Szilassy, 21. April 1909. Ausfert.

Vertraulich. Im Anschluss an unsere gestrige Unterredung beehre ich mich Euer Hochwohlgeboren mitzuteilen, dass ich am 4./17. April d. J. Mittags auf der St. Petersburger Telegraphen-Agentur, Potschamtskaja 13, für wenige Minuten ein Schriftstück einsehen konnte, das dort auf der Schreibmaschine kopiert wurde, und folgenden Inhalt hatte: „Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Streng vertraulich. Mit dem am 15./28. Februar 1909 an die Kaiserlich (scil. Russische) Botschaft in Wien abgesandten Kurier wurde an den Wiener Vertreter der St. Petersburger Telegraphen-Agentur der Befehl abgesandt, angesichts der drohenden Kriegsgefahr aus Veranlassung des österreichisch-serbischen Konfliktes, mit den Führern der slawischen Parteien in Österreich in Verbindung zu treten, um sie im Interesse der gemeinsamen slawischen Sache zu eindrucksvollen und umfangreichen Kundgebungen zu Gunsten des Friedens zu veranlassen.“ (Fast wörtlich.) Weiterhin hiess es ungefähr: „Zum Verständnis dieser Massregel ist es nötig, auf die historische Entwicklung der Beziehungen Russlands zu den österreichischen Slawen in den letzten

Jahren zurückzugreifen.“ Es folgte sodann ein kurzer historischer Rückblick, in welchem aus der Zeitschrift „Revue slave“ (Jahrgang 1905 oder 1906) etwa 5—6 Programmpunkte betreffs dieser Beziehungen angeführt wurden. Darauf wurde das Ergebnis der Unterredungen mitgeteilt, welche der Wiener Vertreter der St. Petersburger Telegraphen-Agentur auf diesen Befehl hin gehabt hat. Ich konnte nur feststellen, dass in diesem Abschnitte die Namen Dr. Kramarcz, Głebowicki, Graf Djeduszycki, Wojcech genannt wurden. Graf Djeduszycki äusserte: Allerdings läge die Aufrechterhaltung des Friedens im polnischen Interesse, aber andererseits ... (weiter konnte ich nicht lesen). Soweit meine persönlichen Wahrnehmungen. Das in russischer Sprache verfasste Schriftstück war etwa 10 Kanzleibogen stark. Ich beehre mich, Euer Hochwohlgeboren meine Beobachtungen zur Verfügung zu stellen, jedoch bitte ich, die Angelegenheit derart zu behandeln, dass die St. Petersburger Telegraphen-Agentur als Quelle und ich als Vermittler nicht genannt werden, und den russischen Behörden auch jede Möglichkeit genommen wird, den Ursprung dieser Information zu erraten.

Oskar von Schwartz.

Nr. 1589. Tel. nach Sofia, 6. Mai 1909 Nr. 87 (chiffr. 1 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Gager; G. Aehrenthal).

Zu Euer Hochgeboren Privatschreiben vom 29. v. M.^{b)} Die Art, wie Herr Dobrovitch auf Ihren abermaligen, die Amovierung Herrn Sarafows betreffenden Anwurf reagierte, läßt die Annahme als naheliegend erscheinen, daß König Ferdinand keineswegs ernstlich an die Abberufung des genannten Diplomaten denkt, sondern denselben auch nach der Erhebung der jetzigen diplomatischen Vertretung Bulgariens zum Range einer Gesandtschaft als neuen Titulär derselben hier zu belassen beabsichtigt. In dieser Vermuthung werde ich überdies durch die Art bestärkt, in welcher Herr Sarafow beim heutigen Diplomatenempfang die Frage der Rangserhöhung der beiderseitigen diplomatischen Vertretungen mir gegenüber besprach. Um in dieser Beziehung der Schaffung eines fait accomplis vorzubeugen, ersuche ich Euer Hochgeboren, in der Ihnen geeignet scheinenden Weise an kompetenter Stelle auf diese Angelegenheit zurückzukommen und das bestimmte Verlangen zu stellen, daß seitens der bulgarischen Regierung der Anlaß der Umwandlung der gegenwärtigen diplomatischen Agentie in eine Gesandtschaft benützt werde, um Herrn Sarafow, mit welchem ich fernerhin vertrauensvolle Beziehungen zu pflegen nicht in der Lage wäre, durch eine geeignete Persönlichkeit auf dem hiesigen Posten zu ersetzen. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1440, 1590. — ^{b)} Berichtet u. a., daß der Gesandte Herr Dobrovič aufmerksam gemacht hätte, daß die nach der Anerkennung Bulgariens als Königreich „bevorstehende Umwandlung der bulgarischen Vertretungen in Gesandtschaften die erwünschte Gelegenheit bieten würde, Herrn Sarafoff, dessen Verbleiben in Wien nach den bekannten Vorgängen auf die Dauer doch unmöglich wäre, durch eine geeignete Persönlichkeit zu ersetzen. Herr Dobrovitch versprach, den König daran zu erinnern; ich konnte aber aus einer Bemerkung des Cabinetsdirectors ersehen, daß Herr Sarafoff, der bei seiner ersten Schilderung seiner Unterredung mit Euer Excellenz zu verharren scheint, noch immer — wenigstens bis zu einem gewissen Grade — von König Ferdinand gehalten wird.“

Nr. 1590. Privatschreiben nach Sofia, 6. Mai 1909. Konz. (S. Gagern; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Euer Hochgeboren dürften, wenn dieses Schreiben in Ihre Hände gelangt, vielleicht schon in der Lage gewesen sein, sich des Ihnen mit meinem heutigen Telegramme Nr. 87 ertheilten Auftrages zu entledigen und bei der bulgarischen Regierung neuerdings wegen Abberufung Herrn Sarafows vorstellig zu werden. Dessenungeachtet muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß König Ferdinand sich über diesen unsererseits wiederholt geäußerten Wunsch hinwegsetzt und uns durch Beglaubigung des gegenwärtigen diplomatischen Agenten als Gesandten am Allerhöchsten Hofe vor ein fait accompli stellt. Da ich, ohne den König zu verletzen, ein solches Vorgehen nicht verhindern könnte, würde ich nicht umhin können, bei Seiner Majestät, unserem Allernädigsten Herrn, für Herrn Sarafow die übliche Antrittsaudienz behufs Überreichung seiner Accreditive zu erwirken. In diesem Falle würde ich mich aber veranlaßt sehen, alsbald nachher die ehebaldige Abberufung Herrn Sarafows in officieller Weise zu verlangen. Um nun von vorneherein die Möglichkeit auszuschließen, daß der über ein solches Verlangen voraussichtlich aufgebrachte König nicht mit dem Begehren auf Abberufung Euer Hochgeboren ripostiere, wird es sich empfehlen, daß Sie bereits jetzt in der Ihnen geeignet scheinenden Weise transpirieren lassen, daß es Ihnen zur besonderen Genugthung gereicht, noch als erster österreichisch-ungarischer Gesandter am kgl. bulgarischen Hofe beglaubigt zu werden, bevor Sie, was schon seit ungefähr Jahresfrist beschlossene Sache sei, Sofia verlassen und eine andere Bestimmung erhalten.

Nr. 1591. Schreiben des Deutschen Kaisers Wilhelm II. an Kaiser Franz Josef I; Achilleion, 7. Mai 1909 (überreicht 11. Mai).^{a)} Ausfert.

Deine warmen Worte vom 22. v. Mts., mit denen Du die Anzeige von dem Eingang der Zustimmungen aller Signatarmächte zur Aufhebung des Artikels 25 des Berliner Vertrags zu begleiten die Güte hattest, haben in meinem Herzen lebhaften Widerhall erweckt. Auch ich habe es als ein Glück empfunden, dass es mir und meiner Regierung, getragen von der einmüthigen Zustimmung des Deutschen Volkes, beschieden war, der alten Bundestreue in ernster Zeit thatkräftigen Ausdruck zu verleihen. Die von Dir und meinem in Gott ruhenden Grossvater inaugurierte Politik des geschlossenen Zusammenstehens unserer beiden Reiche hat die Probe bestanden. Wir haben daraus erkennen dürfen, wie festgefügt das vor 30 Jahren erstandene Bündniss ist, das uns wie ganz Europa die Segnungen des Friedens und den ungestörten Fortschritt auf der Bahn kultureller Entwicklung verbürgt.

Wilhelm.

^{a)} Laut Vortrag an den Kaiser vom 10. Mai 1909 (Ausfert.) traf der deutsche Botschafter zur Überreichung dieses Schreibens am 10. Mai in Budapest ein. Eigenhändiger Vermerk K. Franz Josefs: Ich bitte den Botschafter für Morgen um 1½12 Uhr im Morgen Anzuge zu mir zu bestellen.

Nr. 1592. Tel. des Gesandten Grafen Albert Nemes aus Paris, 7. Mai 1909 Nr. 31 (eing. 8. Mai 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramm No. 70^{b)} vom 6. d. M. Der in meinem Telegramm No. 30 vom 29. v. M. erwähnte Gedankenaustausch mit anderen Kabinetten hat, wie mir der betreffende Referent im Auswärtigen Amte gestern sagte, noch zu keinem Ergebnisse geführt; seit einigen Tagen sei in den bezüglichlichen Besprechungen ein Stillstand eingetreten. Frankreich wolle in dieser Frage keine Initiative ergreifen. Herr Bapst, den ich gleichfalls gestern aufgesucht hatte, sagte mir heute nach Besprechung mit Herrn Louis, das hiesige Kabinett werde auf meine in Euer Excellenz Auftrag überreichte Note sofort antworten, wenn England und Russland darin vorangegangen sein werden. Er wiederholte mir, dass hiesiges Kabinett mit den vorgeschlagenen Modifikationen einverstanden sei. Was aber die Frage anbelange, auf welche Weise denselben eine Sanktion erteilt werden könne, so wolle Frankreich hiezu die Initiative nicht ergreifen. Auf meine Bemerkung, dass meine Note lediglich die Frage enthielt, ob französisches Kabinett geneigt sei, den aufgezählten Modifikationen beizustimmen, meinte Herr Bapst, dass diese Frage bereits mündlich seinerzeit durch Herrn Louis in bejahendem Sinne beantwortet worden sei. Er legte es mir nahe, eine schriftliche Urgenznote an Herrn Pichon zu richten. Ich habe mich nach dem Wortlaute Euer Excellenz Telegrammes No. 70^{b)} hiezu nicht berechtigt gefühlt und bitte, falls Euer Excellenz eine solche schriftliche Urgenz wünschen sollten, um eine hochgeneigte Instruktion. Herr Bapst frug mich, ob bereits von Seite anderer Kabinette Antwort auf fragliche Note erfolgt sei.¹⁾ Nemes.

¹⁾ England und Russland sind vorangegangen, keine schriftliche Urgenz. Nemes soll aber darauf bestehen, dass Pariser Cabinet endlich antwortet.

^{a)} Vgl. n. 1581, 1594. — ^{b)} Dieses (chiffr. 11 U. a. m.) enthält den Auftrag, eine Beantwortung des österr.-ung. Vorschlags betreffend die Modifikation des Art. XXIX des Berliner Vertrages durch das französische Kabinett zu betreiben.

Nr. 1593. Bericht aus Belgrad, 8. Mai 1909 Nr. 45 D (eing. 10. Mai 1909).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Den hohen streng vertraulichen Erlaß Nr. 1736 vom 28. v. M. betreffend die serbisch-bulgarischen Beziehungen habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. In der letzten Zeit hatte ich mir mehrmals erlaubt, Euer Exzellenz zu berichten, daß die serbisch-bulgarische Annäherung unter russischer Patronanz sozusagen in der Luft liegt, eigentlich erwartet wird, aber wie auch der hohe Erlaß hervorhebt, noch keinen praktischen, faßbaren Erfolg erzielt hat. Der bulgarische diplomatische Vertreter, Herr Toscheff, steht dem Gedanken einer Annäherung an Serbien — sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete — beinahe feindlich gegenüber. Er leugnet jede bezügliche bulgarische ernste Absicht; allgemeine, oberflächliche Konversationen hätten in Sofia vielleicht stattgefunden, aber keine bestimmte Ziele aussteckenden Unterredungen. Serbien hegt zweifelsohne das tatsächliche Bestreben, sich mit dem stärkeren Nachbarn gütlich zu verständigen; der Ministerpräsident sprach erst kürzlich

einem meiner Kollegen „du vif désir d'un rapprochement avec la Bulgarie“, fügte aber hinzu, vorderhand sei dies nur ein frommer, nicht ausgeführter Wunsch. Ich werde Euer Exzellenz Instruktion gemäß auch in Zukunft alle Symptome einer etwaigen serbisch-bulgarischen Annäherung mit Aufmerksamkeit verfolgen. Über die Hochdensenben aus streng vertraulichen Quellen zugekommene Nachricht betreffend serbische Schritte in Sofia, sowie ein an die Kabinette von Paris, London, St. Petersburg und Rom gerichtetes Ersuchen behufs deren Unterstützung habe ich jedoch keine Bestätigung erhalten können. Die serbisch-bulgarischen Beziehungen beschäftigen das Interesse meiner Kollegen, von denen mehrere aus eigener Initiative mit mir über dieselben sprachen. Es war mir daher verhältnismäßig leicht, ihre Ansichten kennen zu lernen, ohne im geringsten Euer Exzellenz streng vertrauliche Informationen zu berühren. Herr Descos, mit dem ich besonders gute Beziehungen unterhalte, teilt vollkommen meine Ansicht, daß noch kein faßbarer Versuch vorliege, es ist ihm nicht bekannt und erscheint ihm höchst unwahrscheinlich, daß Serbien seine Annäherungswünsche an Bulgarien bei dem Pariser Kabinette vorgebracht hätte. Ganz analog äußerte sich mein englischer Kollege. Herr Baroli, welcher der Angelegenheit mit besonderem Interesse nachzuspüren scheint, erzählte mir gelegentlich, daß Herr Tittoni zwar in einer Parlamentsrede den Wunsch einer Verständigung der Balkanstaaten unter einander ausgesprochen habe, aber dem Gesandten ausdrücklich mitteilte, daß er an eine aktive Unterstützung dieser „Annäherung“ nicht denke. Forgách.

P. S. Aus Anlaß der Zeitungsmeldungen über eine „Zollunion“ befragt ich heute Herrn Milovanović über das bulgarisch-serbische handelspolitische Verhältnis. Er erwiderte, beiderseits sei der gute Wille ausgesprochen worden, in Verhandlungen auf breiter Basis einzutreten, aber weiter seien noch keine konkreten Schritte oder Vorschläge erfolgt. Als Basis dürfte der Handelsvertrag von 1897 dienen, die Phrase der „Zollunion“ sei nicht ernst zu nehmen. Dieselbe würde große Vorbereitungen, gemeinsame analoge Finanz- und Zollgesetzgebung und so weiter erfordern, daran denke keine der beiden Regierungen. Forgách.

a) Vgl. n. 1599.

Nr. 1594. Note des deutschen Botschafters in Wien, 9. Mai 1909 A. J. Nr. 278 (eing. 10. Mai).a) Ausfert.

Nachdem die K. u. K. Regierung der Kaiserlich Deutschen Regierung ihre Bereitwilligkeit mitgeteilt hat, der Aufhebung des Artikels 29 des Berliner Vertrages, Absatz 5, 7, 8, 9, 10 und 11, welche Beschränkungen der Souveränität Montenegros enthalten, zuzustimmen, falls sämtliche Signatarmächte des genannten Vertrages hiermit einverstanden seien, sowie dem Absatz 6 des gleichen Artikels in Übereinstimmung mit dem italienischen Kabinett folgende Fassung zu geben: „Le Port d'Antivari doit conserver le caractère de port commercial; il ne pourra pas y être érigé des ouvrages qui le transforment en port militaire“, ist der unterzeichnete Kaiserlich Deutsche Botschafter von seiner Hohen Regierung beauftragt und beehrt

sich Seiner Exzellenz dem K. und K. Minister des K. u. K. Hauses und des Äussern Herrn Baron Aehrenthal ganz ergebenst mitzuteilen, dass die Kaiserliche Regierung formell zu der obenbezeichneten partiellen Aufhebung und Änderung des Artikels 29 des Berliner Vertrages ihre Zustimmung erteilt.

Tschirschky.

a) Oe.-U. Bosnien 138 Nr. 195. Vgl. n. 1542, 1592, 1595, 1606.

Nr. 1595. Bericht des Gesandten Grafen Albert Nemes aus Paris, 9. Mai 1909 Nr. 11 (eing. 11. Mai).a) Ausfert.

Im Nachhange zu meinem gegenständlichen Telegramme beehre ich mich Euerer Excellenz beiliegend die Verbalnote vom 7. d. Mts., mit welcher meine Anfrage betreffend Abänderung des Artikel XXIX des Berliner Vertrages seitens des hiesigen Auswärtigen Amtes beantwortet wird, im Originale ganz ergebenst zu unterbreiten. Mit Rücksicht auf das Einlangen dieser Antwortnote habe ich von einer weiteren Demarche im hiesigen Auswärtigen Amte Abstand genommen.

Nemes.

a) Oe.-U. Bosnien 137 Nr. 194. Vgl. n. 1542, 1594, 1602, 1606.

Beilage zu n. 1595. Verbalnote des französischen Ministeriums des Äußern an die Botschaft in Paris, 7. Mai 1909.a) Ausfert.

Par une note en date du 20 avril dernier,^{b)} l'ambassade impériale et royale austro-hongroise a bien voulu porter à la connaissance du ministre des affaires étrangères que le gouvernement Impérial et Royal est disposé à consentir à la suppression des dispositions de l'article 29 contenues aux alinéas 5, 7, 8, 9, 10 et 11, imposant des restrictions aux droits de souveraineté du Monténégro, tout autant que cette suppression aura obtenu le consentement de toutes les Puissances signataires du dit traité. Quant à l'alinéa 6 du même article, il a été convenu dans un échange d'idées entre le cabinet de Vienne et celui de Rome, directement intéressé lui-même dans la mer Adriatique, que cet alinéa devra être remplacé par le suivant: „Le port d'Antivari doit conserver le caractère de port commercial; il ne pourra pas y être érigé des ouvrages qui le transforment en port militaire“. Le Gouvernement Impérial et Royal marquait le désir de savoir si le Gouvernement de la République est disposé à adhérer aux modifications ci-dessus exposées de l'article 29 du traité de Berlin. En ce qui concerne les alinéas 5, 7, 8, 9, 10 et 11 de l'article 29 du traité de Berlin, imposant des limitations aux droits de souveraineté du Monténégro, le Gouvernement de la République ne peut que prendre acte avec satisfaction du consentement que le Cabinet de Vienne donne à leur suppression, et il donnera volontiers son adhésion à la suppression de ces alinéas. En ce qui concerne l'alinéa 6, le gouvernement de la République n'a rien à objecter en principe à la proposition d'en remplacer le texte actuel par une clause qui stipulerait que „le port d'Antivari doit conserver le caractère de port commercial et qu'il ne pourra y être érigé des ouvrages qui le transforment en port militaire“. Il lui paraît que la déclaration faite à ce sujet par le gouvernement monténégrin serait suffisante

et il vient d'apprendre avec satisfaction, par une communication de son ambassadeur à Vienne, que telle était aussi l'opinion du gouvernement austro-hongrois.

a) Oe.-U. Bosnien 137. — b) Vgl. n. 1542.

Nr. 1596. Tel. nach Konstantinopel, 11. Mai 1909 Nr. 176 (chiffr. 6 U. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

Zu meinem Telegramm vom 6. l. Mts., Nr. 172. Der türkische Botschafter ist Samstag hier erschienen und hat auftragsgemäß mitgeteilt, es lägen der Pforte Informationen vor, wonach König Ferdinand den Titel „König der Bulgaren“ anzunehmen wünsche. Reschid Pascha wies auf den ungünstigen Eindruck hin, den die Annahme dieses Titels in der Türkei hervorrufen würde. Die Pforte wolle, wie der Botschafter ausdrücklich hervorhob, nicht formell Protest erheben; sie gebe sich aber der Hoffnung hin, daß das Wiener Cabinet sich angesichts der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Monarchie und dem türkischen Reiche veranlaßt sehen werde, in Sofia einen abmahnenden Schritt in der Titelfrage zu unternehmen. Die Mitteilungen Reschid Paschas wurden hier vorläufig nur zur Kenntnis genommen; es wurde ihm jedoch unter Verwertung der im citierten Telegramme an Euer Exzellenz enthaltenen Gesichtspunkte zu verstehen gegeben, daß wir trotz der wohlwollendsten Gesinnung für die Türkei nicht in der Lage seien, dem Wunsche der Pforte zu entsprechen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache.

Aehrenthal.

Nr. 1597. Tel. aus Athen, 12. Mai 1909 Nr. 30 (eing. 13. Mai 9 U. a. m.). Entziff.

Streng geheim. Mein deutscher Kollege deutete mir heute an, Kaiser Wilhelm sei gegenwärtig ziemlich schlecht auf Herrn Tittoni zu sprechen und dass zu erwägen wäre, ob es nicht den erwünschten Effekt hätte, nämlich Italien zu einem entschiedeneren Anschluss an seine Alliierten zu vermögen, wenn man in Rom, natürlich in der entsprechenden Form, zu verstehen gäbe, dass die Welt nicht unterginge, wenn Italien aus dem Dreibund ausschiede, da Deutschland und Österreich-Ungarn auch ohne den Bundesgenossen stark genug wären. Da deutscher Gesandter mir schon früher gelegentlich hinwarf, „Kaiser Wilhelm werde mit Euer Excellenz demnächst in Wien wohl auch über Italien sprechen“, halte ich mich für verpflichtet, Vorstehendes telegrafisch zu berichten.

Braun.

Nr. 1598. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 12. Mai 1909 Nr. 106 (eing. 13. Mai 9 U. a. m.). Entziff.

Herr Tscharykow sagte mir heute, dass Kaiser Nikolaus die Absicht habe, Ausländer, welche zur Gogolfeier gekommen, dieser Tage zu empfangen. Seine Majestät sei gerührt durch diese Anteilnahme und wolle sie so anerkennen. Herr Tscharykow, welcher rein kulturellen Charakter der Feier

betonte, sagte mir, daß unter den zu empfangenden Personen auch einige aus Österreich-Ungarn sich befänden, er wolle mir daher davon Mitteilung machen. Ich beschränkte mich darauf für Mitteilung zu danken und bemerkte nur, daß ich von Reise dieser Landsleute offiziell keine Kenntnis habe.

Szilassy.

Nr. 1599. Erlaß nach Sofia, 13. Mai 1909 Nr. 1868.^a Konz. (S. Matscheko; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Euer Hochgeboren besprechen in den Telegrammen vom 10. und 11. Mai l. J., Nr. 113^b) und 115,^c) die Chancen einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Serbien und Bulgarien, und zwar auf Grund von vertraulichen Informationen sowie von Mittheilungen eines Deputierten der Regierungspartei. Soweit sich die Sache von hier übersehen läßt, geht die Idee einer engeren wirtschaftlichen Verbindung zwischen den beiden Königreichen auch diesmal von Belgrad aus. Bulgarischerseits scheint man, wie auch aus Ihrem letztzitierten Telegramme hervorgeht, dem Plane eher kühl gegenüberzustehen. Daß es nicht die zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteile sind, die Serbien zu einer ökonomischen Intimität mit Bulgarien bewegen könnten, ist ziemlich einleuchtend. In den hauptsächlich interessierten kaufmännischen Kreisen Serbiens wird man einem Handelsvertrage mit der Monarchie immer vor einer serbisch-bulgarischen Zollunion den Vorzug geben. Serbien verfolgt mit seinen wirtschaftlichen Anerbietungen in Sofia neben der möglichen Absicht, auf uns in handelspolitischer Beziehung einen Druck auszuüben, offenbar auch politische Zwecke und da möchte ich nun glauben und stimme hierin mit der Ansicht überein, die Euer Hochgeboren zu wiederholten Malen ausgesprochen haben, daß selbst die heute in Sofia übermächtige russische Patronanz kaum in der Lage sein dürfte, den bulgarisch-serbischen Interessengegensatz in Mazedonien aus der Welt zu schaffen; ohne diese Voraussetzung ist aber natürlich ein wirkliches politisches Zusammengehen der beiden Balkanstaaten auf die Dauer gewiß nicht denkbar. Klarheit über die handelspolitischen Absichten Serbiens und also auch seines bulgarischen Partners wird völlig erst in dem Augenblicke zu gewinnen sein, wo unsere Handelsvertragsverhandlungen mit dem serbischen Königreiche wieder in Fluß geraten werden; bis dahin möchte ich die Meldungen, die mir von verschiedenen Seiten über den nahe bevorstehenden Abschluß eines bulgarisch-serbischen Übereinkommens zukommen, nicht allzu tragisch nehmen. Euer Hochgeboren werden es aber jedenfalls nicht verabsäumen, dieser Angelegenheit, auf deren vertragsrechtliche Seite sich ein Denselben unter einem zukommender Erlaß des Departements 9 bezieht,^d) auch weiterhin Ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der hier abschriftlich anverwahrte Bericht aus Belgrad vom 8. I. M., Nr. 45 D, gibt Euer Hochgeboren über die Wahrnehmungen Aufschluß, die Graf Forgách seinerseits über die Frage einer wirtschaftlichen serbisch-bulgarischen Annäherung zu machen in der Lage war. Auch aus dieser Relation geht in Übereinstimmung mit der in meinem Erlasse vom 28. v. M., Nr. 1735, erwähnten konfidentiellen Meldung hervor, daß der bulgarische Gesandte in Belgrad den serbischen Versuchen, zu einer näheren

wirtschaftlichen Verständigung mit Bulgarien zu gelangen, keineswegs wohlwollend gegenübersteht.

^{a)} Vgl. n. 1593, 1739. — ^{b)} Berichtet „nach Meldung eines im allgemeinen zuverlässigen Konfidenten“, der bulgarische Minister des Äußern hätte erzählt, der serbische Vertreter in Sofia hätte „ihm dieser Tage auf ein wirtschaftliches Arrangement hinielende Eröffnungen gemacht“. — ^{c)} Danach soll „in Anwesenheit der Minister Malinoff und General Paprikoff eine vertrauliche Versammlung von Abgeordneten der Majorität stattgefunden haben, bei welcher auch die Frage der wirtschaftlichen Annäherung an Serbien besprochen worden sei“. Man habe sich jedoch ablehnend ausgesprochen. — ^{d)} Nicht aufgenommen.

Nr. 1600. Tel. aus Rom, 14. Mai 1909 Nr. 134 (eing. 5 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Über Entrevue in Brindisi sprach sich Minister des Äußern sehr befriedigt aus. Er habe dem deutschen Kaiser gegenüber betont, wie wünschenswert es wäre, dass gegenüber allen in der Türkei eventuell zu gewärtigenden Ereignissen die Dreibundmächte in beständiger enger Fühlung mit einander verblieben. Im Übrigen habe Herr Tittoni, wie er mir sagte, Eindruck gewonnen, dass Auffassung Kaiser Wilhelms bezüglich der Lage in Konstantinopel eine keineswegs pessimistische sei. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 1601 Anm. d, 1635.

Nr. 1601. Aufzeichnung über eine mit dem Deutschen Kaiser Wilhelm II. am 15. Mai 1909 geführte Unterredung.^{a)} Ohne Datum. Konz. (S. u. G. Aehrenthal).

Geheim. Die Ausführungen Kaiser Wilhelms in der mir am 15. Mai 1. J. gewährten Audienz betrafen vornehmlich die Zustände in der Türkei, das Verhältniss Deutschlands zu Russland und England und die Creta-Frage.

Ausgesprochen optimistisch beurtheilt Kaiser Wilhelm die Lage und die nächste Entwicklung in der Türkei. Diese Auffassung ist offenbar zum nicht geringen Theil von der grossen Befriedigung beherrscht, dass die angeblich auf englische Instigation hervorgerufene Contre-Revolution fehlgeschlagen hat. Kaiser Wilhelm behauptet, sichere Anhaltspunkte dafür zu besitzen, dass England bei der Veranstaltung der Aprilereignisse in Constantinopel die Hand mit im Spiel gehabt hat, was aus dem von mehreren Seiten constatirten Umstande hervorgehen soll, dass bei den meuternden Soldaten ansehnliche Geldbeträge, und speciell englisches Geld gefunden wurde.

Seine Majestät scheint der Meinung hinzuneigen, dass zwischen England und Russland entweder eine Vereinbarung über die Theilung der Türkei bereits zu Stande gekommen ist oder dass eine solche Vereinbarung ernstestens angestrebt wird. Englands Ziel sei auf die Errichtung eines arabischen Kalifats gerichtet, was eine Zweitheilung der heutigen Türkei zur Folge hätte und England ermöglichen würde, die arabischen Provinzen des Reiches, nebst Egypten, unter seinen dauernden Schutz zu nehmen.

Das momentane Fehlschlagen dieser Combination würde auch auf Russlands Orientierung zurückwirken, das zweifellos beim Eintritt ernster

Eventualitäten in der Türkei wohl versucht hätte, die Meerengen-Frage in seinem Sinne zu lösen und, sei es in Klein-Asien, sei es in Persien territoriale Erwerbungen vorzunehmen.

Gegenüber solchen vorläufig fehlgeschlagenen Bestrebungen empfehle es sich, nach Auffassung Kaiser Wilhelms, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn eine zuwartende, aber scharf beobachtende Haltung einzunehmen und nichts zu versäumen, um das gegenwärtige Regime in der Türkei mit seinen energischen Vertretern (Mahmud Schefket, Ferid Pascha) zu stärken. In dieser Beziehung scheint Kaiser Wilhelm sehr weitgehende Combinationen in Erwägung zu ziehen. So meinte zum Beispiel Seine Majestät, dass es sich empfehlen könnte, dem Gedanken des Abschlusses einer Militärconvention zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei näher zu treten.

Auf diese Eventualität, sowie auch auf die mit der Türkei geführten, von ihren Ministern selbst fallen gelassenen geheimen Verhandlungen in Ansehung des Sandjaks von Novi-Bazar^{b)} ging ich absichtlich nicht näher ein, von der Ansicht geleitet, dass in der gegenwärtigen Phase der türkischen Crise solche oder anderweitige Combinationen mit der allergrössten Behutsamkeit behandelt werden müssen. Ich beschränkte mich auf die Bemerkung, dass in der Türkei zunächst abgewartet werden müsse, ob die jetzt vorherrschende Militär-Dictatur sich allmählich in eine regelrechte Verwaltung werde hinüberleiten lassen, ohne welche eine Festigung des Reiches undenkbar wäre. Es verdient hier als Symptom für die zuversichtliche Beurtheilung der Zukunft der Türkei seitens Kaiser Wilhelms erwähnt zu werden, dass Seine Majestät keine Einwendung erheben wird, Generaloberst von der Goltz der Türkei zu überlassen, falls von Constantinopel aus eine entsprechende Bitte an Ihn gestellt würde.

Das zweite Thema, welches der Kaiser mit grosser Lebhaftigkeit erörterte, betraf das Verhältniss zu Russland, insbesondere zu Kaiser Nikolaus.^{c)} Ungeachtet der zahlreichen üblen Erfahrungen, will Kaiser Wilhelm es an einem nochmaligen Versuch, Russland in ein intimeres Verhältniss zu den beiden verbündeten Kaiser-Mächten zu bringen, nicht fehlen lassen. Davon ausgehend, dass die Spannung zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland im vorigen Winter niemals die thatsächlich in die Erscheinung getretenen Proportionen angenommen hätte, wenn Kaiser Nikolaus nicht in der allerletzten Zeit den directen Meinungs-austausch mit Ihm ganz vernachlässigt haben würde, will Kaiser Wilhelm durch einen zum Geburtstage Kaiser Nikolaus' (Mai) an diesen gerichteten Brief einen neuen Impuls geben. Seine Majestät skizzirte mir ausführlich den Gedankengang des Schreibens, das damit beginnt, die Beherrscher grosser Reiche seien nicht richtig inspirirt, wenn sie in ihren Entschliessungen sich allzusehr von den Forderungen der sogenannten öffentlichen Meinung leiten lassen wollten. Letztere sei zuweilen direct gefälscht, weil unter dem Banne parteipolitischer oder gar selbstsüchtiger Zwecke stehend. Dieser Gefahr könnten die Souveräne dadurch begegnen, dass sie sich in den das Wohl und Weh ihrer Reiche betreffenden großen Fragen fallweise direct aussprechen. Unter Hinweis auf die derzeitige Verwicklung in der Türkei spricht Kaiser Wilhelm seine Bereitwilligkeit und zugleich Hoffnung aus,

Kaiser Nikolaus werde, sollten schwerwiegende Entschlüsse aus dem Grunde der türkischen Verwicklungen nöthig werden, sich vertrauensvoll an seinen Freund und Nachbar wenden. Nach weiteren Andeutungen Seiner Majestät würde das Ziel der deutschen Politik bei diesem Annäherungsversuch an Russland darauf gerichtet sein zu verhindern, dass das Zaren-Reich seine immer wieder auftauchende Aspiration — die Lösung der Meerengen-Frage — ausschliesslich im Bunde mit den Westmächten erreiche. Es liege vielmehr im Interesse Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, in dieser Frage, falls sie aufgeworfen würde, keine Schwierigkeiten zu bereiten, vielmehr den russischen Wünschen unter der Voraussetzung näher zu treten, dass in St. Petersburg die Bereitwilligkeit vorhanden wäre, dafür etwas zu bieten. Kaiser Wilhelm berief sich bei seinen einschlägigen Ausführungen auf Ratschläge, die er seinerzeit von Fürst Bismarck und von dem langjährigen St. Petersburger Botschafter Schweinitz erhalten habe. Nach Ansicht dieser letzteren müsste Deutschland als Preis für die Zustimmung zur Lösung der Meerengen-Frage gemäss den russischen Wünschen die Garantie seines gegenwärtigen Besitzstandes eintauschen.

Meinerseits constatirte ich gegenüber Kaiser Wilhelm, dass auch Oesterreich-Ungarn sowohl vom monarchischen als auch vom Standpunkte einer möglichst friedlichen Gestaltung der Dinge im Südosten ein Interesse an einer Wiederannäherung an Russland besitze. Solange aber Iswolsky die dortige auswärtige Politik lenke, sei an eine Umkehr nicht zu denken und grosse Vorsicht geboten. Ferner scheine mir bei dem Stand der orientalischen Wirren, an deren Anfang wir erst stünden, für Deutschland und für Oesterreich-Ungarn eine Zurückhaltung sehr am Platze, um nicht vorzeitig die Actionsfreiheit einzubüssen. In der Meerengen-Frage nehme die Monarchie, wie die vorjährigen Verhandlungen mit dem St. Petersburger Cabinet beweisen, keine ablehnende Haltung ein. Wir könnten Iswolsky nur dankbar dafür sein, dass er die Meerengen-Frage nicht im Zusammenhang mit der Annexion Bosniens aufs Tapet gebracht. Wir würden, wenn die Frage wieder auftauchen sollte, gewiss unsere vorjährige prinzipielle Auffassung nicht ändern, aber, da die Situation sich geändert, Veranlassung nehmen, uns noch eingehender mit dem Petersburger Cabinet zu befassen.

Die Nachricht von der angeblich definitiv beschlossenen Auflassung der Festungen in Congress-Polen und die Verminderung der dortigen Garnisonen beschäftigte den Kaiser sehr, namentlich vom Gesichtspunkte der Rückwirkung dieser Massnahmen auf Frankreich, das, wenn die letztere sich bestätigen sollte, ein weitaus geringeres Interesse an der russischen Allianz haben würde. Der früher von Congress-Polen aus auf die beiden Kaiser-Mächte ausgeübte militärische Druck würde nämlich entfallen und Frankreich im Kriegsfall mehr denn je dem Schock einer deutschen Invasion ausgesetzt bleiben. Kaiser Wilhelm möchte die gedachten militärischen Massnahmen Russlands zum Theil auf Erwägungen interner Natur (Wunsch zahlreicher Städte im Innern Russlands nach den materiellen Vortheilen einer grösseren Garnison), zum Theil darauf zurückführen, dass die polnischen Festungen zwar noch stark aber ganz unmodern angelegt und deren Umwandlung enorme Summen verschlingen würde, die nutzbringender

wohl durch Ausgestaltung der Armee selbst anzulegen wären. Bei Erörterung dieses Themas machte Kaiser Wilhelm die charakteristische Bemerkung, er wünsche auch deshalb mit Russland auf gutem Fuss zu bleiben, weil es ihm nicht im Traume einfalle, die Zahl seiner polnischen Untertanen auch nur um einen einzigen zu vermehren.

England betreffend, enthielten die Ausführungen Kaiser Wilhelms keine neuen Momente. Das Misstrauen gegen die Ränkesucht des Oheims besteht ebenso unvermindert fest, wie der Unwille über die immer wieder vorgebrachten Reclamationen in Betreff des rasch vor sich gehenden Ausbaues der deutschen Flotte. Kaiser Wilhelm persönlich scheint heute entschieden mehr in der Wiederannäherung an Russland als in einer Verständigung mit England die Consolidierung des Friedens Europas zu erblicken.

Die Entrevue von Brindisi^{d)} fertigte der Kaiser mit einigen kurzen Bemerkungen ab. Seine Majestät erzählte mir das Gespräch mit Tittoni, welches vornehmlich der Creta-Frage gegolten hat. Aus den Unterredungen mit König Georg hat Seine Majestät die Überzeugung gewonnen, dass ein weiteres Hinausschieben der Lösung der Creta-Frage für König Georg und die Dynastie gefährlich werden könnte. Mir gegenüber hat der Kaiser betont, dass Deutschland, welches keine Schutzmacht sei, aus seiner bisherigen Haltung nicht heraustreten wolle. Dies verhindere aber nicht, dass die deutsche und die österreichisch-ungarische Diplomatie in Constantinopel Rathschläge im Sinne eines Einvernehmens mit den Schutzmächten ertheile. Eine Modalität der Lösung bestünde vielleicht darin, dass sich die Türkei mit der Aufrechterhaltung der türkischen Flagge auf der Insel begnüge und dem sonstigen Anschlusse an Griechenland nicht weiter entgegenetrete. Aus der Darstellung des Kaisers ist mir nicht Erinnerung, dass seinerseits Herrn Tittoni eine besondere Rolle bei der Behandlung dieser heiklen Angelegenheit zgedacht war.

^{a)} Nach Berlin mit Erlaß vom 26. Mai 1909 Nr. 1996 mitgeteilt. Vgl. n. 1614, 1628, 1641, 1642, 1649. — ^{b)} Vgl. n. 1521. — ^{c)} Vgl. n. 1977. — ^{d)} Vgl. n. 1600.

Nr. 1602. Bericht aus Rom, 15. Mai 1909 Nr. 32 (eing. 17. Mai).^{a)} Ausfert.

Beiliegend beehre ich mich Euerer Exzellenz die Note vorzulegen, womit die italienische Regierung von den erfolgten Abänderungen des Artikels XXIX des Berliner Vertrages Akt nimmt und denselben ihre Zustimmung erteilt.

Lützow.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 139 Nr. 147. Vgl. n. 1542, 1587, 1595, 1607.

Beilage zu n. 1602. Note des italienischen Ministers des Äußern an den Botschafter in Rom, 12. Mai 1909 Nr. 19.^{a)} Ausfert.

Par sa lettre en date du 12 avril dernier, Votre Excellence a bien voulu me faire connaître, conformément à ses instructions, que le Gouvernement Impérial et Royal confirmait ses précédentes communications au sujet des

modifications à apporter à l'article 29 du Traité de Berlin, et se déclarait disposé à consentir à la suppression des dispositions de l'article précité, aux alinéas 5, 7, 8, 9, 10 et 11, contenant des limitations aux droits de souveraineté du Montenegro, en tant que cette suppression aurait obtenu le consentement de toutes les Puissances signataires du Traité de Berlin. D'après la manière de voir du Gouvernement Austro-Hongrois l'alinéa 6 de l'article en question devait, en outre, être remplacé par le texte suivant: „Le port d'Antivari doit conserver le caractère de port commercial; il ne pourra pas y être érigé des œuvres qui le transforment en port militaire“. J'ai l'honneur de donner acte à Votre Excellence et de La remercier de sa communication, et de Lui confirmer que le consentement du gouvernement royal est acquis aux suppressions et à la substitution susmentionnées à l'égard de l'article 29 du Traité de Berlin.

Tittoni.

a) Oe.-U. Bosnien 139 Nr. 197.

Nr. 1603. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 17. Mai 1909 Nr. 296 (eing. 4 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Obwohl die Ruhe in den Küstengebieten Anatoliens und Syriens wieder so ziemlich hergestellt zu sein scheint und ein Verbleiben von Kriegsschiffen in den betreffenden Häfen dormalen überflüssig wäre, glaube ich doch, mich dahin aussprechen zu sollen, daß es vielleicht angezeigt wäre, die Eskader vorläufig noch im Piräus zurückzubehalten. Pallavicini.

a) Vgl. n. 1586, 1604.

Nr. 1604. Tel. an den Gesandten Eduard Otto in Konstantinopel, 19. Mai 1909 Nr. 182 (chiffr. 5 U. 45 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

Telegramm No. 296 vom 17. 1. Mts. erhalten. Ich stimme der darin ausgesprochenen Ansicht zu und habe in diesem Sinne eine Mitteilung an das Marine-Kommando gemacht.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1619.

Nr. 1605. Bericht aus Belgrad, 22. Mai 1909 Nr. 48 A (eing. 24. Mai). Ausfert.

Vertraulich. Mit dem hohen Erlasse No. 1879 vom 14. d. Mts.^{a)} hatten Euer Exzellenz die Gewogenheit mich von einer Unterredung mit dem serbischen Gesandten zu verständigen, in welcher Hochdieselben die zur Herstellung besserer Beziehungen notwendige Amovierung General-Sekretär Spalajković's und General-Konsul Petković's von ihren gegenwärtigen Stellungen zur Sprache brachten. Dieser Anregung muss ich mit lebhaftem Danke zustimmen. General-Sekretär Spalajković hat während der letzten stürmischen Zeiten seine Feindschaft gegen uns offen zur Schau getragen und ist die lebende Verkörperung des glühendsten Hasses gegen

die Monarchie und des phantastischsten serbischen Grössenwahnes. Er ist auch die Seele der offiziellen grossserbischen Propaganda. Infolge Überarbeitung und patriotischen Betrübnisses sind seine Nerven gegenwärtig in einem bedauernswerten Zustande und machen der k. und k. Vertretung den Umgang mit ihm beinahe unmöglich, da er sich weder beherrschen noch mässigen kann. Dies verhindert nicht nur für mich einen politischen Verkehr mit dem ersten Beamten des Auswärtigen Amtes, sondern erschwert auch die Abwicklung der vielen administrativen Agenden dieser k. und k. Mission. Leider befürchte ich, dass der ganz einflusslose, täglich seine Pensionierung befürchtende Herr Simić sich wahrscheinlich nicht getraut hat, Euer Exzellenz Worte einzuberichten. Seine Antwort beruhte ausschliesslich auf falschen Nachrichten Belgrader Blätter. Bis jetzt herrscht nämlich leider keine ernste Absicht vor, Herrn Spalajković zu entfernen; für London kommt er speziell kaum in Betracht, da er die englische Sprache nicht beherrscht. Wahrscheinlicher ist die Versetzung Herrn Petković's gelegentlich des nächsten diplomatischen Revirements; sein Name wird in Verbindung mit dem General-Konsulate in Salonich oder der diplomatischen Vertretung in Cetinje genannt. Vielleicht wäre es nützlich, wenn Euer Exzellenz mich ermächtigen würden, die Entfernung Herrn Spalajković's gelegentlich vertraulich bei Herrn Milovanović anzuregen, ohne jedoch eine offizielle Demarche zu machen und bei Vermeidung jeder direkten Forderung. Es wäre mir leicht, darauf zu verweisen, dass die Anwesenheit dieses so aufgeregten, uns feindlichen Mannes im Auswärtigen Amte die Herstellung guter Beziehungen erschwert, und anzudeuten, dass Herrn Spalajković's propagandistische Tätigkeit, seine Korrespondenz mit Dr. Gavrilica in Budapest u. s. w. uns genau bekannt sind. Ich glaube übrigens, dass Herr Milovanović seinem General-Sekretär gar nicht wohl gesinnt ist, ihn fürchtet und ihn gerne, falls möglich, ersetzen würde. Forgách.

a) In diesem Erlaß (S. Oppenheimer; G. Macchio) teilt der Minister des Äußern folgendes mit: Ich habe „Herrn Simić gegenüber auch hervorgehoben, daß ich die von Herrn Milovanović wiederholt kundgegebene Absicht, die Beziehungen zwischen Serbien und der Monarchie zu bessern zu gestalten, als sie in der letzten Zeit waren, sympathisch aufgenommen habe. Ich fügte bei, daß wir es in dieser Beziehung an Entgegenkommen gewiß nicht werden fehlen lassen, doch müsse es unsererseits als eine wesentliche Voraussetzung diesbezüglich bezeichnet werden, daß zwei Funktionäre der serbischen Regierung, deren Haltung uns gegenüber erwiesenermaßen eine besonders feindselige gewesen sei, die Herren Spalajković und Petković von den Stellungen, die sie gegenwärtig innehaben, amoviert werden. Ich legte Herrn Simić nahe, seine Regierung davon in Kenntnis zu setzen, daß ich darin, daß die Genannten eine andere Verwendung erhalten, ein Anzeichen dafür erblicken würde, daß es der serbischen Regierung mit ihren durch Herrn Milovanović zum Ausdruck gebrachten, oberwähnten Absichten ernst sei und daß ich naturgemäß auf dieses Indizium großen Wert legen würde. Herr Simić nahm meine Mitteilungen ad referendum entgegen und erwiderte mir, daß er Grund habe anzunehmen, daß meinem Wunsche in Bälde werde Rechnung getragen werden, da ein Virement im serbischen Vertretungsdienste bevorstehe und Sektionschef Spalajković für den Londoner Gesandtschaftsposten, Generalkonsul Petković für den Saloniker Generalkonsulsposten in Aussicht genommen sei.“

Tel. nach Berlin, 22. Mai 1909 Nr. 156 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 1606.

Nr. 1606. Tel. nach London Nr. 90 (1), St. Petersburg Nr. 119 (2), Paris Nr. 73 (3) und Berlin Nr. 156 (4), 22. Mai 1909 (chiffr. 6 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

1.—4. Euer etc. wollen folgende Note an das dortige Kabinett richten: „Par la note adressée à Votre Excellence à la date du ... sous le No...^{b)} j'ai eu l'honneur de L'informer que le Gouvernement Impérial et Royal était disposé à consentir à la suppression des alinéas 5, 7—11 de l'article XXIX du Traité de Berlin, contenant des restrictions des droits de souveraineté du Monténégro, et que, selon un accord survenu entre le Cabinet de Vienne et celui de Rome, l'alinéa 6 du même article devrait être remplacé par le suivant: „Le port d'Antivari doit conserver le caractère de port commercial; il ne pourra y être érigé des ouvrages qui le transforment en port militaire“. En réponse, Votre Excellence a bien voulu,

1. und 3. par Sa note en date du 27 avril dr./7 ct.^{b)}

2. und 4. dans une communication adressée par l'Ambassadeur Impérial à Vienne au Gouvernement Impérial et Royal^{b)}

1.—4. préciser la manière de voir du Gouvernement britannique (russe, français, allemand) dans la question dont il s'agit. Aujourd'hui j'ai, d'ordre de mon Gouvernement, l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence que de même que le Gouvernement britannique (russe, français, allemand) a bien voulu le faire, aussi les Cabinets des autres Puissances signataires du Traité de Berlin, ont, dans l'entretemps, donné leur adhésion à la suppression des alinéas 5—11 de l'article en question; ils ont en même temps pris connaissance des réserves que le Cabinet de Vienne avait cru devoir formuler au sujet du port d'Antivari, réserves auxquelles se rapporte l'accord avec le Gouvernement Royal d'Italie dont il a été parlé plus haut. Le Gouvernement Princier Monténégrin a de son côté — Votre Excellence ne l'ignore pas — déclaré formellement, par une note adressée au Représentant d'Italie à Cettigné et dont il a communiqué la teneur tant au Cabinet de Vienne qu'aux autres Puissances signataires du Traité de Berlin, que le port d'Antivari conserverait le caractère de port commercial. Cette déclaration dont les Cabinets ont également pris acte, correspond essentiellement aux réserves formulées à ce sujet par le Gouvernement Impérial et Royal; dans ces circonstances ce dernier, vu qu'il a été tenu compte de ses réserves, n'a pas d'objections à soulever à ce que l'alinéa 6 de l'article XXIX du Traité de Berlin soit de même que les alinéas 5, 7—11 de cet article considéré comme abrogé.“

4. Bei der Überreichung der vorstehenden Note wollen Euer Exzellenz im dortigen Auswärtigen Amte ergänzend bemerken, daß gegenüber unserem ursprünglichen Vorschlage einer Neuredaktion des Alinea 6 seitens des russischen, englischen und französischen Kabinettes formelle Bedenken erhoben wurden. Diese drei Regierungen haben uns nämlich erklärt, daß sie mit dem von uns vorgeschlagenen Arrangement zwar im Prinzipie einverstanden seien; um demselben jedoch die Kraft einer internationalen Stipulation zu geben, welche die diesbezügliche Bestimmung des Berliner Vertrages zu ersetzen hätte, wäre ihrer Ansicht nach der Abschluß eines schriftlichen, von den Vertretern der Signatarmächte zu unterfertigenden

Abkommens unumgänglich notwendig. Angesichts dieser Bedenken habe ich im Hinblick auf unseren Akkord mit Italien geglaubt, mich mit den formellen Erklärungen der montenegrinischen Regierung, von denen die Mächte Akt genommen haben, zufrieden geben zu sollen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1607, 1609, 1612, 1615, 1621. — b) Punkte im Konz. Vgl. n. 1542, 1573, 1581, 1594, 1595.

Tel. nach Paris, 22. Mai 1909 Nr. 73 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 1606.

Nr. 1607. Tel. nach Rom, 22. Mai 1909 Nr. 106 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Bericht vom 15. d. M., Nr. 32, erhalten. Ich weise unter einem die k. u. k. Botschaften in London, Paris, Petersburg und Berlin an, folgende Note an die dortigen Kabinette zu richten: ... *wie n. 1606 von „Par la Note adressée“ bis „comme abrogé“*. ... Euer Exzellenz wollen Herrn Tittoni eine Kopie dieser Mitteilung mit einer Note folgenden Wortlautes zukommen lassen: „Par Sa Note en date du 12 ct. Votre Excellence a bien voulu m’informer que le Cabinet de Rome consentait formellement aux modifications de l’Article XXIX du Traité de Berlin proposées par le Gouvernement Impérial et Royal. Conformément aux instructions que je viens de recevoir j’ai, aujourd’hui, l’honneur de transmettre, ci-près, à Votre Excellence copie d’une Note que les Représentants Impériaux et Royaux à Berlin, Londres, St. Pétersbourg et Paris sont chargés d’adresser au Gouvernement auprès duquel ils sont accrédités. Comme Votre Excellence voudra bien relever de cette pièce les Puissances signataires du Traité de Berlin ont adhéré à la suppression des alinéas 5 à 11 de l’Article XXIX. Quant aux réserves qu’il avait formulées au sujet de l’alinéa 6 de l’Article en question, le Gouvernement Impérial et Royal, fort de l’accord existant à cet égard entre lui et le Cabinet de Rome, a cru pouvoir se contenter des déclarations du Gouvernement Princier monténégrin, concernant le port d’Antivari, et dont les Puissances ont pris acte. ... *wie n. 1606 unter 4 von „Bei der Überreichung“ bis Schluß.* ... Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 141 Nr. 199. Vgl. n. 1608.

Tel. nach St. Petersburg, 22. Mai 1909 Nr. 119 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 1606.

Nr. 1608. Tel. aus Rom, 24. Mai 1909 Nr. 140 (eing. 5 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 106 vom 22. d. M. Ich habe gestern abends Herrn Bollati die auf Abrogation der Alinea 5—11 des Artikels XXIX bezügliche Note samt Beilage überreicht. Generalsekretär wird sie dem morgen zurückkehrenden Minister vorlegen. Seinerseits beschränkte er sich auf die Äusserung, er glaube nicht, dass seine Regierung gegen den nunmehr gewählten Modus (Aufhebung des Alinea 6 statt Modifikation desselben) irgend welche Bedenken haben könne. Ich erwiderte, es scheine mir dies wohl nahezu ausgeschlossen. Lützow.

a) Vgl. n. 1611.

Nr. 1609. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 24. Mai 1909 Nr. 108 (eing. 25. Mai 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Antwort auf Telegramm vom 22. d. M. Nr. 119. Ich habe heute Note bezüglich Streichung des 6. Alineas des Artikels XXIX Herrn Tscharykow übergeben. Ministergehilfe nahm dieselbe zur Kenntnis und drückte seine Befriedigung aus, dass diese Angelegenheit erledigt sei und dass wir bezüglich Entwicklung der Balkanstaaten einig seien, was ich nur bestätigen konnte.

Szilassy.

^{a)} Vgl. n. 1612, 1613.

Nr. 1610. Bericht aus Tokio, 24. Mai 1909 Nr. 25 (eing. 10. Juni).^{a)} Entziff.

Wie mir der hiesige deutsche Geschäftsträger erzählt, ist ihm auf telegraphischem Wege seitens des Berliner Auswärtigen Amtes die Mitteilung zugekommen, dass die von dem „Pesti Hirlap“ publizierte Meldung, wonach die k. u. k. Regierung Verhandlungen mit dem hierortigen Kabinette über eine den Fall des Krieges mit Russland ins Auge fassende oesterreichisch-ungarisch-japanische Allianz eingeleitet habe und in diesem Bestreben von deutscher Seite unterstützt werde, vollkommen aus der Luft gegriffen sei. Eine in Bezug auf obige Zeitungsnachricht in Wien eingeholte Erkundigung wäre von Euer Exzellenz dahin beantwortet worden, dass die erwähnte Nachricht jedweder Spur von Tatsächlichkeit entbehre. Graf Montgelas ist ermächtigt, gegebenen Falles der japanischen Regierung gegenüber sich auf das Bestimmteste in diesem Sinne auszusprechen. Ich bemerkte dem Chargé d'affaires, die Absurdität des vom genannten ungarischen Blatte verbreiteten falschen Gerüchtes bedürfe keiner Bekräftigung und komme zudem angesichts der in unserem Verhältnis zu Russland eingetretenen Détente besonders deutlich zum Ausdrucke. Was meine Sprache im Verkehre mit den hierortigen Staatsmännern anbelangt, darf ich mich auf die Ausführungen meines Berichtes No. 21 A vom 6. v. M. beziehen und beifügen, dass ich auch seither aus den dort dargelegten Gründen davon abgesehen habe, das Thema einer möglichen Concordanz unserer politischen Interessen mit den japanischen irgend jemandem gegenüber zu erörtern.

Call.

^{a)} Vgl. n. 1624.

Nr. 1611. Tel. aus Rom, 25. Mai 1909 Nr. 142 (eing. 26. Mai 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm Nr. 140 vom 24. d. M. Minister des Aeussern erklärt, die 23. d. M. mitgeteilte Note, betreffend Modifikation des Artikels 29 des Berliner Vertrages, dankend zur Kenntnis zu nehmen und sieht die Angelegenheit hiemit als erledigt an.

Lützow.

^{a)} Oe.-U. Bosnien 142 Nr. 200.

Nr. 1612. Tel. nach London Nr. 92 (1), St. Petersburg Nr. 120 (2), Paris Nr. 76 (3) und Berlin Nr. 159 (4), 26. Mai 1909 (chiff. 7 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

1.—4. Zu meinem Telegramme vom 22. d., Nr. 90 (beziehungsweise 119, 73, 156).

2. und 4. Euer etc. Telegramm vom 24. d., Nr. 108 (beziehungsweise 183)^{b)} erhalten.

1.—4. Wir betrachten die Angelegenheit der Modifikation des Artikels XXIX des Berliner Vertrages, so weit wir in Betracht kommen, mit der Überreichung unserer letzten Note als abgeschlossen und glauben nach der vorausgegangenen Korrespondenz, daß eine Antwort der Kabinette nicht mehr erforderlich ist. Euer etc. wollen sich in diesem Sinne gegenüber der dortigen Regierung aussprechen. Aehrenthal.

a) Oe.-U. Bosnien 143 Nr. 201. Vgl. n. 1615, 1616, 1662. — b) Szögyény berichtet, daß er dem Tel. vom 22. Mai Nr. 156 entsprechend eine Note an die deutsche Regierung gerichtet und dem Unterstaatssekretär die anbefohlenen Erklärungen gegeben habe. Der Unterstaatssekretär habe versichert, daß die deutsche Regierung mit dem Vorgehen Aehrenthals einverstanden sei und demnächst eine offizielle Antwort senden werde.

Nr. 1613. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 26. Mai 1909 Nr. 111 (eing. 27. Mai 9 U. a. m.). Entziff.

Bezugnahme auf hieramtliches Telegramm No. 108 vom 24. d. M. Herr Tscharykow kam heute wieder auf meine vorgestrige Note bezüglich Streichung des Alineas 6 des Artikels XXIX zu sprechen. Er sagte, russische Regierung beabsichtige dieselbe mit Note an Euer Excellenz in unserem Sinne zu beantworten, indem auf Grund montenegrinischer Erklärung Alineas 5 bis 11 nunmehr einfach als gestrichen anzusehen sind. Ministergehilfe erwähnte türkischen Wunsch bezüglich Streichung des Alineas 4 sowie, dass „von einer anderen Seite“ Modifikation des Alineas verlangt werde. (Bezüglich des ersteren teilte ich ihm den in Telegramm No. 99 vom 14. April präzisierten Standpunkt der k. u. k. Regierung mit.) Herr Tscharykow will diese Wünsche, welche er nicht für praktisch durchführbar zu halten scheint, in seiner zu gebenden Antwort gar nicht erwähnen, womit ich mich einverstanden erklären zu können glaubte. Szilassy.

Nr. 1614. Tel. aus Berlin, 27. Mai 1909 Nr. 184 (eing. 6 U. 10 M. p. m.).^{a)}
Entziff.

Streng vertraulich. Militärattaché Baron Bienert teilte mir mit, Kaiser Wilhelm habe ihm vorgestern bei einer militärischen Besichtigung in Döberitz gesagt, Kaiser Nikolaus habe sich vor Kurzem an Höchstdenselben gewendet und den Wunsch ausgedrückt, im Laufe der nächsten Monate mit Seiner Majestät zusammenzutreffen. Infolgedessen sei es beschlossen, daß eine Entrevue der beiden Kaiser im Laufe der zweiten Hälfte des Monats August auf offener See stattfinden werde. Szögyény.

a) Vgl. n. 1601, 1627, 1644.

Nr. 1615. Tel. aus London, 27. Mai 1909 Nr. 98 (eing. 28. Mai 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 92 vom 26. d. M. Nachdem ich nach Empfang des Telegramms Nr. 90 vom 22. d. M. die darin enthaltene Note an Sir E. Grey gerichtet hatte, habe ich heute Sir Charles Hardinge gesagt, dass wir Abänderung des Artikels 29 als abgeschlossen ansehen und Beantwortung unserer Note eigentlich nicht mehr erforderlich erscheint. Unterstaatssekretär erwiderte, dass von hier aus eine Antwort, die ein blosses accusé de réception ist, an mich abgehe. Im Übrigen könne man Modifikation des besagten Artikels nicht als abgeschlossen betrachten wegen türkischer Reklamation betreffend Alinea 4. Auf meine Einwendung, dass dies eine andere Frage als die der Abänderung der fraglichen Alineas sei, entgegnete er, dass Alinea 7 mit Alinea 4 im Zusammenhange stehe. Das Foreign Office wäre herzlich froh, wenn Türkei von ihren Reklamationen abstünde und man dann die ganze Frage fallen lassen könnte. Vorläufig bringe aber türkische Regierung diese Frage wiederholt zur Sprache.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1620.

Nr. 1616. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 27. Mai 1909 Nr. 114 (eing. 28. Mai 9 U. a. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm von gestern No. 121.^{a)} Herr Tscharykow sagte mir soeben, dass russische Regierung Euer Exzellenz Standpunkt teilt, dass mit Überreichung unserer letzten Note Angelegenheit der Modifikation des Artikels XXIX erledigt und eine Antwort auf diese Note nicht erforderlich sei. Er habe früher an eine . . .^{b)} als reine Förmlichkeit gedacht. Ministergehilfe wird also vorläufig keine Antwort erteilen, will aber im Einvernehmen mit anderen Mächten vorgehen und seine Aktionsfreiheit für den Fall wahren, dass anderseits die Beantwortung der Note opportun erscheinen sollte. Ministergehilfe ersuchte mich um kurze Note, worin der Standpunkt der österreichisch-ungarischen Regierung diesbezüglich ausgedrückt wäre, und versprach auf Grund dieser Note diesen Standpunkt gegebenenfalls bei anderen Mächten zu vertreten. Ich werde morgen dem Herrn Botschafter anheimstellen, entsprechende Note an russische Regierung zu richten.

Szilassy.

^{a)} Amtsvermerk: recte 120. — ^{b)} Chiffre fehlt.

Nr. 1617. Bericht aus Bukarest, 28. Mai 1909 Nr. 22 A (eing. 30. Mai).^{a)} Ausfert.

Markgraf Pallavicini hat vorige Woche hier auf der Durchreise im Gespräche mit Herrn Bratiano diesem absichtlich die formidable physische und moralische Macht des verbündeten Österreich-Ungarns und Deutschlands recht vor Augen geführt mit dem weiteren Hinweis, daß auch Italien durch Verlauf und Ausgang der letzten internationalen Krise nolens volens in eine noch dreibundtreuere Richtung gedrängt worden sei. Ein derartiger, dem etwas chauvinistischen Herrn rumänischen Ministerpräsidenten erteilter Wink entspricht durchaus den mir von Euer Exzellenz jetzt in Wien mündlich

gegebenen Instruktionen; ich kann also dem Herrn Botschafter für die von ihm ergriffene Initiative nur dankbar sein; denn auf diese Weise hat Herr Bratiano die für ihn gewiß sehr angebrachte Rede zweimal vernehmen müssen: das erstmal vor einigen Tagen durch Markgrafen Pallavicini und das zweitemal heute durch mich. Als mir derselbe soeben erzählte, wie sehr er sich über den Besuch des Herrn Botschafters gefreut und wie ihn dessen Mitteilungen interessiert hätten, sagte ich ihm, ich wisse, daß Markgraf Pallavicini ihm auch von der aus der überstandenen Krise resultierenden imponierenden Stellung des Dreibundes in Europa gesprochen habe. Ich verbreitete mich sodann über dieses Thema, indem ich bemerkte, daß insbesondere die vereinte Militärmacht Österreich-Ungarns und Deutschlands jedem, wenn auch nicht Furcht, so doch Respekt einflößen müsse; zu einem Kriege sei es trotz der Krise nicht gekommen, der Friede werde sich hoffentlich auch in der Zukunft vermeiden^{b)} lassen; den Interessen und Wünschen Österreich-Ungarns und Deutschlands werde man aber auch in Zukunft vollauf Rechnung zu tragen gezwungen sein. A bon entendeur salut. Dies war ungefähr der Sinn meiner die Bemerkungen des Markgrafen Pallavicini kompletierenden Rede.

Schönburg.

a) Vgl. n. 1618. — b) Offenbar verschrieben, statt: „erhalten“.

Nr. 1618. Bericht aus Bukarest, 28. Mai 1909 Nr. 22 B (eing. 30. Mai).^{a)} Ausfert.

Auf meine im heutigen ergebensten Bericht litt. A resümierten Bemerkungen hat Herr Bratiano eine Replik folgen lassen, die zwar gar nichts Neues bringt, aber für seine politische Auffassung der gegenwärtigen Lage bezeichnend ist und daher immerhin registriert zu werden verdient: Ein sehr günstiges Resultat habe die internationale Krise insoferne geschaffen, als sie nicht nur das lächerliche Gerede von möglichen Katastrophen innerhalb des Verbandes der habsburgischen Monarchie definitiv aus dem Bereiche des Diskutablen ausschaltete, sondern sogar das musterhafte Funktionieren des Staatsapparates auf allen Gebieten in einem kritischen Momente vor aller Welt ad oculos demonstrierte. Daß das feste Zusammenstehen Österreich-Ungarns und Deutschlands als etwas irgendwie Neues bezeichnet werden darf, kann Herr Bratiano nicht einräumen; denn er habe nie an demselben gezweifelt. Daß wir nunmehr mit Sicherheit auf Italien rechnen können, sei nach Ansicht des Herrn rumänischen Ministerpräsidenten der sehr ernsten Vorbedingung unterworfen, daß der ins Meer hineinragende schmale Stiefel nicht im gegebenen Augenblick von England oder gar von England und Frankreich zur See bedroht werde. Für die Erhaltung des Friedens spreche ein Moment; ein anderes dagegen gebe Grund zur Beunruhigung oder mahne doch zur Vorsicht. Beide seien aus der überstandenen Krise erwachsen. Das erstere Moment sei das französische Friedensbedürfnis (*exagéré si vous voulez, mais cela c'est leur affaire*); und zwar ein Friedensbedürfnis ohne vorangegangene Demütigung, also ehrlich und ohne Hintergedanken. Dies verderbe den Engländern die Partie. Auf der andern Seite dagegen die aus der Krise resultierende Exasperation Rußlands, qui se voit

jouée aussi bien en Extrême Orient que sur les Balkans. Diese Exasperation könne sich allerdings nicht in einem Kriege Luft machen (dazu fehle es an Kriegsmitteln), deshalb nehme es seine Zuflucht zu Intrigen auf dem Balkan. Schönburg.

a) Vgl. n. 1689 Anm. d.

Nr. 1619. Tel. an den Gesandten Eduard Otto in Konstantinopel, 28. Mai 1909 Nr. 189 (chiffr. 2 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; V. und G. Macchio).

Im Nachhange zu meinem Telegramme No. 182 vom 19. d. M. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren sich, eventuell nach Rücksprache mit den Botschaften jener Mächte, welche aus dem bekannten Anlasse Kriegsschiffe in die anatolischen und syrischen Gewässer, respektive nach dem Piräus entsendet haben, telegrafisch anher zu äussern, ob etwa jetzt der Zeitpunkt zur Zurückziehung der k. u. k. Schiffsabteilung aus der Levante gekommen wäre. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1623.

Nr. 1620. Tel. nach London, 28. Mai 1909 Nr. 95 (chiffr. 7 U. 50 M. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

Euer Exzellenz Telegramm vom 27. d., Nr. 98, erhalten. Wenn Grey oder Hardinge Euer Exzellenz gegenüber im Zusammenhang mit unserer letzten Note über Artikel XXIX auf die Frage des Alinea 4 zurückkommen sollte, wollen Euer Exzellenz hervorheben, daß diesbezüglichen weiteren Verhandlungen zwischen den Mächten durch unsere letzte Démarche in keiner Weise präjudiziert werde; uns habe es sich nur um die Feststellung gehandelt, daß die auf unsere Initiative zurückzuführenden Modifikationen des Artikels XXIX in den Alineas 5 bis 11 die Zustimmung der Signatarmächte gefunden haben und somit als vollzogen zu betrachten seien. Aehrenthal.

Nr. 1621. Note des deutschen Botschafters in Wien, 29. Mai 1909 A. Nr. 303 (eing. 3. Juni 1909). Ausfert.

Mittels Note vom 24. d. M. ^{a)} hat die k. u. k. Österreichisch-Ungarische Botschaft in Berlin dem Auswärtigen Amte daselbst mitgeteilt, daß die k. u. k. Regierung angesichts der von der montenegrinischen Regierung abgegebenen Erklärung, wonach der Hafen von Antivari seinen Charakter als Handelshafen beibehalten werde, ihre Zustimmung dazu erteile, daß der Absatz 6 des Artikels 29 des Berliner Vertrages ebenso wie die Absätze 5, 7—11 dieses Artikels als aufgehoben anzusehen seien. Erhaltenem Auftrage zufolge beehrt sich der unterzeichnete Kaiserlich deutsche Botschafter dem k. u. k. Österreichisch-Ungarischen Ministerium des Äußern hierauf ganz ergebenst zu erwidern, daß die Kaiserliche Regierung von dieser Mitteilung Akt genommen hat. Tschirschky.

a) Vgl. n. 1606, 1622.

Nr. 1622. Tel. an den Gesandten Eduard Otto in Konstantinopel, 29. Mai 1909 Nr. 190 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Pogatscher).

Euer Hochwohlgeboren wollen unter Berufung auf die im Sinne meines Telegrammes vom 19. April l. J. No. 151^{b)} an die Pforte gerichtete Mitteilung dem türkischen Minister des Äußern eine Note folgenden Wortlautes zukommen lassen: Par la Note de l'Ambassade Impériale et Royale en date du . . . Votre Excellence a été informée que le Gouvernement Impérial et Royal était disposé à consentir à la suppression des alinéas 5, 7—11 de l'Article XXIX du traité de Berlin et que, selon un accord survenu entre le Cabinet de Vienne et celui de Rome l'alinéa 6 du même Article devrait être remplacé par le suivant: „Le port d'Antivari doit conserver le caractère de port commercial; il ne pourra y être érigé des ouvrages qui le transforment en port militaire.“ J'ai aujourd'hui, d'ordre de mon Gouvernement, l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence que les autres Cabinets des Puissances signataires du Traité de Berlin ont, dans l'entretemps, donné leur adhésion à la suppression des alinéas 5—11 de l'article en question; ils ont en même temps pris connaissance des réserves que le Cabinet de Vienne avait cru devoir formuler au sujet du port d'Antivari, réserves auxquelles se rapporte l'accord avec le Gouvernement Royal d'Italie dont il a été parlé plus haut. Le Gouvernement Princier Monténégrien a de son côté déclaré formellement que le port d'Antivari conserverait le caractère de port commercial. Vu que cette déclaration dont les Cabinets ont également pris acte, correspond essentiellement aux réserves formulées à ce sujet par le Gouvernement Impérial et Royal ce dernier n'a pas d'objections à soulever à ce que l'alinéa 6 de l'article XXIX dudit traité soit, de même que les alinéas 5, 7—11 de cet article, considéré comme abrogé; le Gouvernement Impérial et Royal n'a pas manqué d'en informer les Puissances signataires du traité de Berlin. La Sublime Porte ayant fait savoir, dès le 13 avril dr.,^{c)} au Cabinet de Vienne, par Son Excellence Réchid Pacha, qu'Elle donnait son consentement à la suppression des alinéas 5 à 11 de l'article XXIX du traité de Berlin, le Gouvernement Impérial et Royal se plaît à espérer qu'Elle prendra acte avec satisfaction de ce qui précède. Falls Rifaat Pascha gelegentlich der Überreichung der vorstehenden Note Ihnen gegenüber auf die von türkischer Seite vorgeschlagene Abänderung beziehungsweise Aufhebung des Alinea 4 des Artikels XXIX zurückkommen sollte, wollen Euer Hochwohlgeboren darauf hinweisen, daß durch unsere Note weiteren Verhandlungen der Signatarmächte über diesen Punkt in keiner Weise präjudiziert werde; uns handle es sich nur darum, zu konstatieren, daß die auf unsere Initiative zurückzuführende Modifikation des Artikels XXIX in Betreff der Alineas 5—11 die Zustimmung der Signatarmächte gefunden habe und somit als vollzogen zu betrachten sei. Unser Standpunkt hinsichtlich der Abänderung des Alinea 4 sei übrigens ein durchaus wohlwollender und der Pforte aus meinen Äußerungen zu Reschid Pascha (vide mein Telegramm vom 14. April l. J., No. 146) bereits bekannt. Die Frage könnte jedoch selbstverständlich nur im Einvernehmen aller Mächte geregelt werden. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1621, 1625. — ^{b)} n. 1542. — ^{c)} Vgl. n. 1515.

Nr. 1623. Tel. des Gesandten Eduard Otto aus Konstantinopel-Pera, 29. Mai 1909 Nr. 317 (eing. 4 U. p. m.),^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 28. dieses Monats No. 189. Italienischer Botschafter, desgleichen, wie ich vor zwei Tagen konstatieren konnte, englischer und russischer, sind für vorläufige Belassung einzelner Kriegsschiffe in den syrischen Gewässern. Bei ersterem spielt hiebei eine heute hier eingelangte, jedoch noch nicht kontrollierte Nachricht mit, wonach Mohammedaner in Adana dem dortigen Kriegsgericht erklärt hätten, dass wenn auch nur ein einziges Todesurteil an einem ihren Glaubensgenossen vollzogen werden sollte, das Massacre der Christen sofort wieder beginnen würde. Herr Constans, der unmittelbar vor seiner Abreise steht, desinteressierte sich mehr oder weniger, schien aber immerhin geneigt, Abberufung der in obigen Gewässern sich befindenden französischen Schiffe als unbedenklich zu betrachten. Deutschen Botschafter, der bereits am Lande ist, konnte ich bisher nicht befragen. Nachdem, abgesehen von vorerwähnter, unkontrollierbarer Nachricht, Meldungen aus Adana etc. im allgemeinen beruhigend lauten, könnte, meiner Ansicht nach, die k. u. k. Schiffsabteilung nunmehr zurückgezogen werden.

Otto.

^{a)} Vgl. n. 1626, 1632.

Nr. 1624. Erlaß nach Tokio, 29. Mai 1909 Nr. 2022.^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Musulin und Pogatscher; G. Aehrenthal).

Geheim. In der letzten Zeit hat sich die europäische Presse vielfach mit dem Gerüchte beschäftigt, dass zwischen uns und Japan weitgehende politische Abmachungen, man sprach im besonderen von dem Abschlusse einer Militärkonvention für den Fall eines österreichisch-russischen Krieges, getroffen worden seien. Anlass zu diesen Gerüchten hat offenbar der Besuch gegeben, den Prinz Nashi Moto am kaiserlichen Hoflager in Budapest abstattete und bei welchem ihm angeblich außergewöhnliche Ehren erwiesen worden wären. Jedes Mal, wenn ich direkt über das Bestehen eines japanisch-österreichisch-ungarischen Bündnisses befragt werde, bezeichne ich die betreffenden Nachrichten lächelnd als unbegründet. Ein offizielles Dementi erscheinen zu lassen, habe ich aber aus naheliegenden Gründen vermieden. Es ist mir nämlich ganz erwünscht, daß in der öffentlichen Meinung Europas die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen uns und dem östlichen Inselreiche erwogen werde. Die Machtstellung der Monarchie erhält hiedurch ein Relief und es kann nur einen guten Eindruck machen, dass man Japan die Absicht zuschreibt, sich um unser Bündnis zu bewerben. Einen gewissen Einfluss erwarte ich mir von dem Aufkommen der in Rede stehenden Gerüchte auch auf die Mentalität der Staatsmänner in St. Petersburg. Neben der „Vossischen Zeitung“ war es die „Nowoje Wremja“, die sich am eingehendsten mit der Nachricht von dem Abschlusse eines österreichisch-japanischen Bündnisses beschäftigte. Sie zeigt sich lebhaft impressioniert von der Möglichkeit eines solchen Ereignisses und sieht für Russland bereits die Gefahr eines Krieges mit zwei Fronten voraus. Es ist leicht möglich, dass man auch an der Sängerbücke ein ähnliches Calcul anstellt und dass

die Escomptierung der Eventualität eines österreichisch-japanischen Zusammengehens mit dazu beitragen könnte, im russischen Auswärtigen Amte die Idee einer Wiederannäherung an die Monarchie zu fördern.

a) Vgl. n. 1610, 1673.

Nr. 1625. Tel. des Gesandten Eduard Otto aus Konstantinopel-Pera, 31. Mai 1909 Nr. 319 (eing. 1. Juni 9 U. a. m.).a) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 190 vom 29. dieses Monats. Habe die betreffende Note heute Rifaat Pascha eingehändigt und ihm, da er bei dieser Gelegenheit auf den türkischen Wunsch nach Aufhebung respektive Abänderung des Alineas 4 des Artikels XXIX zurückgekommen, in dem mir aufgetragenen Sinne geantwortet. Zugleich wiederholte ich ihm Euer Exzellenz Standpunkt in dieser Frage (Euer Exzellenz Telegramm vom 14. vorigen Monats, No. 146.) Der Herr Minister des Äussern versprach baldige schriftliche Antwort, in welcher er unter Aknahme von der vollzogenen Abrogation der Alineas 5 bis 11 nochmals obigen türkischen Wunsch vorbringen will.

Otto.

a) Vgl. n. 1629, 1631.

Nr. 1626. Tel. des Gesandten Eduard Otto aus Konstantinopel-Pera, 31. Mai 1909 Nr. 320 (eing. 1. Juni 9 U. a. m.).a) Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 317 vom 23.^{b)} d. M. Nach Baron Marschall würde deutsches Kriegsschiff vorläufig noch in den syrischen Gewässern verbleiben.

Otto.

a) Vgl. n. 1632. — b) Amtsvermerk: recte 29. d. M.

Nr. 1627. Tel. aus Berlin, 2. Juni 1909 Nr. 188 (eing. 3 U. 55 M. p. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Staatssekretär lässt Euer Exzellenz melden, dass infolge eines vertraulichen Briefwechsels zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Nikolaus die beiden Herrscher auf dringenden Wunsch des Kaisers von Russland sich voraussichtlich zwischen dem 18. und 20. d. M. auf hoher See begegnen werden. Von der diesbezüglichen Mitteilung Kaiser Wilhelms an den k. u. k. Militärattaché hat Baron Schoen erst nachträglich Kenntnis erhalten. Herr Iswolsky hat sich vor einigen Tagen auf seiner Durchreise in Berlin nur ganz kurz aufgehalten und weder beim Reichskanzler noch bei Schoen vorgesprochen.

Szögyény.

a) Vgl. n. 1614, 1630, 1644.

Nr. 1628. Bericht des Gesandten Eduard Otto aus Konstantinopel, 2. Juni 1909 Nr. 44 C (eing. 5. Juni).a) Ausfert.

Geheim. Die Frage, was mit Creta geschehen wird, steht andauernd im Vordergrund des hiesigen officiellen und nicht officiellen politischen Interesses. Nachdem sich hierüber der Grossvezir seinerzeit in der Euerer Exzellenz aus meinem Berichte Nr. 39 Eb) vom 19. v. Mts. bekannten

Weise geäußert hatte, liess sich Rifaat Pascha, als ich ihn vorgestern aufsuchte, ganz in dem gleichen Sinne vernehmen und meinte sodann, nach den ihm vorliegenden Meldungen wäre aus Anlass der jüngsten Anwesenheit Kaiser Wilhelms in Wien^{c)} auch diese Frage erörtert worden. Er hoffe nur, dass es hiebei nicht zu Abmachungen gekommen sei, die dem einschlägigen türkischen Standpunkte (volle Aufrechterhaltung des status quo) zuwiderlaufen würden. Ich erwiderte dem Herrn Minister, mir sei über derartige Erörterungen in Wien nichts bekannt; wohl aber könne ich ihm auf Grund der von mir in Gesprächen mit den hiesigen Vertretern der Grossmächte und aus anderen Informationen gewonnenen Eindrücke versichern, dass man sich allseits der heiklen Natur der Angelegenheit sehr wohl bewusst sei; schon in diesem Momente scheine mir eine Gewähr dafür zu liegen, dass in dieser Frage nur mit größter Überlegung wird vorgegangen werden. Übrigens kämen betreffs Cretas, wie er — der Minister — ja wisse, wir und Deutschland erst in zweiter Linie in Betracht, was aber allerdings keineswegs heisse, dass das Schicksal der Insel über unseren Kopf hinweg wird entschieden werden können. Im Gegenteil wir würden hiebei gewiss mitsprechen und ich zweifelte nicht, dass auch bei dieser Gelegenheit unser freundschaftliches Wohlwollen gegenüber den neuen Verhältnissen in der Türkei sich werde Geltung zu verschaffen wissen.¹⁾ Rifaat Pascha insistierte nicht weiter, sondern ging auf ein anderes Thema über. Dies vorausgeschickt möchte ich noch erwähnen, dass mir der Herr italienische Botschafter vor einigen Tagen von gewissen ihm zugekommenen, verlässlichen Nachrichten sprach, „wonach Seine Majestät Kaiser Wilhelm in Corfu König Georg versprochen hätte, für die Lösung der Cretafrage im griechischen Sinne einzutreten“, da er — der Kaiser — aus den Gesprächen mit König Georg die Überzeugung gewonnen habe, dass es sich in dieser Frage nicht bloss um die Insel und Griechenland sondern auch um die Dynastie handle. Ich glaube nicht fehl zu gehen, wenn ich annehme, daß die „verlässlichen Nachrichten“, auf welche sich Marquis Imperiali beruft, Mittheilungen seines Ministers über den Verlauf der Entrevue in Brindisi sein dürften, und danach schiene es, dass Kaiser Wilhelm bei dieser Entrevue sich in noch prononcierter Weise als Eurer Exzellenz gegenüber, zu Gunsten Griechenlands respective König Georgs ausgesprochen hätte. ... *Pressestimmen.* ...

Otto.

¹⁾ Richtig.

^{a)} Vgl. n. 1635, 1643. — ^{b)} Mit Bericht Nr. 39 E, 19. Mai 1909 (eing. 22. Mai) wurde aus Konstantinopel gemeldet, der Großwesir Hussein Hilmi habe Pallavicini gesagt, keine türkische Regierung und kein Parlament könne mit Rücksicht auf die Stimmung in Armee und Volk einer staatsrechtlichen Änderung Kretas zustimmen; das würde den Krieg mit Griechenland bedeuten. Die Pforte wolle nur, dass Alles beim Alten bleibe, und sie begnüge sich vollkommen mit der bloß papierenen Souveränität, diese aber müsse um jeden Preis gewahrt bleiben. — ^{c)} Vgl. n. 1601.

Nr. 1629. Bericht des Gesandten Eduard Otto aus Konstantinopel, 2. Juni 1909 Nr. 44 D (eing. 5. Juni 1909).^{a)} Ausfert.

Meinem Telegramme No. 319 vom 31. v. Mts. mit welchem ich in dem Falle war, Euer Excellenz die erfolgte Übergabe der Note in Angelegen-

heit der Abrogirung der Alineas 5—11 des Artikels XXIX des Berliner Vertrages anzuzeigen, beehre ich mich, folgendes nachzuschicken: Als ich dem Minister des Äußern besagte Note vorgelesen hatte, meinte derselbe, es müsse ein Mißverständnis vorliegen, da in meiner Mittheilung die türkischerseits gewünschte, theilweise Abrogirung des Alinea 4 des gleichen Artikels mit keinem Worte erwähnt werde. Die ihm sohin auftragsgemäß ertheilte Versicherung, daß unsere Note weiteren Verhandlungen der Signatarmächte über den gedachten türkischen Wunsch in keiner Weise praejudizire, sowie der Hinweis auf den ihm bekannten wohlwollenden Standpunkt Eurer Excellenz in dieser Frage beruhigten Rifaat Pascha, nur hielt er daran fest, daß er sich in seiner Antwort an uns nicht werde mit einer simplen Aktnahme begnügen können, sondern sich genöthigt sehen werde, in derselben zugleich betreffs des Alinea 4 seine Reserven zu formuliren. Die Pforte lege nämlich auf diesen Punkt großes Gewicht. Das von montenegrinischer Seite gebrauchte Argument, gar nicht die Absicht zu haben, Befestigungen zu errichten und übrigens auch über die hiezu erforderlichen Geldmittel nicht zu verfügen, sei für die Türkei nicht stichhältig. Die Pforte denke vorderhand gleichfalls nicht daran, irgendwelche Werke zu bauen, aber sie wolle für die Zukunft freie Hand gewinnen. Ich habe versucht, Rifaat Pascha zu überzeugen, daß es sich zwar allerdings um ein und denselben Artikel handle, aber um verschiedene Initiativen — die unsrige und die türkische — und daß es daher wohl angienge, auf unsere Note zu antworten, ohne hiemit die Frage des Alinea 4 zu verquicken, respective Letztere abgesondert zu behandeln. Der Herr Minister blieb aber bei seiner Auffassung.

Otto.

a) Vgl. n. 1631.

Tel. nach Athen, 3. Juni 1909 Nr. 31 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 1632.

Nr. 1630. Privatschreiben aus Berlin, 3. Juni 1909 (eing. 4. Juni).a) Ausfert.

... *Persönliches* ... Die Begegnung zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Nikolaus findet — wie mir Schoen gestern Abend sagte — am 17. d. M. statt. Wahrscheinlich in den finnischen Schären. Reichskanzler und Staatssekretär versicherten mir mit scharfer Betonung, dass die Entrevue auf Einladung Kaiser Nikolaus erfolgt, Höchstwelcher in seinem letzten an Kaiser Wilhelm gerichteten Briefe den dringenden Wunsch ausgesprochen habe, dass die Begegnung mit Kaiser Wilhelm zu Beginn Seiner Entrevue-tournée — jedenfalls noch vor Seiner Zusammenkunft mit König Eduard — statt finde. Kaiser Wilhelm hat offenbar grosses Gewicht darauf gelegt, dass all' dies sofort zur Kenntniss Seiner Majestät unseres allergnädigsten Herrn gelange und hat aus diesem Grunde den Militärattaché Baron Bienerth, dem Er bei Gelegenheit der letzten militärischen Veranstaltungen wiederholt begegnete, beauftragt, hievon ungesäumt nach Wien zu berichten. Kaiser Nikolaus soll Ende dieses Monats nach Stockholm fahren, von dort aber nach Russland zurückkehren, um in Poltava der 200jahrfeier des Sieges

Peters des Grossen beizuwohnen; sodann tritt der Zar die Reise nach England und Frankreich an. Der russische Geschäftsträger behauptet, dass diese Reise sogar nach Italien ausgedehnt werden soll, was aber in der Wilhelmstrasse stark bezweifelt wird. An der Entrevue der beiden Kaiser werden weder der Reichskanzler noch der Staatssekretär teil nehmen. Die Aussprache der Monarchen wird wol — nach der, wie ich glaube, sehr richtigen Auffassung des Reichskanzlers — zu einer bedeutsamen Änderung der russischen Politik nicht führen, immerhin aber eine gewisse Abschwächung der bestehenden Gegensätze nach sich ziehen. ... *Innere deutsche Angelegenheiten.* ... Szögyény.

a) Vgl. n. 1627, 1634, 1644.

Nr. 1631. Tel. an den Gesandten Eduard Otto in Konstantinopel, 3. Juni 1909 Nr. 192 (chiffr. 4 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 319 vom 31. v. M. erhalten. Es wäre mir erwünscht, wenn die Pforte in ihrer Antwortnote sich darauf beschränken würde, von unseren letzten, auf Artikel XXIX bezüglichen Mitteilungen Act zu nehmen; dabei bliebe es ihr selbstredend unbenommen, bei einer anderen Gelegenheit uns und den übrigen Mächten gegenüber auf ihre Wünsche hinsichtlich des Alinea 4 zurückzukommen. Euer Hochwohlgeboren wollen sich in diesem Sinne gegenüber den türkischen Staatsmännern aussprechen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1629, 1636, 1648.

Nr. 1632. Tel. an den Gesandten Eduard Otto in Konstantinopel Nr. 193 (1) und nach Athen Nr. 31 (2), 3. Juni 1909 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Oppenheimer; G. Macchio).

1. Mit Bezug auf Euer Hochwohlgeboren Telegramme Nr. 317 vom 29. und 320 vom 31. v. M. Im Hinblick auf die gegenwärtige politische Lage und nach Rücksprache mit dem Markgrafen Pallavicini habe ich mich bestimmt gefunden, mich mit der Marine-Sektion im Sinne der Zurückziehung der gegenwärtig im Piräus befindlichen k. u. k. Schiffsabteilung ins Einvernehmen zu setzen.

2. Im Hinblick auf die gegenwärtige politische Lage (Inseratur aus dem vorstehenden Telegramme von „habe ich mich bestimmt gefunden“ bis „ins Einvernehmen zu setzen“). Aehrenthal.

Nr. 1633. Tel. nach St. Petersburg, Wien, 3. Juni 1909 Nr. 124 (chiffr. 5 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; G. Aehrenthal).

Blättermeldungen zufolge, die mit Nachrichten unseres Informationsdienstes übereinstimmen, beabsichtigt Rußland, ein effektives Konsulat in Prag zu errichten und zu dessen Titulär den aus der letzten Krise bekannten Agitator, Fürsten Trubetzkoi,^{b)} zu ernennen. Ich lege Wert darauf, Euer Exzellenz jetzt schon wissen zu lassen, daß wir gegen die in Rede stehende

Creirung eines Berufskonsulates in Prag keine Schwierigkeiten erheben, daß wir jedoch voraussetzen, daß an dessen Spitze ein Functionär aus dem effektiven russischen Konsulardienste berufen werde. Gegen die Bestellung einer Persönlichkeit von den Antecedentien des Fürsten Trubetzkoi müßten wir entschieden Stellung nehmen. Euer Exzellenz wollen sich bei sich darbietender Gelegenheit der russischen Regierung gegenüber in diesem Sinne äußern.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1640. — b) Wohl Grigorij Trubeckoj.

Nr. 1634. Tel. aus Berlin, 4. Juni 1909 Nr. 191 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Mit Bezug auf mein gestriges Privatschreiben.^{a)} Staatssekretär erzählte mir soeben, dass nach einem gestern aus Petersburg eingetroffenen Telegramme bei der Entrevue der beiden Kaiser russischerseits Herr Stolypin und Herr Iswolsky anwesend sein werden; aus diesem Grunde habe Kaiser Wilhelm gewünscht, dass der Reichskanzler gleichfalls der Zusammenkunft beiwohne. Da aber der Reichstag Mitte dieses Monats wieder zusammen-trete und Fürst Bülow zu dieser Zeit schwer von hier abkommen könnte, werde voraussichtlich er, Baron Schoen, Kaiser Wilhelm begleiten.

Szögyény.

a) Vgl. n. 1630, 1644.

Nr. 1635. Erlaß nach Athen, 5. Juni 1909 Nr. 2094.^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Musulin u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Euer Hochwohlgeboren haben mir über den gegenwärtigen Stand der Kreta-Frage und die in dieser Hinsicht in Athen vorherrschenden Anschauungen in der letzten Zeit sowohl telegraphisch (Telegramme No. 36, 38—42)^{b)} als auch schriftlich (Berichte vom 16. Mai, No. 27 E und vom 22. Mai, No. 28 E)^{b)} in besonders ausführlicher und interessanter Weise berichtet; aus diesen Meldungen habe ich mit Befriedigung ersehen, daß Euer Hochwohlgeboren sich den Standpunkt, den wir diesem schwierigen Problem gegenüber einnehmen, vollkommen zu eigen gemacht haben und sich in Ihrer Haltung und Sprache meinen diesbezüglichen Intentionen durchaus konformieren. Wir halten bekanntlich daran fest, daß die Lösung der kretensischen Schwierigkeiten in erster Linie Sache der vier Schutz-mächte sei, eine Anschauungsweise, die selbstverständlich nicht besagen will, als ob die definitive Regelung der Frage nicht schließlich auch unserer Zustimmung ebenso wie jener Deutschlands bedürfte. Wir können uns heute wohl nur dazu beglückwünschen, daß unser seinerzeitiges Ausscheiden aus dem Kreis der dormalen an Kreta unmittelbar interessierten Mächte es uns gegenwärtig ermöglicht, bei der Behandlung dieser dornenvollen Angelegenheit unsere Hände vorläufig aus dem Spiele zu lassen. Aus der bisher beobachteten Reserve herauszutreten, wäre für uns umso weniger angezeigt, als wir hiedurch, bei allem Wohlwollen für die griechischen Interessen und aller Anerkennung der von der Athener Regierung im letzten Halbjahr an den Tag gelegten Mäßigung und Korrektheit, die hellenischen

Aspirationen auf Kreta kaum wesentlich zu fördern vermöchten; wohl aber würde eine griechenfreundliche Initiative unsererseits in Konstantinopel auf das peinlichste berühren und auf unsere Beziehungen zur Türkei, die wir nach den Peripetien der letzten Krisis nicht ohne Mühe und mit erheblichen Opfern erfreulicherweise zu vertrauensvollen und herzlichen gestaltet haben, höchst ungünstig zurückwirken. Ich bin auf das authentischste darüber unterrichtet, daß auch das Berliner Kabinett diese unsere Anschauungen teilt und in keiner Weise die Absicht hegt, in der Kreta-Frage aktiv hervorzutreten. Es dürfte daher wohl nur auf eine mißverständliche Auffassung seitens des Herrn italienischen Ministers des Aeußern zurückzuführen sein, wenn dieser gelegentlich der Entrevue von Brindisi einen gegenteiligen Eindruck von den Intentionen der deutschen Regierung hinsichtlich Kretas gewonnen hat.^{c)} Im vollen Einverständnisse mit dem Berliner Kabinett werden wir daher auch in Zukunft, so wie bisher, in der Kreta-Frage eine rein beobachtende Haltung einnehmen; wir geben uns dabei der Zuversicht hin, daß es den Schutzmächten bis zum kritischen Momente, das ist bis zur Zurückziehung der Détachements von der Insel gelingen werde, eine Lösung zu finden, die eine friedliche Ausgleichung der bestehenden Interessengegensätze ermöglicht. Euer Hochwohlgeboren wollen fortfahren, der im Vorstehenden skizzierten zuwartenden und reservierten Stellung der Monarchie der Kreta-Frage gegenüber in Ihren Gesprächen mit den griechischen Staatsmännern und mit Ihren Kollegen Rechnung zu tragen. Im übrigen wollen Euer Hochwohlgeboren, in Uebereinstimmung mit dieser unserer reservierten Haltung, wie bisher vermeiden, der Kreta-Frage persönlich ein zu lebhaftes Interesse entgegenzubringen.

a) Vgl. n. 1643. — b) Nicht aufgenommen. — c) Vgl. n. 1600, 1628.

Nr. 1636. Tel. des Gesandten Eduard Otto aus Konstantinopel-Pera, 5. Juni 1909 Nr. 326 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 192 vom 3. dieses Monats. Minister des Äußern, dem ich wegen gestrigen . . .^{b)} erst heute sehen konnte, hält ungeachtet meiner Bemühungen an dem Standpunkte fest, daß in seiner Antwortnote außer Aktnahme auch eine Reserve mit Bezug auf Alinea 4 figurieren müsse. Die maßgebenden türkischen militärischen Kreise bestünden absolut darauf, daß, wenn Alinea 7 zu Gunsten Montenegros aboliert werde, dasselbe gleichzeitig hinsichtlich des 2. Satzes des Alineas 4 geschehe. Dieselben Kreise befürchteten, daß bei nachträglich abgesonderter Behandlung dieses Punktes dessen Erledigung im türkischen Sinne sich sehr in die Länge ziehen würde, ja vielleicht ganz ausbleiben könnte. Wenn also selbst die Pforte geneigt sein wollte, dem Wunsche Euer Exzellenz Rechnung zu tragen, würde sie hieran durch militärischen Widerstand behindert werden. Da ich aus Äußerungen Rifaat Paschas den Eindruck gewann, daß er in der Sache mit dem Großvezir vollkommen einig ist, habe ich vorerst letzteren mit derselben nicht befaßt und warte Instruktionen ab, ob ich dies nachtragen soll.

Otto.

a) Vgl. n. 1638, 1648. — b) Chiffre verstümmelt, kann nicht Selamlık heißen.

Nr. 1637. Tel. aus Rom, 5. Juni 1909 Nr. 153 (eing. 12 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Herzog von Avarna wird demnächst Instruktionen erhalten, welche ein enges Zusammengehen zwischen uns und Italien in Balkanfragen zum Zwecke haben. Nach den sehr allgemeinen Andeutungen, welche mir Herr Tittoni heute gab (er wird mir seinerzeit Abschrift seiner Depesche mitteilen), handelt es sich um ein Engagement, welches Italien auf Grund der Gegenseitigkeit eingehen wolle: In Balkanfragen kein Separat-abkommen mit Rußland ohne vorherige Verständigung mit uns abzuschliessen. Sein Kommentar war: Daß wohl für keine der beiden alliierten Mächte eine derartige Eventualität von augenblicklicher Aktualität sei, daß aber nichtsdestoweniger Vorhandensein eines Engagements zwischen Rom und Wien im angedeuteten Sinne wesentlich zur Beruhigung und zur Hebung des wechselseitigen Vertrauens beitragen könnte. Der Minister bemerkte zum Schlusse, seine jetzige Anregung sei eigentlich nichts anderes als ein Zurückkommen auf einen Gedanken, den er bereits im vergangenen Herbste gefaßt habe, aber nicht zur Verwirklichung bringen konnte. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 1659, 1664.

Nr. 1638. Tel. des Gesandten Eduard Otto aus Konstantinopel-Pera, 7. Juni 1909 Nr. 330 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Mit Bezug auf mein Telegramm Nr. 326 vom 5. d. M. Rifaat Pascha richtete soeben nachstehende Note an mich: „Monsieur le Chargé d’Affaires, J’ai reçu la note que vous avez bien voulu m’adresser à la date du 31 mai No. 1109 relativement à la suppression des alinéas 5—11 de l’article XXIX du traité de Berlin. En réponse, je tiens à faire remarquer que la réserve formulée par le Gouvernement Impérial touchant l’alinéa 4 du même article est omise dans cette note. Or, le Gouvernement Impérial a subordonné son consentement à la suppression des alinéas 5, 6, 7, 8, 9, 10 et 11 à l’abrogation simultanée de l’alinéa 4. Cette condition est intimement liée avec la suppression des alinéas susénumérés. Aussi aimons-nous à espérer que le Gouvernement Impérial et Royal se rendant à la justesse de notre point de vue voudra bien admettre, avec les alinéas en question, la suppression de l’alinéa 4 afin d’aboutir ainsi à une entente définitive pour le règlement de la question. Otto.

^{a)} Vgl. n. 1639, 1648.

Nr. 1639. Tel. des Gesandten Eduard Otto aus Konstantinopel-Pera, 7. Juni 1909 Nr. 331 (eing. 8. Juni 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Verfolge des heutigen Telegrammes Nr. 330. Ich habe Minister des Äußern aufmerksam gemacht, daß in seiner von mir telegraphierten Note vom Alinea 4 des Artikels 29 im allgemeinen die Rede ist, während doch, wie er wisse, der erste Satz dieses Alineas für eine Abrogation nicht in Betracht komme. Hierüber ersuchte mich Rifaat Pascha Euer Exzellenz zu telegraphieren, daß hiemit keineswegs beabsichtigt sei, dem Fürstentum die ihm durch den Berliner Vertrag gewährleistete freie Handelsschifffahrt

auf der Bojana wegzunehmen, sondern nur sich gegen einen eventuellen Anspruch Montenegros auf freie Fahrt auch mit Kriegsschiffen, die es ja jetzt anschaffen könnte, selbst auf dem rein türkischen Lauf jenes Flusses sicherzustellen.

Otto.

^{a)} Vgl. n. 1648.

Nr. 1640. Tel. aus St. Petersburg, 7. Juni 1909 Nr. 116 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Zu hohem Telegramm Nr. 124 vom 3. d. M. Herr Tscharykow bestätigte mir in vertraulichem Gespräche, daß Errichtung russischen Konsulates in Prag für 1910 in Aussicht genommen und von Seiner Majestät dem Kaiser prinzipiell gebilligt wurde. Falls nötige Kredite von Legislative bewilligt werden, würde mit Rücksicht auf formulierte Bedenken Kandidatur Trubetzkoi's außer Kombination gestellt werden, da Kreierung fraglicher Stelle wirtschaftliche Annäherung, keineswegs aber politische Entfremdung bezwecke.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1652.

Nr. 1641. Bericht aus Berlin, 8. Juni 1909 Nr. 21 B (eing. 10. Juni).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Fürst Bülow läßt Eurer Exzellenz — wie ich schon telegrafisch zu melden die Ehre hatte — für die gütigen Mitteilungen über die Unterredung, die Hochdieselben am 15. vorigen Monats mit Kaiser Wilhelm hatten,^{b)} verbindlichst danken. Die optimistische Auffassung Seiner Majestät in Betreff der jetzigen Situation in der Türkei und der voraussichtlichen Entwicklung derselben führt der Reichskanzler auf die Berichterstattung des kaiserlichen Botschafters in Constantinopel zurück, der nach der Meinung des Fürsten Bülow dem gegenwärtigen Regime am Goldenen Horne und dessen energischen Vertretern, wie Mahmud Schefket und Ferid Pascha, ein allzugroßes, nicht ganz gerechtfertigtes Vertrauen entgegenbringe. Ob — wie Baron Marschall behaupte — zwischen England und Russland tatsächlich eine Vereinbarung über die Teilung der Türkei zustande gekommen sei, könne nicht genau konstatiert werden. Dass bei der Contre-Revolution in Constantinopel England seine Hand mit im Spiele gehabt habe, halte auch er — der Reichskanzler — für sehr wahrscheinlich und ebenso wolle er nicht daran zweifeln, dass England jetzt mehr denn je die Errichtung eines arabischen Kalifates anstrebe, damit es infolge dessen in die Lage komme, nicht nur Aegypten, sondern auch die arabischen Provinzen des türkischen Reiches unter seinen dauernden Schutz nehmen zu können. Diesen und ähnlichen — wenn auch vorläufig fehlgeschlagenen — Kombinationen gegenüber habe Kaiser Wilhelm vollkommen recht, darauf hinzuweisen, dass die Aufgabe Oesterreich-Ungarns und Deutschlands darin bestehe, eine zuwartende und scharf beobachtende Haltung einzunehmen. Auch damit ist Fürst Bülow einverstanden, dass das jetzige Regime in der Türkei von Deutschland und Oesterreich-Ungarn soweit als möglich unterstützt werde, doch teilt er vollkommen Eurer Exzellenz Ansicht, dass in dieser Beziehung mit großer Behutsamkeit

vorgegangen und abgewartet werden müsse, dass die Zustände in der Türkei sich konsolidieren und dass namentlich die jetzt dort vorherrschende Militärdiktatur einer regelrechten Verwaltung Platz mache. Den Versuch Kaiser Wilhelms, Russland in ein vertrauensvolleres Verhältnis zu den beiden verbündeten Kaisermächten zu bringen, billigt der Reichskanzler. Er habe, so sagte er mir, den Brief, den sein allergnädigster Herr an Kaiser Nikolaus zu Höchstdessen Geburtstage richtete, gelesen. Dieses Schreiben sei, wie übrigens der ganze vertrauliche Briefwechsel zwischen den beiden Herrschern, in englischer Sprache verfasst gewesen und habe mit dem Ausdrucke des aufrichtigsten Bedauerns begonnen, dass Kaiser Nikolaus den gewohnten intimen Gedankenaustausch mit Ihm — Kaiser Wilhelm — in letzter Zeit ganz vernachlässigt habe. Dies sei umsomehr zu bedauern, als es sich gerade bei der jüngsten Krise, die nunmehr im Großen und Ganzen glücklicherweise überwunden zu sein scheine, um Fragen gehandelt hätte, die niemals einen so akuten Charakter angenommen haben würden, wenn Kaiser Nikolaus sich bei Zeiten loyal und vertrauensvoll ebenso an Ihn — Kaiser Wilhelm — wie an den allgemein so verehrten und geliebten („venerable and beloved“) Kaiser und König Franz Josef gewendet hätte. Die Antwort des Kaisers von Russland sei sehr entgegenkommend gewesen und habe eine herzliche Einladung zu einer baldmöglichsten Zusammenkunft mit Kaiser Wilhelm enthalten. Was die Meerengenfrage betrifft, so glaubt der Reichskanzler, dass dieselbe wenigstens in nächster Zeit russischerseits nicht auf das Tapet gebracht werden wird. Die Erfahrungen, die Herr Iswolsky in dieser Beziehung in London und auch in Paris gemacht habe, schienen nicht nur ihn, sondern auch Kaiser Nikolaus überzeugt zu haben, dass es bis auf Weiteres nicht angezeigt sei, die Lösung dieser Angelegenheit allzu sehr zu betreiben. Die Nachricht von der angeblich definitiv beschlossenen Auflassung der Festungen in Kongress-Polen und die Verminderung der dortigen Garnisonen sei bisher — so sagte mir Fürst Bülow — noch nicht bestätigt. Kreta betreffend versichert mir der Reichskanzler, dass Deutschland aus seiner bisherigen reservierten Haltung in keinem Falle herauszutreten gesonnen sei. Jene Modalität der Lösung, die Seine Majestät Eurer Exzellenz gegenüber erwähnte, dass sich die Türkei mit der Aufrechterhaltung der türkischen Flagge auf der Insel begnüge und dem sonstigen Anschlusse an Griechenland nicht weiter entgegentrete, hält Fürst Bülow angesichts der Stellungnahme der Türkei für sehr schwer durchführbar. Auf die demnächst bevorstehende Begegnung der zwei Kaiser zurückkommend versicherte mir der Reichskanzler, dass er von dieser Entrevue keine neuen Orientierungen von weittragender Bedeutung erwarte. Der Wunsch Kaiser Nikolaus', mit Kaiser Wilhelm zusammenzukommen, sei aber jedenfalls ein erfreulicher Beweis der Tatsache, dass der Kaiser von Russland neben dem Festhalten an dem französischen Bündnisse und neben der Anhänglichkeit an die Entente mit England in den Traditionen entsprechenden vertrauensvollen Beziehungen mit Deutschland zu verbleiben und auch mit Österreich-Ungarn ein intimeres Verhältnis wiederherzustellen entschlossen sei.

Szögyény.

a) Vgl. n. 1642. — b) Vgl. n. 1601.

Nr. 1642. Bericht aus Berlin, 8. Juni 1909 Nr. 21 C (eing. 10. Juni).^a Ausfert.

Vertraulich. Die deutsche halbamtliche Meldung über die bevorstehende Begegnung des Kaisers Wilhelm mit Kaiser Nikolaus hat bei den meisten meiner hiesigen Collegen grosse Überraschung hervorgerufen und, wie Euer Exzellenz bekannt, in einem Teile der englischen, französischen und auch der russischen Presse ein unverkennbares Unbehagen erzeugt. Die grösste Unzufriedenheit scheint der Umstand zu erregen, dass die Zusammenkunft auf Grund einer Einladung des Kaisers Nikolaus erfolgt ist. In dieser Beziehung ist es bezeichnend, dass die französischen und englischen Journale die Behauptung immer wiederholen, die Monarchen-Begegnung in den Schären sei nicht durch den Kaiser von Russland, sondern durch den deutschen Kaiser herbeigeführt worden. Wie mir im Auswärtigen Amte versichert wird, ist die nunmehr beschlossene Entrevue auf einen ganz directen Wunsch des Kaisers Nikolaus zurückzuführen, welchen Wunsch Höchstderselbe in Seinem Antwortschreiben auf den Euerer Exzellenz bekannten Brief Kaiser Wilhelms in sehr dringender Weise ausgesprochen habe. Vorerst wurde die Begegnung für die zweite Hälfte des Monats August in Aussicht gestellt und es hiess, dass in der Begleitung der beiden Herrscher nur die persönlichen Suiten und keine Minister sich befinden würden. Dieses Programm erlitt aber alsbald eine Änderung, da, wie Kaiser Wilhelm durch Militär-Attaché Baron Bienenrth nach Wien melden liess, Kaiser Nikolaus grosses Gewicht darauf legte, dass Seine Zusammenkunft mit dem deutschen Kaiser noch vor Seiner Entrevue mit König Eduard in Cowes erfolge. Selbstverständlicherweise ging Kaiser Wilhelm auf diesen Wunsch mit grosser Bereitwilligkeit ein, und es wurde bestimmt, dass Höchstderselbe schon am 17. d. Mts. zur Begegnung mit dem russischen Kaiser in den Schären eintreffen werde. Da russischerseits auch die Minister Stolypin und Iswolsky bei der Entrevue anwesend sein sollen, wird sich in der Suite Kaiser Wilhelms der Staatssekretär des Aeussern Freiherr von Schoen befinden, da der Reichskanzler wegen Wiederzusammentrittes des deutschen Reichstages am 15. d. Mts. sich um diese Zeit nicht von Berlin entfernen kann. So lautet die offizielle Version über das Zustandekommen dieser Entrevue; sie entspricht zweifellos in ihren Hauptmomenten den Tatsachen, doch halte ich es für mehr als wahrscheinlich, dass in jenem Gratulationsschreiben Kaiser Wilhelms an Kaiser Nikolaus, dessen Inhalt Kaiser Wilhelm Euerer Excellenz skizzirt hat, eine versteckte Einladung zu einer baldmöglichsten Begegnung leicht herausgelesen werden konnte. Jedenfalls war es Kaiser Wilhelm sehr erwünscht, dass der Kaiser von Russland auf die Idee der Wiederaufnahme des gegenseitigen Gedankenaustausches in der Form einer persönlichen Begegnung sofort eingegangen ist; insbesondere hat es Ihn ausserordentlich erfreut, dass — wie Er behauptet — Kaiser Nikolaus auf eine Begegnung mit Ihm noch vor der Reise nach England gedrängt habe. Wie Euere Excellenz in den Bemerkungen zu Hochdero Unterredung mit Kaiser Wilhelm so treffend sagen,^b) scheint Höchstderselbe in der Wieder-Annäherung an Russland die grösste Consolidirung des europäischen Friedens zu erblicken, und gewiss dient es

Seiner Majestät zu hoher Befriedigung, dass Kaiser Nikolaus in demonstrativer Weise Gelegenheit sucht, noch vor Seinen Besuchen in England und Frankreich, mit dem deutschen Kaiser zusammenzukommen. Der Reichskanzler ist mit diesen Annäherungsversuchen an Russland — sowie ich dies heute auch an anderer Stelle^{c)} ausführe — ganz einverstanden, doch hat er, so sagte er mir letzthin, es an Ratschlägen an Seinen Allergnädigsten Herrn nicht fehlen lassen, damit Seine Majestät in Seinen Besprechungen mit Kaiser Nikolaus eine entsprechende Zurückhaltung Sich auferlege, was schon aus dem Grunde notwendig erscheine, weil nach den Nachrichten, die aus St. Petersburg eintreffen, mit dem Umstande gerechnet werden müsse, dass Herr Iswolsky auch weiterhin auf seinem Posten bleibe, und weil unter diesen Umständen an eine Umkehr in der bisher befolgten russischen äusseren Politik kaum zu denken sei. Der Reichskanzler meint, dass während der bevorstehenden Entrevue die Meerengenfrage nicht zur Sprache gebracht werden wird; möglicherweise werde russischerseits die Creta-Angelegenheit aufgeworfen werden, doch müsse er aufrichtig gestehen, dass er noch keineswegs informirt sei, welche Haltung Russland in dieser Frage einzunehmen beabsichtige. Gestern hatte ich mit dem deutschen Botschafter in St. Petersburg, der sich aus Anlass eines Trauerfalles in seiner Familie für einige Tage hierher begeben hatte, eine kurze Unterredung. Graf Pourtalès, der an der Entrevue ebenfalls teilnehmen wird, sagte mir, dass das Zustandekommen dieser kaiserlichen Begegnung für ihn eine Überraschung war; er ist überzeugt, dass bei derselben von irgendwelchen concreten Abmachungen keine Rede sein könne. Die persönlichen Beziehungen der beiden Monarchen werden nach seiner Ansicht infolge der mündlichen Aussprache zwischen denselben jedenfalls sich in wünschenswerter Weise befestigen, mit einer grundlegenden Änderung der russischen Politik könne aber, solange Herr Iswolsky am Ruder bleibt, nicht gerechnet werden; nach seinen Informationen sei es zweifellos, dass Herr Iswolsky bis auf weiteres, jedenfalls bis zum nächsten Herbste Minister des Aeussern bleiben werde.

Szögyény.

a) Vgl. n. 1641, 1653. — b) Vgl. n. 1601. — c) Vgl. n. 1641.

Nr. 1643. *Erlaß an den Gesandten Eduard Otto in Konstantinopel, 10. Juni 1909 Nr. 2146.*^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Tewfik Pascha hat im Laufe des hiesigen Aufenthaltes der von ihm geführten Specialmission zur Notificierung der Thronbesteigung Sultan Mehmeds im Auftrage seiner Regierung bei mir eine Démarche in der cretensischen Frage unternommen und sich hiebei ganz im Sinne der Euer Hochwohlgeboren gegenüber gemachten mit Bericht vom 2. Juni, Nr. 44 C gemeldeten einschlägigen Äußerungen Rifaat Paschas ausgesprochen. Der Herr Botschafter führte aus, er begriffe vollkommen, daß wir uns von der Reserve, die wir bisher in der Cretafrage bekundet hätten, nicht entfernen wollten; wir könnten aber der Türkei und der Sache des Friedens immerhin einen großen Dienst erweisen, wenn wir die Schutzmächte in der Absicht

bestärkten, nicht eine Situation zu schaffen, in welcher die Gefahr eines Krieges zwischen der Türkei und Griechenland imminent erschiene. Es schwebte ihm der Gedanke vor, daß sich für diese Rathschläge bei einem gelegentlichen Gespräche mit den hiesigen Botschaftern der passendste Anlaß ergeben würde. Ich habe das Anliegen Tewfik Paschas in sehr freundschaftlicher Weise aufgenommen und ihn versichert, daß ich mich schon bisher bei meinen Unterredungen mit den fremden Botschaftern, wenn die Cretafrage zur Sprache gekommen sei, immer im Sinne einer einvernehmlichen Lösung unter Vermeidung von Complicationen ausgesprochen hätte; ich würde dies gewiß auch gerne fernerhin tun. Über diese Linie hinauszu-
gehen, sei mir aber derzeit nicht möglich, da ja bekanntlich die Monarchie nicht zu den in Creta unmittelbar interessirten Mächten gehöre. Ein stärkeres Hervortreten unsererseits im Sinne der türkischen Wünsche scheine mir aber auch durch die Situation keineswegs geboten, da, wie ich überzeugt sei, die Schutzmächte, wenn es auch gewiß manche Nuancen in ihrer Auffassung gebe, doch alle darin übereinstimmten, daß die Pforte nicht vor extreme Entschlüsse gestellt werden dürfe. Tewfik Pascha zeigte volles Verständnis für meine Auffassung und schien keine andere Antwort erwartet zu haben.

a) Vgl. n. 1635, 1654.

Nr. 1644. Privatschreiben nach St. Petersburg, 10. Juni 1909 Nr. 2148.a)
Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Aus den Euer Exzellenz mit dem heutigen Courier zukommenden Abschriften der Telegramme aus Berlin vom 29. v. M.,^{b)} 2.^{c)} und 4. l. M.^{d)} und einem Auszuge aus einem Privatschreiben Herrn von Szögyénys vom 3. l. M. werden Hochdieselben ersehen, daß uns das Berliner Cabinet über die bevorstehende Entrevue Kaiser Wilhelm's mit Kaiser Nikolaus eingehend informiert hat. Es scheint, daß zu dieser Begegnung, die auf die Initiative des Zaren zurückzuführen ist, das Schreiben, welches Kaiser Wilhelm anlässlich des Geburtstages des Kaisers von Rußland am 19. v. M. an Höchstdenselben gerichtet hatte, den Impuls gegeben hat. Euer Exzellenz kennen meine Auffassung, daß eine Annäherung zwischen den beiden Herrschern und ihren Reichen auch in unserem Interesse gelegen ist, ich möchte mir jedoch bezüglich der Einschätzung des Erfolges, den die Kaiserbegegnung in dieser Richtung haben könnte, einige Zurückhaltung auferlegen. Bei der bekannten Charakterveranlagung Kaiser Nikolaus' wäre es leicht möglich, daß Graf Pourtalès Recht behält, wenn er meint, es wäre besser gewesen, daß die Zusammenkunft des deutschen Kaisers mit dem Zaren den Abschluß und nicht die Einleitung der von Kaiser Nikolaus ins Auge gefaßten Entrevuen gebildet hätte. Aus der von Euer Exzellenz mit Bericht vom 3. Juni/21. Mai l. J., Nr. 21 Ce) gemeldeten Unterredung mit Herrn Tscharykoff, sowie aus einem Gespräche, welches der Gesandte Otto mit Herrn Zinovieff geführt und über welches der k. u. k. Geschäftsträger in Constantinopel unterm 2. l. M.^{f)} berichtet hat, habe ich den Eindruck empfangen, daß die russische Diplomatie geneigt scheint, den Gedanken

eines einträchtigen Zusammenwirkens mit der k. u. k. Monarchie im Sinne der Erhaltung des status quo am Balkan wieder zur Discussion zu stellen. Die Berichte Euer Exzellenz über den Slavencongreß habe ich erhalten und sie mit Interesse gelesen. Ich stimme der von Ihnen geäußerten Auffassung vollkommen bei, daß das Auftreten des Abgeordneten Kramář ein zumindest eigenthümliches Licht auf diese Persönlichkeit wirft; es wird jedenfalls geraten sein, die russischen Verbindungen des čechischen Parteiführers einer scharfen Controle zu unterziehen. Im übrigen glaube ich jedoch, daß die wieder auftretenden reactionären Erscheinungen im öffentlichen Leben Rußlands und die traurigen inneren Zustände im Zarenreiche überhaupt auf unsere Slaven einen eher abschreckenden Eindruck gemacht haben dürften. Interessant ist, was Graf Forgách über den Widerhall schreibt, den die Verhandlungen des Panslavistencongresses in Serbien gefunden haben. Nach der Ansicht unseres Belgrader Gesandten haben die panslavistischen Ideen im Savekönigreiche, welches ausschließlich seinen eigenen großserbischen Idealen und Träumen nachjagt, nie viel Boden gefunden. Serbien habe wichtige politische und auch religiöse Verbindungen mit Rußland, aber die nationalen, culturellen, wirtschaftlichen und finanziellen Interessen, welche der Neopanslavismus vorschützt oder vorschiebt, seien viel zu entfernt und zu verschieden, um in Serbien ein lebhafteres Echo und dauernde Aufmerksamkeit hervorzurufen. In allen diesen Beziehungen sei und bleibe Serbien, trotz mancher Störungen und Zwischenspiele, im Bannkreise Oesterreich-Ungarn's und dessen südslavischer Frage.

a) Vgl. n. 1649. — b) Liegt nicht vor. Es handelt sich offenbar um eine Verwechslung mit n. 1614. — c) n. 1627. — d) n. 1634. — e) In diesem nicht aufgenommenen Bericht wird ein Gespräch mit Tscharykow gemeldet, in dem dieser die Hoffnung ausdrückte, mit dem Markgrafen Pallavicini in Konstantinopel freundschaftliche Beziehungen unterhalten zu können. — f) Mit Bericht vom 2. Juni 1909 Nr. 44 J meldet Geschäftsträger Otto aus Konstantinopel ein Gespräch mit Zinowjev, das sich hauptsächlich um dessen Abberufung aus Konstantinopel drehte. Herr Zinowjev gab aber auch bei dieser Gelegenheit seiner Überzeugung Ausdruck, „daß ein intimes Zusammengehen Oesterreich-Ungarns und Rußlands in allen Balkanfragen den Interessen beider Reiche sowie dem europaischen Frieden am besten entspreche“.

Nr. 1645. Bericht aus London, 11. Juni 1909 Nr. 44 D (eing. 14. Juni). Ausfert.

Während meines gestrigen Besuches bei Sir Edward Grey, habe ich auf die Rede hingewiesen, welche der Staatssecretär selbst und andere führende Staatsmänner Englands bei der jetzt tagenden Reichs-Press-Conferenz gehalten haben und welche die Flotten-Rüstungen betrafen. Ich stellte hiebei die Frage, wie sich die Betheiligung der Colonien an der Vertheidigung gedacht werde^{a)}, ob durch Beiträge zur Reichsflotte oder durch Vorkehrungen zum localen Schutze der einzelnen überseeischen Besitzungen. Sir Edward sagte mir, diess sei die Frage, welche bei der demnächst zusammentretenden Konferenz, zu welcher die Premiers der Colonien nach London kommen werden, besprochen und entschieden werden soll. Es werde sich da zeigen, ob locale Schutz-Vorkehrungen als Beiträge zur Reichsflotte angesehen werden können, oder ob die Colonien direct zur

königlichen Marine beisteuern sollten. Gegen Ende Juli wird auch ein Entschluss seitens der Regierung darüber gefasst werden, ob die weiteren 4 Dreadnoughts, — über die sich die gegenwärtige grosse Agitation „want 8“, entwickelt hat — in Angriff genommen werden sollen oder nicht. Bei diesem Anlasse sprach Grey von der allgemeinen Zunahme der Schiffsbauten auf der ganzen Welt, auch von dem neuen Programme der k. u. k. Marine. Ich verwies darauf, wie nothwendig es geworden war, unsere veralteten Schiffe durch modernere zu ersetzen und dass bei der numerischen Schwäche unserer ausgezeichneten Flotte es bei uns seltsam berühre, dass dieselbe nun auch in so schmeichelhafter Weise als ein neuer gefährlicher Factor in die Discussion gezogen werde. Der Staatssecretär meinte, es sei ganz natürlich, dass auch wir unsere Marine entwickelten und es stehe Niemand zu, sich darüber zu beklagen. Nur, fügte er bei, entstünden nun durch die Vermehrung unserer und der daraus folgenden Vermehrung der italienischen Flotte neue bedeutende Streitkräfte im Mittelländischen Meere, welche auch England beeinflussen müssen. In Frankreich — höre er — stehe ebenfalls eine bedeutende Flottenvermehrung bevor und so werde auf der ganzen Welt weiter gerüstet. England sei gezwungen, um das bisherige Kräfte-Verhältniss aufrecht zuerhalten, ebenfalls sein navales Programm bedeutend zu vermehren. Ich hatte in den letzten Tagen Gelegenheit, auch mit anderen Staatsmännern über die Flotten-Frage zu sprechen, so namentlich mit dem Handelsminister, Mr. Winston Churchill, der mich ebenfalls über unsere neuen Schiffbauten befragte. Bis jetzt war der junge Winston Churchill der entschiedenste Gegner jeder Flottenvermehrung und der leidenschaftlichste Vertreter des Princip der Sparsamkeit im Staatshaushalte. Jetzt sagt er mir, dass man hier entschlossen sei, Alles aufzubieten, um das bisherige Kräfte-Verhältniss aufrechtzuerhalten und dass wir einer Periode von ganz colossalen Flotten-Rüstungen entgegengehen. Er beklagt es tief, denn er möchte diese riesigen Ausgaben lieber für soziale Reformen verwendet sehen, es sei aber unvermeidlich. Ich glaube, dass wir für absehbare Zeit darauf vorbereitet sein müssen, dass hier in England Alles vom Standpunkte des Verhältnisses der Streitkräfte zur See aus beurteilt werden wird. Das in den Reden der Press-Conferenz zum Ausdruck gekommene Prinzip, England und die britischen Colonien müssten Alles daran setzen, um die Suprematie zur See zu erhalten, wird von allen Seiten angenommen. Die Gefahr, welche dieser Suprematie angeblich drohen soll, wird in ganz unglaublicher Weise überschätzt. Von mancher Seite geschieht dies wohl wissentlich, weil von der Überzeugung ausgegangen wird, dass die Masse der Engländer nur zu sehr geneigt sind, in ein bequemes optimistisches Sicherheits-Gefühl zu verfallen und die militärischen Vorbereitungen zu Land und zur See zu vernachlässigen. Das grosse Publicum scheint aber wirklich diesmal „aufgerüttelt“ worden zu sein. Die Verantwortlichkeit für die unbequemen und kostspieligen Rüstungen wird natürlich Deutschland zugeschrieben, was nicht geeignet ist, die Gefühle des Durchschnitt-Engländers für den ohnehin schon unbeliebten Deutschen freundschaftlicher zu gestalten. Es ist also wohl für die nächste Zeit eher eine Zunahme als Abnahme der Deutschen-Hetze zu gewärtigen. Diese Stimmung der öffent-

lichen Meinung kommt in der auswärtigen Politik denjenigen einflussreichen Strömungen zu Gute, welche für den Anschluss an Russland wirken und allen slavischen Interessen sympathisch gegenüberstehen. Mensdorff.

a) So!

Nr. 1646. Privatschreiben nach Paris, 16. Juni 1909 Nr. 2214.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin, Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Seit Euer Exzellenz Ende März l. J. Ihren Posten zum Antritte eines längeren Urlaubes verlassen haben, ist die durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina herbeigeführte politische Krise zu ihrem Ende gelangt. Die Signatarmächte des Berlinervertrages haben der Aufhebung des Artikels XXV des genannten völkerrechtlichen Instrumentes rückhaltslos zugestimmt, Serbien und Montenegro haben den Ansprüchen, die sie aus dem Titel der Annexion erheben zu können glaubten, entsagt und die Beziehungen der Monarchie zu den Kabinetten von London und Petersburg, die sich während der Annexionscampagne am eifrigsten hervortaten, sind jetzt, nach der glücklichen Bereinigung der ganzen Angelegenheit, wieder normal geworden. In der ganzen Zeit der Krise hat uns Deutschland seine vollste Unterstützung zukommen lassen und auch das im Grunde anglophile Italien war, nach einigen Schwankungen, bestrebt, seinen Bündnispflichten nach Tunlichkeit gerecht zu werden. Von den außerhalb des Dreibundes stehenden Mächten war die Haltung Frankreichs während der ganzen Aktion uns gegenüber eine gewiß nicht unfreundliche und wir haben uns in einigen Momenten sogar eines sympathischen Entgegenkommens der französischen Regierung zu beloben gehabt. Besonders im Beginne der diplomatischen Verwicklungen, im Oktober und November des Vorjahres, schien es, als ob man am Quai d'Orsay daran dächte, selbständiger hervortreten und die günstige internationale Position Frankreichs dazu zu benützen, um der französischen Diplomatie die dankbare Rolle eines Vermittlers bestehender Gegensätze zu sichern. Im Laufe der Begebenheiten ist Frankreich dann aber doch mehr an der Seite Rußlands geblieben und die französischen Staatsmänner haben es daher nur sich selbst zuzuschreiben, wenn sie es versäumten, durch eine entsprechende Beeinflussung der russischen Politik die Umkehr Herrn Iswolskys selbst herbeizuführen und dadurch das Prestige des französischen Auswärtigen Amtes zu erhöhen. Die vorstehenden Betrachtungen haben heute nur mehr retrospektives Interesse. Im gegenwärtigen Augenblicke herrscht bei den Kabinetten die Befriedigung darüber vor, daß die Annexionskrise auf gütlichem Wege beigelegt werden konnte und daß auch die Umwälzungen in der Türkei bisher keinen Anlaß zu weiteren internationalen Komplikationen gegeben haben. Soweit ich es von hier aus überblicken kann, sind auch alle Mächte in der Absicht einig, der verjüngten Türkei Zeit zu lassen und sie in ihrer Konsolidierung nicht zu stören. Ich möchte daher auch den Nachrichten keinen Glauben beimessen, daß schon jetzt zwischen Rußland und England Teilungspläne, welche das türkische Staatsgebiet betreffen, erörtert würden; durch die wachsende Intimität zwischen England und

Rußland erhalten solche Gerüchte leicht Nahrung, ohne daß sie einen reellen Hintergrund zu haben brauchen. Eine ernstere Verlegenheit für die sogenannten vier Schutzmächte bietet die kretensische Frage. Es wird für die zunächst interessierten Kabinette nicht leicht sein, einen Mittelweg zu finden, und ebenso dem griechischen Patriotismus, wie der türkischen Eigenliebe Rechnung zu tragen. Wir können uns jedenfalls nur dazu beglückwünschen, daß wir im Vereine mit Deutschland unsere Hände rechtzeitig aus dem Spiele gezogen haben und daß wir nun, wenn wir auch bei der endgültigen Entscheidung gehört werden müssen, die Verantwortung für das, was zunächst zu geschehen hat, den Schutzmächten überlassen können. Was Serbien anbelangt, mit dem wir die normalen politischen Beziehungen wiederhergestellt haben, so ist die Belgrader Atmosphäre heute noch nicht so weit beruhigt, daß auch die Einleitung von Handelsvertragsverhandlungen mit diesem Lande mit Erfolg vorgenommen zu werden vermöchte; wir hoffen aber, dort im kommenden Herbste mehr Verständnis als bisher dafür zu finden, daß eine Regelung der volkswirtschaftlichen Beziehungen zur Nachbarmonarchie im eigensten Interesse des Königreiches gelegen ist. Es wird sich zu diesem Zeitpunkte auch erweisen, ob die serbischen Staatsmänner wirklich gewillt sind, den Erklärungen, die sie uns abgegeben haben, gerecht zu werden und aufrichtig freundschaftliche Beziehungen zu uns wieder herzustellen. In der Zwischenzeit wird Serbien jedenfalls versuchen, sein Geldbedürfnis durch die Aufnahme eines Anlehens auf einem europäischen Markte zu befriedigen. Graf Nemes hat mir auch bereits darüber berichtet, daß man serbischerseits darum bemüht ist, den Pariser Platz für ein solches Anlehen zu gewinnen. Diese Meldungen decken sich mit dem Inhalte eines Berichtes, den mir Graf Forgách am 5. I. M.^{b)} erstattet hat und dessen Abschrift ich Euer Exzellenz mit dem heutigen Kurier zugehen lasse. Es wird die Aufgabe der französischen Regierung sein zu erwägen, ob sie durch die Bewilligung eines serbischen Anlehens der Sache des Friedens im allgemeinen und der Befestigung normaler Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel im besonderen einen Dienst erweisen würde. In den Gesprächen, die Euer Exzellenz nach Ihrer Rückkehr nach Paris mit den leitenden französischen Staatsmännern führen werden, werden Euer Exzellenz gewiß Gelegenheit haben, bei der Erörterung der internationalen Situation darauf hinzuweisen, wie bedenklich es wäre, wenn man der serbischen Regierung de cœur léger reichliche Geldmittel zur Verfügung stellte, ohne Garantien dafür, daß diese zu produktiven Ausgaben, für friedliche Investitionen und nicht etwa lediglich oder zum größten Teile zu militärischen Anschaffungen verwendet würden. Euer Exzellenz werden gewiß dafür Verständnis finden, wenn Sie hervorheben, daß die serbischen, gegebenenfalls durch französisches Geld und französische Kanonen vervollständigten Rüstungen sich in ultima ratione doch nur gegen die Monarchie oder gegen die Türkei wenden und daß uns die Freigebigkeit, die man diesbezüglich in Paris zeigen würde, gewiß ebenso unangenehm berühren müßte, wie es in Frankreich unliebsam auffallen würde, wenn wir einem Frankreich feindlich gesinnten marokkanischen Prätendenten Geld und Skodageschütze liefern würden. Ich glaube, daß sich gegen die Heranziehung dieser Analogie kaum

etwas einwenden läßt und daß Serbien in Beziehung auf die Monarchie gewiß dieselbe Bedeutung zukommt, wie Marokko, als Nachbar der afrikanischen Besitzungen Frankreichs. Um irrige Auslegungen der vertraulichen Aussprache, die Euer Exzellenz im Sinne vorstehender Ausführungen herbeiführen werden, zu vermeiden, wollen Hochdieselben mit Nachdruck hervorheben, daß es uns keineswegs befällt, die wirtschaftliche Entwicklung Serbiens, die wir ja vielmehr selbst zu fördern gewillt seien, zu behindern; auch der normalen Fortentwicklung der serbischen Wehrmacht wollten wir keinerlei Schwierigkeiten machen; wir hielten es nur für bedenklich, und zwar im Interesse des Friedens am Balkan — und hier käme natürlich die Monarchie nicht allein in Betracht — für bedenklich, wenn Serbien kontrollos bedeutende Geldmittel zur Verfügung gestellt würden und wenn es diese Geldmittel in einem seine budgetären und kulturellen Verhältnisse weit übersteigenden Maße zur Vorbereitung einer militärischen Offensive verwendete.

^{a)} Vgl. n. 1658, 1663. — ^{b)} Nr. 50 D. Bericht des Näheren über die Anleiheverhandlungen. Wurde, weil von geringer Bedeutung, nicht abgedruckt.

Nr. 1647. Erlaß an den Legationssekretär Grafen Otto Czernin in Sofia, 16. Juni 1909 Nr. 2206. Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Der Herr bulgarische Ministerpräsident, über dessen Urlaubsreise mir Euer Hochgeboren in Ihrem Berichte vom 10. I. M., Nr. 42 A,^{a)} Meldung erstattet haben, hat mich dieser Tage hier aufgesucht. Herr Malinow leitete unser Gespräch, welches in russischer Sprache geführt wurde, da mein Mitredner keines der übrigen, mir bekannten Idiome beherrscht, mit dem Bemerken ein, er habe die Gelegenheit seiner Durchreise durch Wien wahrgenommen, um meine Bekanntschaft zu machen und mir für die freundschaftliche Haltung seinen herzlichen Dank auszusprechen, welche die k. u. k. Regierung Bulgarien gegenüber eingenommen und mit welcher sie die auf die Anerkennung des unabhängigen Königreiches seitens der Türkei abzielenden Verhandlungen begleitet habe. Da diese Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschlusse gelangt seien, habe Bulgarien nun allen Grund zu wünschen, daß sich die Verhältnisse im osmanischen Reiche in Ruhe entwickeln und innerlich consolidiren. Er sei jedoch diesbezüglich nicht ohne Sorge. Als schwarze Punkte in der nächsten Zukunft der Türkei betrachte er die Lage der Dinge in Constantinopel, das mazedonische Problem und die Cretafrage. Was Mazedonien betreffe, werde Bulgarien eine zuwartende Haltung einnehmen, von der Überzeugung geleitet, daß, insofern den Christen in diesen Vilajets ein halbwegs erträgliches Los beschieden sei, es im bulgarischen Interesse läge, sich mit der Türkei gut zu stellen. Umsomehr sei es zu bedauern, daß sich in der jüngsten Zeit die Mordanschläge von Griechen gegen Bulgaren in Mazedonien in erschreckender Weise mehren — (eine Behauptung, welche übrigens auch durch einen Bericht Generalkonsul Páras vom 5. I. M. bekräftigt wird, wonach in den letzten Wochen 18 Morde an Bulgaren verübt worden sind.) Über Serbien machte mein Mitredner einige Bemerkungen, die wenig freundlich klangen

und keineswegs die Absicht erkennen ließen, ein besonders freundschaftliches Verhältnis zum Savekönigreiche anzubahnen. Ich unterließ es absichtlich, den Faden aufzugreifen, um nicht den Eindruck zu erwecken, daß wir einer serbisch-bulgarischen Annäherung besonders mißgünstig gegenüber stünden. Zum Schlusse unserer Unterredung berührte Herr Malinow die Beziehungen zwischen der Monarchie und Bulgarien und brachte hiebei die Frage des Abschlusses eines Handelsvertrages und einer Consularconvention mit der Monarchie zur Sprache, wobei er bemerkte, daß er der Angelegenheit des Handelsvertrages weniger Gewicht beimesse, da er zuversichtlich hoffe, daß wir auf der prinzipiellen Basis des mit Rumänien verhandelten Vertrages und eines entsprechenden Schlachtviehcontingentes im Herbste auch mit Bulgarien zu einem befriedigenden Einvernehmen gelangen würden. Ein viel actuelles Interesse habe für die bulgarische Regierung hingegen die Frage des Abschlusses einer Consularconvention; da die bezüglichlichen Verhandlungen immerhin einige Zeit in Anspruch nehmen müßten, würde man es bulgarischerseits dankbar begrüßen, wenn die hiemit zusammenhängenden Fragen vorderhand im Wege eines Provisoriums geregelt und auf diese Weise die Capitulationsrechte je früher aufgehoben würden. Ich habe Herrn Malinow — in analoger Weise wie dies Graf Thurn seinerzeit gethan hat — erwidert, daß mir eine provisorische Regelung dieser Fragen schon aus rein technischen Gründen nicht thunlich erscheine; hingegen wären wir gerne bereit, sobald die königliche Regierung an uns mit Vorschlägen behufs Abschlusses einer Consularconvention herantrete, dieselben ohne Zeitverlust in Verhandlung zu ziehen.

^{a)} Meldet unter anderem, daß Herr Malinoff am 8. Juni auf einen längeren Erholungsurlaub abgereist sei. Vgl. n. 1805.

Nr. 1648. Erlaß an den Gesandten Eduard Otto in Konstantinopel, 17. Juni 1909 Nr. 2215.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Ich bestätige Euer Hochwohlgeboren den Empfang der Telegramme Nr. 326 vom 5. I. M., Nr. 330 und 331 vom 7. I. M. und den des Berichtes Nr. 46 B^{b)} vom 9. I. M. Wie Euer Hochwohlgeboren aus meinem Telegramme vom 3. I. M., Nr. 192 bekannt ist, hätte ich es lieber gesehen, wenn die türkische Regierung sich darauf beschränkt hätte, in ihrer durch Euer Hochwohlgeboren in Vorlage gebrachten Antwortnote von unserer letzten, auf Artikel XXIX des Berliner Vertrages bezüglichlichen Mitteilung Akt zu nehmen, wobei es ihr natürlich unbenommen geblieben wäre, bei einer anderen Gelegenheit uns und den anderen Mächten gegenüber auf ihre Wünsche hinsichtlich des Alineas 4 zurückzukommen. Es wäre mir deshalb angenehm gewesen, wenn die Türkei die Aufhebung der Alinea 5 bis 11 des genannten Artikels gesondert behandelt hätte, weil dann diese Angelegenheit, welche für uns bei dem ganzen Artikel XXIX einzig und allein von Interesse ist, hiedurch auch der Pforte gegenüber als aktenmäßig erledigt hätte betrachtet werden können. Wenn die Türkei jedoch, wie in der letzten einschlägigen Pfortennote neuerdings betont wird, auf dem Gedanken eines Junktims zwischen der Aufhebung der Alineas 5—11 und

jener des Alineas 4 beharrt, so halte ich es nicht für notwendig, auf meiner erwähnten Anregung zu insistieren. Für uns liegt die Sache so, daß wir die Zustimmung der Signatarmächte zur Abrogierung der Alineas 5—11 bereits besitzen. Was die Türkei betrifft, so macht sie ihre Zustimmung von der gleichzeitigen Aufhebung des Alineas 4 abhängig. Nachdem wir unsererseits gegen die Abrogierung dieses Alineas, wenn auch die anderen Signatarmächte derselben zustimmen, nichts einzuwenden haben, betrachten wir nunmehr die Angelegenheit des Artikels XXIX auch der Türkei gegenüber als bereinigt. Sobald nämlich die Zustimmung der anderen Signatarmächte zur Aufhebung des Alineas 4 vorliegt, tritt die Zustimmung der Türkei zur Abrogierung der Alineas 5—11 gewissermaßen automatisch ein. Es ist natürlich die Sache der Türkei, sich die Zustimmung der übrigen Signatarmächte zu verschaffen und diese Angelegenheit definitiv abzuschließen. Ich werde diesbezüglich keinerlei Ingerenz eintreten lassen und betrachte, wie gesagt, diese Angelegenheit als für uns erledigt. Was die von Euer Hochwohlgeboren Rifaat Pascha gegenüber gemachte Bemerkung anbelangt, daß für die Abrogierung bei Alinea 4 des Artikels XXIX nur der zweite Satz dieses Alineas in Betracht komme, so entspricht Ihre Äußerung vollkommen meiner Auffassung, wie ich diese seinerzeit Reschid Pascha gegenüber darlegte (mein Telegramm vom 14. April l. J., Nr. 146). Unsere Zustimmung zu der türkischerseits gewünschten Abrogierung, betreffend das Alinea 4, bezieht sich daher auch nur auf die zweite Bestimmung dieses Alineas; soweit wir informiert sind, ist es auch nur diese Bestimmung, die gegenwärtig auf Grund des Einschreitens der Türkei bei den Mächten zur Diskussion steht. Euer Hochwohlgeboren wollen im Sinne des Vorstehenden an die dortige Regierung eine Note richten und in derselben speziell betonen, daß wir durch unsere Zustimmung zur Abrogierung der zweiten Bestimmung des Alineas 4, welche wir hiemit erteilten, die Angelegenheit des Artikels XXIX für uns als bereinigt ansehen und daß es natürlich nunmehr der Türkei obliege, auch die Zustimmung der übrigen Signatarmächte zu erlangen.

a) Vgl. n. 1655, 1662. — b) Übersendung der mit n. 1638 telegraphisch mitgeteilten türkischen Note.

Nr. 1649. Bericht aus St. Petersburg, 4./17. Juni 1909 Nr. 22 B (eing. 19. Juni).^{a)} Ausfert.

Während ich die Aufzeichnungen meiner heutigen Expedition zu Papier bringe, findet in den finnländischen Schären die Begegnung Ihrer Majestäten des Kaisers von Russland und des Kaisers von Deutschland statt. In den Besprechungen meines deutschen Kollegen mit dem russischen Minister des Äußern, welche der Entrevue vorausgegangen waren, hat die Frage von „Mohammed und dem Berge“ keine geringe Rolle gespielt. Herr Iswolsky machte Grafen Pourtalès — wie mir Letzterer erzählt — Vorwürfe über die Nachdrücklichkeit, mit welcher in der deutschen offiziösen Presse der Umstand betont worden war, die Initiative zur Begegnung sei von Kaiser Nikolaus ausgegangen. Die Replik habe in ziemlich gereiztem Tone dahin gelautet, dass eine solche Vorsichtsmassregel den Minister angesichts der

sattsam bekannten Haltung der russischen und englischen Presse nicht verwundern dürfe, umsomehr, als sich bereits hier in St. Petersburg Stimmen vernehmbar gemacht hätten, die in gläubiger Wiederholung englischer Einflüsterungen der Legende Verbreitung zu geben drohten, Kaiser Wilhelm habe dem Czaren seinen Besuch „aufgedrängt“. Nach den mir zugekommenen Informationen scheint tatsächlich bereits in dem Höchsten Handschreiben, welches Kaiser Nikolaus zur Jahreswende an Kaiser Wilhelm gerichtet hatte, — worin insbesondere die Orientpolitik Euer Exzellenz besprochen worden war, — der Wunsch einer mündlichen Aussprache in Form einer Einladung zum Ausdrucke gekommen zu sein. Mit einer gewissen Berechtigung konnte daher in dem nachmals von der hiesigen Regierung dem fraglichen Thema gewidmeten Communiqué von dem „Zurückgreifen“ Kaiser Wilhelm's auf eine ältere Anregung des Czaren die Rede sein, — eine Wendung, welche offenbar bestimmt war, die von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in eine für den russischen Geschmack in allzu grelles Licht gerückte Frage wieder etwas zu umschleiern, ob der Berg zu Mohammed gegangen sei oder umgekehrt. Abgesehen von dieser mehr formellen Angelegenheit sind auch die eventuellen Rückwirkungen der Kaiserbegegnung auf das Verhältnis Russlands zu den beiden zentralen Kaisermächten zwischen dem Minister und dem Botschafter erörtert worden. Herr Iswolsky habe seine stereotypen Phrasen wieder vernehmen lassen, dass er nicht Schuld trage, wenn die Entente zwischen Österreich-Ungarn und Russland einen Riss erhalten habe, qu'il n'avait pas changé une virgule à l'arrangement de Münzsteg u. s. w. Auch wünsche er nichts Anderes als zu jenen Traditionen zurückzukehren. Nach den Erfahrungen, die er gemacht, müsse er jedoch Garantien erhalten, dass seitens Österreich-Ungarns keine weitere „infractio au statu quo“ unternommen werde. Sei Deutschland zu einer solchen Garantie bereit? Graf Pourtalès versuchte Herrn Iswolsky dessen eigenen, gelegentlich getanen Ausspruch in's Gedächtnis zurückzurufen, dass weder durch die Erwirkung der Concession zum Baue der Sandschakbahn, noch durch die Annektierung der zwei türkischen Provinzen der politische Status quo am Balkan verändert worden sei. Er betonte, dass seine Regierung das Vorgehen Euer Exzellenz in den beiden berührten Fragen als eine Massnahme konservativen Charakters zur Konsolidierung der bestehenden Verhältnisse betrachtet habe und gar kein Grund vorliege, der österreichisch-ungarischen Diplomatie für die Zukunft aggressive Intentionen in Bezug auf den Balkan zu unterschieben. Die Zumutung einer Garantieleistung Deutschland's müsse aber zurückgewiesen werden, da Österreich-Ungarn als souveräne Macht freie Herrin ihrer Entschlüsse sei, abgesehen davon, dass die Dehnbarkeit des Begriffes „Status quo“ stets Anlass zu Differenzen bezüglich der Auslegung einer solchen Abmachung geben würde. Der noch immer auf den deutsch-russischen Beziehungen lastende Schatten einer angeblichen brutalen Pression Deutschland's auf Russland zur Herbeiführung der Lösung des österreichisch-ungarisch-serbischen Konfliktes hat das Berliner Kabinet veranlasst, durch Grafen Pourtalès die Publizierung des Sachverhaltes in Vorschlag zu bringen. Mein deutscher Kollege fand hiefür beim Vertreter des damals auf Urlaub befindlichen Ministers — dem

Ministergehilfen Tscharykoff — „begeisterte“ Aufnahme. Auch Seine Majestät der Kaiser Nikolaus und Ministerpräsident Stolypine sollen dem Gedanken nicht abgeneigt gewesen sein. Als Herr Iswolsky jedoch von seinem Urlaube zurückgekehrt, von dem Projekt erfuhr, hätte er sich kategorisch dagegen ausgesprochen. Es ist dies nur natürlich, da dem Minister in dieser Episode die wenig beneidenswerte Rolle des durch eigenes Ungeschick in die Klemme geratenen und auswärts nach Hilfe und Rettung suchenden Staatsmannes zugefallen wäre! Weniger verständlich erscheint die vorerwähnte Bereitwilligkeit der anderen massgebenden Faktoren zu einer Veröffentlichung ihre Zustimmung zu geben, die die Unfähigkeit eines im Amte verbliebenen und auch derzeit noch gehaltenen Cabinetsmitgliedes erwiesen hätte. Herr Iswolsky ist schliesslich mit seiner Ansicht im Ministerrate durchgedrungen, worauf sich die deutsche Regierung bemüssigt fand, zwar von der in Aussicht genommenen Publizierung abzusehen, immerhin den Gegenstand derselben in vertraulichem Wege den anderen Kabinetten mitzuteilen. Die mir von Euer Exzellenz zugemittelte Aufzeichnung über Hochderselben Unterredung mit dem deutschen Kaiser^{b)} habe ich in meinem Gespräch mit Grafen Pourtalès verwertet. Letzterer hatte bei seinem kürzlich vorübergehenden Aufenthalte in Berlin Gelegenheit vom Reichskanzler über die gegenständlichen Eröffnungen Euer Exzellenz an Herrn von Szögyény informiert zu werden. Mein deutscher Kollege billigt auf Grund der hier gemachten Wahrnehmungen und Erfahrungen rückhaltlos die Anschauung, dass Alles vermieden werden sollte, was den Glauben erwecken könnte, die zentralen Kaisermächte buhlten nun um die Gunst Russland's. Herrn Iswolsky's Hoffnungen, — diesen Eindruck habe er aus seinen Gesprächen mit dem russischen Minister gewonnen — giengen eben darauf hinaus, dass Deutschland nun einen Schritt vorwärts tun werde, welcher Russland Gelegenheit geben möchte, „Bedingungen“ zu stellen. Auf ein solches Spiel dürfe und werde man sich deutscherseits nicht einlassen. Es sei hiezu umsoweniger Veranlassung, als Russland aller Wahrscheinlichkeit nach selbst eine Annäherung an die Zentralmächte versuchen werde, bis einmal Herr Iswolsky das Palais an der Sängerbrücke verlassen haben wird. Die mangelhafte Bereitschaft der russischen Armee und der prekäre Stand der russischen Finanzen sind dazu angetan dem Calcul des Grafen Pourtalès Recht zu geben und einer Politik zeitliche Grenzen zu setzen, die entweder zu Blamagen oder zu Katastrophen führen muss. Berchtold.

a) Vgl. n. 1644, 1651, 1667. — b) n. 1601.

Nr. 1650. Tel. aus Athen, 18. Juni 1909 Nr. 54 (eing. 19. Juni 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Die in meinem Berichte vom 22. v. M. Nr. 28 D^{b)} besprochenen militärischen Vorkehrungen Griechenlands haben sich, wie ich aus guter Quelle erfahre, in den allerletzten Tagen insoferne verdichtet, als in einem unter dem Vorsitze des Königs abgehaltenen Ministerrate beschlossen wurde, gewisse Vorbereitungen zur Einberufung von zehn Reservejahrgängen zu treffen, falls Haltung der Türkei dies notwendig machen sollte. Einer dieser Jahrgänge soll eventuell schon sehr bald

einberufen werden. Ueberdies werden die Munitionsbestände ergänzt. Diese Vorkehrungen werden jedoch geheim gehalten, um keine Unruhe zu erzeugen. Die griechische Regierung gibt auch — siehe mein heutiges Telegramm Nr. 52 ^{c)} — nach wie vor friedliche Erklärungen ab. Ihre Haltung [ist] auch durchaus korrekt. Sie wie auch der König wollen sich aber begreiflicherweise vor dem Vorwurf schützen, Landesverteidigung vernachlässigt zu haben. Braun.

^{a)} Mit Tel. vom 19. Juni 1909 Nr. 198 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.) nach Konstantinopel mitgeteilt. — ^{b)} Mit Bericht Nr. 28 D, 22. Mai 1909 (eing. 29. Mai) wurde aus Athen berichtet, Ministerpraesident Theotokis habe dem oesterreichisch-ungarischen Militärbevollmächtigten Generalmajor Freiherrn von Giesl gegenüber die Absicht einer Mobilisierung entschieden geleugnet. Er gab aber zu, daß gewisse Vorbereitungen im Gange wären; diese gälten aber nicht für Creta, sondern für die griechisch-türkische Grenze; Theotokis habe im Übrigen jede aggressive Tendenz gegen die Türkei geleugnet. — ^{c)} Nicht aufgenommen, weil der Inhalt im wesentlichen oben wiedergegeben ist.

Nr. 1651. Tel. aus St. Petersburg, 19. Juni 1909 Nr. 119 (eing. 20. Juni 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Deutscher Botschafter, welcher heute von Monarchenzusammenkunft in den Schären zurückgekehrt ist, spricht sich äusserst befriedigt über den Verlauf aus. Verkehr zwischen beiden höchsten Herren soll Charakter grosser Herzlichkeit und Wärme getragen haben. Seinen Intentionen getreu habe Kaiser Wilhelm politische Reserve beobachtet und sei erst, als Kaiser Nikolaus gegen Schluss diesfalls Initiative ergriff, darauf eingegangen. Seitens des Zaren seien bündigste freundschaftliche Versicherungen abgegeben worden, namentlich auch im Hinblick auf bevorstehende weitere Zusammenkünfte. Auch habe Kaiser Nikolaus, ohne eine formelle Proposition zu stellen, mit grossem Nachdrucke Wunsch ausgedrückt, in vertrauensvoller Fühlung mit Deutschland und Österreich-Ungarn zu bleiben, wobei der höchste Herr gewisse Bedenken wegen der Entwicklung der Dinge in der Türkei geäussert hätte. Seine Majestät Kaiser Wilhelm sei, wie Graf Pourtalès sagt, auf den herzlichen Ton des Zaren vollkommen eingegangen und habe Höchstdessen Freundschaftsbezeugungen in gleicher Weise erwidert. Mit Herrn Stolypin habe Kaiser Wilhelm längere politische Aussprache gepflogen, wogegen Seine Majestät dem russischen Minister des Äussern gegenüber nur wenig das politische Gebiet gestreift hätte. Dem Regierungschef habe der Kaiser die bekannten Motive, die zur Annexion Anlass gaben, auseinandergesetzt und betont, dass unser Vorgehen hinsichtlich Sandjakhbahn und Annexion nach deutscher Auffassung in nichts den bestanden Abmachungen widersprochen habe und dass nicht das geringste Anzeichen für aggressive Pläne Österreich-Ungarns am Balkan vorliege, was auf Herrn Stolypin nicht ohne Eindruck geblieben sei. (Wie Euer Exzellenz sich erinnern, hatte Herr Stolypin diese Motive nie angezweifelt, nur an der Art der Durchführung Anstand genommen.) In seiner Konversation mit Herrn Schoen habe Herr Iswolsky alle seine, Euer Exzellenz wohlbekannten Klagen vorgebracht und Besorgnis wegen der Zukunft geäussert, welch' letztere Staatssekretär zu zerstreuen bestrebt

gewesen sei. Im ganzen könne man — nach Graf Pourtalès — zufrieden mit Ergebnis sein. Positives sei zwar nicht abgemacht worden. Dies sei aber auch nicht bezweckt gewesen. Immerhin könne Monarchenbegegnung als eine Etappe auf dem Wege zur Annäherung der drei Kaiser begrüsst werden. Wie ich von sicherer Quelle erfahre, hat englischer Botschafter gestern Parole an Nowoje Wremja gelangen lassen, Entrevue sei flau und kühl gewesen und habe nicht zum gewünschten Resultate geführt. Nowoje Wremja hat diese tendenziöse Information in ihrer heutigen Nummer einigermassen abgeschwächt verwertet.

Berchtold.

a) Vgl. n. 1649, 1657, 1660.

Nr. 1652. Bericht aus St. Petersburg, 6./19. Juni 1909 Nr. 23 (eing. 22. Juni).a) Ausfert.

Mit meinem ergebensten Telegramme Nro. 116 vom 7. Juni hatte ich Euer Exzellenz den Inhalt meiner Unterredung mit Herrn Tscharykoff in Betreff der angeblich in Aussicht genommenen Kreierung eines russischen Konsulates in Prag resumirt. Der Ministergehilfe leugnete nicht, dass das fragliche bereits seit Jahrzehnten in Diskussion stehende Projekt nunmehr greifbare Gestalt anzunehmen verspreche. Seine Majestät habe bereits im Prinzipie seine Zustimmung gegeben zu eventueller Bestallung eines russischen Konsuls in Prag am 1. Jänner kommenden Jahres, doch hänge es noch von dem Votum der beiden Kammern ab, ob die nötigen Kredite hiezu bewilligt werden. Nach Ansicht Herrn Tscharykoff's ist der Zustand, dass Russland keinen konsularischen Vertreter im reichsten Kronlande Österreich's habe, bei der stetigen Fortentwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarreichen auf die Dauer unhaltbar. Man setze hier grosse Hoffnung auf die Ausgestaltung der Wasserwege — Donau-Oder-Kanal, Verbindung mit dem Weichselnetze — wodurch der Waarenverkehr gerade in jenen Artikeln einen kräftigen Impuls erhalten möchte, welche die beiden in Frage kommenden Wirtschaftsgebiete am meisten interessiere; Artikel, die eine langsame Verfrachtung vertragen und eine billige Verfrachtung fordern. Über die fortschreitende Entwicklung der einschlägigen Frage sei aber weder von Lemberg noch von Wien aus etwas zu erfahren. Dies sei ein Hauptmotiv, warum nun ernstlich die Schaffung eines Konsulates in Prag in Erwägung genommen worden sei. Der Ministergehilfe gedachte in seinen Erörterungen des Umstandes, dass das fragliche Problem bisher stets am Geldmangel gescheitert sei. Gegenwärtig sollen jedoch die nötigen Fonde vorhanden sein, sodass an die Durchführung geschritten werden könnte. Dass die russische Finanzverwaltung welche die nötigen Mittel zur Bestreitung der Staatsnotwendigkeiten nicht aufzubringen vermag, für die Errichtung eines Konsulates in Prag disponibles Geld hat, entbehrt nicht einer gewissen symptomatischen Bedeutung. Was die Persönlichkeit des eventuellen Titulärs anbelangt, schien Herr Tscharykoff ganz bereit eine Panegyre auf Fürsten Trubetzkoy anzustimmen. Als ich ihn jedoch im Interesse seiner kostbaren Amtszeit mit dem Bemerken unterbrach, dass wir Fürsten Trubetzkoy mit Rücksicht auf seine politischen Antezedentien keinesfalls akzeptieren könnten und die Bestallung eines

politisch farblosen Consul de carrière zur Voraussetzung machen würden, beteuerte mein schmiegsamer Mitredner sofort, dass die erwähnte Kandidatur, nachdem sie uns nicht passe, selbstverständlich fallen gelassen werde, da der Zweck der geplanten Institution nicht darin bestehe Österreich-Ungarn und Russland politisch zu entfremden, sondern im Gegenteile eine wirtschaftliche Annäherung der beiden benachbarten Reiche damit bezweckt werde.

Berchtold.

a) Vgl. n. 1675.

Nr. 1653. Tel. aus Berlin, 21. Juni 1909 Nr. 197 (eing. 22. Juni 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Staatssekretär ist gestern nach Berlin zurückgekehrt. Ueber den Verlauf der Kaiserentrevue äusserte er sich sehr befriedigt. Kaiser Wilhelm sei sehr guter Stimmung gewesen, die Begegnung der beiden Herrscher hätte einen ausserordentlich herzlichen Charakter getragen und beim Abschied hätte Kaiser Nikolaus seinen kaiserlichen Gast seiner aufrichtigen Freundschaft versichert. Seine Unterredung mit Baron Schoen begann Herr Iswolsky, indem er sein Herz ausschüttete und in weinerlichem Tone die bekannten Recriminationen aus dem letzten Winter und Frühjahr vorbrachte. Vom Staatssekretär bald in entsprechender Weise abgefertigt, brachte Herr Iswolsky hierauf die Beunruhigung zur Sprache, welche man in Russland wegen eines etwaigen Vorstosses der österreichisch-ungarischen Politik nach dem Balkan hege. Baron Schoen wies diese Insinuationen kategorisch zurück, indem er sich auf die letzte Thronrede Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät und Euer Excellenz nachdrückliche Erklärungen berief. Die sehr energische Sprache des Staatssekretärs schien Iswolsky beruhigt zu haben. Schoen meint, er wolle nicht ergründen, ob die von Iswolsky zur Schau getragene Besorgnis nicht etwas gekünstelt war und nicht gleichzeitig auch auf ein angebliches Drängen Deutschlands zu einer aktiven Politik Oesterreich-Ungarns im Balkan gemünzt sein sollte. Kreta betreffend anerkannte Herr Iswolsky die neutrale Haltung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. Er selbst könne nicht viel zur Sache sagen, da die Kretamächte noch zu keinem Entschlusse gekommen seien. Er vermute aber, daß die Kontingente zurückgezogen, Stationäre nach der Suda-Bay gesandt würden und daß man versuchen werde, ein Arrangement zwischen der Türkei und Griechenland herbeizuführen, welches der Insel eine gewisse Autonomie garantieren würde. Rücksichtlich der Lage in Persien wies Herr Iswolsky auf die ersprießliche Wirkung des mit England abgeschlossenen Vertrages über Zentralasien hin, ohne den die beiden Reiche sich jetzt schon „am Kragen“ hätten. Herr Iswolsky beteuerte, dass Russland England gegenüber sonst nicht gebunden sei, und daß die bekannten Abmachungen mit England gegen keine andere Macht eine Spitze enthielten. Die sogenannte „Triple-Entente“ bezeichnete Iswolsky als eine Erfindung der Presse; tatsächlich existiere sie gar nicht! Ueber die Zustände in der Türkei sprach Herr Iswolsky eher pessimistisch. Schließlich konnten die beiden Staatsmänner, deren Unterredung durchaus freundschaftlich war, konstatieren, daß alle Mächte von

einem tiefen Friedensbedürfnis durchdrungen seien. Baron Schoen meinte zum Schlusse, Iswolsky hätte sich „recht vernünftig“ gezeigt. Herr Stolypin erwähnte Schoen gegenüber ebenfalls die Angst vor einem österreichisch-ungarischen Vorstoß nach Salonik; auch ihn glaubt Staatssekretär beruhigend aufgeklärt zu haben.

Szögyény.

a) Vgl. n. 1642, 1668.

Nr. 1654. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 21. Juni 1909 Nr. 335 (eing. 22. Juni 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Rifaat Pascha, den ich heute zum ersten Mal seit meiner Rückkehr sah, kam mir gegenüber sofort auf die Kretaangelegenheit zu sprechen. Er sagte, bisher hatte sich die Pforte der Hoffnung hingegeben, daß die Schutzmächte ihre Truppenkontingente auf der Insel belassen würden. In den letzten Tagen seien aber derselben Nachrichten zugekommen, nach welchen es fast sicher scheint, daß dies nicht der Fall sein werde. Die türkische Regierung hat sich daher bewogen gefühlt, an die vier Mächte eine Zirkulardepesche zu richten, von welcher auch den Kabinetten von Wien und Berlin Mitteilung gemacht werden soll. In dieser Depesche spricht sich die Pforte dahin aus, daß, wenn die europäischen Truppen Kreta verlassen sollen, ein Ideenaustausch zwischen der Pforte und den Mächten stattfinden müsse, um die künftige Situation Kreta's als einer autonomen Provinz der Türkei festzustellen. Der Zweck der Pforte sei nicht, Kreta wieder unter die direkte Verwaltung der Türkei zu bringen; sie könne aber nicht zugeben, daß nach Zurückziehung der europäischen Truppen der heutige Zustand der Insel mit einem von Seiner Majestät dem König von Griechenland ernannten Gouverneur, mit der Rechtssprechung im Namen des Königs von Griechenland etc. — worüber sie bis jetzt, wie Rifaat Pascha behauptet, ein Auge zudrücken konnte — weiter dauere. Geheim. Aus einem streng vertraulichen Gespräche, welches ich unmittelbar nachher mit Ferid Pascha hatte, erhielt ich im Zusammenhange mit den obigen Auslassungen des Ministers des Aeussern den Eindruck, daß man türkischerseits gesonnen ist, unter allen Umständen die kretensische Frage zur Entscheidung zu bringen und zwar im Hinblick auf die Schwierigkeiten der inneren Lage des Reiches und speziell die Zustände in der Armee. Letztere könnten sich sogar soweit verschlechtern, daß den Männern, die heute an der Spitze der Armee stehen, eine kriegerische Diversion erwünscht kommen könnte.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1643, 1656.

Nr. 1655. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 23. Juni 1909 Nr. 51 F (eing. 26. Juni).^{a)} Ausfert.

Ich beehre mich, Euer Exzellenz im Anbuge Abschrift der Note vorzulegen, welche ich in Ausführung des hohen Auftrages vom 17. d. M., Nr. 2215, in Angelegenheit der Abrogierung gewisser Bestimmungen des Artikels XXIX des Berliner Vertrages gestern an Rifaat Pascha gerichtet habe. Ich habe Gelegenheit gehabt, dem Herrn Minister des Äußern den Standpunkt der hohen k. und k. Regierung auch mündlich genau auseinander-

zusetzen. Dieser sagte mir hiebei, der Türkei sei daran gelegen, daß auch der erste Satz des Alinea 4 des obigen Vertragsartikels aboliert, respektive durch eine Bestimmung ersetzt werde, wonach die Bojana montenegrinischen Kriegsfahrzeugen verschlossen bliebe. Der Minister des Äußern bediente sich der Euer Exzellenz bereits bekannten Argumente, indem er ausführte, daß die Türkei keineswegs die von Montenegro durch den Artikel XXIX des Berliner Vertrages erworbenen Rechte der freien Handelsschifffahrt auf der Bojana irgendwie verkürzen, sondern lediglich verhindern wolle, daß Kriegsschiffe Montenegros in die Bojana, welche in gewissen Teilen ihres Laufes durch ausschließlich türkisches Territorium fließe, Zutritt haben. Die Bestimmung im ersten Satze des Alinea 4 habe im Zusammenhange mit Alinea 5 nur die freie Handelsschifffahrt Montenegros stipulieren wollen und es wäre demnach jetzt bei Wegfall der beschränkenden Bestimmung des Alinea 5 dafür Vorsorge zu treffen, daß dem ersten Satze des Alinea 4 keine über dessen ursprüngliche Bedeutung hinausgehende Interpretation gegeben werde.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1665.

Beilage zu n. 1655. Note des Botschafters in Konstantinopel an den türkischen Minister des Äußern, 22. Juni 1909 Nr. 121. Abschrift.

En réponse à la note que Votre Excellence a bien voulu adresser au Chargé d'Affaires Monsieur Otto à la date du 6 juin a. c. sub No. 78.159. 68 relativement à la suppression des alinéas 5—11 respectivement de l'alinéa 4 de l'article XXIX du Traité de Berlin, j'ai l'honneur, d'ordre de mon Gouvernement auquel la dite note a été transmise, de communiquer à la Sublime Porte que le Cabinet de Vienne donne son consentement à l'abrogation de la deuxième clause de l'alinéa 4 de l'article susmentionné à condition que les autres Puissances signataires du Traité de Berlin y consentent également. Ces Puissances ayant déclaré, comme M. Otto a eu l'honneur d'informer Votre Excellence par sa note en date du 31 mai dernier No. 1109, de donner leur adhésion à la suppression des alinéas 5—11 de l'article en question et le Gouvernement Impérial ottoman ayant fait dépendre son consentement de l'abrogation simultanée de l'alinéa 4 de cet article, le Gouvernement Impérial et Royal par le fait de son adhésion susénoncée à la suppression de la deuxième phrase de l'alinéa 4 considère pour sa part la question de l'article XXIX du Traité de Berlin comme réglée. Il estime qu'il appartiendra à la Sublime Porte d'obtenir le consentement des autres Puissances à la modification qu'elle a proposée.

Unterredung mit dem italienischen Botschafter, 23. Juni 1909. Siehe Beilage zu n. 1664.

Nr. 1656. Erlaß nach Konstantinopel, 24. Juni 1909 Nr. 2284.a) Konz. (S. Matscheko; V. Musulin; G. Müller).

Der türkische Botschafter ist gestern bei mir erschienen und hat mir auftraggemäß von den Instruktionen Mitteilung gemacht, welche die Pforte in der Kreta-Frage an ihre Vertreter bei den vier Schutzmächten gerichtet

hat. Wie mir Rechid Pascha mittheilte, spricht sich die Pforte in dieser Cirkulärnote auf das Entschiedenste gegen die in Aussicht genommene Zurückziehung der internationalen Detachements von Kreta aus, da die Belassung von Stationären in den kretensischen Gewässern nicht hinreichen würde, um die türkischen Hoheitsrechte auf der Insel und die Sicherheit ihrer muselmanischen Bewohner zu schützen. Die Pforte erachte es als wünschenswert, daß noch vor der Evakuation Kretas durch die fremden Kontingente ein autonomes Regime für die Insel geschaffen werde und sei bereit, über ein solches Regime, das natürlich in keiner Weise die Souveränitätsrechte der Türkei tangieren dürfte, mit den Mächten zu verhandeln. Ich habe Rechid Pascha, welcher seine Mittheilungen abschloß, ohne irgend ein konkretes Petit zu stellen, geantwortet, daß wir auf unserem bekannten Standpunkte beharren, wonach zunächst die vier Schutzmächte über die Kreta-Frage, an der wir erst in zweiter Linie interessiert seien, einig zu werden hätten; ich hoffte, es werde den vier Mächten gelingen, im Einvernehmen mit der Pforte eine befriedigende Lösung zu finden. Indem ich Euer Exzellenz im Vorstehenden von dem Inhalte meiner Unterredung mit dem türkischen Botschafter zur Regelung Ihrer Sprache verständige, füge ich bei, daß ich von Berlin aus bestimmte Informationen darüber besitze, daß auch die deutsche Regierung nicht gewillt ist, aus ihrer bisherigen in der Kreta-Frage beobachteten Reserve hervorzutreten.

a) Vgl. n. 1654, 1687.

Nr. 1657. Bericht aus London, 25. Juni 1909 Nr. 46 B (eing. 28. Juni).a)
Ausfert.

Die Ankunft des russischen Kaiserpaares in Cowes ist für den 2. August festgesetzt und die Abreise dürfte am 5. August erfolgen. Herr Iswolsky wird sich im Gefolge seines kaiserlichen Herrn befinden. Die Angriffe, welche seitens einiger radicaler Abgeordneten anlässlich dieses Besuches gegen Kaiser Nicolaus gerichtet worden sind und über die ich an anderer Stelle berichte, sind vereinzelt geblieben und wurden von allen grossen Londoner Zeitungen auf das schärfste zurückgewiesen, mit Ausnahme der Daily News, die sich stets zum Wortführer der Gegner der russischen Autokratie macht. Sie Edward Grey sprach mir gestern von den Besuchen des Kaisers von Russland bei den verschiedenen fremden Höfen und meinte, es sei sehr günstig, dass Kaiser Nicolaus mit Kaiser Wilhelm zusammengetroffen sei, bevor Er nach England komme, da sonst ohne Zweifel die deutsche Presse die bevorstehende Entrevue in Cowes zum Gegenstande der unsinnigsten Commentare gemacht hätte. Auch so sei er nicht sicher, was die deutschen Zeitungen nicht Alles schreiben werden! Bei diesem Anlasse sagte er mir abermals, nichts habe hier mehr verstimmt und verletzt, als die deutschen Pressestimmen anlässlich der Zusammenkunft in Reval. Kaiser Wilhelm und Kaiser Nicolaus seien wiederholt zusammengetroffen, ohne dass hier ein Wort darüber gesagt wurde. König Eduard habe während des russo-japanischen Krieges und während der acuten Phase der russischen Revolution den Kaiser Nicolaus nicht besuchen können — der einzige europäische Souverain, den Er seit Seiner Thronbesteigung nicht gesehen

hatte — und als Seine Majestät endlich in Reval mit Seinem kaiserlichen Neffen zusammenkam, ging in den deutschen Blättern ein Sturm los, der nicht anders gedeutet werden konnte, als dass dort die Auffassung vorherrsche, die Souveraine von England und von Russland dürften sich nur mit Erlaubniss Deutschlands begegnen. Ich antwortete Sir Edward — nicht zum ersten Male — dass Jedermann den Besuch des Königs beim Kaiser von Russland ganz natürlich finden musste. Die — stellenweise taktlosen — Commentare deutscher Pressorgane seien aber hervorgerufen worden durch englische Zeitungsstimmen, welche Reval als den Beginn einer neuen Aera feierten und dieser Zusammenkunft eine gegen Deutschland gerichtete Spitze gaben. Sir Edward wollte Letzteres nicht gelten lassen, was aber den Beginn einer neuen Aera „a new departure“ betreffe, so sei es thatsächlich so gewesen, d. h. das zwischen England und Russland geschlossene Abkommen über asiatische Fragen hätte die Frictions-Ursachen beseitigt und die Möglichkeit einer vertrauensvolleren Annäherung zwischen den zwei Weltreichen geschaffen. Man überschätze stets die Bedeutung der Zusammenkünfte zwischen Souverainen. In Reval sei ausser einigen unbedeutenden Abmachungen über die macedonische Gendarmerie nichts geschehen. Wichtig hingegen waren die Verhandlungen, welche zu dem bekannten Abkommen über asiatische Fragen führten.¹⁾ Sir Edward schloss mit der Bemerkung, die Moral sei die, dass man, wenn man einen diplomatischen Erfolg erzielt hat, nicht davon sprechen sollte. Ich stimmte ihm darin zu, wobei ich betonte, dass es gewöhnlich auch nicht die Staatsmänner und die Regierungen wären, die sich ihrer diplomatischen Erfolge vor der Öffentlichkeit rühmen, sondern die Pressorgane, welche daraus Kapital schlagen. Ich glaube, dass Sir Edward mit „diplomatischen Erfolgen“ wirklich an sein Abkommen mit Russland, auf das er grosse Stücke hält, dachte und nicht an die Ereignisse der letzten Monate, bei denen die Erfolge wohl schwerlich auf englischer oder russischer Seite gefunden werden könnten. Sir Edward und das Foreign Office, eben so wie der Hof und ein grosser Theil der englischen Gesellschaft, vor Allem aber die grossen Pressorgane Londons scheinen jetzt mehr als je im russischen Fahrwasser. Ich möchte beinahe sagen, dass es die Mode geworden ist, russophil zu sein. Diese Stimmung wird jetzt, während des Besuches der Duma-Mitglieder und in Erwartung der Ankunft der russischen Majestäten ihren Höhepunkt erreichen. Ob sie andauern oder wieder in das Gegentheil umschlagen wird, ist heute wohl unmöglich vorauszusehen. Bei der Schnelligkeit, mit welcher sich in den letzten Jahren — im Gegensatze zu früheren Zeiten — die Sympathien und Antipathien in England verändert haben, ist es schwer anzunehmen, dass die jetzt vorherrschende Russomanie auf die Dauer anhalte. Andererseits wird aber hier Alles so sehr von der unwürdigen Angst vor Deutschland beherrscht, dass ich wohl annehmen muss, dass auf absehbare Zeit jedem Staate der Hof gemacht werden wird, in dem man ein Element zu erblicken glaubt, das sich in gewissen Fällen der vermeintlichen deutschen Übermacht entgegenstellen könnte. Mensdorff.

¹⁾ Die waren doch ein Jahr früher perfekt.

²⁾ Vgl. n. 1651, 1660.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 25. Juni 1909. Siehe n. 1659.

*Nr. 1658. Bericht aus Paris, 26. Juni 1909 Nr. 15 B (eing. 28. Juni).^{a)}
Ausfert.¹⁾*

Vertraulich. Bei dem ersten Besuche, den ich Herrn Pichon nach meiner Rückkehr abstattete, ergab sich die Gelegenheit die Möglichkeit eines serbischen Anlehens^{b)} am Pariser Markte in den Kreis der Besprechung zu ziehen. Ich sagte dem Herrn Minister, dass ich wohl wisse, dass hier kein Anlehen eines fremden Staates ohne Zustimmung der Regierung contrahirt werde, und dass Frankreich der providentielle Banquier aller Balkanländer sei. Ich hätte gehört, dass Serbien sich um die Gewährung eines 100 Millionen Franken übersteigenden Anlehens bewerbe. Ich wies darauf hin, dass Serbien im vorigen Jahre während der Krise gegen uns nur darum ein gewisses Rückgrat gezeigt hätte, weil es hier zwei Jahre früher sich viel Geld zu verschaffen verstand. Mir Euerer Excellenz Argumentation in dem geneigten Privatschreiben vom 16. d. M. zu eigen machend betonte ich, dass wir gegen die Gewährung eines Anlehens zu produktiven und ökonomischen Zwecken kein Bedenken hätten, dass wir es jedoch bedenklich finden würden, wenn Serbien in Paris Geld erhielte, um neuerdings Rüstungen zu bewirken, welche die normale Entwicklung der serbischen Armee überragen sollten. Das wäre keineswegs eine den Frieden fördernde Massregel. Serbische Kriegsrüstungen könnten nur einer Politik dienen, welche entweder gegen uns oder die Türkei gerichtet wäre. Wir könnten auf Grund der Beweise, welche Frankreich für seine Friedensliebe gab, die Hoffnung aussprechen, dass, wenn schon Serbien gestattet würde am hiesigen Markte seinen Bedarf zu decken, doch als *conditio sine qua non*, starke Garantien verlangt werden, um zu wissen, wie das Geld verwendet wird. Bei diesem Anlasse fügte ich bei, dass wir ja darüber unterrichtet seien, dass das französische Consortium im Momente der höchsten Kriegsgefahr Serbien 20 Millionen Franken frei gegeben habe, welche ursprünglich für Eisenbahnbauten reserviert waren. Meine Darlegung bewegte sich in einem ernsten aber ruhigen Tone. Ich liess geflissentlich noch einige Pfeile in dem Köcher, da ich die Absicht habe im Momente, wo die serbischen Anwürfe eine concretere Form annehmen sollten, neuerdings auf die Sache zurück zu greifen. Herr Pichon hörte mich sehr aufmerksam an, machte keinerlei Einwurf und sagte schliesslich nur, dass die serbischen Bemühungen in Paris Geld zu schaffen noch in dem ersten und noch sehr ungeklärten Stadium sich befinden. Andererseits habe ich erfahren, dass die Gruppe der Ottoman-Bank entschlossen ist das Anlehen zu negociiren, aber erst im Spätherbste, und dass man dann an die Regierung wegen der Cote herantreten würde. Auf Grund analoger Fälle halte ich es für unzweifelhaft, dass die Regierung der Republik, abgesehen von den üblichen Bestechungsgebern, ihre Zustimmung von einer ausgiebigen Beteiligung der französischen Industrie abhängig machen wird. Khevenhüller.

¹⁾ Mit Graf Forgách, wenn er nach Wien kommt, zu besprechen.

^{a)} Vgl. n. 1670, 1672. — ^{b)} Vgl. n. 1646, 1663.

Nr. 1659. Aufzeichnung über eine am 25. Juni 1909 abgehaltene Unterredung des Ministers des Äußern mit dem ital. Botschafter, 26. Juni 1909.^{a)} Konz. (S. Brusselle; V. Musulin).

Ainsi que le comte Lützow l'avait annoncé par son télégramme du 5 Juin No. 153 le duc d'Avarna est venu me voir le 25 de ce mois^{b)} pour me parler d'une manière confidentielle de l'idée de M. Tittoni d'arriver avec le cabinet de Vienne à un arrangement de la teneur suivante: I. L'Autriche-Hongrie et l'Italie s'engageraient à ne pas s'entendre directement avec la Russie dans les affaires des Balkans sans un échange de vues préalable entre les deux cabinets. II. Fidèle à l'esprit de l'article VII du Traité de la Triplice,^{c)} l'Autriche-Hongrie reconnaîtrait à l'Italie le droit de demander des compensations dans le cas où la Monarchie venait à étendre sa souveraineté dans le Sandjak au delà des frontières de la Bosnie et de l'Herzégovine. J'ai répondu au duc d'Avarna que je me réservais de lui donner une réponse définitive. Je lui ai cependant fait entrevoir, qu'animé du désir de resserrer les liens politiques qui nous unissaient à l'Italie, je n'étais pas opposé en principe à un arrangement comme celui que M. Tittoni me proposait. Quant à ce qui concernait tout spécialement la seconde des deux questions dont il venait de me parler, j'estimais qu'elle correspondait entièrement aux principes de ma politique. J'ai rappelé à mon interlocuteur que j'avais toujours estimé qu'il fallait maintenir le statu quo en Turquie aussi longtemps que les circonstances le permettraient et que même dans le cas de conflits dans les Balkans il serait opportun et désirable de nous abstenir de toute intervention. Dans cet ordre d'idées j'étais tout disposé à reconnaître à l'Italie le droit à des compensations dans le cas où des situations impérieuses nous forceraient, au moment de l'écroulement de l'Empire Ottoman, à occuper une partie du territoire actuel de cet Empire. Le duc d'Avarna me promit de me communiquer, avant son expédition à Rome, le rapport qu'il ferait à M. Tittoni de notre entretien.

En ce qui concerne la proposition de M. Tittoni résumée sous I, je suis d'avis que l'on pourrait également l'accepter en lui donnant une interprétation plus large. On pourrait proposer au ministre italien la rédaction suivante: Le cabinet de Vienne et celui de Rome s'engagent mutuellement à se communiquer toute proposition qui leur serait faite concernant une modification du statu quo dans les Balkans et de ne pas y répondre qu'à la suite d'un accord préalable établi entre eux.

^{a)} Vgl. n. 1664, 1681, 1684, 1734. — ^{b)} Hier liegt eine Verschiedenheit der Angaben Aehrenthals und Avarnas (Beil. zu n. 1664) vor. Ersterer verlegt die Unterredung auf den 25. letzterer auf den 23. Juni. Wie aus den Anm. a, b und d zur Beilage zu n. 1664 hervorgeht, hat der ital. Botschafter dem Minister des Äußern nach der Unterredung vom 23. Juni 1909 eine erste Fassung seines Resumés vorgelegt. Diese wurde von Aehrenthal in verschiedenen Punkten ergänzt und abgeändert. Diese Ergänzungen und Abänderungen hat Avarna in die mit Privatschreiben vom 28. Juni 1909 überreichte zweite Fassung aufgenommen. Es ist nun wahrscheinlich, daß diese Abänderungen und Ergänzungen in einer zweiten Unterredung besprochen wurden, die am 25. Juni stattfand. Dadurch wäre die Verschiedenheit der Datierung zu erklären. Ein Vergleich der in Anm. b und d zur Beilage zu n. 1664 hervorgehobenen Zusätze und Abänderungen mit der obigen Aufzeichnung Aehrenthals bestärkt diese Vermutung. Weitere Anhaltspunkte zur Aufklärung dieser Verschiedenheit in der Datierung liegen nicht vor. — ^{c)} Pribram a. a. O. I 94; Martens, N. R. G. 3. S. X 77.

Nr. 1660. Bericht aus St. Petersburg, 13./26. Juni 1909 Nr. 24 A (eing. 28. Juni).^{a)} Ausfert.

Alle Teilnehmer an der Zwei Kaiser-Entrevue in den Schären, die ich zu sprechen Gelegenheit hatte, stimmen darüber überein, dass die Begegnung einen ganz ausserordentlich herzlichen und innigen Charakter trug. Es hat den Anschein, als wollte von den Monarchen gezeigt werden, dass auf der einen Seite es nicht böse gemeint gewesen sei, auf der anderen Seite nichts nachgetragen werden sollte. Ein psychologisch leicht erklärlicher Reaktionsprozess, der, politisch betrachtet beruhigend wirken muss und von diesem — so zu sagen allgemeinen — Gesichtspunkte freudig begrüsst werden kann. Auch die Aussprache, die zwischen Seiner Majestät dem Kaiser Wilhelm und dem russischen Premierminister stattgefunden hat, dürfte in dieses Bild hineinpassen. So wie Herr Stolypine — wie mir mein deutscher Kollege sagt — einen ausgezeichneten Eindruck auf den Monarchen gemacht hat, so ist Herr Stolypine, — den ich seither zu sprechen Gelegenheit hatte — ganz unter dem Eindrucke des persönlichen Zaubers Kaiser Wilhelms. Wie ich weiters vom Grafen Pourtalès hörte, bildete die Annexionskrise einen Teil der Konversation zwischen Seiner Majestät und dem russischen Regierungschef, wobei der Höchste Herr es Sich angelegen sein liess, unsere Aktion im Lichte der zwingenden Motive, die zu derselben geführt hatten, darzustellen, und gleichzeitig beruhigende Äusserungen bezüglich unserer mutmasslichen künftigen Orientpolitik fallen zu lassen. Diese Erklärungen hätten — nach Ansicht des Monarchen — sichtlichen Eindruck auf den Minister ausgeübt, wobei nur zu bemerken wäre, dass Herr Stolypine in seinen seinerzeit mir gegenüber getanen Äusserungen stets bloss an der Form der Durchführung der Annexion (einseitige Mitteilung ohne vorgängige vertrauliche Negociation mit den einzelnen Mächten) Anstand genommen hatte, welche Frage zwischen dem Kaiser und dem Conseilspräsidenten, nach Äusserungen des deutschen Botschafters, gar nicht zur Erörterung gelangte. Die Unterredung des Staatssekretärs von Schoen mit Herrn Iswolsky soll ein „photographisches Spiegelbild“ der Berichterstattung des Grafen Pourtalès über die bekannten Jeremiaden des russischen Ministers des Äussern gezeitigt haben. Gleich seinem Souverän habe auch Herr von Schoen die Gelegenheit wahrgenommen, die logische Notwendigkeit der österreichisch-ungarischen Aktion auseinanderzusetzen und die rücksichtlich der zukünftigen Entwicklung unserer Orientpolitik geäusserten Besorgnisse als völlig grundlos zu kennzeichnen. Die aktuellen Fragen des Nahen und Mittleren Ostens (Kreta und Persien) sind — wie mein deutscher Kollege sagt — in den Erörterungen von Björkö nur flüchtig gestreift worden. Deutscherseits habe man sich im Wesentlichen darauf beschränkt, neuerdings zu betonen, dass Deutschland an dem kretensischen Probleme nur in zweiter Linie interessiert sei und den Schutzmächten die Vorhand lasse zur Ausfindigmachung eines Ausweges aus der gegenwärtigen Situation. In Bezug auf Persien sei der rein wirtschaftliche Charakter der dortigen deutschen Interessen von Neuem unterstrichen worden. ... *Trinksprüche* ... Eine politische Abmachung ist, wie mir versichert wird, in Björkö nicht geschlossen worden. Eine solche

sei aber auch nicht bezweckt gewesen. Kaiser Nikolaus habe vor dem Abschiednehmen spontan die bündigsten Versicherungen aufrichtiger und treuer Freundschaft gegeben, welche durch die nachfolgenden Monarchenbegegnungen in keiner Weise beeinträchtigt werden können. Mehr sei deutscherseits nicht erwartet worden und mit diesem Resultate der Entrevue könne man vollauf zufrieden sein. Dieser deutschen Auffassung kann, um einen eingangs gebrauchten Ausdruck zu wiederholen, vom allgemein politischen Gesichtspunkte nur beieigepflichtet werden. Alles ist darüber einig, dass die Tatsache der Begegnung der beiden Monarchen nach den krisenhaften Zeiten des vergangenen Winters beruhigend wirken muss und dass ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Russland eine sicherere Friedensgarantie bieten dürfte, als die systematische Ausgestaltung der englischen Entente-Politik. Im Speziellen möchte ich aber eine Wahrnehmung nicht unerwähnt lassen, der ich mich im Laufe meiner Konversationen mit den leitenden russischen Staatsmännern seit der Entrevue in den Schären nicht ganz verschliessen konnte: dass nämlich sich dieser Heldennaturen angesichts der Friedensversicherungen des Deutschen Kaisers ein beinahe aufdringliches Sicherheitsgefühl bemächtigt hat, welches den Keim in sich trägt, ihnen gegebenen Falles den Kamm wachsen zu lassen. Unwillkürlich drängt sich hiebei die Frage auf, ob nicht die parzielle Wiederherstellung des über Berlin führenden Drahtes mehr Nachteil als Vorzug im Gefolge haben werde. Berchtold.

a) Vgl. n. 1651, 1657, 1667.

Nr. 1661. Bericht aus St. Petersburg, 13./26. Juni 1909 Nr. 24 C (eing. 28. Juni).a) Ausfert.

Vertraulich. Kurz vor seinem Rücktritte vom hiesigen Posten empfing Herr Tscharykow einen mir bekannten Journalisten, dem gegenüber er seine politischen Pläne in Bezug auf das Verhältnis Russlands zur Türkei und den Balkanstaaten wie folgt auseinandersetzte: Russlands Aufgabe wird es sein die freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei nach Thunlichkeit auszugestalten. Zu diesem Ende muss vor Allem der wirtschaftliche Austausch zwischen den beiden Staaten gefördert werden. Der russische Export in die Türkei muss gehoben und zu diesem Zwecke die neucreirte Export-Gesellschaft „Orient“ sowie die zu gründende Filiale einer grossen russischen Bank in Constantinopel nach Thunlichkeit unterstützt werden. Nur auf wirtschaftlicher Grundlage kann Russland seinen geschwächten Einfluss im nahen Oriente wieder zur Geltung bringen. Auf diesem Gebiete sollte Russland den Boden Deutschland streitig machen. Dasselbe Princip vertritt Tscharykow auch hinsichtlich der übrigen Balkanstaaten. Der von Isvolsky entworfene Balkanbund sei derzeit auf rein politischer Basis nicht durchführbar. Gelingt es aber Russland wirtschaftlichen Einfluss zu gewinnen, so werde es ein Leichtes sein den politischen Balkanbund zu schaffen. Was Österreich-Ungarn anlangt, verhehlte Herr Tscharykow seinem Mitredner nicht, dass er von der Absicht der Monarchie überzeugt sei, nach Saloniki vorzudringen. Um nun dieses Ziel zu vereiteln, müsse Russland Serbien und Montenegro als Avantgarde für sich gewinnen.

Russland habe es auch schon begonnen die serbische Armee materiell zu unterstützen und werde ihr seine Hilfe bis zur vollständigen Organisation andeihen lassen. Montenegro geniesse bekanntlich schon lange Russlands materielle Unterstützung. Von dem vor Kurzem für die russische Armee bewilligten Credite von 39 Millionen sei bereits ein Bruchteil für Serbien und Montenegro bestimmt. Kanonen und Gewehre aus den in Polen aufzulassenden Festungen würden nach Serbien und Montenegro gesendet werden. Den Einwand des Interviewers, dass es zweckdienlicher schiene, den bewilligten Credit für die Reorganisation der eigenen Armee zu benützen, wies Herr Tscharykow mit dem Bemerkten zurück, dass die „Avantgarde“ am Balkan zur Hintanhaltung der Expansionsgelüste Österreich-Ungarns zum Mindesten ebenso notwendig sei, als die Durchführung der Reorganisation der russischen Armee. Die beunruhigenden Nachrichten aus Macedonien berührend befragte der Reporter Herrn Tscharykow um seine diesbezügliche Anschauung. Letzterer trug in dieser Beziehung seinen gewohnten Optimismus zur Schau. Er glaube an die Stärke des gegenwärtigen Regimes der Türkei, das allen Schwierigkeiten dortselbst bald ein Ende machen werde. Der frischgebackene czarische Botschafter am Bosphorus hatte die Vorsicht die Schwingen seiner Phantasie einigermaßen zuzustutzen, bevor er sich der Öffentlichkeit zeigte. Auf diese Weise erscheinen die vorhin wiedergegebenen Worte Herrn Tscharykow's in dem anverwahrten „Slowo“-Artikel^{b)} wesentlich abgeschwächt, in diplomatischer Mundart reeditirt und lassen in dieser Fassung den klugen und nach allen Seiten hin ausgleichenden und vermittelnden Ministergehilfen wiedererkennen, den man in den berührten Äusserungen völlig vermisst. Zwei Tage darauf hatte derselbe Journalist Gelegenheit mit dem seit Kurzem hier weilenden russischen Gesandten in Sofia zu sprechen. Herr Sementowsky-Kurillo zeigte sich sowohl in Bezug auf die Pläne Herrn Tscharykow's als rücksichtlich der Vorgänge in Macedonien sehr pessimistisch. Russlands Prestige am Balkan sei seit den Ereignissen des letzten Winters sehr gesunken und Herr Tscharykow werde sich an Ort und Stelle überzeugen müssen, dass die Interessen der einzelnen Balkanstaaten zu divergirend seien, um sich unter einen Hut bringen zu lassen. König Ferdinand sympathisire mit Wien und trachte in Macedonien Einfluss zu gewinnen. Serbien und Montenegro aber hätten die Absicht sich durch den Sandjak für das verlorene Bosnien zu entschädigen — Pläne, die die Türkei nicht gutheissen könne. Herr Sementowsky-Kurillo steht jedenfalls auf realerem Boden als Herr Tscharykow, dessen Zukunftsbilder etwas den Eindruck Potemkin'scher Dörfer erwecken, mit welchen er — mutatis mutandis — nicht eine grosse Monarchin wohl aber einen kleinen Journalisten zu blenden suchte. In Kenntniss der fraglichen Äusserungen habe ich beim Abschiednehmen von Herrn Tscharykow auf dessen spontane Zusicherung in vertrauensvoller Fühlung mit Markgraf Pallavicini vorgehen zu wollen, angespielt und entbehrte es nicht einer gewissen Komik, als das elastische Männchen mit grosser Wärme auf dieses Thema einging und seine aufrichtigen Intentionen schliesslich mit Handschlag bekräftigte!

Berchtold.

a) Vgl. n. 1663, 1702. — b) Vom 5./18. Juni 1909. Nicht aufgenommen.

Nr. 1662. Bericht aus St. Petersburg, 13./26. Juni 1909 Nr. 24 D (eing. 28. Juni). Ausfert.

Unter den Communicaten, welche mir Euer Excellenz durch den am 22. d. M. hier eingetroffenen Courier zukommen zu lassen die Güte hatten, befand sich auch die Abschrift eines an den k. und k. Geschäftsträger in Constantinopel, Gesandten Eduard Otto, gerichteten Erlasses ddo. 17. Juni 1. J. Nro. 2215 betreffs der türkischerseits vorgeschlagenen Abrogirung des Alineas 4 des Artikels XXIX des Berliner Vertrages. Euer Excellenz führen darin aus, daß das Wiener Cabinet gegen die Abrogirung des zweiten Satzes des citirten Alineas, wenn auch die anderen Signatarmächte derselben zustimmen, nichts einzuwenden habe und damit die Angelegenheit des Artikels XXIX auch der Türkei gegenüber als bereinigt betrachte. Sobald die Einwilligung der anderen Signatarmächte vorliegen werde, möchte dann die Zustimmung der Türkei zur Abrogirung der Alineas 5—11 (welche derzeit türkischerseits von der Stellungnahme zu jenem Alinea abhängig gemacht wird) gewissermaßen automatisch eintreten. Was das Verhalten Rußlands zu der beregten Frage anbelangt, hat mir Herr Tscharykow zur Zeit, als ich von meinem letzten Urlaube nach St. Petersburg zurückgekehrt war, unaufgefordert Aufschluß gegeben. Ich hatte damals die bereits von Herrn von Szilassy im Sinne des hohen telegrafischen Auftrages vom 26. Mai 1. J. Nro. 120 abgegebene Erklärung bekräftigt, daß das Wiener Cabinet die Angelegenheit der Modification des Artikels XXIX als abgeschlossen betrachte und keiner weiteren Antwort entgegensetze. Indem der Ministergehilfe sich mit dieser Erklärung zufriedenstellte, that er des türkischen Antrages Erwähnung, nun auch das Alinea 4 des Artikels XXIX zu aboliren. Einer solchen Anregung könne sich, wie Herr Tscharykow meinte, das kaiserliche Cabinet nicht accomodiren. In seinem ersten Theile besage der citirte Artikel, daß die Schifffahrt auf der Boyana Montenegro freigestellt werde. Die Abschaffung dieses Alineas wäre nicht thunlich, da dadurch die wirtschaftliche Entfaltung Montenegros behindert würde. Hiezu könne Rußland nicht die Hand bieten. Man wolle vielmehr die Montenegriner in ihren Bestrebungen, die Schiffbarkeit ihrer Wasserwege auszugestalten, thunlichst unterstützen und sei zu diesem Behufe die Deglirung eines russischen Ingenieurs nach Cetinje geplant. Im zweiten Satze des in Rede stehenden Artikels werde die Errichtung von Festungswerken längs des Flußufers der Boyana untersagt. Würde nun diese Bestimmung außer Kraft gesetzt werden, so könnte die Türkei eine für das Fürstentum bedrohliche Fortificationslinie längs der Grenze errichten, welcher Montenegro kein Paroli zu bieten in der Lage wäre. Diese Auffassung des St. Petersburger Kabinetes bezüglich der türkischerseits aufgeworfenen Frage hat meines Wissens seither keine Änderung erfahren.

Berchtold.

Nr. 1663. Bericht aus St. Petersburg, 13./26. Juni 1909 Nr. 24 G (eing. 28. Juni).^{a)} Ausfert.

In einer vertraulichen Aussprache, die der neuernannte russische Botschafter in Konstantinopel, Herr Tscharykoff, kürzlich mit einem

Vertreter der hauptstädtischen Presse hatte — confer mein heutiger Bericht lit. 24 C — ist der genannte Diplomat beflissen gewesen, die Dispositionen der kaiserlichen Regierung zu betonen, Serbien und Montenegro als Avantgarde Russland's gegen den österreichisch-ungarischen Drang nach Saloniki mit Waffen und Munition zu versehen. Wie Euer Exzellenz aus meiner Berichterstattung erinnerlich, hat Herr Tscharykoff während der ganzen Zeit seiner Amtstätigkeit als Ministergehilfe die Abenteuerpolitik Herrn Iswolsky's tunlichst zu paralysieren getrachtet. Nicht nur, dass seine Äusserungen den Mitgliedern des diplomatischen Korps gegenüber den Charakter von Enunziationen eines Friedensapostels trugen, die den Wandervorträgen Berta Suttner's in nichts nachstanden, er hat auch wiederholt bewiesen, dass seine Worte ernst und aufrichtig gemeint seien: so, als er die Landung des mit einem Waffentransporte nach Montenegro beladenen Schiffes verhinderte, dann als er dem serbischen Kronprinzen nachdrücklich zu Gewissen redete u. s. w. Man kann angesichts dieser Friedensbeteuerungen und Friedensbestrebungen des bisherigen Ministergehilfen keine andere Erklärung für dessen neueste Kundgebung finden, als jene, dass er hiebei nach dem Recepte: „Si vis pacem para bellum“ vorzugehen glaubte. Dass er sich hiebei ebenso verrechnen könnte, wie er sich in der Erwartung, den serbischen Kronprinzen im Wege einer mündlichen Admonestation umzumodeln, getäuscht hat, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Dagegen möchte ich die Aufmerksamkeit Euer Exzellenz auf den Umstand lenken, dass die Angaben Herrn Tscharykoff's über die Bewaffnung der serbischen Schwesterstaaten zum Teile illustriert werden durch eine einschlägige vertrauliche Information, die mir kürzlich aus sicherer Quelle zugekommen ist. Seitens der russischen Kriegsverwaltung war eine grössere Bestellung von Haubitzen (Obusiers) ausgeschrieben worden, wozu Offerte seitens der Firmen Krupp, Creuzot und einer Düsseldorfer Fabrik eingelaufen waren, erster beide auf 26.000 Francs, letztere auf 22.000 Francs lautend. Als die erstgenannte Firma von dem Düsseldorfer Anbot erfuhr, erklärte sie sich bereit, mit ihren Forderungen auf den Betrag des letzteren herabzugehen, worauf seitens der russischen Kriegsverwaltung auf die Schneider'sche Fabrik (Creuzot) ein Druck in der Richtung ausgeübt wurde, dass dieselbe für die Differenz ihres Offertes und jenes der beiden deutschen Häuser Montenegro mit Obusiers zu versehen hätte, ein Verlangen, welches die französische Firma akzeptiert habe. Euer Exzellenz haben mir die Abschrift eines streng vertraulichen an Graf Khevenhüller gerichteten Privatschreibens^{b)} zu übermitteln die Güte gehabt, in welchem auf das Bedenkliche hingewiesen wird, wenn der serbischen Regierung reichliche Geldmittel zur Verfügung gestellt würden, ohne Garantien dafür, dass diese zu friedlichen Investitionen und nicht etwa lediglich zu militärischen Anschaffungen verwendet würden. Im Zusammenhalte hiemit glaubte ich Euer Exzellenz von vorstehend wiedergegebener Information Kenntnis geben zu sollen, welche sich allerdings bloß auf Montenegro bezieht. Der Gedanke erscheint aber naheliegend, dass der erörterte Modus unentgeltlicher Bewaffnung gegebenen Falles auch auf Serbien angewendet werden könnte und sich soichergestalt die Bereitstellung der „russischen Avantgarde“ am Balkan

in aller Ruhe vollziehen möchte, ohne dass deshalb der französische Kredit hierfür in Anspruch genommen werden müsste. Berchtold.

a) Vgl. n. 1702. — b) n. 1646. Vgl. n. 1658.

*Nr. 1664. Privatschreiben des ital. Botschafters in Wien, 28. Juni 1909.^{a)}
Eigh. Ausfert.*

Confidentielle. Je vous remets ci joint un résumé des choses que vous m'avez dites au sujet des deux questions, dont j'ai eu l'honneur de vous entretenir mercredi dernier. J'ai tâché de reproduire votre pensée avec la plus grande précision possible. Je vous prie de vouloir bien examiner ce résumé et, au cas où vous rencontreriez quelque inexactitude, de la corriger et me le retourner aussitôt que faire se pourra. Permettez moi d'ajouter quelques mots aux points que j'ai touchés avec vous. Vous savez que l'accord de Mürzsteg^{b)} a été considéré chez nous comme n'étant pas conforme à l'esprit de notre traité d'alliance, d'après lequel aucune action ne peut être exercée dans les Balkans par l'un ou l'autre des deux Etats alliés sans une entente préalable. C'est en vue d'éviter que le cas de Mürzsteg puisse se répéter que Mr. Tittoni a cru devoir formuler la proposition contenue dans le deuxième point indiqué dans le résumé. Vous avez affirmé que vous ne croyez pas nécessaire de stipuler avec l'Italie de nouveaux accords pour les questions balkaniques, le traité d'alliance étant, d'après votre avis, suffisant à garantir nos intérêts réciproques dans la péninsule. Vous vous rappelerez cependant qu'au mois d'octobre dernier, vous aviez accueilli l'idée émise par Mr. Tittoni de conclure avec nous, lors de l'annexion de la Bosnie-Herzégovine, un accord concernant ces questions mêmes, auquel devait participer aussi la Russie.^{c)} Dans votre entrevue de Desio^{d)} vous avez déclaré en outre à Mr. Tittoni que vous étiez prêt à vous concerter avec nous au cas où des complications et des conflits surgiraient dans les Balkans. Les deux points que Mr. Tittoni m'a chargé de vous communiquer à présent, répondent, il me semble, à ces déclarations. Avarna.

^{a)} Vgl. n. 1637, 1659, 1669, 1681, 1684, 1720 Anm. d. — ^{b)} Bittner, Chronol. Verz. III 526 Nr. 5066. — ^{c)} Vgl. n. 157, 337. — ^{d)} 15. und 16. Juli 1907. Vgl. auch Pribram, a. a. O. I 271; G. P. XXII Nr. 7380, 7693.

Beilage zu n. 1664. Aufzeichnung des ital. Botschafters über seine Unterredung mit dem Minister des Äußern vom 23. Juni 1909, undatiert. Abschrift.

Les questions au sujet desquelles le Duc Avarna a eu l'honneur d'entretenir mercredi dernier, 23 courant, en voie confidentielle et amicale, le Baron d'Aehrenthal sont de la teneur suivante:

I — Si l'Autriche-Hongrie était amenée à occuper de nouveau en partie ou en totalité le Sandjak de Novi Bazar cette occupation ne saurait avoir lieu, en vertu de l'art. 7 du traité de la triple alliance, sans qu'elle ait été consentie au préalable par l'Italie et sans que celle-ci n'eut obtenu une compensation.

2 — Si un accord quelconque venait à être stipulé par l'Autriche-Hongrie avec la Russie ou une autre Puissance au sujet des questions balcaniques, l'Italie, en conformité du traité d'alliance, devrait en être informée au préalable et être admise à y participer sur un pied d'égalité absolue avec les autres contractants.

Quant à la première de ces questions le Duc Avarna a fait connaître au Baron d'Aehrenthal que, parmi les modifications introduites dans le traité de Berlin par suite de l'annexion de la Bosnie-Herzégovine, il y avait la renonciation de l'Autriche-Hongrie aux dispositions de l'article XXV qui lui attribuaient le droit de tenir garnison dans le Sandjak de Novi Bazar jusqu'à Mitrovitza et au delà. Or, l'application éventuelle de l'article 7 du traité d'alliance devait se référer non pas à l'état de fait existant au moment de la signature du traité, mais à celui qui s'était créé après l'accord austro-turc pour l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine, d'autant plus que l'Italie avait subordonné à la renonciation susdite, ainsi qu'à celle concernant l'article XXIX, son consentement à l'annexion même. Par conséquent, une nouvelle occupation partielle ou totale du Sandjak de Novi Bazar de la part de l'Autriche-Hongrie devrait être considérée à présent comme un des cas prévus par l'article 7 du traité d'alliance et ne pourrait avoir lieu sans une entente préalable avec l'Italie, ni sans compensation.

Le Baron d'Aehrenthal a déclaré au Duc Avarna qu'il partageait entièrement la manière de voir de Monsieur Tittoni à ce sujet et qu'il la reconnaissait conforme aux stipulations du traité d'alliance.

Il était donc entendu que l'Autriche-Hongrie, fidèle à l'esprit et à la lettre de l'article 7 du traité de la Triple-Alliance, reconnaissait à l'Italie le droit de demander des compensations dans le cas où la Monarchie serait amenée par la force des événements à occuper en partie ou en totalité, le Sandjak de Novi Bazar ou toute autre partie du territoire ottoman.^{a)}

A cette occasion le Baron d'Aehrenthal a rappelé ce qu'il avait déjà eu l'occasion de déclarer à Monsieur Tittoni dans l'entrevue de Desio, à savoir: que le maintien du statu quo était le but principal auquel tendait sa politique dans les Balkans; que l'Autriche-Hongrie n'avait aucune visée d'agrandissement dans la péninsule et que si des complications ou des conflits y avaient eu lieu, il aurait suivi la même ligne de conduite adoptée lors de la guerre gréco-turque.

Pour ce qui a trait à la seconde question, le Baron d'Aehrenthal s'est montré moins explicite.

Il a observé qu'il n'y avait pas lieu de parler d'accords éventuels entre l'Autriche-Hongrie et la Russie au sujet des questions balcaniques, attendu que cela n'était pas dans les prévisions possibles.

L'accord de Mürzsteg n'avait eu, du reste, d'autre but que l'introduction des réformes en Macédoine, mais il n'aurait pu être renouvelé à présent, vu le changement survenu dans les conditions intérieures en Turquie.

Dès lors il ne croyait pas pouvoir se prononcer pour le moment sur la question susdite. Les dispositions contenues dans le traité d'alliance étaient, d'après son avis, suffisantes pour servir de garantie à l'Autriche-Hongrie et à l'Italie dans toutes les éventualités qui pourraient se produire

dans les Balcons, de sorte qu'il ne lui semblait pas nécessaire de procéder à de nouveaux accords.

D'autre part il n'était pas à prévoir que des événements, tels se seraient vérifiés dans la péninsule, pouvant menacer les bases du régime actuel en Turquie. Malgré les graves difficultés intérieures, dans lesquelles l'Empire ottoman se trouvait, il ne doutait pas qu'il aurait continué à exister pendant de longues années encore.

Si toutefois le statu quo dans les régions des Balcons ou des côtes et îles ottomanes dans l'Adriatique et dans la Mer Egée était menacé, le Baron d'Aehrenthal est d'avis, comme il l'a du reste déclaré à Desio en 1907, que le principe de la non-intervention était celui que l'Autriche-Hongrie ainsi que l'Italie devraient observer. Dans cet ordre d'idées il trouve conforme à l'esprit de leur alliance que les Cabinets de Vienne et de Rome s'engagent mutuellement à se communiquer toute proposition qui leur serait faite d'une tierce Puissance allant à l'encontre du principe de la non-intervention et se rapportant à une modification du statu quo dans les régions des Balcons ou des côtes et îles ottomanes dans l'Adriatique et dans la Mer Egée.^{b)}

En faisant allusion au discours prononcé à la Chambre des Députés par Monsieur Tittoni, au mois de Décembre dernier, le Baron d'Aehrenthal a relevé que celui-ci avait parlé d'une entente existant entre l'Italie et la Russie.^{c)} Il croyait que cette expression ne traduisait vraiment pas la pensée de Monsieur Tittoni. Mais il aurait été opportun qu'il eut reçu à ce sujet des informations le mettant en mesure de répondre aux interpellations qui, le cas échéant, auraient pu lui être adressées à ce sujet, lors de la prochaine session des Délégations.^{d)}

^{a)} In einer ersten, vom Herzog von Avarna nach der Unterredung vom 23. Juni überreichten Fassung des Resumés fehlt der ganze Absatz: „Il était“ bis „territoire ottoman“. Über die Formulierung dieses Absatzes liegt eine undatierte von dem Ministerialsekretär Franz Freiherrn von Matscheko niedergeschriebene und von Aehrenthal korrigierte Aufzeichnung vor. In dieser Formulierung wurde der ganze Absatz vom Herzog von Avarna in das vorliegende Resumé aufgenommen. Vgl. Anm. b zu n. 1659. — ^{b)} Dieser Absatz: „Si toutefois“ bis „Mer Egée“ fehlt ebenfalls in der ersten italienischen Fassung. Auch über seine Formulierung liegt eine undatierte, von Matscheko niedergeschriebene und von Aehrenthal korrigierte Aufzeichnung vor, die ebenfalls wörtlich gleichlautend in das Resumé des italienischen Botschafters aufgenommen wurde. — ^{c)} Vgl. n. 744. — ^{d)} In der ersten vom Herzog von Avarna überreichten Fassung stand noch folgender, in der zweiten Fassung weggelassener Satz: Le Baron d'Aehrenthal a conclu en demandant au Duc Avarna que les observations qu'il avait cru devoir faire au sujet de la seconde des questions susdites devaient être considérées comme ayant le caractère d'une discussion préliminaire et il s'est réservé d'examiner avec pondération la question même et faire connaître ensuite son avis à ce sujet.

Nr. 1665. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 30. Juni 1909 Nr. 52 D (eing. 3. Juli). Ausfert.

Ich beehre mich, Euer Excellenz im Anbuge eine mir am vorgestrigen Tage zugestellte Note Rifaat Paschas in Angelegenheit der Abrogierung gewisser Bestimmungen des Artikels XXIX des Berliner Vertrages ergebenst vorzulegen. Die Note bildet die Antwort der türkischen Regierung auf

meine in obiger Angelegenheit an Rifaat Pascha gerichtete Communication vom 22. d. M. (siehe Beilage zum hierstelligen Bericht No. 51 lit. F vom 23. d. M.) und bringt zunächst den Dank der Pforte für unsere Zustimmung zur Aufhebung der zweiten Bestimmung des 4. Alineas des obgenannten Vertragsartikels zum Ausdruck. Ganz im Sinne der letzten von mir einberichteten Auseinandersetzungen Rifaat Paschas wird sodann in derselben das Interesse hervorgehoben, welches die Türkei daran habe, daß die Bojana montenegrinischen Kriegsfahrzeugen versperrt bleibe. Die Pforte bitte daher die k. u. k. Regierung, ihre Einwilligung zu der zu diesem Behufe notwendig werdenden Modifikation des ersten Satzes des obcitirten 4. Alineas zu geben. In ähnlichem Sinne gedenke die türkische Regierung sich auch an die Cabinete der übrigen Signatarmächte zu wenden. Wie mir der Herr Minister des Äußern gestern sagte, ist letzteres bereits geschehen.^{a)} Pallavicini.

^{a)} Amtsvermerk: Über Weisung des Herrn Ministers ist auf die türkische Note nicht weiter zu reagieren. Musulin 8. Juli.

Beilage zu n. 1665. Note des türkischen Ministers des Äußern an den Botschafter in Konstantinopel, 27. Juni 1909. Ausfert.

J'ai eu l'honneur de recevoir la Note que Votre Excellence a bien voulu m'adresser, le 22 juin der. No. 1241, pour me faire part de l'assentiment du Gouvernement Impérial et Royal à l'abrogation de la deuxième clause de l'alinéa 4 de l'article 29 du Traité de Berlin. C'est avec la plus vive satisfaction que la Sublime Porte constate que le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur et Roi admet la justesse des arguments du Gouvernement Impérial Ottoman. Il ne saurait cependant pas échapper à la clairvoyance de Votre Excellence que l'abrogation de la première partie de l'alinéa 4 nous intéresse au même titre que celle de la clause suivante. En effet, l'alinéa 5 de l'article 29 du Traité de Berlin interdit au Monténégro d'avoir des bâtimens et un pavillon de Guerre. Or, cet alinéa devant être supprimé si la première phrase de l'alinéa 4 était maintenue, le Monténégro en profiterait pour faire circuler des bateaux de guerre sur la Boyana, dont une partie traverse exclusivement le territoire ottoman. C'est là un état de choses éventuel que le Gouvernement Impérial ne saurait naturellement admettre. Il importe donc, si l'on maintenait la première partie de l'alinéa 4, d'en préciser clairement le sens et la portée, en limitant la liberté de navigation du Monténégro à la marine marchande seule, à l'exclusion de tout bâtiment de guerre. En conséquence, nous sommes persuadés que le Gouvernement de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, en égard à ces considérations, voudra bien entrer dans nos vues. La Sublime Porte ne manquera, d'ailleurs, pas de saisir de la question les Puissances signataires du Traité de Berlin. Rifaat.

Nr. 1666. Zuschrift des Chefs des Generalstabs, 2. Juli 1909 Nr. 2596 res.^{a)} Ausfert.

Bei mannigfachen Besprechungen sowie auch im brieflichen Verkehr hatte ich wiederholt meine Anschauungen dahin geäußert, daß für keinen

Staat mehr als für Österreich-Ungarn die Notwendigkeit besteht, die militärischen Kriegsvorbereitungsmaßnahmen der Richtung der äußeren Politik anzupassen, weil kein Staat wie die Monarchie so vielen grundverschiedenen Kriegsmöglichkeiten ausgesetzt ist, deren jede hinsichtlich der militärischen Vorkehrungen ganz eigenartige Anforderungen stellt. Ich habe daraus speziell für die Monarchie die Notwendigkeit abgeleitet, sich Kriege nicht aufdrängen zu lassen, sondern die für notwendig oder unausbleiblich vorauszusehenden ins Auge zu fassen, sich für dieselben speziell zielbewußt vorzubereiten und sie zu führen, sobald die Chance des Erfolges — soweit menschliche Voraussicht reicht — auf eigener Seite liegt. Im Frühjahr dieses Jahres (1909) waren diese Verhältnisse zugetroffen, doch unterblieb die Führung des Krieges.¹⁾ Damit befindet sich die Monarchie vor einer neuen Situation, welcher die militärischen Vorbereitungen nunmehr wieder angepasst werden müssen; da dieselben aber im innigen Konnex mit der äußeren Politik stehen, ist es mir vor allem erforderlich, über die Richtung der letzteren orientiert zu sein. Bei dem wiederholt betonten innigen Zusammenhang zwischen Politik und Kriegsvorbereitungsmaßnahmen ist es nur natürlich, daß ich mich unablässig mit den gedachten Fragen beschäftige. Ich komme hiebei zu einer wesentlichen Unterscheidung zwischen der jeweilig momentanen, oft rasch schwankenden, häufig auf rein persönliche Momente zurückzuführenden äußeren Politik, im Gegensatz zu jener, welche als fortdauernd wirkendes Agens durch die natürlichen, geographischen, ethnographischen und kulturellen Bedingungen der einzelnen Staaten gegeben ist.²⁾ Erstere ist das Flüchtige, letztere das Bleibende und schließlich Durchschlagende. Die Anpassung der militärischen Vorkehrungen an erstere Art der Politik ist nicht nur ob des oft kaleidoskopartig raschen Wechsels derselben, sondern auch deshalb untunlich, weil die Gefahr bestände, in Sicherheit gewiegt, jedoch plötzlich durch entscheidende Situationen ungenügend vorbereitet überrascht zu werden. Die militärischen, oft monate- ja jahrelange Arbeit erfordernden Kriegsvorbereitungen können somit nur auf Grund der zweiten Art der äußeren Politik fußen, das ist jener, welche auf die natürlichen Entwicklungs- und damit Konkurrenzbedingungen der Staaten aufgebaut ist. In diesem Sinne kann man sich z. B. hinsichtlich dieser Vorbereitungen weder auf die offiziellen oder momentanen Friedensbeteuerungen Italiens noch auf die Erklärung Serbiens verlassen, daß es in freundschaftlichen Beziehungen mit der Monarchie leben wolle; auch die unter den Herrschern ausgetauschten Freundschafts- und Sympathieerweisungen sind, wie die Geschichte an zahllosen Fällen zeigt, häufig ephemere. Man darf sich also durch dieselben nicht täuschen lassen. Wenn ich mir nun die auf den bleibenden Bedingungen fußende und daher den militärischen Vorbereitungen zugrunde zu legende politische Lage klar zu machen bemüht bin, so komme ich zu folgendem, im übrigen von mir schon in wiederholten früheren Denkschriften dargelegten Resultat: Die nächste natürliche Entwicklung weist die Monarchie auf den Balkan und auf die Vorherrschaft in der Adria,³⁾ letztere teils wegen des Einflusses am Balkan, teils aber auch als Forderung für sich mit Bezug auf den Handel und die Vertretung aller sonstigen Großmächts-Interessen zur See. Der

Einfluß am Balkan bedingt die Inkorporierung Serbiens und die Inkorporierung oder doch den engsten Anschluß Montenegros an die Monarchie; ersteres nicht nur wegen der Notwendigkeit des territorialen Besitzes, welcher für ein machtvolles Auftreten in allen Balkanfragen militärisch erforderlich erscheint, sondern auch deshalb, weil es nicht angeht, einen souveränen südslavischen Staat von der Größe Serbiens als steten Attraktions- und Agitationsherd neben den südslavischen Gebieten der Monarchie bestehen zu lassen. In diesen natürlichen Entwicklungsbestrebungen stößt die Monarchie nun auf folgende Gegner: Direkte und unmittelbar: auf Serbien und Montenegro, soferne sich letzteres mit ersterem solidarisch erklärt; ferner auf Italien, indem dessen natürliche Entwicklungsbedingungen es ebenso auf den Balkan wie zur Vorherrschaft in der Adria drängen und zwar letzteres ebenso im Zusammenhang mit dem Einfluß am Balkan, sowie wegen der Seehandelskonkurrenz überhaupt. Ohne kriegerisch gezwungen zu sein, wird sich Italien nie von dieser Richtung — etwa lediglich auf Nordafrika — ablenken lassen. Indirekte: auf Russland und das mit demselben verbündete Frankreich sowie eventuell auf England, und zwar Russland wegen seiner Rolle als slavische Vormacht, unter welcher Devise es die Aspirationen seiner europäischen Politik verfolgt, Frankreich als Verbündeter und England wegen des kommerziellen Wettbewerbes und seiner Gegnerschaft zu Deutschland, als des natürlichen Bundesgenossen der Monarchie. Bulgarien, Rumänien, die Türkei und Griechenland sind in ihren nächsten Aspirationen durch die Monarchie nicht gehindert, kommen also als Gegner in absehbarer Zeit nicht in Betracht. Im Gegenteil dürfte Rumänien ob seiner territorialen Forderungen an Russland (Bessarabien) und ob seiner Sorge vor territorialen Erweiterungen Russlands auf Kosten Rumäniens als Verbündeter der Monarchie zu betrachten sein. Schließlich ist das Bundesverhältnis mit Deutschland wohl für lange Zeit der feste Ruhepunkt im ganzen System unserer auswärtigen Politik. Wenn ich im vorstehenden die Gegnerschaft Italiens, Serbiens und Montenegros jener Russlands voranstelle, so geschah es, weil Russland für geraume Zeit minder schlagbereit bleiben dürfte, weil es mit der steten Sorge vor Japan und seinen inneren, revolutionären Verhältnissen belastet ist, und weil der in den allgemeinen Bedingungen wurzelnde Antagonismus zwischen England und Russland doch nicht als beseitigt zu betrachten ist. Inwieweit etwa jetzt schon die polnische Frage zu einer Gegnerschaft mit Russland führen könnte, entzieht sich meinen Informationen, doch denke ich, daß die Klärung der Verhältnisse gegenüber Italien, Serbien und Montenegro dermalen im Vordergrund steht. Ich resumiere nun: Trotz aller momentanen Freundschaftsbeteuerungen sind Serbien (mit Montenegro) und Italien unsere naturgemäßen nächst zu bekämpfenden Gegner. Bei einem Konflikt mit diesen Staaten besteht die Wahrscheinlichkeit einer Gegnerschaft Russlands; letztere Gefahr fiele nun weg, wenn es der Diplomatie gelänge, Russland auf die Seite Deutschlands und der Monarchie zu bringen, oder wenn der Konflikt mit Italien und Serbien-Montenegro zu einem Zeitpunkt ausgetragen würde, zu welchem das dermalen militärisch unvorbereitete Russland noch nicht genügend wiedererstarkt ist. Daß der Moment mit jedem Gegner einzeln — also

zunächst mit Serbien und Montenegro — abzurechnen, im Frühjahr dieses Jahres ungenützt vorüberstrich, daß auch die militärische Schwäche Italiens seinerzeit nicht ausgenützt wurde, sind nicht mehr zu ändernde Tatsachen. Die Monarchie muß also gefaßt sein, diese Gegner auch gleichzeitig sich gegenüber zu sehen; dies bedingt die eheste äußerste Steigerung ihrer Wehrmacht zu Lande und ihrer Wehrmacht zur See. Während aber nun die genannten Gegner und zwar insbesondere Italien mit relativ großen und nur dem Laien nicht erkennbaren Mitteln zielbewußt den Krieg gegen die Monarchie vorbereiten, ist in dieser selbst seit der friedlichen Lösung der Okkupationsfrage ein unverkennbares Erlahmen, ein *laissez faire, laissez passer*, ein Hinausschieben aller selbst der dringlichsten Maßnahmen zu konstatieren. Ich müßte mich mit einer schweren Verantwortung belastet fühlen, wenn ich nicht auch Euere Exzellenz auf diese Verhältnisse aufmerksam machen würde, daß eine schlagfertige Wehrmacht die unerläßliche Voraussetzung jedweder erfolgreichen Politik ist, mir aber die Sorge für eine derartige Bereithaltung der militärischen Machtmittel mitobliegt und hinsichtlich der direkten konkreten Kriegsvorbereitungsmaßnahmen geradezu erste Pflicht wird. Es liegt klar, daß zwischen den lediglich für den konkreten Kriegsfall zu treffenden und den in Frieden zu bewirkenden den sukzessiven Ausbau der Wehrmacht betreffenden Maßnahmen eine scharfe Scheidung nicht möglich ist, sondern daß erstere die letzteren bedingen, so daß auch diese in den Kreis meiner Verantwortung fallen. Ich will Euere Exzellenz nicht mit der detaillierten Aufzählung aller jener Maßnahmen ermüden, welche Serbien und Italien in klarer Absicht eines Krieges gegen die Monarchie zielbewußt treffen, — ich will in analoger Weise Eurer Exzellenz auch die Anführung aller jener Rückständigkeiten ersparen, welche bei uns in Ansehung derartiger Bestrebungen der Nachbarn bestehen und eine dringende Remedur erheischen; doch will ich die wesentlichsten Notwendigkeiten zusammenfassen; sie sind: Die Erhöhung des Rekrutenkontingents auf Basis des neuen Wehrgesetzes; die Erhöhung des Ordinariums des Heeres und des Marinebudgets; die Bewilligung eines bedeutenden Rüstungskredits sowohl für Landheer als Marine auf Grund dieser Mittel: die Standeserhöhung unserer dormalen nahezu auf Kaderstand gesetzten Infanterie; der Ausbau der Wehrmacht hinsichtlich der dringendsten Neuformationen, Ergänzungen und Materialvorsorgen; die Durchführung der notwendigsten Befestigungen zu Lande; die unerläßliche, radikale Verstärkung der Flotte⁴⁾ und die Schaffung der notwendigsten befestigten Stützpunkte für diese. Außer diesen durch die militärischen Kredite zu deckenden Maßnahmen erfordert die Schlagbereitschaft aber auch noch dringend Maßnahmen auf dem Gebiete der Kommunikationsentwicklung und zwar in erster Linie folgender Bahnbauten: Ausgestaltung der Linie Budweis—Linz—Salzburg—Wörgl, Ausbau der Krainer-Bahnen zur Entlastung der Südbahn, der Bau der dalmatinischen Bahn (welcher wie ich Privatmitteilungen entnehme ungarischerseits prinzipiell verschleppt wird), der Bau der Bahn Banjaluka—Jajce—Mostar, der Umbau der Bosna-Bahn als Vollbahn, Bau der Vollbahn Bosn. Šamac—Brčka—Bjelina; ferner der Bau folgender Straßen: über die Tauern und die Wocheiner-Straße. Wenn

ich auch alle diese Fragen Seiner Majestät wiederholt alleruntertänigst unterbreitet habe und wenn ich auch in meinem Ressort bemüht bin, dieselben unausgesetzt zu betreiben, so erachte ich es doch geboten, auch Euere Exzellenz um volle Geltendmachung Ihres so maßgebenden Einflusses zu ersuchen, damit durch gemeinsames Zusammenwirken diese für den Bestand der Monarchie so dringenden Fragen endlich der unaufschiebbaren Lösung zugeführt werden. Ich dünkte, daß die peremptorische Geltendmachung dieser Forderungen von berufenster Stelle endlich doch über das Partei-Gezänke und die Clique-Wirtschaft sowie die daraus folgende Verschleppung dieser vitalen Frage die Oberhand gewinnen müsse. Daß die Schlichtung dieser Fragen aber bereits allerdringlichst geworden ist, kann ich auf Grund meiner eingehenden Kenntnis der militärischen Lage vollauf versichern. Die außergewöhnliche Lage erheischt außergewöhnliche Schritte, die Herstellung der Wehrmacht verträgt keine parlamentarische Verzögerung mehr. Gerade die Ereignisse des heurigen Frühjahrs haben in der Öffentlichkeit die Erkenntnis gereift, wie wichtig es ist, über eine schlagbereite bewaffnete Macht zu verfügen. Damals reichte das Bisherige hin, weil die Bereitschaft der Gegner zurückstand. Auf dieses Zurückstehen ist in Hinkunft nicht mehr zu rechnen, es bedarf daher des eigenen Kraftaufwandes, damit das Verhältnis nicht zu eigenen Ungunsten umschlage. Ich möchte hier noch ein militärisch bedeutsames Moment hervorheben. Erfolgen nämlich konkrete Kriegsvorbereitungen in Absehung eines bestimmten Kriegsfallcs, so lassen sich diese nur kurze Zeit völlig geheim halten; folgt nun der Vorbereitung nicht auch sofort der Schlag, so dringen solche Maßnahmen allmählich in die Öffentlichkeit und gelangt auch der Gegner zu ihrer Kenntnis. Während man nun im Falle sofortigen Losschlagens den Gegner in vielfachen Richtungen überraschend getroffen hätte, findet man ihn später in jeder Beziehung voraussichtsvoll vorbereitet; damit verliert man eine wesentliche Chance des Erfolges. Es wird daraus wohl niemand deduzieren wollen, daß es besser ist, nichts vorzubereiten. Bleibt aber nun bloß die Wahl nichts vorzubereiten, vorbereiten ohne Losschlagen, dabei aber Verlust des Überraschungsmomentes und endlich vorbereiten und sofortiges Losschlagen, so ist denn doch wohl dem letzteren Vorgang der Vorzug zu geben. Ich muß bei diesem Anlasse darauf hinweisen, daß mannigfache Anzeichen andeuten, daß es unsere Gegner auf die Überraschung anlegen; insbesondere dürfte Italien in dieser Hinsicht auf maritimem Gebiet klar verfolgte Absichten hegen und deren Realisierung vorbereiten. Zuvorkommen durch eigene Initiative bleibt dagegen die wirksamste Remedur. Hiezu aber müssen Politik und militärische Maßnahmen Hand in Hand gehen. Was die allgemeinen, konkreten Kriegsvorbereitungen anlangt, so lasse ich diese — was ich jedoch nur Eurer Exzellenz zur rein persönlichen Kenntnis mitteile — nach folgenden Richtungen bearbeiten: I. Hauptkrieg gegen Italien bei gleichzeitigem Nebenkrieg gegen Serbien und Montenegro. Neutralität aller anderen Staaten vorausgesetzt. II. Hauptkrieg gegen Serbien und Montenegro; alle andern Staaten neutral. III. Hauptkrieg gegen Russland bei gleichzeitigem jedoch nur auf das Notwendigste beschränkten Nebenkrieg gegen Serbien und Montenegro; dabei die Allianz mit Deutschland

und Rumänien und die Neutralität Italiens vorausgesetzt. Wie ich jedoch schon wiederholt zu betonen Gelegenheit hatte, sehe ich mich genötigt, auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die mit Deutschland und Rumänien verbündete Monarchie gegen Russland, Italien, Serbien und Montenegro in Krieg gerät. Auch für diesen, allerdings höchst ungünstigen Fall ist vorgedacht, doch erheischt derselbe, über die gegenwärtig bestehenden noch hinausgehende Vereinbarungen mit dem deutschen Generalstab. Indem ich — in der Absicht, die mir unerläßlich erscheinenden Relationen zwischen Eurer Exzellenz und mir aufrecht zu erhalten — die vorliegenden Darlegungen Eurer Exzellenz zur Kenntnis bringe, bitte ich Euere Exzellenz ebenso sehr um Geltendmachung Ihres an Allerhöchster Stelle so schwerwiegenden Einflusses hinsichtlich Entwicklung der militärischen Machtmittel, sowie um Bekanntgabe jener allgemeinen Richtungen der Politik, welche für die konkreten Kriegsvorbereitungen bedingend erscheinen. Endlich bitte ich, diese Darlegungen ausschließlich zur geneigten eigenen persönlichen Kenntnis nehmen zu wollen; ich unterbreite dieselben ansonst nur Seiner Majestät und Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit dem Herrn Erzherzog Franz Ferdinand.

Conrad.

¹⁾ Gründe weßhalb nicht geführt. — ²⁾ Sehr zutreffend. — ³⁾ Liegt in weiter Entwicklung. — ⁴⁾ Heer und Flotte gleichzeitig radikal erweitern übersteigt unsere finanziellen Mittel.

^{a)} Vgl. n. 1730, 1987.

Nr. 1667. Erlaß nach St. Petersburg, 4. Juli 1909 Nr. 2354.^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Musulin und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Euer Exzellenz haben unter dem 4./17. und 13./26. Juni l. J. (No. 22/B und 24/A) interessante Einzelheiten über die Vorgeschichte und über die Resultate der Monarchen-Entrevue in den Schären einberichtet. Aus den Mitteilungen, die Ihnen Graf Pourtalès vor seiner Abreise nach Björkö über seine die Entrevue vorbereitenden Unterredungen mit Herrn Iswolsky gemacht hat, geht unzweifelhaft hervor, daß man russischerseits die Begegnung der beiden Kaiser dazu benützen wollte, um von Berlin aus Garantien für unsere künftige Haltung zu erreichen; nach dem, was Ihnen Graf Pourtalès nach der erfolgten Aussprache der beiden Kaiser mitteilte, ist dieser Versuch in Björkö tatsächlich unternommen worden; die russischen Insinuationen wurden aber, wie Euer Exzellenz melden, von Kaiser Wilhelm und Herrn von Schoen in ebenso unzweideutiger Weise abgelehnt, wie sie bereits durch Graf Pourtalès Herrn Iswolsky gegenüber zurückgewiesen worden waren. Denselben Eindruck, wie aus der Berichterstattung Euer Exzellenz, habe ich über die Bedeutung und das Resultat der Kaiser-Entrevue von Björkö aus einer Aufzeichnung^{b)} erhalten, die Herr von Schoen über die Unterredungen Kaiser Wilhelms mit Kaiser Nikolaus und den russischen Staatsmännern, sowie über seine eigene Aussprache mit Herrn Iswolsky und Herrn Stolypin verfaßt hat und die er mir durch Herrn von Tschirschky mitteilen ließ. Interessant ist festzustellen, daß die eigentliche politische Konversation Kaiser Wilhelms mit Kaiser

Nikolaus am zweiten Tage des Zusammenseins stattfand, und daß Kaiser Nikolaus bei diesem Anlasse dem deutschen Kaiser mit Handschlag versicherte, daß bei den nachfolgenden Monarchenbegegnungen nichts verabredet werden sollte, das eine Spitze gegen Deutschland haben würde. Im Allgemeinen bestätigt mir auch das Résumé Herrn von Schoens die Darstellung der eingangs erwähnten Berichte Euer Exzellenz; man hat es sich in Björkö angelegen sein lassen, Deutschland zu einer Einwirkung auf uns im Sinne einer den russischen Staatsmännern genehmeren Orientierung unserer Politik zu bewegen; Kaiser Wilhelm ist auf dieses Ansinnen nicht eingegangen, ich habe aber aus den Ausführungen Herrn von Schoens den Eindruck gewonnen, daß man es in Berlin ganz angenehm empfunden hat, nach einer längeren Periode direkten Einverständnisses zwischen Wien und Petersburg wieder als Mittler zwischen uns und dem russischen Cabinet angerufen worden zu sein. Auch Euer Exzellenz erwähnen, daß der politische Draht nun wieder über Berlin führt. Ich möchte dem gegenüber hervorheben und festhalten, daß uns die Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen Berlin und Petersburg nur ganz recht sein kann, und daß wir es dabei in den Kauf nehmen müssen, daß das deutsche Cabinet infolge der veränderten Verhältnisse wieder dazu gelangt ist, als ausgleichender Faktor in den österreichisch-russischen Beziehungen zu fungieren. Ich bin jedenfalls fest entschlossen, mich von meiner bisherigen reservierten Haltung dem russischen Cabinet gegenüber nicht abdrängen zu lassen. Wir sind an keiner der aktuellen Balkanfragen so unmittelbar beteiligt, daß wir gegenwärtig eine direkte Verständigung mit Rußland anstreben müßten, und selbst in dem Falle, als sich, was ich übrigens hoffe, daß dies erst in einem späteren Zeitpunkte vor sich gehen wird, die Krise im türkischen Reiche zu gewaltsamen Ausbrüchen steigern sollte, werden wir, indem wir dem Prinzip der Nicht-Intervention treu bleiben, über etwaige schwierige Momente ohne neue uns die Hände bindende Abmachungen mit dem Petersburger Cabinet hinweg kommen können. Es soll damit natürlich nicht gesagt sein, daß wir nicht schon jetzt bestrebt sind — ich erinnere hier nur an das Handschreiben unseres Allergnädigsten Herrn an Kaiser Nikolaus ^{c)} — günstige Voraussetzungen für eine seinerzeitige Wiederanknüpfung direkter politischer Beziehungen zum russischen Cabinet zu schaffen. Solange aber Herr Iswolsky die Leitung der russischen Politik in Händen hat, wäre es wohl eine Naivität unsererseits zu glauben, daß an der Nawa die Atmosphäre des Mißtrauens und des systematischen Verdächtigens einer einsichtigen Auffassung Platz gemacht hat.

a) Vgl. n. 1668. — b) Vgl. n. 1668 Anm. b. — c) n. 1564.

Nr. 1668. Bericht aus Berlin, 8. Juli 1909 Nr. 23 B (eing. 10. Juli).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Im Laufe meiner Unterredung, die ich gestern mit dem Reichskanzler hatte, kam derselbe auch kurz auf die Monarchen-Begegnung in den Schären zu sprechen. Der Fürst sagte mir, Euere Excellenz werden durch die diesbezüglichen Aufzeichnungen des Staatssekretärs, die durch

Herrn von Tschirschky Hochdensenben übermittelt worden sind,^{b)} über den Verlauf und die Resultate dieser Kaiser-Entrevue schon genau informiert sein. Interessant sei es, dass Kaiser Wilhelm es vermieden habe, mit Herrn Iswolsky politische Themata zu besprechen, hingegen habe Höchstderselbe mit Herrn Stolypin wiederholt längere politische Aussprachen gehabt. Die russischen Staatsmänner hätten sich die größte Mühe gegeben, Freiherrn von Schoen zu bewegen, auf das k. und k. Cabinet einzuwirken, damit dessen Politik den Auffassungen der Petersburger Regierung näher gebracht werde; auch Kaiser Nikolaus habe in diesem Sinne dem deutschen Kaiser gegenüber manche Andeutungen fallen lassen; aber weder Seine Majestät noch der Staatssecretär seien auf dieses Ansinnen eingegangen. Herr Iswolsky habe in seinen Besprechungen mit Freiherrn von Schön seine Recriminationen gegen Euere Excellenz in der bekannten lamentirenden Weise wieder vorgebracht und insbesondere die Behauptung aufgestellt, Hochdieselben hätten bei der vorigjährigen Zusammenkunft in Buchlau ihm, Herrn Iswolsky, auf das entschiedenste versprochen, die Annexion Bosniens und der Herzegovina nicht durchzuführen, bevor diese Frage in einer Conferenz aller Signatarmächte ins Reine gebracht sei. Freiherr von Schön habe nicht ermangelt, den Herrn russischen Minister des Aeussern unter Berufung auf seine Unterredungen in Berchtesgaden auf die vollkommene Unrichtigkeit dieser Behauptung hinzuweisen. Nach den Informationen, die hier eingelangt sind, glaubt übrigens der Reichskanzler, dass Herr Iswolsky glücklicherweise nicht mehr lange die Leitung der russischen auswärtigen Politik in Händen behalten und im nächsten Herbst — spätestens kommenden Winter — einen Botschafterposten erhalten werde. Fürst Bülow stimmt vollkommen mit Euerer Excellenz überein, dass insolange dieser Ministerwechsel nicht stattfindet, Österreich-Ungarn einen grossen Fehler begehen würde, wenn es sich von seiner reservierten Haltung dem russischen Cabinet gegenüber abbringen liesse. Auch deutscherseits wolle man auch weiterhin kein zu grosses Empressement Russland gegenüber an den Tag legen. Ob bei der bekannten impulsiven Natur Kaiser Wilhelms Höchstderselbe in dieser Beziehung nicht mehr getan hat oder zu tun gesonnen ist, wie es der bisherige Reichskanzler in so richtiger Weise für angezeigt erachtet, muss ich dahingestellt sein lassen. Dass der politische Draht zwischen Petersburg und Wien wieder über Berlin führt, ist zweifellos der deutschen Politik sehr erwünscht. Wie Euere Excellenz in dem mir abschriftlich mitgeteilten vertraulichen Erlass an Graf Berchtold d. d. 4. Juli auch nach meiner ergebensten Meinung sehr concludent ausführen, kann uns die Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen Berlin und St. Petersburg ganz recht sein, wir müssen es aber dabei in den Kauf nehmen, dass das deutsche Cabinet infolge der veränderten Verhältnisse wieder in die Lage gekommen ist, als ausgleichender Faktor in den österreichisch-ungarisch-russischen Beziehungen zu fungieren. Über eine neuerliche Zusammenkunft der zwei Kaiser, von der die Blätter zu melden wissen, ist dem Fürst Bülow nichts Genaues bekannt. Der russische Geschäftsträger erzählt mir heute, nach seinen Nachrichten werde diese Entrevue wahrscheinlich, und zwar bei der Heimreise Kaiser Nikolaus' aus Frankreich

und England, voraussichtlich in den ersten Tagen August wieder auf hoher See stattfinden.

Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1653, 1667. — ^{b)} Diese in G. P. XXVI, 2 S. 823 Nr. 9552 abgedruckte Aufzeichnung findet sich im Archiv des öst.-ung. Ministeriums des Äußern nicht vor. Hier erliegt nur ein Tagesbericht vom 21. Juni 1909 über Mittheilungen des deutschen Botschaftssekretärs Grafen Bassowitz, der weniger ausführlich als n. 1653 ist und daher nicht aufgenommen wurde.

Nr. 1669. Bericht aus Berlin, 8. Juli 1909 Nr. 23 C (eing. 10. Juli).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Freiherr von Schön erzählte mir heute, er ersehe aus der Berichterstattung der kaiserlich deutschen Botschafter in Wien und Rom, dass Herr Tittoni es für gut befunden hat, bei Euerer Excellenz eine vertrauliche Démarche in Betreff eines Balkanabkommens zwischen Österreich-Ungarn und Italien zu machen. Die Details hierüber seien ihm übrigens bisher noch nicht bekannt. Mein italienischer College kam heute mir gegenüber auch auf diese Frage vertraulich zu sprechen und sagte mir, dass seiner Zeit in Italien das Münzsteiger-Abkommen sehr unangenehm berührt habe, da es mit den positiven Verfügungen des Triple-Alliance-Vertrages nicht in Einklang zu bringen gewesen wäre. Um ähnlichen Abmachungen, von welchen Italien ausgeschlossen wäre, für die Zukunft vorzubeugen, erachte es Herr Tittoni für sehr wünschenswert mit Österreich-Ungarn und auch mit Deutschland diese Frage bei Zeiten zu erörtern. Herr Pansa sagt mir, er habe Herrn Tittoni geantwortet, dass er im jetzigen Moment, wo sich hier die Kanzlerkrise abspielt, es nicht für angezeigt finde, diese heikle Angelegenheit hier anzuregen. Er trete Anfang August seinen Urlaub an und werde im Laufe des Sommers die Gelegenheit wahrnehmen mit Herrn Tittoni diese Frage zu besprechen und dann eventuell nach seiner Rückkehr aus Italien die Frage hier anschneiden. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1664, 1681.

Nr. 1670. Bericht aus Paris, 10. Juli 1909 Nr. 16 D (eing. 12. Juli).^{a)} Ausfert.

Im Verfolge meines ergebensten Berichtes No. 15 B vertraulich, vom 26. Juni beehre ich mich Euer Excellenz zu melden, dass ich Gelegenheit hatte noch zweimal bei Herrn Pichon auf das projectirte serbische Anlehen zurück zu kommen. Der Minister zeigte das Bestreben meinem Drängen dadurch zu entweichen, dass er behauptete, die Sache liege ganz in Händen des Finanzministers und seine Ingerenz sei gleich null. Diese Behauptung liess ich indessen nicht zu, weil ich weiss, dass die Zustimmung des auswärtigen Amtes bei derlei Anlehen stets eingefordert wird. Nach mehrfachem Drängen hat Herr Pichon mir versprochen, im Ministerrathe meine Auffassung über die Finanzoperation vorzubringen und zu beantragen, dass Garantien für die Verwendung der geliehenen Summe gefordert werden sollen. Aus einigen Reden, die kürzlich im Abgeordnetenhause aus Anlass der Revision des Zolltarifes gehalten wurden, konnte man hören, dass mit Nachdruck darauf hingewiesen wurde, dass das französische Capital nur dann als Exportartikel behandelt werden dürfe, wenn die heimische Industrie einen Vortheil davon habe. Das Anlehen wird bestimmt zu Stande kommen,

aber erst im Herbst und der Vorthail, welchen Frankreich für seine Industrie gewinnen kann, wird unbedingt der Erzeugung von Kriegswaffen zufallen. Herr Caillaux, der, wie ich höre, demnächst sein Portefeuille abgeben soll, um den wohldotirten Platz eines Präsidenten der egyptischen Bodenkreditbank einzunehmen, hat sich mit der Gruppe der Ottomanbank zu weit engagirt, um das serbische Geschäft mit seinem Veto zu belegen. Als ich meine Ausführungen über dieses Thema schloss, sagte ich Herrn Pichon: „wenn Sie ohne Garantie das Anlehen gestatten, so wären wir im Rechte, das für eine wenig freundliche Handlung anzusehen.“ Khevenhüller.

a) Vgl. n. 1672, 1690.

Nr. 1671. Tel. aus Bukarest-Sinaia, 11. Juli 1909 Nr. 146 (eing. 12. Juli 9 U. a. m.).^{a)} *Entziff.*

Vor der Ankunft des Erzherzogs^{b)} in Predeal hatte ich Gelegenheit, Seiner k. u. k. Hoheit Folgendes ergebenst vorzutragen: Man werde, wie ich zu bemerken mir erlaubte, aller Wahrscheinlichkeit nach den Anlass Höchstseines Besuches benützen, um vor ihm gegen Ungarn loszuziehen. Dies sei seitens Herrn Bratianos und anderer Politiker bestimmt zu erwarten, aber auch seitens Seiner Majestät des Königs nicht ausgeschlossen. Meiner unmassgeblichen Meinung nach liege kein Grund vor, warum wir uns dies gefallen lassen, warum wir gestatten sollten, dass Rumänien sich in Dinge mische, die es nichts angingen. Dies war ungefähr der Sinn meines untertänigsten Vortrages. In wie weit Seine k. u. k. Hoheit in den Gesprächen politischen Inhalts, zu welchen die drei kommenden Tage reichlich Anlass geben dürften, von meinem Vortrag sich wird beeinflussen lassen, entzieht sich meiner Beurteilung. Ich glaube in dieser Sache getan zu haben, was an mir lag.

Schönburg.

a) Vgl. n. 1676. — b) Franz Ferdinand.

Nr. 1672. Erlaß nach Paris, 11. Juli 1909 Nr. 2445.^{a)} *Konz. (S. Matscheko; V. Musulin; G. Müller).*

Vertraulich. Euer Exzellenz Bericht vom 26. vor. Mts., Nr. 15 B, in dem mir Hochdieselben über die Bemühungen der serbischen Regierung, in Frankreich eine neue Anleihe aufzunehmen, sowie über Ihre diesbezügliche Unterredung mit Herrn Pichon relationieren, habe ich erhalten und bin mit dem Tenor Ihrer Äußerungen dem Herrn Minister des Äußern gegenüber vollkommen einverstanden. Über denselben Gegenstand sind mir seither von informierter Seite vertrauliche Mittheilungen zugekommen, welche im wesentlichen mit den Ausführungen Euer Exzellenz übereinstimmen und beiläufig Folgendes besagen: Die serbische Regierung beabsichtige, die im Jahre 1902 und 1906 aufgenommenen Anleihen zu konvertieren und überdies eine neue Anleihe von über 100 Millionen Francs abzuschließen; man habe serbischerseits diesbezüglich in London das Terrain sondirt, jedoch mit negativem Erfolg. Auch in Paris, wo der Schwerpunkt der Angelegenheit liege, sei die Situation des Marktes für die serbischen Wünsche nicht günstig. Immerhin dürfte ein serbischer Delegirter dieser

Tage in Paris eintreffen, um wegen des Abschlusses einer Anleihe Fühlung zu nehmen; angesichts der ungünstigen Stimmung der großen französischen Institute und des Pariser Marktes dürfte es indes vorläufig nur dazu kommen, daß die Banque Ottomane der serbischen Regierung einen Vorschuß von vierzig Millionen Francs gewährt. Die französische Regierung solle geneigt sein, das Zustandekommen der serbischen Finanzpläne zu fördern, da man von Belgrad aus in Aussicht gestellt hat, aus dem Erlös des neuen Anlehens würde der Teilbetrag von 15 Millionen Francs dazu verwendet werden, um in Frankreich Kriegsmaterial anzuschaffen. Namentlich diese letztere Meldung deckt sich mit der Prognose, die Euer Exzellenz in dem Schlußsatze des zitierten Berichtes über die Haltung des französischen Kabinetts aufgestellt haben. Indem ich Euer Exzellenz von dem Vorstehenden zu Ihrer vertraulichen Information in Kenntnis setze, ersuche ich Hochdieselben, die weiteren Peripetien dieser Angelegenheit, die für uns gewiß von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, mit Aufmerksamkeit verfolgen, sich über die Sache vertraulich, aber tunlichst eingehend, informieren und mir über die erhaltenen Mitteilungen und Eindrücke Bericht erstatten zu wollen.

a) Vgl. n. 1670, 1690.

Nr. 1673. Bericht aus Tokio, 12. Juli 1909 Nr. 31 A (eing. 13. Aug.). Ausfert.

Geheim. Ich beehre mich unter Ausdruck ergebensten Dankes den Empfang des hohen Erlasses vom 29. Mai No. 2022 Geh. zu bestätigen, durch welche Euer Excellenz die Güte hatten eine mir sehr wertvolle Orientierung über Hochderen Stellungnahme zu dem Gerücht an mich gelangen zu lassen, welches den angeblich erfolgten Abschluss weitgehender Abmachungen zwischen der Monarchie und Japan betraf. Auch nach meiner Empfindung war es nach der politischen Lage im Allgemeinen sowie speziell vom Standpunkte unseres Verhältnisses zu Russland und, wie ich beifügen darf, auch desjenigen zu Japan, die richtigste Taktik, dass Euere Excellenz ein offizielles Démenti unterlassen und auf diese Weise die Wirkung dieses Gerüchtes nicht abgeschwächt haben. Ein Symptom des hievon — wie Eure Excellenz voraussahen, — auf die Stimmung der russischen Kreise zu gewärtigenden Effekts glaube ich in einer Aeusserung meines hiesigen russischen Kollegen zu finden. „Vous voilà maintenant sur le point de vous allier au Japon!“ sagte mir kürzlich Herr Malewsky im scherzenden Ton, der mir aber doch eine gewisse Préoccupation zu verraten schien. Als ich ihn hierauf ebenfalls scherzweise fragte, ob er denn das betreffende Zeitungsgerücht für bare Münze nehme, verneinte er dies zwar, meinte aber, es sei doch auffällig, dass Euere Excellenz nicht ein offizielles Démenti jener Nachricht veranlasst hätten. Ich erwiderte ihm, ein solches sei mir allerdings nicht zur Kenntnis gekommen, es hiesse auch wohl den leitenden Staatsmännern zu viel zumuten, würde man erwarten, dass sie jeder beliebigen falschen Nachricht wegen den Dementiapparat in Bewegung setzen, ich könne ihm jedoch die Versicherung geben, dass ich keinen Auftrag zur Einleitung von Allianzverhandlungen erhalten hätte und es stünde ihm frei, sich diesfalls durch eine Anfrage bei der hiesigen Regierung Beruhigung zu

verschaffen. Meinem ergebensten Berichte vom 5. v. Mts. No. 27 Ba) werden Eure Excellenz geneigtest entnommen haben, dass ich bei Besprechung des Gegenstandes im hiesigen Ministerium des Äussern mich darauf beschränkte, den Aktualitätswert der mehrerwähnten Nachricht zu negieren und bestrebt war, den Eindruck zu vermeiden, als hielte ich unter Verhältnissen, die sich künftighin vielleicht ändern, einen engeren politischen Zusammenschluss der Regierungen von Wien und Tokio für eine Utopie. Call.

a) Nicht aufgenommen.

Nr. 1674. Bericht aus St. Petersburg, 1./14. Juli 1909 Nr. 25 J (eing. 16. Juli). Ausfert.

Kammerherr S. Sazonoff hat die Nachfolgerschaft Herrn Tscharykoff's als Adjoint des Ministers des Äussern angetreten. Von der Zeit, wo der genannte Diplomat als Sekretär der russischen Botschaft in London fungierte, mit demselben oberflächlich bekannt, hat Herr Sazonoff bei unserer ersten Begegnung im Auswärtigen Amte dieses seinerzeitigen Zusammentreffens gedacht und seiner Befriedigung Ausdruck gegeben, nunmehr in dienstlichen Verkehr mit mir treten zu können. Meinen allgemein gehaltenen Bemerkungen über die hohe Bedeutung guter Beziehungen zwischen den beiden Kaisermächten und der hieran geknüpften Versicherung meinerseits dazu beitragen zu wollen, dieselben nicht Schaden leiden zu lassen, stimmte Herr Sazonoff anscheinend verständnisvoll zu, betonend, dass Österreich-Ungarn und Russland in der Vergangenheit niemals kriegerische Fehde mit einander gehabt hätten, was der beste Beweis der Interessengemeinschaft sei und auch er sich von gleichen Intentionen leiten lassen wolle, wie ich es zum Ausdrucke gebracht. Verschieden von seinem Amtsvorgänger Herrn Tscharykoff, der sich als gründlicher Kenner der Balkanverhältnisse zeigte, ist Herr Sazonoff nach seinem eigenen Bekenntnisse in der Orientpolitik vollkommen unvertraut. Seine dienstlichen Erfahrungen beschränken sich auf das Palais an der Sängerbrücke und die russischen Vertretungen in London und am Vatikan. Andererseits bringt er aber das unbestrittene Renommé eines fähigen und fleissigen Beamten mit, von dem erwartet wird, dass er sich bald in seine neue Berufssphäre einarbeiten werde. Ausgesprochen religiös veranlagt und ursprünglich für den geistlichen Stand bestimmt, wird der Ministergehilfe von Manchen als orthodoxer Fanatiker bezeichnet, was wohl cum grano salis zu nehmen sein dürfte. Herrn Sazonoff's Orientierung in Bezug auf die äussere Politik ist bisher ein verschlossenes Buch. Die Anglophilen reklamieren ihn für sich, weil er einige Jahre auf der Botschaft in London gearbeitet hat. Die Gegner dieser Politik wieder berufen sich auf seine angeblich reaktionäre Gesinnung, die keine überzeugte Unterstützung der Iswolsky'schen Richtung erwarten liesse. Die Wahrheit dürfte in der Mitte liegen. Wie so viele Andere, scheint mir der neue Adjoint in die Kategorie jener Moskoviter zu gehören, welche von keinen ausländischen Sympathien — weder englischen noch deutschen — beseelt werden, sondern einzig und allein in den Rücksichten auf ihre bureaukratische Karriere ihren Leitstern erkennen und dementsprechend ihre Politik orientieren.

Berchtold.

Nr. 1675. Bericht aus St. Petersburg, 1./14. Juli 1909 Nr. 25 K (eing. 16. Juli).^a) Ausfert.

Vertraulich. Wie Euer Exzellenz meinem Telegramme Nro. 116 vom 7. Juni/24. Mai l. J. und meinem Berichte Nro. 23 vom 19. 6. Juni l. J. entnommen haben werden, hatte sich Herr Tscharykoff damals eingehend über die von mir zur Sprache gebrachte Kreierung eines russischen Konsulates in Prag vernehmen lassen. Der Standpunkt, den der genannte Funktionär hiebei vertrat, lässt sich dahin zusammenfassen, dass die Etablierung einer kaiserlichen Konsularvertretung in Prag ernstlich geplant sei, dass man von dieser Massnahme eine wirtschaftliche Annäherung der beiden Nachbarmonarchien erhoffe, keineswegs eine politische Entfremdung daraus entstehen sehen möchte, daher auch die Kandidatur des Fürsten Trubetzkoi, wenn sie uns nicht passe, ausser Kombination gestellt werden würde. Die einschlägigen Äusserungen Herrn Tscharykoff's waren so klar und deutlich — er wiederholte dieselben öfters im Laufe der Konversation —, dass ein Missverständnis völlig ausgeschlossen scheint. Trotzdem glaubte ich gelegentlich auch Herrn Iswolsky auf die Angelegenheit zu sprechen bringen zu sollen, wohl wissend, dass der Herr Minister und sein Gehilfe ein Janusbild darstellen, dem von zwei Seiten genahet werden muss, will man sich nicht unliebsamen nachträglichen Überraschungen aussetzen. Herr Iswolsky, welchem ich von den einschlägigen Zeitungsgerüchten Erwähnung tat, verlegte sich zuerst aufs Leugnen mit seiner Lieblingsphrase: „Je ne lis pas tout ce qui se trouve dans les journaux“. Als ich ihm darauf von den Äusserungen Herrn Tscharykoff's sprach, gab er allerdings zu, dass die Absicht bestehe das fragliche Konsulat ins Leben zu rufen, frug jedoch, ob ich den Auftrag habe einen offiziellen Schritt in der Sache zu tun und meinte, als ich dies in Abrede stellte: „Eh bien, ce sera à vous de refuser l'Exequatur si tel ou tel personnage ne vous convenait pas!“ Auch liess er sich die Gelegenheit nicht entgehen, um daran zu erinnern, dass er „nach den gemachten Erfahrungen“, „über Befehl des Kaisers“ keinen anderen als einen offiziellen Verkehr mit dem Wiener Kabinete unterhalten könne. Ich drückte Herrn Iswolsky mein Erstaunen aus, dass er sich dadurch einigermassen in Widerspruch setze mit seinem Adjoint, welcher mir in längerer konfidentieller Aussprache den Standpunkt des kaiserlichen Kabinetes in dieser Angelegenheit entwickelt hätte. Abgesehen hievon müsste ich ihm ins Gedächtnis zurückerufen, dass er es gewesen, welcher mich im Winter ersuchen liess zu ihm zu kommen, um mir bei dieser Gelegenheit den Wunsch auszusprechen, die Beziehungen in gleicher Weise fortzusetzen, wie dieselben vor der Entente vom Jahre 1897 bestanden haben (vergleiche mein Bericht Nro. 9D vom 6. März/21. Februar l. J.). Hieran hätte ich mich gehalten. Wenn er nun einen anderen Modus vorziehe, so möge er es sagen. Vorwärtskommen würden wir allerdings nicht auf diese Art. Mein Mitredner, bei welchem es bisweilen schwer ist, die Grenzen zwischen Empfindsamkeit, Hysterie und Komödiantentum festzusetzen, ergieng sich darauf in einer Flut von Worten, teils Beteuerungen persönlicher Freundschaft, teils Wehklagen über die „Procédés“, denen er zum Opfer gefallen und meinte schliesslich, er könne sich nicht der

Gefahr aussetzen, dass, was heute hier vertraulich behandelt werde, morgen bei uns publik gemacht werde. Im speziellen erwähnte er die streng konfidentielle Verhandlung, die die Abberufung des russischen Konsuls Poustoschkin von Lemberg zur Folge hatte, deren Gegenstand angeblich in letzterer Stadt öffentlich affichiert worden sei.¹⁾ Nachdem mir über die Nachgeschichte der letzteren zwischen Prinzen Fürstenberg und Herrn Sawinsky gepflogenen Vereinbarung nichts bekannt ist, beschränkte ich mich darauf dem Minister meine Zweifel darüber auszusprechen, ob seine einschlägigen Informationen richtig seien. Es erübrigt nur noch die Frage, was Herrn Iswolsky bewogen haben mochte, die bei Seite gelegte Verteidigungswaffe des Ausschaltens eines konfidentiellen Gedankenaustausches wieder aus der Rüstkammer hervorzuholen. War es wirklich blos die Angst, eine Meinungsabgabe seinerseits in Betreff der Trubetzkoï'schen Kandidatur im Sinne der Tscharykoff'schen Äusserung könnte den Weg in die Presse finden und ihn in den Augen der Slavophilen kompromittieren? Oder ist es ein taktischer Zug, um sich gelegentlich „bitten“ zu lassen, den Zorn des Peleiden abzustreifen? Sicher ist, dass, bis auf Weiteres, mit der Aussichtslosigkeit gerechnet werden muss, vertrauliche Beziehungen an der Sängerbrücke anzuknüpfen und dass die Wolken, die daselbst seit einiger Zeit das Firmament verdüstern, sich auch nach der Monarchenbegegnung in Bjorkoe bis nun nicht verzogen haben.

Berchtold.

¹⁾ Ehestens feststellen lassen, was an der Behauptung von der Affichierung der Enthebung des russischen Consuls in Lemberg wahr, sodann beantworten. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1691, 1698.

Nr. 1676. Bericht aus Bukarest-Sinaia, 15. Juli 1909 Nr. 30 C (eing. 18. Juli).^{a)} Ausfert.

Die politische Bedeutung des eben in so glänzender Weise abgelaufenen Besuches des Herrn Erzherzogs scheint mir, soweit in dieser Hinsicht schon der gegenwärtige Moment eine Appreciation zuläßt, aus Folgendem hervorzugehen: Sofort nach der Audienz, welche Seine Kaiserliche Hoheit ihm zu gewähren geruht hatte, kam Herr Bratiano zu mir. Wenn ich sage, daß er ganz begeistert war, so ist das nicht zu viel gesagt. Seine geradezu enthusiastischen Appreciationen über den Herrn Erzherzog erreichten ihren Höhepunkt in einer Redewendung, die man für die Zukunft ad notam nehmen darf. „Ich bin, wie Sie wissen,“ so sagte Herr Bratiano, „kein Phraseur. Ich werde die Art, wie der Herr Erzherzog mit mir gesprochen und wie er Seine aufrichtigen Sympathien für das Volk der Rumänen zum Ausdruck gebracht hat, nie vergessen und ich erkläre hiermit, daß ich bereit bin, in der Zukunft dafür meine Dankbarkeit zu beweisen.“ Das ist eine Sprache, die ich mehr vom alten Herrn Sturdza als von Bratiano gewöhnt war, und der von Letzterem hiemit ausgestellte Wechsel kann vielleicht später einmal eingelöst werden. Daß Herr Bratiano, wenn er auch hie und da recht widerspenstig sein kann, zu den durchaus anständigen Politikern und Menschen Rumäniens (gar so viele gibt es ihrer hier ja nicht, die diesen Namen verdienen) zählt, haben Euer Exzellenz unlängst mir gegenüber selbst anerkannt.

Über die Art und Weise, wie Seine Kaiserliche Hoheit beim hiesigen Hofe Aufnahme fand und wie dadurch ein neues, vielleicht noch innigeres Band zwischen den beiden Höfen geknüpft worden ist, habe ich unter lit. B.^{b)} des Näheren auszuführen mir erlaubt. Über die Preßstimmen anlässlich des hohen Besuches berichte ich an anderer Stelle. Erwähnen möchte ich noch, daß der Herr Erzherzog auch Herrn Take Jönescu in ein längeres Gespräch zog, über welches sich letzterer einem meiner Bekannten gegenüber in jeder Hinsicht befriedigt äußerte. Wenn ich also meine Appreciation über die politische Bedeutung des Besuches in einem Satze zusammenfassen darf, so möchte ich sagen, daß der Herr Erzherzog hier allem Anscheine nach eine sehr populäre Persönlichkeit geworden ist. Wem die sonst etwas kühle Veranlagung und ablehnende Haltung der Rumänen allen Fremden gegenüber geläufig ist, der wird die große Bedeutung, welche diese Tatsache noch für die Zukunft haben kann, nicht verkennen. Schönburg.

a) Vgl. n. 1671, 1689 Anm. c. — b) Dieser schildert das höfische Festprogramm und die verschiedenen dem Erzherzog erwiesenen Aufmerksamkeiten.

Nr. 1677. Vortrag an den Kaiser, 16. Juli 1909.^{a)} Konz. (S. u. G. Aehrenthal) und Ausfert.

Gestern ist der englische Botschafter mit der Mitteilung bei mir erschienen, dass König Eduard am 13. August in Marienbad eintreffen wird. Hieran knüpfte Sir F. Cartwright die persönliche und vertrauliche Bemerkung, es wäre für ihn von Wert zu hören, ob ein kurzer, unoffizieller (also ohne Ministerbegleitung) Besuch des Königs in Ischl Euer Majestät genehm sein dürfte. Diese Eventualität beschäftigte bereits die Presse, die zum Teile unter dem Einflusse der Legende einer am Allerhöchsten Hofe gegen die Person König Eduards bestehenden Verstimmung sich befinde. Ich erwiderte, gleichfalls rein persönlich und besonders betonend, dass ich ohne Allerhöchste Ermächtigung spreche, dass ich überzeugt wäre, Euer Majestät würden, falls König Eduard, wie in früheren Jahren, seinen Aufenthalt in der Monarchie bloss auf Marienbad beschränken sollte, dies vollkommen ohne die geringste Empfindlichkeit aufnehmen. Im andern Falle, das heisst wenn König Eduard den Wunsch hegen würde, Euer Majestät auch heuer in Ischl zu begrüßen und diesem Besuch einen durchaus nichtoffiziellen Charakter zu verleihen, ich nicht zweifle, Allerhöchstdieselben würden auch auf diesen Wunsch des Königs eingehen und Letzteren wie immer in herzlichster Weise begrüßen. Der Botschafter habe mit Recht von einer „Legende“ gesprochen, die sich anknüpfend an die vorjährige Visite und die nachfolgenden politischen Ereignisse gebildet hätte. Ich könnte es nur dem Scharfblicke des Botschafters, welcher sich so rasch über Personen und Verhältnisse in der Monarchie ein richtiges Urteil gebildet, überlassen, zu erkennen, dass die sogenannte Verstimmung nur in der Einbildungskraft einiger Journalisten bestünde. Wie allgemein bekannt, seien Euer Majestät niemals geneigt, Allerhöchst Sich von Stimmungen oder Verstimmungen beeinflussen zu lassen und es wäre ein Verkennen der Bedeutung des monarchischen Prinzips, wollten wir gewisse

Weiterungen zwischen den Regierungen, die nun gleichfalls hinter uns wären, auf das persönliche Verhältnis der Herrscher zurückwirken lassen. Aus alledem könnte ich, allerdings nur als meiner strikt persönlichen Ansicht folgern, dass Euer Majestät König Eduard in gewohnter herzlicher Weise aufnehmen würden, wenn Seine Majestät diesfalls einen Wunsch aussprechen sollte. Sir F. Cartwright schien meine Antwort sehr zu befriedigen; er fragte weiter, ob nicht Graf Mensdorff beauftragt werden könnte, in London sich in dem Sinne zu äussern, dass ein eventueller Besuch des Königs in Ischl Euer Majestät genehm wäre. Diese Frage lässt deutlich erkennen, dass der Besuch in Ischl in London gewünscht wird, dass aber womöglich die Anregung hiezu von Wien aus zu erfolgen hätte. Ich glaubte dieser Tendenz dadurch entgegenzutreten zu sollen, dass ich darauf hinwies, Euer Majestät würden unbedingt vermeiden wollen, auf die Dispositionen des Königs irgend einen Einfluss auszuüben, das wäre aber der Fall, wenn Euer Majestät Botschafter sich im angeregten Sinne vernehmen liesse. Sir F. Cartwright sei, so glaube ich, durch unser Gespräch hinlänglich orientiert und könne nunmehr en connaissance de cause nach London schreiben, sofern er dies für erspriesslich halte. Ich schloss mit der Betonung meiner Überzeugung, Euer Majestät würden auch in dem Falle des Unterbleibens des Besuches in Ischl den Entschluss des Königs ohne Voreingenommenheit hinnehmen. Sollte meine Sprache die Allerhöchste Billigung finden, möchte ich unvorgreiflich beantragen, Grafen Mensdorff von der vertraulichen Demarche des englischen Botschafters mit der Ermächtigung zu informieren, sich, wenn er befragt wird, in gleicher Weise zu äussern, wie ich es gegenüber Sir F. Cartwright getan habe. Nach weiteren Äusserungen des englischen Botschafters würde der König, wenn der Besuch in Ischl zustande kommt, dort zwischen dem 11. und 13. August eintreffen, und zwar heuer ohne Aufenthalt und Besuch am kaiserlich deutschen Hofe. Aehrenthal.

Auf der Ausfertigung: Vollständig einverstanden.

Franz Joseph (eigh.).

^{a)} Vgl. n. 36, 1118, 1678, 1682.

Unterredung mit dem bulgarischen Gesandten, 17. Juli 1909. Siehe n. 1679.

Nr. 1678. Privatschreiben des Sektionschefs Ladislaus von Müller, 17. Juli 1909.^{a)} Eigh. Ausfert.

Der englische Botschafter kam heute zu mir, um zu wiederholen, was er vorgestern Dir gesagt hatte,^{a)} und um zu betonen, dass der beiderseits vorhandene gute Wille zum Ausdrucke gelangen sollte; dass es sich um einen streng privaten Besuch in Ischl (ohne Minister und Botschafter) handeln würde; dass jedoch König Eduard bisher von vier Besuchen dreimal Sich selbst angesagt habe und nun nicht wieder Sich selbst einladen könnte; dass etwa Mensdorff mit einer message in dem Sinne beauftragt werden könnte, unser Allergnädigster Herr sehe König Eduard gerne nach Marienbad kommen und hoffe, die Kur werde den gewünschten Erfolg haben; wenn

König Eduard nach Ischl kommen wollte, würde es Seine Majestät freuen u. s. w. Als ich mich natürlich streng reservirt verhielt und auf Deine vorgestrigen Ausführungen verwies, meinte schliesslich Cartwright, dass falls der Besuch in Ischl nicht zu Stande käme, mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung, für die in dieser Frage etwas geschehen müsse, vielleicht ein herzlicher Depeschenwechsel zum Allerhöchsten Geburtsfeste, das ja unmittelbar nach der Ankunft des Königs in Marienbad falle, möglich wäre, wobei natürlich König Eduard die Initiative ergreifen würde. Da Du vorgestern gewiss dieselbe Wahrnehmung gemacht hast, brauche ich nicht hervorzuheben, dass den Engländern an dem Besuche in Ischl ungemein gelegen zu sein scheint. Ich glaube, es könnte erwogen werden, ob nicht, wenn König Eduard mit einem herzlichen Telegramme die Initiative ergreift, unser Allernädigster Herr in der Allerhöchsten Antwort die Einladung ergehen lassen könnte.

Müller.

a) Vgl. n. 1677, 1682.

Nr. 1679. Tagesbericht über einen Besuch des bulgarischen Gesandten, 19. Juli 1909. a) Konz. (S. Musulin; G. Müller).

Der hiesige bulgarische Gesandte, der vor kurzem aus Szent Antal zurückgekehrt ist, erschien am 17. l. M. im Ministerium mit der Mitteilung, er sei von König Ferdinand beauftragt, zur Kenntniss der k. u. k. Regierung zu bringen, wie tief gekränkt sich der König und die bulgarische Regierung fühlten durch die an Prinz Ferdinand von Rumänien erfolgte Verleihung des Goldenen Vlieses. Die erfolgte Auszeichnung des rumänischen Thronfolgers habe bei König Ferdinand einen um so tieferen Eindruck gemacht, als die seinerzeit gegen seine — des Königs — Dekoration mit diesem Orden angeführten religiösen Bedenken auch hinsichtlich Ferdinands von Rumänien zuträfen, da ja auch dessen Kinder orthodox getauft seien und auch Prinz Ferdinand deshalb excommunicirt worden sei, wie der König. Der Fall sei also „identisch“. Es wurde dem Herrn Gesandten erwidert, der Fall stelle sich keineswegs als identisch dar, da die Kinder Prinz Ferdinands nie katholisch gewesen seien.

a) Vgl. n. 1318. Über diese Angelegenheit liegt auch ein Schriftenwechsel des Gesandten in Sofia mit Aehrenthal und mit dem Kabinettschef König Ferdinands, Dobrovič, vor, der jedoch nicht vollständig aufgenommen wurde. Vgl. jedoch n. 1754, 1830, 1843.

Nr. 1680. Bericht des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 20. Juli 1909 Nr. 58 A (eing. 22. Juli). a) Ausfert.

Im Verfolg meiner telegraphischen Berichterstattung von gestern Abend beehre ich mich Euer Exzellenz den Text des offiziellen Regierungs-Communiqués der „Samouprava“ in extenso^{b)} ergebenst zu unterbreiten. Tendenz und einzelne Redewendungen lassen auf Milovanović und Spalajković als Autoren schliessen. Anlass zum Communiqué gaben die von den Zeitungen gemeldeten Aeusserungen des Agramer Gerichts-Präsidenten und

des Staatsanwaltes, die unter Anderem die Politik König Peters und die Wertlosigkeit amtlicher serbischer Bestätigungen betrafen. Bei der Art dieses Prozesses können solche Aeusserungen wohl kaum unbedingt vermieden werden. Die serbische Regierung benützt nun diese Aeusserungen um sich in Pose zu werfen. Mit einem Aufschrei beleidigter Unschuld beschimpft sie in rüder Form die kroatischen Gerichtsfunktionäre. Sie will abwarten, ob diese nur ihrer eigenen Meinung Ausdruck gegeben haben, oder der Meinung „der für die internationalen Beziehungen unmittelbar massgebenden Kreise der Monarchie“. Für den letzteren Fall ladet sie mit Emphase die k. und k. Regierung vor ein internationales und unbefangenes Gericht und weiss dabei natürlich ganz genau, dass eine solche entwürdigende Proposition von uns nie angenommen werden kann, dass daher die Einladung völlig ungefährlich ist. Das Communiqué soll bei uns keine Gegenmassregel erzeugen, wohl aber auf das unbeteiligte internationale Publikum Eindruck machen und das verblasste Ansehen der Regierung im serbischen Volke stärken.

Franz.

a) Vgl. n. 1699. — b) Beilage.

Beilage zu n. 1680. Offiziöses Communiqué der „Samouprava“ vom 19. Juli 1909. Abschrift der Übersetzung.

Der Agramer Prozess will sich um jeden Preis zu einem grossen internationalen Skandal gestalten. Der Präsident des Gerichtes und Staatsanwalt Accurti, welcher im Namen Seiner Apostolischen Majestät des Königs von Ungarn und Kroatien über die Serben, kroatische Staatsbürger, Recht sprechen sollen, tun dies in einer Art, gegen die der Gerechtigkeitssinn der ganzen zivilisierten Welt revoltiert. Sie scheinen sich das Recht anmassen zu wollen, in der gleich skandalösen Weise über die politische Korrektheit, sowie über die Ehre der unabhängigen Nachbarstaaten, deren Regenten und Regierungen urteilen zu wollen. Uns ist es bekannt, dass serbischerseits rechtzeitig die Aufmerksamkeit des österreichischen Ministeriums des Aeussern auf diese Tendenzen des Agramer Gerichtes gelenkt wurde. Was aber bei diesem Gericht in den letzten Tagen, seit dem Beginn des Verhörs mit dem bekannten Spion und Agent Provocateur Nastić, geschehen ist, das beweist, dass man am Ballplatz nicht erzielen konnte, dass den Forderungen der serbischen Regierung so entsprochen werde, wie es die internationalen Rücksichten erfordern würden. Und so haben wir es erlebt, dass wir hörten, wie Nastić vom Staatsanwalt aufgestachelt wird, die serbische Armee zu verleumden, indem ihm jener hinwarf, wie unpünktlich die serbischen Offiziere ihre Gagen erhalten und wie diese deshalb zu Allem bereit seien; oder aber, wie der Vorsitzende Nastić auffordert, über die Politik König Peters betreffs der unbefreiten Serben Vorträge zu halten; oder aber, wie diese beiden Gerichtsskizzen mit Nastić wetteifern, wer die serbische Demokratie und die serbischen Freiheiten besser verhöhnen kann! Aber diese gewiss mehr wie merkwürdigen Erscheinungen für einen Gerichtshof wurden durch das, was bei der Sitzung am 3. (16.) Juli nachmittags geschehen ist, in den Schatten gestellt. Der Verteidiger Dr. Hinković stellte einige

Ungenauigkeiten in den Aussagen Nastić fest und bezog sich hiebei auf eine amtliche Bestätigung des serbischen Ministeriums des Innern und auf eine Bestätigung des Kruševaćer Bezirkskommandos. Nastić antwortete darauf, dass es doch bekannt sei, wie wenig man serbischen Dokumenten Glauben schenken darf, besonders wenn sie amtlich sind. Und da hat der Staatsanwalt Accurti, das unmittelbare Organ der Regierung, sich erlaubt dieser Nastićschen These zur Hilfe zu kommen mit folgender Erklärung: „Wir wissen, was wir von diesen Dokumenten zu halten haben, namentlich, wo so wichtige serbische Interessen in Frage stehen.“ Wir konstatieren für jetzt bloß diese frechen Beleidigungen, die Serbien durch die Worte des unmittelbarsten Organs der Staatsgewalt zugefügt wurden, sowie die noch frechere Präntion, — welche in eben jenen Worten enthalten ist — dass über die Interessen Serbiens entschieden werden kann, dass diese überhaupt in Frage gestellt werden können, noch dazu vor dem Forum eines fremden Gerichtes, wie es das Agramer ist. Wir werden noch abwarten, um zu ersehen, ob diese schändlichen Erklärungen Accurtis und Tarabukis mit Grund als ihre persönlichen Elukubrationen betrachtet werden können, in welchem Falle wir über dieselben mit der gleichen Verachtung und den gleichen Gefühlen der Abscheu hinweggehen würden, wie solche die Tätigkeit des Agramer Gerichtes sowohl bei uns, wie bei der ganzen zivilisierten Welt herausfordern. Sollte sich dagegen erweisen, dass Accurti und Tarabuki der Meinung Ausdruck gegeben haben, welche in den für die internationalen Beziehungen unmittelbar massgebenden Kreisen der Nachbarmonarchie herrschen, so erklären wir schon im Vorhinein und im Bewusstsein, dass wir in diesem Fall der Dolmetsch der gesamten serbischen öffentlichen Meinung und der serbischen Regierung sein werden, Folgendes: Wir sind voll und ganz bereit, im Interesse einer vollkommenen Korrektheit Serbiens gegenüber Oesterreich-Ungarn und Oesterreich-Ungarns gegenüber Serbien, den ganzen Prozess, und zwar sowohl die Ursachen dieses Prozesses in Agram als auch dessen ganzer Verlauf und alle diesbezüglich dort durchgeführten Verhandlungen in Gesamtheit und ohne Reserve von unserer Seite einem internationalen und unbefangenen Gericht zur Beurteilung vorgelegt werden.^{a)}

^{a)} So!

Nr. 1681. Erlaß nach Berlin, 20. Juli 1909 Nr. 2509.^{a)} Konz. (S. Mat-sheko; V. Musulin u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Geheim. Ich hatte schon des öfteren Gelegenheit, bei Herrn Tittoni die Tendenz zu konstatieren, eine engere Fühlungnahme in allen den Balkan betreffenden Fragen zwischen der Monarchie und Italien herbeizuführen, um auf diese Art die Stellung Italiens als einer „Balkanmacht“ deutlicher zu markieren. Offenbar auf dieses Bestreben des Herrn italienischen Ministers des Aeußern sind auch die vertraulichen Eröffnungen zurückzuführen, die mir Herzog Avarna vor kurzem im Auftrage des römischen Kabinettes^{b)} gemacht hat. Der Herr Botschafter ging bei seinen Ausführungen von den Bestimmungen des Artikels 7 des Dreibundvertrages aus, der bekanntlich

für das gegenseitige Verhalten der beiden Mächte hinsichtlich des Balkans gewisse Grundsätze aufstellt, und bemerkte, daß es angesichts der Veränderungen, welche die Situation am Balkan in der Zwischenzeit, namentlich durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina erfahren habe, der Wunsch Herrn Tittonis wäre, über die folgenden zwei Punkte, welche in das im Artikel 7 des Dreibundvertrages umschriebene Gebiet fallen, mit dem Wiener Kabinett zu einem vollkommen klaren und präzisen Einvernehmen zu gelangen: Vor allem möchte das römische Kabinett feststellen, daß der Sandschak von Novibazar nunmehr, da die Monarchie auf alle ihr dort durch den Artikel XXV des Berliner Vertrages eingeräumten Rechte verzichtet habe, einem beliebigen anderen Gebietsteile der Türkei gleichzuachten sei; daraus ergebe sich die Konsequenz, daß die gänzliche oder teilweise Wiederbesetzung des Sandschak durch unsere Truppen eine Aenderung des status quo auf dem Balkan involvieren würde und somit im Hinblick auf die Bestimmungen des Artikels 7 des Dreibundvertrages nur unter der Voraussetzung eines vorangegangenen Einvernehmens mit dem römischen Kabinett und der Fixierung entsprechender Kompensationen für Italien durchgeführt werden könnte. Da andererseits durch den Lauf der Ereignisse die Entente zwischen der Monarchie und Rußland tatsächlich zu bestehen aufgehört habe, so möchte Herr Tittoni den Grundsatz anerkannt wissen, daß wir in Gemäßheit des Dreibundvertrages in Hinkunft weder mit Rußland noch mit einer anderen Macht ein Abkommen über Balkanfragen treffen würden, ohne Italien vorher davon zu verständigen und dem römischen Kabinett die Möglichkeit zu bieten, an diesem Abkommen als vollkommen gleichberechtigter Faktor teilzunehmen. Bei der Beurteilung der vorstehenden Vorschläge des römischen Kabinettes, von deren wesentlichem Inhalt ich übrigens schon einige Tage vor dem Besuche des Herrn italienischen Botschafters durch Graf Lützwow unterrichtet worden war, bin ich von den folgenden zwei Gesichtspunkten ausgegangen: Die ganze Orientierung unserer Politik sowie die europäische Konstellation überhaupt ließen es mir als wünschenswert erscheinen, die Beziehungen der Monarchie zu dem italienischen Verbündeten, die nach einer Periode der Abkühlung, wenn nicht Entfremdung, wohl im Zusammenhange mit der glücklichen Ueberwindung der Annexionskrise wieder dem Allianzgedanken entsprechender geworden waren, durch ein gewisses Entgegenkommen gegenüber den Desiderien Herrn Tittonis neuerlich zu festigen. Andererseits mußte ich es aber vermeiden, die Monarchie durch zu weit und zu sehr ins Detail gehende Abmachungen mit dem italienischen Kabinett in ihrer Aktionsfreiheit auf dem Balkan und dritten Mächten gegenüber — soweit Balkanfragen in Betracht kommen — allzusehr zu hemmen. Ich habe mich daher zu dem Herrn italienischen Botschafter dahin ausgesprochen, daß, was den ersten Punkt seiner Ausführungen, die Eventualität einer Wiederbesetzung des Sandschaks von Novibazar durch die Monarchie, anbelange, ich vollkommen die Anschauungen Herrn Tittonis teilte und sie in den Bestimmungen des Allianzvertrages begründet fände. Ich nähme also keinen Anstand anzuerkennen, daß im Sinne des Artikels 7 des Dreibundvertrages Italien das Recht zustehe, Kompensationen zu verlangen, falls die Monarchie

sich durch den Gang der Ereignisse gezwungen sähe, ganz oder teilweise den Sandschak von Novibazar oder irgend einen anderen Teil des türkischen Staatsgebietes zu okkupieren. Hinsichtlich des zweiten Punktes der italienischen Vorschläge habe ich mich reservierter geäußert, indem ich darauf hinwies, daß die Bestimmungen des Artikels 7 des Dreibundvertrages wohl als ausreichend zu betrachten seien, und daß andererseits trotz der gegenwärtigen inneren Schwierigkeiten in der Türkei tiefgehende Umwälzungen wohl in nächster Zukunft nicht zu befürchten wären. Sollte aber der status quo auf dem Balkan einmal als bedroht erscheinen, so hielte ich an meiner im Jahre 1907 in Desio geäußerten Ansicht fest, daß auch in diesem Falle für Oesterreich-Ungarn wie für Italien das Prinzip der Nicht-Einmischung maßgebend zu sein hätte. Von diesem Gedanken ausgehend, fände ich es übrigens im Geiste des Allianzvertrages gelegen, wenn das Wiener und das römische Kabinett die Verpflichtung übernähmen, beziehungsweise aufrechterhalten, sich gegenseitig jeden Vorschlag einer dritten Macht mitzuteilen, welcher dem Prinzip der Nicht-Intervention widersprechen und auf eine Aenderung des status quo auf dem Balkan oder in den türkischen Gebieten am adriatischen und am ägäischen Meere abzielen würde. Wie Euer Exzellenz aus dem Vorstehenden entnehmen werden, war ich speziell im zweiten Teile meiner Erwiderung an Herzog von Avarna bemüht, weitergehende Engagements als jene, welche uns der Artikel 7 des Dreibundvertrages auferlegt, nicht einzugehen und besonders den im italienischen Vorschlag enthaltenen direkten Hinweis auf Rußland zu vermeiden. Durch die von mir gewählte Textierung glaube ich die Anregung Tittonis auf das Terrain der Reziprozität zurückgeführt und auf diese Weise bis zu einem gewissen Grade die Gewähr erlangt zu haben, daß Italien nicht hinter unserem Rücken ein Sonderabkommen in Balkanfragen mit England oder Frankreich abschließt. Indem ich Euer Exzellenz im Vorstehenden von den mit dem italienischen Kabinett gepflogenen Pourparlers zu Ihrer persönlichen Orientierung und zur streng vertraulichen Mitteilung an Staatssekretär von Schön in Kenntnis setze, füge ich bei, daß ich Herrn von Tschirschky von diesen Besprechungen unterrichtet habe. Das Auswärtige Amt in Berlin ist somit bereits im großen und ganzen im laufenden über unsere Besprechungen mit Rom. Ich gebe mich der Zuversicht hin, daß meine entgegenkommende und dem Wortlaute des Dreibundvertrages konforme Stellungnahme in Berlin volles Verständnis finden werde. Eben erhalte ich Euer Exzellenz Bericht vom 8. d. M., No. 23 C dessen Empfang ich hiemit bestätige.

a) Vgl. n. 1669, 1684, 1702, 1711, 1761, 1850. — b) n. 1659, 1664.

Nr. 1682. Vortrag an den Kaiser, 20. Juli 1909.^{a)} Konz. (S. u. G. Aehrenthal) und Ausfert.

Gestern ist der englische Botschafter abermals bei mir erschienen, um mir zu sagen, dass er über unser Gespräch vom 15.^{b)} dieses nach London berichtet und soeben die Verständigung von Sir Edward Grey erhalten habe, es sei nunmehr der Zeitpunkt für die definitive Fixierung der Reise-

dispositionen König Eduards eingetreten. Zu diesem Zwecke habe er sich darüber auszusprechen, ob Aussicht vorhanden wäre, dass vom Allerhöchsten Hofe, durch Vermittlung des Botschafters Grafen Mensdorff, in London eine Mitteilung in dem Sinne erfolge, ein etwaiger Besuch König Eduards in Ischl auf der Fahrt nach Marienbad wäre Euer Majestät erwünscht. Auf Grund unseres jüngst geführten Gespräches halte sich Sir Fairfax Cartwright für ermächtigt, nach London zu telegraphieren, dass ein solcher Schritt des österreichisch-ungarischen Botschafters nicht zu erwarten sei. Der Botschafter fügte hinzu, der gedachte Schritt wäre nur aus Diskretion angeregt worden, um nicht Euer Majestät zu inkommodieren, nachdem in den verflossenen Jahren König Eduard es stets war, der die Initiative zum Besuche in Ischl ergriffen habe. Ich beschränkte mich, den Herrn Botschafter auf meine jüngst gemachten, wohl erschöpfenden Äusserungen zu verweisen und zu bemerken, dass seine Auffassung die richtige wäre. Sir Fairfax Cartwright wird in London anregen, gleich bei Verlautbarung der Reisedispositionen des Königs, die Öffentlichkeit wissen zu lassen, dass heuer keine Monarchenbegegnung in Ischl stattfinden wird, weil sich König Eduard direkt zur Kur nach Marienbad begibt, dass aber hieraus keine Folgerungen politischer Natur zu ziehen wären. Der Botschafter meinte sehr zutreffend, dass König Eduards Aufenthalt auf österreichischem Boden mit der Feier des Allerhöchsten Geburtsfestes koinzidieren und den Anlass zu einem Austausch von Glückwunsch- und Freundschaftsversicherungen bieten werde, wodurch der beste Beweis für die Fortdauer des guten persönlichen Verhältnisses zwischen Euer Majestät und König Eduard geliefert werden würde. Die beiden Gespräche mit Sir Fairfax Cartwright haben den klarsten Beweis dafür erbracht, dass in London der lebhafteste Wunsch bestand, dass auch in diesem Jahre eine Monarchenbegegnung in Ischl stattfinde, jedoch unter der Voraussetzung einer Anregung seitens Euer Majestät, zu dem Zwecke, um in England und anderswo sagen zu können, dass die diesjährige Entrevue über ausdrücklichen Wunsch Euer Majestät zustande gekommen sei.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1677, 1678, 1683, 1688. — b) n. 1677.

Nr. 1683. Tel. nach London, 21. Juli 1909 Nr. 113 (chiff. 4 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Szápáry; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Sir F. Cartwright hat vor einigen Tagen persönlich und vertraulich bei mir angefragt, ob ein kurzer, unoffizieller Besuch König Eduards in Ischl seiner kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät genehm sein dürfte. Ich erwiderte gleichfalls rein persönlich, daß Seine Majestät es ohne Empfindlichkeit aufnehmen würde, falls der König wie in früheren Jahren seinen Aufenthalt in der Monarchie auf Marienbad beschränken sollte, daß ich aber nicht zweifle, daß unser Allergnädigster Herr auf einen diesbezüglich geäußerten Wunsch des Königs diesen in gewohnter herzlicher Weise empfangen würde. Auf die weitere Frage Sir Fairfax, ob Euer Exzellenz nicht beauftragt werden könnten, sich in London in dem Sinne zu äußern, daß ein eventueller Besuch König Eduards in

Ischl genehm wäre, erwiderte ich, Seine kaiserliche und königlich Apostolische Majestät würden unbedingt vermeiden wollen, auf die Dispositionen des Königs irgendwie Einfluß zu nehmen. Gestern ist der englische Botschafter abermals bei mir erschienen und teilte mir mit, Sir Edward Grey habe ihn inzwischen aufgefordert, sich darüber zu äußern, ob Aussicht vorhanden sei, daß Euer Exzellenz in London eine Mitteilung des Inhalts machen werden, ein Besuch des englischen Königs sei unserem Allergnädigsten Herrn erwünscht. Er habe verneinend geantwortet und frage mich nun, ob seine diesbezügliche Auffassung richtig sei, was ich unter Berufung auf unsere frühere Unterredung bejahte. Zugleich verwies der Botschafter darauf, daß der Aufenthalt des Königs in Marienbad mit dem Allerhöchsten Geburtsfeste koinzidiere, was den Anlaß zum Austausch von Glückwunsch- und Freundschaftsversicherungen bieten werde, wodurch der Beweis der Fortdauer der guten persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Herrschern geliefert werden würde. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information, doch sind Euer Exzellenz ermächtigt, falls Sie befragt werden, sich in gleicher Weise zu äußern, wie ich es gegenüber Sir F. Cartwright getan habe. Zu Euer Exzellenz ausschließlich persönlicher Orientierung: Aus den Unterredungen mit Sir F. Cartwright empfang ich den Eindruck, daß englischerseits das Zustandekommen einer Entrevue in Ischl unter der Voraussetzung erwünscht gewesen wäre, daß die Initiative hiezu seitens unseres Allergnädigsten Herrn erfolge, wofür keine Veranlassung vorlag.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1682, 1685.

Nr. 1684. Bericht aus Rom; Vallombrosa, 21. Juli 1909 Nr. 50 B (eing. 23. Juli).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Aus der Sprache meines Deutschen Collegen, der bekanntlich einige Jahre in der Wilhelmstrasse zugebracht hat, gewinne ich den Eindruck, dass er auch jetzt noch von dort ziemlich reichlich mit Mittheilungen versehen wird. Unter diesen Umständen scheinen mir gewisse Impressionen, die mir von meinen ziemlich häufigen Begegnungen mit Herrn von Jagow zurückgeblieben sind, immerhin der Wiedergabe wert. Mein Deutscher College ist augenscheinlich von der Überzeugung durchdrungen, dass die Rancune und Rachsucht Russlands ein Faktor ist, der in der Geschichte der nächsten Decennien eine große Rolle zu spielen berufen ist. Seiner Auffassung nach liegt es in den russischen Plänen, sich für diesen Zweck Italien als Werkzeug dienstbar zu machen, und es in seinen Velleitäten, auf dem Balkan eine Rolle zu spielen, kräftigst zu unterstützen. Ein gefährlicher Concurrent für Russland könne dort Italien eo ipso niemals werden und — „wenn man sie nicht mehr braucht, wird man ihnen einfach einen Tritt geben“. Dies sei unzweifelhaft der Plan Herrn Iswolskys, den er aller Wahrscheinlichkeit nach als offizieller Vertreter Russlands in Rom zu verwirklichen hoffe. Den Lockungen, die von der Neva herüberkämen, Stand zu halten, werde den italienischen Staatsmännern keineswegs leicht fallen. Es würden ihnen dadurch weite Horizonte eröffnet,

und ihr — ohnedies nicht allzu feinfühliges — Gewissen könnten sie durch den Hinweis auf unsere einmalige Entente mit Russland unschwer beruhigen! Die ganze Argumentation ist eine naheliegende und vermutlich von der Wahrheit nicht allzuweit entfernte, obwohl Euere Excellenz über die Intentionen Herrn Iswolskys unzweifelhaft besser unterrichtet sind, als Herr von Jagow oder ich es sein können. Richtig ist, dass die Versuchung, wenn sie an das Cabinet von Rom herantritt, eine mächtige Wirkung ausüben wird.¹⁾ Die Sucht im nahen Oriente eine Rolle zu spielen, ohne sich dabei allzusehr zu exponiren, tritt in den leitenden Kreisen des modernen Italiens jetzt stark zur Geltung und kann leicht zu einer Quelle ernster Differenzen mit uns werden. Ich habe, wie aus meiner ganzen Berichterstattung des letzten Quinquenniums hervorgeht, jedes Symptom einer Annäherung zwischen Rom und Petersburg genau beobachtet und verfolgt, in der Überzeugung, dass von dieser Seite einmal Spuren einer ernsten Gefahr für uns wahrnehmbar werden könnten. Der Besuch des Kaisers Nikolaus wird — falls er zu Stande kommt, selbstverständlich von den Anhängern der oben angedeuteten Richtung nach Kräften verwertet und exploitirt werden. Vorher werden, wenigstens in Rom, keine wichtigen Abmachungen getroffen werden.²⁾ Herr Tittoni sowohl als der russische Botschafter sind auf Urlaub — überdies soll, wie ich höre, die gänzliche politische Unzulänglichkeit des Letzteren jetzt auch in Petersburg erkannt worden sein!

Lützow.

¹⁾ „umgekehrt, Tittoni ist der Versucher“. — ²⁾ „wenn es von Tittoni abgehängt, wären Abmachungen zu Stande gekommen.“

^{a)} Vgl. n. 1659, 1664, 1681, 1728.

Nr. 1685. Tel. aus London, 22. Juli 1909 Nr. 103 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 113 von gestern. König Eduard, den ich gestern auf dem Lande bei einem Diner traf, rief mich gleich nach Tisch beiseite mit der Bemerkung, dass er mit mir zu sprechen habe. Er sagte, es sei nunmehr endgiltig bestimmt, dass er nach Marienbad gehe; es würde ihm eine grosse Freude bereiten, auch diesmal den Umweg über Ischl zu machen, um einige Stunden mit Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät zuzubringen. Nur müsste er irgendwie hören, dass unser Allergnädigster Herr es ebenfalls wünschen würde. Er habe sich sonst stets angefragt, diesmal würde er aber Wert darauf legen, dass seitens Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät irgendeine Aufforderung erfolge. Abgesehen davon, dass er unseren Allergnädigsten Herrn nicht derangieren wolle, wenn es Allerhöchstdemselben nicht bequem sei, sei es für den König schwer, sich einfach anzusagen — auch wegen Deutschland. (Wahrscheinlich meinte der höchste Herr, dass er dann auch bei Kaiser Wilhelm sich ansagen müsste, obwohl er ja Höchstdemselben erst vor einigen Monaten in Berlin besuchte.) Der König machte auch eine Bemerkung, die mich darauf schliessen liess, dass es für ihn seiner Regierung gegenüber leichter wäre, wenn er sich darauf berufen könnte, dass sein Besuch unserem Allergnädigsten Herrn willkommen sei. Er würde nur mit zwei Adjutanten —

ohne Hardinge — also ohne Minister und Botschafter ganz unofficial kommen und legte mir nahe, ob ich nicht durch Graf Paar Vorstehendes in diskreter und unofficialer Weise zur Allerhöchsten Kenntnis bringen könnte. Ich erwiderte Seiner Majestät, ich bedauere es sehr, dass er mir nicht zuerst davon gesprochen hätte, wie er es bei früheren Anlässen stets getan hat. Nun hätte ich aber eben gehört, dass der englische Botschafter in Wien die Frage schon zur Sprache gebracht hat. Der König fiel mir ins Wort; er wisse nicht genau, was Sir F. L. Cartwright gesagt habe, es scheine aber, dass da vielleicht eine „kleine Konfusion“ geschehen sei. Er habe mir nicht vorher davon gesprochen, weil es ihm in diesem Jahre tatsächlich nicht möglich war, seine Pläne festzustellen — schon wegen der hiesigen innerpolitischen Schwierigkeiten. Fortsetzung folgt. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1682, 1686.

Nr. 1686. Tel. aus London, 22. Juli 1909 Nr. 104 (eing. 8 U. 20 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung meines heutigen Telegrammes No. 103. Seine Majestät sprach viel von seiner Anhänglichkeit für unseren Allergnädigsten Herrn, Allerhöchstwelchen er seit 1862 kenne und verehere. Ich bemerkte wiederholt, dass unser Allergnädigster Herr aus dem Grunde nicht wünschen dürfte, dem König einen Besuch in Ischl nahezulegen, um den Schein zu vermeiden, als würde Seine k. u. k. Apostolische Majestät es erwarten, dass ein nach Österreich zum Kurgebrauche kommender Souverän gewissermassen als verpflichtet unseren Allergnädigsten Herrn besuche. Der König erwiderte, er verstehe dies vollkommen, begreife auch, dass Seine k. u. k. Apostolische Majestät ruhebedürftig sei und nicht gestört werden wolle, für ihn wäre es aber eine Freude, nach Ischl zu kommen, nur möchte er, dass irgend eine Anregung von Allerhöchster Stelle erfolge. Auf diese persönliche Démarche König Eduards erwarte er eine Antwort von mir. Ich würde unvorgreiflich glauben, dass es sich empfehlen würde, wenn ich ermächtigt werden könnte, dem König mitzuteilen, dass ich Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät von seiner Konversation mit mir Meldung erstattet habe und nunmehr beauftragt sei, ihm zu sagen, dass unser Allergnädigster Herr, falls der König den Wunsch zur Ausführung brächte, Seine Majestät den Kaiser und König in Ischl zu besuchen, Sich freuen würde, ihn in gewohnter herzlicher Weise zu empfangen. Bei diesem Modus würde die Initiative nicht von unserer Seite ausgegangen sein und doch dem König eine ...^{b)} unseres Allergnädigsten Herrn zukommen, auf die er grossen Wert zu legen scheint. Sollte trotz des Schrittes des Königs Allerhöchstensorts an einer ablehnenden Haltung festgehalten werden, so würde ich unvorgreiflich vorschlagen, dass ich ermächtigt würde, König Eduard im Allerhöchsten Auftrage zu sagen, Seine k. u. k. Apostolische Majestät könne dem König von England nicht zumuten, sich abermals der Mühe zu unterziehen, den Umweg über Ischl zu machen, auch sei unserem Allergnädigsten Herrn gerade für die nächste Woche vollständige Ruhe anempfohlen. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1685, 1688, 1693. — ^{b)} Chiffre fehlt.

Nr. 1687. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 23. Juli 1909 Nr. 362 (eing. 24. Juli 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Gestern überreichte die Pforte den Botschaftern der Kretamächte gleichlautende Note, folgende Punkte enthaltend: 1. Die Pforte konstatiert mit Dank, dass die vier Mächte die Rechte der Türkei wahren und die Sicherheit der mohammedanischen Bevölkerung in Kreta garantieren wollen, wovon die Pforte Akt nimmt. Unter dem Ausdrucke „droits suprêmes“ könne man, wie die Pforte konstatiert, nur die Souveränitätsrechte verstehen. 2. Das einzige Mittel der Lösung sei die von der Pforte zuletzt proponierte Feststellung einer Autonomie für die Insel. 3. Der gegenwärtige Zustand, wo dritter Macht unter Verletzung des Völkerrechtes auf Kreta gewisse administrative Rechte eingeräumt worden sind, sei für die Pforte ganz und gar unannehmbar.

Mein italienischer Kollege, dem ich die obige Mitteilung verdanke, hat vorläufig den Eindruck, dass es möglich sein wird, eine Basis für weitere Verhandlungen zu finden. Sowohl er, als der englische Botschafter wollen an den Ernst der türkischen Regierung, an ihrem Standpunkt auch weiter festzuhalten, nicht glauben und sind der Meinung, dass die Note derselben namentlich den Zweck hat, der hiesigen öffentlichen Meinung einstweilen eine gewisse formelle Genugtuung zu geben.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 1656, 1692.

Nr. 1688. Vortrag an den Kaiser, 23. Juli 1909.^{a)} Konz. (S. u. G. Szápáry) und Ausfert.

In den beiden ehrfurchtsvollst anverwahrten Telegrammen^{b)} berichtet Euer Majestät Botschafter in London über ein Gespräch mit König Eduard, in dessen Verlaufe Höchstderselbe neuerdings den dringenden Wunsch zum Ausdruck brachte, auf dem Wege nach Marienbad Allerhöchstdenselben in Ischl einen Besuch abzustatten, jedoch erklärte, besonderen Wert darauf zu legen, dass hiezu irgendeine Aufforderung seitens Euer Majestät erfolge. Angesichts dieser Insistenz des Königs würde ich unvorgreiflich die vom Grafen Mensdorff formulierte Antwort für entsprechend halten, zumal dieselbe vollkommen mit meiner gegenüber Sir Fairfax Cartwright geführten Sprache übereinstimmt, welche die Allerhöchste Billigung gefunden hat. Ich nehme mir die ehrerbietigste Freiheit, die Allerhöchsten Befehle Euer Majestät darüber einzuholen, in welchem Sinne ich Graf Mensdorff diesbezüglich zu instruieren hätte.

Aehrenthal.

Auf der Ausfertigung: Ich bin mit der von Mensdorff vorgeschlagenen von mir in den beiliegenden Telegrammen angestrichenen Antwort^{c)} einverstanden. Franz Joseph (*eigh.*).

^{a)} Vgl. n. 1682, 1686, 1689 Anm. g, 1693, 1694. — ^{b)} n. 1685, 1686. — ^{c)} n. 1686 von: „Ich würde unvorgreiflich“ bis „herzlicher Weise zu empfangen“.

Nr. 1689. Aufzeichnung über eine am 24. Juli 1909 abgehaltene Unterredung mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Bratiano; Hietzing, im August 1909.^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Musulin u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Geheim. Herr Bratiano hat mich am 24. Juli in Hietzing aufgesucht und leitete unsere Unterredung damit ein, dass er mir mitteilte, Seine Majestät König Karol habe ihn beauftragt, mir für meine Bemühungen um die weitere Ausgestaltung der engen und freundschaftlichen Beziehungen der Monarchie zu Rumänien sowie insbesondere um das Zustandekommen des Handelsvertrages^{b)} höchst seinen Dank zum Ausdruck zu bringen; als Zeichen Seiner Anerkennung habe mir der König den Orden Carols I. verliehen, dessen Insignien Herr Bratiano mir gleichzeitig überreichte. Auf den Besuch Seiner k. und k. Hoheit des Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand^{c)} übergehend, versicherte mir der Herr rumänische Ministerpräsident, dass alle Welt in Rumänien über die Tage von Sinaia ungeteilte Befriedigung empfunden habe; nicht nur er selbst, sondern alle Persönlichkeiten, welche das Glück gehabt hätten, mit Seiner k. und k. Hoheit in Berührung zu treten, könnten die Liebenswürdigkeit, den hohen Ernst und das lebhafte Interesse des Herrn Erzherzogs nicht genug rühmen; für die Fortdauer der gegenwärtigen innigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten sei dieser Besuch jedenfalls von der größten Bedeutung gewesen. Herr Bratiano übergang nunmehr zu der Erörterung politischer Fragen und kam hier zunächst auf die politische Situation zu sprechen, wie sie sich nach dem Abschlusse der Annexionskrise entwickelt habe.^{d)} Was vor Allem das Verhältnis Oesterreich-Ungarns zu Russland anbelange, so meinte der rumänische Ministerpräsident, er hätte aus Gesprächen mit russischen Freunden den Eindruck gewonnen, dass man in Petersburg die Politik des Boudierens der Monarchie gegenüber kaum mehr sehr lange fortsetzen, sondern den Versuch machen werde, sich dem Wiener Kabinet wieder zu nähern. Ich erwiderte, dass auch ich unter derselben Impression stünde, dass man aber allerdings zwei Momente nicht übersehen dürfe, welche dagegen sprächen, dass eine derartige Wendung in der russischen Politik schon in nächster Zukunft eintrete. Einerseits nämlich werde das englische Kabinet, solange die Entente bestehe, in Petersburg seinen ganzen Einfluss aufbieten, damit Russland in Konstantinopel und am Balkan auch fernerhin seine eigenen politischen Wege gehe. Andererseits aber fände die heutige, auf der Entente mit England basirte Aussenpolitik Herrn Iswolskys (wenn sich auch manche russische Staatsmänner der Einsicht nicht verschlössen, dass diese Entente ein recht einseitiges und undankbares Geschäft sei) derzeit doch noch — wenn auch aus verschiedenen Gründen — die Unterstützung der beiden grossen massgebenden politischen Parteien. Jene der liberalen Partei aus Sympathie für ein Zusammengehen mit dem konstitutionellem England und jene der konservativ-reaktionären Gruppen der Rechten, weil eine den englischen Intentionen entsprechende auswärtige Prestige-Politik Russlands auch den nationalistischen Idealen dieser Gruppen entspricht. Die nächsten Bemerkungen Herrn Bratianos galten Bulgarien,^{e)} dessen weiteres politisches Verhalten den rumänischen

Ministerpräsidenten mit Rücksicht auf die schwankende Lage in der Türkei nach wie vor lebhaft beschäftigt. Er sagte mir, er habe getrachtet, von dem russischen Gesandten in Bukarest, Giers, zu erfahren, welche Haltung Russland im Falle eines bulgarischen Angriffes auf die Türkei einnehmen würde. Aus den Äußerungen Giers' sei hervorgegangen, dass Russland sich eines aktiven Eingreifens jedenfalls enthalten und sich höchstens zu einer moralischen Pression in Sofia aufraffen würde. Herr Bratiano fügte hinzu, es wäre ihm nur sehr daran gelegen, Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, wie sich die anderen Mächte zu einem türkisch-bulgarischen Konflikt stellen würden. Indem ich voranschickte, dass ich einen Zusammenstoß zwischen Bulgarien und der Türkei für die nächste Zeit als unwahrscheinlich erachtete, da ja gerade jetzt auf beiden Seiten das Bestreben wahrnehmbar sei, zu einer Annäherung zu gelangen und diese Tendenz wohl so lange fortbestehen werde, als in der Türkei halbwegs stabile Verhältnisse herrschten, erwiderte ich dem rumänischen Ministerpräsidenten ungefähr folgendes: Ich könnte einen ersten türkisch-bulgarischen Konflikt nur für den Fall annehmen, als das gegenwärtige jungtürkische oder auch ein ihm folgendes reaktionäres Régime sich als unfähig erweisen sollte, der inneren Schwierigkeiten Herr zu werden und die Consolidirung der Türkei durchzuführen. Den chaotischen Verhältnissen, die in einem solchen Falle in Mazedonien zweifellos wieder eintreten würden, wären dann die Mächte nicht mehr in der Lage, mit dem Versuche neuer Reformen zu begegnen; diese Phase sei endgiltig abgeschlossen. Da könnte dann allerdings der Wunsch, die bedrängten Brüder in Mazedonien zu befreien, in Bulgarien so mächtig werden und der Moment, die mazedonische Frage durch das Schwert zu lösen, den bulgarischen Staatsmännern so günstig erscheinen, dass ein bulgarischer Angriffskrieg mit Nothwendigkeit zu erwarten wäre. Ein solcher Krieg würde aber keineswegs auf die beiden Staaten lokalisiert bleiben, er würde wohl zu einer allgemeinen Konflagration am Balkan führen und alle Anwärter auf das türkische Erbe veranlassen, sich auf die lockende Beute zu stürzen. Herr Bratiano meinte, eben diese Eventualität berge die allergrößten Gefahren für die Ruhe Europas in sich, und er hoffe deshalb, dass die Mächte, und speziell Oesterreich-Ungarn, sich bemühen würden, einen derartigen Konflikt von allem Anfang an zu verhindern. Ich gab dem rumänischen Ministerpräsidenten zu verstehen, dass es weder in unserer Absicht, noch in unserem Interesse, noch in unserer Macht liegen würde, in der eben in Betracht gezogenen Situation nach seinen Wünschen vorzugehen. Durch die Durchführung der Annexion hätten wir eine so klare Lage geschaffen, dass wir der weiteren Entwicklung der Dinge am Balkan ruhig und bis zu einem gewissen Grade passiv zusehen könnten. Unsere Haltung würde also die der Nicht-Intervention sein; allerdings würden wir uns ausdrücklich vorbehalten, zusammen mit den anderen Signatarmächten des Berliner Vertrages bei der Lösung des Konfliktes und der Herstellung des neuen politischen Status auf der Balkanhalbinsel mitzuwirken. Wenn man in Rumänien davon ausginge, dass das Königreich eine neue Kräfteverteilung am Balkan nicht ruhig hinnehmen könne, ohne für sich gewisse Kompensationen zu verlangen, so wäre ich,

wie ich dies schon wiederholt zum Ausdruck gebracht hätte, der Ansicht, Rumänien sollte eine solche Haltung einnehmen, dass Bulgarien veranlasst werde, noch vor dem Ausbruch des Konfliktes mit der Türkei in Bukarest Fühlung zu nehmen und den Abschluss eines Akkords mit Rumänien zu versuchen. Sollten aber die bulgarischen Staatsmänner nicht in dem gewünschten Sinne reagieren — was voraussichtlich davon abhängen würde, ob und in welchem Maße Bulgarien der russischen Unterstützung sicher wäre — oder die Besprechungen zu keinem Ergebnis führen, so würden die rumänischen Interessen wohl dadurch am besten gewahrt, dass sich Rumänien im engsten Anschluss an Oesterreich-Ungarn und Deutschland vollkommen abwartend und passiv verhalte und erst bei der Liquidation der Krise mit seinen Ansprüchen hervortrete. Meine Ausführungen haben, wiewohl sie bloß die Wiederholung der Instructionen waren, die im verflossenen Winter an Prinzen Schönburg ergangen waren,^{f)} Herrn Bratiano sichtlich überrascht; er schien nicht erwartet zu haben, dass wir uns im Falle eines Zusammenbruches der Türkei auf das Princip der Nichtintervention zurückziehen würden, vielmehr anzunehmen, dass wir in diesem Falle Rumänien gewissermassen auffordern würden, als Mandatar der Mächte am Balkan zu fungiren. Namentlich die von Herrn Bratiano vertretene Idee, dass die Mächte von allem Anfang eine Balkankonflagration durch ihre Intervention im Keime ersticken sollten, lässt darauf schließen, dass man sich in Bukarest mit derartigen Hoffnungen heute noch trägt. Gegenüber meiner Argumentation vermochte der rumänische Ministerpräsident nur die eine Einwendung vorzubringen, dass es wohl nach einem siegreichen Feldzug viel schwieriger sei als vorher, den Sieger zur Herausgabe eines Kompensationsterritoriums zu bewegen; ich erwiderte, diese Erwägung wäre nur dann stichhältig, wenn Rumänien in dieser Frage mit Bulgarien allein zu verhandeln haben würde; dies werde jedoch nicht der Fall sein, da ja die Signatarmächte des Berliner Vertrages und auch die übrigen Balkanstaaten bei der Entscheidung in Betracht kämen. Herr Bratiano theilte mir hierauf mit, dass der türkische Handelsminister, welcher in Bukarest die Thronbesteigung des Sultans notifiziert habe, wieder auf die Idee einer türkisch-rumänischen Allianz zurückgekommen sei, dass dieser Anwurf Gabriel Effendis von rumänischer Seite dilatorisch behandelt wurde und dass man in Bukarest nicht die Absicht habe, sich im gegenwärtigen Moment und mit dem auf schwankender Grundlage ruhenden neuen Régime in ernste Verhandlungen einzulassen. Ich bestärkte Herrn Bratiano in diesem Vorhaben, indem ich bemerkte, ein Bündnis Rumäniens mit der Türkei wäre zwar allerdings das sicherste Mittel, um einen türkisch-bulgarischen Krieg zu verhindern; sobald in der Türkei konsolidierte Zustände eingetreten wären, könnte man diese Idee in Rumänien wohl auch in Erwägung ziehen; solange aber die Situation im türkischen Reiche nicht geklärt sei, würde ich es nicht für opportun halten, dass das Königreich durch bindende Abmachungen mit Konstantinopel seine Aktionsfreiheit beeinträchtige. Zum Schlusse unserer Unterredung erwähnte der Herr rumänische Ministerpräsident, dass er von Karlsbad aus, wohin er sich demnächst begeben, den Versuch unternehmen wolle, König Eduard in

Marienbad^{g)} seine Aufwartung zu machen. Ich vermute, dass dieser Absicht ein Auftrag König Carols zu Grunde liegt; Herr Bratiano soll wohl die Gelegenheit benützen, um zu sondieren, wie sich England, bei seiner eigenartigen Stellung in den Balkanfragen, zu etwaigen rumänischen Kompensationsforderungen verhalten würde. In dieser Annahme werde ich noch durch den Besuch bestärkt, den Herr Bratiano gelegentlich seiner Durchreise dem englischen Botschafter hier abstattete. Zufolge Äußerungen dieses Letzteren scheint der rumänische Ministerpräsident auch mit diesem eingehend das Thema der Eventualität eines türkisch-bulgarischen Conflictes besprochen zu haben.

Aehrenthal.

^{a)} Mit Erlaß vom 12. August 1909 Nr. 2729 bis 2732 nach Berlin (auch zur Mitteilung an die deutsche Regierung), St. Petersburg, Konstantinopel und Bukarest mitgeteilt. Vgl. n. 1714, 1718, 1720 Anm. h, 1726, 1731, 1738, 1740, 2117, 4418 Anm. b. — ^{b)} 1909, April 23. Bittner, Chronol. Verz. d. öst. Staatsverträge III 603 Nr. 5351. — ^{c)} Vgl. n. 1676. — ^{d)} Vgl. n. 1618. — ^{e)} Vgl. n. 1552. — ^{f)} Wohl n. 1182. — ^{g)} Vgl. n. 1688.

Nr. 1690. Bericht aus Paris, 24. Juli 1909 Nr. 17 E (eing. 26. Juli).^{a)} Ausfert.

Über meine Unterredungen mit Herrn Pichon in Betreff des serbischen Anlehens hatte ich die Ehre Euer Exzellenz zu berichten in meinen beiden Relationen Nr. 15 B vom 26. Juni und Nr. 16 D vom 10. Juli. Seither ist mir die hohe Weisung No. 2445 vertraulich vom 11. Juli zugekommen, für welche ich meinen ergebensten Dank erstatte. Ich war von dem Resultate meiner Conversationen mit dem Herrn Minister des Äussern nicht befriedigt, und da derselbe die Verantwortung für das Geschäft seinem Collegen Caillaux zuschob, habe ich den Finanzminister aufgesucht. Herr Caillaux war von meinem Bedenken unterrichtet worden und hat sich mir gegenüber mit sehr anerkennenswerther Offenheit ausgesprochen. Herr Caillaux hatte mit dem serbischen Finanzminister Paču, der heute von hier abgereist ist, mehrere Besprechungen. Nach den Mitteilungen Caillaux' ist mit den Banken bis zur Stunde ein Einvernehmen nicht hergestellt. Es scheint eine Differenz bezüglich des Begebungs-Curses zu bestehen. Caillaux nimmt jedoch an, dass die Einigung erfolgen und das Anlehen im Betrag von 110 Millionen Franken im Herbst auf den Markt gebracht wird. Eine Beteiligung deutscher Banken sei vorhergesehen. Der Herr Finanzminister hat, wie er mir sagte, die successive Flüssigmachung des Anlehens nur unter der Bedingung erlaubt, dass er genaue Kenntnis über die Verwendung erhalte. 80 Millionen sollen für den Bau von Eisenbahnen verwendet werden. Circa 20 Millionen sind bestimmt für die Zahlung von bereits geliefertem Kriegsmaterial, wofür im verflossenen Jahre Schulden contrahirt wurden. Die restirenden 10 Millionen werden den bei solchen Operationen gewöhnlichen Weg gehen, und welche unter dem Sammelnamen „Finanzierungskosten“ zusammengefasst werden. An Neubestellungen sei nur ein kleiner Betrag in Aussicht genommen, der eine Lieferung von Geschütz-Munition betrifft. Herr Caillaux ist der Ansicht, dass Frankreich, das beinahe die ganze serbische Staatsschuld unter seine Sparer untergebracht

hat, ein mächtiges Interesse habe an der ökonomischen Prosperität Serbiens. Deshalb müsse er wachen, dass dieses kleine Land nicht neuerdings in ein gefährliches Fahrwasser mit seiner Politik steuere. Über mein Befragen sagte Caillaux, dass nicht die Rede sein könne von einer Unifizierung der serbischen Staatsschuld, aber auch nicht von der Aufstellung eines englischen Controllorganes. Frankreich würde gegen ein solches Beginnen energischen Einspruch erheben. Der Herr Finanzminister meinte, dass die wirtschaftliche Entwicklung und Erstarkung Serbiens ganz von unserem Wohlwollen abhängen. Er würde daher wünschen, dass wir bald mit Serbien ein handelspolitisches Arrangement eingehen, welches unserem Nachbar Ruhe und Ausfuhr seiner Produkte gewähren würde. Von anderer Seite bin ich benachrichtigt worden, dass die serbischen Unterhändler mit dem Resultate ihrer Bemühungen unzufrieden sind und die Schwierigkeiten, welchen sie hier begegneten, meinen Intriguen zuschreiben.

Khevenhüller.

a) Vgl. n. 1735 Anm. d.

*Nr. 1691. Privatschreiben nach St. Petersburg, 24. Juli 1909 Nr. 2557.^a)
Konz. (S. Brusselle; V. Musulin; G. Aehrenthal).*

Vertraulich. Bei Ihren letzten Begegnungen mit Herrn Iswolsky haben Hochdieselben, wie ich Ihren einschlägigen Berichten, unter Anderen Ihrer Relation vom 1./14. I. M. No. 25 K und dem Privatbriefe vom 15. I. Mts.^b) entnehme Gelegenheit gehabt zu konstatieren, dass die Gedankenrichtung des Herrn russischen Ministers noch immer von seiner persönlichen Rancune und von der Erinnerung daran beherrscht wird, dass es ihm nicht gelungen ist sich in der Krise des letzten Winters eine dankbare Rolle zu sichern. Die Art und Weise wie Herr Iswolsky die erste Gelegenheit einer mündlichen Auseinandersetzung wahrnahm, um seine alten griefs wieder aufzuwärmen, entspricht ganz dem unaufrichtigen Zug, an den wir uns bei dem Leiter der Auswärtigen Politik Russlands nachgerade schon gewöhnt haben. Ich kann in dem Umstande, dass Herr Iswolsky die angeblich unsererseits erfolgte Mitteilung an die Presse über die Vorgeschichte der Abberufung des russischen Konsuls Pustoschkine herangezogen hat, um seine Abneigung einen vertraulichen Gedanken-Austausch mit uns zu pflegen, neuerlich zu begründen, nur die Tendenz erblicken, irgend eine Gelegenheit bei den Haaren herbeizuziehen, um mir unangenehm zu werden. Mir war über den betreffenden Gegenstand nur bekannt gewesen, dass vor einigen Monaten kurze Notizen über die Verwicklung Konsul Pustoschkine's in die Spionage-Affaire Montschalowsky in den Lemberger Blättern erschienen waren. Ich habe seither auf Grund Ihres Privatschreibens vom 15. I. Mts. amtliche Erhebungen darüber anstellen lassen, welcher tatsächliche Sachverhalt der grotesken Behauptung Herrn Iswolsky's zu Grunde liegen könnte, dass die die Abberufung Pustoschkine's betreffenden Tatsachen in Lemberg öffentlich affichirt worden wären und erhalte eben die amtliche Mitteilung, dass, wie zu erwarten war, weder Seitens der galizischen Behörden noch Seitens der Pressleitung des k. k. Ministerrats-Präsidiums den Blättern irgend eine Mitteilung über den Fall zugekommen

ist. Euer Excellenz erhalten mit diesem Couriere und in Erledigung des Berichtes No. 25 K^c) einen speziellen Erlass,^{b)} in welchem das Resultat der Erhebungen detaillirt niedergelegt ist, die über in der Affaire Pustoschkine angeblich begangene Indiscretionen angestellt wurden. Ich möchte hier nur feststellen, dass die Haltung Herrn Iswolsky's in den verschiedenen Angelegenheiten, in denen Euer Excellenz in der letzten Zeit mit ihm Rücksprache pflogen — hieher gehört auch die Nichtbeteiligung Russlands an der bevorstehenden internationalen Jagdausstellung in Wien —, die in meinen früheren Erlässen zum Ausdruck gebrachte Anschauung bekräftigt, dass wir gut daran thun werden, Russland gegenüber in der nächsten Zeit und so lange Herr Iswolsky am Ruder bleibt, die grösste politische Reserve zu beobachten. Eine solche Haltung ist angesichts der Dispositionen Herrn Iswolsky's nicht nur die einzig mögliche, sie ist auch diejenige, von der wir uns allein einen gewissen Effekt versprechen können. Bekanntlich hat die Zurückhaltung, mit der Hochdieselben dem russischen Minister im heurigen Winter aus dem Wege giengen, zur Folge gehabt, dass Herr Iswolsky sich wieder anzubiedern versuchte. Es ist anzunehmen, dass die Befolgung derselben Taktik, wenn Herr Iswolsky im Herbst nach Petersburg zurückkehrt, auch wieder zu demselben Resultate führen wird. Wir würden übrigens auch abgesehen hievon nur Gleiches mit Gleichem vergelten, denn ich habe Fürst Urusoff, der seit langem wieder in Wien ist, schon seit Monaten nicht gesehen. Ich muss es Ihrem bewährten Takte überlassen zu entscheiden, wie es anzustellen sei, die Richtigstellung der Erfindung Herrn Iswolsky's über unsere angebliche Mitwirkung an den Veröffentlichungen, die den Consul Pustoschkine angehen, vorzunehmen, ohne hiebei die Linie der strikten Reserve, die jede vertrauliche Annäherung an Herrn Iswolsky ausschliesst, zu überschreiten.

a) Vgl. n. 1698, 2038. — b) Nicht aufgenommen. — c) Vom 14. Juli.

Nr. 1692. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 26. Juli 1909 Nr. 366 (eing. 27. Juli 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Hilmi Pascha kam heute mir gegenüber auf die letzten Erklärungen Sir. E. Greys im englischen Unterhause in Betreff Kretas zu sprechen. Er sagte, dass die Rede des englischen Ministers und insbesondere der Passus betreffend die Aufrechterhaltung der Rechte der Pforte über die Insel auf die türkische Regierung einen sehr guten Eindruck gemacht habe. Auch hätte dieselbe überhaupt von den vier Mächten Versicherungen erhalten, welche sie in Betreff der Intentionen der letzteren zu beruhigen geeignet seien. Hilmi Pascha sagte mir ferner, Herr Rhalli habe dem türkischen Gesandten in Athen gegenüber die bündigsten Versicherungen hinsichtlich eines korrekten Verhaltens Griechenlands in Hinkunft abgegeben. Der griechische Premierminister habe die strengsten Massregeln behufs Verhinderung des Uebertrittes von Banden und des Waffenschmuggels nach der Türkei in Aussicht gestellt; auch habe er versichert, dass die ungefähr 200 beurlaubten griechischen Offiziere, welche sich in Mazedonien aufhalten, wieder nach Griechenland zurückberufen werden sollen. Ueber

die Durchführung letzterer Massregel besitze die Pforte bereits Informationen. Der Grossvezir schloss seine spontanen Auslassungen mit der Erklärung, dass, falls das neue griechische Kabinett seine Versprechungen wirklich halten sollte, von türkischer Seite nichts vorkommen werde, was den Frieden stören könnte. Im Laufe des Gespräches erwähnte Hilmi Pascha noch, dass die bei dem in Salonik verhafteten griechischen Offizier vorgefundenen Papiere für das frühere griechische Kabinett tatsächlich äusserst gravierend seien; unter dem Eindrucke der Erklärungen Herrn Rhallis sei indessen die Pforte von ihrer ursprünglichen Absicht, diese Papiere zu veröffentlichen, abgekommen und wolle dieselben nur den hiesigen Botschaftern vertraulich mitteilen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 1687, 1710.

Nr. 1693. Tel. nach London, 26. Juli 1909 Nr. 118 (chiffr. 12 U. 40 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Euer Excellenz Telegramme No. 103 und 104 erhalten und Seiner Majestät unterbreitet. Ueber Allerhöchsten Auftrag sind Euer Excellenz ermächtigt, König Eduard zu sagen, dass Sie den Inhalt der jüngsten Konversation zur Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers und Königs gebracht haben. Euer Excellenz wollen ferner dem König mitteilen, dass Seine Majestät, unser Allergnädigster Herr, falls der König den Wunsch zur Ausführung brächte, Seine Majestät den Kaiser und König in Ischl zu besuchen, Sich freuen würde, ihn in gewohnter herzlicher Weise zu empfangen. Diese Antwort entspricht der von Euer Excellenz gemachten Anregung, enthält eine, wie es scheint, von König Eduard gewünschte Message unseres Allergnädigsten Herrn und vermeidet das Ergreifen einer Initiative seitens des Allerhöchsten Hofes. Wie Ihnen aus Telegramm No. 113 bekannt, habe ich Sir F. Cartwright gegenüber eine identische Sprache geführt. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1694.

Nr. 1694. Tel. aus London, 27. Juli 1909 Nr. 106 (eing. 28. Juli 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 118 vom 26. dieses Monats. Ich habe König Eduard in Befolgung des Allerhöchsten Befehles verständigt. Seine Majestät sagte mir, dass er diese Message so auffasse, dass unser Allergnädigster Herr ihn nicht einladen, ihn aber mit gewohnter Freundschaft und Güte aufnehmen würde, wenn er sich ansage. Der Standpunkt des Königs sei nun folgender: Ansagen könne er sich nicht. Seit seiner Thronbesteigung sei er einmal in Wien gewesen, unser Allergnädigster Herr habe ihn freundlich in Marienbad besucht und seither war der König in Ischl. Er würde nun in diesem Jahre gerne aufgefordert werden zu kommen. Falls Seine k. u. k. Apostolische Majestät ihm telegraphieren würde: „Ich höre, Du fährst nach Marienbad. Willst Du unterwegs einige Stunden bei mir zubringen“ oder etwas dergleichen, oder es ihm durch mich sagen liesse, so würde der König mit Freude darauf

eingehen und unofficial (in kleiner Uniform etc.) kommen. Ansagen könne er sich aber diesmal aus verschiedenen Gründen nicht — Kaiser Wilhelm würde gleich sagen, dass, „während er in Norwegen ist, ich das benütze, um mich in Ischl anzusagen.“ Auch wolle und könne der König sich nicht aufdrängen, da er wisse, wie sehr Seine kaiserliche und königliche Apostolische Majestät die Ruhe in Ischl brauche und schätze und wie schwierig es Allerhöchstdemselben manchmal wird, die sich ansagenden hohen Besuche abzuwehren. Erhält der König keine weitere Aufforderung direkt oder durch mich, so würde er, da er ohnedies wenig Zeit hat, es dabei lassen, direkt nach Marienbad zu reisen. Seine Majestät sagte mir, dass dabei durchaus nicht von Verstimmung die Rede wäre und er vollständig begreifen würde, wenn Seine kaiserliche und königliche Apostolische Majestät ungestört sein wolle. Seine Pläne müsse er in den allernächsten Tagen festsetzen, so daß er mich ersuchte, wenn möglich ihm in den nächsten zwei Tagen zu sagen, ob er sich vorbereiten soll, nach Ischl zu gehen oder nicht. Mein persönlicher Eindruck ist der, dass der König wirklich sehr gerne unseren Allergnädigsten Herrn sehen würde, dass aber die Berichterstattung Sir F. L. Cartwrights über seine Unterredungen mit Euer Exzellenz den Höchsten Herrn etwas misstrauisch gemacht haben, dass man ihm unsererseits eine zu weitgehende Initiative zuschieben möchte. Unter diesen Umständen wage ich es nicht, eine weitere Suggestion zu unterbreiten. Wenn es sich mit dem von Euer Exzellenz eingenommenen Standpunkte, dass die Initiative nicht von unserem Allerhöchsten Hofe ausgehen soll, vereinigen lässt, dem König eine Aufforderung zukommen zu lassen, wie er sie sich denkt, so würde dies unzweifelhaft auf ihn den besten Eindruck machen und die Begegnung der erlauchten Monarchen würde gewiss überall so gedeutet werden, dass die Verstimmungen und Missverständnisse der letzten Monate abgeschlossen sind, wobei doch schliesslich — wenn auch von unserem Allergnädigsten Herrn aufgefordert — der König das grössere Empressement zeigen würde, nachdem er es wäre, der den Umweg macht, um unseren Allergnädigsten Herrn zu besuchen. Ich bitte um hochgeneigte telegraphische Übermittlung weiterer Allerhöchster Befehle.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 1688, 1695, 1696.

Nr. 1695. Tel. nach London, 29. Juli 1909 Nr. 122 (chiff. 4 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Gager; V. Aehrenthal; G. Gager).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 106 und Seiner Majestät unterbreitet, Allerhöchstwelcher Euer Exzellenz ermächtigen, König Eduard auf Höchstdessen neuerliche Demarche in der Besuchsfrage nachstehende Message unseres Allergnädigsten Herrn zukommen zu lassen: König Eduard wisse bereits, daß unser Allergnädigster Herr, falls der König den Wunsch zur Ausführung brächte, Ihn in Ischl zu besuchen, Sich freuen würde, Seine Majestät in gewohnter herzlicher Weise zu empfangen. Mit Rücksicht auf den so bescheidenen Rahmen der Hofhaltung in Ischl habe Seine Majestät unser Allergnädigster Herr es Sich jedoch zur Regel gemacht, fremde Souveräne dorthin nicht einzuladen und möchte Allerhöchstderselbe,

so gerne Er den König dortselbst begrüßen würde, von dieser Regel auch Höchstdem Letzteren gegenüber nicht abweichen, um in dieser Beziehung kein Präcedens zu schaffen. Vertraulich füge ich bei, daß die Berufung König Eduards auf die Beurteilung, welche ein ohne spezielle Einladung erfolgender Besuch Höchstdesselben in Ischl seitens Kaiser Wilhelms finden könnte, schon aus dem Grunde nicht zutreffend erscheint, da Seine Majestät der König ja erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit einen offiziellen Besuch am Berliner Hofe abgestattet hat.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1696.

Nr. 1696. Tel. aus London, 30. Juli 1909 Nr. 108 (eing. 9 U. 20 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 122 von gestern. Ich habe heute vormittags in Goodwood König Eduard dem Allerhöchsten Befehle gemäss die im Telegramm enthaltene Message bestellt. Bei Betonung der absoluten Regel unseres Allergnädigsten Herrn, keinen Souverän nach Ischl einzuladen, erinnerte ich den König daran, dass Seine k. u. k. Apostolische Majestät im vorigen Jahre sogar angeboten hatte, Allerhöchstseinen Sejour zu unterbrechen, um den König in Schönbrunn zu empfangen. Seine Majestät bemerkte, es wäre vielleicht besser, unseren Allergnädigsten Herrn nicht zu stören, wollte sich aber nicht aussprechen und stellte mir eine Mitteilung von Cowes in Aussicht, wohin sich König Eduard heute begibt. Mein Eindruck ist, dass der König persönlich gerne käme, vom Foreign Office aus aber nicht gewünscht wird, dass er eine Initiative ergreife. Ich habe im Auswärtigen Amte die Frage des Besuches nicht zur Sprache gebracht.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1694, 1695, 1697.

Nr. 1697. Tel. aus London, 30. Juli 1909 Nr. 109 (eing. 31. Juli 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 108 von heute. Privatsekretär des Königs von England teilt mir soeben schriftlich folgende Antwort auf Message, welche ich heute früh in Goodwood dem Könige gab, mit: „Seine Majestät versteht vollständig die Situation und obwohl er bedauert, dass Seine k. u. k. Apostolische Majestät nicht in der Lage ist, ihn für nächsten Monat nach Ischl einzuladen, glaubt er, dass es jetzt besser wäre, die Begegnung auf ein anderes Jahr zu verschieben, besonders weil König Wert darauf legt, dass sein Aufenthalt im Auslande keinen politischen Charakter haben und ganz privat sein soll.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1700, 1704.

Nr. 1698. Bericht aus St. Petersburg, 18./31. Juli 1909 Nr. 26 D (eing. 2. Aug.).^{a)} Ausfert.

Im Gefolge Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin auf ihrer Reise nach Frankreich und England hat sich der Herr Minister des Äussern

ins Ausland begeben, von wo er erst Mitte September zurückkehren soll. Herr Iswolsky beabsichtigt, wie mir sein Adjoint mitteilt, nach den Tagen von Cherbourg und Cowes den neuerer Zeit zu einer gewissen Berühmtheit gelangten Professor Lampe zu Frankfurt wegen eines diabetischen Leidens zu konsultieren und sodann den Direktiven genannten Arztes entsprechend, eine Badekur zu absolvieren. Die längere Abwesenheit des Leiters der auswärtigen Angelegenheiten wird vom diplomatischen Korps umsoweniger schmerzlich empfunden, als sein Vertreter, Herr Sazonoff, sich durch liebenswürdiges Benehmen und mittheilsames Wesen in kurzer Zeit allgemeine Sympathien erworben hat. Was meine persönlichen Beziehungen zu Herrn Iswolsky anbelangt, haben dieselben infolge der Euer Exzellenz bekannten neuerlichen Recrudescenz seiner geschäftlichen Umgangsformen eine gewisse Abkühlung erfahren, indem ich das Cabinet des Ministers seit jenem Tage, wo er sich veranlasst sah die Grenzlinien des diplomatischen Verkehrs mit dem Wiener Kabinete nach freier Willkür von neuem auszustecken,^{b)} prinzipiell nicht mehr betreten habe. Ich fühlte mich hiezu veranlasst einerseits, um nicht zu der irrigen Annahme Anlass zu geben, dass eine längere Entbehrung des persönlichen Kontaktes mit dem Minister eine fühlbare Lücke in meinem dienstlichen Dasein zeitigen müsse, andererseits im Hinblick auf seine mir gegenüber beliebte Betonung warmer Freundschaft und hoher Achtung, die es mir rätlich erscheinen liess, jedem Anscheine, als könnte es ihm gelingen, meine Person mit Erfolg auszuspielen, unzweideutig auszuschliessen. Auch die Abreise Herrn Iswolsky's hat mich nicht bewegen können, aus meiner selbst aufgelegten Reserve hervorzutreten und ihm die Hand zum Abschiede zu drücken, dies umso mehr, als mir kurz vorher seine wenig verbindliche Haltung in Bezug auf die Wiener Jagd-ausstellung zur Kenntniss gekommen war. Der Minister hat übrigens — *pari passu* — auch der deutschen Regierung gegenüber in der letzten Zeit keine sonderlich liebenswürdige Maske aufgesetzt. So anlässlich eines Abschiedsgrusses, den ihm der abgetretene Reichskanzler durch den hiesigen deutschen Geschäftsträger zukommen liess. Es war darin der Befriedigung des Fürsten Bülow Ausdruck gegeben, dass am Vorabende seines Scheidens vom Reichskanzleramte die von ihm stets betonte Solidarität der deutsch-russischen Interessen in solch' eklatanter Weise zum Ausdrucke gekommen sei, wie dies bei der Kaiserbegegnung in den finnischen Schären der Fall gewesen. Die Aufnahme dieser Botschaft soll „kühl, um nicht zu sagen frostig“ gewesen sein und in Grafen Mirbach-Harff den Eindruck hervorgerufen haben, mit dieser freundschaftlichen Kundgebung „glatt abgefallen“ zu sein. Es mag sich — von ferne betrachtet — einigermassen auffallend ausnehmen, dass die Gefühlsäusserungen des Herrn Ministers des Äussern kurz nach jener Kaiserbegegnung, welche eine Annäherung der beiden Nachbarmonarchien zu präludieren schien und in weiterer Folge eine Besserung in den Beziehungen zwischen Wien und St. Petersburg vorahnen liess, merklich an Wärme zu wünschen gelassen haben. Ich glaube dies dem Umstand zuschreiben zu sollen, dass die alte, im Organismus Herrn Iswolsky's angesammelte Rancune gegen den Ballplatz und die Wilhelmstrasse durch die persönlich in Björkoe erfahrene Zurücksetzung neue

Nahrung gefunden hat, gleichzeitig aber auch die daselbst seinem Minister-Kollegen und Regierungschef von höchster Seite gegebenen Versicherungen ihm den Mut jenes Helden der bekannten französischen Tierfabel verliehen haben, welcher in den sprichwörtlich gewordenen „coups de pied de l'âne“ zum Ausdruck zu kommen pflegt. Mit lebhafter Befriedigung habe ich aus dem inzwischen erhaltenen gütigen Schreiben Euer Exzellenz vom 24. d. M. ersehen, dass Hochdieselben eine tunlichste Zurückhaltung im Verkehre mit dem Aussenminister für zweckmässig erachten, somit mein vorgeschildertes Verhalten Billigung bei Euer Exzellenz finden dürfte. Auf Grund mancher, nicht eben dornenfreier Erfahrungen glaube ich einen genügend tiefen Einblick in das Seelenleben des Herrn Ministers gewonnen zu haben, um die Überzeugung aussprechen zu können, dass das Gesetz der Furcht weit eher eine Wirkung auf denselben auszuüben im Stande ist, als das Gesetz der Liebe. Und somit kann ich mich nur vollkommen der von Euer Exzellenz vertretenen Anschauung anschliessen, dass von einem weiteren Beharren in der passiven Haltung über kurz oder lang eine neue „Anbiederung“ Seiner Exzellenz gewärtigt werden könne. Sollte daher Herr Iswolsky, trotzdem er sich bisher nicht eben als erstklassiger Reiter erwiesen hat und wiederholt aus dem Sitze gekommen ist, weiterhin eine Zeit lang noch im Sattel sich erhalten können, wird die richtige — bereits einmal bewährte — Taktik bei seiner Rückkehr vom Urlaube darin bestehen, ihm bei Wiederaufnahme des persönlichen Verkehres den Vortritt zu lassen.

Berchtold.

a) Vgl. n. 1947. — b) Vgl. n. 1675.

Nr. 1699. Erlaß an den Legationssekretär Otto Franz in Belgrad, 2. Aug. 1909 Nr. 2632. a) Konz. (S. Matscheko; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Vor dem Antritte seinesurlaubes hat mich der serbische Gesandte aufgesucht . . . *Grenzzwischenfälle und Handelsvertragsverhandlungen* . . . Herr Simić berührte hierauf das Thema der Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zwischen uns und Serbien und versicherte mir, er habe in Belgrad, wo er sich vor einigen Tagen kurz aufgehalten habe, bei allen ernst zu nehmenden Politikern in diesem Punkt volle Übereinstimmung und die besten Dispositionen angetroffen. Auch Herr Milovanović sei überzeugt, daß Serbien ein freundschaftliches Verhältnis zur Monarchie anstreben müsse, und würde in diesem Gedankengange Wert darauf legen, wenn er auf seiner Rückkehr von Marienbad, wo er jetzt die Kur gebrauche, in Wien Gelegenheit zu einer Aussprache mit mir finden könnte. Ich antwortete dem Herrn Gesandten, daß auch wir unsererseits von den gleichen Intentionen erfüllt wären, und daß ich gerne bereit sei, wenn Herr Milovanović eine mündliche Besprechung wünsche, ihn gelegentlich seiner Durchreise durch Wien zu empfangen. Im Begriffe fortzugehen, versuchte Herr Simić, noch einige Klagen über den Hochverratsprozeß in Agram vorzubringen. Ich unterbrach ihn jedoch nach den ersten Worten und betonte, daß auch ich es auf das lebhafteste bedauerte, daß der Prozeß notwendig geworden sei; ich hätte darauf Einfluß genommen, daß die

Verhandlung möglichst rasch durchgeführt werde und daß offizielle serbische Persönlichkeiten nur dann und insoweit genannt würden, als dies für die Durchführung des gerichtlichen Verfahrens unbedingt erforderlich wäre. Ich fände es nicht unbegreiflich, daß der Prozeß in Serbien unangenehm berühre, aber diese Unannehmlichkeit müsse man in Serbien als eine Konsequenz des wenig freundlichen Verhaltens, welches man dort in den letzten Jahren der Nachbarmonarchie gegenüber an den Tag gelegt habe, eben hinnehmen und darin nur eine Warnung erblicken, in Zukunft nicht wieder ähnliche Methoden aufzunehmen. Der vorstehenden Darstellung meiner Unterredung mit Herrn Simić, welche ich Euer Wohlgeboren zu Ihrer Orientierung zukommen lasse, möchte ich noch einige Bemerkungen über das von Euer Wohlgeboren mit Bericht Nr. 58 A vom 20. v. M. vorgelegte Communiqué hinzufügen, welches in der offiziösen „Samouprawa“ erschienen ist und worin, anknüpfend an den Agramer-Prozeß, die gehässigsten Angriffe gegen uns gerichtet werden. Unter dem ersten Eindruck dieser maßlosen Ausfälle des serbischen Regierungsblattes hatte ich Schritte unternommen, damit dieselben in der hiesigen und der ungarischen Presse durch eine Erwiderung etwa des nachstehenden Inhaltes, zurückgewiesen würden. Der Verlauf des Prozesses habe bewiesen, daß es unbedingt notwendig gewesen sei, ihn zu führen, ebenso unvermeidlich sei es, daß bei seiner Durchführung Dinge zur Sprache kommen, die in Serbien unliebsames Aufsehen erregen. Die Tatsachen, um die es sich handle, gehörten jedoch einer überwundenen Phase der österreichisch-ungarisch-serbischen Beziehungen an. Wenn wir es auch bedauerten, daß die Erörterung dieser Fakten nicht zu umgehen sei, so müßten wir doch konstatieren, daß die Sprache des offiziösen serbischen Organs nicht den Zusicherungen freundschaftlichen Verhaltens entspreche, welche uns die serbische Regierung seinerzeit gegeben habe. Namentlich aber müßten wir gegen die Tendenz protestieren, diese Angelegenheit, die höchstens Österreich-Ungarn und Serbien angehe, gewissermaßen vor das Forum der öffentlichen Meinung Europas zu bringen. Von der Publizierung einer in diesem Sinne gehaltenen Entgegnung auf den Gallenerguß des serbischen Blattes habe ich jedoch, um diesen Angriffen nicht ein unverdientes Relief zu geben, sowie aus dem Grunde wieder Abstand genommen, weil der ungarische Journalistenverein „Otthon“, an den von französischer Seite im serbenfreundlichen Sinne appelliert worden war, bekanntlich in der Zwischenzeit eine Erklärung veröffentlicht hat, in der die serbischen Verdrehungen bereits eine entsprechende Erwiderung gefunden haben.

a) Vgl. n. 1769 Anm. e.

Nr. 1700. Tel. aus London, 2. Aug. 1909 Nr. 111 (eing. 6 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Unter der Aufschrift „Anglo-Austrian relations“ reproduziert der Standard vom 31. d. M. einen Artikel des Berliner Tageblattes aus Wien vom 30. d. M., worin behauptet wird, vorjähriger Besuch des Königs Eduard in Ischl sei sehr unfreundlich verlaufen, da Seine k. u. k. Apostolische

Majestät die vom König erbetene Intervention in Berlin zwecks Verminderung der deutschen Flottenbauten energisch abgelehnt und König Eduard wieder seinerseits seine Zustimmung zur Annexion Bosniens und der Herzegowina ohne vorheriges Einverständnis aller Mächte verweigert habe. Desgleichen gibt oberwähnte englische Zeitung einen Artikel Friedjungs in der Vossischen Zeitung wieder, in welcher der Wunsch des Königs, in diesem Jahre nach Ischl eingeladen zu werden, besprochen und die Ablehnung einer Initiative seitens des Allerhöchsten Hofes mit politischen Motiven begründet wird. Mit Rücksicht auf diese beiden Artikel hat das hiesige Auswärtige Amt heute nachstehendes Communiqué an die Presse ergehen lassen: „Die in einer Berliner Zeitung erschienene, angeblich aus Wien stammende Darstellung von Vorkommnissen anlässlich der vorjährigen Zusammenkunft des Königs mit Kaiser Franz Joseph in Ischl ist vollkommen unwahr und entbehrt jeder Grundlage. Der Besuch diene zur Bekräftigung der seit lange bestehenden freundschaftlichen Beziehungen der beiden (Souveräne),^{b)} welche sich in der herzlichsten Weise trennten. Während des Beisammenseins wurde weder die Frage der Flottenrüstungen noch die Balkanpolitik von den beiden Souveränen erwähnt. Es ist nicht üblich, dass der König den Kaiser von Österreich auf der Reise nach Marienbad in Ischl besucht und er würde in die Zurückgezogenheit Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät nicht einzudringen wünschen, ohne hiezu von Allerhöchstdemselben eingeladen worden zu sein.“

Mensdorff.

a) Vgl. n. 1697, 1703. — b) Chiffre fehlt.

Nr. 1701. Bericht aus Berlin, 3. Aug. 1909 Nr. 25 A (eing. 5. Aug.). Ausfert.

Streng vertraulich. Für Herrn von Bethmann-Hollweg war es gewiss keine leichte Aufgabe die schwere Bürde des deutschen Reichskanzleramtes zu übernehmen, und ich zweifle nicht an seiner vollen Aufrichtigkeit, wenn er mir, wie er es gestern tat, versicherte, dass er nur mit grossen Bedenken dem Rufe seines kaiserlichen Herrn nachkommen konnte. Mit voller Offenheit gestand mir der neue Reichskanzler, er sei mit dem complicirten Räderwerke der auswärtigen Politik bisher wenig vertraut; es werde ihm — so sagte er mir — keine geringe Mühe kosten, sich in dieses wichtige Ressort hineinzuarbeiten. Sein Hauptbestreben werde darauf gerichtet sein, die Sympathien des Auslandes sich zu erwerben und die im internationalen Gebiete auch für Deutschland bestehenden vielfachen Reibungsflächen soviel als möglich zu verringern. In dieser Beziehung habe Fürst Bülow ihm eine wohl verwaltete Erbschaft hinterlassen, welche seine Aufgabe nicht unbedeutend erleichtere. Den „Pivot“ seiner Politik bilde selbstverständlich das enge und vertrauensvolle Bündnis mit Österreich-Ungarn; aber auch mit den anderen Mächten werde er bestrebt sein gute Beziehungen aufrecht zu erhalten, was ihm hoffentlich auch gelingen werde, da ja zwischen Deutschland und allen Mächten im gegenwärtigen Momente und wohl auch für absehbare Zukunft, die Beziehungen freundschaftlich und normal seien. Die einzige Ausnahme bilde diesbezüglich das gegenseitige Verhältnis

zwischen Deutschland und England, welches leider in vieler Hinsicht Manches zu wünschen übrig lasse. Da aber sein kaiserlicher Herr und, wie er annehmen müsse, auch der König von England grossen Wert auf ein freundschaftliches Auskommen legen, so werde es hoffentlich mit der Zeit gelingen, die bestehenden und sich immer wieder erneuernden Missstimmungen niederzuhalten und auszugleichen. In erster Linie müsse zu diesem Zwecke auf die öffentliche Meinung hier und in England eingewirkt werden; Kaiser Wilhelm lege zwar grosses Gewicht auf den „die Gegensätze ausgleichenden“ persönlichen Verkehr der beiden Monarchen, doch lehre die Erfahrung, dass bisher auf diese Art der gewünschte Erfolg keineswegs herbeigeführt werden konnte. Was hingegen Russland betreffe, so glaube er, dass das Wiederaufleben der persönlichen intimen Beziehungen zwischen den beiden Kaisern ganz gute Früchte tragen werde. Die traditionellen guten Beziehungen zwischen Deutschland und dem nördlichen Nachbarreiche hätten in letzter Zeit zweifellos eine gewisse Einbusse erlitten, doch habe es den Anschein, dass nunmehr eine günstige Wendung eingetreten sei; er sei überzeugt, dass dies auch den Interessen Österreich-Ungarns entsprechen müsse. Ein Zuviel und ein gar zu schnelles Tempo in der Ausgestaltung intimer Beziehungen zwischen Deutschland und Russland wäre nach seiner Ansicht kaum wünschenswert, doch werde wohl in dieser Beziehung das gehörige Mass eingehalten werden. Der Reichskanzler fügte hinzu, er sehe mit Interesse einer mündlichen Erörterung all dieser Fragen mit Eurer Excellenz entgegen; es werde ihm immer zur Genugtuung gereichen, sich die grossen Erfahrungen, die Eurer Excellenz zu Gebote stehen, zunutze zu machen. . . . *Innere Zustände des Deutschen Reiches.* . . . Szogyény.

Nr. 1702. Privatschreiben aus Berlin, 3. Aug. 1909 (eing. 5. Aug.).^{a)} Ausfert.

Dem Reichskanzler, der soeben von einem kurzen Ausfluge auf seinem in der Nähe von Berlin gelegenen Gute^{b)} hierher zurückgekehrt ist, und der heute Abend zum Vortrage bei Kaiser Wilhelm sich nach Swinemünde begibt, habe ich gestern einen Besuch gemacht. Über meine Unterredung mit ihm berichte ich anderer Stelle.^{b)} Den geheimen Erlass vom 20. Juli l.J. Nr. 2509 in Betreff der Vorschläge Herrn Tittoni's habe ich mit verbindlichstem Danke zu empfangen die Ehre gehabt, und den Inhalt desselben zur Kenntniss des Staatssecretärs gebracht. Ebenso habe ich Freiherrn von Schön in die mir mit der streng vertraulichen hohen Weisung vom 23. Juli l. J. Nr. 2537^{c)} übersandten zwei Berichte des Grafen Berchtold, (Äusserungen Herrn Tscharykoffs über die Ziele der russischen Balkanpolitik) Einsicht gegeben. Der Staatssecretär nahm meine Mitteilungen mit grossem Interesse entgegen und versprach mir auf dieselben noch vor Ende der Woche, um welche Zeit er einen mehrwöchentlichen Urlaub anzutreten gedenkt, zurückzukommen. Wie mir Freiherr von Schön sagte, beabsichtigt er den ersten Gegenstand noch mit dem Reichskanzler zu besprechen, dem gegenüber mein italienischer College, der sich seither auf längeren Urlaub begeben hat, von den Vorschlägen Herrn Tittonis kurz Erwähnung getan hat.

Über seine einschlägige Unterredung mit Euerer Excellenz hat Herr von Tschirschky schon vor längerer Zeit hierher berichtet. Über die Lage in Spanien ist man hier nicht beunruhigt. Graf Tattenbach berichtet aus Madrid, dass der Aufstand in Barcelona vollkommen niedergeschlagen ist und infolge dieses Erfolges die conservative Regierung eine Stärkung erfahren hat. Nach Ansicht des deutschen Botschafters in Madrid bestehe für die Dynastie keine Gefahr; hingegen spricht er sich sehr skeptisch über die militärische Lage Spaniens in Marokko aus. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1711. — ^{b)} So! — ^{c)} Nicht aufgenommen. Enthält nur die Weiterleitung von n. 1661 und 1663.

Nr. 1703. Tel. nach London, 3. Aug. 1909 Nr. 126 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Maschinschrift; G. Kánia).

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 111. Euer Exzellenz wollen im foreign office feststellen, dass wir bezüglich Reisedispositionen des Königs Eduard gegenüber der Presse absolute Reserve beobachteten. Aus meinem Telegramme vom 2. August^{b)} geht hervor, dass wir erst nach Kenntnis der dortseitigen Pressdirektiven den heimischen Blättern eine allgemeine, gänzlich unpolitische Orientierung zu geben beabsichtigten. Es sei wohl überflüssig, zu betonen, dass wir den Ausführungen des „Berliner Tageblattes“ und der „Vossischen Zeitung“ vollkommen fernstehen. Wir haben vielmehr die Reproduzierung des Artikels der „Vossischen Zeitung“ in der Wiener Presse dadurch hintangehalten, dass wir dessen Angaben als unrichtig bezeichneten. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1704, 1724. — ^{b)} Dieses, Nr. 125 (chiffr. 6 U. p. m.; S. u. G. Gagn), enthält folgende Mitteilung: „Ich vermute, daß nunmehr seitens des englischen Hofes den Zeitungen die Parole gegeben werden wird, König Eduard werde heuer, wie dies auch in früheren Jahren schon der Fall gewesen, incognito nach Marienbad kommen. Ein Besuch in Ischl bei Kaiser Franz Josef sei mit Rücksicht auf diesen privaten Character der Badereise nicht beabsichtigt. Meinerseits gedenke ich die heimische Presse im gleichen Sinne zu informieren. Aehrenthal.“

Nr. 1704. Privatschreiben nach Berlin, 4. Aug. 1909 Nr. 2668.^{a)} Konz. (S. Gagn; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Wie Euer Exzellenz bekannt, haben sich die Tagesblätter des In- und Auslandes in letzter Zeit vielfach mit der bevorstehenden Reise König Eduards nach Marienbad beschäftigt und im Zusammenhange damit auch die Frage ventilirt, ob der König diesen Anlass benützen werde, um, wie in den letzten Jahren, Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn in Ischl einen Besuch abzustatten. Da ich Werth darauf lege, dass Euer Exzellenz über diese Angelegenheit richtig informiert seien, theile ich Ihnen mit, dass vor der Reise König Eduards thatsächlich ein Gedankenaustausch zwischen hier und London stattgefunden hat, auf Grund dessen deutlich der Eindruck gewonnen werden konnte, dass der König persönlich den Wunsch hatte, Seine Majestät in Ischl zu besuchen, dass Er dies jedoch nur in dem Falle thun wollte, dass die Initiative hiezu

in irgend einer Weise von unserem Allergnädigsten ausgehe. Seine Majestät der Kaiser hat jedoch dem Könige wissen lassen, dass Er sich zwar sehr freuen würde, Höchstdenselben in gewohnter herzlicher Weise zu empfangen, falls der König Seinen Wunsch Ihn in Ischl zu besuchen, zur Ausführung brächte, dass Er es sich aber im Hinblick auf den bescheidenen Rahmen der Hofhaltung in Ischl zur Regel gemacht habe, fremde Souveräne dorthin nicht einzuladen. Thatsächlich hat unser Allergnädigster Herr aus dem angeführten Grunde im vorigen Jahre dem Könige angeboten, Seinen Séjour in Ischl zu unterbrechen, um Höchstdenselben in Schönbrunn zu empfangen. Der Besuch König Eduards bei Seiner Majestät wurde somit auf ein anderes Jahr verschoben. Ich ersuche Euer Exzellenz Vorstehendes streng vertraulich zur Kenntnis des Herrn Reichskanzlers bringen zu wollen.

a) Vgl. n. 55, 1697, 1703, 1712.

Nr. 1705. Tel. des Legationsrates Heinrich Ritter von Löwenthal aus Athen, 5. Aug. 1909 Nr. 72 (eing. 6 Aug. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Nach der kurzen accalmie der Vorwoche zeigen sich hiesige Regierung und die Vertreter der Schutzmächte beunruhigter als je über Stimmung und Absichten der Türkei. Verhandlungen über Rechtsprechung und Poststempel, wie im hohen Telegramme No. 53^{b)} erwähnt, finden soweit feststellbar bisher hier nicht statt. Ausser der Flaggenfrage scheint Pforte eher jene der in Kreta dienenden griechischen Offiziere aufwerfen zu wollen. Türkischer Gesandter wurde dieser Tage beauftragt, über ihre legale Stellung zu berichten. Den Abmachungen vom Juli 1906 gemäss sind sie bekanntlich aus dem aktiven griechischen Heeresdienste ausgetreten, doch bemängelt türkischer Gesandter Beibehaltung hellenischer Uniform sowie gewisse Avancementsrechte etc. Grossvezir hat dem griechischen Gesandten in Konstantinopel à titre privé Erwartung ausgesprochen, dass Herr Rhalli versprochene Rückberufung beurlaubter Offiziere auch auf die in Kreta dienenden ausdehnen werde. Minister des Aeussern erblickt in diesen wie anderen Indizien die Tendenz, über den Kopf der Mächte hinweg mit Griechenland Streit zu suchen. Zeitungsnachrichten über ein schon überreichtes türkisches Ultimatum bezeichnet er als unrichtig. Von der mit Telegramm Nr. 71^{c)} gemeldeten Nachricht hatte er heute morgens noch nicht Kenntnis. Seine Aeusserungen über die Flaggenfrage telegraphiere ich abgesondert.^{b)} Sehr besorgt sprach er mir von dem für den 7. d. M. anberaumten Meeting in Salonik, dessen Tendenz der Krieg gegen Griechenland sei. Wie die Vertreter der anderen Grossmächte bitte er mich, meiner Regierung zu melden, dass er gegen diese Veranstaltung „protestiere“. Im Laufe einiger von viel Erbitterung gegen die Kretamächte zeugenden Darlegungen machte er die charakteristische Bemerkung: „Les Puissances disent qu’elles ne peuvent régler la question de la Crète tant qu’elles sont quatre et non six et que l’Autriche-Hongrie et l’Allemagne mettent des bâtons dans leurs roues.“ Deutschem Geschäftsträger sagte er, von Seite Kretamächte werde ihm bedeutet, von ihm erbetene energische Friedensintervention in Konstantinopel sei ihnen nicht möglich, da sie über unsere

und Deutschlands Stellungnahme im Unklaren seien und bei einseitigem Vorgehen der vier Mächte Komplikationen eintreten könnten.

Löwenthal.

^{a)} Vgl. n. 1707, 1708. — ^{b)} Nicht aufgenommen. — ^{c)} Mit Tel. vom 5. Aug. 1909, Nr. 71 (eing. 6 U. p. m.) wurde aus Athen gemeldet, englischer Gesandter habe aus London amtliche Nachricht, daß türkischer Ministerrat am 4. August beschlossen habe, griechischer Regierung wegen Teilnahme griechischer Offiziere bei der Hissung der griechischen Flagge in Canea ein Ultimatum zu stellen.

Nr. 1706. Tel. aus London, 6. Aug. 1909 Nr. 114 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Sir Edward Grey, von Cowes (rückgekehrt),^{a)} sagte mir, russischer Besuch sei gut abgelaufen. Neue Abmachungen seien nicht getroffen worden. Er habe mit Herrn Iswolsky auch die Ereignisse des letzten Winters besprochen, die sie beide als abgeschlossen ansehen, hoffend, dass keine neuen Fragen und Komplikationen am Balkan entstehen werden. Das einzige noch nicht geregelte sei das weniger wichtige Alinea 4 des Artikels 29, das übrigens nur die Türkei und Montenegro angehe. Hauptthema der Konversation beider Staatsmänner habe zahlreiche Détailfragen in Persien betroffen.

Mensdorff.

^{a)} Chiffre fehlt.

Nr. 1707. Tel. an den Legationsrat Heinrich Ritter von Löwenthal in Athen, 7. Aug. 1909 Nr. 55 (chiff. 8 U. 50 M. p. m.). Konz. (S. Maschinschrift; V. Musulin u. Aehrenthal nach eigh. Entwurf Aehrenthals; S. Aehrenthal).

Vertraulich! Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 72 vom 5. l. Mts. erhalten. Die in den 2 letzten Alineas^{a)} desselben wiedergegebenen Äußerungen Herrn Zographos möchte ich zunächst als einen neuen Versuch der griechischen Regierung betrachten, unsere und Deutschlands Intervention in Ihrer Streitfrage mit der Türkei herbeizuführen. Die vom griechischen Minister des Aeußern erwähnte angebliche Sprache der Vertreter der vier Schutzmächte scheint mir auf den ersten Blick recht unwahrscheinlich. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß diese Mächte in Anbetracht der sich mehrenden Schwierigkeiten in der Kretafrage zu dem Versuche geneigt sind, die Verantwortung jetzt auf jemand anderen zu überwälzen. Ihre Lage ist infolge des Mißerfolges, die Kretafrage nach dem Rezepte, „de menager la chèvre et le chou“ zu lösen, eine recht unerquickliche. Sollten sich also die Mitteilungen Herrn Rhallys über die Äußerungen der Vertreter der Schutzmächte doch bestätigen, so würden sich diese als ein plumper und vergeblicher Versuch darstellen, uns aus unserer Reserve zu locken. Die vom griechischen Minister des Aeußern weitergegebene Insinuation wird uns nicht veranlassen, unsere bisherige Haltung zu ändern. In vollkommener Uebereinstimmung mit der von uns beobachteten Reserve hätten wir in Konstantinopel stets zur Ruhe und Mäßigung gemahnt und täten es auch heute noch. Im übrigen läge unserer Ansicht nach der Grund für das bisherige Mißlingen der Aktion

der vier Mächte in naheliegenden Umständen, speziell in den sich immer mehr verwickelnden inneren Verhältnissen der Türkei. Vielleicht sei auch die Uebereinstimmung der vier Mächte nicht eine so vollständige wie es nach außen hin den Anschein habe; auch dürfe nicht vergessen werden, daß an gewissen Orten eine dauernde Verschlechterung der Beziehungen zweier nichtslavischer Balkanstaaten immerhin mit Befriedigung begrüßt werden dürfte. Eben Ihre Telegramme Nr. 76^{b)} und 77^{b)} erhalten und behalte ich mir vor, Ihnen demnächst darauf bezügliche Instruktionen zu erteilen. Vorstehendes lediglich zu Ihrer persönlichen Orientierung.

Aehrenthal.

^{a)} Die zwei letzten Alineas von n. 1705 beginnen mit „Im Laufe einiger“. —

^{b)} Vom 7. Aug.

Nr. 1708. Tel. des Legationsrates Heinrich Ritter von Löwenthal aus Athen, 7. Aug. 1909 Nr. 76 (eing. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Auf Grund der mit Telegrammen Nr. 71^{b)} und 72 gemeldeten, teilweise bewahrheiteten Nachrichten telegraphierten Vertreter der Kretamächte 5. d. M. ihren Regierungen, dass eine plötzliche Invasion seitens der Türkei zu befürchten sei. Die Mächte antworteten, Botschafter in Konstantinopel wurden beauftragt, Sachverhalt zu kontrollieren und gegebenenfalls entgegenzuwirken. Die meinem Telegramme Nr. 75^{c)} entsprechende Instruktion erhielt türkischer Gesandter gestern Freitag. Auftrag lautete, Ministerpräsidenten Lecture zu geben. Türkischer Gesandter begab sich zu italienischem, damit er Griechen vorbereite; diesen nicht antreffend, zu dem Minister des Aeussern und mit ihm gegen 1 Uhr zu Herrn Rhalli. Diesem vorgelesene Instruktion der Pforte betonte zuerst, dass das frühere Kabinett durch als Zivilbeamte designierte Offiziere unter ottomanischen Untertanen auführerische Tendenzen verbreitete, manifestierte persönliches Vertrauen in Rhalli und fuhr fort: „aussi confiant en la sagesse et les sentiments de M. Rhalli demandons-nous au gouvernement hellénique de nous adresser une communication écrite par laquelle il déclarera désapprobation de l'agitation des Crétois chrétiens en faveur de l'annexion de l'île au Royaume et ajoutera qu'il ne nourrit aucune ambition à cet égard.“ A suivre.

Löwenthal.

^{a)} Vgl. n. 1707, 1709. — ^{b)} Vgl. n. 1705 Anm. c. — ^{c)} Mit Tel. Nr. 75, 6. Aug. 1909 (eing. 7. Aug. 2 U. 10 M. a. m.) wurde aus Athen gemeldet, türkischer Gesandter habe am 6. eine schriftliche Erklärung der griech. Regierung verlangt, worin sie die Agitation der christlichen Kretenser zu Gunsten der Annexion an Griechenland mißbilligt und keine solchen Aspirationen haben werde; falls Erklärung nicht innerhalb angemessener Zeit erfolge, werde er langen Urlaub antreten. Griechischer Minister des Äußern wandte sich an die Vertreter der Großmächte, die Intervention ihrer Regierungen erbittend.

Nr. 1709. Tel. des Legationsrates Heinrich Ritter von Löwenthal aus Athen, 7. Aug. 1909 Nr. 77 (eing. 11 U. 30 M. a. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 76. Herr Rhalli, welcher dem türkischen Geschäftsträger heute mittags Antwort zu bringen versprach,

äusserte ihm „toute sa surprise pour une pareille communication et lui a rappelé la dernière communication des Puissances protectrices d'après laquelle la Crète reste toujours en dépôt entre les mains desdites Puissances qui par ce fait sont seules compétentes pour se prononcer sur le sort de l'île et qui ont déjà donné au peuple crétois tant de preuves de leur haute bienveillance.“ Nachmittags erfolgte eine Besprechung der Vertreter der Kretamächte. Sechs Uhr kam Minister des Aeussern auf die k. u. k. Gesandtschaft, gab Abschriften der an die griechische Gesandtschaft telegraphierten Instruktionen und ersuchte mit im Telegramm Nr. 75^{b)} erwähneter Motivierung „de faire auprès de mon Gouvernement les démarches nécessaires pour provoquer une intervention immédiate et bienveillante afin de conjurer une rupture grosse de dangers mais pour laquelle la Grèce n'est nullement responsable.“ Er sagte, dass der Text der Antwort, die nur ablehnend sein könne, diese Nacht festgesetzt werden wird. Er glaubt Abreise des türkischen Gesandten bedeute Praeludium des Krieges. Seine Majestät der König sei äusserst besorgt. Türkischer Gesandter, mit dem ich zufällig speiste, sagte mir, er wolle nicht sofort abreisen, sondern nach erfolgter Antwort Instruktion einholen. Abfahrt wahrscheinlich 10. d. M. Den Jungtürken persönlich missliebig, glaubt er, dass seine Beurteilung von ihnen als doppelter Triumph empfunden werden wird; dadurch befriedigt, würden sie nicht weiter zum Kriege treiben. Demarche sei absichtlich vor Saloniker Meeting erfolgt. Herrschende Partei sei so naiv ...^{c)} einzurenken. Im Kriegsfall werde Vertretung ottomanischer Interessen wahrscheinlich Deutschland angetragen werden. Hiesige Öffentlichkeit wurde noch nicht informiert.

Löwenthal.

a) Vgl. n. 1707, 1710. — b) Vgl. n. 1708 Anm. c. — c) Chiffre verstümmelt.

Nr. 1710. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 8. Aug. 1909 Nr. 389 (eing. 9. Aug. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Mein italienischer Kollege teilt mir mit, dass die Vertreter der vier Schutzmächte morgen, Montag, auf der Pforte erklären werden, dass sich die Türkei in der Kretaangelegenheit nicht an Griechenland, sondern an die vier Mächte zu wenden habe. Marquis Imperiali sprach sich weiter mir gegenüber dahin aus, dass Griechenland unmöglich die von der Türkei geforderte Deklaration abgeben könne. Wenn die Türkei hierauf bestehen würde, so würde sie es mit den vier Mächten zu tun haben. Der deutsche Geschäftsträger sagt mir andererseits, dass ihm der französische Botschafter in einer Weise gesprochen hat, aus welcher er entnehmen konnte, dass derselbe der Ansicht ist, dass die Angelegenheit nunmehr seitens der Pforte auf ein Terrain geführt wurde, wo nicht mehr die Kretamächte allein, sondern alle Signatarmächte sich mit der Sache zu befassen hätten. Es scheint also, dass man seitens der vier Mächte uns und Deutschland in die Sache hineinziehen möchte, indem man einerseits konstatiert, dass, wenn es sich nur um Kreta handelt, Griechenland damit nichts zu tun habe, wenn hingegen die Türkei Griechenland für Kreta verantwortlich machen und so die griechische Frage überhaupt aufwerfen würde, dies eine

Sache aller Mächte sei. Der deutsche Geschäftsträger sagte mir, dass er auch von türkischer Seite gehört habe, dass speziell der französische Botschafter dahin arbeite, Deutschland und Österreich-Ungarn in die Zwangslage zu versetzen, gemeinsam mit den anderen Mächten gegen die Türkei aufzutreten.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1692, 1709, 1713, 1715.

Nr. 1711. Bericht aus Berlin, 10. Aug. 1909 Nr. 26 A (eing. 11. Aug.).^{a)} Ausfert.

Geheim. Im Verfolge meines streng vertraulichen Berichtes vom 8. Juli Nr. 23 C und meines Privatbriefes vom 3. I. M. erlaube ich mir zu melden, dass Staatssecretär Freiherr von Schoen, nachdem er die Angelegenheit der von Herrn Tittoni bei Euerer Excellenz gemachten Démarche in Betreff der Präcisirung des Artikel VII des Dreibundvertrages mit dem Reichskanzler besprochen hatte, mich ersucht hat Euerer Excellenz zu versichern, dass die kaiserlich deutsche Regierung mit der entgegenkommenden Antwort, welche Hochdieselben dem italienischen Minister des Aeussern zukommen liessen, vollkommen einverstanden ist. Namentlich theile man hier Euerer Excellenz Ansicht, dass die Bestimmungen des vorbezeichneten Artikels des Dreibund-Vertrages ganz ausreichend seien und wir daher keinen Anlass hätten, weitergehende engagements, als dieser Artikel uns auferlegt, einzugehen. Dem Geiste des Dreibundvertrages entspreche es vollkommen, dass — wie Euere Excellenz dem italienischen Botschafter in Wien erklärt hätten — das Wiener und das Römische Kabinet die Verpflichtung ausdrücklich übernähmen beziehungsweise aufrechterhielten, sich jeden Vorschlag einer dritten Macht gegenseitig mitzuteilen, welcher dem Prinzipie der Nichtintervention widerspräche und auf eine Änderung des status quo auf dem Balkan oder in den türkischen Gebieten am adriatischen oder ägäischen Meere hinzielen würde. Sollten Euere Excellenz sich entschliessen eine derartige Abmachung in irgend einer Form zu Papier zu bringen, so erlaubt sich der Staatssecretär Hochdieselben anheimzustellen, — damit jedem Misverständnisse vorgebeugt werde, — in dieselbe die Erklärung aufzunehmen, dass die Bestimmung des Artikels VII des Dreibundvertrages „à s'éclairer mutuellement sur leurs propres dispositions“ aufrechterhalten bleibe. Freiherr von Schoen hat nämlich das Bedenken, dass wenn nur von einer Mitteilung von Vorschlägen einer dritten Macht gesprochen würde, die Mitteilung der eigenen Vorschläge als eliminirt betrachtet werden könnte. Ich habe dem Staatssecretär geantwortet, dass ich dieses Bedenken keineswegs theile, da, wenn auch eine Art von Erweiterung des Artikels VII des Dreibundvertrages in Aussicht genommen sei, die bisherigen Bestimmungen desselben vollinhaltlich aufrecht blieben. Ich fügte hinzu, ich sei übrigens der Meinung, dass Euere Excellenz sich mit der im hohen geheimen Erlasse vom 20. Juli I. J. Nr. 2509 skizzirten Antwort an Herzog von Avarna begnügen und mit derselben die Anregung Herrn Tittoni's vorläufig als erledigt betrachten würden.¹⁾ Bei diesem Anlasse wiederholte mir Freiherr von Schoen dass, — wie ich in meinem citirten

Privatbriefe bereits zu berichten die Ehre hatte, — der hiesige italienische Botschafter über die betreffenden zwischen Wien und Rom schwebenden Verhandlungen vor seinem Urlaubsantritt dem Reichskanzler und auch ihm gegenüber kurz Erwähnung gemacht hat. Bei dieser Gelegenheit habe Herr Pansa auf eine fallen gelassene Bemerkung des Staatssecretärs auf das entschiedenste erklärt, dass italienisch-russische Balkan-Abmachungen nicht existiren. Die Liebenswürdigkeiten, welche italienischerseits bei jedem Anlasse an die russische Adresse gerichtet werden, hätten nach der Versicherung des italienischen Botschafters nur den Zweck, zu verhindern, dass der so sehr gewünschte Erwidierungsbesuch des Kaisers Nikolaus in Italien nicht neuerdings unterbleibe.^{b)} Szögyény.

¹⁾ Nicht der Fall.

^{a)} Vgl. n. 1728, 1759. — ^{b)} Vgl. n. 1716.

Nr. 1712. Privatschreiben aus Berlin, 10. Aug. 1909 (eing. 13. Aug.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Den Inhalt Euer Excellenz streng vertraulichen Privatschreibens vom 4. d. Mts., in welchem Hochdieselben mir mitzuteilen die Güte haben, dass ein Besuch König Eduards in Ischl bei Sr. k. u. k. Apostolischen Majestät im heurigen Jahre voraussichtlich nicht stattfinden wird, habe ich dem Reichskanzler und dem Staatssekretär mitgeteilt, welche mich ersucht haben, Euer Excellenz ihren besten Dank auszusprechen. Herr von Bethmann-Hollweg sagte mir, er werde diese Nachricht seinem kaiserlichen Herrn, welcher die diesbezüglichen Zeitungsmeldungen mit grossem Interesse verfolgt habe, zur Kenntnis bringen. Seither, wie es Euer Excellenz Aufmerksamkeit gewiss nicht entgangen ist, hören einige der hiesigen Zeitungen nicht auf, sich mit dieser Frage und überhaupt mit den Beziehungen Österreich-Ungarns zu England (so z. B. auch das heutige Morgenblatt der „Kreuzzeitung“^{c)} zu beschäftigen. Einiges Aufsehen hat hier ein an die „Vossische Zeitung“^{b)} gerichteter Brief des bekannten Publizisten Dr. Friedjung hervorgerufen. Mein englischer Kollege war über diesen Brief und den vom genannten Blatte hinzugefügten Kommentar sehr aufgeregt und sagte mir, er wisse aus London, dass König Eduard über die Besprechung dieser Angelegenheit in der Presse sehr aufgebracht sei. Ich glaubte Sir Edward Goschen darauf aufmerksam machen zu sollen, dass meines Wissens die Initiative zu diesen Presserörterungen vom Foreign Office ausgegangen sei. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1724. — ^{b)} Vom 4. Aug. 1909.

Nr. 1713. Tel. nach Berlin, 13. Aug. 1909 Nr. 205 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Esterházy).

Der deutsche Geschäftsträger hat mich vorgestern besucht, um mir im Auftrage seiner Regierung mitzuteilen, daß dieselbe meine Auffassung vollkommen teile, wonach in der Kretafrage für uns kein Anlaß vorliege, aus der bisher beobachteten Reserve hervorzutreten und uns in die erste Linie zu stellen. Indem ich mit Befriedigung von dieser neuerlichen

Bekräftigung der übereinstimmenden Anschauungen der beiden Kabinette Kenntnis nahm, konstatierten wir in diesem Sinne, daß die von beiden Kabinetten an die Türkei und an Griechenland erteilten freundschaftlichen Ratschläge durchaus kein Abweichen von dieser Verhaltenslinie implizierten, da diese Ratschläge sich nicht auf die Kretafrage als solche, sondern auf die gefährdeten türkisch-griechischen Beziehungen und die Erhaltung des Friedens bezogen hätten. Da Graf Rantzau auch die Frage aufwarf, welche Haltung die beiden Kabinette in dem Falle einnehmen würden, wenn die vier Mächte unter Berufung auf eine eventuelle Verschärfung der Situation an uns mit dem Ansinnen herantreten sollten, an einer diplomatischen Aktion in Konstantinopel teilzunehmen, so sprach ich mich beiläufig im folgenden Sinne aus: Nach den mir vorliegenden Meldungen des Markgrafen Pallavicini schiene die griechische Antwort in Konstantinopel nicht allzu ungünstig aufgenommen worden und überhaupt die Hoffnung berechtigt zu sein, daß ein Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland vermieden werden würde. Sollten aber in einem gegebenen Momente die Schutzmächte im obigen Sinne doch an uns herantreten, so hätten die beiden Kabinette, falls es ihnen überhaupt angezeigt erschiene, diesem Wunsche bis zu einem gewissen Grade entgegenzukommen, nach meiner Ansicht zwei Möglichkeiten, dies zu tun, ohne sich an einer förmlichen, sei es kollektiven, sei es identischen Demarche zu beteiligen und sich damit mit den vier Mächten in eine Linie zu stellen. Diese beiden Modalitäten könnten nach meiner Ansicht darin bestehen, daß unsere beiderseitigen Vertreter in Konstantinopel im allgemeinen im Sinne der Mäßigung und der Erhaltung des Friedens sich vernehmen ließen, oder aber, daß dieselben eine eventuelle diplomatische Aktion der vier Mächte nachträglich unterstützten, so daß nach wie vor die vier Mächte in erster Linie stünden. Es schiene mir, daß wir auf diese Weise sowohl dem Vorwurfe begegnen würden, an Bemühungen zur Erhaltung des Friedens nicht teilzunehmen, als auch vermeiden würden, unsere Position in Konstantinopel den vier Mächten zuliebe zu schmälern. Denn es könne allerdings keinem Zweifel unterliegen, daß es das Bestreben der letzteren sei, uns und Deutschland an dem Odium, das sie durch ihre Intervention in der Kretafrage da und dort auf sich laden, möglichst partizipieren zu lassen. Selbstverständlich würden wir es mit Befriedigung begrüßen, wenn es den vier Mächten gelänge, eine Lösung zu finden, welche Ruhe und Frieden garantiert und derselben unsere Zustimmung geben. In allen Eventualitäten lege ich aber den größten Wert darauf, in stetem engen Einvernehmen mit dem deutschen Kabinette vorzugehen. Euer Exzellenz wollen sich im Sinne des Vorstehenden im dortigen Auswärtigen Amte aussprechen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1710, 1715.

Nr. 1714. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Geschäftsträgers, 13. Aug. 1909.^{a)} Konz. (S. Kinsky).

Graf Rantzau teilte den Inhalt eines an ihn gerichteten vertraulichen Privatbriefes des Reichskanzlers mit, worin er beauftragt wird den

verbindlichsten Dank Herrn von Bethmann-Hollwegs für die Andeutungen auszusprechen, die ihm aus Anlass des Berliner Besuches Herrn Bratianos^{b)} zugegangen waren. Den diesfalls ausgesprochenen Wünschen gemäss habe der Reichskanzler im Laufe der sehr freundschaftlichen Besprechung, die er mit dem rumänischen Staatsmanne hatte, es vermieden, auf concrete Fragen bezüglich der Eventualität von Verwicklungen am Balkan directe Antworten zu erteilen. So gieng er nicht darauf ein, die Eventualität eines türkisch-bulgarischen Conflictes als besonders naheliegend und actuell anzuerkennen und habe er füglich die Frage, wie sich Deutschland zu einer solchen Verwicklung verhalten würde, ausweichend beantwortet. Der Reichskanzler behalte sich vor, auf diese Fragen, die Rumänien in erster Linie, dadurch aber auch die Monarchie, resp. den Dreibund interessieren, hier zurückzukommen, um auch darin in engster Fühlung mit dem k. u. k. Cabinete zu verbleiben.

a) Vgl. n. 1733. — b) Vgl. n. 1689 Anm. a.

Nr. 1715. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 13. Aug. 1909 Nr. 398 (eing. 14. Aug. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Marquis Imperiali sagte mir heute gesprächsweise, dass die Türkei, wie es scheint, ihren Konflikt mit Griechenland nunmehr auf das macedonische Gebiet hinüberspielen wolle. Er bemerkte hiezu, dass dann wohl alle sechs Mächte in Aktion treten müssten, um den Krieg zu verhindern. Es scheint also, dass man auch italienischerseits uns und Deutschland in die Schwierigkeiten wegen der Kretafrage hineinziehen möchte.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1710, 1713, 1721, 1814.

Nr. 1716. Tel. aus St. Petersburg, 13. Aug. 1909 Nr. 139 (eing. 2 U. p. m.).^{a)} Entziff.

In Marinekreisen kursiert auch das von Journalen wiedergegebene Gerücht, Dardanellenfrage werde demnächst gelöst werden. Aus Sebastopol zurückgekehrter höherer Marineoffizier lässt sich dahin vernehmen, russische Schwarze-Meer-Flotte werde „übermorgen Dardanellen passieren, sich ins Mittelmeer begeben, um dort Ankunft des Zaren abzuwarten“. Registriere vorstehende Daten unter aller Reserve; hoffe morgen darauf zurückkommen zu können.

Berchtold.

a) Vgl. n. 1711, 1717.

Nr. 1717. Tel. aus St. Petersburg, 14. Aug. 1909 Nr. 140 (eing. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes No. 139. Turkhan Pascha hat sich bei Herrn Sazonow über Stichhaltigkeit der von in- und ausländischen Journalen kolportierten Nachricht über Aufwerfung des Dardanellenproblems angefragt und zur Antwort erhalten, dass auf dem Auswärtigen Amte hierüber nichts bekannt sei und Information aus gleicher

Quelle stammen dürfte, wie falsche Nachrichten über Besuch des Sultans in Livadia. Türkischer Botschafter bestreitet nicht die Möglichkeit der Erteilung der Bewilligung für die russischen Kriegsschiffe anlässlich der Zarenreise, hält aber allgemeine Freigebung der Dardanellen unter gegenwärtigem türkischen Regime für ausgeschlossen. Berchtold.

a) Vgl. n. 1719.

Nr. 1718. Bericht des Legationsrates Stephan von Ugron aus Bukarest-Sinaia, 15. August 1909 Nr. 39 A (eing. 24. Aug.)^a Ausfert.

Streng vertraulich. Ich hatte kürzlich Gelegenheit, mit Seiner Majestät dem König eine nahezu zwei und halbstündige Konversation zu führen, bei welcher Gelegenheit Höchstderselbe fast alle wichtigen Fragen der Tagespolitik zu berühren geruhte. Besonders eingehend besprach Seine Majestät die Verhältnisse am Balkan. Den Vorgängen in Griechenland legte der König eine weitgehende Bedeutung bei, faßt aber die momentane Lage doch nicht zu kritisch auf und ist überzeugt, daß es den europäischen Mächten gelingen wird, eine unmittelbare Kriegsgefahr zu beschwören. Jedenfalls, meinte Seine Majestät, müßten die Griechen jetzt sich nachgiebig zeigen; im vorigen Herbst hätten sie sich viel leichter in den dauernden Besitz der Insel Kreta setzen können, wenn sie nur den richtigen Zeitpunkt benützt hätten. Damals hätten die Türken kaum einen so energischen Widerstand entgegensetzen können wie heute, wo die Jungtürken, durch die im Innern des Reiches erzielten Erfolge ermutigt, geradezu brennen, durch Waffentaten Europa ihre Kraft und Kriegstüchtigkeit zu zeigen. In einem eventuellen Kriege würde das bedeutend gehobene Nationalbewußtsein der Türken eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen, und der Ausgang desselben könnte für Griechenland, namentlich für seine Dynastie, ohne eine Intervention der europäischen Großmächte leicht verhängnisvoll werden; und dies umsomehr, da die Bulgaren in der griechischen Frage ganz auf türkischer Seite stehen und den Griechen im Kriegsfall große Schwierigkeiten bereiten können. Vor Jahresfrist hätte sich die Türkei mit einem entsprechenden Geldbetrag leicht abfertigen lassen, heute handelt es sich bei den Jungtürken hauptsächlich um das moralische Prestige. Ueber Griechenland und die Griechen hat sich Seine Majestät keineswegs sehr günstig geäußert; Er traut ihnen nicht und wirft der griechischen Regierung vor, daß sie sich immer durch die Straße beeinflussen läßt. Nicht die Minister, der Pöbel macht in Athen die Politik, sagte der König. Er befürchtet, daß eine Komplikation in der Kretafrage leicht die dynastische Frage in Griechenland aufrollen könnte. Schließlich wird die Insel doch einmal griechisch werden müssen, meinte Seine Majestät, aber momentan stehen die Chancen der Türken besser; viel werden sie nicht erreichen können, man wird aber vielleicht auf den vor 12 Jahren eingesetzten Status quo der europäischen Kontrolle zurückgreifen müssen. Viel günstiger hat sich Seine Majestät über die Bulgaren geäußert. Er glaubt an eine Annäherung an die Türkei und meint, daß hiezu beiderseits Neigung vorhanden sei; Er hält auch den gegenwärtigen Zeitpunkt für hiezu ziemlich geeignet.

Vorläufig seien aber beiderseits nur Fühlhörner ausgestreckt worden und man wisse absolut nicht, welche Form diese Annäherung annehmen werde. Auf die Verhältnisse in der Türkei übergehend, übte der König eine besonders scharfe und wegwerfende Kritik an der Person des Exsultans Abdul Hamid aus. Zweimal sei derselbe mit direkten Bündnisvorschlägen herangetreten, was der König immer mit großer Entschiedenheit abgelehnt habe, „da auf ihn nie Verlaß gewesen sei und trotz aller Versprechungen wären mit ihm^{b)} die geheimsten Abmachungen sofort der ganzen Welt bekannt geworden.“ Im Vorjahre wollte Seine Majestät Munir Pascha, den der Sultan eben zu diesem Behufe nach Sinaia entsenden wollte, gar nicht empfangen; auf Seine ablehnende Haltung hin hat der Sultan einen dringenden Brief Ihm geschrieben und den Empfang seines Abgeordneten direkt als einen Freundschaftsdienst sich erbeten. Der König zog aber diese Angelegenheit in die Länge, bis daß der Besuch infolge der inzwischen ausgebrochenen Umwälzungen in Konstantinopel ganz ins Wasser fiel. Auch die Frage der Annexion Bosniens und der Herzegowina berührte Seine Majestät. Er erklärte, daß dieselbe mit einer eventuellen Annexion Kretas durch die Griechen nicht verglichen werden könne. „Sie wissen übrigens“, fügte der König hinzu, „wie ich über die prinzipielle Seite dieser Frage denke;“ die engere Angliederung der zwei Provinzen an die Monarchie sei durch politische Rücksichten geradezu dringend geboten gewesen; die Monarchie habe auch durch die seinerzeitige Pazifikation, durch die fast dreißigjährige Administration, durch bedeutende, viele Hunderte von Millionen betragende Investitionen etc. etc. unbestreitbare Anrechte auf diese Gebiete erworben gehabt, deren rechtliche Basis in dem europäischen Mandate lag. Uebrigens handelt es sich für die Türkei auch bei Kreta nicht so sehr um den praktischen Besitz der Insel, wovon sie schon seit Jahrzehnten nichts als Unannehmlichkeiten hatte, als vielmehr um die Befürchtung, daß hiedurch ein gefährlicher Präzedenzfall für die griechische Bevölkerung der anderen ihr gehörigen Inseln und der von Griechen bewohnten Städte wie Smyrna etc. geschaffen werden könnte, die alle ebenfalls, dem Beispiele Kretas folgend, einfach die Angliederung an Griechenland verlangen könnten; „und wo soll dann das aufhören?“ Auch auf die Großmächte kam Seine Majestät zu sprechen, wobei Er an England und der englischen Politik ganz besonders scharfe Kritik übte, was mir gegenüber schon das zweitemal geschah. Man fängt endlich an einzusehen — meinte der König — daß hinter den angeblichen hohen Zielen der Humanität und der öffentlichen Moral, welche die englische Politik immer vorschützt, in der Regel nur höchst egoistische Motive stecken. Auch für russische Verhältnisse zeigte Seine Majestät sehr reges Interesse und holte mich in dieser Beziehung stark aus, bezeugte aber auch für das nordische Reich keine besonderen Sympathien und kein allzu großes Vertrauen. Dafür aber sprach Er sich über die Monarchie und Deutschland in Worten der allerwärmsten Anerkennung und der innigsten Sympathie aus. Er war — wie ich dies bereits an anderer Stelle Euer Exzellenz ergebenst zu berichten die Ehre hatte — über die Erfolge des Besuches des Herrn Bratiano in Wien und Berlin außerordentlich befriedigt. Die Aufnahme, die Sein Minister-

präsident bei Euer Exzellenz und bei dem neuen Reichskanzler gefunden, hat Ihn sehr gefreut. Auf die Politik Rumäniens zu sprechen kommend, erwähnte Seine Majestät, daß Sein Land berufen sei, zur Konsolidierung der Verhältnisse auf dem Balkan beizutragen. „Wir haben hier eine exponierte Stellung, trachten aber unseren Aufgaben nachzukommen.“ Er habe diesbezüglich auch im Herbste des Vorjahres das Seinige getan und fügte streng vertraulich bei, daß Er einmal sogar den serbischen Gesandten zu Sich bescheiden ließ und ihm mitteilte, daß Er aus ganz authentischer Quelle wisse, Serbien könne sich auf Russland nicht verlassen und auf eine effektive Unterstützung russischerseits keinesfalls rechnen, weshalb Er — der König — die Serben zur Mäßigung und Ernüchterung ermahne. . . . *Innere Angelegenheiten Rumäniens, Persönliches.* . . . Ugron.

a) Vgl. n. 1689, 1726, 2229. — b) So!

Nr. 1719. Tel. aus St. Petersburg, 15. Aug. 1909 Nr. 142 (eing. 3 U. 10 M. p. m.).^{a)} *Entziff.*

Vertraulich. Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes No. 140. Laut Privatinformationen aus dem Auswärtigen Amte soll man sich daselbst tatsächlich mit Dardanellenfrage befassen. In Cherbourg und Cowes sei darüber verhandelt worden und habe englische Regierung ihren bisherigen Widerstand aufgegeben. Aus Konstantinopel hätte dortiger russischer Botschafter gemeldet, dass auch türkischerseits günstige Dispositionen diesfalls vorliegen (eine Meldung, welche mit gestern telegraphierter Anschauung hiesigen türkischen Botschafters im Widerspruche steht und wohl zum Teile auf Rechnung des bekannten Optimismus Herrn Tscharikoff's zu setzen ist). Wie der Vertrauensmann beifügt, werde Aktion natürlich offiziell nicht zugegeben. Berchtold.

a) Vgl. n. 1720 Anm. e.

Nr. 1720. Denkschrift;^{a)} *Hietzing, 15. Aug. 1909. Konz. (S. Gagern; V. Pogatscher u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).*

Geheim. In einer vom 2. Juli l. J. datierten Zuschrift an den k. u. k. Minister des Äußern hat der Chef des k. u. k. Generalstabes auf die speciell für Österreich-Ungarn bestehende Nothwendigkeit hingewiesen, die militärischen Kriegsvorbereitungsmaßnahmen der Richtung der äußeren Politik anzupassen, weil kein Staat wie die Monarchie so vielen grundverschiedenen Kriegsmöglichkeiten ausgesetzt sei, deren jede hinsichtlich der militärischen Vorkehrungen ganz eigenartige Anforderungen stelle. General der Infanterie von Conrad folgert hieraus für die Monarchie die Nothwendigkeit, sich Kriege nicht aufdrängen zu lassen, sondern die für notwendig oder unausbleiblich vorauszu sehenden ins Auge zu fassen, sich für dieselben zielbewußt vorzubereiten und sie zu führen, sobald — nach menschlicher Voraussicht — die Chance des Erfolges auf der eigenen Seite liegt.

Es kann der Auffassung Seiner Excellenz des k. u. k. Chefs des Generalstabes über die nothwendige Anpassung der militärischen Vorbereitungen der Monarchie an die verschiedenen Kriegsmöglichkeiten nur vollständig beige pflichtet werden und deshalb ist auch ein enges Zusammenwirken

zwischen der Führung der äußeren Politik und der Leitung des Generalstabes gewiß erforderlich. In der betreffenden Zuschrift des Generals der Infanterie von Conrad wird gleich zu Anfang constatirt, daß im Frühjahr 1909 eine Chance für die erfolgreiche Führung eines Krieges gegeben gewesen, daß dieselbe jedoch nicht ausgenützt worden sei. Demgegenüber muß hier grundsätzlich darauf hingewiesen werden, daß die Entscheidung der Frage, ob ein Krieg zu führen oder nicht zu führen ist, in den Pflichtenkreis des Ministers des Äußern gehört. Der Krieg ist nach Clausewitz' unanfechtbarem Satze lediglich die Fortführung einer Politik unter Anwendung anderer als der bisher gebrauchten Mittel. Ob diese Mittel diplomatische oder andere zu sein haben, das kann nur der verantwortliche Leiter der auswärtigen Politik erwägen und seine Gründe im competenten Rathe der Krone vorbringen. In einer einschlägigen im Monat März abgehaltenen Berathung^{b)} ist der Standpunkt präcisirt worden, weshalb man sich im Frühjahr 1909 mit einem friedlichen Erfolge begnügt hat. Diese Gründe sollen hier nochmals wiederholt werden: Das Ziel unserer Politik war die Durchführung der Annexion Bosniens und der Herzegowina. Der Widerstand Serbiens und Montenegros gegen die Annexion sowie die feindselige Haltung Rußlands und Englands haben der Krise weiteren Umfang und gefährlicheren Character verliehen. Durch die bedingungslose Zustimmung der Mächte zur Aufhebung des Artikels 25, welcher die Entente mit der Türkei voranging, und durch die ebenfalls bedingungslose Anerkennung der von Seiner Majestät in Bosnien und der Herzegowina verfügten Maßnahmen seitens Serbiens und Montenegro's wurde das Ziel unserer Politik vollkommen erreicht. Es war folglich kein Object zur Kriegführung mehr vorhanden. Von Seite Serbiens wäre uns, wenn wir es auch auf eine Forcierung des Krieges angelegt hätten, kein Vorwand gegeben worden, seitdem es erkannt, daß das Rechnen auf russische oder englische Hilfe eine falsche Combination gewesen. Aber selbst wenn wir den Krieg hätten forcieren wollen, wäre es blos zu einem an Geld und Menschenleben kostspieligen Ein- und Ausmarsch nach Serbien und Montenegro gekommen. An ein Festsetzen in diesen Ländern wäre bei der europäischen Situation nicht zu denken gewesen. Eine weitere ungünstige Folge eines Krieges mit Serbien und Montenegro wäre die Störung der Entwicklung in der Türkei gewesen. Die Bildung eines Balkanbundes gegen uns, welchen Herr Iswolsky vor Augen hat, wäre dann, und zwar mit der Türkei, aller Wahrscheinlichkeit nach zu Stande gekommen. Auch unser sicherster Faktor am Balkan, Rumänien, hätte eine Züchtigung Serbiens nur ungern gesehen.

Die auswärtige Politik der Monarchie ist in erster Linie bedingt durch die Zustände in der Türkei. Weil wir in diesem Winter eine Probe unseres Könnens geliefert, erblickt man in- und außerhalb der Türkei in Oesterreich-Ungarn diejenige Großmacht, die in der Lage ist, aus den Verlegenheiten des ottomanischen Reiches den meisten Nutzen zu ziehen. Deshalb müssen wir mit der Thatsache rechnen, daß man an sehr vielen Orten uns imperialistische Ziele andichtet. Dies ist nicht nur in Rußland und Serbien, sondern auch in Italien und, wie das Dreadnought-Fieber beweist, bis zu einem gewissen Grade auch in England der Fall. In allen diesen Ländern

rechnet man mit der Absicht unseres weiteren Vordringens auf dem Balkan und trachtet gegen dasselbe Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Aus gewissen Stellen der Zuschrift vom 2. Juli kann gefolgert werden, daß der Chef des Generalstabes nach zwei Richtungen hin entschieden eine imperialistische Politik als den Interessen der Monarchie entsprechend erachtet. Seine Excellenz von Conrad weist darauf hin, daß nicht nur die Incorporierung Serbiens und die Incorporierung oder doch wenigstens der engste Anschluß Montenegro's an die Monarchie, sondern auch die Begründung unserer Vorherrschaft in der Adria anzustrebende Ziele der Politik der Monarchie sein müßten. Hiezu sei bemerkt, daß, wenn diese Ziele heute direct und unmittelbar von uns in's Auge gefaßt würden, wir eine starke Coalition gegen uns in's Leben rufen würden. Rußland und auch unser Alliirter Italien würden eine Aggression unsererseits gegen Serbien oder Montenegro nicht ruhig hinnehmen und sich wahrscheinlich auch mit der Türkei zu einem Bunde gegen uns vereinigen. Ein solches Beginnen unsererseits würde zu katastrophalen Resultaten führen.

Es soll gewiß nicht in Abrede gestellt werden, daß wir unter gewissen Umständen eines Tages an die Incorporirung eines Theiles von Serbien werden denken können oder denken müssen, weil wir nicht zugeben können, daß dieser kleine Staat an unserer Grenze einen Attractionsherd bilde. Letzteres zu verhindern, ist aber mehr eine innere Frage der Monarchie, das heißt, die Entscheidung, wohin das Südslaventhum mit seinen Aspirationen gravitieren wird, wird von der Politik, die wir in Sarajevo und Agram führen werden, abhängen. Vorläufig kann Serbien sein Verschwörerdasein gegen uns oder gegen die Türkei weiterfristen. Wir haben kein Interesse, die serbische Frage in den Vordergrund zu schieben, weil wir aus Gründen der inneren Politik nicht wüßten, was wir mit dem neuen Landeszuwachs anfangen sollten.

Es muß ebenfalls als gefährlich bezeichnet werden, die Errichtung unserer Vorherrschaft in der Adria als Axiom aufzustellen. In dieser Beziehung haben sowohl wir als Italien durch das Abkommen, betreffend Albanien,^{c)} gebundene Hände. Es ist in unserem Interesse, an diesem Abkommen, solange es auch von Italien respectirt wird, festzuhalten. In den Unterredungen mit Herrn Tittoni wurde unsererseits mit seiner Zustimmung die Frage der Herrschaft über die Adria dahin definirt, daß das adriatische, ebenso wie das mittelländische Meer, keinen ausschließlichen Besitzer haben kann, nachdem in demselben die Interessen Oesterreich-Ungarn's, Italien's, der Türkei und Griechenland's zu berücksichtigen sind und darin vollkommene Bewegungsfreiheit finden.

Mit einer recht rührigen Politik Italien's und mit seinem Bestreben, politischen und wirthschaftlichen Einfluß auf dem Balkan zu gewinnen, müssen wir schon seit einer Reihe von Jahren rechnen. Die italienische Politik ist von der Vorstellung befangen, daß der status quo in der Türkei in der allernächsten Zukunft eine Änderung erfahren wird, und sie ist mit großer Geschäftigkeit befaßt, sich gegenüber den Ereignissen in der Türkei eine möglichst vortheilhafte Stellung zu sichern. Zu diesem Ende hat Herr Tittoni sich zu versichern gewünscht, daß unser Verzicht auf das

Sandjak Novibazar ein definitiver ist, beziehungsweise daß für den Fall der Wiederbesetzung dieses Gebietes durch die Monarchie für letztere im Sinne des Artikels 7 des Dreibundvertrages die Verpflichtung zur Gewährung einer Compensation an Italien erwächst.^{d)} Hieran hat Herr Tittoni die weitere Anregung geknüpft, den in der nächsten Zeit möglichen Pourparlers zwischen Wien und St. Petersburg auch Italien zuzugesellen.

Was den ersten Punkt, nämlich die Eventualität einer Wiederbesetzung des Sandjaks von Novibazar anlangt, so wurde Herrn Tittoni mitgetheilt, daß seine diesfälligen Anschauungen in den Bestimmungen des Allianzvertrages begründet seien und daß daher die Berechtigung Italiens ohne weiteres anerkannt werden müsse, Compensationen zu verlangen, falls die Monarchie sich durch den Gang der Ereignisse gezwungen sähe, ganz oder theilweise den genannten Sandjak oder irgend einen anderen Theil des türkischen Staatsgebietes zu occupieren.

Hinsichtlich des zweiten Punktes lautete die Herrn Tittoni ertheilte Rückäußerung reservirter, indem darauf hingewiesen wurde, daß einerseits die Bestimmungen des Artikels 7 des Dreibundvertrages wohl als ausreichend zu betrachten seien, und daß andererseits trotz der gegenwärtigen inneren Schwierigkeiten der Türkei tiefgehende Umwälzungen wohl in nächster Zukunft nicht zu befürchten wären. Sollte aber der Status quo auf dem Balkan einmal als bedroht erscheinen, so würde an der ihm im Jahre 1907 in Desio geäußerten Ansicht festgehalten werden, daß auch in diesem Falle für Oesterreich-Ungarn wie für Italien das Princip der Nicht-Einmischung maßgebend zu sein hätte.

Unter Zugrundelegung dieses Gedankens sei es im Geiste des Allianzvertrages gelegen, wenn die Kabinette von Wien und Rom die Verpflichtung übernähmen, beziehungsweise aufrethielten, sich gegenseitig jeden Vorschlag einer dritten Macht mitzutheilen, welcher dem Prinzip der Nicht-Intervention widersprechen und auf eine Änderung des Status quo auf dem Balkan oder in den türkischen Gebieten am adriatischen und am ägäischen Meere abzielen würde.

Gleichzeitig mit diesen uns gemachten Eröffnungen setzt Herr Tittoni sein Coquettiren mit Rußland fort und hat, wie uns auf geheimem Wege bekannt geworden, dort den Vorschlag gemacht, sich über die auf dem Balkan zu gewärtigenden Eventualitäten zu verständigen.^{e)} Das Petersburger Kabinett ist auf dieses Ansinnen, wie seinerzeit auf die Vorschläge des Grafen Goluchowski vom Jahre 1897, nicht eingegangen. Es wird unsere Aufgabe sein, eine Verständigung konkreter Art zwischen Rom und St. Petersburg zu verhindern. Ich glaube aber nicht, daß das Petersburger Kabinett sich auf konkretere Propositionen einlassen wird, sondern daß es mit Italien nur zu dem Zwecke coquettirt, um auf uns einen Druck auszuüben.

Die Wiederherstellung herzlicher und freundlicher Beziehungen zwischen den Souveränen und Regierungen von Deutschland und Rußland ist^{f)} das charakteristischste Symptom für die Beurtheilung der russischen Politik. Diese Annäherung nach der energischen Intervention Deutschlands zu unseren Gunsten im Monate März beweist — was übrigens

auf der flachen Hand liegt — daß Rußland auf Jahre hinaus eine Politik der Sammlung zu führen entschlossen ist. Rußland will und kann keine aktive Politik im nächsten Dezennium unternehmen und es ist auch fraglich, ob es nachher für eine solche besser qualificirt sein wird als jetzt. Infolge dieser Schwäche wünscht Rußland die Erhaltung des Status quo in der Türkei und es wird in Sofia und Belgrad alles thun, um sich mit der Türkei auf den besten Fuß zu stellen und das Wiederauftauchen der macedonischen Frage zu verhindern. Was Kreta und die griechisch-türkische Conflicts-möglichkeit betrifft, so liegt eine konstante Spannung zwischen der Türkei und Griechenland im Interesse Rußlands.g)

Es fragt sich nun, ob die Türkei stark genug sein wird, um den Status quo ihrer europäischen Besitzungen aufrecht zu erhalten, der, wie gesagt, von allen Mächten gewünscht wird, also auch von uns. Trotz der sehr schwankenden Verhältnisse im Reiche ist es nicht ausgeschlossen, daß die Entwicklung auf die obige Frage eine affirmative Antwort ertheilen wird. In dieser ersten Hypothese hätten wir nur darauf zu sehen, daß wir unsere Stellung in Constantinopel allmählich verbessern und stärken. Heute besteht in Regierungskreisen wie in den breiten Schichten der ottomanischen Bevölkerung ein gegen uns gerichtetes Mißtrauen. Durch ein ruhiges und consequentes Festhalten an dem Principe der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei wird es wohl gelingen können, dieses Mißtrauen zu bannen und die Einsicht an die Stelle zu setzen, daß Oesterreich-Ungarn ein nützlicher Freund sein kann.

Die zweite Hypothese, die wir in's Auge zu fassen haben, ist der Ausbruch neuer Wirren und Kriege in der Türkei. Sollten neuerdings die Zustände in Macedonien oder Albanien unhaltbar werden, so wird hiedurch der Beweis geliefert sein, daß auch das neue Regime in Constantinopel ungeachtet der vollen moralischen Unterstützung aller Mächte ausser Stande war, das Problem zu meistern. An ein Zurückgreifen auf Reformaktionen ist wohl nicht mehr zu denken. Da die maßgebendsten Großmächte wohl ihre schützende Hand von der Türkei abziehen werden, so dürfte es dann zu kriegerischen Verwickelungen mit einem oder mehreren Balkanstaaten kommen. Für einen solchen Fall haben wir vor Allem unser Pulver trocken zu halten. Diese Eventualitäten sind mit dem kürzlich in Wien gewesenen rumänischen Ministerpräsidenten Bratiano eingehend durchgesprochen worden,^{h)} wobei ihm neuerdings der Rath ertheilt wurde, die wiederholten Allianzangebote der Türkei dilatorisch zu behandeln und sich mit Bulgarien gut zu stellen, um durch fortwährende Fühlungnahme über die Intentionen des Königs Ferdinand und seiner Regierung rechtzeitig informiert zu werden. Rumänien's Auffassung geht dahin, daß es keine Machtverschiebung am Balkan dulden kann, ohne für sich eine Compensation in Anspruch zu nehmen. Rumänien wird dieses Ziel entweder durch eine vorgängige Abmachung mit Bulgarien zu erreichen trachten, oder, wenn eine solche nicht zustandekommen kann, sich im Anschlusse an seine mächtigen Verbündeten auf das Zuwarten verlegen. Unser Bestreben ist darauf gerichtet, ein rumänisch-bulgarisches Einvernehmen zu fördern und den Dingen ihren Lauf zu lassen, wobei unser Standpunkt der sein wird, daß eine definitive

Neuordnung der Dinge auf dem Balkan ohne unser Zuthun nicht erfolgen kann.ⁱ⁾ Bei dieser Neuordnung werden wir auf eine thunlichste Vergrößerung Bulgariens und zwar so, daß die Rivalität zwischen diesem Staate und Serbien aufrecht bleibt, bedacht sein müssen. Serbien wird auf diese Weise mehr auf uns angewiesen sein, vorausgesetzt, daß wir ein für die beiderseitigen Interessen billiges wirtschaftliches Abkommen mit Serbien treffen und daß in Sarajevo und in Agram die richtige Politik gemacht wird. Der Anschluß Serbiens, zunächst in wirtschaftlicher, dann vielleicht später in militärischer Hinsicht wird unter dem Einflusse der Ereignisse wahrscheinlich von selbst kommen. Dasselbe gilt von Montenegro.

Die albanesische Frage wird im Falle des Umsturzes in der Türkei jedenfalls die größten Schwierigkeiten verursachen, weil es wohl albanesische Stämme, aber noch keine albanesische Nation gibt, mit der als einer gegebenen Größe gerechnet werden könnte. Eine von Tag zu Tag rührigere Propaganda ist jedoch bestrebt, gegenüber diesem Particularismus das nationale Gemeingefühl zu wecken und bleibt trotz der von türkischer Seite entgegengestellten Schwierigkeiten nicht ohne Erfolg. Jetzt und auch in der Zukunft können wir diese in letzter Linie auf die Begründung eines autonomen Albanien gerichteten Bestrebungen nur indirekt und sehr vorsichtig fördern. Die bereits bestehende Geneigtheit, mit dem Bulgarenthum, welches sich nur bis zum Ochridasee erstreckt, also mit dem albanesischen Elemente nicht collidirt, sich zu verständigen, wird von uns in discreter, verständnisvoller Weise unterstützt werden. In einer, allerdings möglicherweise noch entfernten Zukunft werden wir in dem vergrößerten Bulgarien und in einem autonomen Albanien diejenigen Factoren besitzen, die mit Rücksicht auf ihre eigenen vitalen Interessen, die Aspirationen der serbischen Staatswesen nach dem Süden zu unterbinden werden.

Die Idee eines Protectorates oder die eines Einmarsches, um diese wilden Gegenden zu pacifiziren, könnte vom Standpunkte unserer Interessen nicht energisch genug von der Hand gewiesen werden.

Bei Einhaltung eines solchen politischen Kurses seitens der Monarchie erscheinen die Conflictsmöglichkeiten mit Russland und Italien ziemlich gering, es sei denn, daß Italien eine entschieden aggressive Richtung einschlagen sollte, was bis 1914, dem Ablaufstermine unseres Allianzvertrages, ausgeschlossen ist, oder daß unsererseits imperialistische Ziele, beiläufig in der Richtung der Anregung der Zuschrift des Chefs des Generalstabes, unverblümt in den Vordergrund geschoben würden.

Es sei gestattet, hier einige Bemerkungen über unsere militärischen Vorkehrungen Italien gegenüber folgen zu lassen. Dieselben waren veranlasst durch die unfreundliche officielle Politik Italiens in den Jahren 1901 bis 1904. Sie haben unsere Position gewiß verbessert, aber auch den Nachtheil im Gefolge gehabt, die Aufmerksamkeit der italienischen Regierung und öffentlichen Meinung auf unsere militärische Überlegenheit zu lenken. Man kann sohin behaupten, daß unsere, wie gesagt, gewiß motivierten Maßnahmen, die von Italien jetzt mit großem Aufwande von Energie inaugurierten Verstärkungen von Heer und Flotte hervorgerufen haben. In dieser Hinsicht, nämlich wie genau man in Italien über Alles, was bei uns vorgeht,

unterrichtet ist, liefert die Brochure Pellegrinis Aufschluß, welche betitelt ist „Oesterreichs Pläne und Italiens Unentschlossenheit.“

Serbien und Montenegro blicken neuerdings auf die Türkei und scheinen mit einem für das jungtürkische Regime ungünstigen Ausgang zu rechnen. Sobald wir mit Serbien einen Handelsvertrag abgeschlossen haben werden, wird es möglich sein, auch unsere politischen Beziehungen zu diesem Staate wieder normaler zu gestalten, was zweifelsohne zum Zurückdrängen der heute noch bestehenden ziemlich intensiven Spannung beitragen wird. Nach durchgeführter Annexion hat Oesterreich-Ungarn eine Politik der inneren Consolidirung und der Lösung der südslavischen Frage innerhalb seiner Grenzen zu verfolgen. Bei Einhaltung eines solchen Kurses, welcher neue Besitzergreifungen auf Kosten der Balkanslaven ausschließt, dürfte die Monarchie mit Rußland schwerlich in einen Krieg verwickelt werden. Im Falle des Eintrittes einer ersten Krise in der Türkei besitzen wir in der Meerengenfrage ein Transactionsobject, welches schon im vorigen Jahre zur Anbahnung der Annexion einen wertvollen Dienst geleistet hat und dies unter Umständen auch weiterhin thun wird. Diese Politik der Sammlung und des Abwartens der natürlichen Entwicklung befindet sich in voller Übereinstimmung mit den Zielen Deutschlands, welches unser natürlichster, sicherster Verbündeter ist, wobei nicht aus dem Auge zu verlieren ist, daß Kaiser Wilhelm ein eminent friedliebender Herrscher ist und mit allen Großmächten auf freundschaftlichem Fuße leben will. Eine imperialistische Orientierung unserer Politik würde bei Kaiser Wilhelm und dem deutschen Volke nicht dieselbe freudige Unterstützung finden wie im letzten Winter, — vielleicht sogar ein Gefühl der Eifersucht erwecken.

Mit Italien ist ein kriegischer Conflict in absehbarer Zeit nur dann im Bereiche der Möglichkeit gelegen, wenn sich das Königreich von dem Abkommen über Albanien lossagen und auf territoriale Erwerbungen am Balkan ausgehen sollte. Dieser Fall scheint jedoch, wie gesagt, unwahrscheinlich und auch wenn er sich verwirklichen sollte — was jedenfalls nicht für den Scharfblick der italienischen Staatsmänner sprechen würde — wäre ein sofortiger Kriegausbruch keineswegs die entsprechende Antwort auf einen solchen italienischen Vorstoß; denn jede Macht, welche versuchen wollen wird, in Albanien festen Fuß zu fassen und dort Ordnung zu schaffen, wird sich in ein höchst gefährliches Abenteuer analog dem italienischen in Abessinien stürzen.

Die gesamte politische Constellation in und außerhalb Europa's steht unter dem Zeichen des wirthschaftlichen und politischen Gegensatzes zwischen Deutschland und England. Im Hinblick auf unsere enge Allianz mit Deutschland, müßte also eigentlich auch der Fall eines Conflictes zwischen diesem und England in seiner Rückwirkung auf uns in Betracht gezogen werden. In dieser Beziehung ist es nun nicht ausgesprochen notwendig, daß aus der gegenwärtigen Dreadnought-Campagne unbedingt ein Krieg zwischen den beiden großen Rivalen entbrennen muß. Ein Nachlassen der diesfalls bestehenden Spannung ist schon deshalb denkbar, weil Frankreich und Rußland es ablehnen dürften, für England die Kastanien

aus dem Feuer zu holen. Andererseits hat Kaiser Wilhelm in der äußeren Politik eine eminente Friedensliebe und großes Maßhalten bewiesen. Er ist ein viel zu großer Bewunderer des Genius des englischen Volkes, um ohne zwingenden Grund sich zu einem für Deutschland höchst folgenschweren Unternehmen entschließen zu wollen. Auch noch andere Momente dürften auf ein Nachlassen der jetzigen Spannung hinwirken. Es sei hier nur in Kürze auf die Bestrebungen Nord-Amerikas und Englands hingewiesen, ihre Zollpolitik im Sinne eines noch verstärkten Hochschutzes zu orientieren, oder, wie in England, durch Zusammenschluß mit den Kolonien auf eine neue Basis zu stellen. Diese Bestrebungen werden aber nothgedrungen die Continentalstaaten Europa's, und zwar in erster Linie die Dreibundmächte und vielleicht auch Frankreich veranlassen, sich in den wirtschaftlichen Belangen gegenseitig mehr entgegenzukommen. Dieser Zusammenschluß der Continentalstaaten kann nur im Sinne der Erhaltung des Friedens seine Wirkung ausüben. Aus diesen Erwägungen heraus, welche den Ausbruch eines Krieges zwischen Deutschland und England nicht in unmittelbarer Nähe erscheinen lassen, soll es vermieden werden, die Rückwirkungen dieses Krieges auf Oesterreich-Ungarn näher zu besprechen.

In einem Vortrage, welchen Wallenstein — wenn kein Irrthum vorliegt — aus dem Schlosse Bruck an Kaiser Ferdinand II. erstattet hat, definiert dieser hervorragende Feldherr und Staatsmann die Interessen der Dynastie und Oesterreichs dahin, mit einer starken und kriegsausgerüsteten Armee immer bereit zu sein, diese imposante Macht dazu zu benützen, um sich tunlichst die Feinde vom Halse zu halten, aber womöglich keinen Krieg zu führen.^{k)} Aehnlich wie vor zweieinhalb Jahrhunderten scheint Oesterreich-Ungarn auch heute eine ähnliche politische Mission zu erfüllen zu haben: In Europa das Gleichgewicht der Kräfte zwischen den Großmächten zu erhalten, im nahen Orient ebenfalls nicht der natürlichen Entwicklung der Balkanstaaten entgegenzutreten, zwischen diesen auch nach Thunlichkeit ein Gleichgewichtsverhältnis zu begünstigen, wobei selbstverständlich Rumänien und Bulgarien besonders zu berücksichtigen sein werden. Die Monarchie braucht also eine starke Armee, aber nicht deshalb, um Gegensätze, welche vielleicht später einmal akut werden können, durch einen Präventivkrieg zur Entscheidung zu bringen, sondern nur für den Fall, daß die Ehre und die Integrität des Reiches in Gefahr kommt, oder dessen vitale Interessen auf friedlichem Wege nicht mehr gewahrt werden können.

Was die in der Zuschrift des Chefs des Generalstabes näher angeführten dringenden Nothwendigkeiten behufs Sanierung der Rückständigkeit der Armee anlangt, so sind dieselben gewiß, soweit darüber an dieser Stelle ein Urtheil gestattet ist, im Großen und Ganzen begründet. Die Anforderungen der Kriegsverwaltung werden bei den demnächst abzuhaltenden Ministerconferenzen zur Festlegung des gemeinsamen Staatshaushaltes pro 1910 zur Verhandlung gelangen. In der Zuschrift des Chefs des Generalstabes ist auch eine Bemerkung enthalten über das angeblich wahrzunehmende Erlahmen in der Vorbereitung zur zielbewußten Ausgestaltung unserer

Wehrmacht. Demgegenüber sei betont, daß unmittelbar nach Beendigung des Conflictes mit Serbien in Ungarn eine sehr ernste Regierungskrise ausgebrochen ist, auf deren Behandlung und Beilegung der Minister des Äußern bekanntlich keinen Einfluß auszuüben vermag. Des Letzteren Aufgabe wird es allerdings sein, die unbedingt nothwendigen Forderungen der Kriegs- und Marineverwaltung in den gemeinsamen Ministerconferenzen thatkräftig zu unterstützen. Andererseits darf aber wohl schon hier betont werden, daß diese Forderungen — Verstärkung unserer Wehrmacht zu Wasser und Land — sich leider dem ungünstigen Stande unserer Finanzen werden anzupassen haben. Sowohl in Oesterreich wie in Ungarn schließen die Budgets infolge mehrjähriger parlamentarischer Mißwirthschaft mit Fehlbeträgen ab. Neue Steuern werden ausgeschrieben werden müssen, welche die Bevölkerung bei der ohnehin ungemein großen Theuerung der Lebensmittel sehr hart treffen werden. Seitens der beiden Regierungen wird wohl auf diese Verhältnisse mit einem gewissen Rechte hingewiesen werden. Die Bewilligung der von der Kriegs- und Marineverwaltung in Anspruch genommenen Summen wird daher — das ist schon jetzt vorherzusehen — nur successive erfolgen können.

^{a)} Vgl. n. 1730, 1735, 2002, 2809. Nach einem Amtsvermerk (Pirquet) wurden von dieser Denkschrift sechs Abschriften angefertigt u. zw. je eine für den Kaiser, den Erzherzog Franz Ferdinand, den Kriegsminister und den Chef des Generalstabs. Zwei Abschriften wurden im Archiv hinterlegt. — ^{b)} Über diese Beratung liegt lediglich das Konzept einer Note an den österr. und den ungar. Ministerpräsidenten, den Reichskriegsminister und den gemeinsamen Finanzminister vom 13. März 1909 (S. Gager; G. Aehrenthal) vor. Danach wurde in dieser Beratung beschlossen, die grundsätzlich bereits beschlossene „Verlegung von weiteren 14 Bataillonen in den Bereich des 15. Corps“ und „die Ergänzung der in Bosnien, der Herzegowina und in Dalmatien dislocierten Truppen auf nahezu Kriegsstand“ durchzuführen, falls bis zum 15. März Abends keine Nachricht eingelaufen sei, daß die russische Regierung der serbischen Regierung erklärt hätte, „sie betrachte mit der Unterzeichnung des Ententeprotokolls die materielle Seite der Annexion bereinigt“, oder „daß die serbische Regierung sich entschlossen hätte, auf die Démarche des Grafen Forgách eine directe Antwort zu erteilen.“ Vgl. hierüber Conrad, a. a. O. I 156. — ^{c)} Nachträgliche, wahrscheinlich im Herbst 1912 angebrachte Randbemerkung des Grafen Berchtold auf einer Abschrift: leider. — Vgl. Pribram, I 83; Martens, N. R. G. 3. S. X 68. — ^{d)} Randbem. wie Anm. c: durch nichts begründet. Vgl. n. 1664. — ^{e)} Vgl. n. 1719, 1723. — ^{f)} Randbem. wie Anm. c: Potsdam. — ^{g)} Randbem. wie Anm. c: ?! — ^{h)} Vgl. n. 1689. — ⁱ⁾ Randbem. wie Anm. c: Wenn sich Rumänien und Bulgarien einigen, wird dies schwerlich möglich sein. — ^{k)} Randbem. wie Anm. c: Wilhelm II.

Nr. 1721. Tel. nach Berlin Nr. 215 (1), St. Petersburg Nr. 177 (2), London Nr. 144 (3), Paris Nr. 124 (4), Rom Nr. 157 (5) und Konstantinopel Nr. 253 (6), 18. Aug. 1909 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

1.—6. Der italienische Botschafter hat mir mitgeteilt, daß nach Meldungen des italienischen Vertreters in London die dortige Regierung bei den übrigen drei Kretamächten angeregt habe, der Pforte zu bedeuten, sie möge die griefs, welche sie wegen Mazedonien gegen Griechenland zu haben glaube, bei den Signatarmächten des Berliner Vertrages anhängig

machen. Indem der Herzog von Avarna betonte, daß es sich vorderhand eben nur um eine englische Anregung bei den übrigen Kretamächten handle, gab er dem Wunsche Herrn Tittonis Ausdruck, meine Ansicht über diesen Punkt kennen zu lernen. Ich erwiderte dem Herrn Botschafter beiläufig folgendes: Die Mächte hätten eben dieser Tage einen formellen Schritt bei der Pforte unternommen, welcher die baldige Auflösung der mazedonischen Finanzkommission zum Gegenstande hatte. Es sei vor auszusehen, daß auf die Aufhebung der Finanzkommission in absehbarer Zeit die Abberufung der Zivilagenten folgen dürfte, womit die effektive Intervention der Mächte behufs Einführung von Reformen in Mazedonien ihr Ende gefunden hätte. Mit diesem Vorgehen der Mächte wäre es wohl nicht recht vereinbar, wenn sie eben im jetzigen Momente bei der Pforte insistieren wollten, aus Anlaß der Kontroverse mit Griechenland die mazedonische Angelegenheit neuerdings vor ihr Forum zu ziehen, wozu übrigens gerade die neue Türkei, die mit Ungeduld das Ende der internationalen Reforminstitutionen herbeiwünscht, keineswegs geneigt sein werde. Auch müsse man zugestehen, daß gerade die gegenwärtige Lage in Mazedonien nach allen uns vorliegenden Nachrichten keineswegs eine derart alarmierende sei, um ein Eingreifen der Mächte zu rechtfertigen. Gerade ich als Minister des Aeußern der österreichisch-ungarischen Monarchie müsse es doppelt sorgsam erwägen, ohne zwingende Notwendigkeit durch eine Rückkehr zur Interventionspolitik die mazedonische Angelegenheit neuerlich wieder aufzurollen und Schwierigkeiten mit der Pforte, eventuell weitere Komplikationen hervorzurufen, da ja die Monarchie eben erst eine Krise in ihren Beziehungen zur Türkei glücklich überwunden habe und infolge ihrer geographischen Lage von allen Ereignissen am Balkan am unmittelbarsten betroffen werde. Vorstehendes zu Euer etc. vertraulichen Information

I. und Verwertung beim Herrn Reichs-Kanzler oder Herrn von Schoen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1715, 1722.

*Tel. nach Konstantinopel, 18. Aug. 1909 Nr. 253 (chiffr. 7 U. p. m.).
Siehe n. 1721.*

*Tel. nach London, 18. Aug. 1909 Nr. 144 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe
n. 1721.*

*Nr. 1722. Tel. aus London, 18. Aug. 1909 Nr. 120 (eing. 19. Aug. 9 U.
a. m.).^{a)} Entziff.*

Sir E. Grey sagte mir soeben, er habe gestern mit dem türkischen Botschafter Unterredung gehabt und an diesen die Frage gerichtet, was der eigentliche Grund der Beunruhigung bezüglich Griechenlands und der Türkei wäre, wenn einmal, was hoffentlich heute geschieht, die griechische Flagge in Creta eingezogen sein wird. Tewfik Pascha antwortete, der wirklich ernste Grund zur Beunruhigung sei das Faktum, dass griechische Banden und Waffen auf türkisches Gebiet eindringen, also die Gefahr von ernststen Unruhen in Macedonien. Sir E. Grey erwiderte mit dem Rate, dass wenn

die Türkei ernstlichen Grund zur Besorgnis zu haben glaubt, sie sich jedenfalls, bevor sie zu extremen Massregeln greift, zunächst an alle sechs Mächte wenden sollte, um diesen ihren Standpunkt darzulegen. Staatssekretär sagte mir, er lege Wert darauf, mir Vorstehendes sogleich zur Kenntnissnahme meiner Regierung mitzuteilen. Er glaube nicht, dass eine ernste Gefahr bevorstehe, sei aber der Ansicht, dass es für alle Fälle vorteilhaft wäre, wenn die Mächte in Fühlung treten würden, um nicht von Ereignissen überrascht zu werden. Er meine, es sollte nicht unmöglich sein, dass die sechs Mächte geeinigt auftreten und Komplikationen hintanhalten. Er mache keinerlei Vorschläge, wolle uns aber nur mitteilen, was der türkische Botschafter ihm gesagt und was er geantwortet habe. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1721, 1725.

Tel. nach Paris, 18. Aug. 1909 Nr. 124 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 1721.

Tel. nach Rom, 18. Aug. 1909 Nr. 157 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 1721.

*Tel. nach St. Petersburg, 18. Aug. 1909 Nr. 177 (chiffr. 7 U. p. m.).
Siehe n. 1721.*

*Nr. 1723. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 19. Aug. 1909 Nr. 73 D
(eing. 22. Aug.).^{a)} Ausfert.*

Mit meinem ergebenen Telegramme vom 16. d. Mts. No. 406^{b)} habe ich Euerer Excellenz bereits das entschiedene Dementi einberichtet, welches der Grossvezir den verschiedenen im Umlaufe befindlichen Gerüchten über die Aufrollung der Dardanellenfrage, soweit es sich eben um Verhandlungen mit der türkischen Regierung handeln würde, entgegengesetzt hat. Die bezüglichlichen Äusserungen Hilmi Paschas schienen mir ziemlich aufrichtig. Er bemerkte, wenn selbst England und Russland in der Sache zu einem Einvernehmen gelangen sollten, damit noch lange nicht gesagt sei, dass die Türkei in eine Änderung der jetzt bestehenden Bestimmungen einwilligen würde. „Der Diapason an beiden Seiten“ wie er sich ausdrückte, „sei nicht der nämliche“.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 1720 Anm. e, 1728. — ^{b)} Betrifft die Bewilligung der Durchfahrt durch die Dardanellen für die beiden russischen Yachten, die den Zaren nach Italien bringen sollen.

*Nr. 1724. Bericht aus London, 19. Aug. 1909 Nr. 59 D (eing. 23. Aug.).^{a)}
Ausfert.*

Vertraulich. Sir Edward Grey erwähnte, als ich ihn gestern aufsuchte, das in der „Vossischen Zeitung“ vom 4. August erschienene Wiener Telegramm Dr. Friedjungs, worin seine frühere Behauptung über einen angeblichen Versuch König Eduards in Ischl voriges Jahr die Frage der Flottenrüstungen aufzuwerfen, aufrechterhalten wurde. Der Staatssecretär bemerkte ausdrücklich, dass er diese Angelegenheit nicht amtlich sondern nur ganz „privately“ berühren wolle und händigte mir die beiliegende Abschrift der Beilage eines offenbar aus Berlin kommenden Berichtes^{b)} ein. (König Eduard

hatte auf diesen Ausschnitt der Vossischen Zeitung die Randbemerkung gesetzt „this is an absolute falschood.“) Ich antwortete dem Staatssecretär, dass die Ausführungen der Vossischen Zeitung in Wien sogleich als unrichtig bezeichnet und daher deren Reproduction in unserer Presse verhindert wurde. Sir Edward bemerkte, er wisse, dass in der österreichisch-ungarischen Presse nichts derartiges erschienen sei und habe auch den ersten Artikel Doctor Friedjungs mit der ganz falschen Darstellung der vorjährigen Ischler Entrevue nicht zur Sprache gebracht. Nun richte sich aber dieses Telegramm der „Vossischen Zeitung“ direct gegen das englische offizielle Dementi, welches dem ersten Artikel der „Vossischen Zeitung“ entgegengesetzt wurde. In Deutschland sage man, diese Nachrichten stammten aus Wien und Doctor Friedjung sei ein Österreicher, der in Beziehungen zu den einflussreichsten Staatsmännern der Monarchie stehe. Ich antwortete Sir Edward, dass Dr. Friedjung ein angesehener Schriftsteller sei, dessen Werke viel beachtet und viel gelesen werden, dass aber seine journalistische Tätigkeit in deutschen Blättern sich offenbar der Beeinflussung durch unsere massgebenden Kreise entziehe.¹⁾ Sir Edward bemerkte, wenn Dr. Friedjung ein Schriftsteller von angesehener Stellung sei, so müsste er doch im Interesse seines Rufes als ehrenhafter Mann es vermeiden, Behauptungen aufzustellen und aufrechtzuerhalten, von deren Unrichtigkeit er sich unschwer überzeugen könnte. Sir Edward betonte wiederholt, ich möge unserem Gespräch nicht den Charakter einer amtlichen Reclamation seinerseits geben. Es scheint mir aber zweifellos, dass er hiebei den Zweck verfolgte, Euer Excellenz mögen durch meine Berichterstattung bewogen werden, auf Dr. Friedjung einzuwirken, damit dieser seine Darstellung über die angeblichen Vorfälle bei der vorjährigen Ischler Entrevue nicht aufrechterhalte.

Mensdorff.

¹⁾ Richtig.

^{a)} Vgl. n. 1703, 1712, 1735 Anm. c, 1770. — ^{b)} Englische Übersetzung des Artikels der Vossischen Zeitung vom 4. Aug. 1909.

Nr. 1725. Tel. nach London Nr. 148 (1), St. Petersburg Nr. 181 (2), Berlin Nr. 218 (3), Paris Nr. 127 (4), Rom Nr. 160 (5) und Konstantinopel Nr. 256 (6), 20. Aug. 1909 (chiff. 7 U. 15 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Pogatscher).

1. Euer Exzellenz Telegramm vom 18. 1. Mts., Nr. 120 erhalten. Sir Edward Grey hat zwar Euer Exzellenz gegenüber selbst hervorgehoben, daß er keinen Vorschlag machen, sondern uns nur von dem Tewfik Pascha erteilten Rat in Kenntnis setzen wollte, die Differenzen mit Griechenland, soweit sie Mazedonien betreffen, vor dem Ergreifen extremer Maßregeln, den sechs Signatarmächten vorzulegen. Immerhin halte ich es für wünschenswert, daß Euer Exzellenz sich zum Staatssekretär als Antwort auf diese seine Bemerkungen gelegentlich im Sinne meines Telegrammes vom 18. 1. Mts. Nr. 144, aussprechen. Euer Exzellenz wollen hiebei betonen, daß ich den europäischen Charakter der mazedonischen Angelegenheiten durchaus nicht leugnen wolle und andererseits allen auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Bemühungen mit größter Sympathie gegenüberstünde; ich hätte auch,

wie Euer Exzellenz bekannt, den k. u. k. Botschafter in Konstantinopel mehrfach angewiesen, auf die Pforte im Sinne der Mäßigung und des Friedens einzuwirken. Ich hielte es jedoch nicht für opportun, im gegenwärtigen Momente, wo die Intervention der Mächte in Mazedonien eben ihrem Abschluß entgegengehe und die Situation in den drei Vilajets keineswegs unbefriedigend sei, die mazedonischen Angelegenheiten ohne zwingende Notwendigkeit neuerdings auf die Tagesordnung zu stellen.

2.—6. Zu meinem Telegramm vom 18. d. M., Nr. 177 (respektive No. 215, 124, 157, 253). Graf Mensdorff telegraphiert unterm 18. d. M. wie folgt: ... *wie n. 1722 in extenso* ... Ich telegraphiere hierauf folgendes an Graf Mensdorff: (Inseratur Telegramm nach London sub 1 in extenso). Vorstehendes zu Euer etc. Information

3. und Verwertung bei der dortigen Regierung

2., 4., 5., 6. und vorkommenden Falles zur Regelung Ihrer Sprache.
Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1731 Anm. d, 1744, 1773.

Nr. 1726. Bericht des Legationsrates Stephan von Ugroun aus Bukarest-Sinaia, 24. Aug. 1909 Nr. 41 A (eing. 26. Aug.).^{a)} Ausfert.

Geheim. Der deutsche Gesandte, Herr von Kiderlen-Wächter, machte mir heute streng vertrauliche Mittheilungen, worüber ich Euer Excellenz Bericht erstatten zu müssen glaube. Er sagte mir, er habe vom Berliner Auswärtigen Amte die Verständigung erhalten, Herr Bratiano hätte daselbst über die Möglichkeit eines bevorstehenden Krieges gesprochen und dabei die Frage aufgeworfen, welchen Standpunkt in diesem Falle Rumänien einnehmen müsse und auf welche Erfolge es wird rechnen können. Die Mittheilungen des Herrn Bratiano scheinen nun allerdings im Widerspruch mit den Äusserungen Seiner Majestät des Königs zu stehen, worüber ich am 15. I. M. sub No. 39 A zu berichten die Ehre hatte und die gerade auf eine Besserung der türkisch-bulgarischen Beziehungen und eine Annäherung zwischen den zwei Staaten concludierten. Herr von Kiderlen meint, dass Seine Majestät auch ihm gegenüber — obgleich Höchstderselbe ihn in letzter Zeit des öfteren gesprochen hat — seine Befürchtungen über einen eventuellen, unmittelbar bevorstehenden türkisch-bulgarischen Conflict nicht erwähnt und auch über die Herrn Bratiano übertragene Mission kein Wort gesagt hat, was der deutsche Gesandte dadurch erklärt, dass Seine Majestät in letzter Zeit, besonders seit seiner letzten Krankheit, eine nahezu krankhafte Aengstlichkeit zeigt, noch nicht zum Abschluss gebrachte Fragen zu berühren. So scheint auch Höchstderselbe den Herrn Bratiano ertheilten Auftrag streng geheim halten zu wollen, bis derselbe nicht^{b)} zurückgekehrt sein und über die Resultate seiner Reise mündlich Vortrag gehalten haben wird. Herr von Kiderlen ist übrigens persönlich überzeugt, dass Seine Majestät selbst an die momentane Wahrscheinlichkeit eines Krieges nicht geglaubt hat; Er mag vielleicht in diesem Sinne von Herrn Bratiano etwas beeinflusst ihn beauftragt haben, die Frage eines türkisch-bulgarischen Krieges bei seinen Besuchen in Wien und Berlin zur Sprache zu bringen; mein Mitredner glaubt aber bestimmt, dass Herr Bratiano über das Mandat

seines Königlichen Herrn hinausgegangen sei und nicht so sehr Höchst-
dessen Ideen, sondern vielmehr seine eigenen Anschauungen zum Ausdruck
gebracht habe. Herr von Kiderlen beurtheilt allerdings die Persönlichkeit
des Herrn Bratiano sehr scharf. Er hält ihn zwar für einen bedeutenden
Mann, aber nicht für einen objectiven, klugen Politiker, er wirft ihm nament-
lich vor, kein nüchternes Urtheil über die Stellung und Bedeutung seines
eigenen Landes zu haben und sich bezüglich der „Aufgaben Rumäniens“
zu weitgehenden Illusionen hinzugeben; er betrachte sich zu sehr als den
„grossen Mann“, der allein berufen sei, die Geschicke Rumäniens in neue,
viel glänzendere Bahnen zu lenken. Der deutsche Gesandte hat nahezu
zehn Jahre hier zugebracht und gilt als einer der gründlichsten Kenner
Rumäniens und des ganzen Balkans. Er hat mir sehr interessante Mit-
theilungen über die rumänisch-bulgarischen Beziehungen gemacht, worüber
er im Auftrage seiner Regierung soeben einen ausführlichen Bericht er-
stattet hat, der dahin concludieren soll, dass Deutschland, im Sinne der
bestehenden Abmachungen, seine wohlwollende Haltung Rumänien gegen-
über bei jeder Gelegenheit zu bethätigen habe, dass es aber dennoch er-
nüchternd und beruhigend auf die rumänische Regierung einwirken müsse.
Die geradezu zur fixen Idee gewordene Auffassung, dass im Falle von
bulgarischen Gebietserwerbungen Rumänien eine aequivalente Compen-
sation gebühre, darf deutscherseits nicht unterstützt werden; Deutschland
könne höchstens eine rationelle, durch militärische Rücksichten begründete
Grenzregulierung befürworten und zwar nur auf jener Strecke, wo nicht
mehr die Donau die Grenze zwischen den zwei Staaten bildet; doch sollte
auch die Verhandlung hierüber zwischen Bulgarien und Rumänien direct
geführt werden. Herr von Kiderlen meint, dass in der Zukunft Bulgarien
eine grössere und bedeutendere Rolle auf den Balkan zu spielen berufen
sei wie Rumänien und will schon jetzt mit dieser Möglichkeit rechnen.
Dem gegenwärtigen Rumänien gegenüber soll Deutschland wohl seine
übernommenen Verpflichtungen voll und ganz erfüllen, aber seinetwegen
dürfen die guten Beziehungen zu dem zukünftigen, auf Kosten der Türkei
erstarkten Grossbulgarien nicht aufs Spiel gesetzt werden. An eine bevor-
stehende Kriegserklärung zwischen den zwei Staaten glaubt er nicht und
behauptet, dass — wie schon erwähnt — auch der König und Herr Bratiano
nicht daran glauben und die Ausführungen des Letzteren in Wien und Berlin
seien nur ballons d'essai gewesen. Die bulgarische Frage sei nämlich —
meint der deutsche Gesandte — die Frage, die seit einigen Jahren die aus-
wärtige Politik Rumäniens in erster Linie beherrscht. Früher war hier das
Schlagwort, sich gegen Russland zu schützen; seit dem tragischen Ausgang
des japanischen Krieges wird die russische Gefahr eliminiert betrachtet,
dafür aber spielt nunmehr die bulgarische Furcht eine umso hervorragendere
Rolle; und zwar merkwürdiger Weise war dieselbe ganz besonders bemerkbar
zur Zeit des türkisch-bulgarischen Conflictes, wo doch die Bulgaren unmög-
lich gleichzeitig auf zwei Fronten hätten aggressiv auftreten können. Als
nun in der Folge die Bulgaren den Türken gegenüber immer anmassender
geworden sind, und man allgemein anfang an einen türkisch-bulgarischem
Krieg zu glauben, ist es bei Herrn Bratiano zur fixen Idee geworden, dass

dabei auch Rumänien etwas profitieren müsse. Die Erwerbung Mazedoniens durch die Bulgaren würde das Gleichgewicht auf dem Balkan stören und Rumänien müsste eine ganz aequivalente Compensation auf bulgarischen Boden beanspruchen, und zwar Quadratmeile für Quadratmeile, Seelenzahl für Seelenzahl. Die Grenzlinie in der Dobrudja sollte bis zur Linie Silistria-Varna, eventuell sogar bis zur Linie Rustschuk-Varna verlegt werden. Dabei scheinen die Rumänen einfach zu vergessen, dass die von ihnen beanspruchten Gebiete einen integrierenden, ausschliesslich von Bulgaren bewohnten Theil des Königreichs bilden, worauf das expansionssüchtige Land nicht verzichten kann. Was Herrn Bratiano — nach der Ansicht meines Mitredners — nicht schlafen lässt, ist die Furcht vor einem Grossbulgarien, das Rumänien in Schatten stellen würde. Als sowohl von bulgarischer wie auch von türkischer Seite Rumänien gegenüber Annäherungsversuche gemacht worden sind, konnte er sich nicht entscheiden, welches Angebot für das Land vortheilhafter wäre; bald war er für ein Bündnis mit Bulgarien, bald für jenes mit der Türkei. Seine Majestät der König hat in weiser Erkenntnis der Sachlage von beiden mit Entschiedenheit abgeraten. Höchstderselbe wollte aus den schon in meinem Berichte vom 15. I. M., No. 39 A erwähnten Gründen mit Sultan Abdul-Hamid kein Bündnis abschliessen. Ausserdem befürchtete er einen sehr heftigen Einspruch seitens der Russen, der zu neuen Complicationen hätte führen können. Aber auch für ein Bündnis mit Bulgarien war der König nicht zu haben, da Er sich doch wohl sagen musste, dass ein verbündetes Bulgarien wohl für eine Grenzregulierung, nicht aber für bedeutendere Grenzabtretungen zu haben sein werde und Höchstderselbe war schon durch Herrn Bratianos Einfluss für die Idee der Grenzlinie Silistria-Varna oder gar Rustschuk-Varna ganz gewonnen. Auch Herr Bratiano soll zur Überzeugung gelangt sein, dass Rumänien von einem nicht verbündeten Bulgarien leichter etwas mehr wird erhalten können, man soll nur den psychologischen Moment eines türkisch-bulgarischen Krieges abwarten, dann aber rasch und energisch auftreten. Allerdings darüber, worin dieses rasche und energische Auftreten bestehen soll, gehen die Ansichten sehr auseinander. Einige wollen im Falle eines türkisch-bulgarischen Krieges lediglich mobilisieren, an der bulgarischen Grenze aufmarschieren und die weiteren Ereignisse abwarten. Die anderen verlangen dagegen den sofortigen Einmarsch und die Besetzung der vielbegehrten Gebiete in der bulgarischen Dobrudja, die vorläufig als Pfand behalten werden und später im Falle bulgarischer Gebietserweiterungen als Compensationsobjecte dienen sollen. Der König war Anfangs, unter dem Einfluss der Conservativen, für den ersten Plan, liess sich aber in der Folge durch Herrn Bratiano für den zweiten gewinnen und soll nunmehr ganz für diesen eingenommen sein, frage sich aber immer wieder, was wohl im gegebenen Falle der Dreibund dazu sagen würde. Vielleicht um diesbezüglich eine Orientierung sich zu verschaffen, wurde Herr Bratiano beauftragt die Wiener^{c)} und Berliner Cabinete zu sondieren, wobei er — nach Herrn von Kiderlens Auffassung — seine Vollmachten vielleicht etwas überschritten haben mag. Thatsache ist es, dass heute die rumänische Regierung sich mit einer einfachen Grenzregulierung, selbst mit der

Abtretung Silistrias — was unter Umständen Deutschland noch befürworten könnte — kaum mehr begnügen würde und hofft mit Unterstützung des Dreibundes die Verschiebung der Grenze bis zur Linie Rustschuk-Varna erreichen zu können. Der eigentliche Zweck der Reise des rumänischen Ministerpräsidenten soll auch der gewesen sein, sich darüber zu orientieren, ob er in Wien und Berlin Verständnis für seine Aspirationen finden wird. Das nicht entsprechende Eingehen auf seine Ziele soll ihn auch abgehalten haben, seinen ganzen Plan aufzurollen. Herr von Kiderlen nimmt nun persönlich entschieden Stellung gegen die rumänischerseits beabsichtigte Ausnützung des Verhältnisses zum Dreibund, um unter seiner Aegide bedeutende Gebietserwerbungen sich zu sichern. Er hofft, dass auch das Berliner Auswärtige Amt seine Auffassung theilen werde. Er weist darauf hin, dass Bulgarien viel kleiner sei wie Rumänien und dass die Erwerbung mazedonischer Gebiete das Gleichgewicht auf dem Balkan noch nicht stören können. Überhaupt sei es noch fraglich, in wie weit diese mazedonischen Gebiete Bulgarien kräftigen würden; immerhin wird es Jahre dauern — meint der deutsche Gesandte — bis das Land das Erworbenene „verdaut haben wird“. Den neuen Besitz auch zu erhalten, würde Bulgarien lange Zeit beschäftigen und es müsste seine Blicke ständig nach dem Süden richten. Übrigens meint Herr von Kiderlen, dass auch der Erwerb bulgarischer Gebiete seitens Rumäniens für dasselbe eigentlich ein Danaergeschenk bilden würde. Schon die Dobrudja bietet der Regierung bedeutende Schwierigkeiten und sie kann damit kaum fertig werden. Die Stärke Rumäniens liegt in erster Linie in der nationalen Einheit des Landes; durch den neuen Erwerb würden dem Lande fremde Elemente zugeführt werden, was nicht zur Kräftigung des Landes beitragen würde. Man müsste also — meint Herr von Kiderlen — im eigenen Interesse Rumäniens ihm abrathen, sich nur neue Verlegenheiten auf den Hals zu laden. Er will auch in Berlin beantragen, man soll ihn ermächtigen, Herrn Bratiano zu eröffnen, dass der Dreibund die übernommenen Verpflichtungen genau respectieren und im Falle einer Provocation Rumäniens durch eine andere Macht nicht verfehlen werde, ihm zur Seite zu stehen; auch bei eventuellen Auseinandersetzungen auf Congressen oder von Cabinet zu Cabinet wird er für die Interessen Rumäniens eintreten; sollte es aber selbst provocierend gegen Bulgarien vorgehen und im Falle eines türkisch-bulgarischen Conflictes ohne jede weitere Veranlassung die Landesgrenzen überschreiten, so handelt es auf eigene Gefahr und Rumänien könne in diesem [Falle] auf die Unterstützung des Dreibundes nicht rechnen. Ugron.

a) Vgl. n. 1732. — b) So! — c) Vgl. n. 1689.

*Nr. 1727. Aufzeichnung über eine am 29. Aug. 1909 geführte Unterredung mit dem serbischen Minister des Außern Milovanović. Ohne Datum.*a) Konz. (S. Gagern; V. u. G. Aehrenthal).

Der serbische Minister des Außern Herr Milovanovich, welcher ursprünglich seinen Besuch hier für die Zeit zwischen dem 8. und 10. September angekündigt hatte, hat seine Rückkehr nach Serbien infolge der

ausgebrochenen Ministerkrise beschleunigt und mich schon Sonntag, den 29. August, aufgesucht.

Um das Terrain, auf dem sich unsere Konversation zu bewegen haben werde, von vorneherein abzustecken, habe ich gleich zu Beginn betont, daß es wohl auch seinem Wunsche entsprechen dürfte, daß wir uns Nicht mit der Vergangenheit, sondern bloß mit der Gegenwart beschäftigen. Herr Milovanovich ging hierauf sehr bereitwillig ein und fügte hinzu: „nicht nur mit der Gegenwart, sondern auch mit der Zukunft“. Ich führte sodann aus, daß gegenwärtig zwei Angelegenheiten zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien pendent seien, deren Regelung im Interesse einer normalen Entwicklung unserer Beziehungen sehr wünschenswert sei — der Handelsvertrag und die Regulierung der Drinagrenze. Bezüglich des ersteren könnte ich ihm auch diesmal nicht viel Neues sagen und nur nochmals mein Bedauern ausdrücken, daß nicht wenigstens, wie wir es vorgeschlagen, im Frühjahr ein Provisorium auf Grundlage der Meistbegünstigung zustande gekommen sei. Ich könne nur meinen lebhaften Wunsch und meine Bereitwilligkeit betonen, daß eine Annäherung der beiderseitigen Gesichtspunkte in dieser Frage zu erzielen sein werde. Herr Milovanovich präziserte den Standpunkt der serbischen Regierung dahin, dieselbe sei bereit, den alten, am 31. März l. J. abgelaufenen Handelsvertrag einfach zu reaktivieren oder, wenn dies uns nicht möglich schiene, die Verhandlungen auf weiterer oder auch engerer Basis aufzunehmen. Sollte letztere Eventualität gewählt werden, was gleichbedeutend wäre mit einer Zurücknahme der Serbien gemachten Zugeständnisse, so würde natürlich die serbische Regierung nach dem Prinzip „do ut des“ auch nicht ihre im alten Verträge konsignierten Erleichterungen aufrechterhalten können, sondern müßte dieselben entsprechend revidieren. Die serbische Regierung werde unsere Propositionen in diesem Belange erwarten.

Die Drinagrenze betreffend, bemerkte ich, daß die am 1. September zusammentretende gemischte Kommission berufen sei, zunächst die tatsächlichen Verhältnisse festzustellen und auf diese Weise das Material für die weitere Behandlung und Finalisierung der Angelegenheit zu gewinnen. Ich sprach die Hoffnung aus, daß die serbische Regierung ihren Kommissionsmitgliedern entgegenkommende Instruktionen und insbesondere die Weisung erteilt haben werde, den bisherigen Standpunkt, wonach der jeweilige Talweg die Grenze zu bilden habe, aufzugeben und wies an der Hand der einschlägigen Bestimmungen des Berliner Vertrages Herrn Milovanovich die Unstichhältigkeit dieser Auffassung nach. Der Herr serbische Minister des Aeußern meinte, daß die verschiedenen Zwischenfälle an der Drina die öffentliche Meinung in Serbien sehr aufregen, weil dieselben immer als eine neuerliche Einbuße an Territorium aufgefaßt werden. Demgegenüber wies ich darauf hin, daß die serbische Regierung es als ihre Aufgabe betrachten müsse, eine auch für Serbien vorteilhafte Regelung der Grenzdifferenzen sicherzustellen. Der Gewinn einer solchen, raschen Behandlung der Frage wäre eine Vermeidung weiterer irritierender Zwischenfälle und ferner auch die Sicherung einiger nicht unbeträchtlicher territorialer Parzellen, welche nach durchgeführter Regulierung an

Serbien zurückfallen würden. Bei entsprechender Leitung könne man der öffentlichen Meinung gegenüber diese Vorgangsweise sehr gut vertreten.

Herr Milovanovich suchte dann auch die Regulierung der Save- und Donaugrenze anzuregen, worauf ich aber nicht einging, mit der Motivierung, daß wir uns das Sprichwort „qui trop embrasse, mal étreint“ vor Augen halten müßten.

Vor allem sei es geboten, die Drinagrenze in Ordnung zu bringen, dann erst könne man sich mit der Frage befassen, ob eine Notwendigkeit vorhanden ist, sich mit der Regelung der beiderseitigen Grenze auf der Save und Donau zu befassen. Nach den Andeutungen des serbischen Ministers des Aeußern scheint man in Belgrad zu hoffen, daß man durch ein Aufwerfen dieser Frage den Rückfall mehrerer, jetzt Ungarn gehöriger Inseln an Serbien bewirken könnte.

Nach Erledigung dieser beiden Themata kam Herr Milovanovich nach einigen Umschweifen auf den Wunsch zu sprechen, Serbien mit der Monarchie die besten Beziehungen unterhalten zu sehen. Er hob besonders die korrekte Haltung Serbiens hervor, welches sich jetzt und in der Zukunft jeder Agitation nicht nur gegenüber der Monarchie, sondern auch gegenüber der Türkei enthalten wolle. Serbien wünsche die Erhaltung des status quo in der Türkei, könne aber nicht übersehen, daß im Sandschak von Novibazar zahlreiche Stammes- und Religionsgenossen wohnen. In einer vielleicht entfernten Zukunft werde sich daher für Serbien die Notwendigkeit ergeben, im Sandschak eine Gebietserwerbung vorzunehmen und für diese Perspektive möchte er nun wissen, wie Oesterreich-Ungarn sich verhalten würde und ob es nicht möglich wäre, die Zusicherung zu erhalten, daß wir uns einer solchen Ausdehnung nicht widersetzen werden. Ich ließ Herrn Milovanovich ausreden und machte ihn dann darauf aufmerksam, daß die korrekte Haltung, die Serbien von nun an zu beobachten sich vorgenommen habe, etwas Selbstverständliches sei und von mir nicht als ein besonderes Entgegenkommen der serbischen Regierung angesehen werden könne. Ich nähme aber mit Vergnügen Akt von diesen korrekten Absichten auch gegenüber der Türkei und bezeichnete eine solche Haltung auch als im eigensten Interesse Serbiens gelegen. Nur wenn die Staaten gegenseitig ihren Pflichten der Nachbarschaft nachkommen, hätten sie auch einen Anspruch auf wohlwollende und freundliche Behandlung. Ich hätte früher diese ruhige Haltung als dem eigensten Interesse Serbiens entsprechend bezeichnet, nicht nur weil alle Mächte dem neuen Regime in der Türkei wohlwollend gegenüberstehen und den status quo zu erhalten wünschen, sondern auch, weil die Türkei nicht mehr ein Teilungsobjekt für Große und Kleine bilden dürfe. Die bittere Lehre, die Griechenland jetzt über sich ergehen lassen muß, sei auch für andere Staaten beherzigenswert. Meine ausweichende Antwort hat auf Herrn Milovanovich sichtlich einen enttäuschenden Eindruck hervorgebracht. Ich erinnere mich, daß, als vor zwei Jahren Herr Pašić mich auf dem Semmering besuchte, er mich nahezu mit denselben Worten wie nun Herr Milovanovich hinsichtlich unserer Haltung zu serbischen Velleitäten auf den Sandschak sondierte.

Nachdem wir noch einige andere, nicht direkt Oesterreich-Ungarn und Serbien berührende Angelegenheiten erwähnt hatten, verabschiedete sich Herr Milovanovich, wobei er unser Gespräch dahin resümierte, daß nach meiner Auffassung es vor allem nötig sei, die eingangs erwähnten zwei pendenten Fragen ehebaldigst einer Lösung zuzuführen, wodurch die politische Atmosphäre in unseren Beziehungen eine wesentliche Klärung erfahren und den Ausblick heller gestalten würde. Ich habe mich mit diesem zusammenfassenden Eindrücke einverstanden erklärt.

a) Vgl. n. 1736, 1742, 1773, 1778.

Nr. 1728. Bericht des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Rom, 31. Aug. 1909 Nr. 56 B (eing. 2. Sept. 1909).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Der von einigen italienischen Blättern lancirten Nachricht, wonach die Absicht bestehe, gelegentlich des baldigen Besuches des Czaren ein italienisch-russisches geheimes Abkommen bezüglich des Balkan's abzuschliessen, habe ich von allem Anfang an keine Wichtigkeit beigemessen, da mir das Unwahrscheinliche, ja selbst die Unmöglichkeit eines derartigen accord à deux in die Augen sprang, — ganz abgesehen davon, dass, wenn der Plan tatsächlich bestehen würde, man sich gewiss gehütet hätte, ihn an die grosse Glocke zu hängen. In der Unterredung, welche ich vor einigen Tagen mit Herrn Tittoni hatte, kam derselbe von selbst auf den Gegenstand zu sprechen und verwarf sich in der möglichst energischsten Form gegen die phantastische Zumutung. Er denke nicht daran, und selbst im Traume würde es ihm nie eingefallen sein, mit Russland einen Balkanvertrag — bei vollständiger Ignorirung Oesterreich-Ungarn's — einzugehen, wie er auch annehme, dass Euere Excellenz niemals einen solchen Vertrag mit Russland allein abschliessen und Italien hiebei ausschalten würden. Er könne sich übrigens auch gar nicht ausdenken, was das Substrat eines derartigen italienisch-russischen Abkommens sein könnte, welches ohne den Concours Oesterreich-Ungarn's überflüssig wäre und Italien höchstens gefährlich werden könnte, da es zur Quelle der ernstlichsten Verwicklungen mit der verbündeten Nachbarmonarchie werden würde, — eine Auffassung, welcher ich selbstredend nachdrücklichst beistimmte. Dementgegen — so fuhr der Herr Minister fort — trage er sich schon seit einiger Zeit mit dem Plan, bezüglich der Balkanangelegenheiten einen accord à trois zwischen Oesterreich-Ungarn, Russland und Italien zu Stande zu bringen, in welchem die Einflussphäre einer jeden Macht, auch territorial, genau zu umschreiben wäre. Ein solches Abkommen würde allen vom Balkan her drohenden Streitfragen von Vorneherein die Spitze abbrechen und würde eine der festesten Stützen des europäischen Friedens wären.^{b)} Herr Tittoni sagte mir, er habe bekanntlich schon im vorigen Herbste Euere Excellenz gegenüber über diesen seinen Plan eine Andeutung gemacht, auch hätten ihm Hochdieselben Deren Zustimmung zu seinen damaligen Vorschlägen bekannt geben lassen (vergleiche Euere Excellenz Telegramm vom 6. Oktober v. J. No. 89). Die darauffolgenden Ereignisse, mit allen ihren Überraschungen hätten damals eine definitive Formulirung

unmöglich gemacht, und die Sache sei im Sande verlaufen. Er habe aber seinen Plan nicht fallen gelassen und wolle im gegebenen Moment darauf noch zurückkommen. Ich habe mich während der mit auffallender Wärme vorgetragenen Ausführungen des Herrn Ministers auf die Rolle des Zuhörers beschränkt und mich einer Meinungsäusserung über den wohl unzeitgemässen Plan enthalten. Es ist klar: — Herr Tittoni will sich einen persönlichen Erfolg vorbereiten und möchte gerne seinem Lande einen dem unsrigen äquiparirenden Einfluss am Balkan sichern, einen Einfluss, welcher weder durch historische Rechte, noch durch die Machtstellung Italiens begründet ist. Es ist nach dem Obigen wahrscheinlich, dass die Lieblingsidee Herrn Tittoni's den Gegenstand der Besprechungen, während des erwarteten Czarenbesuches bilden wird, wie es auch nicht ausgeschlossen erscheint, dass Herzog von Avarna in nächster Zeit einen diesbezüglichen Auftrag erhalten wird. Somssich.

a) Vgl. n. 1684, 1711, 1723, 1729. — b) So!

Nr. 1729. Bericht des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Rom, 31. Aug. 1909 Nr. 56 C (eing. 2. Sept.).^a) Ausfert.

Vertraulich. Bezüglich der von der Presse nach der Entrevue von Cowes lancirten Nachricht der eventuellen Öffnung der Dardanellen bestätigte mir Herr Tittoni die mit meinem ergebenen Bericht vom 17. d. M. Nr. 54 ^{Cb}) gemeldeten Mittheilungen Herrn Pompilis. Es sei bisher von keiner Mission ein Bericht über den Gegenstand eingelaufen, auch sei derselbe hier von keiner Seite angeregt worden. Auf meine Frage, wie sich Italien zutreffenden Falls einer solchen Anregung gegenüber verhalten würde, antwortete der Herr Minister ausweichend mit dem Hinweis darauf, dass es unvorsichtig und verfrüht wäre, schon jetzt in der Frage Stellung zu nehmen. Es ist interessant, dieser Äusserung das Factum entgegenzuhalten, dass die Zustimmung Italiens zur Öffnung der Dardanellen ja einen integrirenden Bestandteil des im vorigen Herbst formulirten accord à trois gebildet hat. Logischer Weise müsste man zu dem Schlusse kommen, dass nun auch Herr Tittoni die Gefahr sieht, welche seinem Lande in der Zukunft droht, wenn einmal der Weg nach dem Mittelmeere für die russische Flotte offen steht und die heute blühende russische Freundschaft mit der früher oder später unvermeidlichen Desillusion ihr Ende gefunden haben wird. Da aber der Herr italienische Minister des Aeussern, wie ich an anderer Stelle zu melden die Ehre habe, sich wieder mit der Idee eines accord à trois trägt, ist anzunehmen, dass die Lösung der Dardanellenfrage im russischen Sinne auch diesmal einen seiner Programmpunkte bi'det. — Ausserdem ist die russische Regierung wohl zweifellos bereits im Besitze einer diessbezüglichen Zusage Italiens, welche nicht gut wieder rückgängig zu machen wäre. Vielleicht hat aber Herr Tittoni vor, sich diesmal einen höheren Preis für seine wohlwollende Stellungnahme herauszuschlagen. Somssich.

a) Vgl. n. 1728, 1734, 1753. — b) Nicht aufgenommen, der wesentliche Inhalt ist oben wiedergegeben.

*Nr. 1730. Privatschreiben an den Chef des Generalstabs, 1. Sept. 1909.
Konz. (S. u. G. Gager).*

Geheim. In Beantwortung der geheimen Zuschrift vom 2. Juli 1. Js. in welcher Euer Exzellenz die Nothwendigkeit der Anpassung der Kriegsvorbereitungsmaßnahmen an die Richtung der äußern Politik erörtern, beehre ich mich Hochdensenben im Anschlusse eine mit demselben Gegenstande sich beschäftigende geheime Denkschrift^{a)} mit dem Beifügen zu übermitteln, daß ich ein Exemplar derselben Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn unterbreite und von derselben sonst nur Seiner k. u. k. Hoheit dem Herrn Erzherzog Franz Ferdinand sowie dem Herrn Kriegsminister G. d. I. Freiherrn von Schönaich Kenntniß gebe.

^{a)} Vgl. n. 1720.

Nr. 1731. Aufzeichnung über eine Unterredung mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Bratiano, (10.) Sept. 1909.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Geheim. Herr Bratiano hat mir auch auf seiner Rückreise^{b)} nach Bucarest einen Besuch^{c)} abgestattet und hiebei bemerkt, dass ihm eine neuerliche Aussprache mit mir, namentlich mit Rücksicht auf die seit seinem hiesigen Aufenthalte Ende Juli in Athen vorgefallenen Begebenheiten,^{d)} höchst erwünscht sei. Ich konnte dem Herrn rumänischen Ministerpraesidenten in dieser Beziehung meinen Eindruck dahin wiedergeben, dass die acute Phase in der Athener Bewegung hoffentlich bereits überschritten sei und mir eine ernste Gefahr für die Dynastie, gegenwärtig wenigstens, kaum vorzuliegen scheine. Der Fortbestand derselben sei sowohl im Interesse Griechenlands selbst als auch im Interesse des Friedens höchst wünschenswerth.

Als wir sodann auf die Lage in der Türkei zu reden kamen, bemerkte ich zu Herrn Bratiano, dass Markgraf Pallavicini, eben dieser Tage von Constantinopel hierher kommend, in Sinaia von Seiner Majestät dem Könige empfangen wurde und mit Höchstdemselben eine längere Aussprache hatte. Er habe also Seiner Majestät gewiss eingehende Auskünfte über die dortige Situation ertheilt und seine Eindrücke erzählt; im allgemeinen liessen sich letztere dahin zusammenfassen, dass er trotz der vielen und grossen Schwierigkeiten die Lage als für das jetzige Regime nicht ungünstig beurtheile.

Unsere Politik der Türkei gegenüber sei, wie ihm — Herrn Bratiano — gewiss bekannt, aufrichtig darauf gerichtet, dem neuen Regime im osmanischen Reiche, soweit es an uns liege, den Versuch der Regenerirung des Reiches zu ermöglichen und auf diese Weise eine Periode ruhiger Entwicklung auf dem Balkan herbeizuführen.

Herr Bratiano kam sodann auch dieses Mal bald auf Bulgarien zu reden, wobei ich ihn darauf verwies, dass die Eventualität eines türkisch-bulgarischen Conflictes, welche er bei unserer letzten Entrevue mit einiger Besorgnis zur Sprache gebracht hatte, heute ihm selbst wohl als nicht actuell erscheinen dürfte. Herr Bratiano sagte hierauf, sich quasi entschuldigend, er wolle nicht als Schwarzseher gelten und Ereignisse vorhersagen, die dann nicht eintreten; er müsse zugeben, dass die Gefahr eines solchen Conflictes bei

dem heutigen Stande der Dinge weniger acut erscheine. Allein Rumänien könne nicht umhin, diese Eventualität der nahen oder fernen Zukunft im Auge zu behalten und sich darauf vorzubereiten. Bei dem Verhältnisse nun, welches zwischen Rumänien und den beiden centralen Kaisermächten bestehe — Italien, welches ja doch nicht als vollwertige Grossmacht gelten könne, komme weniger in Betracht — sei es für den König und für ihn zu ihrer Orientierung ungemein wichtig zu wissen, ob Rumänien im Falle einer Vergrösserung Bulgariens in Mazedonien darauf rechnen könne, dass Österreich-Ungarn und Deutschland ihm als Compensation zu einer Gebiets-erweiterung an der südlichen Grenze verhelfen würden.

Ich setzte Herrn Bratiano neuerdings auseinander, dass der Fall, auf welchen sich seine Anfrage beziehe, absolut nicht actuell sei, wie er ja selbst zugegeben habe. Eine Vergrösserung Bulgariens in Mazedonien habe den Zerfall der türkischen Herrschaft in Europa zur Voraussetzung, und gewiss berechtige, nach den Ereignissen der letzten Zeit, welche eine gewisse Erstarkung des türkischen Nationalgefühls hervorgerufen haben, nichts zur Annahme, dass das Ende der Türkei nahe bevorstehe.

Für die Zwecke einer praktischen Politik hielte ich es daher für durchaus verfrüht, diese Eventualität schon heute zum Gegenstande der Discussion zu machen und bezügliche Entschlüsse bereits jetzt festlegen zu wollen. Dies bleibe besser der Zukunft überlassen. Ich hätte daher vorgezogen, diesem Gegenstande heute nicht näher zu treten.

Nachdem der Herr Ministerpraesident aber eine directe Frage an mich gerichtet habe, so könne ich ihn versichern, dass Oesterreich-Ungarn und gewiss auch das mit ihm verbündete Deutsche Reich in allen noch bevorstehenden Phasen der orientalischen Angelegenheiten die Interessen Rumäniens gewiss vertreten und fördern werden, ob es sich nun um directe Verhandlungen unter den Cabineten oder um sonstige internationale Stipulationen handeln werde. Ich könnte jedoch nicht die Verpflichtung eingehen, dass die Monarchie für Rumänien in dem Herrn Bratiano vorschwebenden Falle eine Gebietserweiterung auf Kosten Bulgariens, welche als Compensation einer eventuellen Vergrösserung dieses Königreiches gedacht sei, durchsetzen werde. Dies falle ganz ausserhalb des Rahmens, in welchem sich die zwischen Rumänien und den beiden Kaiserreichen getroffenen Abmachungen bewegen. Diese Abmachungen hätten aber Rumänien eine sehr lange segensvolle Periode friedlicher Entwicklung gesichert und ich würde daher glauben, dass für Rumänien kein Anlass vorliege, diese Bahn zu verlassen. Meinerseits gedächte ich, auf derselben zu verbleiben. Nachdem unsere Politik auf die Erhaltung und möglichste Consolidirung des türkischen Reiches gerichtet sei, so wäre es damit schwer vereinbar, dass die Monarchie ein Engagement eingehe, welches sich auf die Möglichkeit des Zerfalles des osmanischen Reiches beziehe.

Ich könne mich nur neuerlich in dem Sinne aussprechen, dass Rumänien meiner Ansicht nach gut daran thue, sein Verhältnis zu Bulgarien zu einem möglichst guten und freundschaftlichen zu gestalten. Hiebei schwebe mir nicht nur der Gedanke vor, dass ein solches intimeres Verhältnis in einem gegebenen Momente für das Zustandekommen einer vortheilhaften Trans-

action sich als nützlich erweisen könnte, sondern auch die Erwägung, dass man auf diese Art am Besten mit Sofia in fortlaufender Fühlung bleiben und dadurch über die dortigen Absichten am Laufenden erhalten bliebe.^{e)} Letzteres schiene mir aber umso angezeigt, als es nicht ausgeschlossen sei, dass zwischen Petersburg und Sofia manches gesponnen werde, und Rumänien das grösste Interesse habe, dies möglichst genau zu controlliren. Ich sei nämlich überzeugt, dass König Ferdinand ohne Zustimmung Russlands keine Action gegen die Türkei beginnen würde.

^{a)} Vgl. n. 1732. Die Aufzeichnung wurde am 10. Sept. unter Nr. 2995 bis 2997 auch nach Berlin (zur Mitteilung an die deutsche Regierung), nach St. Petersburg und Konstantinopel (zur rein persönlichen Kenntnisnahme) eingesendet. Vgl. n. 1733, 4418 Anm. c. — ^{b)} Vgl. n. 1689. — ^{c)} Das genaue Datum des Besuchs läßt sich nicht ermitteln. Eine amtliche Abschrift des oben abgedruckten Stückes trägt jedoch den doppelten Amtsvermerk (Pirquet, Pogatscher): 10. Sept. 1909. — ^{d)} Vgl. n. 1725, 1744. ^{e)} So!

Nr. 1732. Erlaß nach Bukarest, 10. Sept. 1909 Nr. 2994.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Müller).

Ich beehre mich, Euer Durchlaucht im Anbuge eine geheime Aufzeichnung^{a)} über eine neuerliche Unterredung zu übermitteln, die ich mit Herrn Bratiano anlässlich eines Besuches, welchen er mir auf seiner Rückreise nach Bukarest abgestattet hat, gehabt habe. Wie Euer Durchlaucht aus dem Berichte Herrn von Ugrons vom 24. v. M., No. 41 A geheim, bekannt ist, hat Herr von Kiderlen in Berlin um die Ermächtigung angesucht, dem Herrn rumänischen Ministerpraesidenten gelegentlich zu eröffnen, dass Deutschland die dem Königreiche gegenüber übernommenen Verpflichtungen genau einhalten und sich gegebenen Falles für die Interessen Rumäniens einsetzen werde; das Königreich würde jedoch, wenn es provocirend gegen Bulgarien vorgehen, oder im Falle eines türkisch-bulgarischen Conflictes die Landesgrenzen überschreiten sollte, auf eigene Gefahr handeln und dürfe auf die Unterstützung Deutschlands nicht rechnen, welches auch keine Verpflichtung dafür übernehmen könne, dass Rumänien ein Aequivalent an Gebietszuwachs erhalten müsse, falls Bulgarien eine Gebietserweiterung erführe. Herr von Kiderlen ist inzwischen seitens des Berliner Cabinetes ermächtigt worden, sich in dem von ihm angeregten Sinne Herrn Bratiano gegenüber auszusprechen. Euer Durchlaucht werden der anruhenden Aufzeichnung^{a)} entnehmen, dass auch ich mich zu dem Herrn rumänischen Ministerpraesidenten in ähnlicher Weise geäußert habe, wie dies Herr von Kiderlen zu thun beauftragt wurde, dass ich aber gleichzeitig bestrebt war, meine Bemerkungen in eine möglichst entgegenkommende Form zu kleiden. Herr Bratiano, der vielleicht eine seinen Wünschen in der Frage der eventuellen Compensationen für Rumänien mehr conforme Antwort erwartet hatte, schien durch meine Ausführungen nicht angenehm berührt. Da der Herr rumänische Ministerpraesident an mich eine directe Frage richtete, wollte ich nicht ausweichend antworten; ich hielt es jedoch auch im allgemeinen für wünschenswerth, meinen Mitredner darüber aufzuklären, dass wir keinerlei Verpflichtung übernehmen könnten, dem Königreiche gegebenen Falles zu einer Gebietserweiterung zu verhelfen, da ich es unbedingt

vermeiden möchte, dass bezüglich dieser Frage zwischen den Cabineten von Wien und Bucarest eine Unklarheit bestehe, die in einem späteren Zeitpunkte möglicherweise schwerwiegende Consequenzen hervorrufen könnte. Euer Durchlaucht wollen es vermeiden, Ihrerseits auf die Compensationsfrage mit Herrn Bratiano zu sprechen zu kommen; sollte jedoch dieses Thema Ihnen gegenüber seitens Seiner Majestät des Königs oder des Herrn Ministerpraesidenten angeschlagen werden, so können sich Euer Durchlaucht im Sinne meiner in der anruhenden Aufzeichnung resumirten Ausführungen vernehmen lassen.

a) Vgl. n. 1731, 1738, 1740, 1746, 4418 Anm. c.

Nr. 1733. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 14. Sept. 1909 Nr. 32 B (eing. 16. Sept.).^{a)} Ausfert.

Geheim. In Entsprechung des mir mit dem Erlass No. 2996, Geheim, vom 10. des Monats^{b)} gewordenen hohen Auftrages habe ich die Aufzeichnung über Eurer Excellenz neuerliche Unterredung mit dem königlich rumänischen Ministerpräsidenten, Herrn Bratiano, dem Unterstaatssekretär zur vertraulichen Kenntnissnahme mitgeteilt. Herr Stemrich sagt mir nun soeben, er habe heute Vormittag dem nach Berlin zurückgekehrten Herrn Reichskanzler darüber Vortrag gehalten und komme einem Wunsche desselben nach, wenn er mich ersuche, Eurer Exzellenz den verbindlichsten Dank der kaiserlichen Regierung für die gütige Mitteilung zu übermitteln. Die — so fuhr der Unterstaatssekretär fort — in der letzten einschlägigen Korrespondenz zwischen dem Wiener und dem Berliner Kabinette wieder zu Tage getretene Übereinstimmung der Anschauung bezüglich der von Herrn Bratiano aufgeworfenen Frage einer Gebietserweiterung Rumäniens auf Kosten Bulgariens, als Kompensation für eine etwaige Vergrößerung Bulgariens in Mazedonien, hätte durch die vorliegende interessante Mitteilung eine weitere erfreuliche Bestätigung erfahren. Flotow.

a) Vgl. n. 1714, 1740. — ^{b)} n. 1731 Anm. a.

Nr. 1734. Schreiben des ital. Ministers des Äußern Tittoni an den ital. Botschafter in Wien; Rom, 14. Sept. 1909 (vom ital. Botschafter übergeben 15. Okt.).^{a)} Abschrift.

Je me réjouis avant tout de constater que le Comte d'Aehrenthal, en admettant le bien fondé des considérations que je Vous avais communiquées et dont Vous Vous étiez fait l'interprète auprès de lui, a reconnu à l'Italie le droit de demander des compensations dans le cas où la Monarchie austro-hongroise serait amenée, par la force des événements, à occuper en tout ou en partie le Sandjak de Novi Bazar ou n'importe quelle autre région de l'Empire Ottoman. Quant au second point que je Vous avais signalé, le Comte d'Aehrenthal consentirait à ce que les Cabinets de Rome et de Vienne prissent l'engagement de se communiquer réciproquement toute proposition qui leur serait faite par une tierce Puissance en opposition au principe de la non-intervention ou visant une modification du statu quo dans la péninsule balcanique et dans les côtes et les îles ottomanes de l'Adriatique et de la

Mer Egée. Il ne me semble pas opportun de limiter d'une telle manière le terrain de l'entente à conclure. Je voudrais parvenir non pas à une entente pour des cas spéciaux, mais à une entente complète en prévision de toutes les éventualités qui pourraient se produire dans l'Orient Européen. Je crois, par conséquent, devoir insister sur la proposition que j'avais formulée dans ma lettre du 14 Juin dernier:^{b)} et c'est sur cette base que je serais prêt et très heureux de prendre un engagement réciproque avec l'Autriche-Hongrie. L'entente qu'il s'agirait de négocier resterait, à mon avis, toujours défectueuse et imparfaite si elle ne devait pas comprendre l'engagement, de la part de chacune des deux Puissances contractantes, à ne pas conclure des accords avec la Russie sans l'intervention de l'autre. Je sais qu'à ce propos le Comte d'Aehrenthal a objecté qu'un accord entre l'Autriche-Hongrie et la Russie n'est plus, à l'heure actuelle, au nombre des prévisions possibles. J'admets que, dans les circonstances présentes, cette objection est fondée. Mais les intérêts permanents de la Monarchie et de la Russie et leur situation réciproque vis-à-vis de la péninsule balcanique, sont tout de même de nature à les amener d'un jour à l'autre (l'histoire des temps récents est là pour nous le prouver) à conclure, si non des accords précis comme ceux de 1897^{c)} et de Mürzsteg,^{d)} au moins une entente sommaire.

^{a)} Vgl. n. 1729, 1753, 1756, 1761. — ^{b)} Vgl. n. 1659. — ^{c)} Pribram, a. a. O. I 78; Martens, N. R. G. 3. S. X 64. — ^{d)} Bittner, Chron. Verz. III 526 Nr. 5066.

Beilage zu n. 1734. Vorentwurf des ital. Ministers des Äußern Tittoni, ohne Datum (vom ital. Botschafter übergeben 15. Okt. 1909). Abschrift.

Les deux Cabinets s'engagent à ne pas stipuler un accord quelconque avec une tierce puissance concernant les questions balcaniques sans que l'autre puissance soit admise à y prendre part^{a)} sur un pied d'égalité absolue et à se communiquer en outre toute proposition qui lui serait faite par une tierce puissance allant à l'encontre du principe de non-intervention et se rapportant à une modification du statu quo dans les régions des Balcons ou des côtes et des îles ottomanes dans l'Adriatique et de la Mer Egée.

L'engagement que l'Italie et l'Autriche-Hongrie assumeront mutuellement, si elles acceptaient la formule ci-dessus indiquée, devrait avoir la même durée que celle du traité de la triple alliance, de sorte que l'engagement même serait implicitement renouvelé avec le renouvellement de la triple alliance.

^{a)} Über „soit admise à y prendre part“ mit roter Tinte geschrieben: „y participe“.

Nr. 1735. „Protokoll des zu Wien am 14. und 18. Sept. 1909 abgehaltenen Ministerrathes für gemeinsame Angelegenheiten, unter dem Vorsitze Seiner Exzellenz des Herrn k. und k. gemeinsamen Ministers des Äußern Grafen Aehrenthal“. K. Z. 59, G. M. C. P. Z. 473.^{a)} Konz. (S. Günther; V. n. G. Aehrenthal) und Ausfert.

Gegenwärtige: Der kgl. ung. Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle, der k. k. Ministerpräsident Freiherr von Bienerth, der k. u. k. gemeinsame

Finanzminister Freiherr von Burián, der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister G. d. I. Freiherr von Schönaich, der k. k. Finanzminister Ritter von Biliński, der k. u. k. Marine-Kommandant und Chef des gemeinsamen Kriegsministeriums, Marine-Sektion Admiral Graf Montecuccoli.

Protokollführer: Sektionsrat Ritter von Günther.^{b)}

Gegenstand: Der Voranschlag über die gemeinsamen Ausgaben und Einnahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie pro 1910.

Sitzung vom 14. September 1909.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 11 Uhr vormittags mit der Bemerkung, dass er, der Tradition folgend, die Besprechung mit einem Rückblick auf die auswärtige Lage der Monarchie einleiten wolle. Er werde, wenn auch nur ganz kurz, auf die Ereignisse des letzten Winters, die den Abschluss einer historischen Aktion bedeuten, zurückkommen. Er gedenkt der Mitwirkung beider Regierungen und der anderen gemeinsamen Minister. Die Vorkommnisse in der Türkei wiesen gebieterisch darauf hin, dass der letzte Moment gekommen sei, die Annexion durchzuführen, später wäre dies nicht mehr möglich gewesen. Die jüngste Krise habe gezeigt, wie wenige aufrichtige Freunde die Monarchie habe; sie bewies aber auch, dass man Österreich-Ungarn unrichtig eingeschätzt habe, dass es uns nicht an Lebenskraft und Willensstärke fehle, unseren Platz und zwar mit Erfolg zu behaupten. Dank der Harmonie und der Unterstützung der beiden Regierungen, aber auch Dank der umsichtigen Verfügungen der Kriegsverwaltung, welche Armee und Marine für alle Fälle bereit hielt, gelang es, das Ziel — die Annexion Bosniens und der Herzegowina — trotz grosser Schwierigkeiten zu erreichen und dabei den Frieden zu erhalten, gewiss ein Schulbeispiel dafür, dass ein Erfolg nur dann sicher sei, wenn die Kraft vorhanden, seinen Willen durchzusetzen. Durch unsere Haltung sei nunmehr die Grundlage geschaffen für die künftige Gestaltung der Verhältnisse in Europa und für die Beziehungen der Mächte untereinander; durch unsere gebesserte Position werde es aber unserem Einfluss leichter gemacht, den Frieden auch weiterhin zu erhalten. Die Einkreisungspolitik Englands sei abgewehrt worden, wir haben gezeigt, dass wir nicht als *quantité négligeable* zu behandeln und von Deutschland nicht zu trennen sind. Wir haben den uns gebührenden Platz unter den Mächten zurückerobert.

Wenn man das Verhalten der einzelnen Mächte Revue passieren lasse, so müsse man zunächst von Deutschland sprechen. Zum ersten Male kam der *casus foederis* zur Geltung. Redner müsse auf die Worte zurückkommen, die Graf Andrassy in dem Telegramme an Seine Majestät gebrauchte, in welchem er von Gastein aus den Abschluss der Allianz meldete: „Ich beglückwünsche Euer Majestät; nun ist der Monarchie der Weg nach dem Orient frei.“ Mit diesem Satze wollte aber Graf Andrassy nicht etwa einer Eroberungspolitik das Wort reden, er meinte entschieden nur, dass wir nun in der Lage seien, unseren durch die Okkupation Bosniens und der Herzegowina vermehrten Besitzstand zu erhalten, und wirtschaftliche Vorteile im Oriente erzielen zu können.

Unser anderer Alliierter, Italien, war wie immer etwas schwankend, man dürfe ihm das aber nicht zu sehr verübeln. Italien ist unter den Gross-

mächten die schwächste. Man müsse auch die Verhältnisse berücksichtigen. Es muss mit England rechnen, dessen Einfluss sei daher auf die Entschliessungen des römischen Kabinetts sehr bedeutend. Vor wenigen Tagen erst habe ihn, den Redner, der rumänische Ministerpräsident, Herr Bratiano, um die Unterstützung gewisser rumänischer Wünsche für den Fall eines Konfliktes zwischen der Türkei und Bulgarien ersucht und dabei gesagt, es komme in der Sache nur auf Österreich-Ungarn und Deutschland an, denn Italien sei doch keine vollgiltige Grossmacht. Im grossen und ganzen habe sich übrigens Italien korrekt benommen, ohne so fest zu uns zu stehen wie Deutschland. Italien hat eingesehen und wird noch mehr einsehen, dass Österreich-Ungarn mit Deutschland die stärkere Gruppe unter den Mächten bilde, und Italien geht immer mit dem Stärkeren.

Was Frankreich betrifft, so mache es von den drei Mächten der Triple-Allianz die vernünftigste Politik. Es habe uns manches erleichtert, was durch die Auszeichnung Herrn Fallières seitens Seiner Majestät anerkannt wurde. Der hiesige französische Botschafter meine, die französische Politik werde zwar am Allianzgedanken und an der Entente mit England festhalten, ebenso bei Gelegenheit an dem Revanchegeanken, die Franzosen seien aber Realpolitiker und, da sie den Frieden erhalten wollen, benützen sie das gute Verhältnis zu uns, um durch uns ausgleichend auf ihre Beziehungen zu Deutschland einzuwirken.

Bezüglich Englands sei hervorzuheben, dass der Aufenthalt des Königs in Marienbad, der Versuch des Königs, in Ischl empfangen zu werden,^{c)} die jetzige Sprache der englischen Zeitungen zeigen, dass man dort einsehe, zu weit gegangen, in der Presse zu grob gewesen zu sein. Den Engländern müsse man imponieren. Dies haben wir getan und so können wir uns nun mit ihnen verständigen und ihre dermalige mehr entgegenkommende Haltung nicht abweisen, sondern abwarten, wie sich Englands Politik in den Fragen, wo wir mitinteressiert sind, gestalten werde.

In Russland sei es der rachsüchtige Charakter Iswolskys, mit dem man um so mehr rechnen müsse, als er vorläufig wenigstens weiter im Amte verbleibt und uns manches Zeichen seiner Unversöhnlichkeit gibt, so die Sendung von Kriegsmaterial an Montenegro und die Unterstützung der serbischen Bestrebungen, in Paris eine Anleihe abzuschließen.^{d)} Russland wolle durch fortgesetzte Verdächtigungen den Eindruck hervorrufen, dass wir imperialistische Politik treiben, uns Serbien und Montenegro einverleiben wollen, es beobachtet also bis auf weiteres gewiss eine nicht freundliche Haltung uns gegenüber, doch sei es durch seine Finanznot und die inneren Schwierigkeiten von einer direkten Aktion abgehalten, immerhin sei — ohne der Zukunft besorgt entgegenblicken zu müssen — Wachsamkeit notwendig.

Von der Türkei haben wir erreicht, was wir wollten. Sie habe die Post — Bosnien und Herzegowina — in ihrem Konto abgeschrieben und die Taktik, dass wir die einzige Grossmacht sind, die ihr nicht nachgelaufen, beginnt gute Früchte zu tragen. Der Sultan sei eine Null, der Einfluss liege in der Armee und werde es sich zeigen, ob dieser zu halten. Markgraf Pallavicini, Baron Giesl, Goltz Pascha und andere beurteilen die Situation

eher optimistisch. Sollte sich der Einfluss der Armee nicht stark genug erweisen, dann werde die Anarchie wieder stärker hervortreten, was grosse Verwicklungen im Gefolge haben würde. Wir wollen die Türkei sich kräftigen lassen, aber aus eigenem. Redner sei entschlossen, jede Einmischung oder Reformversuche zu vermeiden. Wir werden uns freundlich zur Türkei verhalten, solange sich deren Vitalität erhält, sonst eine Politik der Nicht-Intervention solange als möglich befolgen und unser Pulver trocken halten, um unsere wirtschaftliche Politik durchsetzen zu können.

Die Monarchie habe zwei grosse Aufgaben. Die eine sei, das europäische Gleichgewicht aufrecht zu erhalten, was bedinge, dass wir kräftig sind und unsere Stimme im Konzert der Mächte zur Geltung bringen, die andere, für die Ruhe und das Gleichgewicht der Kräfte am Balkan einzutreten.

... *Verhandlung über die Bedeckung der außerordentlichen Ausgaben, über den Voranschlag und über die Ausgestaltung von Heer und Flotte.* ... Aehrenthal. Günther, Protokollführer.

Auf der Ausfertigung: Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, 28. Oktober 1909. Franz Joseph.

^{a)} Vgl. n. 1720. — ^{b)} Die Teilnehmer an dem Ministerrat haben die Einsicht in das Protokoll durch ihre Unterschrift bestätigt. — ^{c)} Vgl. n. 1724. — ^{d)} Vgl. n. 1690, 1763.

Nr. 1736. Zirkularschreiben an den österreichischen Ministerpräsidenten Nr. 3021 (1), den ungarischen Ministerpräsidenten Nr. 3022 (2), den Kriegsminister Nr. 3023 (3), den gemeinsamen Finanzminister Nr. 3024 (4), nach Berlin Nr. 3025 (5), St. Petersburg Nr. 3026 (6), Konstantinopel Nr. 3027 (7) und Belgrad Nr. 3028 (8), 15. Sept. 1909.^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

1.—4. Der kgl. serbische Minister des Äussern hat auf der Rückreise nach Serbien Wien berührt und mich am 29. v. M. aufgesucht. Ich beehre mich Euer Exzellenz in der Anlage eine Aufzeichnung^{b)} über den Inhalt meiner Unterredung mit Herrn Milovanović zur gefälligen vertraulichen Kenntnisnahme zur Verfügung zu stellen. Wie Euer Exzellenz aus diesem Schriftstück entnehmen wollen, habe ich es vermieden, mich Herrn Milovanović gegenüber in weitgehende politische Erörterungen einzulassen, so dass sich unsere Unterredung in der Hauptsache auf die Besprechung der zwei actuellen Fragen, der Regelung der Drinagrenze und der Erneuerung des Handelsvertrages mit Serbien, beschränkte.

5.—8. In der Anlage beehre ich mich Euer etc. eine Aufzeichnung^{b)} über eine Unterredung, die ich am 29. v. M. mit dem kgl. serbischen Minister des Äussern, Herrn Milovanović hatte, zu Ihrer vertraulichen Information

8. und eventuellen Regelung Ihrer Sprache

5.—8. zu übermitteln.

^{a)} Vgl. n. 1763, 1778. — ^{b)} n. 1727.

Nr. 1737. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 16. Sept. 1909 Nr. 240 (eing. 17. Sept. 9 U. a. m.). Entziff.

Zu Ehren Herrn Iswolski's gab Graf Osten-Sacken Dienstag ein Diner, an dem Reichskanzler und Unterstaatssekretär teilnahmen. Hierauf hatte Herr Iswolski eine lange Unterredung mit dem Reichskanzler, die einen intimen Charakter trug. Reichskanzler hat, wie man mir vertraulich mitteilt, sich geäußert, er werde Euer Exzellenz in Wien ausführlich Mitteilung über seine Unterredung mit Herrn Iswolski machen. Reichskanzler begibt sich morgen nach München und trifft 19. d. M. 7 Uhr 10 Minuten abends in Wien ein, wo er den Abend auf der deutschen Botschaft verbringen wird. Aus seiner Umgebung höre ich, dass er sich etwas Ruhe bedürftig fühle und später kurzen Urlaub in Bayern verbringen werde. Streng vertraulich. Einer mir im Auswärtigen Amte gemachten Mitteilung zufolge hat Iswolski dem Reichskanzler Versicherung wiederholt, in Reval seien keinerlei Verabredungen getroffen worden mit einer Spitze gegen Deutschland; deutsche Regierung sei von allem unterrichtet, was dort besprochen worden sei. Gegen Euer Exzellenz brachte russischer Minister des Aeussern wieder die bekannten Vorwürfe vor, wobei er Zweifel in die Aufrichtigkeit unserer Balkanpolitik setzte, was dem Reichskanzler Gelegenheit bot, Insinuation Herrn Iswolski's nachdrücklichst zurückzuweisen. Auch der deutschen Aktion in Petersburg in der letzten Phase der heurigen Krise erwähnte Herr Iswolski, indem er zwar ihren freundschaftlichen Charakter anerkannte, aber auf den bedauerlichen Eindruck in Russland hinwies. Längere Diskussion entspann sich über die Haltung der russischen Presse mit Rücksicht auf deutsch-russische Beziehungen, wobei Herr Iswolski versicherte, oft ausserstande zu sein, auf die Presse einzuwirken. Iswolski erklärte, ein überzeugter Freund der Türkei zu sein, und an der Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan festzuhalten. Flotow.

Nr. 1738. Bericht aus Bukarest-Sinaia, 16. Sept. 1909 Nr. 44 (eing. 19. Sept.).^{a)} Ausfert.

Geheim. Ich habe mit Eurer Excellenz besten Grüßen Herrn von Kiderlen-Wächter auftragsgemäss ausgerichtet, dass Euer Excellenz mit seinen nach Berlin erstatteten Ausführungen über die Stellungnahme Rumäniens zu der (übrigens durchaus nicht mehr actuellen) Eventualität eines türkisch-bulgarischen Conflictes durchaus übereinstimmen. Ich habe Herrn von Kiderlen des Weiteren mitgetheilt, dass ich beauftragt bin, Seiner Majestät dem Könige und Herrn Bratiano gegenüber, falls Seine Majestät oder der rumänische Ministerpraesident auf dieses Thema zu sprechen kommen, in nicht misszuverstehender Weise zu erklären, dass wir uns verpflichtet fühlen, Rumänien, im Falle es provociert werden sollte, gegen fremde Aggressionen zu schützen, dass es aber Rumänien allein überlassen bleiben müsse, etwaige Compensationsideen, falls es solche mit den Waffen zur Geltung zu bringen gesonnen sei, auf eigene Faust durchzusetzen. Der Gedankengang, welchen ich hiebei näher auszuführen hätte, ist übrigens in dem im vorigen Monate an den k. u. k. Botschaftsrath Herrn

von Ugron ergangenen hohen Erlasse^{b)} in der klarsten Weise niedergelegt, so dass ich mich zu gleicher Zeit auch auf die in demselben enthaltenen von Euer Excellenz Herrn Bratiano bereits mündlich gemachten Auseinandersetzungen berufen kann. — Ich möchte bei diesem Anlasse ergebenst erwähnen, dass mich Herr von Kiderlen gestern aufsuchte, um mir von der ihm zu Theil gewordenen, ihn im hohen Masse erfreuenden Allerhöchsten Auszeichnung Mittheilung zu machen und dass wir uns auch bei dieser Gelegenheit über das hier in Rede stehende Thema in eingehender Weise ausgesprochen haben. Zu einer besonderen Meldung bieten jedoch die hiebei von meinem deutschen Collegen auch mir gegenüber geäusserten Auffassungen keinen Anlass, da dieselben in der Hauptsache sich nur als eine Wiederholung der von ihm bereits dem k. u. k. Geschäftsträger Herrn von Ugron gemachten Mittheilungen darstellen. Herr von Kiderlen scheint mir übrigens in seiner Auffassung, dass die Eventualität eines türkisch-bulgarischen Conflictes keineswegs actuell sei, in der letzten Zeit womöglich noch bestärkt worden zu sein, — vielleicht hat hiezu auch ein eben erst stattgehabter Ideenaustausch mit Markgraf Pallavicini auf der Durchreise hier in Sinaja noch beigetragen — denn er sagte mir, dass seiner Ansicht nach besonders auch dieses Argument bei diesbezüglichen Besprechungen mit Seiner Majestät dem Könige und Herrn Bratiano verwerthet werden sollte. Er dürfte dies vielleicht auch schon gethan haben und wird es, wie er mir sagte, auch weiterhin thun; was mich betrifft, so handle ich gewiss in den Intentionen Eurer Excellenz, wenn ich hierin seinem Beispiele folge. Herr von Kiderlen bemerkte, gewiss sehr richtig, die Bulgaren hätten einen kaum jemals wieder gut zu machenden Fehler begangen, dass sie die Gelegenheit zu einem Angriffe auf die Türkei, welche sich ihnen einmal bot, unbenützt vorüber ziehen liessen.

Schönburg.

a) Vgl. n. 1732, 1746. — b) Vgl. n. 1689 Anm. a.

Nr. 1739. Erlaß an den Legationssekretär Grafen Otto Czernin nach Sofia, 16. Sept. 1909 Nr. 3042.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. In Ihrer letzten Kurierexpedition vom 2. l. M., Nr. 58 A—E, haben Euer Hochgeboren sub littera A^{b)} über die Ihrem deutschen Collegen zugekommene Nachricht von dem angeblichen Bestehen einer russisch-bulgarischen Militärconvention und sub littera E^{c)} über Gerüchte, betreffend die Demission des bulgarischen Kriegsministers, Bericht erstattet. Das merkwürdige Zusammentreffen dieser beiden Nachrichten ist mir aufgefallen und ich habe mich gefragt, ob bei der bekannten politischen Richtung General Nikolajeffs die Gerüchte über seine bevorstehende Demission, falls sie sich bewahrheiten sollten, nicht vielleicht in einem Causalnexus mit dem Abschlusse einer bulgarisch-russischen Militärconvention stehen könnten. Wie Graf Thurn unterm 13. Mai l. J., Nr. 37 B,^{d)} berichtete, hat sich General Nikolajeff dem k. u. k. Militärattaché in Sofia gegenüber in entschiedener Weise dahin geäußert, er würde nicht einen Tag länger im Amte bleiben, wenn er sehen würde, daß die bulgarische

Regierung sich von Rußland willenlos ins Schlepptau nehmen ließe. Falls der dem deutschen Geschäftsträger in Sofia seitens seiner Regierung mitgetheilte Inhalt des in Rede stehenden geheimen Abkommens den That-sachen entspräche, wäre die von General Nikolajeff perhorreszirte Situation thatsächlich geschaffen, und es wäre nach den erwähnten kategorischen Erklärungen des Herrn Kriegsministers wohl anzunehmen, daß er aus ihr die angekündigten Consequenzen ziehen würde. Ich theile Euer Hochgeboren den im Vorstehenden skizzirten Gedankengang mit dem Ersuchen mit, mir über etwaige einschlägige Wahrnehmungen seinerzeit Bericht zu erstatten.

^{a)} Vgl. n. 1599, 1743, 1749, 1839. — ^{b)} Mit Bericht Nr. 58 A, 2. Sept. 1909 (eing. 4. Sept.) wurde aus Sofia gemeldet, der deutsche Geschäftsträger habe aus Berlin die streng vertrauliche Nachricht von einem geheimen Abkommen zwischen Rußland und Bulgarien erhalten, dessen Hauptinhalt der folgende wäre: 1. Bulgarien beginnt keinen Krieg mit der Türkei ohne Zustimmung Rußlands. 2. Ist die Türkei der angreifende Teil, so wird Bulgarien von Rußland unterstützt und würde in diesem Falle eine territoriale Erweiterung auf Kosten der Türkei in Aussicht gestellt bekommen. 3. Der bulgarische Kronprinz „hat“ seiner Zeit eine russische Großfürstin zu heiraten. Vgl. n. 1749. — ^{c)} Mit Bericht Nr. 58 E, 2. Sept. 1909 (eing. 4. Sept.) wurden aus Sofia Gerüchte über Rücktritt des bulgarischen Kriegsministers und Zeichen der Ungnade König Ferdinands ihm gegenüber mitgeteilt. — ^{d)} Mit diesem Bericht (eing. 15. Mai) wird neben der oben wiedergegebenen Äußerung gemeldet, daß „Bulgarien äußerlich ganz im russischen Fahrwasser schwimmt“, daß es aber die bulgarische Regierung verstanden habe, „dem sehr intensiven Drängen des russischen Cabinets, das in der Herbeiführung einer serbisch-bulgarischen Annäherung einen Lieblingsgedanken verfolgt“, erfolgreich Widerstand zu leisten.

Nr. 1740. Bericht aus Bukarest-Sinaia, 17. Sept. 1909 Nr. 45 (eing. 19. Sept.).^{a)} *Ausfert.*

Geheim. Soeben, knapp vor Abgang des Couriers, erhielt ich den Besuch Herrn Bratianos, den ersten seit seiner und meiner Rückkehr aus dem Auslande. Er gieng einige Zeit wie die Katze um den Brei, bevor er das Thema des „Rumänisch-Bulgarischen Gleichgewichtes“ (um bei dem Bilde zu bleiben, welches er immer von der Sache entwirft) anschnitt. Er sprach zuerst vag von einer „Enttäuschung, die er bei seiner ersten Begegnung^{b)} mit Euer Excellenz erlebt“ und kam schliesslich auf die Sache selbst zu sprechen. Er machte mir meine Aufgabe, ihm unseren Standpunkt klipp und klar und den Instructionen Euer Excellenz gemäss auseinanderzusetzen, relativ leicht, indem er mit der etwas unglücklichen Wendung begann, im Falle eines bulgarischen Vorgehens gegen die Türkei würde Rumänien „Alles thun, was in der Macht seines Staates liege“ um zu verhindern — (er gebrauchte den etwas weniger starken Ausdruck „pour ne pas admettre“ was aber im obigen Zusammenhange ganz auf dasselbe hinaus kommt) — dass Bulgarien sich vergrößere ohne dass auch Rumänien hiefür eine das Gleichgewicht wiederherstellende Vergrößerung erfahre. Dies benützte ich um zu erklären, dass wir in dieser Stellungnahme, welche nach seiner eigenen Äusserung, auch die Möglichkeit einer kriegesischen Wendung impliciere, Rumänien nicht unterstützen und ihm die Verantwortung für ein derartiges Vorgehen überlassen müssten. Ich liess hierüber auftragsgemäss vollkommene Klarheit obwalten und wiederholte unseren

oben praecisierten Standpunkt dann noch ein Mal. Herr Bratiano wollte dann wieder retractieren, Einwendungen machen und die Sache von einer anderen Seite anpacken. Als er sah, dass auch dies zu gar keinem anderen Resultate führte, brach er langsam unsere im freundschaftlichsten Tone geführte Conversation ab, wozu ihm die vorgerückte Stunde und ein ihn erwartender Vortrag beim Könige den Anlass bot. Er meinte aber zum Schluss, wir müssten über diese Sache nochmals sprechen, er sehe in unserem Standpunkte ein novum, welch letzterer Auffassung ich sofort entschieden (so weit es mir die Kürze der Zeit erlaubte) entgegentrat, wobei ich insbesondere auch darauf verwies, dass wir stets an unseren Verpflichtungen Rumänien gegen eine Aggression zu schützen treu festhalten und auch sonst unsere wahrhaft freundschaftlichen Gesinnungen in Allem, was die wahren Interessen Rumäniens tangieren,^{c)} stets bethätigen würden. Herr Bratiano benützte den heutigen Anlass um darauf anzuspieren (ähnlich wie Seine Majestät der König im vorigen Winter während einer oder der anderen meiner zahlreichen Audienzen) dass „unsere früheren Beziehungen zu Bulgarien, wie er aus Allem dem ersehe, einen anderen Charakter angenommen haben müssen.“ Ich konnte ihm hierauf antworten, dass mir hierüber nicht das Geringste bekannt sei und dass mir aber auch kein Anzeichen hiefür zu sprechen scheine. Unter den meinerseits Herrn Bratiano gegenüber im Verlaufe unserer Discussion des Weiteren gebrauchten Argumenten legte ich besonderen Nachdruck auf die beiden folgenden: Erstens, dass die Frage eines Türkisch-Bulgarischen Conflictes heute der Actualität vollkommen entbehre; zweitens, dass selbst eine Vergrößerung Bulgariens das politische Gleichgewicht (dem übrigens an Bewohnerzahl und Flächeninhalt bedeutend grösseren) Rumänien gegenüber nicht unbedingt stören müsste, ja dass eine territoriale Vergrößerung für Bulgarien sogar eine Schwächung involvieren könnte, dass also auch die Richtigkeit der ganzen Theorie des „Gleichgewichtes“ nicht ohne Weiteres zugestanden werden könnte. Ich glaube annehmen zu können, dass es Herrn Bratiano bei unserer nächsten Unterredung vor Allem darum zu thun sein wird, den heute durch seine obcitirte Äusserung hervorgerufenen Eindruck etwas zu verwischen, dass Rumänien bei einem Bulgarisch-Türkischen Conflict unbedingte gleich das Schwert ziehen und — um seine eigenen Worte nochmals zu citieren — „alle in der Macht eines Staates liegenden Mittel“ anwenden würde „um einer einseitigen Vergrößerung Bulgariens entgegen zu arbeiten.“ Herr Bratiano hat sich mit dieser Redewendung offenbar vergaloppiert. In welcher Weise immer er übrigens auf das Thema zurückkommen sollte, meine Antwort wird wieder dieselbe sein. Schönburg.

a) Vgl. n. 1732, 1733, 1746. — b) Vgl. n. 1689. — c) So!

Nr. 1741. Erlaß an den Legationssekretär Otto Franz in Belgrad, 18. Sept. 1909 Nr. 3056. a) Konz. (S. Pitner; V. Oppenheimer u. Giskra; G. Giskra).

Das k. u. k. Reichskriegsministerium^{b)} hat dem Ministerium des Äußern ein in Belgrad kürzlich erschienenenes, confidentiell beschafftes

„Taschenhandbuch über die österr.-ung. Armee“ zur Einsicht übermittelt, welches in der Druckerei Davidović erschien und einen anonymen Verfasser hat. Das Reichskriegsministerium äussert sich hier wie folgt: Das Handbuch dürfte wohl mit dem auch in der Presse — so im Abendblatte des Pester Lloyd vom 14. v. Mts. — besprochenen Behelfe identisch sein. Als Verfasser wurde der gewesene k. u. k. Oberleutnant Milan Pribičević genannt, der die Offizierscharge abgelegt und zuletzt als Reservefeldwebel beim Infanterieregimente Nr. 16 gedient hat, wo ihm am 24. Juli 1905 die Bewilligung zur Auswanderung nach Serbien erteilt wurde. Mag dieser Pribičević auch einzelne Daten für das Handbuch geliefert haben, so sprechen doch der Gesamteindruck des Behelfes, sowie die dem Reichskriegsministerium vorliegenden Nachrichten für die Autorschaft des serbischen Generalstabes. Die Einleitung betont, daß in Folge der Annexion Bosniens und der Hercegovina — Länder, die das Herz und der Kern Serbiens sind — die gesamte serbische Nation mit Serbien und Montenegro an der Spitze entschlossen ist, ihre durch die Annexion Bosniens und der Hercegovina gefährdete Existenzberechtigung mit den Waffen in der Hand zu verteidigen. Der Krieg mit Österreich-Ungarn, ob jetzt oder später, ist unabweislich und Serbien rüstet sich mit seiner ganzen Kraft für diesen Krieg. Im Rahmen der Kriegsvorbereitungen ist auch das Erscheinen dieses Buches gelegen, welches den Zweck verfolgt, alle Offiziere, Unteroffiziere, Wehrpflichtigen, sowie die Freiwilligen, Bandenmitglieder und übrigen Einwohner mit der Wehrmacht Österreich-Ungarns, hauptsächlich aber mit den für Serbien in Betracht kommenden Kriegsschauplätzen (Bosnien und die Hercegovina, Kroatien und Slavonien und der Banat) vertraut zu machen. Der Stoff des Buches besteht, analog wie bei anderen derartigen Handbüchern, aus einer kurzen im allgemeinen richtigen Darstellung der österreichisch-ungarischen Heeresorganisation und aus Daten über Größe, Einwohnerzahl, Nationalitäten etc., der Monarchie. Die moralischen Faktoren unseres Heeres, wie Gemeingeist und Einigkeit, Disziplin, Geist des Offiziers- und Unteroffizierskorps, des Mannschaftsstandes und deren gegenseitige Beziehungen werden im Vergleiche mit denselben Faktoren serbischen Heeres konstant herabgewürdigt. Bemerkenswert ist, daß die Organisation der österreichisch-ungarischen Wehrmacht weniger vom militärischen Standpunkte aus einer Betrachtung unterzogen wird, sondern die Beurteilung sich hauptsächlich auf die im Heere herrschenden nationalen Verhältnisse, bei besonderer Hervorhebung und Berücksichtigung des an Serbien grenzenden slavischen Elementes stützt. Charakteristisch für diesen Umstand erscheint die ganz besondere Bezeichnung jener k. u. k. Infanterieregimenter, die Serbo-Kroaten in ihrem Stande führen (Seite 134). Diese einseitige Beurteilung bringt den Verfasser zu dem Schlusse, daß Österreich-Ungarn im Falle eines Krieges mit Serbien, eben mit Rücksicht auf das im Heere vertretene slavische Element nur auf die Hälfte seiner Wehrmacht zuverlässig rechnen darf, während die andere — unterjocht und bedrängt, mit der österreichisch-ungarischen Verwaltung unzufrieden ist und deshalb in einem Krieg mit Serbien nicht mit jener Aufopferung und Entschlossenheit kämpfen wird, die von jeder kriegführenden Armee gefordert werden muß. Diese Schluß-

folgerung und der Umstand, daß das serbische Kriegsministerium dieses Buch in 5000 Exemplaren für die Armee beschafft haben soll, sich somit mit dem Geiste desselben identifiziert, sowie dass der Reinertrag des Verkaufes dieses Buches laut einer am Titelblatte stehenden Bemerkung der „Narodna odbrana“ zufließen soll, veranlassen mich, Euer Wohlgeboren zu beauftragen den serbischen Minister des Äußern bei der nächsten passenden Gelegenheit auf die obenerwähnten Umstände aufmerksam zu machen und ihm Ihr Befremden darüber auszudrücken, dass die serbische Regierung es geduldet habe, dass eine derartige Publikation mit einer behördlich autorisierten Vereinigung in Zusammenhang gebracht werde. Euer Wohlgeboren wollen jedoch die vorstehende Bemerkung nur dann fallen lassen, wenn Sie der Ansicht sind, daß die Beziehungen der Narodna Odbrana zur Regierung derartige sind, daß eine Quasi-Verantwortung der Letzteren konstruiert werden kann; anderen Falls wäre von der ins Auge gefaßten Demarche besser ganz abzusehen.

^{a)} Vgl. n. 1745, 2127. — ^{b)} Mit Note vom 4. Sept. 1909 Nr. 10840 (eing. 5. Sept.), die im obigen Erlaß wörtlich wiederholt ist.

Nr. 1742. Bericht des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 18. Sept. 1909 Nr. 70 B (eing. 20. Sept.).^{a)} Ausfert.

Geheim. In der Frage der gegen die Monarchie gerichteten serbischen Propaganda-Tätigkeit ist ein markanter Schritt geschehen. Der „Slovenski Jug“ ist am 14. d. Mts. aufgelöst worden und ebenso die „Patrioten-Liga“. Herr Milovanović hat gleich nach seiner Rückkehr aus Wien^{b)} den Präses des erstgenannten Vereines zu sich berufen und eine eingehende Besprechung mit ihm gepflogen. Am 8. d. Mts. versammelten sich die führenden Mitglieder beider Vereine (Božo Marković, Ljubo Davidović, Jovo Skerlić, General Božo Janković, Luka Čelović, Stanoje Stanojević und Mihajlo Popović) im Ministerium des Äußern zu einer Konferenz, der auch Ministerpräsident Novaković, die Minister Milovanović, Ljubo Jovanović und Stojanović beiwohnten. Konfidentiellen Nachrichten zufolge hat der Minister des Äußern den Erschienenen die Mitteilung gemacht, daß durch die Unvorsichtigkeit des Agenten Derotić in Loznica oder durch den Verrat bosnischer Serben positive Beweise der Tätigkeit des Slovenski Jug der k. u. k. Regierung in die Hände gefallen sind. Herr Milovanović hat, wie behauptet wird, hinzugefügt, daß er dies aus seiner Unterredung mit Euer Exzellenz entnehmen konnte. Jedenfalls scheinen es Eindrücke des Herrn Ministers des Äußern gewesen zu sein, die er in Wien oder Marienbad gewonnen hat, welche der Regierung den Mut gegeben haben, einzelne der Agitationsvereine ganz aufzulösen, anderen die Propaganda in Bosnien, Herzegovina, Dalmatien und Kroatien zu untersagen. Der bezügliche Beschluß der serbischen Regierung findet sich in der ergebenst angeschlossenen Beilage „Beratungsbeschlüsse der XX. Sitzung des Slovenski Jug“. Wer durch längere Zeit mit der Beobachtung des serbischen Konspirations-Bedürfnisses zu tun hatte, ist zunächst versucht zu glauben, daß dieser Regierungs-Maßregel, die gleichzeitig die Bildung eines neuen, einzigen Propagations-Zen-

trums anordnet, nur die Absicht zu Grunde liegen dürfte, durch Umorganisation und Konzentrierung sich besser als bisher vor Verrat zu schützen. Für die voraussichtliche Fortdauer der Propaganda würde auch der Umstand sprechen, daß die Fanatiker, die die Führer der aufgelösten Vereine waren, auch zur Leitung der neuen Agitations-Vereinigung berufen werden. Die Erklärung für die Bedeutung der Regierungsmaßregel wird aber eine andere, wenn man zu erkennen glaubt, daß auch die serbischen Phantasie-Politiker allmählig sich der vorläufigen Aussichtslosigkeit ihres Vorgehens bewußt werden. Es kann dann als wahrscheinlich bezeichnet werden, daß mit der Auflösung des Slovenski Jug die gegen die Monarchie gerichtete Agitations-Tätigkeit eine wesentliche Einschränkung erfahren wird. Einen definitiven Zusammenbruch dieser Konspirationen wage ich noch nicht zu behaupten. Er erscheint von zwei, heute noch nicht gegebenen Voraussetzungen abhängig. Die eine ist, daß bei uns die Erfolge der auswärtigen Politik von einer glücklichen Politik und Administration im Innern voll ausgenützt werden. Und die andere Voraussetzung ist, daß in Serbien die radikale Partei ihren dominierenden Einfluß verliert. Es muß sich die Erkenntnis Bahn brechen, daß eine grundsätzlich gegen Österreich-Ungarn gerichtete Politik zu keinen Erfolgen führen kann.

Franz.

a) Vgl. n. 98 Anm. b, 1560, 1752. — b) Vgl. n. 1727.

Erste Beilage zu n. 1742. Amtliche Übersetzung eines apokryphen Dokuments.

Protokoll

der XX. Sitzung der Zentralleitung des „Slovenski Jug“.

Gegenwärtig: Präses B. Marković

Unterpräses — — —

Mitglieder: Ljuba Davidović

Mile Pavlović

St. Stanojević

Krank: Mih. Jovanović

Der Sitzung wohnt der Kultus- und Unterrichtsminister, Herr Ljuba Stojanović, bei.

Božo Marković: Meine Herren, ich eröffne die XX. Sitzung und bitte sie den Herrn Stojanović, unseren Ehrenpräsidenten anzuhören, welcher als Mitglied der Regierung sprechen wird.

Ljuba Davidović: Gestatten Sie mir, geehrte Herren, die Bemerkung, daß die Worte, die der Herr Minister als Mitglied der Regierung an uns, Mitglieder der Zentralleitung, welche bis vor Kurzem im Einvernehmen mit der königlichen Regierung auf dem nationalen Felde gearbeitet hat, richten wird, in das Protokoll unserer „Beratungen“ und nicht in jenes der Vorarbeiten zu verzeichnen wären.

Mile Pavlović: Ich stimme mit der Ansicht des Herrn Davidović überein; die Wichtigkeit der Rede des Herrn Ministers würdigend, schlage ich vor, daß wir sogleich zur Beratung übergehen.

Božo Marković: Ich bitte, meine Herren, zur Beratungssitzung:
Zur Beratung.

Nach der Beratung:

Božo Marković: Jetzt, meine Herren, wäre es erforderlich, daß zwei von uns zum Herrn Minister gehen, um zu beraten, was auf Grund des Aktes des Herrn Ministers vorzunehmen erforderlich wäre.

Stanoje Stanojević: Ich, meine Herren, bin der Meinung, daß der Herr Präses allein gehen soll.

Božo Marković: Ich, meine Herren, bin bereit zu gehen, aber es wäre wünschenswert, daß auch Herr Davidović mitgeht.

Ich möchte, meine Herren, vorschlagen, daß man dem erkrankten Herrn Mijajlo Jovanović mit einer Geldunterstützung zur Hilfe kommen und ihm 200 Dinars Unterstützung geben sollte.

Alle Mitglieder nehmen diesen Antrag an.

Sonach, meine Herren, wird der Kassierstellvertreter Herr Stefanović Herrn Jovanović 200 Dinars überbringen.

Belgrad, am 30. August
12. September 1909.

Wir beglaubigen dieses Protokoll:
B. Marković m. p.

Sekretär:

M. Stefanović m. p.

St. Stanojević m. p.

Zweite Beilage zu n. 1742. Amtliche Übersetzung eines apokryphen Dokuments.

Anträge und Beratungsbeschlüsse, welche bei der XX. Sitzung der Zentralleitung des „Slovenski Jug“ eingebracht und entschieden worden sind.

Belgrad, am 30. August
12. September 1909.

I. Erklärung des Herrn Kultus- und Unterrichts-Ministers Ljuba Stojanović, Ehrenpräsidenten der Leitung des „Slovenski Jug“ und Mitgliedes der Königlichen Regierung:

Geschätzte Herren und Kollegen!

Die nationalen Aufgaben unseres Vaterlandes erfordern unausgesetzte Tätigkeit, Anstrengung und Aufopferung von uns Allen, die wir im freien Königreiche leben. Zu diesem Zwecke haben wir, meine Herren, wie es Euch bekannt ist, vor fünf Jahren einen Propaganda-Verein gegründet und ihm den Namen „Slovenski Jug“ gegeben. Die Tätigkeit dieses Vereines hat anfangs die erwarteten Resultate nur teilweise gebracht, insolange ich nicht im Jahre 1906 die Propaganda-Arbeit geteilt habe. Die Arbeit für die Propaganda in Bosnien und die Herzegovina fiel ausschließlich der Zentralleitung zu, und habe ich die Statuten über die Tätigkeit in Verbindung mit dem Ministerium ausgearbeitet. Über die Erfolge und die nützliche Arbeit für die Interessen des Serbentums und unseres Vaterlandes im Jahre 1906 und 1907 will ich, meine Herren, nicht sprechen, denn

diese kann man nur erkennen, wenn man sich die damalige Situation in Bosnien-Herzegovina vergegenwärtigt.

Geehrte Herren! Mittlerweile haben sich jetzt die Verhältnisse von Grund auf verändert und wir können nicht mehr so aktiv arbeiten, wie wir dies vor der Annexion getan haben. Und zwar aus mehreren Gründen, hauptsächlich aber aus dem, weil unser Bosnien jetzt gewaltsam der österreichisch-ungarischen Monarchie angegliedert worden ist, weil eine Fortsetzung unserer Tätigkeit in der bisherigen Weise eine absichtliche Herausforderung unseres Feindes bedeuten würde. Wie immer Ihr auch vorsichtig mit den Brüdern und nationalen Führern in Bosnien-Herzegovina arbeitet, so scheint es doch, wie mir Herr Milovanović gesagt hat, dass man in Wien etwas von der Tätigkeit des „Slovenski Jug“ weiss. Man weiss nicht ganz genau, weshalb sie jetzt sehr strenge aufpassen. Denkt meine Herren, nicht einmal einen Moment daran, dass die königliche Regierung irgend wie an Euerem Patriotismus zweifelt, und deshalb bitte ich auch es nicht falsch aufzufassen, was Herr Milovanović in Wien bemerkt hat. Nach unserer Meinung ist die Sache dadurch herausgekommen, dass es unter unseren Freunden, hauptsächlich in Sarajevo, auch solche gibt, welche ihren Patriotismus dem verkaufen, der ihnen am meisten zahlt, sei es in Geld oder in Konzessionen. Meine Herren, wie ich schon sagte, ist Serbien noch nicht so weit gerüstet, um sich mit der Waffe in der Hand entgegenstellen zu können, um seine Interessen in Bosnien und Herzegovina zu verteidigen, wenn es von dem uns feindlichen Österreich-Ungarn dazu herausgefordert werden sollte. Und nach unserer Meinung sucht Österreich-Ungarn hiezu eine Gelegenheit, denn es weiss, dass wir nicht genügend gerüstet sind.

Wir Mitglieder der Regierung haben in der kurzen Zeit, seit welcher wir mit den Mitgliedern aller Parteien die Koalition bilden, die Tätigkeit aller unserer Vereine geschätzt, deren Ziel die Propaganda für die Interessen Serbiens und des Serbentums ist. Wir haben aber jetzt befunden, dass nicht Alles so ist, wie es sein sollte, und dass von einer solchen Arbeit Serbien und das Serbentum Schaden haben könnte, und haben darum beschlossen, gewisse Vereine gänzlich aufzulösen, bei anderen die Tätigkeit einzuschränken. Deshalb wolt, geschätzte Herren, den Beschluss der Regierung über Eure Zentrallleitung des „Slovenski Jug“ anhören:

„Die königliche Regierung, entschlossen die Beziehungen einzelner Vereine zu konsolidieren, deren Ziele das Propagieren des Serbentums und der serbischen Idee ‚Vereinigung der Serben‘ in Bosnien, Herzegovina, Dalmatien und den Ländern des dreieinigten Königreiches ist, beschließt, dass folgende Vereine (Društva) vollständig aufgelöst werden: 1.) die ‚Patriotenliga‘; 2.) die Zentrallleitung des Bürgerklubs des ‚Slovenski Jug‘. Weiters beschliesst die Regierung, dass in den vorgenannten Ländern jede Tätigkeit und alle Beziehungen mit einzelnen Leuten von nachstehenden Vereinen einzustellen sind: 1.) ‚Kolo Srpskih Sestara‘ (Verein serbischer Schwestern), 2.) ‚Odbor Narodne Odbrane‘ (Nationalverteidigungsausschuss), 3.) ‚Glavni Komitski Odbor‘ (Hauptausschuss des Bandenkomitees), 4.) ‚Društvo Sveti Sava‘ (Sweti Sawaverein), 5.) ‚Društvo Srpske Braće‘ (Verein serbischer Brüder).“

„Für die pünktliche Durchführung dieses Beschlusses der königlichen Regierung macht der Minister des Äussern verantwortlich: alle Würdenträger, welche bisher die bestandene Zentralleitung des Bürgerklubs des „Slovenski Jug“ gebildet haben.“

„Die Würdenträger der genannten Zentralleitung werden vom 1. September 1909 an, mit dem Vertrauen der königlichen Regierung, als Mitglieder der Vereinigung „Glavni Odbor za Propagandu“ (Hauptausschuss für die Propaganda) designiert, zu welchem auch folgende Personen gehören: Jovan Skerlić, Ljuba Celović und Živojna Rafajlović. Die näheren Weisungen für die Tätigkeit dieses Ausschusses wird der Herr Minister des Äussern vorschreiben.“

Belgrad, den 30. August
12. September 1909.

Minister des Äussern:
M. Milovanović.

Ihr habt, geschätzte Herren, den Willen und den Beschluss der Regierung angehört, und ich wünsche Euch Glück, Erfolg und Fortschritte in der Arbeit, die Ihr unternehmen werdet. Diesen Akt des Herrn Ministers, mit welchem Ihr zu Würdenträgern des neuen Vereines bestimmt werdet, hütet in Euerem Archive.

I. Beschluss der Mitglieder der Zentralleitung:

Die Mitglieder der Zentralleitung des gewesenen Bürgerklubs des „Slovenski Jug“ haben die Forderungen der königlichen Regierung sowie auch den Akt des Herrn Ministers des Äussern, über die Einstellung der Tätigkeit der bisherigen Zentralleitung des Bürgerklubs des „Slovenski Jug“, über die Ernennung zu Würdenträgern für den neu zu gründenden Verein „Odbor za Propagandu“ (Ausschuss für Propaganda), bei ihrer XX. ordentlichen Versammlung angehört und beschlossen, sich den Forderungen der königlichen Regierung zu unterwerfen. Sie danken dem Herrn Minister für die Ehrung durch die Verleihung von Würdenstellen und erklären, dass sie wie bisher die Interessen des Serbentums schützen werden.

Belgrad, am 30. August
12. September 1909.

Zentralleitung Präses B. Marković m. p.

Sekretär:	Mitglieder:
betraut mit den Obliegenheiten des Kassiers:	Lj. Davidović m. p.
M. Stefanović m. p.	St. Stanojević m. p.
	M. Pavlović m. p.

Nr. 1743. Bericht des Legationssekretärs Grafen Otto Czernin aus Sofia, 23. Sept. 1909 Nr. 63 B (eing. 25. Sept.).^a Ausfert.

Geheim. Den hohen Erlass vom 16. I. M. No. 3042, streng vertraulich, betreffend die Nachricht von dem angeblichen Bestehen eines russisch-bulgarischen geheimen Abkommens und die Gerüchte über eine eventuelle Demission des königlichen Kriegsministers, habe ich zu erhalten

die Ehre gehabt. Die letzteren Gerüchte bestehen zwar fort, werden aber von General Nikolajeff entschieden in Abrede gestellt und als tendenziöse russische Erfindung bezeichnet. Der hiesige k. u. k. Militär-Attaché hatte heute eine längere Unterredung mit dem Kriegsminister, in welcher sich derselbe in freimüthiger Weise über die verschiedensten politischen Fragen äusserte. Major von Hranilović hat den sicheren Eindruck gewonnen, dass dem Kriegsminister von irgend einem geheimen bulgarisch-russischen Abkommen nichts bekannt ist, dass sonach präzise militärische Abmachungen, geschweige denn eine Militär-Convention, nicht vorliegen. Dies würde jedoch die Möglichkeit nicht ausschliessen, dass in St. Petersburg geheime Clauseln zustande kamen, deren Existenz nicht notwendigerweise dem Kriegsminister bekannt sein müsste, ja, in unserem Falle, — da General Nikolajeff als direkt russophob bekannt ist, — vor diesem sogar verborgen werden mussten. Hiefür würde unter Anderem das freundschaftliche Verhältnis Russlands zum Cabinet Malinoff, (mit Ausnahme eben des Kriegsministers) sprechen. Nach den Traditionen der russischen Politik Bulgariens gegenüber, scheint es mehr als wahrscheinlich, dass man für die finanzielle Unterstützung des letzten Winters^{b)} eine bulgarische Gegenleistung erwartet habe. In der serbisch-bulgarischen Annäherungsfrage wurden die russischen Wünsche hier bekanntlich recht wenig berücksichtigt. Nun wäre es ja auch denkbar, dass sich die bulgarischen Minister auf der ganzen Linie gegenüber den russischen Desideraten ablehnend verhalten hätten, eine solche Haltung hätte jedoch zweifellos sofort äusserlich die Haltung Russlands zum demokratischen Cabinet sichtlichst beeinflusst, und die Herrn Malinoff und Paprikoff wären dann den Russen mit Recht verhasster als selbst der Kriegsminister in seiner relativen Passivität. Demgegenüber ist festzustellen, dass das Verhältnis des hiesigen russischen Gesandten zum Minister-Präsidenten und Minister des Aeussern ein geradezu ostentativ inniges ist; es wird gewissermassen täglich urbi et orbi demonstriert: Russland ist mit dem Cabinet Malinoff zufrieden. Ob es sich nun um ein schriftliches Abkommen in dem Sinne, wie es ins Berliner Auswärtige Amt gemeldet wurde, handelt, oder — und dies scheint der lavierenden Politik König Ferdinands mehr angepasst, — um bloss mündliche Versicherungen, die hernach zu Papier gebracht im hiesigen Ministerium des Aeussern verwahrt wurden, lässt sich hier kaum ergründen. Zwei Punkte scheinen mir festzustehen: 1.) Dem Kriegsminister ist weder über schriftliche noch über mündliche Abmachungen etwas bekannt und 2.) Russland ist mit dem Cabinet Malinoff, dem es im letzten Jahre aus der finanziellen und staatsrechtlichen Klemme geholfen hat, zufrieden und scheint keinen Grund zu haben, sich, wie so oft, über den Undank Bulgariens zu beklagen. Der vorstehenden Argumentation stimmt auch der k. u. k. Militär-Attaché zu. Im weiteren Verlaufe seiner Unterredung mit Major von Hranilović liess der Herr Kriegsminister die interessante Bemerkung fallen, die russische Politik gehe seiner Ansicht nach darauf hinaus, König Ferdinand, in dem sie ein Hindernis in der Erreichung ihrer Ziele erblicke, schliesslich dahin zu bringen, zu Gunsten Seines Sohnes abzudanken, um diesen dann nach Gutdünken lenken zu können. Ferner sagte General Nikolajeff, die militärische Zukunft

Bulgariens besprechend, das Königreich werde nie der Aufgabe gewachsen sein, sich im Falle von Complicationen nach zwei Seiten hin zu schlagen. Er trage sich daher mit der Absicht, bei Seiner Majestät dem König demnächst wieder auf die geheimen Besprechungen des letzten Winters^{c)} zurückzukommen und die Notwendigkeit zu betonen, diejenige Sicherung zu schaffen, welche im Falle eines Krieges mit der Türkei Bulgarien vor einem serbischen Rückenangriff schützen könnte. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 1749, 1762. — b) Vgl. n. 960. — c) Vgl. n. 1012, 1751.

Nr. 1744. Bericht des Legationsrates Heinrich Ritter von Löwenthal aus Athen, 26. Sept. 1909 Nr. 54 (eing. 2. Okt.).^{a)} Ausfert.

Geheim. Generalmajor Freiherr von Giesl, der sich einige Tage hier aufhält, hatte gestern die Ehre, von Seiner Majestät König Georg in Audienz empfangen und einem intimen Déjeuner in Tatoi beigezogen zu werden. Freiherr von Giesl fand Seine Majestät den König sehr niedergeschlagen. Die innere Situation, sagte Höchstderselbe wiederholt, sei eine solche, dass Er vor Scham vergehe. Mit Leuten, wie jetzt am Ruder, könne Er unmöglich arbeiten. Er wolle nur die Kammer abwarten und dann Seine Entschliessungen treffen. Wie sie ausfallen werden, wisse Er selbst noch nicht; aber vielleicht sei Er in wenigen Tagen nicht mehr an Seinem Platze. Die Absicht, mit der ganzen Dynastie abzudanken, äusserte Seine Majestät der König nicht; im Gegenteile sprach Höchstderselbe davon, dass es dem Kronprinzen nach Höchstseiner Abdankung nicht allzuschwer fallen werde, die Dinge ins Geleise zu bringen. Man werde Höchstdemselben einen feierlichen Empfang veranstalten und er könne von frischem anfangen. Vielleicht, setzte Seine Majestät hinzu, werde Sich dann auch Kaiser Wilhelm bemüssigt sehen, etwas mehr für Höchstseine Schwester zu tun. Die Aeusserungen über Seine Königliche Hoheit den Kronprinzen verrieten keine Spur eines Zerwürfnisses. Mit grösster Bitterkeit sprach seine Majestät über Europa, besonders die Kretamächte, aber auch Deutschland: Kaiser Wilhelm habe Ihn in Corfu Seine Hilfe versprochen; wo sei sie geblieben? Am wenigsten könne Er Österreich-Ungarn vorwerfen; doch hätte man Ihn, wie König Ferdinand, vor der Annexion Bosniens rechtzeitig verständigen sollen, um Ihn Gelegenheit zu geben, eine gleichzeitige Durchführung der Annexion Kretas vorzubereiten. (Natürlich trat Freiherr von Giesl den dieser Auffassung zugrundeliegenden Geschichtsirrtümern entgegen.) Von den Kretamächten, sagte König Georg, sei Er durch Versprechungen irregeführt und im Stiche gelassen worden; dies könne Ihn Sein Volk mit vollem Rechte vorwerfen. Für den Juli 1909 habe man Ihn die Union in Aussicht gestellt; statt dessen sei es so weit gekommen, dass Kreta — so betonte Seine Majestät — für immer verloren sei. England gönne es Griechenland eben nicht, über eine Marine und 12000 Mann kretischer Kerntruppen zu verfügen. Man schreibe England selbstsüchtige Absichten auf die Sudabai zu — ebenso Italien und Russland. Für Griechenland wäre es fast besser, wenn die Mächte Kreta ganz der Türkei zurückgegeben hätten. Als nichtslavischer Balkanstaat habe Griechenland

eben niemanden, der sich seiner annähme, selbst Österreich-Ungarn nicht, in dessen Interesse es doch läge. Ja, wenn Er einen Stützpunkt gehabt hätte, wie König Carol oder „der neue Czar“, da hätte Er Steuern einheben und eine Armee schaffen können. Jetzt habe Er das Gefühl, dass Seine Stellung nach innen und aussen unmöglich geworden sei. Er wende sich auch nicht mehr an Europa; Er würde sich dessen schämen, mit solchen Zuständen in der Armee. Wenn sich die Offiziere nur vertrauensvoll an Ihn gewendet hätten, so wäre Er gerne ihren Wünschen entgegengekommen, habe auch nie daran gedacht, alle höheren Stellen den Prinzen anzuvertrauen. Aber die Weise, in der man gegen Ihn vorgegangen, mache jede Remedur unmöglich. Selbst die Freilassung des Oberstleutnants Metaxas und seiner Begleiter, die Er peremptorisch verlangt habe, sei durch den Synthesmos verweigert worden, obwohl Er, nach Gudi, nur unter dieser Bedingung die Amnestie erteilt habe. Ich habe im Vorstehenden, knapp vor Courierabgang, die mir von Freiherrn von Giesel soeben erzählten Äusserungen Seiner Majestät des Königs nur flüchtig wiedergeben können; der Herr k. u. k. Militärbevollmächtigte wird darüber ausführlicher berichten. Am auffallendsten ist mir, dass Seine Majestät der König mit keiner anderen Eventualität als der Nachfolge des Kronprinzen rechnet, während Höchstdessen Thronfolge, wie ich erst gestern wieder von einer über die Stimmung sehr gut unterrichteten Seite hörte, unter den Offizieren als absolut ausgeschlossen gilt. (Seit neuestem macht sich unter ihnen eine Sympathiebewegung für den Prinzen Andreas bemerkbar, die indessen wohl nur auf dessen Verbleiben in der Armee abzielt; andere Schlüsse wären verfrüht.)

Loewenthal.

a) Vgl. n. 1725, 1731 Anm. d, 1747.

Nr. 1745. Bericht des Legationssekretärs Otto Franz aus Belgrad, 26. Sept. 1909 Nr. 71 D (eing. 28. Sept.) a) Ausfert.

Den hohen Erlass Nr. 3056 vom 18. d. Mts. hatte ich die Ehre zu erhalten. Anlässlich meines ersten Besuches beim Herrn Minister des Äussern nach dessen Rückkehr vom Urlaube, am 2. d. Mts., habe ich bereits das „Taschenbuch über die österreichisch-ungarische Armee“ zur Sprache gebracht. Ich habe Herrn Milovanović darauf aufmerksam gemacht, dass das Erscheinen dieses Handbuches und seine Patronisierung durch die Regierung in offensichtlichem Widerspruche stehen zu den häufigen, aber durch keinerlei Handlung bekräftigten Versicherungen, gute Beziehungen mit Österreich-Ungarn zu wollen. Der Herr Minister leugnete, dass die Regierung dieses Handbuch irgendwie gefördert habe. Ich erwiderte ihm, er wisse eben so gut wie ich, dass derlei hier gegen den Willen der Regierung nicht veröffentlicht würde. Daraufhin bat Herr Milovanović, diesen nun vereinzelt auftretenden Nachwehen der Krise keine zu grosse Bedeutung beizulegen. Die im hohen Erlass erwähnte Vermutung, das Kriegsministerium habe dieses Buch in 5000 Exemplaren für die Armee beschafft, war auch mir zu Ohren gekommen. Wiewohl ich sofort auf allen, zur Verfügung stehenden Wegen diese Vermutung zu kontrollieren gesucht habe, wurde von keiner Seite eine Bestätigung derselben erbracht. Ich möchte es

als wahrscheinlich bezeichnen, dass nicht das Kriegsministerium, wohl aber einer der zahlreichen Agitationsvereine eine Verteilung von vielen Exemplaren veranlasst hat. Für eine solche Verteilung spricht der Umstand, dass das Handbuch sofort vergriffen und in keiner Buchhandlung mehr zu kaufen war. Die Beziehungen der Regierung zu „Narodna Odbrana“ sind derartige, dass mit Recht eine Verantwortung der Regierung für die Tätigkeit dieses Vereines unsrerseits behauptet werden kann. Jedoch kann das Leugnen des Herrn Milovanović, ohne Preisgabe unserer geheimen Informationsquellen, nicht ad absurdum geführt werden. Ich glaube demnach den mir erteilten hohen Direktiven Euer Exzellenz zu entsprechen, wenn ich das Handbuch nicht neuerdings zur Sprache bringe. Franz.

a) Vgl. n. 2127.

Nr. 1746. Erlaß nach Bukarest, 29. Sept. 1909 Nr. 3120.^a) Konz. (S. Franckenstein; V. u. G. Pogatscher).

Geheim. Die Berichte Euer Durchlaucht vom 16. I. M., Nr. 44 und vom 17. I. M., Nr. 45, habe ich erhalten. Aus der Ihnen mit meinem geheimen Erlasse vom 10. d. M., Nr. 2994, übermittelten Aufzeichnung haben Euer Durchlaucht mittlerweile ersehen, in welcher Weise ich mich Herrn Bratiano gegenüber ausgesprochen habe. Dieselben fanden in meinen Ausführungen auch die Richtlinien für Ihre eigene Sprache, falls Seine Majestät der König oder der Herr rumänische Ministerpraesident die Compensationsfrage Ihnen gegenüber anschneiden sollten. Wenn es auch nothwendig war, die directen insistirenden Fragen Herrn Bratianos nicht ohne klare Antwort zu lassen, um Illusionen vorzubeugen, die in einem gegebenen Momente eine verhängnisvolle und für die Ziele unserer Politik abträgliche Enttäuschung erfahren könnten, so muss es doch unser Bestreben sein, bei den rumänischen Staatsmännern das Vertrauen zu erhalten und zu befestigen, dass die k. u. k. Monarchie an ihrer traditionellen freundschaftlichen Politik in Bezug auf Rumänien unentwegt festhält, seine Interessen in allen Stadien der orientalischen Angelegenheiten gewiss fördern und vertreten und alle aus dem Vertragsverhältnisse zum Königreiche entspringenden Verpflichtungen treu erfüllen werde. Mit Rücksicht auf das Interesse, das wir daran haben, eine Verstimmung in den rumänischen massgebenden Kreisen wegen der von uns in der Compensationsfrage eingenommenen Haltung nicht Wurzel fassen zu lassen, wollen Euer Durchlaucht, falls die rumänischen Desiderata Ihnen gegenüber wieder zur Sprache gebracht werden sollten, bei Vertretung unseres Standpunktes jede Schärfe in der Discussion vermeiden und unsere freundschaftliche Gesinnung für die Interessen des Königreiches in das richtige Licht rücken. Im Übrigen bin ich damit einverstanden, dass Euer Durchlaucht bei Ihren bezüglichen Ausführungen sich auch der beiden in Ihren Berichten hervorgehobenen Argumente bedienen, nämlich, dass die Compensationsfrage angesichts des bulgarisch-türkischen Verhältnisses, welches die Möglichkeit eines Conflictes in näherer Zukunft höchst unwahrscheinlich erscheinen lässt, keineswegs actuell sei, und ferner, dass eine Gebietserwerbung Rumäniens auf Kosten Bulgariens zu einem

Zankapfel zwischen diesen beiden Staaten werden müsste und den wahren Interessen Rumäniens daher wohl nicht entsprechen würde. Sollte Ihnen gegenüber neuerdings insinuiert werden, dass unsere Beziehungen zu Bulgarien in letzterer Zeit wohl einen anderen Charakter angenommen haben müssten, der vielleicht auf unsere Haltung zu den rumänischen territorialen Compensationsansprüchen nicht ohne Einfluss geblieben sei, so können Euer Durchlaucht betonen, es habe sich, wenn wir auch Bulgarien mit Wohlwollen gegenüberstünden, in unserem Verhältnis zu diesem Staate Nichts geändert. Euer Durchlaucht wollen wiederholt darauf hinweisen, dass es nach unserer Auffassung im eigensten Interesse Rumäniens gelegen sei, durch seine Politik Bulgarien nicht ins russische Lager zu drängen. Auch hätten wir daher immer gerathen, Rumänien möge ein möglichst gutes Verhältnis zu seinem südlichen Nachbarn anstreben und den Weg einer directen Aussprache mit demselben suchen; dieser Modus biete die grössten Chancen dafür, dass Rumänien für den von Herrn Bratiano supponirten Fall seine eigenen Interessen am besten wahren könne.

^{a)} Vgl. n. 1751, 4418 Anm. d.

Nr. 1747. Bericht aus Bukarest-Sinaia, 30. Sept. 1909 Nr. 47 A (eing. 3. Okt.).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. ... Audienz beim König, Bemerkungen über dessen Gesundheitszustand ... Erwähnenswert scheinen mir zwei Äußerungen Seiner Majestät, die eine über Griechenland, die andere über Serbien. Seine Majestät sagte, wenn der König von Griechenland Ihn um Seine Meinung befragen würde, so würde Er Ihm raten, „den Griechen die Krone hinzuwerfen und das Land auf immer zu verlassen.“ Die Zustände in der Armee seien unhaltbar und das künftige Verhältnis des Thronerben zum griechischen Volke würde sich zu einem unmöglichen gestalten.^{b)} Als Herr Bratiano jetzt Herrn Milovanović sprach, so erzählte mir Seine Majestät, habe letzterer ausdrücklich erklärt, nicht Rußland habe Serbien während der Annexionskrise zum Widerstand gegen die Monarchie getrieben, sondern England.^{c)} Diese Ratschläge aus London hätten allerdings stets in dem Schlußsatz ausgeklungen: „sans toutefois faire la guerre.“ Schönburg.

^{a)} Vgl. n. 1744, 1748, 1750. — ^{b)} Vgl. n. 1799 Anm. d. — ^{c)} Vgl. n. 550, 681, 768, 1380.

Nr. 1748. Bericht aus Bukarest-Sinaia, 30. Sept. 1909 Nr. 47 B (eing. 3. Okt.). Ausfert.

Seine Majestät der König kam bei meiner Audienz der vorigen Woche wieder mit einer gewissen Insistenz auf die Zustände in Ungarn, die Behandlung der Rumänen in Siebenbürgen und die auf dieselbe Bezug habenden Erlasse des ungarischen Kultusministers zu sprechen. Indem ich einige irrige Ansichten des Königs über dieses letztere Thema auf Grund einiger mir zur Verfügung stehender Informationen richtigstellte — (Seine Majestät ist unter anderem seit dem vorigen Winter nur schwer von der Idee abzubringen, dass die Uebersetzung der rumänischen Kirchenbücher ins

Ungarische beabsichtigt wird, und schien Höchstderselbe anzunehmen, dass die jetzigen Apponyischen Verordnungen hiezu gewissermassen den Anfang bilden) — benützte ich den sich mir ergebenden Anlass, um im Sinne der mir erteilten Instruktionen den König in aller Ergebenheit von Neuem darauf aufmerksam zu machen, dass man im Königreich besser daran täte, sich um Dinge, welche ausserhalb der Landesgrenze liegen, nicht zu kümmern. Durch das hier bekundete Interesse an den Vorgängen in Ungarn werde den dortigen Rumänen der allerschlechteste Dienst erwiesen und das Verhältnis zu ihrer Regierung gestalte sich eben dadurch nur schwieriger und ungünstiger. Seine Majestät war eben daran, mir (wie schon bei früheren Anlässen) auseinanderzusetzen, dass in Siebenbürgen unter den Rumänen eine Strömung existiere, welche den Verlockungen des orthodoxen Russland Gehör zu schenken bereit wäre, wobei russischerseits das Schlagwort von der Solidarität der orthodoxen Gläubigen ins Treffen geführt werde. Auf meine obige Argumentation hin liess Seine Majestät aber das Thema mit der Bemerkung fallen, es sei allerdings ganz richtig, dass man sich in interne Angelegenheiten des Nachbarlandes nicht zu mischen habe. Schönburg.

Nr. 1749. Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 19. Sept./2. Okt. 1909 Nr. 35 C (eing. 4. Okt.).^{a)} Ausfert.

Streng geheim. Ich beehre mich Euerer Excellenz anbei den mir gütigst mitgetheilten Bericht des k. und k. Geschäftsträgers in Sofia Z. 58 A—E vom 2. September l. J.^{b)} mit dem Ausdrucke meines gehorsamsten Dankes ergebenst in Rückvorlage zu bringen. Von einer angeblichen russisch-bulgarischen Militär-Convention habe ich gerüchtweise sprechen gehört, doch ohne irgend welche positive Daten zu erfahren. Ich werde nicht ermangeln diesem Gegenstand meine volle Aufmerksamkeit zu widmen. Inzwischen habe ich, ohne die Quelle näher zu präcisiren, bezüglich des Inhaltes des ergebenst anverwahrten Berichtes mit dem hiesigen deutschen Botschafter gesprochen. Graf Pourtalès, dem die drei angeblichen Punkte der Convention bekannt waren, sagte mir, dass seine Information vom kaiserlich deutschen Militär-Attaché in Constantinopel stamme. Der Herr Botschafter, welcher von dieser Convention hier auch nur gerüchtweise gehört hat, scheint diese Nachricht nicht ohne Skepsis zu betrachten, auch sagte er mir, dass diese Anschauung von einem kürzlich hier weilenden Mitgliede der kaiserlich deutschen Botschaft in Constantinopel getheilt war. Namentlich scheint der Punkt bezüglich der Verpflichtung des bulgarischen Kronprinzen eine Grossfürstin zu heirathen, keinen richtigen Glauben bei ihnen gefunden zu haben. Szilassy.

^{a)} Vgl. n. 1743, 1754, 1762. — ^{b)} Vgl. n. 1739 Anm. b.

Nr. 1750. Erlaß nach Athen, 4. Okt. 1909 Nr. 3142.^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Da Euer Hochwohlgeboren nach einem längeren Urlaub die Leitung der k. u. k. Gesandtschaft in Athen dieser Tage wieder übernommen haben, so möchte ich Euer Hochwohlgeboren zu Ihrer Orien-

tierung im folgenden die Gesichtspunkte entwickeln, von denen ich das jetzige Stadium der Kretafrage sowie die gegenwärtige Lage in Griechenland beurteile. Der Standpunkt, den wir in der Kretafrage einnehmen, ist Euer Hochwohlgeboren bekannt, und hat auch durch die Ereignisse der letzten Monate keine Veränderung erfahren. In Uebereinstimmung mit dem deutschen Kabinet halten wir daran fest, daß es in erster Linie die Aufgabe der vier Schutzmächte ist, eine Lösung des kretensischen Problems zu finden. Wir können uns nur dazu beglückwünschen, daß unser seinerzeitiger Austritt aus dem Kreis der an Kreta unmittelbar interessierten Mächte es uns heute ermöglicht, diese Haltung einzunehmen. Denn die Situation der Schutzmächte ist eine wenig beneidenswerte; sie hatten sich zu sehr im Sinne der griechischen Interessen engagiert und sehen sich nun infolge des energischen Auftretens der jungen Türkei genötigt, eine teilweise Wiederherstellung des status quo ante auf der Insel durchzusetzen, ein Rückzug, der nicht geeignet ist, die Schwierigkeiten ihrer Lage zu verringern. Es ist nur zu begreiflich, daß es die vier Mächte unter diesen Umständen nicht an Versuchen fehlen ließen, uns und Deutschland zur Aufgabe unserer passiven Haltung zu bewegen. Wir haben diese Anregungen stets mit dem Hinweis auf unseren prinzipiellen Standpunkt beantwortet. Die Lage der vier Mächte dadurch günstiger zu gestalten, daß wir aus unserer Reserve heraustreten und damit an dem Odium partizipieren, das sowohl türkischer- wie griechischerseits auf die vier Mächte fällt, haben wir wohl keinen Grund, umsoweniger, als die heutigen Schwierigkeiten in letzter Linie darauf zurückzuführen sind, daß die Mächte sich in der Annexionskrise auf die Seite der Türkei stellten und infolgedessen eine Regelung der Kretafrage im griechischen Sinne, die damals viel leichter möglich gewesen wäre, nicht zulassen konnten. Aus den vorstehenden vertraulichen Konsiderationen ergeben sich für die Sprache, die Euer Hochwohlgeboren in Athen führen wollen, die folgenden Direktiven. Vor allem wäre sowohl durch den Grad des Interesses, das Euer Hochwohlgeboren für die Kretafrage bekunden werden, als auch durch ausdrückliche Erklärungen den griechischen Ministern stets vor Augen zu halten, daß wir in dieser Frage den vier Mächten den Vortritt lassen und selbst nach wie vor eine absolute Reserve beobachten. Euer Hochwohlgeboren können hiebei betonen, daß wir den Bemühungen der vier Mächte sympathisch gegenüberstehen und jede Lösung akzeptieren werden, die alle Teile befriedigt und Frieden und Ruhe verbürgt. Unser Interesse an der Erhaltung des Friedens hätten wir übrigens auch dadurch betätigt, daß wir zur Zeit der Spannung zwischen Griechenland und der Türkei, ohne unseren prinzipiellen Standpunkt aufzugeben, in Konstantinopel allgemeine Ratschläge im Sinne der Mäßigung erteilt hätten. Was die Situation in Griechenland selbst anbelangt, so war es vor auszusehen, daß die für die griechischen Aspirationen ungünstige Wendung, welche in der Kretafrage eingetreten ist, nicht ohne Rückwirkung auf die inneren Verhältnisse des Königreiches bleiben würde. Es ist im Interesse der Erhaltung der Ruhe am Balkan nur zu hoffen, daß dieser Rückschlag nicht zur Abdankung König Georgs oder gar zur Gefährdung der Dynastie führe. Wenn Euer Hochwohlgeboren nach Ihrer Rückkehr

auf Ihren Posten von Seiner Majestät dem König empfangen werden, so wollen Sie bemerken, daß die k. u. k. Regierung sich der Hoffnung hingebe, der König werde sich durch die momentanen Schwierigkeiten nicht abschrecken lassen und zum Wohle seines Volkes auch weiterhin ausharren. In analogem Sinne wollen sich Euer Hochwohlgeboren auch in Ihren Unterredungen mit den griechischen Staatsmännern aussprechen und hervorheben, daß das k. u. k. Kabinet, ohne sich in die inneren Fragen Griechenlands einmischen zu wollen, der Anschauung Ausdruck geben müsse, daß die wahren Interessen des Königreiches durch nichts mehr gefährdet werden könnten, als durch die Abdankung des Königs oder den Sturz der Dynastie.

a) Vgl. n. 1747, 1773.

Nr. 1751. Privatschreiben des Legationsrates Stephan von Ugron aus Bukarest-Sinaia, 5. Okt. 1909 (eing. 7. Okt.).^{a)} Ausfert.

Ich habe gestern durch Zufall einen abschriftlichen Bericht der k. deutschen Gesandtschaft in Sofia in Händen gehabt, aus dem ich entnehme, dass der dormalige Vertreter des deutschen Reiches daselbst mit Bestimmtheit annimmt, dass zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien während der letzten acuten serbischen Krise gewisse Abmachungen, oder wenigstens darauf abzielende Besprechungen stattgefunden hätten. Das fragliche Aktenstück wurde mir nur zu flüchtigem Einblicke zur Verfügung gestellt, aus welchem ich den Eindruck gewonnen habe, dass die Mittheilungen dem erwähnten Diplomaten durch Frau Karavelow gemacht worden sind. Es wird übrigens in diesem Berichte darauf hingewiesen, dass König Ferdinand auch Herrn Malinoff in's Vertrauen gezogen hat und soll selbst Grafen Thurn gegenüber erklärt haben, dass Er dies nicht umgehen könne. Es wäre demnach immerhin möglich, dass eventuell Herr Malinoff Indiscretionen begangen habe.

Ugron.

a) Vgl. n. 1743 Anm. c, 1746, 1978.

Nr. 1752. Gutachten des Haus-, Hof- und Staatsarchivs, 8. Okt. 1909.^{a)} Ausfert.

Bei der Prüfung der dem Staatsarchiv vorgelegten Unterschriften und zwar 1.) zwei Unterschriften Pašić, 2.) zwei Unterschriften Marković und 3.) zwei Unterschriften Spalajković haben sich folgende Wahrnehmungen ergeben: ad 1.) „Pašić“: die Unterschrift auf dem photographischen Facsimile im Vergleich mit den zwei unzweifelhaft echten Originalunterschriften erscheint als eine plumpe Fälschung, die nicht einmal den Schein der Echtheit hervorzurufen vermag. Überdies ist der Vorname „Nik.“ offenbar erst nachträglich hinzugefügt worden. ad 2.) Dasselbe gilt von der photographischen Facsimile-Unterschrift Marković im Vergleiche mit der unzweifelhaft echten auf dem Briefe. Von der Identität der Hände kann auch in diesem Falle keine Rede sein. Nicht ein einziger Buchstabe ist hier gleich gebildet. ad 3.) Der Vergleich der beiden nur im photographischen Facsimile vorliegenden Unterschriften Spalajković ruft begründete Zweifel

bezüglich der Identität der Hand des Schreibers hervor. Ist die auf dem Briefe befindliche Unterschrift echt, dann erscheint die auf dem Aktenstück vorkommende als eine nicht ungeschickte Nachahmung der für Spalajković charakteristischen Züge — ohne dass dieselben ganz konsequent durchgeführt wären. Zu einem sicheren Schlusse könnte man diesbezüglich erst dann gelangen, wenn eine oder mehrere unzweifelhaft echte Unterschriften vorlägen. Károlyi.

a) Vgl. n. 98 Anm. b, 1538, 1560, 1742, 1764, 2423.

Nr. 1753. Tel. nach Rom Nr. 175 (1), Berlin Nr. 232 (2), Konstantinopel Nr. 291 (3), Paris Nr. 138 (4), London Nr. 160 (5) und St. Petersburg Nr. 203 (6), 11. Okt. 1909 (chiff. 7 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Biegeleben; G. Aehrenthal).

1. Telegramme 204^{b)} und 205^{c)} erhalten. Wir haben schon vor einiger Zeit auf streng vertrauliche Weise erfahren, daß Kaiser Nikolaus nach Racconigi fahren wird. Die italienische Regierung hat uns hierüber bisher keine Mitteilung gemacht, wohl weil russischerseits auf Geheimhaltung größtes Gewicht gelegt wird. Euer etc. wollen diesem Besuche weder in der Consulta noch in Ihrer sonstigen Haltung besonderes Interesse bezeigen. Es handelt sich um die Erfüllung eines längst gegebenen Versprechens und es liegt kein Grund zur Beunruhigung für uns vor.

2.—6. Ich telegraphiere an den Geschäftsträger Grafen Somssich, wie folgt: (Inseratur vorstehendes Telegramm von „Wir haben“ bis „für uns vor“) Vorstehendes zu Ihrer ausschließlich persönlichen Information. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1729, 1734, 1756, 1757, 1759, 1761, 1766. — b) Nicht auffindbar. — c) 10. Okt. (eing. 5 U. p. m.): „Mein deutscher Kollege erfährt soeben auf der Konsulta, daß der Zar in etwa 2 Wochen König Victor Emanuel in Racconigi besuchen wolle.“

Tel. nach St. Petersburg, 11. Okt. 1909 Nr. 203 (chiff. 7 U. 30 M. p. m.).
Siehe n. 1753.

Nr. 1754. Tel. aus Sofia, 11. Okt. 1909 Nr. 144 (eing. 3 U. 15 M. p. m.).^{a)}
Entziff.

Geheim. Gestern abends hat mich König Ferdinand in 2½-stündiger Audienz empfangen. Er war für mich persönlich von der ausgesuchtesten Liebenswürdigkeit, versicherte mich wiederholt und in den wärmsten Worten seines Bedauerns, mich scheiden zu sehen, sowie seiner ganz besonderen Wertschätzung und Sympathie für meine Person. Nach diesen einleitenden Worten war der Rest unserer Unterredung mit Rekrimationen gegen die dem Könige angeblich zugefügte Beleidigung erfüllt. Seine Majestät machte mir einen vollkommen exasperierten und verbitterten Eindruck und war allen Einwendungen und vernünftigen Gründen vollständig unzugänglich, indem er immer wieder auf die durch mich eben widerlegten Griefs, wie auf eine fixe Idee zurückkam. Die durch Herrn Sarafoff verdrehte Antwort Euer Excellenz auf des Königs unerwartete Ansage^{b)} und die Verleihung des ihm selbst vorenthaltenen goldenen Vliesses^{a)} an den Kronprinzen

von Rumänien, zwischen welchen noch eine ganze Reihe anderer von niemand als ihm selbst bemerkten Kränkungen fallen, haben in König Ferdinand eine gegen Euer Excellenz, gegen ganz Oesterreich-Ungarn, ja sogar gegen Seine k. u. k. Apostolische Majestät selbst gerichtete geradezu krankhafte, aber darum nicht minder feindselige Stimmung erzeugt, welche — wie König Ferdinand gar nicht zu verhehlen suchte — in der gegenwärtigen und künftigen politischen Haltung Bulgariens zum Ausdruck kommen wird. Einen ausführlichen Bericht über meine letzte Unterredung mit König Ferdinand werde ich mir gestatten, Euer Excellenz übermorgen persönlich in Wien zu unterbreiten.

Thurn.

a) Vgl. n. 1679, 1749, 1755, 1799. — b) Vgl. n. 1187.

Nr. 1755. Bericht des Militärbevollmächtigten in Konstantinopel an den Chef des Generalstabs, 13. Okt. 1909 Res. Nr. 436 (im Auszug mitgeteilt mit Einsichtstück des Chefs des Generalstabs vom 18. Okt. Nr. 3796, eing. 15. Nov.).^{a)} Abschriftlicher Auszug.

Eine weitere Veranlassung, das Augenmerk von der griechischen Grenze und nach der bulgarischen zu lenken, gab die von Sofia gemeldete Nachricht, daß zwischen Rußland und Bulgarien eine geheime Abmachung bestehe, welche den möglichen Krieg zwischen der Türkei und Bulgarien zum Gegenstande habe. Den ganzen Inhalt der Abmachung konnte der ottomanische Minister in Sofia nicht in Erfahrung bringen, mir selbst ist nur der ungefähre Text zweier Artikel bekannt geworden, welche besagen, daß Bulgarien sich verpflichtet, der Türkei nicht ohne Zustimmung Rußlands den Krieg zu erklären und daß Rußland dafür Bulgarien unterstützen, resp. die Neutralisierung Rumäniens auf sich nehmen und territorialen Gebietszuwachs auf Kosten der Türkei für Bulgarien durchsetzen würde. Die Richtigkeit dieser Nachricht von dem Bestehen einer solchen Militärkonvention zwischen Bulgarien und Rußland kann ich nicht verbürgen. Ich weiß nur soviel, daß sie aus der angegebenen Quelle hierher kam und daß der türkische Minister Rifaat Pascha, an die Richtigkeit glaubt. Im Zusammenhange damit steht ein langsames Verschieben der Truppen in Mazedonien, insbesondere der Artillerie, von der griechischen gegen die bulgarische Grenze.

a) Vgl. n. 1754, 1762.

Nr. 1756. Aufzeichnung über eine am (15.) Okt.^{a)} abgegebene Erklärung des ital. Botschafters, (15.—18.)^{a)} Okt. 1909.^{b)} Konz. (S. Pogatscher).

Der Herzog von Avarna hat im Auftrage Herrn Tittoni's die Erklärung abgegeben, zwischen Italien und Russland bestehe weder ein schriftlicher, noch ein mündlicher Accord. Der Herr ital. Botschafter fügte hinzu, das ital. Cabinet habe mit dem russischen Cabinet bloss einen Ideenaustausch gepflogen in dem Sinne, dass der status quo im nahen Oriente aufrecht erhalten werde, wenn dies aber nicht länger thunlich sei, die weitere Entwicklung der Balcanstaaten auf Grund des Nationalitätenprinzips erfolge,

wie dies ja bereits seinerzeit in den Verabredungen zwischen Grafen Goluchowski u. Herrn Tittoni in Abbazia im Jahre 1904^{c)} vorgesehen war.^{d)}

^{a)} Das Schriftstück wurde vom Verfasser (Pogatscher) (wohl nachträglich) mit „Anfang Oktober“ datiert. Es dürfte jedoch in die Zeit zwischen dem 15. und 18. Oktober zu verlegen sein. Denn der deutsche Botschafter berichtet am 18. Okt. (G. P. XXVII Nr. 9845), daß die Erklärung Avarnas gleichzeitig mit der Übergabe von n. 1734, also am 15. Oktober abgegeben wurde. Der Erlaß nach Berlin vom 21. Okt. 1909 Nr. 3281 (n. 1761) bringt, wenn auch keine Bestätigung, so doch auch keine Widerlegung dieser Angabe. — ^{b)} Vgl. n. 1753, 1757, 1759, 1761, 1766. — ^{c)} Pribram, a. a. O. I 263. — ^{d)} Diesem Schriftstück liegt folgender, von Pogatscher mit dem Vermerk „nicht abgegangen“ versehener Entwurf wohl eines Privatschreibens an Avarna von der Hand Franckensteins bei (vgl. auch Anm. f. zu n. 1761): M. Tittoni m'ayant informé cet été de son désir, que le Cabinet de Vienne prenne l'engagement de ne conclure aucun accord ni avec la Russie ni avec une autre Puissance, concernant les questions balcaniques, sans que l'Italie soit mise en état d'y participer, je me suis montré tout disposé à entrer dans les vues de M. Tittoni, toutefois j'ai formulé de mon côté une proposition basée sur le principe d'une parfaite réciprocité entre les deux Cabinets. Au cours de nos conversations à ce sujet Vous avez eu la bonté de me déclarer qu'il n'existait aucun accord ni écrit ni verbal entre l'Italie et la Russie, mais qu'un échange de vues avait eu lieu entre les deux Cabinets, portant que le statu quo en Orient devrait être maintenu aussi longtemps que possible et que si cela devenait impossible, le développement ultérieur des États balcaniques devrait se faire sur la base du principe de nationalité, ainsi qu'il avait été déjà convenu entre M. Tittoni et le Comte Goluchowski à Abbazia en 1904. Désireux comme M. Tittoni de raffermir l'alliance qui unit l'Autriche-Hongrie et l'Italie je suis toujours prêt à continuer nos pourparlers dans l'esprit de la plus grande amitié et confiance. Mais à cet effet je serais reconnaissant d'être informé, si dans l'idée de M. Tittoni l'échange de vues particulier du Cabinet de Rome avec celui de St. Pétersbourg sera continué dans le but d'arriver à un accord, ce qui ferait au Cabinet de Rome une position différente de la mienne.

Nr. 1757. Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 3./16. Okt. 1909 Nr. 38 A (eing. 18. Okt.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Wie ich es Euer Exzellenz mit meinem Telegramm Nro. 181^{b)} von vorgestern zu melden die Ehre hatte, wird voraussichtlich die Reise Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus am 20. d. M. n. St. angetreten werden und über Deutschland (via Leipzig—Mühlhausen) und Frankreich erfolgen. Die Rückreise soll auf derselben Route geschehen. Der Kaiser wird von einer grossen Suite begleitet werden, in welcher sich, ausser den Ministern des kaiserlichen Hofes und des Auswärtigen, auch noch Hofmarschall Graf Benckendorff, General-Adjutant Djedjulin und andere befinden sollen. Herr Melegari begiebt sich morgen nach Italien. Bezüglich dieser Dispositionen macht man hier das grösste Geheimnis. In den Blättern ist bisher nur offiziell bekanntgegeben worden, dass der Kaiser Odessa auf der Durchreise besuchen wird. Bezüglich der Wahl der Landreise hört man wieder von politischen Schwierigkeiten, welche den Besuch in Konstantinopel verhindert haben sollten. Da indess, wie mir der türkische Botschafter vor seiner Abreise noch sagte, Alles in Konstantinopel für diesen Besuch schon bereit war und da anderseits seit der Zeit, wo das Projekt der Reise beider Majestäten fallen gelassen wurde, es immer hiess, dass wenn die Reise des Kaisers allein doch stattfinden würde, dies per Land sein würde, so ist vielleicht diese Wahl durch kein politisches Moment

bestimmt worden. Nach einer Version hätte eine Etiquettefrage damit zu tun, indem man angeblich nicht wollte, dass der Czar den ersten Besuch in Konstantinopel mache. Nach einer anderen wollte man der Frage eines Besuches in Athen überhaupt aus dem Wege gehen. Die Reiseroute via Mt. Cenis ist denjenigen via Simplon oder St. Gotthard vorgezogen worden, weil man schweizerischen Boden aus Sicherheitsgründen nicht berühren wollte. Mein deutscher Kollege, dem ich die Details über die Reise verdanke, versuchte Herrn Sazonow bezüglich dieses demonstrativen Détours um die österreichisch-ungarische Monarchie durch allgemeine Bemerkungen zu sondieren und fragte den Herrn Adjoint, ob dieser Reiseplan seiner Meinung nach nicht geeignet sei, berechnete Susceptibilitäten zu berühren. Herr Sazonow antwortete aber, er glaube, dass dies nicht der Fall sei und verwies auf einen Artikel der „Freien Presse“, welcher die Czarenreise sehr „höflich“ behandle. In wieferne diese „Rundreise um die Monarchie“ die Erfindung des Herrn Iswolsky ist, wie angenommen wird, und wie dieselbe seinem allerhöchsten Herrn acceptabel gemacht wurde, entzieht sich meiner Beurteilung. Wie dem auch sei, ist diese Demonstration gegen die Monarchie — als solche wird sie wenigstens hier allgemein aufgefasst — nicht so allgemein gebilligt worden. Von einer Seite, welche nicht genannt werden will, höre ich, dass der diesbezügliche Entschluss nicht ohne Tiraillements zu Stande gekommen ist. Bei den Besprechungen hierüber vertrat Herr Sazonoff die Anschauung, dass die Reise durch den Brenner vorgenommen werden könnte, wobei sich die Gelegenheit zur Betätigung guter oder wenigstens normaler Beziehungen mit Oesterreich-Ungarn in irgend einer Form gegeben hätte. Doch drang der Herr Adjoint mit seinem Plan nicht durch, angeblich weil — wie er der in Rede stehenden Persönlichkeit erklärte — hiedurch eine etwas längere Fahrt auf den „gefährlichen“ italienischen Boden gefallen wäre!! Ich erlaube mir Euer Exzellenz ergebenst zu bitten, diese Mitteilung als streng vertraulich behandeln zu wollen. Andererseits wird in Journalisten- und politischen Kreisen dieser Umweg um Oesterreich-Ungarn von vernünftigeren Elementen vielfach getadelt. Zwar behaupten Slavophile, dass die Reise durch die Monarchie einer Anerkennung der Annexion (sic) gleichkäme(!), aber man hört auch starke gegenteilige Kritiken. Herr Miljukow, der Führer der Kadetten, hat sich dahin geäußert, dass wenn Herr Iswolsky nach einem diplomatischen Siege eine solche Lektion erteilen wollte, dies noch erklärlich gewesen wäre, aber nach einer Niederlage sei sein Vorgehen nur mehr lächerlich. Die Zeitungen dürfen zwar über diesen Gegenstand nichts schreiben, aber es ist bezeichnend, dass der Minister des Aeussern dieser Tage wieder scharf angegriffen wird. „Er solle nicht nach Unsterblichkeit sich sehnen“ meint die „Nowoje Wremja“! Diese Ausführungen sind mir dieser Tage zu Ohren gekommen und glaube ich sie daher schon jetzt vermelden zu sollen. Ueber die allgemeine Meinung bezüglich der italienischen Reise ist es natürlich zu früh ein Urteil abzugeben. Dies dürfte auch bezüglich der Wirkung derselben auf die Stellung Herrn Iswolsky's der Fall sein. Als ich Herrn Sazonow vorgestern in einer administrativen Angelegenheit aufsuchte, sprach er mir kein Wort über diesen Gegenstand und dachte

ich es auch in Euer Exzellenz Intentionen gelegen (wie ich es dem hohen Telegramm vom 11. d. M. Nro. 203 entnehmen zu können glaubte), denselben überhaupt nicht zu berühren. Ich werde mich demgemäß auch weiterhin dem hiesigen Auswärtigen Amte gegenüber reserviert verhalten, was übrigens nicht hindert, dass meine persönlichen Beziehungen zu Herrn Sazonow sehr gute sind, und auch meinen Kollegen gegenüber kein Interesse an dieser Reise an den Tag legen. Ich erlaube mir noch ganz gehorsamst der unmassgeblichen Meinung Ausdruck zu geben, dass, wenn der Détour über die Monarchie anderen, mir unbekannten Umständen nicht zuzuschreiben ist, sondern, wie es scheint, es sich nur um eine kleinliche Pique der russischen Politik gegen uns handelt, die indifferente Haltung Euer Exzellenz derselben gegenüber, welche ich aus dem gedachten Telegramme — wie erwähnt — entnehmen zu können glaube, auch vom hiesigen Standpunkte gesehen und nach den ergebenst angeführten Erwägungen wohl am ehesten geeignet erscheint, dieser Pique die Spitze zu brechen. Hiedurch dürften auch die Machinationen nicht nur des Herrn Iswolsky selbst, sondern auch derjenigen, denen es gelegen sein kann, unsere Beziehungen zu Russland noch zu verschlechtern, vereitelt werden. Szilassy.

a) Vgl. n. 1753, 1756, 1759. — b) Nicht aufgenommen, der wesentliche Inhalt ist oben wiedergegeben.

Nr. 1758. Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 3./16. Okt. 1909 Nr. 38 C (eing. 18. Okt.). Ausfert.

Vertraulich. Anlässlich der kürzlich veröffentlichten Nachricht eines Revirements im russischen Diplomatischen Dienste, wobei übrigens nur kleinere Posten in Betracht kämen, fragte neulich einer meiner Kollegen Herrn Sazonow, wie es mit dem Wiener Botschafterposten stünde. Der Herr Adjoint antwortete bezüglich des Fürsten Urussow: „Jamais diplomate n'a été si pressé de demander sa retraite et jamais ministère ne s'est tant empressé de le retenir à son poste.“ Szilassy.

Nr. 1759. Privatschreiben des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 19. Okt. 1909 (eing. 22. Okt.).^{a)} Ausfert.

Wie ich im Auswärtigen Amte vertraulich erfahre, hat der Herr italienische Botschafter hier mitgeteilt, dass Herr Tittoni mit dem Ersuchen an Euere Excellenz herangetreten sei, das Wiener Kabinet möge eine bindende Zusage darüber abgeben, dass es eventuelle zukünftige Abmachungen mit der russischen Regierung bezüglich des Balkans dem römischen Kabinette zur Kenntnis bringen werde. Herr Pansa verband damit den Wunsch, die deutsche Regierung möge als dritte Dreibundmacht in demselben Sinne an Euere Excellenz herantreten. Dieser neuerliche Vorstoss der italienischen Regierung berührt hier unangenehm, da er das Berliner Kabinet in eine peinliche Lage versetzt. Erklärlicher Weise ist man in der Wilhelmstrasse nicht geneigt, einen Anwurf im angeführten Sinne bei Euerer Excellenz zu machen. Andererseits möchte man Italien menagieren; man erblickt hier gerade im Bestreben Herrn Tittoni's die Stellung Italiens als „Balkanmacht“ in Evidenz zu bringen das gefährlichste Moment für ein Eingehen desselben

auf etwaige russische Lockungen. Der deutsche Botschafter in Rom von Jagow sagte mir unlängst, Herr Iswolsky werde, seiner Ansicht nach, zweifellos versuchen auf diesem Terrain seine revanche für Buchlau zu nehmen! „Wir müssen aber“ — so drückte sich, auf den italienischen Bundesgenossen hindeutend, Herr von Jagow drastisch aus „den müden Gaul doch bis ans Ziel bringen!“ Der Staatssecretär hat mit Herrn Pansa die Frage noch nicht erörtert, da er Gewicht darauf legte vor Allem die Antwort zu erfahren, die Euere Excellenz diesbezüglich dem Herzog von Avarna gegeben. Vorderhand hat nur der Referent im Auswärtigen Amt für Italien mit dem Herrn italienischen Botschafter in der Sache verhandelt, wobei er — so versichert man mich in der Wilhelmsstrasse — die italienische Anregung als — seiner Meinung nach — nicht zeitgemäss bezeichnete. Im übrigen — so hätte er weiter ausgeführt — läge es nahe, dass das Wiener Kabinet nun vor Allem Herrn Tittoni ersuchen werde, doch zuerst die Abmachungen bekannt zu geben, die er mit Herrn Iswolsky — wenn auch nur mündlich — im Gegenstande getroffen habe. Denn dass solche mündlichen Vereinbarungen bestünden, sei ja doch wol anzunehmen! Der Staatssecretär liess den heutigen Diplomatenempfang ausfallen, was — wie ich mich überzeugen konnte — Herrn Pansa recht ungelegen kam. Der italienische Botschafter in St. Petersburg, Herr Melegari, verbrachte den heutigen Tag in Berlin und begiebt sich dem Vernehmen nach morgen zur Entrevue nach Racconigi.^{b)} Flotow.

a) Vgl. n. 1711, 1753, 1756, 1761. — b) Vgl. n. 1757.

Nr. 1760. Privatschreiben des Gesandten Eduard Otto an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio aus Konstantinopel-Pera, 20. Okt. 1909.^{a)}
Ausfert.

In Antwort auf das geheime Schreiben Eurer Excellenz vom 14ten l. M.^{b)} beehre ich mich in Ansehung der Person des hiesigen montenegrinischen Geschäftsträgers und seiner Anerbietungen mit Nachstehendem zu dienen. D. Gregovitsch ist nach Castellastua — politischer Bezirk Budua — zuständig und gehört derselben Familie an wie der k. u. k. Vice-Consul gleichen Namens, dessen Vater Wladimir seit vielen Jahren in Constantinopel als Seelsorger unserer Dalmatiner wirkt. Er hat sich auch s. z. im Consulate zur Militärpflicht gemeldet, wurde jedoch untauglich befunden. Seine Studien hat er mit Unterstützung des Fürsten Nikolaus, bei dem er auch heute noch in Gnaden stehen soll, am Lyceum in Galata-Serai absolvirt und trat sodann — ob nach vorgängiger Entlassung aus dem oest. Staatsverbände oder ohne eine solche ist mir unbekannt, — in montenegrinische Dienste und zwar zunächst als Consularbeamter (Scutari?), bis er vor einigen Jahren als Geschäftsträger hieher ernannt wurde. Gregovich ist mit einer Tochter des als Mahonenunternehmer des oest. Lloyd zu Geld gekommenen, verstorbenen Dalmatiners Joko Davidovich verheirathet. Mit der Botschaft unterhielt er fortlaufend Beziehungen und hatten wir uns meines Erinnerns über ihn nie zu beklagen — selbst nicht zur Zeit der Annexionskrise. Wenn er damals bei uns erschien, war seine Sprache stets eine vernünftige und mässige. Dagegen soll er sich allerdings zur selben Zeit anderen fremden Collegen sowie der Pforte gegenüber in den vehe-

mentesten Kritiken unseres Vorgehens gefallen haben, allein wer hat dies mit wenigen Ausnahmen nicht gethan und überdies folgte er ja damit offenbar nur den Instructionen seiner Regierung. Kurz und gut ich hatte bis dahin von Gregovich im Grossen Ganzen eine eher gute Meinung und wurde an derselben erst irre, durch das Anliegen um Erwirkung einer Audienz bei unserem Herrn Minister. Ich erinnerte mich nämlich sofort, dass er ein enragirter Kartenspieler ist und gerade damals mit einem für seine Verhältnisse sehr bedeutenden Spielverluste (man sprach hier von über 100.000 Francs) in der Klemme sass. Die Conclusion hieraus lag nahe. Was die Frage betrifft ob er vermöge seiner hiesigen Stellung überhaupt in der Lage wäre, uns Dienste zu leisten, möchte ich verneinend antworten, zumal ich mir nicht recht vorstellen kann, wie er von hier aus im Sinne eines montenegrinischen Anschlusses an die Monarchie wirken will. Ferner kommt die von Eurer Excellenz selbst betonte Gefahr eines Doppelspiels mit der Richtung nach der hiesigen russischen Botschaft, mit der Gregovitch in ständiger Fühlung steht, in Betracht sowie jene weitere, dass er die Démarche beim Herrn Minister als Agent provocateur unternommen haben könnte. Meine innere Ueberzeugung ist, dass es sich ihm in seinen perennierenden Geldn  ten, verschärft durch die höchst wahrscheinliche Einstellung der ihm vordem zugeflossenen, sei es gelegentlich sei es regelmässigen türkischen Unterstützungen, in erster Linie darum handelt, Jemanden zu finden, der in dieser Beziehung einspringt, ohne dass eben dieser Jemand aus naheliegenden Gründen im Stande wäre, im Falle einer schlechten Bedienung, die eingegangene „Geschäftsverbindung“ gegen ihn auszubeuten, ja eher umgekehrt!

Otto.

a) Vgl. n. 1873. — b) Liegt nicht vor.

Nr. 1761. Erlaß an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin 21. Okt. 1909 Nr. 3281.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Mit meinem geheimen Erlasse vom 20. Juli l. J., Nr. 2509 habe ich Seine Exzellenz Herrn von Szögyény über vertrauliche Eröffnungen informiert, welche mir der Herzog von Avarna im Auftrage Herrn Tittonis gemacht hat, und ihm auch die Antwort mitgeteilt, die ich damals auf die Anregungen des Herrn italienischen Ministers des Ae  usseren gegeben habe. Es ist mir nunmehr kürzlich die Gegenäußerung des italienischen Kabinettes zugekommen, deren Inhalt Euer Hochwohlgeboren aus dem sub 1) in Abschrift mitfolgenden Schreiben Herrn Tittonis an den hiesigen italienischen Botschafter vom 14. v. M. entnehmen werden,^{b)} welches letzterer mir vorgelesen und dann nach eingeholter Autorisierung erst dieser Tage in Kopie übergeben hat. Zugleich mit dieser Abschrift hat mir der Herzog von Avarna die sub 2) ebenfalls beigeschlossene Formulierung^{c)} des seitens Oesterreich-Ungarns und Italiens einzugehenden Engagements übermittelt. Wie Euer Hochwohlgeboren aus dieser Pièce ersehen werden, geht Herr Tittoni auf meinen Vorschlag ein, unter der Voraussetzung, daß ich meinerseits seine Proposition annehme, so daß auf

diese Weise die beiderseitigen Vorschläge kumuliert würden. Ich habe geglaubt, die nunmehr zustandgekommene Formel, die meinem Standpunkte entspricht, mit einer einzigen Modifikation annehmen zu sollen, welche in dem Euer Hochwohlgeboren vorliegenden Texte mit roter Tinte^{d)} eingezeichnet ist. Denn ich halte es für außerordentlich wertvoll, daß die in Rede stehenden Pourparlers mit dem italienischen Kabinette zu einem greifbaren Ergebnisse führen. Auch bin ich der Meinung, daß das Zustandekommen dieses Accords, wenn wir an die Frage der Erneuerung des Dreibundvertrages herantreten werden, nicht ohne günstige Einwirkung bleiben wird. Herr Tittoni hat übrigens selbst, wie Euer Hochwohlgeboren aus der Beilage 2^{c)} ersehen, den abzuschließenden Accord in einen gewissen Zusammenhang mit der Erneuerung der Tripelallianz gebracht, indem er eine gleiche Dauer für beide Engagements proponierte. Von diesen Konsiderationen ausgehend, habe ich mich dem Herzog von Avarna gegenüber mit der Formulierung des italienischen Kabinettes einverstanden erklärt und erwarte nur mehr dessen Zustimmung zu der von mir beantragten geringfügigen Modifikation. Im Sinne meiner Besprechungen mit dem Herrn italienischen Botschafter würde sodann unser Accord durch Depeschen an die beiderseitigen Botschafter festgelegt werden, von welchen Kopien ausgetauscht würden. Auch habe ich mit dem Herzog von Avarna ausgemacht, daß seitens der Kabinette von Wien und Rom eine Mitteilung über ihre Vereinbarungen an den dritten Alliierten erfolgen und daß diese Mitteilung im Texte der erwähnten Depeschen ausdrücklich erwähnt würde. Zu Vorstehendem möchte ich noch Folgendes hinzufügen: Ich habe den Herzog von Avarna seinerzeit bezüglich einer Aeüßerung interpelliert, die Herr Tittoni in der italienischen Kammer gemacht hat und in welcher von einer Entente Italiens mit Rußland die Rede war. Der Herr Botschafter ist nun zu der Erklärung ermächtigt worden, daß zwischen der italienischen und der russischen Regierung weder ein schriftlicher noch ein mündlicher Accord bestehe.^{e)} Bei meiner letzten Unterredung mit dem Herzoge habe ich ihn ersucht, Herrn Tittoni um die Autorisierung zu bitten, diese Erklärung gelegentlich des in Aussicht genommenen Depeschenwechsels wiederholen zu dürfen, worauf ich davon Akt nehmen würde.^{f)} Ich habe bereits die Gelegenheit wahrgenommen, um Herrn von Tschirschky im Sinne des Vorstehenden zu informieren. Doch lege ich Wert darauf, daß auch Euer Hochwohlgeboren dem Herrn Reichskanzler oder Baron Schoen eine entsprechende vertrauliche Mitteilung machen, unbeschadet der seinerzeit erfolgenden formellen Mitteilung über den mehrerwähnten Accord. Ich gebe mich hiebei der zuversichtlichen Erwartung hin, daß das Berliner Kabinett mit meiner Stellungnahme in diesen Pourparlers einverstanden ist, nachdem mir dieselbe mit den Grundlinien unserer und der deutschen Politik, wie sie gelegentlich der Anwesenheit des Herrn Reichskanzlers in Wien besprochen wurden, vollkommen übereinzustimmen scheint.

^{a)} Vgl. n. 1753, 1756, 1759, 1765, 1766, 1850, 1905. — ^{b)} Vgl. n. 1734. —

^{c)} Beilage zu n. 1734. — ^{d)} Der Passus: „que l'autre puissance soit admise à y prendre part“ wird geändert in: „que l'autre puissance y participe“. — ^{e)} Vgl. n. 1756. — ^{f)} Vgl. Anm. d zu n. 1756.

Nr. 1762. Bericht des Legationssekretärs Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 21. Okt. 1909 Nr. 71 (eing. 23. Okt.).^{a)} Ausfert.

Geheim. Für die gütige Mitteilung des hier rückfolgenden streng geheimen Berichtes d. d. St. Petersburg vom 2. l. Mts. No. 35 C beehre ich mich Euer Excellenz meinen ganz ergebensten Dank zu unterbreiten. Der hiesige deutsche Gesandte kam neulich mir gegenüber auf das Thema einer angeblichen russisch-bulgarischen Militär-Convention zu sprechen. Gleich dem Grafen Pourtalès steht auch Baron Romberg den Nachrichten über diese Convention skeptisch gegenüber. Er hält es für möglich, ja für wahrscheinlich, dass Seine Majestät König Ferdinand anlässlich Seiner Anwesenheit in Petersburg mündlich Versprechungen oder Zusagen gemacht habe, die dann später (geheimer Bericht Graf Czernins No. 63 B d. dto. 23. September l. J.) auch aufgezeichnet worden sein mögen. Aber an den Abschluss einer förmlichen Militär-Convention vermag Baron Romberg nicht zu glauben. Es liege nicht in der Natur des Königs, sich unwiderruflich nach irgend einer Seite hin zu binden. Wenn sich Höchstderselbe, wie dies seit dem bekannten Finanz-Arrangement^{b)} der Fall sei, von Russland habe wieder stärker ins Schlepptau nehmen lassen, so spiele hiebei das bei Seiner Majestät stark hervortretende psychologische Moment der Furcht mit, Russland könne Ihm dasselbe Schicksal bereiten, wie dem Fürsten Alexander. Auch liege jetzt der Abschluss einer Militär-Convention mit Russland nicht im Interesse Bulgariens: wolle und könne ersteres einmal die Orientfrage aufrollen, so müsse es dazu unbedingt an Bulgarien herantreten, das dann für sich bessere Bedingungen in einer eventuellen Convention erreichen könne als jetzt eben. Weder dem Herrn k. u. k. Militär-Attaché noch mir sind in letzter Zeit über eine russisch-bulgarische Militär-Convention Nachrichten oder auch nur Gerüchte zugekommen, und ich habe mir im Vorstehenden nur gestattet, die Ansicht des Herrn deutschen Gesandten über diesen Gegenstand zur Kenntnis Euer Excellenz zu bringen, da Baron Romberg als ein sehr guter Kenner der hiesigen Verhältnisse gilt.

Mittag.

^{a)} Vgl. n. 1755, 1792, 2583. — ^{b)} Vgl. n. 960.

Nr. 1763. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 22. Okt. 1909 Nr. 253 (eing. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Serbischer Minister des Aeussern wurde gestern vom Staatssekretär empfangen. Wie ich im Auswärtigen Amte erfahre, hat er hiebei besondere Wünsche nicht vorgebracht. Herr Milovanović bezeichnete als das Ziel seiner Politik ein gutes Verhältnis zu Österreich-Ungarn, da Serbien doch politisch und wirtschaftlich von demselben abhängt. Er erwähnte diesbezüglich die Bestrebungen, durch eine gemischte Kommission die Grenzfrage an der Drina für beide Teile befriedigend zu regeln und zum Abschluss eines Handelsvertrages zu kommen. Staatssekretär sagte ihm, bezüglich der serbischen Anleihe^{b)} könnte das Berliner Kabinett auf das deutsche Kapital nur dann zu Gunsten Serbiens einwirken, wenn die Anleihegelder nicht zu Rüstungszwecken verwendet würden. Milovanović versicherte, man denke

in Serbien nicht an Kriegsrüstungen; da aber die Feldarmee mit Mausergewehren bewaffnet sei, müsse man nun auch an eine Bewaffnung der Reserve mit der gleichen Waffe schreiten. Ein Teil der Anleihe sei dazu bestimmt, der grössere Teil derselben werde aber für Bahnbauten und andere wirtschaftliche Zwecke dienen. Der serbische Minister des Aeussern berührte dann die Frage etwaiger Expansivbestrebungen Oesterreich-Ungarns nach dem Sandjak zu und spielte auf Kompensationen an, die früher angeblich unsererseits für den Fall von Umwälzungen in der Türkei Serbien in Aussicht gestellt worden seien. Baron Schoen versuchte, den Minister mit Bezug auf den ersten Punkt zu beruhigen und wies bezüglich des zweiten Anwurfes auf das Unzeitmässige hin, denselben praktische) zu erörtern. Nachher wurde Milovanović vom Reichskanzler empfangen. Auch ihm bezeichnete der Minister als Ziel der serbischen Politik ein gutes Verhältnis zur Donaumonarchie. Noch sei aber auf beiden Seiten die Stimmung von der Annexionskrise her etwas erregt. Er habe daher Euer Exzellenz gebeten, die Regelung der Drinagrenze, die heikle Kontroversen aufrühren könnte, nicht allzusehr zu beschleunigen. Er versicherte den Reichskanzler, das grösste Interesse an der Erhaltung des status quo am Balkan zu haben. Für den Fall von Umwälzungen, die ohne Zutun Serbiens eintreten könnten, möchte er aber die beruhigende Gewissheit haben, dass das Wiener Kabinett Serbien mit dem gleichen Wohlwollen behandeln werde wie Bulgarien und Rumänien. Euer Exzellenz seien ihm zwar freundlich, aber doch reserviert entgegengekommen; bei diesen Worten hob er ausdrücklich hervor, dass dies keine Klage sein sollte — Euer Exzellenz reservierte Haltung lasse sich ja leicht auf die bedauerlichen Verhältnisse während der letzten Balkankrise zurückführen. Bezüglich des Handelsvertrages meinte Herr Milovanović, er könne im Hinblick auf das Prävalieren agrarischer Tendenzen in Oesterreich-Ungarn kaum grössere wirtschaftliche Vorteile für Serbien erhoffen. Er sei aber bestrebt, dessen Abschluss möglichst zu betreiben, weil er darin ein wichtiges Moment zur Annäherung an die Monarchie erblicke. Reichskanzler bestärkte Herrn Milovanović in seinem Vorhaben, die Herstellung guter Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn zu suchen.

Flotow.

a) Vgl. n. 1736, 1773, 1778. — b) Vgl. n. 1735 Anm. d. — c) So!

Nr. 1764. Privatschreiben des Sektionschefs Karl Freiherrn von Macchio nach Belgrad, 26. Okt. 1909.^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; V. u. G. Macchio).

Geheim. Ihr Schreiben vom 23. d. M.^{b)} und die demselben beigezeichnete Index-Photographie sowie jenes vom 14. d. M.^{b)} ist von Generalkonsul Oppenheimer, an den diese beiden Briefe gerichtet waren, zu meiner Kenntnis gebracht worden. Seine Excellenz der Herr Minister beauftragt mich nun Sie zu informieren, zu welchem Zwecke wir mit dem Ersuchen um Beschaffung der bewussten Original-Unterschriften an Sie herangetreten sind. Den Anstoss hiezu hat der Prozess gegeben, der anlässlich des bekannten, in der Nummer vom 25. März 1909^{c)} der „Neuen Freien Presse“ erschienenen Friedjungschen Artikels von Supilo und den

Abgeordneten der serbisch-croatischen Coalition gegen den Autor angestrengt worden ist. Nachdem in diesem Prozesse die gesetzliche Voraussetzung für den Freispruch nicht die bona fides des Verfassers bildet, dem letzteren vielmehr die Erbringung des vollen Wahrheitsbeweises für die von ihm vorgebrachten Behauptungen obliegt, war es notwendig, sich darüber zu vergewissern, ob nicht etwa ein Anlass vorliegt, dass die Gegenseite die von Friedjung mit Genehmigung Seiner Excellenz des Herrn Ministers zu producierenden Photographien der „Slovenski Jug“-Protokolle^{d)} während der Gerichtsverhandlung als gefälscht bezeichne und mit letzterer Behauptung Recht behalte, was natürlich nicht nur für Friedjung, sondern auch für das Ministerium des Äussern, welches von der öffentlichen Meinung wahrscheinlich als hinter Friedjung stehend angesehen werden wird, sehr unangenehm gewesen wäre. Bei den Recherchen, die das Referat V in dieser Richtung auftragsgemäss unternommen hat, hat sich nunmehr die Tatsache ergeben, dass zwei verschiedene Experten im Schriftfache, denen das Materiale mit aller im Hinblick auf den geheimen Charakter der Documente gebotenen Vorsicht zur Prüfung vorgelegt wurde, übereinstimmend die wirkliche, zweifellos echte, vom Referat V beschaffte und mit jener des eingangserwähnten Indexes identische Unterschrift des Bozo Marković als von jener, welche in den Photographien der Slovenski Jug Protokolle figurirt, absolut differierend erklärt haben. Was die anderen Unterschriften anlangt, welche in den Photographien der Slovenski Jug Protokolle vorliegen, so konnte naturgemäss bisher keine Prüfung erfolgen, da wir zweifellos echte Unterschriften der betreffenden Personen noch nicht besitzen, doch liegt auch diesbezüglich die Erklärung der Experten vor, dass mehrere Unterschriften verschiedener Personen von einer Hand geschrieben wurden, ein Umstand, der die Aufrechterhaltung des Glaubens an die Echtheit dieser Unterschriften wohl nahezu unmöglich macht. So unangenehm diese Constatationen auch wirken mussten, so ist damit nicht gesagt, dass auch der Inhalt der in Rede stehenden Protokolle als gefälscht betrachtet werden muss. Die in den Protokollen enthaltenen Mittheilungen stimmen ja vielfach mit den Tatsachen und sind auch durch Nachrichten aus anderweitigen Quellen (Evidenzbureau des Generalstabes etc.) bestätigt worden. Es wäre ja ganz gut möglich, dass der Konfident es bequemer fand, Abschriften von den Originalprotokollen zu nehmen und diese Abschriften dann um ihren Wert zu erhöhen, als Originale vorwies. Ohne den Prozess Friedjung wäre die Echtheit oder Unehtheit der Unterschriften für uns wohl auch nicht von ausschlaggebender Bedeutung, da ja die Meldungen selbst, wie eben erwähnt, als richtig angesehen werden können. Immerhin aber dürfte es Ihnen für Ihr weiteres Verhalten erwünscht sein von Vorstehendem informirt zu werden. Es würde uns noch interessieren, Ihre Ansicht über folgendes Detail zu erfahren. In einem Ihrer Berichte vom Jahre 1908 ist das Protokoll der 8. ordentlichen Sitzung des Slovenski Jug vom 28. Februar 1908^{d)} vorgelegt worden. Da in diesem Protokolle von einer Geldzuweisung an den Abgeordneten Supilo die Rede ist, interessierte es uns, das Original zur Einsicht zu bekommen, und tatsächlich haben Sie uns, wenn ich nicht irre, im Monate Mai 1909^{d)} das Original eingesendet, welches hier

photographiert worden ist. Es fragt sich nun, ob Ihr Confident eine neuerliche Abschrift des im Jahre 1908 gelieferten Protokolles von dem echten Original nahm und sie wieder mit den falschen Unterschriften versehen hat, oder ob er sich von allem, was er Ihnen lieferte, ein Concept behielt, von dem er Abschrift nehmen konnte. Ihre diesbezügliche Antwort würde uns, wie gesagt, sehr interessieren.

a) Vgl. n. 1560, 1752, 1769, 2423. — b) Liegen nicht vor. — c) Vgl. n. 1538 Anm. b. — d) Vgl. n. 98 Anm. b.

Nr. 1765. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 26. Okt. 1909 Nr. 38 B (eing. 28. Okt.).^{a)} Ausfert.

Geheim. Dem mir erteilten hohen Auftrage entsprechend habe ich dem Herrn Staatssekretär Freiherrn von Schoen vertrauliche Kenntnis vom Inhalte Euer Excellenz geheimen Erlaßes No. 3281 vom 21. d. M. gegeben. Der Herr Staatssekretär ersucht mich nun, Euer Excellenz den Dank der kaiserlichen Regierung für die freundschaftliche Mitteilung über die in Rede stehenden, von Euer Excellenz mit dem römischen Kabinette gepflogenen Pourparlers in Angelegenheit des seitens Oesterreich-Ungarns und Italiens einzugehenden, Balkanfragen betreffenden Engagements zu vermitteln. Die deutsche Regierung begrüße auf das Freudigste das Zustandekommen eines derartigen Accords. Er brauche hiebei gar nicht hervorzuheben, daß Euer Excellenz Stellungnahme in diesen Verhandlungen das vollste Einverständnis auf deutscher Seite begegne. Freiherr von Schoen erscheint es besonders wertvoll, daß Euer Excellenz Antwort noch vor dem Zarenbesuch in Racconigi Herrn Tittoni vorlag. Er meinte der Herr italienische Minister werde „in der Überzeugung, daß nun er erst einer aktiveren Politik Oesterreich-Ungarns am Balkan den Riegel vorgeschoben habe“, bezüglich dieses Kapitels wohl ganz beruhigt, mit Herrn Iswolsky konferiert haben.

Flotow.

a) Vgl. n. 1766, 1767.

Nr. 1766. Bericht des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Rom, 26. Okt. 1909 Nr. 65 A (eing. 28. Okt.).^{a)} Ausfert.

Kaiser Nicolaus ist am Nachmittag des 23. d. Mts. über Modena-Turin in Racconigi eingetroffen. Auf diesem Wege hatte Höchstderselbe — wenn der Seeweg aus bekannten Gründen vermieden werden sollte — die kürzeste Strecke auf italienischem Gebiete zurückzulegen, und war Seine Majestät der Gefahr von Attentaten jedenfalls weniger ausgesetzt, als wenn eine andere Einbruchstation gewählt worden wäre. Womit ich natürlich nicht sagen will, dass dies die Ursache des riesigen Umweges ist, welchen Herr Iswolsky seinen kaiserlichen Herrn hat nehmen lassen. In der Begleitung des Czaren befanden sich Minister des Aeussern Herr Iswolsky und der Hausminister Baron Frederiks, während zu Höchstdessen Empfange sich Ministerpraesident Giolitti und Minister des Aeussern Tittoni, letzterer in Begleitung des Generalsekretärs Bollati, in Racconigi eingefunden haben. Nach der Ankunft wurde der Thee bei der Königin genommen, dann folgten einige Stunden der Ruhe und abends ein kleineres Hofdiner. Am Sonntag

wurde vormittags eine Automobilexcursion gemacht und nachmittags eine Fasanjagd veranstaltet, wobei eine für italienische Verhältnisse unglaubliche Strecke von circa 1000 Stück erzielt wurde. Abends war Galatafel, zu welcher sämtliche Mitglieder der Suite, das Personale der hiesigen russischen Botschaft und — *horribile dictu* — der *Sindaco* Roms, Herr Nathan, zugezogen waren. Die Einladung dieses Letzteren hat Aufsehen gemacht. Man erblickt hier darin eine der Stadt Rom zugedachte besondere Ehrung. Die bei dieser Gelegenheit gewechselten Trinksprüche, deren Text^{b)} ich beizufügen mir erlaube, scheinen mir trotz der Versicherung der officiösen Presse, dass sie sich durch eine besondere Herzlichkeit auszeichneten, nicht über den Rahmen der gewohnten officiellen Toaste hinauszugehen. Sie sind sozusagen gleichlautend; in beiden wird die Abwesenheit der Kaiserin, die Hilfsaction der russischen Marine beim Erdbeben in Messina, die Gemeinsamkeit der Interessen Russlands und Italiens und die gute Absicht zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens — Letzteres mit einer vielleicht etwas markierten Betonung im Toaste König Victor Emanuels — erwähnt. Nach dem Diner fand ein von Mascagni dirigirtes Concert statt. Am Montag den 25. d. Mts. fand vormittags eine Automobilexcursion, nachmittags, bald nach dem Déjeuner die Abreise statt. Hiemit dürfte den verschiedenlichen italienischen Festtheilnehmern, Seiner Majestät dem Könige voran, ein Felsblock vom Herzen gefallen sein. Obwohl man hier den Besuch des Czaren mit grosser Ungeduld erwartet und jeden Stein in Bewegung gesetzt hatte, damit er endlich zur Wahrheit werde, so war man doch, nicht allein für die persönliche Sicherheit des hohen Gastes sehr besorgt, sondern hat auch stark Angst gehabt, dass irgend ein Misston oder unliebsame Manifestationen die feierliche Stimmung stören könnten. Die Befürchtungen haben sich nicht erfüllt, die wenigen sozialistischen Kundgebungen in verschiedenen Städten des Landes haben sich auf friedliche Protestversammlungen beschränkt, nur in Venedig arrangirten die Socialisten einen Generalstrike, welcher, da er auf einen Sonntag fiel, kaum bemerkt wurde. Die Sicherheitsmassregeln in und um Racconigi waren ganz ungeheure. Es wurde eine ganze Armee zu diesem Behufe mobilisirt. Ueber die politische Bedeutung des Czarenbesuches ein Urtheil zu fällen wäre heute verfrüht. Ich muss mich daher auf die Vorlage des aus diesem Anlasse herausgegebenen officiellen Communiqués^{b)} beschränken, in welchem festgestellt wird, dass die Besprechungen der beiden Minister der Aufrechterhaltung des status quo in der Türkei und der natürlichen Entwicklung der Balkanstaaten geglücken haben und hiebei eine Uebereinstimmung der Interessen Russlands und Italiens constatirt werden konnte.

Somssich.

^{a)} Vgl. n. 1753, 1756, 1761, 1765, 1767. — ^{b)} Nicht abgedruckt.

Nr. 1767. Bericht des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Rom, 26. Okt. 1909 Nr. 65 B (eing. 28. Okt.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Zur Bewachung der kurzen, zweistündigen Bahnstrecke von der französischen Grenze bis nach Turin sind anlässlich der Czarenreise nicht weniger als 22 Regimenter daselbst concentrirt worden.

Ich erfuhr dieses Détail vor einigen Tagen im Club aus den Abendblättern und machte darüber meinem zufälligen Nachbarn, dem Artilleriemajor Grafen Rignon, eine Bemerkung. Er antwortete mit einem sorgenvollen Kopfschütteln wörtlich Folgendes: „Es wird schwer sein, diese grosse Menschenmasse gehörig zu überwachen; übrigens wird man wohl das Militär nicht in die erste Linie an den Bahndamm stellen, sondern hiezü Carabinieri (Gendarmen) verwenden: die sind verlässlich!“ Diese Worte aus dem Munde eines activen Officiers bedürfen eigentlich keines weiteren Commentares; sie bilden eine recht betrübende Illustration der Disciplin und des Geistes im italienischen Heere. Trotz der officiellen Erklärung wonach die Einladung des Sindaco Nathan als eine der Stadt Rom zugedachte Ehrung aufzufassen ist, bleibt es dennoch im höchsten Grade merkwürdig, dass der Autor des Ferrer-Manifestes (vgl. meinen gehorsamsten Bericht Nro. 63 B vom 18. 1. Mts.)^{b)} an der zu Ehren des russischen Czaren gegebenen Tafel Platz nehmen durfte. Ob sich der Führer der Extremen in Rom hiebei sehr gemüthlich gefühlt hat, bleibt freilich dahingestellt. Es ist Stadtgespräch, und der Sindaco pflegt sich damit sogar zu brüsten, dass er ein natürlicher Sohn Mazzinis ist; vielleicht ist das der Schlüssel des Räthsels, weshalb König Victor Emanuel seit jeher mit ihm so sehr aux petits soins ist, denn ein loyaler Royalist ist der Bürgermeister Roms fährwahr nicht! Eurer Excellenz ist es aus meiner vorhergegangenen Berichterstattung bekannt, was für eine Geheimnissthuerei hier in der Consulta mit der Czarenreise getrieben worden ist. Wenige Tage vor seiner Abreise nach Racconigi versicherte mich noch Herr Bollati — ohne dass ich ihn darum gefragt hätte — dass über den Ort der Monarchenbegegnung noch immer nichts Bestimmtes vorliege, eine definitive Wahl zwischen den ins Auge gefassten drei Orten: Racconigi, Bari und Bajae, sei noch immer nicht getroffen. Da konnte ich mich nicht enthalten, ihm ins Gesicht zu lachen und ihm zur ausgezeichneten Art zu gratulieren, wie er Geheimnisse zu wahren wisse; die russische Botschaft sei in dieser Beziehung viel weniger gewissenhaft, und ich könne ihm, wenn er es wünsche, genau den Zug angeben, mit welchem sich Botschafter Fürst Dolgoruky mit seinem Personal nach Turin begeben werde. Herr Bollati war einen Moment verlegen, dann that er das Einzige, was er vernünftiger Weise thun konnte, er lachte mit. Bei dem Platzmangel, welcher im königlichen Schlosse zu Racconigi, trotz seiner Geräumigkeit, momentan herrschen muss, ist es einigermaßen auffallend, dass sich Herr Tittoni vom General-Secretär Bollati dahin begleiten liess. Herr Giolitti hat keinen Beamten mit. Unwillkürlich drängt sich die Vermuthung auf, dass man bei dieser Gelegenheit die gewandte Feder eines Schriftgelehrten möglicherweise benöthigt haben konnte. Ich fürchte, es wird nicht leicht sein, jemals autenthisch zu erfahren, was die beiden Minister, Tittoni und Iswolsky, in ihren Conventikeln im Park von Racconigi ausgeheckt haben.

Somssich.

a) Vgl. n. 1766, 1768. — b) Nicht aufgenommen. Betrifft die Protestbewegung wegen der Hinrichtung Ferrer's, anlässlich welcher der Bürgermeister von Rom, Nathan, an allen Strassenecken Roms ein Manifest anschlagen ließ, das, „wie allgemein angenommen wird, über einen vom Pariser Großorient an den Herrn Nathan ergangenen Befehl herausgegeben wurde“.

Nr. 1768. Aufzeichnung über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 27. Okt. 1909 (dem ital. Botschafter Ende Oktober übergeben¹).^a) Abschrift.

En remerciant le Duc Avarna de sa communication au sujet de l'entrevue de Racconigi, le Comte Aehrenthal dit à l'Ambassadeur que ses communications précédentes autorisaient le Cabinet de Vienne à envisager le résultat des entretiens de Monsieur Tittoni avec Monsieur Iswolski comme un échange de vues. Le point de départ de notre nouvel accord à conclure qui vise à une rédaction plus précise de l'article VII de la triple-alliance était l'assurance que l'Italie n'avait avec la Russie aucun engagement ni écrit ni verbal. Le Comte Aehrenthal se plaît donc à constater que l'échange des vues à Racconigi n'a pas changé cet état de choses.²)

En ce qui concerne l'identité de vues de Monsieur Tittoni et de Monsieur Iswolski sur les éventualités qui se présenteraient après l'impossibilité de maintenir le statu quo dans la Turquie européenne il importe d'établir qu'entre l'Autriche-Hongrie et l'Italie aucun engagement se rapportant à ces éventualités n'a été discuté ces derniers temps. La seule stipulation qui ait trait au cas où le maintien du statu quo deviendrait impossible — éventualité qu'il faut espérer lointaine — est celle consignée dans les notes échangées en 1897^b) au sujet du désintéressement réciproque par rapport à l'Albanie.

Vis-à-vis de l'opinion publique et en réponse à des questions qui pourront être posées aux prochaines délégations, le Comte Aehrenthal se bornera à constater que l'échange de vues de Racconigi n'a pas porté sur des questions qui seraient contraires aux engagements de l'Italie ou qui seraient nuisibles aux intérêts de l'Autriche-Hongrie.

¹) Eigh. Überschrift Aehrenthals: Résumé d'une conversation du Comte Aehrenthal avec le Duc Avarna. Vienne le 27 Octobre 1909. Auf einem zweiten Abschriftsexemplar (vgl. n. 1784) die eigh. Randbemerkung Aehrenthals: „Herzog Avarna Ende Oktober 1909 übergeben und von ihm nach Rom eingesandt“. — ²) Auf dem zweiten Abschriftsexemplar: Beantwortet durch die Erklärungen Tittonis an Somssich.

^a) Vgl. n. 1767, 1771, 1772, 1784, 1817, 1905. — ^b) 1897 erfolgte ein Meinungs-austausch über die Erhaltung des status quo auf dem Balkan (Pribram, a. a. O. I 241). Der Notentausch betreffend Albanien erfolgte 1900 (Pribram, a. a. O. I 83; Martens, N. R. G. 3. S. X 68).

Nr. 1769. Privatschreiben aus Belgrad an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 28. Okt. 1909.^a) Eigh. Ausfert.

Geheim. Ich beeile mich für das so interessante Schreiben vom 26. d. Mts. bestens zu danken. Bevor ich auf dessen ausführliche Erörterung eingehe, will ich die am Schlusse desselben gestellte Frage beantworten.

Unser Confident ist M. Stefanović, Hörer (jetzt im letzten Jahrgange) der philosophischen Facultät in Belgrad und Secretär des Slovenski Jug. Unsere Verbindung begann October 1907, also weit vor dem Annexions-rummel, Bandenwesen, Friedjungschen Process und so weiter. Er brachte uns die Protocolle nach deren Fertigstellung, meist wenn er mit denselben bei den verschiedenen Ausschussmitgliedern herumging, um ihre Unter-

schriften einzuholen. Dies war der Vorgang anfangs, als der Verkehr mit der Gesandtschaft noch nicht so schwierig und gefährlich war, als seit einem Jahre. Auf diese Art erhielten wir Einsicht in das in Eurer Excellenz vorgestrigem Briefe erwähnte Protocoll der VIII. Sitzung vom 28. Februar 1908.^{b)} Als nun im lauernden Frühjahr wegen des Friedjungschen Processes die Erwerbung der Originalien erwünscht war, liess ich Stefanović zur Auslieferung oder wenigstens neuerlichen Vorzeigung derselben aufordern. Damals war der Verkehr mit Stefanović schon äußerst erschwert; über alle verlangten Originale gab er jedoch, auf Basis der Archive des Slovenski Jug befriedigende mit den seinerzeitigen Berichten stimmende Auskünfte und brachte auch jenes im Mai in Wien photographirte Original, welches unzweifelhaft dasselbe Stück war, das wir im Feber oder März 1908 in Händen gehabt hatten. Es hatte sich seitdem nur durch die im Archive des Slovenski Jug angebrachten Vermerke, Paraphen und so weiter sowie durch einige angeblich im Auswärtigen Amte gezogene Bleistiftstriche verändert. So viel über die specielle an mich gestellte Frage.

Was im allgemeinen von Confidenten gelieferte Dokumente und Mittheilungen betrifft, so stehe ich denselben selbstverständlich mit größter Skepsis und Reserve gegenüber. Heute, bei den unsäglichen Schwierigkeiten, unter welchen die Gesandtschaft zu arbeiten hat, ist jede regelmäßige confidentielle Thätigkeit beinahe unterbunden; die einzige Verbindung mit Stefanović wird aufrechterhalten, aber unter kolossalen Vorsichtsmaßregeln seitens des seit dem Müller-Process^{c)} sehr geängstigten jungen Mannes. Er kommt nie mehr in die Nähe der Wohnungen unserer Beamten; die Zusammenkünfte mit dem Dragoman finden immer an wechselnden, oft entfernten, stundenlange Fußmärsche beanspruchenden Orten statt. Anders war es vor 21½ Jahren; damals fand ich diese Mission in jeder Beziehung ganz nachrichtenlos und verbindungslos. Ich trachtete daher, damals relativ gefahr- und mühelos, auch confidentielle Quellen zu erwerben, zum Beispiel auch durch Horváth, den sowie den Budapester A. Petrović ich später dem Referate V übergab. Sehr viele, theils umsonst theils um Geld, einlangende confidentielle Notizen wanderten aber ohne Vorlage nach Wien direkt in den Ofen, weil ich dieselben entweder als werthlos oder als gefälscht betrachtete.

General-Consul Oppenheimer und Baron Pitner wissen, dass ich mehrere von Horváths Mittelmännern oder anderen Confidenten an das Referat V geleitete Mittheilungen für geschickte Falsificate hielt und bezeichnete. Leider habe ich selbst vor 11½ Jahren zwei übrigens heute belanglose Stücke nach Wien vorgelegt, welche ich heute auch für Fälschungen oder Verdrehungen halte.

Ich erwähne dies nur, um zu zeigen, wie ich einerseits allen diesen Sachen selbst misstrauen,^{d)} und andererseits mich nicht scheue einzugestehen, dass einzelne leider von mir vorgelegte Stücke auch mich irreführten. Die einzigen Dokumente, betreffs welcher sich bei mir die Überzeugung ihrer Authenticität — bitte dies auch Seiner Excellenz dem Herrn Minister zu melden — immer mehr bestärkte, sind die von Stefanović gelieferten Protocolle. Seine vielen mündlichen Meldungen waren dagegen

meistens werthlos, zeigten dass er mit eigentlichen Politikern gar keine Verbindungen hatte und ganz unfähig wäre seit zwei Jahren die so congruenten, trotz des oft darin enthaltenen Unsinnnes so charakteristischen und richtigen Protocolle, Briefe, Telegramme und so weiter zu fabriciren.

Da mehrere Augen besser sehen wie zwei, will ich hinzufügen, dass alle meine Mitarbeiter zum Beispiele gegenwärtig der kluge Baron Gautsch, welche die Sache seit Jahren verfolgen, berathen und besprechen, alle an der Authenticität des Materiales unbedingt festhielten. Legations-Secretär Franz hatte anfangs starke Zweifel, war aber später auch ganz überzeugt. Besonders wichtig war es mir, dass der verstorbene so land- und serbenkundige Dragoman Major Cvitaš, welcher unter meiner Weisung die Verbindung mit Stefanović begann, nach anfänglichem grossen Misstrauen bald jeden Zweifel fahren liess und Stefanović als den besten Confidenten betrachtete, den wir je haben könnten. Ich erinnere mich so lebhaft an das Kopfschütteln, mit dem Cvitaš und ich, vor gerade zwei Jahren, die ersten, gar nicht nach Wien vorgelegten Protokolle aufnahmen und wie erst deren Beilagen, die Rechnungsschlüsse sowie die Originalbriefe der Redacteurs des Narod und der Otačbina aus Mostar und Banjaluka (die Authenticität Letzterer erhellte auch aus dem bekannten Banjalukaer Press- und Hochverratsprocesse) uns zu anderer Einsicht brachten. Wie auch Euer Excellenz in ihrem Briefe bemerkten, haben sowohl die Thatsachen als auch Nachrichten aus andern Quellen, sowie jedwede mir nur mögliche Controlle den Inhalt der Protokolle in auffallender Weise bestätigt. Um zum Beispiel ein kleines Detail zu erwähnen, haben doch unsere bosnischen Behörden lange in Abrede gestellt, dass ein vom Slovenski Jug besoldeter „Pope Simo“ existire; als die Gesandtschaft präcisirte, es handle sich um den P. Simo Begović im Bezirke Srebrenica, wurde dessen Unschuld betheuert. Plötzlich verstummte jedoch der Widerspruch, und Kreisvorsteher Foglar, der mit der Drina-Commission vor kurzem hier weilte, gab mir zu, er hätte es vom P. Begović nicht geglaubt, aber jetzt sei er auch darauf gekommen, dass derselbe sich von den Extremen Serben habe verführen und benützen lassen.

Wenn aber, wie wir alle übereinstimmen, der Inhalt der Protokolle und so weiter für ihre Authenticität spricht, so bestärkt mich die Art, wie selbe mir zukommen, noch mehr in der Überzeugung, dass es sich nicht um das Werk eines genialen Falsificators handeln kann. Als Stefanović zuerst mit uns in Verbindung trat, war er durch Monate relativ schwach entlohnt, so dass es ihm oder einem Consortium von Falsificatoren nicht der Mühe werth gewesen wäre die umfangreichen Protokolle herzustellen. Erst viel später, während meines vorjährigen Urlaubes und während der ersten mit der Annexion verbundenen Aufregung, begann der Confident größere Beträge zu fordern und zu erhalten und wurde er per Protokoll entlohnt. Aber trotz dieses nicht richtigen Systemes konnte keine zu auffallende Zunahme der eingelierten Protokolle constatirt werden. Außerdem hat Stefanović, ohne speciellen Entgelt, auch oft die an die Vorstandsmitglieder einlangenden officiellen Briefe und Telegramme (stets im Originale) eingeliefert. Viele der Telegramme konnten nicht nach Wien vorgelegt oder benützt werden, da ihr kurzer Inhalt nur für den Adressaten ver-

ständig war. Um Auskunft befragt, sagte Stefanović oft, der Inhalt sei ihm gleichfalls unverständlich; er könne aber den Adressaten nicht befragen, da die Vorstandsmitglieder ohnehin misstrauisch seien und seine neugierige Frage Verdacht erregen würde. Ich glaube nicht, dass ein Falsificator mit Mühe auf Telegrammankunftsblanquetten unverständliche Texte construirt hätte, um uns dann eine solche Antwort zu geben. Als schliesslich das heurige Frühjahr kam und ich über hohen Auftrag die Originalprotocolle aus dem Archive des Slovenski Jug erwerben wollte, weigerte sich Stefanović dies gegen Geld zu tun, obwohl er wusste, dass er eventuell 3000—5000 francs verdienen konnte, also ein Vermögen für so einen Lumpen und für hiesige Verhältnisse. Ein Fälscher hätte die große Summe eingesteckt und mich dann ausgelacht. Einige Stücke brachte er uns leihweise auf einige Tage aus dem Archive; aber vollkommen übergeben wollte er uns das Archiv nur dann, wenn wir ihm die Fortsetzung seiner Studien und eine Anstellung in der Monarchie garantirten. In diesem Falle sei er, wie ich damals General-Consul Oppenheimer meldete, bereit mit dem ganzen Archive nach Semlin zu verschwinden. Ein bewusster Fälscher hätte sich uns nicht so überliefert.

Seit der abschreckenden Verurtheilung Müllers und unserer so strengen Überwachung hat sich schliesslich alles geändert. Stefanović dient uns nur mehr widerwillig und unter Ängsten; er ist aber an seine monatliche Confidentenrevenue, die er verlumpt, gewöhnt und kann ohne sie nicht leben. Da er alle uns überwachenden Detektives persönlich kennt, so kann er ihnen ausweichen, aber nur auf den erwähnten mühevollen Umwegen.

Diese langen Ausführungen widerlegen, wie ich hoffe, auch eine eventuelle Hypothese, dass Stefanović eventuell ein Agent wäre, um uns echte oder falsche Dokumente zu irgendeinem Zwecke in die Hände zu spielen. Was hätte dies für einen Zweck vor zwei Jahren gehabt, als sich unsere Beziehungen zu Serbien äußerlich besserten und ich mit Pašić den Handelsvertrag schloss? Wozu hätte sich die serbische Regierung selbst compromittirt? Wer hätte sich die große Mühe gegeben die Komödie mit so viel zu fälschenden oder zu beschaffenden Dokumenten durch zwei Jahre gewissenhaft durchzuführen? Anders steht es z. B. mit einigen Horváth'schen Dokumenten, da eine seiner besten Quellen, ein Beamter des Auswärtigen Amtes, ein Obrenovićist, aus Hass gegen die Dynastie und besonders gegen Pašić Letzteren und seine Politik theils durch wahre theils durch gefälschte Dokumente je mehr bei uns anschwärzen wollte.

Nach diesen Darlegungen, für deren Weitschweifigkeit ich um Vergebung bitte, komme ich auf die zweifellos sehr unangenehme Meinungsabgabe unserer Experten im Schriftfache. Über den Werth der Schriftexpertise im allgemeinen sind die Meinungen bekanntlich sehr getheilt und haben berühmte Processe verblüffende Erscheinungen gezeigt; auch ist es fraglich, ob die ihnen weniger bekannte cyrillische Schrift nicht unseren Experten Schwierigkeiten verursachte. Doch sind ihre Constatirungen selbstverständlich von großem Gewichte. Bezüglich der Unterschrift des Božo Marković muss ich jedoch bemerken, dass in dem Indexe, welcher leider schon zurückerstattet wurde, sich seine Unterschriften in Semestern

aus den Jahren 1904 und 1906 befanden. Dieselben differirten auffallend von einander, beinahe mehr als von seinen aus 1908 und 1909 stammenden Unterschriften auf den Protokollen. Leider wurde nur eine Unterschrift photographirt, und zwar jene, welche etwas leserlicher war und, bis auf einen deutlichen Unterschied im „B“ des Taufnamens, der Unterschrift auf den Protokollen ähnlicher war, als jener auf der anderen Indexseite.

Natürlich noch schwerwiegender ist die Constatirung unserer Experten, dass mehrere Unterschriften auf den Protokollen von einer Hand geschrieben zu sein scheinen. Nun ist es nicht undenkbar, dass der Secretär Stefanović, welcher auf Grund seiner Aufzeichnungen nach den Sitzungen die Protokolle verfasste, einige der Unterschriften nicht mehr einholte, sondern sie einfach selbst hinschrieb. Doch würde ich dieser Hypothese nicht viel Glauben entgegenbringen. Wie ich eingangs schon erwähnte, hat Stefanović, der vor zwei Jahren noch keinen uneingeschränkten und unbewachten Zugang zu dem Archive des Slovenski Jug hatte, anfangs die Protokolle dem Dragomane Cvitaš nur auf kurze Zeit vorzeigen können, während er seine tournée bei den Vorstandsmitgliedern machte, um ihre Unterschriften auf das Protokoll einzuholen. Es waren daher meist die Unterschriften auf den Protokollen und auf den monatlichen Rechnungsabschlüssen nicht vollzählig. Speciell fehlte unter der Rubrik „Der Vize-Präsident“ beinahe immer die Unterschrift Lj. Jovanović's, des jetzigen Ministers des Innern. Stefanović erzählte wiederholt, dass die Erlangung dieser Unterschrift ihm stundenlanges Warten und vergebliches Nachlaufen kostete, da der schlaue Fuchs Jovanović sehr ungern irgendein Dokument unterschreibe und behaupte die vielen Unterschriften, welche seine Kollegen zur gegenseitigen Controlle wünschten, seien überflüssig.

Falls nun Stefanović für uns einige Unterschriften fälschte, warum lamentirte er wiederholt wegen Jovanović und fälschte nicht einfach auch dessen Unterschrift? Seitens der Gesandtschaft wurde auf die Unterschriften überhaupt nicht viel Gewicht gelegt, da Cvitaš anfangs nur Auszüge und nicht, wie später, genaue Copien und Übersetzungen verfertigte. Uns hätte Stefanović ruhig einreden können, dass auf den Protokollen und Schriften nur seine eigene (des Secretärs) und eventuell irgendeines Mitgliedes Unterschrift zu figuriren habe.

Man könnte übrigens vielleicht die Frage der Unterschriften und die bezügliche Meinung der Experten einer nochmaligen Controlle unterwerfen. Mit Bericht 70 B^b) vom 18. September wurden die letzten Protokolle des Slovenski Jug und mit Bericht Nr. 74 H^b) vom 16. October deren Photographien unterbreitet.

Falls unsere Experten finden, dass auch auf diesem reproducirten Protokolle mehrere Unterschriften von einer Hand zu sein scheinen, wäre es interessant zu wissen, ob unter diese gleichartigen Unterschriften, der Ansicht der Experten nach, auch jene des mitunterschiedenen Stefanović gehört? Weiters ob dieselbe Handschrift das Protokoll geschrieben habe? Die Protokolle sind alle von Stefanović geschrieben und, bei den hiesigen Verhältnissen, betrachte ich es als ziemlich ausgeschlossen, dass er es gewagt hätte, zur Fälschung der Unterschriften jemanden anderen zu benützen.

Zur Beleuchtung der sehr charakteristischen Schrift des Stefanović lege ich zwei Beilagen bei, die identisch sind mit den eben erwähnten Protokollen der letzten Sitzung des Slovenski Jug (Bericht 70 B). Stefanović traute sich damals nicht das Original auf 1—2 Tage aus dem Clube wegzunehmen und uns zu übergeben, brachte daher die beiliegende eigenhändige Abschrift, auf welcher natürlich auch die Unterschriften von seiner Hand sind. Erst nach zwei Wochen konnte er uns das Original übermitteln, welches dann photographirt (Bericht Nr. 74 H)^b) wurde. Finanziellen Vortheil hatte er aus der früheren Einreichung der beiliegenden Copie keinen. Ein Fälscher hätte uns doch gleich das — ja auch von ihm geschriebene — Original gebracht und doch nicht sich die Mühe genommen, die zwei Beilagen zu liefern, davon sich natürlich genau gleiche Abschriften zu behalten, um dann als dritte Arbeit erst das Original zu construiren!

Um noch einmal auf die Unterschriften zu kommen, will ich bemerken, dass unsere Bemühungen die von Euerer Excellenz durch General-Consul Oppenheimer gewünschten Unterschriften zu beschaffen, natürlich noch fortgesetzt werden. Ich hoffe in einigen Tagen einen Erfolg einberichten zu können. Vielleicht sollten Euer Excellenz die Mühe nicht scheuen, auf den vielen eingelieferten Photographien die beinahe immer darauf befindlichen Unterschriften des B. Marković mit der Lupe anzusehen und zu vergleichen. Sie sind erstaunlich gleichartig; im Falle einer Fälschung also eine überaus genaue und gewissenhafte, wahrlich nicht „serbische“ Arbeit!

Ich habe Euer Excellenz Aufmerksamkeit nun wahrlich zu lange in Anspruch genommen, ohne jedoch auch nur den zehnten Theil jener Argumente niederzulegen, welche in mir die Überzeugung der Authenticität der aus dem Slovenski Jug stammenden Dokumente aufrechterhalten. Es kann sich im Verlaufe des Friedjung-Processes die Nothwendigkeit ergeben, dass das k. u. k. Ministerium des Äußern zu einem Gutachten aufgefordert wird. Der Zweck meines heutigen Briefes ist nun zu begründen, warum ich mit voller Überzeugung und guten Gewissen eine bejahende Abfassung eines solchen Gutachtens empfehlen und vertreten kann. Dagegen halte ich viele uns aus anderen geheimen Quellen zugekommene Dokumente nicht immer für direkte Fälschungen aber für geschickte, bewusste und oft tendentiöse Compilationen.

Ich hege keinen Zweifel, dass Dr. Friedjung freigesprochen wird. Dass Supilo und der „Srbobran“ finanziell und geistig von Belgrad abhingen, pfeifen doch in Belgrad die Spatzen am Dach!! Dazu bedarf es keiner geheimen Dokumente und keiner Schriftexperten. Was hatten die hiesigen Machthaber für eine Angst vor dem Agramer Processe^e) und sie wurden diesbezüglich erst frech, als sie zu ihrem Erstaunen sahen, dass der Staatsanwalt ausser Nastić und dessen Statut keine Beweise für die hochverrätherischen Verbindungen der Coalitionshäupter hatte. Für den Process der Agramer Märtyrer, also für ihre Advokaten, die Abgeordneten der croatisch-serbischen Coalition, wird doch hier öffentlich Geld gesammelt! Der „Trgovinski Glasnik“ weist bereits Beträge von über 50.000 Francs aus.

Supilo, Pribicevics und so weiter hätten wahrscheinlich auch nie gegen Dr. Friedjung processirt; wahrscheinlich wurden sie von den anständigen Elementen, wie dem Ex-Banus Pejacsevich, Nikolić und so weiter gedrängt, da unser berühmter Historiker die ganze Coalition angegriffen hatte, und zwar mit vollem Rechte, da die besseren Elemente von Supilo und Consorten umgangen und getäuscht wurden. In den von mir beschafften Slovenski Jug Schriften spielte übrigens, wie Euer Excellenz wissen, die ganze croatische Angelegenheit nur eine nebensächliche Rolle. Persönlich freue ich mich nicht auf den Friedjung-Process. Das wird wiederum hier einen guten Skandal verursachen! Ich bin wahrlich nicht auf Rosen gebettet! Noch einmal wegen der nothgedrungenen Weitschweifigkeit um Entschuldigung bittend zeichne ich etc.

Forgách.

a) Vgl. n. 1776, 1783, 1795, 2297, 2334. — b) Vgl. n. 98 Anm. b. — c) Der Handelsagent Müller, österr. Staatsangehöriger, wurde am 23. Juni 1909 wegen Spionage im Dienste des k. u. k. Militärattaché Tanczos zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt (Tel. aus Belgrad, 23. Juni 1909 Nr. 210, nicht aufgenommen). Diese Strafe wurde am 6. Oktober 1909 vom Belgrader Kassationshof auf 16 Jahre erhöht (Bericht aus Belgrad, 9. Okt. 1909 Nr. 73 C, nicht aufgenommen). Vgl. n. 1822 Anm. c, 2329 Beilage, 2423 Anm. b, 2429 Anm. b. — d) So! — e) Vgl. n. 1699, 1821 Anm. c.

*Nr. 1770. Bericht aus London, 29. Okt. 1909 Nr. 78 D (eing. 1. Nov.).^{a)}
Ausfert.*

Während des ersten Besuches, den ich nach meiner Rückkehr im Foreign-Office abstattete und über den ich an anderer Stelle berichte, kam Sir Edward Grey plötzlich auf unsere letzte Conversation vor meiner Abreise betreffend Dr. Friedjung zurück (mein Bericht No. 59 D vom 19. August). Der Staatssecretär bemerkte, er habe nicht gehört, dass Dr. Friedjung darauf aufmerksam gemacht worden sei, dass seine Darstellung der vorjährigen Ischler Entrevue, die er trotz des officiellen englischen Dementis aufrecht erhalten hätte, vollständig unrichtig war. („You have not done anything to stop Dr. Friedjung.“) Ich erwiderte dem Staatssecretär, dass diese Darstellungen niemals in der österreichisch-ungarischen Presse erschienen sind und dass es wirklich nicht anginge, den genannten Publicisten stets als einen Vertrauensmann des Ballplatzes zu schildern, wie dies von einem grossen Theile der englischen Blätter geschehe. Sir Edward meinte, dass er das auch nicht behaupten wolle; es sei aber zweifellos, dass Dr. Friedjung Zutritt zu officiellen Quellen in Wien habe, bei denen er sich unschwer davon überzeugen könne, dass seine dem englischen Démenti entgegengesetzte Darstellung unrichtig war. Ich antwortete Sir Edward, dass er selbst wohl nicht wünschen würde, dass jetzt nach so langer Zeit noch einmal diese Angelegenheit durch irgend eine verspätete Richtigstellung vor die Öffentlichkeit gezerzt werde. Der Staatssecretär erklärte, er wünsche gewiss nicht eine neue Diskussion darüber zu eröffnen, doch hätte er gerne von uns gehört, dass Dr. Friedjung von massgebender Stelle auf die Unrichtigkeit seiner Darstellung aufmerksam gemacht worden sei. Ich erlaube mir, Euer Excellenz Vorstehendes zu melden, weil dies ein Punkt ist, über den Sir Edward ziemlich empfindlich zu sein scheint, wohl namentlich deshalb,

weil Dr. Friedjung seine falsche Darstellung der vorjährigen Ischler Entrevue in der Vossischen Zeitung ausdrücklich einem englischen Regierungs-Communiqué gegenüber aufrecht erhalten hat. Diese Empfindlichkeit Sir Edward Greys dürfte wohl behoben werden, wenn ich ermächtigt werden könnte, ihm gelegentlich mitzutheilen, dass, so wie die damaligen Ausführungen der Vossischen Zeitung in Wien als unrichtig bezeichnet und deren Reproduction in unserer Presse verhindert wurde, auch Dr. Friedjung selbst — entweder gleichzeitig oder seither — ein ähnlicher Bescheid gegeben wurde.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 1782, 1800.

Nr. 1771. Tel. des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Rom, 29. Okt. 1909 Nr. 215 (eing. 4 U. 10 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Gestern abends hatte ich eine längere Unterredung mit Herrn Tittoni, in welcher er mir alle in der officiösen Presse gemachten Erklärungen über die Entrevue in Racconigi wiederholte. Der Minister betonte mit Wärme, wie alle von einem Teile der Presse insbesondere von mancher reichsdeutschen lanzierten Gerüchte über das Ende des Dreibundes oder von einer uns feindlichen Tendenz der Monarchenzusammenkunft sinnlos und vollständig aus der Luft gegriffen seien. Seine Besprechungen mit Herrn Iswolsky hätten grösstenteils die Balkanfragen zum Gegenstande gehabt und kulminierten in dem beiderseitigen Bestreben der Aufrechterhaltung des status quo. Schriftliche Abmachungen seien in Racconigi nicht unterfertigt worden. Im Laufe der Besprechung sprach Herr Tittoni von seinem Plane eines „accord à trois“ zwischen uns, Russland und Italien bezüglich der Balkanfragen. Es handle sich, wie der Herr Minister meinte, nur darum, für das im Prinzip ohnedem bestehende Einverständnis, dass keine der genannten drei Mächte auf dem Balkan territoriale Gelüste hege, die richtige Form zu finden. Ein derartiges Abkommen würde von ganz Europa dankbarst begrüsst werden und beseitige jede Kriegsgefahr auf lange Zeit. Tittoni weiss, dass solange Iswolsky Minister der auswärtigen Angelegenheiten sei, an den Abschluss eines derartigen Accords schwerlich geschritten werden könne. Dennoch will er seinen Plan nächstens schriftlich niederlegen und Herzog von Avarna mitteilen, da er Wert darauf legt, dass Euer Excellenz schon jetzt in denselben eingeweiht seien. Herr Iswolsky soll in Racconigi mehrmals erwähnt haben, dass er amtsmüde sei. Herr Tittoni glaubt, dass er im Falle seines Abganges den hiesigen Botschafterposten erhalten würde. Am Schlusse des Gespräches drückte Herr Tittoni seine Befriedigung über die Haltung unserer Presse aus, worauf ich mit der Versicherung antwortete, dass bei uns kein massgebender Faktor über die Entrevue in Racconigi beunruhigt gewesen sei. Wenn es Iswolsky für notwendig gehalten habe, seine kleinliche Rache darin auszudrücken, dass er seinen kaiserlichen Herrn einen anstrengenden Umweg machen liess, so fiel wahrlich niemandem ein, Italien hiefür verantwortlich zu machen.

Somssich.

a) Vgl. n. 1768, 1774.

Nr. 1772. Privatschreiben an den deutschen Botschafter, 30. Okt. 1909. Konz. (S. u. G. Gagern).

Streng vertraulich. Euer Excellenz beehre ich mich dem geäußerten Wunsche entsprechend beifolgend ein Résumé der Unterredung^{a)} zur Verfügung zu stellen, welche ich mit dem Herzoge von Avarna im Anschlusse an dessen die Monarchenbegegnung in Racconigi betreffende Mittheilung hatte.

a) Vgl. n. 1768, 1779.

Nr. 1773. Erlaß nach London, 30. Okt. 1909 Nr. 3339.a) Konz. (S. Maschinschrift; V. Musulin, Pogatscher, Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Die Rückkehr Euer Exzellenz auf Ihren Posten nach mehrwöchentlicher Abwesenheit gibt mir den Anlaß, mich im nachfolgenden über einige politische Fragen auszusprechen, die für unser Verhältnis zu England in erster Linie in Betracht kommen. Meine Ausführungen werden Euer Exzellenz in die Lage versetzen, in genauer Kenntnis meiner Auffassung, Ihrer politischen Tätigkeit die der gegenwärtigen Situation angepaßte Richtung zu geben; Euer Exzellenz werden gewiß Gelegenheit finden, bei Ihren gelegentlichen Unterredungen mit den englischen Staatsmännern, eventuell mit Seiner Majestät dem Könige, Ihren politischen Äußerungen eine meinen Anschauungen entsprechende Färbung zu geben.

Was vor allem den gegenwärtigen Charakter unserer politischen Beziehungen zu England im allgemeinen anbelangt, so kann ich erfreulicherweise konstatieren, daß in denselben nach der Krise des heurigen Frühjahres eine unverkennbare Détente eingetreten ist; ich will nicht ergründen, was diese Détente verursacht hat, ob die Erkenntnis, daß man fausse route gemacht hat oder einfach der Umstand, daß die Annexionsangelegenheit durch andere dringende politische Sorgen in den Hintergrund gedrängt wurde und begrüße jedenfalls mit Vergnügen die Tatsache, daß die Atmosphäre für die Wiederherstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu dem englischen Kabinette wesentlich günstiger geworden ist. Ich meinerseits bin gerne bereit, jede Empfindlichkeit beiseite zu stellen und ohne irgend ein ressentiment die Hand zu einer aufrichtigen Versöhnung zu bieten, vorausgesetzt natürlich, daß in Hinkunft auch die Haltung der englischen Staatsmänner den Wunsch erkennen lasse, die alte Freundschaft wieder aufzunehmen und unseren Interessen tatsächlich Rechnung zu tragen. Ich werde am Schlusse dieser Ausführungen auf diesen Punkt noch zurückkommen.

Von den aktuellen politischen Fragen sind es besonders drei, die in unseren Beziehungen zu England eine Rolle spielen: die türkische, die kretensische und die serbische.

Bekanntlich hat sich vor den Konstantinopeler Juli-Ereignissen des Vorjahres die Politik, die wir am Balkan verfolgten, von jener des englischen Kabinetts hauptsächlich durch die Methode unterschieden, mit der das sowohl hier wie in London angestrebte Ziel einer Besserung der administrativen Verhältnisse in der Türkei erreicht werden sollte, indem wir die nötigen Reformen immer nur mit dem Sultan und der Pforte einführen wollten.

Seither ist mit der Erstarkung des jungtürkischen parlamentarischen Regimes das Ende der internationalen Reformpolitik gekommen und die Mächte — nicht zuletzt die englische Regierung — haben sich in richtiger Erkenntnis der neuen Sachlage entschlossen, der konstitutionellen Türkei politischen Kredit zu gewähren und ihr Zeit zur inneren Konsolidierung zu lassen.

Das Wiener Kabinett hat sich aus vollster Überzeugung diese Politik der Nichtintervention seit dem Beginne der Umwälzungen im türkischen Staatsleben zu eigen gemacht und derselben unter anderem durch die Aufgabe der der österreichisch-ungarischen Monarchie im Berliner Verträge vorbehaltenen Rechte auf den Sandjak prägnanten Ausdruck verliehen.

An dem Prinzipie der Nichtintervention gedenken wir auch fernerhin festzuhalten. In diesem Sinne habe ich Euer Exzellenz auch im August l. J.^{b)} eingeladen, Sir E. Grey, der Sie davon verständigt hatte, daß er der Türkei den Rat erteilt habe, die Differenzen mit Griechenland, soweit diese Mazedonien betreffen, den sechs Signatarmächten vorzulegen, mitzuteilen, daß ich zwar den europäischen Charakter der mazedonischen Angelegenheiten nicht leugnen wolle, daß ich es aber nicht für opportun hielte, dieselben in einem Momente, wo die Intervention der Mächte in Mazedonien eben zum Abschlusse gelange, ohne zwingenden Grund neuerdings auf die Tagesordnung zu stellen.

Ich glaube annehmen zu können, daß die englische Politik, die ja von sympathischem Wohlwollen für die verjüngte Türkei erfüllt ist, inzwischen die Überzeugung gewonnen haben wird, daß eine nach einer so kurzen Pause wieder einsetzende Ingerenz der Mächte der ruhigen und bis zur Stunde nicht unbefriedigenden Entwicklung der Dinge am Balkan keineswegs förderlich zu sein vermöchte.

In engem Zusammenhange mit unserer Anschauung von der am Balkan zu befolgenden Politik steht unsere Auffassung von der Behandlung der aktuellen Phase des kretensischen Problems.^{c)}

Wie es Euer Exzellenz bekannt ist, haben wir in dieser Frage, an der wir infolge unseres seinerzeitigen Ausscheidens aus dem Kreise der Schutz-mächte nur mehr in zweiter Linie interessiert sind, eine völlig reservierte und beobachtende Haltung eingenommen und die verschiedenen Versuche, uns zur Aufgabe unserer Passivität zu bewegen, mit dem Hinweise auf unseren prinzipiellen Standpunkt beantwortet. Nach unserer Ansicht sind die Schwierigkeiten der Situation in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Mächte sich in der Annexionskrise auf die Seite der Türkei stellten und infolgedessen eine Regelung der Kretafrage in griechischem Sinne, die damals viel leichter möglich gewesen wäre, nicht zulassen konnten. Trotz dieser Erkenntnis wünschen wir aber den Bemühungen der Mächte, aus dem bestehenden Dilemma einen Ausweg zu finden, der die Türkei befriedigt, ohne Griechenland zu exasperieren, den besten Erfolg, wenn wir auch, wie gesagt, nicht in der Lage sind, uns an diesen Bemühungen aktiv zu beteiligen.

Daß wir übrigens dabei doch der Pflichten eingedenk bleiben, die uns als Großmacht im Interesse der Erhaltung des Friedens obliegen, zeigen die wiederholten Démarchen, die wir sowohl in Konstantinopel als in Athen

unternommen haben, um eine Zuspitzung der Gegensätze und den Ausbruch eines offenen Konfliktes zwischen Griechenland und der Türkei zu verhindern.

Es erübrigt mir noch, von Serbien zu sprechen. Unsere Beziehungen zu dem Königreiche sind äußerlich wieder normale geworden, wie schon aus dem Umstande erhellt, daß mir Herr Milovanović kürzlich zwei Besuche^{d)} abgestattet hat, während deren wir verschiedene zwischen der Monarchie und Serbien pendente Fragen erörterten. Es wäre aber verfehlt, aus dieser äußerlichen Korrektheit auf die Stimmung in Serbien und die Mentalität der serbischen Staatsmänner selbst schließen zu wollen.

Wie aus allen uns vorliegenden Meldungen aus Belgrad erhellt, ist dort die Bewegung, die man während der Annexionskampagne mit allen Mitteln anzufachen bestrebt war, noch immer nicht zur Ruhe gekommen und die öffentliche Meinung wird noch immer von Mißtrauen und Animosität gegen Österreich-Ungarn und dem Gedanken beherrscht, daß der Prozeß, der zur Angliederung Bosniens und der Herzegowina an die Monarchie geführt hat, heute oder morgen bei einer sich darbietenden günstigen Gelegenheit revidiert werden könnte; offenbar als Vorbereitung für eine solche künftige Gelegenheit dienen auch die noch immer weiter betriebenen serbischen Rüstungen, für deren Vervollkommnung ja auch, wie dies ganz offen zugestanden wird, ein Teil des Erlöses der abzuschließenden serbischen Anleihe bestimmt ist. Neben Bosnien und der Herzegowina spielen aber auch Expansionsgedanken nach dem Sandjak hin, wo Serbien für den „Verlust Bosniens und der Herzegowina“ entschädigt werden soll, eine Rolle in dem politischen Traumleben Serbiens; Herr Milovanović hat diese Pläne sogar mir gegenüber erwähnt, indem er von der früheren oder späteren Notwendigkeit einer Gebietserwerbung Serbiens im Sandjak sprach und von mir diesbezügliche Zusicherungen wünschte, die ich natürlich mit dem Hinweise darauf ablehnte, daß wir und alle Mächte dem neuen Régime in der Türkei sympathisch gegenüberstehen und die Erhaltung des status quo wünschen. Eine ähnliche Sprache soll, wie ich höre, Herr Milovanović auch in Berlin geführt haben.^{e)}

Unter diesen Umständen kann die Situation in Serbien auch heute noch nicht als zufriedenstellend betrachtet werden und es bleibt in Belgrad noch immer ein starker Keim der Unruhe zurück, der für die friedliche Entwicklung der Dinge am Balkan von dem übelsten Einflusse sein kann.

Da wir — wie ich bereits gelegentlich des Abschlusses der Annexionskrise zu erklären in der Lage war — niemals aggressive Absichten gegen Serbien gehegt haben und weder gegen dessen territoriale Integrität noch gegen dessen Unabhängigkeit irgendwelche bösen Absichten nähren, kann eine innerliche Besserung der Verhältnisse zwischen der Monarchie und Serbien, eine Besserung, die eine definitive Beruhigung für die Zukunft verspräche, nur von Serbien selbst ausgehen.

Hier liegt nun der Moment, wo — wie ich am Eingange dieser Ausführungen erwähnte — die englischen Staatsmänner den Beweis dafür erbringen könnten, daß es ihnen wirklich darum zu tun ist, die früheren

herzlichen und vertrauensvollen Beziehungen mit der österreichisch-ungarischen Monarchie wieder aufzunehmen. England hat in Serbien keine direkten eigenen Interessen zu vertreten. Es kann daher seine Stimme in Belgrad ebenso frei von beengenden Konsiderationen vernehmen lassen, wie es eben deshalb sicher ist, gehört und befolgt zu werden.

Wenn die englischen Staatsmänner, die ja, wie ich glaube, von unseren absolut friedlichen und wohlwollenden Absichten Serbien gegenüber überzeugt sind, in Belgrad eine dieser Überzeugung konforme Sprache halten lassen und vor törichten Zukunftssillusionen warnen, werden sie nicht nur Serbien selbst, sondern der Sache des Friedens einen Dienst erweisen und die Konsolidierung der Verhältnisse am Balkan wesentlich fördern; wir aber werden daraus erkennen, daß das Kabinett von St. James der Monarchie gegenüber zu den Traditionen aufrichtiger Freundschaft zurückgekehrt ist und dann unser eigenes politisches Verhältnis zu England auf freundschaftlicher Grundlage entsprechend einrichten können.

Um jedes Mißverständnis auszuschließen, bemerke ich ausdrücklich, daß ich nicht im Auge habe, Euer Exzellenz mit irgendwelchen Démarchen bei der englischen Regierung zu dem Zwecke zu betrauen, um dieselbe zu einer entsprechenden Einwirkung auf Serbien zu veranlassen; Euer Exzellenz können aber mit aller Deutlichkeit erkennen lassen, daß wir die Haltung Englands Serbien gegenüber in Zukunft genau beobachten würden und daß diese Haltung für uns den Prüfstein für die wahren Intentionen des englischen Kabinettes abgeben werde. Was den vorliegenden Erlaß im ganzen anbelangt, so wissen Euer Exzellenz aus den einleitenden Bemerkungen, daß er nur dazu bestimmt ist, Euer Exzellenz allgemeine Direktiven zu geben, von denen sich Hochdieselben bei Ihren gelegentlichen Unterredungen mit den maßgebenden Personen leiten lassen wollen.

^{a)} Vgl. n. 1780, 1786, 1799, 1842. — ^{b)} Vgl. n. 1725. — ^{c)} Vgl. n. 1750. — ^{d)} Vgl. n. 1727. — ^{e)} Vgl. n. 1763.

Nr. 1774. Tel. des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Rom, 31. Okt. 1909 Nr. 216 (eing. 1. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Deutscher Botschafter erzählte mir, dass Herr Tittoni ihm die mir gegenüber gemachten Erklärungen über die Entrevue in Racconigi wörtlich wiederholt hat. Er sei mit Herrn Iswolsky übereingekommen, dass Italien sowie Russland nichts wie die Aufrechterhaltung des status quo am Balkan und die selbständige Entwicklung der Staaten anstreben. Ein schriftlicher Accord sei nicht unterfertigt worden. Streng vertraulich. Herr Tittoni hat Herrn von Jagow auf das Bündigste versichert, dass er die zwischen Wien und Rom schwebenden Verhandlungen Iswolsky mit keinem Worte erwähnt habe. Deutscher Botschafter hat aus seiner Unterredung den Eindruck gewonnen, dass von Seite des Herrn Iswolsky der Versuch gemacht worden sei, Herrn Tittoni uns feindlich zu stimmen, dass derselbe aber an letzterem erfolglos abgeprallt sei und ihn den russischen Intriguen gegenüber ziemlich misstrauisch gestimmt hat.

Somssich.

^{a)} Vgl. n. 1771, 1775, 1777.

Nr. 1775. Bericht des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Rom, 31. Okt. 1909 Nr. 66 A (eing. 2. Nov.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Herr Giolitti soll sich nach dem „Popolo Romano“ in schmeichelhaften Belobungen über die Vernünftigkeit des italienischen Volkes ergangen haben, welches sich, trotzdem der sozialistischen Agitation vollkommen freier Lauf gelassen war, von jeglicher Demonstration anlässlich des Czarenbesuches enthielt. Das italienische Volk verdient das Compliment nicht. Erstens, weil die sozialistische Agitation mit allen der Regierung zu Gebote stehenden Mitteln, mit energischen Massnahmen und Drohungen, nach Möglichkeit unterdrückt worden ist. Als ein Beispiel, wie ernst es die Regierung hiemit meinte, wird ein Wort eben des Herrn Giolitti zitiert, welcher den Präfecten von Cuneo (in dessen Competenz Racconigi fällt) mit der Warnung apostrophirte „mi raccomando!“ auf deutsch „Passen Sie auf“ und weiter fortfahrend „wenn ich einen einzigen Pfiff höre, so jage ich zuerst Sie mit Ihrem gesammten Personal zum Teufel und dann demissionire ich mit dem ganzen Ministerium!“ Der arme Präfect soll auch während der Dauer des Czarenbesuches aus dem Knieeschlottern nicht herausgekommen sein, trotzdem es in ganz Racconigi nachweislich nur 7 Sozialisten gibt, und diese natürlich während der ganzen Zeit wohlverwahrt hinter Schloss und Riegel sassen. Wenn es aber auch in anderen Theilen des Landes zu keinen ernst zu nehmenden Kundgebungen kam, so liegt der Grund theilweise darin, dass das Proletariat im kurz vorhergegangenen mehrtätigen Ferrer-Strike einen zu grossen Verdienstentgang zu erleiden und alle Lust verloren hatte, für ein politisches Ideal ein abermaliges finanzielles Opfer zu bringen, zum weitaus grösstem Theile aber darin, dass im Volke die Überzeugung Platz gegriffen hat, dass dem Czarenbesuche eine gegen uns gerichtete feindselige Spitze innewohne. Mehr als alle Massnahmen der Regierung hat diese durch einen grossen Theil der Presse genährte Suggestion gewirkt und als man insbesondere durch das Bekanntwerden des merkwürdigen Itinéraires der Czarenreise keinen Zweifel mehr darüber haben konnte, dass der Besuch, wenigstens von russischer Seite, tatsächlich als eine Demonstration gegen uns gedacht war, so beeilte sich auch das italienische Volk an dieser Demonstration durch sein correctes Verhalten vis-à-vis dem Kaiserlichen Gaste mitzuwirken. Der „despotische Blutsauger“, auf welchem noch gestern der ganze Hass der italienischen Nation lastete, ist plötzlich ein wertgeschätzter Freund, ja beinahe eine populäre Figur geworden, nur darum weil er uns feindlich gesinnt ist: der Hass gegen uns ist stärker als jener gegen den Czaren. Dieses ist das momentan am Meisten in die Augen tretende Ergebnis der Entrevue von Racconigi. Es ist als Symptom nicht zu unterschätzen, doch möchte ich auf der anderen Seite auch meinen, dass demselben durchaus nicht die übermässige Bedeutung beizumessen ist, als wie dies in einem Theile unserer und insbesondere der reichsdeutschen Presse geschieht. Dass die Sympathieen des italienischen Volkes für uns, welche ja nie grosse waren, seit der Annexion noch geringere geworden sind, ist einmal ein gegebener Faktor, mit welchem gerechnet werden muss. Aber gerade die Zeit nach der Annexion, der Ausgang unseres Conflictes mit Serbien hat eben dasselbe italienische Volk

darüber genügend aufgeklärt, wie wünschenswert und notwendig es für Italien ist, mit dem mächtigen Nachbarn auf gutem Fusse zu stehen. Darum ist es, nach meinem Dafürhalten, nicht nur verfrüht, sondern überhaupt unsinnig, von einem nahen Ende des Dreibundes zu reden, welcher über Italiens Initiative gewiss nicht so bald in die Brüche gehen wird. Auch wenn wir nicht im Besitze sehr kategorischer offizieller Erklärungen wären, so ist kein Zweifel darüber möglich, dass ein Wandel in der politischen Orientierung Italiens nicht nur nicht in der Absicht der massgebenden Faktoren gelegen ist, aber auch beim Volke selbst, welches uns hasst und fürchtet, welches sich aber im Dreibunde sicher und bequem fühlt, auf lebhaften Widerstand stossen würde.

Somssich.

a) Vgl. n. 1774.

Nr. 1776. Privatschreiben aus Belgrad an Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 1. Nov. 1909.^{a)} *Eigh. Ausfert.*

Geheim. Ein Nachhang zu meinem letzten so langen und langweiligen Briefe! Aber diesmal möglichst kurz und dokumentarisch! Unter den von General-Consul Oppenheimer gewünschten Unterschriften befand sich zwar nicht die des bekannten Professors Mile Pavlović. Aber er figurirt in letzter Zeit unter allen Protokollen, daher beschaffte ich seine Unterschrift auf dem beiliegenden aus dem Semestralzeugnisse eines Gymnasialschülers gerissenen Zettel. Ich bitte nun diese Unterschrift mit der Lupe mit jener Unterschrift des Pavlović zu vergleichen, welche auf der beiliegenden Protokollsphotographie ersichtlich ist. Die Gleichartigkeit ist kaum zweifelhaft; die außerordentlich charakteristische Unterschrift Pavlović's wäre auch sehr schwer nachzuahmen. Natürlich ist sie am Protokolle sorgfältiger, am Semestralwische gefetzter. Weiters eine Unterschrift des Božo Marković. Zur Controlle liess ich dieselbe durch unseren Slovenski Jug Confidenten beschaffen. Er brachte das beiliegende, nach landesüblicher Art den Empfang eines Briefes bestätigende Couvert. Diese Unterschrift ist nun abermals durch die Lupe zu vergleichen mit jener am Protokolle und mit jener auf dem (nicht durch den Confidenten beschafften) Index; Photographien liegen bei. Wenn Confident Stefanović selbst oder durch Complicen die Unterschriften auf den Protokollen fälschen würde, hätte er wohl den Braten gerochen und mir eine Unterschrift gebracht, welche als neuerliche Fälschung den Protokoll-Unterschriften ähnlich wäre. Nun ist die Unterschrift am Couvert eine ebenso eilige und gefetzte wie die zweifellos authentische am Index und hat ganz denselben Zug. Nur das „B“ des Taufnamens ist am Couvert sorgfältig geschrieben und ganz verschieden vom „B“ des Indexes und ganz gleich jenem auf den stets sorgfältig geschriebenen Protocolsunterschriften. Es liegt also der Schluss nahe, dass bei B. Marković, wie bei vielen Menschen, die Unterschrift variirt, im Laufe der Jahre sich stark verändert, und schnell hingeschleudert ganz andere Schriftzüge zeigt, als wenn sorgfältig und gleichmässig unter ein Protokoll gesetzt. Hoffentlich entschuldigen Euer Excellenz diese neuerlichen langweiligen Ausführungen. Die beiliegenden Photos bitte ich gütigst mir retourniren zu wollen, da

deren besser ausgeführte Dupla ohnehin von mir in Berichten oder Briefen schon vorgelegt wurden. Ich legte sie nur zur Erläuterung bei. Forgách.

a) Vgl. n. 1769, 1781, 1783.

Nr. 1777. Tel. des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Rom, 1. Nov. 1909 Nr. 217 (eing. 9 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Herr von Jagow hat mich um strenge Geheimhaltung der mit meinem Telegramm No. 216 von gestern gemeldeten Informationen gebeten und mich insbesondere ersucht, ihn in keinem Falle zu nennen. Ich darf Euer Excellenz ergebenst bitten, diesem Wunsche des deutschen Botschafters Rechnung tragen zu wollen. Somssich.

a) Vgl. n. 1779, 1784.

Nr. 1778. Erlaß an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 2. Nov. 1909 Nr. 3373.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Mit Ihrem Telegramme vom 22. I. M., No. 253 haben mich Euer Hochwohlgeboren über den Verlauf der Unterredungen informiert, die Herr Milovanović mit Baron Schoen und mit dem Herrn Reichskanzler anlässlich seines Aufenthaltes in Berlin gehabt hat. Wie Euer Hochwohlgeboren meldeten, hat der serbische Minister des Äußern in seinem Gespräche mit dem Herrn Staatssecretär auf Compensationen angespielt, die früher angeblich unsererseits für den Fall von Umwälzungen in der Türkei Serbien in Aussicht gestellt worden seien. Diesen Anspielungen Herrn Milovanović gegenüber halte ich es für nothwendig, Nachstehendes festzustellen. In dem im Jahre 1881 zwischen der k. u. k. Monarchie und Serbien abgeschlossenen geheimen Verträge^{b)} war allerdings unter anderem auch die Eventualität einer Ausdehnung dieses Balkanstaates in der Richtung des Wardar mit Ausschluß des Sandžaks von Novibazar ins Auge gefaßt. Da jedoch dieser Vertrag im Jahre 1895 nicht wieder erneuert wurde, sind die in ihm stipulirten Bestimmungen außer Kraft gesetzt. Seither sind, wie ich hiemit constatire, von unserer Seite den serbischen Staatsmännern in keiner Weise Compensationen für den Fall einer Veränderung des status quo am Balkan in Aussicht gestellt worden. Zwar hat mich — wie Euer Hochwohlgeboren aus der Ihnen mit dem Erlasse vom 15. v. M., No. 3025, übermittelten Aufzeichnung über meine Unterredung mit dem Herrn serbischen Minister des Äußern ersehen haben — dieser letztere in fast analoger Weise, wie dies Herr Pašić vor zwei Jahren gethan hat, über die Haltung sondirt, die wir eventuellen Velleitaten Serbiens auf den Sandzak gegenüber einzunehmen gedächten. Meine Antwort ist jedoch, ebenso wie dies Herrn Pašić gegenüber der Fall war, eine ablehnende gewesen, wobei ich auf die Consolidirung der Verhältnisse in der Türkei und auf das einmüthige Interesse der Mächte an der Erhaltung des status quo am Balkan hinwies. Euer Hochwohlgeboren wollen bei sich ergebender

Gelegenheit Freiherrn von Schoen im Sinne der vorstehenden Ausführungen vertraulich darüber aufklären, daß die in Rede stehenden Anspielungen Herrn Milovanovic' jeder thatsächlichen Grundlage entbehrten.

a) Vgl. n. 1727, 1780, 1790. — b) Vom 16./28. Juni, Art. VII. Pribram, a. a. O. I 20; Martens, N. R. G. 3. S. X 14.

Nr. 1779. Privatschreiben des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 2. Nov. 1909.^{a)} *Ausfert.*

Im Auswärtigen Amte sprach mir heute der Leiter der politischen Abteilung von der Mitteilung, die Herr Tittoni Eurer Excellenz über seine Verhandlungen mit Herrn Iswolsky in Racconigi hat zukommen lassen, und gab mir auf Grund des hier vorliegenden geheimen Berichtes Herrn von Tschirschky's^{b)} streng vertraulich eine summarische Darstellung des Sachverhaltes. Als ich nachher, anlässlich des Diplomatenempfanges, zum Herrn Staatssecretär eintrat, sprach er mich gleich auf dieses Thema an: „Das ist eine ordentliche Abkühlung!“ rief er in seiner lebhaften Weise aus. „Eine solche Niedertracht von Seite eines Bundesgenossen! Und so etwas muss man ruhig über sich ergehen lassen!“ Ich erwiderte Freiherrn von Schoen, ich hätte eben erst durch Geheim-Rath Zimmermann Kenntnis von der Sache erhalten. Der Herr Staatssecretär gieng im Verlaufe des Gespräches auf den Gegenstand näher ein und meinte, es bestehe seiner Ansicht nach, ein kaum überbrückbarer Gegensatz zwischen dem, was Herr Tittoni mit Eurer Excellenz und dem, was er mit Herrn Iswolsky verhandelt habe. Dies zeige von Neuem, wie wenig Verlass auf die complizierte Politik Herrn Tittoni's sei. Die von Eurer Excellenz eingeleitete Behandlung der Angelegenheit erscheint dem Herrn Staatssecretär sehr zweckmässig. Es sei zu hoffen, so führte er des Weiteren aus, dass es Eurer Excellenz gelingen werde, Herrn Tittoni zu einer klareren Stellungnahme zu veranlassen. Diesbezüglich schliesst sich Freiherr von Schoen dem Gedanken gange Eurer Excellenz vollständig an. Dass Herr Iswolsky die feste Absicht habe im Balkan aktivere Politik zu treiben, bedürfe nun kaum mehr eines Beweises. Freiherr von Schoen warf hiebei die Bemerkung hin, es wäre mit der Zeit vielleicht doch zu erwägen, ob man der Türkei darüber nicht die Augen öffnen sollte. Wie mir der Herr Staatssecretär erzählt, geben die Berichte Herrn von Jagow's bisher nur dessen Eindrücke über die Monarchenbegegnung in Racconigi wieder. Herrn Pansa gegenüber hätte er — der Staatssecretär — der Entrevue mit keinem Worte Erwähnung getan, und auch der Herr italienische Botschafter hätte sich diesbezüglich in Schweigen gehüllt. Ich bin im Auswärtigen Amt wiederholt der Meinung begegnet, der italienische Bundesgenosse müsse von deutscher Seite „kühler behandelt“ werden. Der letzte Vorfall dürfte wol in dieser Hinsicht ausschlaggebend wirken. Hätte, so wird hier argumentirt, der frühere Reichskanzler die ersten „Extratouren“ Italiens nicht so leicht genommen, so wäre dem Bundesgenossen von Anfang an die Lust an Sonderabmachungen bald vergangen. Eine reservirtere Behandlung von hier aus werde ihm schon klarer zum Bewusstsein bringen, welche Vorteile Italien aus dem Drei-

bunde ziehe, dem es doch ganz allein seine Stärkung und sein Aufblühen verdanke. ... *Ansprüche des Mannesmann'schen Syndikates an den Marokkanischen Minen.* ... Flotow.

a) Vgl. n. 1777, 1784. — b) Vgl. n. 1772.

Nr. 1780. Bericht aus London, 2. Nov. 1909 Nr. 79 A (eing. 5. Nov.).^{a)}
Ausfert.

Der serbische Minister des Äussern hat London bereits wieder verlassen und hat sich direct nach Rom begeben. Der rumänische Gesandte, Herr Catargi, der mit hiesigen serbischen Kreisen in enger Fühlung steht — namentlich mit dem Euer Excellenz bekannten ehemaligen Minister und Gesandten Mijatovich — hat mich eben aufgesucht und über den Aufenthalt des Herrn Milovanovich Folgendes mir mitgetheilt. Der Leiter der Auswärtigen Politik Serbiens wäre, nach Herrn Catargis Angaben, unter dem Eindrücke hiergekommen, dass sich eine neue Gruppierung der Mächte bilde, in der Italien an der Seite Englands, Russlands und Frankreichs stünde. Für alle Eventualitäten habe er die Dienste Serbiens dieser Gruppe von Mächten antragen wollen. Als Herr Milovanovich von Sir Edward Grey empfangen wurde, habe er denn auch versucht das Gespräch auf Fragen von hoher Politik und zukünftigen Entwicklungen zu bringen. Der Staatssecretär habe ihm geantwortet mit allgemeinen Zusicherungen von Sympathie, moralischer Unterstützung so lange friedliche Ziele verfolgt werden und im Übrigen darauf verwiesen, dass die weiteren politischen Entwicklungen Fragen der Zukunft seien, die man heute nicht besprechen könne. „Appui moral en tant que la Serbie est pacifique; les questions politiques appartiennent à l'avenir; pour le reste beaucoup d'eau bénite de cour.“ Mit den vorstehenden Worten resumirte Herr Catargi die Äusserungen Sir Edward Greys an Herrn Milovanovich. Letzterer hätte denn auch, als er diess merkte, sofort das Gespräch auf die Donau-Adria Bahn gelenkt und auf dieses Thema das Hauptgewicht gelegt. Der Plan, den Herr Milovanovich vorbrachte und der Euer Excellenz ohne Zweifel wohl bekannt ist, wäre, nach Herrn Catargis Angabe, die Linie von Nisch an einen Grenzpunkt des Sandjak zu führen, dann den Sandjak zu durchkreuzen auf Montenegroinisches Gebiet zu gelangen und die Verbindung mit der italienischen Linie, welche vom Scutari See nach Antivari führt, herzustellen. Auch bezüglich dieses Planes soll die Antwort des Staatssecretärs sich in sympathisch gehaltener Unbestimmtheit bewegt haben. Mit grossem Nachdrucke wiederholte mir Herr Catargi „que c'est l'Italie qui presse avec énergie ce projet de ligne de chemin de fer.“ Ich habe gestern meinen türkischen Collegen zum erstenmale nach meiner Rückkehr gesehen. Derselbe sagte mir, nach seinen Informationen, habe Herr Milovanovich hier hauptsächlich von der Donau-Adria Bahn gesprochen. Ob die vorgeschlagene Route die Bewilligung der türkischen Regierung erhalten werde, schien Tewfik Pascha ziemlich zweifelhaft, da diese Linie jedenfalls keinen türkischen Interessen diene und kein Grund für seine Regierung vorliege, einem Unternehmen ihre Unterstützung zu gewähren, deren Endstation nicht ein türkischer

Hafen wäre. Weder Tewfik Pascha noch Herr Catargi konnten mir darüber Auskunft ertheilen, ob Herr Milovanovich während seines Hierseins an die englische haute finance behufs Anlehen herangetreten ist. Ich habe bereits mit Bericht No. 78 E vom 29. October^{b)} gemeldet, dass Sir Charles Hardinge die Meinung aussprach, Serbien werde schwerlich hier ein Darlehen erlangen. Seither habe ich Lord Revelstoke, den Chef des Hauses Baring begegnet. Derselbe sagte mir, er glaube Herr Milovanovich bemühe sich hier Geld zu erlangen; an ihn selbst und das Haus Baring und, so viel er wisse, an Sir Ernest Cassel sei er aber nicht herangetreten. Schliesslich erlaube ich mir noch zu melden, dass ich indirect und aus dritter Hand gehört habe, Herr Milovanovich habe sich sehr befriedigt über den Empfang ausgesprochen, den er bei Euer Excellenz gefunden sowie über die Unterredung, die er mit Hochdensenben hatte. Diese Nachricht stammt von der italienischen Botschaft. Den Marquis di San Giuliano habe ich nach meiner Rückkehr besucht und sagte er mir, dass er Herrn Milovanovich, den er von Rom aus gut kenne, zu Tisch erwarte. Seither habe ich meinen italienischen Collegen nicht wiedergesehen und konnte ihn nicht abermals aufsuchen, da ich nicht den Eindruck erwecken will, als ob ich ihn über seinen serbischen Freund ausholen möchte.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 1773, 1778, 1790, 1842. — b) Nicht aufgenommen.

Nr. 1781. Privatschreiben Dr. Heinrich Friedjungs an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 2. Nov. 1909.^{a)} *Eigh. Ausfert.*

Seitdem ich die Ehre hatte, mit Euer Excellenz über meinen Process zu sprechen, ist die auch Euer Excellenz wolbekannte ungünstige Änderung der Sachlage eingetreten: die Unterschriften auf den Protokollen des „Slovenski Jug“ sind zweifelhaft geworden, so daß, wenn auch die Untersuchung noch nicht zum Abschlusse gelangt ist, ihre Beweiskraft angefochten werden wird. Das ist, wie ich nicht erst sagen muß, nicht bloß für mich sondern auch für das höhere Interesse der äußeren Politik der Monarchie misslich genug. Ich habe mich zwar einer fast überängstlichen Diskretion über die mir zur Verfügung stehenden Quellen und über meine Gewährsmänner beflissen und darin wird auch weiterhin nicht die geringste Änderung eintreten. Meine Person muss weit zurücktreten, wenn es sich um den Staat und seine politischen oder wirtschaftlichen Ziele handelt. Es ist aber, seitdem Professor Masaryk seine bekannte Rede im Abgeordnetenhause hielt, und seine, freilich oft fragwürdigen Behauptungen aufstellte, allgemeine Annahme, daß mein Artikel in der Neuen Freien Presse vom 25. März auf Dokumenten beruhe, die mir seitens des Ministeriums des Äußern zur Verfügung gestellt wurden. Es ist also nicht zu bezweifeln, daß ein von mir erlittener Misserfolg auch als solcher des Ministeriums des Äußern betrachtet werden wird. Daran wird auch die Haltung nicht allzu viel ändern, die ich unter allen Umständen in meinem Processe durchführen werde: jede Frage über die Natur meiner Quellen wird von mir bestimmt zurückgewiesen, jede Auskunft unbedingt verweigert werden. Um aber die Sache in Ehren durchfechten zu können, wovor ich keineswegs zurück-

scheue, da ich vollkommen bona fide vorgegangen bin, ist für mich klarer Einblick in den Grad der Zuverlässigkeit der von mir durchgesehenen Dokumente notwendig. Das aber kann am besten durch mündliche Aussprache mit einem der Herren von der k. u. k. Gesandtschaft in Belgrad geschehen, welche über die Provenienz der Dokumente Aufschluß geben können. Meine Bitte geht also dahin: Euer Excellenz mögen die Güte haben, Seiner Excellenz dem Herrn Minister des Äußern vorzuschlagen, daß eine der in Belgrad amtierenden Persönlichkeiten, von der eine Auskunft zu erwarten ist, nach Wien zur Berichterstattung berufen werde. Würde es sich nur um mich handeln, so fiele es mir nicht ein, eine solche Bitte zu stellen; wenn ich aber bedenke, daß es sich um Dokumente handelt, welche in einem gewissen Sinne die äußere Politik der Monarchie während der Zeit vom November 1907 bis zum Frühjahr 1909 bestimmten, so ist damit wol auch einem staatlichen Interesse gedient. Diese Erwägung erlaube ich mir Eurer Excellenz zu unterbreiten.

Heinrich Friedjung.

a) Vgl. n. 1776, 1783.

Nr. 1782. Privatschreiben nach London, 3. Nov. 1909 Nr. 3377.a) Konz. (S. Biegeleben; G. Aehrenthal).

Im ersten Octoberheft der „Oesterreichischen Rundschau“ ist ein Aufsatz von Dr. Heinrich Friedjung über die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland erschienen, der in der englischen Presse und namentlich in den „Times“ commentirt worden ist. Es ist kaum nötig, zu bemerken, dass ich dieser Publication fern stehe und dass ich keineswegs alle ihre Aufstellungen zu billigen vermöchte. Ich wünsche bei diesem Anlasse festzustellen, dass, wenn Dr. Friedjung als anerkannter Historiker und Publicist auch bei mir zeitweilig Zutritt hat, seine in die Oeffentlichkeit gelangenden Arbeiten doch nicht den Anspruch erheben dürfen, als von mir inspirirt zu gelten. Bezüglich des vorliegenden concreten Falles hat Dr. Friedjung, wie aus der Anlage ersichtlich, dies selbst öffentlich und ausdrücklich hervorgehoben. Was er hier in einem speciellen Falle constatirt, gilt für alle seine Publicationen, für die ich nicht verantwortlich gemacht werden will — am wenigsten dann, wenn sie meinen Intentionen nicht entsprechen, wie es bei dem in Rede stehenden Artikel der Fall ist. Ich ersuche Euer Exzellenz sich gelegentlich im foreign office in diesem Sinne äussern und daran die nachfolgenden Bemerkungen anschliessen zu wollen. Wenn ich für mich beanspruche, nicht als Inspirator aller in unserer Publicistik erscheinenden und für England unfreundlichen Aeusserungen gelten zu wollen, gestehe ich dasselbe Recht bezüglich ihrer Presse auch der englischen Regierung zu, von der ich annehme, dass sie, sowie ich, die freie Meinungsäusserung zwar hochhält, jede tendenziöse Verhetzung der öffentlichen Meinung aber perhorrescirt. Es muss nun zugegeben werden, dass gewisse Grenzen der Kritik nicht überschritten werden dürfen, wenn die, wie Sir E. Grey kürzlich selbst constatirte, glücklicher Weise wieder hergestellten guten Beziehungen zwischen uns und England nicht Schaden nehmen sollen. Unempfindlich gegen persönliche Angriffe oder Invectiven der

Presse, kann ich doch nicht ruhig zusehen, wenn in systematischer Hetzarbeit immer wieder der Versuch gemacht wird, unser freundschaftliches Verhältnis zu England, auf welches ich den grössten Wert lege, zu vergiften. In dieser Beziehung thut sich, wie Euer Exzellenz wissen, die „Times“ hervor und namentlich ihr hiesiger Correspondent M. Steed lässt in der Abfassung seiner Berichte eine objective Politik gänzlich vermissen. Zur Illustrirung des eben Gesagten brauche ich nur einen seiner Artikel aus der jüngsten Vergangenheit herauszugreifen, der in den „Times“ vom 27. October erschienen ist, und in welchem das persönliche Gebiet in ganz unzulässiger Weise betreten wird. Euer Exzellenz wollen demnach darauf hinwirken, dass der „Times“ ein Wink ertheilt werde, damit sie ihren Berichterstatter veranlasse, seine Sprache zu mässigen, widrigenfalls ich mich zu meinem Bedauern in die Lage versetzt sehen könnte, ihm die Möglichkeit zu benehmen, von unserem Boden aus seine verhetzende Thätigkeit fortzusetzen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1770, 1800.

Nr. 1783. Privatschreiben des Sektionschefs Karl Freiherrn von Macchio nach Belgrad, 5. Nov. 1909 Nr. 3399.^{a)} Konz. (S. Pitner; G. Macchio).

Geheim. Ihre sehr interessanten Schreiben vom 28. v. Mts. und 1. d. Mts. enthielten für uns sehr wertvolle Aufklärungen und danke ich verbindlichst dafür. Weder Seine Excellenz der Herr Minister noch ich haben in die Autentizität der Protokolle des Slovenski Jug Zweifel gesetzt, die Frage liegt aber derzeit anders. Professor Friedjung beabsichtigt bei seinem Prozesse in zusammenhängender Rede alle Entwicklungsphasen des Slovenski Jug zu beleuchten und an der Hand der Protokolle die Verbindung zwischen Supilo und Genossen und dem Slovenski Jug zu beweisen und will zu diesem Zwecke die fotografischen Copien einiger Sitzungsprotokolle sowie der inkriminierendsten Rechnungsabschlüsse dem Gerichtshofe vorlegen. Es wäre dies ein geradezu erdrückendes Beweismaterial. Die Gegenpartei, die davon Kenntnis hat, dass Friedjung Fotografien von Originalstücken besitzt, versucht schon jetzt dafür Stimmung zu machen, dass Friedjung nur Fälschungen besitze, denen er aufgesessen sei und wird im Prozesse alles aufbieten, um die von Friedjung vorgelegten Documente als geschickte Fälschungen hinstellen. Der Gerichtshof wird zweifellos Schriftsachverständige zu Rate ziehen und dürfte deren Gutachten kaum anders ausfallen, als das vom Referat V eingeholte, Euer Hochgeboren bereits bekannte, wodurch Friedjungs Stellung bedeutend geschwächt würde. Bevor nun Seine Excellenz der Minister dem Dr. Friedjung die Erlaubnis gibt, die Fotografien der Originalstücke dem Gerichtshofe vorzulegen, müsste man für die zu erwartenden Einwände der Schriftsachverständigen einwandfreie Widerlegungen besitzen. Die inzwischen eingetroffene Unterschrift des Mile Pavlović ist zweifellos mit jener am Protokoll vom 24. September 1909 identisch; leider kommt dieselbe auf den Protokollen sonst nie vor; die Einwände der Sachverständigen lauten nun folgendermassen: 1.) Die Unterschrift des B. Marković ist auf sämtlichen Slovenski Jug Protokollen von derselben Hand, welche mit jener, die die Unterschrift auf dem vom

Referat V beschafften Privatbriefe zeichnete (von B. Marković an B. Petrović gerichtet) absolut nicht identisch ist. Nun stimmt die Unterschrift des Index mit jener des Privatbriefes, während die von Stefanović auf dem Couvert beschaffte wieder nur mit den Unterschriften der Protokolle stimmt. Es stammen also die gleichartigen Unterschriften aus derselben Quelle, während die 2 aus einwandfreien Quellen stammenden, untereinander identisch sind, von den anderen jedoch differieren. 2.) Die Unterschrift des B. Marković auf dem Rechnungsabschluss pro August 1908 wurde als plumpe Fälschung bezeichnet und gleichzeitig erklärt, dass dieselbe sowie die auf demselben Document befindliche Unterschrift von M. Jovanović von derselben Hand herrühren. Das Gleiche behauptet der Sachverständige von den 2 Unterschriften auf dem Rechnungsabschluss pro September 1908. Es handelt sich nun die übrigen Unterschriften auf den Protokollen zu verifizieren um trotz des zu erwartenden Einwandes der Sachverständigen die Echtheit der Protokolle mit gutem Gewissen behaupten zu können. Ebenso wären die Unterschriften von Spalajković und S. Božović, dem Kassier des Ministeriums des Äussern zur Controlle eines Horvathschen Stückes sehr erwünscht. Dieselben müssten jedoch sicherheitshalber von anderer Seite als von Stefanović beschafft werden. Die Unterschrift Spalajković könnte möglicherweise im Archive der k. u. k. Gesandtschaft gefunden werden. Euer Hochgeboren erwähnen auch einen Originalbrief des Redacteurs des Narod sowie einen gleichen des Redacteurs der Otačbina die Stefanović lieferte, deren Fotografie ebenfalls für uns von Wert wäre. Die Ihrem freundlichen Schreiben vom 1. d. Mts. beigelegenen Copien retourniere ich mit bestem Danke.

a) Vgl. n. 1781, 1795, 1804.

Nr. 1784. Aufzeichnung über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 5. Nov. 1909.^{a)} Konz. auf Abschrift von n. 1768^{b)} (S. Aehrenthal).

Ich habe heute Avarna gesagt, daß ich noch eine Zurkenntnisnahme meiner Bemerkung über Unterredung Tittoni-Iswolsky — siehe zweites Alinea^{c)} — erwarte. Nach meinem Dafürhalten stehe dieser Gedanken-austausch einerseits in Widerspruch mit dem Art. VII — andererseits binde er Italien Russland gegenüber, während zwischen Österreich-Ungarn und Italien diesbezüglich kein derartiges engagement bestünde. Der Gedankengang Tittonis ist offenbar folgender: Durch Depeschenwechsel sichert sich Italien gegen einen russisch-österreichischen Accord hinter seinem Rücken, und, durch die Stipulation über Novibazar, gegen ein Vorrücken der Monarchie in dieser Richtung. Die italienisch-russische Übereinstimmung über das, was nach Zusammenbruch des status quo in der Türkei zu geschehen hätte, soll wohl die Grundlage des von Tittoni stets sehnlichst gewünschten accord à trois — Österreich-Ungarn, Russland und Italien und zwar auf Basis des gegenseitigen désintéressement bilden.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1777, 1779, 1785, 1787, 1817. — ^{b)} Zweites Exemplar der Abschrift von n. 1768 mit den dort in Fußnote 1 und 2 wiedergegebenen Randbemerkungen. — ^{c)} Vgl. n. 1768 von: „En ce qui concerne“ bis „rapport à l’Albanie“.

Nr. 1785. Erlaß nach Paris Nr. 3403, London Nr. 3404, Berlin Nr. 3405, St. Petersburg Nr. 3406, Rom Nr. 3407, Rom-Vatikan Nr. 3408, Konstantinopel Nr. 3409, Madrid Nr. 3410, Washington Nr. 3411, Tokio Nr. 3412, Belgrad Nr. 3413, Bukarest Nr. 3414, Sofia Nr. 3415, Athen Nr. 3416 und Cetinje Nr. 3417, 6. Nov. 1909.^{a)} Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

Nachdem man in Italien sieben Jahre darauf zu warten hatte, hat nunmehr der Gegenbesuch des Kaisers Nicolaus bei König Victor Emanuel in Racconigi stattgefunden. Dieser Entrevue, die wohl in erster Linie als ein Act der Courtoisie aufzufassen ist, haben wir mit voller Ruhe entgegengesehen und wir haben auch jetzt keinen Anlass, uns über deren Ergebnisse — soweit sie uns bekannt geworden sind — irgendwie beunruhigt zu fühlen. Wir wussten, dass Herr Iswolsky, in seinem Bestreben allerwärts die Gegner der Monarchie zu mobilisiren, seit längerem auch daran arbeitete, eine Annäherung zwischen Russland und Italien herbeizuführen, die in ihrer weiteren Entwicklung eine Lockerung des Verhältnisses Italiens zu den centraleuropäischen Mächten zur Folge haben sollte. Er mag umsomehr mit der Hoffnung nach Racconigi gekommen sein, dort einen fruchtbaren Boden für die Verwirklichung seiner Absichten vorzufinden, als in der letzten Zeit auch das officiële Italien einem innigern Anschlusse an Russland offenkundig proclamirte.^{b)} Die Erwartungen Herrn Iswolskys sind indessen nicht ganz in Erfüllung gegangen. Erreicht hat der russische Minister des Äussern eine mehr nach aussen wirkende als innerlich bedeutungsvolle Übereinstimmung in der Frage des nahen Orients und die Belebung der im italienischen Volke im latenten Zustande befindlichen Antipathien und Furcht vor seinem östlichen Nachbar. Über diese Gesinnungen konnten wir uns auch vor Racconigi keiner Täuschung hingeben. Wir glauben aber, dass sich die italienischen Staatsmänner auch künftighin nicht von Gefühlen, sondern von den wohlverstandenen Interessen ihres Landes leiten lassen werden. Zu dieser Beurtheilung der Entrevue berechnen uns die kategorischen Erklärungen des italienischen Ministers des Äussern. Herr Tittoni hat sowohl unserm als dem kaiserlich deutschen Vertreter gegenüber nachdrücklich betont, dass alle von einem Theile der Presse lancirten Gerüchte über das Ende des Dreibundes und über die uns feindliche Tendenz der Monarchenzusammenkunft sinnlos und vollständig aus der Luft gegriffen seien. Die Besprechungen mit Herrn Iswolsky, welche grösstentheils die Balkanfragen zum Gegenstande gehabt haben, führten hernach zu dem Ergebniss, das beiderseits bestehende Bestreben zu constatiren, die Aufrechterhaltung des status quo am Balkan und die selbstständige Entwicklung der dortigen Staaten zu fördern. Schriftliche Abmachungen seien nicht unterfertigt worden. Diese im Einklang mit dem officiellen Communiqué stehenden vertraulichen Eröffnungen des Herrn Tittoni bestärken uns in der Zuversicht, dass die Besprechungen in Racconigi sich in einer Richtung bewegten, die den Bundespflichten Italiens nicht widerstreitet. Es mag sein, dass Herr Iswolsky versucht hat, seine in Björkö, Cherbourg und Portsmouth gesponnenen Intriguen fortzusetzen und nunmehr auch in Italien bestrebt gewesen, gegen unsere Politik Misstrauen

zu erwecken. Ich habe aber Anhaltspunkte dafür, dass dieser Versuch, ebensowenig wie die seinerzeit beim deutschen, französischen und englischen Cabinet vorgebrachten Verdächtigungen, gelungen ist. Herr Iswolsky wird sich, wenn man von der demonstrativ gewählten Reiseroute des Kaiser Nicolaus absieht, mit der Selbsttäuschung begnügen müssen, dass es seiner diplomatischen Kunst gelungen ist, für den, wie er glauben machen möchte, von uns bedrohten status quo auf dem Balkan, welcher im gegenwärtigen Augenblicke für seine Schützlinge Bulgarien, Serbien und Montenegro besonders werthvoll ist, neue Garantien zu gewinnen.

a) Vgl. n. 1784, 1787, 3544. — b) So!

Nr. 1786. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 8. Nov. 1909 Nr. 240 (chiff. 8 U. 15 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Der hiesige türkische Botschafter las mir gestern eine längere Circular-depesche der Pforte an ihre Vertreter bei den Cretamächten vor, in welcher dargelegt wird, dass der jetzige Zustand der cretensischen Angelegenheiten unhaltbar und voller Gefahren sei. Es wird darin auf die letzten Ereignisse in Griechenland und auch auf gewisse Äußerungen des griechischen Kriegsm Ministers in der Kammer hingewiesen, der von den droits imprescriptibles Griechenlands gesprochen habe. Es sei daher dringend geboten, der Insel ein definitives und legales Regime zu geben, welches natürlich nichts Anderes sein könne, als eine Autonomie unter der Souveränität des osmanischen Reiches. Rechid Pascha fügte auftragsgemäß hinzu, die Pforte wisse wohl, dass wir an den cretensischen Angelegenheiten nicht direct interessirt seien und in zweiter Linie stünden, sie wende sich aber doch auch an uns, da wir als Großmacht an der Erhaltung des Friedens interessirt seien und dieses Interesse im verflossenen Sommer durch unsere in Constantinopel und Athen ertheilten Rathschläge kundgethan hätten. Ich bemerkte dem türkischen Botschafter, dass ich seine Mittheilung über den Schritt der Pforte bei den Cretamächten à titre d'information zur Kenntniss nehme. Es sei der Pforte, wie der Herr Botschafter selbst hervorgehoben habe, bekannt, dass wir in den cretensischen Angelegenheiten in 2. Linie stünden und die Regelung dieser Frage zunächst den 4 Mächten obliege. Nachdem die Pforte nunmehr auch bei uns in dieser Sache eine Demarche unternommen habe, so würde ich diese Mittheilung in dem freundschaftlichen Geiste, der unserem Verhältnisse zu derselben entspricht, erwägen und dem Herrn Botschafter eine Antwort zukommen lassen. Ich darf annehmen, dass eine ähnliche Demarche wie hier auch in Berlin unternommen wurde. Da ich auf ein ferneres Zusammengehen auch in dieser Frage mit dem deutschen Cabinet den größten Werth lege, so wollen Euer Exzellenz den Herrn Reichskanzler oder Baron Schoen bitten, die Beschlussfassung der deutschen Regierung bezüglich der der Türkei zu ertheilenden Antwort bis zur Rückkehr des k. u. k. Botschafters, der sich morgen auf seinen Posten begibt, zu verschieben.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1773, 1789, 1814.

*Nr. 1787. Tel. aus Rom, 8. Nov. 1909 Nr. 219 (eing. 9. Nov. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Bei heutiger erster Unterredung berührte Herr Tittoni unseren dem Abschluss nahen Akkord, den er als eine explication de l'article 7 (bezeichnete).^{b)} Viel eingehender sprach er über sein Lieblingsprojekt, den accord à trois zwischen uns, Italien und Russland. Herr Isvolsky habe ihm die bündigste Zusicherung erteilt, Russland ambitioniere keine territorialen Expansionen am Balkan. Den gleichlautenden Erklärungen Euer Excellenz vertraue er (Tittoni) rückhaltlos; für Italien könne er gutstehen, warum sollte daher eine Art protocole de désintéressement à trois nicht mit der Zeit möglich werden. Es wäre dies ein grosser Staatsakt, der den Frieden Europa's auf lange Jahre garantieren würde. Lützwow.

^{a)} Vgl. n. 1784, 1785, 1791, 1794. — ^{b)} Chiffre fehlt.

Nr. 1788. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 8. Nov. 1909 Nr. 194 (eing. 4 U. p. m.).^{a)} Entziff.

In einem gestern abends der Telegrafagentur übergebenen Communiqué des russischen Auswärtigen Amtes, dementiert russisches Kabinett Nachricht der „Fortnightly Review“,^{b)} dass Annexion Bosniens und des Sandschaks durch russisches aide-mémoire vom Juni 1908^{c)} an Österreich-Ungarn angeboten wurde. Russische Regierung habe betont, dass diese Frage eine europäische sei und durch Separatabkommen nicht entschieden werden könne. Szilassy.

^{a)} Vgl. n. 1798, 1936. — ^{b)} Artikel im Novemberheft, unterzeichnet: Vox alterae partis (eingesendet mit Bericht aus London, 2. Nov. 1909 Nr. 79 B). — ^{c)} n. 9.

*Nr. 1789. Tel. nach Berlin, 9. Nov. 1909 Nr. 241 (chiffre. 4 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Franckenstein; V. u. G. Aehrenthal).*

Bezugnehmend auf mein gestriges Telegramm Nr. 240. Angesichts der Démarche, welche die Pforte hier und jedenfalls auch in Berlin betreffs der Cretensischen Angelegenheiten unternommen hat, erschiene es mir im Interesse der weiteren Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen, welche sich erfreulicherweise zwischen den beiden Mächten und der Pforte in letzter Zeit herausgebildet haben, sowie der Stellung der beiden Cabinette in Constantinopel nicht opportun, diese Démarche in ablehnendem Sinne mit der bloßen Wiederholung zu beantworten, daß wir die Regelung der Cretafrage den vier Schutzmächten überlassen müßten. Es erschiene mir vielmehr gerathen, in der Pforte das Gefühl zu wecken, daß sie bis zu einem gewissen Grade bei den beiden Centralmächten auf Unterstützung ihres Standpunktes rechnen könne und daß man sie mit den vier Cretamächten nicht ganz allein lassen wolle. In diesem Sinne hielte ich eine einigermaßen entgegenkommende Haltung gegenüber dem türkischen Desideratum für indicirt. Hiezu stünden uns nach meiner Ansicht zwei Wege offen: Wir könnten nämlich den vier Cretamächten in vertraulicher Weise bekanntgeben, daß wir zwar an dem Standpunkte festhalten, wonach die Regelung

der cretensischen Frage in erster Linie ihre Sache sei, daß wir aber im Interesse der Erhaltung des Friedens und im Hinblick auf die kritischen Verhältnisse in Griechenland nicht umhin können, der Ansicht der Pforte beizupflichten, daß die Einführung eines definitiven, legalen Regimes auf Creta dringend notwendig sei. Hiebei könnten wir die vier Mächte um eine Mittheilung ihrer bezüglichen Intentionen ersuchen und der Pforte eine Information zukommen lassen. Wenn auch bei dieser Modalität unser bisheriger principieller Standpunkt, welcher unserer Stellung in Constantinopel sehr zugute gekommen ist, gewahrt würde, indem wir zwischen den eigentlichen cretensischen Angelegenheiten und dem Interesse der Erhaltung des Friedens unterscheiden, so kann ich mich doch nicht dem Bedenken verschließen, daß die vier Mächte eine solche Mittheilung benützen könnten, um neuerlich zu versuchen, die Cabinete von Wien und Berlin aus ihrer Reserve herauszulocken und sie an den Schwierigkeiten und an dem Odium der Regelung dieser Frage theilnehmen zu lassen. Eine zweite Modalität bestünde darin, einen Schritt bei den vier Cretamächten zu unterlassen, jedoch der Pforte eine Antwort zu erteilen, die ihrem Standpunkte einigermaßen entgegenkommt. Diese Antwort könnte dahin lauten, daß die Etablierung eines definitiven und legalen Regimes auf der Insel selbst, wie die Türkei sie verlangt, Aufgabe der Schutzmächte sei, daß jedoch jede Veränderung in der staatsrechtlichen Stellung der Insel — wie wir dies wiederholt ausdrücklich erklärt hätten — nicht ohne unsere Zustimmung vorgenommen werden könne. Die Türkei möge also darauf rechnen, daß wir vorkommenden Falles für die Aufrechterhaltung ihrer Souveränität eintreten würden, auf welchem Standpunkt ja auch die Schutzmächte laut ihrer Erklärungen stehen. Diese Modalität hätte vielleicht den Vorzug, der Türkei eine gewisse Beruhigung zu geben, ohne daß wir in das cretensische Problem hineingezogen würden. Euer Exzellenz wollen im Sinne des Vorstehenden die in Rede stehende Angelegenheit im Auswärtigen Amte zur Sprache bringen. Indem ich mich jedes positiven Vorschlages noch enthalte, wäre ich der deutschen Regierung für die Bekanntgabe ihrer Auffassung dankbar, um sodann zu einem definitiven Einvernehmen der beiden Cabinete in dieser Frage zu gelangen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1797, 1810.

Nr. 1790. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 9. Nov. 1909 Nr. 44 C (eing. 11. Nov.).^{a)} *Ausfert.*

Streng vertraulich. Gelegentlich des heutigen Diplomatenempfanges habe ich mich des mir mit der hohen Weisung No. 3373^{b)} erteilten Auftrages dem Herrn Staatssecretär gegenüber entledigt. Freiherr von Schoen bat mich Euerer Excellenz seinen verbindlichsten Dank für die gütige Mittheilung zum Ausdruck zu bringen. Er freue sich, — so führte der Herr Staatssecretär des Weiteren aus — dass er Herrn Milovanović, als dieser anlässlich seiner letzten Unterredung mit ihm, auf Kompensationen anspielte, die früher angeblich seitens der österreichisch-ungarischen Regierung für den Fall von Umwälzungen in der Türkei Serbien in Aussicht gestellt worden

seien, den serbischen Minister des Äussern sehr kurz abgefertigt habe. Freiherr von Schoen meinte, obgleich Herr Milovanović zu den besten seines Landes zähle, und man ihn hier schon seit längerer Zeit als einzigen Kandidaten für den Berliner Gesandtenposten in Aussicht genommen habe, sei doch auch er nur mit Vorsicht zu behandeln. Flotow.

a) Vgl. n. 1780. — b) Vom 2. Nov. 1909.

Nr. 1791. Tel. an den Gesandten Eduard Otto in Konstantinopel, 9. Nov. 1909 Nr. 299 (chiff. 7 U. 45 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Der hiesige türkische Botschafter hat gestern zum zweiten Male mir gegenüber die Sprache auf die Entrevue von Racconigi gebracht, die in Constantinopel eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen habe; man sei dort namentlich durch das Schlagwort von „der weiteren Entwicklung der Balkanstaaten“ impressionirt, das in den Entrevues der beiden Minister gefallen sei. Ich habe Reschid Pascha geantwortet, daß meines Wissens nichts darauf hindeute, daß die Entrevue von Racconigi eine für die Türkei unfreundliche oder gar feindselige Tendenz gehabt habe; auch der Wendung von „der weiteren Entwicklung der Balkanstaaten“ könnte ich eine besondere Bedeutung nicht beimessen, obgleich ich zugeben wolle, daß sie mit Rücksicht auf die leicht erregbare öffentliche Meinung in den politischen Centren des Balkans vielleicht besser nicht gebraucht worden wäre; im übrigen könnte ich nur neuerdings wiederholen, was ich bereits des Öfteren zum Ausdruck gebracht hätte, nämlich daß wir die Erhaltung des status quo am Balkan aufrichtig wünschten und daß wir in einer Gesundung und Kräftigung der Türkei, wie wir sie vom jetzigen Régime erhoffen, das sicherste Mittel erblickten, um dieses Ziel zu erreichen. Vorstehendes zu Euer Wohlgebornen Information und Regelung Ihrer Sprache. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1787, 1792.

Nr. 1792. Bericht des Gesandten Eduard Otto aus Konstantinopel, 10. Nov. 1909 Nr. 109 B (eing. 13. Nov.).^{a)} Ausfert.

Es ist merkwürdig, wie der nun seit vollen 3 Jahrzehnten aus Anlass von Reisen der Balkansouveraine oder ihrer Minister und dergleichen periodisch und sozusagen automatisch immer wieder auftauchende Gedanke eines Balkanbundes im engeren oder weiteren Sinne, ungeachtet er schon so oft zu Grabe getragen werden musste, selbst in ernstesten Kreisen stets von Neuem gläubige Seelen findet — gleichviel ob dabei die Spitze gegen uns, die Türkei oder Russland gerichtet erscheint (was ja auch schon der Fall war) — statt von vorneherein unter das alte Eisen mehr weniger abgenützter, auf Beunruhigung und Desorientierung berechneter diplomatischer Kniffe geworfen zu werden, wohin derselbe meiner Auffassung nach gehört. Als ich am letzten Samstag den Minister des Äussern auf der Pforte aufsuchte, meinte er, der jüngste Ausflug des Königs Ferdinand nach Serbien scheine denn doch nicht so einfach zu liegen, wie er selbst ursprünglich angenommen. Auf meine Frage, was er damit sagen wolle, erwiderte

Rifaat Pascha: „Nun Sie sehen doch, was vorgeht — Balkanbundgerüchte, denselben Vorschub leistende Äusserungen massgebender Persönlichkeiten etc. etc.“ Ich konnte meinerseits nicht umhin zu replicieren, dass ich dem Ausfluge König Ferdinands keine so weittragende Bedeutung beimessen möchte und desgleichen auch dem eben jetzt so aufdringlichen Gerede und Geschreibe betreffend obigen Bund, der schon wiederholt auf der Tagesordnung gestanden und immer wieder zurückgestellt worden sei. Am selben Tage sah ich den rumänischen Gesandten, der in das gleiche Horn stiess wie Rifaat Pascha und dabei insbesondere auf die rührige Propaganda hinwies, welche die Balkanbundidee bei den Vertretern der Balkanstaaten seitens des Herrn russischen Botschafters erfahre. Letzterer habe sich in dieser Frage sogar an ihn — Herrn Papiniu gewendet; und ihm einen langen Vortrag gehalten, der keinen Zweifel übrig liess, dass er in dem Wirken für besagte Idee das vornehmste Ziel seiner hiesigen Politik erblicke. Ich antwortete dem Herrn Gesandten in einem ähnlichen Sinne wie Rifaat Pascha. Vorgestern endlich brachte auch der Grossvezir dieses Thema bei mir zur Sprache und zwar ebenfalls mit Zeichen einer gewissen Beunruhigung, wobei er zugleich auf die Möglichkeit eines Connexes der Reise König Ferdinands mit den Tagen von Racconigi ausspielte. Auch Hussein Hilmi Pascha sagte ich das Gleiche wie dem Minister des Äusseren. Ferner glaubte ich allen drei Herren gegenüber betonen zu sollen, dass die von ihnen berührten Vorkommnisse und Gerüchte sowie die daran geknüpften Press- und sonstigen Commentare bei uns meines Wissens mit vollkommenster Ruhe aufgenommen worden seien und beurtheilt würden.

Postscriptum. Eben erhielt ich Euer Excellenz Telegramm No. 299 vom 9. I. M. Otto.

a) Vgl. n. 1762, 1791, 1794, 1799 Anm. b, 1815.

Nr. 1793. Bericht des Gesandten Eduard Otto aus Konstantinopel, 10. Nov. 1909 Nr. 109 H (eing. 13. Nov.). Ausfert.

Streng vertraulich. Nach mir von befreundeter Seite der russischen Botschaft streng vertraulich gemachten Mittheilungen, würde das Verhältnis Herrn Isvolskys zum hiesigen russischen Botschafter ein nichts weniger als gutes sein. Herr Tscharikow hätte nämlich seinerzeit die Abwesenheit seines Ministers von Petersburg benützt, um Seine Majestät den Czaren zu überzeugen, dass unter den geänderten Verhältnissen in der Türkei eine ausgesprochen türkenfreundliche Politik in Constantinopel nothue und dass daher die Abberufung Herrn Zinoviews, von dem ein Verständnis für diese Notwendigkeit sowie die Fähigkeit sich ihr bei seinem Alter anzupassen, nicht erwartet werden könne, unumgänglich sei. Als es sich dann um die Frage der Nachfolge auf dem Constantinopler Posten handelte, habe Herr Tscharikow sich selbst genannt, worauf Seine Majestät eingegangen sei; so dass Herr Isvolksy bei seiner Rückkehr nach Petersburg einem ihm umso unangenehmeren fait accompli gegenüber gestanden wäre, als er für den Fall seines Rücktrittes schon seit langem auf den hiesigen Botschafterposten gerechnet hätte. Nach derselben Quelle würde das prononcirt jung-

türkenfreundliche Auftreten Herrn Tscharikows weit über das Maass dessen hinausgehen, was man in Petersburg wünsche und hätte sich sogar Seine Majestät der Czar unlängst Herrn Zinoviev gegenüber geäussert, Er sehe ein, mit der Abberufung desselben und seinem Ersatz durch Tscharikow einen Fehler begangen zu haben. Bei diesen Confidenzen meines Gewährsmannes mag allerdings bis zu einem gewissen Grade der Umstand mitspielen, dass er auf der Botschaft unter seinem dermaligen Chef nicht mehr jene Rolle spielt wie unter Herrn Zinoviev, ja überhaupt keine, so dass er in voller Unthätigkeit eine anderweitige Verwendung abwarten muss, von der er zu befürchten scheint, dass sie minder günstig ausfallen dürfte, als er unter dem Regime Herrn Zinovievs zu hoffen berechtigt gewesen wäre. Immerhin glaubte ich aber Vorstehendes zu Euer Exzellenz Kenntniss bringen zu sollen.

Otto.

Nr. 1794. Bericht aus Rom, 10. Nov. 1909 Nr. 68 A (eing. 12. Nov.).a)
Ausfert.

Streng vertraulich. Ich kann mir selbstverständlich nicht anmassen, kaum dem Schlafwagen entstiegen, ein irgendwie concludentes Urtheil darüber abzugeben, was sich in Racconigi abgespielt hat. Hervorheben möchte ich, dass Tittoni über die Begegnung mit einer gewissen zwanglosen Offenheit sprach, die selten dem Manne eigen ist, dessen böses Gewissen ihn nöthigt, sorgfältig seine Worte abzuwägen! Er gab mir die bündige Versicherung, er habe den dem Abschlusse nahen Accord mit uns Herrn Iswolsky gegenüber mit keinem Worte erwähnt. Bollati sagte mir lachend: „Je Vous assure, on n'a pas même dansé la fameuse Extratour,“ was ich immerhin nicht ohne Widerrede acceptiren konnte! Auch mein deutscher College, dessen Kenntniss der hiesigen Verhältnisse, gepaart mit einer sehr überlegten und ruhig abwägenden Geistesanlage, ihn zu einem sehr beachtenswerthen Urtheile befähigen, ist der Ansicht, dass Italien keine schwerwiegende infidélité begangen hat, so verlockend auch die Stimme des Versuchers an dasselbe herangetreten sein dürfte. Herr von Jagow glaubt an die Möglichkeit, dass Iswolsky in irgend einer Form den Gedanken einer Rückversicherung gegenüber Österreich-Ungarn in Worte gekleidet haben möge, ist aber überzeugt, dass in diesem Falle Herr Tittoni sich durchaus ablehnend verhalten haben würde. Letzteres entspricht auch durchaus meiner Auffassung. Die Legende eines unsererseits zu befürchtenden Angriffskrieges ist hier nahezu vollständig ausgestorben, überdiess ist seit vergangenem Winter die militärische Impotenz Russlands ein Axiom geworden. Aus den Äusserungen Tittoni's mir gegenüber, habe ich den Eindruck gewonnen, dass er mehr an eine persönliche Rancune Iswolsky's gegen Euere Excellenz als an eine tiefliegende Animosität Russlands gegenüber der k. u. k. Monarchie glaubt. Der beste Beweis dieser Auffassung Tittoni's ist übrigens das seinem Herzen so nahestehende Project eines accord's à trois. Iswolsky scheint wieder seinen Wünschen Ausdruck gegeben zu haben, sobald als möglich den Botschafterposten in Rom einzunehmen. Fürst Dolgoruki ist wieder recht leidend, und konnte seiner Gesundheit wegen auch an einzelnen der in Racconigi abgehaltenen Festlichkeiten nicht

teilnehmen. Kaiser Nikolaus scheint auf Alle, die mit ihm in Berührung kamen, einen äußerst sympathischen, ja gewinnenden Eindruck hervorgebracht zu haben. Bei einzelnen Mitgliedern seiner Suite war in recht prononcirter Weise das Gegentheil der Fall! Lützow.

a) Vgl. n. 1787, 1792, 1806, 1817.

Nr. 1795. Privatschreiben aus Belgrad an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 11. Nov. 1909. a) Eigh. Ausfert.

Geheim. In theilweiser Beantwortung des gütigen Schreibens vom 5. d. Mts. beehre ich mich Euer Excellenz zu melden, dass natürlich an der Beschaffung der gewünschten authentischen Unterschriften weiter gearbeitet wird. Jene Spalajković's ist leider in den Archiven der Gesandtschaft nicht vorhanden. Sehr selten war, wie ich in meinem Schreiben vom 28. October erwähnte, die Unterschrift des Vice-Präsidenten, jetzigen Ministers des Innern, Lj. Jovanović auf den Protokollen zu finden. Secretär Stefanović lamentirte immer, dass derselbe so ungern unterschreibe und ihn auf die Unterschrift warten lasse. Doch ist dieselbe auf einem Protokolle vorhanden, welches samt Photographie am 30. September 1908 sub Nr. 56 B unterbreitet wurde. Ich erlaube mir eine neuerliche Photographie beizulegen und zugleich 2 Klassenlose mit der authentischen Unterschrift. Mir scheint die Identität der Unterschrift bei Prüfung durch die Lupe zweifellos. Falls Stefanović die Unterschrift des Vice-Präsidenten so vorzüglich fälschen kann, so hätte er dies wohl öfters gethan. Baron Pitner wird Euer Excellenz über unsere Gespräche referirt haben. Ich freue mich, dass wir alle über die Authenticität der Protokolle eines Sinnes sind. Die merkwürdigen, unklaren Äußerungen der Schriftexperten müssen aber doch in Betracht gezogen werden, da deren Befragung durch das Gericht nicht ausgeschlossen ist. Überhaupt ist es eine heikle Sache informative, geheime Dokumente zu gerichtlichen Beweisen zu benützen. Das Faktum, dass unser Ministerium des Äussern geheime Dokumente erwirbt und benützt, wird in Serbien und auch anderswo große Stürme in der öffentlichen Meinung hervorrufen; auch die Rückwirkung in Croatien ist noch genau zu überlegen. Ich möchte ausdrücklich ersuchen, diese meine Ansicht Seiner Excellenz dem Herrn Minister unbedingt vorzulegen. Die zweifellose Authenticität der meisten Dokumente ist in gewisser Beziehung nebensächlich. Die ganze Welt wird annehmen und wissen, dass das vertrauenswürdige Ministerium des Äussern eigentlich hinter Dr. Friedjung steht und dass die Gegner das Blaue vom Himmel herunterleugnen, alles als Fälschung deklariren, alle früheren Reisen von Pribičević und Consorten nach Belgrad in Abrede stellen und so weiter werden. Wenn der Process nicht zu umgehen ist, muss er natürlich durchgefochten werden; aber es ist meine Pflicht auf die eventuellen Consequenzen zu verweisen. Dem Detail der — natürlich misstrauischen, theilweise mir thöricht scheinenden — Gutachten der Experten könnte ausgewichen werden, indem nur Übersetzungen und keine oder je weniger Photographien dem Gerichte vorgelegt werden. Forgách.

a) Vgl. n. 98, 487, 1769, 1796, 1804, 1808.

Nr. 1796. Privatschreiben aus Belgrad an Konsul Siegfried Freiherrn von Pitner, 11. Nov. 1909.^{a)} Eigh. Ausfert.

In der Dokumentenangelegenheit habe ich gestern neuerlich an Baron Macchio geschrieben^{b)} und ihm Facsimiles von Lj. Jovanović's Unterschrift gesendet. Über unsere Gespräche habe ich noch reiflich nachgedacht, da mir erst durch dieselben klar wurde, dass der Friedjungsche Prozess, der bisher immer hypothetisch schien und stets verschoben wurde, wirklich stattfinden soll. Ich theile vollkommen Ihre Ansicht, dass der Prozess das Unpolitischste ist, was stattfinden kann. Es wird ein von Serbien und Russland (Iswolsky) geschürter Sturm gegen das Ministerium des Äußern losgehen, welches unter Leitung des Grafen Aehrenthal geheime Dokumente erwirbt, benützt und so weiter. Man sollte sich doch das Bedenkliche der Angelegenheit genau überlegen, bevor man darauf eingeht. Schliesslich ist es doch besser, dass eventuell Dr. Friedjung, der „große Forscher“, in einer doch nicht historischen aber politischen Angelegenheit einen natürlich irgendwie gedeckten, ehrenvollen Rückzug antritt, als dass das Ministerium des Äußern in einen auch innerpolitisch bedenklichen Skandal verwickelt wird! Die Authenticität der Documente und Unterschriften ist ja relativ nebensächlich. Den blödsinnigen Erklärungen der Schriftexperten kann man ausweichen und authentisch sind sie sicher. Aber geheime informative Stücke sind schwer als Beweise am Gerichtstische zu benützen. Ich bitte bei Seiner Excellenz Baron Macchio in meinem Namen zu beantragen (wie ich es ihm schon gestern schrieb), dass die ganze ernste Angelegenheit Seiner Excellenz dem Minister mit Ihren Erläuterungen unverzüglich vorgelegt werde. Belgrad ist so nahe, dass es vielleicht am Besten wäre mich auf 2 Tage (z. B. den 18. und 19ten) nach Wien zu citiren, damit ich meine Bedenken und meine Ansicht Seiner Excellenz dem Minister und Baron Macchio vortragen könne. Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1795, 1804, 1808. — ^{b)} Wohl n. 1975.

Tel. nach Berlin, 11. Nov. 1909 Nr. 242 (chiffr. 6. U. p. m.). Siehe n. 1798.

Nr. 1797. Tel. aus Berlin, 11. Nov. 1909 Nr. 262 (eing. 12. Nov. 9 U. a. m.)^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 241 vom 9. dieses Monats und Baron Flotow gestern beauftragt, Inhalt desselben Staatssekretär zur Kenntnis zu bringen. Baron Schoen hat die Mitteilung mit großem Interesse entgegengenommen und versprochen, Euer Exzellenz Anregung in freundschaftlichste Erwägung zu ziehen. Ich werde noch heute bei dem Hofdiner im Neuen Palais sowie auch in den beiden nächsten Tagen auf der Jagd in Letzlingen Gelegenheit haben, mit dem Reichskanzler zusammenzukommen und die Angelegenheit mit ihm zu besprechen. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1810.

Nr. 1798. Tel. nach Konstantinopel Nr. 301(1), Berlin Nr. 242(2), Paris Nr. 146(3), London Nr. 163(4), Rom Nr. 177(5) und St. Petersburg Nr. 213(6), 11. Nov. 1909 (chiffre 6 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Müller).

1. Die beiden im September-, respective Novemberhefte der „Fortnightly Review“ erschienenen Artikel^{b)} über die Vorgeschichte der Annexion, die in der europäischen Presse und den politischen Kreisen vielfach besprochen werden, dürften zweifelsohne auch in Constantinopel nicht unbemerkt geblieben sein. Nun wird mir in dem ersten dieser beiden Artikel, der offenbar von russischer Seite inspirirt war, in einer allerdings etwas hypothetischen Form unterstellt, daß ich in den fraglichen vertraulichen Pourparlers mit Petersburg für den Fall von Unruhen in der Türkei unseren Vormarsch nach Saloniki und die Entsendung von Kriegsschiffen in den Bosphorus in Aussicht genommen hätte. Diese Angabe ist glattweg erfunden und ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, dies dem Herrn Minister des Äußern in bestimmter Weise zu erklären. Sollte die in Rede stehende Insinuation bereits in die dortige Presse Eingang gefunden haben, so wollen Euer Hochwohlgeboren sich bei dem Herrn Minister dafür verwenden, daß er derselben eine Orientirung im Sinne Ihrer Erklärung zukommen lasse.

2.—6. Ich telegraphiere an Herrn Otto wie folgt: (Inseratur vorstehendes Telegramm in extenso.)

2.—5. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und allfälligen Regelung Ihrer Sprache.

6. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren Information.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1788, 1803, 1809, 1835. — ^{b)} Der erste Artikel, unterzeichnet: Vox et praeterea nihil“ wurde mit Bericht aus London, 3. Sept. 1909 Nr. 63 E, der zweite Artikel, unterzeichnet: „Vox alterae partis“ wurde mit Bericht aus London vom 2. Nov. 1909 Nr. 79 B eingesendet.

Nr. 1799. Privatschreiben aus London, 12. Nov. 1909 Nr. 1 (eing. 15. Nov.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Von Ihren Majestäten abermals für diese Woche zur Geburtstag-Party des Königs nach Sandringham befohlen, hatte ich Montag bei meiner Ankunft daselbst zum erstenmale nach meiner Rückkehr vom Urlaube die Ehre, Seine Majestät zu sehen. Ich entledigte mich sogleich des mir zu Theil gewordenen Allerhöchsten Befehles, dem König die besten Grüsse Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Herrn zu bestellen. Der König nahm sie mit lebhaftestem Danke und Befriedigung auf, war hochofrennt, von mir zu hören, dass Gottlob Seine kaiserliche und königlich Apostolische Majestät sich des besten Aussehens erfreuen und sprach von unserem Aller-Gnädigsten Herrn in den gewohnten Ausdrücken von Verehrung und freundschaftlicher Anhänglichkeit. König Eduard sagte mir auch, dass Er von Seinem Marienbader Aufenthalte sehr befriedigt war und betonte den Austausch freundschaftlicher Messagen zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und Könige und Ihm selbst. Besonders erfreut zeigte Sich der Höchste Herr über die Aufnahme, die Höchstseiner

Ceremonien-Meister Walsh am Aller-Höchsten Hoflager in Ischl gefunden hat. Überhaupt scheint der König sehr zufrieden darüber, dass Er den glücklichen Einfall hatte den gedachten Hofwürdenträger mit Seinen Glückwünschen nach Ischl zu entsenden. Im Laufe dieser Conversation sprach ich in allgemeiner Weise meine Freude darüber aus, dass hoffentlich die Periode der Verstimmungen zwischen den beiderseitigen Regierungen als abgeschlossen betrachtet werden könne, und versuchte, mit Verwerthung der hohen Weisung vom 30. October l. J. No. 3339, auszuführen, dass in Wien die beste Disposition vorhanden sei, die früheren normalen freundschaftlichen Beziehungen wieder aufzunehmen, vorausgesetzt, dass auch englischerseits unseren Interessen Rechnung getragen werde.

Als ich von der Türkei sprach, die bei uns bestehende Hoffnung betonend, dass sich die dortigen Verhältnisse consolidiren würden, stimmte der König zwar diesem Wunsche bei, machte aber einige skeptische Bemerkungen über die Jungtürken, aus denen ich entnehmen konnte, dass Er kein unbedingtes Vertrauen in die Fähigkeiten derselben setzt, das ottomanische Reich in dauernder erfolgreicher Weise zu reorganisiren.

Es gehört zu den Eigenthümlichkeiten des Königs, dass Er in Seinen Unterhaltungen stets mehr Interesse für Persönlichkeiten als für allgemeine Strömungen und politische Situationen bekundet. So sprang Seine Majestät denn auch sehr bald auf den Ausflug König Ferdinands nach Serbien^{b)} über, „Was macht Ferdinand in Serbien? Was sind das wieder für Intriguen? Übrigens wäre es ja im Interesse des Friedens und der allgemeinen Beruhigung vielleicht kein Unglück, wenn die Beiden gut stehen, aber bei Ferdinand weiss man nie, was er bezweckt!“ Der König fügte bei, Er wisse, dass König Ferdinand sich in den letzten Monaten wieder sehr gegen Österreich-Ungarn gestellt hätte. Seine Sprache sei, wie Er gehört hätte, „geradezu impertinent“ gewesen und das Alles „nur weil er nicht das Goldene Vliess erhalten hat.“^{c)} (König Eduard schien über diesen Punkt ganz genau informirt.) Der höchste Herr sprach Sich ziemlich ungnädig über den Bulgaren-Herrscher aus, den Er „als vollständig unverlässlich und im Stande, für einen Orden oder eine Befriedigung Seiner Eitelkeit Alles zu verkaufen“ bezeichnete, ja man müsse manchmal glauben, dass „trotz all seiner Begabung Ferdinand nicht ganz normal sei.“ Ich musste schliesslich den gemeinschaftlichen Vetter beinahe in Schutz nehmen, konnte aber nicht umhin, dem höchsten Herrn in dem Meisten Recht zu geben.

Wie zu erwarten, sprach der König hauptsächlich über die Ereignisse in Griechenland.^{d)} Seine Majestät zeigt eine begreifliche und gerechtfertigte Entrüstung über die deplorablen Zustände in der dortigen Armee und Flotte. Er ist empört über den Undank des Landes dem König Georg gegenüber, der nun nach 46jähriger Regierungszeit so bittere Erfahrungen durchmachen muss. Was wäre — meinte Seine Majestät — aus Griechenland ohne die Dynastie geworden und welcher Zukunft würde es entgegen gehen, wenn das Königshaus das Land ganz verliesse! Seine Majestät beklagte die schwierige Stellung des Kronprinzen, kann demselben aber den Vorwurf nicht ersparen, dass er sie theilweise selbst verschuldet hat dadurch, dass er es nicht verstand, sich beliebt und populär zu machen und die Armee

an sich zu fesseln. Tief entrüstet ist König Eduard — der stets sehr streng über junge Prinzen urtheilt, die sich in Paris unterhalten — darüber, dass der Herzog von Sparta in den letzten Jahren den pli angenommen hat „de faire la fête“ in Paris und sich in allerhand Localen in Montmartre etc. auf eine Art herumzutreiben, die mit Rücksicht auf sein Alter, seine Stellung als Tronfolger, Gatte und Familienvater, besonders choquant ist. Auch jetzt, seitdem der Kronprinz Athen verlassen musste, hat Seine königliche Hoheit abermals einen séjour in Paris gemacht und das beklagenswerthe Leben geführt, das König Eduard mit wenig Nachsicht und einer glücklichen Fähigkeit, eigene Erlebnisse zu vergessen, in so scharfer Weise verdammt. Königin Alexandra, Höchstwelche mir schon zu Beginn des Sommers wiederholt Ihre schweren Sorgen über Griechenland ausdrückte, sprach mir auch jetzt mit tiefer Bewegung über die Stellung Ihres königlichen Bruders. Seine eigenen Söhne aus der Armee und Marine streichen lassen zu müssen, schien der höchsten Frau das Härteste, was den König der Hellenen betroffen hat, und erzählte mir Ihre Majestät ganz vertraulich, König Georg habe Seinen Ministern erklärt, Er bedaure nur, dass Sein Vater, als derselbe Ihm die Annahme der griechischen Krone gestattete, nicht die Stipulation gemacht habe, dass Er unvermählt bleiben müsse. Da wäre Ihm wenigstens diese schwerste aller Prüfungen erspart geblieben. (Die Minister sollen bei diesem Anlass Thränen der Rührung vergossen haben.) Königin Alexandra sprach auch viel vom Kronprinzenpaare. Ihre Majestät nimmt Höchstihren Neffen, dem Sie sehr zugethan ist, lebhaft in Schutz und scheint zu glauben, die Kronprinzessin habe es nicht verstanden, Sich und Ihren Gatten beliebt zu machen, habe keinen Contact mit der griechischen Gesellschaft unterhalten und dadurch auch den Kronprinzen den dortigen Offizierskreisen entfremdet. Schliesslich habe die sonst so kluge und liebenswürdige Prinzessin in den letzten Jahren kein Hehl daraus gemacht, welche Geringschätzung Ihre künftigen Unterthanen Ihr einflössen. Königin Alexandra ist, trotz Ihrer ernsten Besorgniss, nicht ganz deprimirt und sprach die Hoffnung aus, die Marine-Revolté Thypaldos bedeute „the climax“ und dass jetzt eine Beruhigung eintreten werde.

Im Laufe meiner ersten Unterredung mit König Eduard sprach Seine Majestät auch Seine Befriedigung darüber aus, dass Sir Fairfax Cartwright seine Sache so gut mache und „sich mit Grafen Aehrenthal so gut spreche.“ Ich erwiderte, dass der Botschafter Seiner britischen Majestät in der That sich eine vorzügliche Stellung in Wien gemacht habe und ein richtiges Urtheil über die Politik der Monarchie zu besitzen scheine, wobei ich dem Bedauern Ausdruck gab, dass er nicht schon ein Jahr früher nach Wien entsendet worden sei, da er gewiss durch seine Berichterstattung seine Regierung im Sinne einer zutreffenderen Beurtheilung der vorjährigen Ereignisse beeinflusst hätte. Seine Majestät stimmte bei, ohne eine Geneigtheit zu zeigen, in eine weitere Erörterung einzugehen.

Während meines Aufenthaltes in Sandringham habe ich mehrfache Conversationen mit dem Privatsecretär des Königs, Lord Knollys gehabt, die in gewohnter vertraulicher Weise die Ereignisse der Vergangenheit, die gegenwärtigen Constellationen und die Möglichkeiten der Zukunft

betrafen. Er versicherte mir wiederholt, dass, was immer die Verstimmungen des vorigen Winters auch gewesen sein mögen, hier gewiss nicht die Neigung vorherrschen würde, etwas Abgeschlossenes, Anerkanntes, mit dem man sich abgefunden hat, wieder vorzubringen und daraus ein grief zu machen. Ich glaube, das entspricht auch dem englischen Character und der hiesigen Tradition. Ist etwas abgeschlossen und anerkannt, wie die Angliederung Bosniens und der Herzegowina, so wird es nur ungern wieder in Discussion gezogen. In meinen confidentiellen Gesprächen mit Lord Knollys habe ich ihm manchmal vorgehalten, dass ich für die hiesige Haltung uns gegenüber vor einem Jahre, wodurch sich England so viele Sympathien in der Monarchie verschert hätte, eigentlich keine andere Erklärung finde, als eine übertriebene und ungerechtfertigte Zärtlichkeit für Herrn Iswolsky, dessen Stellung man stärken wollte. Lord Knollys erwiderte stets, dass Iswolsky für England ein guter Freund und wünschenwerther russischer Minister des Äussern sei. Er hält ihn aber weder für sehr bedeutend noch für besonders verlässlich. Ungefähr dasselbe Urtheil habe ich über den eitlen und anglophilen russischen Staatsmann von verschiedenen massgebenden englischen Beobachtern aussprechen gehört, so zum Beispiel ganz kürzlich auch von Lord Rosebery. Indem ich noch das ergebenste Ansuchen stelle, dieses Schreiben als ganz vertraulich ansehen zu wollen, bitte ich etc.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 2175. — ^{b)} Vgl. n. 1792, 1805. — ^{c)} Vgl. n. 1754, 1830. — ^{d)} Vgl. n. 1747 Anm. b.

Nr. 1800. Privatschreiben aus London, 12. Nov. 1909 Nr. 2 (eing. 15. Nov.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Seine Majestät der König sagte mir vorgestern in Sandringham plötzlich, Er habe den Bericht Sir Edward Greys über dessen Unterredung mit mir in Betreff Dr. Friedjungs erhalten und daraus mit Bedauern entnommen, dass ich dem Staatssecretär gegenüber — wie Seine Majestät Sich ausdrückte — „nicht nachgeben wolle“. Es sei doch klar, dass Dr. Friedjung über die vorjährige Zusammenkunft des Königs mit unserem Allergnädigsten Herrn in Ischl eine Unwahrheit geschrieben und dieselbe aufrechterhalten habe. Dadurch sei viel Ärgernis erregt worden. Ich antwortete Seiner Majestät, dass ich vollständig zugebe, dass die Darstellung Dr. Friedjungs ganz unrichtig und höchst bedauerlich sei. Ich müsse aber betonen, dass es ungerechtfertigt und unbegründet sei, den gedachten Publicisten stets als porte-paroles Euer Exzellenz darzustellen, wie es vielfach geschehen ist. Dr. Friedjung sei ein gänzlich unabhängiger Journalist, der in seinen Korrespondenzen in keiner Weise von amtlichen Stellen in Wien inspirirt werde. Ich wies auch darauf hin, dass in den österreich-ungarischen Blättern die irrige Darstellung der vorjährigen Entrevue keine Aufnahme gefunden hätte. Seine Majestät erklärte, weder Er noch irgend jemand habe je gesagt oder geglaubt, dass die anstössige Berichtserstattung auf eine amtliche Eingebung zurückzuführen sei. Nur, fügte der Höchste Herr bei, „hat dieser Dr. Friedjung etwas ganz Unwahres behauptet und es schiene mir doch natürlich, dass er auch darauf von mass-

gebender Seite aufmerksam gemacht werde, um es richtig zu stellen.“ Als ich darauf auszuführen versuchte, dass ein Dementi nach so langer Zeit doch inopportun erscheinen würde, unterbrach jemand unsere Konversation und ich habe es nicht für zweckmässig gehalten, dieses Thema meinerseits wieder aufs Tapet zu bringen. Auch der Privatsekretär des Königs Lord Knollys sagte mir, Seine Majestät habe ihn beauftragt, mit mir über Dr. Friedjung zu sprechen. Die Bemerkungen des Königs, eben so wie diejenigen Sir Edward Greys (mein Bericht No. 78 D vom 29. v. Mts.) beweisen jedoch abermals, wie sehr die Aufrechterhaltung [von] Dr. Friedjungs Darstellung gegenüber dem amtlichen englischen Dementi hier verstimmt hat. Nachdem ich heute zur Couriersabfertigung in die Stadt zurückgekommen war, habe ich den Privatsecretär Sir Edward Greys, Mr. Tyrell, aufgesucht und mit diesem über die immer wieder vorgebrachte Friedjung-Affaire gesprochen. In Gemässheit der in Euer Excellenz hohem Privatschreiben vom 3. November lf. Js. niedergelegten Instructionen habe ich abermals betont, dass die Aufsätze Dr. Friedjungs nicht den Anspruch erheben dürfen, unter Eingebung Euer Exzellenz verfasst worden zu sein. Ich betonte wie irritierend es schliesslich für Euer Excellenz werden müsse, wenn Hochdensenben immer wieder die Inspiration der Korrespondenzen des gedachten Publicisten zugeschrieben werden. Gleichzeitig sagte ich Mr. Tyrell, es schiene mir auch, abgesehen von allem Anderen, ganz inopportun, wenn nach so langer Zeit wieder auf den Artikel Dr. Friedjungs in der Vossischen Zeitung vom August zurückgegriffen würde. Mein Mitredner stimmte mir darin zu und schien auch der Ansicht zu sein, dass es wenig Zweck hätte, wenn dieses Thema noch einmal von Sir Edward Grey mit mir besprochen würde. Ich benützte diese Unterredung, um im Sinne des obcitirten hohen Schreibens Euer Excellenz auf den verhetzenden und nörgelnden Ton hinzuweisen, den Mr. Steed häufig in seiner Berichterstattung an die Times anschlägt. Mr. Tyrell versicherte mir, dass dies nicht den Absichten der Leiter der Times entspreche, welche im Gegenteil beruhigend zu wirken wünschen. Er versprach mir übrigens im Laufe unserer ziemlich eingehenden Unterhaltung, der Times einen Wink zukommen zu lassen, auf ihren Wiener Korrespondenten mässigend einzuwirken. Mr. Tyrell brachte seinerseits wieder vor, dass man hier zu bemerken glaube, die Schreiber der Hetzartikel in den reichsdeutschen Blättern hätten sich in letzter Zeit bemüht, ihren Vorrat an Anglophobie hauptsächlich in Österreich zu placiren, um der glücklich angebahnten Besserung der Beziehungen zwischen der Monarchie und England hiedurch in den Weg zu treten. (Er citirte zum Beispiel den Artikel des Herrn von Peez in der Österreichischen Rundschau.) Die hiesige Presse habe bis jetzt auf derartige Veröffentlichungen wenig oder gar nicht reagirt und er habe sich auch selbst bemüht, zu verhindern, dass dies geschehe, weil er die Angriffe auf England in unseren Zeitungen als Teil eines Planes solcher Elemente ansehe, welche gern eine Polemik zwischen den beiderseitigen Pressen erwecken möchten, um die Wiederanbahnung der alten normalen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Wien und London zu behindern. Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1816.

Nr. 1801. *Tel. aus Rom, 12. Nov. 1909 Nr. 222 (eing. 4 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.*

Generallieutenant Asinari, Kommandant des Mailänder Armeekorps (unlängst dem Zaren zugeteilt) hat gestern bei Überreichung der Standarte an das neu errichtete Kavallerieregiment eine unqualifizierbare und alles je da gewesene übersteigende Rede gehalten. Herr Tittoni, den ich heute in aller Frühe aufgesucht habe, sagte mir: S'il l'a vraiment dit, il était ou ivre ou fou. Auszugsweiser Text lautet (der Version des Messagero zufolge) ungefähr: Notre auguste Souverain, faisant flotter le tricolore, tourne le regard vers l'orient, vers la frontière au-delà de laquelle des villes italiennes et des frères italiens regardent vers Saint Marc et attendent avec impatience l'heure de la délivrance. Ein zweiter ganz ähnlicher Passus folgt im weiteren Verlaufe. Minister des Äussern hatte bereits, als ich ihn sprach, mit dem Ministerpräsidenten und dem Kriegsminister konferiert und wurde der Präfekt von Mailand, welcher der Feier beiwohnte, sofort beauftragt, Text der Rede telegraphisch zu berichten. Minister des Äussern wird mir Antwort sogleich mitteilen. Hat der General die gemeldeten oder auch nur ähnliche oder sinnverwandte Worte gebraucht, so wird seine Absetzung bereits in den heutigen Abendblättern publiziert werden. Aus den Kammer-Couloirs wird mir gemeldet, dass nur eine Stimme der Verurteilung gegen den General herrsche, dessen Worte nicht anders als durch Geistesstörung überhaupt erklärlich seien. Herrn Tittoni ist die Sache begreiflicherweise höchst unangenehm. Er sagte mir: Il ne nous manquerait plus que cela. Un général qui se met à déclarer la guerre à l'Autriche-Hongrie pour son propre compte! Nous arriverions bientôt à l'état de la Turquie ou de la Grèce. Sämtliche Pressetelegramme über die Sache sind inhibiert worden. Ich werde heute abends wieder berichten. Messagero-Text der Rede folgt durch die Post. Lützow.

^{a)} Vgl. n. 1802.

Nr. 1802. *Tel. aus Rom, 12. Nov. 1909 Nr. 223 (eing. 13. Nov. 9 U. a. m.). Entziff.*

Suite du télégramme No. 222 d'aujourd'hui. Le ministère a décidé la mise en retraite du général Asinari. Lützow.

Nr. 1803. *Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 12. Nov. 1909 Nr. 205 (eing. 13. Nov. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.*

Geheim. Herr Iswolsky sagte mir gestern, er wisse, dass letzter Artikel der Fortnightly Review^{b)} von Herrn Dillon stamme. Er habe nun gehört, daß Letzterer in Buchlau bei Grafen Berchtold gewesen und der Herr Botschafter den Artikel inspiriert habe. Letzteres wolle er nicht glauben, da gegen Prinzipien der Gastfreundschaft verstossend. Der Minister ersuchte mich, einen Brief dem Grafen Berchtold zu übermitteln. Ich sagte dies mit dem Bemerken zu, ich wüsste von der Autorschaft des Artikels nichts, er habe aber jedenfalls Recht, an der Korrektheit des Herrn Botschafters nicht zu zweifeln. Berichte morgen unter Vorlage des Briefes. Szilassy.

^{a)} Vgl. n. 1798, 1807, 1809. — ^{b)} Heft vom 1. November 1909 S. 777.

Nr. 1804. Privatschreiben aus Belgrad an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 13. Nov. 1909. Eigh. Ausfert.

Ich muss einige weitere Beobachtungen bezüglich des Slovenski Jug und so weiter vermelden. Euer Excellenz werden bemerkt haben, dass die rege Vorlage von Protocollen und so weiter aus dem Slovenski Jug seit bald einem Monate stockt. Der geldbedürftige Stefanović verlangte doch fortwährend Geld und brachte nicht die bestellten alten Originalien Unterschriften und so weiter, sondern machte nur Versprechungen. Gestern gestand er, dass er momentan nichts liefern und unbeachtet das Archiv nicht benützen könne, bevor eine neue Sitzung des Propaganda-Ausschusses stattfindet. Er wisse nicht was vorgehe. Aber gleich nach Milovanović's Abreise habe Herr Pašić mehrere Vorstandsmitglieder zu sich berufen. Seitdem tuschelten dieselben fortwährend untereinander: die Controlle sei verschärft worden. Es herrsche gegenseitiges Misstrauen, speciell, wie es ihm scheine, gegen den Kassier M. Jovanović. Auch werde die angesagte Sitzung des neuen Propaganda-Ausschusses fortwährend verschoben, allerdings theilweise weil einige Mitglieder abwesend seien. Ich glaubte dies Euer Excellenz berichten zu sollen, da mir zwei Conclusionen naheliegend scheinen. I. Ist es eine Bekräftigung des Inhaltes der zweifellos authentischen Dokumente. Falls Stephanović oder ein Consortium fälschen wollten, läge kein Grund vor seit 4 Wochen auszusetzen und kein Geld zu verdienen. So inhaltslose Dokumente, wie die letzten Protocolle des Propaganda-Ausschusses wären relativ leicht herzustellen. Auch bezüglich der Unterschriften ruft es eher einen guten Eindruck hervor, dass Stephanović trotz versprochener Entlohnung jene Spalaiković's nicht bringt, sondern seit Wochen auf einen ihm versprochenen Gerichtsakt wartet. II. Haben Euer Excellenz in Ihrem Schreiben vom 5. November die Güte gehabt mir mitzutheilen, dass die Gegenpartei davon Kenntniss hat, dass Dr. Friedjung Abschriften oder Photographien von Originalien und so weiter hat. Es scheint nun höchst wahrscheinlich, dass bekannt wurde, dass einzelne Dokumente sich auf den Slovenski Jug beziehen oder aus demselben stammen. Daher die Berufungen zu Pašić, die verstärkte Controlle und so weiter. Bezüglich des Processes selbst habe ich erst vor einigen Tagen Euerer Excellenz und Baron Pitner^{b)} ausführlich meine Meinung vorgetragen. Als geheime, informative Stücke haben die Slovenski Jug-Dokumente uns vorzügliche Dienste geleistet. Ob sie sich zu Beweisen am Gerichtstische eignen, ist eine andere Frage; dies war auch nicht ihre Bestimmung. Über das Factum, dass die Schriftexperten — mit Recht oder Unrecht — gegen die Unterschriften Bedenken haben, können wir nicht hinwegkommen; die Photographien sollten also jedenfalls ausgeschaltet und höchstens die Übersetzungen benützt werden. Wenn es zu dem unglücklichen Prozesse kommt, ist Dr. Friedjung's Freispruch doch sicher. Die Gegenpartei wird selbstverständlich alles läugnen und als Fälschung declariren. Speciell die compromittirte serbische Regierung wird einen Spectakel erheben, der womöglich vermieden werden sollte.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1783, 1795, 1808, 1818. — ^{b)} n. 1795, 1796.

Nr. 1805. Geheime deutsche Mitteilung, 13. Nov. 1909.^{a)} Abschrift.

Aus Sofia ist der deutschen Regierung eine streng geheime Aufzeichnung zugekommen, welche eine Unterredung des bulgarischen Ministerpräsidenten Malinow mit dem russischen Gesandten in Sofia, Herrn Sementowsky-Kurillo, zum Gegenstande hat. Das Thema der Unterhaltung betraf die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Bulgarien. Ihren Ausgangspunkt bildeten offenbar gewisse seitens des russischen Diplomaten geäußerte Besorgnisse über die noch immer vorhandene Neigung Bulgariens, bei der Monarchie Anlehnung zu suchen. Malinow hat demgegenüber folgenden Standpunkt eingenommen: Bulgarien müsse mit Österreich-Ungarn als der dem Balkan nächstgelegenen Grossmacht, und mit der stärkeren Position, welche letzteres seit der Annexion Bosniens und der Herzegowina dortselbst einnimmt, rechnen. Er hege jedoch die Überzeugung, dass zwischen Bulgarien und Österreich-Ungarn unüberbrückbare Gegensätze mit Beziehung auf das Vordringen in Mazedonien bestehen. (Es scheint demnach ein Rückfall in die Legende vorzuliegen, dass Österreich-Ungarn, nicht zufrieden mit seinem heutigen Besitzstande, auf dem Balkan weiter drängt). Bulgarien werde immer trachten, sich dem Scheine nach mit Österreich-Ungarn auf guten Fuss zu stellen, es jedoch vermeiden, sich dem letzteren gegenüber zu binden, weil eine Bindung das so nothwendige Zusammengehen Bulgariens mit Russland compromittiren müsste. Als Erhärtung seiner Darlegungen scheint sich Herr Malinow auf den Besuch berufen zu haben, welchen er im abgelaufenen Sommer dem Grafen Aehrenthal abgestattet hat.^{b)} Er will sich während des Gespräches mit dem Grafen Aehrenthal stets den oben angeführten leitenden Gedanken vor Augen gehalten haben. Der russische Gesandte scheint für diese Auffassung Verständnis gezeigt und keine direkte Einwendung gegen dieselbe erhoben zu haben. Von der Unsicherheit der türkischen Verhältnisse ausgehend, scheint Herr Malinow auf die Gespräche zurückgekommen zu sein, welche König Ferdinand im vorigen Frühjahr in Petersburg geführt hat. Der König scheint damals auf die Unzulänglichkeit des zwischen Russland und Bulgarien bestehenden Geheimvertrages hingewiesen zu haben. Nach Malinows Worten biete dieser Geheimvertrag Bulgarien nur Garantien in Betreff seiner Nordfront, nicht aber bezüglich seiner Südfront. Für Bulgarien sei aber seine Südfront viel wichtiger als die Nordfront, und ein wirklich gutes Verhältnis Bulgariens zu Russland sei auf die Dauer nur dann zu erreichen, wenn man sich über die beiderseitigen Wünsche vollkommen klaren Wein einschänke und entsprechende Zusicherungen austausche. Der Inhalt der vorstehenden Conversation würde die Annahme gestatten, dass 1. seit einiger Zeit ein geheimer Vertrag zwischen Russland und Bulgarien besteht, 2. dass dieser Vertrag Bulgarien die Hilfe Russlands gegen einen Angriff Rumäniens oder anderer mit letzterem cooperirender Mächte in Aussicht stellt, dass hingegen Russland Bulgarien für den Fall einer aktiven Politik gegen die Türkei bis jetzt keine Zusage ertheilt hat.¹⁾ Beachtenswerth ist auch die Bemerkung Herrn Malinows gegenüber seinem Mitredner, dass die bulgarische Politik thunlichst gute Beziehungen zu Rumänien aufrecht zu erhalten wünsche und

diese dahin zu fructificiren bestrebt sei, Rumänien zu einer Ausdehnung in nördlicher Richtung anzueifern.

1) Bis jetzt.

a) Die im Archive des Minist. d. Äußern erliegende Aufzeichnung trägt lediglich die oben gegebene Aufschrift, ein weiterer Vermerk findet sich nicht. Vgl. n. 1799 Anm. b, 1828. b) Vgl. n. 1647.

Nr. 1806. Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 31. Okt./13. Nov. 1909 Nr. 45 A (eing. 16. Nov.).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Mit meinem ergebensten Telegramm vom 7. November/25. Oktober Nro. 192^{b)} hatte ich die Ehre Euer Exzellenz über eine Konversation in Kürze Bericht zu erstatten, welche mein deutscher Kollege Graf Mirbach auf dem ersten Diplomatenempfang nach dessen Rückkehr von Italien mit Herrn Iswolsky hatte. Der Herr Minister, welcher sich über die Entrevue in Raconigi sehr befriedigt erklärte, nannte dessen Resultat „un rapprochement, mais un rapprochement dans le cadre du système d'alliances existantes“. Er gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, dass in den Zeitungen namentlich weitergehende Resultate angekündigt wurden und glaubte auf diese Uebertreibungen nicht weiter eingehen zu brauchen, da positive Abmachungen nicht getroffen und nur die Identität der Interessen und Anschauungen konstatiert wurde. Das Hauptresultat sei die Feststellung, dass die beiden Nationen den status quo auf dem Balkan zu erhalten gewillt sind. Mein deutscher Kollege nahm diese Mitteilung mit Dank zur Kenntnis und fand auch die Gelegenheit um hinzudeuten, dass Oesterreich-Ungarn gleichfalls die Erhaltung des status quo wünsche. Bei diesem Anlasse kam der russische Minister des Äussern auch auf die Reiseroute des Kaisers Nikolaus zu sprechen und erklärte seinem Mitredner, wie ich gleichfalls Euer Exzellenz bereits berichtet habe, dass er bei seiner Ankunft in Livadia einen fertigen Reise-Plan vorgefunden habe. Er suchte die Sache auf allerlei Art zu entschuldigen und machte auf Grafen Mirbach den Eindruck, ein sehr böses Gewissen zu haben! Herr Iswolsky will, zum Beispiele, damals in Livadia über das „schreckliche Reiseprojekt“ (sic) sein Entrüsten der Suite des Kaisers ausgesprochen haben, doch habe man ihm „Hoiraire en main“ bewiesen, dass die Reise auf diese Art nur um 4 Stunden länger wäre! Das wenig chevalereske Streben war beim Minister überhaupt zu konstatieren, die Verantwortung für die gewählte Reiseroute auf seinen Allerhöchsten Herrscher überzuwälzen. Die Vorgänge im bayrischen Landtage wurden noch erwähnt und scheinen auf Herrn Iswolsky einen sehr peinlichen Eindruck gemacht zu haben. Schliesslich konnte sich der Herr Minister des Äussern diese Gelegenheit nicht nehmen lassen, die Diplomatie der Monarchie in seiner gewöhnlichen perfiden Weise anzugreifen. Graf Mirbach ermangelte nicht diese abgedroschenen Insinuationen abzuweisen. Als Herr Iswolsky sich über die Haltung unserer Presse beklagte, bemerkte ihm der Herr deutsche Geschäftsträger, dass im Gegenteile die „Neue Freie Presse“ sich zur Entrevue in Raconigi sehr sachlich gestellt habe. „Oui, c'était au commencement et pour la forme“, erwiderte der Herr Minister

des Aeussern, „maintenant le Comte d'Aehrenthal a lancé toute sa meute après moi!“ Szilassy.

^{a)} Vgl. n. 1794, 1811. — ^{b)} Der vorliegende Bericht wiederholt und ergänzt ausführlich das Tel. 192, daher wurde von dessen Abdruck abgesehen.

Nr. 1807. Privatschreiben des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg an Sektionschef Grafen Paul Esterházy, 31. Okt. 13. Nov. 1909 (eing. 16. Nov.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Herr Iswolsky liess mich vorgestern zu sich bitten und sagte mir, er wolle mit mir einige Worte ganz privatim sprechen, was ich ohne Bemerkung hinnehmen zu sollen glaubte. Er sprach mir sodann vom letzten Artikel der „Fortnightly Review“ und sagte mir, er habe Anhaltspunkte dafür, dass dieser Artikel von Mr. Dillon, Correspondenten der „Daily Mail“ stamme. Er wisse auch, dass das Aide-Mémoire vom 19. Juni v. J.^{b)} an drei Personen bereits mitgetheilt worden wäre: an den gedachten Herrn Dillon, an den Vertreter einer Grossmacht, die er nicht nennen wollte, und noch an eine mysteriöse Person. Er habe nun gehört, fuhr der Minister fort, dass Herr Dillon in diesem Sommer bei Graf Berchtold in Buchlau gewesen und man behaupte der Artikel sei dort inspirirt worden. Er wolle aber daran gar nicht glauben, obzwar Einzelheiten im Artikel eine ganz besondere Kenntniss des Schauplatzes bezeugten, denn ein solches Vorgehen würde gegen die Prinzipien der Gastfreundschaft verstossen, was er vom Grafen Berchtold nicht voraussetzen könne. Hiebei ersuchte er mich, beiliegenden Brief^{c)} möglichst bald dem Herrn Botschafter zukommen zu lassen, was ich Euer Excellenz bitten darf, gütigst veranlassen zu wollen. Ich hatte mich bisher lediglich rezeptiv verhalten und bemerkte nur Herrn Iswolsky gegenüber, indem ich seiner Bitte zusagte, er habe jedenfalls Recht an die Correctheit des Grafen Berchtold zu glauben. (Mein ergebenstes Telegramm von gestern No. 205.) Nach dieser Einleitung fing der Minister an mir seine ganze alte „Rigmarole“ auszuschütten. Buchlau, die Drohungen mit Veröffentlichungen, sein Bedauern die Entente mit uns aufzugeben, an die er mit ganzem Herzen gehalten und schliesslich der Artikel in der „Fortnightly Review“. Ich liess den Minister ausreden und beschränkte meine Sprache auf das Minimum. Ich bemerkte nur, als er über die angebliche Initiative zur Annexion sprach, dass diese Behauptung aus der ausländischen Presse stamme. Bezüglich des „Fortnightly Review“ Artikels konnte ich ihm mit Recht sagen, dass ich über dessen Autorschaft Nichts wüsste. Als sich Herr Iswolsky über das Telegramm Seiner Excellenz des Herrn Ministers^{d)} beklagte, erwiderte ich ihm, dies sei doch im Gegentheil ein besonderer Act der Courtoisie der ganzen öffentlichen Meinung Russlands gegenüber gewesen. Darüber scheint sich Herr Iswolsky sehr zu ärgern, denn er sei deshalb gezwungen worden, einen Redacteur der verhassten „Nowoje Wremja“ zu empfangen. Als dann der Minister mit Überlegenheit sagte: Oui eh! bien si Vous voulez publier les documents secrets, soit. Mais alors publions les tous, et il y en [a] qu'il ne sera pas plus agréable au Cabinet de Vienne de rendre publics qu'à nous“, konnte ich mich nicht enthalten ihm zu sagen, „Alors voulez Vous que je télégraphie cela au Comte d'Aehrenthal?

— Die Antwort war: „Non, je Vous prie de considérer cette conversation comme tout à fait privée.“ Da ich die Lage nicht verschlechtern wollte, hörte ich, nachdem ich ausdrücklich bemerkt hatte, ich könne mich bezüglich dieser Ereignisse in keine Discussion einlassen, den Jeremiaden des Herrn Ministers ruhig zu, ohne ein Wort zu sagen. Dieser, anfänglich ruhig, emballirte sich sodann und erlaubte sich schliesslich die Handlungen des Grafen Aehrenthal einer scharfen Kritik zu unterziehen. Da fiel ich ihm aber ins Wort und sagte ihm, ich habe zwar seine Worte als Privatgespräch angehört, ich könne aber nicht erlauben, dass er ein gewisses Mass überschreite und müsste gegen einen solchen Vorgang protestiren. „Si Vous ne voulez pas causer avec moi!“ war seine resignirte und pathetische Bemerkung. Ich betonte, dass auch in einem Privatgespräche ich meinem Minister loyal bleiben und solche Worte nicht dulden könne. Hierauf schloss ich bald das Gespräch. Der Minister schien einzusehen, dass er durch seine Leidenschaft sich zu weit habe hinreissen lassen, denn er wurde wieder ruhiger. Wir trennten uns ohne Herzlichkeit, doch auch ohne demonstratives Entfremden. Gestern hatte ich Gelegenheit, dieses Thema Herrn Sazonoff gegenüber rein privatim zu berühren. Ich sagte dem Herrn Adjoint, dass wenn der Minister diesen Ton mir gegenüber anschlägt es mir unmöglich sei mit ihm zu sprechen und dass ich übrigens ein anderesmal in noch demonstrativerer Form zu protestieren gezwungen sein könnte. Wenn ich diesmal mir hiebei eine gewisse Mässigung auferlegte so sei es, weil ich bemerkte, dass der Minister krankhaft erregt gewesen sei. Man könne doch reden, ohne sich von seiner Wuth beherrschen zu lassen! Solche Ausfälle könnten nur einer dritten Person oder Macht zu gute kommen! (Ich vermurthe nämlich, dass Sir Arthur Nicolson dieser Attitude des Herrn Iswolskys nicht ferne steht.) Ich betonte, es gehe mich nichts an unsere Beziehungen zu ändern, nur wollte ich bemerken, dass solche Vorgänge dieselben leicht noch verschlechtern, wer weiss vielleicht eines Tages sogar den Abbruch dieser Beziehungen bewirken könnten und fragte ihn, ob man dies russischerseits wünsche? Der Herr Adjoint war durch meine Worte impressionirt, er sagte *motu proprio*, er würde noch heute oder morgen vor seiner Abreise seinen Chef darüber sprechen und verspricht sich von dieser Ingerenz ein günstiges Resultat. „Vous avez très bien fait de ne pas avoir trop fait attention à ce que Vous a dit Iswolsky“ war die Vertheidigung seines Ministers, welcher, wie er mir sagte, durch den Artikel der „Fortnightly Review“ aufs Höchste erregt sei. Dieser Artikel habe im Ministerium sehr peinlich berührt. Er, Herr Sazonoff, zweifle nicht daran, dass Graf Berchtold dabei nichts zu thun habe und dies auch erklären würde. Der Herr Adjoint sagte mir es mache ganz den Eindruck einer österr.-ungarisch-deutschen Presscampagne um Iswolsky zu stürzen. Dies würde aber nicht gelingen, wie damals mit Delcassé. Herr Iswolsky würde gehen, wenn der Kaiser oder er selbst es wünscht, aber gewiss auf keinen auswärtigen Einfluss hin. Ich erwiderte Herrn Sazonoff, ich höre zum erstenmal von einer solchen internationalen Presscampagne reden. Ich höre übrigens, dass Herr Iswolsky bereits zwei fremden Diplomaten das Aide-Mémoire vom Juni v. J.^{b)} gezeigt hat. Durch mein Gespräch mit Herrn Sazonoff, welches in

einem unseren sehr guten persönlichen Beziehungen entsprechenden Rahmen sich bewegte, hoffe ich, ohne mich beklagt oder um Etwas gebeten zu haben, es erreicht zu haben, dass der Herr Minister nochmals auf seinen wenig diplomatischen Ton aufmerksam gemacht wurde und dass anderseits unsere Beziehungen zum Auswärtigen Amte sich nicht noch verschlechtert haben. Dabei ist die Anerkennung des Herrn Adjoints, dass der Minister nicht in der Lage war seine Worte zu ermessen, eine Art Satisfaction. Ich hoffe, daher, dass Seine Excellenz der Herr Minister meine Vorgangsweise billigen wird. Natürlich wird es mir ferne liegen eine solche Conversation wieder anzuknüpfen und betrachte ich die Angelegenheit als vorläufig geschlossen.

Szilassy.

a) Vgl. n. 1809, 1836. — b) n. 9. — c) Dieser Brief liegt nicht vor. Vgl. n. 1836 Anm. f. — d) Wiener „Fremdenblatt“ vom 11. Nov. 1909 Nr. 311.

Nr. 1808. Privatschreiben des Sektionschefs Karl Freiherrn von Macchio nach Belgrad, 14. Nov. 1909.^{a)} Konz. (S. u. G. Macchio).

Geheim. Im Besitze Ihres gefälligen Schreibens vom 11. d. Mts. und in Kenntniss des gleichzeitig an Baron Pitner gerichteten Briefes habe ich selbstverständlich nicht unterlassen, Ihre jetzigen Auffassungen über die Gefahren des Friedjung-Processes Seiner Excellenz dem Herrn Minister, welcher übrigens über diese Sache vollkommen au courant gehalten wurde, vorzutragen. Graf Aehrenthal beauftragt mich nun Ihnen mitzuteilen, dass er sich diesen Besorgnissen keineswegs verschliesst und dass er es war, welcher, von analogen Gesichtspunkten ausgehend, nachdem der bekannte bezügliche Artikel im Agramer Tagblatt erschienen war, durch eine Notiz im Pester Lloyd den Versuch inspirirte, den Streitfall auf aussergerichtliches Gebiet zu leiten. Dieser Versuch hat leider nicht den beabsichtigten Erfolg gehabt, eine diessbezügliche Initiative der Gegenseite hervorzurufen. Weiter kann aber in dieser Richtung weder er noch Dr. Friedjung gehen, ohne den Eindruck eines Rückzuges zu erwecken, der wohl unbedingt zu vermeiden wäre. So bleibt also nur übrig dem Processe seinen Lauf zu lassen, wenn nicht die ungarische Regierung, welcher derselbe ja auch sehr unerwünscht sein dürfte und welche vermöge der vielfachen Fäden, die von ihr auslaufen, vielleicht allein in der Lage wäre, unauffällig den Klägern die oben erwähnte Initiative zu suggeriren, sich entschliesse, diesen Weg zu betreten. Von einer diessbezüglichen Anregung Seiner Excellenz des Herrn Ministers, zu der er bereit wäre, kann aber erst die Rede sein, wenn die jetzige ungarische Krise ihre Lösung gefunden, was ja anscheinend nahe bevorsteht. Der Herr Minister hätte daher nichts einzuwenden, wenn Sie, sobald Sie Nachricht von der erfolgten Rekonstruktion des ungarischen Kabinetts erhalten haben werden, telegraphisch um einen kurzen Urlaub ansuchen und auf einige Tage nach Wien kommen. Was Ihre Idee anbelangt, die Experten-Gutachten dadurch zu umgehen, dass Dr. Friedjung nur die Abschriften vorlegt, nicht aber die Fotografien, so haben wir uns schon seit Längerem bemüht ihm diesen Ausweg plausibel zu machen, ohne dass er bisher zu capituliren gewesen wäre. Trotzdem kann dieser Modus noch immer gewählt werden,

wenn eben der Herr Minister, wie er beabsichtigt, die Herausgabe der Fotografien an Friedjung ablehnt.

a) Vgl. n. 1796, 1804, 1812, 1818.

Nr. 1809. Tel. an Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 14. Nov. 1909 Nr. 215 (chiffr. 11 U. 30 M. a. m.). a) Konz. (S. Gagern; V. und G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm No. 205.^{b)} Euer Hochwohlgeboren hatten vollkommen Recht, Herrn Iswolsky zu sagen, dass die Correctheit des Grafen Berchtold über jeden Zweifel erhaben ist. Ich habe dem russischen Botschafter, welcher mich gestern aufsuchte, um mir für die Mittheilung der zwischen mir und Herrn Suworin ausgetauschten Telegramme^{c)} zu danken, von dem Inhalte Ihres vorerwähnten Telegrammes Kenntnis gegeben und hinzugefügt, die Herrn Iswolsky zugekommene Information, als ob der letzte Artikel der Fortnightly Review auf eine Inspiration des Grafen Berchtold zurückzuführen sei, verdiene ebensoviel Vertrauen, wie die mir im September hinterbrachte Meldung, wonach Herr Demidoff den ersten Artikel in der genannten Zeitschrift^{d)} inspiriert hätte. Ich ersuchte den Botschafter, nach Petersburg zu melden, daß Graf Berchtold nach meiner Überzeugung dem in Rede stehenden Aufsätze vollkommen ferne stehe und sprach die bestimmte Erwartung aus, daß man nach dem gestrigen Communiqué im Fremdenblatt in St. Petersburg die Discussion über Dinge, die der Vergangenheit angehören, nicht weiter fortspinnen werde. Fürst Urussow stimmte mir bei, bemerkend, daß auch ihm Gerüchte zu Ohren gekommen, wonach der September-Aufsatz in der englischen Zeitschrift der Feder des Herrn Demidoff entsprungen wäre. Jedenfalls hätte er den Aufsatz sehr deplaciert gefunden. Das Communiqué des Fremdenblatt hat der Botschafter nach Petersburg telegraphiert.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1807, 1820, 1941, 1942. — b) Vom 12. Nov. — c) Vgl. „Fremdenblatt“ vom 11. Nov. 1909 Nr. 311. — d) Artikel im Septemberheft, unterzeichnet: Vox et præterea nihil (vgl. n. 1798).

Nr. 1810. Tel. aus Berlin, 15. Nov. 1909 Nr. 266 (eing. 16. Nov. 9 U. a. m.). a) Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 262 vom 11. dieses Monats. Der Reichskanzler, mit dem ich anlässlich der Hofjagd in Letzlingen zwei Tage verbrachte, bat mich, Euer Exzellenz zu melden, er lege das grösste Gewicht darauf, dass das deutsche und das k. u. k. Kabinett auch in der Kretafrage nach wie vor einverständlich vorgehen. Er werde gleich nach seinem Wieder-eintreffen in Berlin Euer Exzellenz Anregung eingehend prüfen und mir sodann eine Antwort zukommen lassen. Staatssekretär Baron Schoen, den ich heute aufsuchte, sagte mir, dass sich ein bezügliches Memorandum im Auswärtigen Amte in Ausarbeitung befinde, welches nach Genehmigung des Reichskanzlers mir voraussichtlich morgen übergeben werde. Aus den Mittheilungen Baron Schoens entnehme ich, dass in diesem Memorandum^{b)}

ausgeführt werden soll: Deutsche Regierung sei damit vollkommen einverstanden, bei dieser Gelegenheit auf die weitere Entwicklung ...^{c)} der beiden Kaisermächte zur Pforte, Bedacht zu nehmen. Doch müsse in dem vorliegenden Falle mit grosser Vorsicht vorgegangen werden, damit in Konstantinopel keine zu weitgehenden Hoffnungen erweckt werden und andererseits vermieden werde, dass bei Schutzmächten der Eindruck hervorgerufen werde, als ob Österreich-Ungarn und Deutschland aus der bisher so strikt beobachteten Reserve nunmehr herauszutreten gesonnen seien.

Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1814. — ^{b)} Vgl. G. P. XXVII/1 Nr. 9676. — ^{c)} Scheinen mehrere Chiffres zu fehlen.

Nr. 1811. Privatschreiben des deutschen Reichskanzlers von Bethmann Hollweg; Berlin, 15. Nov. 1909.^{a)} Eigh. Ausfert.

Persönlich und vertraulich. Die letzten Tage haben mir in Potsdam und auf der Letzlinger Jagd die so erwünschte Gelegenheit gebracht, Seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit dem Erzherzog Franz Ferdinand und seiner hohen Gemahlin der Herzogin von Hohenberg vorgestellt und von dem hohen Herrn wiederholt in längere Gespräche gezogen zu werden. Sie werden verstehen, welche Genugtuung auch ich im Interesse unserer beiden Länder darüber empfinde, daß die hohen Herrschaften, wie Seine kaiserliche Hoheit mich wiederholt zu versichern die Gnade hatten, angenehme Eindrücke von ihrem hiesigen Aufenthalt mitnehmen. Die überaus wertvolle Bürgschaft, die ich schon hierin ebenso für die Gegenwart wie für die Zukunft erblicke, wird noch dadurch auf das Erfreulichste bestärkt, daß der Herr Erzherzog in allen Fragen der auswärtigen Politik, die er mit mir besprochen hat, von genau denselben Grundsätzen ausgeht, die Sie in Wien mir zu entwickeln die Güte hatten, und über die wir damals unsere volle gegenseitige Übereinstimmung konstatieren konnten. Leider darf ich nicht der Versuchung erliegen, Ihnen wörtlich zu wiederholen, in wie schmeichelhaften Worten Seine kaiserliche Hoheit über die Art und Weise sprach, in der die äußeren Geschehnisse Oesterreich-Ungarns von Ihnen gelenkt werden. Als der hohe Herr auf Raconigi^{b)} zu sprechen kam, glaubte ich erwidern zu dürfen, daß so ernst wir die russische Balkanpolitik und Italiens Stellung zu ihr verfolgen mußten, mich doch, wenigstens für die nähere Zukunft, auf der einen Seite die aktuelle Lage Rußlands, mit der die persönliche Gereiztheit Iswolskys nicht recht vereinbar sei, und der bevorstehende Abschluß der Verhandlungen, die Sie mit Tittoni führen, auf der andern Seite, mit einer gewissen Beruhigung erfüllten. Die so auffällig freundlichere Tonart der englischen Presse gegenüber Deutschland hatte natürlich auch die Aufmerksamkeit des Erzherzogs erregt. Ich gewann zu meiner Freude den Eindruck, daß auch er sich eine Besserung der europäischen Lage davon zu versprechen schien, wenn die Spannung zwischen der öffentlichen Meinung Englands und uns nachließe. Sie wissen — ich habe dies jedoch dem Erzherzog gegenüber nicht im Einzelnen ausgeführt — daß mir die Erreichung dieses Ziels als höchst wünschenswert vor Augen schwebt, nicht nur im speziellen Interesse meines eigenen Landes, sondern auch, weil ich

mir einen etwaigen englisch-deutschen Konflikt nicht denken könnte, ohne daß der ganze Kontinent davon in Mitleidenschaft gezogen würde. Hoffentlich ist das scheinbare Einschwenken der englischen Presse nicht nur ein Augenblicksmanöver, sondern unterstützt mein Bestreben, die äußerlich korrekten Beziehungen, die ich bei meinem Amtsantritt zwischen London und Berlin vorfand, allmählich zu innerlich freundlicheren umzugestalten. Aber ich sehe noch ganz unklar. Kurz bevor wir uns in Letzlingen trennten, hatte Seine Majestät mein Allergnädigster Herr dem Herrn Erzherzog Mitteilung von einem soeben eingelaufenen höchst vertraulichen Bericht unseres Militärattachés in Konstantinopel gemacht, wonach der hiesige türkische Botschafter Osman Nisami Pascha, der zur Zeit in Konstantinopel auf Urlaub weilt, Ihrem Bevollmächtigten, dem Baron Giesl von Gieslingen, von der Idee einer militärischen Konvention zwischen der Türkei und Oesterreich-Ungarn gesprochen hat. Mein Allergnädigster Herr hatte, wie ich ganz vertraulich bemerken darf, diesen Gedanken, den Osman Nisami, wie mir noch Fürst Bülow erzählte, für seine Person ja schon lange verfolgt, *prima vista* temperamentvoll aufgenommen. Ich möchte mich, namentlich bevor ich Ihr sentiment kenne, nicht dazu äußern. Die Frage der Konsolidation des neuen türkischen Regimes scheint mir dabei jedenfalls eine Hauptrolle zu spielen. Sie werden, verehrtester Graf, begreifen, daß ich nach meiner Begegnung mit dem Erzherzog das dringende Bedürfnis hatte, Ihnen darüber, wenn auch höchst aphoristisch einige Worte in ganz vertraulicher Form zu sagen, die von der gewohnten Vermittelung durch die amtlichen Stellen absieht, die ich aber im Hinblick auf unser Vertrauensverhältnis anwenden zu dürfen bitte. — Die wenigen Augenblicke, die mir vor dem Abgange des Kuriers noch verbleiben, darf ich dazu benützen, meiner großen Freude darüber Ausdruck zu geben, daß Sie, wie Herr von Szögyény mir mitteilt, in Aussicht genommen haben, im Februar zu uns zu kommen. Über den genaueren Zeitpunkt dürfen wir dann noch in Korrespondenz treten.

Bethmann Hollweg.

a) Vgl. n. 1828, 1833. — b) Vgl. n. 1806, 1815.

Nr. 1812. Privatschreiben aus Belgrad an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 16. Nov. 1909.^{a)} *Eigh. Ausfert.*

Geheim. Ich erlaube mir Euer Excellenz umgehend für das geneigte Schreiben vom 14. d. Mts. zu danken. Die Verfügungen des Herrn Ministers und unsere Auffassungen decken sich vollkommen. Für die eventuelle Erlaubnis Seiner Excellenz des Grafen Aehrenthal auf einige Tage nach Wien zu kommen, danke ich auch ergebenst. Da ich aber Euer Excellenz, und durch Ihre gütige Vermittlung dem Herrn Minister, meine Auffassungen brieflich so ausführlich und weitschweifig darlegte, habe ich selbst vorläufig keinen absolut zwingenden Grund zum persönlichen Vortrage. Falls aber Seine Excellenz der Herr Minister weitere mündliche Darlegungen als nützlich erachtet oder — wie ich es vielleicht aus Euer Excellenz Brief schliesse — meine Rücksprache mit dem reconstruierten ungarischen Ministerium wünschen würde, so bitte ich nur um ein Telegramm und,

bei der Nähe Belgrads, bin ich am übernächsten Tage in Wien und melde mich Vormittag bei Eurer Excellenz. Ohne Berufung will ich aber nach all' dem Geschreibsel nicht auch noch mündlich und persönlich lästig fallen! Der geldbedürftige Stefanović hat, um ältere Originalien zu beschaffen, in letzter Zeit wiederholt die Ausführung eines fingierten Einbruchsdiebstahles in das Zimmer einer Schule, wo jetzt das Slovenski Jug Archiv deponirt ist, vorgeschlagen. Ich habe natürlich ablehnend antworten lassen.

Forgách.

a) Vgl. n. 1818.

Nr. 1813. Bericht aus London, 16. Nov. 1909 Nr. 85 B (eing. 19. Nov.).
Ausfert.

... Rede des deutschen Botschafters Metternich in Manchester ...

In der deutschen Presse scheint gerade jetzt das Thema der Verbesserung deutsch-englischer Beziehungen wieder sehr viel besprochen zu werden. Ich glaube unvorgreiflich nicht, dass dies günstig ist, würde viel mehr meinen, dass fürs Erste noch ein möglichstes Vermeiden dieser Discussion am Platze wäre. Eine gewisse Milderung der Gegensätze ist ja jetzt glücklicher Weise vorhanden. Die geringste Taktlosigkeit — und eine solche ist ja bei Journalisten und namentlich deutschen Journalisten stets zu befürchten — kann wieder eine gereizte Discussion provociren, die um jeden Preis vermieden werden sollte. Das Misstrauen gegen Deutschland ist noch nicht geschwunden, ebensowenig wie die übertriebene Vorstellung künftiger deutscher Flotten-Entwicklungen. Ich habe vorige Woche wieder einmal, nach längerer Zeit, Gelegenheit gehabt, mit Lord Rosebery über deutsch-englische Beziehungen zu sprechen. Wie Euer Excellenz bekannt, ist er kein persönlicher Anhänger Kaiser Wilhelms. Als Bewunderer und Freund des Fürsten Bismarck und als Freund Herbert Bismarcks ist bei Lord Rosebery stets ein gewisser Stachel gegen den deutschen Kaiser zurückgeblieben. Trotzdem wünscht er gute Beziehungen zwischen London und Berlin und sagt nicht mit Unrecht, dass, wenn es nur möglich wäre, wirklich aufrichtiges Vertrauen zwischen den beiden Monarchen herzustellen, die Atmosphäre leichter geschaffen werden könnte, in der sich ein besseres Verhältnis der zwei Mächte entwickeln würde. Leider sei hiefür bei den starken und einander vielfach ähnlichen Persönlichkeiten der nahverwandten höchsten Herren wenig Aussicht vorhanden. Die Verstimmungen und Rivalitäten reichen zu weit zurück und liegen zu tief, um eine derartige Wendung erhoffen zu lassen. Lord Rosebery sagte mir — nicht zum erstenmale — dass was ihn in der englischen Auswärtigen Politik am meisten beunruhige, die übertriebene Hinneigung zu Frankreich sei. Er sei überzeugt, dass im Falle eines anglo-deutschen Conflictes, Frankreich passiv und neutral bleiben, im Falle eines franco-deutschen Krieges aber von Paris die englische Unterstützung verlangt werden würde und er befürchtet sehr, dass bei der gegenwärtigen Stimmung diesem Verlangen auch Folge geleistet werden und England in einen Kampf hineingezerrt werden würde, der nach seiner Ansicht keinen Vorteil, nur sehr ernste Complicationen zur Folge haben könnte. Sir Edward Grey scheine bedauerlicher Weise den Franzosen-

Enthusiasmus seines Vorgängers Lord Lansdowne übernommen zu haben, der, selbst ein halber Franzose, diese Politik inaugurierte. (Wie Euer Excellenz bekannt, war die Mutter Lord Lansdownes Mlle. de Flahaut, Tochter des bekannten Comte de Flahaut. Nach den in den letzten Jahren erschienenen Mémoires scheint es zweifellos, dass die Mutter dieses Grafen Flahaut, die an einen viel älteren Gatten verheiratet war, ein Verhältnis mit Talleyrand hatte, als dieser ein junger Abbé war, dessen Frucht eben dieser Sohn war. Dieser Filiation gemäss, die auch in der Familie Lansdowne als richtig angenommen wird, wäre der gegenwärtige Führer der Unionisten im Oberhause, mütterlicher Seite der Urenkel des einstmaligen Bischofs von Autun und nachherigen Prince de Bénévent.) Mensdorff.

Nr. 1814. Tel. nach Konstantinopel Nr. 304 (1), Rom Nr. 179 (2), Paris Nr. 148 (3), London Nr. 164 (4) und St. Petersburg Nr. 217 (5), 17. Nov. 1909 (chiffre 7 U.p.m.).^a Konz. (S. Kwiatkowski; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Der hiesige türkische Botschafter hat mir am 7. d. M. eine längere Cirkulardepesche der Pforte an ihre Vertreter bei den Kretamächten vorgelesen, in welcher unter Hinweis auf die Unhaltbarkeit und die Gefahren des jetzigen Zustandes betont wird, daß es dringend geboten sei, der Insel ein definitives und legales Regime zu geben, welches natürlich nichts anderes sein könne, als eine Autonomie unter der Souveränität der Türkei. Rechid Pascha fügte auftragsgemäss hinzu, die Pforte wisse wohl, daß wir in den kretensischen Angelegenheiten in 2ter Linie stünden, sie wende sich aber doch auch an uns, da wir als Großmacht an der Erhaltung des Friedens interessirt seien und dieses Interesse wiederholt manifestirt hätten. Indem ich dem Botschafter erklärte, daß ich seine Mitteilung über die Demarche der Pforte bei den Kretamächten à titre d'information zur Kenntnis nehme, stellte ich ihm, was das an uns gerichtete Ansuchen der Pforte betreffe, eine weitere Antwort in Aussicht. Als nun Rechid Pascha gestern behufs Entgegennahme derselben bei mir erschien, bemerkte ich ihm ungefähr Folgendes: Die Demarche der Pforte bei den Kretamächten strebe die Etablierung eines definitiven legalen Regimes auf der Insel unter Wahrung der Souveränitätsrechte der Türkei an. Dieser prinzipielle Standpunkt, auf welchem ja auch die vier Kreta-Mächte stünden, wie dies aus ihrer im Juli l. J. abgegebenen formellen Erklärung erhele, sei auch derjenige der k. u. k. Regierung, welche sich also in voller prinzipieller Übereinstimmung mit der Türkei und den Schutzmächten befinde. Wie bekannt, hätten wir im Jahre 1905 und später wiederholt ausdrücklich erklärt, daß wir in den kretensischen Angelegenheiten in zweiter Linie stünden und die Regelung der näheren Modalitäten derselben den vier Mächten überlassen müßten. Wir hätten aber stets hinzugefügt, daß eine Änderung in dem politischen oder staatsrechtlichen Verhältnisse der Insel ohne unsere Zustimmung nicht vorgenommen werden könnte. Diese unsere Stellungnahme, an der wir auch heute unentwegt festhalten, bilde für die Türkei eine Garantie mehr für die Aufrechterhaltung ihrer Souveränitätsrechte auf der Insel. Was

aber die Wahl des opportunen Zeitpunktes der definitiven Regelung und die näheren Modalitäten derselben betreffe, so müsse dies nach wie vor den Schutzmächten überlassen bleiben. Vorstehendes zu Euer etc. Information und Regelung Ihrer Sprache. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1715, 1786, 1810, 1835, 1913.

Nr. 1815. Bericht des Gesandten Eduard Otto aus Konstantinopel, 17. Nov. 1909 Nr. 111 B (eing. 20. Nov.).^{a)} Ausfert.

Der Minister des Äussern kam, als ich ihn am letzten Samstag aufsuchte, neuerlich mit einigen Worten auf die Entrevue von Racconigi sowie auf die Reise des Königs Ferdinand nach Serbien zurück. Aus seinen bezüglichen Bemerkungen liess sich deutlich entnehmen, dass das durch diese beiden nach Ansicht der Pforte in einem ursächlichen Zusammenhang stehenden Vorfällenheiten ausgelöste, gegen Russland und Italien miss-trauensvolle Unbehagen, hier noch immer anhält. ... *Handelspolitische Fragen.* ... Otto.

a) Vgl. n. 1792, 1811, 1817, 1853.

Tel. nach London, 17. Nov. 1909 Nr. 164 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 1814.

Nr. 1816. Privatschreiben nach London, 17. Nov. 1909 Nr. 3503. Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Privatschreiben vom 12. d. M. habe ich entnommen, dass nunmehr auch Seine Majestät König Eduard sich veranlasst gesehen hat, Ihnen gegenüber den bewussten Artikel des Dr. Friedjung zur Sprache zu bringen. Wie ich über diese Angelegenheit denke, ist Euer Exzellenz bereits aus meinem Schreiben vom 3. November d. J.^{a)} bekannt, dem ich nichts wesentliches hinzuzufügen habe. Ich bin im Bereiche meines Wirkungskreises gerne bereit, alles zu thun, um die zwischen uns und England bestandene Verstimmung zu beseitigen und auch auf die Presse in diesem Sinne einzuwirken. Es kann mir aber nicht zugemutet werden, dass es meine Aufgabe sei, allen irrigen Darstellungen, die über politische Ereignisse in die Öffentlichkeit gelangen, eine amtliche Richtigstellung auf dem Fuss folgen zu lassen. Die englische Regierung würde mit Recht ein ähnliches an sie gestelltes Ansinnen zurückweisen. Nun sind aber die Leistungen des Dr. Friedjung nicht anders zu beurteilen als die jedes andern Journalisten, da er, wie ich ausdrücklich wiederhole, mit dem Ministerium des Äussern in keiner wie immer gearteten Beziehung steht. Was er in in- oder ausländischen Zeitungen zu veröffentlichen für gut findet, ist seine Privatarbeit, auf die ich keinen Einfluss nehme, die sich aber auch nicht mit meiner Autorität decken kann. Dass seine Darstellung von dem Besuche des Königs Eduard in Ischl eine irriige war, habe ich niemals bestritten und dass sie meinen Intentionen keineswegs entsprach, beweist wohl sehr deutlich der Umstand, dass der Artikel der Vossischen Zeitung in der inländischen Presse keine Aufnahme fand, dass also alles geschehen ist, um seine Verbreitung

bei uns zu verhindern. Dr. Friedjung ist übrigens auch damals von autoritativer Weise darauf aufmerksam gemacht worden, wie wenig zutreffend die von ihm aufgestellten Behauptungen seien. Ich habe ihn seit Monaten nicht gesehen und behalte mir vor, bei einer nächsten Begegnung ihn über die Unrichtigkeit der von ihm vorgebrachten Version auch noch selbst entsprechend aufzuklären. Jetzt noch eine Richtigstellung des vor vielen Monaten erschienenen Artikels zu veranlassen, erscheint mir aber ganz inopportun, da damit kaum etwas anderes, als ein Wiederaufleben der nunmehr ruhenden Pressfehde erreicht werden könnte, und dies, wie auch M. Tyrell richtig bemerkt, der Wiederanbahnung unserer normalen freundschaftlichen Beziehungen zu England gewiss nicht zum Vortheil gereichen würde. Indem ich es Euer Exzellenz überlasse sich Sir Edward Grey gegenüber oder auch an höchster Stelle gelegentlich in diesem Sinne auszusprechen, erneuere ich etc.

a) n. 1782, 1800.

Tel. nach Paris, 17. Nov. 1909 Nr. 148 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 1814.

Tel. nach Rom, 17. Nov. 1909 Nr. 179 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 1814.

Nr. 1817. Erlaß nach Rom, 17. Nov. 1909 Nr. 3506.a) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Pogatscher).

Hochdieselben kennen aus den mündlichen Mittheilungen, die ich Euer Exzellenz gelegentlich Ihres Wiener Urlaubsaufenthaltes zu machen in der Lage war, den gegenwärtigen Stand unserer Verhandlungen mit dem italienischen Kabinett, betreffend den Austausch ergänzender Erklärungen zum Artikel VII des Dreibund-Vertrages. Über den Text der betreffenden Noten ist zwischen mir und Herrn Tittoni eine vollkommene Einigung zustande gekommen und ich werde Euer Exzellenz demnächst diesen Text mit den notwendigen Instruktionen in einer weiteren Weisung zukommen lassen. Für heute will ich Euer Exzellenz nur davon informieren, daß ich den Herzog Avarna, als er mir im Namen seines Ministers Mittheilungen über die Entrevue von Racconigi brachte, darauf aufmerksam machte, es sei eine Voraussetzung des von uns zur Ergänzung des Artikels VII des Dreibund-Vertrages abzuschließenden Accords gewesen, daß Italien Rußland gegenüber weder ein schriftliches noch ein mündliches Engagement besitze. Nach dem, was mir der Herr Botschafter gesagt habe, sei an dieser Voraussetzung auch in Racconigi nichts geändert worden. Ich habe weiters Herzog Avarna gegenüber bemerkt, daß, wenn Herr Tittoni sich mit Herrn Iswolsky darüber besprochen habe, welche Haltung sie einnehmen würden, wenn der status quo in der Türkei nicht mehr aufrecht zu halten sein würde, ich konstatieren müsse, daß zwischen Österreich-Ungarn und Italien eine Verständigung über diese Eventualität noch nicht vorliege. Da es mir not-

wendig erschien, Herrn Tittoni vor Augen zu führen, daß sich seine mündlichen Auseinandersetzungen mit Herrn Iswolsky mir nicht in derselben Richtung zu bewegen schienen, wie der von uns abzuschließende Accord, habe ich das, was ich zu Herzog Avarna geäußert hatte, schriftlich niedergelegt und ihm die betreffende Notiz Ende Oktober^{b)} übergeben. Ich ließ den Herrn Botschafter verstehen, daß es mir notwendig erscheine, daß Herr Tittoni von meiner in Abschrift mitfolgenden Aufzeichnung zustimmend Kenntnis nehme, bevor wir an den Austausch der bereits definitiv konzipierten Erklärungen schritten. Der Herr italienische Minister des Äußern hat inzwischen bestätigt, daß Italien Rußland gegenüber sich auch in Racconigi weder schriftlich noch mündlich gebunden habe; hingegen hat mir Herzog Avarna noch nicht eine Mitteilung darüber gemacht, daß Herr Tittoni auch das zweite und dritte Alinea meiner Aufzeichnung zur Kenntnis genommen habe. Indem ich Euer Exzellenz von dem Vorstehenden in Kenntnis setze, füge ich bei, daß dies zu Ihrer rein persönlichen Information geschieht und daß ich derzeit noch nicht im Sinne habe, Euer Exzellenz mit einer Démarche bei Herrn Tittoni zu betrauen; ich werde aber vielleicht in den nächsten Tagen in die Lage kommen, Euer Exzellenz telegraphisch zu beauftragen, Herrn Tittonis Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß es nur noch seiner zustimmenden Kenntnisnahme meiner Notiz bedürfe, um den Austausch der im Text festgestellten ergänzenden Erklärungen zum Artikel VII des Dreibund-Vertrages vorzunehmen.

a) Vgl. n. 1784, 1794, 1815, 1819. — b) n. 1768.

*Tel. nach St. Petersburg, 17. Nov. 1909 Nr. 217 (chiff. 7. U. p. m.).
Siehe n. 1814.*

Nr. 1818. *Privatschreiben des Sektionschefs Karl Freiherrn von Macchio nach Belgrad, 20. Nov. 1909.*^{a)} Konz. (S. u. G. Macchio).

Geheim. Schon in meinem geheimen Privatschreiben vom 14. l. M. habe ich erwähnt, dass man es auch hieramts für vorsichtiger halten würde, der Entfesselung eines Schrittes über die Echtheit der von Dr. Friedjung in seinem Prozesse zu produzierenden Unterschriften dadurch aus dem Wege zu gehen, dass man ihm nur die Vorlage der Abschriften gestattet. Von dieser Frage ausgehend, hat Dr. Friedjung die Bitte gestellt, ihm wenigstens ein Paar Faksimiles auszufolgen, damit er doch die Identität der Schrift der Dokumente mit der von Ihnen separat vorgelegten, auch von Stefanović geschriebenen Protokollcopie nachweisen könnte. Da nun kein einziges der Protokolle nicht wenigstens eine Unterschrift trägt, welche geeignet wäre zu einer Sachverständigen-Expertise zu führen, so erscheint es irrelevant, ob er ein oder mehr Faksimiles vorlegt. Unser Zweck würde nur erreicht, wenn er eben gar keines producirt. Wie immer aber schliesslich die Entscheidung Seiner Excellenz des Herrn Ministers ausfallen möge, so muss aber schon jetzt darauf hingewiesen werden, dass die Position Ihres Konfidenten Stefanović in Belgrad durch diesen Process unhaltbar werden kann. Ja Ihre Bemerkungen in dem gefälligen Schreiben vom 13. d. M.

deuten darauf hin, dass schon jetzt ein prononcirtes Misstrauen gegen ihn herrschen mag. Ob nun Originale oder nur Abschriften auf den Gerichtstisch niedergelegt werden, darüber, dass die Protokolle von Stefanović geschrieben sind, kann kein Zweifel bestehen. Es wird nur die Frage sein, wie sie in unsre Hände gelangten. Es kann nun behauptet werden, dass sie dem Stefanović gestohlen wurden, aber ebenso auch, dass er ein Verräter ist. Schliesslich wäre es auch denkbar, dass er sich, wenn er Gefahr wittert, noch rechtzeitig auf die Gegenseite stellt und selbst leugnet, dass er was immer mit diesen Dokumenten zu tun habe. Ich erlaube mir nun Sie, verehrter Graf, zu ersuchen umgehend Ihre Ansicht über diesen Punkt auszusprechen. Denn eventuell wird man ja daran denken müssen, Stefanović rechtzeitig aus Belgrad verschwinden zu machen, wobei wir eine Art moralische Verpflichtung haben für seine weitere Existenz Sorge zu tragen. Sein zeitgerechter Übergang auf das andere Donauufer dürfte ebenso im Falle seine Sicherheit in Gefahr ist, wie denn insbesondere für uns erwünscht sein, wenn dadurch noch vermieden werden kann, dass er etwa schließlich noch ein Atout in den Händen der Kläger wird. Dabei ist aber auch zu erwägen, dass sein Verschwinden dort Aufsehen machen wird, allerdings wäre es wieder ein indirektes Symptom für den Wert unserer Dokumente. In Gewärtigung Ihrer umgehenden Antwort mit dem Ausdruck etc.

a) Vgl. n. 1812, 1821, 1822, 1825.

*Nr. 1819. Tel. nach Rom, 20. Nov. 1909 Nr. 181 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).*

Geheim. Ich hatte erwartet, dass Herzog Avarna dieser Tage bei mir erscheinen würde, um mir mitzuthellen, dass Herr Tittoni Kenntniss von meiner in dem geheimen Erlasse vom 17. I. M.^{b)} erwähnten Aufzeichnung genommen habe. Da dies bis jetzt nicht geschehen ist, ersuche ich Euer Exzellenz im Sinne meiner erwähnten Weisung, sich zu Herrn Tittoni zu begeben und ihn daran zu erinnern, dass ich nur die Mittheilung darüber erwarte, dass er von meiner Aufzeichnung Kenntniss genommen habe, um den Austausch der im Text bereits festgestellten ergänzenden Erklärungen zum Art. VII des Dreibundvertrages vorzunehmen. Ich sehe Ihrer telegrafischen Berichterstattung entgegen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1823, 1848. — b) n. 1817.

Nr. 1820. Privatschreiben an Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 20. Nov. 1909.^{a)} Konz. (S. Szápáry; G. Aehrenthal).

Das im Telegramm Nr. 206 vom 17. d. M.^{b)} signalisirte Schreiben Dr. Pollys^{c)} habe ich inzwischen erhalten und stelle es nunmehr Euer Hochwohlgeboren in der Anlage zur Verfügung.^{d)} Der Inhalt dieses Schriftstückes erweckt in der That die Vermuthung, daß Dr. Polly entweder mit Herrn Iswolsky selbst oder mit einem seiner Mitarbeiter gesprochen hat,

welcher mit dessen Ansichten vollkommen vertraut ist. Der Zweck dieser den Eindruck einer Anbiederung hervorrufenden Démarche ist allerdings unverständlich, da ich, wie begreiflich, für die Einleitung einer solchen Action mich doch nicht der Vermittlung Herrn Pollys bedienen würde. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren demnach, Dr. Polly bloß die Verständigung zukommen zu lassen, daß ich ihm für seine Mittheilungen bestens danken lasse und dieselben zur Kenntniss genommen habe. Zu Euer Hochwohlgeboren persönlicher Orientierung möchte ich noch hinzufügen, daß ich Fürst Ouroussoff, welcher sich bei mir eingefunden hatte, um mir für die Mittheilung meines Depeschenwechsels mit Herrn Souvorine zu danken, unter Hinweis auf das am 13. d. M. im „Fremdenblatt“ erschienene Communiqué ausdrücklich gesagt habe, ich hielte es für hoch an der Zeit, der für unsere Beziehungen so schädlichen Discussion ein Ende zu machen und die im Verfolge der jüngsten Krise de part et d'autre aufgetauchten Verstimmungen endlich aus der Welt zu schaffen. Ich muß annehmen, daß der Herr Botschafter über diese aus meinem Munde vernommenen concilianten Äußerungen nach Petersburg berichtet haben wird, und falls Herr Iswolsky, welcher seinerseits gewiß nicht von concilianten Gesinnungen erfüllt ist, dennoch den Wunsch hegen sollte, zur Herstellung einer freundlicheren Atmosphäre zwischen Wien und Petersburg beizutragen, ist er jederzeit in der Lage, sich zu diesem Zwecke des hiesigen russischen Botschafters zu bedienen. Die Antwort des Grafen Berchtold auf den ihm durch Euer Hochwohlgeboren übermittelten Brief Herrn Iswolskys geht mit heutigem Courier nach Petersburg ab; ich werde veranlassen, daß ungefähr gleichzeitig mit dem Empfange dieses Schreibens durch Herrn Iswolsky im „Fremdenblatt“ ein Communiqué erscheine, welches der Behauptung, daß Graf Berchtold den Artikel „Vox alterae partis“^{e)} inspirirt habe, entgegentritt.

^{a)} Vgl. n. 1809, 1836, 1924, 1941, 1942. — ^{b)} Im Tel. 206 aus St. Petersburg, 17. Nov. 1909 berichtet Szilassy, daß Dr. Polly ihm sein Schreiben an Aehrenthal gezeigt. Scheine ihm Wichtigmacherei Pollys, aber tatsächlich habe dieser mit Iswolsky verhandelt. Es sei unerklärlich, daß Iswolsky wiederum Annexionspolemik aufnehme. — ^{c)} Herausgeber der „St. Petersburger Politischen Korrespondenz“. — ^{d)} In diesem Schreiben (vom 2./15. Nov. 1909) befürwortet Dr. Polly eine „Überbrückung der Gegensätze“ zwischen Österreich-Ungarn und Rußland und eine Einstellung der Pressefehden.“ — ^{e)} „Fortnightly Review“, Heft vom 1. Nov. 1909, S. 777.

Nr. 1821. Privatschreiben Dr. Heinrich Friedjungs an Graf Aehrenthal, 20. Nov. 1909.^{a)} Eigh. Ausfert.

Die gestrige Unterredung, die Euer Excellenz mir zu gewähren die Güte hatten, brachte mir überraschend und völlig unvorbereitet eine niederschlagende Mitteilung von höchster Wichtigkeit; daher kam es, daß ich unter dem ersten lähmenden Eindrucke nicht alle geeigneten Argumente fand, um Euer Excellenz die Sachlage vollständig und überzeugend darzulegen. Der Schlag war auch zu plötzlich. Lagen mir doch, wie ich bereits gestern erwähnt, bei der Niederschrift meines Artikels vom 25. März d. J.^{b)}

mehrere Dutzende Photographien als Beweisstücke vor, von denen ich etwa ein halbes Dutzend als die geeignetsten auswählte — und nun, nach acht Monaten, etwa 18 Tage vor meinem Proceß erfuhr ich zu meiner schmerzlichen Enttäuschung, daß die Überlassung der Facsimiles zweifelhaft geworden sei. Es ist vor Allem ein rein sachliches Argument, das ich dem gegenüber der neuerlichen Erwägung Euer Excellenz unterbreite. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn ich dem Gerichte bloß Kopien vorlege, die Anhänger der serbisch-kroatischen Koalition und die Pensionäre des serbischen Dispositionsfonds dies als durchschlagenden Sieg betrachten werden. Die öffentliche Meinung in Kroatien wird vollständig auf ihre Seite treten; man wird nicht ohne Grund sagen, daß dem Agramer Hochverratsproceß^{c)} ein gleiches Verfahren in Wien gefolgt ist, ohne daß hier wie dort entscheidendes Beweismaterial geliefert wurde. Wenn jemand, wie ich es getan habe, die Behauptung aufstellt, Supilo und Genossen hätten Geld von der serbischen Regierung bezogen und wenn er zum Beweise nur Kopien vorlegt, so sind meine Proceßgegner in der Lage, sich wieder als Märtyrer hinzustellen. Man kann sich denken, mit welcher Heftigkeit man das Schlagwort von der „Wiener Kamarilla“ gebrauchen und missbrauchen wird. Ich bitte Euer Excellenz wen immer zu fragen, der im öffentlichen Leben steht, und jedermann wird meine Voraussagung für richtighalten. Von mir selbst spreche ich erst in zweiter Reihe. Ich wäre bloßgestellt — denn man wird sagen, daß ein Ehrenmann die schwerwiegenden von mir erhobenen Beschuldigungen nur vorbringen darf, wenn er sich im Besitze von beweiskräftigen Dokumenten befindet. Kopien sind bloß ein in zweiter Linie beweiskräftiges Material. Es unterliegt aber keinem begründeten Zweifel, daß die Protokolle des Slovenski Jug echt sind. Da ich in meinem von Euer Excellenz durchgesehenen Artikel ausdrücklich gesagt habe, daß mir Dokumente zur Verfügung stehen, so muß ich als Historiker diese Schriftstücke zu meiner Deckung vorlegen. Das ist der springende Punkt und es verschlägt nichts, ob der Artikel von einem Historiker oder einem Publizisten herrührt. Wenige Monate sind es her, daß die Wiener kaiserliche Akademie der Wissenschaften mich zu ihrem korrespondierenden Mitgliede ernannte. Man wird in ihren Kreisen sehr erstaunt sein, wenn ich ohne durchschlagendes Material vor die Geschworenen trete. Euerer Excellenz konnten bei den hohen Pflichten Ihres Amtes und bei Ihrer umfassenden wie unermüdlichen Wirksamkeit nicht alle Momente gegenwärtig sein und auch dieser Brief kann nicht alle entscheidenden Gründe erschöpfen, wenn er nicht unmäßig anschwellen soll. Daher geht meine inständige Bitte dahin, Euer Excellenz mögen, bevor eine für mich ungünstige Entscheidung fällt, mir noch eine Unterredung gewähren. Ich hoffe auf Erfüllung dieser Bitte, da meine tiefe Ergebenheit für Euer Excellenz und mein Vertrauen in Ihre Gerechtigkeitsliebe mich mit der Überzeugung erfüllen, Euer Excellenz werden sich den obigen und den noch vorzubringenden Gründen nicht verschließen können.

Heinrich Friedjung.

^{a)} Vgl. n. 1818, 1822. — ^{b)} Das Manuskript dieses Artikels liegt vor. Vgl. n. 1538 Anm. b. — ^{c)} Vgl. n. 1769 Anm. e.

Nr. 1822. *Privatschreiben aus Belgrad an den Sektionschef Karl Freiherrn Macchio, 21. Nov. 1909.a) Eigh. Ausfert.*

Den beiliegenden Artikel der „Politika“, ^{b)} welcher heute erschien, beehre ich mich zur geneigten Durchsicht vorzulegen. Das Geschimpfe gegen Graf Aehrenthal, mich und so weiter ist nebensächlich und gehört zum täglichen Brote dieser meist verbreiteten, in der Belgrader Presse die erste Stelle einnehmenden Zeitung. Interessant ist nur die Nachricht „aus verlässlicher Quelle“ (hinter der Politika stehen oft Spalajković und andere Beamte des Auswärtigen Amtes), dass man am Ballplatze an den für den Process Friedjung vorbereiteten Dokumenten zu zweifeln beginnt, die Schuld für den Aufsitzer der Gesandtschaft zuschiebt und so weiter. Wirklich, Dr. Friedjung plauscht zu viel!! Dies wundert mich nicht und wohl auch das Ministerium nicht, nach all den thörichten Interviews und Artikeln des Gelehrten, der ein Historiker aber kein Politiker ist. Der Artikel der Politika ist officiös inspirirt, was ich daraus schliesse, dass er sich sichtlich auf das bewusste Hauptdokument bezieht, welches Horvath nicht uns aber der ungarischen Regierung im Sommer 1907 lieferte. Durch die aus der bekannten Quelle stammende Indiscretion der Reichspost ist dieses Dokument hier public und bekannt geworden. Spalajković schwor mir vor ungefähr 1½ Jahren, der Inhalt sei falsch, er sei nie in Semlin gewesen, kenne Pribicsević und Budisavljević nicht und so weiter. Auch Milovanović erwähnte einmal dem Legations-Secretär Franz, dass dem Ballplatze, wie dies seitens Confidenten oft geschehe, Fälschungen eingesendet worden seien. Bei einer eventuellen Veröffentlichung würde sich dies eruiren lassen. Wie ich Euer Excellenz schon schrieb, stammten Horváths Sachen theilweise von einem Beamten des Auswärtigen Amtes, der also in der Lage war eventuell geschickt zu fälschen. Ich schrieb gleichfalls Euer Excellenz, dass ich Grund habe anzunehmen, dass in Folge von Dr. Friedjungs Herumredereien hier auch gewittert wird, dass wir aus dem Slovenski Jug stammende Informationen haben könnten. Hiedurch ist es den Serben erleichtert, ihre Vertheidigung vorzubereiten und auszusinnen, wie sie am Besten alles als Fälschungen glattweg wegleugnen können. Wenn sie unsere Quelle entdecken, werden sie in ihrer Schlauheit noch unsere Confidenten als Helden, die uns aufsitzen liessen, feiern. Auf diese Weise retteten sich im Táncsos-Müllerschen Processe^{c)} auch zwei gute Confidenten (die zwei Radovanović). Der Artikel der Politika zeigt uns die Vorbereitung der Vertheidigung der serbischen Regierung: qui s'excuse, s'accuse. Das Facit bleibt aber stets, dass der Friedjungsche Artikel vom 25. März^{d)} zur Conflictszeit inspirirt wurde; der Process uns aber jetzt, wo wir ein normales Verhältnis zu Serbien, einen Handelsvertrag und so weiter anstreben, gar nicht passen kann. Friedjung wird sicherlich freigesprochen werden, aber seine Person ist von geringem Belange für das Staatswohl. Dagegen wird durch den Process und durch die Dokumente — ob echt oder unecht, der Inhalt ist jedenfalls nur zu authentisch — die serbische Politik und besonders der gegenwärtig wiederum leitende Staatsmann, Herr Pašić, so compromittirt werden, dass wir auf die natürliche Reaction gefasst sein müssen. Ich kann darin momentan kein Interesse für uns erblicken. Es wäre der Politika eigentlich zu viel

Ehre antun, aber vielleicht (?) wäre es für die weitere Entwicklung nützlich, in einer inspirierten Antwort oder in einem Communiqué zu erklären, dass der Process und die Beweismittel Dr. Friedjung und seine Kläger angingen und nicht die k. u. k. Regierung und deren am Processe in keiner Weise beteiligten Organe. Es ist wirklich zu lästig, dass wir in der Sache so viel correspondiren müssen!

Forgách.

a) Vgl. n. 1818, 1821, 1824, 1831. — b) In dem Artikel der „Politika“ vom 21. Nov. 1909 heißt es: „... Wir haben aus verlässlicher Quelle erfahren, daß in dem Wiener Ministerium des Äußern deswegen große Verzweiflung eingetreten ist. Sie haben sich jetzt erst überzeugt, daß alle Dokumente, von welchen behauptet worden ist, daß sie aus dem serbischen Ministerium des Äußern stammen, falsch sind, und daß Graf Aehrenthal den Professor Friedjung fürchterlich drangekriegt hat, indem er ihm gesagt hat, er solle die serbokroatische Koalition klagen. Die Schuld dafür wird auf die hiesige oesterreich-ungarische Gesandtschaft geschoben, welche nicht die genügende Achtsamkeit bei den ihr unterschobenen und anvertrauten Dokumenten gehandhabt hat. Es wird behauptet, daß aus dieser Ursache bereits der erste Sekretär der Belgrader Gesandtschaft, Herr Franz, entfernt worden ist, von welchem man weiß, daß er sich im verflossenen Winter gegenüber hiesigen Diplomaten ganz offen geprahlt hat, daß er jeden Akt des hiesigen Ministeriums des Äußern, ja selbst den vertraulichsten, um 5 Dinar erhalten könne. Aber dieses Hauptdokument, wegen dessen der Professor Friedjung jetzt so jämmerlich ganz unschuldig eingeht und wegen dessen der Ballplatz sich jetzt dem Gelächter ganz Europas aussetzen wird, gehört nicht zu den Verdiensten des Herrn Franz, sondern des Grafen Forgách, dessen rasche Karriere bei den österreichischen Diplomaten ohnedies Neid hervorruft. Es scheint, daß infolge dessen Graf Forgách von Belgrad abberufen werden wird. Statt an die Stelle des Botschafters in Petersburg, wird Graf Forgách aller Voraussicht nach zum Löwenthal nach Bern oder als Gesandter nach Lübeck abgehen.“ Ein inhaltlich vollständig gleichlautender Artikel in der „Stampa“ wurde im Ausschnitt und Übersetzung vom Chef des Generalstabs, Freiherrn Conrad von Hoetzendorf, unter dem 24. Nov. 1909 dem Grafen Aehrenthal eingesandt. — c) Vgl. n. 1769 Anm. c. — d) Vgl. n. 1538 Anm. b.

Nr. 1823. Tel. aus Rom, 21. Nov. 1909 Nr. 227 (eing. 22. Nov. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.

Geheim. Antwort auf Telegramm No. 181 von gestern. Herr Tittoni nimmt unbedenklich auch die beiden letzten Alineas der Aufzeichnung Euer Excellenz zustimmend zur Kenntnis und hofft, dass der Notenaustausch nunmehr wann immer erfolgen könne. Die von Euer Excellenz eventuell in den Delegationen in Aussicht genommenen Erklärungen bezüglich Racconigi entsprächen genau den Tatsachen. Bei diesem Anlasse fügte er bei: Die ergänzenden Erklärungen zum Artikel VII könnten immerhin einmal von grossem praktischen Werte sein, und zwar in erster Linie bei Erneuerung des Dreibundvertrages. Sie würden es der italienischen Regierung ermöglichen, wahrheitsgetreu vor der öffentlichen Meinung zu erklären, dass eine Modifikation des ursprünglichen Vertrages stattgefunden habe; „personne ne saura de quoi il s'agit mais le renouvellement ne s'en fera que d'autant plus facilement.“ Ces dernières paroles ont été dites sur un ton de boutade, moitié en riant, mais il est évident que Monsieur Tittoni est très satisfait de l'accord établi.

Lützow.

^{a)} Vgl. n. 1829.

Nr. 1824. Erlaß nach Belgrad, 22. Nov. 1909 Nr. 3525.a) Konz. (S. Kwiatkowski; V. u. G. Aehrenthal).

Den Hauptgegenstand meiner Conversation mit Herrn Milovanović, der mich am 20. I. Mts. auf der Durchreise besuchte, bildete natürlich die Frage des Abschlusses eines Handelsvertrages. Hierüber informierte ich Euer Hochgeboren an anderer Stelle. Die ganze Unterredung mit dem Herrn serbischen Minister des Äußern wickelte sich glatt und in freundschaftlicher Weise ab. Von seiner Reise in den übrigen europäischen Hauptstädten sprechend, hob Herr Milovanović hervor, daß er überall den nachdrücklichen Wunsch der Regierungen constatiren konnte, den Frieden zu erhalten. Überall habe man ihm in entgegenkommender Weise versichert, daß Serbien auf die Sympathien der Mächte rechnen könne, solange es sich um seine Entwicklung auf friedlichem Wege bemühe. Dies und nichts anderes, so bemerkte Herr Milovanović, könne das Programm der serbischen Regierung sein und in diesen Rahmen gehöre natürlich auch in erster Linie ein gutes nachbarliches Verhältnis zur Monarchie. Ich quittierte diese Versicherungen, indem ich betonte, daß es auch mein aufrichtiges Bestreben sei, ein solches Verhältnis zu Serbien herzustellen und demselben, soweit es uns möglich sei, entgegenzukommen. Wenn Serbien eine friedliche auf seine innere Consolidierung gerichtete Politik verfolge, könne es auf eine freundschaftliche Haltung Österreich-Ungarns rechnen. Die Monarchie blicke mit umso größerer Befriedigung auf die derzeitige zuversichtliche Beurteilung der Lage auf dem Balkan seitens der maßgebenden Faktoren der europäischen Politik, als sie es war, die vor mehr als 20 Jahren das Prinzip der selbständigen Entwicklung der Balkanstaaten als ihr Programm verkündete und seither an demselben unverrückt festhielt. Ich spielte hierauf auf die kürzlich gehaltene türkische Thronrede an mit der Bemerkung, daß diese Enunciation neuerlich das Bestreben des jetzigen Regimes in Konstantinopel bekunde, ernstlich die innere Erstarkung des Reiches herbeizuführen und nach außen eine ruhige friedliche Politik zu befolgen. Auf diese Weise sei Serbien seiner beiden großen Nachbarn sicher und könne sich ungestört seinen inneren Angelegenheiten widmen. Gegen Schluß der Conversation hielt ich es für opportun, Herrn Milovanović gegenüber den allem Anscheine nach im Dezember oder Jänner bevorstehenden Proceß gegen Dr. Friedjung zur Sprache zu bringen. Ich sagte ihm, daß dieser Proceß, der vielleicht etwas von sich reden machen dürfte, ein Überbleibsel aus der Zeit der letzten Krise sei und zu der geänderten gegenwärtigen politischen Situation und dem Bestreben der beiden Regierungen, ihr Verhältnis freundschaftlich zu gestalten, nicht recht stimme. Selbstverständlich hätte ich jedoch keinerlei Möglichkeit, diesen vollkommen privaten Proceß zu hindern, so wenig erwünscht mir auch derselbe aus dem angeführten Grunde sein möge. Bei der Beurteilung desselben müsse man sich aber immer vor Augen halten, daß derselbe zur Liquidirung der Vergangenheit gehöre und daher keine aktuelle politische Bedeutung habe. Ich würde auch, soweit mir dies möglich wäre, trachten, in unserer Presse dahin zu wirken, daß der Proceß in diesem Sinne aufgefaßt und nicht zu politischen Diskussionen oder Rekrimationen Anlaß gebe. Es läge im Interesse des

Zieles, das wir beide verfolgen, wenn auch die serbische Regierung in diesem Sinne auf die öffentliche Meinung einwirken würde, weshalb ich ihm nahelegte, meine Bemerkungen zur Kenntniss seiner Ministerkollegen zu bringen. Herr Milovanović, der sichtlich ängstlich wurde, als ich die Rede auf den fraglichen Prozeß brachte, dankte mir schließlich für meine Mittheilungen und bemerkte, er nehme sich vor, seinerseits in Belgrad beruhigend einzuwirken.

a) Vgl. n. 1822, 1825, 1831, 1841, 1847, 1904, 1939, 1972, 1988.

Nr. 1825. Privatschreiben aus Belgrad an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 22. Nov. 1909a). Eigh. Ausfert.

Nach Abgang meines gestrigen Briefes erhielt ich Euer Excellenz Schreiben vom 20. d. Mts., welches ich auftragsgemäß umgehend beantwortete. Die Frage, was mit Stefanović im Falle des Processes geschehen solle, hat mich auch schon lebhaft beschäftigt. Meine Beurtheilung wird dadurch erschwert, dass ich selbstverständlich nie mit ihm irgendwie direkt verkehrte und mein gegenwärtiger Mittelsmann Dragoman Hauptmann Swiętochowski ein braver Beamter ist, der alle Aufträge gut ausführt und seinen Pflichten bestens entspricht, dem aber der in diesen Sachen nothwendige Scharfsinn abgeht. Stefanović, der wie alle brauchbaren Confidenten ein schlauer Hallunke ist, ist ihm geistig weit über und spielt seine eventuellen im Gespräch versuchten Ausforschungen aus. Im Frühjahr bot sich, wie gemeldet, Stefanović an, über die Sawe mit einem Theile des Slovenski Jug-Archives zu fliehen, falls wir seine zukünftige Versorgung garantirten. Ob er es noch jetzt tun würde, weiß ich nicht. Seit einem Monate wird er immer zurückhaltender, verlangt zwar Geld, liefert aber eigentlich nichts. Falls es zum Processe kommt und in demselben unsere Dokumente irgendwie figuriren sollen, muss man versuchen, Stefanović hinüberzuloosen. Hauptsächlich wegen der in meinem gestrigen Briefe angedeuteten, in Euerer Excellenz Schreiben ausdrücklich erwähnten Gefahr, dass er ein Atout in den Händen der Kläger und der mit Letzteren solidarischen serbischen Regierung werden könnte. Hier wird selbstverständlich alles geleugnet werden in der feierlichsten Form. Es habe nie eine geheime Centralleitung des Slovenski Jug gegeben, Secretär habe überhaupt keiner existirt, Sitzungen, Protokolle, Rechnungen und so weiter seien alles Erfindungen und Fälschungen. Eventuelle beschworene Depositionen Stefanović's, wie er die Wiener Organe genarrt habe, wären natürlich die Krönung dieser Ausführungen. Wie sollen wir das Gegentheil beweisen?? Serbien oder unsere compromittirten Elemente in Croatien und Bosnien werden uns keine Zeugen liefern. Übrigens, wenn wir Stefanović über die Grenze bringen, haben wir auch noch keine Garantie, qu'il ne tourne pas casaque, falls ihn von hier für die Rückkehr größere Vortheile angeboten werden. Seine Flucht von hier wäre wahrscheinlich ein Skandal und bliebe nicht unbemerkt. Die Kläger würden sein Erscheinen in Wien verlangen. Zeugen à la Nastics sind höchst bedenklich und unsympathisch und die Verbindung mit ihm würde auf die k. u. k. Regierung und ihre Organe doch sehr bloßstellend wirken. Wir dürfen doch officiell mit dem Processe nichts zu tun haben! In allen unseren Erörterungen und Betrachtungen über die Modali-

täten des Processes und des Gebrauches der Dokumente bewegen wir uns in einem circulus vitiosus. Wenn, wie es mir nunmehr scheint, Dr. Friedjung seine Vertheidigung ausschliesslich auf confidentielle, ämtliche Dokumente basiren will und ihm nur dies möglich ist, dann ist der Process direkt eine politische Monstruosität und muss verhindert werden. Ein Aufschub von einigen Monaten ist hoffentlich erreichbar und daweil kann an einem Ausgleich gearbeitet werden. Ich sehe auch gar nicht ein, warum der Ruf des „Historikers“ Dr. Friedjung dadurch vermindert würde, wenn er einige in einem „politischen Tagesartikel“ aufgestellte Behauptungen unter irgendeinem Vorwande und mit einer politischen Ausrede modificiren oder zurückziehen würde! Ich theile ganz die mir von Euer Excellenz mitgetheilte Ansicht Seiner Excellenz des Herrn Ministers, dass zu der vermittelnden Rolle und zur Einwirkung auf die croatisch-serbischen Abgeordneten sich die ungarische Regierung am Besten eignen würde. Nachdem es aber Dr. Friedjung seit einiger Zeit beliebt, Ungarn in allen deutschen Tagesblättern anzugreifen, ist die Mithilfe einer ungarischen Regierung in seinem Interesse zweifelhaft. Doch ist seine Person bei den grossen am Spiele stehenden Interessen Nebensache. Fühlt er sich als Journalist, so ist er für uns uninteressant; ist er Politiker, so muss er auch kleine politische Opfer bringen. Der Process, wie er sich ihn denkt, ist eine politische Monstruosität. Confidentielle, geheime, durch ämtliche Organe erworbene Akten gehören nicht auf den Gerichtstisch eines politischen Processes, ob sie nun echt oder unecht sind. Überhaupt ist es schwer, in politischen noch so richtigen Behauptungen einen dokumentarischen Wahrheitsbeweis anzustreben. Man vergleiche den ganz analogen, demnächst in Budapest zu verhandelnden Process Polit contra Tomić. Jedes Kind in Serbien weiß, dass J. Tomić und seine Ujvidéker „Zastava“ von Belgrad bezahlt werden; genau weiß es Polit, der auch hier genascht hat. Aber gerichtlich dies beweisen ist eine andere Sache! Darüber, dass in Folge des Processes meine hier ohnehin so ziemlich abgeschlossene Thätigkeit mit einem grossen Skandale enden würde, dürfte ich mich leicht trösten. Aber die Welt dürfte doch arg den Kopf darüber schütteln, dass wir 1 Jahr nach der Annexion und $\frac{1}{2}$ Jahr nach dem „Friedensschluss“ Serbien und seine Staatsmänner neuerlich angreifen, nur wegen Dr. Friedjung geschlossene Wunden aufreissen und in innerpolitische Verhältnisse hineinleuchten, die in unserem eigenen Interesse nicht in die Secierstube des Gerichtssaales gehörten. Und warum Herrn Iswolsky die Gelegenheit geben, in der russischen, französischen und englischen Presse eine Hetze zu organisiren gegen die Leitung unserer äusseren Politik, welche noch immer auf Serbien herumtrete, hiezu durch ihre Organe sich echte und falsche geheime Dokumente beschaffen lasse und so weiter. Um Supilo und Consorten sowie um Dr. Friedjung wird sich wenig Interesse zeigen; wir und Serbien werden besprochen werden. Eine schlecht zugeknöpfte Weste muss ganz aufgeknöpft werden; ein so unnützer, wahrscheinlich gefährlicher Process muss ganz vermieden werden. Mit der ergebensten Bitte, mein Schreiben, falls möglich, dem Herrn Minister vorzutragen, bin ich etc.

Forgách.

a) Vgl. n. 1824, 1826, 1831.

Nr. 1826. Privatschreiben Dr. Heinrich Friedjungs an Graf Aehrenthal, 22. Nov. 1909.a) Eigh. Ausfert.

Euer Excellenz werden verzeihen, daß ich angesichts der Nähe des Proceßtermines genötigt bin, eine Beschleunigung zu erbitten. Ich selbst werde durch meinen Rechtsanwalt Dr. Edmund Benedikt gedrängt, der offenbar mit Recht darauf hinweist, daß er selbst Einblick in die Sachlage durch Autopsie gewinnen muß. Schon haben sich, wie er mir meldet, 70 Berichterstatter aus allen Teilen Europas beim Wiener Landesgericht um Einlaßkarten gemeldet: die plötzliche Wendung der Angelegenheit erfüllt ihn mit Unruhe. Es war geplant, Baron Pitner solle ihn besuchen, um ihn zu informieren. Baron Pitner hat jedoch diese Unterredung aus Mangel an Zeit hinausgeschoben. Deshalb bitte ich Euer Excellenz, so gültig zu sein, Herrn Dr. Edmund Benedikt selbst zu empfangen. Euer Excellenz werden in ihm einen der hervorragendsten Juristen Wiens, einen Mann von untadeliger Diskretion kennen lernen. Wenn ich nicht irre, ist meine Zuziehung zur Unterredung praktisch, wenn auch nicht notwendig. Der gültigen Erledigung entgegensehend zeichne ich

Heinrich Friedjung.

Ich bitte die eilige Schrift zu entschuldigen.

a) Vgl. n. 1825, 1827.

Nr. 1827. Privatschreiben Dr. Heinrich Friedjungs an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 22. Nov. 1909.a) Eigh. Ausfert.

In Ergänzung des Gespräches, welches Euer Excellenz mir gestern zu bewilligen die Güte hatten, ist bezüglich des M. Stefanović folgendes nachzutragen. Sein Verschwinden aus Belgrad wird voraussichtlich auch dann notwendig sein, wenn die Facsimiles nach seiner Schrift nicht vorgelegt werden würden. Denn schon die Kopien von 1—2 Dutzend Protokollen des Slovenski Jug, die ich dem Gerichte unterbreiten muss, lenken den Verdacht auf ihn. Noch mehr der Umstand, daß sich darunter Protokolle befinden über die gemeinsamen Sitzungen des Slovenski Jug und des Banden-Ausschusses. Ohne Zweifel waren auch diese Schriftstücke in seiner Verwahrung. Seine Auftraggeber werden über den Ursprung der Enthüllungen keinen Zweifel hegen. Wenn also Stefanović nicht in einem serbischen Kerker verschwinden soll, so wird er Belgrad vor dem Processe wol verlassen müssen. Somit kann kein Bedenken obwalten dem Gerichte seine Handschrift vorzulegen. Schon vor zwei Wochen ungefähr übergab ich Herrn Baron Pitner die Liste derjenigen Protokolle des Slovenski Jug, von denen die Photographien erwünscht wären, mit der Bitte, die Platten aus Belgrad kommen zu lassen. Ich weiß nicht, ob die Sendung bestellt wurde und angelangt ist. Deshalb mache ich im Folgenden einige Protokolle namhaft, durch die — auch ohne die Unterschriften — wichtige Fakten erwiesen werden könnten. Auf dem beiliegenden Blatt^{b)} finden Euer Excellenz die betreffenden Daten. Wie immer die Entscheidung Seiner Excellenz des Herrn Ministers ausfallen möge, so ist es dringend notwendig,

mit aller Raschheit vorzugehen. Denn der Termin des Processes ist nahe, und die Herstellung neuer Photographien erfordert Zeit. Der Skeptizismus der Herren vom Informationsbureau war, so gewissenhaft und pflichttreu auch in diesem Bureau gearbeitet wird, für das energische Vorgehen wol nicht förderlich. Ausser jener Liste übergab ich vor etwa drei Wochen Herrn Baron Pitner eine Liste mit Anfragen, deren Beantwortung, so weit dies möglich sei, mir zugesagt wurde. Ich bitte Euer Excellenz inständig, die baldige Beantwortung gütigst veranlassen zu wollen. Handelt es sich hiebei doch nur um Erhebung gewisser Daten, welche mit der Frage der Facsimiles nicht im Zusammenhang stehen.

Ich war mit meinem Schreiben vormittags bis hieher gekommen, als ich, durch das Drängen meines Rechtsanwalts Dr. Benedikt veranlasst, mich gegen Mittag in das Ministerium des Äußern begab. Hier erfuhr ich von Baron Pitner, daß die Bestellung der Platten, welche ich in meiner Liste verzeichnet hatte, nicht zu Ende geführt worden sei, da unterdessen die Wendung eintrat, es wären für den Process keine Dokumente d. h. keine Photographien herauszugeben. Es ist sehr bedauerlich, daß diese Bestellung unterblieb. Es hätte sich doch empfohlen, das Waffenarsenal für alle Fälle zu vervollständigen, ob nun die Waffen gebraucht werden oder nicht. Verzeihen Euer Excellenz mein Drängen, es erklärt sich aber aus meiner peinlichen, gewiß nicht durch mich verschuldeten Lage. Es handelt sich aber weniger um mich als um die Interessen der äußeren Politik. Ich muß meinem Rechtsanwalt Dr. Benedikt beitreten, wenn er mit den stärksten Argumenten deduciert, die Nichtvorlegung von beweiskräftigen Dokumenten würde zur Folge haben, daß alle Welt erklären würde, das Ministerium habe sich durch Falsifikate täuschen lassen. Das ist, wie ich am besten weiß, unrichtig, da die Dokumente echt sind. Ich habe die letzteren eben mit eigenen Augen gesehen — in diese Lage muss auch das Gericht gebracht werden.

Heinrich Friedjung.

a) Vgl. n. 1826, 1831. — b) Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 1828. Aufzeichnung des Hof- u. Ministerialsekretärs Georg Freiherrn von und zu Franckenstein über ein in Donaueschingen geführtes Gespräch mit dem deutschen Kaiser Wilhelm II., 23. Nov. 1909. a) Eigh. Aufzeichnung.

S. M. Kaiser Wilhelm hat in meiner Gegenwart in Donaueschingen zwei Eventualitäten der Zukunft besprochen: die Entstehung eines slavischen Balkanbundes unter russischer Patronanz, und die Wahrscheinlichkeit eines Rassenkampfes dieser Gruppe gegen die centralen Kaisermächte. S. M. hat mit Entschiedenheit bei zwei Gelegenheiten betont, dass es zu diesem Rassenkampfe bestimmt kommen werde, und auf diese bezügliche Frage geantwortet: „Wohl in den nächsten 5 oder 6 Jahren.“ Die Bildung eines Balkanbundes schien Kaiser Wilhelm für sehr wahrscheinlich zu halten, wobei Er sich über die russophilen Bethuerungen General Paprikoffs bei der jüngsten Sobranjeeröffnung geärgert und von tiefem Misstrauen gegen König Ferdinand von Bulgarien erfüllt zeigte. Im Hinblick auf diese

beiden Eventualitäten hält S. M. — wie Höchstderselbe sehr eindringlich und temperamentvoll ausführte — den Abschluss einer Convention zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei^{b)} für überaus wünschenswerth. Auf meine allerunterthänigste Bemerkung, dass das jungtürkische Regime vielleicht noch nicht genügend consolidirt sei, erwiderte S. M., dass Er nicht an die jungtürkischen Schreier und Maulhelden, sondern an die ganz vorzügliche türkische Armee denke. Er habe eine Militärconvention im Auge, die eventuell ohne Mithilfe der Diplomaten direct zwischen dem österreichisch-ungarischen und dem türkischen Generalstabe für ganz bestimmte Fälle abzuschliessen wäre. „Wenn es gewünscht würde, wäre ich gerne bereit, General von der Goltz einen Wink zu geben, damit er in dieser Angelegenheit eventuell vermittele.“ S. M. wiederholte sodann mehrmals: „Sagen Sie dies in Wien ... aber dann mal hurtig vorwärts.“ Hieran anknüpfend besprach der Kaiser, wie vortheilhaft ein enges Einvernehmen mit der Türkei wäre, welches auch gegebenenfalls dazu benützt werden könnte, um den Engländern in Indien das Leben sauer zu machen. Kaiser Wilhelm erwähnte sodann, Er bedauere, dass wir nicht gleich nach der Annexion in Serbien einmarschiert seien. Auf meine allerunterthänigste Bemerkung, dass ein Feldzug gegen das Savekönigreich den Weg zu einer allmäligen Besserung der Beziehungen zwischen der Monarchie und Russland wohl für lange Zeit verlegt haben würde, erwiderte S. M., dass Er die Wiederherstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Österreich-Ungarn und dem Zarenreiche nun, da der Krieg vermieden worden sei, für ebenso unwahrscheinlich halte, da man es uns in Russland nicht verzeihen werde, dass wir die Schutzmacht der Orthodoxen und des Slaventhums durch die Annexion in den Augen der slavischen Balkanstaaten blossgestellt hätten.

Frænckenstein.

a) Vgl. n. 1805, 1839. — b) Vgl. n. 1811, 1833 Anm. d.

Nr. 1829. Bericht aus Rom, 23. Nov. 1909 Nr. 73 A (eing. 25. Nov.).a)
Ausfert.

Geheim. Ich habe meinem Telegramm No. 227 vom 21. d. Mts. nur wenig beizufügen, denn meine diessbezügliche Unterredung mit Herrn Tittoni war nur eine Sache von wenigen Minuten. Der offene und vertrauensvolle Ton unserer Beziehungen zu einander und meine genaue Kenntniss seiner Denkweise boten mir die Gewissheit, dass die Kenntnissnahme der mir mit Erlass vom 17. d. Mts. Z. 3506, Geheim mitgetheilten Aufzeichnungen bei Herrn Tittoni auf keine Bedenken stossen würde. Der Minister hörte mich ruhig an und erwiderte darauf: A vrai dire, j'avais l'impression d'avoir déjà dit, que je prenais connaissance du promémoria dans sa totalité, sans réserve aucune, mais je suis enchanté de vous le répéter. En particulier ce que M. le Comte d'Aehrenthal se propose de dire, le cas échéant, aux délégations concernant l'entrevue de Racconigi répond exactement au véritable état de choses. Die Schlussworte der Unterredung (Tittoni ist durch Fragen der inneren Politik gegenwärtig stark in Anspruch genommen) habe ich in meinem vorcitirten Telegramme ziemlich

textuell wiedergegeben. Selbstverständlich wird niemand auf den Gedanken kommen, ihnen die Bedeutung beizulegen eines formellen Engagements, den Dreibund zu erneuern; aber auch in der Form, wie der Ausspruch erfolgte, erscheint er mir, vom Minister zum Botschafter gesprochen, für uns ein atout von nicht ganz untergeordneter Bedeutung. Lützw.

a) Vgl. n. 1833 Anm. b, 1848.

Nr. 1830. Privatschreiben des ehemaligen^{a)} Gesandten in Sofia, Grafen Douglas Thurn aus Schloß Bleiburg in Kärnten, 23. Nov. 1909.^{b)} Ausfert.

Ich erhalte im Augenblicke den beiliegenden Brief Dobrowitch', welcher offenbar entschuldigen soll, warum König Ferdinand bei seiner diesmaligen Durchreise durch Wien von Deinem freundlichen Anerbieten, Dich mit Ihm auszusprechen, keinen Gebrauch gemacht hat. Es sieht Ihm dieses Vorgehen übrigens ganz ähnlich, und wollte Er offenbar einerseits hiedurch noch mehr markiren, wie sehr Sein zart besaitetes Gemüth noch gekränkt ist; andererseits dürfte Ihm wol mit Rücksicht auf Russland und Seine neueste Anbiederung an Serbien gerade jetzt ein Zusammentreffen mit Dir nicht in den Kram gepasst haben! Dass Er mir aber durch Dobrowitch in dem Sinne des beiliegenden Briefes schreiben lässt, beweist aber, meiner Ansicht nach doch, dass Er nicht alle Verbindungen abschneiden und sich den Rückzug für einen Ihm geeignet scheinenden Moment doch noch wahren will. ... *Persönliches.* ... Thurn.

a) Graf Thurn hatte am 11. Oktober 1909 dem König von Bulgarien sein Abberufungsschreiben überreicht und war vom 12. Okt. 1909 bis August 1910 beurlaubt. — b) Vgl. n. 1799 Anm. c.

Beilage zu n. 1830. Schreiben des Kabinettschefs des Königs von Bulgarien S. D. Dobrovič an Graf Douglas Thurn; Sofia, 20. Nov. 1909. Ausfert.

Seine Majestät der König geruhte mich zu beauftragen, Ihnen für das freundliche Schreiben Allerhöchstseinen Dank zu übermitteln.^{a)} Mein Allergnädigster Herr ist Euer Hochgeboren sehr dankbar auch für die Liebenswürdigkeit, welche Sie hatten, Seiner Exzellenz dem Grafen Aehrenthal die Ausführungen Seiner Majestät bei Ihrer letzten Audienz auseinanderzusetzen und hat Sich gefreut über die Versicherung Seiner Excellenz, dass das bedauerliche Incident auf einem Missverständnisse zurückzuführen ist.^{b)} Seine Majestät der König, welcher Sich morgen auf einige Tage nach Schloss Ebenthal begeben wird, würde gern Seine Exzellenz dem Grafen Aehrenthal die verlangte Audienz gewähren, nur findet Seine Majestät, dass der hiezu passende Moment noch nicht gekommen ist. Il y aurait encore à craindre trop d'animosité de part et d'autre. Seine Majestät der König wäre jedenfalls sehr glücklich gewesen, Seiner Majestät dem Kaiser im Laufe des vergangenen Sommers begegnen zu können; ohne einen Wink aber seitens Seiner Apostolischen Majestät konnte der König doch wohl nicht Ihren Allerhöchsten Herrn in Seiner Ischler Villégiature stören. Es lag aber den Absichten des Königs vollkommen fern, Sich dem Kaiser gegenüber

unhöflich zu zeigen. Jedenfalls kann ich nur wiederholen, dass der König von Ihrem Briefe angenehm berührt war — c'est toujours quelque chose de gagné. Espérons que le temps, welche die Wunden heilt, fera le reste.
Dobrovitch.

a) Vgl. n. 1679 Anm. a. — b) So!

Nr. 1831. Privatschreiben des Sektionschefs Karl Freiherrn von Macchio nach Belgrad, 24. Nov. 1909.^{a)} Konz. (S. u. G. Macchio).

Geheim. Besten Dank für Ihre gefälligen Schreiben vom 21. und 22. d. Mts. Ihre im letzteren enthaltenen Betrachtungen über die möglichen Folgen des Friedjung-Processes sind gewiss objektiv sehr erwägenswert und richtig, entsprechen aber nicht mehr der tatsächlichen Entwicklung der Begebenheiten. Übrigens sagen Sie ja selbst, dass die ungarische Regierung kaum geneigt sein dürfte, zu Gunsten Friedjungs sich für einen anderen Ausweg zu interessiren. Nun hat es sich seit meinem Schreiben, in dem noch von der Möglichkeit eines solchen Auswegs die Rede war, herausgestellt, dass sowohl der österreichische als der ungarische Minister-Präsident für die Durchführung des Processes sind. Ihn zu verhindern, liegt also nicht in unserer Hand. Der Process ist für die am 9. Dezember hier beginnende ausserordentliche Schwurgerichtssession anberaumt. Wie Sie wissen, war es uns dabei, seit die Zweifel an der Echtheit einzelner Unterschriften aufgetaucht, darum zu tun, à tout prix zu vermeiden, dass es durch Vorlage der Facsimiles zu Schrift-Expertisen und dadurch zu endlosen Sachverständigen-Debatten komme, die zum Mindesten einen starken Bodensatz von Zweifeln zurücklassen würden. Um aber doch Dr. Friedjung nicht ganz seiner hauptsächlichsten Beweisstücke zu berauben und seine Process-Situation von vornherein unhaltbar zu machen, wurde der Ausweg gefunden und beschlossen, ihm nur die Abschriften der wichtigsten Protokolle zu überlassen, daneben aber aus gewissen saillanten Stücken die Facsimiles einzelner Passagen, jedoch ohne den Unterschriften, sowie die von Ihnen auch eingesendete Copie eines mit Tintenstift von Stefanović geschriebenen und unterschriebenen Protokolls. Somit wird Friedjung die Identität der Schrift des Stefanović mit der Schrift auf den ganzen Protokollen zu beweisen in der Lage sein, das ist für ihn wohl besser als nichts, und wird auf die, die sehen und hören wollen, schon einen gewissen Eindruck machen. Das sogenannte „Hauptdokument“ nämlich der Brief Spalajković's, den Horváth beschaffte, ist ganz eliminiert. Damit, dass die Gegenseite Alles leugnet und dass eventuell selbst Stefanović gegen uns aufgeboten wird, müssen wir uns abfinden, das können wir nicht hindern. Nach Ihrem letzten Schreiben ist ja die Vermutung nicht ganz abzuweisen, dass Stefanović schon jetzt ins andere Lager abgeschwenkt ist. Jedenfalls muss man annehmen, dass er vom Processe weiss, auch von der Atmosphäre des Misstrauens, die im Slovenski Jug herrscht. Wenn er sich bedroht fühlen würde, wäre er wohl selbst mit dem Wunsche bei uns gesichert zu werden, heranzutreten. Da er diess nicht getan hat, scheint mir (und diese Auffassung ist wohl auch zwischen den Zeilen Ihres Briefes zu lesen), dass wir uns um das Schicksal des Mannes nicht weiter zu kümmern brauchen.

Es wäre ja ein comble, wenn er unser Pensionär würde, und dann vielleicht, durch Drohungen eingeschüchtert, als Zeuge der Gegenpartei aufträte! Wenn es zu letzterer Eventualität wirklich käme, wird dieser coup weniger deplorabel wirken, wenn wir dann mit dem Manne wenigstens nichts mehr zu tun haben! Jetzt, da Sie genau wissen, wie die Dinge stehen, werden Sie auch am Besten beurteilen können, wie das weitere Verhalten gegen Stefanović einzurichten. Jedenfalls gehen die Dinge ihren Lauf und kann die Sorge für ihn sie nicht aufhalten. Besonderen Wert werden wir darauf legen, baldigst die von Baron Pitner erbetenen fotografischen Platten zu erlangen, damit diese Abzüge rechtzeitig fertiggestellt werden können. Übrigens werden Sie einstweilen aus dem jüngsten Erlasse^{b)} über die Unterredung Seiner Excellenz des Herrn Ministers mit Milovanović entnommen haben, wie unser hoher Chef die Sache weiter einzuleiten begonnen hat. Vielleicht, dass dies geeignet ist, die Situation etwas zu mildern. An Ihrer unerquicklichen Lage nehme ich aufrichtigen Anteil. Doch haben Sie dort schon so viel erlebt, dass Sie gewiss auch weiter mit stoischem Gleichmut die Ereignisse an sich herankommen lassen, auch unbekümmert um das, was die „Politika“ schreibt. Dem jetzt entgegenzutreten, ist nicht des Herrn Ministers Absicht. Wohl aber will er unmittelbar bei Beginn des Processes die Presse orientierend eingreifen.^{c)}

a) Vgl. n. 1827, 1832, 1841. — b) n. 1824. — c) So!

Nr. 1832. Tel. aus Belgrad, 24. Nov. 1909 Nr. 237 (eing. 5 U. p. m.).^a Entziff.

Geheim. Für Baron Macchio. Im Nachhange zu meinen letzten zwei Privatbriefen. Konfident übermittelt neuerlich ziemlich inhaltloses Protokoll, aber nur in Abschrift, behauptend, Entfernung der Originale sei wegen erhöhter Wachsamkeit unmöglich. Weiters meldet er, die Regierung habe von Wien Nachrichten erhalten, welche sie veranlassen, einige Mitglieder der Gesandtschaft und auch Beamte des Auswärtigen Amtes durch Detektive scharf zu überwachen. Er müsse daher Verkehr mit Dragoman einstellen, bis er sich überzeugt habe, inwieferne der letztere überwacht werde. Er werde aber trachten, Verbindung durch einen unserer nicht exponierten Kanzleibeamten aufrechtzuerhalten. Ich kann nicht feststellen, ob Konfident durch die über den Prozess und unsere Dokumente hier erschienenen Zeitungsartikel erschreckt ist und seinen Rückzug begründen will oder ob tatsächlich, wie man aus den inspirierten Zeitungsartikeln schliessen könnte, Regierung aus Wien Nachrichten erhalten hat und Vor-sichtsmassregeln trifft.

Forgách.

a) Vgl. n. 1831, 1837.

Nr. 1833. Privatschreiben an den deutschen Reichskanzler von Bethmann Hollweg, 24. Nov. 1909. Konz. (S. Aehrenthal).^{a)}

Ich danke herzlichst für die große Liebenswürdigkeit, die Ihrem Schreiben vom 15. d. M. zu Grunde gelegen ist. Es war mir in der That überaus werthvoll, von Ihnen direct eine Mittheilung über die mit Erzherzog

Franz Ferdinand geführten Gespräche zu erhalten und zu hören, daß Sie aus dem Munde des Erzherzogs neuerdings die Übereinstimmung in allen Fragen der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns und Deutschlands vernommen haben. Meinerseits eile ich, Ihnen zu sagen, daß Seine kaiserliche Hoheit ganz entzückt von dem so herzlichen Empfange zurückgekehrt, der ihm und seiner Gemahlin seitens Ihres Allergnädigsten Herrn und der Kaiserin zuteil wurde. Der Herr Erzherzog war ferner sehr erfreut, Euer Exzellenz Bekanntschaft gemacht und die Gelegenheit gehabt zu haben, mit Ihnen einen politischen Gedankenaustausch zu pflegen. Ich bin sehr dankbar, daß Sie, als im Gespräch mit dem Herrn Erzherzog Racconigi berührt wurde, eine ruhige Note anschlugen. Auch ich beurtheile den seit einiger Zeit zwischen Rom und Petersburg begonnenen Flirt — was die nähere Zukunft anbetrifft, — ohne Beunruhigung. Tittoni will, als echter Sohn seines Landes, womöglich nach allen Seiten hin politische Geschäfte entriren, zu dem Zwecke, Italiens Stellung unter den Mächten zu einer tonangebenden, womöglich entscheidenden zu gestalten. Sein Traum ist, den Vermittler zwischen Österreich-Ungarn und Rußland zu spielen. In dieser Richtung bewegten sich seine vor und in Racconigi geführten Gespräche mit den russischen Diplomaten. Denselben Zweck verfolgen die mit uns dem Abschlusse nahe stehenden Verhandlungen^{b)} hinsichtlich der Interpretation des Art. 7 des Dreibund-Vertrages. Tittoni spricht es offen aus, daß er mit der Zeit zu einem accord à trois zwischen Österreich-Ungarn, Italien und Rußland gelangen möchte, ein accord, welcher sich vielleicht in der Einbildungskraft des geschäftigen Collegen zu einer désinteressement-Erklärung aller Mächte in Ansehung der Balkan-Halbinsel verdichten sollte! Wie Sie durch Tschirschky wissen, sind wir über den Text der auszutauschenden Depeschen einig geworden. Ich habe es aber für nothwendig erachtet, vorher Tittoni darauf aufmerksam zu machen, daß sein Gedankenaustausch mit Iswolsky in Racconigi in Betreff dessen, was nach dem Aufhören des status quo in der Türkei zu geschehen hätte, eigentlich über unseren Bundesvertrag hinausgeht; in der That besteht zwischen Österreich-Ungarn und Italien nur eine uns beide verpflichtende désinteressement-Erklärung bezüglich Albaniens^{c)} und im Übrigen stehen wir auf dem Standpunkt des Art. 7 unseres Vertrages. Aus begreiflichen Gründen erachte ich es jetzt für nicht gerathen und auch nicht nothwendig, den Boden dieser Bestimmungen zu verlassen. Wir hoffen ja, daß die Türkei sich erhält und thunlichst stärker wird; eine Conversation über die zukünftige Kleider-Vertheilung wäre zum Mindesten überflüssig. Was Sie so freundlich waren, über die deutsch-englischen Beziehungen zu schreiben, hat mich lebhaft interessirt. Ich kann nur wiederholen, wie sehr es mich befriedigen würde, wenn die jetzt versöhnlichere Stimmung in England gegenüber Deutschland anhalten und mit der Zeit die Wege zu einem vertrauensvollen Verhältnisse ebnen könnte. Ausgeschlossen erscheint mir eine Orientierung der englischen Politik in dieser Richtung nicht ganz; sie wäre aufzufassen als ein Theil des Ergebnisses der vorjährigen Winter-Crise. Gestatten Sie, daß ich in diesem Zusammenhang eine Stelle aus meinem Briefe vom 20. Februar l. J. an Fürst Bülow hier erwähne. Ich

beglückwünschte Ihren Herrn Vorgänger zu dem gelungenen Besuch König Eduards in Berlin und fuhr dann fort: „Die Herzlichkeit, mit welcher englischerseits das deutsch-französische Übereinkommen über Marokko aufgenommen worden ist, ist gewiß symptomatisch und bestärkt mich in der Auffassung, die Sie schon in Ihrem Briefe vom 8. Jänner andeuteten, daß in der englischen Politik ein Wandel wahrzunehmen sei. Die practischen Engländer haben eben erkannt, daß eine Politik gegen Deutschland und Österreich-Ungarn eine Unmöglichkeit ist und schicken sich an, mit dem festen Block in Mittel-Europa zu rechnen. Diese bessere Einsicht kann von Deutschlands und unserem Standpunkte nur mit aufrichtiger Befriedigung begrüßt werden.“ Es liegt auf der Hand, daß die wahrnehmbare versöhnlichere Stimmung in England zum Theil auch auf die häuslichen Sorgen und die indischen Schwierigkeiten zurückzuführen ist. Vorderhand bleibt abzuwarten, welche politische Partei durch die bevorstehenden Wahlen an's Ruder gelangt. Mein Bestreben geht dahin, mit der Türkei auf gutem und freundschaftlichem Fuße zu bleiben, ein engeres Band jedoch, wenigstens vorläufig, nicht in's Auge zu fassen. Ich theile durchaus Ihre Auffassung, daß eine weitere Consolidation des neuen Regimes abgewartet werden muß, bevor es möglich sein wird, dem Projecte einer engeren Verbindung mit der Türkei näher zu treten. Osman Nizami Pascha hat mich auf der Rückreise nach Berlin aufgesucht und seinen Lieblingsgedanken mitgetheilt. Er sprach aber nicht von einer Militärconvention,^{d)} sondern von einer Entente zwischen Österreich-Ungarn, der Türkei und Rumänien, zu dem Ende, die Balkanstaaten im Zaume zu halten. Ich habe den Gedanken nicht a limine abgewiesen, denselben academisch, aber in durchaus sympathischer Weise besprochen, das Hauptgewicht darauf legend, daß die Türkei Zeit haben müsse, sich zu sammeln und zu stärken. Eine solche Politik erheische aber zunächst ein gutes Verhältniß mit allen Mächten, die übrigens im Interesse der Erhaltung des Friedens im nahen Orient den Erfolg des Consolidierungsprocesses in der Türkei wünschen müßten. Eine actuelle Bedeutung besitze die angeregte entente à trois somit noch nicht, was aber nicht ausschließe, daß eine solche Entente eines Tages im Interesse des status quo nothwendig werden könnte. Osman Nizami Pascha schien mit dieser Antwort ganz zufrieden zu sein. Ich sehe der Zeit meines Besuches in Berlin im Laufe des nächsten Winters mit besonderem Vergnügen entgegen, schon aus dem Grunde, um den unserem geschäftlichen und persönlichen Vertrauensverhältniß entsprechenden intimen Gedanken-Austausch weiter pflegen zu können. ... *Privates*. ...

^{a)} Laut Amtsvermerk vom Minister des Äußern eigenhändig reingeschrieben.

— ^{b)} Vgl. n. 1829. — ^{c)} Pribram, a. a. O. I 83; Martens, N. R. G. 3. S. X 68. —

^{d)} Vgl. n. 1828 Anm. b, 1834.

Nr. 1834. Privatschreiben nach Konstantinopel, 24. Nov. 1909 Nr. 3563. a)
Konz. (S. Kwiatkowski; G. Aehrenthal).

Der türkische Botschafter in Berlin, Osman Nizami Pascha, der mir durch Generalmajor Baron Giesl angekündigt und empfohlen war, hat mich auf seiner Durchreise durch Wien aufgesucht. Er betonte sofort, daß er

als Privatmann komme, gleichzeitig ließ er mich nicht im Zweifel darüber, daß er im Comité eine einflußreiche Stellung innehatte. Speziell mit Talaat Bey — den er nebenbei bemerkt als den eigentlichen Leiter der jungtürkischen Bewegung hinstellte — sei er im regen Meinungsaustausche und auch seine jetzige Demarche bei mir geschehe im Einverständnis mit dem Genannten. Osman Nizami Pascha führte aus, daß die Interessen der jungen Türkei sie an die Seite der centralen Kaisermächte wiesen und konkludirte in der Frage, ob mir nicht der Moment für gekommen schien, um eine Entente zwischen der Türkei einerseits Österreich-Ungarn und Rumänien anderseits abzuschließen. Ich erwiderte meinem Mitredner, daß ich mit dem Grundgedanken seiner Ausführungen ganz übereinstimme, denn auch nach meiner Meinung bestehe zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei eine vielfache Solidarität der Interessen. Ich könnte mir auch sehr leicht denken, daß in bestimmten Eventualitäten der weiteren Entwicklung der Dinge auf dem Balkan diese Interessensolidarität ihren konkreten Ausdruck in bestimmten Abmachungen zwischen beiden Staaten finden würde. Ich hätte während des ganzen Verlaufes der letzten Krise stets die weitere Entwicklung unseres Verhältnisses zur Türkei vor Augen gehalten und dies sei auch einer der Gründe gewesen, weshalb ich mich so sehr bestrebt hätte, den Ausbruch des Krieges mit Serbien zu vermeiden, denn ich hätte mir nicht verhehlt, daß, wenn eine österreichisch-ungarische Armee nach Nisch vorgerückt wäre, die Gegner der Monarchie leichtes Spiel gehabt hätten, um uns weiterer Absichten zu verdächtigen und speziell auch die Türkei zu beunruhigen und gegen uns einzunehmen. Die Hauptsache sei, so fuhr ich fort, daß die beiden Regierungen sich diese Interessensolidarität immer gegenwärtig halten und daß ihre allgemeine Politik sich in dieser Richtung bewege. Die konkrete Form des Zusammengehens in einzelnen speziellen Fällen würde sich dann leicht ergeben. Heute erschiene es mir verfrüht, dieses politische Verhältnis vertragsmäßig festzulegen und dies, wie mir scheine, namentlich vom Standpunkte der türkischen Interessen. Es sei nämlich meine Ansicht, daß die Türkei in der gegenwärtigen Phase ihrer Entwicklung gute und freundschaftliche Beziehungen zu allen Mächten benötige. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß z. B. die Mithilfe von französischem und englischem Kapitale heute für die Türkei ganz unerlässlich sei, um die Ressourcen des Reiches zu entwickeln und zu heben. Der Abschluß einer förmlichen Entente mit Österreich-Ungarn und Rumänien würde auf die Dauer kaum unbekannt bleiben und auf die Beziehungen der Türkei zu der einen oder anderen Macht nicht ohne Einfluß bleiben. Daher glaubte ich, meine Ansicht dahin aussprechen zu müssen, daß ein formeller Anschluß der Türkei an die zentraleuropäische Gruppe besser einem späteren Zeitpunkte vorbehalten bleibe. Bis dahin werde es unseren beiderseitigen Interessen vollauf genügen, wenn die Leitung der auswärtigen Politik in beiden Ländern sich in der obigen Richtung bewege und in eintretenden speziellen Fällen sich von der Gemeinsamkeit unserer Interessen inspiriren lasse. Es sei meine feste Überzeugung, in der ich mich mit jener meines Mitredners begegne, daß Österreich-Ungarn und Deutschland diejenigen Großmächte seien, welche die Regenerirung und Erstarkung der Türkei aufrichtig

wünschten, weil dies mit ihren eigenen Interessen übereinstimme. Osman Nizami Pascha schien von meiner Entgegnung den günstigsten Eindruck zu erhalten und sprach sich über dieselbe im höchsten Grade befriedigt aus. Die vorstehende Mitteilung, welche zunächst zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information bestimmt ist, soll auch dazu dienen, Euer Exzellenz eine Direktive zu geben für den Fall, als von kompetenter Seite auch Ihnen gegenüber die Idee eines formellen Anschlusses der Türkei an unsere Gruppe zur Sprache gebracht werden sollte.

a) Vgl. n. 1833 Anm. d, 1839, 1852, 1853, 1940.

Nr. 1835. Bericht aus Konstantinopel, 24. Nov. 1909 Nr. 114 B (eing. 27. Nov.).^{a)} Ausfert.

Seit meiner vor 3 Tagen erfolgten Rückkehr vom Urlaube hatte ich Gelegenheit mit mehreren meiner Collegen, sowie mit einigen türkischen Staatsmännern zu sprechen. Aus diesen Unterredungen erhielt ich den Eindruck, dass sich unsere Position in der Türkei auch in den letzten Monaten stetig gebessert hat. So sagte mir unter Anderem Baron Marschall beiläufig Folgendes: „Österreich-Ungarn steht heute hier stark im Vordergrund. Dies ist hauptsächlich eine Folge des energischen Auftretens der Monarchie in der Annexionskrise. In der Türkei muss man vor Allem zu imponieren verstehen.“ Meine bisherigen Erfahrungen bestätigen vollauf die Richtigkeit des letzteren Satzes. Man muss den Türken imponieren und niemals ihnen nachlaufen. Mehrere meiner Collegen, so namentlich in letzterer Zeit der russische Botschafter, dürften in dieser Beziehung für sie nicht sehr angenehme Erfahrungen gemacht haben. ... *Besuch türkischer Ausflügler in Wien und österreichischer Industrieller und Kaufleute in Konstantinopel* ... Meine erste Unterredung mit Hilmi Pascha nach meiner Rückkehr vom Urlaube hat mir übrigens einen ganz ausgezeichneten Eindruck gemacht. Im Laufe des Gespräches liess ich eine Bemerkung über die guten Beziehungen zwischen uns und der Türkei fallen, worauf Hilmi Pascha mit Emphase erwiderte: „Gut ist nicht das richtige Wort, wir sollen, glaube ich, unsere Beziehungen als ausgezeichnete bezeichnen.“ Im Zusammenhange hiemit erzählte mir der Grossvezir, dass er eben ein Gespräch mit einem meiner Collegen hatte und dass er sich hiebei folgendermassen ausgedrückt habe: „Wir haben keinerlei Grund in Bezug auf Österreich-Ungarn misstrauisch zu sein. Wir wissen sehr gut, dass dieses Reich ein grosses Interesse an der Erhaltung der Türkei hat. Nur in einer Beziehung hat Österreich-Ungarn Expansionsgelüste und zwar in Bezug auf seine Handelsinteressen in der Türkei, keineswegs aber in territorialer Beziehung. Anders steht es mit unseren kleinen Nachbarn, die sich gerade auf Kosten der Türkei vergrössern wollen. Es wäre daher unpraktisch daran zu denken, dass sich die Türkei jemals mit diesen Staaten verbinden könnte. Wir wissen ja sehr gut, dass die grossen Anstrengungen, die dieselben machen, um sich zu rüsten, nur gegen uns gerichtet sein können.“ Das obige Gespräch dürfte, wie ich glaube, mit meinem italienischen Collegen geführt worden sein, da derselbe unmittelbar vor mir ziemlich lange beim

Grossvezir war. Hilmi Pascha streifte im weiteren Verlaufe unserer Unterredung ganz zufällig die Publikationen der Fortnightly Review über die Annexionskrise, was mir Gelegenheit gab, mich im Sinne des hohen Telegramms No. 301 vom 11. d. Mts.^{b)} auszusprechen. Hiebei liess der Grossvezir unter Anderem auch eine Bemerkung fallen, die ich bisher von keinem türkischen Staatsmann zu hören bekam, nämlich dass die Annexion eigentlich nur den seit 30 Jahren faktisch bestehenden Zustand sanktioniert hat. Über die Kretaangelegenheit^{c)} sprach sich Hilmi Pascha bei dieser Begegnung nur ganz im Allgemeinen aus und bemerkte bloss, dass die Sache doch einmal geregelt werden müsse und die Türkei nicht darauf warten könne, bis Griechenland mit seinen Rüstungen vollkommen fertig sein werde. Er sagte dies mit grosser Ruhe, so dass ich den Eindruck gewann, dass man hier die Dinge vorläufig keinesfalls auf die Spitze treiben will. ... *Innere Lage in der Türkei.* ... Pallavicini.

a) Vgl. n. 1857. — b) Vgl. n. 1836. — c) Vgl. n. 1814.

Nr. 1836. Privatschreiben an den Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 24. Nov. 1909.^{a)} Konz. (S. Szápáry; G. Aehrenthal).

In meinem Privatschreiben vom 20. d. M. habe ich im Hinblick auf den Inhalt des von Dr. Polly an mich gerichteten Schreibens Gelegenheit gehabt darauf zu verweisen, daß Herr Iswolsky, falls er wirklich zur Schaffung einer freundlicheren Atmosphäre zwischen Wien und St. Petersburg beizutragen wünsche, jederzeit in der Lage sei, sich zu diesem Zwecke des hiesigen russischen Botschafters zu bedienen. Vorgestern ist nun Fürst Ouroussoff thatsächlich bei mir erschienen, um mir mitzuteilen, daß er über unsere seinerzeitige Conversation, deren Résumé Euer Hochwohlgeboren aus dem eingangs erwähnten Privatschreiben bekannt ist, Herrn Iswolsky Bericht erstattet habe. Es sei ihm nunmehr ein Schreiben des Herrn russischen Ministers des Äußern zugekommen, in welchem dieser feststellt, daß das im „Fremdenblatt“ erschienene Communiqué den Wunsch des Wiener Cabinets erkennen lasse, diese Polemik nicht weiter zu führen und daß meine durch den Herrn russischen Botschafter einberichteten Äußerungen mit dem Inhalte dieses Entrefilets vollkommen übereinstimmen. Er (Herr Iswolsky) habe auch seinerseits den lebhaften Wunsch, diese Polemik nicht fortzusetzen, weil er dies für inopportun, ja sogar für schädlich halte. Ich nahm diese Mittheilungen Fürst Ouroussoffs mit Befriedigung zur Kenntnis und wir konstatierten, daß sowohl Herr Iswolsky als ich die auf dem Boden der englischen Publicistik neuerlich aufgetauchte Controverse nicht für wünschenswerth halten und, soweit es von uns abhängt, entschlossen seien, ihr keine neue Nahrung zuzuführen. Wie mir der Herr Botschafter weiters mittheilte, bespricht Herr Iswolsky sodann in seinem Schreiben die in meinem Telegramme an Souvorine^{b)} vorkommende Bemerkung über die Frage der Veröffentlichung der zwischen Wien und Petersburg gewechselten geheimen Dokumente und wiederholt, was er auch dem Interviewer der „Nowoje Wremia“ gegenüber geäußert hat: er sehe persönlich keinen Grund, welcher der Publication dieser Documente im

Wege stehen könnte, er verkenne aber andererseits die politischen Bedenken nicht, welche sich daraus ergeben, daß eine solche Veröffentlichung eine abermalige Discussion der leidigen Angelegenheit nach sich ziehen müsse und sogar auf die Stellung dritter Mächte zurückwirken könnte. Endlich gibt Iswolsky der Meinung Ausdruck, daß, falls die beiden Cabinete sich dazu entschließen sollten, zu einer Publikation zu schreiten, man sich nicht darauf beschränken dürfe, die im Jahre 1908 ausgetauschten Mémoires zu veröffentlichen, sondern daß man dann vielmehr auch die Schriftstücke über die Entente vom Jahre 1897^{c)} sowie alle vorhergehenden diesbezüglichen Abmachungen bis zur Reichstädter Convention vom Jahre 1876^{d)} der Öffentlichkeit übergeben müsse. Auf diese Ausführungen erwidern habe ich zunächst darauf hingewiesen, daß die Frage der Publikation geheimer Dokumente im vorigen Winter^{e)} von Herrn Iswolsky aufgeworfen worden sei und daß ich mich damals mit der Anregung des letzteren einverstanden erklärt hätte. Es sei Herr Iswolsky selbst gewesen, der schließlich doch Bedenken gegen diesen Plan gehegt und seine Zustimmung nachträglich zurückgezogen habe. Hier warf Fürst Ouroussoff ein, daß es nach seiner Ansicht der beiden Cabinete doch nicht würdig wäre, die öffentliche Meinung über die zwischen ihnen aufgetauchte Controverse zum Richter aufzurufen. Ich bemerkte hiezu, daß ich mir eine solche Publikation wohl denken könne, wenn sie mit der Absicht ins Auge gefaßt würde, durch dieses Mittel einen bestimmten politischen Zweck zu erreichen. Unter den obwaltenden Verhältnissen, wo letzteres keineswegs der Fall sei, könne ich mich jedoch nur der vom Herrn Botschafter ausgesprochenen Ansicht anschließen und wiederholen, was ich ihm schon vor einigen Tagen gesagt habe, daß nämlich das Wiener Cabinet weder den Wunsch hege noch ein Interesse daran habe, die Öffentlichkeit mit den zwischen Petersburg und Wien ausgetauschten geheimen Dokumenten zu befassen. Ich stimme daher auch in Betreff dieses zweiten Punktes mit Herrn Iswolsky vollkommen überein und sei so wie er der Meinung, daß es inopportun und dem Verhältnisse zwischen den beiden Mächten abträglich sei, eine Veröffentlichung geheimer Dokumente vorzunehmen. In seinem Schreiben an Fürst Ouroussoff klagt Herr Iswolsky weiters über die schwierige Stellung, in welcher er sich dem Grafen Berchtold gegenüber befinde, wo es doch zweifellos sei, daß Mr. Dillon den Artikel „Vox alterae partis“ verfaßt habe und im abgelaufenen Sommer der Gast des Grafen in Buchlau gewesen sei. Er könne sich demgegenüber nur so helfen, daß er sich als Ungläubigen hinstelle und vorgebe, weder daran zu glauben, daß Graf Berchtold den Artikel der „Fortnightly Review“ inspirirt habe, noch daß Dillon in Buchlau gewesen sei. Ich habe dem Herrn Botschafter nochmals wiederholt, was ich ihn bereits ersucht hatte, Herrn Iswolsky zu melden, daß nämlich Graf Berchtold den Enthüllungen im erwähnten Artikel vollkommen fernsteht und daß letzterer diese Tatsache dem Herrn russischen Minister des Äußern seither auch in einem persönlichen Schreiben^{f)} zur Kenntniss gebracht hat. Da dieser Brief sich nunmehr in den Händen Herrn Iswolskys befinden dürfte, hätte ich die Absicht, den mit Bezug auf Graf Berchtold verbreiteten unwahren Nachrichten auch mittelst eines officiellen Dementis in der Presse entgegenzutreten. Wie aus

dem oben gesagten hervorgeht, hat Herr Iswolsky meine neulich gegenüber Fürst Ouroussoff gefallenen Äußerungen mit Empressement dazu benützt, um wenigstens nach außen hin dieser gewiß nicht von mir provocirten Controverse ein Ende zu setzen. Das Empressement des Herrn russischen Ministers des Äußern bestätigt Ihre in dem Privatschreiben an Graf Esterházy vom 11. I. M.g) wiedergegebene Impression, daß Herr Iswolsky nunmehr den Wunsch habe, diese Dinge ruhen zu lassen und bis zu einem gewissen Grade auch äußerlich einzulassen. Ihre gegenüber Dr. Polly beobachtete Reserve findet selbstverständlich meine volle Billigung. Die vorstehenden Mitteilungen erhalten Euer Hochwohlgeboren zu Ihrer persönlichen Orientirung und zur allfälligen Regelung Ihrer Sprache, falls Sie es unter Umständen für notwendig erachten sollten, sich an berufener Stelle über diese Angelegenheit zu äußern.

a) Vgl. n. 1835 Anm. b, 1838, 1908, 1936, 1941. — b) „Fremdenblatt“ vom 11. Nov. 1909 Nr. 311. Vgl. n. 2064 zweite Beilage. — c) Pribram, a. a. O. I 78; Martens, N. R. G. 3, S. X 64. — d) Vgl. n. 97 Anm. b. — e) Vgl. n. 1146. — f) Liegt nicht vor. Vgl. n. 1838 Anm. b, 1909, 1920. — g) Wohl irrig für 18. Nov. In diesem Schreiben berichtet Szilassy über seine Unterredung mit Dr. Polly, den Iswolsky seltsamerweise mit der Mission betraut hatte, seine Klagen über die Pressefehde an Aehrenthal zu bringen.

*Nr. 1837. Privatschreiben aus Belgrad an Konsul Siegfried Freiherrn von Pitner, 25. Nov. 1909.*a) Eigh. Ausfert.

Von den Platten, die Ihr gestern Abend erhaltener Brief^{b)} verlangte, gehen unter einem zwei an Ihre Adresse ab. Auch sende ich Ihr Verzeichnis nebst Commentar zurück. Fotografirt wurden Protocolle und so weiter erst seit dem Sommer 1908 und auch dann nur sporadisch, da kein Verlangen nach Photos vorlag. Nr. 1—5 datiren von der Zeit, bevor überhaupt fotografirt wurde, Nr. 6 und 10 werden Ihnen gesendet, Nr. 7 und 8 wurden nicht fotografirt, Nr. 9 wurde fotografirt, die Platte ist jedoch nicht auffindbar, vielleicht damals beschädigt und vernichtet worden. Was Dr. Friedjungs Frage wegen der Schliessung des Slovenski Jug anbelangt, so ist der Club wegen des Agramer Hochverratsprocesses im Jänner 1909 geschlossen worden (hierämtlicher Bericht Nr. 13 B^{c)} vom 6. Februar 1909, hievon geht die Platte [in Ihrem Verzeichnisse Nr. 10] ab). Der geheime Centralausschuss wurde von Milovanović am 30. August 12. September 1909 aufgelöst. Bericht 70 B vom 18. September 1909; Fotografie vorgelegt 74 B^{c)} vom 16. October. Morgen oder übermorgen sende ich per Bericht in Übersetzung ein neues Protocoll, welches Stefanović lieferte. Seine Handschrift lege ich Ihnen bei. Er behauptet jetzt wegen des Misstrauens, das sich auch im Protocoll lebhaft äußert, keine Originalien auf 24 Stunden uns bringen zu können. Falls er alles fälschen würde, wäre es ihm wohl nicht schwerer gleich das Original zu bringen statt der beiliegenden Abschrift. Der Friedjung-Process wird einen fürchterlichen Skandal hier hervorrufen. In meinen zwei letzten Briefen an Baron Macchio habe ich unumwunden dargelegt, dass meiner Ansicht nach derselbe ganz zu vermeiden wäre. Über Stefanović habe ich gestern telegrafirt.^{a)} Wenn der Process unausweichlich (?) ist, müsste man versuchen Stefanović avec

armes et bagages herüberzulocken, obwohl dies sehr bedenklich ist. Da die Unterschriften leider so wenig verlässlich sind, ist es kein schlechter Ausweg einige Photos ohne Unterschriften anzufertigen und vorzulegen. Wenn Sie mich vertraulich über den weiteren internen Gang der Angelegenheit verständigen könnten, wäre ich sehr dankbar. Wann ist das Datum der Verhandlung?

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1832, 1840. — ^{b)} Konzept liegt nicht bei den Akten. — ^{c)} Vgl. n. 98 Anm. b.

Nr. 1838. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 25. Nov. 1909 Nr. 211 (eing. 8 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Ich habe Brief des Grafen Berchtold^{b)} gestern Herrn Iswolsky übersendet. Heute bat mich Minister des Aeussern zu sich und las mir das heute in verschiedenen Zeitungen erschienene Dementi^{c)} vor, welches er auf Wunsch des Herrn Botschafters veröffentlichen liess mit der Bitte, dies Grafen Berchtold sofort zur Kenntnis zu bringen. Szilassy.

^{a)} Vgl. n. 1836, 1908, 1942, 1947 Anm. c. — ^{b)} Vgl. n. 1836 Anm. f. —

^{c)} Nach einem Privatschreiben Szilassys vom 14. 27. Nov. 1909 lautete dieses Dementi folgendermassen: „Anlässlich der Mitteilung einiger ausländischer Blätter, daß der bekannte Artikel der Fortnightly Review von dem oesterreich-ungarischen Botschafter in Petersburg Grafen Berchtold inspiriert sei, hat der russische Minister des Auswärtigen sowohl vom Wiener Kabinett als auch vom Grafen Berchtold selbst die bestimmte Versicherung erhalten, daß diese Nachricht eine leere Erfindung sei.“ Laut einem Tel. Aehrenthals an Berchtold (in Buchlau) vom 29. Nov. 1909 (nicht aufgenommen) ist dieses Dementi nur in auswärtigen Blättern erschienen.

Nr. 1839. Bericht des Legationssekretärs Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 25. Nov. 1909 Nr. 80 B (eing. 27. Nov.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Euer Excellenz sind sicherlich aus Constantinopel und Petersburg ausführliche Meldungen zugegangen über die seinerzeitigen sehr energischen russischen Versuche, einen Balkan-Bund unter türkischer Ägide mit direct gegen uns gerichteter Spitze zu Stande zu bringen. Der hiesige türkische Gesandte Assim-Bey kam neulich mir gegenüber auf diesen Gegenstand zu sprechen. Er ließ klar durchblicken, dass die russische Tätigkeit am ganzen Balkan — und dies ist ja Euer Excellenz nur zu wohl bekannt, — eine sehr intensive und energische ist, die, auf dem panslavisistischen Gedanken ruhend, gewiss nicht geeignet ist, Ruhe und Frieden zu schaffen. Im Anfang sei man von dem Gedanken eines Balkanbundes unter türkischer Ägide in Constantinopel geblendet gewesen. Gar bald habe man aber die Einsicht gewonnen, dass ein Bund der slavischen Staaten am Balkan ein Machtfactor in der Hand Russlands wäre, der bald gegen Österreich-Ungarn, bald gegen die Türkei oder gegen beide zugleich verwertet werden könne. Deshalb sei das einzige Resultat der russischen Bemühungen in dieser Hinsicht das gewesen, dass Österreich-Ungarn und die Türkei sich nach vorübergehender Trübung gewissermaßen über die Köpfe Serbiens, Bulgariens und Montenegros die Hand gereicht hätten und das alte Verhältnis nunmehr fester und vertrauensvoller denn je hergestellt sei. Dann fuhr Assim-Bey nahezu wörtlich, wie folgt, fort: „La

politique de l'avenir pour la Turquie est tout tracée. Il faut que nous entrons dans la Triplice.^{b)} Mais pour cela nous devons avoir d'abord les coudées franches. En ce moment nous sommes encore liés par le malheureux régime des capitulations et par les traités de commerce. Il faut donc nous laisser le temps de nous consolider et d'arriver à notre pleine et entière liberté d'action.“ Bei den Verbindungen, die Assim-Bey in Constantinopel unter den gegenwärtigen Machthabern hat, scheinen mir diese Äußerungen des türkischen Gesandten immerhin beachtenswert. Freilich muss man auch bei deren Beurteilung in Rechnung ziehen, dass Assim-Bey's höchster Wunsch, — wie ja Euer Excellenz bekannt — der Wiener Botschafterposten ist. Übrigens äußerte sich vor wenigen Tagen der hier von Constantinopel durchgekommene kaiserlich deutsche Botschaftsrat von Miquel mir gegenüber in genau demselben Sinne wie Assim-Bey. Das einzige Resultat der russischen Action zur Gründung eines Balkanbundes unter türkischer Ägide sei die rasche Wiederherstellung der alten ausgezeichneten Beziehungen zwischen uns und Constantinopel gewesen. Mittag.

a) Vgl. n. 1739, 1828, 1834, 1853, 1940, 2048. — b) Vgl. n. 1834.

Nr. 1840. Privatschreiben Dr. Heinrich Friedjungs an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 25. Nov. 1909.^{a)} *Eigh. Ausfert.*

Diesmal habe ich ausnahmsweise eine einzige Bitte an Euer Excellenz zu richten, — also ein Fortschritt gegen meine letzte Massenpetition. Seine Excellenz Graf Aehrenthal ging, bei der mir heute Abend gewährten Unterredung, auf mein Ersuchen ein, daß mir die Facsimiles — natürlich innerhalb der festgesetzten Grenzen — jetzt schon übergeben werden, damit auch mein Rechtsanwalt sie sehen und die einzuschlagende Taktik feststellen könne. Seine Excellenz wird Ihnen, Excellenz, wol morgen dieselbe Eröffnung machen. Demgemäß erbitte ich von Euer Excellenz eine Mitteilung an Baron Pitner, damit ich die betreffenden Stücke morgen gegen Abend abholen kann. Ich kann nicht schließen, ohne Euer Excellenz nochmals meinen tiefgefühlten Dank dafür auszusprechen, daß Sie meine Sache beim Grafen Aehrenthal geführt haben. Die heutige Unterredung war wieder eine Probe, mit welchem Nachdruck und welchem Erfolge dies geschehen ist.

Heinrich Friedjung.

a) Vgl. n. 1837, 1841.

Nr. 1841. Privatschreiben aus Belgrad an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 26. Nov. 1909.^{a)} *Eigh. Ausfert.*

Ich beeile mich umgehend für den geneigten, mich so erschöpfend aufklärenden Brief vom 24. d. Mts. bestens zu danken. Der zu befolgende Weg ist nunmehr entschieden und, wie Euer Excellenz mit Recht bemerken, sind meine letzten Betrachtungen überholt. Sachlich kann ich meine Ansicht nicht ändern und den Process nicht willkommen heißen, persönlich sehe ich ihm aber mit vergnügter Neugierde entgegen. Die Bloßstellung Supilos und Consorten passt in meine eigene innerpolitische Überzeugung und, was den hier bevorstehenden Skandal anbelangt, so wird halt das von meiner

Frau angelegte Album mit den mich beschimpfenden serbischen Zeitungsartikeln sich um einige komische Seiten vermehren! Nachdem jedoch der Fall nicht ausgeschlossen ist, dass unser Auswärtiges Amt zu weit gehenden Schmähungen und Verdächtigungen entgegen treten muss, will ich erwähnen, dass ich natürlich nie selbst mit Stefanović verkehrt oder gesprochen habe. Es kann daher seine direkte Verbindung mit dem k. u. k. Gesandten in der kategorischsten Weise eventuell dementirt werden. Ich kenne ihn überhaupt nicht. Der in Euerer Excellenz Schreiben mir bekanntgegebene neue Plan, nur einzelnes aus den Dokumenten ohne Unterschriften zu reproduciren ist sehr geschickt und hoffentlich erfolgreich. Da aber jetzt alles auf Stefanović basirt und er preisgegeben werden soll, muss ich natürlich meine auf ihn bezüglichen Ausführungen teilweise reconsideriren und folgenden Vorschlag machen. Ich bitte um die briefliche (falls der Process am 9. stattfindet um die telegrafische) Ermächtigung ungefähr 10 Tage vor Beginn des Processes die Verbindung mit Stefanović zu lösen, ihm eine kleine (2—300 francs) Abfertigung zu geben, und ihn an seinen im Frühjahr gemachten Antrag zu erinnern. Falls er, wie er es damals proponirte, innerhalb 8 Tagen mit einem Theile des Slovenski Jug-Archives die Sava überschreite, würden wir für seine Zukunft sorgen. Ich glaube nicht, dass er dies jetzt ausführen wird, da ich ihn selbstverständlich von der bevorstehenden Benützung der Dokumente und der Gefahr, die er läuft, nicht verständigen lassen werde. Kommt er, was ich nicht glaube, avec armes et bagages nach Semlin und weiter, so ist er doch ein atout in unseren Händen. Seine Pensionirung wäre nicht zu kostspielig, da er nach einer Weile in einem kleinen Amte in Croatien oder Bosnien und so weiter untergebracht werden kann. Für die Compromittirung der Coalition kann ihn Banus Baron Rauch gut versorgen! Für den wahrscheinlicheren Fall, dass er dem Winke keine Folge leistet, bleibt er hier seinem Schicksale überlassen. Entweder, wie wir es vermuten, wird er dann ein Werkzeug der serbischen Regierung, um als Beweis unserer Fälschungen und unseres Aufsitzers zu dienen, oder verschwindet er nach landesüblicher Art aus Belgrad und der Reihe der Lebenden. Vielleicht gelingt es ihm zu fliehen und dann können wir eventuell etwas für ihn tun. Die von Baron Pitner verlangten Platten habe ich, so weit wir sie besitzen (leider nur 2), schon gestern ihm gesendet. Sollten nicht auch die Rechnungsabschlüsse — ohne Unterschriften — reproducirt werden? Dagegen glaube ich, dass die Zuschriften von der Kassa des Auswärtigen Amtes ganz wegbleiben sollten. Bei dem so weitblickenden Standpunkte, den der Herr Minister schon in seiner Unterredung mit Herrn Milovanović^{b)} eingenommen hat, wäre es für uns von Vortheil betonen zu können, dass es sich nur um die Dokumente eines irredentistischen Vereines handelt, mit dem leider unsere Staatsunterthanen in Verbindung standen. Von serbischen officiellen Dokumenten aus dem serbischen Auswärtigen Amte habe nur die serbische Presse, vielleicht wegen ihres schlechten Gewissens, gesprochen. Falls solche existiren, könne man in Belgrad für deren Zurückhaltung nur dankbar sein und so weiter. Nachdem der Process jetzt als unvermeidlich betrachtet wird, so wäre es meiner ergebensten Ansicht nach das Beste ihn nunmehr je früher zu überstehen — pour en

avoir fini — und besonders allen Einfluß darauf zu richten, dass er in einer, möglichst wenig Tage dauernden, raschen Weise erledigt werde, damit der Widerhall der Dokumente und der Belgrader Zeitungslärm bereits nach dem freisprechenden Verdikte der Geschworenen in Wien einlange. Je kürzer der Process, desto leichter wird es auch der serbischen Regierung sein, in ihrem eigenen Interesse, beruhigend einzuwirken, falls sie es will, und den Skandal zu dämpfen. Forgách.

a) Vgl. n. 1840, 1844, 1846. — b) n. 1824.

*Nr. 1842. Bericht aus London, 26. Nov. 1909 Nr. 88 B (eing. 29. Nov.).^{a)}
Ausfert.*

Vertraulich. Während meines gestrigen Besuches bei Sir Edward Grey fand ich Gelegenheit im Laufe des Gespräches, die mir mit der vertraulichen hohen Weisung vom 30ten October No. 3339 erteilten Instructionen zu verwerten. Ich sagte dem Herrn Staatssecretär, ich hätte während meines letzten Aufenthaltes in Wien mit Freude constatirt, dass an massgebender Stelle bei uns der Eindruck vorherrsche, die Atmosphäre für die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu der englischen Regierung habe sich wesentlich gebessert. Bei meinem, ihm bekannten, lebhaften Wunsche, das vormalige vertrauensvolle Verhältnis hergestellt zu sehen, habe mich diese Wahrnehmung sehr erfreut, um so mehr als ich glaube und hoffe annehmen zu können, dass auch hier dieselbe Empfindung sich geltend mache. Der Staatssecretär bemerkte sogleich, er sehe glücklicher Weise jetzt nirgends eine Frage, in der eine Meinungsverschiedenheit zwischen uns entstehen könne. Ich fuhr in allgemeiner Weise fort, die Fragen zu betrachten, die zwischen uns zur Discussion gelangen könnten, berührte Creta, indem ich an unseren bekannten Standpunkt — reservirte und beobachtende Haltung — erinnerte und dabei auch auf die unsererseits in Constantinopel und Athen erteilten Ratschläge zur Mässigung und Ruhe hinwies und sprach weiter von der gegenwärtigen Lage in der Türkei. Ich bemerkte hiebei, dass wenn zur Zeit der internationalen Reform-Politik im ottomanischen Reiche manchmal Unterschiede betreffs der Methode — nicht bezüglich des zu erstrebenden Zieles — zwischen unseren Regierungen sich fühlbar gemacht hätten, indem wir die Reformen nur mit dem Sultan durchführen wollten, so wären wir jetzt doch wohl darin einig, eine Politik der Nichtintervention zu befolgen und der constitutionellen Türkei Zeit zur inneren Consolidirung zu gewähren, die wir mit Sympathie und hoffnungsvollen Wünschen beobachten. Der Staatssecretär stimmte mir vollkommen bei und ich lenkte nun das Gespräch auf Serbien, indem ich ihm die bekannte Tatsache wiederholte, dass wir niemals aggressive Absichten gegen Serbien — weder gegen dessen territoriale Integrität noch gegen dessen Unabhängigkeit — gehegt hätten und dass somit die dauernde definitive Besserung des Verhältnisses zwischen der Monarchie und dem benachbarten Königreich nur von diesem letzteren selbst und seiner Haltung abhängen. Ich führte aus, dass es uns nicht unbekannt sei, wie noch in unruhigen serbischen Köpfen gewisse phantasievolle Hoffnungen bestünden, die nur zu Unruhen

und Enttäuschungen für sie selbst führen könnten und betonte, dass die Rathschläge Englands, das ganz unbeteiligt sei und keine egoistischen Interessen in Serbien verfolge, gegebenen Falles in Belgrad schwer ins Gewicht fallen müssten. Ich habe dem Staatssecretär auch nicht verschwiegen, dass mir nichts mehr geeignet schiene, den etwa in der Monarchie noch bestehenden Rest von ressentiment gegen England zu zerstreuen, als die Überzeugung, dass die englischen Staatsmänner in Serbien zur Ruhe und Vernunft mahnen und von törichten Illusionen und abenteuerlichen Zukunftsplänen warnen. Eine solche Attitude seitens der hiesigen leitenden Staatsmänner würde bei uns ohne Zweifel so aufgefasst werden, dass England zu der ehemaligen Politik freundschaftlichen Vertrauens zur Monarchie zurückzukehren beabsichtige. Meine Ausführungen bewegten sich in den vorstehend kurz skizzirten Linien, wobei ich sorgfältig darauf bedacht war, nicht den Eindruck zu erwecken, als wünschten wir irgend eine bestimmte und besondere Einwirkung auf Serbien. Sir Edward ging auf das Thema bereitwillig ein, indem er mir sagte, er habe Herrn Milovanovich als ihn dieser hier besuchte, ganz in dem Sinne gesprochen, den ich als wünschenswert bezeichnete. Der serbische Minister des Äussern habe an actuellen Wünschen nur die Eisenbahnfrage vorgebracht; dann aber von gewissen Befürchtungen für die Zukunft gesprochen. Diese Befürchtungen (*apprehensions for the future*) hätten die Eventualität einer Störung des Status quo auf dem Balkan betroffen, wobei Serbien Gefahr laufen würde, schwer geschädigt zu werden. Sir Edward erwiderte Herrn Milovanovich, dass ihm diese Besorgnisse ganz unbegründet schienen, er glaube nicht, dass der status quo auf dem Balkan von irgend einer Seite bedroht sei und es scheine ihm demnach zwecklos, diese unwahrscheinlichen Möglichkeiten zu discutiren. (*I thought the dangers he apprehended would not arise and I declined to enter into a discussion about them.*) Sir Edward will dem serbischen Minister nur beruhigende Ratschläge gegeben haben und fand denselben auch — mit Ausnahme dieser vagen Besorgnisse für künftige Eventualitäten — im Ganzen recht vernünftig. Ich sagte Sir Edward, dass ich über seine Mittheilungen sehr erfreut und überzeugt sei, dass eine ähnliche Sprache, wie er sie Herrn Milovanovich gegenüber führte, auch bei künftigen sich etwa ergebenden Anlässen, gewiss nur von bester Wirkung sein könnte. Ich hatte auch Gelegenheit nachher mit Greys Secretär, Mr. Tyrell, eine Unterredung zu haben. Derselbe versicherte mir, sein Chef habe stets nur Ratschläge der Mässigung und Ruhe an die serbische Adresse gerichtet. Es sei nicht in der Natur Sir Edwards das auszuposaunen, was er gethan hätte und selbst mir gegenüber habe der Herr Staatssecretär stets eher weniger als mehr von den beruhigenden Ratschlägen gesagt, die er Serbien erteilt hätte. Als Beweis dafür, wie wenig Ermunterung auch während der Krise des vorigen Winters Serbien von hier aus erhalten hätte, citirte mir Mr. Tyrell eine Äusserung, die Herr Milovanovich im August in Marienbad Sir Fairfax Cartwright gegenüber gemacht hätte. Der serbische Minister des Äussern versicherte dem Botschafter, er könne sich nicht über die englische Regierung beklagen, die ihn stets vor unbesonnenen Taten gewarnt hätte und ihm keinen Zweifel über die Gefahren liess, welchen

sich Serbien im Falle einer kriegerischen Politik aussetzen würde. Herr Milovanovich gab dabei zu verstehen, dass er dasselbe Zeugniß Herrn Iswolsky nicht ausstellen könne. (Ich weiss, dass vorstehende Darstellung nicht mit den Informationen übereinstimmt, welche Euer Excellenz via Bukarest über Äusserungen serbischer Minister zugekommen sind, ich glaube aber trotzdem nicht an der Aufrichtigkeit Mr. Tyrells zweifeln zu sollen.) Auch sagte mir Tyrell gestern — nicht zum erstenmale — es sei Herrn Iswolsky vor einem Jahre bereits hier klar gemacht worden, dass er nicht auf englische Unterstützung rechnen könne, wenn er Serbien so weit ermuntere, dass es sich in kriegerische Abenteuer stürze. Dies hat heute Alles nur mehr retrospectives Interesse, beweist aber doch, dass bei allen Sympathiebezeugungen für Serbien, die bedauerlicher Weise vor einem Jahre von gewissen englischen Seiten ausgegangen sind, stets der Vorbehalt gemacht wurde, „in so lange der Friede erhalten bleibt“ und dass eine Ermunterung zu einer activeren Politik — jedenfalls von verantwortlicher englischer Seite — nicht erfolgt ist.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 1780.

Nr. 1843. Privatschreiben an den ehemaligen Gesandten in Sofia, Grafen Douglas Thurn, auf Schloß Bleiburg in Kärnten, 26. Nov. 1909.^{a)} Konz. (S. Szápáry; G. Aehrenthal).

Deine Zeilen vom 23. d. M. mit dem von Herrn Dobrowitch an Dich gerichteten Briefe habe ich erhalten. Die Richtigkeit Deiner Interpretation des letzteren Schriftstückes hat durch den inzwischen stattgehabten Besuch König Ferdinands in Belgrad ihre volle Bestätigung gefunden. Trotzdem glaube ich, dass der Brief Herrn Dobrowitch' immerhin als Symptom für das Bestreben des Königs betrachtet werden kann, uns gegenüber in gewissem Grade einzulenken.

a) Vgl. n. 1679, 1921 Anm. d.

Nr. 1844. Privatschreiben aus Belgrad an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 27. Nov. 1909^{a)}. Eigh. Ausfert.

Geheim. Ihr gütiger eigenhändiger Brief^{b)} hat sich mit meinem gestrigen Schreiben gekreuzt. Ich werde selbstverständlich vorgehen, wie mir befohlen wird. Doch muss ich bemerken, dass Stefanović während der zweijährigen Verbindung öfters gebeten hat, dass, wenn von ihm gelieferte Sachen an die Öffentlichkeit kämen, wir ihn 3—4 Tage früher avisirten, damit er sich über die Saxe retten könne. Ich liess ihn immer beruhigen, da ich mir nie träumen liess, dass informative Dokumente dieser Art je auf den Gerichtstisch gelangen würden, zugleich mit der vollständigen Preisgabe ihres Lieferanten, seines Namens und so weiter. Nachdem wir mit ihm doch auch in fortwährender Verbindung sind — aus Geldgier lässt der Haderlump trotz aller Angst nicht locker — wird ihn seine Nennung im Prozesse wie ein Blitz aus heiterem Himmel treffen. Was dann geschehen wird, lässt sich nicht vorausbestimmen. Ich glaube, dass die serbische Regierung und die Leiter seines Clubs ihn als Kronzeugen gegen uns

benützen werden, um der ganzen Welt uns als „Aufgessene“ zu beweisen. Ich glaube auch, dass dem schlaun Kerl selbst diese Idee kommen und er sich hier anbieten wird. Der Dragoman, der ihn natürlich gut kennen sollte, weit besser als ich, ist entgegengesetzter Ansicht und behauptet, der Jüngling werde mit Hilfe von Freunden mich oder ihn auf der Strasse überfallen und aus Rache ermorden. Dies ist wohl die Ausgeburst einer gängstigten Phantasie. Eher möglich wäre es, dass Stefanović nach Landes-sitte spurlos ins Jenseits verschwindet. Ohne sentimental zu sein, wäre mir das Bewusstsein eines solchen Endes sehr unangenehm. Wie ich es bedauere, dass Dr. Friedjung zu Liebe der Process stattfindet, die oberste auswärtige Leitung und eine exponirte Vertretung compromittirt und Confidenten preisgegeben werden, erlaubte ich mir öfters zu schreiben. Da es unabwendbar ist, hoffe ich wenigstens auf eine schnelle und günstige Erledigung des Processes. Forgách.

a) Vgl. n. 1841, 1846. — b) Kein Konzept bei den Akten.

Nr. 1845. Konfidentenbericht aus Belgrad an den Chef des Generalstabs, 15.(28.) Nov. 1909 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 30. Nov. 1909 K. Nr. 3819 B am 1. Dez.). a) Auszug.

In Serbien wird eine Aktion gegen die Dynastie Karageorgjević vorbereitet; sie soll wie der Königsmord im Jahre 1903 von Offizieren ausgeführt werden, die sich dazu unter der Leitung des Genie-Obersten Damjan Popović verbünden. Die Zahl dieser Verschwörer beträgt jetzt etwa 300. Ein Vertrauensmann des Obersten Popović sagt darüber Folgendes: Spätestens zu Beginn des nächsten Jahres sollen die Offiziere, von Truppen gefolgt, am hellen Tage im Palais erscheinen und den König Peter sowie die Prinzen Alexander, Georg und Paul, letzterer Neffe des Königs, auffordern, das Land sogleich zu verlassen. Gewalt wird nur im Falle des Widerstandes, den man aber nur vom Prinzen Georg erwartet, angewendet werden. Gleichzeitig werden die radikalen Minister verhaftet. Der König weiß im allgemeinen von einer im Offizierskorps bestehenden Gährung und hat das Kriegsministerium schon vor etwa zwei Monaten veranlaßt, den Offizieren vom Oberst abwärts jeden Urlaub zu verbieten, damit ihnen das Konspirieren erschwert werde. Dessenungeachtet bereisen die Häupter der Offiziersverschwörung — darunter Major Dimitrijević, früherer Generalstabschef der Drinadivision — die Garnisonen, um die Kameraden zum Anschlusse an die Entthronungsaktion zu werben. Oberst D. Popović und Major Dimitrijević waren am Königsmord im Jahre 1903 hervorragend beteiligt. Die Offiziere möchten je eher zur Tat schreiten, doch sind sie über die Beantwortung der Frage, wer dann an die Spitze des Staates zu stellen sei, noch nicht schlüssig. Sie verwerfen alle die republikanische Regierungsform, suchen aber noch im „Gotha“ nach einem fremden Prinzen, der geeignet und geneigt sein könnte, die serbische Krone zu tragen. Entschlossener als die Offiziere sind in dieser Frage jene malkontenten Politiker, die den König und die Prinzen gleichfalls aus dem Lande weisen und sich dazu der Offiziere als Werkzeug bedienen wollen. An ihrer Spitze steht der

gewesene Minister Genčić, Hauptverschwörer vom Jahre 1903, der für den König von Bulgarien agitiert und mit diesem schon persönliche Fühlung hat (u. a. ist Genčić kurz vor dem letzten Besuche König Ferdinands in Belgrad nach Oesterreich-Ungarn abgereist um dort mit dem Könige zusammenzutreffen). Genčić verfügt über reichliche Geldmittel, hat es schon fertiggestellt, die Anhänger der Dynastie Petrović-Njegoš aufzukaufen und sucht jetzt Verbindung mit Oberst Damjan Popović. Auch letzterer scheint momentan viel Geld zu haben, denn er bemüht sich, ein neues Parteiblatt zu gründen, wofür er 50.000 Francs zur Verfügung stellt. Der Ausflug des Königs Ferdinand in das Kopaonikgebirge und sein kurz darauf in Belgrad abgestatteter Besuch hatten den Zweck, die Aufmerksamkeit des serbischen Volkes auf diesen Souverän zu lenken und sollen auf den Rat Genčić' erfolgt sein. Seinen nächsten Besuch in Belgrad hat König Ferdinand bezeichnenderweise für den Beginn des Jahres 1910 in Aussicht gestellt.

a) Vgl. n. 1875.

*Nr. 1846. Tel. nach Belgrad, 29. Nov. 1909 Nr. 112 (chiffr. 1 U. 45 M. p. m.).*a) Konz. (S. Macchio; V. u. G. Aehrenthal.)

Geheim. Mit Bezug auf Euer Hochgeboren Privatschreiben an Freiherrn von Macchio vom 26. I. M. Gegen Ihren Vorschlag betreffs eines an Stefanović zu erteilenden eng verklausulirten Winkes habe ich unter der Voraussetzung nichts einzuwenden, dass Euer Hochgeboren dabei Tendenz vorschwebte, ihm die Gelegenheit zu bieten, rechtzeitig auf unser Territorium zu gelangen, unter allen Umständen aber zu zwingen Farbe zu bekennen; im Übrigen hat ja Slovenski Jug-Archiv für uns keine Bedeutung mehr und könnte vielmehr dessen Verschwinden knapp vor dem Process zu neuerlicher Hetze gegen uns ausgebeutet werden. Die allerdings mögliche Verwendung Stefanović' als Kronzeuge gegen den Geklagten wäre nach meiner Ansicht ein zu durchsichtiges Manöver um Gang des Processes ungünstig zu beeinflussen. Schliesslich mache ich besonders aufmerksam, dass die von Ihnen proponirte Rücksprache des Dragomans mit Stefanović, welche ja als letzte gedacht ist, jedenfalls so vorsichtig vorbereitet sein müsste, dass etwaige Kompromittirung der Gesandtschaft tunlichst vermieden wird.

a) Vgl. n. 1844, 1847, 1851.

*Nr. 1847. Privatschreiben aus Belgrad an Konsul Siegfried Freiherrn von Pitner, 29. Nov. 1909.*a) Eigh. Ausfert.

Wie Sie in Ihrem Briefe vom 25.^{b)} richtig bemerken, ist der Verkehr mit Stefanović jetzt erschwert. Ich werde versuchen unauffällig einige Zeilen mit seiner Unterschrift zu erhalten; kann aber nichts Bestimmtes versprechen. Wir hatten Briefe und so weiter von ihm, die wir jedoch alle immer verbrannten. Übrigens ist es mir nicht verständlich, warum Dr. Friedjung die Unterschrift und so weiter haben will. Wir wollten doch alles vermeiden, was zu „Schriftexpertisen“ Anlass geben kann. Wie will er überhaupt beweisen, dass Stefanović nicht ein Schwindler sondern der Secretär

war?? Ich kann doch nicht Zeugenschaft ablegen!!! Die beiliegende „Question serbe“^{b)} ist, wie immer, ein gutes Spiegelbild der hier gegen uns herrschenden Stimmung. Ich bitte Seiner Excellenz Baron Macchio den „Friedjung“ betitelten Artikel auf der letzten Seite zu zeigen. Nachdem die „Question serbe“ im Auswärtigen Amte (Spalajković) redigiert wird, so hat Milovanović vorläufig hier beruhigend nicht eingewirkt. Trotz seines Grafen Aehrenthal gegebenen Versprechens^{c)} wird es dieser verlogene Kerl auch nie thuen. Sehr erfreulich ist es, dass auch in diesem Artikel deutlich auf das hier bekannte von Horváth gelieferte, Spalajković compromittirende Dokument angespielt wird; von unseren Slovenski Jug-Stücken scheint also die serbische Regierung keine Ahnung zu haben. Es ist ebenso schwierig als überflüssig vorhersagen zu wollen, was geschehen wird. Aber ich glaube, dass man an leitender Stelle die hasserfüllte Energie, mit der man sich hier gegen uns wenden und uns als Fälscher hinstellen wird, unterschätzt. Zwar haben die Leute so viel Butter am Kopfe, dass sie vielleicht aus Angst ein gewisses Maß einhalten werden. Nachdem Dr. Friedjung zu Liebe nicht nur der Confident preisgegeben, sondern auch unsere Diplomatie compromittirt wird, so wird die Sache hier ungeheures Aufsehen machen. Ich glaube nicht, dass wir zum Beispiel unseren braven Dragoman werden halten können; dessen anderweitige Verwendung und Versorgung muss auch ins Auge gefasst werden. Von mir will ich gar nicht reden!

Forgách.

a) Vgl. n. 1846, 1851. — b) Liegt nicht vor. — c) n. 1824.

Nr. 1848. Erlaß nach Rom, 30. Nov. 1909 Nr. 3598. a) Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz haben mir mittelst des Telegrammes vom 21. l. Mts. No. 227, sowie mittelst des Berichtes vom 23. d. Mts. No. 73 A gemeldet, daß der Herr italienische Minister des Aeußern von der meinerseits dem Herzog von Avarna Ende Oktober eingehändigten Notiz (Beilage zum hieramtl. Erlasse vom 17. d. Mts. No. 3506 geheim) zustimmend Kenntnis genommen hat. Da somit meinerseits dem zu vollziehenden Austausch identischer Erklärungen nichts mehr im Wege stand, hatte ich den Herzog von Avarna nach Empfang Euer Exzellenz Meldung verständigt, daß ich bereit sei, Hochdieselben mit den die vereinbarte Démarche bei Herrn Tittoni betreffenden Instruktionen zu versehen. Herzog von Avarna, der damals erklärte, daß er seitens seiner Regierung noch ohne Auftrag geblieben sei, erschien erst heute bei mir, um mir nun ebenfalls mitzuteilen, daß Herr Tittoni von meiner oberwähnten Aufzeichnung Kenntnis genommen habe; auftragsgemäß begleitete er jedoch diese Erklärung mit folgenden Bemerkungen: Herr Tittoni erachte es nicht für notwendig, nochmals auf die Unterredungen zurückzukommen, welche in Racconigi zwischen ihm und Herrn Iswolsky stattgefunden haben. Aus seinen (Tittonis) Mitteilungen, sowie aus den über die Entrevue in Racconigi veröffentlichten Communiqués sei mir bereits bekannt, daß jene Unterredungen sich in der Richtung der Aufrechthaltung des status quo und der friedlichen, normalen Entwicklung der Balkan-Staaten bewegt haben. Daß aber die weitere

Gestaltung der Dinge am Balkan, falls sich einmal die Erhaltung des status quo als unmöglich herausstellen sollte, wohl nur auf Grundlage des Nationalitätenprinzipes erfolgen könne, sei in Italien eine derart allgemeine Auffassung, daß keine italienische Regierung eine andere Politik vor dem Lande zu vertreten vermöchte. In demselben Sinne hätten sich übrigens bei der zwischen dem Grafen Gołuchowski und ihm (Tittoni) stattgehabten Zusammenkunft in Venedig^{b)} beide Teile ausgesprochen. Ebenso hätte auch ich in den Delegationen wiederholt betont, daß Österreich-Ungarn am Balkan keine territorialen Erwerbungen anstrebe und die freie, unabhängige Entwicklung der Balkanstaaten wünsche. Herr Tittoni halte sich daher für berechtigt anzunehmen, daß die Richtung, in der sich seine Konversationen in Racconigi bewegten, durchaus nicht dem Gedankenaustausche entgegenliefe, der zwischen ihm und mir vorausgegangen war. Ich warf dem Herzog von Avarna zunächst ein, daß nach den hieramts erliegenden Aufzeichnungen über die seinerzeitige Entrevue des Grafen Gołuchowski mit Herrn Tittoni in Venedig die Eventualitäten, welche nach einem Zusammenbruche des status quo am Balkan eintreten könnten, nicht Gegenstand der Besprechungen waren. Ueber die Unterredungen, welche ich selbst in Desio^{c)} und am Semmering^{d)} mit dem Herrn italienischen Minister pflog, hätte ich diesem ein schriftliches Résumé eingesendet, welches von ihm in einem an mich gerichteten Antwortschreiben ausdrücklich als richtig anerkannt wurde; auch in diesem Résumé findet sich aber nichts über die künftige Gestaltung nach einem Zusammenbruche der Türkei. Ich wolle durchaus nicht bestreiten, daß ich mich in den Delegationen in dem Sinne ausgesprochen hätte, daß die Monarchie keine Eroberungen am Balkan verfolge und die Unabhängigkeit der Balkanstaaten wünsche, dies sei in der Tat das Programm der k. u. k. Regierung. Ich müsse nur Wert darauf legen zu konstatieren, daß zwischen uns und der italienischen Regierung keine Verabredungen für den Fall getroffen worden seien, als der status quo in der Türkei nicht aufrecht erhalten werden könne, ausgenommen den speziellen Accord betreffs Albaniens. Nachdem jedoch — so fuhr ich fort — Herr Tittoni Euer Exzellenz ausdrücklich erklärt habe, daß er meine in der mehrerwähnten Notiz niedergelegten Bemerkungen „in ihrer Totalität ohne jede Reserve“ zur Kenntnis nehme, so sei für mich nunmehr die Voraussetzung gegeben, unter welcher ich mich bereit erklärt hätte, zu dem vereinbarten Austausche von identischen Erklärungen zu schreiten. Ich würde daher nunmehr Euer Exzellenz mit den nötigen Instruktionen versehen. In diesem Sinne erhalten Euer Exzellenz mit derselben Kuriersgelegenheit einen mit dem Herrn italienischen Botschafter bereits früher vereinbarten, die Präzisierung des Artikels VII enthaltenden französischen Erlaß, den Sie dem Herrn Minister des Aeußern vorlesen und von welchem Sie ihm sodann eine Abschrift einhändigen wollen. Ich bin mit dem Herzog von Avarna dahin übereingekommen, daß der Schritt Euer Exzellenz bei Herrn Tittoni an demselben Tage statfinde, an welchem mir der italienische Botschafter die analoge Mitteilung seiner Regierung machen wird. Als Zeitpunkt hiefür haben wir Samstag, den 4. Dezember bestimmt. Euer Exzellenz wollen daher Herrn Tittoni an diesem Tage aufsuchen und ihm die Ihnen im Vorstehenden aufgetragene Mit-

teilung machen. Euer Exzellenz wollen bei diesem Anlasse dem Herrn Minister meine Befriedigung darüber ausdrücken, daß durch diesen Austausch von Erklärungen das Verhältnis zwischen den beiden Alliierten eine neue Festigung erfahre. Bezugnehmend auf die in Ihrem Telegramme vom 21. I. M. Nr. 227 angeführten Bemerkungen des Herrn Ministers in Betreff der Erneuerung des Dreibundes können Euer Exzellenz, aber erst nach erfolgter Uebergabe der Depesche, bemerken, daß wir es als sehr erfreulich betrachteten, daß er bereits heute die Erneuerung jenes Bündnisses ins Auge fasse. Ueber die Art, wie dieselbe eventuell seinerzeit der Oeffentlichkeit mitgeteilt würde, werde man dann Gelegenheit haben zu reden. Fürs Erste müsse der Accord jedenfalls, wie dies in den beiden Depeschen auch ausdrücklich ausgesprochen sei, streng geheim gehalten werden, wovon nur eine Ausnahme bezüglich des alliierten Berliner Kabinettes gemacht werde. Was die Form dieser letzteren Mitteilung betrifft, so habe ich bereits dem Herzog Avarna eröffnet, daß der k. und k. Botschafter in Berlin beauftragt werden würde, dem Herrn Reichskanzler oder dem Staatssekretär eine mündliche Mitteilung unter Zurücklassung einer Kopie der an Euer Exzellenz gerichteten Depesche zu machen. Der Herr italienische Botschafter erklärte sich mit diesem Vorgange einverstanden. Ich bemerke schließlich noch, daß es nicht in meiner Absicht gelegen ist, daß Euer Exzellenz Herrn Tittoni gegenüber auf den Gegenstand meiner mehrerwähnten Notiz oder auf die bezüglichen, vom Herzog Avarna bei mir vorgebrachten Gegenbemerkungen Herrn Tittonis zurückkommen. Sollte jedoch letzterer hierauf die Rede lenken, so sind Euer Exzellenz durch den gegenwärtigen Erlaß über meine Auffassung vollkommen unterrichtet.

a) Vgl. n. 1819, 1849, 1860, 1897, 1905, 2041. — b) Pribram, a. a. O. I 263. — c) Ebenda 271. — d) Vgl. G. P. XXII Nr. 7380, 7693.

Nr. 1849. Erlaß nach Rom, 30. Nov. 1909 Nr. 3599.^{a)} *Konz. (S. Schreibmaschine; G. Aehrenthal).*

Secret. Dans les pourparlers que j'ai eu ces derniers temps avec le Duc Avarna en vue de préciser et de compléter l'article VII du Traité de la Triple-Alliance, nous sommes d'abord tombés d'accord que, l'Autriche-Hongrie ayant renoncé aux droits que le Traité de Berlin lui avait conférés par rapport au Sandjak de Novibazar, les dispositions de l'article précité de la Triple-Alliance s'appliquent au Sandjak aussi bien qu'aux autres parties de l'Empire ottoman. Si donc par suite de l'impossibilité du maintien du statu quo dans les Balcons l'Autriche-Hongrie était amenée par la force des événements à procéder à une occupation temporaire ou permanente du Sandjak de Novibazar, cette occupation n'aura lieu qu'après un accord préalable avec l'Italie, basé sur le principe d'une compensation.

Fidèles à l'esprit qui a inspiré le Traité de la Triple-Alliance et en vue de fixer d'une manière précise et d'un commun accord le procédé que les deux Cabinets alliés comptent adopter dans certaines éventualités nous sommes convenus, en outre, le Duc Avarna et moi, de ce qui suit:

Chacun des deux Cabinets s'engage à ne pas contracter un accord quelconque avec une tierce Puissance concernant les questions balcaniques

sans que l'autre Cabinet y participe sur un pied d'égalité absolue; de même, les deux Cabinets s'engagent à se communiquer toute proposition qui serait faite à l'un ou à l'autre par une tierce Puissance, allant à l'encontre du principe de non-intervention et se rapportant à une modification du statu quo dans les régions des Balkans ou des côtes et des îles ottomanes dans l'Adriatique et de la Mer Egée.

Il va sans dire que l'article VII du Traité de la Triple-Alliance que les dispositions qui précèdent ne font que préciser et compléter, reste intégralement en vigueur.

Quant à la durée de l'engagement que les deux Cabinets assument en vertu de ce qui précède, il est entendu qu'elle doit coïncider avec celle du Traité de la Triple-Alliance, de sorte que l'engagement même serait implicitement renouvelé avec le renouvellement de la Triple-Alliance.

Conformément aux dispositions analogues de ce Traité les deux Cabinets se promettent mutuellement le secret sur l'engagement qu'ils viennent de prendre; seul le Cabinet de Berlin, à titre d'allié, en sera informé sans délai par les deux Gouvernements.

Afin d'établir exactement ce qui a été convenu dans les pourparlers que j'ai eu avec le Cabinet Royal par l'entremise du Duc Avarna, je Vous engage, Monsieur l'Ambassadeur, à communiquer cette dépêche à Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères et à lui en laisser copie.

^{a)} Pribram a. a. O. 199 mit genauen textkritischen Erläuterungen; Martens, N. R. G. 3. S. X 88. Vgl. n. 1848, 1850, 1893, 1905, 1910, 1918, 2014, 2095, 2107, 3372, 3375, 3379, 3380, 10988.

Nr. 1850. Erlaß nach Rom, 30. Nov. 1909 Nr. 3600.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Geheim. Mit Rücksicht darauf, dass Euer Exzellenz während meiner Verhandlungen mit dem italienischen Cabinet, betreffend den Austausch ergänzender Erklärungen zum Art. VII des Dreibundvertrages — Verhandlungen, die infolge der Abwesenheit H. Tittonis von Rom hier geführt wurden — sich auf Urlaub befanden, übermittle ich Euer Exzellenz zur Ergänzung der Ihnen gelegentlich Ihres letzten Wiener Urlaubsaufenthaltes gemachten einschlägigen Mittheilungen die Abschrift einer geheimen Weisung an Herrn von Szögyényi vom 20. Juli l. J. und die Copie eines geheimen Erlasses an Baron Flotow vom 21. Oct. l. J. mit 2 Beilagen. Diese Pièces sind dazu bestimmt, Euer Exzellenz über die Genesis und den Verlauf der nunmehr finalisirten, eingangs erwähnten Verhandlungen eingehender zu informieren.

^{a)} Vgl. n. 1849, 1860.

Nr. 1851. Tel. aus Belgrad, 1. Dez. 1909 Nr. 241 (eing. 3 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Mit Bezug auf Euer Excellenz Telegramm Nr. 112 vom 29. v. M. Infolge der Zeitungsartikel und des im Propaganda-Ausschusse herrschenden, auch im letzten Protokoll geäußerten Misstrauens bat Kon-

fidant neuerlich um rechtzeitige Verständigung, falls von ihm geliefertes Material an die Öffentlichkeit gelangen sollte. Er würde, hoffend, dass wir ihn nicht im Stiche lassen, fliehen. Aus eigenem Antriebe fügte er hinzu, er würde Dokumente aus dem Slovenski Jug-Archiv mitnehmen. Dieses sein Verhalten macht jedenfalls den Eindruck, dass er seine Flucht ernstlich meint und dieselbe nicht nachträglich gegen den im Prozess Geklagten ausbeuten will. Ich bitte daher um hohe Weisung, ob ich seine Abreise unterstützen soll und eventuell um Angabe des Tages, an welchem der Prozess beginnt, da sein Verschwinden wohl erst unmittelbar vor demselben stattfinden sollte. Meiner Ansicht nach sollte er nicht in Semlin oder in der Nähe bleiben, sondern sofort nach Wien oder weiter reisen. Da im Telegramme Euer Excellenz Slovenski-Jug Archiv als gegenwärtig bedeutungslos bezeichnet wird, bitte ich auch um Instruktion, ob ich Konfidenten von Entwendung desselben abraten lassen soll. Bezugnehmend auf Schlusspassus^{b)} des Telegrammes Euer Excellenz kann ich leider Kompromittierung der Gesandtschaft durch Ermöglichung der Flucht oder deren Versuche nicht als ausgeschlossen betrachten; doch ist Kompromittierung unausweichlich, falls der im Prozesse genannte Konfident hier bleibt, verhaftet wird und seine Beziehungen zu uns eingestehen muss. Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1847, 1855, 1856. — ^{b)} Schlußpassus von n. 1846 beginnt mit „Schließlich mache ich ...“

Nr. 1852. Bericht aus Konstantinopel, 1. Dez. 1909 Nr. 116 C (eing. 4. Dez.). Ausfert.

Ich habe nach meiner Rückkehr vom Urlaube mit mehreren türkischen Funktionären Besuche gewechselt, unter Anderem mit Mahmud Schevket Pascha. Bei dieser Gelegenheit sprach sich der Generalissimus mir gegenüber eingehend über die derzeitigen Verhältnisse in der türkischen Armee aus. Er bezeichnete die Lage als eine günstige und versicherte mich, dass die Officiere thatsächlich den politischen Comités nicht mehr angehören. Aus den Worten des Generals entnahm ich aber, dass dies nicht ohne Schwierigkeiten durchgeführt wurde. Zuerst gehorchten die Officiere des I. und II. Armeecorps, dann erst die Regimenter in Salonich und zuletzt in Monastir. Man musste einige Officiere der hiesigen Garnison, wie er mir sagte, nach Salonich und Monastir entsenden, um die dortigen Officiere zum Austritte aus dem Comité zu veranlassen. Ob dieser formelle Austritt das wirkliche Aufhören der Comitémitgliedschaft der Officiere bedeutet, scheint mir trotz der Erklärungen Schevket Paschas noch immer zweifelhaft zu sein. Es selbst gab zu, dass man die Officiere versichern musste, dass die Armee nach wie vor, wenn es nötig sein sollte, für die Ziele und Prinzipien des Comités eintreten werde. Was die Mannschaft anbelangt, sagte mir Schevket Pascha, dass dieselbe nunmehr ganz sicher sei. Die Soldaten seien jetzt zufrieden, dass sie pünktlich ihre Löhnung erhalten, und nicht mehr wie früher in Lumpen herum gehen müssen. Diese Zufriedenheit gebe sich in den Briefen kund, welche die Mannschaften an ihre Angehörigen in die Heimat senden (und die von den Officieren gelesen werden). Mahmud Schevket Pascha kam sodann auf die äussere Lage zu sprechen. Er

verhehlte mir nicht, dass er mit der Eventualität eines türkisch-bulgarischen Krieges ernstlich rechne. Er sagte mir, Bulgarien habe sich als Ziel gesteckt, eine Armee von 400.000 Mann auf die Beine zu stellen. Dies sei für dieses kleine Land viel zu viel und könne à la longue von demselben nicht ertragen werden, es müsse also früher oder später zum Kriege kommen. In diesem Falle aber, fuhr er fort, müsse die Türkei darauf rechnen, dass sie es auch mit Serbien, Montenegro und Griechenland zu thun haben werde. Wenn es auch richtig sei, dass diese Länder sich niemals endgiltig verständigen werden, so sei es doch für ihn zweifellos, dass bei Ausbruch eines türkisch-bulgarischen Krieges, die anderen drei erwähnten Staaten gleichfalls über die Türkei herfallen werden. Die Türkei müsse daher eine so starke Armee haben, dass sie den Angriff dieser 4 Länder mit Erfolg zurückschlagen könne. Dazu braucht sie eine Armee von circa einer Million Streitern und eine Flotte, die wenigstens der griechischen gewachsen sein muss. Der General fügte hinzu, die Türkei sei im Stand eine solche Armee aufzustellen, da sie jetzt durch die Einreihung der Christen in die Armee mehr Soldaten, denn je, habe. Hiezu komme noch Constantinopel mit einer Million Einwohnern, welches bisher keine Rekruten gestellt hatte. Die Schwierigkeiten für die Türkei bestünden aber darin, dass die Mobilisierung der Armee wegen der zu grossen Entfernungen nicht so rasch, wie in den Nachbarländern, durchgeführt werden könne. Der Bau von Eisenbahnen in Anatolien sei daher von allergrösster Wichtigkeit. Vor Allem müsse die Bagdadbahn möglichst rasch ausgebaut werden; ausserdem sei aber auch eine Bahn im Schwarzen-Meer-Becken absolut notwendig. Diese letztere müsste nach Ansicht des Generals der Staat selbst bauen, denn dann könne Russland keine Einwendung machen. Ebenso notwendig sei die Ausgestaltung der Flotte, da man sich nicht der Gefahr aussetzen dürfte, dass Griechenland die Truppentransporte zur See verhindere. Wenn Griechenland, wie es heisst, jetzt ein Schlachtschiff kaufe, müsse die Türkei unbedingt dasselbe thun. Über den Ausgang eines eventuellen Krieges gegen die vier kleinen Staaten sprach sich Schevket Pascha übrigens ziemlich beruhigt aus. Die Türkei, sagte er, könne jedenfalls einen Krieg länger ertragen, als die erwähnten Staaten und eben darin liege seiner Ansicht nach die Kraft der Türkei. Ganz anders würde die Sache allerdings stehen, wenn sich Russland an dem Angriffe gegen die Türkei betheiligen würde. In diesem Falle müsste sie unterliegen, aber dann würde, meinte der General, es ja auch gewiss zu einem allgemeinen europäischen Kriege kommen. Schevket Pascha liess im Laufe dieses Gespräches wiederholt Andeutungen fallen, dass die Türkei ganz besonders auf die Interessengemeinschaft mit uns rechne. Dies gab mir den Anlass, mich im allgemeinen im Sinne des hohen Privatschreibens vom 24. v. Monats, geheim, dem General gegenüber auszusprechen.

Pallavicini.

Nr. 1853. Bericht aus Konstantinopel, 1. Dez. 1909 Nr. 116 F (eing. 4. Dez.).^a Ausfert.

Aus Anlass der in meinem Berichte Littera G erwähnten Interpellationsbeantwortung, betreffend die Reden der bulgarischen Minister

und den slavischen Balkanbund, kam der Grossvezir mir gegenüber am letzten Montag wieder auf das Verhältniß der Türkei zu uns und den Balkanstaaten zu sprechen. Er betonte, dass nach der Austragung der bosnischen Angelegenheit zwischen den beiden Reichen kein irgendwie gearteter Konflikts- oder Streitpunkt übriggeblieben sei; ein Verhältniß, zu welchem er sich aufrichtigst beglückwünsche. Hilmi Pascha wiederholte auch, dass er von unserem Désintéressement am Balkan in territorialer Beziehung vollkommen überzeugt sei, und ebenso aufrichtig von der Gemeinsamkeit der Interessen Österreich-Ungarns und der Türkei am Balkan. Diese Bemerkungen des Gross-Vezirs boten mir den Anlass, mich, wie ich dies Mahmud Schevket Pascha gegenüber bereits gethan hatte, auch dem Gross-Vezir gegenüber, im Sinne der Ausführungen des hohen Privatschreibens vom 23. d. Mts.,^{b)} geheim, vernehmen zu lassen. Der Grossvezir sprach des Weiteren eingehend über seine Ideen, betreffend eine slavische Balkan-Confederation. Dieselbe könne angesichts der „formidablen“ Armee Österreich-Ungarns nur gegen die Türkei gerichtet sein. Dies liege ja klar zu Tage und eben deshalb sei es seiner Überzeugung nach ausgeschlossen, dass die Türkei sich an einem solchen Bunde, einem Bunde ihrer Feinde, betheilige. Auch Rifaat Pascha, welcher mir gegenüber politische Gespräche allgemeinerer Natur in der Regel vermeidet, sprach mir vorgestern von den Gerüchten, betreffend ein Bündniß der drei slavischen Balkanstaaten. Der Minister befragte mich um meine bezügliche Meinung. Ich erwiderte, dass ich an ein Bündniß dieser Staaten nicht glaube, dass aber immerhin mit der Möglichkeit gerechnet werden müsse, dass wenn einer dieser Staaten die Türkei angreift, auch die anderen mitthun werden. Pallavicini.

a) Vgl. n. 1815, 1839, 1854. — b) Wohl 24. Nov. 1909.

Nr. 1854. Bericht aus Konstantinopel, 1. Dez. 1909 Nr. 116 G (eing. 4. Dez.).^{a)} Ausfert.

Am vergangenen Samstag hat die von mir signalisierte Interpellationsbeantwortung Rifaat Paschas in Angelegenheit der letzten bulgarischen Ministerreden stattgefunden. Der Minister des Äussern beantwortete die an ihn gerichtete Anfrage mit dem Hinweise auf die Differenzen in dem hier zuerst bekannt gewordenen und dem offiziellen Texte der Reden und betonte, dass die bulgarische Regierung erklärt habe, dass ihr jede Absicht einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei fern liege und sie von den freundschaftlichsten Gesinnungen für die letztere beseelt sei. Mir sagte Rifaat Pascha, er wäre sehr froh gewesen, dass man von ihm nicht die Vorlage des offiziellen Textes der Reden verlangt habe. Dieselben seien wenig von den durch die Agentien hierher telegraphierten abweichend und sprechen insbesondere auch davon, dass „das Schicksal der Connationalen in Macedonien die Bulgaren stark bewege.“ Die Erklärungen des bulgarischen Cabinetes und dessen Hinweis auf seine Lage gegenüber der Opposition seien indessen seitens der ottomanischen Regierung als genügend angesehen worden. Der ganze Verlauf des Zwischenfalles ist wohl bezeichnend für das Ruhebedürfnis der Türkei und die Angst, die man hier vor Bulgarien hat. Auch

die russophilen Gesinnungen Rifaat Paschas dürften zur milderen Beurteilung des Vorfalles beigetragen haben. Eine weitere in derselben Kammersitzung abgegebene Antwort des Ministers des Äußern betraf die Gerüchte, betreffend den Balkanbund. Diesbezüglich erklärte Rifaat Pascha, dass die Idee dieses Bundes schon zu wiederholtenmalen aufgetaucht sei, für die Realisierung dieses Gedankens seien jedoch vorderhand keine Indizien gegeben, und es gehe nicht an, Phantasiegebilden gegenüber irgendwelche Vorkehrungen zu treffen. ... *Parlamentsverhandlungen.* ... Pallavicini.

a) Vgl. n. 1853, 1857.

Nr. 1855. Privatschreiben Dr. Heinrich Friedjungs an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 1. Dez. 1909.^{a)} *Eigh. Ausfert.*

Hiemit übersende ich Euer Excellenz im Bürstenabzuge die Schriftstücke, die ich dem Geschwornengerichte in Form einer Brochure zu überreichen gedenke. Ich habe alles weggelassen, was sich auf König Peter oder auf das Eingreifen Rußlands oder Englands bezieht. Damit glaube ich den Absichten des Ministeriums des Äußern entgegengekommen [zu] sein, wie Seine Excellenz Graf Aehrenthal sie mir auseinandersetzte. Seine Excellenz stellte mir die Benützung der Protokolle des Slovenski Jug frei; ich glaube aber, aus Vorsicht doch noch die Bürstenabzüge vorlegen zu sollen. Sodann eine Bemerkung bezüglich der Verhandlung selbst. Im Landesgericht wurde meinem Rechtsanwalt mitgeteilt, die Regierung habe den Wunsch ausgesprochen, daß für die Verhandlung Karten früher nicht ausgegeben werden sollen. Wer früher kommt, solle Einlaß erhalten. Die Folge dieses Verfahren wird ohne Zweifel sein, daß das Parterre des Gerichtssaales von einer Menge Studenten und sonstigen jungen Leuten kroatischer und serbischer Nationalität besetzt sein wird. Angenehm ist diese Aussicht nicht. Es kann dann zu manchen Demonstrationen kommen. Deshalb empfehle ich Euer Excellenz, jene Anordnung, falls sie vom k. u. k. Ministerium des Äußern ausgehen sollte, rückgängig machen zu lassen. Die eigentliche Bühne des Saales wird ohnedies von meinen 51 Klägern gefüllt sein. Es wäre gerecht, wenn auch der geklagte Teil die Möglichkeit hätte, einen Teil des Publikums des Saales zu stellen. Heinrich Friedjung.

a) Vgl. n. 1851, 1856.

Nr. 1856. Tel. nach Belgrad, 2. Dez. 1909 Nr. 113 (chiffr. 1 U. 30 M. p. m.).^{a)} *Konz. (S. u. G. Macchio).*

Geheim. Antwort auf Telegramm 241 vom 1. l. M. Process beginnt 9. Dezember. Da Confident nunmehr Bitte seine Abreise zu ermöglichen erneuert und mit Rücksicht auf Schlusssalinea^{b)} Ihres obigen Telegrammes ermächtigte ich Euer Hochgeboren ihm vorläufig nötige Unterstützung für Reise und Aufenthalt in der k. u. k. Monarchie zu bieten, ihm in Aussicht zu stellen, dass weiter für ihn gesorgt werden wird und von Mitnahme bewusster Dokumente ernstlich abzuraten. Auch ich meine, dass er einstweilen besser nach einem entfernteren Punkte, eventuell Graz, keinesfalls aber nach Wien, zu instradiren wäre; Euer Hochgeboren wollen zugleich Einleitung

treffen, damit derselbe in seinem neuen Domizil geheime Verbindung mit hier sogleich herstelle, wodurch dessen Überwachung und materielle Unterstützung uns ermöglicht wird. Euer Hochgeboren telegrafischen Bericht-erstattung im Gegenstande sehe ich entgegen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1855, 1859. — b) Schlußalinea von n. 1851 beginnt mit „Bezugnehmend auf Schlußpassus“.

Nr. 1857. Erlaß nach Konstantinopel, 2. Dez. 1909 Nr. 3628. a) Konz. (S. Kwiatkowski; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz haben in Ihrem Berichte vom 24. v. M., Nr. 114 B, einige Äußerungen einberichtet, welche Hilmi Pascha bei Ihrer ersten Unterredung mit ihm über die Beziehungen zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn sowie über die Politik der Monarchie am Balkan fallen ließ. Ich sehe mich veranlaßt, Euer Exzellenz zu ersuchen, dem Großwesir gegenüber bei der nächsten sich darbietenden Gelegenheit auf seine betreffenden Äußerungen, welche Sie mir einberichtet hätten, ausdrücklich zurückzukommen. Euer Exzellenz wollen hiebei auch in meinem Namen constatiren, daß die Beziehungen zwischen den beiden Reichen ausgezeichnete seien, und hervorheben, daß ich immer im Auge gehabt hätte, zu einem so freundschaftlichen Verhältnisse zu der Türkei zu gelangen; zugleich wollen Euer Exzellenz namentlich auch meiner Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß der Großwesir die Politik der Monarchie am Balkan so zutreffend charakterisirt habe. Die Monarchie habe in der Tat nicht nur keine Expansionsgelüste auf Kosten der Türkei, sie habe vielmehr ein großes eigenes Interesse daran, daß die Türkei erstarke, denn darin liege nach unserer Auffassung eine der besten Garantien für die Aufrechterhaltung der Ruhe auf der Halbinsel und des allgemeinen Friedens. Was das gegenwärtige Verhalten der kleinen Balkanstaaten betreffe, so sähe ich keinerlei Grund zu besonderer Beunruhigung und sei der Meinung, daß manchen Vorfällen von der Öffentlichkeit eine übertriebene Bedeutung beigemessen werde. Für die Türkei sei es gewiß die richtige Politik, sich ruhig, aber aufmerksam beobachtend zu verhalten. Bei dem gestrigen Diplomatenempfang spielte der türkische Botschafter auf gewisse Reden der bulgarischen Minister in der Sobranje an und stellte dieselben als eine bedenkliche Erscheinung hin, ohne jedoch hieran ein konkretes Petit zu stellen. Ich bemerkte hierauf zu Reschid Pascha, daß ich mich in Sofia jederzeit in dem Sinne hätte vernehmen lassen, daß es für das Königreich im wolverstandenen eigenen Interesse liege, ein möglichst gutes Verhältnis zur Türkei zu unterhalten. In analoger Weise hätte ich mich auch der Pforte gegenüber jederzeit ausgesprochen. Ich möchte es daher aufrichtig begrüßen, daß der durch die erwähnten Reden veranlaßte incident zwischen den beiden Ländern rasch in befriedigender Weise abgeschlossen worden sei. Sollte man von türkischer Seite Euer Exzellenz gegenüber auf diesen bulgarischen incident zu sprechen kommen, so wollen Euer Exzellenz sich in ähnlicher Weise äußern, wie ich es Reschid Pascha gegenüber getan habe.

a) Vgl. n. 1854, 1858, 1872.

Nr. 1858. Erlaß nach Konstantinopel, 2. Dez. 1909 Nr. 3629.a) Konz. (S. Kwiatkowski; G. Pogatscher).

Die bulgarische Regierung, welche sich, wie bekannt, schon seit längerer Zeit um die Placirung einer Anleihe im Betrage von 100 Millionen Francs auf dem europäischen Geldmarkte bemüht, hat, nachdem ihre bezüglichen Negociationen in Paris schließlich gescheitert sind, Unterhandlungen mit Wiener Finanz-Instituten angeknüpft. Das Ergebnis derselben ist, daß der Abschluß des Anlehens mit der Länderbank nahezu perfekt ist. Der österreichische Finanzminister hat sich seinerseits unter gewissen Voraussetzungen bereit erklärt, die Cotirung der Anleihe an der Wiener Börse zu gewähren. Ich möchte betonen, daß die k. u. k. Regierung bei den bezüglichen Negociationen in keinerlei Weise intervenirt hat, um denselben ihren rein geschäftlichen Charakter zu belassen. Allerdings kann sie es nur mit Befriedigung begrüßen, daß das Königreich sich an unsere Finanz-Institute gewendet hat, und es darf angenommen werden, daß der Erfolg dieser Transaktionen auf unsere Beziehungen zu Bulgarien nicht ohne günstige Rückwirkung bleiben dürfte. Je freundschaftlicher aber das Verhältnis der Monarchie zu dem Königreiche ist, mit desto größerer Wirkung können wir fortfahren, wie wir es schon bisher stets getan haben, unseren Rat in Sofia dahin vernehmen zu lassen und unseren Einfluß dahin geltend zu machen, daß Bulgarien eine Politik der Mäßigung verfolge, seine Beziehungen zur Türkei im freundschaftlichen Geiste pflege und so zur Aufrechthaltung der Ruhe am Balkan beitrage, welche sosehr im Interesse der Consolidirung des neuen constitutionellen Regimes der Türkei gelegen ist. Falls der Abschluß des bulgarischen Anlehens in Wien die Aufmerksamkeit der türkischen Regierungskreise auf sich lenken und von dieser Seite Ihnen gegenüber zur Sprache gebracht werden sollte, so wollen sich Euer Exzellenz etwa im Sinne des Vorstehenden vernehmen lassen.

a) Vgl. n. 1857, 1862, 1872, 1875, 1944 Beilage.

Nr. 1859. Tel. aus Belgrad, 3. Dez. 1909 Nr. 243 (eing. 4. Dez. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Geheim. Mit Bezug auf Euer Excellenz Telegramm Nr. 113 von gestern. Konfident, dankbar für Ermöglichung der Abreise und zufrieden, keine Dokumente sich aneignen zu dürfen, wird, falls nichts dazwischen kommt, übermorgen, Sonntag, über Semlin sich entfernen. Beabsichtige ihn nach Strobnic, einem kleinen deutschen Marktflecken in Böhmen, zu instradieren, wo er bei Verwandten des hieramtlichen Dragomans, um Kind in kroatisch-serbischer Sprache zu unterrichten und selbst deutsch zu lernen, unauffällig und leicht überwacht, mit geringen Kosten einige Zeit zubringen kann. Durch Wien muss er ohne Aufenthalt durchreisen. Das einzige Bedenken ist, dass er mit der Familie eines hieramtlichen Beamten dort in Verbindung ist, doch wird dies meines Erachtens durch den Umstand aufgewogen, dass er während des Prozesses tatsächlich unauffindbar wäre. Nach einiger Zeit wird man ersehen können, ob er seinem Wunsche gemäss, auf der Agramer oder, falls er deutsch erlernt, auf einer anderen Universität

seine Studien mit unserer Unterstützung fortsetzen kann. Bitte um geneigte Antwort, ob Euer Excellenz mit seinem Vorschlage einverstanden sind; sonst würde ich Stefanović nach Graz instradieren, obwohl Gefahr vorliegt, dass er bei seiner vollkommenen Unkenntnis der deutschen Sprache sich sofort an die dortigen zahlreichen serbischen Studenten anschliessen würde. Forgách.

a) Vgl. n. 1861.

*Nr. 1860. Privatschreiben des ital. Botschafters, Wien, 3. Dez. 1909.^{a)}
Eigh. Ausfert.*

En examinant ma correspondance télégraphique avec M. Tittoni j'ai pu constater que je ne m'étais pas trompé en vous affirmant dans l'entretien que j'ai eu l'honneur d'avoir hier avec vous, que pas seulement le principe du status quo dans les Balkans, mais bien aussi celui de favoriser le développement des Etats balcaniques sur la base du principe de nationalité avait formé l'objet d'échange de vues entre M. Tittoni et le Cte. Gołuchowski et, en dernier lieu, entre vous et M. Tittoni, par mon entremise.

Vous vous rappelerez en effet que, à l'occasion du discours prononcé par M. Tittoni à notre Chambre des députés, au mois de décembre 1906, où il parlait de l'autonomie de la péninsule balcanique, vous m'avez dit, le 29 de ce mois: „que vous compreniez les raisons qui avaient induit M. Tittoni à faire cette déclaration pour montrer à l'opinion publique en Italie que l'accord avec l'Autriche-Hongrie, pour le maintien du status quo dans les Balkans, n'était pas négatif, ainsi qu'on l'avait affirmé, mais qu'il reposait sur une base positive“. Vous avez ajouté: „que la solution indiquée par M. Tittoni ne pouvait se rapporter qu'à des éventualités futures et lointaines. En effet si les réformes n'auraient point atteint le but et s'il avait été impossible de maintenir le statu quo, on ne pouvait penser qu'à la division des différentes parties de la Macédoine entre les Etats balcaniques sur la base du principe de nationalité“.

M. Tittoni, à qui j'avais télégraphié le jour même vos déclarations, me répondit le 30 décembre 1906 en me chargeant de vous dire: „que vous aviez interprété exactement sa pensée au sujet de la politique de l'Italie et de l'Autriche-Hongrie dans les Balkans; qu'il avait voulu mettre en relief la politique désintéressée de l'Italie et de l'Autriche-Hongrie et montré que leur accord était positif et prévoyait toute éventualité possible et éloignée. Mais qu'il ne croyait pas cette éventualité désirable et qu'il aurait joint ses efforts aux Vôtres pour maintenir le statu quo“.

Je vous ai communiqué, le 1^{er} janvier 1907, la réponse de M. Tittoni, dont vous vous êtes montré satisfait. A cette occasion vous m'avez prié de faire connaître à M. Tittoni que, „vous aviez cru devoir relever les paroles qu'il avait prononcées à la Chambre des Députés à cause de l'impression peu favorable qu'elles avaient produit sur la Sublime Porte, impression que vous espériez se serait dissipée.“

Les deux points susindiqués, maintien du status quo et le cas échéant, développement des Etats balcaniques sur le principe de nationalité, forment du reste, la base de la politique de toutes les grandes Puissances dans l'Orient Européen.

Si donc M. Tittoni a échangé ses vues, sur ces deux points, dans ses conversations avec M. Iswolsky, il n'a rien fait qui ne fût déjà, on peut dire, dans le domaine public.

Dès lors il ne me semble pas que l'on puisse reprocher à M. Tittoni de ne vous avoir averti qu'à présent seulement de ses conversations avec M. Iswolsky, dont l'objet, sur lequel toutes les Puissances sont d'accord, ne pouvait qu'être déjà à votre connaissance.

Dans cet état de choses je me demande s'il serait opportun que je lui fasse connaître les observations que vous avez bien voulu me faire à ce sujet. Elles pourraient, peut-être, lui faire supposer que vous avez des doutes sur son compte, ce qui serait peu conforme à l'intimité de nos rapports, surtout en ce moment, où M. Tittoni cherche à les resserrer davantage par la proposition qu'il vous a faite et qui vise à une entente plus complète avec vous.

Je suis tout prêt à répondre à la demande que vous m'avez adressée hier et à écrire à M. Tittoni dans le sens que vous m'avez indiqué, mais je me permets de vous soumettre les considérations que précèdent, qui me sont suggérées par le désir sincère d'éliminer toute chose pouvant entraver nos pourparlers actuels.

Je vous laisse juge de ce que vous voulez que je fasse et j'attendrai un mot de vous qui m'informe de votre pensée, à laquelle je me conformerai entièrement.

Veillez excuser si j'ai pris la liberté de retourner sur l'objet de notre entretien de hier.

Avarna.

a) Vgl. n. 1848, 1850, 1863.

Nr. 1861. Tel. nach Belgrad, 4. Dez. 1909 Nr. 115 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Macchio; G. Aehrenthal).

Geheim. Antwort auf Telegramm Nr. 243 Geheim von gestern. Bin mit vorläufiger Installation Konfidenten in Strobnic einverstanden; natürlich müsste für Diskretion der Dragomans-Familie möglichst vorgesorgt werden. Auch werden Euer Hochgeboren gewiss das Nötige veranlassen, damit dem Genannten bei dessen Grenzübertritt nicht etwa in Semlin Schwierigkeiten bereitet werden, die verhängnisvolle Folgen haben könnten.

a) Vgl. n. 1864, 1865.

Nr. 1862. Tel. nach Konstantinopel, 4. Dez. 1909 Nr. 309 (chiffr. 5 U. p. m.). Konz. (S. Kwiatkowski; G. Pogatscher).

Das bulgarische Anlehen, von welchem in dem Euer Exzellenz mittelst Couriergelegenheit übermittelten Erlasse vom 2. d. Mts. Zl. 3629 die Rede ist, soll zur Rückzahlung von Staatsschulden an die Nationalbank, der Rest zur Vollendung bereits begonnener Bahnbauten verwendet werden. Ich stelle es Euer Exzellenz anheim, auch diesen Umstand zu verwerten, falls von türkischer Seite die Sache Ihnen gegenüber zur Sprache gebracht werden sollte. Da die Angelegenheit bis zu der noch ausstehenden Perfektionierung geheim gehalten wird, so ersuche ich Euer Exzellenz keinesfalls früher davon zu reden.

Aehrenthal.

Nr. 1863. Tel. nach Rom, 4. Dez. 1909 Nr. 182 (chiffr. 2 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

Herr Tittoni hat mir durch den Herzog von Avarna von der Demission des Ministeriums Giolitti Mitteilung machen und mir sagen lassen, daß er unter diesen Umständen den Austausch der Noten nicht mehr selbst vornehmen könne und daß er dies seinem Nachfolger überlassen müsse, an dessen Bereitwilligkeit hiezu er nicht zweifle. Ich hoffe, daß die Demission des Kabinettes nicht angenommen wird oder daß wenigstens Giolitti und Tittoni, mit denen wir immer ein erträgliches Auskommen gefunden haben, in ihren Stellungen erhalten bleiben. Die von Ihnen in dem Telegramm Nr. 232^{b)} erwähnte Kandidatur Marcoras wäre uns natürlich sehr unerwünscht. Sie würde nach seinen Antezedentien notwendiger Weise zu Weiterungen führen und Konsequenzen haben, die weder uns noch Italien angenehm sein können. Falls aber diese unwahrscheinliche Kombination doch in den Vordergrund treten sollte, stelle ich es Euer Exzellenz anheim, Seine Majestät den König durch Herrn Tittoni auf obigen Umstand aufmerksam machen zu lassen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1860, 1869. — ^{b)} Nicht aufgenommen. Nähere Nachrichten über die Demission des Ministeriums Giolitti.

Nr. 1864. Tel. nach Belgrad, 5. Dez. 1909 Nr. 116 (chiffr. 1 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; V. u. G. Macchio).

Geheim. Im Nachhange zu meinem Telegramm Nr. 115 vom 4. d. M. Wie Euer Hochgeboren bekannt, würde Dr. Friedjung in dem bewussten Prozesse auf die Producierung eines eigenhändigen Briefes des Stefanović Wert legen. Daher wurde die Beschaffung eines solchen nach Ankunft des Confidenten in Strobnic in Aussicht genommen. Zu diesem Behufe ersuche ich um telegrafische Bekanntgabe des Namens der Familie, bei welcher Stefanović untergebracht wird und des Umstandes, ob er unter seinem richtigen Namen eventuell unter welchem Namen er daselbst ein treffen wird.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1867.

Nr. 1865. Tel. aus Belgrad, 5. Dez. 1909 Nr. 245 (eing. 6. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Zu Euer Excellenz Telegramm Nr. 115 von gestern. Stefanović ist heute nicht nach Semlin gekommen, von wo er hätte weiter reisen sollen und ich habe keine Nachricht über sein Verbleiben. Obwohl es noch nicht ganz ausgeschlossen ist, dass irgend ein Umstand seine Abreise von hier verhinderte, so muss ich es leider als wahrscheinlich bezeichnen, dass er doch im letzten Momente vor der Expatriierung zurückschreckte, besonders, da ihm natürlich nicht mitgeteilt worden war, dass Benützung seiner Dokumente bevorsteht. Aus Vorsicht hatte ich ihm vorläufig nur einen unbedeutenden Betrag zukommen lassen und er hätte erst in Semlin Eisenbahnbillet, Geld und Bestimmung der Reiseroute erhalten, so dass Kompromittierung des Dragomans und der k. u. k. Gesandtschaft durch diesen,

wie es nun scheint, missglückten Versuch, Stefanović von hier fortzuschaffen, nach Möglichkeit vermieden wurde. Die Situation ist daher ungefähr dieselbe wie vor einigen Tagen und es muss abgewartet werden, ob, wenn die Verhandlungen des Prozesses hier bekannt werden, Stefanović doch nach Semlin flieht oder, was leicht möglich ist, sich serbischer Regierung als Zeuge gegen die Echtheit der von ihm selbst gelieferten Dokumente anbietet.

Forgách.

a) Vgl. n. 1866.

Nr. 1866. Privatschreiben Dr. Heinrich Friedjungs an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 5. Dez. 1909. a) *Eigh. Ausfert.*

Euer Excellenz haben sich meiner Angelegenheit so gütig und mit solchem Nachdrucke angenommen, daß ich nochmals, aber wol das letzte Mal vor meinem Prozesse mit einem Anliegen zu kommen mir erlaube. Vier Tage trennen uns nur mehr von dem Beginne des Processes und ich bin noch immer nicht im Besitze der mir äußerst wichtigen Photographie des Sitzungsprotokolles des Slovenski Jug vom 22. Januar (9. Februar n. St.) 1908.^{b)} Sie sei noch immer in der Arbeit und nicht fertiggestellt, wird mir stets erwidert. Obwohl ich nun alles Vertrauen hege, daß die Anordnungen sorgsam getroffen sind, so ist doch eine gewisse Ungeduld auch auf meiner Seite begreiflich. Ich fühle mich in keiner Weise nervös, esse und schlafe wie immer, aber das Fehlen dieses wichtigen Beweisstückes beschäftigt mich doch allzusehr und lenkt mich von den anderen Vorbereitungen ab. Ich bitte Euer Excellenz inständigst, in diesem Punkte etwas zur Eile zu mahnen. Mindestens ebenso wichtig, oder eigentlich wichtiger ist das Fehlen eines eigenhändigen Briefes mit der Unterschrift des Milan Stefanović. Wenn ich bedenke, daß dieser Mann eine ganze Bibliothek von mit seiner Hand geschriebenen Sitzungsprotokollen ablieferte, wenn ich hinzufüge, daß er selbst noch im November ein derartiges Protokoll in Belgrad zur Verfügung stellte: so ist es mir geradezu ein Räthsel, daß es unmöglich wäre, ein harmloses Brieflein mit seiner Unterschrift zur Stelle zu schaffen. Glücklicherweise ist dieses Schreiben noch nicht am 1. Tage des Processes notwendig, sondern erst im Laufe des Beweisverfahrens. Der Beweis der Echtheit der Protokolle ist glatt geführt, wenn feststeht, daß sie von der Hand des Sekretärs des Slovenski Jug herrühren. Diese glatte und vollständige Beweisführung wird aber nicht bloß ein voller Sieg des Angeklagten, sondern ebenso seiner Gewährsmänner sein. Daher meine Bitte, es möge nach Belgrad nochmals dringend in diesem Sinne telegraphiert werden.

Heinrich Friedjung.

a) Vgl. n. 1865, 1867. — b) Vgl. n. 98 Anm. b.

Nr. 1867. Tel. aus Belgrad, 6. Dez. 1909 Nr. 246 (eing. 3 U. p. m.). a) *Entziff.*

Geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 116 von gestern. Konfident entschuldigte sich heute nachts mit wichtigen Ausflüchten bei dem Dragoman, gestern nicht abgereist zu sein. Da ihm bedeutet wurde,

jedwede Verbindung sei mit ihm abgebrochen, beteuerte er, er werde noch heute, spätestens morgen, nach Semlin übergehen. Falls er dies ausführt, wird der von Dr. Friedjung gewünschte Brief, wie ich es beabsichtigt hatte, in Semlin von ihm geschrieben und sofort vorgelegt werden. Auch würde für seine schleunige Weiterreise eventuell unter Aufsicht gesorgt werden.

Forgách.

a) Vgl. n. 1866, 1868, 1871.

Nr. 1868. Privatschreiben aus Belgrad an Konsul Siegfried Freiherrn von Pitner, Montag [6. Dez. 1909].^{a)} Eigh. Ausfert.

In aller Eile sende ich Ihnen das inhaltlich uninteressante Exemplar des ersten neuen Slovenski Jug. Bemerkenswerth ist nur die Unterschrift des ersten Artikels. Zum ersten Male außer auf den geheimen Protocollen erscheint Professor B. Marković als Präsident unterfertigt. Früher hieß es immer, es gebe nur einen Studentenclub mit einem Studenten als Präsidenten. Der wirkliche Slovenski Jug und dessen früher bestandener geheimer Centralausschuss unter Präsidium von Marković blieben stets sehr geheim. Ueber den „Roman“ mit Stefanović telegrafire ich fortlaufend. Ich bin neugierig, ob er endlich doch geht? Ich bezweifle es beinahe, da ich über Auftrag die bevorstehende Gefahr ihm immer verheimlichte. Vederemo. Es wäre doch ein Glück ihn während des Processes fortzuhaben! Da er nie mehr in die Wohnung des Dragomans kommt und nur flüchtige Zusammenkünfte an sicheren Orten stattfinden, konnte die von Dr. Friedjung speciell gewünschte Schrift leider noch immer nicht beschafft werden.

Forgách.

a) Vgl. n. 1867, 1870.

Nr. 1869. Bericht aus Rom, 7. Dez. 1909 Nr. 77 A (eing. 9. Dez.).^{a)} Ausfert.

Geheim. Der plötzliche Ausbruch der Minister-Crisis hat bedauerlicher Weise den mit hohem Erlasse v. 30. v. Mts. No. 3598 (Geheim) vorgesehenen Austausch identischer Erklärungen behufs Präcisirung und Ergänzung des Artikels VII des Dreibund-Vertrages verhindert. Herr Tittoni drückte mir sein lebhaftes Bedauern darüber aus, aber nachdem das Cabinet nur mit der Weiterführung der administrativen Agenden betraut sei, könne er nicht anders als die Sache seinem Nachfolger überlassen. Ein anderes Vorgehen seinerseits wäre mannigfachen Bedenken ausgesetzt, überdiess — nachdem er sich in statu demissionis befinde, — für seinen Nachfolger nicht einmal bindend. Wer immer übrigens dieser sein möge, werde er ihm die Sache wärmstens an's Herz legen, und hoffe er, dass es sich nur um eine Verzögerung von wenigen Tagen handeln dürfte. Es ist dies zu wünschen. Zur Zeit, da ich dies schreibe, ist es noch ungewiss, wer die Erbschaft Tittoni's antreten wird, wenn auch mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden kann, dass Herr Sonnino der Chef und die Seele des neuen Cabinets sein wird. Sonnino gilt bei seinen Freunden als ein Mann von minutiöser Gründlichkeit, der die Dinge gerne durch das Microscop zu betrachten pflegt. Was meinerseits geschehen kann, um den Gang

der Dinge zu beschleunigen, wird gewiss geschehen, andererseits wäre hier ein excès de zèle eher geeignet den Mitcontrahenten misstrauisch zu machen.

Lützow.

a) Vgl. n. 1863, 1878.

*Nr. 1870. Tel. nach Belgrad, 8. Dez. 1909 Nr. 118 (chiffr. 1 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Oppenheimer; V. u. G. Macchio).*

Geheim. Baron Macchio ersucht um Übermittlung seines nachstehenden Telegrammes. In Euer Hochgeboren mir vorgelegtem Schreiben an Konsul Baron Pitner vom 6. d. M. findet sich der Passus, dass Euer Hochgeboren bezweifeln, ob Stefanović Serbien verlassen wird, da Sie „über Auftrag die bevorstehende Gefahr ihm immer verheimlicht“ haben. Diesbezüglich mache ich Euer Hochgeboren darauf aufmerksam, dass ein solcher Auftrag nicht ergangen ist. Ich stelle es vielmehr ganz Ihrem Ermessen anheim, Stefanović eventuell jetzt noch warnen zu lassen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1871, 1874.

Nr. 1871. Tel. aus Belgrad, 8. Dez. 1909 Nr. 247 (eing. 2 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Zu meinem Telegramme Nr. 246 von vorgestern. Konfident hat bisher Belgrad nicht verlassen und konnte daher von Dr. Friedjung gewünschte Schrift nicht beschafft werden. In Regierungskreisen soll Befürchtung vorherrschen, dass wir doch im Besitze von authentischen, aus dem Auswärtigen Amte stammenden Dokumenten sind. Angeblich werden einige Beamte des Ministeriums des Äussern verdächtigt und überwacht. Wahrscheinlich infolge eines offiziösen Winkes haben Zeitungen in den letzten Tagen über bevorstehenden Prozess gar keine Notiz gebracht. Nur ein ganz unbedeutendes neues Blatt „Motch Naroda“ brachte gestern längeren Artikel dahin konkludierend, dass zwar hinter Dr. Friedjung Graf Aehrenthal stehe, dass aber die Dokumente, auf welche sich der Geklagte berufe, nur Fälsfikate sein können. Trotz der Wiener Absicht sei es unmöglich, das offizielle Serbien und dessen auswärtige Politik zu kompromittieren, da letzterem höchstens zu grosse Loyalität vorgeworfen werden könne.

Forgách.

a) Vgl. n. 1870, 1874.

Nr. 1872. Bericht aus Konstantinopel, 8. Dez. 1909 Nr. 117 E (eing. 11. Dez.).^{a)} Ausfert.

Im Sinne des hohen Erlasses vom 2. d. M. No. 3628 habe ich am letzten Montag Gelegenheit genommen, auf die darin erwähnten Äusserungen des Grossvezirs, betreffend die derzeitigen Beziehungen zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn, sowie die Politik der Monarchie, demselben gegenüber zurückzukommen. Hilmi Pascha war durch die Message Eurer Excellenz sichtlich erfreut und dankte für dieselbe. Er wiederholte, er sei durchdrungen von der Notwendigkeit, dass die Türkei mit der Monarchie die besten Beziehungen unterhalten müsse. Er kenne die Politik Österreich-Ungarns seit sieben Jahren genau, dieselbe flösse ihm das grösste Vertrauen

ein; er sei überzeugt, dass sie schon wegen der Gemeinsamkeit der Interessen der beiden Länder für die Türkei nur die freundschaftlichste sein könne. Auch habe es ihn gefreut, in der Beurteilung der bezüglich des Zusammenschlusses der Balkanstaaten aufgetauchten Gerüchte sich mit Euerer Excellenz in Übereinstimmung zu befinden. Die türkische Regierung habe dieselben von vorneherein richtig eingeschätzt und wolle sich auch weiterhin auf eine ruhige und aufmerksame Expectative beschränken. Die Idee eines Balkanbundes mit der Türkei an der Spitze müsse aber geradezu erheiternd wirken. Wie Euere Excellenz aus meiner Berichterstattung der Vorwoche wissen, ist die in dem zweiten Teile des obcitirten hohen Rescriptes behandelte Angelegenheit der unlängst in der Sobranje gehaltenen Reden der bulgarischen Minister mittlerweile zwischen der Türkei und dem bulgarischen Cabinet beseitigt worden. Ich beschränkte mich daher dem Grossvezir gegenüber zu bemerken, dass die glatte Beilegung des Incidenzalles von Euerer Excellenz aufrichtig begrüsst werde. Ich fügte noch im Sinne des mir mit obigem Erlasse gleichzeitig zugekommenen Rescriptes vom gleichen Datum No. 3629 hinzu, dass wir, soviel uns betrifft, seit jeher in Sofia in mässigendem Sinne einwirken. Den eigentlichen Gegenstand des letzteren Erlasses, d. i. die Angelegenheit der in Österreich-Ungarn aufzunehmenden bulgarischen Anleihe berührte ich nicht, da der Grossvezir dieselbe seinerseits nicht zur Sprache gebracht hat. Ich glaube, er hatte sogar zur Zeit unserer Unterredung von der Sache noch nichts erfahren.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1875, 1890.

Nr. 1873. Privatschreiben an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio aus Konstantinopel, 8. Dez. 1909.^{a)} *Ausfert.*

Streng geheim. Anlässlich meines letzten Aufenthaltes in Wien haben Euer Excellenz im Auftrage Seiner Exzellenz des Herrn Ministers mir über gewisse Eröffnungen gesprochen, welche der hiesige montenegrinische Geschäftsträger, D. Gregovitsch, Seiner Exzellenz dem Herrn Minister, sowie Euer Excellenz gemacht hat. Herr Gregovitsch hat mich einige Tage nach meiner Rückkehr vom Urlaube aufgesucht und mir ungefähr Folgendes gesagt. Es gebe jetzt schon viele seiner Landsleute, welche zur Einsicht gelangt seien, dass Montenegro in seiner jetzigen Situation nicht weiter verharren, ja existieren könne. So lange Fürst Nikolaus am Leben sei, wäre eine Aenderung nicht möglich, wohl aber nach seinem Ableben, zumal an den Thronfolger keine grossen Erwartungen geknüpft werden könnten. Herr Gregovitsch betheuerte zugleich, dass er dem Fürsten persönlich zu vielem Danke verpflichtet sei und gegen Ihn Nichts unternehmen würde. Aus einer Bemerkung, die er fallen liess, ging aber hervor, dass er an die Möglichkeit glaubt, dass serbischerseits geplant werden könnte, den Fürsten noch vor dem Tage Seines 50-jährigen Regierungsjubiläums zu beseitigen. Man befürchte eben in gewissen serbischen Kreisen, dass die Glückwünsche und Huldigungen der fremden Staatsoberhäupter und des Auslandes, welche bei jenem Anlasse dem Fürsten dargebracht werden würden, die Stellung desselben, sowie Montenegro's im Allgemeinen zu Ungunsten Serbiens sehr

heben könnten. Herr Gregovitsch setzte des Weiteren auseinander, dass in Montenegro immer mehr die Ueberzeugung platzgreife, dass von Russland Nichts zu erwarten sei; Italien habe aber durch seine ausbeuterische Politik nahezu alle Sympathie eingebüsst. Es hat Montenegro einen furchtbar theueren und dabei schlechten Hafen und eine schlechte Bahn gebaut; in den staatlichen Tabaklieferungen und den privaten Transaktionen italienischer Unternehmer gehe Alles auf die Ausbeutung des Landes hin. Die einzige Rettung könne Montenegro nur in einem möglichst engen wirtschaftlichen und sonstigen Anschlusse an die benachbarte grosse Monarchie suchen. So wie er, dächten auch viele andere Leute in Montenegro. Er selbst sei gewillt, für obiges Ziel nach besten Kräften zu wirken. Eine momentane Aenderung in seinem hiesigen Verhalten wäre ihm allerdings nicht möglich, da er zu sehr als russophil bekannt sei, doch würde es mit der Zeit keinerlei Schwierigkeiten bieten. Ich antwortete Herrn Gregovitsch, dass politische Intriguen irgendwelcher Natur nicht zu unseren Gewohnheiten gehören. Es sei daher auch ganz ausgeschlossen, dass zu solchen sei es gegen die Dynastie sei es in sonstigen politischen Hinsichten von uns aus die Hand geboten werden könnte. Im Uebrigen wisse man in Montenegro sehr gut, dass Oesterreich-Ungarn die besten Sympathien für dasselbe hege. Eine Annäherung des Fürstenthums an die Monarchie würde selbstverständlich bei uns einen guten Eindruck hervorrufen. Dieselbe liege jedoch viel mehr im Interesse Montenegro's, welches schon in Folge seiner geographischen Lage auf den mächtigen Nachbar angewiesen ist. Es wären aber zunächst gewisse Anzeichen dafür nötig, dass der grössere Theil der öffentlichen Meinung Montenegro's seine (Herrn Gregovitsch) Ansichten theilt. Als solche würden z. B. die Einschränkung der Rüstungen, welche ja doch nur gegen uns oder den Status quo in der Türkei gerichtet sein könnten und eine Aenderung des Verhaltens Montenegro's gegenüber Serbien zu betrachten sein. Herr Gregovitsch bemerkte hier, dass eine Reduzirung der montenegrinischen Armee schwer durchzuführen wäre, da die Offiziere und Unteroffiziere von Russland gezahlt seien. Ich sagte Herrn Gregovitsch noch, dass ich natürlich nicht zu beurtheilen vermag, welcher Natur eine eventuelle Annäherung Montenegro's an die Monarchie sein könnte und ob und eventuell inwieweit dieselbe realisirbar wäre. Gute Beziehungen des Fürstenthums zur Monarchie wären selbstverständlich im beiderseitigen Interesse gelegen. Herr Gregovitsch machte mir keinerlei Andeutungen über eventuelle Geldansprüche seinerseits. Er entfernte sich mit den Worten, dass er uns stets zu Diensten stehe. Ich habe es, wie Euer Excellenz aus dem Vorstehenden sehen, für nützlich befunden, Gregovitsch nicht gerade abzuweisen, um den Faden nicht abzuschneiden, doch habe ich gleichzeitig grosse Vorsicht angewendet und ihm Nichts gesagt, was er auch z. B. meinem russischen Collegen von unserem Standpunkte aus nicht wiederholen könnte. Es ist jedenfalls mit der Möglichkeit zu rechnen, dass Gregovitsch eben als agent provocateur aufgetreten ist; andererseits flösst er mir wegen seiner finanziellen Verhältnisse das grösste Misstrauen ein. Grosse Vorsicht im Verkehre mit dem Genannten ist jedenfalls geboten.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1760, 1891.

Nr. 1874. Tel. aus Belgrad, 9. Dez. 1909 Nr. 249 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Für Baron Macchio. Antwort auf Telegramm von gestern.^{a)} Konfident wurde heute nachts abermals in ernstester Weise auf ihm bevorstehende Gefahr aufmerksam gemacht. Er sprach seine fortwährende Befürchtung aus, dass er bei einem gegenwärtigen Übergang nach Semlin sofort nach Wien als Zeuge geführt werden würde. Auch will er nicht glauben, dass sein Name in Wien genannt werden wird und behauptet, er werde hier leicht selbst den grössten Lärm schlagen und Andere des Verates der Dokumente beschuldigen. Infolge der Kompromittierung so hochstehender Politiker und Universitätsprofessoren werde man sich um ihn nicht kümmern. Auch würde er, wenn man ihm etwas anhaben wollte, mit der Aufdeckung aller hiesigen Umtriebe drohen. Zum Schlusse sagte er, dass, wenn Gefahr für ihn eintrete, er noch heute oder morgen verschwinden werde. Leider zweifle ich, dass er dies ausführen wird, bevor es nicht eventuell zu spät ist.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1870, 1876, 1877.

Nr. 1875. Bericht des Legationssekretärs Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 9. Dez. 1909 Nr. 85 (eing. 11. Dez.).^{a)} Ausfert.

Geheim. Knapp vor Courierschluss macht mir der Herr k. u. k. Militär-Attaché von einer Unterredung Mitteilung, welche er soeben mit dem Kriegsminister General Nikolajeff hatte, dessen freundliche Gesinnung uns gegenüber Euer Excellenz aus der hieramtlichen Berichterstattung bekannt ist. Der Kriegsminister äusserte sich Major von Hranilović gegenüber dahin, dass die zwei serbischen Besuche des Königs auf dem Kopaonik und in Belgrad als ausschliesslich persönliche Akte des Königs aufzufassen seien, denen man eine politische Bedeutung oder Folge nicht zuschreiben könne. Russland arbeite mit Hochdruck an einer serbisch-bulgarischen Verbrüderung. Es sei mit dem Benehmen Bulgariens, i. e. der bulgarischen Regierung, nicht zufrieden, da diese den russischen Plänen gegenüber zu wenig Empressement gezeigt hätte, und das Verhältnis zu Serbien, trotz der Besuche Seiner Majestät des Königs, seinem inneren Wesen nach dasselbe geblieben sei, wie zuvor. Russland habe seiner Unzufriedenheit auch durch die Nichtbewilligung der Cote in Paris für das mit dem Crédit mobilier geschlossene Anlehen Ausdruck gegeben, die durchzusetzen ihm ein Leichtes gewesen wäre. Umso wertvoller sei das mit dem Wiener Bankverein abgeschlossene Anlehen,^{b)} welches nach Ansicht des Kriegsministers die Basis einer neuen politischen Orientierung zur Annäherung Oesterreich-Ungarns bilden könne. Auch sei er, der Kriegsminister, jederzeit bereit, von seinem Standpunkt aus unsere seinerzeitigen geheimen Pourparlers bei geeigneter Gelegenheit wieder aufzunehmen. Diese letzte Aeusserung General Nikolajeffs wäre, meinem unmassgeblichen Erachten nach, mit grösster Vorsicht aufzunehmen, solange nicht festzustellen ist, ob in dessen früher so vertrauensvollem Verhältnis zu Seiner Majestät dem König nicht eine Trübung eingetreten ist, wie dies in letzter Zeit vielfach behauptet wird. Der Herr

k. u. k. Militär-Attaché berichtet mit heutigem Courier im Gegenstande an den Chef des Generalstabs. Mittag.

a) Vgl. n. 1845, 1872, 1890, 1921, 1934. — b) Vgl. n. 1858.

Nr. 1876. Privatschreiben Dr. Heinrich Friedjung an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 10. Dez. 1909.¹⁾ a) Eigh. Ausfert.

Bevor ich heute den Weg in den Gerichtssaal antrete, erlaube ich mir nochmals, auf den wichtigsten Punkt meiner Beweisführung zurückzukommen. Die Schwäche meiner sonst guten Position besteht darin, daß ich keine Unterschrift vorzulegen in der Lage bin. Alles wäre gut, wenn ich wenigstens ein Brieflein mit der Unterschrift des Protokollführers Milan Stefanović besäße, um darzutun, daß die Protokolle von seiner Hand herrühren. Das Ministerium war jedoch bisher nicht in der Lage, mich in diesem wesentlichen Punkte zu unterstützen. Man hat Tausende an Stefanović ausgegeben, und man soll ihm weiteres zugesagt haben — aber seltsam! — man kann von ihm nicht eine einzige authentische Unterschrift erlangen!! Das spricht nicht für die Energie oder die Gewandtheit, mit der diese Angelegenheit in Belgrad betrieben wird. Noch ist es Zeit, dieses Versäumnis nachzuholen und ich bitte Euer Exzellenz dringend und inständigst, in dieser Beziehung entschiedene Weisungen zu geben. Meine Gegner wären Stümper, wenn sie nicht mit Hohn auf diese Lücke hinwiesen. Und diese Angriffe werden nicht bloß mich, sondern auch meine Gewährsmänner treffen — die letzteren vielleicht noch mehr als mich.

Heinrich Friedjung.

¹⁾ Ich bitte nach 11 Uhr zu mir zu kommen. A[ehrenthal].

a) Vgl. n. 1874, 1877.

Nr. 1877. Tel. nach Belgrad, 11. Dez. 1909 Nr. 121 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. u. G. Aehrenthal).

Herr Simić ist heute bei mir erschienen und hat mich unter Verpfändung seines Ehrenwortes versichert, daß der im Friedjungproceß von Dr. Funder producirte angebliche Erlaß Herrn Milovanović's an die serbische Gesandtschaft in Wien vom 17. April l. J. (heutiges Morgenblatt der Neuen Freien Presse) apokryph sei. Ich habe dem Herrn Gesandten erwidert, daß ich eine démarche, wie die von ihm unternommene, serbischerseits erwartet hätte und von ihr Akt nähme. Ich benützte die Gelegenheit, um Herrn Simić zu sagen, daß ich es lieber gesehen hätte, wenn der gegenwärtige Proceß nicht stattgefunden hätte; es sei aber, wie er wisse, ein Privatproceß, den zu verhindern nicht in der Macht der Regierung gelegen sei; ich betrachtete den Proceß als eine Liquidirung der Vergangenheit, der mit der gegenwärtigen Epoche, in welcher die serbische Regierung eine anerkannt correcte Haltung bewahre, nichts mehr zu tun habe. (In einem ähnlichen Sinne wird sich ein Communiqué in der morgigen Sonntagsausgabe des Fremdenblattes aussprechen.) Herr Simić bemerkte noch am Schluß unserer Unterredung, es sei in Belgrad das Gerücht verbreitet, daß Euer Hochgeboren von Ihrem Posten abberufen werden würden; die serbische Regierung lege nun Werth darauf, hier wissen zu lassen, daß Sie ihr volles

Vertrauen besäßen und daß Ihr weiteres Verbleiben in Belgrad, wo Sie so viel Concilanz und Umsicht an den Tag gelegt hätten, ihr wünschenswerth erscheine. Ich verhehlte Herrn Simić' nicht, daß ich von seiner Mitteilung angenehm berührt sei und daß ich Seiner Majestät davon Meldung machen würde.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1874, 1876, 1879, 1881, 1884, 1945, 2309, 2311, 2316, 2322.

*Nr. 1878. Tel. aus Rom, 11. Dez. 1909 Nr. 240 (eing. 12. Dez. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Geheim. Herr Tittoni wird den im Berichte vom 7. dieses Monats bezogenen Austausch von Erklärungen bezüglich Artikel VII des Dreibundvertrages seinem Nachfolger wärmstens empfehlen und hofft auf rasche Erledigung.

Lützow.

a) Vgl. n. 1869, 1888, 1893.

*Nr. 1879. Privatschreiben Dr. Heinrich Friedjungs an den Sektionschef
Karl Freiherrn von Macchio, 11. Dez. 1909.^{a)} Eigh. Ausfert.*

Euer Excellenz haben aus den heutigen Abendblättern ersehen, daß meine Proceßgegner die Behauptung gewagt haben und vielleicht den Beweis versuchen werden, festzustellen, daß ein Milan Stefanović, Sekretär des Slovenski Jug, überhaupt nicht existiert. Ich muss mich immerhin auf ein für das Gericht bestimmtes Telegramm des Božidar Marković oder der serbischen Regierung gefasst machen, daß es nie einen Sekretär oder Protokollführer dieses Namens gab. Das ist natürlich ein Schwindel, aber viele außen Stehenden werden sich trotzdem täuschen lassen. Ich gedenke deshalb, wie es jedem österreichischen Staatsbürger freisteht, an die österreichisch-ungarische Gesandtschaft in Belgrad ein Telegramm zu schicken, in welchem ich um Auskunft über M. Stefanović bitte sowie um Angaben über seinen Stand und seine Wohnung. Diese Depesche werde ich morgen Sonntag Nachmittag ausfertigen. Natürlich werde ich mich nicht auf irgendwelche Verbindung mit der Gesandtschaft beziehen (die tatsächlich auch nicht besteht), sondern bloß von meinem Rechte als Staatsbürger Gebrauch machen. Es steht dem Ministerium des Äußern frei, die Gesandtschaft in Belgrad anzuweisen, mir zu antworten, so trocken und geschäftsmäßig wie immer. Nur glaube ich, daß dieses Minimum an Unterstützung mir nicht versagt werden kann. Ich habe Herrn Generalkonsul Oppenheimer telephonisch bereits verständigt, glaube es aber Euer Excellenz schuldig zu sein, auch Ihnen diese Mitteilungen machen zu sollen.

Heinrich Friedjung.

a) Vgl. n. 1877, 1880.

Nr. 1880. Tel. nach Belgrad, 12. Dez. 1909 Nr. 122 (chiffr. 1 U. 10 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Macchio; G. Aehrenthal).

Geheim. Angesichts Wahrscheinlichkeit, dass Processgegner behaupten werden, es habe nie einen Sekretär oder Protokollführer des Slovenski Jug

Namens M. Stefanović gegeben, beabsichtigt Friedjung Euer Hochgeboren telegrafisch um Auskunft über Namen, Stand und Wohnung des Genannten zu ersuchen. Da Hineinziehen der 'Gesandtschaft in diese Angelegenheit absolut vermieden werden muss, wollen Euer Hochgeboren sich beschränken gewünschte Auskünfte in dem dort üblichen amtlichen Wege einzuholen. Für den nicht unmöglichen Fall, dass im weiteren Verlauf des Processes Stefanović sich vernehmen liesse, dass er unter falschem Namen der Gesandtschaft von ihm erfundene Dokumente geliefert habe, müsste ich Namens Gesandtschaft alle Aussagen Stefanović über dessen Beziehungen zu derselben als glatt erfunden erklären. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1879, 1881, 1882, 1883, 1886, 1899.

Nr. 1881. Tel. aus Belgrad, 12. Dez. 1909 Nr. 254 (eing. 4 U. 40 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Heutige „Politika“ bringt Erklärung dreier nicht genannter Ausschussmitglieder der Redaktion der Zeitung „Slovenski Jug“, daß der Ausschuss ...^{b)} Protokolle und so weiter nie geführt hätte, dass ein Milan Stefanović nie in seinen Diensten gestanden wäre, dass also die Dokumente nur Falsifikate seien, mit welchen bezahlte Spione mich und den k. u. k. Militärattaché betrogen hätten. Weiters behauptet das Blatt, ein Minister habe ihm gesagt, die Regierung warte nur, bis alle Verläumdungen vorgebracht seien, um dann die Maske dem offiziellen Österreich in dieser Affaire herunter zu reissen und demselben einen Schandstempel aufzudrücken.

Geheim. Diese Drohung kann eine Erfindung der Zeitung sein. Die Erklärung der drei Ausschussmitglieder wiederholt das alte Spiel, da die Existenz des Redaktionscomités zugegeben, der leitende Ausschuss des Vereines „Slovenski Jug“ weggeleugnet wird. Stefanović ist seit vorgestern nachmittags, seitdem die ersten, seinen Namen nennenden Telegramme aus Wien eintrafen, verschwunden. Falls er verhaftet wurde, dürfte höchst wahrscheinlich seine Aussage gegen die k. u. k. Gesandtschaft und die Echtheit der Dokumente zu gewärtigen sein. Forgách.

a) Vgl. n. 1877, 1880, 1882. — b) Chiffre verstümmelt.

Nr. 1882. Tel. aus Belgrad, 12. Dez. 1909 Nr. 255 (eing. 13. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Pressbureau veröffentlicht ein Telegramm des Ministers des Äussern an Reichsratsabgeordneten Masaryk, demselben auf ein Fragetelegramm antwortend, dass serbische Regierung nie, weder direkt noch indirekt, Abgeordneten der serbo-kroatischen Koalition Geld zukommen ließ, daß alle auf serbische Regierung und Diplomatie bezüglichen Behauptungen und speziell angebliche Erlässe an Gesandten in Wien und Generalkonsul in Budapest ungeschickte Fälschungen seien. Forgách.

a) Vgl. n. 1880, 1881, 1885.

Nr. 1883. *Tel. nach Belgrad, 13. Dez. 1909 Nr. 123 (chiff. 7 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. u. G. Aehrenthal).*

Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 256 vom 13. 1. M. erhalten. Zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 122. Während gestern Herr Simić nur im eigenen Namen die Echtheit des angeblichen Erlasses Herrn Milovanović's an die serbische Gesandtschaft in Wien geleugnet hatte, ist er heute wieder bei mir erschienen, um mir diesmal im Namen seiner Regierung zu erklären, daß dieselbe alle im Friedjungprocesse producirt und sie betreffenden Dokumente als eine plumpe Fälschung erkläre und sich vorbehalte, diese Erklärung, je nach dem Gange, den das Proceßverfahren nehmen werde, auch zu erhärten. Was den „Slovenski Jug“ anbelange, so hätte dieses Comité nicht den Charakter einer revolutionäre Verbindungen mit dem Auslande unterhaltenden Gesellschaft gehabt und seien auch die vorgewiesenen Protokolle derselben apokryph. Ich habe Herrn Simić für seine Mitteilungen gedankt und dieselben mit Befriedigung zur Kenntnis genommen.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1884.

Nr. 1884. *Tel. aus Belgrad, 13. Dez. 1909 Nr. 256 (eing. 2 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.*

Streng vertraulich. Ein verlässlicher Gewährsmann teilt mir mit, dass in serbischen massgebenden Kreisen Wiener Prozess vorläufig ruhig genommen wird. Gewährsmann sprach gestern mit Minister des Äussern, welcher sagte, Dokumente seien nicht ernst zu nehmen und, besonders was die angeblichen offiziellen Aktenstücke betreffe, leicht widerlegbare plumpe Fälschungen. Der „Slovenski Jug“ habe nie Protokolle geführt und ein Milan Stefanović existiere überhaupt nicht. Das in Euer Excellenz Telegramm Nr. 121 von vorgestern erwähnte Communiqué des „Fremdenblatt“ ist hier nicht bekannt geworden. Vielleicht wäre es nützlich, dasselbe durch das „Korrespondenzbureau“ nach Belgrad telegrafieren zu lassen, um serbische Regierung in ihrer vorläufig gemässigten Haltung zu bestärken.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1877, 1883, 1885.

Nr. 1885. *Privatschreiben aus Belgrad an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 13. Dez. 1909.^{a)} Eigh. Ausfert.*

Geheim. Belgrad ist an Skandale so gewohnt, dass der ganze Friedjung-Process bisher keine außergewöhnliche Sensation verursacht hat. Allerdings nimmt gegenwärtig das Interesse und so weiter eher zu. Pour acquit de conscience lege ich die auf der Gesandtschaft verfertigte Zeitungsrevue der letzten Tage bei.^{b)} Viele Zeitungen schweigen über den Process, die Politika und der Trgovinski Glasnik haben auch vor dem Processe über Graf Aehrenthal und mich ebenso geschimpft: jetzt wird uns nur Dr. Friedjung beigesellt. Dass officiell (Telegramm Milovanović's an Professor Masaryk)^{c)} alles

kategorisch geleugnet wird, ist natürlich; ebenso dass Minister Stojanović, L. Davidović und so weiter heute im Odjek erklären, dass alle auf sie bezüglichen Daten der Slovenski Jug-Protokolle erfunden seien. Der Grundton, den auch heute das Regierungsorgan „Samouprava“ anschlägt, ist, dass alle officiellen Stücke plumpe Fälschungen, alle Slovenski Jug-Akten Mystificationen seien. Die „Samouprava“ sucht dies durch einzelne nebensächliche Daten zu beweisen, nennt Milovanović's Telegramm einen ganz Europa überzeugenden Beweis, den sie durch weitere Daten zu erhärten verspricht. Sehr bedauerlich wäre es, wenn wie unsere Zeitungen sagen, der Process wirklich noch Tage oder gar Wochen dauern sollte. Ich kann nicht eindringlich genug auf die daraus resultirende Gefahr aufmerksam machen. Wie ich immer schrieb, waren unsere Dokumente inhaltlich meist richtige, vortreffliche Informationsquellen, am Gerichtstische haben sie manche Mängel. Je länger der Process dauert, desto mehr Gelegenheit bietet sich diese Mängel auszunützen. Auch ist Serbien das Land der Mein-eide und der falschen Zeugen. Es brauchen nur Patrioten wie Masaryk oder die Herren der Coalition herzukommen und in wenigen Tagen würde ihnen hier ein vollständig construirter Apparat von Zeugen vorgeführt werden, eventuell mit dem vorläufig verschollenen Stefanović, der selbstverständlich ein arger Haderlump ist, an der Spitze. Ich wäre nicht erstaunt, wenn so etwas bereits vorbereitet würde. Ich kann der relativen Ruhe, die herrscht, nicht trauen. Je länger der Process, desto sicherer der Skandal. Schade, dass nach Supilos Niederbruch man nicht alle weiteren Beweise aufgeben und ruhig das Urtheil der Geschworenen herausfordern konnte!

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1884, 1886, 1887, 1894. — ^{b)} Im Leitartikel „Verachten wir das Österreichertum“ des Nachmittagsblattes der „Politika“ vom 13. Dez. 1909 heißt es unter anderem: „... Mit großer Befriedigung kann konstatiert werden, daß das Österreichertum nicht ein einziges Faktum gegen Serbien erwischen und fixieren konnte. Der Verfasser dieser Zeilen war mit der Tätigkeit des Slovenski Jug vertraut und hat mit Schauder geschaut, wie einige Jünglinge und Studenten wahre Dummheiten zu machen beginnen. Es sind ihm auch die Protokolle dieser unbedachten Phase bekannt. Das Österreichertum hat aber nicht einmal das erreichen können, diese kindischen Arbeiten zu fangen und Friedjung hat vor das Wiener Geschwornengericht gefälschte Protokolle des Slovenski Jug gebracht. Es ist nicht der Mühe wert, in weitere Details einzugehen. Die Kenner der Tätigkeit und der Bestrebungen des Slovenski Jug werden alle überrascht sein, wenn sie sehen werden, wie das Österreichertum nichts weiß und wie ihm die Spione (Ehre sei ihnen und Ruhm!) nur falsche und gefälschte Dokumente zugestellt haben. ...“ — ^{c)} n. 1882.

Nr. 1886. Tel. aus Belgrad, 14. Dez. 1909 Nr. 258 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Von Dr. Friedjung erhielt die Gesandtschaft soeben eine Eingabe mit der Anfrage, ob der k. u. k. Gesandtschaft etwas über die Existenz des Milan Stefanović, Sekretär des Slovenski Jug, bekannt sei und wo dieser Mann wohnt. Ich werde in Ausführung der telegraphischen Weisung Euer Exzellenz Nr. 122 vom 12. dieses Monats im üblichen amtlichen Wege, das heisst durch das Konsulat, bei der Polizeipräfektur die gewöhnliche Anfrage in dringender Form stellen lassen. Die Antwort

wird natürlich negativ lauten, da bekanntlich die Existenz des Genannten hier in Abrede gestellt wird. Es gibt übrigens in Belgrad sicherlich mehrere 100 Personen dieses sehr verbreiteten Namens. Dr. Friedjung ersuchte um eine direkte Antwort auf seine Eingabe entweder telegraphisch oder durch Expressbrief. Ich bitte um Weisung, ob, wie es bei einer gewöhnlichen Eingabe geschehen würde, Gesandtschaft die Eingabe direkt oder im Wege eines Berichtes an das Ministerium des Äussern behufs Verständigung des Ansuchers beantworten soll. Dr. Friedjung hat sich gleichzeitig in einem Privatbrief an mich gewendet, um die Zeitungsnummer ersuchend, in welcher die Neueröffnung der Lesehalle des Slovenski Jug bekanntgegeben wird. Ich sende diese Nummer sofort an Konsul Baron Pitner mit der Bitte, selbe in Beantwortung des an mich gerichteten Briefes Dr. Friedjung zu übergeben. Übrigens habe ich selbst gesehen, dass über dem neuen in der Nähe des Theaterplatzes befindlichen Lokale des Slovenski-Jug dasselbe Schild mit den Worten „Slovenski Jug“ hängt, welches früher das alte Vereinslokal in der Hauptstrasse zierte. Forgách.

a) Vgl. n. 1885, 1887, 1889.

Nr. 1887. Tel. aus Belgrad, 14. Dez. 1909 Nr. 259 (eing. 7 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Auf eine bestellte Interpellation antwortete Minister des Äussern in der Skupschtina, alle auf die Regierung und die serbische Diplomatie bezüglichen Dokumente im Wiener Prozesse seien Fälschungen, ebenso alle den Slovenski Jug betreffenden Behauptungen, insoferne sich selbe auf die Tätigkeit der Regierung beziehen. Auch Minister des Innern Jovanović erklärt, die auf ihn bezüglichen Slovenski Jug-Protokolle als Erfindungen. Das Interesse in Belgrad für den Prozess nimmt täglich zu und heute befassen sich bereits alle Blätter mit demselben, uns mit Invektiven überschüttend. Bezeichnend ist es, dass Supilo als Held und Märtyrer unserer Politik besonders gefeiert wird, auch durch das offiziöse Regierungsorgan. Die Politika enthält eine unsinnige, „authentische“ Geschichte, wie der Banus und ich die verschiedenen Dokumente um 30.000 Francs erworben hätten. Forgách.

a) Vgl. n. 1885, 1886, 1895.

Nr. 1888. Tel. in claris nach Rom, 14. Dez. 1909 Nr. 185.^{a)} Abschrift.

Herzog Avarna hat mir im Auftrage des Grafen Guicciardini von dessen Ernennung zum Minister des Äussern und von seiner festen Absicht Mitteilung gemacht, als Leiter der auswärtigen Politik Italiens die bisherigen vertrauensvollen Beziehungen zu uns fortzusetzen und nach Kräften zu fördern. Ich erwiderte dem italienischen Botschafter, dass ich von denselben Gefühlen beseelt sei und dass Graf Guicciardini stets auf meine bereitwillige Mitwirkung werde zählen können. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1878, 1892.

*Nr. 1889. Tel. nach Belgrad, 15. Dez. 1909 Nr. 125 (chiffr. 3. U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Oppenheimer; V. u. G. Macchio.)*

Mit Bezug auf Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 258 von gestern: Eingabe Dr. Friedjung wäre, wie jede andere, direkt zu beantworten; couvertirte Antwort könnte aber in Dienstenveloppe anher gesendet werden.
Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1894, 1896.

*Nr. 1890. Bericht aus Konstantinopel, 15. Dez. 1909 Nr. 119 E (eing.
18. Dez.).^{a)} Ausfert.*

Herr Iswolsky scheint mit seiner Idee einer die slavischen Balkanstaaten und die Türkei umfassenden Confoederation wenig Glück zu haben. Hier hat dieser Gedanke von Anfang an nur schwachen Anhang gefunden. Nun aber glaube ich kann man mit Recht sagen, dass es keinen ernst zu nehmenden Factor in diesem Lande gibt, der eine solche Combination für möglich hält. Herr Tscharykow gibt sich, wie es scheint, trotzdem der Hoffnung hin, dass seine Bemühungen dennoch zum Ziele führen werden. Er sagte noch vor wenigen Tagen meinem deutschen Collegen, dass die Verständigung Bulgariens mit Serbien seiner Ansicht nach auf der Basis zu Stande kommen müsse, dass diese beiden Staaten endgiltig darauf verzichten, auf Kosten der Türkei ihre Grenzen auszudehnen. Wenn dies, meinte er, der Fall sein wird, so würde nichts mehr im Wege stehen, dass die Türkei sich an die Spitze einer solchen Confoederation stelle. Baron Marschall antwortete dem russischen Botschafter, dass alle Freunde des Friedens es mit Freude begrüßen müssten, wenn die kleinen Balkanstaaten thatsächlich ihre Aspirationen aufgeben würden. Leider könne er aber nicht annehmen, dass dies jemals der Fall sein werde, weshalb er an die Möglichkeit einer Balkanconfoederation mit der Türkei an der Spitze nicht glaube. Der französische Botschafter, dem ich neulich einen Besuch abstattete, liess bei dieser Gelegenheit gesprächsweise mir gegenüber einige Bemerkungen über die im Umlauf befindlichen Gerüchte, betreffend den Balkanbund fallen. Er sagte mir, es werde in türkischen Kreisen viel von dieser Idee gesprochen. Aus seinen Worten entnahm ich aber, dass dies nicht in dem Sinne geschehe, dass die Türkei in die Combination einbezogen sei, sondern dass vielmehr von einer solchen gesprochen wird, welche ihre Spitze gegen die Türkei richten würde. Herr Bompard bemerkte hiebei, dass man theils Russland als den Instigator dieser Idee ansehe, theils aber der Meinung sei, Österreich-Ungarn hätte die Absicht, sich an die Spitze einer solchen Confoederation zu stellen. Letztere Vermuthung habe hauptsächlich ihren Grund darin, dass man in dem mit dem Wiener-Bankverein kürzlich zustande gekommenen bulgarischen Anleihevertrag, ein Anzeichen erblicken will, dass Österreich-Ungarn Bulgarien wieder in seine Machtsphäre zu ziehen trachte. Ich antwortete dem französischen Botschafter, die bulgarische Anleihe habe meines Wissens einen rein geschäftlichen Charakter und die k. u. k. Regierung hätte bei den betreffenden Verhandlungen in keiner Weise interveniert. Unter allen Umständen, fügte ich hinzu, ist die Annahme, dass

Österreich-Ungarn sich irgendwie an einer Combination mit der Spitze gegen die Türkei betheiligen wolle, ganz widersinnig, da ja die Monarchie, wie jeder Kenner der Verhältnisse es wissen müsse, alles Interesse an der Erhaltung der Türkei in ihrem derzeitigen Ganzen habe. Was übrigens, fuhr ich fort, die Idee des Balkanbundes überhaupt anbelange, so scheint mir dieselbe schon deshalb nicht ernst zu sein, weil sie auf Voraussetzungen basiert, die der Wirklichkeit durchaus nicht entsprechen. Man könne ein politisches System nicht auf Unwahrheiten gründen. Einerseits sei nicht anzunehmen, dass die kleinen Balkanstaaten ihre Aspirationen, sich auf Kosten der Türkei auszudehnen, wirklich aufgeben werden, anderseits macht sich derjenige einer bewussten Lüge schuldig, der behauptet, dass von Seiten Österreich-Ungarns der Integrität der Türkei irgend eine Gefahr drohe. Pallavicini.

a) Vgl. n. 1872, 1875, 1907 Anm. b, 1919, 1923.

Nr. 1891. Privatschreiben an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio aus Konstantinopel-Pera, 15. Dez. 1909.^{a)} *Ausfert.*

Streng geheim. Ich hatte die Ehre, Euer Excellenz mit meinem geheimen Privatschreiben vom 7.^{b)} d. M. eine Conversation zur Kenntniss zu bringen, welche ich kurz nach meiner Rückkehr vom Urlaube mit dem hiesigen montenegrinischen Geschäftsträger, Herrn Gregovitsch, hatte. Derselbe hat mich am vergangenen Sonntag neuerlich aufgesucht. Er sagte mir, er komme in persönlicher Angelegenheit, um mir mitzutheilen, dass er demnächst seinen hiesigen Posten zu verlassen gedenke. Er hätte von seinen Freunden in Cettinje Briefe erhalten, wonach im Lande in Folge der letzten Hinrichtungen sich eine grosse Erbitterung gegen den Fürsten geltend mache. Er wäre unter diesen Umständen von seinen Freunden aufgefordert worden, nach Cettinje zurückzukehren. Er habe auch bereits um die Erhebung von seinem hiesigen Posten bei dem Fürsten angesucht. In Cettinje beabsichtige er vorläufig keine weitere dienstliche Anstellung anzunehmen. Herr Gregovitsch ging sodann ohne die geringste bezügliche Anregung meinerseits des Näheren auf das von ihm aufgeworfene Thema ein. Er sagte, die Erbitterung im Lande gegen den Fürsten wäre nach seinen Nachrichten allerdings eine äusserst hochgradige und verbreitete. Nahezu zwei Drittel der Bevölkerung seien dem Fürsten feindlich gesinnt. Es stünde sonach die Ausführung eines Complotes gegen Fürst Nikolaus, ja die Wegjagung der Dynastie oder aber ein allgemeiner Bürgerkrieg zu befürchten. Die Fäden der Verschwörung — von welcher Gregovitsch in einer Weise sprach, wie wenn er von derselben positive Kenntnis hätte, — scheinen bis nach Serbien hinüberzugehen. Dieselbe würde diesmal auch viel gefährlicher werden, als die letzte, von welcher der Fürst durch den damaligen serbischen Justizminister, Herrn Ribarac, einem Feinde der Dynastie Karagyorgyevitsch, rechtzeitig informiert worden sei, was wesentlich dazu beitrug, dass die Ausführung des Complotes vereitelt werden konnte. Aber auch in Serbien dürfte sich eine antidynastische Verschwörung vorbereiten, vielleicht sogar mit republikanischen Tendenzen. Herr Gregovitsch sagte mir nicht, ob er hierüber Näheres wisse, nur erwähnte er wiederholt, dass

Herr Ribarac eben ein grosser Feind der Dynastie und persönlich republikanisch gesinnt wäre. Es scheine sich fast um den gegenseitigen Kampf der zwei Dynastien zu handeln. Ich fragte hier meinen Mitredner, nachdem ich mich bisher vollständig receptiv verhalten hatte, ob denn auch Fürst Nikolaus über das Complot gegen Seine Person informirt sei. Herr Gregovitsch antwortete ausweichend. Ich sagte ihm sodann, er müsse doch wissen, dass wenn er mir etwas erzählt, ich dies nicht für mich behalten, sondern davon auch meine Regierung in Kenntniss setzen werde. Mein Mitredner schien durch meine Bemerkung unangenehm berührt und erwiderte zunächst wieder ausweichend, sagte dann aber, er glaube nicht, dass es gut wäre, den Fürsten zu verständigen. Letzterer würde gewiss Unschuldige verfolgen, was wohl umso mehr zum Aufstande führen könnte. — Im Laufe seiner Conversation erwähnte Gregovitsch neuerdings den kommenden Monat April, als jenen, in welchem die Verschwörung ausgeführt werden solle. Beim Abschiede, nachdem wir noch über einige andere Gegenstände gesprochen hatten, sagte mir Herr Gregovitsch, er würde jedenfalls noch vor seiner Abreise aus Constantinopel mir einen Abschiedsbesuch machen. Es ist mir nicht klar, welchen Zweck Gregovitsch mit seinen Eröffnungen verfolgt. Er machte mir den Eindruck, als ob dieselben wirklich ernst zu nehmen wären. Sie sind nicht danach angethan, um die ursprünglich naheliegende Annahme, es handle sich Herrn Gregovitsch um einen Pumpversuch oder derselbe trete in der Rolle eines Agent provocateur auf, zu bekräftigen. Es ist, wie gesagt, fast, als ob die Sache eine ernstere wäre. Ich vermag sogar den Verdacht nicht von der Hand weisen, ob nicht Gregovitsch selbst in das Complot verwickelt sein, ja an der Spitze desselben stehen würde. Poussirt ihn hiebei persönlicher Ehrgeiz, um in seinem Lande nach erreichtem Dynastiewechsel zu grosser Macht zu gelangen? Was will er aber dann bei uns? Oder rechnet er darauf, dass angesichts eines solchen von ihm vielleicht nur als wahrscheinlich angesehenen Ereignisses und eines analogen in Serbien die Monarchie die Hand auf Montenegro und vielleicht auch auf Serbien legen würde, in welchem Falle er vielleicht durch uns zu einer grösseren Position gelangen möchte? Dies sind Fragen, auf welche ich vorläufig nicht zu antworten vermag. Sicher ist nur, dass der Mann die allergrösste Vorsicht erheischt.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1873, 1938. — b) Richtig 8. Dez.

Nr. 1892. Tel. aus Rom, 15. Dez. 1909 Nr. 243 (eing. 16. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} *Entziff.*

Bei seinem heutigen ersten Empfange sagte mir der Minister der auswärtigen Angelegenheiten nach herzlicher Begrüssung ungefähr wörtlich folgendes: „Mon premier acte en reprenant la direction des affaires a été de féliciter Monsieur Tittoni pour la politique loyale et conciliante qu'avec votre coopération il a fait vis-à-vis de l'Autriche-Hongrie. Tous mes efforts seront dirigés à créer une atmosphère de vraie et sincère confiance réciproque. Elle existe déjà et les efforts d'une minorité tapageuse ne réussiront pas à la troubler, mais je voudrais encore la développer et la consolider et je compte

sur vous pour m'y aider.“ En passant le ministre des affaires étrangères effleura le discours du syndic de Rome (voir mon télégramme No. 242 d'hier)^{b)} qu'il qualifie de déplorable et de politique de café. Ensuite il me dit que le Duc d'Avarna avait, autant qu'il savait, accompli sa mission avec beaucoup de tact et surtout avec beaucoup d'esprit de conciliation. Er frug mich zum Schlusse, ob die Persönlichkeit Herzogs von Avarna an Allerhöchster Stelle genehm sei, was ich mit allem Nachdrucke bejahte.

Lützwow.

^{a)} Vgl. n. 1888, 1903. — ^{b)} Nicht aufgenommen. Betrifft die Erklärungen, mit denen der Bürgermeister von Rom, Nathan, seine Anwesenheit in Racconigi rechtfertigte.

Nr. 1893. Tel. aus Rom, 15. Dez. 1909 Nr. 244 (eing. 16. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Im Nachhange zu Telegramm No. 240 vom 11. d. M. Minister des Aeussern sagte mir, er habe bereits Herzog von Avarna telegrafisch zum Austausch der Erklärungen rücksichtlich des Artikels VII des Dreibundvertrages ermächtigt. Er sehe darin ein wertvolles Korrelativ des Vertrages und habe sich auch der Ministerpräsident überaus beifällig und zustimmend darüber ausgesprochen.

Lützwow.

^{a)} Vgl. n. 1849, 1897, 1911. Die ital. Erklärung vom 15. Dez. 1909 ist gedruckt: Oe.-U. Italien 199 Nr. 2; Pribram, I 99; Martens, N. R. G. 3. S. X 88. Sie ist mut. mut. gleichlautend mit n. 1849.

Nr. 1894. Privatschreiben des Sektionschefs Karl Freiherrn von Macchio nach Belgrad, 16. Dez. 1909.^{a)} Konz. (S. und G. Macchio).

Geheim. Ich beeile mich den Empfang Ihres gefälligen geheimen Schreibens vom 13. d. M. und der beigelegenen Zeitungsrevue zu bestätigen. Daran, dass von serbischer Seite Alles und Jedes einfach geleugnet werden würde, konnte wohl nie Jemand zweifeln, ist diess doch das bequemste System sich zu diskulpiern. Dagegen glauben wir — und auch Seine Exzellenz der Herr Minister ist dieser Ansicht, dass eine übermässige Zunahme des insultirenden Geschreies in der serbischen Presse und Öffentlichkeit eher dem Standpunkte des Geklagten zu gute kommt: qui s'excuse, s'accuse! Was die Dauer des Processes betrifft, so werden Sie zugeben, dass wir diese ebenso wenig ganz in der Hand haben, wie die Führung der Verteidigung durch Dr. Friedjung und seinen Vertreter. Wir konnten uns ja nie mit einem Process identificiren, der ja ein reiner Privatprocess ist, noch Friedjung zurückhalten, wenn ihn sein Temperament und seine Auffassung des Falles zu einer offensiven Defensive hinreisst, mit der wir hier keineswegs einverstanden sind. Soweit ich in Erfahrung brachte, hofft man in richterlichen Kreisen noch immer, dass der Process vor Weihnachten zum Abschluss komme, schon in Berücksichtigung des psychologischen Momentes, dass augenscheinlich der Höhepunkt des allgemeinen Interesses für denselben hier schon überschritten ist. Übrigens dürfte der Herr Minister auch einen Versuch machen, das Ende zu beschleunigen. Doch ist natürlich jetzt jede Ingerenz viel schwieriger, weil ja auch mit unvorhersehbaren Dingen

gerechnet werden muss. Ich entspreche hiebei einem Auftrage des Herrn Ministers, wenn ich erwähne, dass er sich einigermassen wundert, warum Euer Hochgeboren Ihre ernststen Bedenken gegen diesen Process erst zu einer Zeit und zwar nur privatim auszusprechen begannen, wo dessen Verhinderung schon ganz oder nahezu ausgeschlossen war. Graf Aehrenthal meint, dass schon im Sommer, wo ja die Aussicht dieses Processes sich bereits klar eröffnete, amtliche Darlegungen Ihrerseits über die Gefahren desselben nach dortamtlicher Auffassung von ihm gewiss ernstlich in Erwägung gezogen worden wären. Jetzt ist es zu spät und muss man sich eben mit den Konsequenzen abfinden, so gut es geht.

a) Vgl. n. 1889, 1895.

Nr. 1895. Tel. aus Belgrad, 16. Dez. 1909 Nr. 263 (eing. 17. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Minister des Äussern sagte mir, er hätte noch gestern Sektionschef Spalajković die Erlaubnis verweigert, als Zeuge nach Wien zu reisen. Heute habe er sie ihm, wenn auch ungern, erteilt, da Kläger, ihr Anwalt und besonders Abgeordneter Professor Masaryk in wiederholten Telegrammen dringend ersucht hätten, dass je mehr Zeugen von hier und in erster Reihe Sektionschef Spalajković zu erscheinen hätten. Letzterer habe den Auftrag, sich nur über das ihn betreffende Dokument zu äussern und sonst jede Aussage mit Berufung auf dienstliche Stellung abzulehnen. Minister will hoffen, dass der leicht Erregbare diese Weisung einhalten wird. Da Minister in ruhiger vernünftiger Weise über den Prozess sprach, frug ich ihn, warum die Veröffentlichung des konzilianten Communiqués des Fremdenblattes unterdrückt worden sei. Er erwiderte mir auf das Bestimmteste, dass kein darauf bezügliches Telegramm des Korrespondenzbureaus ihm unterbreitet worden sei und Presschef unterdrücke nie aus eigener Initiative Telegramme, sondern frage immer vorher an. Die Erklärung, dass wir den Prozess nur als retrospektiv betrachten und dass dessen Verlauf und Ausgang unsere gegenwärtigen politischen Beziehungen nicht berühren, entspreche ganz seiner Auffassung und er werde daher noch Sorge tragen, dass das Communiqué, welches ihm von Herrn Simić eingesendet worden sei, hier publiziert werde.

Forgách.

a) Vgl. n. 1887, 1894, 1904.

Nr. 1896. Tel. aus Belgrad, 16. Dez. 1909 Nr. 264 (eing. 17. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Zu Telegramm Euer Excellenz Nr. 125 vom 15. Dr. Friedungs Eingabe wurde in dringender Weise teilweise gestern, teilweise heute beantwortet. Beide Erledigungen sind an das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten abgegangen in doppeltem Kuvert an Konsul Baron Pitner und nicht geschlossen, damit vor Zustellung Ministerium Inhalt sehen könne. Einen gleichzeitigen Privatbrief des mir persönlich unbekannten Herrn habe ich postwendend, gleichfalls die Vermittlung Baron Pitners erbittend, durch Einsendung der gewünschten Zeitungen beantwortet. Nun

sendet Friedjung an die Gesandtschaft folgendes, vielleicht als Drohung gemeintes Telegramm: „Da meine Anfrage nicht beantwortet wurde, werde ich genötigt sein, mich auf die Gesandtschaft zu berufen.“ Ich antwortete ihm: „Schriftliche Antwort auf Anfrage bereits abgegangen. Gesandtschaft.“

a) Vgl. n. 1898, 1900.

Forgách.

Nr. 1897. Tel. nach Rom, 16. Dez. 1909 Nr. 186 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 15. I. M., No. 244. Ich habe mit Herzog Avarna, der mich heute auftragsgemäß aufsuchte, vereinbart, daß der Austausch der identischen Erklärungen, die Präzisierung des Artikels VII betreffend, Sonntag den 19. I. M. erfolgen wird. Euer Exzellenz wollen daher den Herrn italienischen Minister des Aeußern an diesem Tage aufsuchen, ihm ganz im Sinne der Weisung vom 30. v. M., No. 3598, den Ihnen übermittelten französischen Erlaß vorlesen und ihm sodann eine Abschrift dieser Pièce einhändigen. Was die Mitteilung der beiden Kabinette an die deutsche Regierung im Gegenstande betrifft, so verweise ich ebenfalls auf den oben zitierten Erlaß. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1911.

Nr. 1898. Privatschreiben Dr. Heinrich Friedjungs an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 16. Dez. 1909.^{a)} Eigh. Ausfert.

Da ich noch immer nicht in Kenntniss der Adresse M. Stefanović bin und keine Lust hege, mich täglich von dem Advokaten meiner Gegner verhöhnen zu lassen, werde ich genötigt sein, mich auf die österreichisch-ungarische Gesandtschaft in Belgrad zu berufen. Ich habe den Eindruck, daß Graf Forgách den M. Stefanović besser deckt als das Ministerium des Aeußern mich. Die Rolle eines Don Quixote ist die letzte, die ich spielen möchte.

Heinrich Friedjung.

a) Vgl. n. 1896, 1899.

Nr. 1899. Tel. nach Belgrad, 17. Dez. 1909 Nr. 128 (chiffr. 1 U. 15 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; G. Macchio).

Sehr dringend. Ich ersuche Euer Hochgeboren mir umgehend die Adresse des Confidenten Stefanović zu telegrafieren, Gasse, Hausnummer, wo er bis zu seinem Verschwinden wohnte, und Angabe der Wohnungsgeber. Ferner, ob er Milan oder Mihailo heisst und ob er noch immer unauffindbar ist. Diese Angaben werden für den Prozess Friedjung benötigt, doch hat Friedjung die bindende Zusage gegeben, weder Euer Hochgeboren als Quelle, noch die zwischen Stefanović und der k. u. k. Gesandtschaft bestandenen Verbindungen anzugeben. Diese Information ist natürlich unabhängig von der mit meinem Telegramme Nr. 122 vom 12. d. M. signalisierten Anfrage des Friedjung, welche in der daselbst festgesetzten Weise zu beantworten wäre. Ich betone nochmals besondere Dringlichkeit.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1898, 1901.

Nr. 1900. Tel. aus Belgrad, 17. Dez. 1909 Nr. 265 (eing. 4 U. p. m.). Entziff.

Geheim. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 264 von gestern. Doktor Friedjung richtete heute an die Gesandtschaft nach Belgrad folgendes, sicherlich sofort zur Kenntnis der serbischen Regierung gelangtes Telegramm: „Um Missverständnis vorzubeugen, erkläre ich, dass ich die Adresse des Stefanović nur zu dem Zwecke benötige, um festzustellen, dass der Sekretär des Slowenski Jug dieses Namens wirklich lebe. Über seine sonstigen Beziehungen werde ich nichts aussagen.“ Forgách.

Nr. 1901. Tel. aus Belgrad, 17. Dez. 1909 Nr. 266 (eing. 11 U. 40 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Antwort auf Telegramm Nr. 128 von heute. Konfident heisst Milan Stefanović. Seine Wohnung war der Gesandtschaft nie genau bekannt, da er sie, wie viele Studenten, häufig wechselte. Zuletzt soll er in der Nähe eines Gasthauses „Slawia“ gewohnt haben. Seinerzeit brachte er Informationen meist spät abends in die Wohnung des Dragomans; als dies seit Monaten nicht mehr möglich war, fanden Zusammenkünfte auf entlegenen, im vorhinein bestimmten Orten statt. Stefanović ist, seitdem das erste seinen Namen enthaltende Telegramm über den Prozess in Belgrad eintraf, in keinem jener Lokale (Kafé- und Wirtshäuser), wo er sonst nachmittags und abends sich oft aufhielt, gesehen worden. Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1904.

Nr. 1902. Tel. nach Berlin, 17. Dez. 1909 Nr. 248 (chiffr. 11 U. 30 M. a. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Sowohl die russische als die französische, die englische und die italienische Regierung hat mir im Wege der betreffenden k. u. k. Botschaften den Text der Note zur Kenntnis gebracht, den die Kreta-Mächte unterm 10. dieses Monates an die bei ihnen akkreditierten türkischen Vertreter gerichtet haben.^{b)} Die oben erwähnten vier Regierungen haben mich gleichzeitig wissen lassen, daß die Kreta-Mächte bei der Uebergabe der identischen Noten den türkischen Botschaftern gegenüber mündlich der Anschauung Ausdruck gegeben hätten, es wären in dem Augenblicke, wo es sich um die Schaffung eines definitiven Statutes für Kreta handeln würde, auch die Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zur Teilnahme an den Beratungen aufzufordern, wobei, speziell was uns anbelangt, auf die im Jahre 1905 von Graf Gołuchowski abgegebenen Erklärungen verwiesen worden sei. Ich gedenke diese Mitteilung demnächst damit zu beantworten, daß ich den Inhalt der identischen Note dankend zur Kenntnis nehme; was aber die weiteren mündlichen Bemerkungen über unsere eventuelle Beteiligung an der Feststellung eines definitiven Statuts für Kreta und speziell die Berufung auf die prinzipiellen Erklärungen des Grafen Gołuchowski anbelangt, so beabsichtige ich den Kreta-Mächten zu eröffnen, daß das Wiener Kabinet ganz in Uebereinstimmung mit den Deklarationen vom Jahre 1905 nur in dem Falle an Verhandlungen über Kreta sich beteiligen werde, wenn diese eine Aenderung der staatsrecht-

lichen Stellung der Insel zum Gegenstande hätten; insoweit es sich jedoch um andere Fragen, so namentlich um die innere Verwaltung Kretas, handle, erkläre sich die k. u. k. Regierung schon jetzt und von vorneherein bereit, allen Vereinbarungen beizutreten, welche die Zustimmung der vier Mächte sowie jene der Pforte gefunden haben würden. Von dem Wunsche geleitet, daß auch in diesem Falle meine Sprache und diejenige des Berliner Kabinetts übereinstimme, ersuche ich Euer Exzellenz, von dem Vorstehenden dem Herrn Reichskanzler oder Freiherrn von Schoen Mitteilung zu machen und mir telegraphisch zu berichten, ob derselbe mit der von mir beabsichtigten Erklärung einverstanden sei und sich in analoger Weise zu äußern gedenke.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1906, 1914, 2208. — ^{b)} Vgl. Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1909, 603.

Nr. 1903. Tel. nach Rom, 17. Dez. 1909 Nr. 187 (chiffr. 2 U. p. m.). Abschrift.

Zu Telegramm No. 243.^{a)} Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Grafen Guicciardini gelegentlich mitzuteilen, daß ich mit Befriedigung von seinen Ihnen gegenüber gemachten freundlichen Äußerungen Kenntnis genommen hätte, die sich mit den zwischen Avarna und mir ausgetauschten freundschaftlichen Versicherungen decken. Euer Exzellenz haben Recht gehabt, sich in der gemeldeten Weise über Avarna auszusprechen, dessen Tätigkeit sich hier immer der Allerhöchsten Anerkennung erfreut hat. Aehrenthal.

^{a)} n. 1892.

Nr. 1904. Bericht aus Belgrad, 18. Dez. 1909 Nr. 84 C (eing. 20. Dez.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Mit stets wachsendem Interesse verfolgt Belgrad den Friedjung-Prozess. Zufällig lenken jedoch andere dringende Gegenstände — die Skupštinadebatte über die neue Anleihe, die militärischen Lieferungen, die Frage der Eisenbahnbauten, die Demission des Kriegsministers — das Interesse der Politiker und interessierten Kreise stark ab. Für die Presse, die natürlich nur tendenziöse Darstellungen und Auffassungen bringt, ist der Prozess eine willkommene Gelegenheit, gegen uns in jeder Beziehung loszuziehen. Aber die Invektiven, welche auch früher täglich uns zugeschleudert wurden, sind eigentlich nicht mehr zu übertreffen, und so fällt das Geschimpfe kaum auf. Keine einzige Pressstimme ist besonders erwähnenswert. Bezeichnend ist es, dass Supilo als Held und Märtyrer unserer Politik gepriesen und Baron Chlumecky als Nastić, Seelenkäufer und so weiter in der rohesten Weise angegriffen wird. Die Regierung ist mit den eingangs erwähnten innerpolitischen Fragen so beschäftigt, dass es ihr erleichtert war, ihre Ruhe zu bewahren. In der Skupština antworteten, auf eine bestellte Interpellation, die Minister des Äußern und des Innern mit einer kurzen Erklärung, dass alle in Wien vorgezeigten Dokumente Fälschungen seien. Diese Eröffnungen wurden ohne jede Bemerkung oder Debatte zur Kenntnis genommen. Auch mir gegenüber

(mein ergebenstes Telegramm Nr. 263 vom 16. d. Mts.) sprach sich Herr Milovanović in ruhiger, sachlicher Weise über den Prozess aus und erwähnte das Gespräch, das er hierüber mit Euer Exzellenz geführt hatte. Das Communiqué des Fremdenblattes, welches dem Prozesse höchstens eine retrospektive, aber gar keine aktuelle, das politische Verhältnis der Monarchie zu Serbien berührende Bedeutung beimesse, entspreche ganz seiner Ansicht. Er werde für dessen Reproduzierung sorgen. Tatsächlich erschien es auch Tags darauf in mehreren Belgrader Zeitungen. Die Dokumente bezeichnete er natürlich als Fälschungen. In Serbien hätten doch nie irredentistische, auf Kroatien bezügliche Aspirationen bestanden. Auf meine Bemerkung, dass es mir schiene, dies sei auch nicht behauptet worden, sondern nur, dass einzelne kroatische Politiker in Belgrad Anlehnung und finanzielle Unterstützung gesucht und gefunden hätten, meinte der Minister, „qu'il y a toujours et partout des types qui demandent de l'argent“. Ihm sei jedenfalls darüber nichts bekannt, und über die Vergangenheit könne er nur seine Vorgänger, zum Beispiel Herrn Pašić befragen. Im serbischen Ministerium des Äussern hinterlasse kein Minister seinem Nachfolger irgendwelche schriftliche Aufzeichnungen über konfidentielle Auslagen aus dem Dispositionsfond. Selbst dem Kassier des Ministeriums, dem in den Dokumenten genannten Božović, sei es immer unbekannt, wie der jeweilige Minister das Geld verende. Dieser Umstand sei bereits für jeden Kenner der Verhältnisse ein Beweis, dass der angebliche Bericht des Herrn Spalajković an Herrn Pašić und die darauf erfolgte Geldanweisung gefälscht seien. Bezüglich Herrn Spalajković's fügte der Minister hinzu, dass er ihm zuerst die Bewilligung zur Reise und Zeugenaussage abgeschlagen habe. Schliesslich hätte er, eigentlich ungern, nachgeben müssen, da einzelne Kläger, zum Beispiel Abgeordneter Dušan Popović, ihr Anwalt Dr. Harpner und besonders der Reichsratsabgeordnete Professor Masaryk wiederholt und dringend um das Erscheinen von je mehr Zeugen aus Serbien gebeten und die Reise Herrn Spalajković's besonders verlangt hätten. Wie schon erwähnt, hat Herr Milovanović und die Regierung bisher im Grossen und Ganzen eine gemässigte Haltung an den Tag gelegt, die ich zum grössten Teile als Wirkung Euer Exzellenz Unterredung mit dem Minister^{b)} bezeichnen und Hochderselben Einwirkung zuschreiben muss. Es ist immerhin vielleicht ein Unikum, dass der erste Beamte eines Ministeriums des Äussern sich in die Hauptstadt eines fremden Staates begibt, um in einem eigentlich privaten Prozesse sich freiwillig über seine ämtliche Tätigkeit zu äussern. Ein neues Zeichen, wie sehr Serbien in den Bereich unserer inneren Fragen fällt.

Forgách.

a) Vgl. n. 1901, 1916, 1922. — b) Vgl. n. 1824.

Nr. 1905. Erlaß nach Berlin, 18. Dez. 1909 Nr. 3743.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Ich habe bereits in meinem Erlasse an Baron Flotow vom 21. Oktober l. J., Nr. 3281, betreffend die Verhandlungen mit dem italienischen Kabinette über den Austausch ergänzender Erklärungen zum Artikel VII des Dreibundvertrages, dem k. und k. Geschäftsträger eine Abschrift der

von Herzog von Avarna mir übergebenen Formulierung des seitens Oesterreich-Ungarns und Italiens einzugehenden Engagements übermittelt und hinzugefügt, daß ich mich mit dieser Formulierung des italienischen Kabinettes einverstanden erklärt hätte und nunmehr dessen Zustimmung zu der von mir beantragten geringfügigen Modifikation erwartete. Herr Tittoni, den der Herr Botschafter hievon in Kenntnis gesetzt hat, hat keinen Anstand genommen, sich mit der erwähnten Modifikation einverstanden zu erklären. Als mir der Herzog Avarna nach der Entrevue in Racconigi eine Mitteilung über die Unterredungen Herrn Tittonis mit Herrn Iswolsky überbrachte, sah ich mich veranlaßt, dem Herrn Botschafter gegenüber gewisse Konstatierungen zu machen, deren Inhalt Euer Exzellenz aus der anruhenden Abschrift einer Notiz^{b)} ersehen werden, welche ich dem Herzog Ende Oktober als Resumé meiner erwähnten Bemerkungen übergab und in welche ich damals auch dem Herrn deutschen Botschafter Einsicht gab. Ich ließ dabei den Herzog Avarna verstehen, es erscheine mir notwendig, daß Herr Tittoni von meiner Aufzeichnung zustimmend Kenntnis nehme, bevor wir an den Austausch der bereits definitiv fixierten Erklärungen schritten. Der Herzog Avarna ist sodann am 30. v. M. bei mir erschienen, um mir — ebenso wie dies Graf Lützwow bereits getan hatte — mitzuteilen, daß Herr Tittoni von meiner oberwähnten Aufzeichnung zustimmend Kenntnis genommen habe; auftragsgemäß begleitete er jedoch diese Erklärung mit folgenden Bemerkungen: ... *wie n. 1848 von „Herr Tittoni erachte es nicht für notwendig,“ bis „Austausche von identischen Erklärungen zu schreiten.“* ... Ich bin damals mit dem Herzog Avarna dahin übereingekommen, daß Graf Lützwow die in Rede stehende Erklärung Herrn Tittoni gegenüber an demselben Tage abgeben werde, an welchem mir der italienische Botschafter die analoge Mitteilung seiner Regierung machen würde. Als Zeitpunkt hiefür wurde Samstag, der 4. l. M., bestimmt. Im Sinne dieser Vereinbarung ist der hier in Abschrift beigeschlossene, die Präzisierung des Artikels VII enthaltende Erlaß dem Grafen Lützwow^{c)} mit dem Auftrage übermittelt worden, diesen dem Herrn italienischen Minister des Aeußern vorzulesen und ihm sodann eine Abschrift einzuhandigen. Unmittelbar vor dem für den Austausch der in Rede stehenden identischen Erklärungen vereinbarten Termine hat jedoch — wie es Euer Exzellenz bekannt ist — das italienische Kabinet demissioniert und Herr Tittoni hat sich außerstande erklärt, im Zustande der Demission das vereinbarte Abkommen abzuschließen. Der neuernannte Minister des Aeußern, Graf Guicciardini, welcher bei seiner ersten Begegnung mit Grafen Lützwow dem Herrn Botschafter erklärte, daß alle seine Bemühungen darauf gerichtet sein würden, zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien eine Atmosphäre von gegenseitigem, wahren und aufrichtigen Vertrauen zu schaffen, hat nicht gezögert, seine Zustimmung zu dem zwischen seinem Amtsvorgänger und mir vereinbarten Abkommen, den Artikel VII des Dreibundvertrages betreffend, zu geben und Herzog Avarna zur Abgabe der identischen Erklärung in Wien zu ermächtigen. Ich habe mit dem Herrn italienischen Botschafter, der mich aufsuchte, um mich von der ihm erteilten Ermächtigung in Kenntnis zu setzen, vereinbart, daß die verabredete Démarche in Wien

und Rom nunmehr Sonntag, den 19. I. M., erfolgen werde. Wie Euer Exzellenz bereits aus der eingangs zitierten Weisung bekannt ist, ist zwischen den Kabinetten von Wien und Rom auch vereinbart worden, daß das Berliner Kabinett im Hinblick auf das Allianzverhältnis unverzüglich von dem seitens der beiden anderen Kabinette eingegangenen geheimen Engagement verständigt würde. Ich habe mit Herzog Avarna diesbezüglich verabredet, daß diese Verständigung seitens Euer Exzellenz und des Herrn italienischen Botschafters am gleichen Tage und zwar womöglich Mittwoch, den 22. I. M., erfolgen würde und ersuche Hochdieselben daher, sich mit Ihrem italienischen Kollegen hierüber ins Einvernehmen zu setzen. Sollte der in Rede stehende Schritt an dem genannten Tage nicht stattfinden können, so wollen Euer Exzellenz mit Herrn Pansa einen anderen Tag hiefür vereinbaren. Ueber den erfolgten Austausch der mehrerwähnten identischen Erklärungen werden Euer Exzellenz telegraphisch informiert werden. Euer Exzellenz wollen daher nach Empfang dieses Telegrammes an dem mit Herrn Pansa vereinbarten Tage unter Berufung auf die unsererseits mit dem italienischen Kabinette getroffene Verabredung den Herrn Reichskanzler oder Baron Schoen von dem Abschlusse der zwischen den Kabinetten von Wien und Rom geführten Verhandlungen in Kenntnis setzen, ihm die an Graf Lützow gerichtete französische Weisung, welche den Wortlaut der zwischen den beiden Kabinetten ausgetauschten Erklärung enthält, vorlesen und ihm eine Kopie dieser Weisung hinterlassen. Bei dieser Gelegenheit können Euer Exzellenz an maßgebender Stelle auch von dem Inhalte der diesem Erlasse beigeschlossenen, dem Herzog Avarna eingehändigten Notiz Mitteilung machen und hervorheben, daß Herr Tittoni von den in derselben niedergelegten Bemerkungen seinerzeit ohne jede Reserve Kenntnis genommen hat. Da Graf Guicciardini erst einige Zeit nach der Entrevue in Racconigi die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Italiens übernommen hat, die in der erwähnten Notiz gemachten Konstatierungen jedoch gerade an diese Entrevue anknüpften, habe ich es unterlassen, diese Notiz bei dem gegenwärtigen Herrn italienischen Minister des Aeußern zur Sprache zu bringen.

^{a)} Vgl. n. 1849, 1907 Anm. a, 1910, 1918, 3272. — ^{b)} n. 1768. — ^{c)} n. 1849.

Nr. 1906. *Tel. aus Berlin, 18. Dez. 1909 Nr. 279 (eing. 5 U. p. m.).^{a)}*
Entziff.

Baron Marschall telegraphiert, Rifaat Pascha habe ihm mitgeteilt, dass man sich auf der Pforte mit dem Gedanken der Einberufung einer Kreta-konferenz beschäftige. Minister des Aeussern habe selbst Bedenken gegen dieses Projekt und beabsichtige, sich vorerst mit einer vertraulichen Anfrage an die Kabinette von Wien und Berlin zu wenden. Deutscher Botschafter habe ihm dringend geraten, die Idee einer Konferenz aufzugeben. Nach-träglich ist Baron Marschall beauftragt worden, auch im Namen der deutschen Regierung zu wiederholen, dass deutscherseits eine Konferenz in jeder Beziehung inopportun erscheine.

Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1902, 1907 Anm. c, 1913.

Nr. 1907. Bericht aus Bukarest, 18. Dez. 1909 Nr. 56 (eing. 21. Dez.). Ausfert.

Geheim. Ich hatte gestern Abends eine zweistündige Audienz beim Könige. . . *Inkraftsetzung des Handelsvertrages*. . . Seine Majestät sprach mir dann von der eben jetzt im Zuge befindlichen Adress-Debatte, bei welcher auch die auswärtige Politik zur Sprache kam. Zur Stunde spreche wahrscheinlich eben Herr Carp und der König schien zu fürchten, dass er sich „in unnöthiger Weise“ über die auswärtige Politik Rumäniens verbreiten könnte. Seine Majestät kritisierte in der schärfsten Weise eine während der Debatte gefallene Bemerkung Fleva's über die Beziehungen Rumäniens zur Tripelallianz. Herr von Giers habe gleich die Ohren gespitzt und gestern bereits „sondiert“ (ob direct bei Seiner Majestät dem Könige oder bei Herrn Bratiano ist mir momentan noch nicht bekannt, ich glaube aber das Erstere). In Folge dessen habe Seine Majestät Bratiano beauftragt in den nächsten Tagen während des weiteren Verlaufs der Adress-Debatte eine Erklärung abzugeben, „dass sich Rumänien stets an die Seite derjenigen Mächte stelle, welche die Erhaltung des Friedens und des Status quo garantieren.“ So viel Seine Majestät wisse, werde Carp in seiner Rede erwähnen, dass die Politik der Ungarn in Siebenbürgen doch kein genügender Grund sei, um Rumänien zu veranlassen, seine in der internationalen Politik seit jeher eingeschlagene Richtung zu ändern. — Der König findet diese Constatierung ganz überflüssig, Er könne aber leider den starrköpfigen Carp niemals umstimmen. „Ich kann sie ja alle beeinflussen, Sturdza, Bratiano, und schon gar Take Jonescu, aber nur bei Carp, den ich sonst sehr gerne habe, gelingt es mir nicht.“ Dass Er Seine Leute richtig zu beurtheilen wisse, hätte ich — wie Seine Majestät des Weiteren bemerkte — im vorigen Jahre zu erproben Gelegenheit gehabt, als während der Annexions-Krise auch in Rumänien die Wogen hoch giengen und Er immer sein Axiom wiederholt habe: „Nur austoben lassen, dann geschieht gar Nichts!“ Ich liess bei diesem Anlasse mit Absicht die Bemerkung fallen, es sei doch wichtig zu verhindern, dass in Rumänien russophile Strömungen entstünden. Der König gieng sofort auf das Thema ein und erwähnte von selbst gleich des jüngst stattgehabten Besuches Russischer Offiziere, die hier, wie Herr von Ugron berichtet hat, in etwas überschwänglicher Weise gefeiert wurden. Der König schien Werth darauf zu legen, die Sache mir gegenüber gleich in das richtige Licht zu stellen: „Diese Offiziere gehören zum Theil einer Gesellschaft der Geschichtsforschung an,“ sagte Seine Majestät, „und haben auch als solche ihren Besuch bei uns angesagt. Als Zweck desselben wurde hierbei die Besichtigung verschiedener Schlachtfelder bezeichnet — darunter übrigens auch des Schlachtfeldes in Rimnic, wo im Jahre 1788 eine oesterreichisch-russische Cooperation gegen die Türken stattfand!! Ich habe diese Offiziere als Waffenbrüder aus dem türkisch-russischen Feldzuge begrüsst und als solche sind sie auch hier fêtiert worden, dadurch wurde die Sache des politischen Charakters entkleidet. Wenn ich aber in der Thronrede derselben Erwähnung that (ich habe den betreffenden Passus selbst redigiert), so geschah dies deshalb, weil ich es, wie Sie ja wissen, für gut und zweckentsprechend halte bezüglich der internationalen Beziehungen Rumäniens immer eine gewisse Ausgleichung für die Aussenwelt

zu markieren. Dass man meinen Grossneffen à la suite meines russischen Regimentes ernannte, war mir nicht einmal ganz Recht; ich hielt es für verfrüht, da er noch so ausserordentlich jung an Jahren ist. Ich denke die Sache ist auf Betreibung des Herrn von Giers oder des Generals Kaulbars erfolgt.“ Der König sprach dann von Racconigi, wo „gar Nichts geschehen sei,“ wie Kaiser Wilhelm dem Kronprinzen in Sigmaringen versichert habe.^{a)} Die Geschichte vom Balkanbund^{b)} sei einfach zum Lachen. Nie würden sich Serbien und Bulgarien verständigen. Was bliebe übrig? Griechenland, heute eine non valeur, und Montenegro!! In Griechenland bestünde jetzt gar keine Gefahr für die Dynastie. Aber König Georg sei deswegen nicht minder zu einer ganz traurigen Rolle verurtheilt. Auch sei ein Familienzweist die natürliche Folge der Nachgiebigkeit des Königs; denn die Situation für den Kronprinzen bleibe einfach eine unmögliche. Die Hauptschuld treffe England, welches von der Einverleibung Creta's im richtigen Momente (aus Rücksichten auf die Türkei) dringend abrieth.^{c)} Mit der Lage in Constantinopel schien Seine Majestät recht zufrieden. Er glaubt an die Lebensfähigkeit des Militärrégime's (während allerdings das türkische Parlament zu einer ganz lächerlichen Rolle verurtheilt sei). Neue Gefahren könnten nur entstehen, wenn innerhalb der Türkischen Armee entgegengesetzte politische Strömungen die Oberhand gewinnen und dieselbe in zwei Theile zerschlagen würden. Seine Majestät beauftragte mich Hochdieselben bestens zu grüssen und hinzuzufügen, dass Er Sich über jeden neuen Erfolg unserer Politik aufrichtig freue. Schönburg.

a) Vgl. n. 1905, 1917. — b) Vgl. n. 1890, 1917. — c) Vgl. n. 1906, 1908.

Nr. 1908. Bericht aus St. Petersburg, 5./18. Dez. 1909 Nr. 51 (eing. 23. Dez.).^{a)} Ausfert.

Meine Wiederbegegnung mit dem Herrn Minister des Äussern trug einen frostigen Charakter. Wie zu erwarten, markierte Herr Iswolsky strikte Formalität und kühle Reserve. Die Konversation betraf, abgesehen von den Urlaubserlebnissen, einige politische Tagesereignisse der letzten Zeit. Über die Gesundheit Ihrer Majestät der Kaiserin gab mir der Minister beruhigende Auskunft. Die diesfällige kolportierten Gerüchte beruhten nicht auf Wahrheit. Wohl habe Ihre Majestät zeitweilig starke Schmerzen mit nachfolgender physischer Abspannung, doch sei dies keine Neurasthenie oder gar Geisteskrankheit, sondern auf ein Frauenleiden zurückzuführende Zustände. In Betreff der Kreta-Angelegenheiten^{b)} wiederholte mir Herr Iswolsky den Inhalt der bereits Herrn von Szilassy übergebenen und von Letzterem in Vorlage gebrachten Antwortnote der Schutzmächte an die türkische Regierung mit dem abermaligen Hinweis auf den seinerzeitigen Gołuchowski'schen Vorbehalt bezüglich Teilnahme Österreich-Ungarns an der eventuellen Umgestaltung des Verfassungsstatutes der Insel. Ob es zu einer solchen in absehbarer Zeit kommen werde, liesse sich nicht feststellen. Ich bemerkte, dass mir der Wortlaut des fraglichen Vorbehaltes nicht erinnerlich, doch so viel bekannt sei, dass derselbe von der Voraussetzung einer Neugestaltung ausgehe. Der Minister berührte im Laufe

unserer Unterredung auch die, wie er sagt, für Russland sehr schwerwiegende Angelegenheit der angeblichen Anarchistenzusammenkünfte in Lemberg. Es seien russischerseits nach Lemberg führende Fäden analoger Warschauer Vereinigungen aufgedeckt und in Wien diesfalls angefragt worden. Die Antwort habe aber — „wie gewöhnlich“ — negativ gelautet. Meinerseits tat ich der bevorstehenden Entsendung von Offizieren des Wiener Reitlehrer-Institutes nach St. Petersburg Erwähnung, was auf den Minister, der hierüber nicht unterrichtet sein wollte, wirkungslos blieb. Zum Schlusse glaubte ich, nachdem Herr Iswolsky eine Äusserung meinerseits über die Dillon-Contreverse zu erwarten schien, ihm die Gelegenheit geben zu sollen, dieses Thema anzuschneiden, ohne selbst die heikle Angelegenheit aufs Tapet zu bringen. Ich bemerkte, dass sich die Presse nun erfreulicherweise ruhiger verhalte; bei uns bestehe der ernste Wunsch, sie, so weit möglich, in diesem Fahrwasser zu erhalten. Grosse Entgleisungen, wie der kürzliche Leitartikel der „Neuen Freien Presse“ über die Eventualität der Annexion Koreas seien tief bedauerlich und den Intentionen Euer Exzellenz direkt entgegengesetzt; der Minister habe sich hievon schon aus den einschlägigen Betrachtungen des „Fremdenblattes“ überzeugen können. Ich hielt für angezeigt, mich auf diese Weise dem kritischen Gegenstande zu nähern, um nicht den Glauben zu erwecken, einer Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen. Herr Iswolsky wurde bei der blossen Erwähnung Presse von einer seiner cholerischen Krisen befallen, die ihn veranlasste, nach kurzer Reflexion auf die Gefahren der Presscampagne, das Thema mit den Worten abzuschneiden: „Je crois que c'est mieux de ne pas en parler.“ Ich erhob mich sofort zum Gehen und überhörte absichtlich, wie der Minister noch rasch flammenden Auges eine Bemerkung über das Bedenkliche von „graves imprudences vis-à-vis de journalistes“ fallen zu lassen suchte. Bei dem Abschiedshändedrucke betonte Herr Iswolsky die Titulatur „Monsieur l'Ambassadeur“ statt des sonst gebräuchlichen „mon cher Ambassadeur“. Wie mir Graf Pourtalès, der gleich nach mir den Minister aufsuchte, seither erzählte, hat ihm der Letztere allsogleich sein Herz über die vorhin geschilderte Wiederbegegnung ausgeschüttet — mit den lapidaren Worten: „Que croyez-vous qu'il m'a dit? — Pas un mot!!!“

Berchtold.

a) Vgl. n. 1836, 1838, 1909, 1924. — b) Vgl. n. 1907 Anm. c.

Nr. 1909. Privatschreiben aus St. Petersburg, 5./18. Dez. 1909 (eing. 23. Dez.).^{a)} Eigh. Ausfert.

Über meine in eisiger Atmosphäre stattgehabte erste Zusammenkunft mit Iswolsky berichte ich separat.^{b)} Hier möchte ich nur hinzufügen, dass der heftig erregte Minister im Laufe der nachherigen Unterredung mit Pourtalès — welch' Letzterer ihm meine sociellen Beziehungen zu Dillon und die Modalitäten der Einladung nach Buchlau auseinandersetzte — die Bemerkung fallen gelassen habe: „Eh bien alors, qu'il (Berchtold) déclare publiquement le procédé de Dillon comme un abus de son hospitalité.“ Pourtalès gab mir hievon mit dem Bemerken Kenntnis, der Minister habe

ihm dies lediglich mitgeteilt, ohne das Ersuchen beizufügen, mich hierüber zu verständigen. Ich glaube kaum fehl zu gehen, wenn ich in diesem Vorschlage Iswolskys eine Falle erblicke: entweder soll ich die Erklärung abgeben und mir dadurch Dillon zum Feinde machen oder verweigere ich meine Zustimmung, was einem indirekten Geständnisse, meine Hand im Spiele gehabt zu haben, gleichkäme. Um dieser Zwickmühle zu entgehen, möchte ich es mir zur *ligne de conduite* machen, an meiner ursprünglichen klaren und netten Erklärung in meinem Briefe an Iswolsky,^{c)} sowie den beiden Démentis (ersterer persönlich, letztere officiös) festzuhalten und mich auf den Standpunkt zu stellen, dass das Verlangen einer weiteren Erklärung so viel bedeuten würde wie ein Zweifel in meine damaligen Worte. Das Bedenken Dillon zum Feinde zu machen hat darin seinen Grund, dass mir der Genannte in Buchlau, angeblich in Deinem Auftrage, zwei Fragen stellte, die ich, um Dich nicht zu dementiren, beantworten zu sollen glaubte, ferner dass er mir einen Abriss zur Verlesung brachte — allerdings, wie ich damals irrthümlich dachte, über das mit Dir gepflogene Interview. Dillon könnte dann aus Rache mit weiteren Enthüllungen kommen. Pourtalès gegenüber liess sich Iswolsky auf die Unterscheidung ein: „Officiellement mes rapports avec le Comte Berchtold sont en règle, personnellement non.“ Wie er dies aufrechterhalten kann, wo sein damaliges Schreiben an mich als „privé“ bezeichnet war ebenso wie mein Antwortschreiben an ihn und auf Letzteres seit vier Wochen keine Depesche mehr erfolgte, ist mir schwer verständlich. In der Welt wird mir jedenfalls Iswolsky seine üble Laune durch markirte Kälte fühlen lassen und vielleicht da und dort Stimmung gegen mich zu machen suchen. Wenn keine weiteren Wolken am Horizont aufsteigen — was ja leider immer nicht ausgeschlossen ist —, diese Wolke wird mir noch Licht genug in der Stube lassen, um Dir ohne Selbstmordgedanken Privatbriefe schreiben zu können!

Berchtold.

a) Vgl. n. 1920, 1924. — b) Vgl. n. 1908. — c) Vgl. n. 1836 Anm. f.

Nr. 1910. *Tel. nach Berlin, 19. Dez. 1909 Nr. 250 (chiff. 6 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).*

Geheim. Herzog Avarna hat heute hier die identische Erklärung, betreffend Artikel VII des Dreibund-Vertrages, abgegeben. Euer Exzellenz wollen nunmehr im Sinne meines Erlasses vom 18. 1. Mts., Nr. 3743, im Einvernehmen mit Herrn Pansa die Ihnen aufgetragene démarche beim Berliner Kabinette machen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1911, 1912, 1918.

Nr. 1911. *Tel. aus Rom, 19. Dez. 1909 Nr. 247 (eing. 5 U. p. m.).^{a)} Entziff.*

Geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 186 vom 16. Ich habe heute früh Grafen Guicciardini den Erlass betreffend Artikel 7 des Dreibundvertrages vorgelesen und Abschrift eingehändigt. Minister des Äussern sprach seine lebhafteste Befriedigung aus über den Abschluss eines Werkes, das einen bleibenden Beweis des gegenseitigen unerschütterlichen Vertrauens darstellt. Er sagte „maintenant toute possible cause de méfiance

entre nous est éliminée pour le présent et pour l'avenir“. Herr Pansa wird sich mit Herrn von Szögyény, betreffs Verständigung der deutschen Regierung, ins Einvernehmen setzen.

Lützow.

a) Vgl. n. 1893, 1910, 2016.

Nr. 1912. Tel. aus Berlin, 20. Dez. 1909 Nr. 281 (eing. 5 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Erhalten Euer Exzellenz geheimen Erlass vom 18. d. M. Nr. 3743 und Telegramm von gestern Nr. 250. Mein italienischer Kollege und ich haben Staatssekretär Baron Schoen verständigt, dass wir die aufgetragene Demarche übermorgen, 22. d. M., ausführen werden. Durch telegrafische Berichterstattung Herrn von Tschirschky's war Staatssekretär schon informiert, dass der italienische Botschafter die identische Erklärung betreffend Artikel VII des dritten Dreibundvertrages Euer Exzellenz gestern übergeben hat.

Szögyény.

a) Vgl. n. 1918.

Nr. 1913. Tel. nach Konstantinopel, 20. Dez. 1909 Nr. 318 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

Herr von Szögyény telegraphiert unterm 18. d. M. wie folgt: ... wie n. 1906 ... Euer Exzellenz ist der ablehnende Standpunkt bekannt, den wir der Idee einer Konferenz gegenüber einnehmen; Hochdieselben sind daher ermächtigt, in analoger Weise wie Ihr deutscher Kollege die türkischen Staatsmänner, falls sie diese Idee Ihnen gegenüber zur Sprache bringen sollten, in meinem Namen auf die Inopportunität einer Konferenz aufmerksam zu machen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1914, 1961, 1962.

Nr. 1914. Tel. nach St. Petersburg Nr. 228 (1), London Nr. 169 (2), Paris Nr. 150 (3) und Rom Nr. 188 (4), 20. Dez. 1909 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

1.—4. Le Gouvernement Impérial et Royal a pris connaissance de la note que les quatre Puissances-Protectrices de la Crète ont adressée, à la date du 10 courant, au Gouvernement Impérial Ottoman et dont Elles ont bien voulu communiquer le texte, à titre d'information, au Cabinet de Vienne. Quant à l'éventualité d'une coopération de l'Autriche-Hongrie avec les autres Puissances en vue de fixer un statut définitif de l'île de Crète, éventualité envisagée par les quatre Puissances, le Cabinet de Vienne tient à faire ressortir que, conformément aux déclarations faites par le Comte Gołuchowski en 1905, il ne compte prendre part à des négociations au sujet de la Crète que dans le cas où il s'agirait d'une modification fondamentale dans la situation internationale de l'île. Le Gouvernement Impérial et Royal est, cependant, prêt à adhérer, dès-à-présent, à tout autre arrangement, concernant la Crète et son administration intérieure, en tant qu'un tel arrangement aurait trouvé l'assentiment des Puissances-Protectrices et de la Sublime Porte.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1902.

Nr. 1915. Erlaß nach Belgrad, 21. Dez. 1909 Nr. 3762. Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Herr von Tschirschky hat mir kürzlich mitgeteilt, die serbische Regierung habe dem deutschen Militärattaché in Belgrad gegenüber den Wunsch geäußert, daß eine Anzahl serbischer Offiziere behufs Completirung ihrer militärischen Ausbildung für einige Zeit zur Dienstleistung in der deutschen Armee zugelassen werde. Dieses Ansuchen sei sodann auch durch den serbischen Vertreter in Berlin vorgebracht worden. Die kaiserlich deutsche Regierung habe jedoch im Hinblick und aus Rücksicht auf das enge Bundesverhältnis zur österreichisch-ungarischen Monarchie dieses Ansuchen ablehnend beantwortet. Indem ich Vorstehendes Euer Hochgeboren zu Ihrer Information mittheile, erneuere ich ...

Nr. 1916. Tel. aus London, 21. Dez. 1909 Nr. 159 (eing. 22. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Sir Charles Hardinge sprach mir heute in unoffizieller Weise zum erstenmale vom Prozesse Friedjung. Nachdem in einem der vorgebrachten Dokumente auch von angeblichen Verträgen Serbiens mit England die Rede war, die in 1906 und 1908 abgeschlossen worden wären, habe Unterstaatssekretär alles durchsuchen lassen und festgestellt, dass England im Jahre 1906 einen Postvertrag, 1907 einen Handelsvertrag mit Serbien geschlossen hat, die beide publiziert wurden und im Jahre 1908 überhaupt nichts. Sir Charles Hardinge fügte bei, dass er jetzt anfangen zu verstehen, warum im vorigen Jahre bei uns Irritation über angebliche englische Treibereien in Serbien bestand, nachdem möglicherweise auch noch in anderen Dokumenten ähnliche unbegründete Insinuationen gegen die englische Politik enthalten sein dürften.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1904, 1982.

Nr. 1917. Bericht aus Berlin, 22. Dez. 1909 Nr. 50 D (eing. 23. Dez.).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Die jüngsten Zeitungsnachrichten, wonach der türkische Gesandte in Belgrad nach Constantinopel berufen worden sei, um über die serbischen Machenschaften betreffend den Balkanbund Bericht zu erstatten, hätten, wie Freiherr von Schoen mir sagte, bisher noch keine Bestätigung erfahren; der hiesige türkische Botschafter behaupte, er habe bisher hierüber keine direkte Information erhalten; dennoch benütze er jede Gelegenheit, um auf die Gefährlichkeit der nach seiner Ansicht zweifellos stattgehabten Verhandlungen zwischen dem König der Bulgaren und den leitenden Staatsmännern Serbiens aufmerksam zu machen. Nizamy Pascha wolle wissen, dass diese Verhandlungen sehr ernste Contouren angenommen hätten. Herr Milovanović habe zwar eine ablehnende Haltung eingenommen, doch habe sich auf der anderen Seite Herr Pašić ausserordentlich für dieselben erwärmt, und es sei keine Frage, dass Russland das Zustandekommen eines Balkan-

bundes, welcher sich vorerst auf Bulgarien, Serbien und Montenegro beschränken würde und selbstverständlich eine direkte Spitze gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland hätte, auf das wärmste patronisire! Auch mir gegenüber sprach sich mein türkischer College ganz in ähnlichem Sinne aus und versuchte mich davon zu überzeugen, dass in der Entrevue von Raccogni^{b)} und in den Besprechungen zwischen Herrn Iswolsky und Herrn Tittoni unter anderem auch die Idee eines Balkanbundes sehr eingehend erörtert worden wäre. Characteristisch für diese seine Auffassung ist die Versicherung des türkischen Botschafters, wonach er mit Bestimmtheit wisse, dass der russische Minister des Aeussern gleich nach seiner Rückkehr von Raccogni an sämtliche russische Botschafter einen vertraulichen Erlass gerichtet habe, in welchem ausgeführt wird, dass Russland und Italien für die Aufrechterhaltung des status quo in der europäischen Türkei einzutreten gesonnen seien, doch werde bezeichnenderweise hinzugefügt: „tout en favorisant le développement normal des Etats balcaniques sur la base des nationalités slaves.“ Wie Euer Excellenz bekannt, wurde seinerzeit im Auswärtigen Amte der Inhalt des Schreibens, welches Herr Iswolsky über die Ergebnisse der Entrevue in Raccogni an den hiesigen russischen Botschafter gerichtet hatte, Baron Flotow vertraulich mitgeteilt. In diesem Schreiben — wie Baron Flotow in seinem Privatschreiben vom 9. November^{c)} an Euer Excellenz berichtet hat — war blos von der Unabhängigkeit und der normalen und friedlichen Entwicklung der Balkanstaaten die Rede, nicht aber — wie es nach Nizamy Pascha lauten soll — von einem développement sur la base des nationalités slaves. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 1907 Anm. b, 1911, 1919, 1921, 1931. — ^{b)} Vgl. n. 1907 Anm. a. —

^{c)} Nicht aufgenommen. Das Schreiben Iswolskys ist abgedruckt: G. P. XXVII/1 S. 423.

Nr. 1918. Bericht aus Berlin, 22. Dez. 1909 Nr. 51 A (eing. 23. Dez.).^{a)} Ausfert.

Den mit dem geheimen Erlasse vom 18. d. M. Nr. 3743 an mich gelangten hohen Auftrag habe ich heute ausgeführt, habe dem Staatssecretär die an Graf Lützow gerichtete, französische Weisung,^{b)} welche den Wortlaut der zwischen den Cabineten von Wien und Rom ausgetauschten Erklärung enthält, vorgelesen und ihm eine Copie dieser Weisung hinterlassen. Mein italienischer College hat ebenfalls heute, und zwar gleich nach mir, die analoge Demarche beim Staatssecretär gemacht. Freiherr von Schoen ersucht mich, auch im Namen des Reichskanzlers Eurer Excellenz zu melden, dass die deutsche Regierung für die freundliche Mitteilung über den Abschluss der zwischen den Cabineten von Wien und Rom geführten Verhandlungen mit aufrichtiger Freude und Genugtuung begrüsse^{c)} und sich der bestimmten Hoffnung hingebe, dass dieser Austausch der beiderseitigen identischen Erklärungen eine weitere Gewähr für das ungetrübte Fortbestehen der zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien bestehenden bundesfreundlichen Beziehungen bilden werde. Bei dieser Gelegenheit habe ich dem Staatssecretär die dem hohen Erlasse beigeschlossene Notiz vorgelesen,

und hinzugefügt, dass Herr Tittoni von den in derselben niedergelegten Bemerkungen seinerzeit ohne jede Reserve Kenntnis genommen habe. Freiherr von Schoen lässt Euer Excellenz für die Mitteilung dieser Notiz, deren Wortlaut er übrigens aus einem früheren Berichte Herrn von Tschirschky's schon gekannt hat, seinen und des Reichskanzlers verbindlichsten Dank aussprechen.

Szögyény.

a) Vgl. n. 1910, 1912. — b) n. 1849. — c) So!

Nr. 1919. Bericht aus Konstantinopel, 22. Dez. 1909 Nr. 120 A (eing. 25. Dez.).^{a)} Ausfert.

Vor einigen Tagen hat mir der Grossvezir einen längeren Besuch abgestattet, bei welcher Gelegenheit über verschiedene Fragen der Tagespolitik gesprochen wurde. Gleich bei Beginn unserer Unterredung brachte Hilmi Pascha den Balkanbund zur Sprache und liess hiebei folgende Bemerkung fallen: „Österreich-Ungarn hat jetzt denjenigen, die sich um diese Idee bemühen, einen tüchtigen Strich durch die Rechnung gemacht.“ Auf meine Frage, worauf er anspiele, antwortete der Grossvezir: „Auf das Anlehen, welches die Wiener Banken kürzlich den Bulgaren gewährt haben.“ Diese Äusserung Hilmi Paschas gab mir den Anlass, mich im Sinne der mir von Eurer Excellenz erteilten diesbezüglichen Instructionen auszusprechen. Der Grossvezir stimmte meinen Ausführungen zu und betonte, dass er vollkommen die Ansicht teile, es sei für die Türkei ein Vorteil, dass der österreichisch-ungarische Einfluss in Sofia je stärker zur Geltung komme, da es ja keinem Zweifel unterliegen könne, dass die Monarchie ein Interesse an dem correcten Verhalten Bulgariens der Türkei gegenüber habe. Die Worte Hilmi Paschas machten auf mich den Eindruck der Aufrichtigkeit und es schien mir nicht, als ob die Angelegenheit des bulgarischen Anlehens bei ihm irgend welchen Argwohn erweckt hätte. Auch im Übrigen konnte ich bisher nichts wahrnehmen, was mir auch nur den geringsten Anhaltspunkt zur Annahme bieten würde, dass jene Angelegenheit in hiesigen politischen Kreisen verstimmt hätte. Die in meinem Berichte vom 15. d. M. No. 119 E erwähnte Bemerkung meines französischen Collegen, dass man hier in der Tatsache, dass Bulgarien in Wien Geld gefunden hat, ein Zeichen dafür sehen will, als ob die Monarchie sich dem Königreiche wieder mehr nähern wolle, um eine antitürkische Politik zu befolgen, scheint mir also auf einer ganz willkürlichen Annahme zu basieren. Vielleicht ist dies eine Idee, die Herr Bompard und namentlich Herr Tscharykow den Türken suggerieren wollen. Es scheint mir aber nicht wahrscheinlich, dass die Türken, und zwar selbst die prononciertesten Jungtürken, die uns ohne Zweifel auch noch heute bis zu einem gewissen Grade feindlich gegenüber stehen, so einfältig wären, um auf derlei Unsinn einzugehen und sich auf den Leim führen zu lassen. Hilmi Pascha erwähnte im weiteren Verlaufe des Gespräches, dass er kürzlich über die Balkanconföderation eine Unterredung mit einem slavischen Politiker gehabt hätte, der ihn (Hilmi Pascha) überzeugen wollte, wie vorteilhaft der Balkanbund für die Türkei, die sich an die Spitze desselben stellen müsste, sein würde. Der Grossvezir will dem

betreffenden slavischen Politiker geantwortet haben, er wäre geneigt, dies alles zu glauben, wenn Bulgarien und Serbien ihre Rüstungen einstellen und ihre Armeen auf ein vernünftiges Mass reduzieren würden. Aber gerade das Gegenteil sei der Fall. Er könne sich dies nicht anders erklären, als dass die Rüstungen gegen die Türkei gerichtet seien; denn es wäre thöricht anzunehmen, dass diese beiden Länder, wenn sie sich noch so sehr rüsten, eine Macht wie Österreich-Ungarn angreifen wollten. Es bliebe daher, wie gesagt, keine andere Annahme übrig, als dass die Rüstungen der Türkei gälten. Wer der slavische Politiker war, mit dem Hilmi Pascha das Gespräch hatte, weiss ich nicht. Vielleicht war es Herr Tscharykow. Letzterer arbeitet jetzt mehr denn je mit Hochdruck für die Idee des Balkanbundes. Er bemüht sich namentlich in den Kreisen der jungtürkischen Abgeordneten Propaganda für dieselbe zu machen. Als Werkzeug hiezu benützt er vornehmlich seinen Dragoman Herrn Mandelstamm, der mit vielen Abgeordneten, namentlich der extremen jungtürkischen Partei, in freundschaftlichen Beziehungen steht. Er gab vor einiger Zeit in einem hiesigen Hôtel ein Diner für einige derselben, an welchem auch der Botschafter teilnahm. In diplomatischen Kreisen wurde dieses Diner viel belacht. Am letzten Sonntag hätte auf der russischen Botschaft ein Empfang stattfinden sollen, zu welchem das ganze Parlament (es waren über 1000 Einladungen ergangen) geladen war. Die Soirée musste jedoch wegen Ableben des Grossfürsten Michael abgesagt werden. Ob diese Art, hier Politik zu machen, zum Ziele führt, muss die Zukunft zeigen. Die Türken sind von Natur misstrauisch und lassen sich durch derlei Dinge nicht leicht hinters Licht führen. Meiner Ansicht nach ist es besser, namentlich unter den heutigen ganz unfertigen Verhältnissen, wo man doch nicht weiss, was der nächste Tag bringen wird, niemandem nachzulaufen, und sich möglichst reserviert zu verhalten. Gegen Schluss unserer Unterredung kam der Grossvezir auch auf Griechenland zu sprechen. Dies gab mir Gelegenheit, ihn zu fragen, was es mit den angeblichen auch in der europäischen Presse viel besprochenen Auslassungen des Kammerpräsidenten Ahmed Riza über das Verhältnis der Türkei zu Griechenland für eine Bewandtnis habe. Hilmi Pascha gab mir hierauf zur Antwort, der Kammerpräsident sollte sich darauf beschränken, die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses zu leiten und fügte noch lächelnd hinzu, die äussere Politik wäre nicht Ahmed Riza Beys starke Seite. Auf die Frage selbst eingehend sagte der Grossvezir, die Türkei wolle zu allen Staaten gute Beziehungen pflegen, aber es sei nicht notwendig, sich mit irgendeiner Macht zu alliieren. Was speziell die Frage der Vermehrung der türkischen Flotte anbelangt, die Ahmed Riza in seinen obenerwähnten Auslassungen ebenfalls berührt hat, machte Hilmi Pascha die Bemerkung: „Wenn Griechenland ein Schiff kauft, müssen wir dann zwei kaufen.“ In diesem Zusammenhange kam er auch auf die Cretafrage zu sprechen und sagte, die Türkei könnte mit der definitiven Regelung dieser Frage noch zuwarten, vorausgesetzt dass die Schutzmächte die von der Pforte schon im Sommer vorgebrachten Gravamina bezüglich des Gerichtswesens, der Briefmarken etc. schon jetzt regeln würden.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1890, 1917, 1921, 1923, 2224.

Nr. 1920. Tel. aus St. Petersburg, 22. Dez. 1909 Nr. 224 (eing. 1 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Im Nachhange zu meinem Privatschreiben vom 18. d. Mts. Es unterliegt keinem Zweifel, dass Herr Iswolsky aus Anlass der Dillon-Publikation seit meiner Rückkehr Campagne gegen mich inszeniert hat, deren unverkennbare Spuren in gesellschaftlichen und ministeriellen Sphären, namentlich bei Ministerpräsident Stolypin, welcher Dillon persönlich gehässig ist, wahrzunehmen sind. Herr Iswolsky dürfte dabei insbesondere auch Tatsache, dass ich mich bei unserer Wiederbegegnung über diese Angelegenheit, die ich infolge meines Briefes^{b)} als erledigt halten musste, nicht ausgesprochen, verwerten und dabei Facit so darstellen, als (ob)^{c)} ich absichtlich Erörterung aus dem (Wege)^{c)} gegangen. Diese Campagne scheint darauf auszugehen, mich vom hiesigen Posten wegzudrängen, beziehungsweise dem Verlangen nach meiner Abberufung zu präjudizieren. Bitte um Instruktionen, wie ich mich zu verhalten hätte, im Falle dass Minister bei dienstlicher Gelegenheit demonstrativ unhöfliches Betragen an den Tag legen sollte.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1924, 1925. — ^{b)} Vgl. n. 1836 Anm. f. — ^{c)} Chiffre fehlt.

Nr. 1921. Aufzeichnung über eine in Wien (Palais Koburg) am 22. Dez. 1909 mit König Ferdinand der Bulgaren geführte Unterredung.^{a)} Ohne Datum. Konz. (S. u. G. Aehrenthal).

Der König erkundigte sich zunæchst nach dem Stande und den Aussichten des zwischen seiner Regierung und dem Wiener Bankverein abgeschlossenen Anlehens. Unangenehm berührt schien Seine Majestät zu sein von der wenig entgegenkommenden Haltung des Berliner Auswärtigen Amtes und der führenden deutschen Banken. Bei dieser Gelegenheit entschlüpften seinen Lippen einige sehr kritische Betrachtungen über die Lenker der auswärtigen Politik Deutschlands. „Pouvez Vous me dire qui dirige maintenant les destinées de l'Allemagne? Est-ce l'homme inconnu qui a été bombardé Chancelier? Ou bien l'exmaréchal de la Cour de Saxe-Cobourg?“ Politisch interessant waren zwei Bemerkungen des Königs, weil sie Zeugnis abgeben von dem ihn beherrschenden Gedankengang. Die eine betraf die Politik der Monarchie gegenüber der Türkei, die andere handelte von der Entrevue von Racconigi.^{b)} König Ferdinand fieng in ersterer Hinsicht mit der Frage an, er wäre uns dankbar für eine Aufklärung darüber, was wir nun in der Türkei bezwecken. Meine Antwort lautete dahin, wir hätten durch die Annexion von Bosnien hauptsächlich deshalb eine klare Situation gegenüber der Türkei geschaffen, um mit derselben möglichst freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Zu diesem Ende wünschten wir, daß Friede und Ordnung im osmanischen Reiche herrsche und daß dieses thunlichst erstarke. Den König schienen diese Ausführungen zu überraschen und unangenehm zu sein, denn er replicirte gereizt: „Mais ce n'est pas ce que nous désirons en Bulgarie!“ Um seine Frage zu motivieren, sagte der König, er sei von der Ansicht ausgegangen, daß unsere Lage in Europa nach der Entrevue von Racconigi eine heikle geworden und

wir deshalb, um aus derselben uns zu befreien, eine Action gegen Südosten zu unternehmen für richtig befinden würden. Ich hätte eine so unpolitische Aeüßerung aus dem Munde des sonst klugen Herrschers nicht erwartet, aber dieselbe beweist, wie sehr er im Bannkreise russischer Einflüsterungen sich befindet. Ich entgegnete dem König, daß die Entrevue von Racconigi und die daran geknüpften Combinationen une politique de façade genannt werden können. Aeüßerlich sei allerdings ein rapprochement zwischen Italien und Rußland markirt worden, aber wir seien vollkommen beruhigt darüber, daß dort keine Abmachungen zustande gekommen, die gegen den Dreibund-Vertrag verstoßen. Unsere Beziehungen zu Italien seien nie so vertrauensvoll gewesen, wie eben jetzt. Ich brachte diese Constatierung in so sicherem Tone vor, daß der König etwas décontenancirt das Thema wechselte und mit viel Sympathie von der serbischen königlichen Familie und von Serbien überhaupt zu sprechen anfieng. Auch einige heuchlerische Hinweise auf die angeblich bedrängte Lage des serbo-croatischen Volksstammes in der Monarchie verstand der König in seine Ausführungen einzuflechten, die kurz abzuschneiden mir nicht schwer fiel. Da die Conversation auf Serbien gekommen war, sagte ich dem König, er möge nicht glauben, daß wir durch seine wiederholten Besuche in Belgrad beunruhigt wären.^{c)} Nachdem wir eine Politik der Consolidierung überall im Auge haben, so könnte uns die Besserung in den serbisch-bulgarischen Beziehungen ganz recht sein. Ich könnte dem Gedanken nicht Raum geben, daß Bulgariens Herrscher, welchem vor wenigen Monaten eine selten glückliche Constellation zur Verfügung stand, um, unterstützt von Oesterreich-Ungarn, den dominierenden Einfluß auf der Balkanhalbinsel sich zu sichern, diese Constellation aber aus gewiß sehr triftigen Gründen nicht ausnützte, heute der Türkei gegenüber eine andere als freundlich abwartende Haltung einnehmen werde. Mein Rat und mein lebhafter Wunsch könnte nach der eingetretenen radicalen Aenderung der Verhältnisse nur dahin lauten, Bulgarien möge nach jeder Richtung hin eine ruhige und friedliche Politik führen. Meine Anspielung auf die im Herbste 1908 verpaßte günstige Gelegenheit war dem König sichtlich unangenehm; er reflectierte auf diese nur insofern, als er bemerkte: „In der That, es lagen verlockende Perspectives vor mir, die zu realisieren aus Gründen der Staatsraison nicht räthlich war.“ Beim Capitel Serbien sagte ich König Ferdinand, daß die dortigen Machthaber, vor zwei Jahren Paschić, vor kurzem Milovanović, an mich mit der Insinuation herangetreten wären, ihnen schon jetzt Zusicherungen über den Erwerb von Altserbien für den Fall des Zusammenbruches der türkischen Herrschaft in Europa zu ertheilen. Meine dilatorische Behandlung der Frage werde Seine Majestät ebensowenig wundern, wie die weitere Bemerkung, daß ich für den hoffentlich sehr entfernten Zeitpunkt, auf den die serbischen Minister mir gegenüber angespielt, die Conversation über die künftige Gestaltung der Dinge am Balkan nicht in Belgrad, sondern in Sofia zu beginnen wünschen würde, wobei ich ausdrücklich hervorhob, daß ich gegen Serbien keine Animosität empfinde. Diesmal war der König über die seinem Lande eingeräumte Vorzugstellung sehr erfreut und dankte mir dafür in herzlichen Worten. Dennoch mußte er bei diesem Anlasse

die Klage vorbringen, daß man in Wien zwischen Bulgarien und seinem Herrscher eine sehr deutliche Unterscheidung mache. Für Bulgarien zeige man stets Sympathie und Entgegenkommen, während dessen König, welcher im Interesse der Habsburger Monarchie und der katholischen Kirche auf dem Balkan ein Apostolat mit heiligem Ernst übernommen und durchzuführen bereit wäre, vom Allerhöchsten Hofe nur eine ununterbrochene Serie von Beleidigungen und Hintansetzungen zu erdulden habe. Nun mußte ich eine wahre Jeremiade aller jener griefs anhören, die aus der Berichterstattung des Grafen Thurn satssam bekannt sind. Sein caeterum censeo bildet die Unmöglichkeit, für ihn — den König — vor Seiner Majestät dem Kaiser zu erscheinen, solange sein heißester Wunsch, die Verleihung des goldenen Vlieses,^{d)} nicht in Erfüllung gegangen. Seine Schmerzen brachte aber der König in relativ gemäßigten Ausdrücken vor, so daß ich ihn bis auf wenige Entgleisungen anhören konnte. Am Schlusse machte der König eine Art von Résumé über das Gespräch, welches auf ihn einen beruhigenden Eindruck gemacht zu haben schien. Nur auf einen dunklen Punkt verwies der König, in Betreff welches es ihm bisher nicht gelungen sei, in Wien eine klare und verständliche Antwort zu erhalten. Und dies sei Rumänien! Wenn er eine Zusicherung bezüglich der Deckung der Nordfront Bulgariens zu erlangen wünsche, so antworte man ihm stets mit ausweichenden Redensarten! In scherzhaftem Tone replizierte ich darauf, daß der König von mir, in dem Augenblicke, wo Oesterreich-Ungarns Politik danach strebt, die Position der Türkei zu erhalten und zu stärken, wohl nicht erwarten dürfe, eine indirecte Aufforderung und Hilfe zu einer aggressiven Politik gegen dieselbe Türkei zu erhalten. Der König hat aus dieser Erwiderung wohl herausgeföhlt, wo eine Unterstützung zu suchen sein wird, wenn das türkische Problem neuerdings in ein acutes Stadium treten sollte. Bis dahin wird Bulgarien, eingekeilt in der unbequemen Situation zwischen der Türkei und Rumänien, eine zuwartende Haltung einnehmen müssen.

^{a)} Nach Sofia mit Erlaß vom 5. Jan. 1910 Nr. 13 zur persönlichen und vertraulichen Information mitgeteilt. Vgl. n. 1843, 1919, 1944, 2224. — ^{b)} Vgl. n. 1917. — ^{c)} Vgl. n. 1875. — ^{d)} Vgl. n. 1843, 2224.

Nr. 1922. Tel. aus Belgrad, 23. Dez. 1909 Nr. 270 (eing. 24. Dez. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Minister des Aeussern drückte mir seine Befriedigung aus, dass Friedjung-Prozess beendet sei und zwar in einer glücklichen, niemanden verletzenden Weise. Er glaubt, der Prozess werde bald vergessen sein und keine Nachwirkungen hinterlassen.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1904, 1929.

Nr. 1923. Erlaß nach Konstantinopel, 23. Dez. 1909 Nr. 3774.^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz besprechen in dem Berichte vom 15. I. Mts., No. 119 E, die verschiedenen Auffassungen, die in den diplomatischen Kreisen Con-

stantinopels bezüglich der Möglichkeit einer Balkanconfoederation bestehen. Die zahlreichen Gerüchte, die über den Plan einer solchen Confoederation in der letzten Zeit in Umlauf gekommen sind, lassen in der Tat noch nicht deutlich erkennen, ob ein solcher Plan wirklich ernstlich verfolgt wird und noch weniger, welche Rolle dabei der Türkei zufallen soll. Es wird bekanntlich von einem Balkanbunde gegen die Türkei, von einem solchen unter türkischer Aegide und schließlich auch von einem Bunde unter unserer Patronanz gesprochen. Als Voraussetzung speciell für eine Verständigung zwischen Bulgarien und Serbien bezeichnen die einen, und zu ihnen gehört nach Euer Exzellenz Meldung auch Herr Tscharykoff, einen Verzicht der beiden Staaten auf eine eventuelle Vergrößerung in Macedonien, während andere, wie zum Beispiel Herr Bompard, ein Einverständnis zwischen Serbien und Bulgarien nur als gegen die Türkei gerichtet verstehen können. Es dürfte Euer Exzellenz interessieren, daß auch der hiesige französische Botschafter auf Grund von Mitteilungen, die ihm die hiesigen Gesandten Serbiens und Bulgariens vertraulich gemacht haben, dieser letzteren Ansicht zuneigt. Ebenso Herr Simić wie Herr Geßoff haben sich nämlich zu Herrn Crozier dahin geäußert, daß die Verschlechterung der Situation in Macedonien — über das Wiederauftauchen von Banden sind auch wir bekanntlich aus Üsküb und Salonich informirt — den eigentlichen Anlaß zu der kürzlich wahrnehmbaren politischen Wiederannäherung der beiden Königreiche gegeben habe.

a) Vgl. n. 1919, 1930, 1931.

Nr. 1924. Tel. nach St. Petersburg, 23. Dez. 1909 Nr. 229 (chiffre. 4 U. p. m.). a) Konz. (S. und G. Aehrenthal).

Geheim. Euer Exzellenz Telegramm No. 224 erhalten. Auch ich halte es für richtig, dass Euer Exzellenz, nach dem Briefaustausch mit Herrn Iswolsky, auf Dillon-Publikation nicht aus Eigenem zurückkommen. Angesichts der Symptome einer Campagne würde nachträgliche Aussprache mit Minister des Äussern über obigen Punkt nicht zum Ziele führen, ausser es ergibt sich eine besondere, Ihnen günstig scheinende Gelegenheit. Diesbezüglich verlasse ich mich vollkommen auf Euer Exzellenz Ermessen und Tactgefühl. Grosse Zurückhaltung wird gegenüber Ministerium des Äussern und denjenigen Stellen zu beobachten sein, die von Herrn Iswolsky beeinflusst werden. Euer Exzellenz können analoge Reserve einnehmen, wie Fürst Ouroussoff, der, nach seiner Rückkehr vom Urlaube im Frühjahr dieses Jahres, Monate verstreichen liess, bevor er mich aufsuchte. Selbstverständlich müssten Euer Exzellenz dem Minister des Äussern mit grösster Festigkeit begegnen, wenn dieser im dienstlichen oder ausserdienstlichen Verkehr unhöfliches Betragen an den Tag legen sollte. Sollte sich der Minister soweit vergessen, was ich aber nicht annehme, wäre er sofort darauf aufmerksam zu machen, dass eine Ausserachtlassung der dem Vertreter Seiner Majestät des Kaisers und Königs schuldigen Achtung unangenehme Folgen nach sich ziehen würde. Euer Exzellenz können, wenn sich die Notwendigkeit hiezu ergäbe, zu verstehen geben, dass die Fortsetzung des

Versuches, Sie von Ihrem Posten wegzudrängen, keinesfalls zum Ziele führen werde. Nachricht der „Neuen Freien Presse“ über Euer Exzellenz angeblichen Rücktritt ist in gestriger Nummer des Blattes dementiert worden. Eben Brief vom 18. dieses Monats und Bericht No. 51 erhalten. Ich teile Euer Exzellenz Auffassung, dass es nicht opportun wäre, über die bereits erteilten Erklärungen (Schreiben an Herrn Iswolsky^{b)} und offizielles Dementi^{c)} hinauszugehen.

^{a)} Vgl. n. 1925, 1932. — ^{b)} Vgl. n. 1836 Anm. f. — ^{c)} Wiener „Fremdenblatt“ vom 13. Nov. 1909. Vgl. n. 1820.

Nr. 1925. Privatschreiben aus St. Petersburg, 11. 24. Dez. 1909 (eing. 27. Dez.).^{a)} Eigh. Ausfert.

Geheim. Es ist wohl meine Pflicht und auch mein Bedürfnis, Dich thunlichst au courant zu halten in Bezug auf die eingeholten Wahrnehmungen rücksichtlich meiner Stellung zum Minister des Äussern und den von demselben inspirierten Milieus. Ich habe hierüber telegrafisch^{b)} gemeldet, dass unverkennbare Anzeichen einer gegen mich von Herrn Iswolsky angezettelten Campagne in Erscheinung getreten sind, welche den Character eines versuchten gesellschaftlichen Boycotts auf Grund — selbstverständlich nicht zugegebener — geheimer Ausstreuungen an sich tragen. Diese wohl auch von rührigen Vertretern des dreieinigen Königreiches sekundirten Bemühungen haben bis nun insbesondere in der Richtung Erfolg gehabt, den älteren Damen der Petersburger Gesellschaft willkommenes Gesprächsthema zu liefern. Spuren systematischer Organisation konnte ich allerdings in zwei Salons bemerken: an der Sängerbrücke, wo mir Madame Iswolsky einen von ihrem sonstigen natürlichen und freundlichen Wesen grell abstechenden demonstrativ-frostigen Empfang bereitete und an [der] Troitzkybrücke, wohin ich zu einer Abendunterhaltung, an welcher meine sämtlichen Collegen theilnahmen, offenbar nur deshalb keine Einladung erhielt, weil auch Ménage Iswolsky geladen war. (Tags darauf bat mich Sir Arthur mit ostentativer Freundlichkeit, den Weihnachtsabend mit ihm im Familienkreise zu verbringen!) Dienstlich bin ich zu Herrn Iswolsky seit meiner ersten Visite nach Rückkehr vom Urlaube nicht mehr gegangen. Ich weiss, dass er es mir verübelt, dass ich bei jenem Besuche keine Worte der Entschuldigung oder des Bedauerns über den Incidenzfall Dillon vorgebracht habe. Es wäre eine solche Phrase allerdings unter normalen Verhältnissen am Platze gewesen. Bei Herrn Iswolskys rachsüchtigem und brutalem Wesen lag aber die Gefahr vor, dass er eine solche Gelegenheit ausnützen würde, um mich nach irgend einer Richtung hin zu compromittiren. Und als er dann im Momente meines Scheidens mit den Worten „grave imprudence“ das Thema offenbar anschneiden wollte, gab mir die unmanierliche Art, in welcher er dies vorbrachte, willkommenen Grund darauf nicht einzugehen. Dadurch, dass keine Aussprache stattgefunden hat und wir in eisiger Stimmung auseinandergegangen sind, ist allerdings eine Unsicherheit zurückgeblieben in Bezug auf die gegenseitigen Beziehungen und die Modalitäten einer nächsten Begegnung. Immerhin halte ich von zwei Übeln dieses noch

für das kleinere und bereue bisher nicht, am ersten Tage eine so strikte Reserve beobachtet zu haben. Dass Herr Iswolsky bei seiner sociellen Miniarbeit diesen Umstand gegen mich ausgespielt haben und die Reserve als Anzeichen eines schlechten Gewissens ausgelegt haben dürfte, wird damit wohl in den Kauf zu nehmen gewesen sein! Derzeit gebe ich mich der allerdings auf schwacher Grundlage basirten Hoffnung hin, nicht so bald eine dienstliche Visite bei ihm machen zu müssen. Trotz meiner neulich deutlich ablehnenden und abschliessenden Haltung ist nämlich die Möglichkeit immerhin nicht ausgeschlossen, dass er bei einem derartigen Anlasse selbst die Sprache auf das heikle Thema bringen und mich in eine mit Sir Arthur gelegte Schlinge zu locken suchen wird. Es ist einleuchtend, dass ein solches Manöver mich in eine wenig beneidenswerthe Lage bringen wird: einerseits die blinde Leidenschaftlichkeit und mauvaise foi des skrupellos die Wahrheit verdrehenden Ministers, andererseits die verfängliche Situation, in welcher ich mich infolge meines vertrauensvollen Verhaltens zu Dillon während dessen Besuches in Buchlau Herrn Iswolsky gegenüber befinde. Hierüber möchte ich einige Worte hier einflechten. So viel mir erinnerlich, hattest Du im Laufe des dem genannten Publicisten gewährten Interviews den Eindruck gewonnen, dass derselbe in der nächsten Zukunft die erhaltenen Informationen nicht publicistisch verwerthen werde. Mir gegenüber hatte Dillon die Sache in dem Lichte dargestellt, dass er von Dir die Ermächtigung erhalten hätte, die betreffenden Daten zu veröffentlichen, wofür er, nach den mir zur Verlesung gebrachten Bruchstücken, die Form eines „Interviews am Ballplatze“ gegeben hätte. Angeblich in Deinem Auftrage hatte er mir hiebei zwei Fragen gestellt, nämlich über den Zeitpunkt: 1) des russischen „Antrages“ der okkupirten Provinzen und des Sandschaks und 2) der unsererseits anlässlich der türkischen Obstruktion gegen die Justizreform vorgeschlagenen Abberufung der Botschafter in Constantinopel. Um nicht Deine angeblichen Fragen, bezw. deren Inhalt, zu desavouiren, hatte ich Dillon diesfalls renseignirt. Bei dieser Gelegenheit hat mir der Publicist auch einige Aufzeichnungen über die Äusserlichkeiten der Entrevue vorgelesen, welche mir im Vergleiche zu den von Dir gegebenen Auskünften sehr harmlos vorkamen, so dass ich keinen Protest erhob. Dass nachmals der Aufsatz nicht die Form eines „Interviews am Ballplatze“ annehmen könnte, wodurch die Möglichkeit näherrückte auch mich in den Verdacht der Autorschaft einzubeziehen, war mir damals auch nicht entferntest in den Sinn gekommen. Es ist naheliegend, und auch aus Anzeichen erkenntlich, dass Iswolsky trotz meines Démentis und Briefes^{c)} innerlich felsenfest an meine Mitschuld glaubt und kein Mittel unversucht lassen wird, um die ihm mir gegenüber dadurch in die Hand gelegte Waffe thunlichst auszunützen. Inwieweit auf Dillons Verschwiegenheit zu rechnen ist, kann in diesem Falle schwer abgewogen werden, nachdem er durch seine Beziehungen mit der englischen Botschaft immer der Gefahr ausgesetzt sein wird, einer von der Letzteren gelegten Falle zum Opfer zu fallen, z. B. wenn einer der Botschaftsherrn ihm schriebe, wieso er die Gastfreundschaft des Grafen Berchtold in einer Weise misbrauchen konnte, dass der Hausherr dadurch in den Verdacht der Theilhaberschaft am Artikel kommen musste!

Allen diesen und ähnlichen Comploten und Manövern gegenüber wird es mein Bestreben sein, meinen ursprünglich eingenommenen Standpunkt beizubehalten und zu vertheidigen. Derselbe lässt sich in folgenden Punkten zusammenfassen: 1.) Meine durch Brief und Presse erfolgte Erklärung war klar und bündig; 2.) Es ist kein Grund eine zweite Erklärung abzugeben: dies wäre gleichbedeutend mit der Zulässigkeit eines Zweifels in die Erste; 3.) Etwaige Suggestirungen der Gegenseite sind damit zurückzuweisen, dass ich keine Instruktionen über mein Verhalten entgegenzunehmen habe; 4.) Einer etwaigen Äusserung Dillons, dass ich ihm zugestimmt hätte, würde die Erwägung entgegengesetzt, dass mein Wort doch mehr Gewicht habe als jenes eines Journalisten und dass überdies ein Brief des Letzteren in meinen Händen sei, der meinen Standpunkt bestätige. Gräfin Kleinmichel sagte heute dem Deutschen Botschafter, der Hauptträger Iswolskys fusse im Gedanken, dass ich Dillon in Buchlau das Zimmer gezeigt habe, wo Iswolsky „geschlafen“ habe!

Berchtold.

a) Vgl. n. 1924, 1926. — b) n. 1920. — c) Vgl. n. 1836 Anm. f.

Nr. 1926. Tel. aus St. Petersburg, 26. Dez. 1909 Nr. 228 (eing. 27. Dez. 9 U. a. m.) a) Entziff.

Geheim. Situation immer sehr gespannt. Zeitungen berichten über meinen Abgang. Kampagne Herrn Iswolskys gegen mich fortgesetzt. Man muss sich schon jetzt auf Möglichkeit eines Bruches vorbereiten. Um noch ein letztes Entgegenkommen zu zeigen, wodurch Verantwortung von uns abgewälzt werden wird, entsende ich morgen Herrn von Szilassy zu Herrn Sasonow. Angesichts der unzurechnungsfähigen Redeweise Herrn Iswolskys erscheint mir dies, wo ich mit Minister die definitive Auseinandersetzung habe, opportun. Herr von Szilassy wird herauszufühlen trachten, ob noch Aussicht auf Aussöhnung vorhanden oder nur mit mala fides gerechnet werden muss. Unmittelbarer Anlass zu dieser Demarche ist ein von Dr. Polly mir heute abgestatteter Besuch, worin er sich von Herrn Iswolsky ermächtigt erklärte, mir Standpunkt des Ministers bekanntzugeben. Herr von Szilassy wird höflich gegen diese Vorgangsweise Protest erheben. Die sehr vagen und umschweifenden . . . b) Pollys konkludieren dahin, dass „Herr Iswolsky Frieden wünsche, die Zeitungsnotizen über mich bedauere und bereit sei, denselben durch offizielle Kundgebungen entgegenzutreten“, es sei aber zu bedenken, dass Presse, auf welche Minister kein Einfluss zustehe, durch Dillon'sche, aus Buchlau datierte Briefe im Glauben an meine Teilhaberschaft am Fortnightly Review-Artikel befangen sei. Um ein Ende zu machen, wäre meinerseits eine Erklärung in irgend einer Form notwendig, wonach ich die Vorgangsweise Dillons in Buchlau missbillige oder dessen Angaben als unrichtig bezeichne. Herr von Szilassy wird erklären, wie bereits Polly gesagt wurde, dass ich, wenn Herr Iswolsky es wünscht, bereit bin, über diese Angelegenheit mit ihm zu sprechen, aber keine neuen Erklärungen abgeben werde, welche den Anschein erwecken, dass mein einmal gegebenes Wort nicht genüge. Je nach Ablauf seiner Unterredung, welche mit Wunsch, eine Szene mit erregbarem Minister zu vermeiden, motiviert werden wird,

wird Herr von Szilassy trachten, Weg für eine freundliche Auseinandersetzung zwischen mir und Herrn Iswolsky anzubahnen und jedenfalls auf Gefahr hinweisen, diese Kampagne gegen mich fortzusetzen, welche ich nicht dulden werde. Laut bisheriger Indizien kann ich an gütlichen Ausweg kaum glauben, halte es aber für wünschenswert, dass, wenn es zu einem Bruche kommt, eine noch günstige Gelegenheit von uns ergriffen werde, pour ne pas avoir l'air d'avoir été mis dans le tort. Jedenfalls erscheint Fortsetzung der gegenwärtigen Beziehungen in Anbetracht des Charakters Iswolskys unhaltbar.

Berchtold.

a) Vgl. n. 1925, 1927. — b) Chiffre fehlt.

Nr. 1927. Tel. aus St. Petersburg, 27. Dez. 1909 Nr. 229 (eing. 28. Dez. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Geheim. Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme No. 228. Nach heutiger Unterredung zwischen Herrn Sasonow und Herrn von Szilassy scheint alle Hoffnung auf Versöhnung doch nicht verloren. Diesbezüglicher Schritt wurde vom Adjoint gut aufgenommen und versprach derselbe seine Vermittlung bei Herrn Iswolsky im Interesse der Sache. Herr Sasonow sagte, dass man hier an meinem guten Glauben nicht zweifelt, nur hätte der Minister eine freundlichere und noch kategorischere Erklärung meinerseits gewünscht. Herr von Szilassy entgegnete, dass mein Brief^{b)} klar genug sei und dass, wenn Herr Iswolsky nicht damit einverstanden gewesen wäre, er gleich darauf hätte neuerliche Erklärung verlangen sollen. Dies nach Wochen zu tun, sei ganz unzulässig und würde eine solche Erklärung dahin gedeutet werden, dass an meinem Worte gezweifelt worden sei. Herr Sasonow gab dies zu und hofft, Minister zu überzeugen. Letzterer dürfte sodann bald mit mir Unterredung haben. Schritt hat jedenfalls Vorteil, dass Sachverhalt auf diese Art zur Kenntnis Herrn Stolypins gebracht wird. Berchtold.

a) Vgl. n. 1928. — b) Vgl. n. 1836 Anm. f.

Nr. 1928. Tel. nach St. Petersburg, 28. Dez. 1909 Nr. 232 (chiffre. 9 U. p. m.).a) Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Aehrenthal).

Geheim. Euer Exzellenz Privatschreiben vom 24. d. M. und Telegramme Nr. 228 und 229 erhalten.

Wie ich aus letzterem zu meiner Befriedigung entnehme, läßt die durch Herrn von Szilassy bei Herrn Sazonow unternommene Démarche die Möglichkeit einer Verständigung mit Herrn Iswolsky noch offen.

Die am Schlusse Ihres Privatbriefes in vier Punkten präzierte Auffassung erachte ich als vollkommen zutreffend und maßgebend für Euer Exzellenz weiteres Verhalten.

Meinerseits lege ich das Hauptgewicht auf den Umstand, daß weitere für die Öffentlichkeit bestimmte Erklärungen zu unterbleiben haben, weil gänzlich überflüssig und weil hiedurch die Controverse wieder aufleben würde, während Herr Iswolsky und ich, wie Euer Exzellenz bekannt, letzteres übereinstimmend zu vermeiden wünschen.

Andererseits muß Euer Exzellenz daran gelegen sein, für die Dauer Ihrer Petersburger Wirksamkeit, welche Sie, wie ich aus Euer Exzellenz Eröffnungen vor der Rückkehr nach St. Petersburg zu meinem aufrichtigsten Bedauern entnommen habe, mit Ende künftigen Jahres aus Gründen ausschließlich privater Natur abzuschließen gedenken, einen modus vivendi mit Herrn Iswolsky zu finden. Falls es demnach Euer Exzellenz gelegentlich der von Herrn Sazonoff übernommenen vermittelnden Thätigkeit gerathen erscheinen sollte, das Vorgehen Herrn Dillons Herrn Iswolsky gegenüber mündlich zur Sprache zu bringen, so schiene mir ein Vorweisen des betreffenden Passus aus Dillons Brief an Euer Exzellenz^{b)} das angezeigteste Mittel; ich hätte von meinem Standpunkte hiegegen nichts einzuwenden.

Die in jüngster Zeit in der Presse aufgetauchten Nachrichten über Euer Exzellenz bevorstehenden Rücktritt beabsichtige ich als gänzlich unbegründet zu dementieren, ich möchte jedoch diesbezüglich eine Äußerung Euer Exzellenz darüber abwarten, in welchem Zeitpunkte Ihnen die Veröffentlichung eines solchen Dementis opportun erscheinen würde.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1932, 1933. — b) Liegt nicht vor. Vgl. n. 1932 Anm. e.

Privatschreiben aus St. Petersburg, 15. 28. Dez. 1909. Siehe n. 1933.

Nr. 1929. Bericht aus Belgrad, 29. Dez. 1909 Nr. 85 A (eing. 31. Dez.).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Die Belgrader Blätter hatten von allem Anfang die unbedingte Verurteilung des „Verleumders“ Dr. Friedjung prophezeit. Aber auch das durch einen Ausgleich erfolgte Ende war ihnen genehm und wurde als serbischer Triumph gefeiert. Über die Rücknahme der Klage und den Freispruch Dr. Friedjungs wurde kein Wort verloren, sondern dafür kühn verkündet, er hätte die Unberechtigung seiner Behauptungen und die Falschheit der ihm von offizieller Seite gelieferten Dokumente eingestanden. Durch Tage widerhallte die serbische Presse von den gewöhnlichen heftigen Ausfällen gegen das morsche Habsburgsche Reich, dessen serbenfeindliche, raubgierige, vor Fälschungen nicht zurückschreckende Politik. Wie immer waren Euer Exzellenz, der Banus und ich die spezielle Zielscheibe persönlicher Angriffe. Meine alte Freundin die „Politika“ verlangte — zum hundertsten Male seit 2½ Jahren — stürmisch meine Abberufung; aber nur aus Gründen des „internationalen Anstandes“, sonst sei sie froh, dass ein „so dummer, ungeschickter, naiver und blinder“ Mensch die Monarchie in Serbien vertrete. Die Wut der Zeitung ist erklärlich, da sie, mir zu viel Ehre antuend, die Schuld an der Annexion und allem anderen, das Serbentum treffenden Unglücke ausschliesslich mir und meinen Falsifikaten zuschreibt. Am befriedigtsten über die ihr eher günstige Beendigung des Prozesses war sicherlich die serbische Regierung. Sie hat „Butter am Kopfe“ und fühlte trotz der geschickten Ausnützung der tatsächlichen Schwächen einzelner der Friedjungschen Dokumente, dass das konsequente Leugnen zwar leicht und richtig, aber nicht ganz überzeugend

war. Ich glaube, dass Herr Milovanović die Wahrheit sprach, als er mir seine Freude über den friedlichen, niemanden verletzenden Ausgang ausdrückte. Überhaupt hat der Minister sich mir gegenüber in dieser Sache stets sehr verständig, ruhig und gemässigt verhalten. Er meinte wiederholt, dieser Inzidenzfall werde bald vergessen sein und die gegenseitigen Beziehungen nicht ungünstig beeinflussen, sogar vielleicht erleichtern, da nun gewisse Residuen der grossen Krise liquidiert und geklärt seien. So paradox es klingen mag, so bin ich doch auch beinahe derselben Ansicht. Irredentistische Velleitäten und Verbindungen werden vorläufig jedenfalls sorgfältig verborgen und unterdrückt werden. Der moralische Druck, welcher infolge der Annexion und des beschämenden Rückzuges im Frühjahr auf dem Lande lastete, erscheint diesem hysterischen Volke durch den in seiner Einbildung im Prozesse Friedjung erlangten Erfolg stark behoben. Ein korrektes Betragen gegenüber den grossen Nachbarn ist ihnen jetzt vielleicht leichter. Hoffentlich erweist sich dieser psychologische Zustand bei den Handelsvertragsverhandlungen als nützlich. Denn die wirtschaftlichen Fragen sind momentan das grösste Hindernis zwischen uns und Serbien. Es muss mit dem unmöglichen „vertragslosen“ Zustande aufgeräumt, in den gegenseitigen ökonomischen, hier so verbitternden Beziehungen Ruhe und Ordnung geschaffen werden, um auf der nunmehr festen Basis der Annexion und der endgiltigen Zertrümmerung der nach Bosnien schielenden Aspirationen dann zu versuchen, auch das politische Verhältnis zum Save-Königreiche in die den vitalen Interessen, der geographischen Lage und der historischen Entwicklung entsprechenden Bahnen zu lenken. Forgách.

a) Vgl. n. 1922, 1939, 1948, 1955.

Nr. 1930. Bericht aus Konstantinopel, 29. Dez. 1909 Nr. 123 C (eing. 1. Jan. 1910.).^{a)} *Ausfert.*

Die hiesige öffentliche Meinung und Presse beschäftigt sich fast gar nicht mit der Reise Dschavid Beys. Sie erblickt darin offenbar nichts weiteres als eine Privatsache oder allenfalls ein privates Unternehmen des Finanzministers und seines Getreuen Dschahid Bey. Nicht so gleichgiltig zeigen sich die hiesigen diplomatischen Kreise und auch die Politiker und die Organe der Öffentlichkeit in Europa dürften sich der Sache gegenüber nicht indifferent verhalten. Es ist ja zunächst nach europäischen Begriffen schwer einzusehen, wieso man zur Erholung jetzt, im Monate Dezember eine im Ganzen auf 6 Tage berechnete Rundreise Konstantinopel—Bukarest—Rustschuk—Sofia—Belgrad—Salonich—Konstantinopel unternehmen kann. Ich habe Hilmi Pascha gestern hievon neuerlich gesprochen. Er versicherte mich in ernsthaftem Tone, dass Dschavid Bey von der Regierung keinerlei Mission erhalten habe und haben könne. Ich erwiderte Hilmi Pascha, dass auch ich überzeugt sei, Dschavid Bey handle nicht im Namen der Regierung; ich wisse als Diplomat auch zu gut, dass man in wenigen Stunden — und solange dauerte, respektive dauert ja der Aufenthalt des Finanzministers in den einzelnen Hauptstädten — keine Staatsaffären regeln könne. Die nicht eingeweihten Kreise dächten jedoch nicht so und eben deshalb hielte

ich die Reise Dschavid Beys für höchst unpolitisch. Der Grossvezir erklärte hierauf, die Reise sei ohne sein Wissen beschlossen und vorbereitet worden, der Finanzminister habe ihn vor ein fait accompli gestellt, indem er ihm von seinem Ausfluge erst am vorletzten Montag abends gesprochen habe, als er bereits die Erlaubnis Seiner Majestät des Sultans zu demselben erhalten hatte. Ich bemerkte des Ferneren dem Grossvezir, Dschavid Bey könne doch auch im Namen seiner Partei auftreten, zumal das Komité jetzt politische Partei geworden und solchermassen auch das Recht habe, sich mit politischen Dingen zu befassen. Hilmi Pascha leugnete auch diese Möglichkeit, wiewohl er naturgemäss in die Geheimnisse des Komités keinen Einblick haben kann. Der Grossvezir machte mir den Eindruck, über den Ausflug seines Finanzministers sehr ungehalten zu sein, über den näheren Zweck desselben sich aber selbst keine Rechenschaft geben zu können. Ein Anzeichen dafür, in welcher Richtung sich die eventuelle Fühlungnahme Dschavid Beys mit den Staatsmännern in Bukarest, Sofia und Belgrad bewegt haben mochte, könnte glaube ich in dem Umstande erblickt werden, dass der ihn begleitende Deputierte Dschahid Bey als stark russophil bekannt ist, ja als im russischen Dienste stehend hier angesehen wird. Pallavicini.

a) Vgl. n. 1923, 1931, 1944 Beilage.

Erlaß nach Bukarest 30. Dez. 1909 Nr. 3827. Siehe n. 1931.

Nr. 1931. Erlaß nach Konstantinopel Nr. 3826 (1) und nach Bukarest Nr. 3827 (2), 30. Dez. 1909.a) Konz. (S. Franckenstein; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

1. und 2. Vertraulich. Ich übermittle Euer etc. im Anbuge zu Ihrer vertraulichen Information die Abschrift eines Berichtes Herrn von Szögyénys vom 22. 1. M.^{b)} über einige Äußerungen, welche der türkische Botschafter in Berlin bezüglich des Balkanbundes gemacht hat. Wie Euer etc. der Lecture dieses Berichtes entnehmen werden, erklärte Nizamy Pascha mit Bestimmtheit zu wissen, daß der russische Minister des Äußern nach seiner Rückkehr aus Racconigi an sämtliche Botschafter einen vertraulichen Erlaß gerichtet habe, in welchem ausgeführt wird, daß Rußland und Italien für die Aufrechterhaltung des status quo in der europäischen Türkei einzutreten gesonnen seien, jedoch „tout en favorisant le développement normal des Etats balcaniques sur la base des nationalités slaves“. Diese Version ist von anderer Seite bisher nicht bestätigt worden und ich hielte es daher für nicht unbedenklich, wenn sie von uns in Umlauf gesetzt würde. Andererseits würde dieselbe, wenn bekannt, an maßgebender Stelle

1. in der Türkei

2. in Rumänien

1. u. 2. nicht ohne Eindruck in Betreff der Tendenzen, welche die Politik Herrn Iswolskys verfolgt, bleiben, und es ist keinesfalls unsere Sache, sie zu dementiren. Euer etc. wollen daher zwar nicht die Initiative ergreifen, um diese Nachricht bei den

1. türkischen

2. rumänischen

1. u. 2. Staatsmännern zu verwerten; sollte sie jedoch von dieser Seite Euer etc. gegenüber zur Sprache gebracht werden, so wollen Sie derselben nicht gerade entgegentreten.

^{a)} Vgl. n. 1923, 1930, 1935, 1937. — ^{b)} n. 1917.

*Nr. 1932. Eigh. Privatschreiben nach St. Petersburg, 30. Dez. 1909.^{a)}
Abschrift.*

Ich benütze die Abreise Stollbergs, um Dir zu schreiben und zu sagen, wie peinlich es für mich ist, Dich wieder aux prises mit diesem ekelhaften Iswolsky zu wissen. Du weisst aus meinen Telegrammen vom 23.^{b)} und 28. d.,^{c)} dass ich Deine Vorgangsweise für richtig erachte. Den Gedanken halte ich für besonders glücklich, durch Sazonoff auf Iswolsky einzuwirken und zu versuchen, diesen zur raison zu bringen. Das Hauptgewicht lege ich darauf, dass Du die Respectirung der Iswolsky brieflich ertheilten Erklärung^{d)} zu verlangen ein unbedingtes Recht hast und darüber hinaus nicht gehst. Selbstredend könnte von Mittheilungen an die Presse schon garnicht die Rede sein, nachdem die Angelegenheit durch die Aussprache mit Ouroussoff im November zwischen den beiderseitigen Ministern und auch durch den Briefwechsel zwischen Dir und Iswolsky^{d)} in Ordnung gebracht wurde. Deinen Mittheilungen entnehme ich, dass Iswolsky irgend einen Tadel über Dillon erwartet, und Du scheinst die Besorgnis zu hegen, Iswolsky könnte aus Rachsucht Deine Kritik weitergeben und hiedurch Dillon veranlassen, diese mit einer für Dich unbequemen Erwiderung oder Veröffentlichung zu beantworten. Wenn auch diese Besorgnis, soweit die Unzuverlässlichkeit Iswolskys in Betracht kommt, nicht ganz unbegründet sein mag, möchte ich doch der Ansicht Raum geben, dass Dillon schwerlich zu einer weiteren Indiscretion schreiten dürfte. Du hast ja seinen Brief^{e)} in Händen, worin er sich anbietet, auch seinerseits Deine Mitarbeiterschaft an dem bewussten Artikel in Abrede zu stellen. Hieraus kann nur gefolgert werden, dass Dillon einsieht, Dir gegenüber einen Fehler begangen zu haben. Wenn Du also im Zusammenhange mit diesem Anbieten das, weiss Gott, tactlose Vorgehen Dillons Dir vis-à-vis in der Aussprache mit Iswolsky erwähnst, schiene mir eine solche Äusserung, sofern sie eine Brücke zu einem modus vivendi zwischen Euch führen könnte,^{f)} in Erwägung zu ziehen. Das war der leitende Gedanke, welcher mich bei Abfassung des Alineas 5 des Telegrammes 232 leitete. Wenn Deine Bedenken weiter aufrechtbleiben, so kommt diese Anregung nicht weiter in Betracht. Ich erwarte mit Spannung den weiteren Verlauf. Sollte es Sazonoff nicht gelingen, das Eis zu brechen, werde ich mir Swerbejew kommen lassen, (Ouroussoff ist leider wieder auf Urlaub) und durch ihn Iswolsky wissen lassen, dass seine persönlichen Griefs und Verstimmungen vor der Person des Vertreters S. M. des Kaisers und Königs halt machen müssen, dass, wenn dies ausser Acht gelassen würde, die bisher persönliche Differenz zwischen Minister des Äussern und Botschafter auf das politische Gebiet übertragen nur unangenehme Consequenzen nach sich ziehen müsste. Diese Seite der Sache wirst Du gewiss im Auge behalten haben, und wenn Du dieses Argument, sei es Sazonoff, sei es Iswolsky gegenüber direct ins Treffen

zu führen für gut befindest, ermächtige ich Dich gern hiezu. Ich schliesse diesen Brief mit den herzlichsten Wünschen zum Jahreswechsel für Dich und die Deinen. Vor Allem würde es mich sehr freuen, wenn Du noch im alten Jahre der Controverse mit Iswolsky wenigstens die schärfste Spitze zu benehmen in der Lage wärest. Eine starke rancune wird er Dir auch in diesem Falle nachtragen, aber dies wirst Du ruhig in Kauf nehmen können und durch Deine Zurückhaltung Iswolsky gegenüber auch Deine Gefühle markiren. Meinerseits wird, solange diese Verhältnisse bestehen, darauf Rücksicht genommen werden, dass Du so selten wie möglich mit dem grimmigen Minister Geschäfte zu behandeln haben wirst. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1933, 1942. — b) Vgl. n. 1924. — c) Vgl. n. 1928. — d) Vgl. n. 1836 Anm. f. — e) Liegt nicht vor. Vgl. n. 1928. — f) So!

Nr. 1933. Privatschreiben aus St. Petersburg, 18./31.^a Dez. 1909 (eing. 2. Jan. 1910).^b Eigh. Ausfert.

Geheim. Die leidige Affaire Dillon, die mich bei Tag und Nacht in ununterbrochener krankhafter Aufregung hält, ist durch die Mission Dr. Pollys vergangenen Sonntag — 13./26. Dezember — in ein neues Stadium getreten. Polly kam brühwarm von der Sängerbrücke zu mir mit der Meldung, man wünsche daselbst den Frieden, sei auch bereit den vom Auslande in die Petersburger Presse übernommenen Gerüchten über meinen angeblichen Austritt aus der Carrière energisch durch eine officiöse Erklärung entgegenzutreten etc., vor Allem sei aber notwendig, die durch Dillon'sche Briefe aus Buchlau verbreiteten Ausstreuungen, dass er Renseignements für seinen Artikel von mir bekommen, zu entkräften, da selbe andernfalls auch gegen den Willen der Regierung in die Presse kommen könnten. Hiezu wäre eine ganz kurze Erklärung meinerseits wünschenswerth, welche die Dillon'schen Behauptungen desavouire und die Unrichtigkeiten in der Darstellungsweise des „Fortnightly Review“-Artikels über den Verlauf der Entrevue festnagle. Meine kurzen Considerationen über diesen Gegenstand ersuchte ich Polly vorderhand für sich zu behalten. Nachmittags liess ich ihn nochmals kommen, um ihm zu sagen, dass ich eigentlich nicht recht verstanden habe, was Iswolsky wünsche. Auf die Wiederholung des vorhin Gesagten, gab ich ihm zu verstehen, dass es nicht angienge, auf meine ursprüngliche Erklärung zurückzukommen und schärfte ihm neuerdings ein, nichts zu thun. Die eigenthümliche Demarche Pollys, der immer mehr als Iswolskyscher Ministergehilfe auftritt, gab mir Anlass, den Faden der abgerissenen Beziehungen zur Sängerbrücke wieder aufzunehmen. Ich beauftragte Szilassy, der gute Rappports mit Sazonoff hat, am 14./27. Dez. sich zu Letzterem zu begeben und den Fall zu besprechen. Szilassy knüpfte an die Mission Pollys — deren sonderbaren Character er nicht unerwähnt liess — an, um mein Verhältniss zu Iswolsky im richtigen Lichte darzustellen. Er machte namentlich geltend, dass ich mit versöhnlichster Absicht hergekommen sei und den Wunsch gehegt hätte, bei meiner ersten Begegnung mit Iswolsky meinen Dank für die Bereitwilligkeit auszusprechen, mit welcher Letzterer mein Démenti hier publiciren liess und gleichzeitig auszusprechen, wie unangenehm mich die Combinationen berührt hätten,

welche aus der fâcheuse coincidence des Dillon'schen Besuches in Buchlau und der Publicirung des Artikels der „Fortnightly Review“ abgeleitet worden waren. Herr Iswolsky habe mir jedoch das Wort abgeschnitten und sei überdies, als ich mich zum Gehen anschickte, mit einer solch' ungebührlichen Bemerkung auf den Gegenstand zurückgekommen, dass es mir besser erschienen habe, — um eine nicht unbedenkliche Scene zu vermeiden — diese Bemerkung zu ignoriren. Ich sei noch immer bereit, in der vorhin erwähnten Weise mit dem Minister zu reden, müsste jedoch Garantien dafür erhalten, dass sich die Unterredung ohne Recriminationen oder Réprimanden seitens des Ministers abspiele. Sazonoff bemerkte, dass Iswolsky einerseits mein vermeintliches absichtliches Stillschweigen über die Angelegenheit, andererseits die Thatsache übelgenommen habe, dass ich in meinem von Wien an ihn gerichteten Schreiben^{c)} den Dillon'schen Artikel mit keinem Worte — wie z. B. „calomnieux“ — gebrandmarkt hätte. Was diesen letzteren Punkt anbelangt, betonte Szilassy, dass es sich damals hauptsächlich darum gehandelt habe, ob ich Inspirator des Artikels gewesen sei oder nicht und hierüber habe mein Schreiben keinen Zweifel aufrecht gelassen. Im weiteren Verlaufe der Unterredung reflektirte Szilassy auf die von Iswolsky angeblich verlangten „Erklärungen“ und setzte auseinander, dass es unmöglich verlangt werden könne, in einer Sache, „qui frise une affaire d'honneur“ nach fünf Wochen weitere Erklärungen zu verlangen. Ich müsse darin Zweifel an meinen Worten sehen und sei nicht gesonnen irgendwelche Zusatzerklärung abzugeben. Zwei Tage nach dieser Besprechung — d. i. am 16./29. Dezember, — begegneten sich Ministergehilfe und Botschaftsrath neuerdings. Sazonoff resumirte das Ergebnis seiner Aussprache mit Iswolsky dahin, dass die persönliche Seite der Angelegenheit als erledigt betrachtet werden könne. Iswolsky nehme meine Absicht, ihm spontan von der Sache zu reden, zur Kenntniss und erkenne an, dass es nun zu spät sei, persönliche Erklärungen zu verlangen. „Il ne dira rien et ne demandera rien au Comte Berchtold.“ Dagegen müsse er bei dem Umstande, als er durch die Thatsache des Dillon'schen Besuches in Buchlau politischen Schaden erlitten habe, darauf bestehen, dass ich in irgend einer Weise den Inhalt des Artikels als nicht frei von Unrichtigkeiten bezeichne. Szilassy vertrat demgegenüber die Anschauung, dass ich als österreichisch-ungarischer Botschafter in St. Petersburg nicht berufen sein könne, den Inhalt eines englischen Revue-Artikels zu rectificiren. Dieses Argument scheint Sazonoff für seine Person — ob es auch Iswolsky thun wird, ist die Frage — acceptirt zu haben, bemerkte aber, dass es dann eine beinahe selbstverständliche Courtoisie meinerseits wäre, in Wien die Richtigstellung anzuregen. Dem Einwande Szilassys von der Gefahr des Wiederauflebens der Pressecampagne über die Controverse — welche Herr Iswolsky selbst beendet sehen wollte — begegnete Sazonoff mit dem Hinweise auf das grosse Unrecht, das Iswolsky durch die Entstellung der Thatsachen im „Fortnightly Review“ Artikel zugefügt worden sei, ein Unrecht demgegenüber derartige Bedenken nicht in Betracht kämen. Das Punctum saliens scheint die Phrase von dem „Antrage“ Bosniens und von dem „Antrage“ der Annexion des Sandschaks zu bilden. Diese Darstellungs-

weise wird hier als eine grobe Verläumdung betrachtet, die dem Minister in der Öffentlichkeit ungerechtfertigt schweren Schaden zugefügt hat. Aus der Thatsache, dass Dillon in Buchlau Gelegenheit gefunden hat, seinen Ausführungen mehr Credit zu verschaffen, wird das Ansinnen deducirt, hiefür mich verantwortlich zu machen. Abgesehen von den seitens Szilassys geltend gemachten Umständen, welche es mir schwer möglich machen zum Dillon'schen Artikel Stellung zu nehmen, kommt für mich die Besorgnis in Erwägung, dass sich Dillon dann durch disclosures über die Entstehungsgeschichte des Artikels zu rächen versuchen könnte, was meine Stellung hier unmöglich machen würde. Ich kann mich ohnedies dem quälenden Gedanken nicht verschliessen, dass sich Dillon über Auskünfte, die ich ihm bestätigt oder ergänzt haben mochte, in Privatbriefen verbreitet haben konnte und derartige Privatbriefe in Iswolskys Hände gespielt worden sein könnten.

Heute — 18./31. Dez.^{a)} — habe ich mich selbst zu Sazonoff begeben, um ihm für seine Vermittlung in dieser leidigen Angelegenheit zu danken und den persönlichen Theil der Letzteren definitiv klarzustellen. Der Ministergehilfe versicherte mich, dass Iswolsky meine schriftlichen Erklärungen^{c)} als vollkommen genügend ansehe, um jeden Zweifel an eine Betheiligung meinerseits an dem incriminirten Artikel auszuschliessen. Er besprach dann in eingehender Weise die Persönlichkeit Dillons, für dessen Begabung und Wissen er die grösste Bewunderung habe, den er aber als „Conspirateur“ betrachte, seit er ihn im Salon der Gräfin Levaschoff kennen gelernt und den schriftstellerischen Misbrauch constatirt hatte, welchen er von geheimen Reichsrathsakten machte, die ihm die Gräfin zur Einsicht zu geben pflegte. „J'aurais dû vous dire cela en été, sûrement vous ne l'auriez pas invité.“ Was mein Verhältnis zum Minister anbelangt, meinte Sazonoff, es sei eine unläugbare Thatsache, dass der Artikel, „qui l'a atteint dans son honneur politique“ den Stempel von Buchlau trage und ich Schlossherr von Buchlau sei. Um nur ein Beispiel zu erwähnen, welchen Schaden die Entstellung der Thatsachen im Dillon'schen Artikel dem Ansehen Iswolskys zugefügt, nannte mir Sazonoff eine wissenschaftliche St. Petersburger Zeitschrift, in welcher sich kürzlich die Legende vom „Antrage“ Bosniens u. s. w. als „nunmehr zweifellos sichergestellt“ gefunden hätte. Um dem nach dem Szilassy'schen Meinungsaustausche mit Sazonoff mit Bestimmtheit zu gewärtigenden Ansinnen auf eine Réparation du tort zuvorzukommen, sagte ich spontan meine Bereitwilligkeit zu, nach einem Auswege suchen zu wollen, um den Dillon'schen Entstellungen die Spitze zu nehmen, gleichzeitig jedoch betonend, dass mir eine Richtigstellung nur in dem Falle durchführbar schiene, wenn sie ohne Gefahr des Heraufbeschwörens einer Pressecampagne möglich wäre. Wenn auch nach dem Gesagten die missliche Frage meiner Beziehungen zu Iswolsky von dem ursprünglichen, anscheinend direkt zum Abgrunde führenden auf ein neues Geleise übertragen erscheint, das eventuell eine gedeihliche Lösung anbahnen könnte, so verschliesse ich mich keineswegs den Schwierigkeiten, die einer solchen Entwirrung entgegenstehen. Ohne mich für berufen zu halten, Deinen diesfälligen Entschliessungen vorzugreifen, muss ich, um von hier ein halbwegs richtiges Spiegelbild zu liefern, hervorheben, dass ohne

eine wenn auch noch so geringe Satisfaktion für Iswolskys angegriffene politische Ehre ein annehmbarer Modus vivendi für unseren dienstlichen und ausserdienstlichen Verkehr kaum denkbar ist. Es wäre ein Vegetiren von der Gnade des Ministers, unwürdig meiner Person und meiner Stellung. Unmassgeblich sollte ich meinen, dass eine kurze Erklärung — in der Presse oder von der Tribune — die gewünschte heilsame Wirkung haben könnte. In ersterer Eventualität würde mir ungefähr folgende Formel vorschweben: „In letzter Zeit sind Gerüchte verlaublich, wonach in dem Gedankenaustausche der Cabinete von Wien und St. Petersburg, welcher der Annexion Bosniens und der Herzegowina vorangegangen ist, Russland aus eigener Initiative die Annexion Bosniens, der Herzegowina und des Sandschaks von Nowi Bazar der k. und k. Regierung angetragen hätte. Es sei hier festgestellt, dass diese Behauptung den Thatsachen nicht entspricht.“ Die Aufrechterhaltung der Fiktion vom „Antrage“ hat für uns wohl keinen greifbaren Werth und könnte durch irgend eine lauwarme Erklärung in dieser Richtung die momentane unleidliche Spannung behoben werden. Bis jetzt habe ich Iswolsky selbst seit meinem ersten Besuche nicht wieder aufgesucht und auch in der Welt thunlichst gemieden, um ihn nicht durch meinen ihm offenbar derzeit unsympathischen Anblick zu alteriren und zu irritiren: ein auf die Dauer kaum tolerables Verhältnis. Solltest Du in der Sache etwas thun und die Veröffentlichung eines Entrefilets ins Auge fassen wollen, schiene es mir wünschenswerth vorher den betreffenden Text einsehen zu dürfen. Berchtold.

a) Dieses Schreiben wurde ursprünglich von Berchtold mit dem 15. 28. Dez. datiert, an diesem Tage jedoch nicht abgeschickt, sondern erst am 31. Dez. (vgl. oben Absatz 2) vollendet. — b) Vgl. n. 1928, 1932, 1936, 1941, 1942. — c) Vgl. n. 1836 Anm. f.

Nr. 1934. Erlaß nach Sofia, 31. Dez. 1909 Nr. 3839.^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Ich habe den Bericht erhalten, mit welchem mir Baron Mittag unter dem 9. I. M.^{a)} über eine Unterredung des k. u. k. Militärattachés mit dem Kriegsminister General Nikolajeff Meldung erstattet. Die Aeüßerungen General Nikolajeffs entbehren nicht des Interesses und zeugen neuerdings von der uns bekannten, der Monarchie freundlichen Gesinnung des Ministers; allerdings müßte man, um ihren practischen Werth beurtheilen zu können, vor allem — wie Baron Mittag selbst schon bemerkte — feststellen, wie das Verhältniss Nikolajeffs zu König Ferdinand im Augenblicke beschaffen ist. Ich möchte daher den in den Worten des bulgarischen Ministers vielleicht enthaltenen Anwurf derzeit nicht aufnehmen. Im Allgemeinen will ich nur streng vertraulich bemerken, daß die seinerzeitigen geheimen pourparlers auf einer politischen Situation basirten, aus der sich — es war die Zeit vor dem Abschlusse unserer und der bulgarischen Entente mit der Türkei — leicht ein Conflict zwischen der Türkei einerseits und der Monarchie und Bulgarien andererseits hätte entwickeln können. Heute haben sich die Verhältnisse geändert und es liegt kein Anlaß für uns vor, die seinerzeitigen pourparlers gegenwärtig fortzusetzen.

a) Vgl. n. 1875.

Nr. 1935. *Tel. aus Rom, 3. Jan. 1910 Nr. 3 (eing. 5 U. p. m.).a) Entziff.*

Geheim. Auf jüngst erfolgten Austausch von Erklärungen rücksichtlich des Artikels VII des Dreibundvertrages zurückkommend, bemerkte mir Minister des Äussern gestern abends (nach Erörterung der ziemlich trostlosen Lage in Serbien) streng vertraulich: Serbien schiene im Falle der Nichteinhaltung des Status quo geradezu indiziert und prädestiniert, der k. und k. Monarchie anheimzufallen. Ich bin einer Erörterung dieses heiklen Themas ausgewichen. Alter Spruch sagt: Timeo Danaos. Bericht folgt durch Kurier. Lützow.

a) Vgl. n. 1931, 1949 Anm. a.

Nr. 1936. *Privatschreiben aus St. Petersburg, 24. Dez. 1909/6. Jan. 1910 (eing. 8. Jan. 1910).a) Eigh. Ausfert.*

Geheim. Wenn Du mich ebenso beurtheilst wie ich mich selbst, so dürftest Du über den Inhalt meines letzten Privatschreibens — ddo. 31. Dez. — einigermassen ungehalten gewesen sein, insbesondere in der Richtung, dass ich im Gespräche mit Sazonoff nicht a limine den Gedanken einer eventuellen Rectificirung der Dillon'schen „Calomnie“ zurückgewiesen habe. Nachstehende Erwägungen mögen psychologisch erklärend und vielleicht auch entschuldigend meinen damaligen Standpunkt kennzeichnen. Wie Du meinen vorhergegangenen elegisch gestimmten Relationen entnommen haben wirst, befand ich mich in den ersten drei Wochen in einer fortwährenden Beunruhigung vor den Richterstuhl Iswolskys citirt und dort — preuves en main — der Mitschuld am Verbrechen der Verleumdung und Ehrabschneidung — oder wie sich die „Nowoje Wremja“ ausdrückt, „Falschmünzerei“ — überwiesen zu werden. Diese Beunruhigung war umso grösser, als ich von vornherein erklärt hatte, nicht zugeben zu können, dass meine ursprüngliche feierliche Erklärung, dem „Fortnightly Review“-Artikel ferne zu stehen, nicht als vollwerthig angesehen werde. Die Gegenseite hat dank des kraftvollen Eintretens Szillassy's schliesslich eingelenkt, doch glaubte Szilassy auf Grund seiner zweiten Unterredung mit Sazonoff — welche der meinigen präambulirte — mir den Rath ertheilen zu sollen, meinerseits jeden Schein zu vermeiden, als ob ich mich mit dem Inhalte des in Rede stehenden Artikels identificiren würde, da der Verdacht meiner Theilhaberschaft zwar stets in Abrede gestellt worden war, aber doch gelegentlich durchgeföhlt werden konnte. Hiezu kam für mich das Bedenken durch irgend eine Bemerkung einen Connex zwischen der Fortnightly-Publication mit dem Ballplatze herzustellen. Als daher Sazonoff von mir Satisfaktion für die Atteinte à l'honneur politique du Ministre zu verlangen suchte, war mein — wenn auch ziemlich unklar definirtes — Entgegenkommen von dem Gedanken inspirirt weder meine eigene Unbefangenheit in ein schiefes Licht zu setzen, noch jene meiner Regierung vorzeitigen Anzweiflungen preiszugeben. Richtiger wäre es vielleicht gewesen auf das bereits durch Urussoff vermittelte Übereinkommen zwischen Dir und Iswolsky^{b)} hinzuweisen,

wodurch ein Zurückgreifen auf die Controverse de part et d'autre verpönt worden war. In dem fraglichen psychologischen Momente war aber für mich die Consideration massgebend, dass ein solcher Hinweis auf ein eben von hier aus aufgestelltes, daher offenbar für diesen Fall als unbequem bei Seite gestelltes Princip — was auch aus der Conversation Sazonoffs mit Szilassy hervorgeht — den Glauben hätte befestigen müssen, dass meine Regierung mit meinem Wissen dem Artikel zu Pathen gestanden sei — eine Auffassung, die ich nach dem Vorhergesagten eben vermieden haben wollte. Es ist möglich, dass ich in Bezug auf die Consequenzen einer solchen Auffassung — namentlich unter dem Banne der Besorgnis vor Dillon'schen eventuell absichtslosen Indiskretionen — allzu pessimistisch gesehen und dementsprechend nicht mit der nötigen Unbefangenheit gehandelt habe. Hiebei muss ich Dich aber bitten, in Rechnung zu nehmen, dass eine durch drei Wochen in Schwebe befindliche, die persönliche Ehre tangierende Angelegenheit auch ein kräftigeres Nervensystem aus dem Gleichgewichte gebracht hätte als es das meinige ist! Was die in meinem Privatschreiben gethane Anregung einer Richtigstellung des behaupteten Angebotes der Annexion anbelangt, so kann ich mir wohl die Gründe denken, die Dir eine solche Anregung als unpraktisch erscheinen lassen. In diesem Belange möchte ich nur erwähnen, dass mir die Notiz in der „Neuen Freien Presse“ vom 9. November v. J. die Handhabe zu einer solchen Erklärung zu bieten schien, da es dort heisst: „Wenn seitens des russischen Communiqués“) der Auffassung entgegengetreten wird, als ob die russische Regierung Österreich-Ungarn die Annexion förmlich angeboten habe, so kann unschwer festgestellt werden, dass dies in der hiesigen Presse niemals behauptet worden war.“ Im Übrigen glaube ich Deinen Entschliessungen durch mein wie gesagt ziemlich unklar definirtes Entgegenkommen in keiner Weise präjudicirt zu haben und ist auch sowohl Dein Verhältnis zum Artikel als solchem, wie zum Inhalte desselben selbstverständlich mit keiner Sylbe erörtert worden. Was mich anbelangt, halte ich es für das Klügste, nach wie vor auf dem Standpunkte zu bleiben, dass ich — abgesehen von allen anderen gegen die Abgabe einer gegenständlichen Erklärung sprechenden Bedenken — nicht die Eignung besitze, um in der fraglichen publicistischen Controverse mich zum Schiedsrichter aufzuwerfen! Iswolsky scheint in neuester Zeit urbanere Formen annehmen zu wollen. Er kam bei der grossfürstlichen Leichenfeier vorübergehend neben mich zu stehen und begrüßte mich in beinahe verbindlicher Weise. Somit scheint Sazonoffs halb drohende, halb besänftigende Einwirkung wenigstens für den Moment doch gefruchtet zu haben. Der Ministergehilfe, welcher redlich bestrebt zu sein scheint, die Gegensätze auszugleichen und einen modus vivendi anzubahnen, rieth mir, beim nächsten Mittwoch-Empfange seinen Chef aufzusuchen. Seine Kaiserliche Hoheit der Herr Erzherzog Friedrich, welcher eben bei mir zu speisen geruhte, sprach sich ausserordentlich befriedigt über seine Unterredungen mit Kaiser Nicolaus aus, bei welchem er einen wesentlich wärmeren und herzlicheren Ton constatirte, als es im Vorjahre der Fall war.

Berchtold.

a) Vgl. n. 1941. — b) Vgl. n. 1836. — c) Vgl. n. 1788.

Nr. 1937. Bericht aus Konstantinopel, 7. Jan. 1910 Nr. 1 B (eing. 10. Jan.).^{a)} Ausfert.

... Gespräch^{b)} mit Hilmi Pascha nach dessen Rücktritt, Innere Angelegenheiten der Türkei ... Hilmi Pascha kam dann auf Fragen der äusseren Politik zu reden. Es waren eben an diesem Tage die Nachrichten aus Sofia über die dort stattgefundenen Meetings hier eingetroffen. Der Grossvezir machte mir den Eindruck, dass er durch diese Meldungen ziemlich impressionirt war. Er sagte mir: „Unser Wunsch ist mit Bulgarien in Frieden zu leben, wenn aber dasselbe den Krieg will, so sind wir hiezu bereit. Sie können versichert sein, dass wir Alle bis zum letzten Mann kämpfen werden. Wir wissen, dass wir es, wenn uns Bulgarien angreifen würde, auch mit Serbien, Griechenland und Montenegro zu thun hätten. Gegen Griechenland müssten wir uns zur See wehren, um uns mit unserer ganzen Landmacht gegen Bulgarien werfen zu können. Deshalb ist es notwendig, dass die Türkei zur See stärker sei als Griechenland. Unsere Kriegsleitung beabsichtigt jetzt einen Dreadnought zu kaufen; sollte Griechenland auch ein solches Schiff erwerben, so werden wir noch ein zweites kaufen. Das Geld finden wir dafür ganz sicher in unserem eigenen Lande.“ Zum Schlusse unserer Unterredung liess Hilmi Pascha auch einige Worte über die Kretafrage fallen und betonte, dass die Türkei aus strategischen Gründen nicht zugeben könne, dass diese Insel jemals unter die Herrschaft irgend einer anderen Macht gelange. Die grösste Gefahr aber, wiederholte er, drohe der Türkei seitens Bulgariens. „In diesem Bezuge, sagte er, wäre es für uns von der grössten Wichtigkeit zu wissen, wie sich Rumänien im Falle eines bulgarischen Angriffes gegen die Türkei verhalten würde. Letzteres hängt aber, glaube ich, hauptsächlich von Wien und Berlin ab; Bukarest steht ja bekanntlich in so enger Beziehung zu den beiden Centralmächten.“ Ich erwiderte Hilmi Pascha, dass die beste Gewähr, sich Freunde zu machen, darin bestehe, selbst stark zu sein. Wenn Rumänien sehen werde, dass die Verhältnisse in der Türkei sich consolidiren und dass die Türkei stark ist, wird dasselbe gewiss seine Politik hienach einrichten. Leider seien aber, fügte ich hinzu, gerade die Ereignisse der letzteren Tage, nämlich die Ministerkrise, nicht danach angethan, im Auslande Vertrauen zu erwecken. Hilmi Pascha gab dies zu und sagte mir in resignirtem Tone, er habe leider nicht anders handeln können und hätte unter den gegebenen Verhältnissen zurücktreten müssen.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 1931, 1940, 1943. — ^{b)} Das Gespräch fand vor dem 4. Jan. 1910 statt. Pallavicini berichtet schon im Tel. aus Konstantinopel, 4. Jan. 1910 Nr. 4 (eing. 6 U. p. m., Entziff.) über diese „kürzlich“ geführte Unterredung.

Nr. 1938. Privatschreiben an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio aus Konstantinopel-Pera, 7. Jan. 1910.^{a)} Ausfert.

Streng geheim. Herr Gregovitsch hat mir gestern seinen Abschiedsbesuch abgestattet. Er sagte mir, er reise über Oesterreich-Ungarn, doch wisse er noch nicht, ob er hiebei Wien berühren werde. Es scheint also, dass Gregovitsch diesmal am Ballplatze nicht vorsprechen will.

Gregovitsch sagte mir des Ferneren, dass sein Nachfolger Popovitsch von denselben Gesinnungen erfüllt sei wie er, nur gehe derselbe nicht so weit, ein Montenegro „unter österreichisch-ungarischem Protektorate“ zu wünschen, sondern sei nur für eine möglichst enge Anlehnung des Fürstenthums an die k. u. k. Monarchie. Gregovitsch kam sodann wieder auf die Verschwörung gegen den Fürsten zu reden. Der Hauptsitz derselben sei Belgrad und deren Theilnehmer wären dort sich aufhaltende Montenegriner, sowie Serben. Es würde die Absicht bestehen, zwei dieser montenegrinischen Verschwörer in irgendwelcher Weise in das fürstliche Palais in Cetinje einzuschmuggeln und solle das Complot jedenfalls vor August, als dem Termine der eigentlichen Jubiläumsfeierlichkeiten zur Ausführung gelangen. Der montenegrinischen Regierung wären die Belgrader Machenschaften genau bekannt und sie hätte diesfalls bei der serbischen Regierung vertrauliche Vorstellungen erhoben und zum Beweise ihres freundschaftlichen Verhaltens die Ausweisung sämtlicher in Belgrad befindlicher Montenegriner verlangt. Zum Schlusse erwähnte Gregovitsch seine eigenen weiteren Pläne. Der Fürst habe ihm insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Hoffestlichkeiten das Amt eines Hofmarschalls angetragen, er sei aber noch nicht schlüssig, ob er dasselbe annehmen werde. Jedenfalls gedenke er bei den Skuptschinawahlen im Herbste in einem Wahlkreise zu candidiren. Er fügte noch hinzu, dass er vor Allem der jetzigen Regierung Opposition machen wolle. Die im Vorstehenden kurz wiedergegebenen Erklärungen des Herrn Gregovitsch machten mir einen viel günstigeren Eindruck, als jener, welchen ich bei meinen beiden letzten Unterredungen mit dem Genannten erhielt. Insbesondere dasjenige, was er mir diesmal über das Complot gegen den Fürsten und über Letzteren selbst sagte und die Weise, wie er die Sache vorbrachte, scheinen mir für die Unrichtigkeit meiner ursprünglichen Annahme zu sprechen, dass Gregovitsch eventuell selbst in die angebliche Verschwörung verwickelt sein könnte. Ich möchte dies jetzt eher verneinen.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 1891, 1946.

Nr. 1939. Erlaß nach St. Petersburg Nr. 31 (1), Berlin Nr. 32 (2), London Nr. 33 (3), Madrid Nr. 34 (4), Paris Nr. 35 (5), Rom Nr. 36 (6), Rom-Vatikan Nr. 37 (7), Konstantinopel Nr. 38 (8), Washington Nr. 39 (9), Tokio Nr. 40 (10), Bukarest Nr. 41 (11), Sofia Nr. 42 (12), Athen Nr. 43 (13) und Cetinje Nr. 44 (14), 8. Jan. 1910.^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

I.—14. Der Prozeß, der vor kurzem vor dem Wiener Schwurgerichte gegen den bekannten Historiker und Schriftsteller Dr. Friedjung durchgeführt wurde, ist in der Presse des In- und Auslandes lebhaft besprochen worden und hat vielfach Anlaß zu Entstellungen des Sachverhaltes sowie zu mehr oder weniger vehementen Angriffen gegen die k. und k. Regierung geboten. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß sich in den leitenden ausländischen Kreisen falsche Eindrücke gebildet haben und Spuren hievon in den Konversationen Euer etc. mit den dortigen Staatsmännern oder mit

den dort akkreditierten fremden Vertretern zutage treten. Die nachstehenden Bemerkungen sollen nun dazu dienen, Euer etc. über meine Auffassung der Angelegenheit Friedjung zu informieren und Sie in die Lage versetzen, falls Ihnen gegenüber dieses Thema zur Sprache gebracht werden sollte, irrigen Anschauungen und Behauptungen entgegenzutreten. Bekanntlich wurde der vor kurzem beendete Prozeß gegen Dr. Friedjung dadurch veranlaßt, daß eine Anzahl von Abgeordneten des kroatischen Landtages sich durch gewisse Stellen eines von Dr. Friedjung Ende März v. J. veröffentlichten Artikels^{b)} in ihrer Ehre verletzt fühlten und die Ehrenbeleidigungsklage gegen ihn anstrebten. Zum richtigen Verständnis der Angelegenheit ist es notwendig, vor Allem zu berücksichtigen, daß der inkriminierte Artikel zu einer Zeit verfaßt und veröffentlicht wurde, wo die Spannung, die seit dem Herbst 1908 zwischen der Monarchie und Serbien bestand, ihren Höhepunkt erreicht hatte und Entscheidungen von weittragender Bedeutung unmittelbar bevorstanden. In diesem Momente hatte Dr. Friedjung es als seine patriotische Pflicht erachtet, die heimatliche Öffentlichkeit auf Grund des ihm zur Verfügung stehenden Materials über die Situation zu orientieren und ihr die Kontroverse mit Serbien historisch-genetisch darzulegen. Unter dem Material, das Dr. Friedjung bei der Abfassung seines Artikels benützte, befanden sich auch — speziell was Serbien und dessen Beziehungen zu gewissen politischen Gruppen in der Monarchie anbelangte — einige, von mehr oder weniger berufenen Berichterstattern — wie sich solche in so aufgeregten Zeiten wie den damaligen stets einzustellen pflegen — stammende Mitteilungen und Schriftstücke, die Dr. Friedjung umso unbedenklicher verwerten zu können glaubte, als sie keineswegs im Widerspruch mit dem standen, was über die Ziele und Mittel der damaligen serbischen Politik aus der serbischen Presse, ja aus den eigenen Enunziationen der serbischen Regierung selbst allgemein bekannt war. In dem vor dem Wiener Gerichtshof durchgeführten Prozesse gestaltete sich nun allerdings die prozessuale Stellung Dr. Friedjungs zu einer ungünstigen. Friedjung hatte von allem Anfang an das größte Gewicht auf die Zuverlässigkeit des gesamten von ihm produzierten Materials gelegt; im Laufe des Verfahrens erwies sich nun einerseits ein Teil der oben erwähnten Quellen, aus denen er bei seiner Darstellung — vielleicht in einer allzusehr ins Detail gehenden Weise — geschöpft hatte, als unzuverlässig, während er andererseits der Beweispflicht, die ihm nach den formellen Vorschriften der Prozeßordnung zufiel, wie dies bei der heiklen Natur der Sache ja begreiflich erscheint, nicht in vollem Maße nachzukommen vermochte. Unter diesen Umständen kann es nicht Wunder nehmen, daß Dr. Friedjung sich bereit fand, den Prozeß im Wege eines Ausgleiches zu beenden, eine Modalität, auf die übrigens auch die Kläger, die von Zwischenfällen, wie jenem des Abgeordneten Supilo, offenbar peinlich berührt gewesen waren, ohne besondere Schwierigkeiten zu bereiten, eingingen. Der Prozeß trug durchaus den Charakter eines privaten Ehrenbeleidigungsverfahrens und es ist selbstverständlich gänzlich unrichtig, daß die k. und k. Regierung, wie dies in leicht verständlicher Absicht in der ausländischen Presse behauptet wurde, sei es auf den Gang des Verfahrens oder die Verteidigungsmethode des

Geklagten oder endlich auf die Herbeiführung eines Ausgleiches in irgend einer Weise Einfluß genommen habe. Es war vorauszusehen, daß alle jene politischen Faktoren, denen die Annexionspolitik der Monarchie ein Dorn im Auge gewesen war, die Ergebnisse des Verfahrens gegen Dr. Friedjung, denen ja nur auf dem Gebiete der inneren Politik Bedeutung zukommt, dazu benützen würden, um den Erfolg unserer auswärtigen Politik zu schmälern und um die Voraussetzungen, von denen sie ausging und durch die sie auch vor Europa motiviert wurde, als unrichtige und unhaltbare hinzustellen. Sollte auch Euer etc. gegenüber in diesem Sinne eine Bemerkung gemacht werden, so wollen Sie auf das Nachdrücklichste betonen, daß jene Momente, um deren Klarstellung es sich im Prozeß Friedjung gehandelt habe, für den Entschluß der k. und k. Regierung, die Annexion Bosniens und der Herzegowina durchzuführen, in keiner Weise in Betracht gekommen seien. Bestimmend für diesen Entschluß war vielmehr die Einführung der Konstitution in der Türkei und das unzweifelhafte Vorhandensein einer auf die Lostrennung der beiden Provinzen von der Monarchie gerichteten, vom Auslande aus genährten und unterstützten Bewegung; die an diese beiden Tatsachen geknüpften Erwägungen ließen die Klarstellung der völkerrechtlichen Situation Bosniens und der Herzegowina als unabweisbare Notwendigkeit erscheinen und diese Beweggründe haben auch heute bei retrospektiver Betrachtung nichts von ihrer zwingenden Kraft verloren. Daß die k. und k. Regierung speziell die großserbischen Aspirationen auf Bosnien und die Herzegowina und die Umtriebe in diesen Provinzen richtig erkannt und eingeschätzt hat, das wurde am schlagendsten durch die Haltung bewiesen, welche die beiden serbischen Staaten nach der Allerhöchsten Proklamation vom 5. Oktober 1908 der Monarchie gegenüber einnahmen und alle gegenteiligen Schlußfolgerungen, welche die ausländische Presse in dieser Hinsicht aus dem Verlauf des Prozesses gegen Dr. Friedjung zu ziehen bemüht ist, können nur als der Versuch tendenziöser Geschichtsfälschung bezeichnet werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch kurz die naheliegende Frage erörtern, ob und in welcher Weise das Verfahren gegen Dr. Friedjung unsere gegenwärtigen Beziehungen zu Serbien beeinflußt hat. Da darf vor Allem nicht übersehen werden, daß dieser Prozeß ein Residuum aus der Zeit der letzten Krise darstellt und zu der heutigen politischen Situation, da das Verhältnis zwischen der Monarchie und Serbien ein durchaus korrektes geworden ist, in einem gewissen Widerspruch steht; die Vorgänge und Verhältnisse, die im Laufe des Prozesses besprochen wurden, gehören einer abgeschlossenen, liquidierten Vergangenheit an und aus diesem Grunde ist ihm auch eine aktuelle politische Bedeutung nicht beizumessen. Als mich Herr Milovanović im November v. J.^{c)} aufsuchte, habe ich ihn auf den bevorstehenden Prozeß gegen Dr. Friedjung aufmerksam gemacht und mich im obigen Sinne geäußert, wobei ich auf den vollkommen privaten Charakter des Streitfalles hinwies. Der Herr serbische Minister des Äußern schien von meinen Bemerkungen befriedigt und damit vollkommen einverstanden zu sein, daß der Prozeß in diesem Sinne aufgefaßt werden müsse und nicht zu politischen Diskussionen und Rekrimationen Anlaß geben dürfe. Auch als später im Laufe

des Prozesses die Frage der Echtheit eines von Friedjung produzierten amtlichen serbischen Schriftstückes erörtert wurde, hat die serbische Regierung durch ihren hiesigen Gesandten die Euer etc. aus den Mitteilungen des Kuriers bekannten Erklärungen abgeben lassen, deren Form und Inhalt durchaus den bestehenden korrekten Beziehungen zur Monarchie entsprach und von denen ich daher mit Befriedigung Akt nehmen konnte. Ich möchte daher abschließend meine Ansicht dahin zusammenfassen, daß eine Störung des bestehenden Verhältnisses zu Serbien als Folge des Prozesses Friedjung wohl nicht zu erwarten ist, daß vielmehr die dadurch herbeigeführte Klärung der Situation und endgiltige Liquidierung der Vergangenheit eher im günstigen Sinne wirken dürfte.

a) Vgl. n. 1929, 1955. — b) Vgl. n. 1538. — c) Vgl. n. 1824.

Erlaß nach Sofia, 8. Jan. 1910 Nr. 42. Siehe n. 1939.

Nr. 1940. Bericht aus Sofia, 8. Jan. 1910 Nr. 1 B (eing. 10. Jan.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Bei einem Besuche, den ich kürzlich meinem türkischen Collegen abstattete, kam dieser auf die kretensische Angelegenheit mit dem Beifügen zu sprechen, er besorge nach der jüngsten, bekannten Manifestation der Kretenser, die Türkei werde sich schließlich doch zu militärischen Maßnahmen gegen dieselben, respective gegen Griechenland, veranlasst sehen müssen. Aber auch die Verhältnisse auf dem Balkan — fuhr Assim-Bey fort — flößten ihm größere Besorgnisse ein, als noch vor Kurzem. Erstens sei König Ferdinand eine von maßlosem Ehrgeize erfüllte Persönlichkeit, die immer von Sich reden machen wolle und zweitens werde nach seinem, Assims, Dafürhalten, unzweifelhaft von Seiten Russlands eine Pression auf die slavischen Balkanstaaten zwecks eines engeren Zusammenschlusses untereinander mit der Spitze gegen die Türkei und Österreich-Ungarn ausgeübt. Auf besonders fruchtbaren Boden seien nach seiner Ansicht die eben erwähnten russischen Tendenzen in Serbien bei Pašić gefallen, der, selbst „d'origine bulgare“ (?) disponiert wäre, die Hegemonie einer Balkan-Conföderation dem Stammland seiner Familie, Bulgarien, zu überlassen, während Milovanović sich dem ganzen, angeblichen Plan gegenüber ablehnend verhalte. Den letzteren Staatsmann habe man übrigens auch türkischerseits wissen lassen, dass die Pforte, sobald die Tendenzen des famosen angeblich beabsichtigten Balkanbundes sich in positiver Weise manifestieren sollten, vor Allem sofort mit der Sperrung der türkischen Grenze darauf antworten würde. Diese Maßnahme aber müsse, bei der derzeitigen handelspolitischen Situation Serbiens, dessen wirtschaftlichen Ruin bedeuten. „Sie sehen“, beschloss mein türkischer College seine beredten Ausführungen, „wir haben gemeinsame Gegner! Warum also schließen Sie mit uns, wenn Sie wirklich nicht an Salonik denken, keine Militär-Convention ab?!“ Österreich-Ungarn, Deutschland, Rumänien und die Türkei würden doch jedweder anderen Combination gegenüber einen übermächtigen Factor darstellen!“ Durch diese auch sonst unvermittelte

Conclusion der überdies ziemlich sprunghaften Ausführungen meines Collegen überrascht, beschränkte ich mich darauf, ihm zu antworten, dass wir meines Wissens ganz bestimmt durchaus nicht an Salonik dächten; dass wir vielmehr am Balkan vollkommen saturiert erscheinen, dass unsere Gesinnungen der jungen Türkei gegenüber auch die allerbesten seien, dass aber andererseits Fragen von derartiger Tragweite doch wol nicht hier und nicht von uns erörtert werden könnten. Die Einrede, dass die heutige Türkei einen recht minderwertigen Compaciscenten darstellt, habe ich selbstredend dem Comité-Mann Assim-Bey gegenüber für mich behalten.
Giskra.

a) Vgl. n. 1839, 1937, 1944, 1953. — b) Vgl. n. 1834, 2193.

Erlaß nach Tokio, 8. Jan. 1910 Nr. 40. Siehe n. 1939.

Erlaß nach Washington, 8. Jan. 1910 Nr. 39. Siehe n. 1939.

Nr. 1941. *Eigh. Privatschreiben nach St. Petersburg, 9. Jan. 1910.*^{a)}
Abschrift.

Deinen Brief vom 28./15. XII. v. J.^{b)} beantworte ich an anderer Stelle.^{c)} Du wirst meiner Erwiderung sicherlich entnehmen, dass ich nach Möglichkeit bestrebt bin, Dich, in der Beendigung der Controverse mit Iswolsky, soweit Deine Person in Betracht kommt, zu dégagiren. Du verbleibst auf Deinem Standpunkt und erklärst, nicht die Eignung zu besitzen, in der publicistischen Controverse, als Schiedsrichter aufzutreten. Du bist auch nicht genöthigt, das Sazonoff gegenüber bekundete Entgegenkommen einzuschränken, denn Du bist ermächtigt, den gegebenenfalls vorgebrachten Wunsch Iswolskys wegen einer Satisfaction für die angebliche atteinte à l'honneur politique, an mich weiter zu leiten. Auf diese Weise kommt Deine Person, in der weiteren Behandlung der Angelegenheit, ausser Spiel. Wie aus meinem officiellen Schreiben ersichtlich, bin ich, innerhalb des im November v. J. von Ouroussoff und mir vorgezeichneten Rahmens,^{d)} bereit, im versöhnlichsten Geiste, die Folgeerscheinungen der publicistischen Controverse in der Fortnightly Review, soweit die beiden Cabinette in Frage kommen, aus der Welt zu schaffen. Also, unbedingte Vermeidung einer neuen publicistischen Enunciation, aber hingegen, Bereitwilligkeit meinerseits, eine Verständigung darüber herbeizuführen, was ich und Iswolsky, von der Tribüne herab, erklären könnten, wenn wir in den berufenen Vertretungskörpern interpellirt würden. Das ist das einzige Terrain, auf welchem die im November angebahnte Meinungs-Übereinstimmung fortgesetzt werden kann. Nachdem Du selbst den bestimmten Eindruck gewonnen, dass Iswolsky im Begriffe steht, einzulenken, so gebe ich mich der sicheren Hoffnung hin, dass Deine Conversation am nächsten Mittwoch glatt vor sich gehen wird. Es ist ganz gut möglich, dass Iswolsky, durch Deine Sprache befriedigt und beruhigt, das Fortspinnen seiner schlechten Argumente aufgibt. Das wäre wohl das Angenehmste. Ich

habe mich in Deine Stimmung hineinversetzen können und, wie Du aus meinem Briefe entnommen, derselben thunlichst Rechnung getragen. Du befandst Dich als vornehmer und zartfühlender Mann gegenüber dem cholerisch veranlagten und mit allerlei Rachegeanken saturirten russischen Minister in einem gewissen Nachtheile, namentlich, seitdem, bei der letzten Begegnung, Iswolsky seinem Unmuth nicht Luft machen konnte. Die Partie ist aber durch Deine Festigkeit, die geschickte Einwirkung Szilassys auf Sazonoff und endlich durch des Letzteren vermittelnde Thätigkeit, wieder annähernd auf gleich gekommen. Wie wir das so oft wahrgenommen, imponiert Iswolsky bloss Festigkeit, oder richtiger gesagt, rücksichtsloses Vorgehen. Trotzdem bin ich, aus sachlichen Erwägungen und aus Rücksicht für Deine, durch Dillons unglaubliche Taktlosigkeit (das Breittreten seiner Buchlauer Localkenntnisse in dem vielerörterten Aufsatz!) immerhin nicht leichte Position, geneigt wieder einmal auch eine milde Sprache gegenüber dem Bewohner des Palais an der Sängerbücke zu führen. Wir wollen sehen, was dabei herauskommt. Im Übrigen empfehle ich Dir nach wie vor eine starke Zurückhaltung, sowohl was die casa Iswolsky, als auch die von ihr etwa weiterhin inficirten Gesellschaftskreise anbelangt. Dein feines Gefühl wird Dich sicher richtig leiten. In Petersburg gibt es genug anständige und über Iswolskys Mesquinerieen erhabene Menschen, um den intimen Umgang mit der ersten Kategorie nicht als unbedingt notwendig zu empfinden. Aus der Darstellung des Erzherzogs Friedrich über den ihm zu Theil gewordenen nicht allein liebenswürdigen, sondern geradezu herzlichen Empfang, geht klar hervor, dass was die österreichisch-russischen Beziehungen anbetrifft, ein Umschwung wahrzunehmen ist und hauptsächlich bloss Iswolsky das Hindernis bildet, dass diese Beziehungen wieder vollkommen normal werden. Iswolsky wird aber von England gehalten.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1936. — b) n. 1933. — c) Vgl. n. 1942. — d) n. 1809, 1820, 1836.

Nr. 1942. Privatschreiben nach St. Petersburg, 10. Jan. 1910 Nr. 75.a)
Konz. (S. Maschinschrift; V. u. G. Aehrenthal).

Geheim. Das geheime Privatschreiben Euer Exzellenz vom 15. v. M.^{b)} hat sich mit dem Briefe^{c)} gekreuzt, den ich dem Grafen Stolberg für Hochdieselben am 30. v. M. mitgegeben habe. Indem ich heute Ihre letzten, mir nun vorliegenden Ausführungen vom 28. v. M. beantworte, will ich zunächst konstatieren, daß Euer Exzellenz vollkommen Recht hatten, dem eigentümlichen Mittelsmanne, den Ihnen Herr Iswolsky an den Hals schickte, die Tür zu weisen: ich finde es unglaublich, daß sich der russische Minister der Intervention Pollys bedient und kann mein Erstaunen über die sonderbaren Geschäftsmethoden, die Herr Iswolsky in Übung bringt, nicht unterdrücken; ganz in Analogie zu Ihrem Falle hat sich nämlich kürzlich ein Vertreter der St. Petersburger Telegraphen-Agentur bei mir gemeldet, um mir eine Mittheilung über ein Gespräch, das er mit Iswolsky gehabt hatte, zu machen. Ich habe ihn nicht empfangen und an den Chef des literarischen Bureaus im Ministerium des Äußern verweisen lassen. Im übrigen ersehe ich aus

Euer Exzellenz geheimen Schreiben, daß die vermittelnde Tätigkeit Herrn Sazonows denn doch — wie ich es mir auch erwartete — den Beginn einer Besserung erkennen läßt. Daß Euer Exzellenz sich bereit erklärt haben, mit Iswolsky über die Dillon-Episode unter gewissen Voraussetzungen zu reden, hat meinen vollen Beifall. Es ist natürlich, daß Euer Exzellenz bei dieser eventuellen Unterredung Ihren Standpunkt vollauf aufrecht erhalten; dieser Standpunkt ist in der Tat ein ganz unanfechtbarer: es ist durch das in den Zeitungen erschienene Dementi und durch Ihren Brief an Iswolsky^{d)} vollkommen klargestellt, daß der Dillon'sche Artikel nicht von Euer Exzellenz inspiriert wurde. Diese Klarstellung war Herr Iswolsky berechtigt zu verlangen, weil Dillon in seinem Artikel erkennen ließ, daß er in Buchlau zu Gast gewesen war. Über diese Klarstellung hinauszugehen, sind Euer Exzellenz nicht berufen und können sich Euer Exzellenz auch in eine Beurteilung oder Verurteilung der Artikel der „Fortnightly Review“ nicht einlassen. Die Besserung in der Situation, von der ich vorhin sprach, erblicke ich darin, daß Herr Iswolsky Ihre Absicht, spontan mit ihm von der Sache zu reden, zur Kenntnis genommen hat und daß er anerkennt, daß es nun zu spät sei, eine weitere persönliche Erklärung von Euer Exzellenz zu verlangen. Mit dieser Äußerung Herrn Iswolskys ist die Angelegenheit für Euer Exzellenz nach ihrer persönlichen Seite hin eigentlich erledigt. Bei der Unterredung mit dem russischen Minister des Äußern (es ist zu wünschen, daß dieselbe je früher stattfindet, wenn sie nicht schon stattgefunden hat) werden Euer Exzellenz sich also, was den Inhalt des Artikels „Vox alterae partis“ anbelangt, darauf beschränken können, zu konstatieren, daß Sie in eine detaillierte Appreziation desselben nicht eingehen könnten. Kommt Herr Iswolsky dann auf die einzelnen von ihm besonders beanstandeten Stellen zu sprechen, so können Euer Exzellenz bemerken, daß es wohl nicht zulässig sei, einzelne Stellen aus dem Zusammenhange zu reißen und vielleicht noch hinzufügen, man dürfe nicht vergessen, daß es sich in der vorliegenden Enunziation nicht um eine Improvisation handle, der jeder äußere Anlaß gefehlt habe, sondern um eine allerdings scharfe Entgegnung auf die persönlich zugespitzten Angriffe gegen den österreichisch-ungarischen Minister des Äußern, die der erste sich autoritativ geberdende Artikel der „Fortnightly Review“ enthalten habe. Falls Herr Iswolsky bei dieser Zusammenkunft schließlich seine Idee von der „réparation du tort“ vorbringt, ermächtige ich Euer Exzellenz, dem Minister zu erwidern, daß Sie über seine diesfälligen Wünsche an mich berichten würden. Scheint es Euer Exzellenz doch notwendig, dem Minister gegenüber auch ein Wort über den Artikel selbst zu sagen, so könnten Euer Exzellenz eventuell die Bemerkung fallen lassen, daß Sie das Erscheinen beider Artikel gleichmäßig höchst bedauerlich fänden und daß Sie den Eindruck hätten, daß auch der zweite Artikel lückenhaft sei und nicht in allen Einzelheiten zutrefte. Ich selbst werde nun zunächst den Verlauf Euer Exzellenz Unterredung mit Herrn Iswolsky abwarten. Sollte sich dieselbe ungefähr in dem hier skizzierten Rahmen bewegen, das heißt sollte Herr Iswolsky auf seiner Idee einer Beurteilung des fraglichen Artikels bestehen und der Minister sich hiebei als *traitable* erweisen, so beabsichtige ich dann Euer Exzellenz zum Zeichen meiner

versöhnlichen Gesinnung mit einer Message für Herrn Iswolsky zu betrauen. In dieser Message würde ich Herrn Iswolsky ungefähr das Nachfolgende wissen lassen: Von einer publizistischen Richtigstellung der von ihm aus dem Dillon'schen Artikel herausgegriffenen Momente müßte ich schon mit Rücksicht auf meine im November v. J. mit Fürst Ouroussoff getroffene Verabredung,^{e)} die publizistische Erörterung unseres gegenseitigen Verhältnisses abzuschließen, absehen; wollte ich diesem Prinzipie untreu werden, so würden sich an eine eventuelle Richtigstellung meinerseits neuerliche Kontroversen in der Presse knüpfen, was der Besserung der österreichisch-ungarisch-russischen Beziehungen nur abträglich sein könne. (In der Tat habe ich keinerlei Veranlassung, Herrn Iswolsky diesen Gefallen zu erweisen und, der historischen Wahrheit entgegen, den cholerischen Krämpfen des russischen Ministers eine Verbeugung zu machen.) Hielte ich also auch unentwegt an dem Prinzipie fest, die Presse auszuschalten, so verschlösse ich mich doch nicht der Erwägung, daß die beiden Artikel der „Fortnightly Review“, die so großes Aufsehen in der europäischen Öffentlichkeit hervorgerufen, möglicherweise in den Delegationen und in der Duma zur Sprache gebracht werden könnten. Geschehe dies in den Delegationen, so würde ich mich jedenfalls mit der größten Reserve aussprechen; ich wäre aber auch bereit, (falls Herr Iswolsky einen diesbezüglichen Wunsch aussprechen sollte), eine Übereinstimmung mit ihm über den Inhalt einer Erklärung herbeizuführen, die gegebenenfalls ich in den Delegationen und er in der Duma abgeben könnte. Diese Erklärung könnte dahin lauten, „daß keiner der beiden Artikel eine authentische Darlegung der Verhandlungen zwischen den Kabinetten biete, daß beide Artikel lückenhaft seien und in manchen Einzelheiten Irrtümer aufweisen. Ein näheres Eingehen auf die in Rede stehenden Publikationen erscheine den beiden Kabinetten nicht opportun.“ Abgesehen von diesen Erklärungen, stünde es übrigens Herrn Iswolsky frei, auf den Inhalt des von ihm im November v. J. erlassenen Communiqués hinzuweisen, dem ich bekanntlich in der von mir im „Fremdenblatt“ veröffentlichten Entgegnung^{f)} nicht widersprochen habe. Mit einem Worte: wenn Herr Iswolsky nicht absichtlich einem offenen Konflikte zusteuert, sondern die Streitaxt wirklich begraben und die Angelegenheit zur Ruhe bringen will, bin ich bereit, ihm entgegenzukommen und ihm die Sache leicht zu machen; einer Verständigung über das von der Tribüne herab zu Sagende werde ich gewiß nicht ausweichen. Die selbstverständliche Voraussetzung meiner versöhnlichen Haltung ist aber natürlich, daß Euer Exzellenz Unterredung mit dem russischen Minister glatt abläuft und daß die Versuche Iswolskys, die Stellung Euer Exzellenz zu unterminieren, ein Ende finden. Um jedem Mißverständnisse vorzubeugen, will ich nochmals ausdrücklich feststellen, daß das, was ich im Vorhergehenden über den Inhalt einer eventuellen Message für Herrn Iswolsky gesagt habe, vorläufig nur zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information und dazu bestimmt ist, um Euer Exzellenz vollkommen in meinen Gedankengang einzuweihen und Hochdieselbe wissen zu lassen, wie ich mir, im Falle günstiger Dispositionen bei Herrn Iswolsky, die weitere versöhnliche Behandlung der Angelegenheit denke. Die bezüglichen Verhandlungen würden, wenn Herr Iswolsky auf

solche eingeht, jedenfalls nicht durch Euer Exzellenz, sondern hier in Wien zwischen Fürst Ouroussoff, dessen konziliantes Wesen ich seit Jahren kenne, und mir geführt werden. Fürst Ouroussoff ist allerdings momentan auf Urlaub; da aber die Delegationen erst im Frühjahr zusammentreten dürften, hat die Sache keine so große Eile. Wenn ich übrigens im gegebenen Momente dazu kommen sollte, Herrn Iswolsky den Wunsch erkennen zu lassen, die Pourparlers hier in Wien mit Fürst Ouroussoff zu führen, wie dies den diplomatischen Gepflogenheiten entspricht (Euer Exzellenz sind ebenso in St. Petersburg das porte voix unserer Ansichten und Wünsche, wie es Fürst Ouroussoff für russische Anliegen hier in Wien ist), so wird Herr Iswolsky daraus auch erkennen, daß ich nicht gesonnen bin, es auf die Dauer widerspruchslos hinzunehmen, wenn der kaiserlich russische Botschafter ostentativ lange Monate hindurch von seinem Posten abwesend bliebe.

^{a)} Vgl. n. 1941, 1947. — ^{b)} n. 1933. — ^{c)} n. 1932. — ^{d)} Vgl. n. 1836 Anm. f, 1838. — ^{e)} Vgl. n. 1836. — ^{f)} Vgl. n. 1809, 1820.

Nr. 1943. Erlaß nach Konstantinopel, 13. Jan. 1910 Nr. 94.^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Pogatscher).

Streng vertraulich. Ich habe mit Interesse Kenntniss von dem Berichte Euer Exzellenz Nr. 1 B vom 7. I. M. genommen, in welchem Hochdieselben mir über ein Gespräch mit Hilmi Pacha und die Ursachen seiner Amtsmüdigkeit relationiren. Es wird in Europa einen für die verjüngte Türkei gewiß keineswegs günstigen Eindruck machen, daß der Rücktritt einer so bedeutenden Persönlichkeit, wie die Hilmi Pachas, nicht auf offen zu Tage liegende sachliche Ursachen, sondern auf mysteriöse Vorgänge hinter den Coullissen zurückzuführen ist. Auch wir können im Interesse der Türkei selbst nur bedauern, daß die Verhältnisse es Hilmi Pacha, derzeit wenigstens, nicht gestattet haben, an dem Werke der inneren Consolidirung des türkischen Reiches, das er in so ruhiger und zielbewußter Weise gefördert hat, weiter zu arbeiten und wir können nur hoffen, daß Hakky Bey, dem ja, wenn er auch keine markante politische Vergangenheit besitzt, doch ein günstiges renomée vorangeht, die von seinem Vorgänger eingeschlagenen Wege mit derselben Ruhe und Überlegenheit fortsetzen wird. Unser freundschaftliches Wohlwollen bleibt dem neuen regime jedenfalls auch unter dem Vezirate Hakky Beys gewahrt und es wäre mir erwünscht, wenn Euer Exzellenz eine Gelegenheit wahrnehmen würden, um sich dem neuen Großvezir gegenüber in diesem Sinne auszusprechen. Daß Euer Exzellenz, wie Sie am Schlusse Ihres eingangs citirten Berichtes melden, einen Anwurf Hilmi Pachas, betreffend eine intimere Gestaltung des politischen Verhältnisses zwischen der Türkei und Rumänien, ausweichend beantwortet haben, entspricht ganz meiner Anschauung; wie Euer Exzellenz wissen, halte ich dafür, daß die politische Lage des türkischen Reiches noch nicht soweit geklärt ist, daß wir uns in politische Abmachungen mit demselben einlassen könnten; eben der Sturz Hilmi Pachas beweist aufs neue, daß in diesem Belange noch die größte Reserve am Platze ist.

^{a)} Vgl. n. 1944.

Nr. 1944. Erlaß nach Konstantinopel, 13. Jan. 1910 Nr. 106.^a) Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

Ich beehre mich, Euer Exzellenz in der Anlage^b) die auszugsweise Abschrift einer Aufzeichnung über ein Gespräch zu Ihrer vertraulichen Kenntnisnahme zu übermitteln, das der bisherige k. und k. Geschäftsträger in Sofia, Baron Mittag, vor Kurzem mit dem dortigen rumänischen Gesandten geführt hat. Namentlich jene Äußerungen Herrn Diamandys sind von Interesse, welche sich auf das Verhältnis Bulgariens zum Zarenreich beziehen. Wenn ich diese Ausführungen, die mir nicht unzutreffend erscheinen, mit den jüngsten Meldungen aus St. Petersburg (vgl. mein Telegramm vom 11. d. M., Nr. 5)^c) zusammenhalte, so möchte ich zu der Ansicht hinneigen, daß die von Herrn Iswolsky zur Schau getragene Beunruhigung über die Politik und die Haltung Bulgariens vielleicht keine ganz echte ist; es hat den Anschein, als wollte man König Ferdinand — zur Strafe dafür, daß er sich russischen Wünschen nicht in dem erwarteten Maß gefügig zeigt — vor Europa als unruhiges Element denunzieren. Vielleicht verfolgen die russischen Staatsmänner mit der Verbreitung derartiger Nachrichten auch den Zweck, zwischen meiner letzten Unterredung mit König Ferdinand^d) und der ihm neuerlich imputierten Aktionspolitik einen Zusammenhang zu konstruieren, der uns als die Anstifter eines aggressiven Vorgehens Bulgariens erscheinen ließe. Ich meinerseits habe nach den Eindrücken, die ich aus meiner letzten Unterredung mit dem König gewonnen habe, keinerlei Grund, an ähnliche Absichten oder ein unüberlegtes Vorgehen seinerseits zu glauben. Ich habe übrigens nicht unterlassen, diese Gelegenheit zu ergreifen, um König Ferdinand in der Fortsetzung einer ruhigen und stetigen Politik sowie in der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zur Türkei zu bestärken.

^a) Vgl. n. 1940, 1943, 1953. — ^b) Beilage. — ^c) Mit Tel. vom 9. Jan. 1910 Nr. 3 wurde aus St. Petersburg gemeldet, daß im russ. Ministerium des Äußern Beunruhigung über eingelaufene Alarmnachrichten aus dem nahen Orient herrsche. Bulgarien mobilisiere angeblich vier Divisionen, Türkei ergreife Gegenmaßregeln, kretensische Frage spitze sich zu. Mit Tel. nach St. Petersburg Nr. 5, Sofia Nr. 6 und Konstantinopel Nr. 5 vom 11. Jan. 1910 wird den betr. Missionen mitgeteilt, daß in Wien keinerlei Nachrichten vorlägen, die Anlaß zur Beunruhigung geben könnten. Von der Mobilisierung bulgarischer Divisionen sei nichts bekannt. — ^d) Vgl. n. 1921.

Beilage zu n. 1944. Aufzeichnung über eine Unterredung des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag mit dem rumänischen Gesandten in Sofia, Herrn Diamandy.^a) Auszug.

Was die Türkei anbelangt, so bedauerte Herr Diamandy den Rücktritt Hilmi Paschas. Nach den in Bukarest eingelangten Nachrichten sei der gewesene Großvezier ein entschiedener Anhänger eines engen Anschlusses an den Dreibund gewesen. „Nous sommes sûrs de perdre en lui un ami; quant à son successeur, Hakki bey, nous nous trouvons en face d'une grandeur inconnue; il faut attendre.“ Wäre Hilmi Pascha am Ruder geblieben, dann hätte man der bei einem ehrlichen Anschluß der Türkei an den Dreibund totgeborenen Idee einer Balkan-Föderation ruhig zusehend gegenüberstehen

können. Von der Reise Djavid bey^{sb)} in die Hauptstädte der Balkanstaaten glaube man in Bukarest, daß sie auf russische Instigation hin erfolgt sei; man sei deshalb auch Djavid bey bei dessen Aufenthalt in Bukarest mit größter Vorsicht, um nicht zu sagen: mit Mißtrauen begegnet. Was nun Bulgarien anlangt, so meint Herr Diamandy, Rußland sei mit der gegenwärtigen Politik Seiner Majestät König Ferdinands, als zu austrophil, durchaus nicht zufrieden. Das Anlehen mit dem Bankverein,^{c)} für das man in Bulgarien aufrichtigst dankbar sei (nebenbei bemerkt sprach gestern Abend auf einem Balle der Finanz-Minister genau in demselben Sinne mit mir), empfinde Rußland als einen wahren Dorn im Auge und das Faktum einer jüngsten Aussprache des Königs Ferdinand mit Seiner Exzellenz dem Grafen Aehrenthal^{d)} sei den Russen eine bittere Enttäuschung gewesen. Sie hätten — dies will Herr Diamandy bestimmt wissen — von Seiner Majestät nunmehr, nachdem Unabhängigkeit und Anerkennung vollzogene Thatsachen seien, eine entschiedene Stellungnahme gegen uns und für Rußland verlangt. Das sei aber ein politischer Fehler gewesen; der König liebe bei Seiner großen Eitelkeit keinerlei Bevormundung und, um Sich nach irgend einer Seite hin definitiv zu binden, sei Er zu unzuverlässig, ganz abgesehen davon, daß dies auch im Widerspruch mit der für Bulgarien einzig richtigen Politik des „nationalen Egoismus“ stehen würde, die der König bei Seiner unstreitig großen politischen Begabung klar erkannt habe.

a) Übersendet mit Bericht aus Sofia, 8. Jan. 1910 Nr. 1 C, der, weil sonst nichts Wesentliches enthaltend, nicht aufgenommen wurde. — b) Vgl. n. 1930. — c) Vgl. n. 1858. — d) n. 1921.

Nr. 1945. Bericht aus Belgrad, 15. Jan. 1910 Nr. 3 A (eing. 17. Jan.).^{a)} Ausfert.

Vorgestern fand der übliche Neujahrsball am serbischen Hofe statt. Seine Majestät der König begrüßte wie stets mich und die Herren der k. und k. Gesandtschaft in sehr huldvoller Weise. Ich fand das physische Aussehen des Königs besser als im Vorjahre; Höchstderselbe sagte mir, dass Er bis auf häufige Anfälle von Rheumatismus Sich recht wohl fühle. Aus der Umgebung des Königs vernahm ich, dass Seine Majestät, durch die Ohnmachts- oder leichten Schlaganfälle im Sommer gewarnt, vorsichtig geworden ist und den Ratschlägen Seiner Ärzte mehr folgt. In Erinnerung an die endlosen, oft erheiternden Verhandlungen und die vielen Telegramme, welche meinem Erscheinen am vorjährigen Hofballe vorangingen, erlaube ich mir zu melden, dass Prinz Georg sich sehr artig benahm. Höfische oder weltmännische Manieren sind ihm nicht gegeben; aber er ist gegenwärtig mit mir auf einem korrekten, soweit es seine fahrige Scheuheit erlaubt, sogar freundlichen „Sprech- und Grüßfusse“! Kronprinz Alexander, welcher mich schon vor einigen Tagen bei einer zufälligen Begegnung verständigt hatte, dass er einiges mit mir zu besprechen wünsche, zog mich im Laufe des Balles in eine lange Konversation. Er leitete dieselbe mit Fragen nach dem Befinden Seiner Kaiserlichen und Königlichen Apostolischen Majestät ein. Hierauf drückte er mir in warmer Weise die verehrungsvolle Bewunde-

rung aus, welche er für die so ehrwürdige, historisch zu nennende Gestalt Unseres Allerhöchsten Herren empfinde. In meinem dreijährigen Aufenthalte in Serbien habe ich noch keine solche mit dem Akzente voller Aufrichtigkeit vorgebrachte Worte gehört. Der Prinz erkundigte sich lebhaft nach den Chancen des Handelsvertrages und zeigte sich von der Notwendigkeit desselben, als der Vorbedingung zur Herstellung geordneter nachbarlicher Beziehungen, durchdrungen. Wiederholt betonte er seine Überzeugung und seinen Wunsch, dass zwischen der Monarchie und Serbien ein besseres und wirklich gutes Verhältnis eintreten müsse. Auch innerpolitische Fragen besprach er und beurteilte dieselben in einer richtigen, aber etwas jugendlich scharfen Weise. Schliesslich hatte der Kronprinz die Güte, mir seine Befriedigung über die meine Abberufung aus Belgrad dementierenden Wiener Zeitungsnachrichten in liebenswürdiger Weise auszusprechen. Da ich Euer Exzellenz mitunter von den gegen mich gerichteten serbischen Preßstimmen ergebenste Meldung erstattete, sei es mir diesbezüglich erlaubt zu erwähnen, dass sowohl Herr Milovanović und Herr Spalajković als der Minister-Präsident mir spontan ihre angeblich grosse Freude über meinen Verbleib in Belgrad aussprachen. Ich glaube, dass die Regierung sich geschmeichelt fühlt, dass Euer Exzellenz die mich überraschende Demarche, zu welcher Herr Simić wegen meiner Person beauftragt war, so entgegenkommend honorierten. Herr Pašić dankte mir speziell, dass ich den geringen Wert der serbischen Blätter kennend, deren verletzende Äusserungen nie zum Gegenstande von Rekrimationen gemacht hatte. Die Regierung sei der zügellosen Presse gegenüber machtlos. Selbe greife auch die Mitglieder des königlichen Hauses und die Minister in rohester Weise an. Es sei daher verständlich, dass dies auch einem fremden Vertreter widerfahre, dessen Name durch die vorjährigen Ereignisse dem serbischen Publikum bekannter geworden sei, als dies bei Diplomaten meist der Fall wäre. Ich erlaube mir Vorstehendes auch als Beleg der freundlicheren, sich hier zeigenden Atmosphäre zu vermelden. Es mehren sich die Anzeichen, dass die Aufregung über die Annexionskrise und deren Folgen sich naturgemäß zu legen und der Wunsch nach normalen Beziehungen mit uns zuzunehmen beginnt.

Forgách.

a) Vgl. n. 1877, 2316.

Nr. 1946. Privatschreiben des Sektionschefs Karl Freiherrn von Macchio nach Konstantinopel, 16. Jan. 1910.^{a)} Konz. (S. Oppenheimer; G. Macchio).

Streng geheim. Den Inhalt des Schreibens, welches Euer Exzellenz so freundlich waren, am 7. I. M. an mich zu richten und welches ich mit besonderem Interesse zur Kenntnis genommen habe, habe ich nicht ermangelt Seiner Exzellenz dem Herrn Minister vorzutragen. In seinem Auftrage beehre ich mich Euer Exzellenz mitzuteilen, dass die Herrn Gregovitsch gegenüber beobachtete Haltung sich auch für die Beziehungen mit seinem Nachfolger in Constantinopel empfehlen würde. Euer Exzellenz haben es mit bestem Erfolge so einzurichten gewusst, dass die aus mehr als einem Grunde gebotene Reserve, welche das prägnanteste Moment in den

Beziehungen zu dem Genannten war, doch andererseits von ihm nicht als eine völlige Ablehnung interpretiert werden konnte, so dass die Möglichkeit nicht ausgeschlossen erschien, sowohl manches mitunter Wissenswerte von ihm in Erfahrung zu bringen, als auch, falls sich dies als wünschenswert ergeben hätte, über seine Dienste zu verfügen. In demselben Sinne möchte, wie gesagt, der Herr Minister die Beziehungen zum Nachfolger des Herrn Gregovitsch fortgesetzt wissen.

a) Vgl. n. 1959.

Nr. 1947. Bericht aus St. Petersburg, 3./16. Jan. 1910 Nr. 1 (eing. 19. Jan.).a) Ausfert.

Geheim. Um das unendlich gespannte persönliche Verhältnis zum Herrn Minister des Aeussern in der einen oder der anderen Richtung zur Austragung zu bringen, habe ich beim letzten Mittwoch-Empfange 12. Jänner/30. Dezember im Palais an der Sängerbrücke vorgesprochen. Ich leitete das Gespräch damit ein, daß ich zum Ausdruck brachte, wie lebhaft mich der unliebsame Zwischenfall anlässlich der „Fortnightly Review“-Publication afficirt habe und wie gerne ich bereit wäre, das Meinige dazu beizutragen, daß der Rückwirkung des Mißverständnisses auf unsere Beziehungen die Schärfe genommen werde. Herr Iswolsky versicherte mich, daß angesichts meines im November v. J. an ihn gerichteten Schreibens^{b)} und des gleichzeitig von meiner Regierung ergangenen und von ihm der hiesigen Presse mitgetheilten Dementis^{c)} unsere offiziellen Beziehungen keinen Eintrag erlitten hätten. Was unsere persönlichen Beziehungen anbelangt, sei er bereit mich mit seiner Auffassung bekannt zu machen, vorausgesetzt, daß ich seine Aeusserungen als rein private betrachten und entgegennehmen wolle. Auf meine Zustimmung hin, schilderte mir der Minister im ruhigen, sachlichen Tone erst das bedingungslose Vertrauen, welches er zur Zeit der Buchlauer Entrevue meiner Gastfreundschaft entgegen gebracht, dann sein Befremden über die meinerseits nachmals einem Journalisten am Schauplatze der Entrevue gebotene Gelegenheit, einem gegen seine Person gerichteten Artikel den Charakter der Authenticität zu geben. Er habe erwarten zu können geglaubt, daß ich sofort die der Wahrheit widersprechende Unterstellung des Artikels kategorisch zurückweise, statt dessen habe sich aber weder im Briefe noch im Dementi auch nur ein Wort hierüber gefunden. Wenn ich das Unrecht, das ihm der Artikel zugefügt, wieder gut machen wolle, so könne er sich dies nicht anders vorstellen als im Wege einer Erklärung, daß der Inhalt des Aufsatzes eine lügenhafte Erdichtung sei. Ich entgegnete Herrn Iswolsky, daß ich, wie ich es brieflich bereits gethan,^{b)} von der Ansicht ausgehe, nicht für die literarische Produktion eines bei mir zu Gaste gewesenen Gelehrten, zu welchem ich nach meiner klaren und deutlichen Erklärung in keiner Beziehung stehe, verantwortlich gemacht zu werden. Abgesehen hievon möge er berücksichtigen, worum es sich im gegenwärtigen Falle handle. Der Dillonsche Artikel sei seinem Wesen nach eine Replik auf eine in der gleichen Monatschrift erschienene Veröffentlichung. Beide Publikationen behandeln eine

zwischen uns und Russland schwebende Controverse, die eine vom russischen, die andere vom österreichischen Standpunkte, beide mit dem thunlichsten Scheine autoritativen Characters. Wie käme ich dazu, mich zum Schiedsrichter in dieser Angelegenheit aufzuwerfen? Der Minister schien dies einzusehen und gab zu, daß meine Lage in diesem Falle keine einfache sei; auch verfolgte er nicht weiter sein Ansinnen. Doch machte er geltend, daß er sich gegen die mögliche Auffassung verwahren müsse, die Controverse sei durch den — den russischen Standpunkt vertretenden — Artikel eröffnet worden. Dieser sei vielmehr bereits eine Erwiderung gewesen auf ungerechtfertigte Angriffe, denen er selbst ausgesetzt gewesen sei. Er verhehle gar nicht, daß er sich verschiedenen Politikern — darunter dem Artikelschreiber — gegenüber in analoger Weise geäußert habe wie es dortselbst — übrigens ohne seine Zustimmung — wiedergegeben. Es sei jedoch dort keine Anschuldigung von der Natur und Tragweite wie diejenige, die der Dillonsche Artikel gegen ihn vorgebracht. Satisfaction könne ihm nur zu Theil werden, wenn die Lügenhaftigkeit des letzteren, beziehungsweise der in Betracht kommenden Stelle — stigmatisirt würde. Auf meine Bemerkung, daß sich vielleicht eine andere Form finden liesse und ich bereit wäre, diesfalls bei Euer Excellenz anzufragen, erwiderte der Minister, daß das persönliche Moment, so schmerzlich und verletzend er es empfindet, schliesslich weniger in Betracht komme als die politische Tragweite der gegenwärtig herrschenden Spannung in den Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland. In längerer Auseinandersetzung und mit einer bei ihm nicht gewohnten Selbstbeherrschung recapitulirte Herr Iswolsky die Ereignisse des letzten Jahres, wobei allerdings die Tendenz, die Schuld an der Entfremdung von sich abzuwälzen, nicht verhüllt blieb, um dahin zu concludiren, daß ein solcher Zustand auf die Dauer nicht haltbar sei und eine vertrauensvolle Fühlungnahme zwischen den Cabineten von Wien und St. Petersburg die nothwendige Vorbedingung für eine Abenteuern abgeneigte Orientpolitik bilde. Eine solche vertrauensvolle Fühlungnahme habe seinerzeit bestanden und ihr sei es zuzuschreiben gewesen, daß die beiden Mächte nicht mit Erfolg gegen einander ausgespielt werden konnten und der Zukunft mit verhältnissmässiger Ruhe entgegengesehen werden dürfte. Nun sei Mißtrauen und Ungewissheit an Stelle dieses Verhältnisses getreten und befinde man sich unvorbereitet den Ereignissen gegenüber, die sich am Balkan entwickeln können. Erst kürzlich seien beunruhigende Nachrichten von dort eingelaufen. Wie diesem bedauerlichen Zustande abzuhelpen wäre, darüber habe er keine bestimmte Vorstellung, doch schiene es ihm, daß durch einen Austausch von Erklärungen oder dergleichen eine Rückkehr zu früheren Traditionen angebahnt werden könnte. Die Hauptsache wäre der gute Wille, die Form müsste sich dann von selbst finden. Ich erinnerte den Minister daran, daß die gegenwärtige Einschränkung der geschäftlichen Beziehungen auf den rein offiziellen Verkehr gerade auf seine Initiative zurückzuführen sei, somit das gewiß beklagenswerthe Aufhören normalen Meinungsaustausches nicht uns zur Last falle. Demgegenüber berief sich Herr Iswolsky auf die „exasperirte“ Stimmung, in welcher sich sein kaiserlicher Herr angesichts der Mitteilung des Inhaltes des russischen Aide-

Mémoire vom 4./17. Dezember 1908 an die anderen Signatarmächte befand und den damals von Seiner Majestät ausgegangenen Befehl, nur noch offiziell mit dem Wiener Cabinet zu verkehren.^{d)} Uebrigens sei dies une affaire de forme, gegenwärtig würde es sich aber um mehr als das handeln, um Herbeiführung einer Sanierung dans le fond. Indem ich den Minister darauf verwies, daß er einleitend bemerkt hätte, seine Aeusserungen wären rein privater Natur, verhehlte ich ihm nicht meine Bedenken, von denselben irgend welchen Gebrauch zu machen, erhielt jedoch zur Antwort, dieselben seien allerdings persönlichen Charakters, er stelle es jedoch meiner „politischen Einsicht“ anheim, von denselben entsprechenden Gebrauch zu machen. Resumierend fasste sich daraufhin Herr Iswolsky ungefähr in folgenden Worten zusammen: „En ce qui concerne le côté personnel je ne vois pas bien comment une satisfaction pourrait m'être donnée, sinon par la constatation que l'article de Dillon — ou tel passage de cette publication — est une invention mensongère. Toutefois je ne me refuse pas à reconnaître qu'une constatation de ce genre pourrait donner lieu à de nouveaux commentaires de presse — dans la Vôte comme dans la nôtre — et ressusciter de la sorte la controverse, ce qui ne serait pas désirable. D'autre part je suis prêt à mettre de côté ma personne dans l'intérêt des causes supérieures qui se trouvent en jeu, dans l'intérêt surtout d'un rapprochement des deux Gouvernements actuellement sans contact, sans possibilité d'échanges de vues dans les questions qui les intéressent tous les deux. Il me paraîtrait que des explications ou déclarations faites de part et d'autre pourraient acheminer vers un but pareil.“ Ich bemerkte dem Minister, daß bei meiner ihm bekannten Gesinnung niemand mehr als ich bedaure, wenn unsere Beziehungen derzeit zu wünschen übrig lassen. Ein Vortheil könne hieraus weder der einen noch der anderen Macht sondern nur jenen Elementen erwachsen, die die Grundlagen, auf denen beide Mächte aufgebaut sind, zerstören wollen. Auch hielt ich es für nützlich, da der Minister augenscheinlich im Banne der Furcht vor Complicationen am Balkan zu stehen scheint, etwas von den Gefahren im nahen Oriente fallen zu lassen wie: „On ne sait jamais ce que l'hiver et surtout le printemps peut amener là-bas.“ Im Uebrigen verhielt ich mich zwar reserviert, ließ aber — ohne es direct auszusprechen — die Absicht erkennen, die Dispositionen des Ministers Euer Excellenz zur Kenntnis zu bringen. Es wäre unter den gegebenen Umständen meines Erachtens leichtfertig — wenn nicht frevelhaft — gewesen, dem keimenden Pflänzchen einer neuen Verständigung durch eine ausweichende oder ablehnende Haltung die Lebensfähigkeit zu nehmen, durch eine Haltung, wie es beispielsweise der Verweis auf die Inanspruchnahme des russischen Geschäftsträgers in Wien als Vermittler bei Euer Excellenz gewesen wäre. Indem ich im Vorstehenden möglichst getreu den wesentlichsten Inhalt meiner Aussprache mit dem Minister wiederzugeben versucht habe, glaube ich mich noch muthmasslich darüber aeussern zu sollen, welche Motive wohl Herrn Iswolsky zu einem solch auffälligen Einlenken veranlaßt haben mochten. Es dürfte hiefür vor allem der Wunsch Seiner Majestät des Kaisers, höchstdessen Entschliessungen in letzterer Zeit nicht immer conform den Vorträgen seines Aussenministers gelaute haben sollen, massgebend gewesen

sein, ferner die vorhin angedeutete Besorgnis vor Ueberraschungen am Balkan, wofür die von mehreren meiner Collegen in letzter Zeit am Minister, wie an dessen Gehilfen wahrgenommene Beunruhigung über angeblich alarmirende Nachrichten aus Macedonien (confer mein ergebenstes Telegramm vom 9. d. M., Nr. 3)^{e)} symptomatisch wäre; vielleicht auch die durch die Ablehnung des amerikanischen Projectes der Neutralisierung der mandschurischen Bahnen neuerdings in den Vordergrund getretene Frage des Verteidigungszustandes im Fernen Osten, schließlich das durchzuführende Bestreben der englischen Diplomatie, die Aufmerksamkeit Russlands vom letztgedachten Schauplatze ab — und nach dem nahen Oriente hin — zu lenken. Wie dem auch sei, eine Wandlung ist im russischen Minister des Aeussern zu erkennen, eine Einkehr von den Fährlichkeiten einer rancuniären Personalpolitik in die Bahnen gesunder Realpolitik. Über Umfang und Tiefe dieser Wandlung ein Urtheil abzugeben, wäre derzeit wohl verfrüht, daher es auch nicht angienge, daraus heute schon auf einen grundsätzlichen Umschwung in der Orientierung der russischen Aussenpolitik zu folgern. Für uns aber scheint eine Gelegenheit gekommen zu sein, ohne uns etwas zu vergeben, einen Schritt in der Richtung der Anbahnung eines normalen Verhältnisses zum Nachbarreiche zu thun. Wenn auf diesem Wege von der einen wie von der anderen Seite der gute Wille, die Streitaxt zu begraben, greifbare Formen erlangen sollte, wird vielleicht ohne Vermessen von der Aussicht der Rehabilitirung jener Politik gesprochen werden können, die die Ausschaltung eines beliebten Angriffspunktes innerpolitischer Slavenapostel bedeutet und gleichzeitig nach Aussen hin die grösstmögliche Gewähr einer genetischen Fortentwicklung der Balkanfragen zu bieten imstande ist.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1698, 1942, 1950, 1952, 1986 Anm. c, 2064 zweite Beilage. —

^{b)} Vgl. n. 1836 Anm. f. — ^{c)} Vgl. n. 1838. — ^{d)} Vgl. n. 820. — ^{e)} Vgl. n. 1944 Anm. c.

Nr. 1948. Privatschreiben des Legationssekretärs Otto Franz an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio; Dresden, 17. Jan. 1910.^{a)} Eigh. Ausfert.

Heute Vormittag sprach mich unter dem Hausthor des Hauses, in dem sich die Gesandtschaftskanzlei befindet, ein Mann an, der angeblich von Jemanden gesandt sei, welcher der k. u. k. Regierung die „Aufklärung über die Entstehung der Dokumente zum Friedjung-Process“ verkaufen wolle. Ich bemerkte ihm, dass der Process ja unsere Regierung absolut nichts angehe und mich von der Dresdener Gesandtschaft schon gar nichts. Der Mann antwortete hierauf, dass „die Aufklärung“ gerade für mich von grösstem Werth wäre, der ich ja von jeher von der Unechtheit der Dokumente überzeugt gewesen und dementsprechend den Lieferanten behandelt habe. („Überzeugt“ ist übrigens nicht richtig, ich hatte bezüglich der Echtheit nur ernste Zweifel, die ich im Jänner 1909 mündlich und im Sommer 1909 schriftlich an kompetenter Stelle in Wien gemeldet hatte.) Ich sagte nun dem Manne unter neuerlicher Betonung, dass ein amtliches Interesse natürlich nicht vorliege; ich wäre als aufmerksamer Leser des Friedjung-

Processes aus Neugierde bereit, ein paar Mark zu zahlen, wenn das ungelöste Räthsel des Friedjung-Processes nur in zuverlässiger Weise aufgeklärt würde. Das Individuum verlangte nun 15000 Mark, worauf ich ihm 500 bot. Es entfernte sich mit den Worten, er werde seinem Auftraggeber berichten, doch dürfte mein Angebot viel zu gering sein, um als Verhandlungsbasis zu dienen. Ich erlaube mir, Euer Excellenz von diesem Vorfall ergebenste Mitteilung zu machen für den Fall, dass das hohe Ministerium für diese verspätete Aufklärung Interesse hätte und dass der Mann trotz meines zu geringen Angebotes mich nochmals aufsuchen sollte. Vielleicht hat er sich übrigens in Wien schon früher gemeldet oder versucht er es nun! Der Mann, der mir die Proposition überbrachte, sprach fließend Deutsch; ich halte ihn für wirklich von Jemand Anderen gesandt! Wer dieser Andere ist, darüber könnte ich nur Vermutungen aussprechen. Dass der Andere über den Sachverhalt der Lieferung der Dokumente und über die Übernahmestelle Kenntniss besitzt, glaube ich den Worten seines Boten entnehmen zu können.^{b)}

Franz.

^{a)} Vgl. n. 1929, 1955. — ^{b)} Schlußbemerkung Macchios: Im Auftrage ablehnend beantwortet mit dem Bemerkten, dass nicht nur der Minister sich absolut nicht darauf einlassen könnte, sondern auch eine private Verständigung mit dem Verkäufer nicht billigen würde. 19. I. 1910.

Nr. 1949. Bericht aus St. Petersburg, 4./17. Jan. 1910 Nr. 2 D (eing. 19. Jan.). Ausfert.

Vertraulich. Als im Monate März des vergangenen Jahres die Annexionskrise durch die bedingungslose Zustimmung Russlands ihr Ende erreichte, galt die Stellung des Herrn Ministers des Aeussern für weiterhin unhaltbar. Tatsächlich ist damals das Dekret, welches Herrn Iswolsky zum Botschafter in Rom bestallen sollte, wie auch das Ernennungsdekret Herrn Goremykin's zu seinem Nachfolger bereits ausgefertigt gewesen, als Sir Arthur Nicolson in letzter Stunde mit einem königlichen Handschreiben in Tsarskoe Selo erschien und verhütete, dass „aus Iswolsky ein Delcassé gemacht werde.“ Seither fristet Herr Iswolsky sein Dasein von der Gnade England's, beziehungsweise dessen Vertreters, Sir Arthur Nicolson. Wenn auch das Vertrauen in den Rat dieses Staatsmannes an Höchster Stelle erschüttert sein mochte, so gelang es demselben doch Dank seiner rhetorischen und persuasorischen Gewandtheit Einfluss zu nehmen auf die Entschliessungen seines Höchsten Herrn, so namentlich anlässlich des Besuches in Racconigi,^{a)} wo das Reiseprogramm dem Kaiser Nikolaus förmlich aufgedrängt worden sein soll sub titulo mutvoller Rehabilitierung des russischen Prestige's. Diese Heldentat zweifelhaften Wertes hatte, trotz mancher ironischer Glossierungen, für den Minister den Wert eines — wenn auch nur vorübergehenden, mehr scheinbaren als reellen — Erfolges in der hiesigen öffentlichen Meinung, der dann wieder durch die Enthüllungen der „Fortnightly Review“ nach dem Satze „semper aliquid haeret“ einigermaßen beeinträchtigt worden sein mochte. Der Ausgangs- und Endpunkt des Iswolsky'schen Programmes war bekanntlich die Liquidierung des

ost-asiatischen Problemes und das Verlegen des Schwerpunktes der russischen Aussenpolitik nach dem Becken des Schwarzen Meeres. Als Mittel hiezu sollte das mit Japan geschlossene Abkommen vom Jahre 1907 dienen, welches wichtige russische Interessen — wie die Milliarden von Werten repräsentierenden Fischereirechte in Ost-Asien und die dortigen Landerwerbsrechte — den Japanern preisgab, um dafür sich Ruhe von dieser Seite zu sichern. Andererseits hoffte Herr Iswolsky im Wege von Verhandlungen mit den Berliner Signatarmächten die Durchfahrt durch die Dardanellen für Russland zu erlangen, eine Hoffnung, die sich bekanntlich als eitel erwies. Durch das amerikanische Projekt der Internationalisierung der mandschurischen Bahnen ist die Aufmerksamkeit in neuester Zeit wieder nach dem Fernen Osten gelenkt worden. Nicht genug, dass mit der steten Gefahr des neuerlichen Auftauchens japanischer Prätionen gerechnet werden muss, zeigen sich in diesem Vorstosse die Umriss einer gegen die russische Sonderstellung in der nördlichen Mandschurei gerichteten Kooperation anderer, am freien Handelsbetriebe daselbst gleichmässig interessierter Mächte. Russland wird dadurch an die Schwäche seiner militärischen Stellung im Amur-Becken gemahnt und die vermeintliche Liquidierung des ost-asiatischen Problemes ebenso in Frage gestellt, wie es mit der Realisierbarkeit einer kraftvollen Politik im Nahen Oriente bereits geschehen ist! Es ist naheliegend, dass sich die namentlich in den Reihen der Konservativen anzutreffenden politischen Gegner des Ministers des Aeussern diese Misserfolge zu Nutzen machen, um an Höchster Stelle eine ihm ungünstige Atmosphäre zu schaffen. Insbesondere scheint Ackerbau-Minister Kriwoschein in dieser Richtung nicht ohne Erfolg tätig zu sein. Sein einfaches und schlichtes Wesen, seine klare und logische Vortragsweise machen ihn dem Monarchen sympathisch, so dass er wiederholt auch über Fragen, die mit dem Ackerbau-Portefeuille nichts gemein haben, vom Höchsten Herrn interpelliert werden soll. Wie Euer Exzellenz bekannt, ist Herr Kriwoschein ein überzeugter Anhänger des Gedankens einer Annäherung Russland's an die beiden zentralen Kaisermächte. Ausser ihm sollen auch die ungefähr der gleichen politischen Richtung angehörnden Brüder Trepow häufig beim Monarchen Zutritt haben. Es scheint mir nicht ausgeschlossen, dass diese Einflüsse in den jüngsten Emanationen Herrn Iswolsky's zu Tage treten. Ob — wie von wohlinformierter Seite zu hören ist — tatsächlich die Frage der Enthebung des Ministers vom Amte aktuellen Charakter besitzt, wage ich nicht zu behaupten. Manche erwarteten von der vergangenen Dienstag unter Vorsitz des Kaisers stattgehabten Sitzung eine Entscheidung über das Los Herrn Iswolsky's. Eine solche ist nicht gefallen. Vielleicht nur deswegen, weil keine geeignete Persönlichkeit für die Nachfolgeschafft aufgestellt werden konnte. Seit Monatsfrist ist der Minister Mitglied des Reichsrates, was für ihn eine pekuniäre Aufbesserung von 12.000 Rubel pro anno bedeutet. Das chronische Defizit im Iswolsky'schen Haushalte dürfte aber auch nach dieser Aufbesserung nicht schwinden und Seine Majestät der Kaiser auch fernerhin die Bilanz aus Höchstseiner Privatschatulle ins Gleichgewicht zu bringen genötigt sein.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1935, 1956.

Nr. 1950. Privatschreiben aus St. Petersburg, 4. 17. Jan. 1910 (eing. 19. Jan.).^{a)} Eigh. Ausfert.

Geheim. Meinem heutigen Geheimberichte No. 1 v. 16. 1. will ich hier noch einige Zeilen privaten Characters beifügen. Vor Allem drängt es mich, Dir meinen innigsten Dank auszusprechen für die gütigen Worte der Theilnahme an meinen momentanen Sorgen! Die beiden vom 9. und 10. datirten freundschaftlichen Privatschreiben haben mir manche unangenehme Stunde der letzten Zeit vergessen gemacht. Inzwischen hat sich die Situation etwas gebessert, wie der Verlauf meiner Aussprache mit dem Minister zu beweisen scheint. Mit dem Gefühle einen Löwenkäfig zu betreten, in welchem das gefürchtete Raubtier frei herumgeht, hatte ich mich am Mittwoch in das Arbeitscabinet Iswolsky's begeben; doch hat es sich erwiesen, dass die seit meiner Rückkehr vom Urlaube angestellten Zählungsversuche nicht ohne Erfolg geblieben sind. Es scheint mithin, dass die beobachtete Taktik — bei der ersten ungebührlichen Bemerkung das Zimmer verlassen und nachher die Erklärung hiefür via Sazonoff gegeben zu haben — keine verfehlte gewesen ist. Iswolsky's Benehmen war diesmal ein ausgesucht höfliches, von einem vorwurfsvollen Tone war nicht die Spur und als ich schliesslich von ihm schied, begleitete er mich bis zur letzten Thüre, was den deutschen Botschafter, der erfahrungsgemäss auf diese Nuancirung der ministeriellen Gunstbezeugung ein gewisses Gewicht legt, zur Bemerkung veranlasste, er beginne eifersüchtig zu werden, da ihn Iswolsky nur bis zur ersten Thüre begleitet hätte! Pourtalès hatte unmittelbar vor mir vorgesprochen. Auch ihm gegenüber hatte der Minister sich über das Bedenkliche^{b)} jedweder Fühlungnahme mit dem Wiener Cabinet ausgelassen. Es sei ihm bekannt, dass in Wien einflussreiche Elemente auf eine aktive Bethätigung am Balkan hinarbeiten, des Königs Ferdinand sei man nie sicher und die Nachrichten aus Macedonien lauteten nicht eben beruhigend. So lange keine Möglichkeit eines Meinungsaustausches zwischen den beiden Cabineten bestehe, sei die Situation eine ungewisse und prekäre und die Gefahr von Complicationen nähergerückt. Was die Frage der persönlichen Rehabilitirung Iswolsky's anbelangt, die ich in meinem heutigen Geheimberichte erörtere, scheint die Sache so zu liegen, dass der Minister eine solche zwar nach wie vor anstrebt, sich jedoch schon jetzt einen Rückzug sichern will, falls dieselbe, wie er voraussieht, nicht in dem gewünschten Umfange zu erreichen wäre. In den letzten Tagen ist der Kronzeuge Dr. E. J. Dillon aus Griechenland hier eingetroffen und wurde alsbald von einem Freunde und Vertrauten Iswolskys interviewt und vom englischen Botschafter einem Kreuzverhöre unterworfen. Die von Iswolsky veranlasste Sondirung bestand 1) in einer an Dillon ergangenen Aufforderung, die Unrichtigkeiten seines Artikels zu rectificiren; 2) in dem Versuche herauszubringen, von wem Dillon die Informationen über die Einzelheiten der Buchlauer Entrevue erhalten. Dillon will sich dahin geäussert haben, ad 1) dass ihm nichts von Unrichtigkeiten des Artikels bekannt sei; ad 2) dass die betreffenden Informationen und noch andere, die er gleichfalls aufnotirt habe, ebensogut in Wien wie in Paris und in Constantinopel bekannt waren und von einer Persönlichkeit stammen, die den Schauplatz und den

Verlauf der Entrevue genau kenne und Russe sei! Was mich betrifft, hat Dillon — wie er sagt — sein Wort gegeben, that Count Berchtold is out of the question. In gleicher Weise wie zum Abgesandten Iswolsky's scheint Dillon auch meinem englischen Collegen Rede und Antwort gestanden zu haben. ... *Privatangelegenheiten.* ... Berchtold.

a) Vgl. n. 1964. — b) So! Hier fehlt offenbar: „des Mangels“. Vgl. n. 1947.

Erlaß nach Konstantinopel, 20. Jan. 1910 Nr. 159. Siehe n. 1951.

Nr. 1951. Erlaß nach Sofia Nr. 158 (1) und Konstantinopel Nr. 159 (2), 20. Jan. 1910.^{a)} Konz. (S. Calice; V. u. G. Pogatscher).

1. Beim gestrigen Diplomatenempfang hat mich der bulgarische Gesandte aufgesucht, um mir namens seiner Regierung einige Mitteilungen zu machen. Herr Geschoff, der mir keinerlei schriftliche Aufzeichnung hinterließ, betonte hiebei ausdrücklich, daß die bulgarische Regierung hiemit keine Demarche beabsichtige, sondern bloß einige ihr bekannt gewordene Thatsachen der k. u. k. Regierung zur Kenntnis bringen wolle. Zunächst müsse er noch vorausschicken, seine Regierung sei sich wohl bewußt, daß alle Großmächte — Österreich-Ungarn inbegriffen — dem neuen Regime in der Türkei durchaus sympathisch gegenüberstehen und die Festigung desselben im Interesse einer Consolidirung der Türkei wünschen. Auch Bulgarien könne als Nachbarstaat diese Auffassung nur vollinhaltlich teilen und sehe daher auch davon ab, die Punkte, die er im folgenden vorzubringen habe, zum Gegenstande einer Demarche in Constantinopel zu machen. Es handle sich da einerseits um die Handhabung des türkischen Bandenverfolgungsgesetzes. Dieses sogenannte Gesetz sei übrigens, wie ich wohl wisse, ohne Sanktion durch das Parlament lediglich im Verordnungswege in Kraft gesetzt worden. Die Durchführung desselben erfolgte in höchst drakonischer Weise und es sei eine Tatsache, daß eine große Anzahl von Weibern und Kindern, Angehörige angeblicher Bandenmitglieder, festgenommen und nach Salonik gebracht wurden, von wo sie nach Kleinasien deportirt werden sollen. Die andere Tatsache, die er mir zur Kenntnis bringen wolle, betreffe speziell das Vilajet Monastir. Hier seien ehemalige Chefs und Mitglieder von Banden einfach aus dem Wege geräumt worden, ohne daß die Behörden irgendeine Untersuchung einzuleiten für nötig gehalten hätten. Außerdem seien zahlreiche Verhaftungen von Bulgaren erfolgt, welche entweder ohne Verfahren zurückgehalten oder vor Kriegsgerichte gestellt werden, denen die elementarsten Garantien einer geregelten Rechtssprechung, insbesondere die Zulassung von Verteidigern abgehen. In meiner Antwort hob ich zunächst hervor, daß ich mit hoher Befriedigung davon Kenntnis nehme, daß die bulgarische Regierung die Auffassung der Großmächte theile, welche von einer Festigung des gegenwärtigen Regimes in der Türkei die größten Vorteile für diese selbst wie auch für die Erhaltung des Friedens am Balkan erhoffen. Im Einklange mit der Sprache, welche wir jederzeit in Sofia gehalten haben, könne ich nur wiederholen, daß nach unserer Ansicht das Königreich alles Interesse daran habe, in diesem Sinne die Beziehungen

zur Türkei möglichst zu pflegen. Was die von ihm angeführten Nachrichten aus Mazedonien betreffe, so könne ich nur so viel sagen, daß unsere Consularberichte aus jenen Gebieten allerdings nicht gerade günstig lauten, daß sie aber bis jetzt in den von Herrn Geschoff berührten Punkten keine so präzisen und weitgehenden Angaben enthalten. Es könne auch nicht in Zweifel gezogen werden, daß das neue Regime sich um eine Besserung der Verhältnisse redlich bemüht. Außerdem müsse man nach dem eben eingetretenen Kabinettswechsel der neu antretenden Regierung die Zeit lassen, sich zu bewähren. Selbstverständlich — so schloß ich meine Ausführungen — würden wir nach wie vor den Nachrichten über die weitere Entwicklung der Lage in den mazedonischen Vilajets unsere vollste Aufmerksamkeit schenken. Im Verlaufe des weiteren Gespräches nahm Herr Geschoff Gelegenheit zu bemerken, daß die seit einiger Zeit unleugbar zu Tage tretende Verschlimmerung der Zustände in Mazedonien eine gewisse Bewegung in Bulgarien zur Folge gehabt habe, die auch in Meetings und dergleichen zum Ausdruck komme. Sollte die weitere Entwicklung der Dinge dieser Stimmung neue Nahrung zuführen, so könne der Moment kommen, wo die Regierung darauf Rücksicht nehmen müsse, und somit in ihren Entschlüssen nicht mehr ganz frei sei. Vorstehendes theile ich Euer Hochwohlgeboren zu Ihrer Information und eventuellen Regelung Ihrer Sprache mit, wobei ich Sie ersuche darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Ausführungen Herrn Geschoffs nicht den Charakter einer offiziellen Demarche hatten.

2. In der Anlage beehre ich mich Euer Exzellenz die Abschrift einer heute an den k. u. k. Gesandten in Sofia abgehenden Weisung zukommen zu lassen, in welcher der Inhalt eines Gespräches mit dem bulgarischen Gesandten wiedergegeben ist. Zu Eurer Exzellenz weiterer Information füge ich bei, daß kurz vorher auch der türkische Botschafter bei mir gewesen war. Derselbe äußerte sich in ziemlich besorgter Weise über das gegenwärtige Verhältnis der Türkei zu Bulgarien und sprach dabei insbesondere die Hoffnung aus, daß letzteres sich nicht zu irgendeiner Demarche in Constantinopel hinreißen lassen werde, welche das heutzutage so gesteigerte türkische Nationalgefühl verletzen und ernste Consequenzen nach sich ziehen könnte.

a) Vgl. n. 1953, 2191.

Nr. 1952. Tel. nach Berlin, 21. Jan. 1910 Nr. 1 (chiffr. 5 U. 30. M p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. und G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Graf Berchtold hat mir vor kurzem über eine Unterredung mit Herrn Iswolsky telegraphisch^{b)} berichtet, in welcher der russische Minister sich dahin ausgedrückt hat, daß er den gegenwärtigen Zustand des wechselseitigen Mißtrauens zwischen den beiden Nachbar-mächten als auf die Dauer unhaltbar erachte und daß es ihm wünschens-wert erschiene, wenn wieder ein besseres Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Rußland hergestellt werden könnte. Ich habe Grafen Berchtold, der eine schriftliche Berichterstattung^{b)} im Gegenstande in Aussicht gestellt

hatte, einstweilen nur geantwortet, daß er ermächtigt sei, Herrn Iswolsky zu sagen, der Grundgedanke seiner Eröffnungen habe in Wien eine sympathische Aufnahme gefunden. Beim Diplomaten-Empfang am letzten Mittwoch habe ich Herrn von Tschirschky von der Initiative des russischen Ministers des Äußern eine streng vertrauliche Mittheilung gemacht und ersucht, diesbezüglich nach Berlin zu berichten. In einer seither eingelaufenen weiteren telegraphischen Meldung teilt mir Graf Berchtold mit, daß er sich seines Auftrages dem russischen Minister gegenüber bereits entledigt habe; er berichtet weiters, daß Herr Iswolsky auch Grafen Pourtalès von seinen versöhnlichen Dispositionen informirt habe. Euer Exzellenz wollen von dem Vorstehenden den Herrn Reichskanzler und Herrn von Schoen streng vertraulich in Kenntnis setzen und hiebei bemerken, daß ich besonders angenehm davon berührt war, daß Herr Iswolsky auch dem kaiserlich deutschen Botschafter in St. Petersburg von seinen Intentionen gesprochen hat. Von den weiteren Phasen der nunmehr bevorstehenden Aussprache mit dem russischen Cabinet werde ich Euer Exzellenz behufs Informirung des Berliner Cabinets jeweilig Mittheilung machen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1960, 1967. — b) Vgl. n. 1947. Die weitere Korrespondenz wurde, da ihr wesentlicher Inhalt oben wiedergegeben ist, nicht aufgenommen.

*Nr. 1953. Tel. aus Sofia, 21. Jan. 1910 Nr. 13 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Herr Dobrovitch teilte mir gelegentlich ihm abgestatteten Besuches mit, Kronprinz von Serbien werde nächsten Montag zu zwei- bis dreitägigem „inoffiziellen“ Besuche hier eintreffen (hieramtlicher Bericht No. 81 B vom 2. vorigen Monats),^{b)} zu welchem König Ferdinand den ihm ungemein sympathischen Prinzen bei Ausflüg ins Kopaonik-Gebirge eingeladen habe. Bei diesem Anlasse fragte mich Kabinettschef ganz unvermittelt, ob ich vielleicht Nachrichten aus der Türkei habe, wonach diese besondere militärische Rührigkeit entfalte, von welcher man hier besorgt, dass sie gegen Bulgarien gerichtet sei. Auf meine Verneinung und Gegenfrage wo, welcher Art und warum angebliche militärische Massnahmen stattfinden sollen, antwortete Mitredner, so bestimmte Nachrichten seien ihm nicht zugekommen, doch scheine türkischerseits Erregung insbesondere wegen der sich hier häufenden Protestmeetings zu bestehen (hieramtlicher Bericht vom 8. dieses Monats Nr. 1 D).^{c)} Diese Mißstimmung werde aber gewiss durch oberwähnten Besuch vermehrt werden, zumal man ohnehin in Konstantinopel glaube, dass bereits irgendeine Abmachung zwischen Bulgarien und Serbien bestehe, was aber durchaus nicht der Fall sei. Giskra.

a) Vgl. n. 1940, 1944, 1951, 1958, 1980. — b) Berichtet über den Besuch König Ferdinands in Belgrad und sonstige Anzeichen einer serbisch-bulgarischen Annäherung, die der Initiative des Königs von Bulgarien entspringe. Dies geschähe, um Österreich-Ungarn gegenüber „aus gekränkten Ehrgeiz zu intriguierten“, „russischem Druck gegenüber sich gefällig zu zeigen“ und angesichts „des Gravitierens der Türkei nach den Dreibundmächten“, „die Triple-Entente für sich zu gewinnen.“ — c) Berichtet über scharfe Presseäußerungen und Protestmeetings wegen der grausamen Anwendung des Bandengesetzes in Mazedonien durch die Türkei.

*Nr. 1954. Bericht aus Belgrad, 22. Jan. 1910 Nr. 4 A (eing. 24. Jan.).^{a)}
Ausfert.*

Streng vertraulich. Herr Milovanović fährt heute zum Besuche seiner kranken Gattin auf eine Woche nach Berlin. Auf der Rückreise will er sich zwei Tage in Wien aufhalten und durch Herrn Simić um einen Empfang bei Euer Exzellenz ansuchen. Wie er mir sagte, hofft er, dass das neue ungarische Kabinett bis dahin zur Handelsvertragsfrage Stellung genommen haben wird, und Euer Exzellenz ihm über den eventuellen Beginn von Verhandlungen Bescheid geben können. Das Interesse am Handelsvertrage und die häufigen Besuche, welche der serbische Minister des Äussern Euer Exzellenz abstattet, sind Zeichen der sich erfreulich bessernden Beziehungen und des serbischen Bestrebens einer konstanten Fühlungnahme mit uns. Obwohl Herr Milovanović mir gegenüber gar keine bezügliche Andeutung fallen liess, halte ich es aus verschiedenen Symptomen nicht für ausgeschlossen, dass der Minister versuchen könnte, bei Euer Exzellenz auch die Frage eines Empfanges König Peters durch Seine Kaiserliche und Königliche Apostolische Majestät zur Sprache zu bringen. Vielleicht ist meine Annahme grundlos, doch glaubte ich, Hochderselben Aufmerksamkeit auf diese Möglichkeit lenken zu sollen. Kaiser Nikolaus hat schon vor Monaten Höchstseine prinzipielle Zustimmung zu einem Besuche König Peters in Petersburg erteilt, sich jedoch die Bestimmung des Zeitpunktes vorbehalten. Serbischerseits hat immer der Wunsch und die Absicht bestanden, die Petersburger Reise womöglich mit Besuchen am Wiener und Berliner Kaiserhofe zu verbinden. Doch bemühte sich die serbische Regierung vergeblich, den Petersburger Besuch für den laufenden Monat Jänner anzusetzen. Vielleicht wird Herr Milovanović jetzt bei Euer Exzellenz — eventuell auch in Berlin — das Terrain sondieren wollen. Für unsere Beziehungen zu Serbien könnte die Möglichkeit eines Empfanges König Peters durch Unseren Allerhöchsten Herrn nur von bester Wirkung sein. Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1971.

*Nr. 1955. Bericht aus Belgrad, 22. Jan. 1910 Nr. 4 G (eing. 24. Jan.).^{a)}
Ausfert.*

Vertraulich. Aus Berichten des Gerenten des Nischer Vize-Konsulates erlaube ich mir folgende Stellen Euer Exzellenz ergebenst vorzulegen: „Im Kreise seiner vertrauten Parteifreunde machte Abgeordneter Ilićjanović nachstehende Äusserung über den Friedjung-Prozeß: „Es ist Tatsache, daß das offizielle Serbien, so wie heute noch, auch früher die serbisch-kroatische Koalition unterstützt hat. Da aber Serbien geschickter und klüger als die Gegner war und seine Aktion fein ausgeheckt und verhüllt hat, trug es vor dem Wiener Gerichte den Sieg davon. Serbien wird diese seine Tätigkeit auch weiter fortsetzen, ja es muß dies tun, denn darin liegt der Kern seiner Existenz.“ Diese seine Worte bezeichnete Ilićjanović selbst als vertrauliche. Der jüngst pensionierte General N. Stefanović soll die Oberleitung des Zentralausschusses der Bandenaktion wieder übernommen haben. Kürzlich fand hier die Jahresversammlung des Turnvereines „Dušan silni“

statt, in der die Vereinigung mit den Nischer Sokolisten beschlossen wurde. Der neue Verein wird den Namen „Sokol Verein Dušan silni“ führen. Zum Präsidenten wurde der Ingenieur-Oberstleutnant Dušan Cvetković gewählt. Selbstverständlich fehlte es nicht an den üblichen aufreizenden Reden. „Man muß, sagte einer der Wortführer, sich mit allen Kräften auf den nahen Zeitpunkt vorbereiten, wo wir den Räubern Bosniens und der Herzegowina die Faust zeigen werden!“ Dieser Verein und der hiesige Ausschuß der Narodna odbrana sind die Hauptstätten einer beachtenswerten politischen Tätigkeit, wo sehr rührige Agitatoren die leicht empfängliche Jugend zu Anhängern und Verbreitern des Kriegsgedankens heranziehen. Die Narodna odbrana scheint es mit ihrem Programmpunkte der sogenannten „Pflege des nationalen Gedankens“ hauptsächlich auf die Bekehrung der Landbevölkerung abgesehen zu haben, die bisher nichts weniger als kriegslustig sich gezeigt hat.

Forgách.

a) Vgl. n. 1929, 1939, 1948, 1957, 1972.

Nr. 1956. Privatschreiben aus Paris, 22. Jan. 1910 (eing. 24. Jan.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Der deutsche Botschaftsrat Baron von Lancken-Wakenitz hat mir folgende streng vertrauliche Mitteilung gemacht, von welcher nach seiner etwas merkwürdigen Darstellung Fürst Radolin keine Kenntniss habe. Der französische Journalist Lautier (Temps und Figaro) habe Lancken gesagt, dass man in hiesigen massgebenden Kreisen aufgeregt sei, weil man Nachricht erhalten hätte von den weitgehenden Eroberungsplänen des Thronfolgers, Seiner k. und k. Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand. Seine kaiserliche Hoheit sehe den baldigen Zerfall der Türkei vor und habe diesbezügliche Absichten, um für Österreich-Ungarn bei Ausnützung dieser Eventualität einen territorialen Gewinn zu sichern. Man glaube hier an diese Tendenz unseres Thronfolgers und fühle sich demzufolge höchst unsicher. Baron Lancken fügte hinzu, er hätte Grund zu glauben, dass Lautier den vertraulichen Auftrag von Pichon erhalten habe sich bei ihm auszusprechen und derart einen Fühler auszustrecken. Nach Lautier's Ansicht sei die Zusammenkunft von Racconigi durch die Angst vor den Concepten des Erzherzogs Franz Ferdinand bewirkt worden. Ich habe Baron Lanckens Erzählung mit grösster Ruhe angehört und für die vertrauensvolle Mitteilung gedankt. Dann habe ich hinzugefügt, dass ich zum erstenmale durch ihn von den angeblichen politischen Plänen Seiner k. und k. Hoheit Kenntniss bekommen hätte. Bei einiger Überlegung bin ich auf die Vermuthung gekommen, dass der Kern dieser Kunde ein Kukuks-Ei Herrn Iswolsky's sein dürfte. Als Iswolsky auf der Heimreise von Racconigi mit Pichon zusammentraf, dürfte er ihm von den Plänen unseres Thronfolgers gesprochen haben, um die politische Rückendeckung zu erklären, die er bei Italien für Balkansachen gesucht und gefunden hätte. Herr Pichon hat mir gegenüber nie die leiseste Anspielung gemacht über eine bei ihm vorhandene Befürchtung, dass von Seite Österreich-Ungarn's eine Störung des Gleichgewichtes am Balkan zu erwarten sei.

Khevenhüller.

a) Vgl. n. 1949 Anm. a, 1963, 2041.

Nr. 1957. Erlaß nach Belgrad, 26. Jan. 1910 Nr. 195.a) Konz. (S. Oppenheimer; V. und G. Macchio).

Vertraulich. Euer Hochgeboren kennen aus der Berichterstattung der Tagespresse die verschiedenen Phasen des im Monate Dezember v. J. vor dem Wiener Schwurgerichtshofe stattgehabten politischen Ehrenbeleidigungsprozesses, welchen die Mitglieder der serbokroatischen Koalition gegen den Historiker Dr. Friedjung anlässlich des von ihm in der „Neuen Freien Presse“ am 25. März 1909 veröffentlichten Artikels angestrengt haben. Auch die Bedenken, welche im Verlaufe dieses Prozesses gegen die Echtheit des den Slovenski Jug betreffenden Dokumenten-Materiales geltend gemacht worden sind, sind Euer Hochgeboren nicht unbekannt. Was den meritorischen Teil dieses Prozesses anlangt, so wissen Euer Hochgeboren, daß es uns bei diesem Rechtsstreite, den wir naturgemäß nicht gewünscht haben, den zu verhindern jedoch nicht in unserer Macht stand, hauptsächlich darauf ankam, daß unsere nach Beendigung der Annexionskrise in ein besseres Fahrwasser gelangten Beziehungen zu Serbien nicht neuerdings eine Verschlechterung erfahren. In dieser Beziehung repräsentiert der Ausgleich, der zwischen den beiden Prozeßparteien zu Stande gekommen ist, keinen ungünstigen Abschluß, wie dies auch aus Ihrer Berichterstattung hervorgeht, welche ja auch die Möglichkeit erwähnt, daß unsere Beziehungen zu Serbien nunmehr, da gewisse Residuen der großen Krisis liquidiert und geklärt seien, sich vielleicht erleichtern werden. Begreiflicherweise muß jedoch das Ministerium des Äußern, und zwar, wie ich betone, in erster Linie pro foro interno, Wert darauf legen, von Euer Hochgeboren über die Genesis der vorerwähnten Dokumente, respektive über die Art und Weise, wie der als Mittelsperson genannte M. Stefanović mit der k. u. k. Gesandtschaft in Berührung gekommen ist, detaillierte amtliche Informationen zu erhalten. Ich lege hiebei besonderes Gewicht darauf, alle die Gründe kennen zu lernen, welche im Verlaufe dieser Beziehungen Euer Hochgeboren veranlaßt haben, für die Authenticität dieser Dokumente einzutreten. Da es ja selbstverständlich ist, daß Euer Hochgeboren hiebei stets in den besten Intentionen und auf Grund gewichtigster Anhaltspunkte vorgegangen sind, so leitet mich bei dieser Anfrage hauptsächlich die Absicht, daß dem Ministerium des Äußern die Möglichkeit geboten werde, sich ein abschließendes Urteil darüber zu bilden, ob die in Rede stehenden Dokumente trotz der Bedenken, die im Verlaufe des Friedjung-Prozesses gegen sie geltend gemacht worden sind, doch als echt oder wenigstens auf einer genügend ernsten Grundlage beruhend betrachtet werden können. Es wird dies umsomehr von Wichtigkeit sein, als sowohl die k. k., wie auch die kgl. ungarische Regierung ein Anrecht darauf haben, im gegebenen Zeitpunkte zu erfahren, wie schwerwiegend die Momente waren, welche uns veranlaßt haben, auch diesen Dokumenten ein gewisses Gewicht einzuräumen. Ich ersuche Euer Hochgeboren überdies, mir Ihre Ansicht über das von Ihnen seinerzeit gemeldete Verschwinden des vorerwähnten M. Stefanović und die Gründe, welche ihn schließlich davon abgehalten haben, dem ihm gemachten Antrage, aus Serbien zu flüchten, Folge zu leisten, sowie weiters bekannt geben zu wollen, ob Euer Hochgeboren

seither über sein Verbleiben irgendeine Nachricht zugekommen ist. Ich brauche jedoch wohl nicht besonders hervorzuheben, daß dieser letztere Fragepunkt nicht die Einholung von Informationen bezweckt, deren Einziehung bei der exponirten Stellung der k. u. k. Gesandtschaft gerade jetzt doppelt bedenklich wäre. Ihrer Berichterstattung im Gegenstande mit Interesse entgegensehend, erneuere ich ...

a) Vgl. n. 1955, 1972.

Nr. 1958. Bericht aus Konstantinopel, 26. Jan. 1910 Nr. 5 J (eing. 29. Jan.).a) Ausfert.

Der bulgarische Gesandte machte mir vor einigen Tagen einen längeren Besuch. Wir kamen zunächst auf den hiesigen Aufenthalt Herrn Daneffs und dessen Reise nach Macedonien zu sprechen. Herr Sarafow sagte mir, er könne mich versichern, dass die Reise des Daneff keinen politischen Zweck verfolgt habe. Auf meine Einwendungen, dass man um diese Jahreszeit doch keine Privatausflüge nach Macedonien mache, erwiderte der Herr bulgarische Gesandte, dass er, wenn er von politischen Zwecken gesprochen habe, darunter eine politische Mission verstanden habe. Eine solche habe Daneff nicht gehabt, derselbe habe aber allerdings die Reise unternommen, um sich über die Verhältnisse in Constantinopel und in Macedonien vom Standpunkte der Möglichkeit der Anbahnung einer innigeren bulgarisch-türkischen Verständigung zu studieren. Herr Daneff sei hier mit vielen türkischen politischen Persönlichkeiten in Berührung gekommen und wäre mit den Eindrücken, die er erhalten hätte, ganz zufrieden gewesen. Andererseits erfahre ich von meinem italienischen Collegen, Hakki Pascha habe sich ihm gegenüber dahin geäußert, dass eine innigere türkisch-bulgarische Verständigung, von welcher Herr Daneff ihm auch gesprochen, allerdings ein sehr schönes Ding wäre, die Vorbedingung derselben bestünde aber darin, dass sich das Königreich jedweder Einmischung in interne türkischen Angelegenheiten enthalte. Wie wenig dies der Fall ist, beweist wohl neuerdings die letzte bulgarische Démarche bei den Cabineten. Herr Sarafow dürfte wohl, als er mich besuchte, von derselben bereits Kenntniss gehabt haben. Er verbreitete sich des Längeren über das Thema, weswegen die bulgarischen Regierungen sich an den Vorgängen in Macedonien nicht desinteressiren können. Der Wiederhall, den dieselben in Bulgarien finden und die dortselbst sich auch in hervorragenden Stellungen aufhaltenden Macedonier, bilden Factoren, mit welchen jede Regierung rechnen müsse. Durch das neue Bandengesetz werden insbesondere Angehörige auch vieler Macedonier in Bulgarien getroffen, etc. ... *Türkisch-bulgarisches Handelsabkommen. ...*
Pallavicini.

a) Vgl. n. 1953, 1978.

Nr. 1959. Privatschreiben an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio aus Konstantinopel-Pera, 26. Jan. 1910.a) Ausfert.

Streng geheim. Indem ich den Empfang Ihres geschätzten Schreibens vom 16. d. M. streng geheim, zu bestätigen mich beehre, glaube ich behufs

Vermeidung eines allfälligen Irrthums bemerken zu sollen, dass mir Herr Gregovitsch keineswegs angekündigt hat, sein Nachfolger werde in der gleichen Weise, wie er, Beziehungen zu mir zu unterhalten bestrebt sein. Er sagte mir nur, wie ich dies in meinem letzten Schreiben Euer Excellenz mitgetheilt habe, dass Herr Popovitsch bezüglich der Notwendigkeit der Anlehnung Montenegro's an die benachbarte grosse Monarchie ungefähr dieselben Gesinnungen habe, wie er. Sollte sich H. Popovitsch mit analogen Confidenzen, wie dies Gregovitsch that, an mich wenden, so werde ich denselben natürlich in der gleichen Weise behandeln, wie seinerzeit Gregovitsch. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2009, 2065.

Nr. 1960. Tel. aus Berlin, 27. Jan. 1910 Nr. 13 (eing. 5 U. 20 M. p. m.). a) Entziff.

Streng vertraulich. Reichskanzler erzählte mir heute, dass der Bericht des Grafen Pourtalès über die vertraulichen Mittheilungen Herrn Iswolskys betreffs Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland (vide mein Telegramm Nr. 6 vom 22. d. M.)^{b)} mittlerweile eingetroffen ist. In demselben führt der deutsche Botschafter aber nur soviel aus, der russische Minister des Äussern habe ihm vertraulich von seiner Unterredung mit Grafen Berchtold Kenntniss gegeben,^{c)} in welcher er seinem lebhaften Wunsche Ausdruck verliehen habe, Mittel und Wege zu finden, damit die bestehende Spannung zwischen den beiden Nachbarstaaten wieder einem freundschaftlichen Verkehre Platz mache. In Aussicht genommene weitere Verhandlungen seien bisher noch nicht erfolgt. Reichskanzler führte die von Herrn Iswolsky ergriffene Initiative auf den direkten Wunsch des Kaisers Nikolaus zurück, Höchstwelcher wegen der Verschärfung der Lage in Ostasien ernste Besorgnis hege und schon aus diesem Grunde die Möglichkeit jedweder Komplikation in Europa vermeiden und insbesondere auf das Bestehen freundschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarstaaten grosses Gewicht legen müsse. Bezeichnend hiefür sei die Absicht Russlands, vier Armeekorps von der deutschen und österreichischen Grenze abzurufen.

Szögyény.

a) Vgl. n. 1952, 1967. — b) Nicht aufgenommen. — c) Vgl. n. 1947.

Nr. 1961. Erlaß nach Konstantinopel, 27. Jan. 1910 Nr. 206. a) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Pogatscher).

Euer Exzellenz interessanten Bericht vom 19. d. M., Nr. 4 B,^{b)} in dem Sie mir über Ihre erste Unterredung mit dem neuen Großvezier relationieren, habe ich erhalten und bin mit der Sprache, die Hochdieselben Hakki Pascha gegenüber geführt haben, vollkommen einverstanden. Speziell entspricht es auch durchaus meinen Intentionen, daß Euer Exzellenz gegenüber den insistierenden Ausführungen des Großveziers in der Kretafrage, die ihm, wie es scheint, ganz besonders am Herzen liegt, mit Entschiedenheit den Standpunkt strikter Reserve vertreten haben, den wir bisher in dieser Frage eingenommen und an dem wir, wie Euer Exzellenz aus meinen wiederholten Instruktionen bekannt ist, auch in Zukunft festzuhalten gedenken. Wenn wir uns im Herbste vorigen Jahres, wo die Stellung und die Chancen

des neuen Regimes in der Türkei relativ günstige schienen, nicht veranlaßt gesehen haben, uns an der Regelung der Kretafrage wieder aktiv zu beteiligen, so kann heute, da nach allen Anzeichen aus Euer Exzellenz Berichterstattung die Situation in Constantinopel pessimistischer zu beurtheilen ist, noch weniger davon die Rede sein, daß wir aus unserer Reserve in der kretensischen Frage nach dem Wunsche Hakki Paschas heraustreten. Zu diesen Konsiderationen rein interner Natur kommt noch ein anderes Moment, welches Euer Exzellenz den türkischen Staatsmännern bei Gelegenheit wohl in vorsichtiger Weise andeuten könnten. Bisher sind die Versuche, uns zum Aufgeben unserer reservierten Haltung zu veranlassen, hauptsächlich von den vier Mächten ausgegangen und die Idee, die ihnen hiebei vorschwebte, war wohl die, daß unsere und Deutschlands Teilnahme an der Aktion ihre Position nicht so sehr gegenüber Griechenland und auf Kreta als in Constantinopel stärken würde. Wenn wir uns also im vergangenen Herbst diesem Drängen der vier Mächte gegenüber ablehnend verhalten haben, so war dies der Stellung der Türkei in der Kretafrage sicherlich nicht abträglich; ebensowenig als damals dürfte aber auch heute, selbst vom türkischen Gesichtspunkte aus betrachtet, eine Aenderung unserer Politik hinsichtlich Kretas als wünschenswert erscheinen.

^{a)} Vgl. n. 1913, 1962, 1990. — ^{b)} Mit Bericht Nr. 4 B, 19. Jan. 1910 (eing. 22. Jan.) wurde aus Konstantinopel über die erste Unterredung mit dem neuen Großvezier Hakki Pascha berichtet, wobei Pallavicini die Interessengemeinschaft zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei betonte, der letztere aber die Absicht bekundete, Österreich-Ungarn und Deutschland in die Kretafrage beziehungsweise das Konzert der vier Schutzmächte hineinzuziehen.

Nr. 1962. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 27. Jan. 1910 Nr. 27 (eing. 5 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Der Kriegsminister sagte mir gestern, dass 100.000 Mann Rediftruppen staffelweise u. zw. 20.000 Mann per 4 Wochen zur Waffenübung einberufen werden sollen. Nach vierwöchentlicher Übung werden die einberufenen Mannschaften wieder entlassen. Der Kriegsminister bemerkte, es sei dies eine normale Massnahme, wie sie in allen Ländern üblich ist und dies habe er auch gestern dem bulgarischen Gesandten gesagt. Mir gegenüber jedoch leugnet Mahmud Scheffket nicht, dass der Zweck der Massnahme darin bestehe, für den Fall eines baldigen Kriegsausbruches je mehr halbwegs geschultes Material zur Verfügung zu haben. Bei derselben Gelegenheit sprach sich der Generalissimus dahin aus, dass es in der Kretafrage,^{a)} wenn nicht bald eine Lösung derselben gefunden werden sollte, unbedingt zum Kriege kommen werde. Als einziges Mittel, dies zu verhindern, bezeichnet Mahmud Scheffket die Wiederbesetzung der Insel durch die Schutzmächte. Schliesslich bemerkte er, dass die Türkei, wenn es mit Griechenland zum bewaffneten Konflikt kommen sollte, mit einem Kriege gegen sämtliche Balkanstaaten zu rechnen haben würde, eine Eventualität, der dieses Reich seines Erachtens militärisch gewachsen wäre. Dem letzten Zwischenfalle an der bulgarisch-türkischen Grenze misst Mahmud Scheffket keinerlei Bedeutung bei. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 1913, 1961, 1968.

Nr. 1963. Privatschreiben nach Paris, 27. Jan. 1910. Konz. (S. Szápáry; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Betreffend die mir in Deinem Schreiben vom 22. d. M. mitgetheilten Äusserungen Baron Lanckens brauche ich Dir wohl nicht zu sagen, dass die Seiner k. u. k. Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand imputirten Eroberungspläne pure Erfindung sind. Auch dürftest Du nicht Unrecht haben, wenn Du die Quelle solcher Ausstreuungen bei Herrn Iswolsky oder in dessen Nähe zu finden glaubst, da dieser stets bestrebt ist, seiner Animosität Luft zu machen, indem er uns verdächtigt. In letzterer Zeit ist allerdings ein Einlenken seinerseits bemerkbar, worüber ich Dir seinerzeit nähere Informationen zukommen lassen werde. Vorläufig übermittle ich Dir einige einschlägige Telegramme durch den heutigen Courier zu Deiner vertraulichen persönlichen Information.^{a)}

^{a)} Vgl. n. 1952 Anm. b.

Nr. 1964. Erlaß nach St. Petersburg, 28. Jan. 1910 Nr. 207.^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Musulin, Pogatscher und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

J'ai pris connaissance du rapport secret de Votre Excellence en date du 16 janvier ct., Nr. 1. Votre Excellence me rend compte par ce rapport d'un entretien avec M. Isvolsky. En Vous expliquant son point de vue concernant les publications de la „Fortnightly Review“, M. Isvolsky a ajouté qu'il envisageait comme une nécessité politique un rapprochement des deux Gouvernements actuellement sans contact et sans possibilité d'échange de vues dans les questions qui les intéressent tous les deux. Le Ministre russe a, selon Votre Excellence, terminé en remarquant que des explications ou déclarations, faites de part et d'autre, pourraient nous acheminer vers un but pareil. Votre Excellence connaît ma manière de voir dans l'affaire des publications par la lettre privée que je lui ai adressée sous la date du 10 janvier ct. J'ai constaté alors qu'une rectification par la presse du second des articles de la „Fortnightly Review“ me paraissait inopportune, voire même dangereuse, vu les nouveaux commentaires de presse qu'une pareille rectification ferait nécessairement surgir. Aujourd'hui je vois avec plaisir que M. Isvolsky s'est placé sur le même terrain en Vous disant qu'il considèrerait comme peu désirable de ressusciter la controverse dans la publicité. En prenant acte de cette déclaration je suis du reste toujours prêt à m'entendre, s'il le désire, avec M. Isvolsky sur les réponses que nous donnerions à des interpellations éventuelles qui nous seraient adressées dans les Délégations et dans la Douma; nous pourrions alors — ainsi que je l'ai expliqué dans ma lettre citée plus haut — répondre que ni le premier ni le second des articles publiés par la „Fortnightly Review“ ne présentaient un exposé authentique des pourparlers entre les Cabinets et que les deux articles montraient des lacunes et des erreurs dans certains détails. Les Cabinets ne jugeaient pas opportun d'entrer dans un examen plus détaillé des publications en question. L'incident des publications de la „Fortnightly Review“ se trouvant ainsi écarté, j'arrive à la seconde partie de Votre conversation

avec M. Isvolsky. Comme j'ai déjà eu l'honneur de le faire savoir à Votre Excellence par mon télégramme No. 7 en date du 17 ct.^{b)} le Cabinet de Vienne a sympathiquement accueilli en principe les ouvertures que M. Isvolsky Vous a faites concernant un rapprochement politique des deux Cabinets. Je suis tout à fait de l'avis de M. Isvolsky que le développement pacifique et normal des affaires d'Orient ne saurait que profiter par le rétablissement d'un échange de vues confidentiel entre les deux Etats ainsi qu'il a été créé par l'accord de 1897.^{c)} En Vous exprimant dans ce sens vis-à-vis du Ministre russe Vous aurez soin de faire ressortir qu'une entente entre les Cabinets de Vienne et de St. Pétersbourg nous paraissait d'autant plus facile à établir que la politique du Cabinet de Vienne dans les affaires d'Orient est restée fidèle aux principes consacrés par l'accord de 1897. Ces principes — M. Isvolsky les connaît comme Vous — sont: le maintien du statu quo en Turquie aussi longtemps que les circonstances le permettront, le désintéressement réciproque au moment où ce statu quo venait à s'écrouler et enfin une politique de non-intervention dans ce dernier cas, principe qui selon le Cabinet de Vienne offrirait alors les meilleures garanties pour amener une entente entre les Puissances. Les principes ci-dessus exposés nous permettent de tout temps d'entrer en conversation avec le Cabinet de St. Pétersbourg et j'attends donc avec intérêt le compte rendu sur l'entretien que Vous aurez eu avec M. Isvolsky à ce sujet.

^{a)} Vgl. n. 1950, 1965, 1967 Anm. b, 1969, 1970. — ^{b)} Nicht aufgenommen. Dieses Tel. enthält nur vorläufige Anweisungen im Sinne des obigen Erlasses. — ^{c)} Pribram, a. a. O. I 78; Martens, N. R. G. 3. S. X 64.

Nr. 1965. *Erlaß nach St. Petersburg, 28. Jan. 1910 Nr. 208.*^{a)} *Konz. (S. Calice; V. Pogatscher u. Musulin; G. Aehrenthal).*

Streng vertraulich. Euer Exzellenz erhalten mit diesem Kurier unter No. 207 einen französischen Erlaß, in welchem ich den geheimen Bericht Euer Exzellenz Nr. 1 vom 16. I. Mts. beantworte. In den nachfolgenden Ausführungen möchte ich zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information einige streng vertrauliche Bemerkungen an meinen eingangs zitierten Erlaß anknüpfen. Ich möchte vor allem bemerken, daß Euer Exzellenz am Schlusse Ihres Berichtes vom 16. I. Mts. in sehr zutreffender Weise die Gründe bezeichnet haben, aus denen wir das Einlenken Herrn Iswolskys sympathisch begrüßen mußten. Ohne die Aufrichtigkeit des russischen Ministers und seinen guten Willen, ein wirklich vertrauensvolles Verhältnis mit uns zu begründen, zu hoch einzuschätzen und ohne aus dem Auge zu verlieren, daß die Wiederannäherung Herrn Iswolskys wohl hauptsächlich nur auf das Scheitern anderer Kombinationen zurückzuführen ist, kann uns die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu dem östlichen Nachbarreiche jedenfalls nur willkommen sein. Um zu verhindern, daß in Petersburg der Eindruck erweckt werde, als ob wir auf ein Entgegenkommen des russischen Kabinettes mit ungeduldiger Spannung gewartet hätten, habe ich mich auch in dem Erlasse, der Euer Exzellenz unsere Antwort auf den Anwurf Herrn Iswolskys bringt, enthalten, gewissermaßen ein Programm

für unsere bevorstehende Verständigung mit Rußland aufzustellen und nur dargelegt, daß das Wiener Kabinett seinerseits den Prinzipien der Entente vom Jahre 1897 treu geblieben und bereit ist, dieselben auch weiterhin anzuwenden. Tatsächlich müssen wir ja auch von dieser Entente ausgehen, wenn wir neue Pourparlers mit dem Petersburger Kabinette beginnen. Da wir inzwischen mit der Türkei ins Reine gekommen sind und keinerlei weitere Aspirationen auf türkisches Territorium haben, hat uns Rußland für seine eventuellen eigenen weiteren Absichten keine Kompensationen mehr zu bieten und wir können daher die Unterredung mit der Sängerbücke nicht mehr dort aufnehmen, wo sie ohne unser Zutun im Herbste 1908 abgebrochen wurde. Im Sinne der vorstehenden Ausführungen wird es auch gelegen sein, wenn Euer Exzellenz in Ihrer Konversation mit Herrn Iswolsky vorerst im allgemeinen unserer lebhaften Befriedigung über seine versöhnliche Haltung Ausdruck geben und ihn auch unserer guten Dispositionen versichern; erscheint Ihnen dann Herr Iswolsky günstig gestimmt, so können Sie dann im weiteren Verlaufe des Gespräches die Prinzipien unserer Entente vom Jahre 1897 besprechen, die auch für unsere zukünftigen Beziehungen zu Rußland maßgebend sein können. Indem ich noch meiner besonderen Genugtuung darüber Ausdruck gebe, daß durch Ihre letzte Aussprache mit dem russischen Minister die Dillon'sche Angelegenheit nunmehr auch nach ihrer persönlichen Seite hin für Euer Exzellenz vollkommen bereinigt ist, möchte ich, was unser Verhältnis zu Rußland in den letzten krisenhaften Zeiten anbelangt, noch eine Bemerkung anfügen, die sich auf den hiesigen russischen Botschafter Fürsten Ouroussoff bezieht. Fürst Ouroussoff war in dem letzten Jahre so oft und lange krankheits halber von seinem Posten abwesend, daß ich gerade in wichtigen Momenten des Vorteils einer persönlichen Aussprache mit dem mir seit langem befreundeten russischen Botschafter entraten mußte. Es wird Euer Exzellenz gewiß möglich sein, bei Ihrer bevorstehenden Konversation mit Herrn Iswolsky auf diesen Umstand hinzuweisen und einfließen zu lassen, ich hegte den aufrichtigen Wunsch, daß der Gesundheitszustand des leidenden und derzeit auf Urlaub befindlichen Fürsten diesem je früher gestatten möge, nach Wien zurückzukehren und, was unter den heutigen Umständen besonders wichtig erscheint, mir Gelegenheit gebe, den Verkehr mit ihm wieder aufzunehmen. Rein persönlich möchte ich in dieser Angelegenheit noch zu Euer Exzellenz bemerken, daß die gegenwärtige Situation, in der Euer Exzellenz allein als politischer Vermittler fungieren, der normalen Sachlage gegenüber, wo sich die beiden Botschafter, der russische in Wien und der österreichisch-ungarische in Petersburg, in diese Tätigkeit teilen, eine nicht geringe Ueberlastung Euer Exzellenz bedeutet. Ein aktiveres Hervortreten Fürsten Ouroussoffs würde auch in diesem Belange eine Remedur schaffen. Übrigens ist es erfahrungsgemäß auch im Interesse der Sache selbst gelegen, wenn ein Minister des Aeußern in der Lage ist, sich zur Einwirkung auf den fremden Ministerkollegen nicht nur des eigenen, sondern auch des betreffenden fremden Botschafters zu bedienen.

a) Vgl. n. 1966, 1969.

*Nr. 1966. Bericht aus Belgrad, 29. Jan. 1910 Nr. 5 C (eing. 31. Jan.).^{a)}
Ausfert.*

Die Zeitungsnachrichten über eine angebliche Annäherung zwischen der Monarchie und Rußland haben in Belgrad großes, natürlich unliebsames Aufsehen erregt. Herr Pašić frug mich gestern, was daran wahr sei. Ich erwiderte, dass ich nichts Authentisches gehört hätte, aber die Nachrichten als wahrscheinlich begründet betrachte; meiner persönlichen Überzeugung nach werde die Besserung in den Beziehungen zwischen den zwei Mächten unbedingt in absehbarer Zeit eintreten müssen. Weder in der gegenwärtigen politischen Lage noch in der Vergangenheit könne man reelle Interessengegensätze finden; im Gegenteile wäre es beiden Kaiserreichen vorteilhaft, die besten nachbarlichen Beziehungen zu unterhalten und die vielen gemeinsamen Interessen zu pflegen, wie dies auch durch Jahrhunderte geschehen sei. Der Herr Minister-Präsident bemerkte zustimmend, dass tatsächlich Russland und Österreich-Ungarn sich eigentlich nie wirklich bekämpft, sondern stets den Weg zur Verständigung gefunden hätten. Forgách.

^{a)} Vgl. n. 1965, 1967.

*Nr. 1967. Erlaß nach Berlin, 31. Jan. 1910 Nr. 214.^{a)} Konz.
(S. Musulin; V. u. G. Aehrenthal).*

Streng vertraulich. Mit meinem Telegramme vom 21. I. M., Nr. 1, habe ich Euer Exzellenz angekündigt, daß ich Hochdieselben behufs Informirung des deutschen Cabinetes von den weiteren Phasen der bevorstehenden Aussprache mit Herrn Iswolsky jeweilig in Kenntniss setzen würde. In Ausführung dieses Vorhabens kann ich Euer Exzellenz heute mittheilen, daß inzwischen die schriftliche Berichterstattung Graf Berchtolds über seine Aussprache mit dem russischen Minister eingetroffen ist. Ich sehe aus Ihrem Telegramme Nr. 13 vom 27. I. M., daß auch die deutsche Regierung bereits in den Besitz der betreffenden Relation des Grafen Pourtalès gelangte. Die Mittheilungen, die Herr Iswolsky dem kaiserlich deutschen Botschafter über seine Unterredung mit Graf Berchtold gemacht hat, entsprechen vollkommen den Thatfachen. Der russische Minister hat, wie Graf Berchtold meldet, darauf hingewiesen, daß eine Annäherung der beiden Cabinetes, die jetzt ohne Contact seien und die nicht die Möglichkeit eines Gedankenaustausches besäßen, ein politisches Interesse darstelle, und hat dem Wunsche Ausdruck verliehen, daß Mittel und Wege gefunden würden, um die bestehende Spannung zu beseitigen. Wie Euer Exzellenz wissen, habe ich schon die erste telegraphische Meldung Graf Berchtolds über sein Gespräch mit Herrn Iswolsky dahin beantwortet, daß dessen Eröffnungen in Wien eine sympathische Aufnahme gefunden hätten. Auf seinen schriftlichen Bericht hin habe ich Graf Berchtold eingeladen,^{b)} Herrn Iswolsky zu wiederholen, daß wir unsererseits eine Annäherung der beiden Cabinetes sehr gerne sehen würden und daß wir dafür hielten, daß dieselbe umso leichter eintreten könne, als wir ja nach wie vor an den dem russischen Cabinetes bekannten Principien der Entente von 1897 festhielten. Wir erwarten nun eine Rückäußerung des russischen Ministers, aus der zu entnehmen sein wird,

wie er sich zu dem Gedanken einer Verständigung im Rahmen der 1897er Entente verhält. Ich glaube, daß man im Berliner Auswärtigen Amte volles Verständniß für die Art und Weise haben wird, wie ich den von russischer Seite ausgehenden Annäherungsversuch aufgenommen habe. Ich habe mich vollkommen versöhnlich gezeigt, mich aber doch enthalten, gewissermaßen mit dem Programme einer neuen Entente hervorzutreten. Ich kann nicht läugnen, daß mich das Einlenken Herrn Iswolskys persönlich mit Befriedigung erfüllt; ich habe immer erwartet, daß sich Herr Iswolsky nach dem vorauszusehenden Fehlschlagen anderer Combinationen uns wieder nähern würde und sehe mich in dieser Erwartung nicht getäuscht. Die nun in Aussicht stehende Besserung unseres Verhältnisses zu Rußland erscheint mir aber auch vom allgemein politischen Standpunkte aus als ein günstiges Moment, was die Erhaltung des Friedens anbelangt; ein Nachlassen der Spannung zwischen uns und Rußland entlastet speciell auch die deutsche Politik und kann auch in Constantinopel nur als eine Beruhigung empfunden werden. Was die Mentalität Herrn Iswolskys anbelangt und die Ursachen, die seine Umkehr veranlaßt haben können, so bin ich diesbezüglich im Besitze interessanter Informationen, die sich zum Teil mit jenen decken, auf die Euer Exzellenz im vorletzten Alinea Ihres Telegrammes vom 27. I. M.^{c)} anspielen. In den russischen maßgebenden Kreisen bestehen bekanntlich zwei politische Strömungen, die eine von Kaiser Nikolaus und der Militärpartei repräsentiert, die ihr Hauptaugenmerk auf den fernen Osten richtet, weil sie dort die Unabwendbarkeit neuer entscheidender Kämpfe voraussieht und die andere, der Herr Iswolsky angehört, die dem fernen Osten weniger Bedeutung beimißt und politische Erfolge im nahen Orient sucht. Es soll nun in letzter Zeit, entgegen den Ratschlägen des Ministers, die Militärpartei die Oberhand gewonnen haben. Ich brauche nicht besonders zu betonen, welches Gewicht ich darauf legen muß, unsere eben begonnenen Pourparlers mit dem russischen Cabinet vor Indiscretionen zu bewahren. Euer Exzellenz wollen daher sowohl den Herrn Reichskanzler wie den Herrn Staatssecretär um strengste Geheimhaltung der nach St. Petersburg gerichteten Antwort ersuchen. Die Informationen, welche die „Neue Freie Presse“ vom 27. d. M. aus Berlin brachte, waren mir sehr unangenehm und wurden auch von Graf Berchtold mit dem Hinweise releviert, daß solche vorzeitige Enthüllungen seine Aufgabe arg compromittieren. Ich wäre für eine Mittheilung dankbar, ob es Ihnen möglich war, in discreter Weise zu constatieren, aus welcher Quelle der Correspondent des Wiener Blattes seine Nachricht geschöpft hat.

^{a)} Vgl. n. 1966, 1969. — ^{b)} Vgl. n. 1964. — ^{c)} Dieses beginnt mit: „Reichskanzler führte“ und endet mit „Gewicht legen müsse“.

Nr. 1968. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 31. Jan. 1910 Nr. 30 (eing. 1. Feb. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Hakki Pascha theilte mir heute mit, dass die Pforte aus Anlass der Einberufung der griechischen Nationalversammlung, an welcher, wie sie voraussetze, auch Delegierte aus Kreta teilnehmen sollen, durch ihre Botschafter

die Aufmerksamkeit der vier Mächte darauf lenke, dass die eventuelle Zulassung der kretensischen Deputierten in Athen eine wesentliche Aenderung der Situation bedeuten würde und sie daher die Schutzmächte um die Bekanntgabe der Massnahmen ersuchen müsse, welche dieselben zur Verhinderung einer solchen Eventualität zu ergreifen gedenken. Die Botschafter haben hinzuzufügen, dass die Türkei gegebenenfalls entschlossen ist, sich direkt an Griechenland zu halten. Von diesem Schritte werden, wie mir der Grossvezir sagte, auch die Kabinette von Wien und Berlin in Kenntnis gesetzt werden. Rifaat Pascha hat heute eine analoge Demarche bei den vier Botschaftern unternommen. Sowohl Hakki Pascha als Rifaat Pascha sagten mir, dass sie in der Wiederbesetzung der Insel durch die Truppen der Schutzmächte das Mittel erblicken, um die Kriegsgefahr zu beseitigen.
Pallavicini.

a) Vgl. n. 1962, 1975.

Nr. 1969. Tel. nach St. Petersburg, 31. Jan. 1910 Nr. 17 (chiff. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 18 vom 31. I. M. erhalten. Der französische Erlaß Nr. 207 ist dazu bestimmt, Euer Exzellenz als Leitfaden für Ihre Konversation mit dem Herrn Minister zu dienen. Es würde jedoch meinen Intentionen nicht entsprechen, daß Sie eine Kopie desselben Herrn Iswolsky übergeben oder ihm den Erlaß vorlesen, denn ich möchte nicht in dem russischen Minister den Eindruck aufkommen lassen, daß wir auf seinen allgemein gehaltenen Anwurf hin bereits mit einem fertigen Programm oder Entwurf einer Vereinbarung an ihn herantreten. Ich könnte höchstens dem zustimmen, daß Euer Exzellenz Herrn Iswolsky, wenn er es wünschen sollte, dabei behilflich seien, sich über den Inhalt Ihrer Mitteilungen einige resumierende Notizen zu machen.
Aehrenthal.

a) Vgl. n. 1967, 1970, 1973, 1974.

Nr. 1970. Tel. aus St. Petersburg, 31. Jan. 1910 Nr. 18 (eing. 3 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Ersuche um telegraphische Mitteilung, ob ich gegebenen Falls dem Herrn russischen Minister des Aeussern eine Kopie des französischen Erlasses vom 28. d. M. Zahl 207 übergeben kann.
Berchtold.

a) Vgl. n. 1969.

Nr. 1971. Erlaß nach Belgrad, 1. Feb. 1910 Nr. 232.^{a)} Konz. (S. Calice; V. u. G. Pogatscher).

Vertraulich. Ich habe mit Interesse von dem Berichte Euer Hochgeboren über die Reise des serbischen Ministers des Äußern^{b)} Kenntnis genommen. Auch ich sehe mit Befriedigung in den Besuchen Herrn Milovanović — welcher nächsten Donnerstag hier eintreffen soll — ein Anzeichen besserer Dispositionen der serbischen Regierung. Was die von Euer Hochgeboren berührte Frage eines eventuellen Besuches König Peters in Wien betrifft, so hege ich die Hoffnung, daß Herr Milovanović dieses Thema

nicht berühren wird, da ich derzeit nicht in der Lage wäre, ihm eine günstige Antwort zu erteilen. Sollte der Herr Minister das Gespräch doch auf dieses Thema lenken, so würde ich dem Herrn Minister andeuten, daß nach meinem Dafürhalten gegenwärtig angesichts der noch nicht bereinigten Frage des Handelsvertrages, von welcher die Herstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen Serbiens zur Monarchie abhängt, ein solcher Besuch nicht an der Zeit wäre.

a) Vgl. n. 2028, 2125. — b) Vgl. n. 1954.

Nr. 1972. Bericht aus Belgrad, 1. Feb. 1910 Nr. 6 (eing. 3. Feb.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Den Erhalt des hohen Erlasses Nr. 195 vom 26. v. Mts., betreffend den Friedjung-Prozeß und die Slovenski Jug-Dokumente bestätigend danke ich Euer Exzellenz ergebenst für die mir geneigtest gegebene Gelegenheit, mich über die in der hohen Weisung berührten Fragen äußern zu können. Die Verbindung mit Milan Stefanović, welcher das auf den Slovenski Jug bezügliche Material lieferte, datiert vom Herbst 1907. Der seither verstorbene Gesandtschafts-Dröman, Major Cvitaš, hatte oft konfidenzielle Quellen benützt und sich in deren Auswahl bewährt. Er war seit langer Zeit bestrebt, über die an der großserbischen Propaganda aktiv beteiligten Vereine (Slovenski Jug, Serbische Brüder und so weiter) vertrauliche Auskünfte zu erhalten. So stieß er auf M. Stefanović, welcher ihm von selbst seine Dienste anbot, dies mit seiner pekuniären Lage und der Schwierigkeit mittellos seine Studien fortzusetzen begründend. Für seine Schreibearbeit im Slovenski Jug gewährten ihm die Professoren zwar große Erleichterungen bei den Prüfungen, aber entlohnt wurde er nur mit 20—30 Francs monatlich. Er möchte daher Informationen, über welche er aus dem Slovenski Jug und den politisierenden Universitätskreisen verfüge, bei uns verwerten. Major Cvitaš, der seit vielen Jahren mit solchen serbischen Kreisen Föhlung hatte, war anfänglich mißtrauisch und überzeigte sich — wie er mir meldete — nach Möglichkeit, daß M. Stefanović Universitätshörer und Mitglied oder Angestellter des Slovenski Jug sei. Die Zweifel Major Cvitaš's schwanden bald und später bezeichnete er Stefanović als den besten Konfidenten, welcher überhaupt beschaffbar wäre. Nach Cvitaš's Tode vermittelte den Verkehr vorübergehend der verlässliche, seit 29 Jahren in Belgrad befindliche Kanzleirat, und seit dem Sommer 1908 der jetzige Honorar-Dolmetsch Hauptmann Świętochowski, welcher auch heute von der Authenticität des gelieferten Materiales vollkommen überzeugt ist und eine Mistifikation (!) seitens Stefanović's als ausgeschlossen betrachtet. So viel über die im hohen Erlasse gestellte Anfrage wegen der Genesis der Dokumente, respektive der Verbindung der Gesandtschaft mit Stefanović.

Was die weitere Frage anbelangt, welche Gründe mich veranlassten, den Dokumenten Glauben zu schenken, so war es sowohl deren Inhalt als die Modalität ihrer Beschaffung. Was den in Kürze unmöglich rekapitulierbaren Inhalt des umfangreichen Materiales anbelangt, das heißt die durch

dasselbe gewonnenen Aufschlüsse über das Verhalten der serbischen Regierung, über die Verbindungen mit den malkontenten Elementen in Bosnien, über die großserbische Propaganda, über das Bandenwesen und so weiter, so waren dieselben nicht nur mit allen anderen hiesigen Eindrücken kongruent, sondern bestätigten sich direkt in vielen Details und erwiesen sich auch nachträglich als im Großen und Ganzen richtig und als durch den Verlauf der Ereignisse bewahrheitet. Daher wurden die Nachrichten aus dem Slovenski Jug durch zwei volle Jahre sowohl vom hohen Ministerium, wo die Berichte durch die Hände so vieler genauer Kenner Serbiens und der serbischen Verhältnisse gingen, als — wie ich mich persönlich überzeugen konnte — von der obersten Bosnien administrierenden Zentralstelle und dem im Konfidentenwesen erfahrenen Evidenzbureau des Generalstabes sehr günstig eingeschätzt und als interessant und informativ wertvoll betrachtet. Letzteres war aber der einzige Zweck der Erwerbung und Vorlage des Materiales, und dieser Bestimmung hat es — wie ich noch heute annehmen darf — entsprochen. Zweifel oder Bedenken gegen die Dokumente wurden von inländischer Seite der Gesandtschaft gegenüber nie geäußert, im Gegenteile dieselbe zur Aufrechterhaltung der konfidenziellen Verbindung ermuntert. Nur mit einzelnen bosnischen Behörden war die Gesandtschaft, in sehr wenig Fällen, wegen einiger Details in den Rechnungen und Protokollen des Slovenski Jug in Korrespondenz, welche jedoch auch nicht direkt zu Ungunsten der Slovenski Jug-Nachrichten schloß, in einem Falle (Pope Simo Begović in Srebrenica) sogar stark zu deren Bestätigung beizutragen schien. Das Material betraf bekanntlich beinahe ausschließlich Bosnien und die dahin gerichtete serbische Propaganda, an deren Bestehen vor der Annexion heute wohl niemand zweifeln dürfte. Auf Kroatien bezog sich das Material weit weniger und wurde daher auch nur ein geringer Teil desselben im Wiener Prozesse verwertet. Wie Dr. Friedjung selbst hervorhob, beschuldigte er durchaus nicht die ganze kroatisch-serbische Koalition, welche viele ehrenwerte Persönlichkeiten enthält, sondern nur einzelne Mitglieder derselben, mit Belgrad Verbindungen unterhalten zu haben. Dies war auch in einigen Dokumenten des Slovenski Jug ausgedrückt und stimmte sowohl mit der Politik der serbischen Regierung als mit der Haltung eines Teiles der serbo-kroatischen Koalition und ihrer Organe in der Annexionsfrage. Jeder objektive Beurteiler der südslavischen Vorgänge wird in den letzten Jahren den Eindruck gewonnen haben, dass der Journalist und Abgeordnete Supilo und sein „Novi List“ sowie der Agrarier „Srbobran“ und einige andere Zeitungen von Belgrad beeinflusst wurden und im großserbischen Sinne wirkten. Die vom Standpunkte der loyal vertretenen südslavischen Interessen ganz unnatürliche, nur aus dem großserbisch-irredentistischen Gesichtswinkel verständliche Stellungnahme der Resolutionisten zur Annexion ist bekannt. Ich erlaube mir noch auf einen meiner letzten Berichte (Nr. 4 G vom 22. Jänner) zu verweisen, worin ich eine Nischer Konsulatsmeldung reproduzierte, laut welcher Abgeordneter Iliđjanović die Nachrichten über die Unterstützung der serbo-kroatischen Koalition seitens Serbiens als ganz richtig und selbstverständlich bezeichnete. Auch Herr Milovanović, welcher in vertraulichen Gesprächen mit mir

kategorisch — und ich glaube mit Recht — bestritt, dass es eine offiziöse auf Kroatien zielende großserbische Propaganda gegeben habe, liess die Bemerkung fallen, dass immerhin vielleicht die serbische Regierung auch einmal von dort von irgend einem Individuum „angebettelt“ worden sein könne. Die Tatsache, dass der Belgrader Dispositionsfond serbische Journalisten und serbische Zeitungen in allen Teilen der Monarchie seit Jahrzehnten unterstützt (zu den bosnischen Zeitungen wurden direkt Beamte des Preßbureaus als Redakteure entsendet) ist so allgemein bekannt, daß es selbst Herrn Milovanović unmöglich gewesen wäre, dies ganz zu leugnen. Die voranstehenden in Details gehenden Erörterungen sollen nur zeigen, dass auch der auf Kroatien bezügliche Inhalt der Slovenski Jug Nachrichten danach angetan war, Glauben an deren Richtigkeit zu erzeugen. Dass die Verhandlungen des Slovenski Jug, sein Prahlen mit seiner Wirksamkeit und seinen Verbindungen stets mit entsprechender Vorsicht aufgenommen und dass das landesübliche sich gegenseitige Anlügen, die südslavische Phantasie u. s. w., immer in Betracht gezogen werden mußte, ist selbstverständlich und wurde in den die Materie behandelnden hierämtlichen Berichten betont. Nach reiflicher Überlegung glaube ich sagen zu können, dass die inhaltliche Authenticität des konfidentiellen Materiales, also dessen informativer Wert, im Großen und Ganzen nicht erschüttert worden ist und sich auch heute noch in manchmal auffallender Weise bewährt. Stefanović hat bekanntlich auch Schriftstücke über die Narodna Odbrana (Nationalverteidigung), deren Organisation, Geldsammlungen, Rechnungen und so weiter geliefert. Diese Narodna Odbrana war damals ebenso geheim wie der Zentralausschuß des Slovenski Jug und konnte ebenso leicht weggeleugnet und als Erfindung eines Mistifikators bezeichnet werden. Ihre Mitglieder hätten in Wien auch lächelnd Zeugenschaft, eventuell jeden Meineid abgelegt. Plötzlich ist aber in der allerletzten Zeit die Narodna Odbrana in die Öffentlichkeit getreten, wirkt als patriotisch-chauvinistische Vereinigung im ganzen Lande und bestätigt die früheren konfidentiellen Meldungen. Auch Professor B. Marković signiert jetzt im Wochenblatte „Slovenski Jug“ als „Präsident“. Präsident wovon? Zeitungen haben doch keine Präsidenten; jeder Ausschuß wurde in Wien in Abrede gestellt und im Studentenklub „Slovenski Jug“ sei ein Student Vorsitzender.

Weniger Vertrauen als der Inhalt erregte öfters die Form und der Styl der Dokumente. Diesem Umstande wurde anfänglich seitens der Gesandtschaft weniger Bedeutung beigemessen, da zu Beginn nur Auszüge aus dem Material benützt und nach Wien vorgelegt wurden und erst, als sich dasselbe zu bewähren schien, vollständige Übersetzungen, seit dem Sommer 1908 auch Photographien erfolgten. Dass wirklich ein geheimer Ausschuß des Slovenski Jug existierte, erhellte übrigens — wie es scheint — auch aus den sonst alles stramm ableugnenden, in dieser Beziehung sich aber widersprechenden Depositionen der in Wien erschienenen serbischen Zeugen. Jedenfalls haben aber die eingehenden, im Herbst 1909 durch das hohe Ministerium mit Beihilfe der Gesandtschaft, geführten Untersuchungen ergeben, dass einzelne der Unterschriften auf den Dokumenten nicht stimmten und gefälscht waren. Möglicherweise hat Stefanović, der

als Sekretär die meisten Originalien schrieb, oft aber gehindert war dieselben aus dem Archive wegzutragen, in solchen Fällen, um schneller zu Geld zu kommen, zur Einsicht der Gesandtschaft ein zweites „Original“ verfertigt und die Unterschriften hinzu gesetzt. Vielleicht haben auch mitunter Ausschußmitglieder für ihre abwesenden Kollegen gezeichnet und mit wenig Bedenken deren Unterschriften nachgeahmt. Dies ist ein ungeklärter, das Material stark kompromittierender Umstand. Bei den Zweifeln, welche wegen der Unterschriften entstanden, war es für die Eingeweihten keine große Überraschung, dass Professor B. Marković bezüglich zweier Protokolle sein alibi nachweisen konnte. Es war dies der einzige Punkt, in welchem es den Klägern gelungen ist, eine tatsächliche Unrichtigkeit in den aus dem Slovenski Jug stammenden Stücken nachzuweisen; sonst konnten die serbischen Zeugen — soweit der Slovenski Jug in Anbetracht kommt — nur in verabredeter, energischer Weise alles ableugnen. Sie leugneten sogar die jedem Kinde in Serbien bekannte Tatsache, dass der General Nik. Stefanović an der Spitze der serbischen Bandenorganisation stand. Aus dem formellen, wenn auch schwer wiegenden Gebrechen einzelner Stücke kann ich mich nicht entschließen, auf die Falschheit aller anderen in die Hunderte gehenden Dokumente zu konkludieren. Es ist naheliegend, dass bei so vielen konfidenziellen doch nur informativen Stücken auch leicht sich Irrtümer und Fälschungen einschleichen. Immerhin war es die unliebsame Entdeckung der nicht konformen Unterschriften sowie die Überzeugung, dass es auf Grund konfidenzieller, nicht für die Öffentlichkeit bestimmter Dokumente unmöglich sei einen gerichtlichen Wahrheitsbeweis anzutreten, welche mich veranlaßten, im Herbst — leider verspätet — ernste, auch auf eventuelle politische Konsequenzen verweisende Bedenken gegen den Prozeß zu äußern. Erst im Oktober und November hatte ich durch offiziöse Privatschreiben aus dem hohen Ministerium erfahren, dass die Gerichtsverhandlung tatsächlich stattfinden werde, und dass Dr. Friedjung ihm zur Zeit der serbischen Krise aus gewichtigen Gründen zur Benützung überlassene, vertrauliche Stücke den Geschworenen vorlegen wolle. Euer Exzellenz war der Prozeß und die Haltung Dr. Friedjungs sicherlich ebenso unwillkommen und Hochdieselben sahen die Schwierigkeiten und Schattenseiten noch viel klarer; doch war es leider nicht in des hohen Ministeriums Macht, diesen privaten Rechtsstreit zu verhindern.

Übrigens habe ich mich in einer Voraussetzung geirrt, nämlich in der Befürchtung, dass der Prozeß unsere Beziehungen zu Serbien neuerlich verschlechtern könnte. Dies ist — teilweise infolge des glücklichen und geschickten Ausgleiches — nicht eingetreten, und hat der Prozeß, wie Euer Exzellenz im hohen Erlasse bemerkten, das gegenseitige Verhältnis eher geklärt und erleichtert. Schwer verständlich war und ist es mir, dass ein so bedeutender und gewiegter Historiker wie Dr. Friedjung nicht einsah, dass konfidenzielle, auf internationale politische Verhältnisse bezügliche Dokumente — seien sie nun echt oder falsch — am Gerichtstische nie einen vollwertigen Wahrheitsbeweis liefern können, besonders in einem Falle, wo einerseits ein verabredetes, leichtes, durch einen ganzen offiziellen Apparat unterstütztes Leugnen zu erwarten war, während unsererseits

die offiziellen Stellen, welche einzig und allein authentische, beweiskräftige Erklärungen hätten abgeben können, nicht nur aus politischen Gründen schweigen, sondern sich wegen des mit der Publizierung konfidenziellen Materiales verbundenen Odiums direkt ablehnend verhalten mußten.

Im Eingange meiner Darlegungen habe ich erwähnt, dass mich nicht nur der Inhalt der Slovenski Jug-Dokumente bewog, für deren Authenticität einzutreten, sondern auch die Art ihrer Beschaffung mich in dieser Annahme bestärkte. Stefanović hat der Gesandtschaft in dreifacher Beziehung Konfidentendienste geleistet; er lieferte Protokolle, Rechnungsabschlüsse, Briefe, Telegramme und so weiter aus dem südslavischen Vereine, er wurde zu Aufträgen und Ausforschungen verwendet, und schließlich brachte er unzählige wertlose Notizen über politische Vorgänge in der Stadt, in den Zeitungsredaktionen, den Versammlungen der Universitätsjugend und so weiter. Während er jeden erteilten Auftrag, jede Ausforschung geschickt durchführte, eine erstaunliche Personalkennntnis aller Komitadjis, aller Professoren und Studenten, aller im Slovenski Jug verkehrenden und mit den Propagandavereinen in Kontakt stehenden Elemente zeigte, waren seine anderen Meldungen von einer ganz dem serbischen Studentenniveau entsprechenden Naivität und bestanden nur aus dem gewöhnlichsten, ganz törichten Belgrader politischen Kaffeehauskatsche. Unklare Stellen in den Protokollen konnte er meistens nicht erklären und viele stark gekürzte an leitende Mitglieder des Slovenski Jug adressierte Telegramme waren ihm unverständlich. Er weigerte sich stets Aufklärungen einzuholen, da er durch unberechtigte Fragen Verdacht auf sich lenken würde. Es ist ganz ausgeschlossen, daß Stefanović die zahllosen, oft sehr langen, komplizierten Dokumente selber hätte fälschen können. Zu einer solchen, mit Energie, Geduld und großartiger Konsequenz durch zwei Jahre durchgeführten Mistifikation gehörte eine ganz andere Begabung, speziell eine genaue, meist richtige Kenntnis der Stimmung der serbischen Regierung, der Charaktere der einzelnen Minister, der oft variierenden politischen Richtung, weiters der Verhältnisse nicht nur in Serbien sondern auch in Bosnien, der dortigen mohammedanischen und serbischen Organisation, ihrer Führer, ihrer Organe, schließlich der Zustände in Montenegro und in Mazedonien, der Bestrebungen einzelner jungtürkischer Politiker, welche nach der Annexion mit Serbien verhandelten und so weiter. Die Fälschungen — falls es solche waren — konnten nur von intellektuell weit höher stehenden, eventuell mit dem Auswärtigen Amte und dessen Akten bekannten Leuten erfolgen. Der Hypothese einer Art Gegenspionage will ich nicht näher treten, da es keinen Sinn gehabt hätte, wenn wechselnde serbische Regierungen sich durch zwei Jahre uns gegenüber durch Enthüllung ihrer großserbischen Propaganda so kompromittiert hätten. Die Möglichkeit eines hinter Stefanović stehenden Fälscherkonsortiums erscheint bei den serbischen Verhältnissen ziemlich unwahrscheinlich. In diesem Lande mißtraut jeder Mensch dem anderen, und im Laufe von zwei Jahren hätten sich die Leute sicherlich gegenseitig verraten. Auch widerspricht dieser Annahme die materielle Seite.

Stefanović war anfänglich durch viele Monate sehr schwach retribuiert, wie ein bescheidener mündliche Informationen bringender oder Aufträge

ausführender Konfident und gar nicht im Verhältnisse zu der Unmenge von schriftlichem Material, das er lieferte. Für so wenig Geld hätte kaum ein Mensch, geschweige eine Fälscherbande die vielen Dokumente fabriziert. Zur Zeit der Annexion erhöhte Stefanović seine Ansprüche und bekam seit dieser Zeit Beträge, die für einen serbischen Studenten zwar einen großen Monatsverdienst ergaben, aber als Endresultat durchaus keine irgendwie beträchtlich zu nennende Summe repräsentieren und ein Dokumenten fabrizierendes oder verkaufendes Konsortium nicht genügend entschädigt oder gar bereichert hätten. Während der Krise forderte Stefanović, der als Patriot täglich den Ausbruch des Krieges erwartete, die sofortige Honorierung jedes gelieferten Protokolles, trotzdem konnte keine verdächtige Zunahme des Materiales konstatiert werden. Seit den Wintermonaten des Vorjahres und besonders seit dem Müllerschen Spionageprozeß^{b)} hatte er die größte Angst — als bewußter Fälscher hätte er selbe kaum zu haben gebraucht — und nur der Drang nach dem schon gewöhnten Verdienste zwang ihn, den Verkehr aufrecht zu erhalten, aber bei Beobachtung einer Reihe von genauen, pfiffigen, von ihm aber viel Geduld und Zeitverlust beanspruchenden Vorsichtsmaßregeln. Dieselben waren ihm erleichtert, da er die meisten der die Gesandtschaft und ihre Mitglieder beobachtenden Polizisten und Detektivs persönlich kannte, ihnen also auszuweichen verstand. Wenn Stefanović mit dem Dragoman nicht zusammenkommen konnte und seine Mitteilungen auf einem sicheren Umwege befördern mußte, lieferte er nur Kopien. Dies tat er auch, wenn er den Dragoman persönlich traf, sich aber an dem Tage nicht traute, die Aktenstücke aus dem Vereinslokale wegzutragen. In diesen Fällen mußte er aber, um seine Entlohnung zu erhalten, nach einer Weile die angeblichen Originalien vorzeigen. Es ist nun schwer anzunehmen, dass Stefanović sich die Mühe nahm, mehrbögige Fälschungen überflüssigerweise in drei Ausfertigungen herzustellen, in der Kopie, im Konzept, das er sich behalten mußte, und im Original, welches wiederum von seiner — des Sekretärs — Hand geschrieben war. Auch von dem übrigen Materiale — Rechnungsabschlüsse, Unterbreitungen, ministerielle Zuschriften, Telegramme, Originalbriefe, und so weiter — welches nicht Stefanović's Handschrift aufwies, erhielt die Gesandtschaft — je nach den Umständen — zuerst eine Abschrift oder gleich die Originale auf dem offiziellen Papier des Ministeriums des Äussern mit en-tête, auf Telegrammbilanquetten und so weiter, versehen mit den entsprechenden Stampiglien des Slovenski Jug, des Ministeriums, der Telegrafenamter, des Advokaten Dr. Uroš Krulj in Mostar, der „Otačbina“ in Banjaluka und so weiter. Stefanović oder das Fälscherkonsortium hätten aber nicht nur über eine genaue, konsequent ausgenützte Kenntnis aller „serbischen Länder“, deren Politik, Führer, Parteien, Zeitungen und Vereine, sondern auch von Anfang an — bevor sie noch entlohnt wurden — über ein Arsenal von Fälschungsbehelfen, Stampiglien, offiziellen Papiersorten und so weiter — verfügen müssen.

Was die Frage betrifft, warum Stefanović den ihm gemachten Antrag aus Serbien zu flüchten nicht annahm, so bin ich der Ansicht, dass ihn hievon das landesübliche, in diesem Falle begreifliche Mißtrauen abhielt.

Er fürchtete, wir würden ihn in eine Falle locken und zwingen, im Wiener Gerichtssaale zu erscheinen. Tagelang schwankte er und konnte nicht entscheiden, was eigentlich für ihn gewagter wäre. Schließlich meinte er, dass er weniger Gefahr laufe, wenn er hier bliebe. Da er weder Staatsbeamter sei noch militärische Spionage leistete, könne man ihm nichts anhaben. Er werde alles leugnen und mit Enthüllungen drohen. Ein gerichtliches Verfahren gegen ihn sei ausgeschlossen. Die Gefahr wäre nur, dass er ohne Prozeß „verschwinden“ würde; aber die Polizei dürfte doch die Nachforschungen seiner zahlreichen Bekannten und Freunde scheuen. Von dem Tage, an welchem sein Name in Wien genannt wurde, war er für eine kurze Zeit verschollen. Zwei Tage nach Schluß des Prozesses wurde er wiederum auf der Gasse gesehen und seitdem öfters. Er weilte also gegenwärtig unbehelligt in Belgrad. Der Gesandtschaft näherte er sich nicht und besucht auch nicht mehr jene Kaffees, in welchen er früher zu bestimmten Stunden täglich sichtbar war. Wo er während des Prozesses sich aufhielt, wird wohl nie mit Sicherheit konstatiert werden können, da eventuelle spätere Angaben seinerseits natürlich wenig glaubwürdig sein dürften. Seine Ungestraftheit wäre in jedem Falle ganz vereinbar mit der Taktik der Regierung und der auf ihr Geheiß befolgten Stellungnahme der öffentlichen Meinung und der serbischen Zeugen. Alles wurde einfach und stramm geleugnet und als Fälschung deklariert; also darf es auch keinen Sekretär des Slovenski Jug und keinen verfolgbaren Stefanović geben.

Die in der ganzen Angelegenheit beobachtete Haltung der serbischen Regierung war vernünftig und anerkennenswert ruhig, zeigte aber einige auffallende Details. Schon Euer Exzellenz bemerkten gelegentlich der Unterredung mit Herrn Milovanović,^{c)} dass der Minister beunruhigt schien. Tatsächlich hatte die Regierung vor dem Prozesse die größte Besorgnis. Als derselbe einen für sie günstigen Verlauf nahm, athmete sie erleichtert auf, schlug aber kein Triumphgeschrei an, sondern trachtete beinahe die öffentliche Meinung in Serbien zu beruhigen und abzulenken. Die Erklärungen Herrn Milovanović's in der Skupština waren äußerst vorsichtig und dementierten bezüglich des Slovenski Jug eigentlich nur die der Regierung zugeschriebene Verbindung mit demselben. Speziell unterließen es die Behörden den Fälschern und den Fälschungen nachzuspüren, obwohl Herr Milovanović mir erzählte, dass verschiedene von ihm als ganz töricht bezeichnete Angebereien erfolgten. Von einem Fälscherkonsortium hätte wahrscheinlich wenigstens einer die anderen verraten, um unter begeisterter Zustimmung und Mithilfe der Öffentlichkeit unsere Mistifizierung zu erhärten. Es ist fast verwunderlich, dass es noch keinem findigen Serben einfiel, sich als unseren patriotischen Konfidenten zu proklamieren und sich den Glorienschein des erfolgreichen Fälschers zu holen. Vielleicht wird dies noch kommen. Die Belgrader Blätter schrieben sich über den Prozeß wund, doch konnte in keiner Zeitung auch nur die geringste Andeutung über die Fälscher oder eine Nachforschung nach denselben entdeckt werden. Selbstverständlich verkündeten alle die auf Wunsch Dr. Friedjungs von der Gesandtschaft durch das Konsulat erfolgte Demarche und die Antwort der Polizeipräfektur, dass es in Belgrad 86 angemeldete

Milan Stefanović's und darunter 5 Studenten gebe, jedoch keine Person dieses Namens je Sekretär des Slovenski Jug gewesen sei. Aber nie vernahm man, dass einer dieser vielen Milan Stefanović's vorgeladen worden wäre. Es durfte offiziell auch nicht der leiseste Zweifel gezeigt werden, als ob es einen mit dem südslavischen Klub in Verbindung stehenden Studenten M. Stefanović überhaupt geben könnte. Doch hat noch im letzten Sommer ein ganz vorübergehend von Legationssekretär Franz als Konfident benützter Angestellter des Auswärtigen Amtes, welcher — soweit dies kontrollierbar war — mit unserem M. Stefanović in keinerlei Verbindung stand, dem mit ihm persönlich verkehrenden Legationssekretär gelegentlich erzählt, dass der eben damals aufgelöste Slovenski Jug einen Sekretär Namens Stefanović hatte.

Zum Schlusse meiner notwendigerweise langen Erörterungen will ich noch kurz jener anderen zahlreichen konfidenziellen Dokumente gedenken, welche dem hohen Ministerium in den letzten Jahren, von anderen Seiten, aus Serbien zukamen und teilweise auch im Friedjung-Prozesse figurierten. Dieselben, speziell die Kopien angeblicher offizieller Aktenstücke, stammen meist von Beamten der serbischen Ministerien, des Krieges und der Auswärtigen Angelegenheiten, also von Personen, die in Kenntnis der formellen Seite und der intimen Vorgänge eventuell leichter zielbewußt täuschen konnten. Obwohl viele dieser Mitteilungen irrige, gefälschte Details enthielten, worauf ich gelegentlich (z. B. Bericht Nro. 50A vom 5. Juni 1909^{d)}) aufmerksam machte, wäre es meiner ergebensten Ansicht nach verfehlt, dieselben nachträglich durchwegs als Falsifikate zu betrachten. Einzelne dürften authentisch sein und — mit jener Vorsicht aufgenommen, welche bei allen Nachrichten aus konfidenziellen Quellen anzuwenden ist — boten sie ein vorzügliches informatives Material. Das hohe Ministerium hatte die Güte mir im Vorjahre dasselbe mitunter zur Kenntnisnahme zu übersenden. Ich war hiefür sehr dankbar und habe diesen Stücken — trotz einzelner Schwächen, formeller und inhaltlicher Fälschungen — viele informativ wertvolle, sich bewährende Andeutungen, Nachrichten und Aufklärungen entnommen. Von hierämtlichem Standpunkte beurteilt, erschien deren Beschaffung sachlich gerechtfertigt, begründet und nützlich. Im Friedjung-Prozesse versagten sie natürlich ebenso wie das Material aus dem Slovenski Jug. In einem Ehrenbeleidigungsprozesse dürften sich konfidenzielle Dokumente kaum je bewähren können, da ihr Ursprung und ihr Charakter den Wahrheitsbeweis auf ihrer Basis eigentlich ausschließen. Unsere Beziehungen zu Serbien haben alle Dokumente und der Prozess nicht beeinträchtigt. Im raschen Gange der Zeitgeschichte ist zu erwarten, dass auch die innerpolitischen Wellen, welche die Gerichtsverhandlung hervorrief, sich bald legen, und das Interesse sich von dieser Episode größeren Ereignissen zuwenden wird.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 98, 1982, 2044, 2296, 2297, 2310, 2312, 2334. — ^{b)} Vgl. n. 1769 Anm. c. — ^{c)} Vgl. n. 1824. — ^{d)} Nicht aufgenommen. Vgl. n. 98 Anm. b.

*Tel. nach Konstantinopel, 1. Feb. 1910 Nr. 17 (chiffr. 8 U. p. m.).
Siehe n. 1973.*

Nr. 1973. Tel. nach Rom Nr. 10 (1) und Konstantinopel Nr. 17 (2), 1. Feb. 1910 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. u. G. Aehrenthal).

1.—2. Wie mir Graf Berchtold vor einigen Tagen berichtete, hat Herr Iswolsky ihm in einer Unterredung gesagt, daß er den gegenwärtigen Zustand des Mißtrauens zwischen Österreich-Ungarn und Rußland bedauerlich fände und daß sich besonders mit Rücksicht auf den nahen Orient eine Wiederannäherung der beiden Cabinete, die jetzt ohne jeden Contact seien, als ein politisches Interesse darstelle. Ich habe die Eröffnungen Herrn Iswolskys sympathisch aufgenommen und dem Herrn russischen Minister durch Graf Berchtold sagen lassen, daß ich mich zu einer versöhnlichen Aussprache, von der ich mir nur die besten Folgen versprechen könne, jederzeit bereit fände.

1. Als ich gestern Gelegenheit nahm, Herzog Avarna von dem eben Gesagten und also von der bevorstehenden Conversation mit dem russischen Cabinete zu informiren, habe ich hinzugefügt, daß ich mir von der Wiederherstellung eines besseren Verhältnisses zwischen Wien und Petersburg, welches ich, wie er wisse, stets im Auge gehabt hätte, eine Entspannung der politischen Lage im allgemeinen verspräche, die gewiß auch auf die Balkanhalbinsel zurückwirken würde. Was speciell diese anbelange, erwartete ich mir vor allem, daß die politische Rührigkeit der dortigen russischen Vertreter, die sich seit einiger Zeit ganz deutlich bemerkbar macht, wieder abnehmen werde. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulichen Information und Regelung Ihrer Sprache.

2. Als ich jüngst Gelegenheit nahm, Reschid Pascha von dem eben Gesagten und also von der bevorstehenden Conversation mit dem russischen Cabinete zu informiren, konnte ich feststellen, daß der türkische Botschafter von meinen Mittheilungen auf das Angenehmste berührt war. Reschid Pascha bemerkte speciell, daß er sich von der Wiederherstellung eines besseren Verhältnisses zwischen Wien und Petersburg die günstigsten Folgen für eine Entspannung der Lage am Balkan und für die Consolidirung der Verhältnisse in der Türkei verspreche. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulichen Information und Regelung Ihrer Sprache. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1969, 1974, 1977, 2003, 2004.

Nr. 1974. Tel. aus St. Petersburg, 1. Feb. 1910 Nr. 20 (eing. 2. Feb. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Bezugnehmend auf hohes Telegramm Nr. 17 vom 31. v. M. Im Sinne des hohen Erlasses vom 28. Jänner No. 207 heute Herrn Iswolsky gesprochen unter absichtlicher Vermeidung der Ausdrucksweise „Entente“, nachdem aus Stimmung hiesiger öffentlicher Meinung Abneigung gegen Separatabkommen zu erkennen ist, welche eventuell auch von massgebender Seite geteilt wird. Beschränkte mich auf die auch seinerzeit von Herrn Iswolsky gebrauchten Bezeichnungen „contact“ und „échange de vues“ und enumerierte die Prinzipien des Akkords von 1897, die wir auch heutzutage beizubehalten gesonnen sind, Prinzipien, die es uns jederzeit gestatten, mit Petersburger Kabinett in Meinungsaustausch zu treten.

Minister nahm sich Notiz von meinen Aeusserungen mit dem Bemerken, dass er bei heutigem Vortrag bei Seiner Majestät hievon Gebrauch machen wolle und sich weitere Schritte vorbehalte. In nennenswerte gegenständliche Aeusserungen liess sich Herr Iswolsky nicht ein. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 1973, 1986, dritte Beilage zu n. 2064, 2071.

*Nr. 1975. Tel. aus Athen, 3. Feb. 1910 Nr. 28 (eing. 4. Feb. 9 U. a. m.).^{a)}
Entziff.*

Nachstehende zwei Hauptpunkte aus soeben mir gegenüber getanen Aeusserungen des neuen Ministers des Aeussern sind besonders hervorzuheben: I^o) Man befinde sich im Auslande und namentlich in der Türkei über die Frage der Nationalversammlung ganz zu Unrecht in Aufregung. Denn gerade der Umstand, dass deren Einberufung frühestens für Ende des Jahres vorgesehen sei, beweiße, dass man einen Ausweg gesucht und gefunden habe, die Frage der Entsendung kretensischer Abgeordneter in die griechische Kammer möglichst hinauszuschieben. II^o) Die beabsichtigte Nationalversammlung werde auch keine panhellenische sein, wie im Jahre 1862, sondern sich aller Voraussicht nach lediglich aus der doppelten Anzahl der Kammermitglieder und zwar aus deren innerhalb Griechenlands gelegenen Wahlbezirken zusammensetzen. Er werde noch heute im obigen Sinne eine Zirkulardepesche an die griechischen Vertreter richten, die hoffentlich kalmieren werde. Bezüglich der militärischen Massregeln der Türkei sagte Minister des Aeussern, man würde hier kaltes Blut bewahren und denke vorläufig nicht an Gegenmassregeln. Was seine eigene Person betreffe, so äusserte Calergi aus eigener Initiative Folgendes: Er sei allerdings seinerzeit in einem Momente (1904) aus Konstantinopel nach Monastir geschickt worden, in welchem man hier mit der bisherigen Taktik brach, die Griechen in Mazedonien ruhig hinschlachten zu lassen. Jeder andere an seiner Stelle hätte, wie er, pflichtgemäss im Sinne seiner Instruktionen gehandelt, über deren Rahmen er jedoch nicht hinausgegangen sei. Dass jetzt der ehemalige Konsul in Monastir Minister des Aeussern werde, sei lediglich eine „fâcheuse coincidence“. Damit wollte Calergi offenbar dem Anscheine der Absichtlichkeit gerade seiner Ernennung in dem gegenwärtigen kritischen Momente die Spitze abbrechen. Schliesslich bat mich Calergi um mein Wohlwollen und freundschaftliche Unterstützung, deren er, wie er sagte, sehr bedürfe. Ich antwortete dem mir noch von Konstantinopel her bekannten neuen Minister, dessen ganzes Wesen nicht unsympathisch ist, mit einigen verbindlichen, aber nichtssagenden Phrasen und glaubte mich nur befugt, ihm im Interesse des Friedens Kaltblütigkeit anempfehlen zu dürfen. Braun.

^{a)} Vgl. n. 1968, 1977.

Erlaß nach Belgrad, 3. Feb. 1910 Nr. 259. Siehe n. 1980.

Nr. 1976. Bericht aus Berlin, 3. Feb. 1910 Nr. 5 C (eing. 5. Feb.). Ausfert.

Vertraulich. Herr Milanovitsch weilte 10 Tage zum Besuche seiner leidenden Gemahlin in Berlin. Der Herr serbische Minister des Aeussern,

der mich — nachdem er mich das erste Mal verfehlt hatte — noch ein zweites Mal aufsuchte, sprach sich mir gegenüber über seine Politik zwar etwas zurückhaltend, aber ruhig und vernünftig aus. Im Auswärtigen Amte, mit dem er erst kurz vor seiner Abreise in Fühlung trat, machten seine Ausführungen denselben Eindruck. Das Hauptgewicht legte er auf die Be-theuerung, mit Oesterreich-Ungarn sowohl politisch wie handelspolitisch in guten Beziehungen stehen zu wollen. Was die Lage am Balkan betrifft, so meinte der Herr Minister, er könne auf Grund des mit Bulgarien wiederholt gepflogenen Ideen-Austausches versichern, dass Bulgarien keine aggressiven Tendenzen der Türkei gegenüber verfolge. Serbien selbst wolle sein Verhältniss zum Osmanischen Reiche zu einem möglichst freundschaftlichen gestalten und beabsichtige er, Herr Milanovitsch, zu diesem Zweck dem-nächst sich nach Constantinopel zu begeben. Man nimmt hier an, dass er bei dieser Gelegenheit die Frage der Donau-Adria-Bahn mit den türkischen Staatsmännern erörtern werde. Nach hier, im Auswärtigen Amt eingelangten Nachrichten wäre in letzter Zeit in dieser Frage ein entschiedenes Entgegen-kommen der Türkei Serbien gegenüber zu bemerken. Szögyény.

*Nr. 1977. Privatschreiben aus Berlin, 3. Feb. 1910 Nr. 1 (eing. 5. Feb.).
Ausfert.*

Streng vertraulich. In letzter Zeit hatte ich bei verschiedenen An-lässen, so bei dem Schwarzen-Adler-Orden-Diner, auf einem Ballfeste bei dem Prinzenpaare Eitel Friedrich, ferner, als Kaiser Wilhelm am 30ten Jänner mir einen Besuch zu machen die Gnade hatte, und zuletzt am gestrigen Hof-balle, mit Höchstdemselben längere Unterredungen, deren hauptsächlichen Inhalt ich in Folgendem zusammenzufassen trachten werde. Über die Haltung und das bisherige Auftreten des Reichskanzlers sprach sich Seine Majestät in entschieden anerkennender Weise aus. . . . *Bemerkungen des Kaisers über die innerdeutsche Politik* . . . Auf die äußere Politik übergehend kam Seine Majestät wiederholt auf die jetzt so actuelle Creta-Frage^{a)} zu sprechen. Höchstderselbe versicherte mir, ebenso wie es der Reichskanzler und der Staatssekretär mir gegenüber des öfteren getan haben, daß Deutsch-land sich in die Action der vier Schutzmächte keineswegs einmengen wolle. Er habe noch im vorigen Jahre, als Er bei Seinem Aufenthalte auf Corfu in der Lage war, mit König Georg und seinen damaligen Ratgebern, sowie auch mit hervorragenden türkischen Staatsmännern die Angelegenheit zu erörtern, darauf gedrungen, daß die Contingente der vier Schutzmächte von der Insel nicht früher abberufen werden sollten, bis nicht eine Klärung der Lage erfolgt sei. Seine Ratschläge seien damals nicht befolgt worden, und hauptsächlich auf Betreiben Englands seien die fremden Détachements vor-zeitig von der Insel zurückgezogen worden. Eine Wiederbesetzung, wie sie jetzt von der Türkei mit so großem Nachdrucke verlangt werde, könne Er nicht befürworten, weil Er abgesehen davon, daß Er auf dem Standpunkte der Nichteinmischung beharren wolle, befürchten müsse, daß die fremden Contingente, wenn nicht hiebei eine ganz imponierende Macht entfaltet werden sollte, auf der Insel einen schweren Stand haben würden und allen-falls ohne ihren Zweck erreicht zu haben, Creta verlassen müßten. Was

die Annäherungsversuche zwischen Wien und St. Petersburg^{b)} betrifft, sagte mir Seine Majestät, daß Er das Gelingen derselben aus ganzem Herzen wünsche. Er habe schon im vorigen Jahre, als Er in Wien mit Euer Excellenz das unerquickliche Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Rußland besprach,^{c)} sich in dem Sinne geäußert, daß Er im allgemeinen Interesse des Friedens auch vom deutschen Standpunkte aus eine Versöhnung zwischen dem österreichisch-ungarischen und dem russischen Cabinet für höchst wünschenswert erachte. Er habe seither keine Gelegenheit versäumt, auf Kaiser Nikolaus in dieser Richtung Einfluß zu nehmen. Die anderwärtigen Combinationen Herrn Iswolskys hätten glücklicher Weise fehlgeschlagen, und der Herr russische Minister des Äußern habe sich tagtäglich mehr davon überzeugen können, daß die inneren Zustände in Rußland die Actionsfreiheit des Zarenreiches derart lahmlegen, daß Rußland jetzt mehr denn je darauf angewiesen sei, mit seinen Nachbarn ein erträgliches Verhältnis herzustellen. Nach den Berichten des deutschen Botschafters in St. Petersburg könne man in Rußland nicht einmal daran denken, einige wenige Armee-corps mobil zu machen, ohne daß der unter der Asche glimmende Revolutionsfunke aufflamme. Unter diesen Umständen war es für Ihn gar nicht überraschend, daß Herr Iswolsky die Initiative zu einer Annäherung mit Österreich-Ungarn ergriffen habe. Streng vertraulich könne Er mir mitteilen, daß nach den Berichten, die Ihm zukommen, der italienische Botschafter in St. Petersburg, Herr Melegari, mehreren seiner Kollegen gegenüber die Behauptung aufgestellt habe, nicht von russischer Seite, sondern von österreichisch-ungarischer Seite sei der erste Schritt zu dieser Annäherung unternommen worden, eine Behauptung, die auch nach den Berichten des Grafen Pourtalès den Tatsachen keineswegs entspreche. ... *Interview Aehrenthals mit dem Londoner Korrespondenten der „Nowoje Wremja“, Veselickij. ...* Szögyény.

a) Vgl. n. 1975, 1979. — b) Vgl. n. 1973, 1981. — c) Vgl. n. 1601.

Nr. 1978. Erlaß nach Bukarest, 3. Feb. 1910 Nr. 254.^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Der rumänische Ministerpräsident, mit welchem ich am ersten Tage seines hiesigen Aufenthaltes, dem 28. Jänner, eine eingehende Aussprache hatte, äußerte ziemlich lebhaft Besorgnisse in Betreff der Lage am Balkan und bemerkte, dass man auch in Rom, wo er eben einige Zeit zugebracht und mit den leitenden Männern gesprochen habe, sich in dieser Hinsicht präokkupiert zeige. Einerseits müsse man die Lage in Konstantinopel selbst und die Chancen des jungtürkischen Régimes pessimistischer beurteilen als dies früher gerechtfertigt schien, andererseits sei die Kretafrage in Verbindung mit den Zuständen in Griechenland in ein Gefahr drohendes Stadium getreten und endlich sei die Situation in Mazedonien eine ungünstigere, was wieder auf die Beziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien zurückwirke. Vertraulich teilte mir Herr Bratiano mit, dass nach seinen Nachrichten Bulgarien und Serbien im Begriffe seien, einen Akkord auf folgenden Grundlagen abzuschließen: Gegenseitiges Desintér-

essement an Mazedonien, welches aber eine weitgehende Autonomie erhalten müsste, sowie Erreichung von territorialen Kompensationen für jeden der beiden Staaten außerhalb Mazedoniens. An diese Nachricht knüpfte nun Herr Bratiano an, um den Wunsch auszudrücken, dass im Falle einer neuen Krise am Balkan die Stellung Rumäniens nicht geschmälert aus derselben hervorgehe und um die Erwartung auszusprechen, dass es bei uns diesbezüglich einen Rückhalt finden werde. Diese bedeutend abgeschwächte, ja wesentlich andere Formulierung, welche Herr Bratiano diesmal seiner früheren Anfrage hinsichtlich der Eventualität einer territorialen Vergrößerung des bulgarischen Nachbarstaates gegeben hat, konnte ich nur als eine Art Chamade auffassen und dadurch wurde es mir ermöglicht, ohne unseren Standpunkt in der Hauptsache zu ändern, dem Herrn Ministerpräsidenten gegenüber ein größeres formelles Entgegenkommen an den Tag zu legen. Ich sagte Herrn Bratiano, dass, wenn mir auch die Besorgnisse, von denen er gesprochen habe, gewiss nicht ganz unbegründet schienen und namentlich die Kretafrage unleugbar Gefahren in sich berge, falls nicht die vier Mächte ihnen rechtzeitig vorbeugen sollten, ich doch nach den mir vorliegenden Nachrichten und aus Gründen der allgemeinen europäischen Situation nach wie vor an der zuversichtlichen Hoffnung auf die friedliche Lösung der bestehenden Schwierigkeiten am Balkan festhalte. Eine Änderung des territorialen status quo am Balkan, an dessen Erhaltung ja alle Mächte ein Interesse haben, scheine mir durchaus nicht imminent. Selbst wenn, wie er (Herr Bratiano) besorge, eine neuerliche Krise am Balkan eintreten sollte, so sei absolut nicht vorauszusehen, in welcher Richtung sich die Dinge entwickeln würden; es wäre z. B. ganz ungewiss, welchen Verlauf ein türkisch-bulgarischer Krieg nehmen würde. Daher scheine es mir nicht an der Zeit und ganz untunlich, schon heute auf die Eventualität einer Änderung des status quo einzugehen, von der man nicht wissen könne, ob, wann und unter welchen Umständen sie eintreten würde. Rumänien möge also unbesorgt in seiner friedlichen und konservativen Politik, die sich so ausgezeichnet bewährt habe, fortfahren und im engen Anschluss an die zentraleuropäischen Mächte die wirksamste Garantie seiner Interessen erblicken. Sollte einmal eine Änderung des status quo am Balkan eintreten, so könne ich ihn versichern, dass die Monarchie, abgesehen von der Erfüllung ihrer vertragsmäßigen Verpflichtungen, allfälligen berechtigten Wünschen Rumäniens ihre volle moralische Unterstützung, sei es auf einer europäischen Konferenz, sei es bei direkten Verhandlungen werde zuteil werden lassen. Der Herr Ministerpräsident war, wie mir schien, diesmal von den ihm erteilten Zusicherungen befriedigt. Das vorstehende kurze Résumé meiner Unterredung mit Herrn Bratiano soll Euer Durchlaucht zur vertraulichen Information und Orientierung dienen; sollte Seine Majestät der König oder Herr Bratiano Ihnen gegenüber auf die Eventualität einer bulgarischen territorialen Vergrößerung neuerlich zu sprechen kommen, so wollen Sie sich im Sinne meiner obigen Äußerungen vernehmen lassen. Wie mir Herr Bratiano noch kurz vor seiner Abreise mitteilte, hatte er auch mit dem hiesigen deutschen Botschafter eine politische Konversation, in welcher sich Herr von Tschirschky ganz so ausgesprochen habe wie ich. Es läge durchaus in meinen

Intentionen, wenn Euer Durchlaucht Ihren deutschen Kollegen über mein Gespräch mit Herrn Bratiano vertraulich eingehend informieren würden. Schließlich möchte ich noch hinzufügen, dass nach den mir zugekommenen streng vertraulichen Mitteilungen Herr Bratiano sowohl in Rom gegenüber Graf Guicciardini als auch hier gegenüber dem deutschen Botschafter auf seine Kompensationsidee in jener Formulierung zurückgekommen ist, wie er sie seinerzeit auch bei mir vorgebracht hatte. Dem gegenüber möchte ich nochmals hervorheben, dass unser Standpunkt in dieser Hinsicht, der Euer Durchlaucht aus meinen früheren Instruktionen wohlbekannt ist, in der Hauptsache unverändert geblieben ist.

a) Vgl. n. 1751, 1958, 1980, 1998, 4418 Anm. e.

Nr. 1979. Tel. aus Paris, 3. Feb. 1910 Nr. 5 (eing. 6 U. 30 M. p. m.). a) Entziff.

Herr Pichon hat den anderen drei Vertragsmächten vorgeschlagen, in Athen und Canea zu erklären, dass Kreta von den Truppen der vier Mächte wieder besetzt würde, falls von dort Deputierte zur Nationalversammlung entsendet würden. Minister sagte, dass ein solcher Vorgang von der Türkei unbedingt als Kriegsfall aufgefasst würde. In Petersburg und Rom fand französischer Vorschlag Zustimmung, in London begegnete er einer Reserve, welche Pichon bedauert und zu beseitigen trachtet. Er ist der Ansicht, dass die vier Mächte rasch handeln müssen. Khevenhüller.

a) Vgl. n. 1977 Anm. a, 1988.

Nr. 1980. Erlaß nach Sofia Nr. 258 (1) und Belgrad Nr. 259 (2), 3. Feb. 1910. a) Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

1.—2. Vertraulich. Bei der letzten Anwesenheit des königlich rumänischen Ministerpräsidenten in Wien hatte ich mit ihm eine längere Unterredung, in deren Verlauf Herr Bratiano mir vertraulich mitteilte, nach den ihm zugekommenen Informationen stünden Bulgarien und Serbien auf dem Punkte, einen Akkord auf folgenden Grundlagen abzuschließen: Gegenseitiges Désintéressement an Mazedonien, welches aber eine weitgehende Autonomie erhalten müßte, sowie Erreichung von territorialen Kompensationen für jeden der beiden Staaten außerhalb Mazedoniens. Indem ich Euer etc. das Vorstehende zu Ihrer persönlichen Information mitteile, ersuche ich Sie, mir über Ihre etwaigen Wahrnehmungen in dieser Richtung zu berichten.

a) Vgl. n. 1953, 1978, 1988.

Tel. nach Konstantinopel, 4. Feb. 1910 Nr. 19 (chiff. 7 U. p. m.). Siehe n. 1984.

Nr. 1981. Tel. nach London, 4. Feb. 1910 Nr. 8 (chiff. 6 U. 30 M. p. m.). a) Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Sir F. L. Cartwright brachte, als er mich gestern besuchte, die Rede auf die Nachricht von einer erfolgten österreichisch-russischen Annäherung und bemerkte, daß eine Besserung des Verhältnisses zwischen uns und Rußland ein allgemeines europäisches Interesse darstelle und daher allseits

nur wärmstens begrüßt werden könne. Ich habe dem Herrn Botschafter erwidert, daß auch ich mir von der Wiederherstellung eines Gedanken-austausches zwischen uns und Rußland günstige Folgen für eine Entspannung der politischen Lage besonders auch am Balkan versprache. Meine Politik sei, wie er wisse, immer darauf gerichtet gewesen, die Möglichkeit der Wieder-aufnahme guter Beziehungen zwischen Wien und St. Petersburg offen zu halten. Was uns beträfe, stehe einer Wiederannäherung Rußlands schon deshalb nichts im Wege, weil wir den traditionellen Principien unserer Orient-politik: Erhaltung des status quo, Abweisung jedes Eroberungsgedankens und friedliche, selbständige Entwicklung der Balkanstaaten, treu geblieben seien und uns daher zu einer Aussprache auf dieser Grundlage jederzeit bereit fänden. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und mit Bezug auf Ihr Telegramm Nr. 5 vom 2. I. M.^{b)} zur Regelung Ihrer Sprache. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1977 Anm. b, 1982, 1984, 1997, 2005, 2007. — ^{b)} Vgl. n. 1982 Anm. b.

Nr. 1982. Bericht aus London, 4. Feb. 1910 Nr. 4 A (eing. 7. Feb.).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Ich habe vorgestern Sir Edward Grey besucht, den ich seit längerer Zeit nicht gesehen hatte, nachdem er während der Wahlen im Foreign Office so gut wie unsichtbar war, und ich durch eine heftige Influenza mit starkem Fieber durch drei Wochen immobilisirt war. Im Laufe des Gespräches sagte mir der Staatssecretär spontan, er sehe mit Befriedigung die Anzeichen einer Wiederherstellung besserer und vertrauensvoller Beziehungen zwischen Wien und Petersburg (mein Telegramm Nr. 5 vom 2. I. Mts.).^{b)} Dies könne nur von allen Seiten mit Genugtuung begrüßt werden, da im Falle irgendwelcher Complicationen am Balkan es im Interesse des Friedens höchst wünschenswert sei, wenn zwischen der k. u. k. und der russischen Regierung kein gespanntes Verhältnis bestehe und man in der Lage sei, sich über die sich ergebenden Fragen auszusprechen. Ich erwiderte Sir Edward, dass ich von Euer Excellenz noch keinerlei Information erhalten hätte und nur auf die Zeitungs-Nachrichten angewiesen sei, dass ich aber die Überzeugung habe, man würde an allen massgebenden Stellen bei uns jede Détente willkommen heissen und bereitwillig die Hand dazu reichen, sobald in Petersburg dieselbe aufrichtige Geneigtheit dazu constatirt werden kann. Ich hob hervor, dass Niemand in Wien eine Erkaltung der Beziehungen zu Petersburg gewünscht hätte und es Herrn Iswolsky leicht gewesen wäre, dieselbe zu verhüten. Sir Edward betonte in seinen Bemerkungen, er sei überzeugt, dass die beiden erlauchten Kaiser gewiss stets alles tun würden, was die Interessen des Friedens fördern könnte. Der Staatssecretär bemerkte weiter, er habe den Eindruck, dass vielleicht unwahre Confidenten-Berichte dazu beigetragen hätten, die Gegensätze zwischen Wien und Petersburg zu verschärfen. So wie aus dem Friedjung-Processe hervorgegangen sei,^{c)} dass an unsere Behörden Fälschungen verkauft worden seien, so zweifle er nicht daran, dass auch in Petersburg Dokumente unterbreitet wurden, die unrichtig waren und möglicher Weise die Politik der k. u. k. Regierung in einem falschen Lichte erscheinen liessen. Bei dieser Gelegenheit kam Sir Edward

auch auf das im Friedjung-Processe verlesene Schriftstück zu sprechen, in welchem von angeblichen Abmachungen Englands mit Serbien die Rede war und das schon von Sir Charles Hardinge einmal relevirt wurde. (Mein Telegramm Nr. 159, vom 21. Dezember vor. Jr.). Der Staatssecretär betonte, dass absolut niemals etwas anderes zwischen dem Foreign Office und der serbischen Regierung vereinbart worden sei, als ein Handelsvertrag und ein Postvertrag. Es erscheine ihm jetzt begreiflicher als damals, dass in Wien — falls man diesem Dokumente Glauben schenkte — Misstrauen und Irritation gegen England hervorgerufen wurde und solche Gerüchte entstehen konnten wie dasjenige von der Verteilung namhafter Summen durch Leute wie Mr. Noel Buxton, der stets seiner Regierung und seiner Partei grosse Unannehmlichkeiten bereite, jedenfalls keine Gelder, gewiss aber viel „sentiment“ verteilt habe. Ich griff diese Bemerkung auf, um Sir Edward daran zu erinnern, wie häufig ich ihn vor einem Jahre auf den Unfug aufmerksam gemacht hätte, welchen seine am Balkan reisenden Landsleute durch ihre Sympathie-Bezeugungen angerichtet haben. Um sich zu informieren und ihre Wissbegierde zu befriedigen hätten sie im Verkehre mit den Eingeborenen ein Interesse und eine durch nichts gerechtfertigte Sympathie gezeigt, die als eine Ermunterung selbst der unsinnigsten Aspirationen durch England gedeutet wurde. Dass Leute wie Noel Buxton keine grossen Beträge verteilt haben, wisse ich so gut wie er, man müsse aber bedenken, dass einige Pfund, in jenen Ländern ausgegeben, als grössere Summen erscheinen, wie sie tatsächlich sind oder in England angesehen werden. Ich wiederholte ihm abermals, dass die Interpretation, welche am Balkan den unbedachten Reden englischer Reisender ohne Verantwortung oder officiële Stellung gegeben wurde, ebenso wie der Widerhall, den gewisse englische Zeitungsartikel in Belgrad oder Cetinje fanden, es hauptsächlich waren, worüber wir Grund hatten, uns zu beschweren, wie ich es zu tun häufig Gelegenheit hatte. Sir Edward widersprach mir nicht und ich schloss damit, dass dies Alles der Vergangenheit angehöre und ich aufrichtig hoffe, dass sich derartige Vorgänge nie wiederholen werden. Obwohl es mir fern lag, jetzt noch irgend welche Recriminationen vorzubringen, die, wie ich weiss, den hohen Intentionen Euer Excellenz nicht entsprechen würden, glaubte ich dennoch diesen Anlass nicht vorübergehen lassen zu dürfen, ohne nochmals festzustellen, wie die Haltung gewisser Engländer im vorigen Jahre uns befremdet und unangenehm berührt hätte. Seit meinem Besuche bei Sir Edward Grey habe ich gestern auch Sir Charles Hardinge gesehen, der mir ebenfalls sogleich sagte, er sei hocherfreut, aus Petersburg und aus Wien zu vernehmen, dass sich eine Annäherung vollziehe. Der Unterstaatssecretär fügte bei: „Wir haben Herrn Iswolsky immer den unoffiziellen Rat erteilt, sich mit Grafen Aehrenthal wieder auf besseren Fuss zu stellen. Officiell hatten wir keine Veranlassung etwas zu sagen und wurden auch nicht befragt, aber unser Botschafter in Petersburg hat stets in dem Sinne zu dem russischen Minister gesprochen, dass es besser wäre, wieder normale Beziehungen mit Wien anzuknüpfen“.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1983. — ^{b)} Tel. aus London, 2. Feb. 1910 Nr. 5 enthält kurzen Vorbericht zu den Berichten aus London Nr. 4 A und 4 B. — ^{c)} Vgl. n. 1972, 2044.

Nr. 1983. Bericht aus London, 4. Feb. 1910 Nr. 4 B (eing. 7. Feb.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Mein russischer Kollege, der mir, als er vor Weihnachten vom Urlaub zurückkehrte, mit Besorgnis von der fortgesetzten Spannung zwischen Wien und Petersburg sprach, sagte mir vor zwei Tagen, als ich ihn zum erstenmale nach meiner Krankheit wiedersah, er sei hocherfreut zu hören, dass es „besser gehe“ und Herr Iswolsky und Graf Berchtold wieder Besprechungen mit einander halten. Auf mein Befragen antwortete mir Graf Benckendorff, Herr Iswolsky habe ihm zwar noch nichts darüber direkt geschrieben, aber aus den ihm mitgeteilten Instruktionen an Herrn Sverbéew entnehme er die besten Dispositionen seines Chefs, den Faden mit Wien wieder aufzunehmen. Bei dieser Gelegenheit bemerkte mein russischer Kollege, Herr Sverbéew sei vielleicht nicht genug bedeutend, um während der schwierigen Periode, die man durchgemacht hat, der russische Vertreter auf einem so wichtigen Posten wie Wien zu sein, jedoch sei er ein durchaus ehrlicher und gutintentionirter Mann, der wahrheitsgemäss berichtet, „keine eigene Weisheit dazufügt“ und in den Euer Exzellenz bei den jetzigen Verhandlungen volles Vertrauen setzen könnten. Graf Benckendorff sagte mir auch sogleich, dass man hier eine détente zwischen Wien und Petersburg sehr gern sehe. (Es war dies vor meiner Konversation mit Sir Edward Grey, über die ich an anderer Stelle berichte.)^{a)} Als Graf Benckendorff vorige Woche in Windsor war (es wurden während des kurzen séjours des Hofes in Windsor alle hier anwesenden Botschafter à tour de rôle dahin befohlen, mit Ausnahme von mir, da ich mit Influenza zu Bette war), sagte ihm der König, Er habe mit grosser Befriedigung von dem Symptom einer Annäherung zwischen Wien und Petersburg gehört, wobei Seine Majestät bemerkte, „c'est très important, car il peut se produire des événements dans les Balcons et vous ne seriez préparés ni les uns ni les autres, si vous aviez continué cette attitude.“ Auch Sir Edward Grey habe, wie mir Benckendorff sagte, ihm gegenüber seine Genugtuung über die Besserung der österreichisch-ungarisch-russischen Beziehungen ausgesprochen. ... *Interview Aehrenthal-Veselickij (Londoner Bericht-erstatte der „Nowoje Wremja“).* ... Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 1982.

Nr. 1984. Tel. nach Paris Nr. 7 (1), Rom Nr. 13 (2), Konstantinopel Nr. 19 (3) und St. Petersburg Nr. 20 (4), 4. Feb. 1910 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

I.—4. Ich telegraphiere wie folgt an Graf Mensdorff: ... *wie n. 1981 von „Sir F. L. Cartwright“ bis „bereit fänden.“* Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information

I. u. 2. und Regelung Ihrer Sprache bei der nächsten sich darbietenden Gelegenheit. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1986, 1988, 1997, 2003, 2004, 2007.

Tel. nach Rom, 4. Feb. 1910 Nr. 13 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 1984.

Tel. nach St. Petersburg, 4. Feb. 1910 Nr. 20 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 1984.

Nr. 1985. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 5. Feb. 1910 Nr. 37 (eing. 5 U. 50 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Herr Tscharikow sagte mir gestern, man sei in Petersburg besorgt, dass infolge der beiderseitigen militärischen Massnahmen es zu einem Konflikte zwischen der Türkei und Bulgarien kommen könnte. Er habe von seiner Regierung Auftrag erhalten, sich über die Lage auszusprechen und auch die Meinung seiner Kollegen einzuholen. Tscharikow fügte hinzu, er selbst glaube nicht, dass die Türkei irgend welche kriegेरischen Absichten gegen Bulgarien hege, ebensowenig setze er voraus, dass man in Sofia den Krieg wolle. Ich antwortete dem russischen Botschafter, dass ich seine Ansicht teile und dass ich vorderhand keinerlei Anhaltspunkt für die Annahme besitze, dass man hier aggressive Absichten gegenüber Bulgarien hege. Derselben Ansicht seien meines Wissens auch Baron Marschall und Marquis Imperiali. Tscharikow sprach sich des weiteren dahin aus, die beste Gewähr für die Erhaltung des Friedens sei die Einigkeit der Mächte. Er begrüsse daher mit besonderer Freude die Nachricht, dass man daran arbeite, zwischen Wien und Petersburg die früheren freundschaftlichen Beziehungen wiederherzustellen. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 1988, 1990.

Nr. 1986. Bericht aus St. Petersburg, 23. Jan./5. Feb. 1910 Nr. 4 A (eing. 7. Feb.).^{a)} Ausfert.

Geheim. Wie bereits telegrafisch^{b)} gemeldet, habe ich am 1. Februar/19. Jänner l. J. im Sinne der mir mit hohem Erlasse Nr. 207 vom 28. Jänner l. J. gegebenen Directiven mit dem Herrn Minister des Äussern Rücksprache gepflogen. Einleitend bemerkte ich, daß ich nicht verfehlt hätte, Euer Excellenz über den wesentlichen Inhalt unserer Unterredung vom 30. Dezember 1909/12. Jänner 1910^{c)} zu referiren und zwar sowohl hinsichtlich der damals von Herrn Iswolsky in persönlicher Sache gemachten Anwürfe als auch in Betreff der vom Minister gemachten Anregung einer Wiederherstellung der Fühlungnahme zwischen den beiden Nachbarstaaten. Was ersteren Punkt anbelangt, hätten Euer Excellenz der Anschauung des russischen Ministers beiegepflichtet, daß es inopportun — wenn nicht geradezu gefährlich — wäre, in der Presse neuerdings auf die Controverse der „Fortnightly Review“ zurückzukommen, daß aber Hochdieselben bereit wären, mit Herrn Iswolsky in Gedankenaustausch über Interpellationsbeantwortungen in den Delegationen und in der Duma einzutreten, rücksichtlich beider Artikel der „Fortnightly Review“, des Dillon'schen wie desjenigen, auf welchen sich derselbe bezog. Nachdem der Minister diese Mitteilung ohne Gegenäußerung hinnahm, glaubte ich auch vorderhand von der mir zugekommenen Fassung einer Interpellationsbeantwortung keinen Gebrauch machen zu sollen. Dies erscheint bis auf weiteres eine cura posterior und müßte vor allem Herr Iswolsky zu der beregten Idee als solchen Stellung nehmen. Es sollte mich wundern, wenn er dem Gedanken einer nach gleichen Grundsätzen zu behandelnden öffentlichen Erörterung beider Publikationen beiepflichten würde! Auf den zweiten obengedachten Punkt zu sprechen kommend, habe ich hervorgehoben, daß Euer Excellenz sich mit dem russischen Minister in der Anschauung

begegnet hätten, „qu'un développement normal et pacifique des affaires d'Orient ne saurait que profiter par le rétablissement d'un échange de vues entre les deux Etats ainsi qu'il avait été créé par l'accord de 1897. " Ich fügte bei, daß ein solcher Contact — das Wort „Entente“ habe ich geflissentlich ausgelassen — umso leichter erreichbar wäre, als wir auch heute noch auf dem Boden jener Principien stünden, die damals maßgebend gewesen seien, Principien, die uns jederzeit ermöglichten, mit dem Petersburger Cabinet in Fühlungnahme zu treten. Da Herr Isvolsky angesichts der Citirung des 1897er Akkords sich nicht ganz behaglich zu fühlen schien und eine Bemerkung über die weittragende Bedeutung und den geheimen Charakter jener Abmachung fallen ließ, glaubte ich geltend machen zu sollen, daß es sich nicht um jene Abmachung, sondern bloß um die Principien handle, auf welchen der Accord von 1897 beruht habe. Und um des Ministers zwar nicht geäußertes, aber sozusagen verrathenes Mißtrauen, daß unsererseits die Erörterung concreter Fragen im Falle des Zusammenbruches der Türkei gemeint sein könnte, zu zerstreuen, hielt ich es für zweckmäßig, die fraglichen Principien entsprechend dem mir von Euer Excellenz mitgetheilten Wortlaute aufzuzählen, nämlich: 1. Maintien du statu quo en Turquie aussi longtemps que les circonstances le permettront; 2. dés-intéressement réciproque au moment où ce statu quo venait à s'écrouler; 3. politique de non-intervention dans ce dernier cas“. — Wenn ich, wie vorhin erwähnt, die Bezeichnung „Entente“ für das anzubahnende vertrauensvollere Verhältnis ausgeschaltet und mich auf die auch von Herrn Isvolsky gebrauchte Ausdrucksweise „contact“ und „échange de vues“ beschränkt habe, so geschah es in Ansehung der in den letzten Tagen im Wege der Presse in Erscheinung getretenen Stimmung der öffentlichen Meinung, welche sich zwar einer Besserung der Beziehungen, nicht aber dem Abschlusse eines Abkommens zugeneigt zeigte, eine Auffassung, die sich auch mit dem von Herrn Veselickij-Božidarović^{d)} zum Ausdruck gebrachten Gedankengange deckt und unter den gegenwärtigen Umständen derzeit kaum anders erwartet werden konnte. Ob die erwähnte Disposition der russischen Volksseele auch vom Herrn Minister getheilt wird, könnte ich weder bejahen noch verneinen, da sich derselbe in keine sachliche Erörterung einließ und im wesentlichen bloß die Absicht äußerte, noch am selben Tage — wo er normalmäßig Vortrag in Zarskoe-Selo hatte — Seiner Majestät dem Kaiser gegenständlich referiren zu wollen. Doch glaubte ich einzelne verschleierte Redewendungen dahin deuten zu sollen, daß auch er bei seinem Bestreben, den Faden mit dem Wiener Cabinet wieder anzuknüpfen, die Nothwendigkeit einer gewissen Rücksichtnahme auf unliebsame Erfahrungen der jüngsten Epoche in seinem Kalkül eingestellt hat. — Im übrigen möchte ich der Ansicht Raum geben, daß der Eindruck meiner Äusserungen auf den Herrn Minister kein ungünstiger gewesen ist, worin mich dessen tags darauf dem Deutschen Botschafter gegenüber fallen gelassene Bemerkung bestärkt, „que les pourparlers engagés avec le Cabinet de Vienne suivaient jusqu'ici un cours satisfaisant“. Berchtold.

a) Vgl. n. 1984, 1992, 2030, dritte Beilage zu n. 2064, 2071. — b) Vgl. n. 1974. — c) n. 1947. — d) Londoner Berichterstatter der Nowoje Wremja.

Nr. 1987. *Note des Chefs des Generalstabs, 7. Feb. 1910 Res. Nr. 520 (eing. 8. Feb.).^{a)} Ausfert.*

Über Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät beehre ich mich, Eurer Exzellenz das vorliegende Schreiben zu übersenden. Gelegentlich der Vereinbarungen mit dem deutschen Generalstabe, betreffend die konkreten Kriegsvorbereitungsarbeiten für das Jahr 1910, habe ich, ausser den, im allgemeinen dem Vorjahre gleichen sonstigen Festlegungen, auch den — allerdings wohl kaum zu besorgenden — Fall in Betracht gezogen, dass die Monarchie im Verein mit Deutschland und Rumänien in einen gleichzeitigen Krieg gegen Rußland, Italien, Serbien und Montenegro verwickelt werde. Für diesen Fall sind die Vorbereitungen derartig getroffen, dass der Hauptschlag zuerst gegen Italien zu erfolgen hätte, so wie Deutschland auch diesfalls ihn zuerst gegen Frankreich führen würde — ich teile dies Eurer Exzellenz strengst geheim mit. Dies entspricht ganz auch den Anschauungen des deutschen Generalstabes, nur hat dieser noch die Möglichkeit hinzugefügt, dass sich etwa Frankreich und Italien anfänglich zuwartend verhalten könnten, um erst dann loszuschlagen, wenn die Verbündeten gegen Russland und am Balkan bereits entscheidend engagiert sind. Für diesen Fall ist deutscherseits festgesetzt, dass: „wenn der Krieg zwischen den Verbündeten und Russland als unvermeidlich und unmittelbar bevorstehend angesehen werden muss, seitens der deutschen Regierung eine umgehende und völlig klare Erklärung von der französischen Regierung darüber gefordert wird, wie dieselbe sich bei ausbrechendem Kriege zu verhalten gedenkt. Diese Erklärung muss sofort erfolgen; . . .^{b)} Eine ausweichende oder zweideutige Antwort würde als gleichlautend mit der Kriegserklärung angesehen werden müssen. Erklärt Frankreich, strenge Neutralität wahren zu wollen, so verpflichtet sich auch Deutschland keine Feindseligkeiten gegen dasselbe zu unternehmen.“ Da nun die Monarchie Italien gegenüber in der gleichen Lage ist, habe ich Seiner Majestät für den gedachten Fall den analogen Vorgang unsererseits vorgeschlagen und Seiner Majestät alleruntertänigst gemeldet, dass ich Eurer Exzellenz hierüber Mitteilung machen werde. Ich bitte nun Euer Exzellenz um gütige Bekanntgabe Ihrer Anschauungen, damit ich die an den deutschen Generalstab zu sendende Antwort demgemäß formulieren kann. Es sei mir jedoch gestattet hinzuzufügen, dass ich bei voller Würdigung des deutschen Vorganges, als des bei einem Kriege gegen Russland übrigens auch einzig möglichen, doch nicht umhin kann zu erwägen, wie sehr man auch bei diesem Modus schliesslich doch nur auf die Ehrlichkeit der Neutralen angewiesen ist, dass ich daher vielmehr der Ansicht zuneige, sich vorerst mit Russland auf — ganz unverbindlichen — neutralen Fuss zu stellen und, bei einer Zwangslage Russlands, die Gelegenheit des freien Rückens ausnützend, mit Italien abzurechnen, welch' letzteres immer jeder Entwicklung der Monarchie — sei dies zur See oder zu Lande — feindlich gegenüber stehen wird. Schliesslich möchte ich noch erwähnen, dass in der deutschen Zuschrift ganz besonders hervorgehoben erscheint, dass in dem Augenblicke, wo die Mobilmachung ausgesprochen wird, volle Klarheit darüber herrschen müsse, wer Freund und wer Feind ist.

Conrad.

^{a)} Vgl. n. 1022 Anm. f, 1666, 2002. ^{b)} Punkte im Original.

Nr. 1988. Erlaß nach Belgrad, 8. Feb. 1910 Nr. 300.^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Wie Euer Hochgeboren aus meinem Erlasse Nr. 7521 '9a vom 5. d. M.^{b)} bereits bekannt ist, hatte ich mit Herrn Milovanović gelegentlich seiner letzten Anwesenheit in Wien eine längere Unterredung, von der ich Euer Hochgeboren zu Ihrer persönlichen Information im folgenden ein kurzes Résumé gebe. Der Herr Minister begann mit der Besprechung der allgemeinen Lage am Balkan; er bemerkte, er erblicke den Schlüssel der Situation in der kretensischen Frage,^{c)} von der allein gegenwärtig die Ruhe am Balkan gefährdet sei; nach seiner Ansicht wäre die Wiederbesetzung der Insel durch die Truppen der vier Mächte das einzige Mittel, den drohenden Gefahren vorzubeugen. In Übereinstimmung mit ganz vertraulichen Äußerungen, die Herr Manos vor kurzem gethan hat, meinte Herr Milovanović, die griechischen Staatsmänner würden offenbar von der Absicht geleitet, eine Entscheidung in der Kretafrage möglichst hinauszuschieben; deshalb sei auch die Einberufung der Nationalversammlung für einen so späten Termin in Aussicht genommen. Inzwischen würde Griechenland eine Anleihe aufnehmen und seine militärischen Vorbereitungen vervollständigen. Die Situation würde sich dann vielleicht nach Ablauf eines gewissen Zeitraumes, etwa von 1 bis 1½ Jahren, so weit zu Gunsten Griechenlands verschoben haben, daß die Mächte sich eher bereit finden würden, der Vereinigung Kretas mit dem Königreiche zuzustimmen. Dieser Calcul der griechischen Politiker, so meinte Herr Milovanović weiter, werde aber von der Pforte zweifellos durchschaut und die Türkei würde daher wohl, um einer solchen Entwicklung der Dinge vorzubeugen, auf das Entschiedenste darauf bestehen, daß in der Kretafrage ohne weiteren Aufschub eine Entscheidung getroffen werde. Geschehe dies nicht, könnten sich mit anderen Worten die Schutzmächte nicht zur Wiederbesetzung der Insel entschließen, so dürfte sich die Türkei, da sie mangels einer genügend aktionsfähigen Flotte an Kreta nicht heran könne, zweifellos an Thessalien halten und durch einen Einmarsch in Griechenland eine Regelung der kretensischen Frage in ihrem Sinne herbeizuführen trachten. Einer solchen Eventualität, ja schon einer türkischen Mobilisierung mit all' ihren Folgeerscheinungen für die christliche Bevölkerung müßte man allerdings mit den größten Besorgnissen für die Gestaltung der Dinge in Mazedonien entgegensehen; es sei zu befürchten, daß sich in diesem Falle die Situation dort derart verschärfen würde, daß es den christlichen Nachbarstaaten, Serbien und Bulgarien, vielleicht nicht mehr möglich wäre, weiterhin den Ereignissen als Unbeteiligte zuzusehen. Die Möglichkeit eines Konfliktes dieser beiden Staaten mit der Türkei^{d)} sei also nur im Falle einer derart ungünstigen Entwicklung der Kretafrage vorauszusehen. Was Serbien anbelangt, so gab mir Herr Milovanović die Versicherung, daß das Königreich heute sein Augenmerk ganz seinen inneren Angelegenheiten zuwende und nach außen hin nur von dem Wunsche nach Erhaltung des status quo und nach freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei geleitet werde; irgendwelche aggressive Tendenzen lägen der serbischen Politik fern. Dasselbe glaube er auch von Bulgarien, mit welchem Serbien gegenwärtig intime Beziehungen unterhalte,

behaupten zu können. Bei dieser Gelegenheit trat Herr Milovanović — allerdings in einem nicht vollkommen überzeugenden Tone — den in der europäischen Öffentlichkeit kursierenden Gerüchten entgegen, wonach Serbien und Bulgarien hinsichtlich Mazedoniens einen Akkord abgeschlossen hätten. Dies sei nicht der Fall; das Zusammengehen der Serben und Bulgaren in Mazedonien sei nicht auf eine solche Verständigung zurückzuführen, sondern vielmehr die Konsequenz des Vorgehens der Jungtürken, die neuestens gegen die christlichen Elemente in Mazedonien mit großer Schärfe auftreten, so daß sich selbst die rivalisierenden Nationalitäten genötigt gesehen hätten, sich aneinander anzuschließen. Herr Milovanović kam dann auf das Verhältnis Serbiens zu Österreich-Ungarn zu sprechen und meinte, daß das Königreich schon dadurch, daß es der Türkei gegenüber von ganz denselben Gesichtspunkten — Erhaltung des status quo und freundschaftliche Beziehungen zur Pforte — geleitet werde wie die Monarchie, gewissermaßen Seite an Seite mit dieser rangiere. Auch im übrigen, so versicherte mir der Herr Minister, sei die serbische Regierung aufrichtig bestrebt, alles zu vermeiden, was bei dem Wiener Cabinet Anstoß erregen und die Erinnerung an eine abgeschlossene Epoche wieder wachrufen könnte. Man hoffe in Belgrad, daß diese korrekte und loyale Haltung Serbiens hier anerkannt und daß die Monarchie dies auch in dem Momente berücksichtigen würde, wenn sich ungeachtet aller Bemühungen der Mächte die Unmöglichkeit herausstellen sollte, den status quo am Balkan weiterhin aufrechtzuerhalten. In meiner Erwiderung nahm ich vor allem mit Genugtuung von den Mitteilungen des Herrn Ministers über die friedlichen Ziele der serbischen Politik und die Haltung Serbiens gegenüber der Türkei, speziell aber auch von seinen Erklärungen Akt, die mir Herr Milovanović hinsichtlich des Verhältnisses Serbiens zur Monarchie abgab. Ich fügte hinzu, daß, wenn das Belgrader Kabinett in dieser loyalen Haltung uns gegenüber fortfahre, wir gewiß im gegebenen Augenblick die serbischen Wünsche in wohlwollende Erwägung ziehen würden. Indem ich den Ausführungen Herrn Milovanović' über die allgemeine Situation am Balkan beipflichtete, erwähnte ich auch, daß Rußland und Österreich-Ungarn sich in der letzten Zeit einander wieder genähert hätten.^{e)} Von der Wiederaufnahme des Gedankenaustausches zwischen den Kabinetten von Wien und St. Petersburg erwartete ich mir eine günstige Rückwirkung auf die weitere Entwicklung im nahen Orient. Herr Milovanović nahm diese letztere Mitteilung anscheinend mit Befriedigung zur Kenntnis.

^{a)} Vgl. n. 1824. — ^{b)} Dieser Erlaß (S. Joannović; V. u. G. Aehrenthal) gibt die anlässlich des Besuches Milovanović' geführten Unterredungen über handelspolitische Fragen wieder. — ^{c)} Vgl. n. 1979. — ^{d)} Vgl. n. 1980, 1985, 1990. — ^{e)} Vgl. n. 1984.

Nr. 1989. Zuschrift des Chefs des Generalstabs, 8. Feb. 1910 B. Nr. 169 (eing. 10. Feb.). Ausfert.

Serbien. Attentat.

Ein Probekonfident der Generalstabsabteilung des k. u. k. 13. Korps meldet: „Es soll die Absicht bestehen, auf den Thronfolger Se. kaiserliche

Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand ein Attentat durch in Frauengewänder verkleidete Männer zu verüben; ebenso soll ein Attentat auf den Grafen Aehrenthal geplant sein.“ Seiner Exzellenz dem Herrn Minister des Äussern Graf Aehrenthal zur gefälligen Kenntnis. Ergeht gleichlautend an die Militärkanzlei Seiner Majestät des Kaisers und Königs, an die Militärkanzlei Seiner k. u. k. Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand, an den k. u. k. Reichskriegsminister, an den k. u. k. Minister des Äussern und an die k. k. Polizeidirektion in Wien.

Conrad.

Nr. 1990. Bericht aus Konstantinopel, 9. Feb. 1910 Nr. 7 C (eing. 12. Feb.).a) Ausfert.

Mittelst meines ergebenen Telegramms vom 5. d. M. Nr. 37 habe ich die Ehre gehabt, Euerer Excellenz über ein Gespräch zu berichten, welches ich kürzlich mit Herrn Tscharikoff hatte. Der russische Botschafter war einen Tag früher bei mir gewesen, ohne mich anzutreffen. Nachdem er auf seine Karte ein paar Worte geschrieben hatte, aus welchen ich ersehen konnte, dass er mich zu sprechen wünscht, suchte ich ihn am folgenden Tage auf. Herr Tscharikoff sagte mir bei dieser Gelegenheit, wie ich dies in meinem Telegramme schon erwähnt habe, er sei zu mir gekommen, um mich um meine Ansicht über die Lage zu befragen, da man in Petersburg, namentlich was die Beziehungen der Türkei zu Bulgarien anbelangt, beunruhigt sei. Er selbst theile wohl diese Befürchtung nicht, da er überzeugt sei, dass weder die Türkei noch Bulgarien den Krieg wünschen. Ich sprach hierauf dem russischen Botschafter meine Ansicht dahin aus, dass auch ich keinerlei Grund zur Annahme habe, dass die Türkei Bulgarien angreifen wolle. Ebensowenig scheine mir ein Anlass vorzuliegen, Bulgarien die Absicht eines Angriffes gegen die Türkei zu imputieren. So viel ich wisse, hege man hier nur insoferne Befürchtungen in Bezug auf Bulgarien, als man im Falle des Ausbruches eines Krieges mit Griechenland mit der Möglichkeit zu rechnen scheint, dass sich Bulgarien nicht neutral verhalten würde. Ganz besonders aus diesem Grunde wäre meiner Ansicht nach Alles aufzubieten, um die Eventualität eines türkisch-griechischen Krieges zu vermeiden. Ich erlaube mir hier zu bemerken, dass dieses Gespräch zu einer Zeit stattgefunden hat, wo die Wendung zum Besseren in der Kretafrage noch nicht eingetreten war. Ich habe in meinen Ausführungen Herrn Tscharykoff gegenüber strenge vermieden, bei ihm irgendwie den Verdacht aufkommen zu lassen, als ob ich betreffs der Absichten der Türkei Bulgarien gegenüber auch nur das geringste Misstrauen hegen würde. In meinen Unterredungen mit meinem russischen Collegen befeissige ich mich überhaupt der grössten Vorsicht, da ja immer die Gefahr besteht, dass meine Worte entweder direkt durch ihn oder durch seinen ersten Dragoman Herrn Mandelstam gewissen jung-türkischen Kreisen eventuell in entstellter Weise hinterbracht werden könnten. Auch diesmal schien mir, dass es Herrn Tscharykoff nicht so sehr darum zu thun war, meine Ansicht über die Lage kennen zu lernen, als vielmehr darum, aus meinen Äusserungen Anhaltspunkte für den bei ihm wahrscheinlich bestehenden Argwohn zu finden, dass wir ein Interesse daran haben, eine endgiltige Verständigung zwischen der Türkei und Bulgarien zu

verhindern, da ja gerade er der eifrigste Anhänger der Idee des Balkanbundes ist. Aus diesem Grunde habe ich es vermieden, auch nur im Geringsten darauf anzuspielden, dass die jetzigen militärischen Vorbereitungen der Türkei mehr Bulgarien als Griechenland gelten. Pallavicini.

a) Vgl. n. 1961, 1988, 1991, 1994, 2009 Anm. b.

Nr. 1991. Privatschreiben aus Konstantinopel, 9. Feb. 1910 (eing. 12. Feb.). Eigh. Ausfert.

Meine heutige Berichterstattung ist um eine Nuance weniger pessimistisch als die der letzten Wochen. Die Détente in der Cretafrage^{a)} wird sowohl auf die äußere, als auch auf die innere Lage eine gute Wirkung haben. Hakki Pascha ist energisch aufgetreten und hat hiedurch unleugbar seine Stellung nach Außen und nach Innen befestigt. Er hat ein gutes Début. Vorläufig habe ich den Eindruck, daß er sich mit diesem diplomatischen Erfolg begnügen wird und daß er weder in der Cretafrage noch gegenüber Bulgarien schärfer aufzutreten gedenkt. In letzterer Beziehung wird es eben notwendig sein, daß man bulgarischerseits alles vermeide, was als eine Einmischung in innere Angelegenheiten der Türkei interpretiert werden könnte. In dieser Beziehung ist man hier empfindlich. Man wird auch trotz der momentanen Détente gewiß fortfahren, die Armee möglichst kriegsbereit zu gestalten, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Die Pourparlers zwischen Wien und Petersburg haben hier trotz aller Erklärungen eher beunruhigt. Man steckt in Bezug auf äußere Politik noch stark in den Hamid'schen Prinzipien, nach welchen man in jeder Annäherung zwischen den Mächten eine Gefahr für die Türkei zu erblicken bereit ist. Bei dieser Gelegenheit kommt auch das Mißtrauen gegen uns wieder stärker zum Ausdruck. Man fürchtet heute in der Türkei Österreich-Ungarn weit mehr als Rußland, das man momentan actionsunfähig hält. Hakki Pascha hat mir bisher über die Sache nicht gesprochen; nur Riffaat Pascha machte mir einmal eine Bemerkung über jene Pourparlers, worüber ich seinerzeit telegraphisch berichtet habe. In den letzten Tagen wurde übrigens die Frage in der hiesigen Presse kaum erörtert. Über die Lage im Innern wirst Du auch aus meiner heutigen Berichterstattung nicht viel Erfreuliches erfahren haben. In dieser Beziehung steht es recht schlecht. Anlässlich meiner gestrigen Unterredung mit dem Großvezir hatte ich allerdings den Eindruck, daß er auch in Bezug auf die innere Politik mit mehr Zuversicht in die Zukunft blickt. Alles wird davon abhängen, ob es ihm gelingt, die Autorität der Regierung wieder zur Geltung zu bringen und das Parlament in die Hand zu bekommen. Letzteres ist heute das größte Hinderniss für eine normale Entwicklung der Dinge. Vorläufig scheint Hakki eine glückliche Hand zu haben; es ist aber noch zu früh, sich hierüber ein endgiltiges Urtheil zu bilden. Pallavicini.

a) Vgl. n. 1990, 1992, 1993.

Nr. 1992. Tel. aus St. Petersburg, 9. Feb. 1910 Nr. 24 (eing. 10. Feb. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Minister des Aeussern verlas mir heute Notiz, welche auf unsere Unterredung vom 18./31. v. M.^{b)} reflektiert. Im Wesentlichen

vertritt hiesige Regierung Anschauung, dass unter gegenwärtigen Umständen Meinungs austausch zwischen den beiden Regierungen nicht Charakter des 1897er Akkordes, sondern solche Form haben sollte, welche es ermöglichen würde, sämtliche interessierte Mächte zu assoziieren bei gleichzeitiger Berücksichtigung der jüngsten Aenderungen in der politischen Lage der Türkei. Folgende Punkte könnten in Hinblick hierauf zwischen den beiden Kabinetten „soit par un échange de dépêches, soit à l'aide d'un instrument unique" festgesetzt und hernach zur Kenntnis der Mächte gebracht werden. I. Maintien du statu quo sur la péninsule balkanique; II. le nouveau régime en Turquie ayant pris pour base l'égalité des droits pour toutes les populations maintien et consolidation du nouvel ordre des choses; III. indépendance, consolidation et développement pacifique des petits Etats balkaniques. Ich sende Euer Excellenz Wortlaut durch morgigen russischen Kurier.

Berchtold.

a) Vgl. n. 1991, 1995. — b) Wohl vom 19. Jan./1. Feb. Vgl. n. 1986.

Nr. 1993. *Erlaß nach Konstantinopel, 10. Feb. 1910 Nr. 348.*a) Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Wie ich aus der Berichterstattung Euer Exzellenz sowie aus den mir von verschiedenen Seiten zugekommenen Meldungen entnehme, hat sich in der Kretafrage, die noch zu Beginn dieses Monates einen recht bedrohlichen Aspekt hatte, ziemlich unerwartet und unvermittelt eine Wendung vollzogen. Während von türkischer Seite noch bis vor kurzem ein fast drohender Ton angeschlagen und die Wiederbesetzung der Insel durch die Schutzmächte als unerläßlich bezeichnet worden war, um einen bewaffneten Konflikt abzuwenden, hat sich wenige Tage später sowohl Rifaat Pascha als auch der Großvezier dahin geäußert, daß der Stand der Kretafrage ein günstiger sei und sie ihren akuten Charakter verloren habe. Dieser Umschwung in der Haltung der Pforte findet wohl teilweise seine Erklärung in den Versicherungen, die das neue griechische Kabinett hinsichtlich des Termines und der Zusammensetzung der in Aussicht genommenen Nationalversammlung in Konstantinopel hat abgeben lassen. Andererseits scheint die Pforte damals bereits davon in Kenntnis gewesen zu sein, daß die vier Mächte die Absicht haben, die letzte türkische Démarche mit der formellen Erklärung zu beantworten, sie würden die Entscheidung kretensischer Delegierter zur griechischen Nationalversammlung nicht zulassen, und, um dies zu verhindern, nötigenfalls die entsprechenden Maßnahmen ergreifen. Nichtsdestoweniger mußte es einigermaßen überraschen, daß die Türkei in dem Augenblicke, wo sie aller Voraussicht nach im Begriffe war, durch Festigkeit und Entschlossenheit einen moralischen und auch praktisch wertvollen Erfolg — die Reokkupation Kretas durch die Kontingente der vier Mächte — zu erzielen, sich diese günstige Gelegenheit anscheinend ohne zwingenden Grund hat entgehen lassen. Daß die Schutzmächte sich, von einer energischen türkischen Politik in die Enge getrieben, schließlich doch dazu entschlossen hätten, mit dieser Maßregel jetzt vorzugehen, scheint mir nicht zweifelhaft zu sein. Wenn wir auch angesichts

unserer strikten Reserve über die in der Kretafrage von den vier Mächten geführten Pourparlers naturgemäß nicht im einzelnen informiert sind, so gestattet doch die allgemeine Situation sowie einzelne vertrauliche Nachrichten einen sicheren Schluß auf die diesbezüglichen Intentionen der vier Kabinette. So erfahre ich aus Berlin, daß sich das römische Kabinet bei der deutschen Regierung in vertraulicher Weise angefragt habe, wie sich Deutschland zur Frage der eventuellen Wiederbesetzung Kretas stelle. Das Berliner Kabinet hat daraufhin erklärt, daß die Entscheidung dieser Frage ausschließlich von dem Ermessen der vier Mächte abhängen und daß es ihm nicht möglich sei, in dieser Richtung einen Rat zu erteilen; das Eine könne man jedoch der italienischen Regierung mitteilen, daß nach den aus Konstantinopel einlaufenden Berichten des Freiherrn von Marschall dieser der Ansicht sei, die Reokkupation wäre im Interesse der Erhaltung des Friedens als dringend notwendig zu betrachten. Auch mir gegenüber wurde von Reschid Pascha sowie von dem einen oder anderen Botschafter der Schutz-mächte dieses Thema berührt; ich habe mich darauf beschränkt, meine persönliche Ansicht gesprächsweise und unter Betonung unserer festen Absicht, in unserer Reserve zu verharren, dahin zu äußern, daß mir die Wiederbesetzung der Insel wol geeignet erschiene, den Gefahren, die sich aus einem unbedachten Vorgehen der Kretenser ergeben könnten, vorzubeugen. Inzwischen hat sich jedoch, wie oben bemerkt, die Situation wesentlich verändert: von einer Reokkupation der Insel scheint man vorderhand absehen zu wollen; trotzdem ist die Gefahr einer aus der Kretafrage sich ergebenden Komplikation mit allen ihren Konsequenzen für die Ruhe am Balkan nach der Sprache der türkischen Minister vorläufig als beseitigt anzusehen. Im Zusammenhalte mit dieser Haltung der Pforte, für die eine vollkommen ausreichende Erklärung in der Situation, soweit ich sie hier zu überblicken vermag, nicht gegeben erscheint, ist eine Meldung, die mir aus Salonik zugekommen ist, nicht ohne Interesse. Danach bestünde unter den Jung-türken eine Strömung zu Gunsten eines Zusammengehens des türkischen und griechischen Elementes gegen die Slawen. Es muß dahingestellt bleiben, ob zwischen dieser griechenfreundlichen Stimmung und der Wendung in der Kretafrage irgend ein Zusammenhang besteht. Die vorstehenden Kon-siderationen sind zu Euer Exzellenz persönlichen Kenntnissnahme bestimmt; es wird mich interessieren, aus Ihrer Berichterstattung zu entnehmen, wie Hochdieselben an Ort und Stelle die letzte Phase der kretensischen Angelegenheit beurteilen.

a) Vgl. n. 1991, 2006.

Nr. 1994. Erlaß nach Konstantinopel Nr. 352 (1), Sofia Nr. 353 (2) und Belgrad Nr. 354 (3), 10. Feb. 1910.^{a)} Konz. (S. Calice; G. Aehrenthal).

1.—3. Wie ich streng vertraulich erfahre, hat Herr Milovanović während seines hiesigen Aufenthaltes einem verlässlichen Gewährsmann gegenüber sich dahin geäußert, dass zwischen Serbien und Bulgarien bis jetzt kein Accord betreffs Macedoniens abgeschlossen worden sei. Dagegen seien die Regierungen übereingekommen, ihre nationalen Aspirationen am Balkan

gegenseitig zu respectiren und ihre Propaganda demgemäss dort einzuschränken, wo sie den Aspirationen des anderen Teils im Wege stünden. In Gemässheit dieser Politik habe Serbien seine Schulen im Vilajet Salonik, Bulgarien diejenigen in Üsküb, Kalkandelen u. a. bereits aufgehoben.

1. Ich möchte annehmen, dass die oben angeführten, von einem der Compaziscenten selbst stammenden Angaben der Wahrheit entsprechen dürften. Ich weise übrigens unter Einem die Consularämter in Salonik, Üsküb und Monastir mittelst der in Abschrift beiliegenden Weisung an, ihre etwaigen Beobachtungen im Gegenstande einzuberichten.

2.—3. Wiewohl diese Angaben zu den Euer etc. mit meinem Erlasse vom 3. 1. Mts.

2. No. 258

3. No. 259

2.—3. mitgeteilten Äusserungen Herrn Bratianos nicht ganz stimmen, so möchte ich annehmen, dass die oben angeführten, von einem der Compaziscenten selbst stammenden Angaben der Wahrheit entsprechen dürften. Ich weise übrigens unter Einem die Consularämter in Salonik, Üsküb und Monastir an, ihre etwaigen Beobachtungen im Gegenstande einzuberichten.

a) Vgl. n. 1990, 2009.

Nr. 1995. Bericht aus St. Petersburg, 28. Jan./10. Feb. 1910 Nr. 5.a)
Ausfert.

Wie bereits telegraphisch^{b)} gemeldet, hat mir Herr Iswolsky gestern, 9. Februar/27. Jänner, eine Aufzeichnung verlesen, in welcher auf den Gegenstand unserer Unterredung vom 31./18. Jänner zurückgekommen wird. Ich beehre mich, Euer Exzellenz diese Aufzeichnung^{c)} im Anbuge ganz ergebenst zu unterbreiten. — Eingangs wird bemerkt, dass es zwar nach hiesiger Anschauung vorzuziehen wäre, nicht mehr an der Frage des „Fortnightly Review“-Artikels zu rühren, dass aber die Bereitwilligkeit besteht, über eventuell diesfalls abzugebende Erklärungen gegebenen Falles das Einvernehmen zu pflegen. Im weiteren wird die Geneigtheit des kaiserlichen Kabinetes zu einem Gedankenaustausch zwischen den beiden Kabinetten über die grundlegenden Prinzipien ihrer Balkanpolitik ausgesprochen; hiebei sei jedoch zu berücksichtigen, dass unter den gegenwärtigen Umständen dieser Gedankenaustausch nicht mehr den Charakter des Accords des Jahres 1897 haben könne, sondern eine Form annehmen müsste, die die Beteiligung der anderen interessierten Mächte gestatten würde; andererseits müsste bei Formulierung der in Rede stehenden Prinzipien auf die jüngsten Aenderungen in der politischen Lage der Türkei Bedacht genommen werden. Angesichts dieser Umstände wird seitens des kaiserlichen Kabinetes der Vorschlag gemacht, nachstehende Punkte zu akzeptieren, die entweder durch Depeschenwechsel oder im Wege der Ausfertigung eines einzigen Dokumentes festgesetzt und sodann zur Kenntnis der Mächte gebracht würden. 1. Aufrechterhaltung des status quo auf der Balkanhalbinsel. 2. Angesichts der Tatsache, dass das neue Regime in der Türkei Gleichheit der Rechte für alle Völkerschaften vorgesehen habe,

Aufrechterhaltung und Konsolidierung der neuen Ordnung der Dinge. 3. Unabhängigkeit, Konsolidierung und friedliche Entwicklung der kleinen Balkanstaaten. — Hiezu möchte ich nur erwähnen, dass die in der Aufzeichnung gebrauchte Wendung: „Le Cabinet Impérial accueille volontiers l'idée d'un échange de vues entre les deux Gouvernements sur les principes dirigeants de leur politique balcanique“ mich zur Bemerkung veranlasste, es scheine eine missverständliche Auffassung insofern vorzuliegen, als ich stets nur von einem „échange de vues“, wie ein solcher die Folge des Accords von 1897 gewesen, gesprochen, nicht aber von einem „échange de vues sur les principes dirigeants de la politique balcanique“, wie eine solche den Inhalt jenes Accords bildete. — Auch hätte ich seine — des Ministers — ursprüngliche Anregung dahin verstanden, daß es sich gegenwärtig darum handeln würde, die Herstellung eines analogen Verhältnisses (Kontakt, Möglichkeit eines Gedankenaustausches von Fall zu Fall), wie ein solches in den Jahren 1897 zwischen den beiden Mächten bestanden hatte, anzubahnen. Einen anderen Gedankenaustausch anzuregen, sei mir nicht in den Sinn gekommen. Der Minister sagte, er nehme dies zur Kenntnis und lege auch gar kein Gewicht auf die Ausdrucksweise „accueille volontiers l'idée d'un échange de vues“ etc., man könnte ebenso gut sagen „entre volontiers dans un échange de vues“ etc. Dadurch aber, dass wir die Prinzipien des Accords von 1897 zum Ausgangspunkte für das anzubahnende Verhältnis genommen hätten und diese Basis für das kaiserliche Kabinet derzeit ein zu weitgehendes Engagement bedeuten möchte, werde es wohl unausweichlich sein, sich vorerst über die gemeinsam zu adoptierenden Grundsätze der Balkanpolitik zu einigen. Berchtold.

a) Vgl. n. 1996, 2000, 2003, 2004, 2007, 2072. — b) Vgl. n. 1992. — c) Beilagen.

Erste Beilage zu n. 1995. Aide Mémoire des russischen Ministers des Äußern ohne Datum (dem Botschafter in St. Petersburg überreicht 9. Feb.).^{a)} Abschrift.

Tout en étant d'avis qu'il serait préférable de ne plus toucher à la question de l'article de la „Fortnightly Review“, nous sommes prêts à nous entendre avec le Comte d'Aehrenthal pour le cas d'explications publiques à donner éventuellement à ce sujet.

Le Cabinet Impérial accueille volontiers l'idée d'un échange de vues entre les deux Gouvernements sur les principes dirigeants de leur politique balcanique; il considère cependant que dans les circonstances actuelles cet échange de vues ne pourrait plus avoir le caractère des accords de 1897 et devrait, au contraire, revêtir une forme qui permettrait d'y associer toutes les Puissances intéressées; d'autre part, en formulant les principes en question, il serait nécessaire de tenir compte des récents changements survenus dans la situation politique en Turquie.

Le Cabinet Impérial propose en conséquence à celui de Vienne d'adhérer aux points suivants qui pourraient être fixés soit par un échange de dépêches, soit à l'aide d'un instrument unique, et portés ensuite à la connaissance des Puissances.

1. Maintien du statu quo sur la Péninsule Balcanique.
 2. Le nouveau régime en Turquie ayant pris pour base l'égalité des droits pour toutes les populations, maintien et consolidation du nouvel ordre de choses.
 3. Indépendance, consolidation et développement pacifique des petits Etats balcaniques.
- a) Siehe n. 2036 Beilage, 2064 vierte Beilage.

Zweite Beilage zu n. 1995. Aide Mémoire des russischen Ministers des Äußern ohne Datum (dem Botschafter in St. Petersburg überreicht 9. Feb.).^{a)} Abschrift.

Le Cabinet Impérial considère, que, dans les circonstances actuelles, un échange de vues entre les deux Gouvernements ne pourrait plus avoir pour point de départ les principes de l'accord de 1897, mais devrait être basé sur un programme — qui d'un côté — permettrait d'y associer toutes les Puissances intéressées, d'autre part tiendrait compte des récents changements survenus dans la situation politique en Turquie.

a) Über das Verhältnis der beiden Beilagen zu einander geben die Akten keinen Aufschluß.

Tel. nach Berlin, 11. Feb. 1910 Nr. 16 (chiffr. 8 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 1997.

Tel. nach Konstantinopel, 11. Feb. 1910 Nr. 26 (chiffr. 8 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 1997.

Nr. 1996. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 11. Feb. 1910 Nr. 43 (eing. 3 U. 15 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Herr Tscharikow sagte mir gestern, dass er auf Grund einer von seiner Regierung erhaltenen Ermächtigung an hiesiger massgebender Stelle in Bezug auf den zwischen den Kabinetten von Wien und Petersburg angebahnten Ideenaustausch erklärt habe, dass es sich lediglich um die Wiederanbahnung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Regierungen handle, nicht aber um irgendwelche weitergehende Abmachungen. Der russische Botschafter fügte hinzu, dass man in türkischen Regierungskreisen bisher etwas beunruhigt war und zwar infolge des bekannten Artikels der „Neuen Freien Presse“. Pallavicini.

a) Vgl. n. 1995, 1997.

Tel. nach London, 11. Feb. 1910 Nr. 14 (chiffr. 8 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 1997.

Tel. nach Paris, 11. Feb. 1910 Nr. 15 (chiffr. 8 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 1997.

Tel. nach Rom, 11. Feb. 1910 Nr. 19 (chiffr. 8 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 1997.

Nr. 1997. Tel. nach St. Petersburg Nr. 28 (1), Berlin Nr. 16 (2), London Nr. 14 (3), Paris Nr. 15 (4), Rom Nr. 19 (5) und Konstantinopel Nr. 26 (6), 11. Feb. 1910 (chiffr. 8 U. 10 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

1.—5. Markgraf Pallavicini telegraphiert mir unterm 11. d. wie folgt: ... wie n. 1996 vom Anfang bis „weitergehende Abmachungen.“ ... Ich weise Markgraf Pallavicini unter Einem an, sich den türkischen Staatsmännern gegenüber ganz in demselben Sinne wie sein russischer Kollege auszusprechen.

1.—2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information.

2. und zur Mitteilung an die dortige Regierung.

3.—5. Euer Exzellenz wollen sich ebenfalls in gleicher Weise bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit zum Thema unserer Pourparlers mit dem St. Petersburger Kabinet, über deren Natur und Tendenz Euer Exzellenz durch mein Telegramm vom 4. d. M., Nr. 8, (beziehungsweise 7, 13,)^{b)} bereits unterrichtet sind, dem Herrn

3. Staatssekretär

4.—5. Minister

3.—5. gegenüber vernehmen lassen.

6. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 43 vom 11. d. M. erhalten. Euer Exzellenz wollen sich bei nächster Gelegenheit den türkischen Staatsmännern gegenüber hinsichtlich unserer Pourparlers mit dem St. Petersburger Kabinet, deren Natur und Tendenz Euer Exzellenz aus meinem Telegramme vom 4. d. M., Nr. 19 bereits bekannt ist, ganz in demselben Sinne wie Ihr russischer Kollege äußern. Ich stelle es Euer Exzellenz anheim, Herrn Tscharykow hievon gelegentlich zu unterrichten. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1999, 2003, 2004, 2005, 2007. — ^{b)} Vgl. n. 1984.

Nr. 1998. Tel. aus Bukarest, 12. Feb. 1910 Nr. 14 (eing. 2 U. 20 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Die Besorgnisse über die Lage am Balkan haben in der letzten Woche in Regierungskreisen einer beruhigten Auffassung Platz gemacht. Streng vertraulich. Ich hatte vor einigen Tagen eine längere diesbezügliche Unterredung mit Herrn Bratiano, in welcher er mir von der mit Euer Excellenz stattgehabten Aussprache Mitteilung machte und sich über dieselbe durchaus befriedigt äusserte. Ich benützte den sich ergebenden Anlass, um ihm gegenüber auftragsgemäss die in Erlass Nr. 254 (Schluss des vierten Alineas)^{b)} enthaltene Direktive fast wörtlich zu wiederholen. Neue Gesichtspunkte brachte Herr Bratiano hiebei nicht mehr vor. Den Inhalt des Erlasses teilte ich auch meinem deutschen Kollegen mit. Schönburg.

^{a)} Vgl. n. 2546. — ^{b)} Reicht von „Ich sagte Herrn Bratiano“ bis „Verhandlungen werde zuteil werde lassen“.

Nr. 1999. Tel. nach St. Petersburg, 15. Feb. 1910 Nr. 29 (chiff. 6 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz erhalten mit dem morgen Mittwoch abgehenden Kurier meine Antwort auf die letzten Eröffnungen Herrn Iswolskys.^{b)} Ich habe gestern dem Herrn russischen Geschäftsträger im Allgemeinen im folgenden Sinne gesprochen: Ich hätte mit Befriedigung von den Mitteilungen, die Herr Iswolsky Euer Exzellenz gegenüber gemacht hat, Kenntnis genommen. Wie jedoch bereits Hochdieselben bei deren Entgegennahme hervorgehoben hätten, handle es sich auch uns bei den gegenwärtigen Pourparlers nicht um den Abschluß eines Akkords, sondern um die Wiederherstellung des Kontaktes zwischen den beiden Kabinetten, was ja Herrn Iswolsky bei seiner Initiative vorschwebte. Ebenso wenig als das Petersburger Kabinett gegen unsere seit 1897 unverändert gebliebenen Prinzipien hatten wir eine Einwendung gegen die uns mitgeteilte Formulierung der Prinzipien des Petersburger Kabinettes zu erheben. Auf diesen Grundlagen könnten wir also jederzeit anläßlich konkreter Fälle in einen Gedankenaustausch eintreten. Mit der eben erwähnten einverständlichen Auffassung beider Kabinette über die Natur der gegenwärtigen Pourparlers scheine aber der von Herrn Iswolsky angeregte Modus, einen Despeschenaustausch oder ein instrument unique zu vereinbaren und damit an die Mächte heranzutreten, nicht ganz im Einklange zu stehen, weil dies die Herstellung eines Akkords zur Voraussetzung habe, der nicht in den beiderseitigen Intentionen liege. Mit dieser meiner Auffassung glaubte ich ganz innerhalb jener Grenzen zu bleiben, die Herr Iswolsky selbst abgesteckt habe. Meine, übrigens noch nicht in allen Einzelheiten festgesetzte Antwort, würde demnächst nach St. Petersburg abgehen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vorläufiger Information und Orientierung. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 1997. — ^{b)} Vgl. n. 2000.

Nr. 2000. Erlaß nach St. Petersburg, 16. Feb. 1910 Nr. 387.^{a)} Konz. (S. Calice; V. Musulin u. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Ich habe den Bericht Euer Exzellenz vom 10. l. M., Nr. 5, erhalten, in welchem Euer Exzellenz mir die Aufzeichnung vorlegen, die Ihnen Herr Iswolsky mit Bezug auf Ihre Erklärung vom 21. v. M. verlesen hat. Gleichfalls in Form einer Aufzeichnung übermittle ich Euer Exzellenz in der Anlage unsere Antwort auf die Mitteilungen Herrn Iswolskys.^{b)} Euer Exzellenz wollen den Inhalt dieser Aufzeichnung mündlich zur Kenntnis des Herrn russischen Ministers bringen und diesem nach Analogie des von ihm geübten Vorganges eine Abschrift derselben übergeben. Wie Euer Exzellenz dem Texte unserer Antwort entnehmen werden, haben wir vor allem mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß Herr Iswolsky damit einverstanden ist, sich behufs eventueller öffentlicher Erklärungen in Sachen der Artikel der „Fortnightly Review“ mit uns ins Einvernehmen zu setzen. Die politische Seite seiner Mitteilungen anlangend, haben wir zunächst festgestellt, dass auch wir nicht an eine Erneuerung des Accords vom Jahre 1897 gedacht hätten, dass es uns vielmehr nur darum gehandelt

hätte festzustellen, dass unsere politischen Prinzipien, die seit dem Jahre 1897 unverändert geblieben wären, uns jederzeit gestatteten, die politische Conversation mit dem Petersburger Cabinet wieder aufzunehmen. Da es sich sonach weder nach Herrn Iswolskys Wunsche noch nach unserer Auffassung um den Abschluss eines neuen Accords handelt, haben wir auch nicht geglaubt, auf die Idee Herrn Iswolskys eingehen zu sollen, der für die Constatirung des sehr erfreulichen Umstandes, dass die Prinzipien unserer und der russischen Balkanpolitik sich auch heute sehr wohl vereinbaren ließen, da sie beide auf die unveränderte Aufrechterhaltung des status quo abzielten, die Form eines Notenaustausches oder eines gemeinschaftlichen Instrumentes sowie eine Mittheilung an die Mächte hierüber ins Auge gefaßt hatte. Wir schlagen statt dessen Herrn Iswolsky die Publizirung von Communiqués vor, die, ohne gleichlautend sein zu müssen, beiläufig den am Schlusse der französischen Aufzeichnung skizzirten Inhalt haben könnten. Falls Herr Iswolsky auf meine Anregung eingeht, ersuche ich Euer Exzellenz, mich hievon telegrafisch zu verständigen. Ich würde Euer Exzellenz sodann den Text der unsererits an die Presse zu gelangenden Mittheilung zusenden. Mit meinem heute abgehenden Telegramme Nr. 29 theile ich Euer Exzellenz den Inhalt einer Unterredung mit Herrn Sverbéew mit, in welcher ich diesem allgemeine Andeutungen über unsere Antwort an das russische Cabinet machte.

a) Vgl. n. 2001, 2071. — b) Beilage.

Beilage zu n. 2000. Aide Mémoire für den russ. Minister des Äußern, 16. Feb. 1910 (dem russ. Minister des Äußern überreicht 19. Feb.).^{a)} Abschrift.

Nous avons appris avec satisfaction que Monsieur Iswolsky est prêt à s'entendre avec nous sur des explications publiques à donner éventuellement au sujet des articles de la „Fortnightly Review“. Pas plus que Monsieur Iswolsky, nous n'avons songé à revenir par les présents pourparlers à l'accord de 1897. En saluant avec sympathie l'initiative du Cabinet Impérial quant à un rapprochement entre les deux Gouvernements, nous nous sommes empressés de constater que nos principes politiques qui n'avaient pas changé depuis 1897 nous permettaient en tout temps de reprendre la conversation. Dans sa réponse le Cabinet de St. Pétersbourg n'élève pas d'objections contre ces principes; de son côté il précise en trois points la formule concernant la sauvegarde du statu quo dans la Péninsule Balcanique, but vers lequel convergent donc les tendances politiques des deux Cabinets. Actuellement le statu quo dans les Balcans ne se trouve pas menacé; il ne saurait l'être que par des désordres intérieurs ou des conflits armés entre les Etats de la Péninsule. Si à l'avenir de pareilles éventualités se produisaient, un nouvel échange de vues entre les deux Cabinets pourrait être utile; rien ne s'oppose à ce que le résultat d'un pareil échange de vues soit alors communiqué aux Puissances sous une forme qui leur permette de s'y associer. A l'heure qu'il est où les deux Cabinets désirent reprendre un contact politique dans les affaires d'Orient, il suffira de constater cette disposition par le moyen d'un

communiqué. Dans cette publication chacun des deux Gouvernements déclarerait que l'échange de vues survenu récemment a eu un résultat satisfaisant, que les Cabinets en se donnant mutuellement connaissance des principes de leur politique ont reconnu que ces principes leur permettraient d'entrer en rapport toutes les fois que la situation dans les Balcons en démontrera l'opportunité.

a) Siehe fünfte Beilage zu n. 2064. Danach wäre das Aide Mémoire erst am 20. Februar überreicht worden, vgl. dagegen n. 2008.

Nr. 2001. Erlaß nach St. Petersburg, 16. Feb. 1910 Nr. 388.^{a)} Konz. (S. Calice; V. Musulin u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Mit meinem gleichzeitigen Erlasse No. 387 übermittle ich Euer Exzellenz den Text der Aufzeichnung,^{b)} der unsere Antwort auf die Ihnen am 9. l. M. gewordene russische Mitteilung enthält. Wie Euer Exzellenz aus diesem Erlasse ersehen, sind wir auf den Gedanken Herrn Iswolskys, die Prinzipien unserer und der russischen Balkan-Politik in auszutauschenden Depeschen oder in einem einzigen Instrumente niederzulegen, nicht eingegangen. Wir haben dies deshalb so gehalten, weil die Absicht des Herrn russischen Ministers zu offensichtlich war, sich vor dem europäischen Areopag das Verdienst zu vindizieren, uns neuerlich auf den Status quo am Balkan verpflichtet zu haben. Für die Ablehnung seiner Anregung Herrn Iswolsky gegenüber und für die Begründung unseres Vorschlags, die Convergenz unserer beiderseitigen politischen Prinzipien in 2 Communiqués zum Ausdruck zu bringen, waren wir in der Lage, sehr plausible Motive anzuführen: Herr Iswolsky wünscht keinen Accord mit uns und wir stehen auf demselben Standpunkte. Die Form einer gemeinschaftlichen Erklärung an die Mächte hätte daher keine raison d'être und dies umso weniger, als der status quo am Balkan, um dessen Erhaltung es sich ja handelt, gegenwärtig keineswegs bedroht ist. Wir sind hingegen bereit, die Konversation mit dem Petersburger Cabinet in jedem zukünftigen Momente aufzunehmen, wo eine effektive Bedrohung des status quo sich ergeben sollte. In jenem Augenblicke hätten wir natürlich nicht nur nichts dawider, daß das Resultat unserer Besprechungen eventuell zur Kenntnis der Mächte gebracht werde, sondern es scheint uns, insoweit sich heute die fernere Entwicklung überblicken läßt, daß in solchem Falle die Verständigung aller Mächte unseren Interessen durchaus entsprechen würde. Indem ich noch bemerke, daß die vorstehenden Ausführungen natürlich nur zu Euer Exzellenz persönlichen Information und Orientirung bestimmt sind, erneuere ich etc.

a) Vgl. n. 2003, 2004, 2007, 2008, 2037, 2227 Anm. d. — b) Vgl. Beilage zu n. 2000.

Nr. 2002. Privatschreiben an den Chef des Generalstabs, 16. Feb. 1910.^{a)} Abschrift.

Geheim. Euer Exzellenz im Allerhöchsten Auftrage an mich gerichtetes Schreiben vom 7. d. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und möchte zunächst der Anschauung vollkommen beipflichten, daß für den

Fall, als ein Konflikt Österreich-Ungarns und Deutschlands mit Rußland unvermeidlich wäre und unmittelbar bevorstünde, Klarheit darüber geschaffen werden müßte, wer den Verbündeten als Freund oder Feind gegenüber steht. Ich habe wiederholt Gelegenheit genommen, der Ansicht Ausdruck zu geben, daß Rußland auf Jahre hinaus außer Stande ist, eine aktive Politik zu führen und glaube annehmen zu dürfen, daß Euer Exzellenz diese Ansicht teilen. Sollte jedoch Rußland trotzdem in die Gefahren einer aggressiven Richtung im nahen Orient sich begeben und hiebei in einen Gegensatz zu uns und Deutschland geraten oder gar uns beide bedrohen, erschiene es mir vollkommen zweckentsprechend, die von Euer Exzellenz in Aussicht genommene Klarstellung der Verhältnisse herbeizuführen. Obwohl sich unsere Lage in diesem Falle von jener Deutschlands insofern unterscheiden würde, als wir es mit einem Alliierten zu tun hätten, würde ich es dennoch für nötig halten, daß wir uns durch eine konzise Fragestellung und Bestehen auf eine sofortige Antwort die erforderliche Sicherheit verschaffen. Ich möchte noch die Ansicht hier aussprechen, daß wenn wir gezwungen sein sollten, eine solche Sprache zu führen, dies jedenfalls genügen dürfte, um die betreffenden Mächte zur Einhaltung der Neutralität zu bewegen. Was die Schlußbemerkungen des Schreibens Euer Exzellenz anbelangt, möchte ich auf die in meiner Denkschrift vom 15. August v. J. enthaltenen Ausführungen verweisen und hinzufügen, daß es den politischen Interessen Österreich-Ungarns und Deutschlands vollkommen entspricht, wenn beide Mächte konsequent darauf hinarbeiten, nach und nach mit Rußland freundschaftlichere Beziehungen anzuknüpfen.

a) Vgl. n. 2475.

Nr. 2003. Erlaß nach Konstantinopel, 17. Feb. 1910 Nr. 433.a) Konz. (S. Calice; V. u. G. Pogatscher).

Streng vertraulich. Mit meinem Telegramme vom 1. l. M. Nr. 17, habe ich Euer Exzellenz mitgeteilt, daß ich die Eröffnungen Herrn Iswolskys, betreffend eine Wiederannäherung der beiden Cabinete, sympathisch aufgenommen habe und daß ich dem Herrn russischen Minister sagen ließ, daß ich zu einer versöhnlichen Aussprache mich stets bereit fände. Weiterhin habe ich Euer Exzellenz durch mein Telegramm vom 4. l. M., Nr. 19, von meiner denselben Gegenstand betreffenden Unterredung mit Sir F. L. Cartwright Kenntnis gegeben und endlich Euer Exzellenz durch mein Telegramm vom 11. l. M., Nr. 26, in Übereinstimmung mit der von Euer Exzellenz einberichteten Sprache Ihres russischen Collegen darüber neuerdings informiert, daß es sich bei den gegenwärtigen Pourparlers mit dem russischen Cabinete nicht um weitergehende Abmachungen, sondern bloß um eine *détente* und um die Wiederaufnahme des politischen Contactes zwischen den beiden Regierungen handelt. Graf Berchtold hat sich inzwischen seines Auftrages bei dem Herrn russischen Minister des Äußern entledigt und am 9. d. M. die Rückäußerung desselben in Form einer Aufzeichnung entgegengenommen. Ich übermittle Euer Exzellenz beiliegend eine Abschrift dieser Notiz,^{b)} die mir Graf Berchtold mit seinem Berichte vom 10. d. M., Nr. 5, vorgelegt hat. Meine Gegenäußerung an das russische

Cabinet finden Euer Exzellenz in der Beilage des hier gleichfalls abschriftlich anverwahrten Erlasses vom 16. d. M., Nr. 387. Dieser Erlaß, wie die ihn begleitende gleichfalls hier beigeschlossene streng vertrauliche Weisung No. 388 vom gleichen Datum geben Euer Exzellenz vollkommenen Aufschluß über unsere Auffassung der gegenwärtigen russisch-österreichischen Beziehungen und die Entwicklung, die wir denselben in Zukunft zu geben wünschen. Obige Piècen dienen zu Ihrer allgemeinen Orientierung, falls der Gegenstand Ihnen gegenüber berührt würde, wobei der an letzter Stelle genannte streng vertrauliche Erlaß ausschließlich zu Euer Exzellenz persönlichen Kenntniss bestimmt ist.

a) Vgl. n. 2004, 2225. — b) n. 1995 Beilage 1.

Nr. 2004. Erlaß nach Rom, 17. Feb. 1910 Nr. 428.^a) Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Mit meinem Telegramm vom 1. l. Mts., Nr. 10, habe ich Euer Exzellenz mitgeteilt, daß ich die Eröffnungen Herrn Iswolskys, betreffend eine Wiederannäherung der beiden Cabinete, sympathisch aufgenommen habe und daß ich dem Herrn russischen Minister sagen ließ, daß ich zu einer persönlichen Aussprache mich stets bereit fände. Weiterhin habe ich Euer Exzellenz durch mein Telegramm vom 4. l. Mts., Nr. 13, von meiner denselben Gegenstand betreffenden Unterredung mit Sir. F. L. Cartwright Kenntniss gegeben und endlich Euer Exzellenz durch mein Telegramm vom 11. l. Mts., Nr. 19, darüber neuerdings informirt, daß es sich bei den gegenwärtigen pourparlers mit dem russischen Cabinete nicht um weitergehende Abmachungen, sondern blos um die Wiederanbahnung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Regierungen handle. Graf Berchtold hat sich inzwischen seines Auftrages bei dem Herrn russischen Minister des Äußern entledigt und am 9. l. Mts. die Rückäußerung desselben in Form einer Aufzeichnung entgegengenommen. Ich übermittle Euer Exzellenz anliegend eine Abschrift dieser Notiz, die mir Graf Berchtold mit seinem Berichte vom 10. l. M., Nr. 5, vorgelegt hat und auf die sich offenbar die Bemerkungen beziehen, die Graf Guicciardini Euer Exzellenz laut Ihres Telegrammes vom 13. l. Mts., Nr. 27,^b) gemacht hat. Meine Gegenäußerung an das russische Cabinet finden Euer Exzellenz in der Beilage des hier gleichfalls abschriftlich anverwahrten Erlasses vom 16. l. Mts., Nr. 387. Dieser Erlaß ebenso wie die ihn begleitende streng vertrauliche Weisung No. 388 vom gleichen Datum — ich schließe sie gleichfalls hier an — geben Euer Exzellenz den vollkommensten Aufschluß über unsere Auffassung der gegenwärtigen russisch-österreichischen Beziehungen und die Entwicklung, die wir denselben in Zukunft zu geben wünschen. Insbesondere ist aus diesen Piècen zu entnehmen, daß es sich entgegen der Annahme Grafen Guicciardinis bei den pourparlers mit St. Petersburg keineswegs um den Abschluß eines accords, sondern lediglich um eine détente, die Wiederaufnahme des politischen Contactes sowie um die Constatirung handelt, daß unsere beiderseitigen politischen Principien uns diese Wiederaufnahme gestatten. In diesem

Sinne habe ich mich auch vorgestern zu Herzog Avarna, als ich ihn über den Inhalt unserer Rückäußerung an das Petersburger Cabinet informirte, ausgesprochen und darauf hingewiesen, daß sich unsere Besprechungen mit Herrn Iswolsky ganz auf der von uns dem italienischen Cabinet bereits bekannt gegebenen Linie bewegt hätten. Ich ermächtigte Euer Exzellenz, von dem Inhalte des Erlasses Nr. 387 (der streng vertrauliche Erlaß Nr. 388 ist nur zu Euer Exzellenz rein persönlichen Kenntniss bestimmt) dem Herrn italienischen Minister des Äußern Mitteilung zu machen und ihm unsere Antwort an das Petersburger Cabinet vorzulesen, ohne indessen von derselben eine Abschrift zu hinterlassen.

^{a)} Vgl. n. 2003, 2005. — ^{b)} Mit Tel. vom 13. Feb. 1910 Nr. 27 wird aus Rom berichtet, daß der italienische Außenminister Graf Guicciardini in ziemlich verschwommenen Ausdrücken von einer russischen Anregung zur Herstellung eines Akkordes gesprochen und um Aufklärung gebeten habe, falls der Botschafter hierüber Nachrichten aus Wien erhalten sollte.

Nr. 2005. Tel. nach Bukarest, 18. Feb. 1910 Nr. 8 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Gelegentlich Ihrer Rückkehr nach Bukarest dürfte es Euer Durchlaucht erwünscht sein, Informationen über die gegenwärtig schwebenden österreichisch-russischen Pourparlers zu erhalten, über deren Tendenz Euer Durchlaucht bereits durch meine Telegramme an Grafen Mensdorff und Grafen Berchtold Nr. 8 und Nr. 28 vom 4. und 11. I. M. (siehe die betreffenden Curier-Mitteilungen) informirt sind. Im Sinne dieser Telegramme können Euer Durchlaucht Seiner Majestät dem König sowie Herrn Bratiano und eventuell auch dem Minister des Äußern gegenüber streng vertraulich darauf hinweisen, daß es sich bei der Wiederannäherung zwischen der Monarchie und Rußland nicht um den Abschluß eines Accords gehandelt habe; die Pourparlers bezweckten lediglich, eine *détente* herbeizuführen und festzustellen, daß die beiderseitigen politischen Principien, die auf die Erhaltung des status quo am Balkan convergierten, die Wiederaufnahme des politischen Contactes gestatteten. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 2004, 2007.

Nr. 2006. Privatschreiben nach London, 18. Feb. 1910.^{a)} Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Aehrenthal).

Vertraulich. Als die infolge der Einberufung der griechischen Nationalversammlung hervorgerufene Beunruhigung auf dem Balkan am Höhepunkt war, fand sich der englische Botschafter bei mir ein, um meine Auffassung über die Lage kennen zu lernen. Ich habe unter unzweideutiger Aufrechterhaltung des für uns massgebenden und Euer Exzellenz bekannten Standpunktes Sir F. Cartwright zu verstehen gegeben, dass nach meiner Meinung die Reoccupation Kretas durch die Schutzmächte das einfachste und sicherste Mittel wäre, um den Frieden zu erhalten. Der englische Botschafter, mit welchem ich, wie Euer Exzellenz wissen, sehr gute Beziehungen unterhalte, stellte nunmehr in der ihm eigenthümlichen, etwas unzusammenhängenden Weise einige weitere Fragen an mich. Er wollte

darüber Aufschluss erlangen, wie wir uns zu verhalten gedächten, wenn es zwischen der Türkei und Griechenland zu Feindseligkeiten käme. Ich habe demgegenüber ausgeführt, dass es den Schutzmächten obliegen werde, durch effective Massnahmen auf Kreta einer solchen Entwicklung vorzubeugen. Jedenfalls werde das Wiener Cabinet das seinige thun, um durch entsprechende Rathschläge in Constantinopel und Athen calmirend einzuwirken. Die Wissbegierde meines Mitredners war aber hiemit noch nicht befriedigt. Unter Hinweis auf dem Umstand, dass ein türkisch-griechischer Krieg die Situation in Macedonien verschärfen und in weiterer Folge einen Conflict zwischen der Türkei und Bulgarien hervorrufen müsste, fragte er, wie Österreich-Ungarn sich in letzterem Falle verhalten würde? Ich habe es abgelehnt, auf diese Eventualität, welche ich als eine unwahrscheinliche bezeichnete, einzugehen, und habe mich darauf beschränkt zu bemerken, dass wir, sobald die Gefahr eines solchen Zusammenstosses heranrücken sollte, im Vereine mit den anderen Mächten Bulgarien und Serbien vor gefährlichen Abenteuern warnen würden. Ich glaube annehmen zu sollen, dass Sir Fairfax diese Fragen aus eigenem Antriebe an mich gerichtet hat, ohne von seiner Regierung hiezu beauftragt zu sein. Infolge der inzwischen auf dem Balkan eingetretenen Beruhigung hat das Thema, welches den Gegenstand des vorstehenden Gespräches bildete, allerdings an Aktualität verloren. Um mich jedoch über die seitens des englischen Botschafters in seinen Conversationen angewendete Methode zu orientieren, wäre es für mich von Interesse zu erfahren, ob Euer Exzellenz Anhaltspunkte dafür zu haben glauben, dass Sir Fairfax die in Rede stehenden Erkundigungen auf Wunsch seiner Regierung einzuziehen versucht hat. Ich denke hiebei nicht an vertrauliche Sondierung bei eingeweihten Personen, sondern nur um Bekanntgabe Ihrer allgemeinen Wahrnehmungen, die Sie gegebenen Falls auch, unter Berücksichtigung der gegenwärtig etwas gebesserten, aber noch lange nicht geklärten griechisch-türkischen Beziehungen, fortsetzen können. Beim gestrigen Besuch des englischen Botschafters constatirten wir die erfreuliche Wendung der Dinge und ich nahm den Anlass wahr, um diese détente auf die energische Sprache der Schutzmächte in Creta und Athen zurückzuführen. — Wir begegneten uns in dem Gedanken, dass, insolange ein türkisch-griechischer Krieg wegen Creta verhütet werden kann, eine wirkliche Bedrohung des Friedens auf dem Balkan in der nächsten Zukunft nicht zu gewärtigen ist.

a) Vgl. n. 1993, 2019, 2020.

*Nr. 2007. Erlaß nach London Nr. 454 (1) und Paris Nr. 455 (2), 19. Feb. 1910.*a) Konz. (S. Calice; V. u. G. Aehrenthal).

1. u. 2. Streng vertraulich. Mit meinem Telegramme

1. No. 8

2. No. 7

1. u. 2. vom 4. I. M. habe ich Euer Exzellenz von einem Gespräche Kenntnis gegeben, das ich mit Sir F. L. Cartwright über das Thema einer österreichisch-russischen Annäherung gehabt hatte. Denselben Gegenstand betraf auch mein Telegramm vom 11. I. Mts.

1. Nr. 14

2. Nr. 15,

1. u. 2. in welchem ich Euer Exzellenz darüber informirte, daß es sich bei den gegenwärtigen Pourparlers mit dem russischen Cabinet nicht um weitergehende Abmachungen, sondern bloß um eine détente und die Wiedererlangung des politischen Contactes zwischen den beiden Regierungen handelt. Graf Berchtold hat inzwischen meine Bereitwilligkeit zu einer Aussprache im obigen Sinne dem russischen Herrn Minister auftragsgemäß bekanntgegeben und am 9. l. Mts. die Rückäußerung desselben in Form einer Aufzeichnung entgegengenommen. Ich übermittle Euer Exzellenz beiliegend eine Abschrift dieser Notiz, die mir Graf Berchtold mit seinem Berichte vom 10. l. Mts., Nr. 5, vorgelegt hat. Meine Gegenäußerung an das russische Cabinet finden Euer Exzellenz in der Beilage des hier gleichfalls abschriftlich anverwahrten Erlasses vom 16. l. Mts., Nr. 387. Dieser Erlaß, wie die ihn begleitende, ebenfalls hier mitfolgende streng vertrauliche Weisung No. 388 vom gleichen Tage geben Euer Exzellenz vollkommenen Aufschluß über unsere Auffassung der gegenwärtigen österreichisch-russischen Beziehungen und die Entwicklung, die wir denselben in Zukunft zu geben wünschen. Euer Exzellenz können den Inhalt unserer Antwort an das russische Cabinet in allgemeinen Zügen dem Herrn

1. Staatssekretär

2. Minister des Äußern

1. u. 2. gegenüber entwickeln, aber nur dann, wenn dieser das Thema des Gedankenaustausches zwischen Wien und St. Petersburg berühren sollte. Ich brauche wohl nicht ausdrücklich zu bemerken, daß der ob erwähnte streng vertrauliche Erlaß lediglich zu Euer Exzellenz rein persönlichen Orientirung zu dienen hat.

1. Euer Exzellenz wollen im Falle eines einschlägigen Gespräches darlegen, daß es sich uns nur darum handelt, die noch von der Annexionskrise her stammende Spannung zu beseitigen und mit dem russischen Cabinet in ähnliche freundschaftliche normale Beziehungen zu treten, wie sie beispielsweise zwischen uns und der englischen Regierung bestehen. Ich habe im Sinne des Voranstehenden auch meinerseits mit Sir F. L. Cartwright gesprochen.

2. Ich habe im Sinne dieser Ausführungen auch meinerseits mit Herrn Crozier gesprochen.

a) Vgl. n. 2005, 2008, 2019.

Erlaß nach Paris, 19. Feb. 1910 Nr. 455. Siehe n. 2007.

Nr. 2008. Tel. aus St. Petersburg, 19. Feb. 1910 Nr. 27 (eing. 20. Feb. 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Zum Erlass vom 16. dieses Monats Nr. 388. Herr Iswolsky, dem ich heute Euer Exzellenz Antwort mittheilte, erklärte, derzeit in keiner Weise zum Vorschlage Stellung nehmen zu können und vorerst denselben genauem Studium unterziehen zu müssen.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 2007, 2011.

*Nr. 2009. Bericht aus Cetinje, 21. Feb. 1910 Nr. 17 A (eing. 24. Feb.).^{a)}
Ausfert.*

Streng geheim. Von eingeweihter Seite wurden mir über ein angebliches neues Komplott gegen den Fürsten Nikolaus folgende Angaben gemacht: Am 15. Jänner l. J. erhielt der Fürst durch eine Vertrauensperson in Belgrad die bestimmte Mitteilung, dass von den Verschworenen in Belgrad sich 2 junge Leute freiwillig gemeldet hätten, um, unter Preisgebung des eigenen Lebens, den Fürsten zu töten. Das Attentat soll im April l. J. zur Ausführung gelangen. Später verdichteten sich diese Nachrichten immer mehr und sah sich der Fürst veranlasst, in diesen Tagen 4 Personen nach Serbien zu senden, mit dem Auftrage, die Fäden des Komplottes aufzudecken und womöglich der Beweise und Dokumente habhaft zu werden. Zwei von diesen nach Belgrad entsendeten Personen sind mir bekannt, es sind dies ein Mitglied der zahlreichen Familie Popović, welcher auch der Generaladjutant des Fürsten angehört, ein junger Bankbeamte und ein gewisser Kusovac, Postbeamte hier. Letzterer wird die Schriften, deren er habhaft werden kann, nach Wien an den dortselbst sich aufhaltenden Bruder des General Martinović senden. Der Dirigent der Verschwörung, welche in erster Linie gegen das Leben des Fürsten Nikita gerichtet ist, in weiterer Folge aber die Entfernung der ganzen Dynastie bezweckt, soll der Finanzminister Protić, der alter ego des Ministerpräsidenten Pašić sein. Die Gegenaktion von hier leitet General Martinović. Die Mitwissenschaft des Königs Peter wird hier als selbstverständlich angenommen. Die Beziehungen des Fürsten zum hiesigen serbischen Gesandten Petković sind demgemäß äusserst gespannte. Vor ungefähr 10 Tagen liess der Fürst Petković rufen und forderte ihn unter einer Flut von Vorwürfen auf, abzureisen, indem er ihn als Minister des Königs Peter vielleicht noch dulden könnte, mit dem Vertreter der serbischen Regierung aber nichts zu tun haben wolle. Petković war bereit abzureisen, nahm aber früher noch den Rat des russischen Geschäftsträgers in Anspruch, welcher vermittelte und nach einigen Tagen dem Fürsten die bestimmte Willensmeinung der russischen Regierung mitteilen konnte, nach welcher von einem Abbruche der diplomatischen Beziehungen mit Serbien im gegenwärtigen Momente keine Rede sein dürfe und es im Gegenteile angezeigt scheine, in Belgrad eine montenegrinische Legation zu errichten. Es ist mir schon bei meinem Herkommen aufgefallen, dass der serbische Minister und seine Familie den grössten Teil der Koffer unter dem Prätexte gepackt halten, in den nächsten Tagen zu mehrwöchigem Aufenthalte nach Ragusa abreisen zu wollen. Zu dieser Abreise kam es bisher nicht, und deutet diese Bereitschaft darauf hin, dass Petković für eine eventuelle schleunige Abreise bereit sein wollte. Nicht allein in den dem Hofe nahestehenden Kreisen ist man auf Serbien schlecht zu sprechen und der Hass gegen das Bruder-volk auch unter den Offizieren ziemlich lebhaft, — die Idee einer slavischen Balkankonföderation^{b)} hat hier jedenfalls nicht viel Fortschritte gemacht. Ein Mitglied der Regierung äusserte sich mir gegenüber dieser Tage: „Wären wir mit Serbien Grenznachbarn, wir wären schon längst handgemein geworden.“ Über die Ergebnisse der Konterspionage in Belgrad

hoffe ich informiert zu werden und dann nicht versäumen,^{c)} Euerer Exzellenz zu berichten. Giesl.

a) Vgl. n. 1959, 2025. — b) Vgl. n. 1990, 1994, 2010. — c) So!

Unterredungen mit dem deutschen Kaiser Wilhelm II. u. dem deutschen Reichskanzler, 22. bis 23. Feb. 1910. Siehe n. 2024.

Nr. 2010. Bericht aus Konstantinopel, 23. Feb. 1910 Nr. 10 F (eing. 26. Feb.).^{a)} Ausfert.

Rifaat Pascha sagte mir anlässlich meines vorgestrigen Pfortenbesuches, dass er über die Absicht des serbischen Ministers des Äussern, Herrn Milovanovitsch, nach Constantinopel zu kommen durch einen Bericht des türkischen Gesandten in Belgrad unterrichtet sei. Letzterem habe Herr Milovanovitsch von seiner Absicht gesprochen und gesagt, er werde in Constantinopel Gelegenheit nehmen, die türkische Regierung von den friedfertigen und der Türkei freundlichen Gesinnungen Serbiens zu versichern. Ob und welche weitere Pläne Herr Milovanovitsch an seine Constantinopeler Reise knüpfe, sei ihm (Rifaat) unbekannt; doch müsse es wohl natürlich erscheinen, dass der serbische Minister des Äussern nach seiner Tournée in den übrigen europäischen Hauptstädten nunmehr auch die türkische Residenzstadt aufsuche. Die obigen Erklärungen Rifaat Paschas würden eher den Verdacht bestätigen, dass es sich bei der Reise Herrn Milovanovitschs um die bekannte, von Russland patronisierte Idee des Zusammenschlusses der Balkanstaaten handeln könnte. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2009 Anm. b, 2012, 2026.

Nr. 2011. Bericht aus St. Petersburg, 12./25. Feb. 1910 Nr. 6 A (eing. 27. Feb.).^{a)} Ausfert.

Wie bereits mittelst ergebensten Telegrammes Nr. 27 vom 6./19. l. M. gemeldet, hatte ich an diesem Tage dem Minister des Äußern die mir von Euer Exzellenz im Anschlusse an den hohen Erlaß No. 387 vom 16. d. M. herabgemittelte Aufzeichnung zur Kenntnis gebracht, unter Hinterlassung einer Abschrift dieser Mitteilung. Der Herr Minister hatte damals meine Eröffnung mit einer kühlen Reserve entgegengenommen und sich nach lautloser Durchsichtnahme des Schriftstückes bloß zur Bemerkung herbeigelassen, er müsse sich ein reifliches Studium unserer Antwort vorbehalten, bevor er irgendwie dazu Stellung nehmen könne. Gestern — d. i. am 11./24. l. M. — hat mich Herr Iswolsky zu sich beschieden, um mir die Replik des St. Petersburger Kabinetes auf unsere vorgedachte Mitteilung zu verlesen und die diesbezügliche Aufzeichnung — deren Kopie ich mir anverwahrt zu unterbreiten erlaube — einzuhändigen.^{b)} — Wie Euer Exzellenz bereits meinem gestrigen Telegramme Nr. 28^{c)} entnommen haben werden und in dem Allegate bestätigt finden wollen, konstatiert die hiesige Regierung vor allem „mit lebhafter Befriedigung“, dass seitens der österreichisch-ungarischen Regierung kein Einwand gegen die drei im letzten russischen Memorandum formulierten Punkte erhoben werde. Es erscheine

somit festgestellt, daß eine vollkommene „conformité de principes politiques“ zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn auf dem Terrain des Balkanproblems bestehe. Unter Bewillkommung dieses glücklichen Ergebnisses der kürzlich zwischen den beiden Kabinetten geführten Pourparlers wird die Ansicht ausgesprochen, daß der Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Kabinetten von nun an nichts im Wege stehe; auch werde der russische Vertreter in Wien mit sinngemäßen Instruktionen versehen werden. Auf der anderen Seite wird die Anschauung vertreten, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein einfaches Kom-muniqué in der vom Wiener Kabinette geplanten Form nicht genügen möchte und daß es im Interesse des allgemeinen Friedens nützlich wäre, schon jetzt die anderen Kabinette den von Russland und Oesterreich-Ungarn anerkannten politischen Prinzipien zu associiren, auf daß, wenn irgend welche Eventualitäten den status quo bedrohen sollten, ein rascher Meinungs-austausch unter allen interessierten Mächten ermöglicht würde. „Dans l'espoir“ heißt es schließlich „que le Gouvernement Austro-Hongrois voudra bien reconnaître l'esprit pacifique et conciliateur dont s'inspire le Cabinet Impérial, nous croyons devoir renouveler notre proposition de communiquer aux autres Cabinets dans telle forme qui paraîtra la plus convenable les points sur lesquels les deux Cabinets se trouvent déjà si heureusement d'accord“. Obwohl die in dieser Replik zum Ausdruck kommende Auf-fassung des St. Petersburger Kabinettes bezüglich der Heranziehung der übrigen interessierten Regierungen dem dieser Frage gewidmeten Passus unseres Memorandums nicht conform ist, glaubte ich mich darauf beschränken zu sollen, diesen Umstand zu relevieren, ohne einer gegenständlichen Er-örterung näherzutreten, umsomehr als es mir daran gelegen war, einerseits den Entschlüssen Euer Exzellenz in keiner Weise vorzugreifen und andererseits nicht den Anstoss zu geben zu einer Diskussion, in die sich die Gegenpartei schwerlich eingelassen hätte. Berchtold.

a) Vgl. n. 2013, 2017, 2036, 2071. — b) Beilage. — c) Dieses Tel. (eing. 25. Feb. 9 U. a. m.) gibt den Inhalt des russischen Aide Mémoire kurz wieder.

Beilage zu n. 2011. Aide Mémoire des russischen Ministers des Äußern, ohne Datum (dem St. Petersburger Botschafter überreicht am 11./24. Feb. 1910).^{a)} Abschrift.

Ayant attentivement examiné l'aide-mémoire remis le 7/20^{b)} Février par le Comte Berchtold, nous constatons avec une vive satisfaction que le Gouvernement Austro-Hongrois ne fait aucune objection aux trois points formulés dans le dernier aide-mémoire du Cabinet Impérial. Il nous paraît donc acquis qu'il existe une entière conformité de principes politiques entre la Russie et l'Autriche-Hongrie sur le terrain balcanique; en nous félicitant de cet heureux résultat des pourparlers qui viennent d'avoir lieu entre les deux Cabinets, nous pensons que rien ne s'oppose désormais à la reprise entre ceux-ci de relations diplomatiques normales et le Représentant de la Russie à Vienne ne manquera pas de recevoir des instructions dans ce sens. D'autre part nous sommes d'avis que dans les circonstances actuelles

un simple communiqué dans la forme projetée par le Cabinet de Vienne ne serait pas suffisant, et que dans l'intérêt de la paix générale, il serait utile d'associer dès à présent les autres Cabinets aux principes politiques professés en commun par la Russie et par l'Autriche-Hongrie, afin que, si des éventualités quelconques viennent à menacer le statu quo, un échange de vues puisse promptement s'établir entre toutes les Puissances intéressées. Dans l'espoir que le Gouvernement Austro-Hongrois voudra bien reconnaître l'esprit pacifique et conciliateur dont s'inspire le Cabinet Impérial, nous croyons devoir renouveler notre proposition de communiquer aux autres Cabinets, dans telle forme qui paraîtra la plus convenable, les points sur lesquelles les deux Cabinets de St. Pétersbourg et de Vienne se trouvent déjà si heureusement d'accord.

a) Vgl. Sechste Beilage zu n. 2064. — b) Amtsvermerk: Tatsächlich bereits am 6./19. Feb. überreicht. Vgl. n. 2008.

Nr. 2012. Bericht aus St. Petersburg, 14./27. Feb. 1910 Nr. 7 B (eing. 2. März.).^{a)} Ausfert.

Im Laufe der am 13./26. d. M. zu Ehren Ihrer Majestäten des Königs und der Königin von Bulgarien beim bulgarischen Gesandten Herrn Tzokoff stattgehabten Soirée geruhte Königin Eleonore mich in eine längere Unterredung politischen Inhaltes zu ziehen. Ausgehend von den herzlichen Beziehungen, welche die höchste Frau in vergangenen Tagen zu meiner Frau und zu mir unterhalten, bat mich Höchstdieselbe ganz offen sprechen zu dürfen. Ihre Majestät findet es tief beklagenswerth, dass eine fühlbare Entfremdung an Stelle des seinerzeit so freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Wien und Sofia getreten sei. Sie wisse wohl, dass die Freundschaftsbeziehungen des Königs Ferdinand für Serbien die Ursache dieser Entfremdung seien. Man solle aber den Umständen Rechnung tragen, unter deren Drucke diese Kundgebungen erfolgten. Der bulgarische Bauer benötigt billiges Zugvieh zur Bestellung seines Ackers. Dasselbe werde zum Theile aus Serbien eingeführt. Es handelt sich darum die serbische Regierung geschmeidig zu machen. (Ob hinsichtlich Verbilligung der Bahntarifsätze oder wegen zolltarifarischen Aequivalenten, war aus den Angaben der Höchsten Frau nicht zu entnehmen.) „Wir brauchen Ochsen“ — dies die halb scherzenden Worte der Königin — „und hiezu musste der ‚Mörder‘ besucht werden“. Um seinen Untertanen die wirtschaftliche Lage zu erleichtern, sei der König nach Belgrad gegangen. Es sei somit eine reine „Geschäftsreise“ gewesen. Man sollte doch dieser Sachlage in Wien Rechnung tragen. „Sie sind die Starken und Reichen“ so drückte Sich Ihre Majestät aus, „wir die Schwachen und Armen. Haben Sie doch Mitleid mit uns und weisen Sie uns nicht von sich“. Schliesslich meinte die Königin, dass jetzt, „wo die Verhältnisse zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland so gute geworden sind“, vielleicht auch unsere Beziehungen zu Bulgarien sich bessern werden. Ich versicherte Ihre Majestät, dass mir von einer „Entfremdung“ zwischen Wien und Sofia nichts bekannt sei. Im Gegenteile wisse ich, dass Euer Exzellenz stets wohlwollendste Intentionen für Bulgarien gehegt hätten und wohl auch keine Aenderung

in dieser Hinsicht eingetreten sei. Was die Besuche Königs Ferdinand am serbischen Hofe anbelangt (die Königin gab zu, eine dieser Freundschaftsbezeugungen sei überflüssig gewesen), könne ich allerdings schwer begreifen, wieso Seine Majestät bei dem hohen Masse von Selbstachtung, welches Ihm eigen ist, Sich zu Schritten entschliessen konnte, welche Ihn in unmittelbaren Kontakt mit einem solchen Throne bringen mussten. Mein Geschäftssinn sei nicht entwickelt genug, um sich mit dieser „Geschäftsreise“ befreunden zu können, wenn dieselbe auch materiell berechtigt gewesen sein mochte! Die Königin stellt nicht in Abrede, dass das Verweilen zwischen Teilnehmern am Königsmorde äusserst widerlich sei, fügte jedoch bei, „qu'il fallait avaler ici-bas bien des couleuvres dans le but de pratiquer le bien“.

Berchtold.

a) Vgl. n. 2010, 2028, 2031.

Nr. 2013. Tel. aus Berlin, 1. März 1910 Nr. 31 (eing. 2. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Staatssekretär erzählte mir, Herr Iswolsky habe den deutschen Botschafter in Petersburg ersucht, hier einzuwirken, damit deutscherseits in Wien nahegelegt werde, dem Wunsche des russischen Ministers des Aeussern zu entsprechen, welcher dahin geht, dass die zwischen den Kabinetten von Wien und Petersburg in Aussicht stehenden, den Balkan betreffenden Erklärungen den andern Mächten mitgeteilt würden. Der hiesige russische Botschafter habe gleichzeitig den Auftrag erhalten, in diesem Sinne hier eine Demarche zu machen. Nach Rücksprache mit dem Reichskanzler hat Baron Schoen sowohl durch Grafen Pourtalès als auch durch Grafen Osten-Sacken eine ablehnende Antwort erteilt. Szögyény.

a) Vgl. n. 2011, 2015.

Tel. nach Berlin, 2. März 1910 Nr. 22 (chiffr. 8 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 2016.

Nr. 2014. Privatschreiben aus Berlin, 2. März 1910 (eing. 3. März).^{a)} Ausfert.

... *Mitteilung von Pressestimmen* ... Übrigens begeht Herr Pansa oft den Fehler, etwas zu redselig zu sein; gegenwärtig scheint er offenbar schlechtes Gewissen zu haben; denn er sagte mir letzthin, er begreife nicht, wieso mehrere seiner Kollegen — er nannte hiebei Sir Edward Goschen und Herrn Cambon — von dem im Laufe des Monates November erfolgten Austausch von Erklärungen zwischen Wien und Rom^{b)} Kenntnis erhalten hätten. Von ihm sei eine solche Indiskretion nicht ausgegangen! Der Staatssekretär kam gestern mir gegenüber auch auf diesen Gegenstand zu sprechen und sagte mir, daß der englische Botschafter kürzlich an ihn direkt über die Existenz vertraulicher Erklärungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien, von denen auch Deutschland informiert wäre, eine Frage gestellt habe. Freiherr von Schoen hat, wie es unter den gegebenen Umständen nicht anders möglich war, in der kategorischsten Weise geantwortet, von solchen Erklärungen irgend etwas zu wissen! ... *Hofnachrichten*. ...

Szögyény.

a) Vgl. n. 2016, 2054. — b) Vgl. n. 1849.

Nr. 2015. *Tel. nach Paris, 2. März 1910 Nr. 20 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)}*
Konz. (S. Musulin; V. und G. Aehrenthal).

Vertraulich. Aus meinem Telegramm von heute, Nr. 19,^{b)} wissen Euer Exzellenz, daß ich gegenüber der in der Replik des Petersburger Cabinetes vom 24. v. M. wiederholten Anregung Herrn Iswolskys, das Resultat unserer Aussprache den Mächten mitzuthemen, dem Herrn russischen Geschäftsträger bereits angedeutet habe, daß ich auf meinem Standpunkte verbliebe, wonach eine solche Mittheilung mir nicht opportun erscheine. Ich habe mich gestern zu Herrn Crozier, der sich bei mir offenbar im Auftrage seiner Regierung zum Anwalte der russischen Anregung gemacht hatte, in demselben Sinne geäußert. Eine Mittheilung an die Mächte setze — wie ich bemerkte — einen förmlichen accord voraus, dessen Abschluß aber bekanntlich weder das russische Cabinet noch wir beabsichtigten. Auch könnte durch eine solche Mittheilung der Eindruck erweckt werden, als ob ein fait nouveau in den Principien unserer Balkanpolitik zu verzeichnen sei, während dieselben sich thatsächlich seit Decennien nicht geändert hätten. Schließlich sähe ich auch in der momentanen Situation am Balkan keinen Anlaß zu einer solennen Manifestation der Mächte. Ich gab dem Herrn Botschafter am Ausgang unserer Unterredung zu verstehen, daß ich überzeugt sei von der Sympathie, mit welcher die französische Regierung die Annäherung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland begleite, daß ich aber andererseits unseren Pourparlers mit Petersburg den Charakter einer Conversation à deux wahren wolle. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache Herrn Pichon gegenüber.

Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 2013, 2019. — ^{b)} Mit Tel. nach Paris Nr. 19 vom 2. März wurde n. 2017 mitgeteilt.

Nr. 2016. *Tel. nach Rom Nr. 25 (1) und Berlin Nr. 22 (2), 2. März 1910 (chiffr. 8 U. 15 M. p. m.).^{a)}* *Konz. (S. Musulin; V. Pogatscher und Aehrenthal; G. Aehrenthal).*

1. Geheim. Während meines Aufenthaltes in Berlin hat mich der dortige rumänische Gesandte, Herr Beldiman, den ich von Bukarest her näher kenne, darüber gefragt, ob die ihm zugekommene Nachricht richtig sei, wonach zwischen Italien und Österreich-Ungarn ein neuer geheimer Accord betreffs des Balkans abgeschlossen worden wäre. Mit Rücksicht auf die vereinbarte Geheimhaltung dieses Accords habe ich die Existenz eines solchen rundweg abgeleugnet. Die offenbar vorgekommene Indiskretion dürfte nicht auf das Berliner Auswärtige Amt zurückzuführen sein; Pariser Informationen aus streng vertraulicher Quelle würden annehmen lassen, daß vielleicht Äußerungen Pansas zu seinem französischen Kollegen der Sache zu Grunde liegen. Ich werde natürlich auch allen etwaigen künftigen Anwürfen gegenüber die Existenz des Accords geheim halten und setze voraus, daß auch das italienische Cabinet dieselbe Reserve beobachtet. Euer Exzellenz wollen sich mit der gebotenen Vorsicht im Sinne des Vorstehenden zu Grafen Guicciardini vernehmen lassen.

2. Geheim. Zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information: Ich telegraphiere an Graf Lützwow wie folgt: Obiges Telegramm in extenso.

a) Vgl. n. 1911, 2014, 2021, 2051.

Aehrenthal.

Nr. 2017. Tel. nach St. Petersburg, 2. März 1910 Nr. 31 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. u. G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 28 vom 24. v. M.^{b)} und den Bericht vom 25. v. M., Nr. 6 A, erhalten. Der hiesige russische Geschäftsträger hat mir gestern die Befriedigung seiner Regierung über das glückliche Resultat der zwischen den beiden Kabinetten geführten Pourparlers, aus denen sich eine vollständige Uebereinstimmung in den politischen Prinzipien beider Mächte in den Balkanfragen ergeben habe, zum Ausdruck gebracht. Über direkten Auftrag Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus sei er nunmehr von Herrn Iswolsky ermächtigt worden, die normalen diplomatischen Beziehungen und den vertrauensvollen Verkehr mit dem Wiener Kabinette wieder aufzunehmen; die kaiserliche Regierung sehe ihrerseits analogen Instruktionen an den k. und k. Botschafter in Petersburg entgegen. Ich habe Herrn Sverbéew für seine Mitteilungen gedankt und betont, daß auch die k. und k. Regierung die Wiederherstellung des vertrauensvollen diplomatischen Kontaktes mit dem russischen Auswärtigen Amte mit lebhafter Genugtuung begrüße; in diesem Sinne würden Euer Exzellenz unverweilt die notwendigen Weisungen erhalten. Was meine Antwort auf die Euer Exzellenz am 24. v. M. übergebene Replik des Petersburger Kabinettes anlange, so würde ich Euer Exzellenz dieselbe im Laufe der nächsten Woche zur Weiterleitung an Herrn Iswolsky zukommen lassen. Ueber den Tenor derselben sei ich noch nicht ganz schlüssig geworden; immerhin könnte ich ihm — Herrn Sverbéew — schon heute mitteilen, daß ich jedenfalls auch in dieser Pièce das erfreuliche Resultat der geführten Pourparlers: die Wiederanknüpfung der normalen vertrauensvollen Beziehungen mit Genugtuung konstatieren würde. Die in der Replik vom 24. v. M. wiederholte Anregung Herrn Iswolskys betreffend, das Resultat unserer Besprechungen den Mächten mitzuteilen, habe ich dem Herrn Geschäftsträger bemerkt, mein Eindruck gehe dahin, daß die Erwägungen, die ich seinerzeit gegen eine solche Mitteilung geltend gemacht hätte, mir auch heute von ihrer Stichhaltigkeit nichts eingebüßt zu haben schienen. Indem ich Euer Exzellenz Vorstehendes mit dem Ersuchen mitteile, sich in gleicher Weise Herrn Iswolsky gegenüber aussprechen zu wollen, ermächtige ich Sie, den vertraulichen mündlichen Verkehr mit dem Herrn russischen Minister wieder aufzunehmen.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2015 Anm. b, 2018, 2019, 2036. — b) Vgl. n. 2011 Anm. c.

Nr. 2018. Tel. nach St. Petersburg Nr. 33 (1) und Berlin Nr. 24 (2), 3. März 1910 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Musulin; G. Müller).

Geheim.

1. Der hiesige deutsche Botschafter hat mir gestern im Auftrag des Reichskanzlers Kenntnis von dem Inhalte einer Meldung gegeben, die

Graf Pourtalès über eine Unterredung mit Herrn Iswolsky nach Berlin erstattet hat. Der deutsche Botschafter in Petersburg berichtet darin, daß ihm Herr Iswolsky von der die Form des Abschlusses unserer Pourparlers — Communiqué oder Mitteilung an die Mächte — betreffenden Differenz gesprochen und das Ersuchen gestellt habe, die deutsche Regierung möge sich in Wien für die Annahme der russischen Anregung verwenden; bei diesem Anlasse habe der russische Minister des Aeußern ausdrücklich hinzugefügt, daß seitens des Wiener Kabinettes eigentlich ein geheimes arrangement à deux in der Art des 1897er oder des Münzsteger Abkommens angestrebt werde. Wie Herr von Tschirschky hinzufügte, habe Graf Pourtalès bereits die Instruktion erhalten, Herrn Iswolsky zu erwidern, daß die deutsche Regierung nicht beabsichtige, den österreichisch-russischen Pourparlers gegenüber aus ihrer bisher beobachteten sympathischen Reserve herauszutreten. Aus dem Gesagten ist ersichtlich, daß man in Berlin die offenbare Absicht Herrn Iswolskys, das deutsche Kabinett uns gegenüber mißtrauisch zu machen, erkannt hat und sich nicht irreführen ließ; da der Reichskanzler im Besitze des Textes unserer letzten Mitteilung an das Petersburger Kabinett ist, war das Manöver Herrn Iswolskys allerdings nicht schwer zu durchschauen. Ich bin aber der Meinung, daß wir unsererseits es nicht ruhig hinnehmen können, daß Herr Iswolsky unserem nächsten Alliierten tendenziös falsche Mitteilungen über den Inhalt unserer Pourparlers zukommen läßt. Mit Rücksicht auf die bekannte Schwerhörigkeit Graf Pourtalès', die es immerhin möglich erscheinen läßt, daß der deutsche Botschafter Herrn Iswolsky falsch verstanden oder daß er gewisse, vielleicht in gewohnter vager Weise vorgebrachte Insinuationen des russischen Ministers in zu apodiktischer Form einberichtet hat, ersuche ich Euer Exzellenz, sich vorerst bei Ihrem deutschen Kollegen nochmals über den Tatbestand zu unterrichten. Erhalten Euer Exzellenz den Eindruck, daß ein Mißverständnis ausgeschlossen ist, so wollen Euer Exzellenz die Angelegenheit bei Herrn Iswolsky zur Sprache bringen und auf den Widerspruch hinweisen, der zwischen seinen Aeußerungen zu Graf Pourtalès und den positiven, mündlichen und schriftlichen Ausführungen des Wiener Kabinettes bestehe, die nicht im geringsten die Absicht erkennen ließen, zu einem geheimen accord à deux zu gelangen. In der Euer Exzellenz geeignet erscheinenden Form können Euer Exzellenz sodann bemerken, daß dieser Widerspruch in Wien begreiflicher Weise überrascht habe.

2. Ich telegraphiere wie folgt an Graf Berchtold: (Inseratur das vorstehende Telegramm in extenso.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz persönlichen Information und streng vertraulichen Mitteilung an den Herrn Reichskanzler.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2017, 2022.

Nr. 2019. Bericht aus London, 4. März 1910 Nr. 8 D (eing. 7. März). a) Ausfert.

Als ich vorgestern Sir Edward Grey besuchte, brachte derselbe, nachdem wir durch einige Minuten über die hiesige parlamentarische Lage gesprochen hatten, die Conversation auf unsere Pourparlers mit Petersburg,

indem er die Frage an mich richtete, wie es damit stünde und was ich darüber gehört hätte. Nachdem ich die hohen Telegramme No. 16^b) und 17^c), vom 2. lf. Mts., die vorgestern Nachts eintrafen, noch nicht erhalten hatte, konnte ich dem Herrn Staatssecretär wahrheitsgemäss erwidern, dass mir in den letzten Tagen keine diesbezüglichen Informationen zugekommen sind. Ich benützte aber diesen Anlass, um von der mir mit hoher Weisung Nr. 454, vom 19. Februar, erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen und den Standpunkt der k. u. k. Regierung in allgemeinen Zügen zu entwickeln. Ich erklärte, dass unsere Politik der Erhaltung des Status quo am Balkan sich unverändert gleich bleibe und dass, nachdem Russland denselben Grundsatz aufstellt, kein Hindernis zur Wiederaufnahme freundschaftlicher und vertrauensvoller Conversationen bestehe. Ich betonte, dass es sich darum handle, mit dem Petersburger Cabinet in normale freundschaftliche Beziehungen zu treten, wie wir sie z. B. mit der britischen Regierung unterhalten, dass aber keine Rede von speciellen Abmachungen und Stipulationen sei, welche Anlass zu Publicationen oder Mitteilungen an die anderen Cabineten geben würden. Nach Ansicht Euer Excellenz, — und darin glaube ich, dass Sir Edward Hochdemselben beistimmen würde — liege keine momentane Gefahr für die Erhaltung des Status quo auf dem Balkan vor; sollte dieselbe aber eintreten, so würden die wieder angebahnten normalen Beziehungen zwischen Wien und Petersburg es den beiden Cabineten jederzeit erlauben in einen Gedankenaustausch darüber zu treten. Sir Edward bemerkte darauf, die Wahrung des Status quo auf dem Balkan sei ein Standpunkt, den alle Mächte teilen, und es schiene ihm vorteilhaft, wenn denselben die Gelegenheit geboten werden könnte, ihre Übereinstimmung auszusprechen. (to concur with your views.) Wenn sämtliche Mächte in irgend einer Weise den Grundsatz des status quo auf dem Balkan aussprechen, so würde dies nach Ansicht Sir Edwards eine allgemeine Beruhigung hervorrufen, in Constantinopel wohltuend wirken¹⁾ und etwaige kriegserische Velleitäten in einzelnen Balkanstaaten unmöglich machen. Nebenbei bemerkte er auch, dass selbst für die cretensiche Frage²⁾ es von guter Wirkung sein müsste, wenn die Schutzmächte sich darauf berufen könnten, dass alle Mächte sich für die Erhaltung des Status quo ausgesprochen hätten.^{d)} Ich ging auf das Thema ein und bemerkte, ich glaubte nicht, dass eine Abneigung dagegen bestünde den übrigen Mächten eine Mitteilung über einen weiteren Gedankenaustausch zwischen Euer Excellenz und Herrn Iswolski zu machen, falls ein solcher durch eine neu auftretende Gefährdung des Status quo notwendig würde. Momentan liege aber, wie wir bereits constatirten, keine Veranlassung hiezu vor. Nachdem ich aus den seither erhaltenen hohen Telegrammen ersehe, dass auch von französischer Seite der Versuch gemacht wurde, die russische Anregung einer Mitteilung an die Mächte bei Euer Excellenz zu unterstützen, so ist wohl anzunehmen, dass auch die vorgestrigen Bemerkungen des Staatssecretärs auf russischen Einfluss zurückzuführen sind. Er erwähnte es aber mit keinem Worte, sondern betonte nur wiederholt, wie beruhigend und günstig für die Erhaltung des Friedens es wirken müsste, wenn sämtliche Mächte Gelegenheit hätten, den Grundsatz der Erhaltung des Status quo

auf dem Balkan auszusprechen. Noch eine Bemerkung Sir Edwards glaube ich erwähnen zu sollen. Als wir von Übereinstimmung zwischen uns und Petersburg bezüglich der Erhaltung des Status quo sprachen, sagte er, er verstehe dies so, dass keine Macht einzeln vorgehen würde (on separate lines) wie es vor anderthalb Jahren der Fall gewesen.³⁾ Er spielte damit auf die Annexion Bosniens an; da es eine nur hingeworfene Bemerkung war, hielt ich es nicht für angezeigt eine Discussion darüber zu provociren. Ich habe nachher noch Sir Charles Hardinge gesprochen, der mir auch wiederholte, nach Ansicht seines Chefs würde es leicht sein, eventuelle krieglerische Gelüste kleiner Balkan-Staaten im Zaum zu halten, wenn sämmtliche Mächte wieder den Grundsatz des Status quo aufstellen.⁴⁾ Eben so wenig wie Sir Edward, gab Hardinge mit irgend einem Worte zu verstehen, dass sie von Petersburg aus angegangen wurden oder, dass sie überhaupt wüssten, Herr Iswolsky wünsche die Mitteilung an die Mächte.⁵⁾ Die hohen Telegramme, womit Euer Excellenz die Geneigtheit hatten, mir Hochdero Weisungen an Grafen Berchtold und an Grafen Khevenhüllere^{e)} mitzuteilen, enthalten nichts, was eine Modification der von mir geführten Sprache notwendig erscheinen lässt. Ich habe also keine Veranlassung fürs erste mit Sir Edward auf dieses Thema zurückzukommen.⁶⁾ Nachdem er dasselbe jedoch bei unserer nächsten Unterredung wieder aufnehmen dürfte, wäre ich für eine hochgeneigte Weisung darüber sehr dankbar, ob Euer Excellenz ihm auf seine Anregung irgend eine Antwort durch mich zu erteilen gedenken, welche als ein Akt der Höflichkeit gewiss guten Eindruck machen würde. Mensdorff.

1) und die Balkanstaaten? — 2) aha. — 3) also uns die Hände binden. — 4) das verstehe ich ganz und gar nicht! — 5) das werden sie doch dem Botschafter nicht an die Nase binden!! — 6) stimmt.
a) Vgl. n. 2022, 2040, 2061. — b) Mit diesem Tel. wird n. 2017 mitgeteilt. — c) Mit diesem Tel. wird n. 2015 mitgeteilt. — d) Vgl. n. 2006. — e) Vgl. oben Anm. b und c.

*Nr. 2020. Privatschreiben aus London, 4. März 1910 (eing. 7. März).^{a)}
Ausfert.*

Streng vertraulich. Das hohe vertrauliche Privatschreiben vom 18. Februar betreffend die Fragen Sir Fairfax Cartwrights über die Haltung der k. u. k. Regierung im Falle eines griechisch-türkischen oder bulgarisch-türkischen Conflictes habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Ich habe keinerlei Anhaltspunkte, welche zur Annahme berechtigen würden, dass Sir Fairfax seine Erkundigungen im Auftrage seiner Regierung einzuziehen versucht hat. Ich glaube vielmehr, dass der englische Botschafter, der sehr rührig ist und sich in weitausgehenden politischen Combinationen gefällt, seine persönliche Wissbegierde befriedigen wollte. Es ist auch möglich, dass Sir Fairfax hiebei von einem anderen Beweggrunde geleitet wurde. Er ist ein warmer Verehrer Euerer Excellenz und ist für Hochderen Politik energisch eingetreten, da dieselbe hier in bedauerlicher Weise missverstanden und angegriffen wurde. Es scheint mir nicht ausgeschlossen, dass, indem er eine weitgehende Aussprache mit Euerer Excellenz zu provoziren versucht, er den Zweck verfolgt, die Leiter der englischen Politik davon zu überzeugen, dass

man sich mit Eurer Excellenz auch über fernliegende Eventualitäten vertrauensvoll aussprechen könnte. Von gewissen englischen Diplomaten, wie zum Beispiel von dem ganz im russischen Fahrwasser stehenden Sir Arthur Nicolson wird Cartwright der Vorwurf gemacht, er sei ganz unter dem Einflusse Eurer Excellenz und sehe nur durch Hochderen Augen. Ich würde mich nicht wundern, wenn Sir Fairfax es sich zur Aufgabe gesetzt hätte, dagegen zu kämpfen, dass wieder Misstrauen gegen Euer Excellenz erweckt werde, wozu ja möglicherweise von gewissen Seiten der Versuch gemacht werden dürfte. Deshalb mag er das Bestreben zeigen, über möglichst viele Fragen eine Aussprache seitens Eurer Excellenz herbeizuführen. Dass er Aufträge nach dieser Richtung erhalten hätte, scheint mir nicht wahrscheinlich. Weder Sir Edward Grey noch Hardinge oder Tyrrell haben mir je etwas gesagt, was darauf hindeuten würde. Sir Edward Grey ist durch die inneren Fragen vollauf in Anspruch genommen und strebt nur Ruhe und möglichst Vereinfachung der auswärtigen Fragen an. Man ist im Foreign Office erfreut, dass es in Griechenland jetzt besser geht und Hardinge sagte mir vorgestern, er habe schon lange nicht so wenig zu thun gehabt. Er benütze dies um allerhand uninteressante Fragen mit Liberia, Siam etc., die liegen geblieben wären, aufzuarbeiten. Sollte ich irgendein Anzeichen bemerken, welches darauf schliessen liesse, dass die Fragen Sir Fairfax Cartwrights auf Aufträge des Foreign Office zurückzuführen sind, so werde ich nicht ermangeln, darüber zu berichten. Mensdorff.

a) Vgl. n. 2027.

Nr. 2021. Tel. aus Rom, 4. März 1910 Nr. 39 (eing. 4. März 9 U. p. m.). Entziff.

Geheim. Ich habe in sehr behutsamer Weise Gegenstand Euer Excellenz Telegrammes Nr. 25 Grafen Guicciardini gegenüber zur Sprache gebracht, ohne Herrn Beldiman zu nennen. Der Minister war durch vorgekommene Indiskretion sehr betroffen und präokkupiert. Die Sache sei umso auffallender, als vor etwa 14 Tagen Herr Pichon genau die gleiche Anfrage an Marquis San Giuliano richtete, die von letzterem umso leichter verneint werden konnte, als derselbe sich tatsächlich über den geheimen Balkan-Akkord in Unkenntnis befand. Graf Guicciardini wird Recherchen pflegen und wäre dankbar für etwaige Indizien, die auf die Spur führen könnten. Er glaubt nicht, daß Indiskretion von hier ausgehe, wo seiner Angabe nach nur sechs Personen von der Sache wissen. Er grübelte lange nach, ob er etwa die questions ténébreuses et insidieuses, die Barrère mitunter an ihn richte, in einer Weise beantwortet habe, die Letzterem einen Anhaltspunkt gegeben hätten, gelangte aber zu einem negativen Resultate. Er wird vorkommenden Falls, sowie Euer Excellenz, Existenz des Akkordes direkt abläugnen. Lützow.

Nr. 2022. Tel. aus St. Petersburg, 4. März 1910 Nr. 31 (eing. 5. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Antwort auf Telegramm Nr. 33 vom 3. d. M. Graf Pourtalès hat Sasonoff befragt, ob angebliche Behauptung Herrn Iswolskys, „daß seitens

Wiener Kabinetts geheimes Arrangement à deux nach Art des 1897er Abkommens angestrebt werde“, den Tatsachen entspreche. Ministeradjoint hätte ausweichend geantwortet, daß dies allerdings nicht direkt gesagt, anscheinend aber angedeutet worden sei. Mein deutscher Kollege meint, daß ein Zurückkommen auf diese Angelegenheit bei Herrn Iswolsky zu nichts führen würde.

Berchtold.

a) Vgl. n. 2019, 2023, 2030, 2032.

Nr. 2023. Tel. aus St. Petersburg, 4. März 1910 Nr. 32 (eing. 5. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Zu Euer Exzellenz Telegramm vom 2. l. M., Nr. 31. Herr Iswolsky hat meine Eröffnung bezüglich der Wiederherstellung normaler Beziehungen „avec satisfaction“ entgegen genommen und wird Seiner Majestät hievon Vortrag erstatten. Minister ließ sich auf Konversation über die Bedenken Euer Exzellenz gegen Mitteilung des Resultates der Pourparlers an die Mächte nicht ein und wird die in Aussicht gestellte Antwort Euer Exzellenz auf russische Replik abwarten.

Berchtold.

a) Vgl. n. 2022.

Nr. 2024. Aufzeichnung über die in der Zeit vom 22.—25. Feb. 1910 in Berlin mit dem deutschen Kaiser Wilhelm II. und dem deutschen Reichskanzler Herrn von Bethmann Hollweg geführten Gespräche; Abbazia, 6. März 1910.^{a)} Abschrift.

Im Verfolge der Unterredungen, welche Seine Majestät Kaiser Wilhelm mir zu gewähren die Gnade hatte, berührte Höchstderselbe mannigfache Themata. Die Aeusserungen waren meist retrospektiver Natur. Von aktuellen Fragen berührte Kaiser Wilhelm sein Verhältnis zu König Eduard und zu England. Von ersterem habe er anlässlich des Geburtsfestes am 27. Jänner ein überaus warmes Schreiben mit einer Art politischen Glaubensbekenntnisses erhalten, worin der König unter anderem ausführt, die englische und die deutsche Nation sollten zu ihrem eigenen wie zum Wohle der ganzen Menschheit Schulter an Schulter stehen. Umgehend habe er an seinen Oheim zurückgeschrieben, er höre zwar gerne eine Idee aussprechen, die seit jeher die seinige gewesen und für deren Verwirklichung er sich eingesetzt habe, die aber aus von ihm unabhängigen Gründen, deren Aufzählung wohl überflüssig, statt Fortschritte nur Rückschritte aufweise. Auf diesen deutlichen Wink hätte König Eduard mit einem zuckersüssen Telegramme und der Versicherung geantwortet, er teile durchaus die Auffassungen seines Neffen.

Kaiser Wilhelm will diesen und anderen Anbiederungsversuchen der englischen Politik keinen rechten Glauben beimessen und diese auf die gegenwärtigen Schwierigkeiten des Inselreiches zurückführen. Anknüpfend hieran entwickelte Seine Majestät sein Lieblingsthema der von Osten drohenden „gelben Gefahr“ und der politischen Kombinationen, die sich

aus dieser Verwicklung ergeben müssten. Kaiser Wilhelm bleibt bei seiner Auffassung, dass binnen wenigen Jahren ein neuer Krieg um die Führerschaft im fernen Osten entbrennen werde. Trotz der offenkundigen Absicht Russlands, einen neuen Waffengang mit Japan zu vermeiden, werde das Zarenreich, auch gegen seinen Willen, in den Strudel der einmal dort unvermeidlichen Verwicklungen hineingezogen werden. Kaiser Wilhelm beurteilt die Position Russlands in Wladiwostok und am Amur äusserst ungünstig. Die Japaner hätten bereits den Belagerungspark für Wladiwostok in einem koreanischen Hafen versammelt und sie würden sicher in ihrer methodischen Vorgangsweise den ihnen vorteilhaften Zeitpunkt zum Losschlagen wahrnehmen. Aber auch in dem Falle, als der Friede zwischen Russland und Japan noch einige Jahre erhalten bliebe, werde sich die Lage des erstgenannten Reiches nicht verbessern, sondern verschlechtern, einfach aus dem Grunde, weil die rührigen Japaner die faulen und rückständigen Russen von ihren jetzt noch innegehabten Positionen in der Mandschurei und am Amur einfach „abschnüren“ werden. Das dürfte annähernd die nächste Entwicklung im fernen Osten bilden und — mit oder ohne Krieg — könne mit einer weiteren Stärkung des Prestiges und Einflusses Japans am asiatischen Kontinent gerechnet werden.

Welche Mittel gebe es nun, um gegen diese immer drohender werdende Gefahr anzukämpfen? Kaiser Nikolaus beurteile die Lage im fernen Osten nicht viel anders als er — Kaiser Wilhelm; dies sei noch neulich in den Anfang des Jahres zwischen dem Kaiser von Russland und dem Prinzen Heinrich geführten eingehenden Gesprächen deutlich hervorgegangen. Aber Kaiser Wilhelm baut nicht auf seines kaiserlichen Freundes und Russlands Kraft, um Europa vor der „gelben Gefahr“ zu schützen. Die Erfahrungen der letzten Jahre sind in noch zu frischer Erinnerung und die Eindrücke, welche Prinz Heinrich von Tsarskoesele mitbrachte, scheinen Kaiser Wilhelm neuerdings die besondere Eigentümlichkeit des russischen Herrschers vor Augen geführt zu haben, die darin besteht, dass zwischen dem klaren Erkennen einer Situation und dem Ergreifen der entsprechenden Mittel ein gewaltiger, manchmal unüberbrückbarer Abstand besteht.

Kaiser Wilhelm richtet seine Blicke auf Amerika und möchte annehmen, dass gerade die so tatkräftige amerikanische Nation gewissermassen die Mission besitzt, Kultur nach dem Osten zu tragen, aber wohlverstanden in dem Sinne, dass der „weisse“ Mann Herr über den „gelben“ bleibt. Die Konzentrierung der wirtschaftlichen wie politischen Spannkraft Amerikas nach dem Osten würde eine sehr wohlthuende Erleichterung für das alte Europa nach sich ziehen. Die Hauptaufgabe hätten aber die Vereinigten Staaten in dem Niederringen Japans zu erfüllen, das etappenweise zwar, aber mit beunruhigender Konsequenz seine Vorherrschaft auf dem gelben Kontinent zu begründen an der Arbeit ist.

Einige der vorerwähnten Ideen hat mir Kaiser Wilhelm schon vor drei Jahren entwickelt. Diesmal tat es Seine Majestät mit grösserer Ausführlichkeit und Präzision. Kaiser Wilhelm möchte annehmen, dass der erste Zusammenprall zwischen Japan und Amerika noch vor der Fertigstellung des Kanals von Panama stattfinden werde. Da die Arbeiten langsam

vorwärtsschreiten, dürfte vor dem Jahre 1915 oder 1916 nicht von der Befahrung des Kanals durch Kriegsschiffe die Rede sein können. Japan werde aber sicher nicht warten, bis die Vereinigten Staaten in der Lage sein werden, ihre Flotte im stillen Ozean durch die im atlantischen Ozean stationierten Schiffe zu verstärken und zweifelsohne in dem Zeitraum von jetzt bis 1915/1916 dann losschlagen, wo für seine Ziele die politischen und militärischen Verhältnisse es am günstigsten erscheinen lassen werden.

Der Zusammenstoss Japans mit Amerika wird aber, nach Kaiser Wilhelms Ansicht, auch in Europa eine kritische Lage erster Ordnung schaffen, in erster Linie für England. Welche Entschliessung wird nun die englische Politik treffen? Bleibt England dem japanischen Bündnisse treu, so tritt ein Bruch mit Nordamerika ein und für diese Hypothese rechnet Kaiser Wilhelm auf ein Zusammenstehen mit Amerika und zwar in einer aktiven Form, denn in diesem Zusammenhange machte der Kaiser die Bemerkung, dass in solchem Falle die deutsche Flotte das Zünglein an der Wage sein werde.

In der zweiten Alternative — England lässt seinen gelben Verbündeten im Stich — glaubt Kaiser Wilhelm, dass eine solche Politik schwerlich anders als mit dem Verluste Indiens enden dürfte!! Wie immer die Entschliessungen in London ausfallen mögen, Kaiser Wilhelm sieht nur ernste Verwicklungen für England voraus und bereitet sich vor, dieselben zum eigenen Vorteil auszunützen. Aus den Worten des Kaisers spricht sicher keine England freundliche Tendenz, oder gar die Absicht, sich diesem Staate zu nähern.

Herr von Bethmann Hollweg nimmt einen anderen Standpunkt ein. Als ich ihm von dem Gespräche mit dem Kaiser in Kürze Mitteilung machte, zeigte er sich zwar nicht überrascht, aber auch nicht zufrieden damit, dass sein kaiserlicher Herr sich so intensiv mit Zukunftsplänen abgebe und in diesen den Vereinigten Staaten eine sehr proeminente Rolle zuweise. Der häufige Verkehr mit Amerikanern, welcher sich in diesem Winter besonders bemerkbar gemacht, flösst dem Reichskanzler einige Bedenken ein. Seine Äusserungen über die künftige Gestaltung im fernen Osten lassen sich in Folgendem zusammenfassen.

Herr von Bethmann Hollweg glaubt nicht mehr an ein aktives Hervortreten Russlands im fernen Osten und rechnet eigentlich damit, dass das Zarenreich, ohne Kampf, seine dortige Position aufgeben werde. Er beurteilt die politischen Ziele und Bestrebungen Russlands im nahen Orient kritisch und bezeichnete sie als unklar und schwankend. Solange man in St. Petersburg sich nicht von der Utopie losreisse, unter den slavischen Balkanvölkern die Vorsehung zu spielen und in den Meerengen festen Fuss zu fassen, sei an ein engeres Verhältnis mit Russland nicht zu denken. Es sei über das Verkehrt in der Petersburger Politik eigentlich alles gesagt, wenn man darauf hinweist, dass Russland unter allen Staaten der einzige sei, welcher in unserer Zeit der intensivsten wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung eine kleinliche Politik der Rancune treibe! Mit diesen dünnen Worten hat der Kanzler eine sehr zutreffende Beurteilung und Verurteilung der Persönlichkeit Iswolskys ausgesprochen. Die geringe Meinung Herrn von Bethmann

Hollwegs über Russlands Zukunft und Bedeutung dürfte zum Teil auch auf seine augenblickliche Minderwertigkeit in militärischer Beziehung zurückzuführen sein. Der Chef des deutschen Generalstabes, General von Moltke, ist, wie ich aus einem mit ihm geführten Gespräche entnommen habe, der Meinung, dass die russische Armee, infolge der im Zuge befindlichen Veränderungen in der Organisation und Dislokation, entweder überhaupt nicht in der Lage sei, mit Aussicht auf Erfolg zu mobilisieren, oder dies nur mit den grössten Friktionen werde durchführen können. Der deutsche Reichskanzler betrachtet offenbar Russland nicht als diejenige Macht der Tripel-Entente, deren Gewinnung Deutschland in absehbarer Zukunft einen palpablen Nutzen einbringen könnte. Sein Blick richtet sich vielmehr auf den Rivalen Deutschlands in den Fragen der expansiven Wirtschaftspolitik, auf England selbst.

In den mir im vorigen Herbst gemachten mündlichen und schriftlichen Äusserungen lag die Handhabe, den Reichskanzler noch weiter über das Thema: Annäherung an England sprechen zu machen. Seine Exzellenz führte aus, dass er den Gedanken für richtig halte, durch eine ruhige und konsequente Politik das bestehende Misstrauen zwischen den zwei Reichen allmählig zu zerstreuen und in weiterer Folge auf ein besseres freundschaftliches Verhältnis loszusteuern. Allerdings sei in England das Misstrauen und der Neid tief gewurzelt und leicht werde die Arbeit nicht sein. Nach seiner Ansicht hätte im Jahre 1902 — also nach dem Buren-Krieg — eine günstige Gelegenheit für eine Annäherung bestanden, welche leider vom Fürsten Bülow nicht ausgenützt worden wäre. Dennoch glaube er den Versuch unternehmen zu sollen, von der Auffassung ausgehend, dass in unseren Tagen lediglich Interessen-Politik gemacht werden könne. Die Interessen Deutschlands und Englands seien aber nicht so widerstreitend, um im vorhinein einen *modus vivendi* für unerreichbar zu betrachten. Von konkreten Verhandlungen mit der englischen Regierung sprach der Reichskanzler nicht, doch liess er die Bemerkung fallen, dass er mit der Haltung der derzeitigen englischen Regierung nicht unzufrieden ist. In ähnlichem Sinne äusserte sich Baron Schoen, so dass ich aus den Unterredungen mit den beiden führenden Persönlichkeiten den bestimmten Eindruck empfangen habe, es bestehe tatsächlich im Berliner Auswärtigen Amte das Vorhaben, durch eine deutsch-englische Annäherung die Chancen der Erhaltung des Weltfriedens zu erhöhen und vielleicht auch durch eine solche Kombination auf die Gestaltung der Weltereignisse sich einen grösseren Einfluss als den jetzigen zu sichern.

Die Diskrepanz in den Anschauungen des Kaisers und seines Kanzlers liegt klar zutage. An Friktionen wird es sohin nicht fehlen und der Kurs der deutschen Weltpolitik wahrscheinlich auch in der Zukunft starken Schwankungen unterliegen. Ich glaube, die Politik des Herrn von Bethmann Hollweg ist vornehmlich von sehr nüchternen, rein geschäftlichen Erwägungen geleitet. Er perhorresziert uferlose Pläne und zieht vor, sein Augenmerk auf praktische, nahe liegende Objekte zu richten; als ein solches praktisches Objekt seiner äusseren Politik betrachtet Herr von Bethmann Hollweg zunächst die Milderung der Spannung mit England und eventuell später

ein vertrauensvolles Sichverstehen und Respektieren an Stelle des heutigen *sur la qui vive*-Verhältnisses.

Der Reichskanzler sucht die Annäherung an England auch aus Gründen der inneren Politik. Er ist ein überzeugter konservativer Preusse, dem es vollkommen klar ist, dass das Deutschland von Kaiser Wilhelm I. und Bismarck seine achtungsgebietende Stellung nur insolange behaupten kann, als derjenige Faktor, der das Reich gemacht hat, das ist das verdickte Preussen, ein konservatives, königstreu es Staatswesen verbleibt. Vermittelst des allgemeinen Wahlrechtes soll eine Bresche in diese Institution gelegt werden und gegen diesen Ansturm westeuropäischer demokratischer Ideen will Herr von Bethmann Hollweg die Grundfesten des Reiches und Preussens verteidigen. Seine Stellung wird keine leichte sein und gerade um seine Position zu stärken, dürfte er sich den Gedanken zurechtgelegt haben, durch eine populäre äussere Politik seine zahlreichen inneren Widersacher lahm zu legen. Die Annäherung an England bedeutet aber für den deutschen Steuerträger den Frieden und die Gewähr eines langsameren Tempos im Flottenbau.

Meinerseits sagte ich dem Kanzler, dass Oesterreich-Ungarn die Abnahnung eines besseren Verhältnisses Deutschlands zu England mit lebhafter Befriedigung begrüssen würde. Nachdem wir keine Kolonien besässen, hätten wir bisher keine kontradiktorischen Interessen in der Weltpolitik auszufechten gehabt. Die in letzterer Zeit eingetretene Entfremdung zwischen England und uns und des letzteren gegnerische Haltung in der Annexionskrise seien zumeist darauf zurückzuführen, dass es in Englands Plänen gelegen, den starken mitteleuropäischen Block zu lösen. Wenn nun in London der begangene Fehler eingesehen werde, gegen den Bund der zwei Kaiserreiche nicht nur keine Intriguen mehr gesponnen, sondern auch der Versuch unternommen würde, sich mit Deutschland auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Interessenpolitik — etwa in der Frage der Anteilnahme englischen Kapitals an der Bagdad-Bahn — zu einigen, könnte eine solcherart geänderte Politik auch dem österreichisch-ungarisch-englischen Verhältnisse nur zugute kommen. Uebrigens müsste ich erwähnen, dass die englische Politik seit April 1909 sich uns gegenüber in konzilianten Formen bewegt hätte und ich mich über unsere derzeitigen Beziehungen mit Befriedigung aussprechen könnte.

Wenn ich die verschiedenen im Gegenstande gemachten Aeusserungen sowohl des Reichskanzlers, wie des Staatssekretärs, die an Präzision allerdings viel zu wünschen übrig gelassen haben, rückblickend resümiere, glaube ich zu dem Schlusse gelangen zu können, dass Herr von Bethmann Hollweg die praktische Lösung des ihm vorschwebenden Problems in der Richtung versuchen wird, in der Frage der Rüstungen zur See England zu beruhigen und ferner eine Formel zu finden, die ein Zusammenarbeiten deutschen und englischen Kapitals bei der Durchführung der Bagdad-Bahn gestatten würde, ohne der Gefahr sich auszusetzen, die Bahn mit der Zeit dem englischen Einflusse auszuliefern.

Ueber Frankreich hat sich Herr von Bethmann Hollweg nur kurz gefasst. Er ist mit dem in den marokkanischen Angelegenheiten erzielten

modus vivendi zufrieden und wird auch weiterhin bestrebt sein, ein Zusammengehen mit der Republik auf dem Terrain der Interessen-Politik zu ermöglichen. Das eminente Friedensbedürfnis Frankreichs glaubt der Kanzler als einen ganz sicheren Faktor in seine Rechnung einstellen zu können.

Nach Rom wird sich der Reichskanzler am 19. März begeben. Wie er sich ausdrückte, will Herr von Bethmann Hollweg in seinen bevorstehenden Unterredungen in Rom einen freundschaftlichen Ton anschlagen, aber kein besonderes empressement um die Erhaltung der italienischen Freundschaft, die manchmal recht fadenscheinig aussieht, an den Tag legen.^{b)} Seine Exzellenz glaubt, dass eine gewisse kühle Zurückhaltung nur vorteilhaft auf die Dispositionen der italienischen Politiker bezüglich des Fortbestandes des Dreibundes einwirken dürfte. Was letztere Frage anbelangt, begegneten wir uns in dem Gedanken, dass wir bis auf weiteres keine Initiative ergreifen, vielmehr etwaige Anregungen der italienischen Regierung an uns herankommen lassen wollen.

Die Stellung der preussischen Regierung zu den Polen habe ich absichtlich nicht berührt, weil ich vor kurzem durch Kardinal Kopp über die in Berlin bestehenden Intentionen vollkommen informiert war. Der Kanzler kam aber selbst auf die Frage zu sprechen, indem er die im September vorigen Jahres gemachten Darlegungen wiederholte und daran die Bemerkung schloss, dass es zu seinem Bedauern wahrscheinlich doch zu Zwangsentzugnngen von zwei bis drei polnischen adeligen Gütern im Posenschen kommen werde. Die preussische Regierung werde aber sicherlich in dieser Richtung nur so weit gehen, als es überhaupt notwendig ist, um ihr Programm zur Erhaltung des Deutschtums in den Ostmarken nicht fallen zu lassen. An diese Bemerkung knüpfte sich eine längere Besprechung der Bedeutung des polnischen Elementes für Oesterreich, wie überhaupt als sichersten Faktor zur Abwehr der neoslavischen Bestrebungen. Herr von Bethmann Hollweg anerkannte zwar meine Argumente, bezweifelte jedoch die Möglichkeit, das polnische Element — wenigstens in Preussen — heute noch als einen konservativen Faktor anzusehen. Nach den von Seiner Exzellenz gemachten Wahrnehmungen zu urteilen, unterliege das Polentum einer starken Demokratisierung bei gleichzeitigem Rückgang des Einflusses des Adels und der höheren Geistlichkeit. Dieser Ausspruch dürfte leider bis zu einem gewissen Grade auch auf die Verhältnisse in Galizien passen.

Die Stellung Russlands in Kongress-Polen betrachtet Herr von Bethmann Hollweg als recht schwach fundiert, was mich zu der Bemerkung veranlasste, wie sehr es sowohl im Interesse Oesterreich-Ungarns wie Deutschlands gelegen wäre, wenn die russische Autorität in Kongress-Polen keine weitere Minderung erfahre. Der Eintritt einer weiteren Abbröckelung dieser Autorität würde nur zur Folge haben können, die Kabinette von Wien und Berlin vor sehr unangenehme und schwerwiegende Entscheidungen zu stellen. Der Kanzler vermied diesfalls jede Gegenäußerung.

Aehrenthal.

^{a)} Dem öst. ung. Botschafter in Berlin mit Erlaß vom 15. März 1910 n. 189 C. d. M. mitgeteilt. Vgl. n. 2040. — ^{b)} Vgl. n. 2056.

Nr. 2025. Bericht aus Cetinje, 6. März 1910 Nr. 21 A (eing. 10. März).^a Ausfert.

Streng geheim. Prinz Mirko hat mir am 2. l. M. einen Besuch abgestattet, um sein Fernbleiben vom Diner auf der Gesandtschaft infolge Abreise zu seiner Frau nach Kruschevac zu entschuldigen. Bei dieser Gelegenheit eröffnete er mir sofort, dass er gekommen sei, um mir eine Art politischen Glaubensbekenntnisses abzulegen und etwaige Zweifel über seine Anschauungen zu beseitigen. Er bat um die Erlaubnis frei und aufrichtig sprechen zu dürfen und erklärte mir, mit lebhafter Betonung, Folgendes: Die Annexion hat einen alten Traum, den wir Jahrzehnte gehegt gründlich zerstört. Wir wussten zwar, dass Österreich-Ungarn die okkupierten Provinzen nicht zurückgeben würde, aber wir hofften auf eine günstige Konstellation. Auch ich hoffte es, bin aber aus einem Saulus ein Paulus geworden. Der Vorhang ist gefallen, ein Abschnitt der Geschichte beendet und unsere Politik muss eine andere Richtung nehmen. Russland ist weit, Österreich nahe. Wir können des Anschlusses und der Freundschaft Österreichs nicht entbehren. Wir wissen auch, dass Ihre Regierung uns nicht feindlich gesinnt ist und ich schwöre Ihnen, dass wir jedes Entgegenkommen der Monarchie mit dankbarer Freude begrüßen werden. Sie werden in uns keine Undankbaren finden. Mein Vater und der Erbprinz denken wie ich, ich weiss auch, dass Sie, Herr Minister, Wohlwollen für unser Land mitgebracht haben und Sie werden in uns, speziell in mir, einen eifrigen Mitarbeiter finden. Ist einmal das gegenseitige Vertrauen vorhanden, dann würde ich selbst die Geschütze, die jetzt am Lovćen stehen, mit herunterziehen helfen. Wir sind keine Serben, weder feige, noch Verräter, noch Königsmörder. Bei einem König Peter würden Sie, Herr General, heute wohl nicht in Uniform erschienen sein. Wir haben auch keinen Pašić, — wir sind ein armes aber ritterliches Volk und die Dynastie hat sich die Dankbarkeit des Landes wohl verdient. Ich gebe Ihnen mein Wort, dass, wenn heute alle $2\frac{1}{2}$ Millionen Serben aus dem Königreiche vor mein armseliges Haus kämen und mich auf den Knien bitten würden, ihr König zu werden, weder ich noch einer meiner Brüder es annehmen würde. Mit Serbien wollen wir Nichts zu tun haben. Von dort kommen täglich neue Anschläge gegen das Leben meines Vaters und von uns Allen. Wir sind nur 4, mit meinem kleinen Sohne 5, — eine einzige Bombe kann uns Alle aus der Welt schaffen, deshalb ist Vorsicht nötig. Wir haben wieder bestimmte Nachrichten, dass die Serben für die nächsten Wochen einen Anschlag gegen das Leben meines Vaters planen, deshalb bitte ich Sie dringend, durch Ihre Regierung die Polizei anweisen zu lassen, die Augen offen zu halten. Diese Bombenwerfer kommen alle aus Belgrad über Österreich hieher und Wachsamkeit kann ein grosses Unglück verhüten. Ich versichere Sie auf Ehre, dass weder der Fürst noch der Erbprinz von diesem Schritte weiss, und ich bitte Sie auch, mit Ihnen nicht darüber zu sprechen. Ich dankte dem Prinzen für seine loyalen und freundschaftlichen Versicherungen und Absichten, die, wenn in die Tat umgesetzt, zum Wohle beider Länder ausschlagen würden. Sein Ersuchen behufs Überwachung serbischer Emissäre, würde ich Euerer Excellenz unterbreiten, bäte ihn

aber, um die Aktion der Polizei zu erleichtern und überhaupt zu ermöglichen, mir gegebenen Falls genauere Daten und Indizien zu liefern, das ist die Personen zu signalisieren, welche zu überwachen, respektive anzuhalten wären. Der Prinz versprach diess. Giesl.

a) Vgl. n. 2009, 2065.

Nr. 2026. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 7. März 1910 Nr. 65 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Der serbische Minister des Äussern reist Mittwoch von hier ab und wird, wie er mir sagte, einen kurzen Aufenthalt in Sofia nehmen. Herr Milovanović sprach sich gestern mir gegenüber dahin aus, dass er mit dem Resultat seiner Besprechungen mit den türkischen Ministern zufrieden sei. Der Zweck seines Aufenthaltes in Konstantinopel wäre übrigens blos der gewesen, die hiesigen massgebenden Kreise zu versichern, dass Serbien für Türkei gute Nachbarschaft halten wolle und dass es überhaupt ein Element des Friedens auf der Balkanhalbinsel sei. Der serbische Minister teilte mir ferner mit, dass er verschiedene handelspolitische Fragen, unter anderem die Frage der Adriabahn hier besprochen habe. Bericht durch den Kurier. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2010, 2028.

Nr. 2027. Bericht aus Konstantinopel, 9. März 1910 Nr. 15 B (eing. 12. März).a) Ausfert.

Vertraulich. Anlässlich eines Diners, welches am letzten Samstag bei mir stattfand, hatte ich mit dem Kriegsminister Mahmud Schefket Pascha ein längeres Gespräch über die äussere und innere Lage. ... *Zwischenfälle an der türkisch-bulgarischen Grenze* ... Schefket Pascha sprach sich im weitem Verlaufe des Gespräches, so wie er dies mir gegenüber schon wiederholt gethan hatte, mit grosser Entschiedenheit dahin aus, dass die Türkei den Krieg nicht wolle, dass sie aber bereit sei, denselben aufzunehmen, wenn man sie hiezu zwingen wollte. Der Kriegsminister hob hiebei ausdrücklich hervor, dass es vom rein militärischen Standpunkte aus im Interesse der Türkei wäre, wenn der Krieg noch vermieden werden könnte, da die Türkei wenigstens 2 Jahre bedürfe, um vollkommen gerüstet dazustehen. Aber auch jetzt brauche die Armee selbst einen gleichzeitigen Krieg mit Bulgarien und Griechenland nicht zu scheuen. In Macedonien stünden 120000 Mann. In 14 Tagen könnte mit Heranziehung der Redifs diese Armee auf das Doppelte gebracht werden. Dies dürfte genügen, um sich bis zum Eintreffen der in Asien stehenden Armeecorps zu vertheidigen, umsomehr als ja nunmehr Adrianopel genügend befestigt sei. Der Kriegsminister kam bei diesem Anlasse auf die Nothwendigkeit einer genügend starken Marine zu sprechen, welche im Kriegsfall den Transport der Truppen aus Asien zu sichern hätte. „Wir müssen“, sagte er, „am Meere doppelt so stark sein als Griechenland. Dies wird auch in 20 Monaten, wie ich hoffe, der Fall sein.“ Ich benützte diese Gelegenheit um den Minister darauf aufmerksam zu machen, wie ich dies übrigens schon dem Gross-

Veziir gegenüber gethan habe, dass sich die Türkei bei Bestellung von Schiffen auch an das Stabilimento Technico in Triest wenden sollte. Mahmud Schefket Pascha machte eine Bemerkung, aus welcher ich ersehen konnte dass sich die Türkei bei Bestellung der Schiffe an jene Länder wenden müsse,^{b)} bei welchen sie auch ihren Geldbedarf zu decken pflegt. Daher würden in erster Linie Frankreich, England und Deutschland bei jenen Schiffsbestellungen in Betracht kommen. Ich erwiderte hierauf dem Minister, dass man, was die Zahlungsbedingungen anlangt gewiss auch bei uns sehr coulant sein würde und fügte hinzu, dass meiner Ansicht nach vielleicht sogar die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, grössere maritime Bestellungen mit einem Darlehensgeschäfte in Verbindung zu bringen. Der Kriegsminister erwähnte im Zusammenhange mit seinen obigen Bemerkungen über die Kriegsvorbereitungen der Türkei auch den mit dem österreichischen Lloyd wegen Truppentransporten abzuschliessenden Vertrag und bemerkte, dass 5 Schiffe, so wie sie der Lloyd zur Verfügung stellen wolle, lange nicht genügten, man werde wenigstens 15 Schiffe brauchen. Die türkische Kriegsverwaltung wolle aber nicht mit mehreren Schifffahrtsgesellschaften zu thun haben. Sie müsste sich also, wenn der Lloyd nicht die genügende Anzahl von Schiffen stellen könnte, an eine andere Gesellschaft wenden. Ich habe auch die Gelegenheit nicht verabsäumt, Mahmud Schefket Pascha eindringlichst die Interessen unserer Industrie bei Beschaffung von Kriegsmaterial ans Herz zu legen. Der Kriegsminister erwiderte mir, dass in den Fällen, wo unsere Interessenten bei den Submissionen bisher unterlegen sind, immer ganz bedeutende Unterbietungen seitens der Concurrenten, namentlich der Engländer, der Grund hievon gewesen seien. Er wies hiebei speciell auf die Schuhlieferungen hin. Auf meine Bemerkung, dass zu dem Preis, zu welchem die Engländer die Schuhe erstanden haben, unmöglich eine solide Ware geliefert werden könne, erwiderte Schefket Pascha: „Einen Feldzug werden diese Schuhe schon aushalten; sie sind nur für den Kriegsfall bestimmt und zwar für die Redifs.“ Der Kriegsminister kam auch auf das Verhältnis der Türkei zu Griechenland zu reden und sprach sich mit grossem Nachdruck dahin aus, dass die cretensische Frage sobald als möglich geregelt werden müsse. Solange dies nicht geschehen sei, werde die Lage immer eine unsichere bleiben. Die Mächte müssten sich also entschliessen diese Frage ein für allemale zu lösen, um den Ungewissheiten ein Ende zu machen. Im Laufe unseres Gespräches wurde auch die innere Lage, namentlich die Zustände in der türkischen Armee berührt. In letzterer Beziehung sprach sich der Kriegsminister befriedigt aus und sagte, die Officiere hätten jetzt gar keine Zeit zu politisiren, da sie viel zu viel beschäftigt seien. Auch die Zustände in Albanien^{c)} gelangten hierauf zur Erörterung. Auf meine Frage, ob es wahr sei, dass man wieder eine militärische Expedition in die Gegend von Luma plane, antwortete Mahmud Schefket Pascha: „Vorläufig noch nicht.“ Es scheint also, dass man sich doch, wie mir neulich Ismail Kemal Bey sagte, mit diesem Gedanken trägt. Bezüglich der letzten militärischen Expedition in Albanien bemerkte der Kriegsminister, dass es besser gewesen wäre, anstatt einige Kulen zu zerstören, ein paar Rädelsführer aufzuhängen. Dies hätte, meint er, gewiss mehr Eindruck gemacht. Er sprach

dann auch über die Alphabetfrage und sagte, die Majorität der Bevölkerung wünsche die arabischen Schriftzeichen. Uebrigens sei dies eine Sache, in die sich die Regierung nicht einmischen wolle. Letztere Bemerkung machte auf mich nicht den Eindruck der Aufrichtigkeit. Mahmud Schefket Pascha steht in dieser Beziehung, soviel ich weiss, ganz auf dem jungtürkischen Standpunkte. ... *Innere Lage der Türkei.* ... Pallavicini.

a) Vgl. n. 2020, 2031, 2045. — b) Vgl. n. 2215. — c) Vgl. n. 2092.

Nr. 2028. *Bericht aus Konstantinopel, 9. März 1910 Nr. 15 C (eing. 12. März).*^{a)} *Ausfert.*

Vertraulich. Der serbische Minister des Äussern, welcher heute Constantinopel verlässt, steht seit einer Woche im Mittelpunkt des Interesses der hiesigen politischen Kreise. Herr Milovanovitsch hat hier einen guten und sympathischen Eindruck gemacht und zwar sowohl in türkischen als auch in diplomatischen Kreisen. Er wurde demgemäss viel fêtiert. Es fanden ihm zu Ehren mehrere Dîners und Déjeuners statt, ausserdem wurde er der Hofafel in Dolma Bagtsche am letzten Samstag zugezogen. Unter den verschiedenen gesellschaftlichen Veranstaltungen, die aus Anlass der Anwesenheit des serbischen Ministers hier stattgefunden haben, möchte ich das Dîner auf der russischen Botschaft hervorheben. Herr Tscharykoff lud zu demselben ausser mehreren türkischen Ministern die Vertreter jener Staaten ein, von denen er vorauszusetzen glaubt, dass sie seiner Lieblingsidee des Balkanbundes sympathisch gegenüber stehen und die auch Sinn für das Project der Adriabahn bekunden. So befand sich auch mein italienischer College unter den Eingeladenen. Marquis Imperiali nahm aber an dem Dîner nicht theil, weil er, wie er mir sagte, bereits eine andere Einladung für diesen Abend angenommen hatte. Er fügte hinzu, dass ihm dies sehr gelegen kam. Was mich anbelangt, beschränkte ich mich darauf, Herrn Milovanovitsch, den ich noch aus der Zeit meines Aufenthaltes in Belgrad gut kenne, zu einem ganz intimen Frühstück zu laden. Bei diesem Anlasse hatte ich mit dem Herrn Minister eine vertrauliche Aussprache, über welche ich bereits Euerer Excellenz mit meinem Telegramm No. 65 vom 7ten d. M. zu berichten in der Lage war. Ich möchte mir aber doch noch erlauben, im Nachstehenden auf jenes Gespräch kurz zurückzukommen. Auf meine Frage, wie er mit dem Resultat seiner Unterredungen mit den türkischen Ministern zufrieden sei, antwortete mir Herr Milovanovitsch, dass er hier viel Entgegenkommen gefunden habe. Der Zweck seiner Reise sei ja übrigens nur der gewesen, die türkischen Machthaber davon zu überzeugen, dass Serbien gute Nachbarschaft mit der Türkei zu unterhalten wünsche. Er konnte konstatieren, dass dieser Wunsch ein gegenseitiger sei. Weitergehende Pläne und Absichten habe er nicht gehabt. Die Idee des Balkanbundes, von der jetzt viel gesprochen und geschrieben werde, gehöre vorläufig, seiner Ansicht nach, nicht in das Gebiet der praktischen Politik. Selbst Herr Iswolsky dürfte diesen Gedanken, als er ihn lancierte, nicht so ganz ernst genommen haben. In Bezug auf das Verhältniss der Türkei zu Bulgarien liess der serbische Minister die Bemerkung fallen, er glaube, dass

sowohl die Türkei als Bulgarien den Frieden wünschen. Er sei überzeugt, dass Bulgarien nicht daran denke, die Türkei anzugreifen. Allerdings würde sich aber die Lage seiner Ansicht nach ändern, wenn zwischen der Türkei und Griechenland ernste Complicationen eintreten sollten. In einem solchen Falle wäre die Haltung Bulgariens allerdings schwer vorauszusehen. Wie ich dies schon in meinem Telegramme erwähnt habe, wurden auch verschiedene Fragen wirthschaftlicher Natur zwischen den türkischen Ministern und Herrn Milovanovitsch besprochen, so jene des serbisch-türkischen Handelsvertrags, der allerdings erst in anderthalb Jahren abläuft. Der Herr Minister machte mir kein Hehl daraus, dass er hier auch die Frage der Donau—Adriabahn zur Sprache gebracht hat. In dieser Beziehung scheint er aber nicht sehr viel Hoffnung zu haben; er sagte mir nämlich, die finanzielle Seite der Frage werde sehr grosse Schwierigkeiten bereiten. Augenscheinlich dürften die türkischen Minister Herrn Milovanovitsch gesagt haben, dass die Türkei nicht gewillt sei, eine Kilometergarantie für diese Strecke zu übernehmen. Über den bevorstehenden Besuch König Peters in Constantinopel^{b)} sprach mir der Herr Minister nicht. Aber gerade dieser Punkt wird wohl der hauptsächlichste Grund seiner Reise nach Constantinopel gewesen sein. Im Übrigen dürfte nicht viel Greifbares aus den Verhandlungen des Herrn Milovanovitsch mit den türkischen Ministern resultiert sein. Wenn er mir gegenüber auch sagte, dass er hier volles Verständnis und Entgegenkommen gefunden habe, schien es mir doch, dass er nicht so ganz befriedigt war. Allerdings ist Herr Milovanovitsch in einem für ihn äusserst günstigen Momente hiehergekommen, da im Hinblick auf die Spannung, die heute zwischen der Türkei und Bulgarien besteht, die türkischen Staatsmänner grosses Interesse daran haben, Serbien bis zu einem gewissen Grade für sich zu gewinnen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2012, 2029, 2045. — b) Vgl. n. 1971, 2029.

Nr. 2029. Bericht aus Konstantinopel, 9. März 1910 Nr. 15 D (eing. 12. März).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Die Mittheilungen, welche mir Rifaat Pascha anlässlich meines vorgestrigen Besuches auf der Pforte über den Zweck des hiesigen Aufenthaltes des Herrn serbischen Ministers des Äussern und dessen Gespräche mit den leitenden türkischen Staatsmännern gemacht hat, habe ich Euerer Excellenz bereits mit meinem Telegramme No. 67^{b)} vom 7ten d. M. einberichtet. Rifaat Pascha sagte mir zunächst, — wie ich dies auch in meinem Telegramm an erster Stelle erwähne — er habe Herrn Milovanovitsch eindringlich nahegelegt, Serbien möge mit der benachbarten k. u. k. Monarchie die freundschaftlichsten Beziehungen unterhalten, da dies eine wesentliche Garantie des Friedens bilde. Es ist mir nicht recht klar, ob Rifaat Pascha durch die Vorausschickung dieser Mittheilung in seinem Gespräche mit mir mich von vornherein über den Inhalt seiner Unterredungen mit dem serbischen Minister beruhigen wollte oder ob durch die besondere Hervorhebung der von ihm ertheilten Ratschläge die in seinen eigenen politischen Gesinnungen eingetretene Wendung im austrophilen Sinne, auf deren

Anzeichen ich bereits in meiner letzten Couriersexpedition hinzuweisen mir erlaubt habe, neuerlich zum Ausdrucke gelangen sollte. Der Minister sagte mir dann fortfahrend, Herr Milovanovitsch habe ihm erklärt, er sei hieher gekommen, um der Pforte die Freundschaftsversicherungen der serbischen Regierung, welche mit der türkischen die besten Beziehungen unterhalten wolle, zu überbringen. Die Besprechung der serbisch-türkischen Beziehungen habe ihm, sowie Herrn Milovanovitsch sodann Gelegenheit geboten auch die Idee des Balkanbundes in den Kreis ihrer Erörterungen einzubeziehen. Diesbezüglich habe man indessen bloß constatiert, dass diese Idee für den Augenblick in keiner Weise realisierbar sei. Ich warf hier Rifaat Pascha ein, dass die Freundschaftsversicherung der serbischen Regierung ja ein sehr schönes Ding sei, dass mir aber durch die bloße Überbringung derselben die Reise des Herrn Milovanovitsch nach Constantinopel doch nicht genügend gerechtfertigt scheine. Ich frage mich daher, ob nicht wenigstens die Pforte die Gelegenheit der Versicherungen Herrn Milovanovitschs wahrgenommen habe, um demselben die Frage zu stellen, welche die Haltung Serbiens in dem derzeit eben nicht ganz ausgeschlossenen Falle einer kriegerischen Complication mit Griechenland und eines aller Wahrscheinlichkeit nach damit im Zusammenhange zu gewärtigenden Krieges auch mit Bulgarien sein werde. Rifaat Pascha antwortete mir, er habe diese Frage nicht gestellt, weil seiner Ansicht nach Herr Milovanovitsch dieselbe nicht hätte beantworten können. Der Minister fügte hinzu, die Gewähr für ein ruhiges Verhalten Serbiens in einem solchen Falle wäre kaum in dem Königreiche selbst, wohl aber bei mächtigeren Faktoren als dasselbe, nämlich bei uns, zu suchen.¹⁾ Diese Bemerkung Rifaat Paschas war, wie ich den bestimmten Eindruck hatte, mit voller Aufrichtigkeit gesprochen. Dieselbe gibt, glaube ich, Aufschluss darüber, dass die Besprechungen des Herrn Milovanovitsch mit den Pfortenministern in politischer Hinsicht derzeit über allgemein gehaltene gegenseitige Amabilitäten nicht hinausgekommen sind. Rifaat Pascha hatte mir bereits bei einer früheren Gelegenheit in der gleichen Weise wie oben gesagt, dass die Türkei im Falle einer Complication mit Griechenland und Bulgarien seiner Ansicht nach — nebst Rumänien — auch auf Österreich-Ungarn rechnen müsste, welch' letzteres zum mindesten Serbien zurückhalten werde. Auch in den Gesprächen Hilmi Paschas kam diese Idee seinerzeit wiederholt zum Ausdrucke. Ich glaubte daher dem Minister antworten zu sollen, dass meiner rein persönlichen Meinung nach wohl bei Eintritt des von ihm ins Auge gefassten Falles eine direkte Stellungnahme einer der Grossmächte zu Gunsten eines der Combattanten nicht wahrscheinlich erscheine, weil eine solche zweifelsohne eine Einmischung auch einer anderen Grossmacht nach sich ziehen und dadurch die Gefahr herbeiführen könnte, dass die Conflagration am Balkan nicht nur nicht eingedämmt werde, sondern vielleicht noch zu einem europäischen Kriege führe; — selbstverständlich würden aber die Mächte nach ausgetragenen Kampfe mitzusprechen haben.²⁾ Den Besuch König Peters in Constantinopel anlangend, sagte mir Rifaat Pascha, dass derselbe sich unmittelbar jenem in Petersburg anschliessen dürfte. Der Minister fügte hinzu, dass König Peter die Absicht haben soll, ausser Constantinopel noch mehrere andere europäische Höfe

zu besuchen. Hiedurch würde allerdings der demonstrative Charakter, welcher den Deplacements des serbischen Souveräns in der Öffentlichkeit beigemessen werden könnte, falls er Seine Besuche nur auf den Czarenhof und das goldene Horn beschränken sollte, behoben. Im Laufe unseres Gespräches erwähnte Rifaat Pascha, wie ich dies schon telegraphiert habe, dass Herr Milovanovitsch ihm auch von der Aufnahme der Verhandlungen für einen neuen serbisch-türkischen Handelsvertrag gesprochen habe. Der derzeit gültige Vertrag laufe indessen erst in anderthalb Jahren ab und deshalb hätte er (Rifaat) sich damit begnügen können, zu antworten, dass die türkische Regierung geneigt sei, seinerzeit in Verhandlungen einzutreten. Nebenbei scheint man sich während des hiesigen Aufenthaltes des serbischen Ministers auch mit minder bedeutenden handelspolitischen Belangen beschäftigt zu haben. Ein vorgestern erschienenenes offizielles Communiqué gibt nämlich gewisse Erleichterungen für den Export serbischen Viehes nach der Türkei (Wegfall des Consularvisums auf den Viehpässen und Annahme serbischer Veterinärzeugnisse an deren Stelle) bekannt, worüber offenbar durch Herrn Milovanovitsch selbst verhandelt wurde. Die gestern über den Besuch des serbischen Ministers in der hiesigen Presse zur Ausgabe gelangte offiziellose Verlautbarung allgemeiner Natur ist Euerer Excellenz gewiss bereits bekannt geworden; dieselbe enthält übrigens nichts speziell erwähnenswerthes.

Pallavicini.

1) I — 2) sehr gut geantwortet.

a) Vgl. n. 2028, 2042, 2045. — b) Kurzer Vorbericht zu den oben gebrachten Mitteilungen.

Nr. 2030. Tel. nach St. Petersburg, 9. März 1910 Nr. 35 (chiff. 8 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 4. d. M., Nr. 31. Ich hatte Herrn von Tschirschky bereits am 2. d. M. ersucht, beim Berliner Kabinett anzuregen, daß Graf Pourtalès angewiesen werde, auf die in Rede stehende Äußerung Herrn Iswolskys zurückzukommen und hiebei der Vermutung Ausdruck zu geben, es müsse ein Mißverständnis obwalten, da die deutsche Regierung infolge der vertrauensvollen Beziehungen zwischen Berlin und Wien über den Verlauf der Pourparlers seit Beginn derselben genau informiert gewesen und ihr von einer Tendenz, wie sie Herr Iswolsky in seiner angeblichen Äußerung uns zuschreibt, nichts bekannt sei. Zugleich stellte ich Herrn von Tschirschky in Aussicht, daß auch Euer Exzellenz beauftragt werden würden, die Sache beim russischen Minister vorzubringen. Wie nun der Herr deutsche Botschafter vorgestern hier mitgeteilt hat, ist Graf Pourtalès tatsächlich im obigen Sinne instruiert worden. Euer Exzellenz wollen daher abwarten, daß Graf Pourtalès Sie von seiner bezüglichen Unterredung mit Herrn Iswolsky in Kenntnis gesetzt hat, und sodann die Angelegenheit auch Ihrerseits im Sinne meines Telegrammes vom 3. d. M. No. 33 beim russischen Minister zur Sprache bringen. Sollte Herr Iswolsky bei diesem Anlasse Euer Exzellenz gegenüber seine Äußerungen mit dem Hinweis darauf zu begründen suchen, daß Hochdieselben in der am 1. Februar stattgehabten Unterredung den Akkord des Jahres 1897

ausdrücklich erwähnt hätten, so wollen Euer Exzellenz darauf verweisen, daß Sie schon damals sofort hervorgehoben hätten, es handle sich uns nicht etwa um eine neue Abmachung dieser Art, sondern bloß um die Feststellung, daß unsere Prinzipien seit 1897 sich nicht geändert hatten und uns jederzeit gestatten, den Gedankenaustausch mit dem St. Petersburger Kabinett wieder aufzunehmen. Aus Euer Exzellenz Bericht vom 5. Februar l. J. Nr. 4 A und speziell aus Ihrem Privatschreiben vom 6. v. M.^{b)} erhellt übrigens, daß Euer Exzellenz schon damals meine Instruktionen sehr richtig dahin verstanden hatten, daß ich nicht den Abschluß eines förmlichen Akkords, sondern nur die Herstellung eines *modus vivendi* mit Rußland im Auge hatte, und daß Hochdieselben danach Ihre Sprache dem Herrn Minister gegenüber geregelt haben.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2033. — b) Nicht aufgenommen.

Nr. 2031. Tel. aus St. Petersburg, 9. März 1910 Nr. 34 (eing. 4 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Wie ich vertraulich erfahre, hat König Ferdinand mit seinem Besuche in Petersburg Absicht verbunden, Terrain zu sondiren betreffs russischer Stellungnahme zur Eventualität bulgarisch-türkischen Konfliktes. Nach Äusserungen Seiner Majestät wäre es an der Zeit, bestehende Differenzen auszutragen und gegenwärtiger Moment hierfür opportun. Auslassungen General Paprikoff's sollen trotz Ableugnens des bulgarischen Vertreters in Konstantinopel doch wahrheitsgemäss wiedergegeben gewesen sein und würden nach Gesagtem nur Anschauungen seines Souveräns widerspiegeln. Minister hätte direkt von „Kriegsmöglichkeit“ gesprochen. Hiesiges Auswärtiges Amt sehe hierin Missbrauch der russischen Gastfreundschaft. Mir gegenüber hat dagegen Herr Iswolsky Interview General Paprikoff's als apokryph erklärt. Dem Bulgarenherrscher sind hier, wie ich von verschiedenen Seiten übereinstimmend höre, die dringendsten Ratschläge zu Teil geworden, sich ruhig zu verhalten. „Wenn er anfangen sollte“, hätte Bulgarien auf keinerlei Unterstützung seitens Russlands zu rechnen.

Berchtold.

a) Vgl. n. 2012, 2027, 2034.

Nr. 2032. Tel. aus St. Petersburg, 9. März 1910 Nr. 35 (eing. 10. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Im Verfolge meines Telegrammes No. 31 vom 4. d. M. Im Laufe seiner Unterredung mit Grafen Pourtalès hat sich Herr Iswolsky angelegen sein lassen, seinerzeitige Behauptung, dass unsererseits Geheimakkord nach Analogie von 1897 angestrebt werde, dahin zu definieren, dass Prozedur gegenseitiger Mitteilung der Prinzipien der Balkanpolitik in dem Falle, als Mächte hievon keine Mitteilung erhalten, zu jener Tradition zurückführen würde.

Berchtold.

a) Vgl. n. 2033.

Nr. 2033. Tel. aus St. Petersburg, 10. März 1910 Nr. 37 (eing. 11. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 35 vom 9. d. M. Euer Exzellenz werden inzwischen in den Besitz meines Telegrammes vom 9. d. M.^{b)} gelangt sein. Aus der daselbst wiedergegebenen Darstellungsweise Herrn Iswolsky's ist zu ersehen, dass letzterer keinen Versuch lügenhafter Unterstellung macht, sondern lediglich Parallele zieht zwischen Vorgangsweise bei 1897er Accord (wo bekanntlich unsererseits und russischerseits Balkanprinzipien aufgestellt wurden ohne Abschluss eines eigentlichen Uebereinkommens) und gegenwärtiger Sachlage. Mit Rücksicht hierauf begegne ich mich mit meinem deutschen Kollegen in dem Gedanken, dass kein Substrat für eine Vorstellung beim Minister gegeben ist. Aller Voraussicht nach würde letzterer Gelegenheit nur benützen, um den Umstand des Auftauchens derartigen Missverständnisses als Argument zu verwerten für seine Theorie von der Notwendigkeit einer Mitteilung der drei Punkte an die Mächte. Sollten Euer Exzellenz trotzdem ein Zurückkommen auf diese Angelegenheit beim Minister für opportun erachten, schiene mir dies nur im Laufe gelegentlicher Unterredung tunlich, nicht aber in Form einer diesbezüglichen Spezialdemarche.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 2035. — ^{b)} n. 2032.

*Tel. nach Berlin, 11. März 1910 Nr. 26 (chiffr. 1 U. 30 M. p. m.).
Siehe n. 2035.*

Nr. 2034. Tel. nach St. Petersburg, 11. März 1910 Nr. 36 (chiffr. 7. U. 45 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Der russische Geschäftsträger ist gestern bei mir erschienen und hat mir auftragsgemäß mitgeteilt, Herr Iswolsky bedauere es lebhaft, daß in einem Teile der europäischen Presse der Besuch König Ferdinands in Petersburg in einem durchaus falschen Lichte dargestellt worden sei. So wären Stimmen laut geworden, welche im Zusammenhange damit die friedlichen und auf die Erhaltung des status quo gerichteten Absichten des russischen Kabinettes in Zweifel gezogen hätten; andererseits sei auch der Zeitpunkt des Besuches im Hinblick auf gleichzeitig geführte Pourparlers zwischen Wien und Petersburg als wenig glücklich gewählt bezeichnet worden. Herr Sverbeew wies darauf hin, daß diesen falschen Darstellungen bereits durch ein in Petersburg erschienenenes Communiqué entgegengetreten wurde und versicherte, daß dem Könige sowie den bulgarischen Ministern in Petersburg nur Ratschläge im Sinne der Erhaltung des Friedens und der Pflege freundschaftlicher Beziehungen zur Türkei erteilt worden seien; ganz dieselbe Sprache würde auch König Peter gegenüber geführt werden. Der Herr Geschäftsträger fügte noch hinzu, daß auch die in der Presse aufgetauchten Meldungen von weiteren Besuchen anderer Balkanfürstlichkeiten am Zarenhofe den Tatsachen nicht entsprechen. Ich nahm von den Mitteilungen Herrn Sverbeews mit Befriedigung Akt und erwiderte ihm, ich hätte nie daran gezweifelt, daß die König Ferdinand erteilten Ratschläge

im Sinne des Friedens und der Erhaltung des status quo gelaute haben. Übrigens betrachtete ich die Lage am Balkan nach wie vor nicht als beunruhigend. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2031, 2037, 2057.

Nr. 2035. Tel. nach St. Petersburg Nr. 38 (1) und Berlin Nr. 26 (2), 11. März 1910 (chiffr. 1 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Calice; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 10. I. M., No. 37. Bei meiner letzten Unterredung mit dem russischen Geschäftsträger habe ich selbst die angeblichen Äußerungen Herrn Iswolskys zur Sprache gebracht; indem ich den Euer Exzellenz aus meinen Telegrammen bekannten Standpunkt vertrat, bemerkte ich, daß ich die Sache demnach stets für ein Mißverständnis gehalten habe. Nach den mir von Euer Exzellenz sowie von Herrn von Szögyény einberichteten Erklärungen Herr Iswolskys sei übrigens die Angelegenheit vollkommen klargestellt und betrachte ich sie als erledigt. Unter diesen Umständen erachte ich es nicht mehr für erforderlich, daß Euer Exzellenz beim russischen Herrn Minister darauf zurückkommen.

2. Ich telegraphiere an Graf Berchtold wie folgt: (Inseratur vorstehendes Telegramm von „Bei meiner letzten Unterredung“ bis „zurückkommen“.)

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2036.

Nr. 2036. Erlaß nach St. Petersburg, 11. März 1910 Nr. 583.^{a)} Konz. (S. Calice; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Bezugnehmend auf mein Telegramm vom 2. I. M. No. 31 übermittle ich Euer Exzellenz in der Anlage eine Aufzeichnung, in welcher die Antwort der k. u. k. Regierung auf das mit Bericht vom 25./12. v. Mts. Nr. 6 A anher vorgelegte aide-mémoire des russischen Cabinetes vom 11./24. v. M. enthalten ist. Euer Exzellenz wollen dieses Schriftstück dem Herrn russischen Minister des Äußern unter Hinterlassung einer Abschrift zur Kenntnis bringen.

a) Vgl. n. 2035, 2037, 3153, 3200.

Beilage zu Nr. 2036. Aide Mémoire für den russ. Minister des Äußern, (11.) März 1910.¹⁾^{a)} Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Aehrenthal).

Le Comte Berchtold nous a transmis la réponse du Cabinet Impérial russe^{b)} à notre aide-mémoire du 6/19 février dr. Nous partageons entièrement la satisfaction du Gouvernement Impérial de pouvoir constater la conformité des principes politiques existant sur le terrain des Balcan entre l'Autriche-Hongrie et la Russie. Aussi satisfaits de cet heureux résultat de nos pourparlers que le Cabinet de St. Pétersbourg, nous sommes, comme ce dernier, d'avis que rien ne s'oppose plus à la reprise des relations diplomatiques normales entre les deux Gouvernements. L'Ambassadeur Impérial et

Royal à St. Pétersbourg se trouve déjà muni d'instructions dans ce sens. Quant à la proposition du Cabinet Impérial contenue dans son aide-mémoire remis le 27 janvier/9 février^{c)} et renouvelée dans celui du 12/25 février^{b)} dr., de communiquer aux autres Cabinets les principes politiques professés par l'Autriche-Hongrie et la Russie dans les questions balcaniques, le Cabinet de Vienne estime que les raisons qui lui paraissent plaider en faveur de la publication d'un communiqué, n'ont dans l'entretemps rien perdu de leur valeur. Une communication officielle adressée aux Puissances et les invitant à s'associer aux principes politiques de l'Autriche-Hongrie et de la Russie dans les Balkans, supposerait à notre avis l'existence d'un accord formel entre ces deux Puissances; or, la conclusion d'un accord n'entre pas dans les vues des deux Cabinets. D'autre part — nos principes politiques n'ayant pas varié — aucun fait nouveau ne pourrait être à cet égard porté à la connaissance des Puissances qui d'ailleurs de leur côté n'ont pas manqué d'affirmer en toute occasion leur fidélité au principe du maintien du statu quo. Le Cabinet de Vienne estime donc que le moment actuel n'exige pas une manifestation solennelle des Puissances. Pour résumer, nous constatons que nos pourparlers ont amené un résultat satisfaisant et heureux: les relations diplomatiques normales entre les deux Cabinets ont été reprises et il a été démontré que sur le terrain des Balkans il existe une entière conformité des principes politiques entre l'Autriche-Hongrie et la Russie. Sans insister sur l'idée d'un communiqué simultané, le Cabinet de Vienne se réserve d'éclairer l'opinion publique de la Monarchie sur le fait de la reprise du contact diplomatique avec le Cabinet de St. Pétersbourg.

¹⁾ Von Seiner Majestät genehmigt. 10. März 1910. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 2037. Das Aide Mémoire wurde dem russ. Minister des Äußern am 14. März übergeben. Vgl. n. 2064 siebente Beilage. — ^{b)} Vgl. n. 2011 Beilage. —

^{c)} Vgl. n. 1995 erste Beilage.

Nr. 2037. Erlaß nach St. Petersburg, 11. März 1910 Nr. 584.^{a)} Konz. (S. Calice; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Mit meinem Erlasse No. 583 vom heutigen Tage übermittle ich Euer Exzellenz unsere Antwort auf das letzte aide-mémoire Herrn Iswolskys vom 11./24. v. Mts. Euer Exzellenz wissen bereits aus meinem Telegramme vom 2. l. Mts. No. 31 daß ich Herrn Sverbéew schon darauf vorbereitet hatte, daß ich auch auf die wiederholte Anregung Herrn Iswolskys, das Resultat unserer Besprechungen den Mächten mitzuteilen, nicht eingehen würde. Wie Euer Exzellenz unserer nunmehr vorliegenden Rückäußerung an das Petersburger Kabinett entnehmen werden, habe ich in der Tat geglaubt, den Iswolsky'schen Gedanken definitiv ablehnen zu sollen. Ich bin zu diesem Entschlusse nach reiflicher Überlegung gelangt, weil ich erkannte, daß es nicht möglich sein würde, für unsere Mitteilung an die Mächte eine Form zu finden, durch deren Anwendung es hätte vermieden werden können, uns gewissermaßen in russischer Gefolgschaft zu zeigen. Daß es Herrn Iswolsky darum zu tun war, sich vor Europa in der dankbaren Rolle des Friedensengels sehen zu lassen, dem es gelungen

ist, auch uns zur Annahme der friedlichen und freiheitlichen Prinzipien russischer Balkanpolitik zu bewegen, zeigt die Insistenz, mit der er seinen Gedanken verfolgte und ihm bei den Kabinetten Unterstützung warb. Euer Exzellenz wissen durch meine telegraphische Mitteilung von der betreffenden Demarche Herrn Croziers; eine ähnliche Einwirkung hat Sir Edward Grey bei Grafen Mensdorff versucht und auch die deutsche Regierung sollte veranlaßt werden, sich für die russische Anregung bei uns einzusetzen. Ich glaube, daß Euer Exzellenz die Gründe, die ich im Vorstehenden und in meinem Erlasse vom 16. Februar l. J.^{b)} für meinen Standpunkt angeführt habe, überzeugend finden dürften. Die von Herrn Iswolsky arrangierten Besuche der beiden Balkankönige haben auf meine ablehnende Haltung keinen Einfluß gehabt. Ich möchte aber immerhin festlegen, daß Herr Iswolsky die Interessen des allgemeinen Friedens, die ihm nach seinem letzten Mémoire so sehr am Herzen liegen, besser gefördert hätte, wenn er es vermieden hätte, die Besuche König Ferdinands und König Peters gerade im jetzigen Augenblicke so rasch aufeinander folgen zu lassen.^{c)} Die Petersburger Festtage, die am Balkan so manche schlummernde Hoffnungen geweckt haben mögen, sind jedenfalls nicht die richtige Einleitung für eine neuerliche und feierliche Bekräftigung des Status-quo-Gedankens.

a) Vgl. n. 2040, 2059, 3287 Anm. b. — b) Vgl. n. 2001. — c) Vgl. n. 2034, 2042.

Nr. 2038. Bericht aus St. Petersburg, 27. Feb./12. März 1910 Nr. 8 D (eing. 15. März). Ausfert.

Vertraulich. Im Verfolge meines ergebensten Berichtes No. 6 F vom 25./12. v. Mts.^{a)} beehre ich mich Euer Exzellenz ganz ergebenst in Kenntnis zu setzen, dass ich kürzlich gesprächsweise von dem Duma-beschlusse bezüglich der Kreirung eines russischen Konsularpostens in Prag Herrn Sazonoff gegenüber Erwähnung getan habe. Bei dieser Gelegenheit sagte mir der Ministergehilfe, dass die Finalisierung dieser Angelegenheit, zu welcher unsere prinzipielle Zustimmung vorliege, sich noch einige Wochen hinziehen dürfte, da dieselbe noch nicht vor den Reichsrat gekommen sei. Als Kandidat für den neu zu kreirenden Posten ist nach Herrn Sazonoff „ein ernster und ruhiger, dem politischen Getriebe ferne stehender Beamte“, der gegenwärtige russische Konsularvertreter in Königsberg, von Zsukowski, in Aussicht genommen.

Berchtold.

a) In diesem Berichte wird mitgeteilt, dass die Reichsduma in ihrer Sitzung vom 8./21. März unter 33 fast ohne Debatte angenommenen Gesetzesprojekten auch eines votiert, welches die Kreirung eines russischen Konsulates in Prag betrifft. Diese neue Vertretungsbehörde soll angeblich am 14. April l. J. errichtet werden. Vgl. n. 1691.

Nr. 2039. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 14. März 1910 Nr. 74 (eing. 5 U. 30. p. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Rifaat Pascha teilte mir gestern vertraulich mit, dass die erste Sondierung, ob der Besuch König Ferdinands hier genehm sein würde, aus Petersburg im Wege dortigen türkischen Botschafters hieher

gelangte. Die türkische Regierung habe, von der Ansicht ausgehend, dass eine solche Anfrage direkt aus Sofia erfolgen müsste, auf jene Anregung gar nicht reagiert und erst als der türkische Gesandte in Sofia über Ersuchen der bulgarischen Regierung hier diesbezüglich angefragt hatte, zustimmend geantwortet. In hiesigen Regierungskreisen ist man über den Besuch der beiden Balkanfürsten äusserst befriedigt; man erblickt namentlich in dem Besuche des Königs Ferdinand eine Garantie für die Erhaltung des Friedens und stellt anderseits die beiden königlichen Reisen als einen Erfolg des neuen Regimes hin. Einer Äusserung Rifaat Paschas konnte ich aber gleichzeitig entnehmen, dass man jene Besuche keineswegs als die Einleitung zur Anbahnung irgendeiner Entente oder auch nur wirklich inniger Beziehungen zu den Balkanstaaten auffasst, sondern dieselben hauptsächlich von dem Standpunkte aus begrüsst, dass die Türkei nunmehr genügend Zeit für die ruhige Vollendung der Reorganisation ihrer Armee finden dürfte. Seine Majestät der Sultan sagte mir gestern bei dem für einen Teil des diplomatischen Korps stattgehabten Diner: Ich freue mich, dass die beiden Könige hieherkommen, weil ich alles, was für die Erhaltung des Friedens förderlich sein kann, mit Freuden begrüsse. Königin Eleonore wird König Ferdinand hieher begleiten. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2042, 2045.

Nr. 2040. *Privatschreiben nach Berlin, 15. März 1910.*^{a)} Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Der englische Botschafter, den ich etwa drei Wochen nicht gesehen hatte und welcher daher seit meiner Rückkehr von Berlin nicht in der Lage gewesen war, mich zu sprechen, hat sich kürzlich bei mir eingefunden und alsbald das Gespräch auf die neuliche Unterredung Sir E. Greys mit Graf Mensdorff^{b)} gelenkt, in deren Verlaufe der englische Staatssekretär des Auswärtigen in vorsichtiger Weise den Versuch gemacht hatte, für die Anregung Herrn Iswolskys zu plädiren, daß das Ergebnis der zwischen Wien und Petersburg geführten Verhandlungen den Großmächten mitgeteilt werden sollte. Ich habe nicht gezögert, Sir F. Cartwright über den Euer Exzellenz bekannten von uns in dieser Frage eingenommenen Standpunkt sowie über den wesentlichen Inhalt unserer diesbezüglichen nach Petersburg gerichteten Antwort zu informiren und auch die naheliegenden Gründe anzuführen, welche uns zu dieser Stellungnahme veranlassen. Angesichts dieser eigenthümlichen, von uns nicht erbetenen Einmischung in unsere Conversation mit dem Petersburger Cabinet habe ich den englischen Botschafter — genau so wie seinerzeit Herrn Crozier — darauf aufmerksam gemacht, daß mir zwar das Interesse seiner Regierung für einen günstigen Abschluß unserer Verhandlungen mit Rußland vollkommen begreiflich sei, daß ich jedoch unsere Intention betonen müsse, diesen Pourparlers den Charakter einer Conversation à deux zu erhalten, und daß meinerseits ein Wunsch nach fremder Unterstützung oder nach einer Beeinflussung des russischen Cabinets nach keiner Seite hin zum Ausdruck gebracht worden sei. Gewissermaßen zur Illustration

dieser Auffassung fügte ich hinzu, daß auch wir den Symptomen einer im Zuge befindlichen Besserung der englisch-deutschen Beziehungen ein reges Interesse entgegenbringen, daß ich mich aber selbstverständlich jeder Äußerung oder Stellungnahme zu dieser erfreulichen Entwicklung enthalte, und zwar nicht aus Mangel an Sympathie, sondern weil ich der Ansicht sei, daß man sich jeder Ingerenz auf Aktionen solcher Art zu enthalten habe und sich begnügen müsse, sie mit guten Wünschen zu begleiten. Sir F. Cartwright hat auf diesen deutlichen Wink dem Gespräche eine andere Wendung gegeben und in dessen weiterem Verlaufe die directe Frage an mich gestellt, wie ich mit meinem Besuche in Berlin^{c)} zufrieden gewesen sei. Ich benützte diesen mir ganz willkommenen Anlaß, um dem englischen Botschafter zu sagen, daß mich mein Berliner Aufenthalt außerordentlich befriedigt habe und daß ich speziell mit lebhafter Genugthuung und wahrem Vergnügen auf meinen Gedankenaustausch mit Herrn von Bethmann Hollweg zurückblicke, dessen Geist und Charakter ich desto höher schätze, je mehr ich Gelegenheit habe, ihn kennen zu lernen. Obwohl ich mich jeder Einmischung in die fernere Gestaltung der englisch-deutschen Beziehungen sorgfältig enthalte, schien es mir dennoch nützlich, Sir F. Cartwright gegenüber zu erwähnen, daß der Reichskanzler gesonnen ist, diplomatische Fragen in sehr realer und praktischer Weise zu behandeln und sich mit der Absicht trägt, diese Methode auch auf das englisch-deutsche Verhältniß anzuwenden. Obwohl ich über die in Berlin vorherrschenden Intentionen nie im Zweifel gewesen sei, hätte ich mich neuerdings davon überzeugen können, daß man deutscherseits, ohne die zu überwindenden Schwierigkeiten zu verkennen, den aufrichtigen Wunsch hege, mit England auf einen guten Sprechfuß zu kommen, und daß Herr von Bethmann Hollweg dieses Ziel mit jener Loyalität und jenem sittlichen Ernst verfolgen werde, welche seine Persönlichkeit charakterisiren. Soweit ich die Verhältnisse in Deutschland zu beurtheilen in der Lage sei, wäre demnach die dortige Situation einer Entspannung der englisch-deutschen Beziehungen günstig, so daß man für die weitere Zukunft zu gewissen Hoffnungen berechtigt sei. Ich nehme keinen Anstand, diese meine Wahrnehmung offen auszusprechen, da wir, wie mir scheine, auch auf englischer Seite eine gewisse Tendenz, mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen, mit Befriedigung verzeichnen können. Würde es doch unseren politischen Interessen ungemein zugute kommen, wenn der bisweilen stark in den Vordergrund tretende Gegensatz dieser beiden Mächte einem den großen wirtschaftlichen Interessen Englands und Deutschlands besser angepaßten freundschaftlichen Verkehre Platz machen würde. Meine Äußerungen machten auf Sir Fairfax sichtlichen Eindruck und er richtete an mich die Frage, ob ich ihn dazu ermächtige, über meine Bemerkungen an Sir E. Grey zu schreiben. Ich erwiderte, daß ich hiegegen nichts einzuwenden hätte, da es doch er gewesen sei, welcher mich über meine Berliner Eindrücke interpellirt habe, wobei ich nochmals eindringlich betonte, daß ich mich in diesem Belange jeder Stellungnahme oder Äußerung — bis auf jene der Sympathie — auf das sorgfältigste enthalte. Ich ersuche Euer Exzellenz, den Herrn Reichskanzler von dem Inhalte der vorstehenden Unterredung in streng vertraulicher

Weise in Kenntnis zu setzen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Herr von Bethmann Hollweg meinen Ausführungen zustimmen und in letzteren eine richtige Interpretation seiner politischen Auffassung erblicken wird. Ich habe es für ersprießlich gehalten, eine solche Sprache gerade gegenüber Sir F. Cartwright zu führen, welcher Deutschland notorisch feindselig gesinnt ist und in dem Rufe steht, alles zu versuchen, um Österreich-Ungarn von der Seite seines Bundesgenossen abzuziehen.

a) Vgl. n. 2037, 2056, 2059, 2061. — b) Vgl. n. 2019, 2061. — c) Vgl. n. 2024.

Nr. 2041. Aufzeichnung einer Vertrauensperson; Rom, 15. März 1910 (ohne Unterschrift).^{a)} Abschrift.

Von vertrauenswürdiger Seite wurde mir heute folgendes mitgeteilt: Marquis Maurigi, Senator, Mann der geb. Gräfin Wolkenstein, sagte meinem Gewährsmann, daß in Racconigi vorigen Herbst zwischen Italien und Rußland ein Schutz- und Trutzbündnis unterzeichnet worden sei, des Inhalts, daß, wann immer einer der beiden Staaten Oesterreich angreifen würde, der andere mithalten müßte. Italien würde mit 10 Korps vorgehen, Rußland mit 12, während die anderen 6 gegen Deutschland Front machen würden. Für diesen Bund seien bereits alle Balkanstaaten gewonnen, auch Rumänien (!), obzwar der König sich dagegen lange gewehrt hätte. England sei auch mit im Bunde und habe von Spanien und Portugal das Versprechen, 3 resp. 1 Armeekorps mobilisieren zu wollen und zwar auf seine (Englands) Kosten. Von Belgien, Holland und Dänemark erwarte man wenigstens eine wohlwollende Neutralität, ersteres solle namentlich Kohle für die englischen Schiffe liefern. Nur Frankreich zögere noch, da es keinen Krieg wolle und von einem solchen, ob mit glücklichem oder unglücklichem Ausgang, eine Gefahr für den Bestand der Republik fürchte. Diesbezüglich würden die verbündeten Regierungen trachten, den Revanche-Gedanken in Frankreich zu fördern und hoffen, daß im Falle der Frage eines Krieges gegen Deutschland die Kriegspartei die Oberhand bekommen und eventuell ein militärisches Ministerium ans Ruder kommen würde. Selbst Japan soll, in einem gewissen äußersten Momente, bereit sein, einige Korps nach Europa zu schicken, was in 16 Tagen durchführbar sein soll.

a) Vgl. n. 1848, 1956.

Nr. 2042. Bericht aus Konstantinopel, 16. März 1910 Nr. 16 A (eing. 19. März).^{a)} Ausfert.

Seit meiner letzten Courierexpedition hat sich wieder einmal, wie dies unter der neuen Aera in der Türkei schon häufig vorgekommen ist, die Situation mit einem Schlage geändert. Der schwärzeste Pessimismus, der noch vor einer Woche die Gemüter bedrückte, hat plötzlich einer durchwegs optimistischen Auffassung der Lage Platz gemacht. Noch vor wenigen Tagen fanden grössere Truppentransporte an die bulgarische Grenze statt. Heute denkt man hier nur an das Arrangement der Empfangsfeierlichkeiten für die beiden Balkanfürsten, die auf Befehl von Petersburg sich anschicken,

dem Sultan ihre Aufwartung zu machen. Um den Kreis der „zukünftigen Freunde“ der Türkei zu vervollständigen, wird wenigstens in den Zeitungen schon jetzt von einem Besuche des Fürsten von Montenegro und von einer russischen Mission gesprochen, welche die im vorigen Jahre stattgefundene Begrüssung des Czaren durch eine türkische Mission in Livadia erwidern soll. Dies Alles macht hier begreiflicher Weise einen vortrefflichen Eindruck und zwar in erster Linie deshalb, weil das jungtürkische Régime in diesen Liebeswerbungen einen grossen Erfolg für sich erblickt und dann auch, weil man hiedurch Zeit zu gewinnen hofft, um sich definitiv zu consolidiren. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die Stellung des jetzigen Cabinetes auch gegen Innen durch die Erfolge in der äusseren Politik gekräftigt werden wird. Trotz dieser offenbaren Vorthelle ist es sicher, dass sich die türkischen Machthaber, so wie ich dies in meinem Telegramme vom 14. d. M. No. 74 schon hervorgehoben habe, durch die von Herrn Iswolski angeordnete Huldigung der Balkanfürsten nicht täuschen lassen und dass sie dieselben ganz richtig einschätzen. Sie freuen sich in erster Linie, Zeit für die Vollendung der Rüstungen zu finden, — diese Zeit wird von ihnen bekanntlich mit zwei Jahren bemessen — sie wissen aber sehr gut, dass namentlich zwischen der Türkei und Bulgarien ein wirkliches, auf beiden Seiten aufrichtig gemeintes Einvernehmen niemals existieren kann. Man muss also meiner unmassgeblichen Ansicht nach Alles, was jetzt und in den nächsten Wochen hier vorgehen wird, mit grösster Seelenruhe betrachten und ja nicht glauben, dass hier trotz aller direkten und indirekten Liebeswerbungen von Seiten Petersburgs, die russischen Bäume in den Himmel wachsen werden. Es wäre also, glaube ich, von Wichtigkeit, dass seitens unserer Presse nicht etwa ein irgend wie gereizter Ton angeschlagen werde. Dieselbe sollte meiner Ansicht nach im Gegentheile hervorheben, dass gute Beziehungen zwischen der Türkei einerseits und Serbien und Bulgarien andererseits im allgemeinen Interesse liegen und dass selbst das Zustandekommen eines Balkanbundes, wenn demselben der Verzicht der Bulgaren und Serben auf ihre macedonischen Aspirationen zu Grund liegt, von allen europäischen Mächten mit grösster Freude begrüsst werden könnte. In meinem obcitirten Telegramme habe ich erwähnt, wie Rifaat Pascha mir mitgetheilt hatte, dass die erste Anfrage, ob der Besuch des Königs Ferdinand hier genehm sein würde, aus Petersburg erfolgt sei. Ich möchte hier nur noch die recht bezeichnenden Umstände erwähnen, unter welchen die obige Mittheilung Rifaat Paschas stattgefunden hat und welche darauf schliessen lassen, dass dieselbe nicht ohne eine gewisse Absicht gemacht wurde. Wie Euerer Excellenz bekannt ist, fand am letzten Sonntag eine Hoftafel, zu welcher ausser mir unter Anderen auch der russische Botschafter geladen war, statt. Als ich in den Saal trat, wo sich die Gäste versammelten, kam Rifaat Pascha sofort auf mich zu, zog mich auf die Seite und machte mir die erwähnte Mittheilung, so dass ich den Eindruck gewann, er wolle mir gegenüber accentuiren, dass die Türkei nicht gewillt ist, die Huldigungen der Balkanfürsten sozusagen aus den Händen und auf Anordnung Russlands entgegnenzunehmen.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 2029, 2037, 2043.

Nr. 2043. Bericht aus Konstantinopel, 16. März 1910 Nr. 16 B (eing. 19. März).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Der Grossvezir hat sich gestern, im Laufe einer längeren Unterredung mir gegenüber unter Anderem dahin ausgesprochen, dass er den Besuch König Ferdinands in Constantinopel namentlich deshalb freudigst begrüsse, weil hiedurch die Lage geklärt werde. „C'est une détente“ sagte Hakki Pascha und fügte hinzu, er persönlich habe allerdings niemals an eine wirkliche Kriegsgefahr gedacht, aber die Situation wäre doch unstreitig eine bedenkliche gewesen. Nun aber sei aller Voraussicht nach für die nächste Zukunft nichts zu fürchten. Auf eine Anspielung meinerseits, ob etwa weitergehende Abmachungen bei den in Aussicht stehenden Besuchen der Balkanfürsten zu gewärtigen wären, antwortete mir Hakki Pascha Folgendes: „Meiner Ansicht nach muss man sich damit begnügen, Politik auf einen Zeitraum von höchstens vier bis fünf Jahren zu machen; wir werden also blos dahin trachten, uns mit unseren Nachbarstaaten in wirthschaftlicher Hinsicht möglichst gut zu stellen und mit ihnen überhaupt gute Nachbarschaft zu halten. Weiter kann man unter den heutigen Verhältnissen wohl nicht gehen.“ An demselben Tage hatte ich auch mit Rifaat Pascha ein Gespräch. Der Minister des Äussern nahm die Gelegenheit wahr, um mich auf die Grundlosigkeit jener Zeitungsmeldung aufmerksam zu machen, welche behauptete, dass Herr Milovanovitsch anlässlich seines hiesigen Aufenthaltes irgend eine Österreich-Ungarn feindliche Abmachung mit der Türkei in Anregung gebracht hätte. Rifaat Pascha sagte mir, dies wäre schon deshalb als ganz ausgeschlossen zu betrachten, da er (Rifaat Pascha), wie er mir dies schon neulich sagte, das Gespräch mit dem serbischen Minister des Äussern damit begann, dass er demselben den Rath ertheilte, mit Österreich-Ungarn möglichst freundliche Beziehungen zu pflegen. Ebenso grundlos, wie die obige Zeitungsnachricht, scheine ihm auch — fuhr er fort — die von der Neuen Freien Presse gebrachte Meldung zu sein, König Ferdinand hätte die Absicht, bei seinem bevorstehenden Besuche in Constantinopel über die Autonomie Macedoniens zu sprechen. Es wäre dies, bemerkte der Minister, das Mittel, um jede politische Conversation im Vorhinein unmöglich zu machen. Man müsse überhaupt hoffen, dass der König das Wort „Macedonien“ hier gar nicht aussprechen werde. b) Rifaat Pascha kam dann auf die Rolle zu sprechen, die Russland bei Anlass der bevorstehenden Besuche gespielt hat und machte kein Hehl daraus, dass seiner Überzeugung nach die beiden Könige auf Befehl Russlands nach Constantinopel kommen. (Nebenbei erlaube ich mir zu bemerken, dass mir heute mein russischer College gesagt hat, man hätte König Ferdinand in Petersburg blos den Rath ertheilt, sich mit der Türkei möglichst gut zu stellen. Von dem Besuche in Constantinopel wäre nicht die Rede gewesen.) Im Zusammenhange hiemit liess der Minister die Bemerkung fallen: „Herr Iswolsky lässt sich immer noch von der Idee leiten, dass Österreich-Ungarn noch weiter gegen Süden vorzudringen beabsichtigt.“ Ich antwortete hierauf dem Minister in etwas erregtem Tone: „Ich weiss, dass man Ihnen sowie auch den Serben und den Bulgaren Solches sagt. Ich kann dies aber nur mit dem Worte „perfidie“ bezeichnen, da Herr Iswolsky ebensogut, wie ich,

weiss, dass von derlei Absichten keine Rede sein kann. Der russische Minister des Äussern sagt also, wenn er solches behauptet, bewusst eine Unwahrheit.“ Rifaat Pascha liess dann dieses Thema fallen und kam im Allgemeinen auf das Resultat der letzten Pourparlers zwischen Wien und Petersburg zu sprechen. Ich sprach mich bei dieser Gelegenheit ihm gegenüber dahin aus, dass nunmehr das von beiden Seiten angestrebte Ziel erreicht sei, nämlich die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen den beiden Cabineten. Dies genüge unter den heutigen Verhältnissen. Irgendwelche feierliche Deklarationen über prinzipielle Fragen, die ohnedies von Niemandem bestritten werden, seien ganz überflüssig und nicht am Platze. Es würde hiedurch nur falschen Interpretationen Thür und Thor geöffnet werden und namentlich müsste das Wort „entente“ zu Missverständnissen Anlass geben. Rifaat Pascha zeigte für diese Auseinandersetzungen volles Verständnis und sagte zum Schlusse unserer Unterredung: „Wir sind froh, wenn zwischen Wien und Petersburg gute Beziehungen bestehen, aber lieber ist es uns, wenn dies ohne ‚entente‘ geschieht.“ Pallavicini.

a) Vgl. n. 2042, 2045. — b) Vgl. n. 2141.

Nr. 2044. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Belgrad, 17. März 1910 Nr. 21 (eing. 9 U. 45 M. p.m.).^{a)} Entziff.

Soeben erfahre ich von Polizeikommissariat Semlin, dass der aus dem Friedjung-Prozesse bekannte Konfident Stefanović seit heute mittags im Polizeikommissariat ist. Er hat sich selbst bei Polizeikommissär gemeldet und will nach Wien fahren, um die Richtigkeit seiner Dokumente zu beweisen, aber nicht bevor er darüber Meinung des Grafen Forgách erfahren; auch habe er keine Dokumente in Händen. Warte wegen eventueller Schritte auf heute abends eintreffenden Gesandten, dem ich Semlin entgegenfahre. Haymerle.

a) Vgl. n. 1972, 1982 Anm. c, 2049, 2050, 2296.

Nr. 2045. Erlaß nach Konstantinopel, 17. März 1910 Nr. 657.^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Unter den Berichten, die mir Euer Exzellenz am 9. 1. M.^{b)} über verschiedene aktuelle politische Themen erstatteten, haben besonders jene, in welchen mir Hochdieselben über ein Gespräch mit dem Kriegsminister Mahmud Schefket Pascha und über eine Unterredung mit Rifaat Pascha relationnieren, mein lebhaftes Interesse erweckt. Was Mahmud Schefket Pascha Euer Exzellenz über die äussere Lage der Türkei, über die Notwendigkeit, zu Lande und zur See gerüstet zu sein, sowie darüber gesagt hat, daß die Türkei zu ihrer Consolidirung und vollständigen Vorbereitung noch einer längeren Friedensperiode bedürfe, entspricht nicht nur meinen Anschauungen, es deckt sich auch mit unseren politischen Wünschen, die sich für die nächste Zukunft in dem Worte „Aufrechterhaltung des status quo“ zusammenfassen lassen. Wenn die Türkei bestrebt ist, den Frieden zu erhalten und mindestens in den nächsten zwei Jahren der Gefahr einer kriegesischen Komplikation aus dem Wege zu gehen, befindet sie sich in

vollkommener Übereinstimmung mit unseren eigenen Absichten; ihr Bestreben, sich dieses Spatium zu verschaffen, werden wir daher gewiß unterstützen. Meinen vollen Beifall hat die Antwort gefunden, die Euer Exzellenz Rifaat Pascha erteilten, als er in seiner Konversation mit Euer Exzellenz der Erwartung Ausdruck gab, daß wir Serbien zurückhalten würden, wenn es Miene machen sollte, sich im Falle eines türkisch-bulgarischen Konfliktes auf die Seite der Gegner der Türkei zu schlagen. Euer Exzellenz haben mit dem Hinweis auf die Gefahr einer allgemeinen europäischen Komplikation, die durch die direkte Parteinahme einer Großmacht für einen der Kombattanten geschaffen werden könnte, nicht nur in der zutreffendsten Weise auf den Anwurf Rifaat Paschas repliziert, Sie haben auch gleichzeitig jenes tatsächliche Moment zur Geltung gebracht, das uns für den Fall von Conflagrationen am Balkan seit jeher jede Interventionspolitik als verhängnisvoll erscheinen ließ. Eine selbstverständliche Ergänzung findet dieses Prinzip der Nicht-Intervention natürlich darin, daß sich die Großmächte nach ausgetragenen Kämpfe die definitive Entscheidung vorbehalten, was Euer Exzellenz ja auch Mahmud Schefket Pascha gegenüber bereits angedeutet haben. In einer Unterredung mit dem hiesigen türkischen Botschafter hatte auch ich zufälliger Weise kürzlich Gelegenheit, Reschid Pascha gegenüber das Thema der Interventionspolitik, wenn auch in einem anderen Zusammenhange zu berühren. Ich sprach dem türkischen Botschafter davon, daß wir in den Pourparlers mit dem russischen Kabinet die Übereinstimmung unserer beiderseitigen politischen Grundsätze hinsichtlich der Erhaltung des status quo im nahen Orient konstatiert und daher den normalen politischen Kontakt mit St. Petersburg wieder aufgenommen hätten; hiebei erwähnte ich, daß man in Petersburg gewünscht habe, wir möchten die übrigen Großmächte von dem Resultate unserer Pourparlers verständigen, um so eine einheitliche Kundgebung der Großmächte herbeizuführen. Ich hätte aber diese russische Anregung abgelehnt, vor Allem, weil ich eben bei den Verhandlungen mit dem Petersburger Kabinet von Anfang an nichts anderes im Auge gehabt hätte, als die Wiederherstellung normaler politischer Beziehungen, nicht zum wenigsten aber auch deshalb, weil ich befürchtet hätte, daß die sich notwendigerweise ergebenden Verhandlungen zwischen Mächten in ihrer weiteren Folge zur Belebung des Interventionsgedankens in Balkanangelegenheiten führen könnten. Speziell die Frage der Fassung einer allgemeinen Formel, die von allen Großmächten acceptiert werden könnte, hätte die Mächte, besonders England und Rußland, leicht auf den Weg nach Reval zurückbringen können. Diese auch der Türkei abträglichen möglichen Konsequenzen der russischen Anregung hätte ich vorausgesehen und sei daher nicht dafür zu gewinnen gewesen, eine gemeinsame Kundgebung der Mächte zu provozieren. Reschid Pascha dankte mir in warmen Worten für meine Mitteilungen und erbat sich die Ermächtigung, über dieselben nach Konstantinopel berichten zu dürfen. Ich erhob keinen Widerspruch und ermächtigte auch Euer Exzellenz, sich zu maßgebenden türkischen Persönlichkeiten über die Gründe meiner Stellungnahme in den Verhandlungen mit Petersburg in streng vertraulicher Weise ungefähr so zu äußern, wie ich dies dem hiesigen

türkischen Botschafter gegenüber getan habe. Bevor ich schließe, möchte ich noch mit einigen Worten die bevorstehenden Besuche der beiden Balkankönige in Konstantinopel erwähnen. Es ist zweifellos — und Euer Exzellenz bringen dafür selbst einen Beleg in Ihrem Telegramm Nr. 74 vom 14. d. M. — daß diese Besuche bis zu einem gewissen Grade auf den Einfluß Herrn Iswolskys zurückzuführen sind und in diesem Sinne also einen gewissen Erfolg des russischen Ministers darstellen. Da der Effekt dieser Besuche aber jedenfalls eine Stärkung der Friedensaussichten wenigstens für die nächste Zukunft bedeutet, kann es uns nur recht sein, wenn Herr Iswolsky sich durch die Umstände veranlaßt sieht, auch seinerseits konservative Politik zu machen. Überdies bedeuten die bevorstehenden Entrevues — ich befinde mich hier in vollständiger Übereinstimmung mit der Ansicht, die Euer Exzellenz in Ihrem vorzitierten Telegramm ausgesprochen haben — jedenfalls auch einen Erfolg des neuen Régimes in der Türkei und sie können uns daher auch von diesem Gesichtspunkte aus nur ganz willkommen sein. Die aufgetauchte Befürchtung, daß die Besuche der beiden slavischen Könige in Konstantinopel gewißermaßen ein Präludium für den Abschluß eines Balkanbundes unter türkischer Führung darstellen könnten, vermag ich nicht zu teilen. Die notwendige Voraussetzung eines solchen Bundes wäre der Verzicht Serbiens und Bulgariens auf ihre mazedonischen Aspirationen. Die türkischen Staatsmänner sind aber gewitzigt und klug genug um einzusehen, daß eventuelle Versicherungen, die ihnen in dieser Richtung geboten würden, nicht ernst gemeint sein können. Gegen die Herstellung eines besseren Verhältnisses zu den beiden slavischen Staaten, wie es vielleicht durch die Besuche der beiden Balkanfürsten inaugurirt wird, haben wir andererseits schon deshalb nichts einzuwenden, weil dasselbe der Türkei für die nächste Zukunft eine weitere Gewähr für eine ungestörte Konsolidierung im Innern bietet.

a) Vgl. n. 2027, 2028, 2029, 2043, 2047, 2058. — b) n. 2027—2029.

Nr. 2046. Bericht aus Rom, 17. März 1910 Nr. 14 B (eing. 19. März).
Ausfert.

Streng vertraulich. Im Augenblicke, da ich im Begriffe stehe, meine hiesigen Funktionen einem Anderen zu übergeben, erscheint ein kurzer Rückblick auf meine Thätigkeit in Rom wohl nicht unangebracht. Es ist nicht an mir, dieselbe zu beurtheilen, aber die ungezählten Worte des Bedauerns über meinen Rücktritt, die mir aus den verschiedensten Kreisen der Monarchie auf mündlichem und schriftlichem Wege zugekommen sind, geben mir immerhin den Beweis, daß die mühe- und verantwortungsvolle Arbeit der letzten sechs Jahre nicht als eine vergebliche angesehen wird. Daß meine hiesige Thätigkeit von mancher Seite kritisiert und angefeindet wurde, dessen bin ich mir wohl bewußt. Es hieße die Augen den That-sachen verschließen, wollte man verkennen, daß in ziemlich ausgedehnten Kreisen bei uns die Herstellung wirklich vertrauensvoller Beziehungen mit Italien weder erhofft noch angestrebt wird. Für die Vertreter dieser Richtung ist ein Hetzartikel in einem obskuren Winkelblatte, ein sofort wieder

beglichener Zwischenfall — von den phantastischen Meldungen hungernder Confidenten gar nicht zu sprechen — ein willkommener Anlaß, um in mehr oder minder verblümter Form gegen den Botschafter beim Quirinal loszuziehen, seine Thätigkeit zu bemängeln und womöglich auch zu verdächtigen. Diese zumeist lediglich auf Unkenntnis der hiesigen Verhältnisse beruhenden Angriffe tangiren mich wenig. Ich bin mir keiner Handlung, keines Wortes, keines Gedankens bewußt, der nicht der reinsten Überzeugung, damit dem Wohle des Staates zu dienen, entsprungen wäre, und den ich nicht jederzeit in Wort und Schrift vor der Öffentlichkeit zu vertreten bereit bin und bei der ersten sich ergebenden Gelegenheit auch vertreten werde. Als ich im April 1904 in Rom eintraf, war die Erinnerung an die kritische Ära Zanardelli—Prinetti noch eine frische; Tittoni war noch zu kurze Zeit am Ruder, um sich einen nennenswerthen Anhang haben schaffen zu können; der militante Irredentismus stand in voller Blüthe, das gegenseitige Mißtrauen war ein tiefgewurzletes, die Möglichkeit kriegischer Verwicklungen nahezu ein Tagesgespräch! Die Frage, ob es gelingen werde, die wirthschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Monarchien auf einer neuen Basis zu regeln, lag schwer auf allen Gemüthern, und der Rückschlag, den ein Scheitern der Verhandlungen auf die politischen Beziehungen naturgemäß ausüben mußte, wurde in sehr rückhaltsloser Weise commentiert. Der nach monatelangen Verhandlungen erfolgte Abschluß^{a)} brachte eine sofort fühlbare wirthschaftliche und politische détente mit sich und werde ich stets mit Genugthuung darauf zurückblicken, daß der günstigste Handelsvertrag, den die Monarchie vielleicht jemals abgeschlossen hat und der eine der Klammern bildete, welche die wirthschaftliche Gemeinsamkeit derselben aufrecht erhalten hat, von mir, auf meine Verantwortung und gegen die mir ertheilten Instruktionen finalisirt wurde. Der Abschluß des Handelsvertrags bildete den Ausgangspunkt der ascendenten Richtung in den Beziehungen zwischen Wien und Rom, die ihren Höhepunkt im Jahre 1908 erreichte, als ein k. und k. General von König Victor Emanuel mit Liebenswürdigkeiten überhäuft wurde, und ein Prinz des königlichen Hauses auf der österreichisch-ungarischen Botschaft einen Toast auf die alliirte Armee ausbrachte. Daß die beiderseitigen Beziehungen die schwere Belastungsprobe, denen sie seither unterworfen wurden, in relativ sehr befriedigender Weise bestanden haben, ist noch in zu frischem Gedächtnisse, um einer besonderen Hervorhebung zu bedürfen. Es genügt, auf den vor acht Wochen stattgehabten so ungemein herzlichen Briefwechsel zwischen Euerer Excellenz und Grafen Guicciardini hinzuweisen. Ein schöneres Zeugniß für den Erfolg seiner Bemühungen kann sich ein scheidender Botschafter kaum wünschen. Unzweifelhaft hat die Schlagfertigkeit, welche die k. und k. Armee während des Winters 1908—1909 bewiesen hat, auch hierzulande einen tiefen Eindruck hervorgebracht, wenn auch vielleicht weniger, als bei manchen anderen Großmächten. In Italien hat niemals Jemand an der gewaltigen und indiscutablen Überlegenheit der k. und k. Armee gegenüber der eigenen gezweifelt, und wird es — so Gott will — auch niemals thun! Es wird dies auch unzweifelhaft der Hauptbeweggrund sein, warum Italien — wenn nicht in der

Zwischenzeit ganz unvorhersehbare Zwischenfälle eintreten — gewiß auch fernerhin im Dreibunde verbleiben wird, diesem Kunstprodukte, das, wenn auch seine Basis die lautere Wahrheit leider nicht ist, immerhin als das relativ beste Auskunftsmittel angesehen werden darf! Die zu gewärtigende innere Entwicklung der Monarchie verbunden mit der allmählichen Wiedererstarkung Rußlands berechtigen die Vermuthung, daß Italien als Machtfaktor für uns in der Zukunft eine eher zunehmende Bedeutung haben wird, eine Erwägung, die ich mir stets vor Augen zu halten geglaubt habe. Ich schließe diesen Bericht mit den Worten, die ein mit Land und Leuten genau vertrautes Mitglied der letzten ungarischen Delegation unlängst an mich richtete: „Und wenn der Herrgott selber während der Annexionskrise Botschafter in Rom gewesen wäre, unter den gegebenen Verhältnissen hätte Er von den Italienern auch nicht mehr erreichen können!“ Quod potui feci — faciant meliora sequentes! Lützow.

a) Handelsvertrag vom 11. Feb. 1906. Bittner, Chron. Verz. III 548 Nr. 5152.

Nr. 2047. Erlaß nach Sofia, 17. März 1910 Nr. 673. a) Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

Bei dem gestrigen Diplomatenempfang kam ich dem hiesigen bulgarischen Gesandten gegenüber auf den Besuch König Ferdinands in Konstantinopel zu sprechen, indem ich bemerkte, daß mir dieser Schritt des Königs sehr weise und der politischen Situation durchaus entsprechend erscheine. Ich fügte hinzu, daß wir, wie Herrn Geschoff ja bekannt sei, sowohl in Sofia als auch in Konstantinopel uns immer dahin ausgesprochen haben, freundschaftliche Beziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien seien nicht nur vom Standpunkte der Erhaltung des Friedens aus zu begrüßen, sondern lägen im Interesse der beiden benachbarten Staaten selbst. Der Besuch König Ferdinands in Konstantinopel sei gewiß danach angetan, die Herstellung eines guten Verhältnisses zur neuen Türkei zu fördern und die Chancen einer friedlichen und ruhigen Entwicklung am Balkan zu erhöhen. Indem ich es Euer Hochwohlgeboren anheimstelle, sich gelegentlich in demselben Sinne zu äußern, erneuere ich ...

a) Vgl. n. 2045, 2048.

Nr. 2048. Bericht aus Sofia, 17. März 1910 Nr. 21 C (eing. 19. März). a) Ausfert.

Streng vertraulich. Als heute Assim Bey mir gegenüber die so rudimentären Informationen Herrn Dobrowitschs über die Reise König Ferdinands nach Constantinopel ergänzte (confer mein Telegramm Nr. 50^b) vom 14. d. M.), fand er sich bestimmt, zu der von ihm hier verfolgten Politik einen Commentar zu liefern: Er befolge mit derselben nur die ihm seitens Euer Excellenz dereinst gütigst erteilten Rathschläge, mit allen Nachbarn thunlichst auszukommen, die Steine des Anstosses aus dem Wege zu räumen, ihnen auf wirtschaftlichem Gebiete Entgegenkommen zu bezeugen etc. Andererseits aber werde er — und dies möge ich bei Gelegenheit zu Euer Excellenz hochgeneigter Kenntniss bringen, auf Deren Urtheil er den

allerhöchsten Wert lege — gewiss nicht in Amt und Würden, und wie er emphatisch fortfuhr, vielleicht nicht am Leben sein, wenn sich die Türkei je zu einer politischen Allianz mit dem „slawischen Erbfeind“ hergeben sollte. Hier habe er gewiss nicht um die Gunst der Bulgaren und ihres Herrschers gebuhlt, ein dicton, das nebenbei erwähnt ganz den Thatsachen entspricht. Er habe ihnen vielmehr seinerzeit thatsächlich en toute lettre Krieg oder Frieden zur freien Wahl angeboten (confer den Bericht Freiherrn von Mittags vom 25. November v. J., Nr. 80 B). Heute habe er die Genugthuung, den — wie er sich ausdrückte — „gebändigten Czaren“ nach Constantinopel zu geleiten, wo man Ihm alle nur erdenklichen Ehren erweisen werde und solle. Die Marschroute habe aber er, Assim Bey, dem Höchsten Herrn vorgezeichnet, beziehungsweise dessen Minister klipp und klar erklärt, er verbitte sich nachdrücklichst jedwede wie immer geartete Berührung innerer Fragen; nach den Elubructionen General Paprikoffs in St. Petersburg müsse man sich eben selbst auf das Unmöglichste an Geschmacklosigkeit und Einfalt gefasst machen. Eben dahin habe der Herr bulgarische Minister des Äussern vielleicht Illusionen mitnehmen können. Nach Constantinopel dürfe er dies bestimmt nicht thun. Denn dort würden sie sich jählings als Fata Morgana erweisen. Indem ich nicht verhehlen kann, dass mir durch diese schwungvollen Ausführungen die Besorgnis durchzuklingen schien, man könnte in Wien die nacheinander stattfindenden Besuche der Balkan-Herrscher und deren Folgen auf politischem, beziehungsweise verkehrspolitischem Gebiete wie etwa in der Frage der Adria-Bahn oder des Kriegsmaterial-Importes nach Serbien via Salonik doch vielleicht mit scheelem Aug' ansehen, bitte ich etc.

Giskra.

a) Vgl. n. 2047, 2052. — b) (eing. 6 U. p. m.). Meldet, daß sich König Ferdinand am 20. März nach Konstantinopel begeben dürfte.

*Nr. 2049. Tel. nach Belgrad, 18. März 1910 Nr. 8 (chiffr. 6 U. 55 M. p. m.).*a) Konz. (S. Oppenheimer; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Mit Bezug auf das dortamtliche Telegramm Nr. 21 vom 17. d. M. Im Sinne unserer kürzlichen mündlichen Besprechung wollen Euer Hochgeboren daran festhalten, daß die Beziehungen der k. u. k. Gesandtschaft zu Stefanović endgiltig gelöst sind. Dieselben wären daher auch anlässlich des Erscheinens des Stefanović in Zimony nicht wieder aufzunehmen, vielmehr wäre mit dem dortigen Polizeikommissär das Einvernehmen zu pflegen, daß Stefanović für den Fall seines Insistierens auf der in obigem Telegramme gemeldeten Absicht an der Weiterreise gehindert und eventuell über die serbische Grenze geschafft werde. Ich ersuche um telegrafischen Bericht.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2044, 2050, 2296.

*Nr. 2050. Tel. aus Belgrad, 18. März 1910 Nr. 22 (eing. 8 U. p. m.).*a) Entziff.

Geheim. Zu Telegramm Haymerles Nr. 21. Ich ersuchte Semliner Polizei, ehemaligen Konfidenten zu verständigen, dass die Gesandtschaft

ihn nicht kenne und keine Verbindung mit ihm unterhalten wolle und dass er wegen seines nach seiner eigenen Angabe nicht ihm gehörigen, von einem Freunde entlehnten Grenzüberttrittszertifikates sofort unser Territorium zu verlassen habe. Er hat sich gleich freiwillig nach Belgrad zurückbegeben. Seine Behauptungen, er sei während der Dauer des Prozesses in ein Irrenhaus gesperrt worden und müsse Serbien verlassen, da er jetzt auf der Universität verfolgt werde, sind wenig glaubwürdig; er hatte keine seine Identität oder konfidenzielle Tätigkeit erhärtenden Dokumente bei sich. Ich betrachte seinen Schritt nur als einen Versuch, eine finanzielle Unterstützung von uns zu erlangen und beabsichtige, alle weiteren eventuellen Annäherungen vollkommen ablehnend und desavouierend behandeln zu lassen, auch wenn er mit Enthüllungen und so weiter drohen wollte.

Forgách.

a) Vgl. n. 2049, 2198, 2296, 2297.

*Nr. 2051. Tel. aus Berlin, 18. März 1910 Nr. 37 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).^{a)}
Entziff.*

Mit Bezug auf Euer Excellenz Telegramm Nr. 22 vom 2. d. M. Mein italienischer Kollege suchte mich gestern auf und erzählte mir sehr erregt, er sei von seinem Minister aufgefordert worden, sich zu nachstehender Angelegenheit zu äussern: Italienischer Botschafter in Paris telegraphiert, Herr Pichon habe ihn zu sich bitten lassen, um ihm zu sagen, daß der gerade damals in Paris auf Urlaub befindliche französische Botschafter in Berlin ihm gemeldet hätte, es sei ihm — Herrn Cambon — von Herrn Pansa vertraulich mitgeteilt worden, daß zwischen Italien und Österreich-Ungarn ein neuer geheimer Accord betreffs des Balkans abgeschlossen worden sei; an diese Mitteilung hätte Herr Pichon die Frage geknüpft, ob der italienische Botschafter diese Nachricht bestätigen könne. Graf Guicciardini ersuchte daher Herrn Pansa, dieses angebliche Vorkommnis aufzuklären. Mein italienischer Kollege versicherte mir, er hätte sich einer ähnlichen Pflichtverletzung nicht schuldig gemacht; er könne sich nur erinnern, daß er gelegentlich eines Gespräches mit Herrn Cambon über die österreichisch-ungarisch-russischen Annäherungsversuche sich dahin geäußert habe, daß auch in neuerer Zeit die Kabinette von Rom und Wien konstatiert hätten, daß sie nach wie vor an der Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan festzuhalten entschlossen seien. Dies sei übrigens auch nach Racconigi im italienischen und im österreichischen Parlamente von der maßgebenden Seite erklärt worden! Herr Pansa hat, wie er hinzufügte, in diesem Sinne bereits nach Rom berichtet. Er erbat sich meinen Rat, ob er Herrn Cambon gegenüber diese Frage zur Sprache bringen und ihn um Aufklärung ersuchen solle. Ich habe ihm geantwortet, daß nach meiner Ansicht die Klarstellung dieses Incidenzfalles notwendig sei und ich ihm nur raten könne, seinen französischen Kollegen, mit dem er ja auf sehr freundschaftlichem Fuße stehe, zu interpellieren.

Szögyény.

a) Vgl. n. 2054.

Nr. 2052. Erlaß nach Belgrad, 19. März 1910 Nr. 681. a) Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Der hiesige serbische Gesandte ist gestern bei mir erschienen, um mir im Auftrage seiner Regierung Mittheilung von der bevorstehenden Reise König Peters nach Petersburg zu machen. Wie Herr Simić sich ausdrückte, beginne sein höchster Herr jetzt seine Auslandsreisen und habe es für richtig erachtet, seinen ersten Besuch in Petersburg abzustatten, eingedenk der Dankesschuld, die Serbien dem russischen Reiche für die der einstige Mithilfe an seiner Befreiung abzutragen habe. Von Petersburg werde sich König Peter nach Konstantinopel begeben, um dem Herrscher der benachbarten Türkei seine Aufwartung zu machen. Von dem persönlichen Contacte der beiden Souveräne erwarte sich die serbische Regierung eine wesentliche Besserung und Erwärmung der serbisch-türkischen Beziehungen. Diese Aussicht im Vereine mit dem besonders guten Verhältnisse, das gegenwärtig zwischen Serbien und Bulgarien bestehe, ließen eine friedliche und ruhige Gestaltung der nächsten Zukunft am Balkan erhoffen; die königliche Regierung glaube annehmen zu dürfen, daß die Mächte die déplacements König Peters in diesem Sinne auffassen und würdigen würden. Persönlich bemerkte der serbische Gesandte noch, er sei sehr angenehm von der Art und Weise berührt gewesen, wie sich das „Fremdenblatt“ und andere hiesige Organe zu den bevorstehenden Reisen seines Souveräns geäußert hätten. Ich habe Herrn Simić, dessen Ausführungen in deutlicher Weise die Marke Iswolskyscher Einwirkung erkennen ließen, ohne den Petersburger Besuch König Peters zu erwähnen, geantwortet, daß ich die Reise seines Souveräns nach Constantinopel sehr opportun fände, daß dieselbe jedenfalls geeignet sei, die Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen der neuen gekräftigten Türkei und Serbien zu fördern und daß sie daher jedenfalls auch die Chancen einer friedlichen Entwicklung am Balkan steigern würde, was die Mächte nur mit Genugthuung begrüßen könnten. Indem ich Euer Hochgeboren das Vorstehende zu Ihrer Information und allfälligen Regelung Ihrer Sprache mitteile, füge ich bei, daß ich mich in ähnlicher Weise wie zu Herrn Simić auch zu dem hiesigen bulgarischen Vertreter Herrn Geschoff über die Constantinopler Reise König Ferdinands ausgesprochen habe.

a) Vgl. n. 2048, 2055, 2125, 2216.

Nr. 2053. Bericht aus Paris, 19. März 1910 Nr. 7 A (eing. 21. März). Ausfert.

Confidentiel. Il y a plus de dix jours que je n'ai eu l'occasion de voir Monsieur Pichon. Il a décommandé la réception du mercredi 16. La dernière fois où j'ai rencontré le Ministre il a à peine effleuré le thème de nos relations avec la Russie. Il savait qu'il y a eu reprise du commerce normal et se montra satisfait de ce résultat des pourparlers entre Vienne et St. Pétersbourg. Il ne me fit aucune mention d'un regret de ce que Votre Excellence n'ait pas accepté la formule proposée par Monsieur Iswolsky. En général Monsieur Pichon s'abstient volontiers de prononcer devant

moi le nom de son collègue russe. Monsieur Lahovary m'a dit confidentiellement l'autre jour que Monsieur Pichon avait une opinion détestable sur le caractère de Monsieur Iswolsky et qu'il désapprouvait sa tactique politique. Le Ministre de Roumanie affirme que Monsieur Pichon n'a jamais été dupe des manigances d'Iswolsky, mais il est naturel qu'il ne veut s'exprimer sur ce sujet vis-à-vis de moi. J'ai lieu de croire que malgré la démarche de Monsieur Crozier auprès de Votre Excellence Monsieur Pichon n'a pas été autrement étonné de ce que le traquenard d'Iswolsky n'ait pas eu de succès. J'ai dit au Ministre que je ne pouvais bien saisir le programme lancé de St. Pétersbourg pour l'attitude politique en Orient. Car maintien di statu quo et développement des Etats slaves du Balcan me semblait être une contradictio in adjecto. Monsieur Pichon ne me paraît pas beaucoup plus avancé que moi dans la compréhension de ce dilemme. Toutefois le Ministre m'affirma qu'il avait été informé qu'on avait donné des conseils de sagesse et de modération au Roi de Bulgarie et qu'on n'avait pas accepté ses doléances à propos de la Macédoine. Monsieur Pichon a ajouté que lors de la prochaine visite du Roi de Serbie à St. Pétersbourg on y ferait vibrer la même note. L'horizon politique est en ce moment à l'accalmie et je ne vois pas de sujet intéressant qui mériterait de fixer l'attention de Votre Excellence.

Khevenhüller.

Nr. 2054. Bericht aus Berlin, 20. März 1910 Nr. 14 A (eing. 22. März). Ausfert.

Streng vertraulich. Im Verfolge meines ergebenen Telegramms vom 18. d. M. No. 37 über die angeblichen Indiskretionen meines italienischen Collegen in Betreff unseres geheimen Balkan-Abkommens mit Italien erlaube ich mir nachzutragen, daß Herr Pansa — wie er mir erzählt — Herrn Cambon zur Rede gestellt hat. Letzterer habe, so versichert mir der italienische Botschafter, auf das Entschiedenste geantwortet, die ihm in den Mund gelegten Äußerungen Herrn Pichon gegenüber gemacht zu haben. Nach seiner — Herrn Cambons — Meinung müsse hiebei ein grobes Mißverständnis obwalten, welches in der Folge wohl aufgeklärt werden würde. Herr Pansa hat diese ganze Angelegenheit, so sagte mir gestern der Staatssecretär, auch ihm des Langen und Breiten auseinandergesetzt. Freiherr von Schoen ist, so wie ich, der Meinung, daß der italienische Botschafter bei seiner bekannten Redseligkeit des Guten zu viel gethan hat und sich jetzt damit ausreden möchte, nur allgemein Bekanntes in seiner Conversation mit Herrn Cambon berührt zu haben. Daß seine Ausführungen nicht so anodyn waren, wie er sie gern darstellen möchte, scheint dem Staatssecretär auch aus der Démarche Sir Edward Goschen's hervorzugehen, über die ich Euer Excellenz mit meinem ergebenen Privatbrief vom 2. März zu berichten die Ehre hatte.

Szogyény.

Nr. 2055. Bericht aus Berlin, 20. März 1910 Nr. 14 B (eing. 22. März).^a) Ausfert.

Vertraulich. Trotz der langen Dauer des Besuches König Ferdinands von Bulgarien in St. Petersburg und der hiebei zur Schau getragenen Herz-

lichkeit hätte der Besuch — nach Ansicht Freiherrn von Schoens — mit einem Fiasko für den König geendet. Nach Nachrichten, die aus der russischen Hauptstadt eingetroffen, so erzählt mir der Staatssekretär, hätte König Ferdinand bei Seiner ersten Unterredung, die Er mit Herrn Iswolsky hatte, eine grosszügige Zukunfts-Politik am Balkan entwickelt und hiezu der Zustimmung Russlands sich zu vergewissern versucht. Für Bulgarien hätte der König nicht weniger als ganz Mazedonien bis zum Aegäischen Meere mit Einschluss Salonik's verlangt, dagegen den Russen grossmüthig den Besitz Constantinopels angetragen. Der russische Minister des Aeussern hätte diese extravaganten Pläne des Bulgarenkönigs nicht à limine abgewiesen und einen Vortrag über dieselben bei Kaiser Nikolaus zugesagt. Der Zar hätte aber ein Eingehen auf diese phantastischen Projekte kurzweils abgelehnt und seinem Minister neuerdings eingeschärft, die Erhaltung des Status quo am Balkan auch dem Könige gegenüber als die Richtlinie der russischen Politik zu vertreten. Kaiser Nikolaus hätte dann noch Höchstselbst diese Auffassung Seinem hohen Gaste gegenüber zum Ausdruck gebracht. Unter diesen Umständen sei es, so meinte Freiherr von Schoen, umso begreiflicher, dass König Ferdinand recht schlechter Laune St. Petersburg verliess, als seinem wiederholt mit grosser Insistenz vorgebrachten Wunsche, der Kaiser möge ihm ein Garde-Regiment verleihen, nicht Rechnung getragen wurde. Ob eine Militärkonvention zwischen Russland und Bulgarien zustande gekommen ist, konnte nicht sicher festgestellt werden. Was den bevorstehenden Besuch König Ferdinands in Constantinopel betrifft, so bestehen, so sagt mir der Staatssekretär, zwei Versionen; nach der einen habe man russischerseits bei König Ferdinand auf diesen Besuch gedrängt, nach der anderen habe der König Sich aus Aerger über Seinen Misserfolg in der russischen Kapitale hiezu entschlossen. Wie dem auch sei, unterliege es keinem Zweifel, dass Herr Iswolsky den Besuch des Königs von Bulgarien in St. Petersburg und in Constantinopel sowie auch den bevorstehenden Besuch König Peters von Serbien als einen Erfolg der russischen Politik ausbeuten möchte. Der hiesige serbische Geschäftsträger, Herr Bogitschewitsch, der mich vor Kurzem besuchte, erzählte mir vertraulich, dass die in Aussicht stehenden Besuche seines Königs in St. Petersburg und in Constantinopel auf direktes Geheiss Russlands erfolgen würden, was er, da es als eine Demonstration gegen Oesterreich-Ungarn aufgefasst werden müsste, aufrichtig bedauere.

Szögyény.

a) Vgl. n. 2052, 2057.

Nr. 2056. Privatschreiben aus Berlin, 20. März 1910 (eing. 22. März).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Der Reichskanzler, den ich vorgestern aufsuchte, zeigte sich für die Mittheilung, welche ich ihm, dem erhaltenen hohen Auftrage entsprechend, über die letzte Unterredung Euer Excellenz mit Sir Fairfax Cartwright machte,^{a)} ganz besonders dankbar, und ersuchte mich Euer Excellenz zu melden, dass Hochdero Ausführungen eine überaus richtige Interpretation seiner eigenen Auffassung enthalten. Bei diesem Anlasse versicherte mir Herr von Bethmann Hollweg, dass er, je eingehender

er sich mit der Frage der Herstellung vertraulicher Beziehungen zwischen Deutschland und England befasse, desto mehr zur Überzeugung gelange, dass sein Amtsvorgänger manche günstige Gelegenheit versäumt habe, die so wünschenswerte Annäherung zwischen den beiden Reichen wenigstens anzubahnen. Insbesondere wäre dies nach seiner Ansicht im Jahre 1902 nach dem Burenkriege möglich gewesen. Er wolle sich jedoch in eine retrospektive Kritik der vom Fürsten Bülow diesfalls befolgten Politik umso weniger einlassen, als er — wie er streng vertraulich hinzufügte — anerkennen müsse, dass gerade zu jener Zeit die persönlichen Beziehungen zwischen Kaiser Wilhelm und König Edward die Handlungsweise Bülow's beeinflussen mussten. Wie dem aber auch immer sei betrachte er es nunmehr für seine Aufgabe, durch ein ruhiges und konsequentes Vorgehen dahin zu wirken, dass das bestehende Misstrauen, welches nicht so sehr in den Beziehungen zwischen den beiderseitigen Regierungen als vielmehr in der öffentlichen Meinung beider Länder zum Ausdruck komme, behoben und ein gegenseitiges vertrauensvolles Verhältnis hergestellt werde. Die Lösung dieses Problems — darüber sei er sich im Klaren — sei gewiss mit grossen Schwierigkeiten verbunden und werde mehr Zeit in Anspruch nehmen, als dies von mancher Seite angenommen wird; er werde sich jedoch durch die Schwierigkeiten nicht abschrecken lassen und sich die grösste Mühe geben, dieses grosse Werk, welches für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens von eminenter Bedeutung wäre, zu Stande zu bringen. Bei dieser Arbeit wolle er in erster Linie und bei jeder sich bietenden Gelegenheit immer wieder die materiellen Interessen Deutschlands und Englands, die sich vielfach ergänzen, in den Vordergrund schieben. Gerade während meines Besuches beim Reichskanzler traf ein Telegramm des kaiserlich deutschen Botschafters in Rom ein, in welchem dieser meldete, es seien infolge der Frage der Schiffahrtssubventionen, welche seinerzeit schon den Sturz des Cabinets Giolitti zur Folge hatte, der jetzigen Regierung derartige Schwierigkeiten erwachsen, dass es nicht ausgeschlossen wäre, dass Herr von Bethmann Hollweg bei seiner bevorstehenden Ankunft in Rom eine schwere Ministerkrise vorfände. Trotz dieser alarmierenden Nachricht erklärte mir aber Herr von Bethmann Hollweg entschlossen zu sein, seine Reise nach Italien^{b)} nicht aufzuschieben, da ja sein schon früher angesagter Besuch in Rom in erster Linie seiner Aufwartung bei König Victor Emanuel gelte. Selbstredend werde er während seines Aufenthaltes in der ewigen Stadt in allen seinen dortigen Besprechungen einen entgegenkommenden freundschaftlichen Ton anschlagen, doch werde er sich hiebei, wie er es Euer Exzellenz schon letzthin versicherte, eine gewisse Reserve auferlegen. Bald nach seiner Ankunft in Rom, voraussichtlich schon nächsten Mittwoch, wird Herr von Bethmann Hollweg dem Heiligen Vater seine Aufwartung machen und den Cardinal-Staatssekretär Merry del Val aufsuchen können. Auch mit anderen massgebenden Cardinälen wird der Reichskanzler Rücksprache pflegen, wozu ihm der königlich preussische Gesandte beim Vatican, Herr von Mühlberg, bei einem zu diesem Zwecke arrangierten Diner Gelegenheit bieten wird.

Szögyény.

a) Vgl. n. 2024, 2040. — b) Vgl. n. 2095.

Nr. 2057. Bericht aus St. Petersburg, 7./20. März 1910 Nr. 10 A (eing. 22. März).^{a)} Ausfert.

Mit meinen ergebensten Berichten No. 7 ^{Ab)} und B vom 27./14. Februar 1. J. sowie dem nachgefolgten Telegramme No. 34 vom 24. Februar/9. März 1. J. hatte ich mir erlaubt über den Besuch der bulgarischen „czarischen“ Majestäten in St. Petersburg zu referiren. Es sei mir gestattet in diesem Zusammenhange noch einige Betrachtungen folgen zu lassen. Der ursprünglich auf drei Tage festgesetzte Besuch König Ferdinands hat sich schliesslich beträchtlich verlängert, da, wie es hiess, Seine Majestät sein auf den 14./27. Februar fallendes Geburtsfest nicht unterwegs feiern wollte; eine Motivirung, die wohl nicht sehr stichhältig erscheint, nachdem sie für die späteren Tage — die Abreise erfolgte erst am 18. Februar/3. März — keine Erklärung bietet! König Ferdinand hat während dieser Zeit Kirchen, Klöster und Kunstsammlungen besucht, Privatvisiten abgestattet, geistliche und weltliche Würdenträger bei sich gesehen und last not least Deputationen empfangen, darunter solche von slavischen Vereinen politischen Charakters, wie des slavischen Wohlthätigkeitsvereines. Nebenher sollen seine Minister wiederholt Conferenzen mit den Leitern der russischen Politik gepflogen haben. Erst am 18. Februar/3. März erfolgte die Abreise, wobei Ihre Majestäten der Kaiser Nikolaus und die Kaiserin Alexandra Feodorowna sich am Bahnhofe von Tsarskoe Selo, wo der Hofzug anhielt, von den bulgarischen Majestäten verabschiedeten. Die offizielle Interpretation des bulgarischen Besuches findet sich in einem Communiqué des Petersburger Telegraf-Bureau's niedergelegt, dessen Text ich mir anbei zu unterbreiten erlaube.^{c)} Der Gedanke kommt darin zum Ausdrucke, dass Russland und Bulgarien an der Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zu der Türkei und den anderen Balkanstaaten wesentlich interessirt seien und dass auf beiden Seiten die feste Absicht bestehe, Alles zu thun, um Frieden und Ruhe auf der Balkan-Halbinsel aufrechtzuhalten. Diese Kundgebung steht im offenbaren Gegensatze zu dem wenige Tage zuvor in der „Börsenzeitung“ publicirten Interview des Ministers Paprikoff. Auch scheint das Letztere mit den hiesigen Intentionen durchaus nicht im Einklange gestanden zu sein. Herr Iswolsky bemühte sich allerdings anfangs die Authenticität desselben in Abrede zu stellen und auf die desavouirenden Erklärungen Sarafoff's in Constantinopel zu verweisen. Dies kann aber die Thatsache nicht aus der Welt schaffen, dass Paprikoff selbst sich zu keinem klaren Dementi der ihm in den Mund gelegten Aeusserungen herbeigelassen hat und dass der hiesige Vertreter des officiösen bulgarischen Pressbureau's der Démarche des bulgarischen Vertreters in Constantinopel zum Trotze in die Blätter eine Notiz einrücken liess, der zufolge Paprikoff die betreffenden Aeusserungen faktisch gethan hätte! Auch hat sich seither die Sprache Herrn Iswolsky's insoferne geändert, als er sich nunmehr die Phrase zurechtgelegt hat: „Puis-je l'empêcher de parler? Suis-je donc Bulgare?“ Ich wäre versucht noch weiter zu gehen und die Ansicht auszusprechen, dass dem Auftreten des bulgarischen Staatsmannes symptomatische Bedeutung beizumessen ist, da mir aus verlässlicher Quelle Informationen zugekommen sind, wonach König Ferdinand mit ziemlich weitgehenden Plänen und Ansprüchen an die Newa-

gelände gekommen wäre, Pläne und Ansprüche, die eine radicale Lösung der macedonischen Probleme beinhaltet hätten, die jedoch hier nicht auf fruchtbaren Boden gefallen wären. Die Herrn Iswolsky und Sazonoff wie auch andererseits dem Auswärtigen Amte nicht eben wohlwollend gesinnte Factoren lassen sich übereinstimmend dahin vernehmen, dass man dem neuen Tsaren deutlich zu verstehen gegeben habe, er könne hier auf keine Unterstützung rechnen, falls er sich anschicken sollte, den status quo eigenmächtig in Frage zu stellen. Was aber die vom Bulgarenherrscher gleichzeitig vorgebrachten Klagen über angebliche türkische Kriegsvorbereitungen anbelangt, sei er mit seinen diesfälligen Beschwerden an den Sultan verwiesen worden. Die übelwollenden Commentare der ausländischen Presse zur stattgehabten Entrevue haben eine officiöse Kundgebung in der „Rossija“ gezeitigt, deren deutscher Wortlaut anruhend mitfolgt.^{c)} Es wird darin auf die in den gewechselten Trinksprüchen zum Ausdruck gebrachte beiderseitige Friedensliebe verwiesen, ferner auf die traditionellen Beziehungen Russlands zu den slavischen Ländern, welche es natürlich erscheinen liessen, dass sowohl König Ferdinand wie König Peter ihre ersten offiziellen Besuche am russischen Hofe abstatten; schliesslich wird dem Argwohne entgegengetreten, als ob die russische Regierung damit irgend welche Hintergedanken gegen die Türkei oder Oesterreich-Ungarn verbinden würde. „Was insbesondere Letzteres anbelangt“ — heisst es daselbst — „wird jeder derartige Argwohn, der in den Blättern Ausdruck gefunden hat, schon durch die versöhnliche Haltung ausgeschlossen, die Russland in der Frage der Wiederherstellung von nun an normaler diplomatischer Beziehungen zu dem Nachbarstaate eingenommen hat“. Die innige Gemeinschaft der leitenden russischen Kreise mit den bulgarischen und serbischen werde die beste Bürgschaft sein für die Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung auf dem Balkan. Mir gegenüber hat Herr Iswolsky ähnliche sonore Worte vernehmen lassen und sein Befremden über die systematische Verdächtigung seiner Politik durch unsere Presse geäussert, was mich veranlasste auf die rasche Aufeinanderfolge der beiden Besuche zu verweisen, welche — aus der Ferne betrachtet — unwillkürlich denselben einen anderen Charakter verleihe, als es in den hiesigen Intentionen gelegen sei. Ich erklärte mich bereit dazu beitragen zu wollen, diesfällige Apprehensionen zu zerstreuen. Vielleicht sei er in der Lage mir in dieser Richtung an die Hand zu gehen? Der Minister wusste jedoch nichts anderes anzugeben, als dass seit Jahren Verhandlungen wegen des Besuches des Serbenkönigs geführt werden und kein greifbarer Grund vorliege den diesfalls geäusserten Wunsch König Peters, des Monarchen eines unabhängigen Staates, auf die Dauer abzuschlagen. Es erübrigt nur noch auf das durch die Besuche der Slavenfürsten in St. Petersburg und Constantinopel neuerdings auf der Bildfläche erschienene Schlagwort der „Balkankonfoederation“ zu reflectiren. Dass dasselbe nun an Actualität gewonnen hat, wo die Könige von Bulgarien und Serbien unter russischer Patronanz nach Constantinopel pilgern, ist nicht zu verwundern. In den entsprechenden Milieus wird sich der russische Minister gewiss diese Aeusserlichkeiten zu Nutze machen, um sich als Pacificator des nahen Orientes hinzustellen, vielleicht sogar an eine neue

Aera russischer Vorherrschaft in Constantinopel nach dem Muster von Hunkiar-Skelessi glauben zu machen. Gegen das Schlagwort der „Balkan-konfoederation“ legt er aber sowohl mir wie anderen diplomatischen Vertretern gegenüber ostentativ Verwahrung ein. Dasselbe sei nie über seine Lippen gekommen. Nur die Verläumdung könne es ihm in den Mund gelegt haben. „Monsieur Tscharykoff peut être; mais pas moi“ hätte er zum griechischen Geschäftsträger gesagt. Diese Stellungnahme des Herrn Ministers wirft ein bedenkliches Streiflicht auf dessen Erinnerungsvermögen, denn noch nicht ist es viel über Jahresfrist, dass Herr Iswolsky in der Duma von der Tribune herab, wenn auch nicht das Wort, so doch den Gedanken der Balkankonfoederation lancirt hat. „Bulgarien, Serbien und Montenegro“ — verkündete er damals — „müssen durchdrungen sein vom Bewusstsein der Nothwendigkeit politischer Einigkeit untereinander. Russlands Ziel besteht darin diese Staaten zusammenzuschliessen und mit der Türkei zu einigen durch den gemeinsamen Gedanken des Schutzes ihrer nationalen und oekonomischen Selbständigkeit“. Präciser hätte die Idee der Balkankonfoederation auch von Herrn Tscharykoff nicht formulirt werden können. Wenn sich Herr Iswolsky nun so angelegentlich dagegen verwahrt, seine Hand dabei im Spiele zu haben, liegt die Vermuthung nahe, dass er sich durch gewisse Suppositionen getroffen fühle, wonach die an sich zu billigende Idee einer Ausgleichung der Differenzen zwischen den Balkanstaaten, für ihn lediglich als Mittel zum Zwecke in Betracht kommen würde, im nahen Oriente an Terrain zu gewinnen. Berchtold.

a) Vgl. n. 2034, 2055, 2080. — b) Bericht Nr. 7 A vom 14. 27. Februar enthält Schilderung des Empfanges des bulg. Königspaares und Mittheilungen über das Interview des bulg. Ministers des Äußern General Paprikov in der „Börsenzeitung“. — c) Nicht aufgenommen.

Tel. nach Berlin, 21. März 1910 Nr. 29 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 2059.

Tel. nach Konstantinopel, 21. März 1910 Nr. 41 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 2059.

Nr. 2058. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 21. März 1910 Nr. 80 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). a) Entziff.

Ich habe heute Gelegenheit gehabt, mich Rifaat Pascha gegenüber im Sinne des hohen Erlasses vom 17. d. M. No. 657 auszusprechen. Meine Auseinandersetzungen haben sichtlich sehr guten Eindruck auf den Minister gemacht, namentlich jene, welche sich darauf bezogen, dass wir das Bestreben der Türkei, einer kriegesischen Komplikation aus dem Wege zu gehen, gewiss unterstützen werden. Einen ebenso günstigen Eindruck machte auf Rifaat Pascha das, was ich ihm über die Haltung des k. u. k. Kabinettes in der Frage der Wiederanknüpfung normaler Beziehungen mit dem russischen Kabinet mitgeteilt habe. Betreffs des bevorstehenden Besuches der Balkanfürsten sagte mir Rifaat Pascha, dass die türkische Regierung in denselben hauptsächlich die Manifestation einer politischen Déténte erblicke. Von etwaigen weitergehenden Abmachungen aus Anlass dieser Monarchen-

begegnungen könne keine Rede sein. Rifaat Pascha fügte hinzu, er habe Herrn Milovanović und auch Herrn Sarafow wiederholt erklärt, dass die Türkei keinerlei Interesse an irgendeiner „Entente“ habe. Eine solche würde nur gegen Österreich-Ungarn eine Spitze haben; die Türkei wünsche aber gerade mit der k. u. k. Monarchie die besten Beziehungen aufrechtzuerhalten. Der Minister teilte mir bei diesem Anlasse noch mit, er habe durch Sarafow in Sofia bedeuten lassen, dass man hier voraussetze, König Ferdinand werde anlässlich seines bevorstehenden Besuches keine Fragen, die die inneren Verhältnisse der Türkei betreffen, berühren. Hierauf sei aus Sofia eine zustimmende Antwort eingetroffen.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 2067.

Tel. nach London, 21. März 1910 Nr. 21 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 2059.

Tel. nach Paris, 21. März 1910 Nr. 22 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 2059.

Tel. nach Rom, 21. März 1910 Nr. 31 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 2059.

Nr. 2059. *Tel. nach St. Petersburg Nr. 45 (1), Berlin Nr. 29 (2), London Nr. 21 (3), Paris Nr. 22 (4), Rom Nr. 31 (5) und Konstantinopel Nr. 41 (6), 21. März 1910 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.).*^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Musulin u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

1. u. 6. Ich telegraphiere wie folgt an die k. u. k. Botschaften bei den Signatarmächten: (Inseratur Telegramm sub 2—5 in extenso). Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information

6. und eventuellen Verwertung.

2.—5. Wie Euer etc. aus meinen bisherigen Mitteilungen über den Verlauf unserer Pourparlers mit dem russischen Kabinet wissen, habe ich in Anregung gebracht, die Öffentlichkeit über den Abschluß dieser Pourparlers durch die Veröffentlichung von Communiqués zu unterrichten. Herr Iswolsky blieb seinerseits bei der Auffassung, daß an Stelle solcher Communiqués eine gemeinschaftliche Mitteilung an die Mächte vorzuziehen wäre; ich habe daraufhin den Herrn russischen Minister verständigt, daß ich an der Idee der Publizierung eines Communiqués festhielte und da er sich mit derselben nicht zu befreunden vermöge, nunmehr ein solches Communiqué meinerseits zur Veröffentlichung bringen würde. Ich habe Herrn Iswolsky sodann auch den Text der betreffenden Mitteilung zur vorherigen Kenntnisnahme zukommen lassen. Die heutige „Politische Korrespondenz“ bringt diese Mitteilung,^{b)} die dahin concludiert, daß der normale politische Verkehr zwischen den Kabinetten von Wien und Petersburg wieder aufgenommen wurde. Ebenfalls am heutigen hat nun Herr Iswolsky, spontan und ohne uns den Inhalt der betreffenden Mitteilung vorher zur Kenntnis zu bringen, auch seinerseits ein selbständiges Communiqué^{b)} veröffentlichen lassen, das auszugsweise die zwischen uns und

dem Petersburger Kabinet gewechselt. Aide-Mémoires verwertet und die Mitteilung enthält, daß Herr Iswolsky die anderen Kabinette von dem Resultate der Pourparlers unmittelbar verständigen werde. Euer etc. ist es aus meinen bisherigen Informationen bekannt, warum wir abgelehnt haben, uns an einer gemeinschaftlichen Verständigung der Mächte, die jetzt von Herrn Iswolsky einseitig vorgenommen wird, zu beteiligen: da unsere politischen Prinzipien am Balkan sich nicht geändert haben, hatten wir keine Veranlassung, die Mächte neuerdings mit denselben zu beschäftigen. (In diesem Sinne habe ich mich auch zu wiederholten Malen zu den hiesigen Botschaftern der Signatarmächte geäußert.) Überdies war für uns noch die Erwägung maßgebend, daß eine gemeinschaftliche Mitteilung des Wiener und Petersburger Kabinetes an die Mächte von der einen oder der andern derselben hätte dahin interpretiert werden können, als ob wir dadurch unsere und Rußlands besondere Stellung in Balkanangelegenheiten hätten betonen wollen. Wenn Euer etc. sich im vorstehenden Sinne aufklärend im dortigen Auswärtigen Amte vernehmen lassen, wollen Sie betonen, daß ich, aus bekannten Gründen, dem zum Abschlusse gekommenen Gedankenaustausch den Charakter einer conversation à deux zu wahren für richtig erachtete und an diesem Standpunkte auch heute keine Veränderung vorzunehmen geneigt bin. Abschließend können Euer etc. bemerken, daß uns das Resultat unserer Aussprache mit dem Petersburger Kabinete mit Befriedigung erfülle und daß wir uns hievon eine gute Wirkung für eine weitere gedeihliche Entwicklung der Dinge am Balkan versprechen. Aehrenthal.

a) Die über diesen Gegenstand seit dem 11. März 1910 ausgewechselten Schriftstücke und Telegramme wurden nicht aufgenommen, weil ihr wesentlicher Inhalt in dem vorstehenden Tel. wiedergegeben erscheint. Vgl. n. 2037, 2040, 2060, 2063, 2066, 3200. — b) Beide Communiqués sind im Wiener „Fremdenblatt“ vom 21. März 1910 Nr. 79 veröffentlicht. Vgl. auch G. P. XXVII/2 S. 494.

Nr. 2060. Tel. aus St. Petersburg, 21. März 1910 Nr. 48 (eing. 5 U. 30 M. a. m.).a) Entziff.

Erhalte vom Minister des Äussern Text des Communiqué's, welches durch Petersburger Telegraphenagentur verlautbart wird. b) Eingangs wird konstatiert, dass Unterhandlungen zu günstigem Abschlusse geführt haben. Im Wege dieses Gedankenaustausches sei klargelegt worden, dass zwischen beiden Teilen volle Übereinstimmung der politischen Prinzipien in Balkanangelegenheiten bestehe. Normale diplomatische Beziehungen seien wiederhergestellt. Russische Regierung habe Vorgesagtes den anderen Mächten durch Memorandum vom 7. März dieses Jahres c) mitgeteilt unter Anschluss nachfolgender Dokumente: (Folgen 7 Schriftstücke, teils Depeschen Herrn Iswolsky's an den russischen Geschäftsträger in Wien, teils hier übergebene Memoranden. Soviel bei flüchtiger Kenntnismahme russischen Textes festgestellt werden konnte, erscheinen Daten im grossen und ganzen richtig resümiert.) In dem letzten, siebenten Dokumente (Telegramm vom 7. März an den russischen Geschäftsträger in Wien) wird mitgeteilt, dass Herr Iswolsky mir mündlich eröffnet habe, kaiserliche Regierung sei sehr zufrieden mit günstigem Ergebnis der Unterhandlungen und habe Absicht, Resultat

den anderen Kabinetten zur Kenntniss zu bringen und ihnen Korrespondenz mitzuteilen, welche aus diesem Anlasse mit Wiener Kabinett gewechselt wurden.

Berchtold.

a) Vgl. n. 2059, 2061, 2063, 2064. — b) „Fremdenblatt“ vom 21. März 1910 Nr. 79. — c) 20. März neuen Stils = Erste Beilage zu n. 2064.

Nr. 2061. Privatschreiben nach London, 22. März 1910 Nr. 702.a)
Konz. (S. Szápáry; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Mit dem Berichte vom 4. d. M. No. 8 D haben mir Euer Excellenz den Inhalt einer mit Sir E. Grey geführten Unterredung zur Kenntniss gebracht, in deren Verlaufe der Herr Staatssekretär sich in vorsichtiger Weise für den Wunsch Herrn Iswolskys eingesetzt hat, es möge das Ergebnis der zwischen Wien und Petersburg geführten Verhandlungen den anderen Mächten mitgeteilt werden. Wie Euer Excellenz aus der zu Hochderen ausschliesslich persönlichen Information mitfolgenden Abschrift meines streng vertraulichen Privatschreibens an Herrn von Szögyény vom 15. d. M. entnehmen werden, hat auch der hiesige englische Botschafter die erwähnte Unterredung Sir E. Greys mit Hochdenselben mir gegenüber zur Sprache gebracht. Dies bot mir den erwünschten Anlass, Sir F. Cartwright sowohl die Gründe für unsere Euer Excellenz bekannte Stellungnahme zu dem gedachten Wunsche Herrn Iswolskys darzulegen, als auch unsere Absicht deutlich kundzugeben, dass wir unseren Verhandlungen mit Petersburg den Charakter einer Conversation à deux zu wahren gesonnen seien. Der Versuch Sir E. Greys, auf unsere Pourparlers mit dem russischen Cabinet Einfluss zu nehmen und das Ansinnen Herrn Iswolskys zu unterstützen, dass den übrigen Grossmächten Gelegenheit geboten werde, sich dem Ergebnisse der zwischen uns und Russland geführten Verhandlungen zu associieren, scheint mir für die Tendenzen des Herrn Staatssekretärs ziemlich charakteristisch. Es würde eine unzweifelhafte Entlastung der englischen Politik bedeuten, wenn durch die gleichzeitige Bekräftigung der von Herrn Iswolsky aufgestellten Principien seitens aller Gross-Mächte gewissermassen eine Wiederherstellung des europäischen Concertes erzielt worden wäre. Die Euer Excellenz gegenüber fallen gelassene Bemerkung Sir E. Greys über die Kretafrage ebenso wie gewisse Äusserungen Sir F. Cartwrights lassen vermuthen, dass die in der erwähnten Richtung entfalteten Bemühungen des Herrn Staatssekretärs insbesondere von der Nebenabsicht beeinflusst gewesen sein dürften, Österreich-Ungarn und Deutschland durch Subsumierung des Kreta-Problems unter den Begriff des status quo aus der vortheilhaften Stellung zu drängen, welche sie in der kretensischen Frage innehaben, und die beiden Cabinete in die Verlegenheiten der Schutzmächte hineinzuziehen. Aus der Euer Excellenz gegenüber geführten Sprache König Eduards und Sir Ch. Hardinges ersehe ich übrigens mit Befriedigung, dass die den kleinen Balkanstaaten günstige Stimmung in den massgebenden Kreisen Englands im Abflauen begriffen scheint. Euer Excellenz werden dem früher bezogenen Schreiben an Herrn v. Szögyény vom 15. d. M. entnommen haben, dass mein Gespräch mit Sir F. Cartwright sich auch

auf das derzeitige englisch-deutsche Verhalten erstreckt hat. Ich habe dem Botschafter meine kürzlich in Berlin gemachten Wahrnehmungen mitgeteilt und keinen Anstand genommen — wenn auch in durchaus diskreter Form — zu den in letzterer Zeit sichtbaren auf die Besserung der englisch-deutschen Beziehungen gerichteten Bestrebungen Stellung zu nehmen, indem ich andeutete, dass wir in Wien eine Besserung dieser Beziehungen vom Standpunkte unserer politischen Interessen nur mit Befriedigung begrüßen könnten. Cartwright hat meine Ermächtigung eingeholt und erhalten, über meine Bemerkung nach London zu berichten. Von mir über diese Unterredung mit dem englischen Botschafter unterrichtet, hat mir der deutsche Reichskanzler vor seiner Abreise nach Rom durch Herrn von Szögyény sagen lassen, dass ich seine auf die Bemerkung des Verhältnisses zu England gerichteten concilianten und freundschaftlichen Bestrebungen in durchaus zutreffender Weise interpretiert habe. Ich habe nicht die Absicht, dass Euer Excellenz dieses Thema bei Sir E. Grey berühren. Sie wollen sich daher darauf beschränken, wenn Ihnen gegenüber meine Unterredung mit Sir F. Cartwright erwähnt wird, sich diesbezüglich informirt zu zeigen.

a) Vgl. n. 2040, 2060, 2062.

Nr. 2062. Tel. aus London, 22. März 1910 Nr. 14 (eing. 23. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Nachhange zu meinem heutigen Telegramme No. 13.^{b)} Ich begegnete heute abends Sir Charles Hardinge, der sich sehr absprechend über Herrn Iswolsky äusserte. Unterstaatssekretär hatte schon von Petersburg gehört, dass russischer Minister des Äussern nicht die Einwilligung Euer Exzellenz eingeholt hatte, bevor er die Akten in seinem Communiqué verwertete. Hardinge verurteilte in scharfer Weise dieses procédé, wodurch ein sehr bedenkliches Präcedens geschaffen wurde. Mensdorff.

a) Vgl. n. 2061, 2063, 2084. — b) Im Tel. Nr. 13 vom selben Tage berichtete Mensdorff nur kurz über eine Unterredung mit Sir E. Grey, der seine Befriedigung über die Wiederherstellung des normalen diplomatischen Verkehrs zwischen Wien und St. Petersburg aussprach.

Nr. 2063. Tel. nach St. Petersburg, 22. März 1910 Nr. 46 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Calice; V. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme bis inklusive Nr. 53.^{b)} Der russische Geschäftsträger ist erst heute bei mir erschienen, um meine Ansicht über die gestern publizierten Communiqués zu hören. Ich frug Herrn Sverbéew, ob er sich eines Auftrages seiner Regierung zu entledigen hätte, was er verneinte. Meinerseits machte ich ihn auf Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 48^{c)} aufmerksam, demzufolge der russische Minister des Äussern zugesagt hat, seinen Vertreter in Wien entsprechend zu instruieren. Ferner konstatierte ich, daß ich dem Petersburger Kabinette gegenüber die Rücksicht übte, den Wortlaut unseres gestern publizierten Communiqués im vorhinein mitzuteilen, während Herr Iswolsky ein gleiches

Vorgehen nicht beobachtete und in den Text seines Communiqués, ohne mich vorher zu befragen, einen Auszug aus den im Laufe der Pourparlers gewechselten Pièces aufnahm. Ebenso habe der Herr russische Minister den Wortlaut dieser Korrespondenz den Mächten zur Kenntnis gebracht, trotzdem er eben aus unseren Pourparlers sich vollkommen klar sein mußte, daß wir seine Ansicht über die Opportunität einer solchen Mitteilung nicht teilten. Ich hätte daher die k. u. k. Botschafter bei den Signatarmächten angewiesen, auf das Einseitige dieses Vorgehens des Petersburger Kabinettes hinzuweisen. Nachdem mir der Wortlaut des russischen Communiqués durch das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau bereits gestern zugekommen war, bemerkte ich zu Herrn Sverbéew, daß die darin enthaltene auszugsweise Mitteilung über die gepflogenen Verhandlungen mir übrigens im allgemeinen zutreffend erscheine. Nur müßte ich zu dem im ersten dort zitierten Schriftstücke enthaltenen Passus, betreffend die „Fortnightly Review“, bemerken; daß diese Angelegenheit mit der Wiederaufnahme der normalen diplomatischen Beziehungen in keinem Zusammenhange stünde, wenn aber schon in der Publikation davon Erwähnung geschehe, vermißte ich in derselben die Wiedergabe unseres von Euer Exzellenz auftragsgemäß vertretenen Standpunktes, wonach beide in der „Fortnightly Review“ erschienenen Artikel gleichmäßig behandelt werden müßten; in diesem Sinne hätte ich mich bekanntlich bereit gezeigt, mich mit Herrn Iswolsky über eine in den Vertretungskörpern eventuell abzugebende Erklärung zu einigen, daß jene beiden Artikel auf Authentizität keinen Anspruch erheben könnten. Ich müßte mir daher vorbehalten, diesen Punkt im obigen Sinne in geeigneter Weise zu rektifizieren. Ich gab schließlich auch meinerseits dem Herrn russischen Geschäftsträger gegenüber der Befriedigung Ausdruck, daß die Pourparlers der beiden Kabinette die Konformität unserer politischen Prinzipien in den Balkanfragen ergeben und zur Wiederaufnahme der normalen diplomatischen Beziehungen geführt hätten, womit der Zweck erreicht sei, welchen diese Pourparlers von allem Anfange an verfolgt hätten. Meine Befriedigung wäre eine größere gewesen, wenn Herr Iswolsky bei seiner Vorgangsweise eine den diplomatischen Usancen konforme und korrekte Vorgangsweise beobachtet hätte. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2059, 2062, 2064, 2071, 2085, 2087. — b) Vgl. Anm. a zu n. 2059. — c) Vom 21. März.

Nr. 2064. Bericht aus St. Petersburg, 9./22. März 1910 Nr. 11 (eing. 25. März).^{a)} Ausfert.

Ich beehre mich Euer Exzellenz den Text der den Botschaftern der Signatarmächte seitens des hiesigen Auswärtigen Amtes zugekommenen Mitteilung über die jüngsten Verhandlungen zwischen den Cabineten von Wien und Petersburg^{b)} ergebenst zu unterbreiten. Berchtold.

a) Vgl. n. 2060, 2063, 2066, 2069, 2076, 2085. — b) Die in der Beilage gebrachten Schriftstücke wurden im Auszug auch im russischen Communiqué vom 21. März 1910 (Wiener „Fremdenblatt“ vom 21. März 1910 Nr. 79) veröffentlicht. Vgl. auch G. P. XXVII/2 S. 494.

Erste Beilage zu n. 2064. Aide Mémoire des russ. Ministers des Äußern; St. Petersburg, 7./20. März 1910.a) Abschrift.

Ainsi qu'il résulte des pièces ci-jointes relatives aux récents pourparlers entre les Cabinets de St. Pétersbourg et de Vienne, ces pourparlers ont eu pour heureux résultat la constatation de la conformité des principes politiques existant sur le terrain des Balkans entre la Russie et l'Autriche-Hongrie et le rétablissement de relations diplomatiques normales entre les deux Gouvernements.

a) Berchtold hat dieses mit dem Bericht vom 20. März Nr. 11 eingeschickte Aide Mémoire wie aus seinem Tel. vom 23. März 1910 Nr. 54 (nicht abgedruckt) hervorgeht, vom deutschen Botschafter erhalten. Die Übergabe durch den russ. Minister des Äußern erfolgte laut Tel. aus St. Petersburg vom 26. März 1910 Nr. 62 (nicht abgedruckt) erst am 26. März.

Zweite Beilage zu n. 2064. Erlaß des russ. Ministers des Äußern an den russ. Geschäftsträger in Wien M. Sverbeev; St. Petersburg, 31. Dez. 1909 (13. Jan. 1910).a) Abschrift.

Le Comte Berchtold est venu me parler pour la première fois de l'incident provoqué par l'article de la „Fortnightly Review“. Après m'avoir exprimé combien la situation qui en est résultée lui est personnellement pénible, il me dit qu'il avait écrit à Vienne pour suggérer de me donner une satisfaction personnelle en publiant une rectification plus acceptable pour moi que celle adressée en son temps par le Comte Aehrenthal au „Nowoié Wremia“.b) Le Comte Berchtold me pria en même temps de lui indiquer quelle serait, d'après moi, la forme à donner à une pareille rectification. Je répondis au Comte Berchtold qu'au point de vue officiel je considérerais l'incident comme étant clos, que toute discussion ultérieure à ce sujet me semblait superflue ne pouvant que raviver une polémique nuisible aux intérêts des deux pays, mais que j'étais prêt cependant à lui donner d'une manière toute privée mon sentiment sur la manière de sortir de la situation actuelle. Ayant obtenu du Comte Berchtold la promesse de considérer notre conversation comme étant purement privée, je lui exposai ce qui suit: Si je n'avais que le souci de mon honneur et de mon intérêt personnel, j'aurais dû évidemment exiger de la part du Comte Aehrenthal la déclaration formelle que l'article de „Fortnightly Review“ contenait un mensonge et une calomnie à mon égard et qu'il répudiait toute solidarité avec ce factum. Mais une pareille issue ne sauverait que mon amour-propre et ne contribuerait, hélas, nullement à détendre les rapports entre la Russie et l'Autriche. Or, c'est surtout ce dernier point qui a une importance capitale. J'avais toujours été d'avis, et je continue à être persuadé que les questions à l'ordre du jour sur la péninsule Balcanique ne peuvent être résolues d'une manière pacifique qu'à la condition d'une bonne entente entre ces deux pays. A ce point de vue la tension actuelle des rapports russo-autrichiens est une source permanente de danger pour la paix générale; la situation en Macédoine, en Grèce, peut faire naître de sérieuses complications pas plus tard qu'au printemps prochain; le fil entre Pétersbourg et Vienne étant coupé, des suspensions mutuelles peuvent facilement se produire et nous amener comme au printemps passé à deux doigts de la guerre. Il est urgent, d'après moi,

de remédier à cet état de choses, et, si le Comte Berchtold veut contribuer à atteindre ce but, il trouvera en moi le plus zélé collaborateur. Je suis prêt à mettre de côté tout ressentiment personnel et de rechercher les moyens d'amener une franche explication entre les deux Cabinets, non point sur les incidents personnels passés, mais sur la politique à suivre dans l'avenir. Ce moyen une fois trouvé, il sera facile de revenir à des formes normales dans les relations diplomatiques entre les deux Cabinets. Le Comte Berchtold me parut pénétré par la justesse de ces vues et me demanda s'il pouvait en référer au Comte Aehrenthal. Je lui répondis que je n'y voyais aucun inconvénient.

Iswolsky.

a) Vgl. n. 1947. — b) Vgl. n. 1836 Anm. b.

Dritte Beilage zu n. 2064. Erlaß des russ. Ministers des Äußern an den russ. Geschäftsträger in Wien; St. Petersburg, 23. Jan. (5. Feb.) 1910.a) Abschrift.

L'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie est venu, le 19 janvier, 1 février, me faire, d'ordre de son Gouvernement, une communication verbale dont voici le texte, transcrit par moi séance tenante et vérifié par le Comte Berchtold. „Ainsi que Vous le savez, je n'avais pas manqué de rendre compte à mon Gouvernement du contenu de notre entretien de l'autre jour. Avant tout j'avais expliqué Votre point de vue par rapport à la publication de la „Fortnightly Review“ en faisant valoir que vous considériez de cet article en ce qu'il avait de calomnieux et de mensonger, mais qu'en même temps Vous ne refusiez pas de reconnaître les graves inconvénients qu'il y aurait à faire renaître cette controverse dans la presse et que Vous étiez disposé de mettre de côté Votre intérêt personnel dans l'intérêt de la cause. Le Comte Aehrenthal considère également qu'il serait inopportun, voire même dangereux, de revenir dans la presse sur cette publication, et d'autre part il se déclare prêt à s'entendre avec Vous en vue de réponses qu'on pourrait donner à des Interpellations dans les Délégations et dans la Douma au sujet de cet article ainsi que de celui auquel il se référerait. En dehors de ce côté personnel, je n'avais pas non plus manqué d'informer mon Ministre de Vos ouvertures sur le rétablissement éventuel d'un contact entre les deux Gouvernements. Le Comte Aehrenthal se rencontre avec Vous dans l'avis que le développement normal et pacifique des Affaires d'Orient ne saurait que profiter par le rétablissement d'un échange de vues entre les deux Etats. Un pareil contact paraîtrait d'autant plus facile à rétablir, que nous maintenons toujours les principes qui avaient été consacrés par l'accord de 1897, principes qui nous permettent en tout temps d'entrer en conversation avec le Cabinet de St. Pétersbourg. Ces principes sont les suivants: Le maintien du statu quo en Turquie aussi longtemps que les „circonstances le permettront; le désintéressement réciproque dans le cas où ce statu quo venait à s'écrouler et la politique de non intervention dans ce dernier cas.“ J'ai répondu au Comte Berchtold que je m'empresserai de placer cette communication sous les yeux de Sa Majesté l'Empereur et ne manquerai pas de donner au Gouvernement Austro-Hongrois la réponse du Cabinet Impérial. Iswolsky.

a) Vgl. n. 1974, 1986.

Vierte Beilage zu n. 2064 = 1. Beilage zu n. 1995.

Fünfte Beilage zu n. 2064 = Beilage zu n. 2000.

Sechste Beilage zu n. 2064 = Beilage zu n. 2011.

Siebente Beilage zu n. 2064 = Beilage zu n. 2036.

Achte Beilage zu n. 2064. Tel. des russ. Ministers des Äußern an den russ. Geschäftsträger in Wien; St. Petersburg, 7./20. März 1910. Abschrift.

Le Comte Berchtold m'a remis un aide-mémoire^{a)} dans lequel le Cabinet de Vienne constate que nos pourparlers ont amené un résultat satisfaisant et heureux: les relations diplomatiques entre les deux Cabinets ont été reprises et il a été démontré que sur le terrain des Balcans il existe une entière conformité des principes politiques entre l'Autriche-Hongrie et la Russie. Quant à notre proposition de communiquer aux autres Cabinets les principes politiques professés par l'Autriche-Hongrie et la Russie dans les questions Balcaniques, le Cabinet de Vienne estime que le moment actuel n'exige pas une pareille manifestation et, sans insister sur l'idée d'un communiqué simultané, se réserve d'éclairer l'opinion publique de la Monarchie sur le fait de la reprise du contact diplomatique avec le Cabinet de St. Pétersbourg. Je viens d'informer verbalement le Comte Berchtold qu'en nous félicitant de l'heureuse issue de nos pourparlers sur le fond des questions débattues, nous avons pour notre part l'intention d'informer de ce résultat les autres Cabinets et de leur communiquer la correspondance échangée avec le Cabinet de Vienne au cours de ces pourparlers. Iswolsky.

a) Vgl. Beilage zu n. 2036.

Nr. 2065. Privatschreiben an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio aus Konstantinopel-Pera, 23. März 1910.a) Ausfert.

Streng geheim. Herr Duschan Gregovitsch weilte derzeit wieder in Constantinopel und hat mich gestern besucht. Er sagte mir, er sei hieher gekommen, um seine Frau abzuholen. Von hier kehre er wieder nach Cetinje zurück, wo er eine Anstellung bei Hofe habe und von wo aus er gleichzeitig das montenegrinische Generalconsulat in Scutari leite. Die ihm anfänglich zugedachte Stelle eines fürstlichen Hofmarschalls habe er nicht annehmen können, da er sich in Fragen der Wirtschaft etc. nicht auskenne. Es sei übrigens die Rede davon, dass er im nächsten Jahre auf seinen früheren hiesigen Dienstposten zurückkehre. Die Lage in Montenegro wäre, wie er constatiren konnte, noch immer eine prekäre. Man habe wohl erreicht, dass viele der in Serbien sich aufhaltenden unzufriedenen Montenegriner, darunter auch viele Verschwörer aus dem Königreiche ausgewiesen wurden, dies sei aber nicht zur Gänze erfolgt. Die serbische Regierung unterstütze im Geheimen noch immer die Complotbewegung. In Montenegro selbst wäre man mit der Regierung des derzeitigen Ministerpräsidenten sehr unzufrieden. Demselben werden, wie D. Gregovitsch bemerkte,

nebenbei auch unlautere Manipulationen mit den von Russland für die Armee gespendeten Geldern vorgeworfen, bei welchen Manipulationen auch der russische Militärattaché in Cettinje, sowie andere Beamte der Gesandtschaft ihre Hand mit im Spiele haben sollen. Auch die Gefahr eines Complotes gegen den Fürsten sei nicht überwunden. Prinz Mirko, sowie der Ministerpräsident und der Kriegsminister wären über die Stimmung im Lande und die revolutionären Umtriebe wohl genau unterrichtet, doch scheuen sich dieselben, den Fürsten von Allem in Kenntniss zu setzen, um ihn nicht zu sehr zu erschrecken. Pallavicini.

a) Vgl. 1959, 2025, 2123, 2635.

Nr. 2066. Tel. des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Rom, 23. März 1910 Nr. 48 (eing. 24. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Da Graf Guicciardini im Hinblick auf Kabinettskrise den heutigen Diplomatenempfang abgesagt hat, habe ich mich des mit Telegramm No. 31 erhaltenen Auftrages Herrn Bollati gegenüber entledigt. Ich habe mich bei diesem Anlasse und auch während einer längeren Unterredung mit Herzog von Avarna davon überzeugen können, dass letzterer seine kürzlich mit Euer Exzellenz gehabte Konversation über die Wiederherstellung der normalen Beziehungen zwischen den Kabinetten von Wien und Petersburg hier ganz den Intentionen Euer Exzellenz entsprechend wahrheitsgetreu wiedergegeben hat. Generalsekretär drückte über das Resultat seine Befriedigung aus und hatte volles Verständnis für die Gründe, welche Euer Exzellenz von einer Notifikation an die Signatarmächte abgehalten haben. Er tadelt die Vorgangsweise des Herrn Iswolsky, aus welcher zu ersehen sei, dass es bedauerlicherweise nicht gelungen sei und bei den Charaktereigenschaften des russischen Ministers nicht gelingen konnte, die persönliche Seite der Angelegenheit gleichzeitig in befriedigender Weise zu lösen. Herr Bollati stimmt meiner Ansicht bei, dass die unkorrekte Vorgangsweise des Herrn Iswolsky auch für den Laien am besten aus dem Schlusssatz des Punktes I des russischen Communiqués erhelle, nach welchem sich der Minister vom Grafen Berchtold Diskretion versprechen liess in einer Frage, die er dann selbst ohne Autorisation der Öffentlichkeit preisgebe. Somssich.

a) Vgl. n. 2064, 2067, 2084.

Nr. 2067. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 24. März 1910 Nr. 82 (eing. 5 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Baron Marschall teilte mir gestern streng vertraulich mit, er habe Äusserungen Rifaat Paschas entnommen, dass hier der Inhalt der durch das russische Kabinett veröffentlichten Schriftstücke über die letzten Petersburger Pourparlers sehr unangenehm berührt hat. Namentlich der von Herrn Iswolsky aufgestellte Punkt 2 habe verstimmt. Man erblicke in demselben die Tendenz, sich eventuell in die inneren Verhältnisse der Türkei wieder einmischen zu wollen. Aus den veröffentlichten Schriftstücken schliesse man, dass sich das Wiener Kabinett mit den von Herrn Iswolsky vorgeschlagenen drei Punkten identifiziert habe und dass

Euer Exzellenz lediglich gegen eine betreffende Mitteilung an die anderen Kabinette gewesen seien. Man folgere dies aus der in den betreffenden beiderseitigen Schriftstücken vorkommenden Konstatierung, dass vollkommene Übereinstimmung zwischen den beiden Kabinetten über die Balkanangelegenheiten herrsche. Schliesslich werde türkischerseits releviert, dass das Wiener Kabinett an dem Standpunkte des Jahres 1897 festhalte, also an einem Standpunkte, der zum Münzsteger Akkord geführt hätte. — Ich bin kurz nachdem Baron Marschall mir obige Mitteilung gemacht hatte, mit Rifaat Pascha zusammengetroffen. Er machte mir einige ähnliche Andeutungen, ohne sich aber deutlich auszusprechen. Ich war bemüht, dem Minister des Äussern die wirkliche Sachlage auseinanderzusetzen und ihm vor allem zu erklären, dass sich Euer Exzellenz nicht einmal in eine Diskussion über die von Iswolsky aufgestellten drei Punkte eingelassen hätten und dass daher von einer Annahme derselben gar nicht die Rede sein könne. Ich erinnerte den Minister an das, was ich ihm schon wiederholt über unsere Pourparlers mit Petersburg zu erklären in der Lage war, nämlich, dass das Wiener Kabinett bei diesen Verhandlungen alles perhorresziert hat, was irgendwie die Idee aufkommen lassen könnte, dass wieder zur Interventionspolitik zurückgekehrt werden soll. Es sei sogar österreichisch-ungarischerseits allem von Weitem aus dem Wege gegangen worden, was auf eine Entente zwischen Österreich-Ungarn und Russland über die Balkanangelegenheiten hätte schliessen lassen können. Man habe sich von Anfang an darauf beschränkt, normale Beziehungen zum Petersburger Kabinett wiederherzustellen. Was den Standpunkt vom Jahre 1897 betrifft, sagte ich Rifaat Pascha, dass damals in Petersburg beiderseits lediglich konstatiert wurde, dass man an dem Prinzip der Erhaltung des Status quo festzuhalten entschlossen sei, ein Standpunkt, den auch die Pforte stets als den ihrigen bezeichnet hätte. Die von Herrn Iswolsky einseitig vorgenommene Publikation über die Petersburger Verhandlungen ist jedenfalls, namentlich im gegenwärtigen Momente geeignet, unsere hiesige Stellung, die sich gerade in der letzten Zeit zu einer günstigen gestaltet hatte, in unliebsamer Weise zu beeinflussen. Es kommt dies bereits in mehreren türkischen Pressorganen zum Ausdruck. Ich trage dafür Sorge, dass die hiesige Öffentlichkeit entsprechend und wahrheitsgemäß aufgeklärt werde. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2058, 2066, 2068.

Nr. 2068. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 24. März 1910 Nr. 83 (eing. 25. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Wie mir Baron Marschall vertraulich mitteilt, hat ihm Herr Tscharykow heute gesagt, es sei zwischen Österreich-Ungarn und Russland eine Entente auf Grund der von Herrn Iswolsky vorgeschlagenen drei Punkte zustande gekommen. Auf den Einwand des deutschen Botschafters, dass dies nicht mit dem im Fremdenblatte erschienenen offiziösen Artikel übereinstimmt, antwortete Tscharykow: „Das Fremdenblatt behauptet oft Dinge, die mit den offiziellen Dokumenten nicht im Einklange stehen.“ Pallavicini.

a) Vgl. n. 2067, 2069, 2074, 2082, 2091.

Nr. 2069. Tel. aus St. Petersburg, 24. März 1910 Nr. 56 (eing. 3 U. 10 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Zu der vorgestern — 22./9. d. M.^{a)} — an Euer Exzellenz abgesandten Mitteilung des Textes über die jüngsten Verhandlungen an die hier akkreditierten Botschafter.

Ad 1. Depesche.^{b)} Gibt Inhalt einer anderthalbstündigen Konversation in kurzem Resumé wieder, kann daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen. Spezielle Erörterung des ersten Artikels der Fortnightly Review vollständig ausgelassen (confer meinen einschlägigen Bericht). Herr Iswolsky stellte sich allerdings damals auf den Standpunkt, dass er in betreffendem Artikel gegebene Darstellung verschiedenen Leuten gegenüber vorgebracht habe und auch aufrechterhalte.

Ad 2. Depesche.^{c)} Entspricht wortgetreu der Aufzeichnung, von welcher ich damals Einsicht nahm. Ich wählte für die resumierenden Worte die Form der Anknüpfung an die letzten Äusserungen Herrn Iswolsky's, um Anschein zu vermeiden, dass es sich um ein mündlich vorgebrachtes Memorandum handle. Worte „des calomnies et des mensonges“ wären zur grösseren Deutlichkeit vielleicht besser zwischen Anführungszeichen zu setzen gewesen, da es, was übrigens auch aus dem Sinne hervorgeht, Wiedergabe seiner — Herrn Iswolsky's — Ausdrucksweise meinerseits ist.

Ad Telegramm vom 7./20. März 1910.^{d)} Wiederholt Inhalt unseres Memorandums und knüpft daran die mir gegenüber erfolgte Mitteilung der Absicht, die anderen Kabinette vom Resultate unter Anschluss der Korrespondenz zu verständigen. Von der gleichzeitig meinerseits geschehenen Bekanntgabe des Textes unseres Communiqués und seinerseits ausgesprochenen Ansicht, gleichfalls Communiqué zu publizieren, findet sich keine Erwähnung. Bericht folgt durch heute mit Expresszug nach Wien reisenden Gesandtschaftsattaché Grafen Stolberg. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 2064, 2068, 2070, 2071. — ^{b)} Zweite Beilage zu n. 2064. —

^{c)} Dritte Beilage zu n. 2064. — ^{d)} Achte Beilage zu n. 2064.

Nr. 2070. Tel. aus St. Petersburg, 24. März 1910 Nr. 57 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Zu hohem Telegramm No. 46 vom 22. d. M. Ich ersuche Euer Exzellenz dringendst, bis zum Eintreffen meiner einschlägigen Berichtserstattung von eventueller Rektifizierung des Passus im Communiqué betreffs des Fortnightly-Artikels keinen Gebrauch machen zu wollen. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 2069, 2071, 2075.

Nr. 2071. Bericht aus St. Petersburg, 11./24. März 1910 Nr. 12 A (eing. 26. März).^{a)} Ausfert.

Im Verfolge meines ergebensten Telegrammes No. 56 vom heutigen Tage möchte ich im Nachstehenden einige Reflexionen zu dem Texte der jüngsten Pourparlers, wie solcher den hier accreditierten Botschaftern der Signatarmächte zur Verfügung gestellt wurde, Euer Exzellenz hochgeneigter Berücksichtigung empfehlen und hiebei gleichzeitig auf das hohe

Telegramm Euer Exzellenz No. 46, vom 22. d. M. zurückkommen. Die erste Depesche gibt den Inhalt einer anderthalbstündigen Konversation wieder, über die ich mit dem Berichte vom 16./3. Januar l. J. No. 1 (Geheim) referiert hatte. Herr Iswolsky hat sie mir seinerzeit bei unserer ersten Wiederbegegnung verlesen und mich gefragt, ob ich etwas gegen den Inhalt einzuwenden hätte. Ich bemerkte zwar damals, dass es etwas anders dargestellt sei als in meinem einschlägigen Berichte, fand aber keinen Anlass, mich auf eine kritische Analyse einzulassen, da es sich um ein für den Fortgang der Verhandlungen unwesentliches Informationsstück handelte, und überdies der Tenor der Ausführungen im Grossen und Ganzen richtig wiedergegeben schien. Wie schon in meinem bezogenen Telegramme erwähnt, ist die Erörterung der ersten Publikation der „Fortnightly Review“ — auf welche sich der Dillon'sche Artikel bezog — in der Iswolsky'schen Depesche nicht reproduziert, was übrigens von keiner grossen Bedeutung ist. Hätte der Minister dieser ersten — russisch gefärbten — Publikation Erwähnung getan, so wäre dies eben nur im Sinne der in meinem Berichte wiedergegebenen Weigerung des Ministers geschehen, die beiden Artikel auf eine Stufe zu stellen. Euer Exzellenz haben, wie ich dem zitierten Telegramme entnehme, Herrn Swerbejew gegenüber in Ansehung des im ersten Schriftstücke des russischen Kom-muniqué's enthaltenen Passus betreffend die „Fortnightly Review“ bemerkt, dass diese Angelegenheit mit der Wiederaufnahme der normalen Beziehungen in keinem Zusammenhange stünde. Wenn aber schon in der Publikation davon Erwähnung geschehe, vermissten Euer Exzellenz in derselben die Wiedergabe unseres Standpunktes, wonach beide in der „Fortnightly Review“ erschienenen Artikel gleichmässig zu behandeln wären. In diesem Sinne hätten Euer Exzellenz sich bereit gezeigt, mit Herrn Iswolsky über eine in den Vertretungskörpern eventuell abzugebende Erklärung einig zu werden, dahin gehend, dass jene beiden Artikel auf Authentizität keinen Anspruch erheben könnten. Euer Exzellenz werden diesbezüglich dem nunmehr in Hochderselben Händen befindlichen Texte der Mitteilung an die Botschafter entnehmen, dass Herr Iswolsky sich, wie übrigens auch aus meiner Berichterstattung ersichtlich, auf den Standpunkt gestellt hat, eine Rehabilitierung seiner Ehre und seines persönlichen Interesses wäre nur in dem Falle möglich, wenn Euer Exzellenz eine formelle Erklärung abgeben würden, dass der Artikel der „Fortnightly Review“ eine Lüge und Verleumdung enthalte und Hochdieselben jede Solidarität mit dieser Tatsache verleugneten. „Je suis prêt“, heisst es in der betreffenden Depesche, „à mettre de côté tout ressentiment personnel et de rechercher les moyens d'amener une franche explication entre les deux Cabinets non point sur les incidents personnels passés, mais sur la politique à suivre dans l'avenir.“ Euer Exzellenz hätten dann mit dem von mir am 19. Januar/1. Februar^{b)} verdolmetschten Auftrage die beiden Fragen — die persönliche und die politische — getrennt und in erster Beziehung die Bereitwilligkeit ausgesprochen, sich mit Herrn Iswolsky ins Einvernehmen zu setzen, im Hinblick auf Interpellationsbeantwortungen in den Delegationen und der Duma betreffs beider Artikel. Auf diese Anregung erscheint in dem russischen

Memorandum vom 27. Januar 1910 mit der Bemerkung reflektiert: „Tout en étant d'avis qu'il serait préférable de ne plus toucher à la question de l'article de la ‚Fortnightly Review‘ nous sommes prêts à nous entendre avec le Comte d'Aehrenthal pour le cas d'explications publiques à donner éventuellement à ce sujet.“ Aus meiner Berichterstattung (ergebnster Bericht vom 5. Februar/23. Januar l. J. No. 4 A, geheim) sind Euer Exzellenz in Kenntnis, dass diese Stellungnahme der russischen Regierung zu unserer Proposition erfolgte, ohne dass der Minister von der Fassung der Interpellationsbeantwortung Informationen erhalten hätte. Ich hatte damals hievon noch keine Erwähnung zu tun für nützlich erachtet, nachdem es sich vor Allem darum handelte, den Minister zu der beregten Idee als solchen Stellung nehmen zu lassen und von welcher wir in unserem Memorandum vom 7./20.^c) Februar l. J. Akt genommen haben. Wie die Sache nun steht, muss ich die ernste Besorgnis hegen, dass, falls Euer Exzellenz mit einer einseitigen Rektifizierung vorzugehen für gut finden, der russische Minister mit der Publizierung des Aktenmaterials antworten wird.

Berchtold.

^a) Vgl. n. 2070, 2072, 2085. — ^b) Vgl. n. 1974, 1986. — ^c) Wohl Beilage zu n. 2000. Vgl. auch n. 2011.

Nr. 2072. Bericht aus St. Petersburg, 12./25. März 1910 Nr. 13 A (eing. 28. März).^a) Ausfert.

Im Verfolge meines gehorsamsten Berichtes Nro. 12 A-B vom 24./11. März: Das Bedenkliche einer solchen Vorgangsweise liegt auf der Hand. Vor Allem würde dadurch das Publikum völlig einseitig informiert werden, da die erste Depesche — wenn auch ihrem allgemeinen Tenor nach richtig — stark Iswolskysch gefärbt ist, weder auf Vollständigkeit noch auf Unvoreingenommenheit Anspruch erheben kann und in einzelnen, meine Äusserungen betreffenden Angaben der Phantasie des Autors einigen Spielraum gewährt. Ferner ist in der zweiten Pièce bedauerlicherweise die Auslegung möglich, als würde ich die Auffassung Iswolsky's teilen, dass der Dillon'sche Artikel verleumderisch und lügenhaft sei. Ich hatte damals diese Phrase gewählt, um Iswolsky zu zeigen, dass ich seine Gedanken wortgetreu wiedergegeben. Ihm gegenüber war ein Missverständnis ausgeschlossen, da ich ihm bei unserer ersten Unterredung (vom 30. Dezember/12. Jänner) meinen Standpunkt klar gekennzeichnet hatte, demzufolge es für mich ausgeschlossen scheine über den Inhalt des beanstandeten Artikels ein Urteil abzugeben (confer mein ergebnster Bericht Nro. 1 vom 16./3. Jänner l. J.). Auch kam es mir, als er mir die Aufzeichnung vorzeigte, nicht in den Sinn, das Verlangen zu stellen, die Worte „calomnieux“ und „mensonger“ zwischen Anführungszeichen zu setzen, womit allerdings künftigen Missdeutungen vorgebeugt worden wäre. Im Falle der Publizierung wird man aber mit diesem Faktum rechnen müssen. Im Hinblick auf das Gesagte würde ich gegebenen Falles in die Notwendigkeit versetzt werden, gegen den Minister öffentlich Stellung zu nehmen, um über die vorangedeuteten Unrichtigkeiten und Zweideutigkeiten in der

Presse Aufklärung zu geben. Dies möchte zu einer unerhörten und peinlichen Polemik zwischen Botschafter und Minister führen, wobei mein locus standi von vorneherein ein ziemlich hoffnungsloser wäre. Um einer solchen Eventualität und ihren Konsequenzen zu entgehen, bliebe nur der eine, relativ ehrenhafte Ausweg, dem Minister zuvorkommen und angesichts seines insoliten Vorgehens um meine Abberufung zu bitten. Diesbezüglich möchte ich nur Euer Exzellenz um hochgeneigte Zusicherung bitten, dass von Hochdensenben aus die Abberufung in einer Weise in Scene gesetzt werde, die a limine den Gedanken ausschliesst, dass mein Abgang Herrn Iswolsky zur Gloriele dienen könnte. Das Konzept für einen in solcher Eventualität an den Minister zu richtenden Brief sowie jenes für eine gleichzeitige Mitteilung an die Presse, lege ich zu Euer Exzellenz Begutachtung bei. Abgesehen von allen geschilderten mutmasslichen Konsequenzen einer Aktenpublikation kommt — last not least — noch der Umstand in Rücksichtnahme, dass dadurch nicht nur die kaum wieder angeknüpften normalen Beziehungen gründlich kompromittiert würden, sondern auch unsere ganze auswärtige Politik vielleicht auf Jahre hinaus ungünstig beeinflusst werden möchte. Mit heutigem Telegramm Nro. 60^b) habe ich von meiner Absicht Erwähnung getan, im Auswärtigen Amte den Boden zu sondieren in Betreff des seinerzeit von Euer Exzellenz in Vorschlag gebrachten Inhaltes eventueller Interpellationsbeantwortungen. Ohne mich in dieser Richtung stark zu avancieren, konnte ich aus Herrn Sazonoff's Redewendungen unschwer konstatieren, dass er gläubiger Anhänger des vom Minister in seiner Depesche an Herrn Swerbejew mit so viel Selbstgefälligkeit breitgetretenen Formel ist, die persönlichen Kränkungen, die doch nur durch sehr positive Erklärungen ausgeglichen werden könnten, im politischen Interesse in den Hintergrund zu stellen. Der weiter oben zitierte verklausulierte Eingangstext des russischen Memorandums vom 27. Jänner 1910^c) scheint, wie den Worten des Ministergehilfen zu entnehmen, nicht ohne Absicht die Einleitungsworte „tout en étant d'avis qu'il serait préférable de ne plus toucher à la question de la „Fortnightly Review“ erhalten zu haben. Ich resumiere: So lächerlich die Depesche 1 abgefasst ist, so geschmacklos es war, dieselbe, — wenn auch nur auszugsweise, — in das Communiqué einzustellen, so widerlich das darin zur Schau getragene politische Märtyrertum erscheint — Bedeutung irgend welcher Art kann dieser Kundgebung nicht zukommen. Herr Iswolsky mag sich eingebildet haben, damit den Beweis zu erbringen, dass er keine persönliche Politik treibt, — ein Vorwurf, der ihm bekanntlich vielfach gemacht wird — diesen Beweis hat er jedoch nicht erbracht. Im Gegenteil, die Stimmen mehrten sich täglich, die eben in dieser Kundgebung die schlagendste Bestätigung dafür finden, dass er persönliche Politik treibe. Der Eitelkeitserfolg aber, den ihm diese Depesche 1 eingebracht haben mochte, ist wohl der einzige, den er aus der eben abgeschlossenen Campagne davongetragen. Und dieser Erfolg steht auf recht schwachen Füßen. Um diesen Eitelkeitserfolg zu schützen und wenn möglich bei sich ergebender Gelegenheit anwachsen zu machen, hat Herr Iswolsky einen Dossier angelegt, aus welchem er eventuell Kapital zu schlagen hofft. Eine Gelegenheit hiezu würde sich ergeben, wenn die

Darstellungen des Kommuniqué's angezweifelt werden sollten. Dann müsste der Dossier geöffnet und mit schlagenden Beweisen die Tatsachen erhärtet werden que Mr. Iswolsky a sacrifié les intérêts de sa personne aux intérêts de la cause! Hier aber liegt — ich kann mich diesem Bewusstsein nicht verschliessen — der Keim zu einer wirklichen Gefahr. Mit dem Heranziehen des Dossier's und der Publizierung der darin befindlichen Akten würde ein Weg betreten, der zu Katastrophen führen kann. Und wenn auch nicht zu solchen, so doch zur sicheren Verscherzung aller positiven Erfolge der langen, harten und mühsamen Annäherungsarbeit. Übrig bliebe dann nur der Eitelkeitserfolg Iswolsky's in's Unermessliche angewachsen. Hiezu sollte nicht die Hand geboten werden. Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 2073, 2076, 2077, 2085. — ^{b)} Nicht aufgenommen, da Inhalt oben ziemlich genau wiedergegeben. — ^{c)} Vgl. n. 1995 erste Beilage.

Erste Beilage zu n. 2072. Entwurf eines Schreibens des k. u. k. Botschafters in St. Petersburg an den russ. Minister des Äußern Iswolsky. Abschrift.

Attendu que Vous avez jugé opportun de procéder sans demander mon assentiment à la publication du dossier concernant les pourparlers qui viennent d'aboutir entre les Cabinets de Vienne et de St. Pétersbourg et que ce dossier contient d'un côté le résumé dont Vous ne m'aviez pas même fait tenir le texte pour me permettre de le parcourir et faire mes observations et d'autre côté livré à la publicité des données que je Vous avais fournies et que Vous aviez recueillies à titre strictement confidentiel j'estime à mon vif regret qu'il ne me sera plus guère possible de remplir ici utilement la tâche qui m'incombe. Dans ces conditions je me suis vu contraint de demander (par le télégraphe) mon rappel du poste de St. Pétersbourg de quoi je me permets de Vous faire part. Simultanément je crois devoir porter à Votre connaissance que j'ai fait parvenir à la presse certaines réserves au sujet des deux pièces du dossier.

Zweite Beilage zu n. 2072. Entwurf einer Mitteilung des k. u. k. Botschafters in St. Petersburg an die Presse. Abschrift.

Ansichts der nunmehr ohne meine Zustimmung erfolgten Publizierung der die abgeschlossenen Pourparlers zwischen dem österreichisch-ungarischen und russischen Kabinete betreffenden Korrespondenzstücke, sehe ich mich genötigt, darauf zu verweisen, dass in Depesche 1 meine damals im Laufe der Unterredung vom 30. Dezember/12. Jänner getanen Äusserungen zum Teil unvollständig und zum Teil nicht richtig wiedergegeben erscheinen, während bezüglich Depesche 2 die Erläuterung vielleicht nicht überflüssig ist, dass die Worte „calomnieux“ und „mensonger“ als die Reproduktion der vom Minister gebrauchten Bezeichnungsweise anzusehen sind, nachdem ich von vorneherein erklärt hatte, nicht berufen zu sein, in der Controverse über den Inhalt der zwei „Fortnightly Review“-Artikel ein Urteil abzugeben.

Nr. 2073. Privatschreiben aus St. Petersburg, 12./25. März 1910.^{a)}
Ausfert.

Aus meinen, in rascher Aufeinanderfolge abgesandten Telegrammen, Privatbriefen und Berichten der letzten Tage wirst Du ersehen, in welch überreizter Stimmung wir gegenwärtig wieder hier leben! Das Annäherungskind ist unter unsäglichen Schmerzen geboren worden und nimmt sich kaum wie ein lebensfähiges Wesen aus. Und doch sollte mit allen Kräften getrachtet werden, das Kind am Leben zu erhalten, zu pflegen und aufzufüttern, denn ein zweites käme vielleicht auf Jahre hinaus nicht nach. Die Art, wie die zwei Communiqués, nachdem acht Tage lang gegenseitig Verstecken gespielt worden war, schliesslich am selben Tage in grundverschiedener Form erschienen sind, ist wohl ziemlich alleinstehend in der neuen diplomatischen Geschichte. Es herrscht eine solche Unaufrichtigkeit in dem Verhältnisse vom Ballplatz zur Sängerbrücke und vice versa, daß man im Allgemeinen nur sprechen kann, wenn man nichts zu sagen hat und schweigen muss, wenn man etwas zu sagen hat. Was man spricht, muss aber möglichst dunkel sein, um allerhand Auslegungen zuzulassen. Da diese Practiken beiderseits mit gleicher Virtuosität geübt werden, kommt man aus Mißverständnissen, Überraschungen, Verlegenheiten, Enttäuschungen und Übelnehmereien nicht heraus. Schließlich hat dann keiner der beiden Theile dem andern etwas vorzuwerfen oder aber beide Theile boudieren sich gegenseitig. Der Schlußpunkt der Annäherung stand unter dem Zeichen des Boudirens. Jeder Theil hatte dem Andern etwas vorzuwerfen. Lauter kleinliche Formalfragen, denen aber bekanntlich große Wichtigkeit beigemessen wird. Nun scheint aber die Stimmung — hier wenigstens — eine etwas freundlichere zu werden. Es besteht der Wunsch das Vergangene dem Grabe der Vergessenheit anheimzugeben und fürderhin „en bonne entente“ mit uns zu leben. In Zukunft werde es noch besser werden, das Verhältniß sich ausgestalten und vertiefen. „En quelques semaines peut-être“ so meint M. Sazonoff „nous verrons déjà les effets salutaires“. . . . Wenn nicht die wirklich schon zum Zurückstellen reife „Fortnightly Review“-Affaire wieder alles in Frage stellt, könnte man die Hoffnung aussprechen, daß die Wiederherstellung normaler Beziehungen vielleicht thatsächlich kein leeres Wort bleiben werde! Ein neuerliches Entfachen dieser Controverse aber würde, wie ich in meinem heutigen Berichte ausführte, unfehlbar die bedenklichsten Folgen nach sich ziehen! Was Deine Absichten in dieser Richtung sind, weiß ich nicht. Ich kann nur die Hoffnung aussprechen, daß diese Angelegenheit in der nächsten Zeit nicht aufs Tapet kommt. Wir haben den positiven Erfolg, Iswolsky einen zweifelhaften Eitelkeitserfolg erzielt. Es lohnt sich wohl nicht, um Letzteren streitig zu machen, Ersteren aufs Spiel zu setzen! Obwohl ich nicht gerne von meiner Person spreche, kann ich doch — um ganz offen zu sein — Dir nicht läugnen, wie gründlich verhaßt mir diese letzten Wochen meine, auch früher eben nicht beneidenswerte hiesige Existenz gemacht haben. Es ist auf die Dauer wirklich kaum erträglich so den Spielball einer, auf unüberbrückbare, persönliche Gegensätze basirten Politik abzugeben. Je länger dieser Zweikampf dauert, umso feindseliger,

verschlagener und hinterhältiger wird der hiesige Duellant. Die letzten Manöver desselben gehören schon ganz in das Gebiet des Hooliganismus. So die Thatsache, daß er vor einigen Wochen mir eine, an Sverbeeff gerichtete Depesche flüchtig vorlas und sich nun darauf beruft, ich hätte damals keine Rectification daran vorgenommen! Wie komme ich dazu ein internes russisches Dienststück zu rectificiren? Wie gesagt, das Leben ist mir hier schon herzlich überdrüssig. Und nun, nach vier Jahren Mühe, Plage, Ärger und Sorgen aller Art, auch noch die Aussicht eines schmälichen Abgangs! Als ob es nicht schon genug wäre mit den Widerlichkeiten dieses erbärmlichen hiesigen Lebens! Ich hätte doch gedacht wenigstens darauf Anspruch erheben zu können, ohne Bitterniß von hier scheiden zu dürfen!

Berchtold.

a) Vgl. n. 2072, 2074, 2079, 2085, 2087.

Nr. 2074. Tel. nach Konstantinopel; Abbazia, 26. März 1910 ohne Nr. (chiffr. 6 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 24. d., Nr. 82. Die von Ihnen gemeldeten Appreciationen in Pfortenkreisen betreffs unserer Pourparlers mit Rußland sind gewiß von tendenziösen Darstellungen des russischen Vertreters beeinflusst. Demgegenüber haben Euer Exzellenz Rifaat Pascha in sehr zutreffender Weise über unsere Haltung aufgeklärt. In der That hatten wir von allem Anfange an bloß die Wiederherstellung der normalen diplomatischen Beziehungen mit dem Petersburger Cabinet im Auge, was für die Aufrechthaltung der Ruhe am Balkan gewiß nur förderlich und daher im Interesse der Türkei gelegen sein kann. Diese Wiederherstellung erfolgte auf Grund der ganz allgemein gehaltenen Constatirung, daß die beiderseitigen Principien convergiren, insoferne sie die Erhaltung des status quo bezwecken. Den Vorschlag des russischen Cabinetes, à deux an die anderen Mächte heranzutreten, habe ich eben deshalb abgelehnt, weil dies den Abschluß eines Accords oder einer Entente mit Rußland unter Zugrundelegung der von Herrn Iswolsky proponirten Formulirung, welche in Constantinopel als bedenklich empfunden wurde, zur Voraussetzung gehabt hätte. Die weiteren Pourparlers mit den übrigen Mächten hätten diese Formel noch mehr festgelegt und auf diese Weise es ermöglicht, daß in Zukunft eine Macht oder einige Mächte dieselbe zum Ausgangspunkte nehmen, um wieder zur Interventionspolitik zurückzukehren, wie sie in Reval mit einer Spitze gegen die Türkei in Aussicht genommen war. Indem ich den russischen Vorschlag ablehnte, habe ich solchen Interventionsvellenitäten einen Riegel vorgeschoben und war hiebei von dem Gedanken geleitet, daß die Türkei nicht durch Ententen und Formeln der Cabinetes, sondern durch ihre eigene Erstarkung gesichert werden müsse, wozu das neue Regime einer Zeit der Ruhe und des Friedens bedarf. In obigem Sinne habe ich, wie Euer Exzellenz wissen, auch mit Reschid Pascha gesprochen, der für meine Darlegung volles Verständnis zeigte und dieselbe mit Dank entgegennahm. Ich möchte annehmen, daß die maßgebenden türkischen Staatsmänner nach näherer Überlegung zur

Überzeugung gelangen werden, daß meine Haltung in den Pourparlers mit dem Petersburger Cabinet und deren Ergebnis für die Interessen der Türkei von Vortheil gewesen ist. Euer Exzellenz wollen nicht unterlassen, auch weiterhin aufklärend zu wirken. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2073, 2082.

Nr. 2075. Tel. nach St. Petersburg; Abbazia, 26. März 1910 o. Nr. (chiffr. 6 U. p. m.).a) Konz. (S. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 24. d. No. 57. Ich habe dem russischen Geschäftsträger gegenüber relevieren zu müssen geglaubt, daß die Angelegenheit der „Fortnightly“-Artikel mit der Wiederaufnahme der normalen diplomatischen Beziehungen nichts zu tun habe und daß außerdem der bezügliche Passus im russischen Communiqué jedenfalls einer wesentlichen Ergänzung bedürfe. Eine Rektifizierung in offizieller Form habe ich jedoch in der Presse nicht veranlaßt und dies eben in der Absicht, der Diskussion über diese Artikel nicht wieder Nahrung zuzuführen. Ich beabsichtige auch nicht, auf die Sache zurückzukommen, falls Herr Iswolsky mich nicht dazu nöthigen sollte. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2087.

Nr. 2076. Tel. aus St. Petersburg, 26. März 1910 Nr. 62 (eing. 27. März 9 U. a. m.).a) Entziff.

Im Verfolge meines unterwegs befindlichen Berichtes Nr. 13 A von gestern. Iswolsky hat mir heute Dossier über abgeschlossene Pourparlers, welches er bereits vor einigen Tagen hier akkreditierten Botschaftern übergeben hatte, à titre personnel et confidentiel übersendet.^{b)} Ich habe Brief des Ministers mit folgendem Schreiben beantwortet. „J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre en date du 12 (25) courant qui vient de me parvenir, ainsi que du dossier qui l'accompagne. Il va sans dire que je le fais sous toute réserve, ce dossier ayant été composé sans mon concours.“

Berchtold.

a) Vgl. n. 2079. — b) Vgl. n. 2064.

Nr. 2077. Tel. aus St. Petersburg, 27. März 1910 Nr. 63 (eing. 12 U. 45 M. p. m.).a) Entziff.

Geheim. In meinem Berichte vom 25./12. März laufenden Jahres Nr. 13 A findet sich Passus, wonach in Depesche 1 bezüglich einzelner, meine Äusserungen wiedergebender Angaben der Phantasie gewisser Spielraum gewährt erschiene. Ich ersuche Euer Exzellenz, von dieser Mitteilung, die einer einschränkenden Erläuterung bedarf, bis auf weiteres keinen Gebrauch zu machen. Bericht folgt durch sichere Gelegenheit.^{a)}

Berchtold.

a) Vgl. n. 2078.

Nr. 2078. Bericht aus St. Petersburg, 14./27. März 1910 Nr. 14 A
(eing. 29. März 1910).^{a)} Ausfert.

Geheim. Im Verfolge meines heutigen ergebensten Telegrammes Nr. 63 erlaube ich mir nachstehend auf den Passus meines Berichtes vom 24./11. d. M. Nr. 12 A—B zurückzukommen, welcher in Betreff der Depesche I des russischen Dossier's über die austro-russischen Pourparlers darauf anspielt, dass die daselbst mir in den Mund gelegten Angaben nicht genau wiedergegeben erscheinen. Hiezu möchte ich Folgendes erläuternd bemerken. Der Unterredung vom 30. Dez./12. Jan., welche daselbst wiedergegeben ist, waren bekanntlich vertrauliche Conversationen sowohl von Herrn von Szilassy wie von mir selbst mit Herrn Sazonoff vorhergegangen. Dieselben haben den Zweck verfolgt, der tiefeingewurzelten Anschauung, dass ich dem Artikel Dillon's zu Pathen gestanden sei, entgegenzutreten und den Boden für einen modus vivendi mit Herrn Iswolsky halbwegs zu ebnen. Im Laufe dieser Gespräche ist von Herrn von Szilassy mit meiner Genehmigung zu verstehen gegeben worden, dass ich bereits bei Euer Excellenz die Frage angeregt hätte, in irgend einer Form eine Remedur für die üblen Folgen der nach hiesiger Auffassung meine Signatur tragenden Publication zu schaffen. Es ist möglich, dass Herr von Szilassy, von dem Wunsche beseelt der von Herrn Sazonoff vertretenen Anschauung thunlichst entgegenzukommen, von einer „satisfaction personnelle“ gesprochen habe. In Abwesenheit des Herrn Botschaftsrathes vermag ich nicht mich hierüber präcise auszusprechen. Was aber den Hinweis auf eine „annehmbare Richtigestellung als die seinerzeit von Grafen Aehrenthal an die „Nowoje Wremja“ gerichtete“ anbelangt, habe ich zu Herrn Sazonoff nur die Worte fallen gelassen, dass Euer Excellenz bereits in dieser Richtung der „Nowoje Wremja“ eine Eröffnung hätten zukommen lassen, worauf der Ministergehilfe das Unzulängliche dieser Kundgebung betont hatte. Da somit der ganze Passus („pour suggérer“ bis „au Nowoje Wremja“) — soviel ich mich erinnere — streng genommen nicht in den Rahmen der Unterredung vom 30. Dez./12. Jan. gehört, glaubte ich die Bemerkung im Eingangs citirten Berichte gemacht zu haben, dass hier der Phantasie des Autors gewisser Spielraum gewährt erscheint. Auf der anderen Seite kann ich mich nicht dem Bewusstsein verschliessen, dass es ein offenkundiger Acte de mauvaise foi dem Auswärtigen Amte gegenüber wäre, die Herrn Sazonoff gegenüber gethanen Aeusserungen aus äusserlichen formalen Gründen zu desavouiren oder gegen deren dienstliche Verwerthung nachträglich Protest einzulegen. Wenn sich auch die Gegenpartei manche Illoyalität zu Schulden kommen liess, bildet dies für mich noch nicht hinreichenden Grund, mich gleichfalls auf dieses niedrige Gebiet zu begeben. Neuerschliesslich möchte ich noch darauf verweisen, dass, wie dem Vorstehenden neuerlich entnommen werden kann, eine Trennung der historischen Genese der „Wiederherstellung normaler diplomatischer Beziehungen“ von der unseligen Affaire der „Fortnightly Review“-Publication ohne guten Willen schwer möglich ist. Wie aber die Psychologie jener Epoche beschaffen war, ist Euer Excellenz, wenn auch nur im matten Reflexlichte aus meiner damaligen Berichterstattung bekannt. In jener schwülen Atmosphäre

waren die ersten Versuche angestellt worden, durch vertrauliche Gespräche zwischen Herrn von Szilassy und Herrn Sazonoff den abgerissenen Faden wieder anzuknüpfen. Diese Versuche tragen vielleicht Spuren der anormalen Situation an sich, aus der sie herausgewachsen sind. Es mag dies bis zu einem gewissen Grade bedauerlich sein. Die Versuche sind aber nicht resultatlos geblieben. Und von zwei Übeln erschiene es wohl als das kleinere, sich über die Genesis keiner Selbsttäuschung hinzugeben. Berchtold.

a) Vgl. n. 2087.

Nr. 2079. Bericht aus St. Petersburg, 14./27. März 1910 Nr. 14 B (eing. 29. März).a) Ausfert.

Mit meinem gestrigen Telegramme Nr. 62 habe ich Eurer Exzellenz Meldung erstattet, daß mir nun — als allerletztem Botschafter der Signatarmächte — das Dossier vom Herrn Minister des Aeußeren zugemittelt wurde, welches meinen Collegen successive im Laufe der letzten zehn Tage eingehändigt worden war. Herr Iswolsky hatte sich bisher darauf beschränkt am vergangenen Donnerstag — 11./24. d. Mts. — mir vom Dossier zu sprechen, stets betonend, daß mir ja alle Piècen bekannt seien. Ich bemerkte, daß ich mich unmöglich auf den Inhalt der Depesche 1) erinnern könne, welche er mir seinerzeit bloß verlesen hatte. Es handle sich übrigens um ein Résumé einer anderthalb-stündigen Conversation, was nicht erschöpfend sein könne. Auch glaubte ich beifügen zu sollen, daß mir schon damals ein Passus als nicht ganz meiner Auffassung entsprechend aufgefallen war und ich ihm deshalb beim Vorlesen ins Wort fallen mußte — ein Einwand, den der Minister mit der Bemerkung abzuthun glaubte: „Mais enfin, Vous n'avez rien rectifié!“ Ich habe schon in meinem letzten Privatschreiben vom 24./11. d. Mts.^{b)} auf die eigentümliche Art — ich bezeichnete es als „Hooliganismus“ — dieses Vorgehens hinweisen zu sollen geglaubt. Das interne Dienststück — das nicht einmal einen Auftrag an Herrn Swerbejew enthielt — erschien und war auch für den Fortgang der Verhandlungen belanglos und die Abweichungen von meinen Äußerungen, die sich darin fanden, waren zur Zeit, als mir der Minister die Depesche zur Verlesung brachte, schon deshalb gegenstandslos geworden, als die damals verzeichneten Schritte inzwischen faktisch erfolgt waren. Abgesehen davon hatte mich der Minister nicht aufgefordert, zu „rectificiren“, sondern bloß gefragt, ob es sich so verhalte, wie in der Depesche angegeben. Meine damalige „Nichtrectification“ konnte sich übrigens nur auf das bedeutungslose Informationsstück beziehen, nicht aber die Interpretation zulaßen, daß dadurch das letztere zum grundlegenden Documente des Dossiers über die Verhandlungen legitimirt werde, wovon gar nicht die Rede war. Entgegen meiner Erwartung und Hoffnung hat mir Herr Iswolsky nun das Convolut „à titre confidentiel et privé“ zugemittelt. Um einer etwaigen künftigen Miss-Interpretation vorzubeugen, habe ich mich bemüsst gesehen, dem Minister wie folgt zu schreiben: ... *im Wesentlichen wie n. 2076 von „J'ai l'honneur“ bis „concours.“* ... Mit dieser Fassung wird zu verstehen gegeben, dass ich als Nächstbeteiligter Anspruch gehabt

hätte, vor Zusammenstellung des Dossiers gefragt zu werden und gleichzeitig, dass ich mir bezüglich dieses ohne meine Beteiligung zustandegewonnenen Dossiers Freiheit des Urteils reservire. Berchtold.

a) Vgl. n. 2081, 2087, 2103. — b) Vom 25. März.

Nr. 2080. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 28. März 1910 Nr. 86 (eing. 3 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Das bulgarische Königspaar verläßt heute nachmittags Konstantinopel. Die bulgarischen Majestäten waren mit dem ihnen hier bereiteten Empfange äußerst zufrieden. Was das Ergebnis des Besuches anbelangt, habe ich den Eindruck, daß derselbe lediglich eine Détente der akuten Krise herbeigeführt hat. Positives scheint bulgarischerseits weder im politischen Sinne noch in wirtschaftlichem Belange erreicht worden zu sein. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2057, 2089, 2190, 2339.

Nr. 2081. Tel. aus St. Petersburg, 28. März 1910 Nr. 64 (eing. 29. März 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Erhielt gestern von Herrn Iswolsky Privatbrief nachstehenden Inhaltes: „En réponse à votre billet d’hier je m’empresse de vous confirmer que si je vous ai fait parvenir le dossier en question — cela a été uniquement à titre privé et pour vous obliger. Mon procédé n’ayant été que de pure et simple courtoisie, je ne puis m’expliquer ni le but ni la portée des réserves que vous voulez bien formuler.“ Bei der offenbaren mauvaise foi dieses Schreibens halte ich für angemessen, dasselbe bis auf weiteres unbeantwortet zu lassen. Minister beabsichtigt, sich übermorgen auf vier Wochen ins Ausland zu begeben. Berchtold.

a) Vgl. n. 2079, 2088, 2103.

Nr. 2082. Erlaß nach Konstantinopel; Abbazia, 30. März 1910 Nr. 757.^{a)} Konz. (S. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Die Vermuthung, der ich in meinem Telegramme, ddo. Abbazia 26. d. M., Ausdruck gab, Herr Iswolsky würde versuchen, die Pfortenkreise durch tendenziöse Darstellungen Herrn Tscharykoffs über die jüngsten Pourparlers zu beeinflussen und Mißtrauen gegen uns zu säen, findet in der telegraphischen und schriftlichen Berichterstattung Euer Exzellenz ihre Bestätigung. Dahin gehört insbesondere die Ihnen von Ihrem deutschen Collegen gemachte Mittheilung,^{b)} der russische Botschafter äußere sich dahin, es sei zwischen Österreich-Ungarn und Rußland eine Entente auf Grund der vom Petersburger Cabinet vorgeschlagenen drei Punkte zu Stande gekommen. Euer Exzellenz wissen, daß ich die Proposition des russischen Cabinetes, à deux an die übrigen Mächte heranzutreten, eben aus dem Grunde abgelehnt habe, weil dies den Abschluß eines Accords oder einer Entente mit Rußland auf Basis der von Herrn Iswolsky vorgeschlagenen, in drei Punkte getheilten Formel vorausgesetzt hätte, ich aber weder ein solches Separatabkommen mit Rußland im Auge hatte, noch auch

insbesondere mich mit den drei Punkten in der Iswolskyschen Formulirung, die in Constantinopel nicht mit Unrecht Bedenken einflößt, identificiren wollte. Ich habe es daher vermieden, diese Formel ausdrücklich zu acceptiren und mich auf die Constatirung beschränkt, daß die beiderseitigen Principien convergiren, indem sie die Erhaltung des status quo anstreben, ebenso wie dies übrigens auch alle anderen Mächte tun; es stehe daher der Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zwischen den beiden Cabineten nichts im Wege. Den Abschluß eines Accords erklärte ich expressis verbis als nicht in meinen Intentionen liegend. Dieser Sachverhalt geht mit genügender Klarheit selbst aus dem im russischen Communiqué enthaltenen, unvollständigen Auszuge der zwischen den beiden Regierungen geführten Pourparlers hervor. Indem ich im Übrigen auf meine früheren Mittheilungen über den Gegenstand verweise, möchte ich neuerdings die Hoffnung ausdrücken, daß es Euer Exzellenz möglich sein wird, die türkischen Staatsmänner, auf welche die Einflüsterungen des russischen Vertreters nicht ganz ohne Einfluß geblieben sein mögen, vollkommen zu überzeugen, daß meine Haltung in den fraglichen Verhandlungen, die eben darauf hinausgieng, etwaigen Interventionsvellenitäten einen Riegel vorzuschieben, ganz im Einklange mit meiner bisherigen Politik stand und für die Interessen der Türkei nur vorteilhaft war.

a) Vgl. n. 2083. — b) Vgl. n. 2068.

Nr. 2083. Bericht aus Konstantinopel, 30. März 1910 Nr. 24 E (eing. 2. April).^{a)} Ausfert.

Herr Iswolsky hat gewiss geglaubt, mit seiner Publication über die in Petersburg jüngst stattgehabten Verhandlungen zwischen den Cabinetten von Wien und Petersburg einen coup de maître ausgeführt zu haben, aber die Pistole ist, wie es scheint, nach rückwärts losgegangen. Schon jetzt glaube ich sagen zu können, dass sich die türkischen Staatsmänner nunmehr über den wahren Sachverhalt vollkommen klar sind. Meine gestrigen Unterredungen mit dem Grossvezir und mit dem Minister des Äussern, über welche ich Euerer Exzellenz telegraphisch zu berichten^{b)} die Ehre hatte, liessen in mir den Eindruck zurück, dass sowohl Hakki Pascha, als auch Rifaat Pascha meinen Ausführungen vollen Glauben schenkten. Ich bemühte mich vor Allem festzustellen, dass es überhaupt zu keiner neuerlichen Entente zwischen uns und Russland in Betreff der Balkanangelegenheiten gekommen ist, geschweige auf Grund der bekannten 3 Punkte, die geistiges Eigenthum des Herrn Iswolsky sind und auch bleiben werden. Ich fügte hinzu, es sei in Petersburg blos festgestellt worden, dass die Ansichten der beiden Cabinette im Allgemeinen bezüglich der Balkanangelegenheiten übereinstimmen. Euere Exzellenz hätten übrigens jede gemeinsame Communication à deux an die anderen Grossmächte schon deshalb von Anfang an perhorrescirt, weil Hochdieselben die Idee gar nicht aufkommen lassen wollten, als ob es sich wieder um eine Entente der beiden Mächte handeln würde, welche schliesslich zu Interventionspolitik führen könnte. Im weitem Verlaufe meiner Ausführungen hob ich hervor, man sei in Wien der Ansicht, dass die jetzige

Lage keine Veranlassung dazu biete, das Princip der Erhaltung des status quo in irgend einer besonderen Weise zu betonen. In Wien würde das neue Régime in der Türkei als genügend consolidiert betrachtet, um für die Erhaltung der Integrität des osmanischen Reiches selbst Sorge zu tragen. Diese letztere Erklärung machte auf die türkischen Minister einen ganz besonders guten Eindruck, aber auch im übrigen zeigten sie volles Verständniss für meine Ausführungen. Wie ich dies schon in meinem Telegramme^{b)} erwähnt habe, hob sowohl der Grossvezir als der Minister des Aeussern hervor, die constitutionelle Türkei glaube von den Mächten erwarten zu können, dass sie sich jeder Controlle über die Ausführung der türkischen Gesetze enthalten, da dies ausschliesslich das Recht des türkischen Parlamentes sei. Der Punkt 2 des Herrn Iswolsky hätte aber leicht zu einer solchen Einmischung in die innern Verhältnisse der Türkei die Handhabe bieten können. Mein russischer College wird jetzt voraussichtlich Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um mich Lügen zu strafen und zu beweisen, dass das Wiener Cabinet thatsächlich die 3 Punkte des Herrn Iswolsky angenommen habe. Es wird ihm aber, glaube ich, kaum gelingen die türkischen Staatsmänner zu überzeugen. Seiner Gewohnheit gemäss wird Herr Tcharikoff auch auf die parlamentarischen Kreise im obigen Sinne Einfluss zu nehmen trachten. Aber auch dies dürfte ihm nicht viel nützen, wie man aus seinen bisherigen Erfolgen auf diesem Gebiete wohl schliessen darf. Der russische Botschafter ist bestrebt, namentlich jungtürkische Abgeordnete und Journalisten für sich zu gewinnen. Er unterhält zu diesem Zwecke vielfach persönlichen Contact mit diesen Kreisen. Auf der russischen Botschaft finden häufig grössere Déjeuners statt, zu welchen Parlamentarier geladen sind. Auch während des Aufenthaltes König Ferdinands in Constantinopel gab Herr Tcharikoff zu dem Zwecke ein Frühstück, um die hier weilenden 3 bulgarischen Minister mit jungtürkischen Abgeordneten in Contact zu bringen. Nach diesem Frühstück fand, wie die Zeitungen meldeten, eine Berathung zwischen den bulgarischen Ministern und den Abgeordneten statt. In dieser Weise glaubt Herr Tcharykoff hier Politik machen zu können. Wenn es überhaupt für einen fremden Vertreter stets bedenklich ist, sich mit den politischen Parteien des Landes, in welchem er thätig ist, einzulassen, so gilt dies ganz besonders für die Türkei und für die hiesigen noch durchaus unfertigen Verhältnisse.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 2082, 2084. — b) Tel. aus Konstantinopel, 29. März 1910 Nr. 89 deckt sich mit vorliegendem ausführlicheren Bericht.

Nr. 2084. *Erlaß nach St. Petersburg; Abbazia, 30. März 1910 Nr. 753.*^{a)}
Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Durch die einseitige Mittheilung, welche der russische Minister des Aeussern über die zwischen Wien und St. Petersburg geführten vertraulichen Verhandlungen an die Mächte zu richten für gut befunden hat, ist nunmehr der letzte Schleier von den der Iswolskyschen Annäherungsaktion zugrunde liegenden Absichten gefallen. Unter dem Vorwande, daß eine kritische Gestaltung der Situation im nahen Orient zu

befürchten sei — eine Sorge, welche wir, als in den dermaligen Verhältnissen auf dem Balkan nicht begründet, niemals getheilt haben — hat der Minister die Initiative zu einer Auseinandersetzung ergriffen, welche unter dem Scheine einer Annäherung eine uns gelegte Falle in sich barg. Das Gelingen seines Anschlages sollte Herrn Iswolsky in die Lage versetzen, den Balkanstaaten und ganz Europa gegenüber die Rolle desjenigen zu spielen, dem es gelungen sei, den eigennützigen Bestrebungen Oesterreich-Ungarns ein Ziel zu setzen und den status quo auf dem Balkan für die Zukunft sicherzustellen. Diese Tendenzen des russischen Ministers durchschauend, sind wir zwar in den russischerseits angeregten Gedankenaustausch eingetreten, um zu versuchen, die noch von der Annexionskrise her fortbestehende Spannung zu beseitigen; wir haben es jedoch abgelehnt, auf Iswolskys Ansinnen einzugehen, daß das Ergebnis der von den beiden Cabineten geführten Pourparlers den anderen Mächten mitgetheilt werde. Die im Laufe dieser Verhandlungen vom russischen Minister angewandte Taktik war für die Beschaffenheit der von ihm verfolgten Intentionen gleichfalls charakteristisch. Er hielt sämtliche Cabineté über den Fortgang der Pourparlers beständig am laufenden und versuchte gegenüber unserer Ablehnung seines Associirungsgedankens durch andere Mächte eine Pression auf uns ausüben zu lassen, gerade so wie es während der Annexions-Campagne der Fall war. Auch ließ er es nicht an Indiskretionen fehlen, welche er durch die von ihm inspirierten russischen und ausländischen Pressorgane verbreitete.

Da alle Versuche, die Haltung Oesterreich-Ungarns zu den russischen Vorschlägen zu ändern, erfolglos blieben, entschloss sich Herr Iswolsky zu einem Plagiat, indem er die mit dem Wiener Cabinet gewechselten vertraulichen Aide-Mémoires den anderen Regierungen mittheilte. In dem Bewusstsein, daß dieses eigenthümliche Vorgehen einer Rechtfertigung bedürfe, suchte zwar die dem russischen Minister nahestehende Presse die Mittheilungen Herrn Iswolskys an die Mächte mit jenen in Parallele zu setzen, welche das Wiener Cabinet vor 1½ Jahren gegenüber der aggressiven Haltung Russlands in der Conferenzfrage an die anderen Regierungen zu richten sich genötigt sah. Es ist wohl ohneweiters einleuchtend, dass sich die Verhältnisse, welche für unsere damalige Vorgangsweise bestimmend waren, mit den vorliegenden in keiner Weise vergleichen lassen. Als wir uns im Dezember 1908 entschlossen, die Mächte von den im Laufe des Sommers des erwähnten Jahres mit Russland geführten Verhandlungen zu informiren, befanden wir uns im Zustande der legitimen Vertheidigung. Herr Iswolsky beabsichtigte damals, die Monarchie vor den Areopag Europas zu citiren, um sie dort feierlichst des Bruches des Berliner Vertrages anzuklagen. Im Hinblick auf diese offene Feindseligkeit Russlands und die von letzterem zu jener Zeit inscenirte Verhetzung der Balkanstaaten war die Anwendung eines so ausserordentlichen Mittels gewiss gerechtfertigt und geboten. Herr Iswolsky hingegen schritt gerade in dem Augenblicke zur Mittheilung eines mit uns gepflegten confidenziellen Gedankenaustausches an die Mächte, in welchem die Wiederaufnahme des vertraulichen diplomatischen Verkehrs zwischen den beiden Regierungen constatirt wurde, trotzdem wir ihm zweimal ausdrücklich erklärt hatten, dass wir die Ein-

beziehung der anderen Mächte in unsere Conversation für inopportun halten und daher ablehnen müssten. Angesichts dieser von Grund aus verschiedenen Umstände, unter welchen sich die beiden Cabinete von Wien und Petersburg des vom normalen abweichenden Modus der Mittheilung vertraulicher Verhandlungen an andere Regierungen bedienten, richtet sich die Vorgangsweise Herrn Iswolskys von selbst und wird dieselbe übrigens laut den uns aus London^{b)} und Rom^{c)} vorliegenden Berichten auch anderwärts abfällig beurtheilt und als ein für die Zukunft höchst bedenkliches Präzedens bezeichnet.

Durch seine Mittheilungen an die Cabinete hat Herr Iswolsky bekannt gemacht, dass Oesterreich-Ungarn und Russland im Verlaufe der eben abgeschlossenen Verhandlungen sich von der Uebereinstimmung ihrer für die Balkanpolitik massgebenden Prinzipien überzeugt und das unveränderte Fortbestehen der dem Accord vom Jahre 1897 zugrunde gelegenen und nunmehr zur allgemeinen Kenntniss gelangten Gesichtspunkte constatirt haben. Es ist offenkundig, dass der russische Minister durch diese einseitige Veröffentlichung sowohl eine weitere Garantie für die Erhaltung des status quo zu schaffen als auch den Eindruck hervorzurufen hoffte, dass es ihm gelungen sei, Oesterreich-Ungarn auf das von ihm formulierte Balkanprogramm festzulegen. Zugleich dürfte Herrn Iswolsky auch die Absicht gelehrt haben, durch die Insinuation, dass Oesterreich-Ungarn ein Separatabkommen über die Balkanfragen angestrebt habe, vornehmlich in Constantinopel gegen unsere Politik Misstrauen hervorzurufen. Letztere Tendenz wird durch die Aeusserungen Herrn Tscharykoffs hinlänglich illustriert, laut welchen zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland eine förmliche Entente über die Balkanangelegenheiten zustande gekommen sei.

Die Erwägungen, welche uns veranlassten, auf die vom Herrn russischen Minister des Außern vorgeschlagene gemeinschaftliche profession de foi nicht einzugehen, sind Euer Exzellenz bekannt. Da wir uns von Anfang an über die mala fides Herrn Iswolskys keiner Täuschung hingaben, war es klar, dass der Abschluss eines förmlichen Accords, welcher die notwendige Voraussetzung einer an die Mächte zu richtenden gemeinsamen Enunziation gebildet hätte, unter diesen Umständen zwecklos, ja unseren Interessen abträglich gewesen wäre. Andererseits hatten wir jedoch keinen Grund, gegen die vom russischen Minister als sein Balkanprogramm bezeichneten drei Punkte ausdrückliche Einwendungen zu erheben. Wir begnügten uns daher, darauf zu verweisen, dass entsprechend den gegenseitig bekanntgegebenen leitenden Grundsätzen der beiderseitigen Balkanpolitik sich eine Convergenz der von beiden Mächten auf dem Balkan verfolgten Ziele ergebe.

Diese Feststellung besagt durchaus nichts neues; sie wurde von der Presse, soweit sie nicht tendenziös urtheilt, richtig aufgefasst und dahin commentirt, dass die in den Beziehungen Oesterreich-Ungarns und Russlands eingetretene Détente vom Standpunkte der allgemeinen Friedensinteressen zu begrüßen sei, dass aber in der Stellungnahme der beiden Cabinete zu den Balkanproblemen keine Aenderung eingetreten sei. Als ich dem russischen Geschäftsträger meine Befriedigung über die Wiederherstellung der

normalen diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Mächten aussprach, war dies nicht eine blossе Phrase, denn es war im Interesse der Monarchie gelegen, den zwischen den beiden Reichen bestehenden Zustand diplomatischer Spannung zu beseitigen, sobald sich eine passende Gelegenheit hiezu ergab und soferne unsere Bewegungsfreiheit hiedurch keine Einschränkung erlitt. Wir können nunmehr mit Befriedigung konstatieren, dass dieser Zweck erreicht ist und dürfen mit aufrichtiger Genugthuung den Umstand hervorheben, dass kaum ein Jahr nach Beendigung der Annexionskrise die letzte aus jener Zeit noch zurückgebliebene internationale Friction hiemit behoben ist. Unsere Aktionsfreiheit hat bei diesem Anlasse thatsächlich keine Einbusse erlitten, denn durch die einseitige Veröffentlichung der beiderseits kundgegebenen Gesichtspunkte sind die Prinzipien unserer Balkanpolitik keineswegs in bindenderer Weise festgelegt worden, als dies ohnehin anlässlich der letzten Delegationstagung in solenner Form durch die Allerhöchste Thronrede erfolgte, wozu noch meine ausführlichen Darlegungen vor den Delegationen traten. Die der Oeffentlichkeit übergebene russische Dokumentensammlung lässt übrigens keinen Zweifel darüber aufkommen, dass deren Mittheilung an die Mächte russischerseits einseitig vorgenommen wurde; auch habe ich durch meine den in Wien accreditirten Botschaftern Englands, Frankreichs und Italiens abgegebenen Erklärungen und durch die unseren Vertretern bei den Signatarmächten ertheilten Instructionen unseren Standpunkt, dass wir unseren Verhandlungen den Charakter einer conversation à deux zu erhalten wünschen, vollstens gewahrt. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass durch die russischerseits erfolgte Bekanntmachung der Prinzipien des 1897er Uebereinkommens Russland selbst in gewissem Grade an letztere gebunden erscheint, wodurch vielleicht bei Eintritt ernster Ereignisse im nahen Orient die Ralliirung sämtlicher Mächte erleichtert werden könnte. Es dürfte Euer Exzellenz erinnerlich sein, dass mir bereits im Sommer 1908, als die türkische Revolution in Monastir und Salonik zum Ausbruch kam,^{d)} ein ähnlicher Gedanke vorgeschwebt hatte, welchen ich damals auch nach St. Petersburg bekanntgab. Schliesslich verdient auch der nicht gering anzuschlagende Umstand hervorgehoben zu werden, dass durch die Einleitung von Pourparlers, welche die Bekräftigung des jetzigen status quo zum Ziele haben sollten, die Annexion Bosniens und der Hercegovina innerhalb des letzten Jahres zum zweitenmale von Russland implicite anerkannt worden ist.

Wenn im Gegensatz zu den eben erörterten Thatsachen von russischer Seite die Verdienste Iswolskys um die Schaffung neuer Garantien für den status quo im Oriente geltend gemacht und auf seinen in dieser Hinsicht angeblich erzielten Erfolg hingewiesen wird, so gönne ich ihm diesen letzteren gerne. An einen Erfolg des russischen Ministers wird wohl nur in jenen Kreisen geglaubt werden, welche die politischen Ereignisse nicht mit Unbefangenheit verfolgen. Uebrigens muss man, um alle einschlägigen Verhältnisse in Rechnung zu ziehen, Herrn Iswolsky auch seine — allerdings selbstgeschaffene — schwierige Lage zugute halten und mit in Anschlag bringen, dass Russland notgedrungen eine friedliebende Politik zu führen gezwungen ist.

Wenn wir nach dem Vorgesagten alle Ursache haben, die Wiederaufnahme der seit 1 $\frac{1}{2}$ Jahren unterbrochenen normalen Beziehungen zwischen uns und Russland mit Befriedigung zu verzeichnen, dürfen wir uns dennoch keiner Täuschung hingeben und das erreichte Ergebnis mit einer Annäherung an Russland verwechseln. Russland bedarf zwar der Ruhe und Sammlung, solange jedoch Herr Iswolsky am Ruder bleibt und die von ihm angewendeten Geschäftsmethoden im Palais an der Sängerbrücke in Uebung stehen, müssen wir nach wie vor mit der latenten Gegnerschaft der vom gegenwärtigen Minister des Aeußern verfolgten Prestige-Politik Russlands rechnen. Wir werden demnach trotz der nunmehr eingetretenen Détente auf unserer Hut sein und Herrn Iswolsky gegenüber grosse Reserve beobachten müssen.

^{a)} Dieser Erlaß wurde mit Erlässen Nr. 799 bis 803 vom 2. April 1910 nach Berlin, Paris, London, Rom und Konstantinopel zur Regelung der Sprache mitgeteilt. Vgl. auch n. 2083, 2135 Anm. c. — ^{b)} Vgl. n. 2062. — ^{c)} Vgl. n. 2066. — ^{d)} Vgl. n. 19.

*Nr. 2085. Erlaß nach St. Petersburg; Abbazia, 30. März 1910 Nr. 754.^{a)}
Konz. (S. Pogatscher; V. u. G. Aehrenthal).*

Der Bericht vom 22./9. März Nr. 11 mit welchem mir Euer Exzellenz den Text der vom Petersburger Kabinette den dortigen Botschaftern der Signatarmächte übergebenen Mitteilung, betreffs der zwischen Wien und Petersburg gepflogenen Unterhandlungen, in Vorlage bringen, habe ich erhalten. Ebenso sind mir Euer Exzellenz, denselben Gegenstand betreffenden Expeditionen vom 24. und 25., sowie das bezügliche Telegramm Nr. 62 vom 26. d. M., zugekommen. Ueber das Einseitige des Vorgehens Herrn Iswolskys habe ich an anderer Stelle gesprochen. Hier möchte ich über den Inhalt dieser Mitteilung bemerken, daß die Redaktion der Depesche Herrn Iswolskys an Herrn Sverbéew vom 31. Dezember v. J.,^{b)} in welcher Ihre am Vortage mit dem Herrn Minister gepflogene Konversation resumiert wird, sowie das Telegramm Herrn Iswolskys an Herrn Sverbéew vom 7./20. März d. J.^{c)} über den Abschluß der Pourparlers, wenn auch nicht als unrichtig, so doch mindestens als gefärbt und als unvollständig bezeichnet werden müssen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Unvollständigkeit, auf die übrigens auch Euer Exzellenz in Ihrem Telegramme vom 24. März Nr. 56 hinweisen, eine bewußte und absichtliche ist. Um neuen Diskussionen und Weiterungen tunlichst aus dem Wege zu gehen, will ich jedoch von einer Beanständung absehen. Dagegen halte ich es für unerläßlich Euer Exzellenz zu ersuchen, Herrn Iswolsky im Punkte „Fortnightly Review“ eine Mitteilung zu machen, welche sich auf den jedenfalls möglichen Fall einer Interpellation an mich in den nächsten Delegationen bezieht. Wie ich Euer Exzellenz telegraphisch^{d)} bereits mitgeteilt habe, habe ich Herrn Sverbéew gegenüber, schon anläßlich des russischen Communiqués, darauf hingewiesen, daß die Angelegenheit der „Fortnightly Review“ mit derjenigen der Wiederaufnahme der normalen diplomatischen Beziehungen nichts zu tun habe; wenn aber schon davon im Communiqué die Rede sei, so hätte dasselbe dahin ergänzt werden müssen, daß ich mich bereit erklärt hätte, mit Herrn Iswolsky eine, eventuell in den Vertretungs-

körpern abzugebende Erklärung zu vereinbaren, welche auf beide Artikel der genannten Zeitschrift Bezug nehmen würde. Von diesen Bemerkungen habe ich unsere Botschafter bei den Signatarmächten in Kenntnis gesetzt. Auch ist dieser Standpunkt in einer Korrespondenz der „Neuen Freien Presse“ zum Ausdrucke gebracht worden. Von der Publizierung einer offiziellen Berichtigung in diesem Sinne habe ich jedoch gleichfalls aus dem Grunde abgesehen, um der Diskussion nicht neue Nahrung zuzuführen. Ich beabsichtige nun auf die Angelegenheit, soweit dies eben von mir abhängt, nicht mehr zurückzukommen und ersuche Euer Exzellenz Herrn Iswolsky in diesem Sinne zu informieren. Hochdieselben wollen aber hinzufügen, daß eine Eventualität eintreten könne, die nicht von mir abhängt und die ich jedenfalls in Rechnung ziehen muß, nämlich die einer Interpellation in den nächsten Delegationen als dem zuständigen Vertretungskörper. Im Sinne der zwischen den beiden Kabinetten im Verlaufe der letzten Pourparlers ausgetauschten Erklärungen, welche in den beiderseitigen aide-mémoires ausdrücklich enthalten sind, würde ich bei Eintritt eines solchen Falles trachten, mit dem russischen Herrn Minister über die zu erteilende Antwort ins Einvernehmen zu treten, ebenso wie ich von ihm ein analoges Verhalten im Falle einer Interpellation in der Duma erwarten darf. Wie ich dies bereits Herrn Sverbéew gesagt habe, müßte sich aber meine Antwort jedenfalls auf beide fragliche Artikel der „Fortnightly Review“ beziehen und könnte wohl nur in dem Sinne lauten, daß beide private Publikationen wären und auf Authentizität keinen Anspruch erheben könnten. Dies wollen Euer Exzellenz im dortigen auswärtigen Amte, das übrigens über meinen Standpunkt eben durch Herrn Sverbéew orientiert sein muß, zum Ausdrucke bringen, wobei ich es Euer Exzellenz anheim stelle, dies Herrn Iswolsky oder seinem Vertreter gegenüber zu tun. Indem ich so trotz des von Herrn Iswolsky beobachteten einseitigen Vorgehens bei der Publizierung seines Communiqués und bei seiner Mitteilung an die Mächte in beiden Fällen auf eine offizielle Rektifikation, zu der ich Anlaß hätte, verzichte, glaube ich den Beweis einer konziliananten Disposition zu liefern, wobei ich auch ganz besonders die heikle Stellung Euer Exzellenz in Rücksicht ziehe. Gleichzeitig erscheint es mir aber unerläßlich unsern Standpunkt für den Fall einer Interpellation in der „Fortnightly Review“-Angelegenheit zu wahren, von dem abzugehen ich nicht in der Lage wäre.

a) Vgl. n. 2087, 2094. — b) Zweite Beilage zu n. 2064. — c) Achte Beilage zu n. 2064. — d) n. 2063.

Nr. 2086. Erlaß nach St. Petersburg; Abbazia, 30. März 1910 Nr. 755. Konz. (S. Pogatscher; V. u. G. Aehrenthal).

Die nun zum Abschlusse gelangten Pourparlers mit der russischen Regierung sind in einer gewiß nicht usuellen Weise geführt worden, indem der Austausch sämtlicher bezüglichen Mitteilungen der beiden Kabinette an einander in Petersburg in Unterredungen zwischen Euer Exzellenz und dem russischen Herrn Minister erfolgte, wobei in den spätern Stadien die mündliche Konversation von der Ueberreichung schriftlicher aide-mémoires

begleitet war. Dieser, wie gesagt, den Usancen sicherlich nicht entsprechende, einseitige Modus der Verhandlung brachte für Euer Exzellenz eine über das sonstige Maß hinausgehende Belastung mit sich und stellte an den Takt und die Geschicklichkeit Euer Exzellenz erhöhte Anforderungen, dies umso mehr, wenn man die Individualität Ihres Mitredners in Betracht zieht. Die beobachtete Vorgangsweise findet ihre Erklärung wohl teilweise darin, daß Fürst Urussow während der ganzen Dauer der Pourparlers, wie schon früher seit so langer Zeit, von seinem Posten abwesend und Rußland also durch einen Geschäftsträger vertreten war; ich hatte mich deshalb enthalten, gegen den beobachteten Modus zu remonstrieren, um in die Verhandlungen nicht ein weiteres, irritierendes Moment persönlicher Natur hineinzutragen. Nun die normalen diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Kabinetten wiederhergestellt sind, ist wohl Aussicht vorhanden, daß auch die Frage einer effektiven Besetzung des Wiener Botschafterpostens einer Lösung zugeführt werde. Allein hievon ganz abgesehen, ist jedenfalls der Moment gekommen den Verkehr zwischen beiden Kabinetten wieder den diplomatischen Usancen zu konformieren. In diesem Sinne wollen Euer Exzellenz die Ihnen von mir zukommenden Aufträge bei Herrn Iswolsky zur Ausführung bringen und selbstverständlich der politischen Konversation mit ihm nicht aus dem Wege gehen; sollte Sie jedoch der Herr Minister mit Messagen oder Eröffnungen für mich betrauen wollen, so ersuche ich Euer Exzellenz dies abzulehnen und den Herrn Minister auf den usuellen Weg des russischen Vertreters in Wien zu verweisen. Ich lege Werth darauf, daß das russische Kabinett in einem solchen Falle darauf aufmerksam gemacht werde, sich im Verkehre mit uns fortan den internationalen Regeln genauer anzupassen. Dieselbe Verhaltenslinie wird selbstverständlich im Falle Ihrer Abwesenheit auch vom Herrn Geschäftsträger einzuhalten sein.

*Nr. 2087. Privatschreiben nach St. Petersburg; Abbazia, 30. März 1910
Nr. 756.a) Konz. (S. Aehrenthal u. Szápáry).*

Aus der Dir heute zugehenden Expedition wirst Du ersehen, wie ich die Lage, nach dem Erscheinen beider Communiqués beurtheile. Meine Auffassung deckt sich im Großen und Ganzen mit der Deinigen. Auch ich betrachte es als einen Vortheil, dass, wenigstens äusserlich, die bouderie des St. Petersburger Cabinets ein Ende erreicht hat. Ich war immer der Ansicht, daß das Bedürfniß hiezu an der Newa früher empfunden werden wird, als an der Donau und hatte daher keinen Grund, ein empressement zu zeigen. Iswolsky hat es verstanden, durch allerlei Winkelzüge, auf deren nähere Characterisierung ich Dir gegenüber nicht näher einzugehen brauche, sich, wie Du richtig bemerkst einen „Scheinerfolg“ zu schaffen. Um Letzteren beneide ich ihn nicht, denn mein Grundsatz in Allem und Jedem ist: être et pas paraître. Ueber meine weiteren Intentionen hat Dich mein Telegramm Nr. b) vom 26. d. M. aufgeklärt. Du weißt also daß ich eine officielle Rectification des russischen Communiqués in puncto der Artikel der Fortnightly Review nicht im Auge gehabt habe. Der Passus in dem Telegr. Nr. 46 vom 22. März l. J. war dahin aufzufassen, daß ich die betreffende

Behauptung Iswolsky's nicht unwidersprochen lassen könne. Dies ist nicht nur gegenüber Swerbejeff geschehen, sondern auch unsere Vertreter bei den Mächten haben die Weisung erhalten, sich im Sinne des bezogenen Telegrammes auszusprechen. Eine officiële publicistische Rectification wäre lediglich eine Fortsetzung der leidigen persönlichen Polemik gewesen, welche mir stets odios war. Anlangend die Artikel in der „Fortnightly Review“ will ich nochmals betonen, daß diese Angelegenheit von Cabinet zu Cabinet durch die Dir bekannte Aussprache mit Fürst Ouroussoff^{c)} abgethan ist. Die heftigen persönlichen Recriminationen Iswolsky's gegen Dich haben mich veranlaßt, insoferne einen Schritt des Entgegenkommens zu machen, indem ich mich bereit erklärte: „de s'entendre avec Vous encore de réponses qu'on pourrait donner à des interpellations dans les Délégations et dans la Duma au sujet de cet article ainsi que de celui auquel il se réfléchit“ (Dep. Iswolsky's an Swerbejew vom 23. Jänner 1910).^{d)} In den folgenden zwei piécen ist die Eventualität einer solchen Verständigung wiederholt und Du hast ganz zutreffend bei der bezüglichlichen Erwähnung immer von den Artikeln gesprochen; diesen Umstand hervorzuheben, wird allerdings nothwendig sein und meine heutige Depesche Nr. 754 enthält den näheren Auftrag. Aus dem Vorhergehenden wirst Du Dich überzeugen, dass Deine Annahme über die Dir vielleicht zufallende Notwendigkeit, gegen Iswolsky öffentlich Stellung nehmen zu müssen, was gleichzeitig die Frage des Angebotes Deiner Demission zur Folge gehabt hätte, eine unzutreffende war. Mit solchen extremen Conclusionen haben wir uns glücklicherweise nicht zu befassen. Den Schmerzensschrei über die Widerlichkeit Deiner Lage begreife ich bis zu einem gewissen Grade. Ich kann Dich aufrichtigst versichern, daß ich für Deine schwierige und dornenvolle Aufgabe das lebhafteste Mitgefühl besitze und Deine wahrhaft patriotische Geduld und Ausdauer mit herzlichem Dank anerkenne. Die Schwierigkeiten der Lage liegen aber hauptsächlich darin, daß Iswolsky den Verkehr mit Wien ausschließlich auf Deine Person concentrirt hat, et pour cause, weil er auf diese Weise mir den unmittelbaren Contact mit der russischen Diplomatie erschwerte, was zu seinen unaufrichtigen Absichten passte. Wenn ich an meiner Vorgangsweise und Dir ertheilten Instructionen Kritik übe, so geschieht es nur in der Richtung, daß ich Dich nicht positiver eingeladen habe, Iswolsky aufzufordern, für seine Eröffnungen an das Wiener Cabinet auch den russischen Vertreter zu benutzen. Hiedurch wäre Deine Aufgabe doch einigermaßen erleichtert gewesen und Du wärest nicht so im Kreuzfeuer gestanden. Nun ist auch dieser böse Moment vorbei und ich kann Dich jetzt, wo wir die sogenannten „normalen Beziehungen“ aufgenommen haben, nur dringend ersuchen von dem Dir heute zukommenden Auftrage, den russischen Minister des Aeussern mit seinen Mittheilungen an die eigene Botschaft in Wien zu verweisen, einen ausgiebigen Gebrauch zu machen. Ich hege die feste Zuversicht, daß Du, nach vollkommener Aufklärung über meine Absichten, die schwarzen Gedanken verscheuchen wirst, die Du in dem Schreiben vom 25./12. M. mit etwas kräftigen Tönen aufgetragen hast. Du bist wahrlich berechtigt, auf die in den sorgenvollen letzten Wochen erzielten positiven Ergebnisse mit Befriedigung zurückzublicken und Dich des Lebens, auch am Newa-Strande

und trotz Iswolsky zu erfreuen. Ich erhalte soeben Deine Berichte vom 27/14 d. M. No. 14 A und B. Nach Durchsicht derselben finde ich keinen Anlass meinen heutigen Instructionen etwas hinzuzufügen.

a) Vgl. n. 2105. — b) n. 2075. — c) Vgl. n. 1836. — d) 5. Feb. neuen Stils = dritte Beilage zu n. 2064.

Nr. 2088. Tel. aus St. Petersburg, 30. März 1910 Nr. 65 (eing. 9 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Nach gestrigem Vortrage bei Seiner Majestät dem Kaiser hat Herr Iswolsky seine Auslandsreise verschoben. Vermute, dass meine Nichtbeantwortung seines letzten Schreibens Ursache der Aenderung der Reise-dispositionen bildet. Zu seinem letzten mit Telegramm No. 64 gemeldeten Schreiben möchte bemerken, dass ich auf Standpunkt stehe, selbes enthalte keine Fragestellung und bilde Antwort auf meine Reserven, indem letztere dahin eingeschränkt werden, dass sie sich nicht auf Faktum der Uebermittlung des Dossiers beziehen können, (was von mir auch gar nicht gemeint war, obwohl ich in diesem Faktum der nachträglichen und verspäteten Mitteilung des ohne mein Befragen zusammengestellten Dossiers alles denn eine „Courtoisie“ erblicken kann). Die Phrase Herrn Iswolsky's über „but“ und „portée“ der Reserven hätte ich nur dahin beantworten können, dass ich ihm darüber keinen Aufschluss zu geben verpflichtet bin. Glaubte Fassung so allgemein halten zu müssen, da Euer Excellenz Intentionen bezüglich Dossiers nicht kenne. Ich bitte Euer Excellenz, von vorstehendem Sachverhalt Kenntnis nehmen zu wollen für den Fall, als Herr von Swerbejew beauftragt würde, gegenständlich bei Euer Excellenz anzufragen. Meinerseits glaube ich mich bis auf weiteres passiv verhalten zu müssen, wäre aber Euer Excellenz für gütige Instruktionen zu Dank verpflichtet. Erfahre nachträglich, dass Minister wegen Erkrankung seines Sohnes Abreise verschoben hätte.

Berchtold.

a) Vgl. n. 2091.

Nr. 2089. Bericht aus Bukarest, 31. März 1910 Nr. 13 A (eing. 3. April).^{a)} Ausfert.

Geheim. In einer zweistündigen Audienz sprach mir gestern Seine Majestät der König über verschiedene Themas der äußeren und inneren Politik. In die Fähigkeiten des neuen türkischen Großveziers scheint der König kein allzugroßes Vertrauen zu setzen. Ohne mir die näheren Gründe hiefür auseinanderzusetzen meinte der König, daß Er Hilmi Pascha für tüchtiger und besser hielte. Ein türkischer Abgesandter, ein angesehener Kutzowlache, welcher das Vertrauen des Großveziers, des Kriegsministers und noch eines anderen Cabinetsmitgliedes (ich glaube des türkischen Handelsministers) besitze, sei kürzlich nach Bukarest entsendet worden, um hier ein neuerliches Anbot betreffs eines politischen Vertrages mit der Türkei zu machen. Der türkische Kriegsminister hätte sich mit einem Defensivbündnis begnügt, der Großvezier scheint ein noch weitergehendes

Abkommen gewünscht zu haben. Der König habe geantwortet, die erste Bedingung hierfür sei die Geheimhaltung und wenn Er auch an der Discretion der türkischen Cabinetsmitglieder nicht zweifle, so sei doch für die Geheimhaltung durch untergeordnete Functionäre keine genügende Gewähr geboten. Übrigens scheine ihm der Abschluß eines derartigen Abkommens durch die gegenwärtigen politischen Verhältnisse nicht genügend motiviert. Sollte der kritische Moment eintreten, so sei es noch immer zu einer gegenseitigen Verständigung Zeit. Erläuternd fügte Er mir gegenüber hinzu, bei dem fortwährenden Wechsel im Großvezierat und bei der Ungeklärtheit der Verhältnisse in der Türkei überhaupt scheine ihm der Zeitpunkt für ein fixes politisches Abkommen mit der Türkei ungeeigneter denn je. Die Lage am Balkan flößt dem Könige, wie Er fortfahrend bemerkte, keine besonderen Besorgnisse ein, wenigstens nicht für jetzt. Das Bedenklichste an der Situation, soweit eben von größeren Bedenken gegenwärtig überhaupt gesprochen werden könne, liege übrigens Seiner Ansicht nach keineswegs in den bulgarischen Velleitäten noch in den desolaten Verhältnissen Griechenlands (welch' letztere Europa — mit alleiniger Ausnahme des benachbarten Königreichs Italien — kaum mehr eine schlaflose Nacht kosteten), sondern in den inneren Verhältnissen der Türkei. Auf meine Bemerkung, dass mit dem neuen Régime als Etwas Stabilem und Bleibendem wohl kaum noch gerechnet werden könne, meinte der König nachdrücklich: Davon könne doch überhaupt nicht die Rede sein, es handle sich einfach um die Frage, ob wir in dieser Hinsicht noch durch 3—4 Jahre auf Ruhe rechnen könnten oder nicht. Seine Majestät sprach auch lange über die russische Politik, welche im Zeichen der militärischen Actionsunfähigkeit und zeitweise auch der Präoccupation über ostasiatische Probleme stehe, dann über England, welches dank der inneren Verhältnisse auf 2 Jahre zur Untätigkeit nach Außen verurteilt sei (andernfalls, meinte der König, hätte es jetzt geschehen können, dass England im nahen Orient Complicationen hervorgerufen hätte, *à fin de pouvoir mieux pêcher en eau troublé*) und endlich von den Reisen der Könige Ferdinand und Peter. Eigentlich habe sich Iswolsky die beiden Balkanherrscher nach Petersburg citiert! Herr von Giers habe bei Bratiano angefragt, ob es richtig sei, dass auch Kronprinz Ferdinand jetzt nach Petersburg zu kommen gedenke. „Hätte Giers mich direct gefragt“, so meinte der König, „so hätte ich ihm eine sehr klare Antwort gegeben. Ich hätte ihm gesagt: In diesem Momente wird mein Neffe gewiss nicht kommen. Wir gehören weder ethnographisch, noch geographisch, noch sonstwie zum Balkan. Il y a là une ligne de démarcation très distincte.“ Iswolsky sei „der Kamm gewachsen“, seitdem er den Kaiser vermocht habe, nach *Raconigi* zu gehen.¹⁾ Dass es zum Besuche des Königs Peter gekommen, sei doch offenbar auch das Werk Iswolskys, denn der russische Hof (besonders Kaiser und Kaiserin) hätte sich anfänglich mit der Idee nicht recht befunden können. König Peter reise jetzt demnächst südwärts über *Reni* und *Samovit*. Mit wenig Emplacement im Tone bemerkte dann der König, Er werde wohl Jemanden zur Begrüßung König Peters nach *Reni* entsenden. (Wie ich den Regierungsblättern entnehme, sind hiezu der Arbeitsminister *Morfun* und Contreadmiral *Eustatziu* ausersehen.) ...

Folgen Äußerungen über die Reise König Ferdinands und die innere Politik in Rumänien....
Schönburg.

¹⁾ sehr wahr.

^{a)} Vgl. n. 2080, 2090, 2117.

Nr. 2090. Bericht aus London, 1. April 1910 Nr. 15 C (eing. 4. April).^{a)}
Ausfert.

Sir Charles Hardinge, mit dem ich während der Feiertage auf dem Lande zusammentraf, sagte mir am Oster-Montage, er habe eben einen Brief Sir Arthur Nicolson's erhalten, dem er entnehme, dass König Ferdinand sowie Seine Minister in Petersburg die entschiedensten Ratschläge zur Klugheit und Mässigung erhalten hätten. Der Unterstaatssekretär bezeichnete es als sehr erfreulich, dass den bulgarischen Staatsmännern, welche mit etwas überspannten Hoffnungen in der russischen Hauptstadt eingetroffen waren, daselbst eine kalte Douche erteilt wurde, die sie zur Besinnung brachte und hoffentlich auch für die nächste Zukunft von heilsamer Wirkung sein wird.

Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 2089, 2092.

Nr. 2091. Tel. nach St. Petersburg; Abbazia, 1. April 1910 o. Nr. (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Pogatscher; V. u. G. Aehrenthal).

Telegramme bis inclusive No. 65 erhalten. Euer Exzellenz haben richtig gehandelt, indem Sie die seitens Herrn Iswolskys an Sie persönlich à titre d'information erfolgte Übermittlung des russischen Dossiers über die letzten Pourparlers, welchen er den Vertretern der übrigen Signatarmächte eingehändigt hatte, mit einem privaten Schreiben quittierten und daß Sie darin ausdrücklich Ihre Vorbehalte geltend machten, da der fragliche Dossier ohne Ihre Mitwirkung zusammengestellt worden sei. Es kommt mir auch ganz gelegen, daß der Herr russische Minister in dem Privatschreiben, mit welchem er das Ihrige beantwortete, selbst nochmals betonte, daß die Übermittlung des Dossiers an Euer Exzellenz „uniquement à titre privé“ und aus „Courtoisie“ erfolgte. Da der Dossier dem Wiener Cabinet, also nicht officiell mitgeteilt worden ist, liegt für dasselbe kein Anlaß vor, in einer officiellen Enunciation hiezu Stellung zu nehmen. Selbstverständlich implicirt dies keineswegs, daß wir den fraglichen Dossier anerkennen; derselbe ist ohne unsere Mitwirkung oder auch nur Befragung zusammengestellt worden und ist daher für uns in keiner Weise massgebend. Der Dossier enthält bekanntlich zwei Kategorien von Documenten: die zwischen den beiden Cabineten ausgetauschten Aide-Mémoires in textueller Wiedergabe, ausserdem aber drei Depeschen des Herrn Ministers an Herrn Sverbéew, in welchen Unterredungen mit Euer Exzellenz kurz resumiert werden; es ist evident, daß wir diesen letzteren Pièces, die mir von Herrn Sverbéew nie mitgeteilt worden sind und ohne Befragung des Wiener Cabinetes zur Kenntniß der Mächte gebracht wurden, keine Authentizität und keine Bedeutung zuerkennen können. Diese Feststellung ist umso nothwendiger, als das Petersburger Cabinet und dessen Vertreter sich

zweifelsohne auf den Dossier berufen werden, um ihre tendenziösen Versionen oder Interpretationen glaubhaft zu machen; so telegraphiert bereits Markgraf Pallavicini, daß Herr Tscharikow verbreite, zwischen Russland und Österreich-Ungarn sei eine Entente auf Grundlage der von Herrn Iswolsky vorgeschlagenen drei Punkte zustande gekommen.^{b)} In Wirklichkeit habe ich bekanntlich den russischen Vorschlag, à deux an die Mächte heranzutreten, abgelehnt, weil dies den Abschluß eines Accords oder einer Entente mit Russland unter Zugrundelegung der von Herrn Iswolsky proponirten Formulirung zur Voraussetzung gehabt hätte, und mich darauf beschränkt, die Conformität der beiderseitigen Principien zu constatiren, welche auf die Erhaltung des status quo abzielen. Wie Euer Exzellenz wissen, habe ich, um der öffentlichen Discussion nicht neue Nahrung zuzuführen und meine conciliante Disposition an den Tag zu legen, von einer amtlichen Rectification des russischen Communiqué abgesehen. In demselben Geiste unterlasse ich auch jegliche officielle Démarche in Angelegenheit der Mittheilung des russischen Dossiers an die Mächte. Dagegen ist es unerlässlich, das Petersburger Cabinet darüber nicht im Zweifel zu lassen, daß wir das ohne unser Zuthun zusammengestellte Dossier selbstverständlich nicht als massgebend für uns anerkennen. In diesem Sinne wollen Euer Exzellenz sich bei nächster Gelegenheit mündlich zu Herrn Iswolsky, eventuell zu Herrn Sazonow äußern. Ich billige Euer Exzellenz Intention, auf den Brief Herrn Iswolsky's schriftlich nicht weiter zu reflectieren. Vorstehendes theile ich auch den k. u. k. Botschaftern bei den Signatarmächten zur Regelung ihrer Sprache mit.

^{a)} Mitgeteilt an dieselben Botschaften wie n. 2084 (siehe Anm. a). Vgl. n. 2094.

— ^{b)} Vgl. n. 2068.

Nr. 2092. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 3. April 1910 Nr. 94 (eing. 4. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Von hochgestellter, nicht amtlicher, aber sehr vertrauenswürdiger Seite wird mir gesagt, dass in Albanien der Ausbruch eines Aufstandes unmittelbar bevorstehe. Die bisher in den albanesischen Provinzen zur Anwendung gelangten rücksichtslosen Regierungsmassregeln, die Nachricht bevorstehender weiterer militärischer Expeditionen daselbst, die slavischen Fürstenbesuche in Konstantinopel, insbesondere jener des serbischen, der Plan der Donau-Adria-Bahn, die systematische Unterdrückung der albanesischen Nationalität und Sprache, die Stellungnahme der Regierung gegen das lateinische Alphabet, all dies habe eine äusserst erregte Stimmung unter dem albanesischen Element gezeitigt, welches sich in seiner Nationalität bedroht und politisch und wirtschaftlich dem slawischen Elemente preisgegeben erachtet. Sollten von Seite der Pforte weitere Massregeln im obigen Sinne ergriffen oder der Belagerungszustand in Albanien, wie dies in Ipek laut Zeitungsnachrichten schon erfolgt sein soll, proklamiert werden, so könnte es nach dem erwähnten Gewährsmann schon in den nächsten vierzehn Tagen zum Aufstande kommen. Die Berichte der Konsulate in Monastir und Janina, insbesondere jene des

ersteren Konsularamtes vom 1. und 24. vorigen Monates No. 13^{b)} und 18^{b)}, sowie das Telegramm des Konsulates in Mitrovica vom 2. dieses Monats Z. 1^{b)} sind geeignet, die obigen vertraulichen Mitteilungen bis zu einem gewissen Grade zu bestätigen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2027, 2090, 2096, 2099, 2101. — b) Nicht aufgenommen.

Nr. 2093. Privatschreiben des ital. Ministers des Äußern Marchese di San Giuliano an den Minister des Äußern; Rom, 4. April 1910.^{a)} Eigh. Ausfert.

Au moment de prendre la direction des affaires étrangères je tiens à Vous exprimer tout le plaisir, que j'éprouve, à entrer en rapports officiels, et bientôt aussi, je l'espère, en rapports personnels avec V. E. S. E. le Duc Avarna Vous exposera de vive voix mes vues politiques, qui du reste, sont naturellement, conformes à celles de mes prédécesseurs. San Giuliano.

a) Vgl. n. 2108.

Nr. 2094. Tel. aus St. Petersburg, 4. April 1910 Nr. 66 (eing. 5. April 9 U. a. m.). Entziff.

Bezugnehmend auf hohes Telegramm de dato Abbazia vom 1. d. M. und Erlass Nr. 754 vom 30. v. M. Standpunkt Euer Exzellenz bezüglich Dossiers und Communiqués Herrn Iswolsky mitgeteilt. Desgleichen Minister punkto Absichten Euer Exzellenz rücksichtlich der Fortnighthly Review-Affaire informiert. Minister erklärte kategorisch mit dem ersten Artikel absolut nichts zu tun zu haben(!) und es Euer Exzellenz vollkommen frei zu stellen, was immer über diese Publikation zu erklären. Gleichzeitig nahm er von Hochderselben Absicht Kenntnis, gegebenen Falls noch über die zu erteilende Antwort mit ihm ins Einvernehmen zu treten. Was ihn betrifft, habe er in der Duma Erklärung abgegeben, nicht über auswärtige Politik reden zu können und sei eine gegenständliche Interpellation ausgeschlossen. Näheres im Wege der Kurierexpedition. Berchtold.

Nr. 2095. Aufzeichnung des deutschen Reichskanzlers von Bethmann Hollweg, 5. April 1910¹⁾a). Abschrift.

Am Tage meiner Ankunft in Rom hatte das Ministerium Sonnino seine Demission eingereicht. Seine Majestät der König, der mich am Tage darauf in einstündiger Audienz empfing, sprach eingehend über die parlamentarischen Gründe, welche die Krise veranlaßt hatten, betonte jedoch dabei wiederholt und mit großer Bestimmtheit, daß, wie auch das neue Ministerium zusammengesetzt sein werde, die auswärtige Politik Italiens keine Änderung erfahren würde. Diese Politik sei konstant und werde sich in denselben Linien wie bisher fortbewegen. Italien habe unter dem Dreibunde und unter den freundschaftlichen Beziehungen, die es mit allen Grossmächten unterhalte, seine wirtschaftliche und politische Entwicklung in günstigster Weise fördern können und werde deshalb die eingeschlagenen Bahnen nicht verlassen. Das Verhältnis seines Landes zu Österreich-Ungarn

sei ein gutes und habe sich im Laufe der letzten Zeit noch günstiger gestaltet als dies früher der Fall gewesen sei. Kleine Differenzen, die hier und da einmal vorkämen, würden von der übelwollenden Preße gern aufgebauscht, hätten aber keine wirkliche Bedeutung und seien stets durch beiderseitiges Entgegenkommen beglichen worden. Die gegenwärtige Lage der Dinge auf dem Balkan flöße zum Glück keine Besorgnisse ein. Die Aufrechterhaltung des status quo sei, wie sich gezeigt habe, der einmütige Wunsch aller Großmächte. Auf die vielleicht etwas unruhigen Pläne des Königs Ferdinand scheine deßen Besuch in St. Petersburg kalmierend gewirkt zu haben. Sollte die Entwicklung der Dinge in Griechenland zu Differenzen mit der Türkei führen, so glaube und hoffe er bestimmt, daß die Frage eine auf beide Länder beschränkte bleibe. Ganz im ähnlichen Sinne, namentlich rücksichtlich der Konstanz der italienischen auswärtigen Politik äußerten sich sowohl Baron Sonnino wie Graf Guicciardini in den wiederholten Unterredungen, die ich mit diesen Staatsmännern hatte. Graf Guicciardini betonte insonderheit, daß sich die Beziehungen zu Österreich-Ungarn dauernd gebeßert hätten. Ohne auf die Frage der Erneuerung des Dreibundes einzugehen, streifte er die Schwierigkeiten, welche sich für Italien aus dem Artikel 7 des Dreibundvertrages insofern ergäben, als darin die Kompensationsfrage nur allgemein zur Erörterung gelangt und nicht genügend präzisiert sei. Der reale Gang der Dinge könne sich schneller vollziehen, als die Vereinbarung über Kompensationen. Ich verwies demgegenüber darauf, daß es doch wohl kaum möglich sei, im voraus Kompensationen für Aktionen festzusetzen, die nach Maß und Umfang ganz unbestimmt seien, was der Graf mir zugab. Im übrigen sei, wie ich hinzufügte, die Aufrechterhaltung des status quo seitens Österreich-Ungarns durch deßen wiederholte bestimmte Erklärungen so gesichert, daß man sich über Eventualitäten, wie die angedeuteten, wohl nicht zu beunruhigen brauche. Auch das Abkommen, das er (Guicciardini) mit Graf Aehrenthal getroffen habe,^{b)} könne in dieser Beziehung nur beruhigend wirken. Auf das Verhältnis Italiens zu Rußland, insonderheit auf die Begegnung von Racconigi, ging Guicciardini sowenig wie Sonnino oder der König ein. Der Beginn einer Verständigung zwischen Graf Aehrenthal und Herrn Iswolsky wurde von Allen sympathisch begrüßt, doch konnten es weder Guicciardini noch Sonnino unterlassen, einige leichte kritische Bemerkungen an die Form zu knüpfen, in die Herr Iswolsky sein Communiqué habe kleiden zu müssen geglaubt. Der Herzog von Avarna hatte mündlich von der Verstimmung berichtet, in die Graf Aehrenthal durch jenes Communiqué versetzt worden war. Über die Lebensfähigkeit des in der Bildung begriffenen neuen Ministeriums äußerten sich beide Staatsmänner begreiflicherweise sehr zurückhaltend. Beide sind nach den Eindrücken, die ich von ihnen empfangen habe, zu ernste Politiker, um nicht die etwas frivole Art, in der sie gestürzt worden sind, schmerzlich zu empfinden und deshalb auch dem neuen Ministerium kein allzugünstiges Prognostikon zu stellen. Der Mann der Vergangenheit nicht nur, sondern auch der Zukunft ist, wie ich aus allen meinen Gesprächen mit italienischen Politikern herausgehört habe, zweifellos Herr Giolitti, der jedoch, obwohl der König anscheinend stark auf ihn einzu-

wirken versucht hat, gegenwärtig die Regierung noch nicht übernehmen wollte. In Florenz hat mich der inzwischen zum Minister des Auswärtigen ernannte Marquis di San Giuliano besucht. Er habe, so sagte er mir, das Ministerium nur sehr ungern und nur auf den ausdrücklichen Wunsch seines Königs übernommen, da er wegen seiner Gesundheit — er leidet sehr stark an der Gicht — sich noch nach größerer Ruhe gesehnt und gern seinen Posten in Paris länger bekleidet haben würde. Er würde, wie er überzeugt sei, seinem Lande gerade in Paris noch gute Dienste haben leisten können, da Italien wegen Tripolis, Tunis, Abessinien u. s. w. mannigfache politische Berührungspunkte mit Frankreich habe, die, dies ließ der Minister deutlich durchblicken, einer besonders vorsichtigen Pflege bedürften, wenn Italien keinen Schaden erleiden solle. Wie mir der König und Guicciardini bereits gesagt hätten, sei die italienische auswärtige Politik in ihren Grundzügen vom Personenwechsel unabhängig, doch klang diese Versicherung aus dem Munde San Giulianos um eine Nuance weniger bestimmt. Er sagte: „qu'il n'y aura pas de changements sérieux“. Daß der Dreibund ein festes Verhältnis sei, dem Italien treu bleibe, bedürfe keiner Versicherung. Unzweifelhaft sei er in den letzten Jahren in Italien populärer geworden, weil auch die Bevölkerung in ihrer großen Masse erkannt habe, daß er nicht nur in seinen Zielen, sondern auch in seinen tatsächlichen Wirkungen den Frieden bedeute. Dazu komme ein Zweites. Die gemäßigten politischen Parteien seien aus praktischer Überlegung von jeher dreibundfreundlich gewesen. In dieselbe Stimmung wüchsen jetzt aber mehr und mehr auch der Radikalismus und der Sozialismus hinein, insonderheit wolle der Sozialismus von dem dem Dreibunde feindlichen Irredentismus nichts wissen. Um ihre Herrschaft über die Massen fest zu begründen, müßten die Sozialisten, wie in anderen Ländern, ihre Gefolgschaft mit Idealen erfüllen. Da nun der Irredentismus seinen Anhängern gleichfalls Ideale, aber auf chauvinistischer Grundlage biete, stelle er sich dem Sozialismus als ein Konkurrent in dem Kampf um die Gunst der großen Massen dar, dem Widerstand geleistet werden müsse. So sei es gekommen, daß auch die radikalen Parteien immer mehr für den Dreibund gewonnen würden. Übrigens sei die Annahme falsch, daß man in Italien allgemein Antipathien gegen Österreich-Ungarn hege. Solche Stimmungen seien lediglich auf die nördlichen Provinzen beschränkt, in denen noch die Traditionen der Geschichte lebten, seien aber dort bei der jüngeren Generation langsam im Verblässen begriffen. Auch er habe mit Befriedigung beobachtet, daß das offizielle Verhältnis zu Österreich-Ungarn ein gutes sei. Sein ganzes Bestreben werde sein, es dauernd noch zu verbessern. Viel werde gewonnen sein, wenn die unteren österreichischen Behörden der Grenzländer auch in den äußeren Formen der Verwaltung u. s. w. denjenigen Geist des Entgegenkommens walten liessen, von denen zweifellos die österreichische Zentralregierung erfüllt sei. Die Aufrechterhaltung des status quo am Balkan sei eine Lebensfrage Italiens. Jedes Rütteln an ihm würde im ganzen Lande eine Erregung hervorrufen, der keine Regierung, wie sie auch zusammengesetzt sein möge, Stand halten könne. Der Minister ließ dabei durchblicken, daß er wegen einer neuerlichen aktiven Politik Österreich-

Ungarns auf dem Balkan für spätere Zeiten nicht ganz unbesorgt sei, wobei er andeutete, daß Österreich-Ungarn einmal Aspirationen auf Serbien erheben könne. Ich habe diesem seinem Gedankengange selbstverständlich Widerspruch entgegengesetzt. Die Frage der Kompensationen aus Artikel 7 des Dreibundvertrages streifte San Giuliano in derselben Weise wie Guicciardini. Im übrigen entwickelte auch er für die nähere Zukunft optimistische Anschauungen bezüglich der weiteren Entwicklung der Verhältnisse auf dem Balkan, indem er die nichtmilitärischen Charaktereigenschaften des Königs Ferdinand hervorhob. Darüber, daß er neben dem Dreibunde die freundschaftlichen Beziehungen Italiens, insonderheit zu Frankreich und Rußland als ein Fundament seiner auswärtigen Politik betrachten werde, äußerte er sich in bestimmterer Weise als Guicciardini. Über die Lebensfähigkeit des neuen Kabinetts schien auch er nicht ohne Zweifel zu sein. Ganz spontan ließ er dabei wiederholt die Bemerkung fallen, daß die beiden in das Kabinett eingetretenen radikalen, beinahe sozialistischen Mitglieder keinen Schaden anrichten würden, wobei der Wunsch ersichtlich der Vater des Gedankens war.

¹⁾ Vom kaiserlich deutschen Botschafter mitgeteilt. 9. April 1910. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 2056, 2102, 2107, 2119. — ^{b)} Vgl. n. 1849.

Nr. 2096. Tel. aus Belgrad, 6. April 1910 Nr. 29 (eing. 2 U. 30 M.p.m.).^{a)} Entziff.

Serbische Regierung erhält von ihren Konsulaten und Grenzbehörden Nachrichten, wonach Aufstand der Albanesen einen bedrohlichen Umfang annimmt. Türkische Truppen um Pristina seien von ungefähr 10.000 Albanesen angegriffen und hätten gestern und vorgestern Verluste erlitten und einige Geschütze verloren. Falls Verstärkung aus Üsküb nicht rechtzeitig eintreffe, sei die Einnahme von Priština durch die Arnauten zu erwarten.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 2092, 2097, 2101.

Nr. 2097. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 6. April 1910 Nr. 96 (eing. 7. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Rifaat Pascha sagte mir gestern, der Besuch des Königs von Serbien werde sowie jener des Königs von Bulgarien eine wohlthätige Wirkung auf die Lage haben, praktische Resultate irgend welcher Art dürfe man sich aber auch von dem Besuche König Peters nicht erwarten. Soweit ich bisher in der Lage war, mir ein Urteil zu bilden, gehen die serbischen Bestrebungen dahin, den Königsbesuch vor allem dazu zu benutzen, um in der Frage der Donau—Adria-Bahn zu irgend einem positiven Resultate zu gelangen. Diese Bestrebungen werden augenscheinlich ganz besonders von Herrn Tscharykow, dann aber auch von Herrn Bompard und, wie ich konstatieren konnte, auch von dem neuen italienischen Botschafter unterstützt. Im Hinblick auf die Zustände in Albanien kann der Moment für diese Aktion nicht eben als ein besonders günstiger bezeichnet werden. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 2096, 2098.

Nr. 2098. Bericht aus Konstantinopel, 6. April 1910 Nr. 26 A (eing. 9. April).a) Ausfert.

König Peter ist am vergangenen Sonntag hier eingetroffen und mit demselben Ceremoniell wie König Ferdinand empfangen worden. Während also im Verhalten des Hofes und der officiellen Welt beim Besuche des serbischen Souveräns keine Nuance im Vergleiche mit der Visite des bulgarischen Königs constatirt werden konnte, war der Empfang durch die Bevölkerung diesmal, soweit das griechische Element, welches durch etwa 300.000 Seelen in Constantinopel vertreten ist, in Betracht kommt, wesentlich verschieden. Die Griechen liessen es sich angelegen sein, durch reiche Beflaggung ihrer Häuser, durch überschwengliche Artikel in ihren Zeitungen und durch den mit grossem Pomp und unter massenhafter Theilnahme der Bevölkerung in Scene gesetzten Besuch König Peters im Phanar den Contrast möglichst auffallend zu betonen. Dieser Besuch, bei dem der Souverän dem ökumenischen Patriarchen die Hand küsste, war vielleicht die stärkste politische Note der serbischen Königsvisite. Bei dieser Gelegenheit möchte ich hervorheben, dass die von griechischer Seite geplante Theilnahme des Patriarchen beim Empfang König Peters am Bahnhof türkischerseits unter dem Vorwand, dass dies im Programm nicht vorgesehen wurde, vereitelt worden ist. Am Tage nach seiner Ankunft empfing der König das diplomatische Corps in derselben Weise, wie es König Ferdinand gethan. Ich wurde in Abwesenheit Baron Marschalls als Doyen zuerst empfangen. König Peter war mir gegenüber von der grössten Liebenswürdigkeit und Freundlichkeit. Vor Allem erkundigte Er sich nach dem Befinden Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät, unseres Allerhöchsten Herrn und sprach seine Freude über die guten Nachrichten aus, die ich in der Lage war, Ihm über das Allerhöchste Befinden zu geben. Das Gespräch drehte sich dann um Sujets ganz allgemeiner Natur ohne irgend welchen politischen Charakter. Das Einzige, was ich erwähnen möchte, ist, dass sich Seine Majestät im Laufe der Audienz lobend über Graf Forgách aussprach und hervorhob, dass derselbe ein tüchtiger und sehr concilianter Diplomat sei. ... *Hofnachrichten.* ... Pallavicini.

a) Vgl. n. 2097, 2099, 2115.

Nr. 2099. Bericht aus Konstantinopel, 6. April 1910 Nr. 26 E (eing. 9. April).a) Ausfert.

Streng vertraulich. ... *Gespräch des Legationsrates Kolossa mit dem Exgroßvezier Ferid Pascha, Kosten der Donau—Adriabahn, militärische Expedition nach Albanien.* ... Ferid Pascha sagte, seine Landsleute wären einige Tage nach jenem Gespräche neuerdings zu ihm gekommen, um ihm die Frage vorzulegen, welche seiner Ansicht nach die Haltung der benachbarten fremden Mächte im Falle von Complicationen in Albanien wäre, ob dieselben, insbesondere Österreich-Ungarn, zu Gunsten der Albanesen in Constantinopel intervenieren würden. Er habe geantwortet, es sei bekannt, dass er in Österreich-Ungarn eine der Türkei freundlich gesinnte Macht erblicke; er glaube aber nicht, dass diese Macht in dem obgedachten Falle

von Complicationen zu Gunsten des albanesischen Elementes einschreiten würde. Es werde in der letzten Zeit viel von einer Conföderation der slavischen Balkanstaaten mit einer der Türkei sympathischen, gleichzeitig Österreich-Ungarn feindlichen Tendenz gesprochen. Die slavischen Fürstenbesuche in Constantinopel sollen zur Bekräftigung dieser Idee dienen. Es sei daher naheliegend, dass Österreich-Ungarn durch eine einseitige Intervention zu Gunsten der Albanesen nur der Mär, welche eben der gedachten Balkanbundesidee zu Grunde zu liegen scheine, nämlich jener des österreichisch-ungarischen Dranges nach Salonich, Nahrung zuführen würde, was es daher wohl keinesfalls thun werde. Andererseits habe Österreich-Ungarn wiederholt feierlichst sein Festhalten an dem Principe des Status quo und seiner Absicht, sich nicht in interne türkische Angelegenheiten einzumengen, verkündigt; er glaube daher nicht dass Österreich-Ungarn von diesen Principien abzugehen geneigt sein könnte. Dagegen würde seines Erachtens, im Falle türkische Truppen in Albanien Massacres anrichten sollten, die benachbarte grosse Monarchie allerdings ihre Stimme erheben. Was Italien anbelange, so zeigte dieses Land momentan wohl Sympathien für die Türkei und auch die Albanesen, doch sei demselben nicht zu trauen, da es gegebenenfalls gewiss im Trüben zu fischen trachten würde. Griechenland endlich komme gar nicht in Betracht, da es offenbar auf türkische Gebietstheile aspiriere. Im Übrigen habe er auch bei dieser Gelegenheit seine Landsleute zur Ruhe und Mässigung ermahnt. Ferid Pascha fügte noch hinzu, dass er jetzt leider ganz ausgeschaltet sei, und eine Intervention seinerseits im Sinne eines gemässigten Vorgehens in Angelegenheiten Albaniens bei den heutigen Machthabern zu keinem anderen Ergebnisse führen würde, als ihn selbst der Hetzereien zu verdächtigen und persönlichen Angriffen auszusetzen. Im Laufe des Gespräches liess Ferid Pascha auch die Bemerkung fallen, dass jetzt Ismail Kjemal Bej sich ganz „in seinem Fahrwasser befinde und Österreich-Ungarn freundlich gesinnt sei“. Der Exgroßvezir widmete auch einige Worte der heutigen Situation in Albanien und sagte, dass dieselbe zu sehr ersten Besorgnissen Anlass gebe. ... *Kosten der Donau—Adriabahn.* ... Pallavicini.

a) Vgl. n. 2092, 2098, 2101, 2109, 2114.

*Nr. 2100. Privatschreiben aus Cetinje, 7. April 1910 (eing. 11. April).^{a)}
Eigh. Ausfert.*

Erbprinz Danilo von Montenegro hat mir nach einem intimen Dîner am 5. I. M. von der Möglichkeit einer Proklamation Montenegros zum Königreiche gesprochen. Diesbezüglich darf ich mich auf den gehorsamsten Bericht Nr. 32,^{b)} geheim, berufen, den ich Euer Exzellenz gleichzeitig unterbreite. Der Erbprinz trat aber bei dieser Gelegenheit mit einer privaten Bitte an mich heran, für welche ich mir, ehe ich derselben nachkomme, die Zustimmung Euer Exzellenz zu erbitten erlaube. Prinz Danilo ersuchte mich, Seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit dem Herrn Erzherzog-Thronfolger in seinem Namen zu schreiben und Höchstdessen Rat bezüglich einer eventuellen Erhebung Montenegros zum Königreiche zu erbitten.

Der Prinz motivirte seine Bitte mit der 15-jährigen Freundschaft, welche ihn mit Seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit verbinde, und dem Bewusstsein, dass er Höchstdessen Sympathie und Wohlwollen genieße. An dem Räte des Erzherzogs sei ihm alles gelegen, und er würde erst nach Einholung desselben einen Entschluss fassen. „Schreiben Sie dem Thronfolger“, — beauftragte mich wörtlich der Prinz, — „dass ich ihm schwöre, er sei die Erste und Einzige Persönlichkeit, welche ich in dieser Sache um Rat bitte, für mich existirt weder der Kaiser von Russland, noch der König von Italien, noch ein anderer Souverän.“ „An Seine Majestät den Kaiser und König wage ich mich nicht heran, Seine Majestät repräsentiert eine andere Generation.“ „Wenn uns Gott das Leben schenkt, so wird der Erzherzog einmal Kaiser und König und ich sein Nachbar; sagen Sie auch dem Erzherzog, dass ich nicht nur diesmal, sondern während meines ganzen Lebens, in allen politischen Aktionen, seine Ansicht erbitten, und dann erst handeln werde.“ „An den Grafen Aehrenthal wende ich mich noch nicht, weil ich die Angelegenheit vorläufig als eine private und Familiensache betrachte und vorerst die persönliche Meinung des Erzherzogs einholen will.“ „Ich bin aufrichtig glücklich“, — schloss der Prinz — dass die Affaire mit Bosnien endgiltig beendet, dass ich mit meinen Ansichten, die Sie ja kennen, durchzudringen beginne, und dass wir mit der früheren unglückseligen Politik gebrochen haben.“ Zu dem Ersuchen des Erbprinzen, Seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit zu schreiben, habe ich mich nicht geäußert, weil ich mir die Möglichkeit offen halten wollte, Euer Exzellenz Approbation zu diesem Schritte zu erbitten. Ob Fürst Nikolaus von diesem Ersuchen des Erbprinzen weiss, ist mir nicht bekannt, direkte fragen wollte ich nicht. Ich glaube, Prinz Danilo handelt selbständig und aus eigener Initiative. Im weiteren Verlaufe des Gespräches kam Seine königliche Hoheit abermals auf das Regierungs-Jubiläum seines Vaters, respektive auf den Herzenswunsch der fürstlichen Familie, einen österreichischen Erzherzog bei diesem Anlasse in Cetinje zu sehen, zu reden. Der Erbprinz ist der Erste, der mir hievon direkte Erwähnung machte. Ich antwortete meinem Mitredner, dass Seine Majestät bisher keine Dispositionen getroffen und auch ich noch keine Veranlassung hatte, einen Vorschlag meiner Regierung zu unterbreiten. Nachdem aber Seine königliche Hoheit mich immer mit ihrem besonderen Vertrauen beehre, würde sie mir gewiss auch erlauben, einer ganz persönlichen Meinung Ausdruck zu geben. Diese gehe dahin, dass vor Allem ein schweres Versäumnis gut gemacht werden müsste. Der Erbprinz war betreten und forderte mich auf, rückhaltslos zu sprechen. Ich erinnerte Prinz Danilo nun daran, dass das 60-jährige Regierungsjubiläum unseres Allerhöchsten Herrn — allerdings unter den mildernden Umständen einer politischen Krise — von Montenegro und seinem Fürsten ignoriert wurde, was in Wien kaum schon vergessen sein dürfte. Es schiene mir demnach ausgeschlossen, auch nur eine Anregung über eine besondere Ehrung des Fürsten seitens des Allerhöchsten Kaiserhauses, zu unterbreiten, solange diese Schuld nicht getilgt sei. Wie dies zu machen, wäre Sache des Fürsten, nachdem aber Seine Majestät in diesem Jahre das seltene Fest des 80ten Geburtstages

begehe, schiene es mir nicht schwer, die richtige Form zu finden. Erbprinz Danilo erwiderte mir sofort: „Sie haben gewiss Recht; ich kann Ihnen schon heute sagen, dass wir den Fehler gut machen werden.“ „Wenn Seine Majestät unseren Besuch annehmen will, so komme ich mit der Erbprinzessin, um Seiner Majestät zum Geburtstag zu huldigen.“ „Mein Vater wird glücklich sein über diese Lösung, mir selbst verursacht schon der Gedanke daran die lebhafteste Freude!“ Ich warf dem Prinzen nur ein, dass ich vorerst Euer Exzellenz über seine Absicht berichten wolle, dass dieser Besuch seinerzeit in aller Form angemeldet und von Seiner Majestät angenommen werden müsse. Ich erlaube mir auch, nochmals zu betonen, dass ich meiner Meinung nur als Privatmann und Freund der Dynastie Ausdruck gegeben, und Seine königliche Hoheit daraus keinerlei Verbindlichkeiten oder Konsequenzen ableiten wolle. Der Erbprinz bestätigte diese Auffassung und bat, das ganze, ohne Zeugen geführte Gespräch als vertraulich zu betrachten, dasselbe aber, soweit mir dies gut scheine, gegenüber Euer Exzellenz zu verwerten.

Giesl.

^{a)} Vgl. n. 2110, 2121, 2130. — ^{b)} Mit Bericht Nr. 32, 7. April 1910 (eing. 11. April) wurden aus Cetinje die Gründe und Gegengründe für die Rangerhöhung Montenegros gemeldet, die der Erbprinz vorbrachte, der nach Giesl überhaupt die treibende Kraft in dieser Frage zu sein schien.

Nr. 2101. Privatschreiben nach Konstantinopel, 7. April 1910 Nr. 845.^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Musulin und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Von Abbazia zurückgekehrt, benütze ich den heutigen Kurier, um mit den nachfolgenden Zeilen auf das geheime Telegramm Euer Exzellenz vom 3. d. M. Nr. 94 zu reflektieren. Ebenso wie Euer Exzellenz war auch ich durch verschiedene Nachrichten, die mir aus den türkischen Provinzen zugekommen sind, auf den Ausbruch einer gegen das neue Regime gerichteten Bewegung vorbereitet. Der Grund für diese Bewegung wird wohl hauptsächlich in der Enttäuschung zu suchen sein, welche das neue Regime bei den Albanesen hervorgerufen hat; diese waren zu Beginn der konstitutionellen Aera ihre eifrigsten Förderer und sehen nun ihre Erwartungen nicht nur nicht erfüllt, sondern ihre Lage vom nationalen Standpunkte gerade so prekär wie früher. Daß die Albanesen unter konstitutionellem Regime etwas anderes verstanden als die Jungtürken, ist bekannt, aber ändert nichts an ihrer jetzigen Stimmung. Andererseits haben die Machthaber in Konstantinopel in der Behandlung der albanesischen Frage keine glückliche Hand gehabt und es ist nicht zu verwundern, daß die Reaktion versucht, gerade dort anzusetzen, wo die Unzufriedenheit und die Neigung zur Unbotmäßigkeit am stärksten ist. Den telegrafischen Meldungen der betreffenden Konsulate zufolge ist der Aufruhr in der Gegend von Ipek tatsächlich zum Ausbruch gelangt. Ich hoffe, daß den bis jetzt zu verzeichnenden Ereignissen vorerst eine größere politische Bedeutung nicht beizumessen sein wird und daß es den türkischen Truppen bald gelingt, die Aufständischen zur Umkehr zu zwingen. Diese Hoffnung

gründet sich darauf, daß die Bewegung, wie es den Anschein hat, aus Anlässen lokaler Natur, den traditionellen Reibungen bei der Steuereintreibung, hervorgegangen ist. In diesem Sinne lautet auch das mot d'ordre, welches ich der Presse für die Beurteilung der albanesischen Unruhen zukommen ließ. Was unsere Haltung anbelangt, so verbleiben wir natürlich gegenüber den Vorgängen in Albanien in unserer strikten Reserve; wir können aber — und das möchte ich besonders betonen — nur auf das Wärmste wünschen, daß nach der Überwindung der gegenwärtigen Konfliktsepisode sich ein gutes Verhältnis zwischen den Albanesen und den Jungtürken herausbilde. Die Türken, die in der letzten Zeit so viele Beweise politischen Scharfblickes gegeben haben, brauchen sich nur die Frage vorzulegen, wem mit Mißhelligkeiten zwischen dem türkischen und dem albanesischen Element gedient wäre, um auf die Bahn einer richtigen Politik in Albanien zu gelangen. Gerade jetzt, nach dem auf russischen Rat hin erfolgten Besuch der Balkanfürsten in Konstantinopel, der wenigstens äußerlich die Harmonie zwischen den slavischen Balkanstaaten und der Türkei herbeigeführt hat, wäre eine offenkundige Entzweiung zwischen Türken und Albanesen eine Genugthuung für die Gegner der Türkei im slavischen Lager, die ihnen nicht bereitet werden sollte. Ich habe zwar keine konkreten Anhaltspunkte dafür, würde mich aber nicht wundern, wenn bis zu einem gewissen Grade russische Make hinter den Vorgängen im nördlichen Albanien verborgen wäre. In diesem Sinne bietet das hier mitfolgende Telegramm des Grafen Forgách,^{b)} laut dessen die serbische Regierung die übertriebensten Nachrichten über die Ereignisse in Albanien verbreitet, ein gewisses symptomatisches Interesse.

a) Vgl. n. 2099, 2106, 2111. — b) Vgl. n. 2096.

Nr. 2102. Bericht des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Rom, 7. April 1910 Nr. 17 A (eing. 11. April).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Die äussere Politik des neuen Cabinetts Luzzatti dürfte sich aller Voraussicht nach in den Fusstapfen seiner unmittelbaren Vorgänger bewegen. Ich habe Marquis San Giuliano, welcher, kaum in der Consulta eingezogen, nach Florenz gefahren ist, um dem Reichskanzler einen Besuch zu machen, und, kaum von dort zurückgekehrt, nach Paris abgereist ist, um seine Recreditive zu übergeben, bisher nicht sprechen können. Unterstaatssecretär Fürst Scalea und Generalsecretär Bollati haben aber in den wiederholten Besprechungen, die ich in den letzten Tagen mit ihnen hatte, mir versichert, der gegenwärtige Minister des Äussern werde die Politik Tittonis und Guicciardinis befolgen, den engen Anschluss an den Dreibund weiter pflegen, da auch er von der Überzeugung durchdrungen sei, dass diese Politik die einzige ist, welche Italien den sorgenlosen Frieden gewährleiste. Marquis San Giuliano hat übrigens dadurch, dass er — wie oben erwähnt — kaum zum Minister geworden, nach Florenz geeilt ist, um dem Reichskanzler seinen Besuch abzustatten, den Beweis erbracht, dass er sich durch die von seinem Amtsvorgänger abgegebene Erklärung,

wonach das Festhalten am Dreibund, unabhängig vom Wechsel der Personen, in das Volksbewusstsein übergegangen ist, auch für seine Person für gebunden erachtet hat. Das in Florenz herausgegebene Communiqué, welches ungefähr den gleichen Wortlaut hat, wie das vorhergegangene, ist ein weiterer Beweis hiefür. Daran, dass auch Marquis San Giuliano eine Dreibundfreundliche Politik machen werde, und nur eine solche machen könne, war übrigens von allem Anfange an nicht zu zweifeln. Es gibt derzeit in Italien keinen Staatsmann, welcher diese Politik nicht als die einzig vernünftige ansähe, und welcher genügend unklug und tollkühn wäre, mit ihr zu brechen. Wie sich die kleinen, so oft wiederkehrenden Zwischenfälle im Verhältnis zwischen uns und Italien unter der Aera San Giuliano werden regeln lassen, ob er in der Behandlung dieser Fragen immer leicht mit sich reden lassen wird, ist freilich eine ganz andere Frage. Somssich.

a) Vgl. n. 2095.

Nr. 2103. Bericht aus St. Petersburg, 25. März 7. April 1910 Nr. 15 B (eing. 9. April). Ausfert.

Vertraulich. Aus meiner telegrafischen Berichterstattung werden Euer Exzellenz ersehen haben, dass Herr Iswolsky meine unter Reserve abgegebene Quittierung des russischen Dossiers über die zum Abschlusse gelangten Verhandlungen — (confer. mein ergebenster Bericht No. 14 B)^{a)} mit der Pose der „femme incomprise“ aufgenommen hat. Sein diesfälliges Antwortschreiben — ein Muster der ihm eigenen Fertigkeit Gedanken und Worte zu verdrehen — verdient wörtlich zitiert zu werden: ... *wie n. 2081 von „En réponse“ bis „formuler.“* ... Es war für mich schwer anzunehmen, dass Herr Iswolsky de bonne foi meine Reserven auf die Tatsache der Zuschickung des Dossiers beziehen konnte. Wenn er diese Interpretation meiner anscheinend sehr klaren Stellungnahme zum Dossier gab, so geschah es offenbar um auf diesem Wege eine nähere Definierung meiner Reserven zu provozieren und dadurch in die Lage zu kommen, letzteren an den Leib zu rücken. Ich wäre nur auf sein Spiel eingegangen, wenn ich in welcher Form immer auf den Brief geantwortet hätte und meine allgemein und absolut gehaltenen Vorbehalte hätten dadurch bloß eine Abschwächung erfahren können. Wenn auch das Vorgehen, auf den Brief nicht weiter zu reagieren, nicht sehr liebenswürdig erschien, so glaubte ich schon in der Phrase des Ministers, wo er sein Vorgehen als „de pure courtoisie“ bezeichnet hatte, einen gewissen Anspruch zu haben, ihm meine Ansicht über diese Art der Courtoisiebezeugung zu verstehen zu geben. Abgesehen vom Gesagten musste ich zur Zeit als ich den Brief des Ministers erhielt, mich für alle Eventualitäten vorbereitet halten, da mir damals die Intentionen Euer Exzellenz sowohl bezüglich der Aufnahme des Dossiers als solchen, als auch der Stellungnahme hinsichtlich seines Inhaltes unbekannt waren. Seither ist mir die Kurierexpedition d. dto. Abbazia, 30. März 1910 sowie das hohe Telegramm vom 1. d. M. zugekommen. An der Hand dieser Instruktionen bin ich nun — am 20. März/2. April — in dem Falle gewesen, den Minister aufzusuchen und die Angelegenheit in mündlicher Form zu

bereinigen. Ich bin bei dieser Unterredung von unserer privaten Angelegenheit des Briefwechsels anlässlich der Dossierübermittlung ausgegangen und habe den Minister daran erinnert, in welcher Weise das Aktenmaterial für die Mächte zusammengestellt worden war. „Le dossier en question a été constitué sans entente préalable avec moi et il avait été communiqué aux Puissances sans que Vous m'aviez donné l'occasion d'en prendre connaissance pour faire mes observations“ — so ungefähr formulierte ich meine Anklage. So lange ich diesen Akt nicht zu Handen gehabt hatte, hätte ich ihn einfach ignorieren können. Sobald er mir aber von ihm — wenn auch nur à titre privé — zugestellt worden war, wäre ich wohl oder übel genötigt gewesen, zu ihm Stellung zu nehmen. Einerseits durch Übersendung — wenn auch nur à titre privé — an meine Regierung, andererseits durch Geltendmachung meiner Vorbehalte bezüglich des Inhaltes. Nun sei mir das Schreiben des Ministers zugekommen, in welchem er sein Vorgehen als „de pure courtoisie“ hinstellte. Ich zweifelte nicht, dass eine derartige Intention ihn tatsächlich geleitet habe, könne aber meinerseits diese Auffassung nicht teilen, denn es scheint mir doch „une courtoisie un peu tardive“, wenn mir acht Tage nach meinen Kollegen dieses Stück zugemittelt werde, wo ich als Hauptbeteiligter Anspruch gehabt hätte, vor meinen Kollegen Einsicht in den Dossier zu erhalten. Herr Iswolsky fiel mir bei diesen Worten in die Rede, abermals seine besten Absichten bei Überschickung des Korrespondenzenmaterials betuernd und solchergestalt versuchend, die Rolle der verfolgten Unschuld zu Ende zu spielen, was mich veranlasste ihn aufmerksam zu machen, dass er selbst die Situation heraufbeschworen, durch sein einseitiges Vorgehen bei Finalisierung der Verhandlungen. Wie zu erwarten, berief er sich sofort auf das Vorbild, das ihm Euer Exzellenz im Dezember 1908 gegeben und trachtete, als ich ihn auf unsere damalige legitime „selfdefence“ verwies, mit nicht viel Überzeugungskraft für sich eine gleiche Lage herauszunkonstruieren, geschaffen durch Insinuationen unserer Presse über geheime Absichten des St. Petersburger Kabinetes. Dass es sich damals um nichts Geringeres handelte als einem drohenden Kriege zu begegnen, scheint beim Herrn Minister nicht in die Wagschale zu fallen. Im Übrigen musste ich den Umstand betonen, dass seitens Euer Exzellenz bloß gewechselte Memoranden — somit textuell unabänderliche Schriftstücke — mitgeteilt worden waren, während im gegebenen Falle auch einseitig resumierte Zwiegespräche im Dossier figurieren, somit Dokumente, die einer Ergänzung bedurft hätten. Meine weiteren Erörterungen bezogen sich auf die Stellungnahme Euer Exzellenz zum Kommuniqué, wie zur Mitteilung an die Mächte. Ich erwähnte, dass Hochdieselben nicht die Absicht hätten weder auf erstere, noch auf letztere Kundgebung — welch' Letztere bloß in privatem Wege zu unserer Kenntnis gelangte — offiziell zurückzukommen, erklärte aber gleichzeitig, dass wir dem Dossier, welcher ohne unser Zutun zusammengestellt und versandt worden ist, keine Authentizität zuerkennen können. Was speziell die unter Anderem in demselben figurierende Angelegenheit der „Fortnightly Review“ anbelangt, habe ich nicht verfehlt im Sinne des hohen Erlasses No. 754 Herrn Iswolsky zu informieren, dass Euer Exzellenz allerdings

nicht die Absicht hätten, diese Controverse wieder aufleben zu lassen, dass aber immerhin mit der Möglichkeit einer Interpellation in den Delegationen gerechnet werden müsse, in welchem Falle Hochdieselben nach wie vor beabsichtigten mit dem russischen Minister über die zu erteilende Antwort ins Einvernehmen zu treten, ebenso wie von ihm ein analoges Verhalten erwartet werde. Die betreffende Antwort müsste sich, nach Ansicht Euer Exzellenz, jedenfalls auf beide Artikel der gedachten Zeitschrift beziehen und dieselben als private Publikationen hinstellen, welche auf Authentizität keinen Anspruch erheben können. Der Minister replizierte in ziemlich irritiertem Tone, dass Euer Exzellenz über den ersten Artikel was immer für eine Erklärung abgeben könnten, er habe damit absolut nichts zu tun(!), wisse nicht von wem er stamme(!) — ja nicht einmal was darin stehe(!) —. Da, wie Euer Exzellenz aus meiner Berichterstattung bekannt, derselbe russische Staatsmann vor einigen Wochen sich dahin hatte vernehmen lassen, dass der betreffende Artikel Äusserungen getreu wiedergebe, die der Minister nicht nur einem sondern verschiedenen Mitrednern — darunter dem Artikel-Schreiber — gegenüber getan und dass er Alles was darin vorkomme aufrechthalte, nahm sich diese neuerlichste Darstellung so verblüffend unwahr aus, dass ich es mir nicht entgehen lassen wollte und konnte, in tunlichst höflicher Form auf diese Discrepanz hinzuweisen. Der Minister, der bereits einen „roten Kopf“ hatte, geriet dadurch noch mehr in Affekt, wusste aber nichts Anderes zu sagen, als dass es ihm besser schiene, nicht mehr auf das Vergangene zurückzugreifen. Im Übrigen meinte er, dass ein gewaltiger Unterschied zwischen jenem und dem Dillon'schen Artikel bestehe, indem ersterer eine Veröffentlichung sei wie hundert andere, während letzterem ein geheimes diplomatisches Aktenstück — tendenziös ausgenützt — zu Grunde liege. Abgesehen hievon hatten Euer Exzellenz die von der „Nowoje Wremja“ bezüglich des Dillon'schen Artikels gestellte Anfrage in einer Weise beantwortet, welche die Glaubwürdigkeit desselben erhöhen musste, ebenso wie dies durch die von mir dem Autor in Buchlau gebotene Gastfreundschaft der Fall gewesen. Was ihn betreffe, werde er sich einer öffentlichen Kundgebung enthalten, schon desshalb, weil er bereits eine Erklärung in der Reichsduma abgegeben, dass er keine kaiserliche Ermächtigung einholen werde, über auswärtige Politik zu reden und eine Interpellation aus dem Schosse des Vertretungskörpers heraus unter diesen Umständen ausgeschlossen sei. Obwohl, wie aus dem Gesagten erhellt, Herr Iswolsky den ersten — russisch-gefärbten — Artikel der „Fortnightly Review“ völlig preis giebt, möchte ich es bei der krankhaften Gereiztheit, in welche ihn jedesmal die blosser Erörterung dieses Themas bringt, doch für nicht ausgeschlossen halten, dass er gegebenen Falles — wenn nämlich Euer Exzellenz ohne vorgängiges Einvernehmen über den Wortlaut der Interpellationsbeantwortung eine mit seinen Anschauungen nicht harmonisierende Erklärung in den Delegationen abgeben sollten — seinerseits mit einer Gegenklärung hervortreten würde. Der gegenwärtig zur Schau getragene Mutismus möchte einer solchen Eventualität kaum Stand halten!

Berchtold.

a) n. 2079.

*Nr. 2104. Bericht aus St. Petersburg, 25. März 7. April 1910 Nr. 15 C
(eing. 9. April).^{a)} Ausfert.*

Der Minister des Aeussern hat heute den Urlaub, welchen er vergangene Woche infolge Erkrankung seines Sohnes hinauszuschieben genötigt war, angetreten und gedenkt vier Wochen im Auslande zu verbringen. Bei dem infectiösen Charakter der in seinem Hause ausgebrochenen Krankheit (Windpocken) war in den letzten zehn Tagen jeder direkte und indirekte Verkehr Herrn Iswolsky's mit Tsarskoe-Selo ausgeschlossen und ist derselbe auch von hier geschieden, ohne noch einmal Vortrag bei seinem Kaiserlichen Herrn erstattet zu haben. Wie sich der Herr Minister kürzlich äusserte, gedenkt er zuerst nach München zu fahren, wo sich seine Gemahlin seit mehreren Wochen der Pflege ihrer schwererkrankten Mutter hingiebt. Von da würde er sich nach Frankfurt a./M. begeben, um seinen dortigen Arzt zu konsultieren, und das Endziel soll dann ein Erholungsséjour bilden, „irgendwo in ruhiger Einsamkeit“ ferne vom politischen Getriebe. Hiezu hat sich Herr Iswolsky merkwürdiger Weise Biarritz ausgesucht, wo gegenwärtig bekanntlich Seine Majestät König Edward weilt, in dessen Nähe der Herr Minister erfahrungsgemäss leicht und gerne auf Einsamkeit und Ruhe Verzicht leistet. Herrn Sazonoff ist während der Abwesenheit seines Chefs die „gérance complète“ übertragen, so dass Letzterer während der nächsten vier Wochen die oberste Leitung in seinen Händen haben wird. Der Urlaubsantritt des Ministers giebt wieder einmal willkommenen Anlass zu Ausstreuungen über die Eventualität seines Rücktrittes. In dieser Richtung sei blos die Stimme eines Diplomaten aus der unmittelbaren Umgebung des Ministers registriert, welche sich dieser Tage in vertrautem Kreise dahin vernehmen liess, es stehe nun die „Prüfungszeit“ Herrn Sazonoff's bevor, deren Verlauf den Befähigungsnachweis für denselben bezüglich der Nachfolgerschaft Herrn Iswolsky's ergeben solle. Die Kaltstellung des Letzteren würde dann nur mehr von dem Eintritte einer Vacanz auf einen „geeigneten“ Botschafterposten abhängig sein. Schon einmal war König Edward am nächsten als Herrn Iswolsky's Not am grössten war: sollte sich der Herr Minister hieran erinnert haben, als er den Entschluss fasste, Einsamkeit und Ruhe am Strande von Biarritz zu suchen?

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 2173.

*Nr. 2105. Privatschreiben aus St. Petersburg, 25. März 7. April 1910.^{a)}
Eigh. Ausfert.*

Dein gütiges Schreiben ddo. Abbazia 30. v. M. bildete die Einbegleitung der Expedition, in welcher Dein Urtheil über die Lage nach dem Erscheinen der beiden Communiqués zusammengefasst war. Ich habe Letztere aufmerksam durchgesehen und finde darin ein getreues Spiegelbild der Ereignisse wie sie sich hier vor meinen Augen und Ohren abspielten. Dass Iswolsky sich in der Rolle wohl gefühlt hätte vor ganz Europa unseren vermeintlichen Expansiv-Bestrebungen ein Ziel gesetzt zu haben, ist nicht zu bezweifeln. In meinen Unterredungen hatte ich daher auch von vornherein an einen gelegentlichen im vergangenen Jahre Pourtalès gegenüber

gethanen Ausspruch Iswolskys erinnert, wonach er den Status quo durch die Thatsache der Annexion nicht alterirt ansehe. Pourtalès hatte damals ein zweites Mal dieses Thema berührt, um den Minister auf seinen Ausspruch festzulegen und als ich nun Iswolsky gegenüber darauf zu sprechen kam, konnte er es mir auch nicht abläugnen. Unter diesen Umständen wäre eine neue profession de foi doppelt ungerechtfertigt gewesen. Wir hätten uns dadurch vor Europa zu einer Verletzung des Status quo bekannt, was nicht einmal Iswolsky aufrechtgehalten hatte. Hier geht die herrschende Ansicht dahin, qu'Iswolsky a été de nouveau roulé. Er selbst scheint — wenigstens nach seiner in den letzten Tagen gezeigten üblen Laune zu schliessen — diese allgemeine Anschauung zu theilen. Nun ist er Gottlob endlich abgereist. Die Luft an den Newageländen kommt mir ungleich reiner vor seit dieser eckelhafte Parvenu nicht mehr darin athmet. Er wird aber in absehbarer Zeit wiederkommen und solange er noch als Machthaber an der Sängerbrücke zu fungiren berufen ist, wird man wohl oder übel mit diesem bedenklichen Elemente zu rechnen haben. Die diplomatischen Beziehungen werden erst dann thatsächlich „normal“ sein, wenn er von der Bildfläche verschwunden sein wird. Für Deine freundschaftlichen Worte in Betreff der durchgemachten Widerwärtigkeiten danke ich Dir verbindlichst. Es war eine harte Zeit, an die ich nur mit Grauen zurückdenke. ... *Privatangelegenheiten.* ...

Berchtold.

a) Vgl. n. 2207 Anm. e.

Nr. 2106. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 9. April 1910 Nr. 99 (eing. 4 U. 15 M. p. m.)^{a)} Entziff.

Vertraulich. Von serbischer Seite wurde hier das Gerücht verbreitet, dass die aufständischen Albanesen österreichisch-ungarische Flaggen gehisst hätten. Leider wurde dieses Gerücht von dem bekanntlich sehr ungeschickten hiesigen Korrespondenten der Neuen Freien Presse nach Wien telegraphiert und von seiner Zeitung tel quel wiedergegeben. Die heutige Ausgabe der Agence ottomane sowie alle Blätter bringen ein Telegramm aus Belgrad, in welchem die obige Meldung der Neuen Freien Presse als ein Beweis dafür angesehen wird, dass die albanesischen Unruhen auf österreichisch-ungarische Umtriebe zurückzuführen seien. Nach mir zukommenden Nachrichten scheint diesen Gerüchten auch auf der Pforte Glaube geschenkt worden zu sein. Es wird mir nämlich gemeldet, dass der Vali von Kossowo sowie die türkische Botschaft in Wien beauftragt wurden, im Gegenstande Nachforschungen einzuleiten. Was die Provenienz des obigen Gerüchtes anbelangt, berichtet mir der Herausgeber der Correspondance hongroise, Herr Barabas, dass der mit König Peter hier weilende serbische Pressleiter an ihn herangetreten sei, um ihm zu insinuieren, die gleiche Nachricht in ungarische Blätter zu bringen, um die ungarische öffentliche Meinung auf „österreichische“ Intriguen aufmerksam zu machen. Barabas wies die Insinuation zurück und wird in der heutigen Ausgabe seiner Agence ein Dementi veröffentlichen und auf die trüben Quellen jener Gerüchte hinweisen.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 2101.

*Nr. 2107. Bericht aus Berlin, 12. April 1910 Nr. 17 A (eing. 14. April).^{a)}
Ausfert.*

Geheim. Aus den Aufzeichnungen des Reichskanzlers^{b)} (vide meine Telegramme vom 6. d. Mts. und vom 7. d. Mts. No. 50 und No. 52),^{c)} welche Herr von Tschirschky Euer Excellenz nunmehr gewiß zur Kenntnis gebracht hat, werden Hochdieselben entnommen haben, daß Herr von Bethmann Hollweg mit dem Ergebnisse seiner Unterredungen, die er mit König Victor Emanuel und mit den italienischen Staatsmännern in Rom und in Florenz gepflogen hat, ganz zufriedengestellt war. Er sei, so sagte mir der Reichskanzler, gerade an jenem Tage in Rom eingetroffen, an welchem die ausgebrochene Cabinetskrise ihren Höhepunkt erreicht und das Ministerium Sonnino seine Demission gegeben hatte; für die bevorstehenden Verhandlungen mit den maßgebenden italienischen Staatsmännern sei dieser Umstand nicht günstig gewesen, doch habe König Victor Emanuel, zu Höchstwelchem Herr von Bethmann Hollweg gleich nach seiner Ankunft zur Audienz beschieden war, ihm in der entschiedensten Weise versichert, dass der nunmehr unvermeidlich gewordene Cabinetswechsel in keiner Weise, eine Änderung der auswärtigen Politik zur Folge haben werde. Das treue Festhalten an dem Dreibunde sei und bleibe der Angelpunkt der italienischen internationalen Politik, an welchem das zu bildende neue Ministerium ebenso festhalten müsse wie das eben demissionierte. Graf Guicciardini sowie der schon damals als Minister des Äußeren ins Auge gefaßte Marquis di San Giuliano gaben die gleichen Versicherungen ab. Letzterer, mit dem Herr von Bethmann Hollweg später in Florenz eine lange Unterredung hatte, betonte mit grossem Nachdrucke, dass er insbesondere die Pflege vertrauensvoller Beziehungen zu Österreich-Ungarn, welche sich übrigens in letzterer Zeit ganz vorteilhaft gestaltet hätten, als eine seiner Hauptaufgaben betrachten werde. Über das Verhältnis Italiens zu Rußland sprachen sich die gewesenen sowie die neuen italienischen Minister mit auffallender Reserve aus, und beschränkten sich darauf, zu versichern, daß nach ihrer Meinung gute Beziehungen mit St. Petersburg in keinem Widerspruche mit den im Dreibunde übernommenen Verpflichtungen stünden. Bei diesem Anlaße erwähnten sie die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Wien und St. Petersburg, erklärten hierüber sehr erfreut zu sein und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß der nunmehr hergestellte Friede, wenn auch die dießbezüglichen beiderseitigen Communiqués eine ziemlich weitgehende Divergenz aufwiesen, von Dauer sein werde. Auf dieses Thema ging aber der Reichskanzler, wie er mir sagte, des näheren nicht ein; ebensowenig auf die fallengelassenen Bemerkungen Guicciardinis und San Giulianos, laut welchen es ihnen wünschenswert erscheine, daß die in Artikel VII des Dreibundvertrages enthaltenen Bestimmungen über die Frage der eventuellen Compensationen am Balkan näher präcisirt werden. Er — Herr von Bethmann Hollweg — habe sich damit begnügt, darauf hinzuweisen, daß der in dieser Beziehung erfolgte letzte Notenwechsel zwischen Wien und Rom,^{d)} nach seiner Ansicht, diese Frage genügend ins Reine gebracht habe. Den Dreibund betreffend, hätten Guicciardini und San Giuliano, ebenso wie dies König Victor

Emanuel gethan, wiederholt hervorgehoben, daß dieser Friedensbund im Laufe der letzten Jahre in ganz Italien sehr viel an Volkstümlichkeit gewonnen habe. Mit Ausnahme Oberitaliens, wo ab und zu noch Reminiscenzen aus dem vorigen Jahrhunderte die Leidenschaft erregten, sei man tatsächlich im ganzen Königreiche zu der Überzeugung gelangt, daß für die gedeihliche friedliche Weiterentwicklung Italiens ein vertrauensvolles Zusammengehen, nicht nur mit Deutschland sondern auch mit Österreich-Ungarn, ein Gebot der Notwendigkeit sei. Mit dem neuen Ministerium, so glaubt der Reichskanzler, werde Deutschland und Österreich-Ungarn ein gutes Auskommen finden. Luzzatti und San Giuliano gälten zwar in der öffentlichen Meinung als ausgesprochene Franzosenfreunde; dies sei gewiß nicht zu bestreiten, doch vertrage sich, wie die Dinge heute stünden, die italienisch-französische Freundschaft, wobei die Bäume übrigens nicht bis zum Himmel wachsen würden, ganz gut mit der Treue zum Dreibunde. Allerdings müsse damit gerechnet werden, daß die neuen italienischen Minister, trotz aller ernst zu nehmenden Beteuerungen ihrer aufrichtigen Anhänglichkeit zum Dreibunde, in dieser Beziehung, etwas kühlere Töne anschlagen werden als ihre Vorgänger. Mein italienischer College, welcher sich während des Séjours des Reichskanzlers ebenfalls in Rom aufgehalten hatte und von dort vor kurzem hieher zurückgekehrt ist, sprach sich mir gegenüber sehr zuversichtlich über die dreibundfreundliche Haltung des Cabinets Luzzatti aus. San Giuliano habe zwar anfangs Bedenken gehabt, das Portefeuille der Auswärtigen Angelegenheiten anzunehmen, da er befürchtete, daß seine Ernennung in Berlin und auch in Wien unfreundlich aufgenommen werden könnte, doch habe er schließlich dem Drängen des Königs und Luzzattis nachgegeben. Ob das neue Ministerium sich auf die Dauer werde halten können, scheint Herrn Pansa ziemlich fragwürdig. Herr Giolitti, der auch heute noch Herr der Situation sei, habe in der feierlichsten Weise dem neuen Cabinet seine Unterstützung zugesagt, und, wie mein italienischer College meint, werde er sein Wort auch halten, schon aus dem Grunde, weil er fest entschlossen ist, wenigstens für die nächste Zeit die Leitung der Geschäfte nicht zu übernehmen. Die Gattin Herrn Giolittis, mit der er in glücklichster Ehe lebt, sei lebensgefährlich erkrankt, und nach Aussage der Ärzte könne diese beklagenswerte Frau höchstens nur noch ein Jahr am Leben erhalten werden, während welcher Zeit Herr Giolitti sich ganz ihrer Pflege widmen wolle. Marquis di San Giuliano wünsche lebhaft, mit Euer Excellenz in persönliche Beziehungen zu treten, und er beabsichtige die nächste Gelegenheit zu ergreifen, um eine Zusammenkunft mit Hochdensenben zu ermöglichen. Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 2112, 2119. — ^{b)} Vgl. n. 2095. — ^{c)} Kurze Vorberichte zum obigen Bericht. — ^{d)} Vgl. n. 1849.

Nr. 2108. Privatschreiben an den ital. Minister des Äußern Marchese di San Giuliano, 12. April 1910.^{a)} Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

En s'acquittant du message dont il était chargé pour moi M. le Duc Avarna m'a remis la lettre que Vous avez bien voulu m'adresser. Je prie Votre Excellence d'être assuré de la vive satisfaction que j'éprouve de

mon côté d'être en relation avec Elle. Dans cette lettre Votre Excellence veut bien m'annoncer Son intention de diriger la politique de l'Italie dans l'esprit de Ses prédécesseurs. M. de Mérey Vous dira de ma part quel prix j'attache au développement constant de l'intimité existant entre nos pays; je tiens à Vous exprimer moi même que Vous pouvez toujours compter sur mon concours empressé pour atteindre ce but. Je serai très heureux d'entrer bientôt en relations personnelles comme Votre lettre me le fait espérer avec Vous.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2093, 2116, 2135.

Nr. 2109. Tel. aus Sofia, 12. April 1910 Nr. 57 (eing. 13. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng geheim. K. u. k. Militärattaché hatte heute Gelegenheit, bei Kriegsminister im Sinne des streng vertraulichen Erlasses Nr. 674^{b)} vom 17. v. M. Frage der bulgarisch-russischen Militärkonvention ganz unauffällig zu berühren. General Nikolaeff sagte, eine solche bestehe bisher bestimmt nicht. An diese Äusserung knüpfte jedoch Kriegsminister folgende gewichtige politische Eröffnungen: Wenn auch noch nach keiner Seite bindende Abmachungen bestünden, so sei doch mit einem engen Zusammenschlusse der Balkanstaaten untereinander zu rechnen und seien die bezüglichen Pourparlers schon weit vorgeschritten. Gleichzeitig verdächtigte Kriegsminister Politik der Türkei uns gegenüber, indem er ausführte, Russland arbeite in Konstantinopel energisch, um durch englisch-französische Einflussnahme Türkei auf seine Seite gegen uns und Deutschland zu bringen. Das kleine Bulgarien könne nicht allein bleiben, es habe sich Wien oder Petersburg anschliessen müssen. Letzteres sei nun geschehen. Die Minister Malinoff und General Paprikoff hätten die Vorstellung des Königs, dass „dem Allerhöchsten Throne nahestehende Mitglieder der kaiserlichen Familie“ ihm wenig wohlwollend gesinnt seien, sowie auch die grosse zwischen Kaiser Wilhelm und König Ferdinand bestehende Misstimmung dazu benützt, eifrigst zu intriguierten und die königliche Politik ganz in das russische Fahrwasser hinüberzulenken. Eine Möglichkeit gäbe es wohl noch, aber auch diese nicht mehr lange, Bulgarien der russischen Einflusssphäre zu entziehen: Eine förmliche Erklärung unsererseits, hinsichtlich Mazedoniens keinerlei Aspirationen zu hegen, eine Idee, die in der Vorstellung eines jeden Bulgaren tief eingewurzelt sei. Mannigfache Einflüsse hätten hier auf Ernennung eines ausgesprochen russophilen Generals zum bulgarischen Generalstabschef hingearbeitet. Diesem Ansinnen habe sich Kriegsminister König Ferdinand gegenüber energisch widersetzt mit dem Bemerkten, es sei ihm unmöglich, mit einem Chef des Generalstabes zu arbeiten, wenn dieser politische Ziele verfolge, die seinen, des Generals Nikolaeff, Überzeugungen so diametral entgegengesetzt wären. So sei die Ernennung des entschieden russophoben Generals Fitcheff ermöglicht worden, über die ich mit Kurier berichte. Stellung des demokratischen Kabinetts sei unerschüttert. Besuche des Königs in Wien und Berlin seien bisher gar nicht erörtert worden. Major von Hranilović ist durchaus überzeugt, dass

vorstehende Äusserungen des Kriegsministers von keiner Seite inspiriert gewesen sind, sondern lediglich seiner uns gegenüber von jeher loyalen Gesinnung entspringen. Militärattaché ersucht, schon mit Rücksicht auf Quelle, um allerstrengste Geheimhaltung vorstehender Informationen und deren Mitteilung blos an den Chef des Generalstabes, an welchen Bericht durch Kurier folgt. Giskra.

a) Vgl. n. 2099, 2113, 2145, 2583. — b) Durch diesen Erlaß (Konz.; S. Matscheko, G. Pogatscher) wird der Gesandte angewiesen, er möge keinen Versuch machen, die umlaufenden „Gerüchte über angeblich vor kurzem zustande gekommene russisch-bulgarische Abmachungen“ nachzuprüfen. Doch solle sich der Militär-Attaché nach einiger Zeit in vorsichtiger Weise darüber zu unterrichten trachten.

Nr. 2110. Bericht aus Cetinje, 13. April 1910 Nr. 34 A (eing. 16. April.)^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Ich wollte mich heute im fürstlichen Palais aufschreiben, um mich für die Erkundigungen, die der Fürst während der Krankheit meines Knaben einholte, zu bedanken, begegnete Seiner königlichen Hoheit jedoch im Vestibule und wurde zum Eintreten eingeladen. Aus der nun folgenden Unterredung liess sich nur Einiges von politischem Interesse hervorheben. Der Fürst, welcher ungemein aufgeräumt und guter Laune war, frug mich, was ich über die Erfolge der Reise der Könige Ferdinand und Peter nach Konstantinopel wisse, was ich mit dem Hinweise auf die ausgegebenen Communiqués beantwortete. Der Gospodar erwähnte, dass auch ihm zu Wissen gegeben wurde, dass Sein Erscheinen in Stambul mit Freude begrüsst werden würde. Er habe darauf geantwortet, dass Er in diesem Jubiläumsjahre Montenegro nicht zu verlassen gedenke. „Ich konnte ihnen nicht sagen“, setzte der Fürst hinzu, „dass meine politische Orientirung nicht nach Stambul, sondern anderswohin gerichtet ist.“ Dass mit diesem „anderswohin“ die Monarchie gemeint war, darüber liess mir der Fürst keinen Zweifel. Er kam abermals auf die wiederholten Gnadenbeweise Seiner Majestät des Kaisers und Königs zu sprechen und frug mich, ob ich bei Seinen Ministern in allen Angelegenheiten das gewünschte Entgegenkommen fände, andernfalls möge ich in jedem Momente bei Ihm eintreten und Seine Intervention in Anspruch nehmen. Er begleitete dieses Thema mit mehrfachen Ausfällen zwar nicht gegen Russland im Allgemeinen, aber gegen die russischen Diplomaten, insbesondere gegen Herrn Iswolsky, wobei Er des ungleichen Duelles zwischen diesem und Euer Excellenz gedachte. „Un diplomate russe ne sera jamais capable, de faire rouler un autrichien“, war der Ausdruck, den der Fürst gebrauchte. „Herr von Giers war der einzige der russischen Staatsmänner, die mir immer geraten, mich mit Österreich gut zu stellen.“ „Wir verdanken ja soviel der Monarchie, die immer unsere Wohltäterin war — dann kamen die Missverständnisse, — doch lassen wir dieses Thema, das mich aufregt.“ Der Fürst erwähnte des Gerüchtes, dass Euere Excellenz die Absicht gehabt hätten, von Abbazia aus Cattaro zu besuchen. „In diesem Falle hätte ich mein Automobil hinuntergeschickt, und Graf Aehrenthal hätte mir wohl die Ehre zu einem Frühstück gegeben.“ „Nous ne pourrons pas rester

toujours au froid, — n'est-ce pas?“ Mein Mitredner ersuchte mich bei diesem Anlasse, Euere Excellenz zu bitten, mir soweit möglich mitteilen zu wollen, was der serbische König in Konstantinopel bezüglich des Ausbaues der Adriabahn erreicht hätte. Ich erwiderte, dass man die Antwort schon aus der Erklärung des Grossvezirs herauslesen könne, nach welcher die Adriabahn nur dann gebaut würde, wenn sie als den Interessen der Türkei entsprechend befunden würde. Es sei bekannt, daß man in der Türkei anderer Ansicht ist und sich auch die Albanesen diesem Bahnbaue widersetzen. Der Fürst bestätigte dies und meinte: „Auch ich glaube, dass nichts herauskommen wird.“ Von der Absicht, Montenegro zum Königreiche zu proklamieren, machte Seine königliche Hoheit keine Erwähnung, doch erhielt ich in den letzten Tagen die Bestätigung der in meinem ergebensten Berichte Nr. 32^{b)} geheim vom 7. d. M. ausgesprochenen Ansicht, dass der Fürst mehr oder weniger für die Idee bereits gewonnen sei und höre ich weiters, dass Er sich an den russischen Kaiser gewendet habe, um dessen Ansicht zu sondiren. Gelegentlich der Besprechung der Vorbereitungen für das Jubiläum berührte Seine königliche Hoheit mit keinem Worte die mir vom Erbprinzen Danilo vorgebrachte Angelegenheit des Besuches eines österreichischen Erzherzogs bei diesem Anlasse in Cetinje. Dass Er aber mit dem Erbprinzen seither darüber gesprochen und dessen Huldigungsbesuch in Ischl billige, geht aus der Frage des Fürsten hervor, „nicht wahr, der 80. Geburtstag Seiner Majestät wird am 18. August in Ischl gefeiert?“, welche ich mit „oui Monseigneur“ beantwortete. Giesl.

a) Vgl. n. 2100, 2121. — b) Vgl. n. 2100 Anm. b.

Nr. 2111. Privatschreiben aus Konstantinopel, 13. April 1910 (eing. 17. April).a) Ausfert.

Vertraulich. Ich habe die Ehre gehabt, das hohe vertrauliche Privatschreiben vom 7. d. M. zu erhalten, mittelst welchen Euere Excellenz die Güte hatten, mich über Hochderen Auffassung in Betreff der gegenwärtigen Lage in Albanien in Kenntnis zu setzen. Seither sind zwei Ereignisse von grosser Tragweite zu verzeichnen, welche bei Beurteilung der Lage in hohem Masse in die Wagschale fallen; erstens energisches und erfolgreiches Eingreifen der Staatsgewalt in Albanien und zweitens der parlamentarische Erfolg des Grossvezirs von vorgestern. An sich kommt nach den bisherigen Erfahrungen derlei parlamentarischen Siegen allerdings keine zu grosse Bedeutung zu; das Cabinet, dem noch vorgestern das Vertrauen mit circa 180 Stimmen votiert wurde, könnte, wie es zum Beispiel dem Cabinet Hilmi Pascha geschehen ist, sehr bald ein Misstrauensvotum erhalten. Was aber von bleibender Wirkung ist und die grösste Tragweite hat, ist die in Albanien an den Tag gelegte Energie. Es ist dies ein vollkommenes Novum, denn bis jetzt ist auch das neue Regime nur mit halben Massregeln daselbst vorgegangen. Das Aufgebot einer Armee von mehr als dreissig Bataillonen hat nicht verfehlt, die erwartete Wirkung hervorzubringen. Wie es scheint, ist die Regierung gewillt, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, sondern die tatsächliche Unterwerfung ganz Albaniens durchzuführen. Wenn dies

gelingen sollte, was allerdings noch nicht sicher ist, so würde nicht allein die albanesische Frage in ein ganz anderes Stadium treten, sondern auch das Prestige der Türkei vor dem Auslande ungeheuer gehoben werden. Allem Anscheine nach ist man hier fest entschlossen, den jetzigen in internationaler Beziehung günstigen Moment hiezu auszunützen. Die Ereignisse, welche sich jetzt in Albanien abspielen, haben also meiner Ansicht nach hohe politische Bedeutung. Das Schicksal der Türkei kann sogar davon abhängen, ob das neue Regime in Albanien reussiert oder nicht. Nach dem bisherigen energischen und zielbewussten Vorgehen der militärischen Kreise möchte ich eher zur ersteren Alternative hinneigen. Unter diesen Umständen ist die strikteste Reserve unsererseits im höchsten Grade angezeigt, und glaube ich sogar auf das Entschiedenste davon abraten zu sollen, in was immer für einer Form, wenn auch nur durch Ratschläge, auf die türkischen Staatsmänner einwirken zu wollen. Man hat wohl den von serbischer und vielleicht auch russischer Seite letzthin ausgestreuten Nachrichten keinen Glauben geschenkt, aber wir dürfen uns nicht verhehlen, dass man hier, wenn es sich um Albanien handelt, uns gegenüber im höchsten Grade miss-trauisch ist. ... *Pressestimmen.* ... Pallavicini.

a) Vgl. n. 2114, 2124.

Nr. 2112. Bericht des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Rom, 13. April 1910 Nr. 18 A (eing. 19. April).a) Ausfert.

Vertraulich. Marquis San Giuliano ist gestern aus Paris zurückgekehrt, wo er sein Abberufungsschreiben übergeben hat. Er war so freundlich, mich heute zu einer längeren sehr anregenden Unterredung einzuladen. Ich habe seine kürzlich in Florenz gehabte Entrevue mit Herrn von Bethmann Hollweg zum Anlasse genommen, um ihm zu sagen, dass ich aus dem bei dieser Gelegenheit herausgegebenen Communiqué mit Befriedigung ersähe, wie er in seiner Politik in die Fusstapfen seiner Amtsvorgänger zu treten gesonnen sei. Der Minister fiel mir sofort ins Wort und bestätigte mit überzeugter Wärme, dass es ihm nicht einfielen eine andere Politik machen zu wollen, als die, welche allein den Weltfrieden gewährleiste und für Italien die einzige segensreiche sei, die Politik, deren Grundmotiv das unerschütterliche Festhalten am bestehenden Allianzverhältnisse bilde. Er sei nicht nur moralisch an das bekannte Guicciardinische Communiqué gebunden, sondern halte daran mit eigener innigster Überzeugung fest. Was er an der besagten Enunciation auszustellen habe, das sei die Phrase, wonach die italienische Politik vom Wechsel der Personen unabhängig sei, da dies die Möglichkeit in sich involvire, als ob ein Personenwechsel auf die Richtschnur der Politik tatsächlich einen Einfluss ausüben könnte. Das Festhalten am Dreibund sei von allen Italienern dermassen als eine Notwendigkeit anerkannt, dass eine derartige Versicherung überflüssig, und, weil sie eben zu unrichtigen Combinationen die Gelegenheit biete, bis zu einem gewissen Grade sogar unerwünscht sei. Marquis San Giuliano sagte mir, er habe diesen seinen Gedanken auch dem Reichskanzler gegenüber bei Verfassung des Florenzer Communiqués ausgesprochen und bei demselben volles Verständnis gefunden.

Er hofft, dass auch Euere Excellenz seine von gleichen Motiven inspirierte Proposition bezüglich der Abfassung des geplanten Communiqués wohlwollend beurteilen werden. Die Worte des Ministers klangen sehr überzeugt und so correct als man es nur wünschen kann: hoffentlich werden auch seine Handlungen darnach sein. Somssich.

a) Vgl. n. 2107, 2119.

Nr. 2113. Bericht des Militärattachés in Sofia an den Chef des Generalstabs, 13. April 1910 Nr. 95 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 18. April 1910 Nr. 1536 am 4. Mai).^{a)} Auszug.

Den vorstehenden Äusserungen (Telegramm aus Sofia vom 12. April 1910 Nr. 57) des Kriegsministers hätte ich nur beizufügen, dass sie auf mich den Eindruck einer durchaus von keiner Seite inspirierten Improvisation gemacht haben, die ihm von seinen freundschaftlichen Gefühlen zu uns eingegeben worden ist. Speziell seine Bemerkung über das Verhalten der Türkei zu England ist nicht ganz aus der Luft gegriffen, da der hiesige türkische Gesandte mir gegenüber vor mehreren Wochen in einer Konversation über die politische Lage auf dem Balkan einen ähnlichen Gedanken — allerdings in anderer Form ausgesprochen hat. Assim Bey erklärte damals, die Türkei müsse, so sehr es auch ihren Interessen förderlich wäre, sich dem Dreibund offen anzuschliessen, sehr vorsichtig zu Werke gehen, da sie mit England, dem sie in ihren aussereuropäischen Besitzungen ungezählte Angriffspunkte biete, gute Beziehungen zu unterhalten gezwungen sei. Die Erwartung, welche der Herr Kriegsminister an eine formelle, Mazedonien betreffende Erklärung Österreich-Ungarns knüpft, kann ich nicht teilen. Sie würde meiner unmassgeblichen Ansicht nach den Kurs der gegenwärtigen bulgarischen Politik nicht ändern. Einen solchen Wandel könnte nur ein den Bulgaren gegebenes Versprechen herbeiführen, ihnen bei der Gewinnung Mazedoniens behilflich zu sein, — und eine solche Zusage dürfte kaum in den Intentionen der k. u. k. Regierung liegen, da sie unter den jetzigen Verhältnissen dem Königreiche ungeheure Vorteile böte, ohne dafür die geringste Gegenleistung einzutauschen.¹⁾ Hranilović.

¹⁾ Sehr richtige Schlußfolgerung. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 2115, 2145.

Nr. 2114. Erlaß nach Konstantinopel, 14. April 1910 No. 917.^{a)} Konz. (S. Maschinschrift; V. Rappaport; G. Aehrenthal).

Geheim. Aus Euer Exzellenz Berichte vom 6. l. M. No. 26 E. habe ich mit Interesse die Gesichtspunkte entnommen, welche Ferid Pascha seinen Landsleuten gegenüber hinsichtlich der Unwahrscheinlichkeit einer österreichisch-ungarischen Intervention bei eventuellen Complicationen in Albanien entwickelt hat. Diese Gesichtspunkte, welche dem politischen Scharfblicke des Exgroßveziers alle Ehre machen, kommen uns in der gegenwärtigen Situation umso gelegener, als eine andre Einflußnahme Ferid Paschas auf die Albanesenführer uns nicht geringe Verlegenheiten hätte bereiten können. Nichtsdestoweniger würde ich Werth darauf legen,

daß Euer Exzellenz, falls sich der Anlaß zu einer neuerlichen diesbezüglichen Aussprache mit dem genannten Staatsmanne ergeben sollte, von einer direkten Billigung der erwähnten Ausführungen Abstand nehmen. Ist es doch trotz der günstigen Wendung, welche die Situation bei Prishtina zu nehmen scheint, keineswegs ausgeschlossen, daß jetzt oder später neuerliche Complicationen (z. B. der von Ferid Pascha angedeutete Fall von Massacres durchpürkische Truppen) eintreten könnten, und wäre es bei einem diesfalls eventuel zu gewärtigenden Appell der Arnauten an auswärtige Factoren doch nicht erwünscht, daß die Albanesenführer sich in einem solchen Falle etwa veranlaßt sähen, unter Beiseitelassung Österreich-Ungarns an andre Mächte zu appelliren. Ich habe bereits gestern Reschid Pascha gegenüber meiner Befriedigung darüber Ausdruck verliehen, daß es der Pforte durch das rasche und energische Aufgebot überlegener Streitkräfte gelungen zu sein scheint, ohne weiteres Blutvergießen die Ordnung wiederherzustellen. Die Bedeutung dieses schönen Erfolges des jungtürkischen Regimes reiche über den engumschriebenen Schauplatz der letzten Vorkommnisse hinaus und sei im hohen Grade geeignet, die innere und äußere Autorität des Reiches zu kräftigen. Unter Anspielung auf die kürzliche Rede Hakki Paschas in der ottomanischen Kammer fügte ich bei, daß der Großvezier mit der lobenden Hervorhebung der guten Eigenschaften der Albanesen sicherlich die richtige Note getroffen habe und daß die staatskluge Vereinigung der nöthigen Energie mit einem versöhnlichen Auftreten sowie die Berücksichtigung der culturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arnauten gewiß nicht verfehlen werde, diesen Volksstamm in seiner historisch gewordenen Treue an den osmanischen Thron zu bestärken, was wiederum wesentlich zur Kräftigung der türkischen Position am Balkan beitragen müsse. Ich stelle es dem Ermessen Euer Exzellenz anheim, bei sich ergebender Gelegenheit sich den maßgebenden türkischen Staatsmännern gegenüber über die günstige Wendung, welche die Lage in Nordalbanien zu nehmen scheint, in ähnlichem Sinne zu äußern.

a) Vgl. n. 2111, 2123, 2126, 2139.

Nr. 2115. Bericht aus Konstantinopel, 14. April 1910 Nr. 28 B (eing. 17. April).^{a)} Ausfert.

Anlässlich meiner gestrigen Unterredung mit Rifaat Pascha kamen wir neuerlich auf den soeben absolvierten Besuch König Peters in Constantinopel zu reden. Der Minister wiederholte mir bei dieser Gelegenheit, dass mit den serbischen Staatsmännern wohl über das Thema der serbisch-türkischen Handelsvertragsverhandlungen, sowie über die Donau-Adriabahn gesprochen worden wäre, das hauptsächlichste und effective Resultat des königlichen Besuches sei aber gewesen, die beiderseitigen Souveraine und leitenden Minister einander näher zu bringen. Die Reise König Ferdinands habe eine Détente zur Folge gehabt. Mit Serbien seien die Beziehungen der Türkei seit jeher freundschaftliche gewesen; beim Besuch König Peters könne man also davon sprechen, dass dadurch die erwähnten freundschaftlichen Beziehungen Serbiens und der Türkei — der Minister sagte hiebei:

„notre amitié, si vous voulez, pour ne pas donner trop d'importance aux expressions“ — gefestigt worden seien. Der Vergleich der beiden königlichen Besuche sowie die Ausdrucksweise des Ministers in Betreff der Beziehungen zu Serbien sind recht bemerkenswerth. Sie würden darauf hindeuten, dass man hier doch recht weitgehende politische Gespräche mit den serbischen Staatsmännern geführt hat, wenn auch diese Gespräche vielleicht zu keinem positiv formulierten Resultate gelangt sind. Jedenfalls scheint man türkischerseits sich dermalen du côté serbe ziemlich sicher zu fühlen. ... *Handelspolitische Fragen.* ... Pallavicini.

a) Vgl. n. 2098, 2113, 2117, 2126, 2339.

Nr. 2116. *Tel. nach Rom, 14. April 1910 Nr. 40 (chiff. 10 U. 30 M. p. m.).*^{a)} Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Aehrenthal).

Zu Euer Exzellenz Information. Aus der Unterredung, welche ich mit Euer Exzellenz vor Ihrer Abreise hatte, ist Euer Exzellenz bekannt, daß Marquis San Giuliano in Paris Graf Khevenhüller gegenüber Bedenken in Betreff eines, auf die zwischen mir und ihm gewechselten Briefe bezüglichen Communiqués zum Ausdruck gebracht hat. Euer Exzellenz sind weiters davon unterrichtet, daß die Anregung zu einer derartigen Verlautbarung nicht von mir, sondern von Herzog von Avarna ausging und daß ich mich dem von letzterem geäußerten Gedanken anschloß, weil bei ähnlichen Gelegenheiten stets ein solcher Vorgang eingehalten wurde und dessen diesmaliges Unterbleiben möglicherweise auffällig erscheinen könnte. Nach Erhalt der eingangs erwähnten Nachricht aus Paris habe ich Herzog von Avarna ersucht, Marquis San Giuliano die Gründe mitzuteilen, welche mich zum Eingehen auf die Anregung des Botschafters und zur Erörterung eines Communiqué-Entwurfes bewogen haben und hinzuzufügen, daß ich auf die Veröffentlichung einer solchen Verlautbarung meinerseits kein besonderes Gewicht lege. Heute ist Herzog von Avarna bei mir erschienen, um mir den Dank Marquis San Giulianos für obige Mitteilungen zu überbringen und mich in voller Offenheit in Kenntniss zu setzen, daß der vom Botschafter mit mir besprochene Text seinen Intentionen nicht entspreche und zu mißliebigen Kommentaren Anlaß geben könne. Welche Art von Kommentaren er meine, darüber ließ mir der Minister keine Andeutung zukommen. Weiters war Herzog von Avarna beauftragt, mir mitzuteilen, daß auch Marquis San Giuliano den Gedanken einer Verlautbarung für richtig halte und den im Wortlaute nachfolgenden Text einer solchen in Vorschlag bringe: „Ainsi qu'il est déjà arrivé à maintes reprises dans des circonstances analogues il y a eu lieu aussi à l'occasion de la nomination du Marquis de San Giuliano comme Ministre des Affaires Etrangères d'Italie un cordial échange d'idées entre lui et le Comte d'Aehrenthal. De cet échange d'idées est résulté la commune et ferme intention des deux ministres de procéder en plein accord et de s'employer à rendre toujours plus cordiaux et intimes les excellents rapports d'amitié et d'alliance qui unissent les deux Gouvernements.“ Ich habe dem Botschafter geantwortet, daß dieser Text mir die beiderseitigen Intentionen in gedrängter Kürze richtig wieder-

zugeben scheine und meinerseits keinen Bedenken unterliege. Herzog von Avarna wird sich auf telegraphischem Wege über das Datum informieren, an welchem das Communiqué gleichzeitig in Wien und Rom zu erscheinen haben wird. Wie ich einer Bemerkung des Botschafters zu entnehmen glaubte, könnte Marquis San Giuliano möglicherweise beabsichtigen, jenen Vorgang zu beobachten, welcher im vorigen Dezember beim Amtsantritte Graf Guicciardinis platzgegriffen hat. Damals wurde bloß der Text der zuerst in Wien erschienenen Veröffentlichung italienischerseits nachträglich reproduziert. Im Hinblick auf die im vorliegenden Falle von Marquis San Giuliano eingenommene Haltung und nachdem der von mir akzeptierte Text vom italienischen Minister des Aeußern vorgeschlagen wurde, muß ich darauf bestehen, daß diesmal die Publikation des Communiqués in beiden Hauptstädten zum mindesten gleichzeitig erfolge. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2108, 2119, 2120.

Nr. 2117. Erlaß nach Bukarest, 15. April 1910 Nr. 916.a) Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Die Äußerungen, die König Carol Euer Durchlaucht gegenüber gelegentlich Ihrer letzten Audienz bei Seiner Majestät gemacht hat und über die Sie mir mit dem Berichte vom 31. v. M. Nr. 13 A relationierten, haben mich auf das Lebhafteste interessiert; die Art und Weise, wie der König die verschiedenen Fragen der äußeren und inneren Politik beleuchtete, zeugt neuerlich von dem politischen Scharfblick und der staatsmännischen Weisheit König Carols. Ich teile vollkommen die Anschauungen über die Fragen der auswärtigen Politik, zu denen sich der König bekannt hat und kann mich im speziellen mit der dilatorischen und ausweichenden Haltung, die die rumänische Regierung den türkischen Annäherungsversuchen gegenüber eingenommen und den erläuternden Bemerkungen, die Seine Majestät hiezu gegeben hat, nur durchaus einverstanden erklären. Auch ich würde es bei den immerhin labilen Verhältnissen in Konstantinopel mindestens für verfrüht halten, wenn Rumänien bindende Verpflichtungen gegenüber der Türkei einginge und in diesem Sinne habe ich mich auch, wie Euer Durchlaucht aus dem Erlasse vom 12. August v. J. Nr. 2732^{b)} bekannt, im Sommer vorigen Jahres bei meinem Zusammentreffen mit Herrn Bratiano ausgesprochen. Ich bin sehr befriedigt darüber, dass auch in diesem speziellen Punkte die Intentionen des Königs Carol und seiner Regierung mit unseren Anschauungen vollkommen übereinstimmen. Was die Beurteilung der Lage am Balkan anbelangt, so bin ich, ebenso wie der König, der Ansicht, dass zu Besorgnissen wol gegenwärtig kein Anlass bestehe, dass aber der Schlüssel der Situation in den inneren Zuständen in der Türkei liege, die noch keineswegs stabilisiert sind. Die Entscheidung über die nächste Entwicklung und den Frieden am Balkan hängt in letzter Linie davon ab, ob und in welchem Grade es dem neuen Régime gelingen wird, die Grundlagen des türkischen Staatswesens zu befestigen und zu konsolidieren.

a) Vgl. n. 2115, 2118. — b) Vgl. Anm. a zu n. 1689.

Nr. 2118. Bericht aus London, 15. April 1910 Nr. 19 A (eing. 18. April).^{a)}
Ausfert.

... Gespräch mit Grey über innere englische Angelegenheiten ...
Als ich das Gespräch auf auswärtige Fragen brachte, meinte Sir Edward Grey, dass glücklicherweise auf diesem Gebiete gegenwärtig Ruhe herrsche. Die Wirren in Albanien scheinen ihm weniger ernst zu sein, als im ersten Augenblicke angenommen wurde. Er sei übrigens hauptsächlich auf Zeitungsnachrichten angewiesen. Von seinen Consularagenten habe er nur spärliche Meldungen erhalten, die jedenfalls weniger enthielten als die Berichte der Presse. Als ich den Staatssecretär fragte, ob er irgendetwas von Interesse über die Königsbesuche in Constantinopel gehört habe, sagte mir Sir Edward Grey, nach seinen Informationen sei alles gut abgelaufen. Speziell was den Aufenthalt König Ferdinands in Constantinopel betreffe, höre er, dass derselbe gute Folgen haben dürfte. Offiziell habe man zwar erklärt, dass während des Besuches des Königs der Bulgaren die Politik nicht berührt werden dürfe, doch habe man doch in Privatgesprächen von Macedonien gesprochen. Er ersuchte mich, nicht zu erwähnen, dass er mir dies gesagt habe, da er es nur ganz vertraulich und nicht officiell erfahren habe. Von türkischer Seite sei den bulgarischen Machthabern die Zusicherung gegeben worden, man werde in Macedonien alle Stämme und Schichten der Bevölkerung in ganz gleicher und gerechter Weise behandeln. Obwohl bulgarischerseits gewisse Zweifel an der Möglichkeit der Durchführung dieser guten Vorsätze bestehen dürften, habe man doch diese Zusicherungen mit Befriedigung entgegengenommen und die Gegensätze hätten dadurch jedenfalls für den Augenblick an Schärfe verloren („it has taken the edge off“). Auf Persien ist Sir Edward Grey nicht zurückgekommen und ich glaubte keinen Grund zu haben, dieses Thema zu berühren. In ganz allgemeiner Weise streifte unsere Conversation auch einmal die abgeschlossenen Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg. Ich deutete abermals auf das seltsame procédé Herrn Iswolskys hin, diplomatische Actenstücke ohne Befragen des anderen Theiles den Mächten und der Öffentlichkeit mitgetheilt zu haben, wobei ich aber betonte, dass wir jedenfalls befriedigt sind, die normalen diplomatischen Beziehungen mit dem russischen Cabinet wieder hergestellt zu sehen. Nachdem Sir Edward nichts zur Vertheidigung seines Schützlings Iswolsky vorzubringen fand und ich ihm nur noch einmal hätte wiederholen können, was ich ihm im Auftrage Euerer Excellenz schon zu sagen in der Lage war, brachte ich die Conversation mit dem sichtlich sehr abgespannten und recht unwohl aussehenden Minister bald zum Abschluss.
Mensdorff.

^{a)} Vgl. n. 2117, 2123, 2141.

Nr. 2119. Tel. nach Berlin, 16. April 1910 Nr. 33 (chiffr. 5. U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

... Pressepolemik ... Euer Exzellenz können dann den gegebenen Anlaß auch dazu benützen, um dem Herrn Reichskanzler meinen herzlichsten Dank für die Mitteilung seiner Aufzeichnung über seine Unterredungen in

Rom und Florenz^{a)} auszusprechen; wie Euer Exzellenz in dem Bericht vom 12. I. M. No. 17 voraussetzen, hat mir inzwischen auch Herr von Tschirschky diese interessante Aufzeichnung zur Kenntnis gebracht, in der mir zwei Punkte besonders aufgefallen sind. Der erste Punkt ist jener, wo Graf Guicciardini sein Bedauern darüber ausdrückte, daß die Kompensationsfrage im Artikel VII des Dreibundvertrages nicht genügend präzisiert sei; in diesem Belange ersuche ich Euer Exzellenz, Herrn von Bethmann Hollweg zu sagen, daß die ausweichende Art, mit der er den italienischen Anwurf aufgenommen und unter anderem mit dem Hinweise auf das von mir mit Graf Guicciardini abgeschlossene geheime Abkommen beantwortet habe, mich besonders angenehm berührt hätte. Aufgefallen ist mir weiters die etwas zurückhaltende Note San Giulianos in der Betonung der von dem Personenwechsel unbeeinflussten Beibehaltung der bisherigen Linie in der äußeren Politik Italiens; Euer Exzellenz können diesbezüglich dem Herrn Reichskanzler bemerken, daß auch mir bei den Pourparlers, die der heute erfolgenden Veröffentlichung eines Communiqués aus Anlaß des Briefwechsels zwischen mir und San Giuliano vorangingen,^{b)} eine gewisse Zurückhaltung des Herrn italienischen Ministers wahrnehmbar war.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2095, 2112. — b) Vgl. n. 2116.

Nr. 2120. Tel. aus Rom, 16. April 1910 Nr. 64 (eing. 17. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Heute Morgenausgabe der Agenzia Stefani brachte das Communiqué über Ideenaustausch zwischen Euer Excellenz und Marquis San Giuliano anlässlich Ernennung des letzteren zum Minister des Aeussern wörtlich mit dem im hohen Telegramm No. 40 französisch wiedergegebenen Texte, und zwar selbständig, nicht als Reproduktion der Wiener Veröffentlichung.

Mérey.

a) Vgl. n. 2135.

Nr. 2121. Tel. nach Cetinje Nr. 18 (1), Rom Nr. 41 (2) und Berlin Nr. 34 (3), 18. April 1910 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

1. Vertraulich. Ich habe die Berichte Euer Hochwohlgeboren, in denen von der Absicht, Montenegro zum Königreiche zu erheben, die Rede ist, inclusive jenen vom 13. I. M. Nr. 34 und ebenso das Privatschreiben vom 7. I. M. erhalten. Da es mir nicht opportun scheint, den Erbprinzen Danilo über unsere Stellungnahme zu der Eventualität einer Proklamation Montenegros als Königreich lange im Unklaren zu lassen, die Abwesenheit Seiner k. u. k. Hoheit des durchlauchtigsten Erzherzogs Franz Ferdinand von Wien aber es gegenwärtig unmöglich macht, mit Höchstdenselben über die Bitte des Erbprinzen Rücksprache zu pflegen, ermächtige ich Euer Hochwohlgeboren, dem montenegrinischen Thronfolger in vertraulicher Weise mitzutheilen, daß ein eventuelles Ansuchen Höchstseines Vaters um unsere Zustimmung zur Rangerhöhung des Fürstenthums bei uns eine

sympathische Aufnahme finden würde. Indem ich mir vorbehalte Seiner k. u. k. Hoheit dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog über die private Anfrage des Erbprinzen mündlich Bericht zu erstatten, füge ich zu Euer Hochwohlgeboren rein persönlichen Information bei, daß eine zustimmende Stellungnahme zu den montenegrinischen Aspirationen in unserer politischen Richtungslinie gelegen war; wir übersehen hiebei nicht den auffälligen Widerspruch zwischen dem künftigen neuen Range des Fürstenthums und seinen Ressourcen, glauben aber dem Fürsten Nikolaus selbst das Urtheil über die innerpolitische Opportunität des geplanten Schrittes überlassen zu müssen. Die von Euer Hochwohlgeboren mit dem Bericht vom 13. I. M. gemeldete Thatsache, daß sich der Fürst bereits in der Frage des Königstitels an den russischen Kaiser gewendet, hat meinen Entschluß beschleunigt, Euer Hochwohlgeboren unverzüglich mit Instruktionen zu versehen. Wie recht ich hatte dies zu thun, beweist mir ein Besuch des Herzogs Avarna, den ich eben empfangen habe. Der italienische Botschafter hat mich auftragsgemäß davon verständigt, daß seine Regierung, über eine bezügliche Anfrage des Fürsten Nikolaus, diesem habe mittheilen lassen, daß sie der aus Anlaß von dessen Regierungsjubiläum beabsichtigten Erhebung Montenegros zum Königreiche zustimme. Auf die Frage Herzog Avarnas über unsere eigenen Intentionen, habe ich erwidert, daß der Fürst sich bisher nicht mit einer analogen Anfrage an uns gewendet habe, daß wir dieselbe aber, falls er sie stellen würde, jedenfalls sympathisch aufnehmen würden. Die förmliche Anerkennung des neuen Königreiches würde dann natürlich seinerzeit im Einvernehmen der Großmächte erfolgen.

2. u. 3. Der italienische Botschafter ist heute hier erschienen und hat mich ... *gleichwie sub 1 von „auftragsgemäß davon verständigt“ bis Schluß* ... Indem ich Euer Exzellenz das Vorstehende zur eventuellen Regelung Ihrer Sprache mittheile, füge ich vertraulich zu Ihrer rein persönlichen Information bei, daß der Erbprinz Danilo in privater Form bereits auch wegen unserer Zustimmung zu der eventuellen Erhebung Montenegros zum Königreiche sondirt hat. Ich habe dem montenegrinischen Thronfolger antworten lassen, daß ein eventuelles Ansuchen Höchsteines Vaters um unsere Zustimmung zur Rangserhöhung des Fürstenthums bei uns eine sympathische Aufnahme finden würde. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2122, 2123.

Nr. 2122. Tel. aus Cetinje, 19. April 1910 Nr. 20 (eing. 20. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Im Sinne der telegraphischen Instruktion Nr. 18 von gestern habe ich Erbprinzen vertraulich mitgeteilt, dass eine Anfrage über die eventuelle Proklamierung Montenegros zum Königreiche in Wien sympathische Beurteilung finden würde. Erbprinz Danilo beauftragte mich, Euer Exzellenz seinen tiefstgefühlten Dank zu melden, beifügend, dass noch kein Entschluss gefasst sei und nur die Absicht der Regierung und der Wille des Volkes vorliegen. Der Prinz betonte mit aller Bestimmtheit, dass immer und in allen Angelegenheiten der Rat Österreich-Ungarns vor der Entschluss-

fassung eingeholt werden würde und berichtigte, indem er die günstige Stellungnahme Italiens zur fraglichen Angelegenheit erwähnte, die bisherige Information, dass Fürst Nikolaus in Rom angefragt hätte. Erbprinz Danilo behauptete, dass italienische Regierung den ersten Schritt getan, sich über die Wahrheit des Gerüchtes erkundigt und gleichzeitig im Bejahungsfalle ihre Zustimmung ausgesprochen habe. Mein Mitredner gab mir sein Wort, dass bisher auch beim Kaiser von Russland noch nicht sondiert wurde, weder durch die Familie, noch im Wege der Gesandtschaft. Giesl.

a) Vgl. n. 2123, 2137.

Nr. 2123. Bericht aus Cetinje, 20. April 1910 Nr. 37 A (eing. 23. April).^a) Ausfert.

Streng vertraulich. In Ergänzung meines ergebensten Telegrammes Nr. 20 von gestern erlaube ich mir Eurer Excellenz über meine Unterredung mit dem Erbprinzen Danilo noch zu berichten: Nach Erfüllung meiner Message an den Erbprinzen, wobei ich mich genau an den Wortlaut Eurer Excellenz Telegrammes Nr. 18 vom 18. 1. M. hielt, suchte der Prinz sichtlich nach Worten, um seinem Danke für die wohlwollende Haltung der k. und k. Regierung in der Frage einer eventuellen Proklamierung Montenegros zum Königreiche beredten und überzeugenden Ausdruck zu geben. Der Erbprinz fügte bei, dass noch keinerlei Entscheidung gefallen sei, der Fürst widerstehe noch immer dem ausgesprochenen Willen der Regierung, welcher wieder in den Intentionen des Landes und Volkes wurzele. Der Fürst verdiene zweifellos diese Ehrung und Anerkennung und das einzige reelle Hindernis für die Durchführung bestehe in der materiellen, das ist finanziellen Schwierigkeit, einen königlichen Hofstaat einzurichten und zu erhalten. Sobald eine Entscheidung falle, würde ich der Erste sein, dem er sie bekanntgeben würde. Er würde meine Mitteilungen seinem Vater melden, und die Konsequenzen daraus ableiten. Mein Mitredner benützte den Anlass, um abermals mit markanten, lapidaren Worten seine, auf unumstößliche Überzeugung basirte, Gefolgschaft Österreich-Ungarns zu betonen, indem er ausführte, dass Montenegro keinen Schritt tun dürfe, ohne den Rat des mächtigen Freundes und Nachbarn einzuholen. „Die Monarchie ist die Existenz Montenegros und Sie werden mit uns machen können, was Sie wollen“ — sind die eigenen Worte des Prinzen. Dass der montenegrinische Thronfolger auch wirklich so denkt, hat er seit Jahren bewiesen und ist die Frage nur die, wie weit er sich schon jetzt, gegenüber seinem Vater, der ein weniger ausgesprochenes Rückgrat hat, weniger verlässlich und beständig ist und sich stark vom Augenblicke beeinflussen lässt, sowie in dem uns noch teilweise feindlich gesinnten Milieu der Regierung, zur Geltung bringen kann. Ich verhehlte dem Prinzen diese Bedenken nicht, wobei ich natürlich die Person des Fürsten ganz ausser Spiel liess und nur den gegenwärtigen Ministerpräsidenten Dr. L. Tomanović und einzelne der Minister im Auge hatte. Erbprinz Danilo erwiderte, dass man dem Ministerpräsidenten wohl bald das „requiescat in pace“ singen würde, er sei sonst wohl ein braver Mann, aber ein Idiot, und da er schon zu den

politisch Toten zähle, wolle er weiter nichts Schlechtes über ihn sagen. Ich bemerkte dem Erbprinzen, der mir die wohlwollende Stellungnahme Italiens zur eventuellen Königsproklamation erwähnt hatte, dass Seine königliche Hoheit der Fürst sich augenscheinlich an die Souveräne Italiens und Russlands gewendet habe, um deren Auffassung zu sondieren, während der Fürst mir gegenüber den Gegenstand nicht berührt hätte. Ich konnte dies erwähnen, weil mir der hiesige italienische Gesandte Baron Squitti seinerzeit vertraulich mitgeteilt hatte, dass der Fürst mit ihm die Frage besprochen und er, Squitti, sich an seine Regierung um Instruktionen gewendet habe. Am 15. I. M. teilte mir Baron Squitti mit, dass seine Regierung in der Angelegenheit eine, den montenegrinischen Aspirationen ausgesprochen günstige Haltung einnehme. Mein italienischer Kollege fügte hinzu, er sei darüber informirt, dass sich der Fürst auch an den Kaiser von Russland gewendet habe. Mein Mitredner berichtigte hierauf, wie ich Euerer Excellenz schon kurz telegrafisch meldete, diese Information in entschiedener Weise und betonte, dass die erste Enunziation von Italien ausgegangen wäre. An den Kaiser von Russland sei überhaupt keine Anfrage gerichtet worden, weder durch die Grossfürstinnen-Töchter, noch durch den Kanal der Gesandtschaft, — auf die Wahrheit dieser Versicherung könne mir der Prinz sein Ehrenwort geben. Es stehen sich somit zwei Versionen gegenüber, und da ich keinen Grund habe, die mit solcher Bestimmtheit abgegebene Erklärung des Erbprinzen als Lüge zu stigmatisieren, suche ich die Lösung des Rätsels in der etwas gewaltsamen Kommentirung und Darstellung der Tatsachen durch Baron Squitti, der sich darauf beschränkte, mir das Faktum der Unterredung mit dem Fürsten und die Meinung der italienischen Regierung mitzuteilen, deren Genesis aber verschwiegen. Prinz Danilo berührte dann den bevorstehenden Besuch der italienischen Eskader in Antivari, der für den 14. Mai I. J. angesagt sei, da aber die Adaptierung des Palais in Topolica zu diesem Termine unmöglich beendet sein könne, dürfte der Empfang der Schiffstäbe nach Cetinje verlegt und dasselbe Programm wie beim Besuche der k. und k. Eskader eingehalten werden. Der Erbprinz kam nach dieser Abschwweifung sofort wieder auf ein ernsteres politisches Thema zurück und leitete dasselbe mit den Worten ein: „Ich halte darauf, Ihnen noch etwas zu sagen, damit Sie sehen, dass ich Ihnen nichts verhehle und dass ich meiner politischen Meinung treu bleibe.“ Prinz Danilo frug mich vorerst, was ich von den Unruhen in Albanien halte. Ich gab meiner Überzeugung Ausdruck, dass die gegenwärtige Türkei nicht mehr die der hamidischen Epoche sei, und ich nach meiner Kenntnis der Sachlage und Persönlichkeiten nicht daran zweifle, dass binnen kurzer Zeit im Distrikte Priština Ruhe herrschen und die Albanesen sich unterwerfen würden. „Nun also“ — entgegnete der Prinz — „jetzt werde ich Ihnen sagen, was bei uns passirt ist.“^{b)} „In den letzten Tagen erhielten wir die vertrauliche Mitteilung aus Bulgarien und Serbien, dass die Dinge in der Türkei schlecht stehen und der Aufstand im Arnautluk grössere Dimensionen annehmen wird. Die Mobilmachung beider Armeen würde vorbereitet, um von den Ereignissen nicht überrascht zu werden und wäre im Falle von Komplikationen ein Einmarsch in die Türkei ins Auge gefasst.“ „Speziell von Serbien

kam die Anregung, zu kooperiren, und während die serbische Armee nach Altserbien vordringe, auf Ipek und Berane zu marschieren.“ „Der Fürst berief einen Ministerrat, an dem auch ich teilnahm.“ „Zum Glücke blieben wir ruhig, und wurde, da die Armee ja rasch genug kriegsbereit ist, beschlossen, keine besonderen Massnahmen zu treffen.“ „Während der Diskussion über die Schlagfertigkeit der Armee und deren eventuelle Aktion forderte ich, dass über die intentirte Haltung Montenegros die Regierung in Wien informirt und deren Weisungen eingeholt würden. Montenegro könne nur mit der Zustimmung der Monarchie in einen Krieg gehen.“ „Mein Vater fand diese Ansicht richtig, aber von einer Seite (General Janko Vukotić und Ministerpräsident Tomanović) wurde gegen diese Erniedrigung Montenegros heftig opponirt.“ „Ich erklärte hierauf“ — schloss der Prinz — „dass ich unter diesen Umständen keinen Anteil weder an der Aktion noch an einer solchen selbstmörderischen Politik haben wolle.“ „Der Zwischenfall hatte weiter keine Folgen, weil mein Vater entschlossen ist, auf die serbischen Propositionen nicht einzugehen und die Entwicklung der Dinge beobachtend abzuwarten.“ Zu dieser Erzählung des Erbprinzen erlaube ich mir zu bemerken, dass der serbische Minister Petković morgen nach Belgrad abreisen soll, und diese Reise ausser mit der Fixirung des Besuches des Königs Peter in Cetinje zum Jubiläum, vielleicht auch mit der montenegrinischen Absage in Verbindung steht.

Giesl.

a) Vgl. n. 2065, 2114, 2118, 2124, 2129, 2137, 2180. — b) Vgl. n. 2131, 2137, 2138.

Nr. 2124. Privatschreiben aus Konstantinopel, 20. April 1910 Nr. 2 (eing. 24. April).a) Ausfert.

In meinem ergebenen Privatschreiben vom 13. d. M. habe ich bereits auf die grosse politische Bedeutung hingewiesen, welche meiner Ansicht nach den sich jetzt in Albanien abspielenden Ereignissen zukommt. Das Endresultat der von der türkischen Regierung in Scene gesetzten militärischen Aktion in Nordalbanien lässt sich heute allerdings noch nicht voraussehen. Aber soviel scheint mir sicher zu sein, dass die albanesische Frage nunmehr in eine neue Phase treten dürfte. Entweder gelingt es jetzt, die staatliche Autorität in Albanien zu etabliren,¹⁾ oder aber zeigt es sich, dass die Regierung auch trotz des grossen militärischen Aufgebotes nicht im Stande ist, eine halbwegs geregelte Administration dortselbst durchzuführen. Wie sich die Dinge bisher anlassen, ist es wahrscheinlich, dass die erstere Eventualität eintreten wird. Allerdings würde auch dies erst der Anfang sein und die eigentliche Arbeit erst dann beginnen, um jene Provinz vollkommen und endgiltig zu unterwerfen. Aber schon das Factum, dass den Albanesen gezeigt wird, dass der Staat die Macht hat,²⁾ Aufstände mit Gewalt zu unterdrücken,³⁾ wird in Albanien eine andere Atmosphäre schaffen. Im entgegengesetzten Falle aber, nämlich, wenn die jetzige militärische Expedition mit einem Misserfolg enden sollte, könnte eine solche Eventualität nicht ohne weitgehende Consequenzen bleiben und zwar Consequenzen, die sich auch auf ausserhalb Albanien gelegene Gebietstheile des türkischen Reiches erstrecken würden. Wenn die Entwicklung der Dinge in Albanien

endgiltig¹⁾ zum Siege der türkischen Staatsgewalt führen sollte, so wäre dies, abgesehen von der grossen politischen Tragweite eines solchen Ereignisses überhaupt, speciell nach 2 Richtungen hin bedeutsam. Erstens in Bezug auf unser Cultusprotectorat in Albanien⁵⁾ und dann auf die Frage der Donau—Adriabahn.⁵⁾ Der eventuelle Sieg der jungtürkischen Machthaber würde ohne Zweifel die Geltendmachung unserer das Cultusprotectorat betreffenden Vertragsrechte im höchsten Grade erschweren. Schon jetzt, während der Kämpfe in Albanien ist Gefahr vorhanden, dass sich Zwischenfälle ergeben könnten, zum Beispiel mit katholischen Geistlichen. Was aber die Frage der Donau—Adriabahn anbelangt, so wird zweifellos durch einen eventuellen endgiltigen türkischen Sieg in Albanien das bis jetzt bestehende Hindernis gegen diesen Bahnbau, nämlich die Opposition des albanesischen Volkes, beseitigt werden. Wenn aber dieses Hindernis wegfällt, so sind die Schwierigkeiten, die sich sonst dem Unternehmen entgegenstellen, verhältnismässig leicht zu überwinden. Wir müssen also, meiner unmassgeblichen Meinung nach, mit der Eventualität, dass dieser Bahnbau früher oder später doch zur Realisirung kommt, schon jetzt rechnen.⁶⁾ Es wäre daher, glaube ich angezeigt,⁷⁾ um der Sache, wenigstens so viel als möglich, die politische Spitze zu nehmen, im Wege der Presse unseren ursprünglichen⁸⁾ Standpunkt, dass wir im Prinzipie jedem Bahnbau auf der Balkanhalbinsel sympathisch gegenüber stehen und daher auch nichts gegen die Donau — Adriabahn haben, neuerlich zu betonen. ... *Pressestimmen.* ...

Pallavicini.

¹⁾ es giebt noch ein drittes, ein Compromiss. — ²⁾ Wir haben ein Interesse daran, dass es der Türkei gelingt, die „unbotmässigen“ albanesischen Stämme zum Gehorsam zu bringen, es handelt sich aber um das Wann und um das Wie. — ³⁾ Wenn es gelingt. — ⁴⁾ wird nicht so leicht sein. — ⁵⁾! — ⁶⁾ Wir thun das seit 2 Jahren. — ⁷⁾ verfehlt. — ⁸⁾ unser heutiger Standpunkt ist derselbe wie im Winter 1908.

^{a)} Vgl. n. 2123, 2126, 2142.

Nr. 2125. Erlaß nach Berlin, 21. April 1910 Nr. 988.^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Vor einigen Tagen habe ich den Besuch Herrn von Tschirschkys empfangen, der gekommen war, mir im Auftrage seiner Regierung die nachfolgende Information zu überbringen: Das deutsche Cabinet habe von verschiedenen Seiten erfahren, daß man sich französischer- und englischerseits bemühe, König Peter von Serbien zu einem Besuche in Paris und London zu veranlassen; an die Reise des serbischen Herrschers nach dem Westen solle sich dann — so lauteten die Informationen des Auswärtigen Amtes — ein Besuch König Peters in Berlin anschließen. An diese Mittheilung knüpfte der Herr Botschafter die Frage, welches unsere Intentionen betreffs eines eventuellen Erscheinens König Peters in Wien seien. Ich habe Herrn von Tschirschky erwidert, daß man serbischerseits betreffs einer Aufwartung König Peters bei Seiner k. und k. Apostolischen Majestät noch in keiner Weise an uns herangetreten sei. Sollte eine solche Sondirung aber noch in diesem Jahre erfolgen, so hätte ich die Absicht, sie einigermaßen

ausweichend und dilatorisch zu beantworten. Ich gedächte darauf hinzuweisen, daß das Programm Seiner k. und k. Apostolischen Majestät bereits für den Sommer fixiert sei — was vollkommen den Thatsachen entspricht — und würde vielleicht auch bemerken, daß es mir opportun erschiene, wenn der Besuch König Peters erst nach dem Abschlusse unserer handelspolitischen Verhandlungen mit Serbien erfolgte, also gewissermaßen mit der Inaugurirung einer neuen Aera in unserem wirtschaftlichen Verhältnis zu Serbien zusammenfiel. Herr von Tschirschky bemerkte hierauf, er sei beauftragt, uns mitzutheilen, daß man in Berlin beschlossen habe, König Peter keinesfalls zu empfangen, bevor er in Wien gewesen sei; ich habe für diese freundschaftliche Rücksichtnahme der deutschen Regierung dem Herrn Botschafter meinen besten Dank zum Ausdrucke gebracht. Die vorstehenden Mittheilungen sind zu Euer Exzellenz persönlicher Information und zur Regelung Ihrer Sprache dem Herrn Reichskanzler und Herrn von Schön gegenüber bestimmt.

a) Vgl. n. 1971, 2052, 2216.

Nr. 2126. Privatschreiben nach Konstantinopel, 21. April 1910 Nr. 997.a)
Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Mit großem Interesse habe ich, wie immer, die Konsiderationen Euer Exzellenz über die Lage in Konstantinopel und im türkischen Reiche überhaupt gelesen, welche in Ihren Expeditionen vom 13.^{b)} und 14. d. M.^{c)} enthalten sind. Zu speziellen neuen Instruktionen geben mir dieselben keine Veranlassung. Wie ich Euer Exzellenz gegenüber schon wiederholt bemerkt habe, kann es uns nur recht sein, wenn die Jungtürken der Stärkung und Ausbildung der Armee ein besonderes Augenmerk zuwenden. Denn schon das bisher Geleistete scheint nicht ohne Wirkung nach Außen hin geblieben zu sein. Die Vorkommnisse der letzten Monate sind gewiß ein Beleg dafür, daß eine militärisch starke Türkei die beste Garantie für den Frieden am Balkan und für ein korrektes, ja sogar freundschaftliches Verhalten der kleinen Nachbarstaaten bildet. Aber auch nach Innen hin stellt eine starke Armee heute noch das notwendige Rückgrat der neuen Ordnung in der Türkei dar; denn ihrer bedarf das neue Régime, um sich in dem weiten Reiche überall Achtung und Anerkennung zu verschaffen. Im Übrigen haben Euer Exzellenz gewiß recht zu bemerken, daß kein Régime à la longue ausschließlich auf die Armee basiert werden kann, sondern daß eine entsprechende Entwicklung auch auf dem Gebiete der Verwaltung und der Volkswirtschaft nachfolgen muß. Dies wird auch in der Türkei der Prüfstein des konstitutionellen Régimes sein. Die Lage in Nordalbanien weist erfreulicherweise bessere Aspekte auf, wenn auch von einer vollkommenen und allgemeinen Beruhigung noch nicht mit Sicherheit gesprochen werden kann. Jedenfalls war es seitens der türkischen Regierung sehr klug, sofort mit einem imponierenden Aufgebot militärischer Machtmittel aufzutreten; ein gewisser Erfolg hat sich ja tatsächlich eingestellt. Was die weitere Entwicklung der Dinge in Albanien überhaupt in der nächsten Zukunft anbelangt, so kann man sich heute wol schwer ein sicheres Bild

hierüber machen. Jedenfalls haben wir ein großes Interesse daran, die dortigen Vorgänge im Auge zu behalten; denn es kann ja keinem Zweifel unterliegen, daß gerade Albanien für die weiteren Ereignisse am Balkan von immer steigender Bedeutung sein werde. Ich pflichte vollkommen der Auffassung Euer Exzellenz bei, daß unsere Haltung in diesem Belange eine überlegte und vorsichtige sein muß und daß es nicht ratsam schiene, namentlich solange die Unruhen nicht ganz beigelegt sind, auf die Pforte direkte, wenn auch nur durch Ratschläge, einwirken zu wollen. Hingegen erschien es mir, wie Euer Exzellenz aus meinem geheimen Erlasse vom 14. d. M.^{d)} entnommen haben, ganz unbedenklich und sogar opportun, Reschid Pascha gegenüber an die letzte Rede des Großveziers anzuknüpfen und mich dahin vernehmen zu lassen, daß derselbe nach meiner Ansicht die richtige Note getroffen habe. Es ist wohl ausgeschlossen, daß die Bemerkungen, die ich in diesem Sinne zum türkischen Botschafter gemacht habe, in Konstantinopel irgendwie Anstoß erregen könnten; falls sich eine Gelegenheit hiezu ergibt, können Euer Exzellenz sich daher in analoger Weise äußern. Aus der Rede Hakki Paschas scheint übrigens hervorzugehen, daß die leitenden Männer in Konstantinopel sich der ganzen Bedeutung des albanesischen Elementes für die Türkei bewußt werden und daß sie auch der nationalen Bewegung in Albanien Rechnung tragen dürften, wie dies auch Euer Exzellenz in Ihrem letzten Privatschreiben bemerken. Dies wäre sehr erfreulich und geeignet, die Sorge über die weitere Entwicklung in jenen Gebieten zu verringern. Hilmi Pascha wird dieser Tage, aus St. Petersburg kommend, hier erwartet und es wird mich lebhaft interessieren, ihn kennen zu lernen. Falls er sich, wie dies nach den Petersburger Antecedentien anzunehmen ist, um eine Audienz bei Seiner Majestät bewerben sollte, werde ich dies gewiß befürworten und ihn auch sonst gut behandeln. ... *Ordensauszeichnung Hilmi Paschas erscheint derzeit nicht opportun* ... Es fällt mir übrigens einigermaßen auf, daß Reschid Pascha den jetzigen Zeitpunkt gewählt hat, um mit kurzem Urlaub nach Konstantinopel zu gehen.

^{a)} Vgl. n. 2124, 2128, 2129. — ^{b)} Bericht aus Konstantinopel, 13. April 1910 Nr. 27 A (enthaltend einen Rückblick auf die Entwicklung der Dinge im türkischen Reiche in den letzten zwölf Monaten) wurde nicht aufgenommen. — ^{c)} Vgl. n. 2115. — ^{d)} n. 2114.

Nr. 2127. Erlaß nach Belgrad, 23. April 1910 Nr. 1015.^{a)} Konz. (S. Vesque; V. Oppenheimer; G. Macchio).

Wie das k. u. k. Reichs Kriegs Ministerium^{b)} vertraulich anher mitteilt ist das serbische „Taschenhandbuch über die österreichisch-ungarische Armee“, welches — wie Euer Hochgeboren aus dem Erlasse vom 18. September v. Js. Nr. 3056 bekannt ist — grobe Ausfälle gegen die österreichisch-ungarische Monarchie und deren Kriegsmacht enthält, in zweiter unveränderter Auflage erschienen und findet diese Publikation in Serbien abermals reissenden Absatz. Wenn der Inhalt und die Tendenz dieses Handbuches in einer Periode politischer Spannung und nationaler Erregung verständlich, wenn auch nicht entschuldbar erscheinen mochten,

so muss es angesichts der gegenwärtig bestehenden normalen Beziehungen der österreich-ungarischen Monarchie zu dem Königreiche Serbien und der wiederholten friedliebenden Versicherungen der königlich serbischen Regierung in höchstem Masse befremden, dass diese zum grossen Teile den Charakter einer Schmähschrift tragende Publikation, deren militärischer Wert höchst problematisch ist, wenn auch nur mit Duldung der serbischen Regierung, eine unveränderte Neuauflage erfahren konnte. Ich beehre mich Euer Hochgeboren mit Beziehung auf den Bericht vom 26. September v. Js. Nr. 71 D zu ersuchen, diese Angelegenheit neuerlich an kompetenter Stelle zur Sprache zu bringen. Zu Ihrer persönlichen Information füge ich bei, dass die erforderliche Einleitung wegen Entziehung des Postdebts des in Rede stehenden Handbuchs für das Gebiet der österreich-ungarischen Monarchie getroffen wurde.

^{a)} Vgl. n. 2158. — ^{b)} Mit Note vom 13. April 1910 Nr. 1370 (eing. 14. April). Nicht aufgenommen, da der Inhalt oben fast wörtlich wiedergegeben ist.

Nr. 2128. Bericht aus Konstantinopel, 23. April 1910 Nr. 31 (eing. 28. April).^{a)} Entziff.

Geheim. Der bekannte albanesische Führer Ismail Kemal Bey hat mir vorgestern einen längeren Besuch abgestattet (mein Telegramm No. 106 vom 22. d. M.).^{b)} Er sagte mir zunächst, dass, wenn auch die bei Priština versammelten Arnauten zerstreut worden sein sollten, die Aufregung der Gemüter in Albanien ungeschwächt weiter dauern werde. Die Erbitterung gegen die Regierung in Konstantinopel datiere von der Expedition Dschavid Paschas her, dessen gewalttätiges Auftreten die Albanesen aufs tiefste verletzt habe. Ismail Kemal Bey erging sich hierauf in seiner ziemlich heftigen, längeren Kritik über die von dem jungtürkischen Regime befolgte Politik im allgemeinen und deren Wirkung auf die innere Lage in der Türkei, die er als äusserst trostlos bezeichnete. Der Grossvezir Hakki Pascha geniesse keinerlei Ansehen und verfüge über keine Macht. Mit den Staatsgeldern werde in der unverantwortlichsten und kurzsichtigsten Weise gewirtschaftet. Nahezu 60% der Reichseinnahmen würden für militärische Zwecke verwendet. Ismail Kemal rief hiebei in markanter Weise aus: „Was haben wir davon, wenn wir zwei kräftige Arme haben und man unsere Füsse dabei wegschneidet!“ Für die Hebung der Volkswirtschaft geschehe nichts: bei der Verleihung von Konzessionen wollten alle gewinnen, sowohl Deputierte als Minister, weshalb auch auf diesem Gebiete nahezu nichts geleistet werde. Was die äussere Politik anbelange, sei man gleichfalls auf einem schlechten Wege. Man möchte sich mit den slawischen Balkanstaaten unter der Patronanz Russlands alliieren, was den eigentlichen Interessen der Türkei diametral zuwiderlaufe. Die Herrschaft in diesem Lande werde, wie allgemein bekannt, durch eine geheime Clique ausgeübt; das Heft in derselben hätten aber die jungen Offiziere in der Hand. Die allgemeine Annahme, als ob Mahmud Schefket Pascha der Herr der Situation wäre oder auch nur eine gewisse Macht ausübe, sei eine irrige. Dieser Zustand müsse zu den verhängnisvollsten Folgen für das Reich führen. Ein einfacher Regierungs-

wechsel würde keinen Wandel und somit keine Abhilfe schaffen. Eine Rettung wäre eben nur wieder durch eine Revolution, durch welche die erwähnte Clique ihrer Macht verlustig würde, möglich. Albanien bekomme diese Zustände besonders empfindlich zu fühlen. Der Belagerungszustand in Ipek sowie die jüngste grosse militärische Expedition nach Nordalbanien wären lediglich durch die jungen Offiziere veranlasst worden. Es stehe zu befürchten, dass die Offiziere und die ihrem Einflusse gehorchende Beamtenschaft die Gemüter daselbst aufs äusserste erregen werden. Albanien verlange allerdings Reformen, doch wolle man dort von Reformen, wie sie die heutige türkische Regierung im chauvinistischen türkischen Sinne verstehe, nichts wissen. Nur solche Reformen wären den Albanesen willkommen und überhaupt durchführbar, welche die dortigen besonderen Verhältnisse und die Eigenschaften der Albanesen berücksichtigten. So werde in Bezug auf die Hebung der wirtschaftlichen Lage des Landes viel von dem Projekt der Donau-Adriabahn gesprochen. Dies sei ein Plan, der keineswegs den Interessen des Landes diene und die Arnauten würden sich dagegen „auflehnen“. Rekapitulierend meinte sodann Ismail Kemal Bey, dass es zwei Eventualitäten gebe. Er sagte: „Wir wünschen, dass sich die Türkei erhält und werden gewiss treue Bestandteile derselben bleiben. Wir wünschen aber, dass Reformen eingeführt werden, jedoch solche, die unseren Eigenheiten entsprechen. Sollten die letzteren seitens der türkischen Regierung nicht berücksichtigt werden, so werden wir uns an die Mächte wenden, welche ja im Berliner Vertrag Reformen speziell auch für Albanien garantiert hätten. Der zweite Fall wäre, wenn die Türkei die jetzige Krise nicht überstehen und die türkische Herrschaft in Europa ein Ende finden sollte. In diesem Falle müssten wir vor Allem daran denken, dass wir einheitlich bleiben und nicht etwa getrennt werden.“ Ismail Kemal fügte hinzu, dass die Albanesen dann anstreben müssten, ein selbständiges autonomes Gebilde zu formen, welches sich naturgemäss nur unter den Schutz — Ismail Kemal gebrauchte das Wort „Protektorat“ — Oesterreich-Ungarns stellen könnte. Die k. u. k. Monarchie, die Albanesen, Rumänien und Griechenland würden einen genügend festen Damm gegen das sich ausbreitende Slawentum bilden. Mein Mitredner erwähnte hiebei, dass das Beispiel Bosniens und der Herzegowina auf seine Landsleute einen äusserst grossen Eindruck gemacht habe. Seine k. u. k. Apostolische Majestät gleiche, sage man unter den Albanesen, einem Vater, der zunächst die Bedingungen für das materielle Aufblühen der beiden Länder geschaffen und, nachdem er gesehen, dass sie nunmehr reif seien, auf ihr Schicksal selbst Einfluss zu nehmen, denselben eine weitgehende Autonomie verliehen habe. Zum Schlusse seiner Erklärungen betonte noch Ismail Kemal, dass sein Neffe, der gewesene Grossvezir Ferid Pascha, genau so urteile wie er. Er bemerkte, dass dieser Tage bei dem letzteren eine Versammlung mehrerer Albanesen stattfinden werde. Ich verhielt mich Ismail Kemal Bey gegenüber natürlich nahezu vollständig rezeptiv, indem ich speziell auf keinen seiner Einwurfe an unsere Adresse irgendwie reagierte. Ich liess mich in einen eigentlichen Meinungsaustausch mit ihm nur ein, als er von den Verhältnissen speziell in der Zentrale sprach. Des weiteren sagte ich ihm, als er am Ende

unserer Unterredung neuerlich die Eventualität eines Zusammenbruches der heutigen Türkei ins Auge fasste, dass ich im jetzigen Momente keinen Grund vorhanden sehe, um eine solche Eventualität vorauszusetzen. Ich sagte ihm ausserdem, dass die k. u. k. Monarchie gewiss ein grosses Interesse für das albanesische Volk, dessen Entwicklung und Einheitlichkeit hegt. Kemal Bey spielte im Laufe seiner Ausführungen unter anderem auch auf das angebliche österreichisch-ungarisch-italienische Abkommen^{c)} betreffend die eventuelle Teilung Albaniens an. Ich glaubte daher, wie ich dies bereits bei einer früheren Gelegenheit tat, ihm bemerken zu sollen, dass ein solches Abkommen nicht existiere und schon deshalb nicht existieren könne, da dies direkt gegen die Interessen der k. u. k. Monarchie, die ausser der Türkei an der Ostküste des Adriatischen Meeres niemals eine andere fremde Grossmacht dulden könne, verstossen würde ...^{d)} schien über diesen Punkt gewisse Befürchtungen ernstlich gehegt zu haben, doch hatte ich den Eindruck, dass meine Erklärungen ihn vollkommen beruhigten. Auch sonst schien mir Kemal Bey, wiewohl ich mich, wie gesagt, den hauptsächlichsten Gegenständen seiner Ausführungen gegenüber sehr reserviert verhalten hatte, von mir mit einem ganz guten Eindruck zu scheiden.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 2126, 2129, 2131, 2139, 2162. — ^{b)} Kurzer Vorbericht zum obigen Bericht. — ^{c)} Dez. 1900. Pribram, a. a. O. I 83; Martens, N. R. G. 3. S. X 68. — ^{d)} Drei Chiffres verstümmelt.

Nr. 2129. Bericht aus St. Petersburg, 10. 23. April 1910 Nr. 16 B (eing. 25. April).^{a)} Ausfert.

Gelegentlich meines Abschiedsbesuches bei Herrn Sazonoff vor meinem unmittelbar bevorstehenden Urlaubsantritte streifte der Ministergehilfe mit einigen Worten die aktuellen Fragen des nahen Orientes. Vor Allem konstatierte Herr Sazonoff, dass für die nächste Zeit kein Anlass vorhanden sei, Komplikationen zu fürchten. Bis zum Zeitpunkte, wo die kretensische Frage wieder auf der Bildfläche erscheinen werde, sei wohl ein ruhiger Verlauf der Dinge am Balkan zu erwarten. In dem Besuche der Könige Ferdinand und Peter in Konstantinopel sieht der Ministergehilfe ein calmierendes Element. Die Informationen, die hierüber dem Auswärtigen Amte aus der türkischen Hauptstadt zugekommen seien, lauteten dahin, dass Alles glatt verlaufen sei, allerdings mit der Nuancierung, der Serbenbesuch habe einen günstigeren Eindruck hinterlassen als jener der Bulgaren. Hier möchte ich einschaltend bemerken, dass bezüglich der Besuche der beiden Balkankönige in St. Petersburg die gleiche Unterscheidung gemacht wurde. Eine gewisse Sentimentalität in der Appreciierung der „ehrliehen und bescheidenen“ Persönlichkeit König Peters kam dabei zum Ausdruck, welche dessen Antecedentien von jedem Makel reingewaschen wissen wollte. Herr Sazonoff kam dann auf die Jubiläumsfeier des Fürsten von Montenegro^{b)} zu sprechen und frug mich, ob Derselbe sich bereits an uns gewendet habe wegen Erlangung der Königswürde. Auf mein Bemerken, hierüber keinerlei Informationen zu besitzen, meinte der Minister-

gehilfe, eine gegenständliche Anfrage werde kaum ausbleiben. Auch hieher habe sich Fürst Nikita mit diesem Wunsche gewendet. Ohne sich über die Stellungnahme des Kabinetes zu dieser Frage zu äussern, tat mein Mitredner von der hier bestehenden Absicht Erwähnung, den Jubilar durch Entsendung eines Kriegsschiffes in den Hafen von Antivari zu ehren, beifügend, dass dies wohl auch von uns geschehen dürfte. Die albanischen Unruhen^{c)} beurteilt Herr Sazonoff in sanguinischer Weise. Die ersten Nachrichten, die über die Bewegung eingelangt, hätten ihn beunruhigt und in ihm die Befürchtung geweckt, dass der Keim einer grösseren Komplikation gegeben sei. Nun wäre man aber türkischerseits mit der nötigen Energie aufgetreten und sei angesichts der den Aufständischen entgestellten überlegenen Streitkräfte an eine bewaffnete Gegenwehr nicht zu denken. Die Anführer der Bewegung hätten dies auch eingesehen und weitere Resistenz aufgegeben. Unter dem früheren Régime seien in solchen Fällen die türkischen Truppen wieder abgezogen. Gegenwärtig aber bestehe die Absicht, die nötige Anzahl Streitkräfte an Ort und Stelle zu belassen. Dies bilde eine Garantie, dass den Albanern auch weiterhin die Lust genommen bleibe, Unruhe zu stiften. Von der Erstarkung der türkischen bewaffneten Macht hat der Ministergehilfe eine grosse Meinung. Den Berichten des russischen Militär-Attaché's in Konstantinopel sei zu entnehmen, dass bereits grosse Fortschritte in dieser Richtung erzielt wurden und dass, bei Einhaltung des bisherigen Tempos, die Türkei binnen zwei Jahren zu einem formidablen Machtfaktor herangewachsen sein werde. Der einzige Trost für Russland sei, zu hoffen, dass den massgebenden Kreisen in Konstantinopel das Geld mangeln werde, um die ottomanischen Streitkräfte programmgemäss auszugestalten. Berchtold.

a) Vgl. n. 2126. — b) Vgl. n. 2123, 2130. — c) Vgl. n. 2128, 2131.

*Nr. 2130. Privatschreiben nach Cetinje, 25. April 1910 Nr. 1033.^{a)}
Konz. (S. Musulin; V. u. G. Aehrenthal).*

Vertraulich. Ich hatte nach der vor kurzem erfolgten Rückkehr des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand nach Wien Gelegenheit, mit Seiner k. u. k. Hoheit bezüglich der Bitte des Erbprinzen Danilo Rücksprache zu pflegen. Seine k. u. k. Hoheit ist für die freundlichen Messagen des Erbprinzen sehr erkenntlich und sehr angenehm berührt von den lebenswürdigen Worten, in denen der Erbprinz Seiner k. u. k. Hoheit gedachte. Was die eventuelle Absicht, Montenegro zum Königreiche zu erheben, anbelangt, so möchte Seine k. u. k. Hoheit in seiner gegenwärtigen Stellung als Thronfolger es vermeiden, in dieser Angelegenheit eine Ansicht auszusprechen; der durchlauchtigste Herr Erzherzog ermächtigt aber Euer Hochwohlgeboren, dem Erbprinzen in Erwiderung auf dessen Anfrage Höchstseine herzlichsten Grüße zu bestellen und ihm zu melden, daß Seine k. u. k. Hoheit jede Maßnahme, die Fürst Nikolaus und die fürstliche Regierung als im Interesse der Dynastie und Montenegros gelegen erachten sollten, mit aufrichtiger Sympathie begrüßen würde.

a) Vgl. n. 2100, 2129, 2137.

Nr. 2131. Tel. nach Konstantinopel, 25. April 1910 Nr. 55 (chiff. 7 U. 20 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Wie ich von ganz vertraulicher Seite^{b)} erfahre, beobachtet man von Belgrad und Sofia aus die jüngsten Vorgänge in Albanien mit großer Aufmerksamkeit und scheint sogar im gemeinsamen Einverständniss auf militärischem Gebiete Vorbereitungen für den Fall ins Auge zu fassen, als der Türkei aus ihrem Conflict mit den Arnauten ernste Schwierigkeiten erwachsen sollten. Andererseits scheinen mir auch die Cretamächte damit zu rechnen, daß die Türkei gezwungen sein würde, größere Truppenmassen in Albanien zu immobilisieren; auf diese Einschätzung der momentanen militärischen Situation der Türkei möchte ich nämlich die wenig entgegen kommende Antwort der genannten Mächte auf die demarche der Pforte wegen des Eides der Mitglieder der cretischen Nationalversammlung zurückführen. Euer Exzellenz können die vorstehenden Informationen in der Weise streng vertraulich bei den maßgebenden türkischen Staatsmännern verwerten, daß Sie mit Nachdruck darauf hinweisen, daß die aufrichtig freundschaftlichen Gefühle, die wir für die Türkei empfinden, es uns als erklärlich und auch als wünschenswerth erscheinen ließen, daß die Pforte bestrebt sei, ihre Autorität in den nördlichen Gegenden Albaniens zu stärken und zur Geltung zu bringen; eben diese freundschaftlichen Gefühle ließen uns aber die Gefahren nicht übersehen, denen die Türkei sich von mancher Seite aussetze, wenn die Verhältnisse in Albanien sie zwingen würden, zur Niederwerfung einer allgemeinen Aufstandsbewegung das übrige Territorium des Reiches von Truppen zu entblößen und diese in langwierigen und blutigen Kämpfen mit den albanesischen Stämmen zu verwenden. Es wird mich interessiren zu erfahren, wie der Großvezir und Rifaat Pacha diese im aufrichtigsten Interesse der Türkei gemachten Bemerkungen aufnehmen und beantworten werden. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 2128, 2129 Anm. c, 2132, 2133, 2138, 2143, 2155. — ^{b)} Wohl n. 2123.

Nr. 2132. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 25. April 1910 Nr. 111 (eing. 26. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Bei meinem heutigen Besuche auf der Pforte gab Rifaat Pascha mir gegenüber unumwunden zu, dass sich die Lage in Nordalbanien bedeutend verschlechtert hat. Er sagte mir, dass die Regierung sich veranlasst sehe, weitere Streitkräfte dorthin zu entsenden. Eine Redifbrigade aus Salonik sowie eine weitere des dritten Korps aus Smyrna, insgesamt 16 Bataillone in der Stärke von je 800—1000 Mann, seien mobilisiert worden und würden sofort abgehen. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 2131, 2133, 2140.

Nr. 2133. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 26. April 1910 Nr. 112 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Euer Exzellenz Telegramm No. 55 vom 25. d. M. erhalten. Ich habe bereits anlässlich meiner gestrigen Unterredung mit Rifaat Pascha sowie auch schon bei einer früheren Gelegenheit mich dem

Minister gegenüber in dem von Euer Exzellenz intentionierten Sinne ausgesprochen. Speziell gestern sagte ich ihm, dass es allerdings nötig sei, die Autorität der Regierung in Albanien zu stärken und zur Geltung zu bringen, dass aber andererseits meiner Ansicht nach mit der Gefahr einer Degarnierung der Grenzen gerechnet werden müsse. Rifaat Pascha antwortete mir darauf, dass man eben deswegen zwei Redifbrigaden, darunter eine aus Asien mobilisiere. Ich habe hiebei vermieden, zu sehr auf die Eventualität von grösseren blutigen Kämpfen in Albanien ausdrücklich hinzuweisen, wiewohl ich und mein Mitredner die Möglichkeit einer Ausbreitung derselben ins Auge gefasst hatten. Bei der oberwähnten früheren Gelegenheit habe ich auch auf mögliche Schwierigkeiten in der kretensischen Frage hingewiesen, worauf mir damals der Minister des Aeusseren erwiderte, dass nötigenfalls genügende Truppen in kürzester Zeit an die griechische Grenze geworfen werden könnten. Bezüglich der Euer Exzellenz zugekommenen vertraulichen Mitteilung, laut welcher man in Belgrad und Sofia für den Fall, als die Türkei in Albanien stark engagiert wäre, ein Einverständnis auch auf militärischem Gebiete plant, möchte ich darauf hinweisen, dass allem Anschein nach die Pforte seitens Russlands gewisse Erklärungen erhalten haben dürfte, welche sie wenigstens vorläufig über von bulgarischer oder serbischer Seite drohende Gefahr zu beruhigen scheinen. Was hingegen den Hinweis auf die Antwort der vier Schutzmächte auf die Demarche der Pforte in der kretensischen Eidfrage betrifft, bemerke ich, dass, nach den mir gestern von Rifaat Pascha gemachten diesbezüglichen Aeusserungen, eine solche Antwort auf die letzte Demarche der Pforte, welche eigentlich nur eine „Anregung“ zwecks Einwirkung auf die Kretenser gewesen wäre, überhaupt nicht eingelangt ist. Rifaat Pascha schien sich eine solche auch nicht zu erwarten. Unter den obangeführten Umständen, glaube ich, wäre es nicht angezeigt, wenn ich heute oder morgen nochmals den Minister des Aeussers oder den Grossvezir aufsuchen und dieselben in dem von Euer Exzellenz aufgetragenen Sinne sprechen würde. Eine solche Aussprache, und wenn sie auch nur in der Mitteilung aus Sofia und Belgrad zugekommener Nachrichten bestünde, würde hier Misstrauen erwecken und den Eindruck machen, als ob wir im Interesse der Albanesen intervenieren wollten. Es könnte sogar hiedurch der Argwohn erweckt werden, dass uns eigentlich die Festigung des neuen Regimes in Albanien unerwünscht wäre. Dagegen meine ich, dass ich bei nächster Gelegenheit, also etwa nächsten Montag, die im hohen Telegramme enthaltenen Bemerkungen verwerten könnte. Sollten Euer Exzellenz ungeachtet meiner obigen Bedenken eine sofortige neuerliche Rücksprache mit den türkischen Ministern für wünschenswert erachten, bitte ich um telegrafische Instruktionen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2132, 2135 Anm. d, 2138, 2139, 2140.

Nr. 2134. Bericht aus Rom, 26. April 1910 Nr. 20 A (eing. 28. April). Ausfert.

König Victor Emanuel, welcher seit einiger Zeit in dem Schlosse Castelporziano, unweit von Rom residirt und nur zweimal wöchentlich in die Stadt kommt, hatte für einen dieser Tage: Donnerstag den 21. l. Mts.

um 11 Uhr meine feierliche Antrittsaudienz festgesetzt. . . . Zeremoniell . . . Nach Ueberreichung des Allerhöchsten Accreditives bot mir der König einen Sitz an und trat mit einigen Willkommsworten in die Conversation ein. Ich entledigte mich zunächst der mir anlässlich meiner Privat-Audienz von Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn aufgetragenen freundschaftlichen Message. Der König nahm dieselbe dankend entgegen und betonte, auf die wiederholten Ministerwechsel hinweisend, mit Nachdruck, die Politik bleibe stets die gleiche, wenn auch die sie ausführenden Organe, die Minister, wechseln. Hieran schloss sich eine äusserst anerkennende Phrase für den Marchese di San Giuliano, dessen Begabung und Energie, wobei der König hinsichtlich dieser letzteren Eigenschaft sogar einen für den gegenwärtigen Titulär des Ministeriums des Aeussern günstigen Vergleich mit Herrn Tittoni machte. Seine Majestät sprach sodann die Hoffnung aus, ich werde mich in Rom wohl fühlen und versicherte mich, auf die Unterstützung seiner Regierung bei Erfüllung meiner Aufgabe stets zählen zu können. Auf meine Amtsvorgänger übergehend, constatirte der König, dass Graf Lützow hier sehr beliebt gewesen sei und äusserte sich sodann in besonders warmen Worten über Freiherrn von Pasetti, „un homme de valeur qui connaissait l'Italie et savait distinguer entre les choses qui ont de l'importance et celles qui n'en ont pas.“ . . . *Innere italienische Angelegenheiten.* . . . Mérey.

Nr. 2135. Bericht aus Rom, 26. April 1910 Nr. 20 B (eing. 28. April). Ausfert.

Auf mein am 14. l. Mts., dem Tage meiner Ankunft, brieflich an den Minister des Aeussern gerichtetes Ersuchen, mich zu empfangen, beschied mich derselbe für den übernächsten Tag zu sich. Ich übergab ihm vor Allem die Copie meines Allerhöchsten Beglaubigungsschreibens und schritt um Erwirkung meiner Antrittsaudienz ein. Sodann händigte ich dem Minister das Antwortschreiben Eurer Excellenz^{a)} ein, welches er las, ohne eine Bemerkung daran zu knüpfen. Nur hinsichtlich des am selben Tage in der Agenzia Stefani erschienenen Communiqués (vide mein ergebenstes Telegramm vom 16. l. Mts. No. 64) recapitulirte Marchese di San Giuliano noch mit ein paar Worten seine Einwendung gegen den ursprünglich von Eurer Excellenz vorgeschlagenen Text. Er meinte, sachlich hätte er gegen denselben nichts zu bemerken gehabt, jedoch die Phrase, wonach die äussere Politik in Italien von einem Personenwechsel unberührt bleibe, hätte, wenn sie allzusehr und oft betont würde, in öffentlichen, speciell in parlamentarischen Kreisen missdeutet werden können. Ich will es dahingestellt sein lassen, ob es nicht vielleicht das sehr entwickelte Selbstgefühl des Ministers war, welches sich gegen eine vermeintliche Herabminderung seiner politischen und staatsmännischen Originalität sträubte.

Sodann trat der Minister des Aeussern in eine ausführliche Erörterung einer ganzen Reihe von politischen Fragen ein, woraus sich durch verschiedene Gegenbemerkungen von meiner Seite eine stellenweise ganz animirte Discussion ergab. Mein ergebenstes Telegramm No. 65 enthält eine gedrängte Wiedergabe des Inhaltes dieser Unterredung, welche ich mir nun eingehender zu reproduciren gestatten werde.

Marchese di San Giuliano begann mit der Versicherung, dass er, ebenso wie alle ernsten politischen Köpfe in Italien, ein überzeugter Anhänger der Dreibundpolitik sei, welche auch für sein Land, dessen Sicherheit und ruhige Entwicklung die denkbar beste Combination bilde. Er lege speciell auch das grösste Gewicht auf die Aufrechterhaltung und Befestigung guter Beziehungen zu der Nachbarmonarchie und bringe seit vielen Jahren allen Vorgängen bei uns das lebhafteste Interesse entgegen. Als Beweis für Letzteres führte er allerdings den Umstand an, dass er langjähriger Leser der „Neuen Freien Presse“ sei, was mich veranlasste, in vorsichtiger Weise die Vorzüge und Mängel dieses Blattes zu beleuchten.

Von der Erörterung des Verhältnisses zwischen Italien und Österreich-Ungarn zu jener des Irredentismus ist leider nur ein Schritt. Auf dieses Thema übergehend entwickelte mir der Minister seine einschlägigen Ideen. Der Irredentismus, insoweit er nicht ein politisches oder publicistisches Kampfmittel sei, sondern wirklich in einem Theile der Bevölkerung wurzle, existire nur in den nördlichen italienischen Provinzen, wo er durch historische Reminiscenzen, ferner Beziehungen, Einflüsse und Agitationen von malcontenten und stänkerischen Elementen in unseren italienischen Gebietstheilen und häufige Reibungen und Zwischenfälle in den limitrophen Districten, endlich auch durch augenfällige militärische Vorkehrungen eine gewisse Erklärung und Belebung finde. Unleugbar sei aber die irredentistische Bewegung im Ganzen in steter Abnahme begriffen. Hiefür gebe es mehrere Gründe. Zunächst das Heranwachsen einer neuen Generation, für welche die Ereignisse der 40^{er}, 50^{er} und 60^{er} Jahre des vorigen Jahrhunderts bereits der Geschichte angehören. Auf meinen Einwurf: „und die Studenten!“ replicirte der Minister: „Les étudiants que l'on nomme ainsi parce — qu'ils n'étudient pas, sont partout les mêmes. Ils s'emballent facilement, se passionnent pour un idéal, mais heureusement ce ne sont pas eux qui font la politique.“ Ein weiteres Hemmniss gegen eine Ausdehnung des Irredentismus sei der Socialismus, theils weil in den Augen der durchwegs antimilitaristischen Socialisten der Irredentismus eventuell eine Kriegsgefahr involvire, theils auch weil die Socialisten in der irredentistischen Propaganda einen Concurrenten erblicken und nicht wünschen, dass neben dem Köder ihrer Ideale eventuell ein anderes Ideal ihnen einen Theil der Wählerschaft abspenstig mache. Endlich — und hauptsächlich verliere aber der Irredentismus an Boden durch den ganzen Geist und die Richtung der modernen Zeit, in welcher die öconomischen Gesichtspunkte und Bestrebungen, sowohl im öffentlichen wie im privaten Leben, immer mehr in den Vordergrund treten und speciell in Italien die abstracten, ideelleren Strömungen zurückdrängen.

Ich nahm Anlass, mich zu diesem Thema gleichfalls, wenn auch dermalen noch in ganz academischer Weise, zu äussern und speciell zu beklagen, dass die hiesige Regierung es bei irredentistischen Manifestationen, seien dieselben im Parlamente, in der Presse oder auf der Gasse erfolgt, so häufig, wenn auch vielleicht nicht an gutem Willen, so doch an der nöthigen Courage habe fehlen lassen. Es sei dies umso bedauerlicher und umso weniger entschuldbar, als in den seltenen Fällen, wo von Seiten der Regierung einer derartigen

Rede oder Demonstration mit Muth und Energie entgegengetreten werde, dies nicht nur kein Opfer bedeutete, sondern stets mit einem vollen Erfolge für den betreffenden Minister abschloss. Marchese di San Giuliano gab Letzteres zu und wollte nur Herr Tittoni in dieser Beziehung ein vielleicht allzu glänzendes Wohlverhaltenszeugniss ausstellen.

Den Übergang zu dem Thema der Wiederherstellung unserer normalen Beziehungen zu Russland bildete die Bemerkung des Ministers, dass das italienische Volk überhaupt eine bedauerliche Neigung zu Demonstrationen habe und dass in früheren Jahren — ab und zu auch jetzt noch — auch anti-russische Manifestationen häufig vorgekommen seien. Wie lange habe es doch gebraucht und welcher Vorsichten habe es bedurft, um den Gegenbesuch des Czaren am hiesigen Hofe zu ermöglichen. Dieser Theil der Unterredung bot mir die erwünschte Gelegenheit, mich im Sinne des hohen, vertraulichen Erlasses vom 2. 1. Mts. No. 802^b) auszusprechen. Der Minister hörte mich aufmerksam an und machte dann nur die von mir ausdrücklich mit Zustimmung begleitete Bemerkung, es sei doch erfreulich, dass wenigstens die äusserliche Spannung zwischen uns und Russland behoben sei. Damit war der Übergang zu einem kurzen Rückblicke auf die Annexionskrise gegeben. Marchese di San Giuliano erzählte Einiges von seinen Londoner Reminiscenzen aus jener Zeit und wollte unter Hinweis auf die damalige Erregung in England und Russland es als begreiflich darstellen, dass sich auch Italien anfangs in einer gewissen Reserve halten musste. Man habe es hierzulande in weiten Kreisen eben nicht verstanden, dass die Umwandlung der Occupation in die Annexion keine Änderung des status quo gewesen sei. Ich konnte mir nicht versagen, wenn auch nur mit wenigen Worten, anzudeuten, dass jene anfängliche Haltung der italienischen Regierung in Wien verstimmen musste, da Italien als alliirte Macht, welche überdies vorgängig ins Vertrauen gezogen war, andere moralische Verpflichtungen hatte als die übrigen Mächte. Der Vergleich zwischen der Haltung Italiens und jener unseres anderen Allirten habe sich aufgedrängt und sei nicht zum Vortheile des Ersteren ausgefallen. Die heftige Erregung in England aus jenem Anlasse führt Marchese di San Giuliano in allererster Linie auf die dort bestandene Besorgniss zurück, die Annexion könnte das damals im vereinigten Königreiche vergötterte Regime der Jungtürken erschüttern. Für die Letzteren setzte es hiebei seitens meines Mitredners nichts weniger als freundliche Bemerkungen ab, die zwar durchaus richtig waren, aber in seinem Munde merkwürdig klangen. Wenige Minuten früher hatte mir der Minister auseinandergesetzt, wie ein grosser Theil der gebildeten Schichten in Italien durch und durch liberal sei und daher, insoweit das Ausland in Frage kommt, mehr Sympathie für liberale als für strammer organisirte Staaten habe, und nun regnete es Ironien und Tadel gegen die Jungtürken, welche auf den Pariser Boulevards liberale Schlagworte aufgenommen hätten und dieselben nun in der Türkei zur Geltung bringen wollten. Man sieht also, die Sympathien des Italieners für den Liberalismus und die „Volksbefreiung“ in anderen Staaten sind strenge an die Bedingung gebunden und gelten nur dann, wenn nicht dabei gewisse kleine oder größere von Italien erhoffte Profite bedroht erscheinen.

Im Zusammenhange mit der an dem jungtürkischen Regime geübten Kritik, kam Marchese di San Giuliano auf den jüngsten Aufstand in Albanien^{c)} zu sprechen. Er stimmte der von mir im Namen Euerer Excellenz vertretenen Auffassung, wonach derartige Erscheinungen vorläufig als innere Angelegenheiten der Türkei zu betrachten seien, zu, äusserte aber einen gewissen Pessimismus über die weitere Entwicklung der Dinge in Albanien, falls die jetzige Regierung ihre bisher dort geübte Verwaltungsmethode nicht ändern würde.

Gewiss nicht ohne Absicht benützte der Minister diesen Gesprächsstoff, um mit augenfälliger Accentuirung auszuführen, dass Italien bezüglich Albaniens auch für die weitere Zukunft keinerlei Aspirationen hege. „Non seulement le Gouvernement, mais en général aucun homme politique en Italie — je ne fais même pas d'exception pour Lorrechio — ne pensera jamais à occuper un centimètre de l'Albanie“. Ich warf ein, dass jene Politiker, welche bei uns über Italiens eventuelle künftige Pläne hinsichtlich Albaniens nicht vollkommen beruhigt seien, dabei wohl in erster Linie an eine modernere Form des Fussfassens, an eine etwaige allmälige pénétration pacifique dächten, welche sich bekanntlich in ihrer Schlussphase und in ihren Resultaten von einer Occupation oder ähnlichem wenig unterscheide. Auch dieser Idee trat mein Mitredner mit Emphase entgegen. Gewiss wünsche Italien, welches Absatzmärkte brauche, auch den Handel mit Albanien zu entwickeln, aber nur den Handel ohne jede Nebenabsicht, und diess umso mehr, als selbst auf commerciellem Gebiete vorläufig dort wenig zu holen sei.

Waren die auf Albanien bezüglichen Äusserungen des Ministers wirklich so ernst gemeint, wie sie vorgebracht wurden, oder war es ihm, der ja in diesem Punkte eine gewisse Vergangenheit hat, darum zu thun, die eventuell auf die Letztere basirten Befürchtungen zu zerstreuen, — ich vermag diese Frage fürs Erste nicht zu entscheiden.

Von den zahlreichen Besuchen sprechend, welche er jetzt am Beginne seiner Ministerthätigkeit zu machen und zu empfangen habe, erwähnte sodann Marchese di San Giuliano, dass ihn Tags vorher der Conte Foscari aufgesucht und in einer — wie ich aus den Worten des Ministers entnahm — mindestens sehr einseitigen Weise über seine Ausweisung aus Österreich und die Gründe derselben mit der Bitte informirt habe, sich für die Rücknahme dieser Massregel zu verwenden. Da mir die Details dieser Angelegenheit bekannt waren, konnte ich dem Minister von dem Gebahren Foscaris, sowohl in Italien als auch bei uns, ein kurzes aber pastoses Bild entwerfen. Ich concludirte dahin, dass vor Allem noch eine Zeit lang zugewartet werden müsse. Dann werde es, wenn kein neuer Zwischenfall hinzutrete, vielleicht möglich sein, dem Conte Foscari für eine streng limitirte Zeit versuchsweise den Aufenthalt in Kärnthen wieder zu gestatten.

Marchese di San Giuliano widmete dann noch einige Worte seiner Absicht, etwa gegen Ende August Euere Excellenz zu besuchen, worauf er sich sehr freue.

Hiemit schloss diese mehr als anderthalbstündige erste Unterredung.
Mérey.

a) n. 2108. — b) Vgl. Anm. a zu n. 2084. — c) Vgl. n. 2133.

Nr. 2136. *Privatschreiben nach Berlin, 27. April 1910 Nr. 1047.^a*
Konz. (S. Szápáry; V. und G. Aehrenthal).

Vertraulich. Herr Theodore Roosevelt hat mir gelegentlich seines jüngsten Wiener Aufenthaltes gleich nach seinem Eintreffen einen längeren Besuch abgestattet und nach kurzer Begrüßung in der ihm eigenen temperamentvollen Art ein eingehendes Gespräch über die verschiedensten politischen Fragen eröffnet. Obwohl meiner Unterredung mit dem Expräsidenten im Hinblick auf dessen Eigenschaft eines blossen *étranger de distinction* naturgemäss nur ein akademischer Charakter zukommt, sind die Äusserungen Herrn Roosevelt's umso bemerkenswerther, als dieser allem Anscheine nach ernstlich gesonnen ist, in absehbarer Zeit wieder eine active Rolle zu spielen. Die deutsch-englischen Beziehungen sind dem Expräsidenten besonders am Herzen gelegen. Er ist nicht frei von Besorgnissen, dass der Gegensatz zwischen diesen beiden Mächten zu einem Zusammenstosse führen könnte. In diesem Zusammenhang verwies Herr Roosevelt auf eine Episode, deren Details Euer Exzellenz vielleicht des näheren bekannt sein dürften. Wie der Expräsident erzählte, soll die Gattin eines englischen Admirals dem deutschen Botschafter in London hinterbracht haben, dass man englischerseits beabsichtige, die deutsche Flotte durch einen Handstreich zu vernichten. Der deutsche Vertreter soll dies seiner Regierung einberichtet haben, was den Anlass zu einem nicht unbedenklichen gegenseitigen Alarm gebildet habe. Herr Roosevelt verwies sodann auf den von ihm unternommenen Versuch, dem Wettrüsten zur See ein Ziel zu setzen, indem er mehreren Mächten den Vorschlag machte, sich dahin zu einigen, dass beim Bauen von Schlachtschiffen nicht über einen 15.000 Tonnen-Typ hinausgegangen werde. Leider seien seine Bemühungen ohne Erfolg geblieben. Diese Ausführungen boten mir den Anlass hervorzuheben, dass deutscherseits — wie ihm wohl bekannt sei — England gegenüber die versöhnlichsten und entgegenkommendsten Dispositionen vorhanden seien, wovon er sich übrigens in Berlin persönlich werde überzeugen können. Es seibarer Unsinn, von aggressiven Plänen Deutschlands gegen England zu sprechen, denn es herrsche in Berlin sogar die Absicht vor, die Beziehungen der beiden Reiche besser zu gestalten, indem man bestrebt sei, mit viel Geduld diesem Ziele allmählig näher zu kommen. Die Rüstungen zur See anlangend beschränkte ich mich auf die Bemerkung, dass letztere allerdings bedeutende Dimensionen annehmen und Unsummen verschlingen, dass er — Mr. Roosevelt — mir aber wohl darin beipflichten werde, dass jeder Staat das Recht habe, selbst zu entscheiden, was zu seiner Verteidigung erforderlich sei; eine Ansicht, welche die volle Zustimmung des Expräsidenten fand. Was die Monarchie betreffe, hege man bei uns die besten Wünsche für eine freundliche Ausgestaltung der deutsch-englischen Beziehungen. Herr Roosevelt ist übrigens nicht der Meinung, dass ein Konflikt zwischen den beiden Reichen für die nächste Zukunft zu befürchten sei. Im weiteren Verlaufe unserer Unterredung bemühte sich Herr Roosevelt mich bezüglich der Mandschureifrage auszuholen; ich habe mich jedoch darauf beschränkt, ihm nur ganz allgemein zu erwidern, daß wir an diesen Fragen nicht direct interessiert sind und somit keine Veranlassung haben,

zu denselben Stellung zu nehmen. Ich hatte keine Neigung meinem Mitredner auf dieses mit Fussangeln besäte Terrain zu folgen, umsoweniger als in jüngster Zeit die Initiative Mr. Taft's eine neue Gruppierung der meist interessierten Mächte in ihrer Haltung zum mandschurischen Problem nach sich gezogen hat. (Annäherung Russlands an Japan.) Erwähnenswerth scheint mir noch, dass der Expräsident im Verfolge unseres Gespräches wiederholt Gelegenheit nahm, kritische Bemerkungen über Englands Politik und seine Staatsmänner fallen zu lassen. Indem ich Euere Exzellenz ermächtige, dem Reichskanzler bei sich bietender Gelegenheit von dem Inhalte dieses Schreibens mündlich Mittheilung zu machen, erneuere ich ...

a) Vgl. n. 2181.

Nr. 2137. Erlaß nach Cetinje, 27. April 1910 Nr. 1046.a) Konz. (S. Musulin; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Geheim. Ich habe bereits einmal Gelegenheit gehabt (Erlaß vom 17. März l. J. No. 672^{b)}) die überschwengliche Art montenegrinischer Prinzen (es handelte sich damals um den Prinzen Mirko) zur Sprache zu bringen. Ich möchte dies heute betreffs des Erbprinzen Danilo thun, wenn mir auch bekannt ist, daß derselbe seine uns freundlichen Gesinnungen stets offen und gerne zur Schau trug. Den unmittelbaren Anlaß dazu gibt mir die Art und Weise, wie Erbprinz Danilo seine Sondirung betreffs unserer Geneigtheit, der eventuellen Proklamirung Montenegros als Königreich zuzustimmen, bei Euer Hochwohlgeboren vornahm. Prinz Danilo schien bedacht, den Eindruck hervorzurufen, daß man sich montenegrinischerseits in der Frage der Rangerhöhung des Fürsten nur ausschließlich an uns gewendet habe. Nun wissen Euer Hochwohlgeboren aber aus meinen letzten Telegrammen, daß Fürst Nikolaus sich, noch ehe Prinz Danilo die vertrauliche Demarche bei Ihnen unternommen, die Zustimmung Italiens erbat, die er auch erhalten hat. Die späteren Erklärungsversuche des Prinzen (Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 20 vom 19. l. M.), daß die italienische Regierung, als sie von den in Cetinje bestehenden Absichten gehört habe, ihre Einwilligung spontan zu erkennen gegeben hätte, stimmen nicht mit den Äußerungen des hiesigen italienischen Botschafters überein, der, wie bekannt, direkt von einer „Anfrage“ der montenegrinischen Regierung gesprochen hat. Aus seiner Darstellung habe ich auch entnommen, daß der Fürst Baron Squitti gegenüber erwähnte, die Sondirung bei uns werde durch Erbprinz Danilo erfolgen. Das von Euer Hochwohlgeboren selbst erwähnte Gerücht von einer auch in Petersburg stattgehabten Sondirung hat zwar Erbprinz Danilo Euer Hochwohlgeboren gegenüber, laut Ihres Berichtes vom 20. l. M. Nr. 37 A, entschieden dementirt, es scheint mir aber nur schwer anzunehmen, daß die fürstliche Familie, bei ihren so mannigfachen politischen und verwandtschaftlichen Beziehungen zum Czarenhofe, in einer für die montenegrinische Dynastie so wichtigen Frage nicht auch die Wohlmeinung des russischen Herrschers eingeholt hätte. Ich will mit den vorstehenden Bemerkungen keineswegs den Wert guter und sorgfältig zu pflegender Beziehungen zu dem Erbprinzen in Zweifel ziehen;

Euer Hochwohlgeboren verdanken denselben unter anderem die interessanten Enthüllungen Ihres vorerwähnten Berichtes betreffs eventueller serbischer und bulgarischer Aktionen gegen die Türkei; ich habe lediglich die Absicht, Euer Hochwohlgeboren die richtige Einschätzung der oft übertrieben entgegenkommenden und freundschaftlichen Betheuerungen des Prinzen zu erleichtern.

P. S. Ich erhalte eben den Bericht Euer Hochwohlgeboren Nr. 38^{c)} vom 22. I. M. Trotz der darin wiedergegebenen Äußerungen des Fürsten möchte ich meine in dem vorliegenden Erlasse zusammengefaßten Considerationen aufrecht erhalten.

a) Vgl. n. 2130, 2138, 2236. — b) Nicht aufgenommen. — c) Mit Bericht aus Cetinje Nr. 38, 22. April 1910 (eing. 25. April) wurde von einer Audienz beim Fürsten berichtet, wobei dieser an der Version, daß die Sondierung in Rom ohne Zutun des Fürsten auf eigene Faust durch Baron Squitti erfolgte, festhielt. Er werde „König“ werden trotz des eigenen Widerstandes. Er sagte wörtlich: „Wenn ich diese Rangerhöhung annehmen sollte, werde ich sie mit Würde tragen.“ „Ich bin aber nicht ambitiös und Sie kennen die materiellen Schwierigkeiten.“ „Allerdings ist mein Volk bereit, jedes Opfer zu bringen, um sie zu überwinden.“

Nr. 2138. Tel. nach Konstantinopel, 27. April 1910 Nr. 57 (chiffre. 6 U. p.m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. Pogatscher u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 112 vom 26. I. M. Da Euer Exzellenz erst vor kurzem mit Rifaat Pascha über die Situation in Albanien gesprochen und hiebei auf die Gefahr einer Degarnirung der Grenzen hingewiesen haben, könnte es in der That vielleicht auffällig erscheinen, wenn Euer Exzellenz diesen Gegenstand schon jetzt wieder zur Sprache bringen und ich bin daher damit einverstanden, daß sich Euer Exzellenz erst bei der nächsten sich darbietenden Gelegenheit, etwa also am kommenden Montag, im Sinne meines Telegrammes vom 25. I. M.^{b)} äußern. Euer Exzellenz wollen dann aber trachten, auch dem Großvezir gegenüber sich im angegebenen Sinne auszusprechen und sich hiebei — was Ihre Aufgabe erleichtern dürfte — ausdrücklich auf eine von mir erhaltene Information beziehen. Euer Exzellenz Annahme, daß die Türkei russischerseits gewisse sie hinsichtlich Bulgariens und Serbiens beruhigende Erklärungen erhalten haben dürfte, war für mich von Interesse; ich habe übrigens, wenn ich in meinem Telegramme vom 25. I. M.^{b)} von einer möglichen bulgarisch-serbischen Action gesprochen habe, nicht gemeint, daß etwa bezügliche pourparlers zwischen Sofia und Belgrad schon in der nächsten Zeit eine greifbare Form annehmen werden; die mir aus guter Quelle zugekommenen vertraulichen Mittheilungen^{c)} concludiren aber dahin, daß eine Action der beiden Balkanstaaten im spätern Verlaufe zu gewärtigen sein könnte, wenn die militärische Kraft der Türkei durch die Vorgänge in Albanien eine ernstliche Schwächung erfahren sollte. Sir F. Cartwright, welcher mich eben verläßt, sprach sich ebenfalls besorgt aus und meinte, daß die vielleicht nicht nothwendig gewesenem ersten Verwicklungen mit den Albanesen eine Rückwirkung auf die Stellung Bulgariens ausüben könnten.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2143. — b) Vgl. n. 2131. — c) Wohl n. 2123, 2137.

Nr. 2139. Bericht aus Konstantinopel, 27. April 1910 Nr. 32 B (eing. 30. April).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Mittelst meines ergebenen Berichtes vom 23. d. M. No. 31 in Ziffern hatte ich die Ehre, Euerer Excellenz über eine Unterredung zu relationiren, welche ich mit dem bekannten albanesischen Deputirten Ismail Kjemal Bey hatte. Ich habe seitdem constatiren können, dass meine Vermutung, Kjemal Bey hätte nicht bloss im eigenen Namen gesprochen, eine zutreffende war. Oberst Pomiankowski hatte kürzlich Gelegenheit, Ferid Pascha zu sehen, welcher ihm sagte, er wolle mich jetzt aus naheliegenden Gründen nicht besuchen, der Exgrossvezir fügte aber hinzu: „Ismail Kjemal Bey hat ohnedies dem Botschafter alles gesagt, was ich ihm sagen könnte.“ Bei der Unterredung mit dem Deputirten von Berat befand ich mich in einer ziemlich schwierigen Lage. Ich musste einerseits Alles vermeiden, was von ihm und seinen albanesischen Freunden als eine Ermutigung hätte gedeutet werden können, andererseits wollte ich aber die in dem hohen Erlasse vom 14. d. M. No. 917 geheim erteilten Direktiven im Auge behalten. Ich polemisirte daher mit meinem Mitredner gegen seine pessimistische Auffassung der Lage im Allgemeinen, liess ihm aber keinen Zweifel, dass die Monarchie unter allen Umständen für das albanesische Element Sympathien hege und selbst ein Interesse daran habe, dass dasselbe sich seiner ethnischen Eigenartigkeit gemäss entwickle, und nicht etwa „aufgetheilt“ werde. Ismail Kjemal Bey verliess mich, wie ich dies schon in meinem obencitirten Berichte erwähnt habe, dem Anscheine nach unter dem von mir gewünschten Eindrucke. Als ich die in Rede stehende Conversation mit dem genannten Deputirten hatte, stand man hier allgemein noch unter dem Eindrucke, dass die Lage in Albanien für die türkische Regierung eine günstige sei. Nach allem, was man seitens der letzteren bis dahin gehört hatte, und auch nach den bis zu jener Zeit eingelangten Consularmeldungen konnte man annehmen, dass das starke militärische Machtaufgebot den gewünschten Erfolg herbeigeführt und die Albanesen eingeschüchtert hat. Die hiesigen albanesischen Führer dürften, als Ismail Kjemal Bey zu mir kam, bereits andere Nachrichten aus ihrer Heimat erhalten haben und darüber im klaren gewesen sein, dass der von der Regierung erhoffte Eindruck auf die Arnauten sich nicht eingestellt hat. Die seitherigen Ereignisse lassen keinen Zweifel mehr darüber, dass es wirklich zu einer langwierigen Campagne kommen und dass die vorderhand in Nordalbanien concentrirten Truppen allein nicht im Stande sein werden, die Revolte niederzuwerfen. Die türkische Regierung steht also vor einem der schwierigsten Probleme und es erscheint fraglich, ob das neue Régime eine solche Kraftprobe aushalten wird. Selbst ein halber Erfolg wäre hier ein Misserfolg und könnte nicht bloss verhängnisvolle Folgen für das neue Régime, sondern sogar für das türkische Reich haben. Das Prestige, welches die neue Türkei in den letzten Monaten erworben hatte, steht in höchster Gefahr, was sich nicht allein in den anderen Theilen des Reiches, wie in Macedonien, Mesopotamien und Arabien, sondern auch nach Aussen fühlbar machen wird. Das neue Régime hat den grossen Fehler begangen, ein zu chauvinistisch-türkisches Programm aufgestellt zu haben. Hiedurch hat

es, was zunächst Albanien anbelangt, das Resultat herbeigeführt, dass nunmehr das nationale Gefühl der Albanesen thatsächlich zur Geltung kam, ein Resultat, welches die albanesischen Nationalisten, wie Derwisch Hima, vielleicht nicht in fünfzig Jahren erreicht hätten. Wenn man auf die Ereignisse, die sich in den letzten Wochen hier abgespielt haben, einen Rückblick wirft, so drängt sich der Gedanke auf, ob nicht die von Petersburg in Szene gesetzten Besuche der Balkanherrscher in Konstantinopel mit den sich jetzt in Albanien abspielenden Ereignissen in einem gewissen Zusammenhange stehen. Man muss sich in Petersburg darüber klar sein, dass das grösste Hindernis gegen die Realisierung des Donau—Adriabahnprojectes in dem Widerstande der Albanesen liegt. Es wäre daher meines Erachtens nicht unmöglich, dass man die türkische Regierung ermutigt hat, das Werk der Herstellung der staatlichen Autorität in Albanien jetzt durchzuführen, und dass man zu diesem Zwecke seitens der Könige von Bulgarien und Serbien beruhigende Erklärungen abgeben liess. Ich erinnere mich, dass mein französischer College, zur Zeit als König Peter hier war, mir gegenüber in einem Gespräche die Bemerkung fallen liess, die Türkei wolle den jetzigen günstigen Moment, wo sie sich gegen alle äusseren Angriffe sicher fühlt, benützen, um ein für alle Male in Albanien gründlich Ordnung zu schaffen. In meiner Antwort auf das hohe Telegramm No. 55 vom 25. d. M. habe ich mich auch durch die eben erwähnten Considerationen leiten lassen. Wenn unter den gegebenen Umständen unsererseits, auch mit der besten Absicht, auf Gefahren, welche der Türkei von Bulgarien oder Serbien her drohen, aufmerksam gemacht werden würde, so könnte dies leicht Misstrauen erregen und lediglich den Eindruck erwecken, unser Zweck sei, die Türkei daran zu hindern, ihre Stellung in Albanien zu festigen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2133, 2140, 2162.

Nr. 2140. Bericht aus Konstantinopel, 27. April 1910 Nr. 32 C (eing. 30. April).a) Ausfert.

Die Mittheilungen, welche mir Rifaat Pascha vorgestern über die nächsten Massregeln der Regierung zur Niederwerfung des Aufstandes in Nordalbanien machte, habe ich Eurer Exzellenz bereits mit meinem Telegramme vom 25. d. M. No. III zur Kenntnis gebracht. Desgleichen habe ich Hochdenselben mit meinem Telegramme von gestern No. II2 die Bemerkungen einberichtet, welche der Minister mir gegenüber im Gegenstande der nach seinen Erklärungen von der türkischen Regierung keineswegs intendierten Degarnirung der europäischen Grenzen der Türkei gemacht hat. Hier erübrigt mir nur, die Äusserungen Rifaat Paschas über die damalige Lage in Albanien selbst wiederzugeben. Auf meine Frage, wie die Dinge bei Verisović stünden, antwortete mir der Minister, es gäbe nun Kämpfe. Die entsendeten Truppen seien nicht genügend, weshalb die Regierung beschlossen habe, weitere namhafte Verstärkungen (16 Redifbataillone) zu entsenden. Es wäre ein gewichtiger Schlag gegen die Rebellen nöthig, dann würden sich dieselben wohl zerstreuen und die Ruhe wiederkehren. An eine weitere Verbreitung des Aufstandes erklärte der Minister

nicht zu glauben, da die Albanesen in zu viele, unter sich auch uneinige Clans und Stämme zerfielen und die Regierung selbst viele Anhänger unter ihnen hätte. Der Minister fügte des Weiteren hinzu, es sei seiner Ansicht nach nicht anzunehmen, dass auch die katholischen Stämme und insbesondere die Malsija sich der Bewegung anschließen. Es klang die betreffende Bemerkung Rifaat Pascha's fast so, als ob er von mir eine bezügliche Bestätigung erwartet hätte. Im Ganzen machten mir die Erklärungen des Ministers den Eindruck, dass er des raschen Erfolges der Regierung in Albanien wenig sicher sei. Der Optimismus, welchen der Minister noch am vergangenen Montag so ostentativ zur Schau trug, war fast ganz verschwunden. Die Nachrichten aus Albanien lauten nach wie vor sehr beunruhigend. Bezeichnend ist, dass die Regierung der Presse Informationen gibt, welche den Thatsachen nicht entsprechen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2133, 2139, 2142.

Nr. 2141. Erlaß nach Konstantinopel, 28. April 1910 Nr. 1057.^{a)} Konz. (S. Musulin; V. und G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Aus der Berichterstattung Euer Exzellenz ist mir erinnerlich, daß sowohl der Großvezir wie Rifaat Pacha Euer Exzellenz gegenüber erklärten, es sei nicht nur von Macedonien während des Aufenthaltes König Ferdinands in Constantinopel nicht gesprochen worden, man habe es dem bulgarischen Herrscher sogar, bevor er seine Reise antrat, nachdrücklichst nahegelegt, daß von Macedonien nicht gesprochen werden dürfe.^{b)} Wie mir nun Graf Mensdorff aus London berichtet, hat ihm Sir E. Grey in einem Momente des épanchements und mit der Bitte, seine Äußerung als ganz vertraulich zu behandeln, mitgeteilt,^{c)} daß man türkischerseits zwar an der officiellen Version, wonach während des Besuches König Ferdinands in Constantinopel die macedonische Frage nicht berührt wurde, festhalte, daß man aber in Privatgesprächen denn doch von Macedonien gesprochen habe. Von türkischer Seite sei den bulgarischen Machthabern die Zusicherung gegeben worden, man werde in Macedonien alle Stämme und Schichten der Bevölkerung in ganz gleicher und gerechter Weise behandeln. Bulgarischerseits habe man diese Zusicherungen trotz gewisser Zweifel an der Durchführung der guten Vorsätze mit Befriedigung entgegen genommen und die Gegensätze hätten durch diesen Ideenaustausch für den Augenblick jedenfalls an Schärfe verloren. Den vorstehenden, zu Euer Exzellenz rein persönlichen Kenntnissnahme bestimmten Informationen ist wohl zu entnehmen, daß auch die Aufrichtigkeit und Offenheit der gegenwärtigen türkischen Staatsmänner mit einiger Reserve einzuschätzen sei, wie es Euer Exzellenz übrigens thun.

a) Vgl. n. 2145. — b) n. 2043. — c) Vgl. n. 2118.

Nr. 2142. Privatschreiben nach Konstantinopel, 28. April 1910 Nr. 1060.^{a)} Konz. (S. Rappaport; G. Aehrenthal).

Die Lage in Nordost-Albanien, auf deren Ernst Euer Excellenz in Ihrem Privatschreiben vom 20. d. mit Recht hinweisen, hat seither noch eine weitere

Verschärfung erfahren. Aus den diesbezüglichen Vorgängen ziehen Euer Excellenz nun den Schluss, dass wir mit der Alternative zu rechnen hätten, dass die jetzige Krise entweder zur Niederwerfung der Albanier und weitgehendsten Consolidirung der ottomanischen Herrschaft über dieselben oder aber zu einem definitiven militärischen Misserfolge der Türken führen werde. Ohne die Möglichkeit des Eintrittes dieser ernstesten Alternative aus dem Auge zu verlieren, scheinen mir doch eine Reihe von Momenten dafür zu sprechen, dass es neben jenen beiden Eventualitäten noch einen dritten, mittleren Ausweg aus der Krise geben könnte. Vor allem scheint sich die aufständische Bewegung, wenigstens bisher, nicht über den Bereich des Vilajetes Kossovo hinaus zu erstrecken. Weiters dürften die Vorkommnisse der letzten Tage den Türken die Augen darüber öffnen, dass eine vollständige Niederwerfung und Entwaffnung der Albanier ein ziemlich schwieriges und kostspieliges Unternehmen ist. Auch bedingt eine solche Action die Verwendung grösserer Truppenmassen, als vielleicht ursprünglich angenommen wurde, und auf längere Zeit hinaus, als man sich dies a priori vorgestellt haben dürfte. Endlich wäre auch die Erwägung nicht von der Hand zu weisen, dass die dauernde Bindung so bedeutender Streitkräfte und die zeitweisen Misserfolge, welche ja bei Guerillakriegen nicht auszubleiben pflegen, vielleicht doch das Auftreten der Pforte in der Kretafrage irgendwie tangiren und unter Umständen sogar geeignet erscheinen könnten, die dämpfende Wirkung der ottomanischen Heeres-Reorganisation auf die latenten Velleitäten der christlichen Balkanstaaten und Völker zu beeinträchtigen. All' diese Erwägungen veranlassen mich nun zu der Annahme, dass neben den beiden von Euer Excellenz angeführten radicalen Ausgängen der Krise vielleicht doch noch mit einer dritten Möglichkeit, d. i. der Lösung derselben im Wege eines stillschweigenden oder ausdrücklichen Compromisses, zu rechnen wäre. Unter dem „neuen Regime“ und bei der Bedeutung, die der Armee unter demselben zukommt, kann hievon natürlich erst nach dem nächsten grössern Erfolge der Türken die Rede sein. Sobald ein solcher aber eingetreten und sohin die Ehre der Waffen wiederhergestellt sein wird, würden es die oben erwähnten Momente als das Klügste erscheinen lassen, die Dinge nicht bis zum Aeussersten zu treiben. Eine solche Wendung würde nicht bloss der Aufrollung einer Reihe heikler Fragen, wie sie ein voller Erfolg oder Misserfolg der türkischen Unterwerfungsaktion mit sich brächte, vorbeugen, sondern auch speciell in dem heutigen Aufstandsgebiete eine von unserm Standpunkte bedenkliche ethnische Kräfteschiebung verhindern. Ein vollständiger Sieg der Albanier über die Türken hätte natürlich die weittragendsten Folgen für den Bestand des jungtürkischen Régimes. Die complete Niederwerfung und Entwaffnung der Albanier würde hingegen dieses culturell zurückgebliebene Element, welches seine heutige Position einzig und allein dem Faustrechte verdankt, in eine politische und wirtschaftliche Unterordnung nicht etwa bloss unter die Türken, sondern vor allem unter die civilisirteren serbischen Mitbewohner des Landes bringen. Die Verwandlung Nordostalbanians in ein wirkliches „Altserbien“ wäre damit vollzogen, und hätten die sowol gegen die Türkei, als auch gegen die Monarchie gerichteten panslavistischen Pläne mit jungtürkischer Hilfe einen

gewaltigen Schritt zur Realisirung gemacht, neben welchem der Bau der Donau—Adria-Bahn bloss als ein kleinliches Detail erschiene. Was letzteres Project anbelangt, möchte ich vor allem darauf hinweisen, dass seit zwei Jahren hier unentwegt an dem von Euer Excellenz erwähnten mot d'ordre festgehalten wurde, wonach wir im Principe diesem, wie jedem anderen Balkanbahnprojecte sympathisch gegenüberstehen. Hingegen erscheint mir die von Euer Excellenz angeregte neuerliche Betonung dieses Gesichtspunktes mit der Reserve nicht ganz vereinbar, welche uns gerade jetzt die tumultuösen Vorgänge im Gebiete jener Zukunftsbahn, sowie der Umstand auferlegt, dass der von mancher Seite behauptete Zusammenhang zwischen dem Donau—Adria-Bahn-Projecte und der Insurrection noch der Klarstellung bedarf. Die von Euer Excellenz besorgte Rückwirkung des Arnauten-Aufstandes auf unser Cultusprotectorat beruht offenbar auf der Voraussetzung, dass sich die Bewegung bezw. die türkische Pacificirungsaction auch auf das Nachbarvilajet Skutari erstrecken werde, dessen compacte katholische Bevölkerung ungleich mehr Frictionspunkte darbieten würde, als die wenigen und zerstreut wohnenden Glaubensgenossen im Generalgouvernement von Kossovo. Meine oben ausgesprochene Hoffnung einer Beilegung der Schwierigkeiten im gütlichen Wege bezieht sich mutatis mutandis übrigens auch auf eventuelle Frictionen in der Protectoratsfrage, deren gütliche Beilegung ja im wolverstandenen Interesse beider theiligten Regierungen liegt. Dass unsererseits hiezu der gute Wille nicht mangelt, geht ja zur Genüge aus dem weitgehenden Entgegenkommen hervor, das wir seit Wiederherstellung der ottomanischen Verfassung bei allen diesbezüglichen Anlässen an den Tag gelegt haben und das wir, solange das Princip unseres Schutzrechtes nicht tangirt wird, auch weiterhin zu bezeigen gedenken. Türkischerseits dürfte man aber — trotz der zeitweiligen Hineigung zum Doctrinarismus — sich doch auch der Einsicht nicht verschliessen, dass es keineswegs am Platze wäre, gerade jetzt die principielle Seite der Cultusprotectoratsfrage aufzurollen oder sonst in dieser Hinsicht eine provocatorische Haltung einzunehmen und so den innern Schwierigkeiten, an denen die albanische Frage ja reich genug ist, noch äussere Anstände zuzugesellen.

a) Vgl. n. 2140, 2150.

Nr. 2143. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 28. April 1910 Nr. 115 (eing. 5 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten hohes Telegramm No. 57 vom 27. dieses Monats. Ich werde mich instruktionsgemäss am nächsten Montag dem Großvezir und dem Minister des Äussern gegenüber im Sinne der telegraphischen Weisung vom 25. dieses Monats No. 55 äussern. Bei meinen Unterredungen mit dem Grossvezir habe ich bisher absichtlich eine noch grössere Vorsicht walten lassen, als wie bei meinen diesbezüglichen Konversationen mit Rifaat Pascha. Ich tat dies hauptsächlich deshalb, (weil)^{b)} sich Hakki Pascha, wie ich Grund habe anzunehmen, Argumenten für eine mehr nachgiebige Vorgangsweise gegenüber den Albanesen noch weniger empfänglich zeigen dürfte als der

Minister des Äussern. Der Grossvezir steht bekanntlich vollkommen im Banne des Komitees. Gestern fand bei dem Minister des Äussern eine Galatafel aus Anlass des Thronbesteigungsfestes statt, an welcher die fremden Vertreter und die türkischen Minister teilnahmen. Ich benützte diese Gelegenheit, um mich Rifaat Pascha gegenüber in vorsichtiger (Weise)^{b)} in dem von Euer Exzellenz gewünschten Sinne auszusprechen, ohne mich aber vorläufig auf die mir von Euer Exzellenz zugekommenen Informationen bezüglich Sofia und Belgrad zu berufen. Ich lenkte bloss im allgemeinen die Aufmerksamkeit des Ministers auf die eventuellen Folgen langwieriger militärischer Aktionen in Albanien. Rifaat Pascha erwiderte mir, er habe keinerlei Grund zu Befürchtungen, auch nicht in Bezug auf das Verhalten Serbiens und Bulgariens. Übrigens sei er überzeugt, dass die Regierung mit den Albanesen bald fertig werden würde. Ich insistierte vorläufig nicht weiter. Der Kriegsminister, mit dem ich gleichfalls in ähnlichem Sinne sprach, antwortete mir und zwar in ziemlich erregtem Tone, „die Regierung müsse um jeden Preis in Albanien Ordnung schaffen, dies werde auch gelingen, oder das Reich müsse überhaupt zugrunde gehen. An irgendwelchen Pakt dürfe nicht gedacht, es müsste vielmehr mit grosser Strenge vorgegangen werden. So wie er dies im vorigen Jahre in Konstantinopel getan habe, werde er auch jetzt in Albanien ein Exempel statuieren, welches gewiss von den heilsamsten Folgen begleitet sein werde.“ Wie aus diesen Worten hervorgeht ist die Stimmung in der Armee und speziell in jungtürkischen Kreisen, vorläufig wenigstens, eine sehr gereizte. Grosse Vorsicht unsererseits ist also nach wie vor geboten. Im übrigen bemerkte Mahmud Schefket Pascha, dass er sich wohl auch der Gefahr eventueller äusserer Komplikationen bewusst sei. Er müsse darauf bedacht sein, die Grenzen nicht zu sehr (zu)^{b)} degarnieren. Gegebenenfalls würden übrigens, wie er überzeugt sei, die Albanesen selbst mit der türkischen Armee gegen den äusseren Feind vorgehen. Bezeichnend für die Situation ist andererseits, dass die türkischen Minister gestern abends auf Befragen die Antwort erteilt haben, keine Nachrichten vom Kampfplatze erhalten zu haben. Schliesslich möchte ich einer Äusserung, die gestern abends der serbische Gesandte mir gegenüber getan hat, Erwähnung tun: „Wenn die Arnauten unter der christlichen Bevölkerung ein Blutbad anrichten sollten, was immerhin nicht ausgeschlossen ist, könnten wir unser Volk nicht lange zurückhalten.“ Diese Bemerkung des Herrn Nenadović wird mir am nächsten Montag bei meiner Unterredung mit dem Grossvezir zustatten kommen.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 2144. — b) Chiffre fehlt.

Nr. 2144. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 28. April 1910 Nr. 116 (eing. 29. April 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Baron Marschall teilt mir mit, dass er morgen den Grossvezir aufsuchen und ihn auf die Gefahren aufmerksam machen wird, welchen sich die Türkei aussetzt, wenn sie sich in Albanien militärisch zu sehr engagieren sollte. Der Botschafter zeigte mir ein Telegramm seiner Regierung, in welchem ihm Baron Schoen mitteilt, dass der türkische Botschafter in

Berlin ihm von der Notwendigkeit eines grösseren Truppenaufgebotes in Albanien gesprochen habe, worauf der Staatssekretär Osman Nizami gegenüber auf die Eventualität hinwies, dass gewisse Nachbarstaaten leicht eine solche Gelegenheit zu einem offensiven Vorgehen gegen die Türkei benützen könnten. Die Aussprache Baron Marschalls mit dem Grossvezir kommt mir wegen meines für Montag in Aussicht genommenen Besuches bei Hakki Pascha sehr gelegen. Das Telegramm des Baron Schoen an Baron Marschall enthält auch einen Passus, wonach der Staatssekretär dem türkischen Botschafter gesagt habe, man hätte in Berlin mit Befremden konstatiert, dass ein Teil der türkischen Presse die Unruhen in Albanien auf österreichisch-ungarische Einwirkung zurückführen wolle. Der deutsche Botschafter hatte dieser Tage eine Unterredung mit Ferid Pascha. Der Ex-Grossvezir sieht sehr schwarz und glaubt, dass Hakki Pascha, selbst wenn er sich über die Schwierigkeit der Lage Rechenschaft geben sollte, gegen das Komité nicht aufkommen könne. Ferid Pascha scheint der Meinung zu sein, dass man sich hier unter russischem Einflusse zum Vorgehen gegen die Albanesen entschlossen hat.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 2143, 2146, 2147, 2149, 2174.

Nr. 2145. Erlaß nach Sofia, 28. April 1910 Nr. 1056.a) Konz. (S. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Mit Interesse habe ich das streng geheime Telegramm Euer Hochwohlgeboren vom 12. d. M. Nr. 57 sowie den streng geheimen Bericht vom 15. d. M. Nr. 30^{b)} beide eine Unterredung des k. u. k. Militärattachés^{c)} mit dem bulgarischen Kriegsminister betreffend, zur Kenntnis genommen. Euer Hochwohlgeboren bemerken mit Recht in Ihrem eben citirten Berichte, daß man bei nüchterner Prüfung der Äußerungen General Nicolajeffs manche secundäre oder subjectiv gefärbte ausscheiden müsse. Was übrig bleibt, enthält im Großen und Ganzen eine Bestätigung dessen, was uns bereits bekannt war, wobei die neuerliche Versicherung, daß zwischen Rußland und Bulgarien keine Militärconvention, noch sonst eine bindende Abmachung existire, gewiß von Werth ist. Daß aber König Ferdinand in der letzten Zeit seine Politik ostentativ nach der russischen Richtung hin orientirte, war offenkundig. General Nicolajeff, dessen uns freundliche Gesinnung und politische Auffassung außer Zweifel steht, dürfte mit seinen Äußerungen einigermaßen den Zweck verfolgt haben, uns zu einem prononcirteren Hervortreten in Sofia zu veranlassen und seine Angaben über die angeblich schon „weit vorgeschrittenen“ Pourparlers zwischen den Balcanstaaten behufs eines Zusammenschlusses, dessen Spitze sich gegen uns kehren würde, dürften in diesem Zusammenhange einigermaßen darauf berechnet gewesen sein, seinen Mitredner zu impressioniren. Die Situation, wie sie sich in der letzten Zeit darstellte, ließ es mir nun nicht als angezeigt erscheinen, daß wir betreffs Bulgariens aus einer gewissen Reserve heraustreten; denn, solange in Constantinopel der Versuch einer Stärkung und Regenerirung der Türkei durch das neue Regime noch mit einiger Aussicht auf Erfolg fortgesetzt wird, könnten wir Bulgarien nur

Rathschläge im Sinne einer correcten, friedlichen Politik gegenüber dem Nachbarreiche und einer gänzlichen Zurückhaltung in Bezug auf die macedonischen Connationalen geben, — Rathschläge, welche gewiß in Sofia nicht mit besonderer Befriedigung aufgenommen würden. Es konnte uns also ganz gelegen kommen, daß Bulgarien sich diese in der gegenwärtigen Situation einzig möglichen Rathschläge nicht in Wien, sondern in Petersburg geholt hat. Das Mißvergnügen, welches dieses Resultat der Petersburger Reise des Königs und der darauffolgende Besuch am Goldenen Horn in den politischen Kreisen Bulgariens hervorgerufen hat, könnte vielleicht sogar einer Reaction gegen die einseitig russische Orientirung präludiren, welche König Ferdinand in der letzten Zeit so ostentativ seiner Politik gegeben hat. Sollten jedoch die Chancen eines dauernden Erfolges des jungtürkischen Regenerirungsversuches fallen und sich die Situation am Balkan infolgedessen wieder wesentlich ändern, dann muß Bulgarien, bevor es an eine Action denken kann, in der Unsicherheit über die Haltung Rumäniens doch zuerst mit uns Fühlung suchen. Wenn ich es daher auch nicht für angezeigt hielt, aus der dem jungen Königreiche gegenüber in der letzten Zeit beobachteten freundlichen, aber einigermaßen reservirten Haltung herauszutreten, so ist darum doch unsere Einschätzung Bulgariens als gewichtigen, politischen Factors am Balkan, dessen Interessen den unseren nicht entgegenstehen, dieselbe geblieben; nach wie vor glauben wir, daß Bulgarien eine bedeutende Rolle in der weiteren Entwicklung vorbehalten ist. Daß von russischer Seite wie in Constantinopel, so auch in Sofia immer wieder mit der Verdächtigung gegen uns gearbeitet wird, wir gingen auf territoriale Erwerbungen im westlichen Balcan aus, ist uns ebenfalls sattsam bekannt. Eine neue förmliche Erklärung unsererseits, wie sie dem Herrn Kriegsminister vorschwebt, wäre wohl wirkungslos, nachdem solche Erklärungen in der autoritativsten Weise wiederholt von mir in den Delegationen, ja sogar in solenner Form von Allerhöchster Stelle abgegeben worden sind. Gewiß ist es aber geboten, daß auch Euer Hochwohlgeboren, so oft sich hiezu Gelegenheit bietet, diesen Ausstreuungen energisch entgegentreten und Ihre Darlegungen mit dem Hinweise darauf unterstützen, daß nicht bloß Worte, sondern Thaten, wie die Räumung des Sandschaks, den Charakter unserer Politik dokumentiren. Indem ich noch bemerke, daß es sich in Zukunft empfehlen wird, die Reproducirung von Gesprächen, welche von Wichtigkeit sind, aber des urgenten Charakters entbehren, der schriftlichen Berichterstattung zu reserviren, erneuere ich ...

^{a)} Vgl. n. 2141, 2165. — ^{b)} Bericht aus Sofia, 15. April 1910 Nr. 30 (eing. 17. April) enthält nur eine nähere Ausführung von n. 2109. — ^{c)} Vgl. n. 2113.

Nr. 2146. Tagesbericht über eine Mitteilung der deutschen Botschaft, 30. April 1910.^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Müller).

Die hiesige deutsche Botschaft hat heute hier auftraggemäß folgende Meldung Baron Marschalls zur Kenntnis gebracht: Ueber das Vorgehen der türkischen Regierung in Albanien herrsche in den Konstantinopler albanesischen Kreisen, namentlich unter den albanesischen Deputierten,

große Erbitterung. In diesen Kreisen nehme man an, daß Rußland bei den Vorgängen in Albanien seine Hand im Spiele habe, und zwar nicht etwa in der Weise, daß es die Albanesen zum gewaltsamen Widerstand aufgewiegelt hätte, sondern dadurch, daß von russischer Seite der Pforte ein scharfes Vorgehen gegen die Albanesen empfohlen wurde, um diese ihrer Vorrechte zu berauben und das neue Regime in Albanien zu befestigen. Auch Ferid Pascha teile diese Anschauung seiner engeren Landsleute und meine so wie sie, Rußland habe die Türkei, um sie zu einem energischen Auftreten in Albanien zu ermutigen, hinsichtlich der Haltung Bulgariens und Serbiens beruhigt; auch sei der Besuch König Ferdinands in Konstantinopel speziell zu diesem Zwecke arrangiert worden. Was die militärischen Maßnahmen der türkischen Regierung anbelangt, so ließen sie seiner (Baron Marschalls) Ansicht nach manches zu wünschen übrig. Ferner wurde von der deutschen Botschaft der Inhalt jener Weisung mitgeteilt, die Freiherr von Schoen vor kurzem an Baron Marschall gerichtet hat und die hier aus dem Telegramme des Markgrafen Pallavicini vom 28. d. M. Nr. 116 schon bekannt ist.

a) Vgl. n. 2144, 2149.

Nr. 2147. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 30. April 1910 Nr. 119 (eing. 1. Mai 9 U. a. m.), a) Entziff.

Geheim. Im Nachhange zu meinem Telegramme No. 116 vom 28. d. M. Baron Marschall erzählte mir über seine gestrige Unterredung mit dem Grossvezir Nachstehendes: Er habe Hakki Pascha gesagt, dass er wohl keinen Auftrag hätte, aber als alter Freund der Türkei ihn darauf aufmerksam machen müsse, dass die türkische Regierung in der albanesischen Sache fausse route mache. Der Grossvezir erwiderte hierauf, die Regierung müsse in Albanien Ordnung schaffen, es sei auch ihr Prestige jetzt schon engagiert. Nach hergestellter Ordnung könne man allerdings auch Milde walten lassen. Baron Marschall hat hierauf die Angelegenheit vom Standpunkte der äusseren Politik besprochen und dem Grossvezir gesagt, dass die Türkei durch das Vorgehen gegen Albanien eigentlich russische Politik mache. Russland sei ja von jeher gegen den albanesischen Stamm feindlich gesinnt gewesen. Ausserdem machte er ihn noch auf die Gefahren aufmerksam, welchen sich das türkische Reich durch eine zu weitgehende militärische Engagierung in Albanien aussetze. Hakki Pascha fiel dem deutschen Botschafter ins Wort, indem er sagte: „Ich weiss, dass man in Wien so denkt und nervös ist, aber bekanntlich hat ja Österreich-Ungarn in Bezug auf Albanien Sonderinteressen.“ Auf die Antwort Marschalls, dass die k. u. k. Monarchie nichts anderes wünsche, als den status quo aufrechtzuerhalten, erwiderte der Grossvezir: „Ich will es hoffen“, worauf der Botschafter mit den Worten replizierte: „Es gebe da nichts zu hoffen, ich versichere Sie und garantiere Ihnen, dass, was ich Ihnen mit Bezug auf Österreich-Ungarn gesagt habe, der Wirklichkeit entspricht.“ Die obigen Worte Hakki Paschas beweisen, wie richtig meine bisherige Zurückhaltung in vorliegendem Gegenstande ihm gegenüber war. Unter diesen Umständen

werde ich, glaube ich, gewiss Euer Exzellenz Intentionen entsprechen, wenn ich in meiner für nächsten Montag in Aussicht stehenden Unterredung mit dem Grossvezir sowie auch mit Rifaat Pascha mich einer entsprechenden Reserve befeisse.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 2149, 2150.

Nr. 2148. Bericht des Legationsrates Grafen Adam Tarnowski aus London, 30. April 1910 Nr. 24 (eing. 3. Mai).a) Ausfert.

In den letzten Tagen wurden wieder im House of Commons Anfragen an die Regierung über die „Austrian Dreadnoughts“ gerichtet und auch in der Presse ist von diesen grossen Schlachtschiffen, die bei uns gebaut werden sollen, häufiger die Rede gewesen. Wie Euer Excellenz aus den anverwahrten Zeitungsausschnitten geneigt est entnehmen wollen, wurde sowohl in den Pressartikeln als auch in Anfragen im Parlamente auf ein Arrangement hingewiesen, welches wir bezüglich einer eventuellen Übernahme der vom Stabilimento tecnico gebauten Schiffe angeblich mit Deutschland geschlossen hätten. Obwohl der Marine-Minister bis jetzt stets im Parlamente die correctesten Antworten auf diese Interpellationen gegeben hat und obwohl, mit Rücksicht darauf, zur Erhebung einer Reklamation kein Grund vorlag, glaubte ich doch, die Frage im Foreign Office in entsprechender Weise erwähnen zu sollen. Anlässlich eines Besuches, den ich gestern bei Sir Charles Hardinge abgestattet habe, machte ich in freundlicher Weise die Bemerkung, dass einzelne Parlaments-Mitglieder den ersten Lord der Admiralität mit Fragen über unsere Dreadnoughts gar so sehr seckieren und dass auch die Presse dieses sujet viel bespreche und verschiedene unwahrscheinliche und unsinnige Combinationen daran knüpfe. Sir Charles antwortete darauf, dass bei dem hiesigen parlamentarischen System die Deputirten nicht verhindert werden können, die ihnen beliebigen Fragen zu stellen, und dass auch die Presse bezüglich ihrer Sprache dieselbe absolute Freiheit geniesse. Ich bemerkte weiter, dass ich allerdings die Korrektheit, mit welcher Mr. Mc. Kenna die in Betracht kommenden Interpellationen beantwortet, anerkennen müsse und mit Rücksicht darauf durchaus nicht die Absicht hätte, eine Reklamation zu erheben; immerhin aber — und blos in der besten Absicht — wollte ich die Sache constatiren und erwähnen, wie mir das viele Gerede über einen, seiner Natur nach heiklen Gegenstand unerwünscht erscheine. „Wenn man auch den Eindruck haben kann“, fügte ich hinzu, „dass die ‚Austrian Dreadnoughts‘ hier nur als ein Argument im Kampfe der Parteien ausgespielt werden, so kann ich mich doch nicht über diese Discussionen freuen, da, je mehr darüber gesprochen wird, umso leichter etwas gesagt werden kann, was dann von der Presse aufgebauscht, in den beiderseitigen öffentlichen Meinungen Susceptibilitäten wachrufen könnte, welche der guten Stimmung, die zwischen den beiden Staaten herrscht, nicht förderlich sein würden.“ Sir Charles antwortete mir, dass er ebenso sehr das beständige Auftischen der Frage unserer Dreadnoughts bedauert, dass aber die Regierung kein Mittel hat, die hierzulande verbreiteten, den Anfragen im Parlamente zu Grunde liegenden Impressionen

und Stimmungen zu ändern. Die Regierung könne nichts mehr tun, als sich selbst eine diskrete und reservierte Haltung auferlegen und eine solche, wie ich zugeben müsste, werde von dem Marine-Minister strict beobachtet.
Tarnowski.

a) Vgl. n. 2157, 2168.

Nr. 2149. Erlaß nach Berlin, 5. Mai 1910 Nr. 1128.a) Konz. (S. Rappaport; G. Müller).

Aus den Euer Exzellenz übermittelten Telegrammen des Markgrafen Pallavicini vom 28. und 30. v. M.^{b)} habe ich mit Befriedigung die wohlmeinenden Ratschläge ersehen, welche der ottomanischen Regierung hinsichtlich ihres Vorgehens gegen die Arnauten des Vilajetes Kossowo von deutscher Seite erteilt worden sind. Es hat mich insbesondere angenehm berührt, daß Baron Marschall in seiner Konversation mit Hakki Pascha die betreffende Bemerkung fallen gelassen hat, daß die Türkei durch ihr Vorgehen gegen Albanien eigentlich russische Politik mache und daß derselbe weiters in seiner schlagfertigen Antwort auf die gegen uns gerichtete Verdächtigung des Großveziers mit Recht betont hat, daß die Monarchie nichts anderes wünsche, als den status quo aufrecht zu erhalten. Der deutsche Botschafter hat mit diesen beiden Bemerkungen die Situation in Kossowo und unsere Beurteilung derselben ebenso kurz als richtig resumiert. Es wäre tatsächlich bloß im russischen Interesse gelegen, wenn die Türkei bis zum Aeussersten gehen und hiedurch den nationalen status quo in jener bekanntlich von Albanesen und Serben bewohnten Gegend erschüttern wollte. Die gewaltsame und übereilte Einführung nivellierender Reformen müsste nämlich dazu führen, daß die bisher herrschenden, jedoch kulturell zurückgebliebenen Albaner von Kossowo durch die weit vorgeschrittenen serbischen Mitbewohner des Landes politisch und ökonomisch in den Hintergrund gedrängt würden. Nur ein versöhnliches Auftreten der Türken und die Einräumung eines den Ausgleich der erwähnten Differenz im Kulturniveau der beiden Nationalitäten ermöglichenden Uebergangsstadiums könnten verhüten, daß das heutige Insurrektionsgebiet sich in ein wirkliches „Altserbien“ verwandle, was wohl weder im Interesse der Türkei noch in jenem der beiden mitteleuropäischen Kaisermächte gelegen sein kann. Es wäre mir erwünscht, wenn Euer Exzellenz Gelegenheit fänden, sich dem Reichskanzler oder dem Staatssekretär gegenüber im vorstehenden Sinne vertraulich auszusprechen. Ich füge bei, daß Markgraf Pallavicini beauftragt war, Rifaat und Hakki Pascha in analoger Weise, wie Baron Marschall es getan hat, in freundschaftlicher Form auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche der Türkei bei Bindung bedeutender Streitkräfte in Albanien von anderer Seite erwachsen könnten. Schließlich möchte ich erwähnen, daß die hiesige deutsche Botschaft auftragsgemäß die aus beifolgender Notiz ersichtliche Meldung Baron Marschalls über Albanien^{c)} zu meiner Kenntnis gebracht hat.

a) Vgl. n. 2150, 2160. — b) n. 2144, 2147. — c) Vgl. n. 2146.

Nr. 2150. Privatschreiben aus Konstantinopel, 5. Mai 1910 (eing. 8. Mai).^{a)} Ausfert.

Ich beehre mich, Euerer Excellenz meinen ergebenen Dank für das hohe Privatschreiben vom 28. April d. J. auszusprechen. In demselben heben Euere Excellenz mit Bezug auf die jetzt in Albanien sich abspielenden Ereignisse hervor, dass neben den in meinem Schreiben vom 20. v. M. ins Auge gefassten beiden Eventualitäten es noch einen dritten mittleren Ausweg aus der Krise geben könnte, nämlich eine gütliche Verständigung der beiden Theile, wie dies bei ähnlichen Fällen in der Türkei schon so oft der Fall war. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass dieser Weg der vernünftigste und wünschenswerteste sein würde. Es ist auch sehr möglich, dass derselbe früher oder später, sei es durch die jetzige Regierung oder eine nachfolgende, eingeschlagen werden wird. Unter den gegenwärtigen Umständen jedoch würde derselbe einer Niederlage des jetzt herrschenden Régimes in der Türkei gleichkommen und daher mehr oder weniger in den Rahmen der von mir in zweiter Linie erwähnten Eventualität fallen. Nachdem zur Niederwerfung des Aufstandes in Albanien die Hauptstadt von Truppen beinahe entblösst wurde, nachdem man gezwungen war, Redifs in Macedonien und in Kleinasien, wie ich gestern erfahren, sogar in Erzerum (also auch im IV. Corpsbereiche) zu mobilisiren, muss die Regierung einen eklatanten militärischen Erfolg haben. Im entgegengesetzten Falle würde ihr Ansehen nicht allein in Albanien, sondern im ganzen Reiche in arger Weise geschädigt werden. Hakki Pascha hat wohl gestern im Parlamente anscheinend einen Sieg davongetragen, aber seine Autorität und überhaupt die Autorität der ganzen Regierung ist schon jetzt tief gesunken. Die einzige Persönlichkeit, die noch heute Ansehen hat, ist Mahmud Schefket Pascha, aber auch die Autorität des Generalissimus und heutigen Kriegsministers ist nur eine relative und kann, wenn sich nicht bald ein Erfolg der Truppen einstellen sollte, gleichfalls schwinden. Nur ein ausgesprochener Sieg in Albanien könnte die Regierung retten. Vorläufig scheint aber wenig Aussicht vorhanden, dass sich ein solcher so bald einstellen werde. Ohne Zweifel würde auch Hakki Pascha eine gütliche Austragung der Differenzen in Albanien wünschen. Er kann aber diesen Weg nicht betreten, ohne dem jetzigen Régime den Todesstoss zu geben. Deshalb wehrt er sich auch gegen den von albanesischer Seite gestellten Antrag, in diesem Augenblicke, also vor Niederwerfung des Aufstandes, eine Untersuchungscommission nach Albanien zu entsenden. Wie ich Euerer Excellenz gemeldet habe, hat Baron Marschall einen Versuch gemacht, auf Hakki Pascha in versöhnlichem Sinne einzuwirken.^{b)} Dieser Versuch ist erfolglos geblieben. Ebenso hat, wie ich dies heute an anderer Stelle erwähne, der Hinweis Ferid Pascha's auf die eventuellen äusseren Gefahren, die mit der Aktion in Albanien verbunden sein könnten, Hakki Pascha nicht umgestimmt. Ich selbst hatte die Absicht, mit dem Grossvezir und Rifaat Pascha im Sinne der mir von Euerer Excellenz gegebenen Instruktionen zu reden, aber seit vier Tagen kamen die Minister nicht auf die Pforte und ich wollte aus naheliegenden Gründen eine Zusammenkunft mit denselben nicht erzwingen. Uebrigens werden, glaube ich, Rathschläge meinerseits von ebenso wenig Erfolg sein,

als jene Baron Marschall's. Wenn der Hinweis auf eventuelle Gefahren von mir kommt, so wird man eher geneigt sein, an diese Gefahren eben nicht zu glauben, und voraussetzen, dass uns irgend ein Hintergedanke bei der Sache leitet. Der Grossvezir hat in seiner gestrigen Rede im Abgeordneten-hause allerdings ausdrücklich die Gerüchte, dass in Albanien Einflüsse von Aussen sich geltend machen, zurückgewiesen, aber trotzdem müssen wir uns darüber klar sein, dass er, sowie die übrigen Männer, die heute an der Spitze der Geschäfte hier stehen, uns gegenüber, namentlich in Bezug auf Albanien, das grösste Misstrauen hegen. Die Lage im Allgemeinen ist heute wieder in eine Phase getreten, wo es unmöglich ist, sich ein Bild darüber zu machen, wie sich die Dinge in der nächsten Zukunft entwickeln werden. In meiner Berichterstattung habe ich immer hervorgehoben, dass hier Alles von der Armee abhängt. Wenn dieselbe sich in Albanien nicht bewährt und die ihr gestellte Aufgabe zu lösen nicht im Stande ist, so müssen wir einer neuen Umwälzung gewärtig sein. In einem meiner heutigen Berichte weise ich auf die Lage in den arabischen Provinzen hin.^{c)} Auch in dieser Beziehung kann heute oder morgen die Situation einen akuten Charakter annehmen. In einem solchen Falle würde das Feuer an den beiden Extremitäten des Reiches ausgebrochen sein und es ist sehr fraglich, ob die Machtmittel des Staates ausreichen würden, um dasselbe zu löschen.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 2149, 2163. — ^{b)} Vgl. n. 2147. — ^{c)} Bericht vom 5. Mai 1910 Nr. 34 B. Nicht aufgenommen.

Nr. 2151. Tel. nach Konstantinopel, 6. Mai 1910 Nr. 64 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. und G. Pogatscher).

Ich telegraphire an den Botschafter in Rom, sowie an die Geschäftsträger in Paris, London und Petersburg wie folgt: (Inseratur heutiges Telegramm nach Paris, London, Rom (Quir.) und St. Petersburg, Nr. 30 beziehungsweise Nr. 25, 43, 53.) Indem ich Euer Exzellenz vorstehendes Telegramm zu Ihrer Information mittheile, sehe ich einer Meldung darüber entgegen, dass Hochdieselben sich in diesem Sinne und in Ausführung früherer Instructionen dem Grossvezir und dem Minister des Äussern gegenüber ausgesprochen haben, wobei ich es Euer Exzellenz anheimstelle, dies in geeigneter und vorsichtiger Form zu thun. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 2152, 2153, 2155.

Nr. 2152. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 6. Mai 1910 Nr. 127 (eing. 4 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Der Deputierte und Chefredakteur des „Tanin“, Hussein Dschahid Bey, ein sehr einflussreiches Mitglied des Komités, hat mich heute besucht. Er erzählte mir hiebei, dass Mahmud Schefket Pascha sich heute nach Üsküb begeben soll. Aus seinen weiteren Bemerkungen erhielt ich den Eindruck, dass der Kriegsminister sich persönlich über die Situation informieren und eventuell mit den ihm seit seinem Generalgouvernorate bekannten Albanesenführern in Verbindung treten will. Ich sagte Hussein Dschahid,

dass die Regierung meiner Ansicht nach zu diesem Entschlusse zu beglückwünschen sei und dass man sich wohl den besten Erfolg von einer Intervention des Kriegsministers versprechen könne. Ich benützte auch die Gelegenheit, um den genannten Deputierten auf die möglichen Gefahren, welche eine zu weitgehende Engagierung der militärischen Kräfte in Albanien zur Folge haben könnte, und auf die grosse Bedeutung des albanesischen Stammes für die türkische Herrschaft in Europa aufmerksam zu machen. Dschahid stimmte meinen Ausführungen bei, bemerkte aber, dass die türkische Regierung vor allem genötigt sei, ihre Autorität in Albanien herzustellen, um die nötigen Reformen in Angriff nehmen zu können. Es unterliegt keinem Zweifel, dass der Genannte von seiner Unterhaltung mit mir den Ministern Mitteilung machen wird, weswegen ich mich absichtlich in ein längeres Gespräch mit ihm eingelassen habe. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2151, 2153, 2155.

Tel. nach London, 6. Mai 1910 Nr. 25 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2153.

Nr. 2153. Tel. nach Paris Nr. 30 (1), London Nr. 25 (2), Rom Nr. 43 (3) und St. Petersburg Nr. 53 (4), 6. Mai 1910 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

I.—4. Vertraulich. Wie Euer etc. bekannt, hat sich die Pforte anlässlich der Unruhen in Albanien zu energischen Massregeln gegen die Aufständischen entschlossen und bedeutende Truppenmassen nach den insurgirten Theilen des Vilajets Kossovo theils schon entsendet, theils ist sie noch im Begriffe dies zu thun. Von aufrichtig freundschaftlichen Gefühlen für die Türkei erfüllt, finden wir die Anstrengungen vollkommen begreiflich, die die türkische Regierung sich auferlegt, um der Aufstandsbewegung im mohamedanischen Nordalbanien Herr zu werden; eine Wiederherstellung und Stärkung der türkischen Autorität in jenen Gebieten, erscheint uns sogar direkt als wünschenswerth. Wenn wir sonach das energische Vorgehen der türkischen Regierung auch nur vollkommen billigen können, verschliessen wir uns dennoch nicht den Gefahren, denen die Erhaltung des status quo am Balkan ausgesetzt wäre, wenn sich die Türkei gezwungen sähe im Laufe der Ereignisse das übrige Territorium des Reiches von Truppen zu entblößen und diese in langwierigen und blutigen Kämpfen mit den albanischen Stämmen zu verwenden. Es ist nicht zu übersehen, dass die gegenwärtig für die Türkei günstige politische Lage am Balkan und die guten Aussichten auf eine friedliche Entwicklung ihrer Beziehungen zu den Nachbarstaaten, neben dem diplomatischen Geschicke der leitenden türkischen Staatsmänner, in erster Linie dem Respekte vor dem bedeutenden Machtfactor zuzuschreiben ist, den die türkische Armee heute darstellt. Sollte infolge der Ereignisse in Albanien dieser Machtfactor für kürzere oder längere Zeit nicht voll zur Geltung kommen können, so würden alle schlummernden Aspirationen wieder geweckt und der status quo und mit ihm der Frieden am Balkan, der ein europäisches Bedürfniss darstellt, ernstlich gefährdet werden. Ich habe daher Markgraf Pallavicini beauftragt die leitenden türkischen Staatsmänner in freundschaftlicher Weise auf die

Gefahren aufmerksam zu machen, welche bei Bindung bedeutender Streitkräfte in Albanien der Türkei drohen könnten und bin durch die Nachricht angenehm berührt, dass analoge wohlmeinende Rathschläge den Türken auch von deutscher Seite und zwar proprio motu erteilt wurden. Vorstehendes zu Euer etc. vertraulicher Information. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2151, 2152, 2166, 2171, 2182.

Tel. nach Rom, 6. Mai 1910 Nr. 43 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2153.

*Tel. nach St. Petersburg, 6. Mai 1910 Nr. 53 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).
Siehe n. 2153.*

Nr. 2154. Tel. aus Berlin, 7. Mai 1910 Nr. 64 (eing. 8. Mai 9 U. a. m.). Entziff.

Vorbericht zu n. 2160.

Nr. 2155. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 7. Mai 1910 Nr. 128 (eing. 5 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm No. 64 von vorgestern erhalten. Anlässlich einer zufälligen Begegnung mit Rifaat Pascha habe ich denselben neuerlich in dem Sinne des hohen Auftrages vom 25. v. M. No. 55 auf die Gefahren, welche eine grössere militärische Unternehmung in Albanien vom Standpunkte der auswärtigen Lage der Türkei nach sich ziehen könnte, aufmerksam gemacht. Ich wies hiebei speziell auch darauf hin, welch' schlechten und für die Wehrfähigkeit der Türkei ungünstigen Eindruck die Heranziehung so weit entfernter Truppenkörper, wie der Redifbrigade von Samsun, allseits, insbesondere bei den Feinden der Türkei hervorbringen müsse. Rifaat Pascha erwiderte, dass letztere Massregel beschlossen worden sei, um die Grenzen nicht zu sehr zu degarnieren. Im Übrigen zeigte sich der Minister meinen Bemerkungen eher zugänglich und auch von einer gewissen Sorge wegen der Entwicklung der Dinge im Aufstandsgebiete erfüllt. Ich werde heute nachmittags den Grossvezir auf der Pforte aufsuchen, um mich auch letzterem gegenüber im Sinne meiner Instruktionen vernehmen zu lassen. Die in meinem gestrigen Telegramme No. 127 gemeldete, inzwischen erfolgte Abreise Mahmud Schefket Paschas nach Salonik, hängt, wie mir scheint, mit den Uneinigkeiten innerhalb der in Albanien stehenden Truppen zusammen. Man spricht auch davon, dass die Mannschaften selbst nicht ganz sicher sind. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2156, 2163.

Nr. 2156. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 7. Mai 1910 Nr. 130 (eing. 8. Mai 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Ich hatte soeben eine längere Aussprache mit dem Grossvezir, welche durchwegs im Tone einer freundschaftlichen und vertraulichen Konversation geführt wurde. Einleitend sagte ich ihm, dass ich schon vor mehreren Tagen mit ihm über die Situation in Albanien sprechen wollte. Ich erzählte ihm sodann die mir von Euer Exzellenz

gegebenen Informationen über Belgrad und Sofia, sowie die mir seitens des hiesigen serbischen Gesandten gemachte Aeusserung. Der Grossvezir dankte mir für diese Mitteilungen und fügte hinzu, er wisse, dass man in Wien über die Lage etwas beunruhigt sei. Diese Beunruhigung wäre jedoch seiner Ansicht nach nicht begründet, da die Türkei auch für den Fall eventueller Angriffe von aussen vollkommen gerüstet dastehe. Das 2. Korps sei ganz intakt und das 3. stehe in seinem Korpsbereiche ganz nahe an der serbischen und bulgarischen Grenze. Es sei also keinerlei Grund zu ernsteren Befürchtungen vorhanden. Hakki Pascha fügte hinzu, dass übrigens die Albanesen gegen jeden fremden Feind gemeinschaftlich mit der Armee vorgehen würden. Des Weiteren sagte er: „La seule chose à laquelle je tiens dans ma politique balkanique est l'amitié de l'Autriche-Hongrie. Ditez ça, je vous prie, au Comte d'Aehrenthal. Nous serions seulement inquiets si nous n'étions pas sûrs de cette amitié.“ Ich erwiderte dem Grossvezir, dass er unserer Freundschaft sicher sein könne und ebenso unseres Interesses an der Aufrechterhaltung des status quo, aber eben deshalb hegten wir Befürchtungen für den Fall, als sich die Türkei in Albanien zu weit engagieren würde und ihre militärischen Kräfte dort noch vielleicht durch Wochen und Monate gebunden wären. Es sei unserer Meinung nach wohl unerlässlich, die staatliche Autorität in Albanien wieder herzustellen, auch ratsam, Mittel und Wege zu finden, damit die Schwierigkeiten in Albanien in irgend einer Weise je eher behoben würden. Ich wies hiebei auch auf die Nachteile hin, welche eine Aufrollung der Kretafrage in diesem Momente für die Türkei in sich schliessen könnte. Hakki Pascha erwiderte, er sei auch in letzterer Beziehung Optimist, da die Türkei unter allen Umständen genug stark wäre, eventuell Larissa zu okkupieren und als Faustpfand zu behalten. Was das fernere Vorgehen der türkischen Regierung anbelangt, sagte der Grossvezir, vor allem müsse den Albanesen die Ueberzeugung beigebracht werden, dass der Staat genug stark ist, um Ordnung zu schaffen; dann aber werde man es an Nachsicht und Entgegenkommen nicht fehlen lassen. Er habe die Überzeugung, dass man in einigen Wochen zum Ziele gelangen werde. Nach Hakki Pascha sprach ich mit dem Minister des Aeussern. Letzterer sagte mir unter anderem, man denke nicht an eine Entwaffnung der Albanesen. Beide Minister gaben mir zu verstehen, dass der Vali von Üsküb im geeigneten Momente durch eine andere Persönlichkeit ersetzt werden wird. Betreffs der Reise Mahmud Schefket Paschas nach Albanien sagte mir sowohl der Grossvezir als Rifaat Pascha, dass dieselbe zunächst Informationszwecke verfolge. Vorläufig seien circa 10 Tage für Aufenthalt Mahmud Schefket Paschas in Aussicht genommen. Rifaat Pascha leugnet, dass sich irgendwelche Anstände bei den Expeditionskorps ergeben hätten. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2155, 2159, 2163, 2199.

Nr. 2157. Bericht des Legationsrates Grafen Adam Tarnowski aus London, 7. Mai 1910 Nr. 28 B (eing. 10. Mai). Ausfert.

Seitdem ich im Herbste vorigen Jahres die Botschaft geleitet hatte, habe ich hier einige Impressionen und Beobachtungen gesammelt, die ich

nunmehr, nachdem ich wieder zur selbständigen Berichterstattung die Gelegenheit habe, zu der Kenntnis Euerer Exzellenz bringen will. Die „Annexions-Krise“ hat in dem Verhältnis Englands zu der Monarchie in zweifacher Richtung Spuren zurückgelassen. Die erste Folge dieser Krise war die „Verstimmung“ des Königs, der Regierung und der an der Politik sich aktiv beteiligenden englischen Kreise, die andere besteht in einer „veränderten Anschauung“ die hiezulande über uns als Faktor in der internationalen Politik Platz gegriffen hat. Die „Verstimmung“ welche in der nach der Annexion unmittelbar eingetretenen Spannung der Beziehungen des britischen Kabinettes zu uns und in der Gereiztheit der massgebenden Organe der hiesigen Presse ihren Ausdruck fand, war nur eine vorübergehende Folge der oberwähnten Krise. Trotz der Verstimmung hat sich hier sehr bald der aufrichtige Wunsch fühlbar gemacht, „die Spannung“ und „die Gereiztheit“ durch die Wiederkehr zu normalen Beziehungen und zu einem freundlicheren Tone zu beenden. Sobald die Manifestationen des guten Willens und des Empressements Englands, welche in der Marienbader Reise König Eduards und in Seinem dortigen Auftreten^{a)} kulminirten, unsererseits halbwegs entgegenkommend beantwortet wurden, war die erste Folge der Krise nämlich die Verstimmung und Spannung gleich verschwunden. Diese Wandlung war um so schneller und vollständiger, je mehr die andere Folge der Krise nämlich die „veränderte Anschauung über uns“, aus welcher der oberwähnte Wunsch mit uns ehebaldigst wieder auf einen guten Fuss zu kommen entsprang, in der hiesigen öffentlichen Meinung tiefer und bleibender sich einprägte. Insoferne Empfindungen in Betracht kommen, können somit die unmittelbaren Spuren der Krise als nicht mehr existirend angesehen werden. Das was hier jetzt uns gegenüber empfunden wird, ist nicht mehr das direkte Resultat der Krise, sondern ein notwendiges Korrelat der anderen allein fortbestehenden Folge der Annexion, nämlich jener „neuen Auffassung“, die sich hiezulande „über uns“ verbreitet hat. Eine, in kurze Worte gefasste, Definition dieses „veränderten Urteils“, welches das in England vor der Krise über Österreich-Ungarn bestandene abgelöst hat, dürfte dahin lauten, dass wir hier früher als eine Macht betrachtet wurden, mit der ein Konflikt für Gross-Britannien undenkbar war, wogegen jetzt man in uns einen eventuellen Feind erblickt, der den einzigen Gegner, mit dem man hier rechnet, nämlich Deutschland, im Ernstfalle aktiv unterstützen würde. Wenn man unser Bündnis mit dem deutschen Reiche vor der Annexions-Krise ebenfalls in Rechnung zu ziehen hatte, waren die Festigkeit und die Wirksamkeit dieser Allianz, sowie auch unsere eigene Leistungsfähigkeit nicht klar erkannte Begriffe. Die daraus entspringende „Ungewissheit“ bildete an und für sich für England einen politischen Factor, der fortbestehen konnte, so lange wir der aktiven Politik auf eigene Rechnung uns enthielten und — wenn auch auf Seite Deutschlands — doch meistens nur auf die Rolle des Vermittlers oder des desinteressierten, versöhnlich wirkenden „Sekundanten“ uns beschränkten. Seitdem wir aktiv aufzutreten uns entschlossen haben und statt, wie bis jetzt, Deutschland beizustehen oder auf dasselbe mässigend zu wirken, wir in unserem eigenen Unternehmen von Deutschland unterstützt wurden

und — wie man glaubt — eine Schuld der Dankbarkeit dem deutschen Reiche gegenüber übernommen haben, hat die bisherige „Ungewissheit“ über den Wert der Allianz und das Vertrauen in unsere Passivität in die Überzeugung sich umgewandelt, dass erstens, die in Betracht kommenden Alliierten in der auswärtigen Politik unbedingt zusammenhalten würden und so gut wie identisch seien, und zweitens, dass auch mit unserer eigenen Kraft und Initiative gerechnet werden müsse. So entstand für England statt des erwähnten politischen Zustandes der „seeligen Ungewissheit“, eine neue Lage, mit welcher — da sie einen Strich durch die englische Rechnung bedeutet — man sich hier nicht leicht abzufinden vermag. Nur die Festigkeit unseres Bündnisses mit Deutschland und unsere Intimität mit Berlin sind dem Engländer unangenehm; unser Erwachen zur Kraft und zum Selbstbewusstsein stört ihn weniger und gewissermassen begrüsst er es sogar freundlich, indem er darin eine Gewähr für die Selbständigkeit unserer Politik erblickt. Zum ersten Male ist die Empfindsamkeit Englands wegen unseres nahen Verhältnisses zu dem deutschen Reiche klar in den Pressstimmen zu Tage getreten, die anlässlich der nach der letzten Marienbader Reise des Königs eingetretenen Detente sich hier vernehmbar gemacht haben. Es dürfte Euer Exzellenz noch erinnerlich sein, wie die hiesigen Zeitungen und insbesondere die Times damals die Wiederaufnahme vertrauensvoller Beziehungen mit uns davon abhängig machte, dass unsere Politik mit jener Deutschlands „nicht identisch“ sein werde. Viele, mehr oder weniger starke Indizien haben seither meinen Eindruck bekräftigt, dass nur die Frage unserer Intimität mit Deutschland den Stein des Anstosses für England bildet. Die hiesige Suszeptibilität in diesem Punkte hat sich in besonders auffallender Weise manifestirt, als im vergangenen Herbste zum ersten Male die Nachricht von unserer Absicht Dreadnoughts^{b)} zu bauen, anhergelaufen ist. Die öffentliche Meinung Englands sah darin den Beweis, dass sie uns nunmehr mit Deutschland unbedingt zu identificiren habe. Die Nervosität die hier vor Kurzem in höherem Masse sich eingestellt hat als bekannt wurde, dass zwei der erwähnten Schlacht-Schiffe angeblich auf Stapel gelegt wurden, hat auch keinen anderen Grund als den, dass nach der hiesigen Überzeugung unsere Flottenvermehrung als direkter Machtzuwachs Deutschlands anzusehen ist. Ebenso wohl lässt sich die Erregtheit mit der unsere kürzliche Anfrage in persischen Angelegenheiten^{c)} im Foreign Office aufgenommen wurde, nur damit erklären, dass man in England mit dem Gedanken sich nicht versöhnen kann in den Orientfragen die k. u. k. Monarchie stets an der Seite Deutschlands zu finden. Abgesehen von diesen Symptomen die wohl kaum anders ausgelegt werden dürften, haben mir auch wiederholt Äusserungen, die ich von Engländern gehört habe, bestätigt, dass meine Impressionen richtig waren. Ein aktiver englischer Staatsmann, mit dem ich unlängst vertraulich konversierte, sagte mir unumwunden, dass die englische öffentliche Meinung seit der Annexions-Krise Österreich-Ungarn von Deutschland „nicht mehr trennen kann“. Es klang wie ein Vorwurf, den man einem Freunde, den man verloren hätte, machen würde, als er zu mir bemerkte, dass England bei seinem Flotten-Programm und der Ausstattung seiner Mittelmeer-Escadre nunmehr — neben der deutschen —

auch unsere Kriegsmarine in Betracht ziehen müsste. „Italien oder die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika könnten die mächtigsten Flotten bauen, ohne dass irgend jemand in England dadurch beunruhigt werde; so fest sei die hier verbreitete Überzeugung, dass keiner dieser Staaten je mit Gross-Britannien Krieg führen würde; mit Österreich-Ungarn verhielte es sich aber ganz anders, da man hier allgemein des Glaubens wäre, dass im Falle eines Krieges mit Deutschland England auch mit der k. u. k. Marine zu kämpfen hätte.“ Die soeben angeführte Sprache eines englischen Staatsmannes, die meine persönlichen Beobachtungen bestätigt, erscheint umso bezeichnender, als bekanntermassen die Stimmungen dieses Landes in auswärtigen Fragen in der Regel mit dem Standpunkte der jeweiligen Regierung sich decken. Dass die besprochene „veränderte Anschauung“ über uns, die in der englischen öffentlichen Meinung nach der Annexions-Krise Platz gegriffen und seitdem Wurzeln geschlagen hat, der Erhaltung formell guter Beziehungen zwischen der Monarchie und England nicht hinderlich ist, braucht keiner näheren Begründung. Würde diese „veränderte Anschauung“ überhaupt nicht vorhanden sein, dann würde auch der Freundschaft Englands mit Österreich-Ungarn keine Grenze gesteckt. Nachdem aber so ein Urteil über uns in der hiesigen öffentlichen Meinung sich gebildet hat, kann gesagt werden, dass englischerseits nicht trotz desselben, sondern wegen desselben auf die sorgfältige Pflege korrekter und freundlicher Verhältnisse mit der k. u. k. Monarchie Gewicht gelegt wird. Dass dieses Verhältnis zu uns — so lange in der öffentlichen Meinung Englands in Folge einer Verschiebung internationaler Beziehungen nicht ein Umschwung eintreten wird — kein wirklich vertrauensvolles sein kann, darüber müssen wir uns im Klaren sein und das wollte ich Euer Exzellenz melden. Was für Möglichkeiten für eine Änderung der jetzigen englischen Stimmung in Folge des soeben erfolgten Wechsels auf dem britischen Thron^{d)} gegeben werden mögen, kann ich im Rahmen dieser meiner Meldung, welche vor dem so unerwartet und plötzlich eingetretenen Tode König Eduards verfasst wurde, nicht mehr erörtern. Jedenfalls sind die vorstehenden Betrachtungen durch den erwähnten Thronwechsel nicht gegenstandslos geworden.

Tarnowski.

^{a)} Vgl. n. 1799. — ^{b)} Vgl. n. 2148. — ^{c)} Nicht aufgenommen. — ^{d)} König Eduard starb am 6. Mai einige Minuten vor Mitternacht.

Nr. 2158. Bericht aus Belgrad, 9. Mai 1910 Nr. 23 D (eing. 10. Mai). Ausfert.

Vertraulich. In Befolgung der hohen vertraulichen Weisung Nr. 1015 vom 23. v. Mts. habe ich nicht ermangelt, das serbische „Taschenbuch über die österreich-ungarische Armee“ in entsprechender Weise bei dem Herrn Minister des Äussern zur Sprache zu bringen. Herr Milovanović versicherte mich, dass er es bedauere, dass diese Publikation nunmehr in zweiter Auflage erschienen sei. Dieselbe sei, wie die Regierung vermute, von pensionierten Offizieren, welche der „Narodna Odbrana“ angehören, verfasst und habe nach Ansicht des serbischen Generalstabes gar keinen

militärischen Wert. Er glaube auch nicht, dass das Werk der „Narodna Odbrana“ Geld eingetragen hätte oder viel Absatz finde; die meisten Exemplare dürften verschenkt worden sein, ihm selbst wäre eines zugesendet worden. Die Regierung missbillige die den jetzigen Beziehungen zur Monarchie ganz unangepasste Publikation, zu deren Verfolgung ihr jedoch die gesetzliche Handhabe fehle. Immerhin werde er trachten, auf einige ihm persönlich bekannte Mitglieder der „Narodna Odbrana“, welcher Verein ansonsten von der Regierung ganz unabhängig sei, einzuwirken, ihnen von der weiteren Verbreitung und Neuausgabe dringend abraten und, falls notwendig, ihnen sagen, dass die Regierung sich doch zu ernsteren Massnahmen gezwungen sehen könnte.

Forgách.

Nr. 2159. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 9. Mai 1910 Nr. 132 (eing. 10. Mai 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Bei meiner heutigen Besprechung mit Rifaat Pascha konnte ich feststellen, dass meine samstäigige Aussprache beim Grossvezir den von uns erwünschten Eindruck gemacht hat. Der Minister des Aeussern konstatierte mit mir, dass nach den letzten Nachrichten die Situation sich in Albanien bedeutend gebessert hat und sagte auf meine Bemerkung, dass nunmehr der Moment gekommen sei, Nachsicht walten zu lassen, die Regierung werde dies ohne Zweifel tun. Sie wolle lediglich der Revolte ein Ende bereiten und anderseits in Albanien sodann mit Ruhe und Behutsamkeit vorgehen. Im Laufe des Gespräches erwähnte der Minister, dass sowohl von serbischer als von bulgarischer Seite in letzter Zeit der Pforte die ausdrücklichsten Versicherungen für ein korrektes Verhalten gegeben worden seien. Was speziell Bulgarien anbelange, so seien der Pforte nicht die geringsten Anzeichen wahrnehmbar geworden, welche auf eventuelle aggressive Absichten des Königtums schliessen liessen. Mein italienischer Kollege, den ich auf der Pforte begegnete, erzählte mir, dass er von seiner Regierung über die von mir den türkischen Ministern gegenüber aus Anlass des albanesischen Aufstandes zu führende Sprache eine Mitteilung erhalten habe. Den weiteren Mitteilungen Baron Mayors konnte ich entnehmen, dass er keinen Auftrag hat, sich in ähnlichem Sinne wie ich auszusprechen.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 2156, 2160, 2172.

Nr. 2160. Bericht aus Berlin, 10. Mai 1910 Nr. 21 B (eing. 12. Mai).^{a)} Ausfert.

Mit meinem ergebensten Telegramm No. 64 vom 7. l. M. habe ich Euer Excellenz zu melden die Ehre gehabt, dass ich vor kurzem die Gelegenheit gefunden habe, mich dem Staatssekretär gegenüber im Sinne des vertraulichen Erlasses vom 5. d. M. No. 1128 auszusprechen. Freiherr von Schoen teilt vollkommen Euer Excellenz Ansicht, dass es hauptsächlich im russischen Interesse gelegen wäre, wenn die Türkei bei der Niederwerfung des Aufstandes in Nordalbanien sich zu solchen Massnahmen hinreissen liesse, welche notwendiger Weise die Erschütterung des nationalen status

quo in jenen Gegenden und die Etablierung eines wirklichen, für uns und für Deutschland ebenso unbequemen Alt-Serbien zur Folge haben würden. Aus diesem Grunde sei der deutsche Botschafter in Constantinopel wiederholt angewiesen worden, sich bei jeder Gelegenheit dahin auszusprechen, dass ein versöhnliches Auftreten der Türkei geboten wäre. Bisher seien weder von Sofia noch von Belgrad Nachrichten eingetroffen, dass Bulgarien oder Serbien diese Gelegenheit zu einem aggressiven Auftreten gegen die Türkei benützen möchten; doch stehe zu befürchten, dass, wenn die militärischen Kräfte der Türkei durch die Vorgänge in Albanien eine ernste Schwächung erleiden würden, sich diese beiden Staaten zu einem solchen Auftreten entschliessen könnten. Herr Iswolsky habe bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin zwar auf das Entschiedenste versichert, dass nach den Meldungen, die ihm bekannt seien, Bulgarien und Serbien sich zu einer kriegerischen Aktion nicht verleiten lassen werden; die Aufrichtigkeit dieser Versicherung wolle er — Freiherr von Schoen — aber immerhin dahingestellt sein lassen. Der Staatssekretär hat nicht verfehlt, auch dem hiesigen türkischen Botschafter gegenüber in wiederholten Unterredungen den Befürchtungen der deutschen Regierung Ausdruck zu verleihen. Nizamy Pascha, bei dem er volles Verständnis gefunden, habe versprochen, in der Richtung eines versöhnlichen Vorgehens der Türken in Albanien durch seine Berichterstattung in Constantinopel einzuwirken. Auch mir gegenüber äusserte sich mein türkischer College dahin, er sei sich vollkommen der Gefahren bewusst, welche der Türkei durch Bindung bedeutender Streitkräfte in Albanien erwachsen könnten. In seiner Berichterstattung habe er stets einer versöhnlichen Haltung das Wort geredet; er sei überzeugt, dass der Grossvezir und der Minister des Aeussern diesen guten Ratschlägen ein williges Ohr leihen werden; vor allem müsse aber in Albanien ein Exempel statuirt werden; die Albanesen müssten die Stärke der Türkei zu spüren bekommen; erst wenn dies geschehen, könne ein versöhnlicherer Vorgang befolgt werden. Bulgarien und Serbien würden sich, so meint Nizamy Pascha, schon aus dem Grunde ruhig verhalten, als sie wissen, dass die Albanesen, wenn auch jetzt ein Teil derselben sich in hellem Aufruhr befinde, im Momente ernster Gefahr sich ganz auf die Seite der Türkei stellen und gegen den gemeinsamen Feind mit aller Kraft auftreten werden.

Szögyény.

a) Vgl. n. 2159, 2161.

Nr. 2161. Erlaß nach Konstantinopel, 10. Mai 1910 Nr. 1168.a) Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Wie aus dem Kreise der hiesigen englischen Botschaft verlautet und wie ich streng vertraulich erfahren habe, ist man dort darüber informirt gewesen, daß Euer Exzellenz anfangs Bedenken trugen, beim Großvezir und Rifaat Pascha auf die Gefahren hinzuweisen, die eine Verschärfung der Situation in Albanien für die Türkei herbeiführen könnte. Die auf der Botschaft colportirte und den Thatsachen allerdings nicht ganz entsprechende Version geht dahin, daß Euer Exzellenz

sich schliesslich entschlossen hätten, der türkischen Regierung die wohlwollenden Rathschläge des k. u. k. Cabinettes als Ihre eigene und persönliche Wohlmeinung auszusprechen. Ich möchte mit diesen streng vertraulichen und blos zu Ihrer rein persönlichen Information bestimmten Zeilen nur die Aufmerksamkeit Euer Exzellenz auf den Umstand lenken, daß allem Anscheine nach rein interne Vorgänge auf der k. u. k. Botschaft in Constantinopel zur Kenntniss der hiesigen englischen Vertretung gelangt sind.

a) Vgl. n. 2155, 2160, 2162, 2174.

Nr. 2162. Erlaß nach Konstantinopel, 10. Mai 1910 Nr. 1169.^{a)} Konz. (S. Rappaport; G. Aehrenthal).

Geheim. Die über Euer Exzellenz neuerliche Unterredung mit Ismail Kemal Bey erstatteten beiden Berichte vom 23. und 27. v. Mts. No. 31 und 32 B habe ich mit lebhaftem Interesse zur Kenntniss genommen. Obzwar Hochdieselben dem genannten Albanesenführer gegenüber die unter den gegebenen Umständen gebotene Reserve beobachtet, seine wiederholten Anspielungen auf den drohenden Zerfall der Türkei mit Recht als gegenwärtig nicht actuell bezeichnet und sich im übrigen seinen Ausführungen gegenüber nur receptiv verhalten haben, ist es Euer Exzellenz doch durch entsprechende Betonung unseres Interesses für das albanische Volk und dessen Entwicklung und Einheitlichkeit gelungen, Ismail Kemal Bey mit einem guten Eindruck über die Unterredung scheiden zu lassen. Hiezu dürfte der Umstand wesentlich beigetragen haben, daß Euer Exzellenz, wie bereits bei einem früheren Anlasse, die Existenz eines die Theilung Albaniens betreffenden Abkommens mit Italien in Abrede gestellt und dies mit unabweislichen Argumenten aus dem Bereiche der speciellen Interessen der Monarchie begründet haben. Ich bin in dieser wie auch jeder anderen Hinsicht mit der seitens Euer Exzellenz Ismail Kemal Bey gegenüber geführten Sprache vollkommen einverstanden und ersuche Hochdieselben, auch bei künftigen ähnlichen Anlässen sich in analoger Weise aussprechen zu wollen.

a) Vgl. n. 2161, 2163.

Nr. 2163. Erlaß nach Konstantinopel, 10. Mai 1910 Nr. 1170.^{a)} Konz. (S. Calice; V. und G. Aehrenthal).

Vertraulich. Euer Exzellenz Telegramme vom 7. l. M. Nr. 128 und 130, betreffend Ihre Unterredungen mit dem Großvezir und Rifaat Pascha über die albanischen Angelegenheiten habe ich mit Interesse zur Kenntniss genommen. Ich bin von dem Resultate Ihrer Conversationen nicht unbefriedigt, denn ich ersehe aus Ihren Meldungen, daß die beiden Minister sich durch Ihre Demarche nicht froissirt zeigten und sich den wohlmeinenden Bemerkungen Euer Exzellenz gegenüber zugänglicher erwiesen, als Hochdieselben es anfangs angenommen hatten. Wie Euer Exzellenz mir telegrafiren, ist auch Rifaat Pascha von einer gewissen Sorge wegen der Entwicklung der Dinge im Aufstandsgebiete erfüllt. Dafür,

daß man in Constantinopel die Dinge nicht ohne Beunruhigung betrachtet, spricht wohl auch die Entsendung Mahmud Schevket Paschas an den Ort der Ereignisse. Der Großvezir hat, wie ich Ihrer Meldung Nr. 130 entnehme, einen zuversichtlicheren Ton angeschlagen und speziell darauf hingewiesen, daß in kritischen Momenten die Albanesen gewiß mit der Türkei gemeinsame Sache gegen die äußeren Feinde machen würden. Seine Beurteilung der Situation hat Hakki Pascha mit einer freundlichen Message an meine Adresse verbunden, die ich releviren zu sollen glaube. Wenn Euer Exzellenz Gelegenheit haben, den Großvezir wieder zu begegnen, so ersuche ich Sie, ihm zu sagen, daß Sie mir seine uns betreffenden Äußerungen mitgeteilt und daß ich lebhaft Befriedigung darüber empfunden hätte zu vernehmen, daß der Großvezir für die aufrichtige Freundschaft, die wir der Türkei entgegenbrächten, das richtige Verständnis besäße. Euer Exzellenz können bei diesem Anlasse Hakki Pascha wiederholen, was Sie ihm bereits bei Ihrer letzten Unterredung gesagt haben, daß wir nämlich mit der Türkei durch unser gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung des status quo auf das Engste verbunden seien. Sie können in meinem Namen hinzufügen, daß unsere und die politische Situation der Türkei auch darin eine Analogie aufwies, daß wir gewissermaßen den kleinen Balkanstaaten gegenüber als die beiden einzigen Balkangroßmächte anzusehen seien, die allen Grund hätten, das bestehende vertrauensvolle Verhältniss auf das Sorgfältigste zu pflegen. Der Privatbrief Euer Exzellenz vom 5. I. M., der sich ebenfalls mit den Ereignissen in Albanien und mit Ihren bevorstehenden Unterredungen mit dem Großvezir und Rifaat Pascha beschäftigt, ist zum Theil durch Ihre Telegramme vom 7. I. M. bereits überholt. Es ist zur Zeit gewiß noch unklar, welche Entwicklung die Dinge in Albanien nehmen werden, jedoch scheint — wohl auch infolge einer gewissen Erschöpfung der Albanesen — die Hoffnung nicht unbegründet, daß es nach etlichen Waffenthaten zur Wahrung des Prestiges der türkischen Regierung doch wieder zu einer Verständigung zwischen beiden Theilen kommen werde. Die Lage in den arabischen Provinzen, auf die Euer Exzellenz am Schlusse Ihres Privatschreibens anspielen, wird jedenfalls dazu beitragen, die türkischen Machthaber zu einer versöhnlicheren Politik in Albanien zu bestimmen.

a) Vgl. n. 2162, 2164, 2184.

Nr. 2164. Erlaß nach Konstantinopel, 10. Mai 1910 Nr. 1172.a) Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Hilmi Pascha, der, wie Euer Exzellenz bekannt, auf seiner Rundreise durch Europa vor einigen Tagen in Wien eingetroffen ist, hat mich gestern aufgesucht. Der Ex-Großvezir war mit dem türkischen Geschäftsträger erschienen, der auch während der ganzen Dauer des Besuches anwesend blieb. Dieser Umstand legte mir in meinen Äußerungen zu Hilmi Pascha begreiflicher Weise eine gewisse Reserve auf. ... *Rückblick auf Reformaktion in Mazedonien* ... Offenbar einem Auftrage seiner Regierung folgend, lenkte Reschad Hikmet Bey nunmehr das Gespräch

auf Albanien, indem er, an die letzten Nachrichten aus dem Aufstandsgebiete anknüpfend, bemerkte, daß es der Türkei bei ihrem energischen Vorgehen gegen die Aufrührer nur darum zu thun sei, das Prestige der Regierung und die Autorität der Staatsgewalt zur Geltung zu bringen. Sei dies einmal geschehen, und zwar, wie zu hoffen sei, in naher Zukunft, so würde es die türkische Regierung an Versöhnlichkeit gewiß nicht fehlen lassen und der nationalen Eigenart und Wesenheit der Albanesen die thunlichste Rücksichtnahme angedeihen lassen. Der türkische Geschäftsträger erwähnte noch der Entsendung Mahmud Scheffet Paschas in das insurgierte Gebiet, von dessen Einwirkung, da er die Verhältnisse im Vilajet Kossowo aus langjähriger Erfahrung genau kenne, der günstigste Erfolg zu erwarten sei. Ich nahm mit lebhafter Befriedigung die Mitteilungen Reschad Hikmets zur Kenntnis und bemerkte, daß die von ihm skizzierte Vorgangsweise der türkischen Regierung ganz meinen Anschauungen entspreche. Als aufrichtige Freunde der Türkei wünschten auch wir, daß dieselbe vorerst ihre Autorität in Albanien befestige, dann aber in kluger Mäßigung darauf Rücksicht nehme, daß der albanesische Volksstamm in seiner Eigenart die festeste Stütze der ottomanischen Herrschaft darstelle. Ich knüpfte hieran an, um Hilmi Pascha gegenüber zu bemerken, daß auch hier zu Lande ebenso wie in der Türkei eine Mehrzahl verschiedener Volksstämme ihre nationale Existenz nebeneinander führten. Er werde nun während seines bevorstehenden längeren hiesigen Aufenthaltes Gelegenheit haben zu konstatieren, daß es möglich sei, die Schonung nationaler Eigenart mit einem intensiven Zusammenfassen der staatlichen Kräfte nach außen hin zu verbinden.

a) Vgl. n. 2163, 2166.

Nr. 2165. Erlaß nach Sofia, 10. Mai 1910 Nr. 1171.^a) Konz. (S. Calice; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. In meinem streng vertraulichen Erlasse vom 28. v. M. Nr. 1056 habe ich die Unterredung des k. u. k. Militär-Attachés mit dem Herrn Kriegsminister zum Gegenstande einiger Bemerkungen gemacht, welche Euer Hochwohlgeboren als Orientierung dienlich sein können. Wenn ich heute auf die Sache noch kurz zurückkomme, so geschieht es nur, um obigen Erlaß in einem Punkte zu ergänzen. General Nikolajeff ist zweifelsohne ein überzeugter Anhänger eines Zusammengehens Bulgariens und der Monarchie und hat diese Gesinnung wiederholt, zuletzt noch gelegentlich der Ernennung eines neuen Generalstabschefs, in einer Weise betätigt, die uns nur erwünscht sein kann. Es erscheint daher für die k. u. k. Gesandtschaft durchaus angezeigt, die Beziehungen zum genannten General auch weiterhin zu pflegen. Sollten also Euer Hochwohlgeboren, beziehungsweise der Herr Militär-Attaché unter dem Eindrucke sein, daß Nikolajeff auf seine mehrerwähnten Eröffnungen eine Rückäußerung von Ihrer Seite oder der des Herrn Majors erwartet, so könnte sich dieselbe im Sinne meines citirten Erlasses etwa in folgender Richtung bewegen: Die Situation der letzten Zeit habe zu einem besonderen Hervortreten der Monarchie in Sofia

keinerlei Anlaß geboten. Wir hätten jedoch, wie der General wohl wisse, uns bei verschiedenen Anlässen Bulgarien gegenüber unentwegt freundlich gezeigt. Auch für die Zukunft erblickten wir in Bulgarien einen starken Faktor am Balkan, dessen Interessen mit denjenigen der Monarchie nicht collidierten und vielfach übereinstimmten. Wir könnten nicht annehmen, daß Bulgarien eine andere als eine seinen Interessen entsprechende Realpolitik befolgen werde und gäben uns daher der Erwartung hin, daß wir uns auf dieser Grundlage in einer gegebenen Situation wieder finden würden. Die Verdächtigungen gegen unsere Politik, von denen der General gesprochen habe, würden so wie in Constantinopel auch in Sofia von unseren Gegnern als perfide Waffe gegen uns benützt. Es würde weder unseren wohlverstandenen politischen, noch unseren ökonomischen Interessen entsprechen, in Macedonien oder Albanien auf Ländererwerb auszugehen und Euer Hochwohlgeboren seien in der Lage, positiv zu wissen, daß dies unseren Absichten durchaus ferne liege. Solenne Erklärungen in dieser Beziehung seien, wie ja bekannt, bereits wiederholt erfolgt; zu einer neuen formellen Enunziation liege keinerlei Anlaß vor. Sie würde auch unsere Gegner keineswegs davon abhalten, ihre Verdächtigungen zu erneuern. Jedermann aber, der unsere Politik mit Verständnis und ohne Voreingenommenheit verfolge, müsse in unseren Handlungen die Bestätigung unserer Worte finden.

a) Vgl. n. 2191, 2230 Anm. e.

Nr. 2166. Tel. nach Rom, 12. Mai 1910 Nr. 47 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)}
Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Bei dem gestrigen Diplomatenempfang hat mir der Herzog von Avarna von den Mitteilungen gesprochen, welche Euer Exzellenz vor wenigen Tagen dem Herrn italienischen Minister des Äußern über die freundschaftlichen Ratschläge gemacht hätten, die Markgraf Pallavicini in meinem Auftrage der Pforte in Betreff des Vorgehens in Albanien erteilt hat. Aus den weiteren Äußerungen des Herrn Botschafters habe ich entnommen, dass in dem Gespräche zwischen Euer Exzellenz und Marquis di San Giuliano auch die Frage der Kompensationen für den Fall einer Änderung des status quo am Balkan berührt wurde. Ich habe dem Herrn Botschafter gegenüber festgestellt, dass ich in letzter Zeit keinen Anlass gehabt hätte, Euer Exzellenz mit einer Mitteilung an das römische Kabinet in Betreff der Balkanfragen zu beauftragen. Mein Telegramm an Euer Exzellenz vom 6. d. M. No. 43 enthielt ja tatsächlich keinen Auftrag zu einer Mitteilung an die dortige Regierung, sondern war nur zu Euer Exzellenz vertraulicher Information bestimmt. Es würde mich interessieren, über den Verlauf Ihrer Konversation mit dem Herrn Minister informiert zu werden, und da Ihre heute eingetroffene Kurierexpedition hierüber nichts enthält, ersuche ich Euer Exzellenz, mir im Gegenstande baldigst zu berichten.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2164, 2167, 2171.

Nr. 2167. Bericht aus Rom, 12. Mai 1910 Nr. 24 A (eing. 14. Mai).^{a)}
Ausfert.

Vertraulich. Die jüngsten Unruhen in Albanien nehmen das Interesse der hiesigen Öffentlichkeit in hohem Masse in Anspruch. Die Presse widmet dem Gegenstande täglich lange Artikel, wobei die Blätter, fast ohne Unterschied ihrer politischen Richtung, die Partei der Albanesen ergreifen. Einige Journale, wie z. B. der „Secolo“, wollen in dem Aufstande das Ergebnis österreichisch-ungarischer Wühlarbeit erblicken. Insoweit diese Behauptung in Rom ihren Ursprung hat, dürfte sie französischen, insoweit sie aus Albanien kolportirt wird, serbischen Einflüsterungen entstammen. Der Minister des Äussern, welcher an Albanien nicht nur ein berufliches, sondern mit Rücksicht auf seine politische Vergangenheit auch ein persönliches Interesse hat, sprach mir vor einigen Tagen wieder in besorgtem Tone von den dortigen Vorgängen. Er hält nach wie vor das Vorgehen der Jungtürken gegen die Albanesen für ein verfehltes und aussichtsloses, sowohl in politischer wie in militärischer Beziehung. Nach Ansicht des Marchese di San Giuliano wird es dem jungtürkischen Regime ebensowenig gelingen, das centralistische System und hypermoderne Reformen in Albanien zur Geltung zu bringen, als militärisch in jenen Gegenden einen entscheidenden, die Revolte definitiv beendenden Schlag zu führen. Dans cet ordre d'idées erblickt der Minister des Äussern sogar in der Situation in Albanien die Gefahr eines Rückschlages auf die Creta-Frage. Er befürchtet nämlich, dass die Türkei, falls sie, wie er annimmt, in Albanien höchstens einen militärischen Scheinerfolg aber in Wirklichkeit einen échec davontragen wird, sich dann in der Creta-Frage umso intransigenter erweisen werde. Da ich an dem Tage, an welchem diese Conversation stattfand, bereits im Besitze des hohen Telegrammes No. 43 war, hielt ich mich für ermächtigt, dessen Inhalt in Kürze dem Minister vertraulich mitzuthemen. Marchese di San Giuliano war sehr erfreut, seine Beurtheilung der einschlägigen Situation in der Hauptsache mit jener Euerer Excellenz in Übereinstimmung zu sehen. Er sagte mir, er habe seinerseits dem italienischen Botschafter in Constantinopel den Auftrag ertheilt, in sehr vorsichtiger, das Selbstgefühl der türkischen Regierung möglichst schonender Weise davor zu warnen, den Bogen in Albanien allzu straff anzuspannen. Rifaat Pascha, der ehemalige Kollege San Giulianos in London, habe hiefür ein gewisses Verständnis gezeigt, aber es sei fraglich, ob er mit seinen vernünftigeren Ansichten durchdringen werde. Der Minister des Äussern bemerkte schliesslich, es sei ihm daran gelegen, mit uns über die Entwicklung der Dinge im Orient in Fühlung zu bleiben. Es werde dies umso leichter sein, als wir ja Beide für die nächste Zeit als gemeinsames stetes Ziel die Erhaltung des status quo im Auge haben. Mérey.

^{a)} Vgl. n. 2166, 2171, 2172, 2182.

Nr. 2168. Erlaß nach London, 13. Mai 1910 Nr. 1194. Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

Mit Beziehung auf den Bericht des Grafen Tarnowski vom 30. April l. J. No. 24, in welchem er von seiner Unterredung mit Sir Charles Hardinge

über unsere Schiffsbauten Meldung erstattet, beehre ich mich, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß die wiederholten Anfragen im Unterhause über dieses Thema gesprächsweise von Sir Fairfax Cartwright mir gegenüber berührt wurden. Ich habe dem Botschafter nicht verhehlt, daß mir das große Interesse, welches in der englischen Öffentlichkeit unseren sich bekanntlich in den engsten Grenzen bewegenden maritimen Zurüstungen zugewendet werde, unverständlich sei und daß ich darin kein günstiges Symptom dafür erblicken könne, daß in England eine ruhigere Auffassung über die politische Situation die Oberhand gewonnen hätte. Angesichts der vollkommen korrekten Art und Weise, in der diese Anfragen seitens der englischen Regierung beantwortet worden sind, habe ich nicht beabsichtigt, sie zum Gegenstande eines amtlichen Schrittes zu machen und dies umso weniger, weil die dabei zutage getretene Nervosität in den weitesten Kreisen einen für England nicht eben günstigen Eindruck hervorgerufen und insbesondere die Insinuation, als ob an unseren Schiffsbauten eine andere Macht direkt interessiert sei, kaum einen anderen als einen Heiterkeitserfolg erzielt hat.

Nr. 2169. Bericht aus London, 13. Mai 1910 Nr. 29 D (eing. 16. Mai 1910).^a) Ausfert.

Vertraulich. ... *Thronbesteigung König Georg V.* ... Die Erfahrung und das Interesse König Eduards, auswärtige Fragen betreffend, ebenso wie Seine persönliche Bekanntschaft mit allen massgebenden Faktoren der wichtigen Länder Europas wird dem neuen Herrscher fehlen. Doch legte König Eduard Werth darauf, dass dem Prinzen von Wales Einblick in das Getriebe der auswärtigen Politik gewährt werde und hat König Georg als Thronfolger ziemlich eifrig die diplomatischen Berichterstattungen gelesen. Als typischer Engländer mit einigen insularen Vorurtheilen würde ich meinen, dass Seine Majestät keine besondere Hinneigung für irgend ein bestimmtes Land hat und dass Er Sich zunächst bemühen werde, die Politik Höchstseines Vaters zu befolgen. Persönlich fühlt Sich König Georg in sehr warmer und inniger Freundschaft zu Kaiser Nicolaus hingezogen, wie ich überhaupt glaube, dass Sein verwandtschaftliches Gefühl für die dänische Seite, für die Familie Königin Alexandras, mehr entwickelt ist als für die Familie Seines Vaters. Über Kaiser Wilhelm habe ich im Laufe der Jahre manch abfälliges Wort aus dem Munde König Georgs gehört. Wenn Sich die zwei Vettern begegnen, verstehen Sie Sich aber doch ziemlich gut. Bei dem jetzigen traurigen Anlass ist die herzliche und verwandtschaftliche Theilnahme Kaiser Wilhelms hier von der königlichen Familie sehr anerkannt und geschätzt worden. Wie immer sich das Verhältnis der zwei Herrscher auch entwickeln mag, das Element der persönlichen Rivalität, welches unzweifelhaft zwischen Onkel und Neffe bestand, wird jetzt eliminirt sein. Als Rathgeber des neuen Königs in diplomatischen Fragen sehe ich zunächst eigentlich nur Sir Charles Hardinge, den Seine Majestät gut kennt und schätzt. Für den verantwortlichen Leiter der auswärtigen Politik hatte König Georg bis vor Kurzem wenig Sympathie. Er sah in Sir Edward Grey nicht mit Unrecht einen überzeugten Radicalen, der auf innere Fragen

einen gefährlichen und nefasten Einfluss ausüben muss. König Georg wird jetzt naturgemäss die strict parteilose Haltung des constitutionellen Herrschers annehmen. Dass Seine persönlichen Neigungen aber nicht auf Seite der jetzigen Machthaber liegen, ist gewiss. Ein warmer Bewunderer Chamberlains, glaubt König Georg durch Seine Bereisungen der Colonien Sich die Überzeugung geschafft zu haben, dass nur durch eine Tarif-Reform die einzelnen Theile des Britischen Reichs in einen engeren Zusammenhang gebracht werden können. König Georg ist Imperialist und Tarif-Reformer oder war es wenigstens als Prinz von Wales. Die radicalen Strömungen sah König Georg mit allergrösster Besorgnis wachsen und in dem Kampfe um das Veto des House of Lords waren alle Seine Sympathien in ausgesprochenster Weise auf Seite der Conservativen. Mensdorff.

a) Vgl. n. 2170.

Nr. 2170. Bericht aus London, 13. Mai 1910 Nr. 29 E (eing. 16. Mai). Ausfert.

Im Nachhange zu meinem heutigen Berichte No. 29 D die Thronbesteigung König Georgs betreffend, möchte ich mir zur Charakteristik des neuen Herrschers noch die Bemerkung erlauben, dass Seine Majestät im Gegensatz zu Seinem Vater und Seinen Oheimen kein Freimaurer ist. Obwohl die englischen Freimaurer, wie Euer Exzellenz bekannt, häufig die Stützen des Thrones und der Kirche sind und sich von den kontinentalen Logen in jeder Beziehung unterscheiden, so besteht wohl doch insoweit ein Konnex, dass auch die republikanischsten Freimaurer sich dadurch geschmeichelt fühlten, dass ein so mächtiger Monarch, wie der König von England, ihrer Gesellschaft oder doch einer Vereinigung desselben Namens angehörte. Der Beistand der kontinentalen Freimaurer dürfte dadurch wohl immer dem verstorbenen König zur Verfügung gestanden sein und in der Presse gewisser Länder bedeutet das nicht wenig. König Georg sagte mir schon vor einigen Jahren und wiederholte es mir seither, dass Er zwar nichts gegen die englischen Freimaurer einzuwenden hätte, persönlich aber nicht wünsche, irgend einer derartigen Gesellschaft anzugehören. Ich glaube annehmen zu dürfen, dass Seine Majestät seither Seine Ansichten nicht geändert hat. Mensdorff.

Nr. 2171. Tel. aus Rom, 13. Mai 1910 Nr. 79 (eing. 14. Mai 9 U. a. m.).a) Entziff.

Vertraulich. Antwort auf Telegramm No. 47. Wie Euer Exzellenz aus meinem schon gestern abgegangenen Berichte No. 24 A ersehen werden, brachte Minister des Äussern kürzlich Gespräch auf Vorgänge in Albanien und seine diesbezüglichen Besorgnisse. Dies bot mir Anlass, ihm vertraulich und unter Betonung des Umstandes, dass ich hiezu keinen speziellen Auftrag habe, Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes No. 43 in Kürze mitzuteilen. Von der Frage der Kompensationen im Falle einer Änderung des status quo am Balkan war im Zusammenhange obigen Themas mit keinem Worte die Rede. Wohl aber hat gestern Marquis di San Giuliano (den ich wegen

der Angelegenheiten von Caffaro und Mailand fast täglich sprechen muss) erwähnt, es sei ihm die ganz unwahrscheinliche Nachricht zugekommen, wir dächten daran, den Sandjak neuerlich zu occupieren. Ich hatte keine Mühe, den Minister von der Absurdität dieses Gerüchtes zu überzeugen, wobei ich nebst allen anderen Argumenten auch auf die bevorstehende Kaiserreise nach Bosnien hinwies. Minister des Äussern versicherte mich, der Sache ohnedies keinen Glauben beigemessen zu haben und bemerkte bei diesem Anlasse, die Erhaltung des status quo am Balkan sei ihm tausend Mal lieber, als selbst die Italien von uns für den Fall der Bewahrheitung des fraglichen Gerüchtes zugesagten Compensationen. Vielleicht ist auch dieses Gerücht auf serbische Quelle zurückzuführen, wie unter anderem die in hiesiger Presse aufgetauchte Nachricht, bei Bekämpfung der Revolte in Albanien seien unter gefangen genommenen albanesischen Auführern auch zwei kaiserliche und königliche Offiziere konstatiert worden. Mérey.

a) Vgl. n. 2172.

Nr. 2172. Tel. nach Konstantinopel Nr. 70 (1) und Rom Nr. 49 (2), 14. Mai 1910 (chiffr. 7 U. 50 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Calice; G. Aehrenthal).

1. Bezugnehmend auf Euer Exzellenz Telegramm vom 9. l. M. Nr. 132. Wie mir der hiesige italienische Botschafter heute mitteilte, hat inzwischen Baron Mayor den Auftrag erhalten, sich aus Anlaß des albanesischen Aufstandes in ähnlichem Sinne wie Euer Exzellenz auszusprechen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information.

2. Euer Exzellenz Telegramm vom 13. l. M. Nr. 79 und Bericht Nr. 24 A erhalten. Herzog Avarna hat mich heute aufgesucht und mir auftragsgemäß mitgeteilt, daß der italienische Botschafter in Constantinopel in den letzten Tagen die Weisung erhalten habe, sich aus Anlaß des albanesischen Aufstandes in ähnlichem Sinne wie Markgraf Pallavicini auszusprechen und die Türkei in freundschaftlicher Weise davor zu warnen, die Dinge in Albanien auf die Spitze zu treiben. Ich habe die Mitteilungen des italienischen Botschafters mit lebhafter Befriedigung zur Kenntnis genommen und meiner besonderen Genugthuung darüber Ausdruck gegeben, daß die Beurteilung der durch den Aufstand in Albanien gegebenen Situation bei beiden Cabinetten eine übereinstimmende sei. Da auch die deutsche Regierung ihren Botschafter mit analogen Instructionen versehen habe, wären die Dreibundmächte in der uns beschäftigenden Frage ganz harmonisch vorgegangen. Es werde sich jedenfalls auch in Zukunft als nützlich erweisen, bezüglich der Entwicklung der Dinge im Orient in einer gewissen Fühlung zu bleiben. Anknüpfend hieran habe ich dem Herzog Avarna erwähnt, ich hätte aus einem Telegramm Euer Exzellenz ersehen, daß Marquis di San Giuliano Euer Exzellenz gegenüber bemerkt habe, es seien ihm Nachrichten zugekommen, wonach wir daran dächten, den Sandjak neuerlich zu occupiren.^{b)} Marquis di San Giuliano habe zwar sofort hinzugefügt, daß er diese Nachrichten für ganz unwahrscheinlich halte, ich könne aber doch nicht umhin, einiger Verwunderung darüber Ausdruck zu geben, daß der Herr italienische Minister eine so ganz unglaubliche Information

Euer Exzellenz gegenüber überhaupt zur Sprache gebracht habe. Marquis di San Giuliano seien die konservativen Prinzipien unserer, auf die unveränderte Aufrechterhaltung des Status quo hinzielenden Balkanpolitik genau bekannt; ich sollte also meinen, daß es für ihn eines Dementi der in Rede stehenden Nachricht aus dem Munde des k. u. k. Botschafters nicht bedürft hätte.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2176, 2183. — b) Vgl. n. 2171.

Nr. 2173. Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 1./14. Mai 1910 Nr. 18 C (eing. 18. Mai).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Wenn auch die hiesige Presse dieselbe kaum relevierte, so hat die plötzliche Reise Herrn Iswolsky's nach Biarritz, sowie seine kurze Begegnung mit dem verstorbenen englischen König in hiesigen diplomatischen Kreisen das grösste Aufsehen hervorgerufen. Wer hat diese Entrevue arrangiert? was hat sie bezweckt? Dies sind die Fragen, die man sich stellte, welche aber unbeantwortet blieben. Während die hiesige deutsche Botschaft davon überzeugt ist, dass das Ganze eine Machination Sir Arthur Nicolson's gewesen, wurde mir von kompetenter Seite motu proprio dies vollkommen in Abrede gestellt. Hier wurde mir erzählt, dass die Entrevue unbedingt auf privatem Wege vereinbart wurde. Aus manchen Zeichen zu urteilen, scheint selbst die nächste Umgebung des Herrn Ministers des Äussern über diesen Reiseplan früher nicht informirt worden zu sein. Er selbst schilderte seine Begegnung mit dem verstorbenen Herrscher einem hiesigen Diplomaten gegenüber als quasi zufällige! Er wollte jedenfalls nach Biarritz, — ursprünglich 24 Stunden später — habe sich aber dann doch entschlossen, seine Ankunft dort so einzurichten, dass er den König noch treffe. Was den Zweck der Reise anbelangt, so ist man gleichfalls auf seine Konjekturen verwiesen. Wollte der russische Minister seine Stellung befestigen? über die letzten Phasen der „Annäherung“ an die Monarchie Bericht erstatten? für die Balkanföderation Propaganda machen? die persischen Angelegenheiten besprechen? Nach einer mir kolportierten Version hätte es sich ausser der allgemeinen neuerlichen Dokumentierung der Entente hauptsächlich um Persien und die Bagdadbahn gehandelt, über welche ich an anderer Stelle berichte. Wenn dies chronologisch möglich ist, würde es vielleicht nicht unwahrscheinlich erscheinen, umsomehr als Herr Iswolsky am Schlusse seiner Reise mit Herrn von Schoen über diese Angelegenheit gesprochen haben soll. Andererseits erkläre ich mir dann weniger die grosse Neugierde, welche die hiesige deutsche Botschaft für die Biarritzer Entrevue an den Tag legt! Das Gespräch zwischen König Eduard VII. und Herrn Iswolsky hat nun nur noch ein historisches Interesse. Ob die Bestrebungen des russischen Ministers des Äussern dabei darauf gerichtet waren, sich (uns und Deutschland zu Ungunsten) einen Erfolg zu sichern, oder ob es sich darum handelte, Deutschland von der Monarchie wegzubringen, so kann man jedenfalls sicher sein, dass Herr Iswolsky seine Urlaubsrufe nicht uns zu Liebe geopfert hat. Als Beweis für die fortgesetzte Stimmung des Herrn Iswolsky darf ich anführen, dass er noch vor einigen Tagen einem

hiesigen Diplomaten gegenüber — welcher mir dies streng vertraulich mitteilte — bei Besprechung der albanischen Unruhen mit Misstrauen der Orientpolitik Österreich-Ungarn's gedachte. Szilassy.

a) Vgl. n. 2104.

Nr. 2174. Bericht aus Konstantinopel, 15. Mai 1910 Nr. 36 D (eing. 18. Mai).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Den hohen Erlass vom 10. d. M., No. 1168 streng vertraulich, in Angelegenheit gewisser aus den Kreisen der englischen Botschaft in Wien stammender Nachrichten über angebliche interne Vorgänge auf dieser k. u. k. Botschaft, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Ich muss feststellen, dass die Nachricht in der vorliegenden Form, wonach ich nach längerem Zögern beschlossen hätte, die wohlwollenden Ratschläge der k. u. k. Regierung betreffs der Lage in Albanien den türkischen Staatsmännern als meine eigene und persönliche Wohlmeinung auszusprechen, natürlich den Tatsachen absolut nicht entspricht. Eine Indiscretion in Bezug auf die Absicht Euerer Excellenz, im gedachten Belange der türkischen Regierung Ratschläge zu erteilen, kann von Seite dieser k. u. k. Botschaft nicht begangen worden sein. Der einzige unter meinen Collegen, mit welchem ich über die Angelegenheit vor Ausführung des mir erteilten Auftrages sprach, war, wie Euere Excellenz aus meinem ergebensten Telegramme vom 28. v. M. No. 116 zu entnehmen bereits die Gelegenheit hatten, Baron Marschall, welchem ich meine Instructionen nicht vorenthalten zu sollen glaubte. Ich nehme nun an, dass eine allfällige Bemerkung, welche der deutsche Botschafter vielleicht über seine und meine Einwirkung auf die Pforte gemacht haben könnte, auf Umwegen und in entstellter Form zur Kenntniss der hiesigen englischen Botschaft und über London auch zu jener der englischen Botschaft in Wien gelangt ist. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2175.

Nr. 2175. Tel. aus Cetinje, 17. Mai 1910 Nr. 28 (eing. 18. Mai 9 U. a. m.).a) Entziff.

Russischer Geschäftsträger, italienischer Gesandter und französischer Geschäftsträger haben im Auftrage ihrer Regierungen der montenegrinischen Regierung dringendsten Ratschlag erteilt, gegenüber der albanesischen Bewegung korrekte und friedliche Haltung zu bewahren. Ministerpräsident gab denselben beruhigende Versicherungen und das Versprechen, unter den gegebenen Umständen keinerlei Aktion einzuleiten. Fürst Nikolaus frug mich heute, ob ich gleich dem russischen Kollegen auch die Instruktion habe, ihm zu drohen. Seine königliche Hoheit negierte die Verteilung von Waffen und Munition an die Albanesen und jede ausserordentliche Tätigkeit im Strassenbaue. Montenegro werde leichtfertig keinen Krieg führen, es bleibe in beobachtender und abwartender Haltung. Wenn sich aber ein anderer Staat rühre, dann würde er auch marschieren; dies sei sein Recht. Man müsse immer bereit sein. Ich erwiderte, ich hätte keine Instruktionen zum Gegenstande erhalten, dass meine Sprache aber gegebenenfalls kaum

von jener meiner Kollegen abweichen würde. Man scheint sich hier etwas beruhigt zu haben und dürfte Aktion nur bei durchgreifender Verschlechterung der Situation in Albanien und wenn Montenegro nicht isoliert bliebe, ins Auge fassen. Giesel.

a) Vgl. n. 2174, 2176, 2183.

Nr. 2176. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 18. Mai 1910 Nr. 148 (eing. 5 U. 50 M. p. m.)^{a)} Entziff.

Vertraulich. Mein italienischer Kollege sagte mir, er habe sich noch vor Abreise Rifaat Paschas nach London demselben gegenüber betreffs der albanesischen Angelegenheiten in dem ihm von seiner Regierung aufgetragenen Sinne ausgesprochen, und zwar indem er im Namen derselben auf die Gefahr hingewiesen, welche mit einer zu weitgehenden militärischen Aktion für die Türkei verbunden wäre. Der Minister des Aeussern hätte diese Demarche freundlich aufgenommen und die Versicherung gegeben, dass die türkische Regierung, sobald der Aufstand unterdrückt sei, die Truppen grösstenteils zurückziehen und mit grosser Mässigung vorgehen werde. Den Grossvezir hatte Baron Mayor noch nicht Gelegenheit zu sprechen. Der italienische Botschafter teilte mir gleichzeitig mit, dass ihn Ismail Kemal Bey gestern aufgesucht und befragt hätte, ob nicht Italien im Vereine mit den anderen Mächten intervenieren wolle. Mayor gab Ismail Kemal zur Antwort, dass von einer „Intervention“ wohl auf keinen Fall die Rede sein könne, dass er aber im Auftrage seiner Regierung der Pforte Ratschläge zur Mässigung gegeben hätte. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2172, 2175, 2177, 2178.

Nr. 2177. Bericht aus Konstantinopel, 19. Mai 1910 Nr. 38 (eing. 23. Mai).¹⁾a) Ausfert.

Geheim. Ich benütze eine sich heute mir zufällig ergebende sichere Gelegenheit, um im Nachstehenden auf mein ergebnisses Chiffretelegramm vom 18. d. M. No. 148 schriftlich des Näheren zurückzukommen. Ismail Kjemal Bey liess mir vor einigen Tagen sagen, dass er meinem italienischen Kollegen einen Besuch abgestattet und hiebei den Eindruck gewonnen habe, dass Italien zu einer Intervention in Sachen des albanesischen Aufstandes geneigt sei. Ich kam gestern Baron Mayor gegenüber auf den genannten albanesischen Deputierten zu sprechen, worauf mir der italienische Botschafter die bereits eintelegraphierte Auskunft betreffend seine Ismail Kjemal Bey gegebene Antwort ertheilte. Danach hätte er Ismail Kjemal Bey gesagt, dass er zwar der türkischen Regierung wohlwollende Rathschläge ertheilt hätte, dass aber von einer „Intervention“ Italiens puncto Albanien keine Rede sein könne. Ismail Kjemal Bey treibt offenbar dasselbe Spiel, welches so viele albanesische Notabeln auch gegenüber unseren Consulaten in Albanien des Öfteren versucht haben, nämlich auf uns mit der Vorspiegelung einwirken zu wollen, dass die italienischen Vertreter oder die italienische Regierung sich ihren Wünschen zugänglicher gezeigt hätten als wir. Andererseits hat aber auch Ferid Pascha im Wege des Lega-

tionsrathes Kolossa aus Anlass einer zufälligen Begegnung, welche Letzterer mit ihm vor circa 6 Tagen hatte, an mich den dringenden Appell gerichtet, für die Albanesen und das Albanesische Element, welche seitens der heutigen Regierung zu Grunde gerichtet würden, energisch einzuschreiten. Ferid Pascha hatte hiebei bereits auf Umwegen (wohl in Folge seiner vertraulichen Verbindungen auf der Pforte) von meiner Aussprache mit dem Grossvezir und dem Minister des Aeussern, sowie auch von der Conversation Baron Marschalls mit Rifaat Pascha Kenntniss gehabt. Er erklärte, dass ein drohender Ton zur Anwendung gelangen müsste. Das grosse Entgegenkommen, welches die 4 Schutzmächte der Türkei in der Kretafrage zu beweisen sich anschicken, und insbesondere der Vorschlag Frankreichs, welcher früher oder später hier doch zur allgemeinen Kenntniss gelangen wird, dürfte wohl auch den albanesischen Führern und Patrioten, welche der heutigen Regierungspolitik in Albanien hinter dem Rücken fremder Mächte Opposition machen möchten, das Aussichtslose ihrer Bestrebungen besser zu Bewusstsein bringen, als dies die ruhigere Ueberlegung vielleicht vermag. Andererseits werden aber die türkischen Machthaber in ihrem Vorgehen gegen ihre Gegner durch dieses Entgegenkommen der Mächte noch bestärkt werden. Was speciell Ferid Pascha anbelangt, so mag er gelegentlich seiner Aussprache mit Legations-Rath Kolossa unter dem Einflusse der damals eben vor sich gegangenen Debatte über die Dschurnals (siehe meinen Bericht vom 6. d. M. No. 36 C),^{b)} sowie des ihm gewiss bekannten Verdachtes, welcher seitens des Cabinetes gegenüber den hiesigen Albanesen wegen angeblicher Schürung der Aufstandsbewegung gehegt wird, gestanden und vielleicht auch von persönlicher Furcht nicht ganz frei gewesen sein. Pallavicini.

1) Mir am 5. Juni nach Rückkehr aus Sarajewo wieder vorzulegen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2179. — b) Dieser Bericht vom 15., nicht vom 6. Mai meldet, daß sich die türkischen Politiker und das Parlament in den letzten Tagen fast ausschliesslich „mit den sogenannten Dschurnals, d. i. den geheimen Berichten der verschiedensten amtlichen und nichtamtlichen Personen an Sultan Abdul Hamid“ beschäftigt hätten. Damit wolle man einzelne den Jungtürken unangenehm gewordene Politiker, namentlich diejenigen, die verdächtig sind, die Urheber der albanischen Bewegung zu sein, wie Ferid Pascha und Ismail Kemal Bey, unmöglich machen.

Nr. 2178. Tel. nach Konstantinopel, 21. Mai 1910 Nr. 74 (chiffr. 8 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Aehrenthal).

Vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 18. d. M. Nr. 148. Baron Mayors Mitteilung an Ismail Kemal Bey könnte bei dessen Landsleuten die irrije Meinung hervorrufen, daß die der Pforte zugunsten der Albanesen ertheilten Rathschläge zur Mäßigung ausschliesslich von italienischer Seite erfolgt seien. Um dies zu vermeiden, werden Euer Exzellenz, wenn dies nicht schon geschehen ist, sicherlich Gelegenheit finden, dem genannten oder einem anderen albanischen Politiker (wie z. B. Ferid Pascha) gegenüber eine Bemerkung darüber fallen zu lassen, daß Hochdieselben bereits auf die erste Nachricht von den Ereignissen in Kossovo hin der Pforte in freundschaftlicher Weise zu einem versöhnlichen Auftreten in Albanien gerathen haben. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2179.

Nr. 2179. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 22. Mai 1910 Nr. 152 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Antwort auf Telegramm Nr. 74 vom 21. d. M. Mein mittelst sicherer Gelegenheit abgesandter Bericht vom 19. d. M. Nr. 38 geheim dürfte heute in Wien eintreffen. Aus demselben werden Euer Exzellenz entnehmen, dass Ferid Pascha bereits von meinem Schritte auf der Pforte Kenntnis hat. Ausserdem habe ich durch eine Vertrauensperson Ismail Kjemal Bey schon vor einer Woche, also noch vor der Demarche Baron Mayors, entsprechend in Kenntnis setzen lassen. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 2180.

Nr. 2180. Tel. nach Konstantinopel, 23. Mai 1910 Nr. 75 (chiffr. 7. U. 45 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Ich war bereits einmal auf Grund geheimer Informationen^{b)} in der Lage, Euer Exzellenz mitzuthemen, daß das albanesische engagement der Türkei seitens ihrer Nachbarn mit Aufmerksamkeit verfolgt wird und daß dieselben, falls für längere Zeit ein beträchtlicher Theil der türkischen Heeresmacht in den albanesischen Bergen gebunden würde, Lust bekommen könnten, von der Situation zu profitieren. Heute erfahre ich ebenfalls in streng vertraulicher Weise, daß sich in demselben Gedankengang Fäden einer Verständigung sogar zwischen den einander bisher so feindlich gegenüber stehenden nationalen bulgarischen und griechischen Milieus in Macedonien anzuspinnen beginnen. Ich bin nicht in der Lage, diese Nachricht weiter zu controliren, glaube aber immerhin, daß es für die türkische Regierung von Werth sein könnte, wenn sie durch Euer Exzellenz in streng vertraulicher und freundschaftlicher Weise auch auf diese Consequenz einer längeren Fortdauer des albanesischen Aufstandes gelegentlich aufmerksam gemacht würde. Aehrenthal.

^{a)} Vgl. n. 2179, 2182. — ^{b)} Vgl. n. 2123.

Nr. 2181. Privatschreiben aus Berlin, 24. Mai 1910 Nr. 2 (eing. 26. Mai).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Herr Theodor Roosevelt hat — wie er mir selbst sagte — während seines hiesigen Aufenthaltes in seinen Unterredungen mit Kaiser Wilhelm, dem Reichskanzler und dem Staatssekretär, die Frage der Einschränkung der Rüstungen zur See mit keinem Worte zur Sprache gebracht. Von Seite Herrn von Bethmann Hollweg's und Freiherrn von Schoen's wurde mir die Richtigkeit dieser Mitteilung bestätigt. Nach einem kleinen Diner beim französischen Botschafter hatte ich mit dem Ex-Präsidenten eine längere Unterredung, in welcher er mir vor allem auseinandersetzte, er habe noch vor seiner Ankunft in Berlin aus den deutschen Zeitungsstimmen ersehen, dass vor ihm als Verfechter der Abrüstungs-Idee gewarnt wurde. Da er, wenn auch nur ganz akademisch, die Frage der Einschränkung der Rüstungen zur See Euer Excellenz gegenüber in Wien berührt hätte, so müsse er annehmen, dass ein Echo seiner mit Euer Excellenz gepflogenen

vertraulichen Besprechungen nach Berlin gelangt sei und diese journalistische Warnungen zur Folge gehabt habe. Ich habe Herrn Roosevelt geantwortet, dass nach meiner Meinung diese journalistischen Erörterungen keineswegs im Zusammenhange mit seiner Aussprache mit Euer Excellenz stünden. Schon die italienischen Blätter hätten nach seinem — Herrn Roosevelt's — Besuch in Rom die Behauptung aufgestellt, dass er dort als Verfechter der Abrüstungsbestrebungen aufgetreten sei und auch seine grosse Rede, die er bei der Verleihung des Nobel-Preises in Christiania gehalten, habe sich mit der Abrüstungsfrage beschäftigt, und so sei die Sprache der hiesigen Blätter erklärlich. Der Ex-Präsident sah die Richtigkeit meiner Bemerkungen ein; wie dem aber auch sei, — so versicherte er mir — habe er es für angezeigt erachtet, dieser heiklen Frage in allen seinen Besprechungen mit hiesigen massgebenden Persönlichkeiten aus dem Wege zu gehen. Im übrigen sei er mit den Aussprachen während seines Berliner Aufenthaltes, insbesondere mit jenen, die er mit Kaiser Wilhelm und mit dem Reichskanzler hatte, ganz ausserordentlich zufrieden gestellt. Die deutsch-englischen Beziehungen, deren Besserung ihm so sehr am Herzen gelegen sei, habe er mit Seiner Majestät und Herrn von Bethmann Hollweg wiederholt besprochen. Die Aeusserungen, die er in dieser Beziehung hier gehört habe, hätten ihn vollauf befriedigt und er habe sich, was er übrigens nie bezweifelt hätte, neuerdings davon überzeugt, dass von aggressiven Plänen Deutschland's gegen England zu sprechen „ein barer Unsinn sei“. Hoffentlich werde er auch in London die Erfahrung machen, dass man auch dort zur Ueberzeugung gelangt sei, dass ähnliche Befürchtungen vollkommen unbegründet seien. Seiner Majestät Kaiser Wilhelm hat Herr Roosevelt und die Art und Weise seines Auftretens sehr gefallen; ebenso auch der Kaiserin, Höchstwelche sich auch über die Gattin und die Tochter des Ex-Präsidenten sehr freundlich ausgesprochen haben soll. Die grosse Rede, die Herr Roosevelt in der hiesigen Universität in Anwesenheit der Deutschen Majestäten und eines vornehmen geladenen Publikums hielt, hatte nur einen succès d'estime. Dieselbe wurde von dem Redner mit grossem entrain vorgetragen, enthielt aber nicht viel mehr als Platituden. Herr von Bethmann Hollweg hat Herrn Roosevelt einen sehr guten Eindruck gemacht; er lobte sehr die offene Sprache, die der Reichskanzler mit ihm geführt und glaubt, dass er ein Mann sei, der unbedingtes Vertrauen verdiene. Von seinem Empfange in Wien und von der huldvollen Aufnahme, die er bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät gefunden, sowie von seinen Unterredungen mit Euer Excellenz war Herr Roosevelt ganz entzückt. Er stehe, so versicherte er mir, ganz unter dem Charme Euer Excellenz Persönlichkeit. Euer Excellenz seien einer der wenigen jetzigen leitenden Staatsmänner, welcher weiss, was er will und der sich von der sogenannten öffentlichen Meinung nicht über Gebühr imponiren lasse. Meinem französischen Collegen gegenüber, mit dem er aus der Zeit, wo dieser in Washington Botschafter war, sehr befreundet ist, sprach er sich über Euere Excellenz ganz im gleichen Sinne aus und fügte, wie mir Herr Cambon sagte, hinzu, dass es sehr wünschenswert wäre, wenn die Minister des Aeussern der anderen europäischen Staaten, auch Herrn Pichon inbegriffen, dieses Beispiel befolgen würden. Zum Schlusse möchte ich noch

auf jene Behauptung Herrn Roosevelt's kurz zurückkommen, laut welcher vor einiger Zeit hier und in London ein nicht unbedenklicher gegenseitiger Alarm entstanden sei, in Folge einer von der Gattin eines englischen Admirals dem deutschen Botschafter in London gegebenen Versicherung, dass man englischerseits die Absicht hege, die deutsche Flotte durch einen Handstreich zu vernichten! Mir war bisher von diesem angeblichen Zwischenfall nichts bekannt und auch im Auswärtigen Amte wird auf das entschiedenste behauptet, dass Graf Metternich hierüber nicht ein Wort berichtet hätte.

Szögyény.

a) Vgl. n. 2136.

Nr. 2182. Bericht aus Rom, 24. Mai 1910 Nr. 25 B (eing. 26. Mai).a)
Ausfert.

Aus meinem vertraulichen Berichte vom 12. I. M. No. 24 A und meinem darauf bezüglichen Telegramme werden Eure Excellenz geneigtest entnommen haben, dass der Minister des Äussern es war, welcher mir gegenüber die Unruhen in Albanien und das einschlägige Vorgehen der Türkei, über das er sich schon bei einem früheren Anlasse besorgt geäußert hatte, zur Sprache gebracht hat. Da das hohe Telegramm No. 43 nur als vertraulich bezeichnet war, — eine Bezeichnung, welche wenigstens in früheren Jahren, eine eventuelle vertrauliche Verwertung bei der betreffenden Regierung nicht ausschloss — und da ferner die Ausführungen des Marchese di San Giuliano eine gewisse Übereinstimmung mit dem Gedankengange jenes Telegrammes aufwies, hielt ich mich für berechtigt, dessen hauptsächlichsten Inhalt dem Minister des Äussern vertraulich und unter Betonung des Umstandes, dass ich hiezu keinen speziellen Auftrag habe, mitzuteilen. Aus dem seither eingetroffenen hohen Telegramme No. 49 geht übrigens hervor, dass dieser Gedankenaustausch zu einem erfreulich übereinstimmenden Vorgehen der Kabinette von Wien und Rom in Constantinopel geführt hat und dass Euere Excellenz es auch für die Zukunft als nützlich betrachten, bezüglich der Entwicklung der Dinge im Oriente mit der hiesigen Regierung in Fühlung zu bleiben. Was die Gerüchte anlangt, wir dächten an eine Wiederbesetzung des Sandjaks von Novipazar, so hatte Marchese di San Giuliano mir seinerzeit den Ursprung derselben nicht mitgeteilt. Erst in Folge der Aussprache, welche Euere Excellenz hierüber mit dem italienischen Botschafter in Wien hatten, stellte sich heraus, dass das „Neue Wiener Journal“ diese Ente aufflattern liess. Ernsthaft hatte der Minister des Äussern diese Nachricht in der That nie genommen und dieselbe mir gegenüber mehr als Kuriosum bemerkt. Auch die im Zusammenhange hiemit hingeworfene Äusserung, die Erhaltung des status quo sei ihm tausendmal lieber als die bei einer Veränderung desselben Italien zugesagten Kompensationen, war mehr ein cri du cœur als etwa eine Erörterung von Kompensations-Fragen. Ich hatte seither Gelegenheit, ihn auch noch über das „Neue Wiener Journal“ und dessen unfreundliche Haltung gegenüber dem Ballplatze aufzuklären. In der italienischen Presse hat das Gerücht ein geringes Echo gefunden. Ausführlicher beschäftigt sich damit nur die „Gazetta di Venezia“ in dem ergebenst anverwahrten Artikel vom 3. I. M.^{b)}

Derselbe führt den Gedanken aus, unsere Räumung des Sandjaks von Novipazar sei als eine momentane Kompensation für die Annexion Bosniens und der Herzegowina und mit der Mental-Restriktion erfolgt, im gegebenen Augenblicke von jenem Gebiete wieder, und zwar definitiv, Besitz zu ergreifen. Dermalen sei diese Eventualität nicht aktuell, aber sie bilde nach wie vor ein Postulat unserer militärischen Kreise. Mérey.

a) Vgl. n. 2180, 2183. — b) Nicht aufgenommen.

Nr. 2183. Erlaß nach Konstantinopel, 25. Mai 1910 Nr. 1355.^a) Konz. (S. Rappaport; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Aus dem Euer Exzellenz abschriftlich mitgetheilten Telegramme des Freiherrn von Giesl vom 17. d. M. Nr. 28 sind Hochdemselben die dringenden Rathschläge bereits bekannt, welche die diplomatischen Vertreter Rußlands, Italiens und Frankreichs der montenegrinischen Regierung ertheilt haben, um ihr eine correcte und friedliche Haltung gegenüber der albanischen Bewegung nahezulegen. Die Motive dieser freundschaftlichen Vorstellungen sind, soweit sie von Rußland und Frankreich ausgingen, ziemlich naheliegend. Über die Beweggründe, die Italien veranlaßt haben dürften, seine abmahnende Stimme in Cetinje zu erheben, gibt der abschriftlich anverwahrte geheime Bericht Baron Giesls vom 13. l. M. Nr. 46^b) Aufschluß. Man scheint danach italienischerseits eine montenegrinische Action in Albanien hauptsächlich deshalb zu perhorresciren, weil man besorgt, daß dieselbe zu einer Wiederbesetzung des Sandschaks seitens Österreich-Ungarns führen könnte (?).^c) Die Äußerungen Baron Squittis, die eingangs erwähnten Rathschläge dreier Großmächte an Montenegro und schließlich das lebhafte Interesse, welches Fürst Nikolaus selbst in seinen Unterredungen mit Baron Giesl und anderen Diplomaten für die Entwicklung der Dinge in Nordalbanien bekundet hat, lassen den Schluß zu, daß eine, wenn auch noch nicht offen ausgesprochene, immerhin aber wahrnehmbare Tendenz Montenegros vorhanden sein dürfte, in der einen oder anderen Form von den Schwierigkeiten Nutzen zu ziehen, welche der Türkei aus ihrem gegenwärtigen Vorgehen in der albanischen Frage erwachsen sind und wol auch noch weiter erwachsen dürften. Diese auf ebenso verschiedenen als unleugbaren Thatsachen beruhende Feststellung genügt aber wol vollkommen, um die seitens der türkischen Regierung in Albanien verfolgte Politik als eine keineswegs glückliche, unsere der Pforte ertheilten wohlmeinenden Rathschläge aber als vollkommen begründet erscheinen zu lassen.

a) Vgl. n. 2182, 2184. — b) Nicht aufgenommen. — c) Vgl. n. 2172.

Nr. 2184. Bericht aus Konstantinopel, 25. Mai 1910 Nr. 40 A (eing. 28. Mai).^a) Ausfert.

Vertraulich. Ich hatte erst vorgestern Gelegenheit, mich dem Grossvezir gegenüber in Beantwortung seiner an die Adresse Euerer Exzellenz gerichteten Message im Sinne des hohen Auftrages vom 10. d. M. No. 1170, vertraulich, auszusprechen. Der Grossvezir nahm meine bezüglichlichen Mittheilungen mit grossem Interesse entgegen und bemerkte, sowohl Oester-

reich-Ungarn als der Türkei müsse daran liegen, dass die kleinen Balkanstaaten sich ruhig verhalten; dies ergebe zwischen den beiden Ländern „une parfaite identité d'intérêts“.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 2183, 2187.

Nr. 2185. Bericht aus London, 27. Mai 1910 Nr. 32 A (eing. 30. Mai). Ausfert.

Streng vertraulich. Der Incidenzfall, der sich im vorigen Jahre in Braunschweig zwischen Kaiser Wilhelm und dem König der Bulgaren abspielte, ist Euer Excellenz bekannt. Der etwas derbe Scherz des deutschen Kaisers, König Ferdinand in Gegenwart zahlreicher Fürstlichkeiten mit einem von rückwärts applicirten heftigen Schlag zu überrumpeln, wurde von dem äusserst empfindlichen hohen Herrn sehr übel genommen und verliess Seine Majestät damals Braunschweig, ohne Sich von dem deutschen Kaiser verabschiedet zu haben. Diese Szene ist mir von König Ferdinand selbst, in halb indignirter, halb humoristischer, jedenfalls aber unwiderstehlich komischer Weise beschrieben worden. Bei der diesmaligen Begegnung während der Trauerfeierlichkeiten, kam es abermals zu einer kleinen Szene zwischen den zwei hohen Herren, die König Ferdinand Seinem Bruder Prinz Philipp und mir, als Er Samstag vor Seiner Abreise allein mit uns beiden hier dejeunernte, erzählte. König Ferdinand hatte die Absicht einem demnächst — ich glaube noch Ende dieses Monats — in Berlin stattfindenden internationalen Ornithologen-Congresse zu präsidiren. Wie Euer Excellenz bekannt, ist König Ferdinand auf diesem Gebiete der Naturwissenschaft ein Fachmann ersten Ranges und hatte Er bereits einen grossen Vortrag auf deutsch und französisch vorbereitet. (Vogelwelt des Balkans, oder etwas derartiges.) Auch sind die Einladungen, wie Seine Majestät mir sagte, in Höchstseinen Namen ausgegangen. König Ferdinand benützte nun Seine hiesige Begegnung mit Kaiser Wilhelm um Seiner Majestät zu melden, dass Er demnächst nach Berlin zu kommen gedenke, worauf Ihn der deutsche Kaiser sofort unterbrach und ziemlich barsch mit den Worten anfuhr: „Das geht nicht, Du musst mir zuerst Deinen officiellen Besuch machen, bevor Du nach Berlin kommen kannst.“ König Ferdinand entgegnete Seiner Majestät, dass Er ja bereits wiederholt officiell zu Ihm gekommen sei, worauf Er die Antwort erhielt: „Aber nicht seitdem Du König bist.“ Der König replicirte weiter, Er wäre bereit gewesen einen neuerlichen officiellen Besuch in Potsdam noch vor dem Zusammentritt des Ornithologen-Congresses, abzustatten, nachdem aber dies wegen der Trauer nicht möglich sei, so könne Er nicht einsehen, warum es Ihm nicht gestattet sein solle, als „deutscher Gelehrter“ nach Berlin zu kommen, wie Er es im Laufe der Jahre häufig gethan hätte. Kaiser Wilhelm blieb aber dabei, dass dies ganz unthunlich sei, bevor nicht der officielle Besuch des Königs der Bulgaren beim preussischen Hofe stattgefunden hätte. Nun antwortete König Ferdinand, dies sei eine Einschränkung der persönlichen Freiheit und unter diesen Umständen würde man Ihn in Berlin überhaupt nicht wieder sehen. Worauf Er den Kaiser stehen liess und Seiner Majestät den Rücken kehrte. König

Ferdinand, in Seiner gewohnten etwas übertriebenen Sprache, beschreibt diese Szene in dramatischer Weise. „Je Lui ai tourné le dos et je ne mettrai plus les pieds à Berlin. Cela sera gros de conséquences et je ne sais même pas comment nos représentants diplomatiques pourront rester dans nos capitales respectives. Tout cela est vanité et jalousie. Il ne peut pas supporter qu'un autre fasse une conférence qu'Il ne serait pas capable de faire Lui-même etc.“ Ich erlaubte mir, König Ferdinand darauf aufmerksam zu machen, dass Kaiser Wilhelm ganz berechtigt ist, Seinen officiellen Besuch in Seiner neuen Würde zu erwarten, bevor Er an einem Congress in Berlin theilnimmt, aber der hohe Herr will davon nichts hören und die Enttäuschung, nicht als deutscher Gelehrter, also in einer neuen Rolle, auftreten zu können, ist offenbar sehr gross. Wie ich König Ferdinand kenne, wird Sich Seine Irritation wieder legen, namentlich wenn Ihm ein etwas grossartiger officieller Empfang späterhin in Aussicht gestellt wird, denn der Gedanke in den grossen Europäischen Hauptstädten als voll anerkannter Souverain aufzutreten, hat für Ihn viel Verlockendes. Immerhin war die Beschreibung der Szene selbst, wie sie zwischen Ihm und Kaiser Wilhelm stattfand, nicht zu sehr übertrieben, denn Kaiser Wilhelm schilderte sie dem Grafen Metternich in ungefähr ähnlicher Weise, wobei Seine Majestät sagte: „Er hat mir den Rücken gekehrt.“ Soviel ich weiss, ist diese Rencontre zwischen den zwei hohen Herrn hier unter den anderen anwesenden Fürstlichkeiten nicht bekannt geworden.

Mensdorff.

Nr. 2186. Erlaß nach St. Petersburg, 28. Mai 1910 Nr. 1385.a) Konz. (S. Matscheko; V. Musulin und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Der hiesige russische Botschafter hat mich vor einigen Tagen gelegentlich des Diplomatenempfanges aufgesucht und im Laufe unseres Gespräches so nebenbei die Bemerkung fallen lassen, daß die russischen Grenzwach-Brigaden an der deutschen, österreichischen und rumänischen Grenze in diesem Sommer zu Manöverzwecken konzentriert und während dieser Zeit provisorisch durch Linien-Kavallerie ersetzt werden würden. Ich habe für diese Mitteilung gedankt und bemerkt, es sei mir angenehm, daß wir von dieser bevorstehenden Maßregel im Vorhinein Kenntnis erhalten hätten, da wir dadurch seiner Zeit in der Lage wären, die Öffentlichkeit über die Ursache und den Charakter dieser Truppenverschiebung, die ja gewiß Aufsehen erregen würde, aufzuklären. Die Richtung, die unsere Unterhaltung durch die Bemerkung des Fürsten Urussoff angenommen hatte, bot mir den erwünschten Anlaß, um auf die in den letzten Jahren so wesentlich gesteigerte russische Kundschaftertätigkeit in unseren Grenzprovinzen hinzuweisen und dem Botschafter zu sagen, die „curiosité militaire“ Rußlands sei in der letzten Zeit in Formen aufgetreten, die ich nicht unbedenklich finden könne. Unsere Behörden hätten sich gezwungen gesehen, in den letzten Wochen und Monaten wegen Ausspähung, und zwar zu Gunsten Rußlands, eine Unzahl von Verhaftungen vorzunehmen und viele Prozesse durchzuführen; derartige Erscheinungen müßten namentlich auch durch den Widerhall, den sie in der öffentlichen Meinung finden, notwendiger Weise

auf unsere Beziehungen zum russischen Reiche eine ungünstige Rückwirkung ausüben. Übrigens könne ich nicht recht begreifen, welchen Zweck man mit einer so intensiven und offenbar auch recht kostspieligen Tätigkeit auf diesem Gebiete verfolge, da zwischen uns und Rußland doch tiefer Friede herrsche und alle Anzeichen und die größte Wahrscheinlichkeit dafür spreche, daß das friedliche Verhältnis zwischen den beiden Reichen in absehbarer Zeit nicht werde gestört werden. Der russische Botschafter hat hierauf den Versuch gemacht, die Affaire Martschenko zur Sprache zu bringen und wollte eine Lanze für den russischen Militär-Attaché brechen. Ich habe Fürst Urussoff jedoch mit der Bemerkung unterbrochen, daß ich die Beweise für die von uns beanständete Tätigkeit Martschenkos in den Händen gehabt hätte; ich schnitt jede weitere Diskussion über dieses Thema ab, indem ich bemerkte, wie wünschenswert es wäre, daß auch die russischen Militär-Attachés dieselben Instruktionen erhielten, welche an die unseren vor ungefähr zehn Jahren hinausgegeben wurden und die ihnen jede ausspähende Tätigkeit sowie jede Verbindung mit militärischen Kundschaftern strengstens untersagen. Fürst Urussoff, der ein Diplomat der alten Schule ist, schien für meine Anschauungen Verständnis zu besitzen und ich glaube, daß er in diesem Sinne auch nach St. Petersburg berichten wird. Indem ich noch hinzufüge, daß die vorstehenden Ausführungen nur zu Euer Exzellenz vertraulichen Information, eventuell zur Regelung Ihrer Sprache, bestimmt sind, erneuere ich etc.

a) Vgl. n. 2207.

Nr. 2187. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 29. Mai 1910 Nr. 166 (eing. 30. Mai 11 U. a. m.).a) Entziff.

Geheim. Ismail Kemal Bey hat mich heute in Jeniköj besucht. Er sagte mir, seiner Überzeugung nach werden die Albanesen den Kampf fortsetzen und zwar deshalb, weil sie sich in ihrer nationalen Existenz durch das jungtürkische Regime bedroht fühlen. Andererseits meinte er, dass die Regierung zu keinen Konzessionen geneigt sei. Seinen Nachrichten zufolge ist ein neuerlicher grösserer Kampf bei Djakova bevorstehend. Er fügte noch hinzu, dass die Darstellung der hiesigen Regierungskreise, als ob die Kretafrage die Albanesen von ihrem Kampfe ablenken würde, auf Erfindung beruhe, er wies ferner, so wie dies mir gegenüber gestern Ferid Pascha ebenfalls tat, auf das angeblich barbarische Vorgehen der Truppen bei Niederwerfung des Aufstandes hin und liess hiebei einige Bemerkungen fallen, welche darauf schliessen lassen würden, dass die Albanesenführer mit dem Gedanken umgehen, sich eventuell an die Mächte zu wenden. Ich habe bei diesem Anlasse Ismail Kemal Bey eingehend über meine im Auftrage Euer Exzellenz der hiesigen Regierung erteilten Ratschläge informiert und hinzugesetzt, dass ich in diesem Sinne auch weiter einwirke. Diese Mitteilung machte auf meinen Mitredner einen sichtlich guten Eindruck. Er sagte mir, die Blicke der Albanesen seien jetzt mehr denn je und in erster Linie auf Österreich-Ungarn gerichtet. Pallavicini.

[a) Vgl. n. 2184, 2188, 2192 Anm. b.

Nr. 2188. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 5. Juni 1910 Nr. 44 B
(eing. 8. Juni).^{a)} Ausfert.

Mahmud Schefket Pascha wird, wie mir der Grossvezir sagte, Mittwoch aus Albanien hieher zurückkehren. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass der Kriegsminister heute mehr denn je Herr der Situation ist. Wenn man auch nicht sagen kann, dass es ihm gelungen ist, den Aufstand in Nordalbanien völlig niederzuwerfen, da es noch viele Aufständische gibt, die sich noch nicht ergeben haben, so muss doch zugegeben werden, dass der grösste Theil der Arbeit vollbracht ist. Heute sind die Verbindungslinien zwischen Mitrovitza, Priština, Prizren, Diakova und Ipek in den Händen der Truppen und die genannten Orte haben starke militärische Besatzungen. Von diesen Centren aus kann das weitere Pacificationswerk erfolgreich von Statten gehen. Diese unstreitig bedeutenden Erfolge sind ohne zu grosse Opfer an Menschenleben erreicht worden und ohne dass die Regierung, wie es früher immer der Fall war, sich auf Compromisse mit den Aufständischen einlassen musste. Die Taktik, mit grossen Streitkräften aufzutreten, hat sich bewährt. Die Albanesen haben, ohne sich in grössere Kämpfe einzulassen, ihre Positionen schrittweise aufgegeben. Sie befinden sich jetzt in den den Truppen schwer zugänglichen Gebirgen, aber es ist kaum anzunehmen, dass sie sich lange werden halten können, da ihre Verbindungen mit den obgenannten Orten sowie überhaupt den grösseren Ortschaften abgeschnitten sind. Über den schliesslichen Verlauf der Dinge in Albanien kann man sich heute allerdings noch kein abschliessendes Urtheil gestatten. Viel hängt von der Taktik ab, welche die Regierung in Zukunft befolgen wird. Ob sie sich kluger Mässigung befleissen oder zu Massregeln hinreissen lassen wird, die auf die systematische Unterdrückung der albanesischen Elemente abzielen. In letzterem Falle dürfte es allerdings früher oder später wieder zu Kämpfen und Schwierigkeiten kommen. Es scheint mir jedoch, dass die Regierung thatsächlich den Weg der Mässigung einzuschlagen gewillt ist. Eine Gewähr hiefür erblicke ich in der Person des Kriegsministers. Es ist ein strenger, aber andererseits massvoller und kluger Mann. Über den grössten Theil des Vilayets Kossovo ist bereits der Belagerungszustand verhängt, d. h. Mahmud Schefket Pascha wird dort der unumschränkte Herr sein. Schrittweise wird man auch die anderen Gebiete Albaniens unter dieses Régime zu bringen trachten, so dass mit der Zeit, und wenn die Situation nicht durch äussere Complicationen erschwert werden sollte, Albanien thatsächlich der Regierungsgewalt unterworfen werden dürfte. Dies würde einen Erfolg bedeuten, welcher für den Bestand des neuen Régimes von der grössten Wichtigkeit wäre. Aber, wie gesagt, heute ist es noch zu früh, diesbezüglich ein abschliessendes Urtheil zu fällen. Gleich bei Beginn der gegenwärtigen Bewegung in Albanien hatte ich mir erlaubt, auf die grosse Bedeutung derselben hinzuweisen und mich dahin auszusprechen, dass die von der türkischen Regierung in Aussicht genommene Action entweder mit einem sehr schwer wiegenden Erfolg oder mit einer verhängnisvollen Niederlage des neuen Régimes enden dürfte. In diesem Momente scheint es, dass die erstere Eventualität mehr Chancen der Verwirklichung für sich hat, deren Hauptverdienst Mahmud Schefket Pascha zufällt. Die Conse-

quenzen der erfolgreichen Action des Kriegsministers in Albanien machen sich schon heute hier fühlbar. Aus verschiedenen Anzeichen kann man ersehen, dass das Abhängigkeitsverhältnis des Grossvezirs und der Regierung überhaupt von Mahmud Schevket Pascha sich mehr denn je geltend macht. Auch in der jetzt im Vordergrund stehenden Cretaangelegenheit wird der Generalissimus, der seine Stellung auch dem Offizierscorps gegenüber ganz bedeutend gefestigt hat, nach seiner Rückkehr hieher wohl das entscheidende Wort sprechen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2187, 2190.

Nr. 2189. Bericht aus Berlin, 7. Juni 1910 Nr. 23 A (eing. 9. Juni). a) Ausfert.

Vertraulich. Die von mir telegraphisch^{b)} signalisirte Aufzeichnung über die Unterredung, welche der Reichskanzler mit dem italienischen Minister des Äußern letztthin hatte, wird Euer Exzellenz, wie ich annehmen darf, seither durch Herrn von Tschirschky zur Verfügung gestellt worden sein. Aus derselben werden Hochdieselben entnommen haben, daß Herr von Bethmann Hollweg mit dem Verlaufe dieser Besprechungen mit Marquis di San Giuliano in jeder Beziehung zufriedengestellt war. Dieser hat hier überall einen sehr guten Eindruck hinterlassen; insbesondere hat er — so versichert mir Freiherr von Schoen — Kaiser Wilhelm sehr gut gefallen. Von dem Dreibunde sei kaum ein Wort gefallen, da der Bestand desselben und die gegenseitige treue Anhänglichkeit zu diesem Friedensbunde so selbstverständlich seien, daß es wahrlich überflüssig gewesen wäre, sich darüber des näheren auszulassen. Das Euer Exzellenz bekannte Communiqué enthalte, wenn auch nur in knapper Form zusammengestellt, tatsächlich alles, was über die gepflogenen Verhandlungen gesagt werden könne; diese hochoffiziöse Enunciation konstatire das vollkommene Einverständnis Deutschlands, Italiens und auch Österreich-Ungarns über die Auffassung der politischen Situation und konkludire dahin, daß die friedliche Aufrechterhaltung des status quo der Gesamtlage nach wie vor das Hauptbestreben des Dreibundes bilden werde. Die kretensische Frage betreffend habe sich Marquis di San Giuliano in seinen Äußerungen eine offensichtliche Zurückhaltung auferlegt, was übrigens umso begreiflicher erscheine, als die Schutzmächte über die Lösung dieser Frage in keiner Weise einig seien, geschweige denn ein Programm über ihr weiteres Verhalten festgesetzt hätten. Soviel habe aber der italienische Minister des Äußern wiederholt erklärt, daß italienischerseits auch in der Zukunft keine andere Lösung dieser schwierigen Frage in Aussicht genommen werde, als eine solche, die den gerechtfertigten Susceptibilitäten, auf denen die Pforte aus prinzipiellen Gründen und mit Rücksicht auf ihr Prestige beharren müsse, Rechnung trage. Dies sei wohl eine recht allgemein gehaltene Versicherung, doch habe der Reichskanzler auf eine Präzisierung derselben umso weniger gedrungen, als — wie Herr von Bethmann Hollweg es dem italienischen Minister des Äußern wiederholt auseinandersetzte — Deutschland sich in eine direkte Mitwirkung bei der Kretaaktion in keinem Falle hineinziehen lassen wolle. Einen darauf abzielenden Anwurf, vor welchem man sich hier

anfangs gefürchtet hatte, habe aber Marquis di San Giuliano nicht einmal versucht. Über Italiens Beziehungen zu Österreich-Ungarn habe sich der italienische Minister des Äußern in außerordentlich vernünftiger Weise, so sagte mir Freiherr von Schoen, ausgesprochen. Es werde sein Hauptbestreben sein, diese Beziehungen möglichst vertraulich zu gestalten, was ihm, wie er bestimmt darauf rechne, auch gelingen werde, da er schon während seiner kurzen Amtsführung mit großer Genugtuung sich überzeugen konnte, daß auch in Wien in dieser Beziehung die besten Dispositionen bestünden. Über den neuen österreichisch-ungarischen Botschafter beim Quirinal, Herrn von Mérey, habe sich Marquis di San Giuliano sehr anerkennend geäußert. In letzter Zeit seien zwar — wie dies leider auch bisher oft der Fall gewesen sei — einige recht unerquickliche Grenzstreitigkeiten aufgetaucht (Chiese u. s. w.), die aber infolge der in Wien bewiesenen Coulanz und der taktvollen Intervention Herrn von Méreys schnell und zu beiderseitiger Zufriedenheit erledigt worden seien. Bei dieser Gelegenheit hat der italienische Minister des Äußern auf die noch immer nicht günstig geregelte Angelegenheit der Errichtung einer italienischen Facultät in Österreich hingewiesen und seinem lebhaftesten Wunsche Ausdruck verliehen, daß die k. k. Regierung in dieser Frage mehr Entgegenkommen erweisen möge, wie dies bisher der Fall war. Spezielle Petita habe der italienische Minister des Äußern nicht gehabt, es sei denn die Anfrage, ob die deutsche Regierung eine Einladung zu einer Konferenz, welche im kommenden Jahre zum Zwecke der internationalen Regelung der Auswanderungs- und Arbeiterfragen auf die Initiative der italienischen Regierung in Rom stattfinden soll, annehmen würde. Der Reichskanzler habe hiezu bemerkt, daß er seinerseits von einer derartigen Konferenz sich keine praktischen Resultate verspreche, aber trotzdem dem Wunsche des italienischen Cabinets entsprechen und Sorge dafür tragen werde, daß Deutschland sich an dieser Konferenz beteilige. Marquis di San Giuliano habe diese Zusage mit Dank angenommen und erwähnt, daß diese Zusage Herrn Luzzatti eine ganz besondere Freude machen würde; was ihn selbst anbelangt, mache auch er sich gewiß keine Illusionen über das praktische Resultat einer solchen Konferenz: „Que voulez-vous“, setzte er hinzu, „ce sont des idées juives, qui font un plaisir spécial à l'actuel président du Conseil des Ministres italiens!“ Im Laufe des Sommers beabsichtigt der italienische Minister des Äußern, wie er dies dem Reichskanzler wiederholt mit großem Nachdrucke versicherte, seine Aufwartung bei Seiner k. und k. Apostolischen Majestät zu machen und E. E. einen Besuch abzustatten.

Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 2196. — ^{b)} Tel. aus Berlin, 2. Juni 1910 Nr. 77 enthaltend einen kurzen Vorbericht zum obigen Bericht. Die Aufzeichnung Bethmann Hollwegs liegt nicht vor.

Nr. 2190. *Erlaß nach Konstantinopel, 10. Juni 1910 Nr. 1623.*^{a)} *Konz. (S. Maschinschrift; V. Aehrenthal und Pogatscher; G. Aehrenthal).*

Streng vertraulich. Wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramme vom 3. Juni l. J. Nr. 84^{b)} wissen, ist der türkische Thronfolger am Samstag,

den 4. Juni l. J., nachmittags, mit dem Orient-Express hier eingetroffen. Die Vorbereitungen für den hiesigen Séjour des türkischen Prinzen waren (wie ich nur zu Euer Exzellenz persönlich bemerke) durch Rifaat Pascha und Reschid Pascha in einer nicht sehr glücklichen Weise getroffen worden, da Reschid Pascha erst am Freitag den 3. Juni in der Lage war, hier mitzuteilen, daß die für diesen Tag in Aussicht genommene Ankunft des türkischen Thronfolgers erst am nächstfolgenden Tage stattfinden würde. Diese Verschiebung der Ankunft war schon deshalb nicht ganz angenehm, weil nach dem mit Reschid Pascha bereits seit mehreren Tagen festgesetzten Aufenthaltsprogramm des Thronfolgers für Samstag, den 4. ein Dîner bei Seiner k. u. k. Hoheit dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Franz Ferdinand anberaumt war, zu dem Prinz Jussuf Izzedin, da der Orient-Expresszug eine $\frac{3}{4}$ stündige Verspätung hatte, gerade noch zurechtkam. Seine k. u. k. Apostolische Majestät hat den Besuch des türkischen Thronfolgers am Montag den 6. l. M. im Absteigquartier des Prinzen, im Hôtel Impérial, erwidert. Ich habe mich bei Seiner kaiserlichen Hoheit am Sonntag, den 5. zur Audienz gemeldet und wurde von dem Prinzen am selben Tage in dreiviertelstündiger Audienz empfangen. Der türkische Thronfolger begrüßte mich mit einigen liebenswürdigen Worten, die ich mit der Bemerkung erwiderte, daß ich lebhaftes Genugtuung darüber empfinde, den künftigen Herrscher des benachbarten und befreundeten türkischen Reiches versichern zu können, daß unsere Politik der Türkei gegenüber eine aufrichtig freundschaftliche sei und bleiben werde, daß wir alles Interesse an einer starken Türkei besäßen und daß wir deshalb ihre innere Konsolidierung und die Kräftigung ihrer Wehrmacht auf das aufrichtigste wünschten. Der Unterredung mit dem türkischen Thronfolger schloß sich am darauffolgenden Tage eine längere Konversation mit Rifaat Pascha an. Der türkische Minister des Äußern berührte in unserem Gespräche alle aktuellen politischen Themen. Zunächst fing er von Kreta zu reden an, indem er, auf die jüngste, dem griechischen Standpunkte anscheinend günstigere Phase der kretensischen Angelegenheit hinweisend, bemerkte, daß es König Georg während seines Londoner Aufenthaltes offenbar verstanden habe, bei seinen beiden erlauchten Schwestern eine griechenfreundliche Stimmung zu erzeugen. Der Türkei liege zwar nichts ferner denn die Absicht, sich in der sommerlichen Ruhe als unwillkommener Störenfried zu gebärden, sie könne es aber auf die Dauer doch nicht ruhig mitansehen, daß die Lösung des kretensischen Problems endlos hinausgeschoben werde. Ich erwiderte Rifaat Pascha, daß ich eine gewisse Ungeduld der türkischen Regierung zwar begreiflich fände, daß ich ihm aber nur wiederholen könnte, was ich bereits Hilmi Pascha gelegentlich seines hiesigen Aufenthaltes gesagt hatte, daß mir nämlich eine consequente, ruhige und nichts überstürzende Haltung der Pforte noch immer die beste Methode der Behandlung des kretensischen Problems vom ottomanischen Standpunkte aus zu sein scheine. Dank dieser Methode hätte die Türkei schon einige ganz appreciable Erfolge errungen; die vier Mächte wären sogar, wie ich wüßte, vor kurzem ganz nahe daran gewesen, ihre Kontingente auf die Insel zurückzuschicken. In der That vermöchte ich nicht recht einzusehen, wie es den Mächten gelingen könne,

ihrem Willen in Kreta Geltung zu verschaffen, wenn sie nicht vorher für entsprechende *moyens d'exécution* vorgesorgt hätten und möchte annehmen, daß sie heute oder morgen doch dahin kommen würden, neuerdings Truppen auf der Insel zu landen. Ich hielt es für angebracht, Rifaat Pascha bei diesem Anlasse, was unsere eigene Haltung in der kretensischen Angelegenheit anlangt, neuerdings darauf aufmerksam zu machen, daß wir in unserer vollkommen reservierten Stellung zu bleiben gedächten und aus derselben, unserem bekannten Standpunkte entsprechend, nur in dem Momente herauszutreten Anlaß finden würden, wenn es sich um eine Änderung im staatsrechtlichen Status der Insel handeln sollte. Auf die Besprechung der Kreta-Angelegenheit folgte in unserer Konversation das albanesische Thema, das Rifaat Pascha ganz spontan und von selbst aufs Tapet brachte. Der Herr Minister gab seiner Zufriedenheit über die gegenwärtige Situation in Albanien Ausdruck, wo die aufrührerische Bewegung unterdrückt worden sei und das Pazifizierungswerk begonnen habe. Er führte des längeren aus, daß die Unbotmäßigkeit der Albanesen, die der Regierung den legitimsten Gehorsam verweigerten, ebenso eine Ahndung, wie andererseits die Autorität der Regierung eine entsprechende Kräftigung erheischt hätte. Man habe übrigens in Konstantinopel volles Verständnis für die besonderen Verhältnisse des albanesischen Volksstammes und sei sich speziell dessen bewußt, daß man in den Albanesen die sicherste Stütze der ottomanischen Herrschaft in Europa zu schätzen und zu schonen habe. Ich gab Rifaat Pascha gegenüber meiner lebhaften Befriedigung darüber Ausdruck, daß die türkische Regierung den Wert des albanesischen Elementes so deutlich erkenne und fügte hinzu, daß die aufrichtig freundschaftlichen Ratschläge, die wir in der ersten Zeit des albanesischen Aufstandes in Konstantinopel im Sinne einer versöhnlichen albanesischen Politik erteilt hätten, ausschließlich derselben Erwägung entsprungen seien. Rifaat Pascha zeigte für unsere Intentionen volles Verständnis und schien unsere in Rede stehenden Demarchen als etwas ganz Natürliches empfunden zu haben. Unser Gespräch ging nun auf serbische Angelegenheiten über. Rifaat Pascha wiederholte hier, was er seinerzeit Euer Exzellenz bereits gesagt hat, nämlich daß es in der Richtung der türkischen Politik gelegen sei, gute Beziehungen zu Serbien zu unterhalten. In diesem Sinne sei die Türkei bereit, Serbien unter anderem in der Frage des Handelsvertrages entgegenzukommen; Rifaat Pascha erwähnte auch die Einräumung gewisser Grenzbegünstigungen, um die es den Serben besonders zu tun sei. Bei der politischen Annäherung an Serbien lege aber die türkische Regierung ein Hauptgewicht darauf, daß dieselbe keine Spitze gegen die österreichisch-ungarische Monarchie enthalten dürfe. Es war aus den Äußerungen Rifaat Paschas zu entnehmen, daß die Pforte bei ihrem politischen Kalkül die Rivalität zwischen Serbien und Bulgarien entsprechend einstellt. Von der Erörterung des serbisch-türkischen Verhältnisses übergingen wir zur Frage der Donau-Adria-Bahn. Rifaat Pascha legte mir in einer anscheinend sehr offenen und aufrichtigen Weise dar, daß die türkische Regierung über den Bau der Donau-Adria-Bahn allerdings mit Serbien „rede“, daß sie aber keinerlei Engagements eingegangen sei. Nach Ansicht der Pforte müsse die Betriebsgesellschaft der neu zu erbauenden Bahn jeden-

falls eine ottomanische sein. Über die Frage des Anschlusses der künftigen Trasse der Donau-Adria-Bahn an das serbische Bahnnetz würden Verhandlungen aber erst dann eingeleitet werden können, wenn sich die Türkei über die wirtschaftlichen Vorteile vollkommen klar geworden sei, die sie aus dem neuen Unternehmen zu erwarten habe. Ich dankte dem Herrn Minister für seine Mitteilungen, von denen ich mich sehr befriedigt zeigte, und bemerkte, ich wollte das Donau-Adria-Bahnprojekt gewiß nicht kritisieren, sei aber immer der Ansicht gewesen, daß es für die Türkei in erster Linie von Interesse sei, sich Verbindungen aus dem Herzen des Reiches nach Albanien zu schaffen, beziehungsweise im Westen des Reiches Anschlußverbindungen an die bestehenden Bahnlinien herzustellen. Im weiteren Verlaufe unserer Konversation erwähnte Rifaat Pascha die jüngste Anwesenheit des Königs der Bulgaren in Konstantinopel^{c)} und den auszeichnenden Empfang, der diesem Herrscher dort zuteil geworden sei. Indem er die bisherige politische Haltung König Ferdinands besprach, fragte mich Rifaat Pascha, welches eigentlich meine Ansicht von den Absichten und politischen Plänen sei, die man in Sofia verfolge. Ich antwortete dem Herrn Minister, daß ich somme toute zu der Überzeugung gelangt sei, daß König Ferdinand ruhig bleiben würde. Man habe im Palais in Sofia die Situation offenbar nicht richtig eingeschätzt und sich der Illusion hingegeben, daß wegen der mazedonischen Angelegenheiten die Aufmerksamkeit Europas auch weiterhin auf Bulgarien gerichtet bleiben werde; jetzt habe man sich aber davon überzeugen können, daß keine der Mächte mehr Lust verspüre, sich mit Mazedonien zu beschäftigen. Im übrigen sei ich überzeugt, daß König Ferdinand gute Beziehungen zur Türkei wünsche. Man dürfe sich aber allerdings nicht darüber täuschen, daß Bulgarien sofort wieder zu einem unsicheren Nachbar werden würde, wenn sich die Situation des türkischen Reiches nach außen oder innen hin verschlechtern sollte. Eben im Hinblick auf den Eintritt letzterer Eventualität wäre ich kürzlich bestrebt gewesen, die türkische Regierung auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die sich für das Reich aus einer die militärischen Kräfte übermäßig bindenden Aktion in Albanien nothwendigerweise herausstellen müßten. Ich wies schließlich darauf hin, daß für die Beurteilung der zukünftigen Haltung Bulgariens zwei Faktoren besonders wichtig seien, nämlich Rußland und Rumänien. Rußland werde aber kaum in der Lage sein, in absehbarer Zeit aggressive Pläne Bulgariens zu unterstützen und was Rumänien anbelange, so hätte es gewiß kein Interesse an einer territorialen Vergrößerung Bulgariens. Da Rifaat Pascha in einem früheren Punkte unserer Konversation der Mission des Generals Crainiceanu^{d)} gedacht und erwähnt hatte, daß derselbe mit freundlichen Messagen nach Konstantinopel gekommen sei, Messagen, die ebenso freundlich aufgenommen worden seien, aber nicht zum Abschlusse einer Allianz geführt hätten, benützte ich diesen Anlaß, um meinem Mitredner gegenüber die Opportunität der Pflege guter Beziehungen zum Donau-Königreiche nahezulegen. Am Schlusse unserer längeren Unterredung brachte ich noch das Gespräch auf die von der Türkei erstrebte Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle und fragte Rifaat Pascha, in welchem Stadium sich diese Angelegenheit dermalen befinde. Rifaat

Pascha erwiderte, daß es nicht sehr günstig um sie stehe, da man englischerseits Schwierigkeiten mache. Man besorge in London, daß durch die Realisierung der projektierten Zollerhöhung mittelbar das Bagdad-Bahnprojekt gefördert werde und verlange Sicherungen dafür, daß nicht die Mehreinnahmen aus den Zöllen für die Zinsengarantien der Bagdadbahn Verwendung fänden. Die türkische Regierung beabsichtige nun, der englischen Regierung zu antworten, daß sie nicht daran denke, die Erträgnisse der Zölle für die Bagdadbahn zu verwenden, in Wirklichkeit aber würden es ihr die in Rede stehenden Mehrerträgnisse doch ermöglichen, den Bau der Bagdadbahn aus anderen Reichsmitteln sicherzustellen.

a) Vgl. n. 2188, 2192, 2195. — b) Lediglich Hofnachrichten. — c) Vgl. n. 2080. — d) Vgl. n. 2193.

Nr. 2191. *Erlaß nach Konstantinopel, 10. Juni 1910 Nr. 1624.*^{a)} *Konz. (S. Calice; G. Aehrenthal).*

Bei dem gestrigen Diplomatenempfang ist auch der hiesige bulgarische Gesandte erschienen und hat offenbar im Auftrage seiner Regierung zur Sprache gebracht, daß das bulgarische Element im Vilajet von Salonik und in den angrenzenden Gebieten in letzter Zeit zahlreichen chicanösen Verfolgungen seitens der türkischen Behörden ausgesetzt sei. Auf der Suche nach versteckten Waffen würden friedsame bulgarische Dorfbewohner drangsaliert und mißhandelt und es hätte sich der bulgarischen Bevölkerung eine erbitterte und verzweifelte Stimmung bemächtigt. Die Folge hievon sei, daß sich bereits wieder eine bulgarische Bande gebildet habe und auch schon ein Rencontre mit türkischem Militär zu verzeichnen wäre. Indem der bulgarische Gesandte diese Mitteilungen machte, fügte er hinzu, daß die bulgarische Bevölkerung in der Türkei nichts anderes verlange, als in Ruhe und in Frieden zu leben. Thatsächlich habe sie auch in den letzten Monaten den türkischen Behörden keinerlei Anlaß zum Einschreiten wider sie gegeben. Die bulgarische Regierung ihrerseits wünsche in der friedlichen und reservierten Haltung, die sie Macedonien gegenüber beobachtet und für die sie die Anerkennung der Großmächte zu verdienen glaube, zu verharren. Sollte die türkische Regierung aber fortfahren, die bulgarische Bevölkerung zu bedrücken, so würde es die Lage der königlichen Regierung vor der öffentlichen Meinung Bulgariens ganz bedeutend erschweren. Ich habe mich der Eröffnung Herrn Geschoffs gegenüber vollkommen rezeptiv verhalten und mich in eine Erörterung derselben nicht eingelassen. Indem ich Euer Exzellenz das Vorstehende zur rein persönlichen Information mitteile, ersuche ich Sie, mir Ihre eventuellen einschlägigen Wahrnehmungen zu berichten.

a) Vgl. n. 1951, 2165, 2228.

Nr. 2192. *Erlaß nach Konstantinopel, 10. Juni 1910 Nr. 1626.*^{a)} *Konz. (S. Rappaport; G. Aehrenthal).*

Streng vertraulich. Aus Euer Exzellenz Telegramm vom 29. v. M. Nr. 166 und Chiffre-Bericht vom 31. v. M. Nr. 42^{b)} habe ich mit Interesse

den Inhalt der letzten Unterredung entnommen, welche Hochdieselben mit Ismail Kemal Bey hatten. Die Sprache, welche Euer Exzellenz bei diesem Anlasse geführt haben, hat meinen Intentionen umso mehr entsprochen, als Hochdieselben die Gelegenheit benützt haben, die unsrerseits der Pforte ertheilten versöhnlichen Rathschläge zu erwähnen und der Erwartung Ausdruck zu verleihen, daß man türkischerseits nunmehr geneigt sein werde, den Zwist mit den Albanesen beizulegen. Die letzten Nachrichten, welche mir vom Schauplatze des nordalbanischen Aufstandes zukommen, sowie einzelne Meldungen, welche anzudeuten scheinen, daß türkischerseits auch eine Unterdrückung der friedlichen Bestrebungen beabsichtigt wird, mit denen sich die mittel- und südalanischen Patrioten befassen, scheint allerdings bis zu einem gewissen Grade Ismail Kemal Beys Behauptung zu bestätigen, daß das jungtürkische Regime alles daran setzen werde, die Albanesen womöglich vollständig zu knechten. Es wird sich wohl schon demnächst zeigen, ob die bisherige Energie-Entwicklung der Türken auch weiter anhalten und ein durchschlagender Erfolg ihnen Recht geben wird, oder ob die von Ismail Kemal Bey vorausgesetzte Fortdauer des Widerstandes seiner Landsleute im Zusammenhange mit den zahlreichen andern Schwierigkeiten, denen die Türkei in diesem Momente gegenübersteht, nicht doch bald in den Konstantinopeler Machthabern das Bewußtsein wachrufen dürfte, daß es klüger gewesen wäre, unseren Rathschlägen nicht bloß durch Worte, sondern durch eine factisch versöhnlichere Behandlung der Albanesen Rechnung zu tragen. Ich erachte den Moment für noch nicht gekommen, um Euer Exzellenz mit diesbezüglichen speciellen Instructionen zu versehen. Sollte sich jedoch neuerdings der Fall ergeben, daß man seitens der Pforte Hochdieselben gegenüber auf die Frage der Anbahnung einer Annäherung an Österreich-Ungarn zu sprechen komme, ermächtige ich Euer Exzellenz bereits jetzt, die Bemerkung zu machen, daß wir vor allem die Überzeugung gewinnen müßten, daß unsere wohlmeinenden Rathschläge mehr in Berücksichtigung gezogen werden, als dies in der letzten Zeit der Fall gewesen zu sein scheine. Was schließlich den von Ismail Kemal in echt orientalischer Weise unternommenen Versuch betrifft, in seiner Unterredung mit Baron Marschall die Äußerungen Euer Exzellenz in verdrehter Form wiederzugeben, so beweist diese Episode jedenfalls, wie sehr Hochdieselben Recht hatten, diesem Politiker gegenüber Vorsicht zu beobachten. Ich hoffe jedoch, daß Euer Exzellenz sich durch jenen Vorfall nicht veranlaßt sehen werden, den Faden der immerhin werthvollen Beziehungen zu dem genannten Albanesenführer abzuschneiden, und sehe Hochderen weiterer gegenständlichen Berichterstattung mit Interesse entgegen. Auch würde ich Werth darauf legen, wenn Euer Exzellenz Mittel und Wege finden könnten, über den Verkehr Ismail Kemals mit den anderen fremden Missionen in Konstantinopel am Laufenden zu bleiben. Für die Wichtigkeit einer diesbezüglichen vertraulichen Überwachung desselben spricht nicht bloß das von Euer Exzellenz erwähnte, bedeutsame Moment des Wiederzutretens der griechischen Sympathien des mehrgenannten albanesischen Deputierten, sondern auch die naheliegende Vermuthung, daß die vielfach als bevorstehend ange-

nommene Abkühlung der anglo-türkischen Sympathien diesen wetterwendischen Politiker veranlassen könnte, demnächst auf englischer Seite anzuklopfen.

^{a)} Vgl. n. 2190, 2195. — ^{b)} Nicht aufgenommen, weil im wesentlichen des-selben Inhaltes wie n. 2187.

Nr. 2193. Erlaß nach Bukarest, 11. Juni 1910 Nr. 1636.^{a)} Konz. (S. Andrian; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Euer Durchlaucht erhalten in der Anlage die Abschrift eines streng vertraulichen Erlasses,^{b)} den ich an den k. u. k. Botschafter in Constantinopel richte und in welchem ich die Unterredung zusammenfasse, die ich während seines letzten Wiener Aufenthaltes mit dem türkischen Minister des Äußern gepflogen habe. Wie Euer Durchlaucht diesem Schriftstücke entnehmen werden, hat Rifaat Pascha mir gegenüber unter anderem auch den Besuch General Crainiceanus in Constantinopel erwähnt, auf den sich der interessante Bericht Euer Durchlaucht vom 12. Mai l. J. Nr. 24^{c)} bezog. Ich habe die Mittheilungen Rifaat Paschas über die Eventualität einer intimeren politischen Annäherung zwischen Rumänien und der Türkei zur Kenntnis genommen, ohne mich in eine weitere Erörterung dieses Gedankens einzulassen, und lediglich bemerkt, dass ich die Pflege guter Beziehungen zwischen beiden Staaten für sehr opportun hielte; ich that dies von der Erwägung ausgehend, daß, wenn ein gutes Verhältnis zwischen ihnen bestehe, die Wahrscheinlichkeit eines aggressiven Vorgehens Bulgariens ziemlich gering bleibe. Ich ermächtigte Euer Durchlaucht, von dem Inhalte meiner Unterredung mit Rifaat Pascha Seiner Majestät dem Könige und Herrn Bratianu Kenntnis zu geben. Zu Euer Durchlaucht persönlichen Orientirung bemerke ich, dass ich den Gedanken einer politischen Allianz zwischen Rumänien und der Türkei in meinem Gespräch mit Rifaat Pascha absichtlich nicht aufgegriffen habe, da eine Ventilirung dieses Gedankens über die Linie hinausgegangen wäre, die wir bisher in unserer politischen Fühlungnahme mit Rumänien und der Türkei eingehalten haben. Ich habe bekanntlich auch bei meinen seinerzeitigen Aussprachen mit Herrn Bratianu mich darauf beschränkt, dem rumänischen Staatsmanne gegenüber die Vorzüge der Pflege guter politischer Beziehungen zur Türkei darzulegen und ersuche auch Euer Durchlaucht, in Ihren Unterredungen sowohl mit Seiner Majestät dem Könige wie mit den rumänischen Staatsmännern in diesem Gedankenkreise zu bleiben.

^{a)} Vgl. n. 1940 Anm. b, 2194. — ^{b)} n. 2190. — ^{c)} Mit Bericht Nr. 24, 12. Mai 1910 (eing. 15. Mai) wurde aus Bukarest gemeldet, General Crainiceano habe Mahmud Schefket bei den deutschen Manövern kennen gelernt und sei von diesem eingeladen worden, ihn einmal in Konstantinopel zu besuchen. Bei diesem Besuche habe Mahmud Schefket ihm eröffnet, daß man türkischerseits beschlossen habe, sich der Politik des Dreibundes anzuschließen. Man setze zugleich die Rüstungen fort, um allen Balkanstaaten zugleich (Rumänien ausgenommen) trotzen zu können. Er hoffe dieses Ziel in einigen Monaten zu erreichen.

Nr. 2194. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 12. Juni 1910 Nr. 47 (eing. 16. Juni).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Die Jungtürken sind auf die sogenannten Cretaschutzmächte jetzt schlecht zu sprechen. Vor einem Jahre bezeichneten sie dieselben Mächte mit dem Namen „les puissances amies“ und zwar im Gegensatze zu Oesterreich-Ungarn in erster Linie und dann auch zu Deutschland. Die Zeit scheint mir nicht ferne, wo die Rollen gewechselt werden dürften. In meiner ergebenen Berichterstattung habe ich stets darauf hingewiesen, dass die Türkei früher oder später sich um das Wohlwollen der Cretamächte^{b)} bewerben werden müsse. Dies könnte sogar früher geschehen, als ich es mir vorgestellt hatte. Man traut sich wohl heute noch nicht ganz offen es auszusprechen, aber die Stimmen in der türkischen Presse werden immer häufiger, welche einen eventuellen Anschluss an Deutschland ventilierten. Oesterreich-Ungarn wird vorläufig allerdings nicht ausdrücklich genannt, selbstverständlich aber denkt man hiebei auch an eine Annäherung an uns. Den Anlass hiezu bietet natürlich die schwierige Lage, in welcher sich heute die Türkei infolge der Wendung, welche die Cretafrage in letzter Zeit genommen hat, befindet. Die türkischen Minister, namentlich der Gross-Vezir, legen mir gesprächsweise seit einiger Zeit wieder häufiger die Idee nahe, dass es im allgemeinen Interesse liegen würde, wenn wir und Deutschland uns den andern Mächten behufs endgiltiger Lösung dieser Frage anschlossen. Meiner unmassgeblichen Meinung nach, wäre jedoch auch jetzt noch nicht der Moment gekommen, unseren bisherigen Standpunkt in diesem Belange aufzugeben. Ueberhaupt glaube ich, dass sich unsere Taktik, nämlich jene der strengen Zurückhaltung dem jungtürkischen Regime gegenüber, glänzend bewährt hat. Diejenigen, welche den Jungtürken am meisten nachgelaufen sind, kommen jetzt immer mehr zur Ueberzeugung, dass dies ein grosser Fehler war. Die allgemeine Situation in der Türkei ist nach wie vor eine so unklare, dass es schon aus diesem Grunde angezeigt ist, die Entwicklung der Dinge abzuwarten. Es ist sehr möglich, dass die Elemente, welche heute das Heft in der Hand haben, schon in nächster Zukunft von anderen werden abgelöst werden. Baron Marschall, mit dem ich am Tage vor seiner Abreise auf Urlaub eine längere vertrauliche Unterredung hatte, theilt meine Auffassung. Auch er ist der Meinung, dass Deutschland so wie wir uns im Allgemeinen speciell in der Cretafrage möglichst reservirt verhalten sollten. Der deutsche Botschafter liess sich bei dieser Gelegenheit in interessanter Weise über die politische Lage und über die momentanen Beziehungen der Mächte untereinander aus. Er wies hiebei vor Allem auf das Vorgehen Englands und Russlands in Persien hin und bezeichnete dasselbe als ein solches, welches die übrigen Mächte mit Entschiedenheit zurückweisen sollten. „Wenn man sich das gefallen lässt, sagte er, so werden wir sehr bald ähnliches auf dem Gebiete des türkischen Reiches erleben. England strebt ja ganz offen die Beherrschung Mesopotamiens und Arabiens an und wird sich gewiss mit der Zeit, um dieses Ziel zu erreichen, mit Russland auseinanderzusetzen und letzterem Compensationen unter anderem in der Meerengenfrage anbieten. England im Besitze der Küstengebiete des persischen Meerbusens, wird jedes Interesse an Constantinopel

und daher an der Meerengenfrage verlieren. Es wäre daher, fuhr er fort, meiner Ansicht nach ein grosser Fehler, sich mit Bezug auf letztere Frage auf den bisher bestandenen diesbezüglichen Antagonismus Englands und Russlands zu verlassen. In dieser Beziehung könnten wir sehr bald eine Ueberraschung erleben.“ Baron Marschall fügte noch hinzu, seiner Ansicht nach dürfe Deutschland dies um keinen Preis zulassen, denn es habe nunmehr grosse Interessen im Orient zu vertheidigen. Das Wort Bismarcks von den Knochen des pommerischen Grenadiers habe schon längst seine Bedeutung verloren. Deutschland müsse seine ganze Kraft einsetzen, um den Status quo in der Türkei zu erhalten. Dasselbe Interesse habe Oesterreich-Ungarn. Diese beiden Mächte seien auch, wie sie dies im Vorjahre bewiesen haben, stark genug, wenn sie mit Entschiedenheit auftreten, um derlei Pläne im Keime zu ersticken. Am nächstfolgenden Tage hatte Baron Marschall (siehe mein Telegramm Nr. 178^c) vom 7. d. M.) eine lange Unterredung mit dem Grossvezir. Ich war wohl nicht in der Lage, meinen deutschen Collegen nach dieser Unterredung zu sprechen, aber wie ich aus einigen vertraulichen Andeutungen des deutschen Geschäftsträgers entnehme, wurden bei jener Gelegenheit ausser der Bagdadbahnfrage auch Fragen der grossen Politik erörtert. Baron Marschall dürfte sich Hakki Pascha in ähnlichem Sinne ausgesprochen haben, wie er dies mir gegenüber gethan, nämlich indem er auf die Gefahren hingewiesen haben mag, welche der Türkei seitens Russlands und Englands drohten. Ich habe Grund anzunehmen, dass er beim Grossvezir für seine Auseinandersetzungen Verständnis gefunden hat. Hakki Pascha ist jetzt ganz besonders auf England schlecht zu sprechen und auch das Vertrauen, welches er vor kurzem noch Russland entgegengebracht hat, dürfte bereits bedeutend erschüttert sein. Wir befinden uns gegenwärtig wieder an einem bedeutsamen Wendepunkt der hiesigen Politik. Die beiden grossen Tagesereignisse, nämlich der sich in Albanien abspielende Kampf einerseits und die acute Form, in welche anderseits das cretensische Problem getreten ist, geben der Situation die Signatur. Man kann heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen, welche Wendung schliesslich die Dinge in Albanien nehmen werden, ebensowenig in welcher Weise sich das jungtürkische Régime aus den Schwierigkeiten der Cretafrage ziehen wird. Es ist sogar sehr möglich, dass beide Angelegenheiten in eine Wechselbeziehung treten, welche die Lage sogar verhängnisvoll gestalten könnte. Heute lässt sich unmöglich sagen, was eine eventuelle kriegerische Verwicklung der Türkei mit Griechenland für eine Wirkung auf die Albanesen haben würde. Die von Mahmud Schefket Pascha mit grosser Sicherheit in Aussicht gestellte patriotische Bewegung der Albanesen gegen den äussern Feind, scheint mir, wie die Dinge heute stehen, eine etwas zu optimistische zu sein. Auch von diesem Standpunkte aus glaube ich, dass eine zuwartende Haltung unsererseits mehr denn je geboten ist.

Pallavicini.

^a) Vgl. n. 2193, 2199, 2205. — ^b) Randbemerkung von der Hand des Gesandten Rudolf Pogatscher: Centralmächte? — ^c) Berichtet über Verhandlungen des deutschen Botschafters betreffend die Eisenbahnstrecke Bagdad—Persischer Meerbusen.

*Nr. 2195. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 15. Juni 1910 Nr. 48 B
(eing. 19. Juni).a) Ausfert.*

Streng vertraulich. Mit meinem ergebensten Telegramm No. 190 vom 13. d. M.^{b)} habe ich die Ehre gehabt, Euerer Excellenz über eine Unterredung zu berichten, die ich vorgestern mit Mahmud Schefket Pascha hatte. Wie in diesem Telegramme bereits bemerkt, äusserte sich der Kriegsminister über die Lage in Albanien sehr optimistisch. Er war augenscheinlich bestrebt, mir die Überzeugung beizubringen, dass er nunmehr vollkommen Herr der Situation in Albanien sei. Unmittelbar vor mir hatte er den k. u. k. Militärattaché empfangen. Auch Letzterem gegenüber drückte er sich bezüglich der Lage in Albanien in äusserst optimistischem Sinne aus. Obwohl der Aufstand im Grossen und Ganzen als niedergerungen betrachtet werden kann, scheint es mir, dass die Versicherungen Mahmud Schefket Paschas doch mit einer gewissen Reserve zu beurtheilen wären. So sprach z. B. der Kriegsminister von „einzelnen“ Aufständischen, die sich noch in den Bergen herumschlugen. Dies entspricht offenbar nicht der Wahrheit. Bekanntlich gibt es noch tausende von Rebellen in den schwer zugänglichen Gebieten der Malissia und Luma. Es scheint, dass Mahmud Schefket Pascha namentlich mir gegenüber die Lage besonders deshalb als so günstig hinstellen wollte, weil er von unseren, der türkischen Regierung ertheilten Rathschlägen Kenntniss haben mag und mir daher beweisen wollte, dass kein Grund zu Befürchtungen vorliege. Er wies auch im Laufe des Gespräches wiederholt darauf hin, dass die Türkei trotz des Truppenaufgebotes in Albanien sich gegenüber eventuellen Complicationen von Aussen genügend stark fühle, und zwar hauptsächlich deshalb, weil sie im Stande sei, die in Albanien concentrirten Streitkräfte nöthenfalls sofort einem etwaigen äusseren Feind entgegenzuwerfen. Aus den Auslassungen Mahmud Schefket Paschas gewann ich den Eindruck, dass er es jetzt als seine Hauptaufgabe betrachtet, die Staatsgewalt in Albanien definitiv zur Geltung zu bringen. Er versicherte mir aber wiederholt im Laufe des Gespräches, dass er den grossen Werth des albanesischen Volkes, das er sehr genau kenne, richtig einzuschätzen verstehe. „Die Türkei, sagte er, kann ohne dieses Element in Europa überhaupt nicht existieren. Die Albanesen werden auch mit der Zeit unsere besten Soldaten werden. Wir haben bereits mit der Recrutierung angefangen und in einigen Tagen wird man bereits in Constantinopel albanesische Recruten sehen.“ In den hiesigen Zeitungen erschienen kürzlich Interviews mit Mahmud Schefket Pascha. Es wurde ihm unter Anderem in den Mund gelegt, dass die Regierung Volksschulen in Albanien errichten werde, an welchen lediglich das Türkische gelehrt werden soll. Ich frug den Kriegsminister, ob jene Interviews richtig wiedergegeben wären, worauf er mir antwortete, er habe wohl kürzlich mit einem Journalisten, aber nur ganz kurz gesprochen und speciell über Schulen gar nichts. Die Sprachenfrage gehe ihn, den Kriegsminister, überhaupt nichts an, sie sei die Sache seiner Ministerkollegen. Aus dem mir mittlerweile zugekommenen Erlass Nr. 1626 vom 11. d. M. streng vertraulich, sehe ich, dass Euere Excellenz eine grössere Berücksichtigung unserer „wohlgemeinten Rathschläge“ seitens der Pforte gewünscht hätten. Die obigen mir von Mahmud Schefket Pascha gemachten

Mittheilungen sprechen meiner Ansicht nach dafür, dass unsere Rathschläge doch nicht so ganz auf unfruchtbaren Boden gefallen sein dürften. Allerdings scheint man türkischerseits diesmal nicht den Weg der Compromisse mit den albanesischen aufständischen Chefs betreten zu wollen, man hat sich aber doch einer ausgesprochenen Mässigung beflissen. Dies erhellt auch aus den mir durch hohen Erlass Nr. 1623 vom 10. d. M. gütigst mitgetheilten Äusserungen Rifaat Paschas Euerer Excellenz gegenüber.¹⁾ Die türkischen Machthaber wollen in Albanien allerdings die Herren sein, und werden, wie es scheint, auf diesem Wege mit Consequenz vorgehen. Soweit man aber vorläufig im Stande ist abzusehen, zielt diese Action nicht, wie von gewissen albanesischen Politikern z. B. Ismail Kjemal behauptet wird, auf eine systematische Unterdrückung des albanesischen Elementes hin. Hingegen wird Mahmuđ Schefket Pascha ganz sicher gegen die Rädelsführer mit grosser Strenge vorgehen. Er sagte mir diesbezüglich, dass dieser Tage zwei derselben gehängt werden sollen. Er hoffe binnen Kurzem auch die übrigen, namentlich Issa Boletinatz und Sefer Idris in seine Gewalt zu bekommen. Ebenso ist es wahrscheinlich, dass gegen Persönlichkeiten, welche man verdächtigt, von hier aus die Unruhen angestiftet zu haben, ganz besonders gegen Ismail Kjemal Bey vorgegangen werden wird. Aus diesem Grunde muss ich im Verkehr mit diesem Letzteren grosse Vorsicht beobachten, werde aber trotzdem trachten, die Beziehungen mit ihm nicht ganz abubrechen. Jedenfalls werde ich mich entsprechend Euerer Excellenz hohem Auftrage bemühen, das Verhalten des genannten Deputierten gegenüber anderen fremden Missionen zu controllieren. Pallavicini.

¹⁾ Phrasen.

^{a)} Vgl. n. 2197, 2199. — ^{b)} Es handelt sich um das Tel. Nr. 191, das einen kurzen Vorbericht über das Gespräch mit Mahmud Schefket Pascha enthält.

Nr. 2196. Erlaß nach Rom, 15. Juni 1910 Nr. 1674. Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

Die Mittheilungen, welche Marquis di San Giuliano Euer Exzellenz über den Verlauf und das Ergebniss seines Besuches in Berlin gemacht hat, stimmen mit den Meldungen überein, die mir von dorthier darüber zugegangen sind und werden auch von der mir bekanntgegebenen Aufzeichnung über die Unterredung^{a)} bestätigt, welche der deutsche Reichskanzler mit dem italienischen Minister des Äussern hatte. Eine Abschrift des betreffenden Berichtes des Grafen Szögyény^{a)} liegt hier bei. Ich konstatiere daraus mit Befriedigung, dass das Auftreten und die Äusserungen des Marquis di San Giuliano in Berlin einen guten Eindruck gemacht haben. Über eine allgemeine Besprechung der gegenwärtigen Lage und die Constatirung der Übereinstimmung in ihrer Beurteilung scheint man nicht hinausgegangen zu sein; es ist aber sicher, dass aus den Gesprächen San Giulianos mit den leitenden Staatsmännern Deutschlands die feste Absicht herauszuhören war, nicht nur dem Dreibundgedanken und der ihm zu Grunde liegenden politischen Richtung treu bleiben zu wollen, sondern auch sich insbesondere mit uns auf einen möglichst guten Fuss zu stellen. Dies wird leicht zu erreichen sein, wenn die unvermeidlichen Zwischenfälle mit der

erforderlichen Ruhe und Besonnenheit beurteilt und mit jenem wolwollenden Entgegenkommen geschlichtet werden, von dem wir erst jüngst anlässlich der Ereignisse am Chiesebach ein Beispiel gegeben haben. Mit besonderer Genugtuung begrüsse ich es, dass Marquis di San Giuliano sich in so anerkennender Weise über Euer Exzellenz geäussert und damit dargethan hat, dass er Ihnen Vertrauen entgegenbringt, ein Umstand, der gewiss geeignet ist, die Beziehungen zu ihm zu erleichtern und immer freundschaftlicher zu gestalten.

a) n. 2189.

Nr. 2197. Bericht aus Cetinje, 16. Juni 1910 Nr. 57A (eing. 20. Juni). a) Ausfert.

Streng vertraulich. Ein montenegrinischer Funktionär, der vorläufig nur im geheimen der Opposition angehört und das volle Vertrauen des Fürsten und der gegenwärtigen Regierung geniesst, daher über die Stimmungen im Schooße derselben unterrichtet ist, machte mir folgende vertrauliche Mitteilungen über das Verhalten Montenegros zur albanischen Bewegung. Er bestätigte meine eigene Wahrnehmung bezüglich des Abflauens der Kriegsstimmung und der Lust, sich in ein riskiertes Abenteuer einzulassen, sowie eine grössere Zurückhaltung, welche gegenüber den Ereignissen in Albanien beobachtet werde. Dieselbe entspringe aber nur dem Drucke der äusseren Umstände und dem Respekte vor den militärischen Machtmitteln der Türkei und würde, wenn in Albanien ein heftiger Rückschlag erfolge, sofort wieder in das Gegenteil umschlagen. Über die Beziehungen Montenegros zu einzelnen albanesischen Stammesführern will mein Gewährsmann mit Bestimmtheit wissen, dass Anfang Mai l. J. zwischen einzelnen Stämmen und montenegrinischen Unterhändlern eine Bessa behufs Kooperation abgeschlossen wurde. Die Stämme, von welchen er dies mit Sicherheit wisse, seien die Šala, Klementi, Gruda und Hoti, also so ziemlich alle Clans der Malcija maze, an der Südostgrenze Montenegros. Es wurde auch versucht, die Mirdita zum eventuellen Anschlusse zu bewegen, doch, wie es scheint, mit negativem Erfolge. Die obgenannten Stämme und weitere, deren Gefolgschaft sicher schien, hätten sich in der Bessa verpflichtet, beim Losschlagen Montenegros 4000 Mann ins Feld zu stellen. Issa Boletinac weilt, nach diesen Angaben, auf montenegrinischem Boden, bei Velika, (in dem in die Türkei einspringenden Südostwinkel), von wo er nach Ljuma durchzubrechen hofft. In der Ljuma sammeln sich die zurückgedrängten und versprengten Teile der Aufständischen und wäre daselbst noch ein heftiger Widerstand zu erwarten. Boletinac sei aber nicht gerufen worden, sondern habe sich mit mehreren Anhängern auf montenegrinisches Gebiet geflüchtet. Als seine Anwesenheit bekannt wurde, habe der Fürst und die Regierung beschlossen, von seinem Aufenthalte keine Notiz zu nehmen, ihn aber frei gewähren zu lassen. Bedri Pascha, der Vali von Skutari, habe jetzt die Chefs der albanesischen Stämme in seinem Vilajet nach Skutari berufen, um mit ihnen eine Bessa für die Regierung abzuschliessen, und würden die Stämme, die jüngst eine Bessa mit Montenegro eingingen, dadurch in einige Verlegenheit geraten. Bib Doda habe auf die

Mirditen beruhigend eingewirkt und sie in ihrer Regierungstreue befestigt. Mein Mitredner ist aber davon nicht überzeugt, ob Bib Doda unter allen Umständen zur Regierung halten würde. Er habe vor circa einem Monate einen Vertrag mit einer italienischen Handelsgesellschaft abgeschlossen, welcher ihm die Exploitation seiner in der Mirdita gelegenen Wälder ermöglichen würde und in welchem der Bau einer Industriebahn von S. Giovanni di Medua nach der Mirdita vorgesehen ist. Diese Konzession müsste Bib Doda binnen 3 Monaten erwirken, wenn nicht der Vertrag hinfällig werden soll. Bib Doda plant deshalb nach Konstantinopel zu reisen, um die Sache zu betreiben und meint mein Gewährsmann, dass er, wenn er in Konstantinopel seine Zwecke nicht erreichen sollte, sich von der Regierung abwenden könnte. Mein Mitredner basiert diese Möglichkeit auf ein kürzliches Gespräch mit Bib Doda selbst, welcher ihm seine Reisepläne mitteilte und die Absicht, über Cetinje zu kommen, um hier vom Fürsten empfangen zu werden. Er glaubt aber, dass Bedri Pascha ihm die Route über Cetinje kaum gestatten werde; käme er hieher, dann würde ihn auch der Fürst, wenn auch im geheimen, empfangen. Bib Doda habe in dem erwähnten Gespräche wiederholt hervorgehoben, dass nach seiner Überzeugung das Heil, sowohl Montenegros, wie Albaniens, nur im Anschlusse und der unterstützenden Freundschaft Österreich-Ungarns liege. Soweit mein Gewährsmann, dessen Ausführungen, was die hiesigen Verhältnisse betrifft, gut mit meinen eigenen Wahrnehmungen und sonstigen Informationen übereinstimmen. Dessen Angaben über Vorgänge im Vilajet Skutari werden sich — ohne den vertraulichen Charakter dieser Mitteilungen zu kompromittieren — durch die Berichte des k. u. k. Konsuls Zambaur kontrollieren lassen.

P. S. Heute den 17. I. M., d. i. nach Fertigstellung dieses Berichtes, erfuhr ich im Ministerium des Äussern, dass Issa Boletinac mit 13 seiner Anhänger, gestern, über abgeänderten Beschluss der Regierung, von der Grenze entfernt und nach Nikšić eskortiert wurde, woselbst er unter Aufsicht bleibt. Obwohl die Regierung diese Massnahme als einen spontanen Freundschaftsakt gegenüber der Türkei hinstellt, wurde dieselbe, wie ich höre, nur über wiederholte energische Forderung seitens des türkischen Gesandten verfügt. Diese Nachricht habe ich Eurer Exzellenz telegrafisch zu melden die Ehre gehabt.

Giesl.

^{a)} Vgl. n. 2195, 2210.

*Nr. 2198. Bericht aus Belgrad, 17. Juni 1910 Nr. 30 E (eing. 18. Juni).^{a)}
Ausfert.*

Geheim. Ein angeblicher Journalist, Vlad. Serg. Vasić, wohnhaft zu Belgrad, König Petergasse Nr. 43, versendet den beiliegenden Zettel,^{b)} in welchem er, falls sich genügende, 1¹/₂ Francs im voraus erlegende Abnehmer einstellen, das Erscheinen einer Broschüre „Hinter den Kulissen der österreichischen Diplomatie“ ankündigt. Diese Broschüre soll den Cetinjeer Bomben-, den Agramer Hochverrats- und den Wiener Friedungsprozess behandeln und die geheime Arbeit unserer Gesandtschaft in Belgrad, des

Korps-Kommandos in Agram, der Polizei in Semlin, des vormaligen ungarischen Ministerpräsidenten Wekerle, des Banus Rauch und so weiter enthüllen. Ich habe guten Grund anzunehmen, dass der ehemalige Konfident der Gesandtschaft, Milan Stefanović, mit dieser angeblich bevorstehenden Veröffentlichung in Verbindung steht. Er hat sich wiederholt mit unbeantwortet gebliebenen Bitten und Drohungen an die Gesandtschaft gewendet und auch persönlich bei den militärischen Behörden in Agram und bei der Polizei in Semlin vorgesprochen. Wenn er auch nun wirklich durch Vermittlung anderer irgendwelche „Enthüllungen“ publizieren würde, so dürften sie — da er wegen seiner eigenen Sicherheit vorsichtig sein muss — meist phantastisch und sicherlich nicht beachtenswert sein. In Belgrad ist übrigens das Interesse für die beigelegten Agramer- und Friedjungaffären stark geschwunden, daher soll die Broschüre hauptsächlich beweisen, dass die in der Bombenaffäre in Cetinje Verurteilten wegen österreichischer Intrigue in montenegrinischen Kerkern schmachten. Forgách.

^{a)} Vgl. n. 2050, 2223, 2296, 2297, 2312. — ^{b)} Eine Subskriptionseinladung in serb. Sprache, deren wesentlicher Inhalt im vorliegenden Berichte wiedergegeben ist.

Nr. 2199. Tel. nach Konstantinopel, 17. Juni 1910 Nr. 96 (chiffr. 7. U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Maschinschrift; V. Pogatscher; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Die in Euer Exzellenz Telegramm vom 13. d. M. Nr. 191 wiedergegebenen Äußerungen des Kriegsministers,^{b)} sowie alle anderen einlangenden Nachrichten über das Vorgehen der Türken in Albanien lassen annehmen, daß die ottomanische Regierung sich im Gegensatze zu den Euer Exzellenz gegenüber früher abgegebenen Erklärungen nicht mit der bereits erfolgten Herstellung der staatlichen Autorität begnügen, sondern den militärischen Erfolg benützen will, um die nationale Eigenart und Kraft der Albanesen einem allzu weitgehenden Zentralismus zuliebe zu brechen. So steht insbesondere die fortschreitende Entwaffnung der Arnauten, welche sich nicht bloß auf die an der Insurrection direkt beteiligten Elemente erstreckt, mit einer in Euer Exzellenz Telegramme vom 7. v. M. Nr. 130 wiedergegebenen Äußerung Rifaat Paschas im directen Widerspruche. Noch bedenklicher erscheint der Umstand, daß nach Euer Exzellenz eingangs citirtem Telegramme und einer Privatnachricht aus Uesküb die türkischen Repressions- und Entwaffnungs-Expeditionen ihre Thätigkeit nicht auf das eigentliche Aufstandsgebiet oder wenigstens auf das Vilajet Kossovo beschränken, sondern sogar auf die benachbarten Berglande von Dibra und Scutari ausdehnen zu sollen scheinen. Die sogenannte albanische Frage, welche Mahmud Schefket Pascha ein für allemal aus der Welt schaffen möchte, stellt, wie eben die jüngsten Erfolge der ottomanischen Truppen beweisen, ein viel geringeres Übel für die Türkei dar, als es die Gefahr wäre, welche aus den übertriebenen Nivellirungsbestrebungen der Jungtürken dadurch erwachsen könnte, daß die Widerstandsfähigkeit der albanischen Bevölkerung gegen den slavischen Andrang im Norden und den griechischen im Süden nach Verlust ihres bisherigen Selbstgefühles eine wesentliche Schwächung erfahren dürfte. Ich ersuche Euer Exzellenz, den nächsten

passenden Anlaß dazu zu benützen, um Mahmud Schefket Pascha, beziehungsweise andern maßgebenden Mitgliedern des Konstantinopler Kabinetes keinen Zweifel darüber zu lassen, daß Hochderen Aufmerksamkeit der Widerspruch keineswegs entgangen ist, der zwischen der entgegenkommenden Aufnahme, welche sie (offenbar nur zum Scheine) unsern wolmeinenden Rathschlägen angedeihen ließen, und ihrem thatsächlichen Vorgehen in Albanien besteht. Hiebei wird sich auch Gelegenheit ergeben, die Bemerkung einzuflechten, daß, wenn die Türkei im Widerspruche zu unsern freundschaftlichen Rathschlägen sich durch ihr Vorgehen gegen die Albanesen ihrer werthvollsten Schutzwehr gegen Störungen des status quo im westlichen Teile ihrer europäischen Besitzungen beraube, wir wol schwerlich uns dazu berufen fühlen könnten, den Ersatz für diese freiwillige Schwächung ihrer Defensiv-Position beizustellen. Eben erhalte ich Euer Exzellenz Bericht vom 12. d. M. Nr. 47. Derselbe bietet mir keine Veranlassung, die im Vorstehenden Euer Exzellenz ertheilte Directive zu ändern. Die von Hochdenselben erwähnte Wechselwirkung zwischen der albanesischen und der kretensischen Angelegenheit ist besonders geeignet, in dem mir vorschwebenden Sinne als Argument gegenüber den türkischen Staatsmännern verwerthet zu werden.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2200, 2201, 2203, 2204, 2209. — b) Vgl. n. 2195 Anm. b.

Nr. 2200. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 20. Juni 1910 Nr. 203 (eing. 21. Juni 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe meine heutige Unterredung mit Rifaat Pascha benützt, um mich gesprächsweise ihm gegenüber im Sinne des hohen Telegrammes Nr. 96 vom 17. d. Mts. zu äussern. Ich wies auf die Gefahr hin, welche der gegenwärtige Stand der Kretafrage für die Türkei in sich schliesse und welche durch die Situation in Albanien im höchsten Grade verschärft werden könnte. Hiebei unterliess ich es nicht, dem Minister zu sagen, dass das Vorgehen der Regierung in Albanien nicht im Einklange mit den Äusserungen stehe, die er mir vor einigen Wochen bezüglich der Entwaffnung der Bevölkerung gemacht habe, da es nunmehr den Anschein hätte, dass man nicht nur aufständische sondern auch die ruhig gebliebenen Stämme entwaffnen wolle. Hiedurch werde sich, fügte ich hinzu, das heutige Régime die Albanesen zu solchen Feinden machen, dass meiner Ansicht nach im Falle einer äussern Komplikation kaum auf sie zu rechnen sein dürfte. Der Minister erwiderte mir, dass man zur Zeit, als er mir gegenüber jene Äusserungen getan, geglaubt hätte, es handle sich blos um einen lokalen Aufstand. Nun habe es sich aber herausgestellt, dass derselbe von langer Hand und an vielen Orten angezettelt war. Übrigens sei ihm nicht bekannt, dass man die Entwaffnung sämtlicher Albanesen, er erwähnte hiebei Südalbanesen und die Mirditen, im Auge habe. Obwohl ich mit grösster Vorsicht meine obigen Bemerkungen vorbrachte, gewann ich doch den Eindruck, dass Rifaat Pascha von denselben eher unangenehm berührt war. Allerdings kam dies in seiner Antwort nicht direkt zum Ausdrucke.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 2203.

Nr. 2201. Tel. nach Konstantinopel, 22. Juni 1910 Nr. 107 (chiff. 6 U. 15 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Calice; G. Pogatscher).

Mein an Euer Exzellenz gerichtetes Telegramm vom 17. l. Mts. Nr. 96 habe ich (mit Ausnahme des Schluß-Alineas) dem k. u. k. Botschafter in Berlin mit dem Auftrage mitgeteilt, von dessen Inhalt streng vertraulich Baron Schoen Kenntnis zu geben. Wie nun Graf Szögyény anher meldet,^{b)} hat Staatssekretär in Würdigung der von mir auch Herrn von Tschirschky gegenüber angeführten Gründe den deutschen Geschäftsträger in Konstantinopel beauftragt, nach Rücksprache mit Euer Exzellenz den maßgebenden türkischen Persönlichkeiten gegenüber sich im Sinne meiner, im obcitirten Telegramme enthaltenen Warnung vor einem allzuschroffen Vorgehen in Albanien zu äußern und zur Milde zu raten.

a) Vgl. n. 2202. — b) Tel. aus Berlin, 21. Juni 1910 Nr. 105 (eing. 22. Juni 9 U. a. m.). Entziff. Nicht aufgenommen.

Nr. 2202. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 23. Juni 1910 Nr. 210 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 107 von gestern. Deutscher Geschäftsträger hat mir gestern vom Inhalte der an ihn in Angelegenheit Albaniens ergangenen Weisung Kenntnis gegeben. Ich habe Herrn von Miquel mitgeteilt, dass ich am letzten Montage Rifaat Pascha in dem mir aufgetragenen Sinne gesprochen und namentlich auf die Gefahr hingewiesen habe, welche mit Rücksicht auf die Eventualität eines türkisch-griechischen Krieges eine weitere Verstimmung des albanesischen Volkes in sich schlösse. Der deutsche Geschäftsträger wird sich bei nächster Gelegenheit in ähnlichem Sinne dem türkischen Minister des Äussern gegenüber vernehmen lassen. Miquel teilt meine Ansicht, dass man im gegenwärtigen Momente mit dem Hinweis auf eine russische oder panslavistische Gefahr hier nichts ausrichte. Die Aktion in Albanien ist ohne Zweifel von Russland suggeriert und wurde unter dessen Garantie, dass Bulgarien und Serbien ruhig bleiben werden, unternommen. In Bezug auf die Entwaffnungsfrage habe ich mich, wie bereits telegrafisch gemeldet, Rifaat Pascha gegenüber ausgesprochen. Ich musste dies aber mit Vorsicht tun, da einerseits seine bekannten diesbezüglichen Äusserungen wohl nicht als ein uns gegebenes Versprechen aufgefasst werden können, anderseits aber, weil ich bestrebt sein musste, den Verdacht zu vermeiden, als ob wir die definitive Etablierung der türkischen Staatsgewalt in Albanien nicht wünschten. Ein solcher Verdacht wäre geeignet, die momentan hier herrschende günstigere Stimmung für die Zentralmächte arg zu kompromittieren. Selbstverständlich würde aber die Sache anders zu beurteilen sein, wenn Euer Exzellenz von der Ansicht ausgehen sollten, dass sich das jungtürkische Régime ohnedies nicht werde lange halten können, eine Ansicht, für welche allerdings, wie die Dinge heute stehen, manches spricht.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 2203.

Nr. 2203. Tel. nach Konstantinopel, 24. Juni 1910 Nr. 112 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Maschinschrift und Pogatscher; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 21. I. M. Nr. 203. Ich habe mich vorgestern dem hiesigen türkischen Botschafter gegenüber in folgendem Sinne ausgesprochen: Hinsichtlich der albanischen Angelegenheit gleiche das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei jenem zweier Freunde, von denen der eine die Besorgnis nicht unterdrücken könne, daß der andere sich bei Behandlung seiner eigenen Sache auf eine Bahn begeben, welche schließlich zu einer Gefährdung seiner Stellung führen könnte. Wir hätten, wie der Pforte bekannt, die Anwendung von Gewaltmaßregeln zur Wiederherstellung der staatlichen Autorität für gerechtfertigt erachtet und der bei Niederwerfung der Revolte entfalteten Tatkraft Beifall gezollt. Gleichzeitig hätten wir aber der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die türkische Regierung weise handeln würde, nach Unterdrückung des Aufstandes eine Verständigung mit den Albanesen zu suchen, und unsere freundschaftliche Aussprache in diesem Sinne hätte damals bei den türkischen Ministern, anscheinend wenigstens, eine verständnisvolle Würdigung gefunden. Die aus Albanien einlangenden Nachrichten müßten jedoch die Besorgnis wachrufen, daß man sich von dieser Linie entferne und ein Vorgehen einschlage, welches geeignet sein könnte, zwischen den Albanesen — deren Wert für die türkische Position in Europa der Großvezier erst kürzlich in der Kammer mit Recht hervorgehoben habe — und den Türken einen bedenklichen Gegensatz zu schaffen. Ein auf die Schwächung des albanesischen Elementes, welches am westlichen Balkan die stärkste Schutzwehr für die Integrität der Türkei bilde, gerichtetes Vorgehen würde wohl den Zielen der serbischen oder russischen Politik, nie und nimmer aber dem richtig erfaßten türkischen Staatsinteresse entsprechen, das mit dem unseren übereinstimme. Im übrigen betrachteten wir, was uns selbst betreffe, unsere jetzige Balkangrenze als ein Definitivum und hieraus ergebe sich nebst der Uneigennützigkeit auch die Begründung des freundschaftlichen Ernstes unserer Ratschläge: für das Minus an Widerstandskraft, welches eine Schwächung des Albanertums für die Türkei bedeute, seien wir auch bei bestem Willen nicht in der Lage aufzukommen, wenn Komplikationen im Westen der Balkanhalbinsel sich einmal ergeben sollten. Ich schloß mit der Bemerkung, daß ich über meine bisherige wohlmeinende und freundschaftliche Aussprache, welche den Zweck verfolge, der Pforte gewisse Gefahren vor Augen zu führen, nicht hinausgehen wolle. Reschid Pascha erwiderte mir, er teile meine Auffassung und habe sich kürzlich in Konstantinopel im analogen Sinne ausgesprochen. Wenn es unter den türkischen Politikern auch nicht an Vertretern gegenteiliger Anschauungen fehle, so habe er doch bei maßgebenden Mitgliedern des Kabinetts Ansichten vorgefunden, welche mit meiner und seiner Auffassung übereinstimmen. Er werde natürlich seine Regierung von meinen neuerlichen Ausführungen getreu informieren. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich im Sinne des Vorstehenden sowie meines Telegrammes vom 17. I. M. Nr. 96 auch dem Großvezier und Mahmud Schefket Pascha gegenüber mit freund-

schaftlichem Ernste auszusprechen, gleichzeitig aber den Anschein einer Forderung oder einer über einen wohlwollenden Ratschlag hinausgehenden Insistenz zu vermeiden. Ich erhalte eben Euer Exzellenz Telegramm vom 23. d. Nr. 210. Für das Gewicht und den Eindruck unserer Sprache auf die Pforte erscheint es mir unerlässlich, in vertraulicher und freundschaftlicher Weise darauf hinzuweisen, daß eine Schwächung der Albanesen den serbischen und russischen Interessen, keineswegs aber den ottomanischen entsprechen könne und so den Türken vor Augen zu führen, daß die slavische Diplomatie, indem sie die albanische Aktion poussiert, ihre eigenen Ziele verfolgt, die in letzter Linie kaum der Aufrechthaltung des status quo im Westen der Balcanhalbinsel zu Gute kommen dürften. Ich möchte annehmen, daß diese Erwägungen auf die türkischen Staatsmänner doch nicht ohne Wirkung sein dürften. Daß übrigens die Türkei sich auf eine ruhige Haltung der Serben doch nicht ganz verlassen könne, wäre aus den heute publicirten Meldungen des „Correspondenz-Bureau“ über eine Démarche des serbischen Gesandten in Konstantinopel betreffs der Lage im Kossovo und über einen Artikel der „Samouprava“ zu entnehmen. Der Moment scheint mir also nicht ungünstig für eine Aussprache im Sinne dieses Telegrammes.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2204, 2209.

Nr. 2204. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 25. Juni 1910 Nr. 212 (eing. 26. Juni 9 U. a. m.)^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Anlässlich eines Besuches, den mir gestern der Kriegsminister machte, fand ich Gelegenheit, mich ihm gegenüber im Sinne des hohen Auftrages vom 17. d. M. Nr. 96 auszusprechen. Der auch Euer Exzellenz vorliegende Bericht über die letzten Vorgänge in Diakova gab mir neuen Stoff, um Mahmud Schefket Pascha auf das Gefährliche einer endgiltigen Entfremdung des albanesischen Elementes aufmerksam zu machen. Ich verfehlte auch nicht, ihm zu sagen, dass unserer Ansicht nach die Schwächung des letzteren das türkische Reich seiner stärksten Stütze gegen das Vordringen der Slaven auf der Balkanhalbinsel beraube. Der Kriegsminister antwortete mir, er teile vollkommen unsere Auffassung, dass das albanesische Element das stärkste Bollwerk der europäischen Türkei gegen die panslavistische Flut darstelle. Dies könne aber nur dann der Fall sein, wenn in Albanien die Staatsgewalt tatsächlich zur Geltung komme, was aber vorläufig noch nicht zutrifft. Die erste Bedingung zur Geltendmachung der Staatsgewalt bestehe indessen in der Entwaffnung des Volkes. Die den Albanesen abgenommenen Waffen würden jedoch, und dies wurde ihnen deutlich gesagt, in Albanien in Depôt bleiben und ihnen im Bedarfs-falle zurückgestellt werden. Vorläufig bestehe die Absicht, mit den Truppen bis nach Elbassan vorzurücken, um die Entwaffnung durchzuführen. Gegen Westen (Skutari) hingegen werde man nicht vordringen. Mahmud Schefket scheint anzunehmen, dass die Entwaffnung in jenem Teile Albaniens sich ohne eine militärische Expedition ausführen lassen werde, wenn bei diesem Anlasse das übrige Albanien vollkommen pacifiziert sein wird. Was die Strenge anbelangt, welche bei der Entwaffnung vielfach zur Anwendung

komme, sagte mir Mahmud Schefket, dass man bloß gegen resistente Personen grosse Strenge walten lasse und zwar deshalb, um hiedurch Blutvergießen zu vermeiden. Die befestigten Häuser, „Kulas“, müssten entweder demoliert oder umgeändert werden. Soeben erhalte ich Euer Exzellenz Telegramm Nr. 112. Wie Hochdieselben aus Vorstehendem entnehmen, habe ich mich dem Kriegsminister gegenüber fast in demselben Sinne geäußert, wie Euer Exzellenz dem türkischen Botschafter gegenüber. Ich habe im Laufe unseres Gespräches auch bereits Gelegenheit gehabt, auf die in den letzten Tagen in Serbien zutage getretene Misstimmung (Artikel der Samouprava) hinzuweisen. Montag hoffe ich die Gelegenheit zu haben, mit dem Grossvezir und Rifaat Pascha im Sinne obigen telegrafischen Auftrages zu sprechen. Pallavicini. •

a) Vgl. n. 2207 Anm. c.

Nr. 2205. Aufzeichnung über eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter; 26. Juni 1910.a) Konz. (S. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Der deutsche Botschafter hat mir vor einigen Tagen, im Auftrage des Reichskanzlers, den hier in Copie anverwahrten Bericht des Freiherrn von Marschall^{b)} mit dem Ersuchen zur Verfügung gestellt, ihm meine Ansicht über die Ausführungen des deutschen Botschafters in Konstantinopel bekanntzugeben. Ich habe heute Herrn von Tschirschky das Schriftstück mit dem Ausdrucke lebhaften Dankes zurückgestellt und daran nachfolgende Bemerkungen geknüpft:

Vor Allem stelle ich mit großer Befriedigung fest, daß in den wesentlichen Punkten die von Freiherrn von Marschall entwickelte Beurtheilung der Lage in der Türkei von mir richtig gefunden und getheilt werde. Auch ich hege die Überzeugung, daß das früher bestandene große Mißtrauen der Türkei gegen die Monarchie sichtlich nachgelassen, — daß die übereifrigen, auf Neubelebung dieses Mißtrauens gerichteten Bemühungen der russischen Diplomatie keinen Erfolg haben dürften — und ferner, daß der Gedanke der Bildung eines Balkanbundes mit der Türkei eine Utopie bleiben werde.

Mit ganz besonderem Interesse hätte ich die so klare und überzeugend wirkende Darlegung des Freiherrn von Marschall über die Ursachen gelesen, welche seit der Occupation Egyptens, für die Aenderung der englischen Politik in Constantinopel maßgebend gewesen und schließlich in den jüngsten Jahren zu einer Art von Interessen-Gemeinschaft Englands und Rußlands im nahen Orient geführt hätten. Diese Interessen-Gemeinschaft gründe sich auf dem beiden Mächten eigenen Wunsche, die Türkei zwar zu erhalten, aber nur als ohnmächtiges Staatswesen, welches auf das Wohlwollen und die Unterstützung Englands und Rußlands angewiesen bleibe. Diese manifeste Tendenz, welche auch in der Behandlung der Cretafrage zum Ausdrucke gelangt, steht aber im Gegensatze zu den Zielen anderer Mächte insbesondere Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, die womöglich eine dauernde Consolidierung und selbständiges Auftreten des türkischen Reiches anstreben.

Der gleichfalls anverwahrte Bericht des Markgrafen Pallavicini^{c)} beschäftigt sich auch mit der Stellung der Mächte in Constantinopel und

verweist auf gewisse Symptome des türkischerseits bestehenden Wunsches, sich enger an Deutschland und Oesterreich-Ungarn anzuschließen. Die Verhältnisse dürften sohin sich derart entwickeln, daß in einer nicht allzufernen Zukunft die beiden mitteleuropäischen Kaiser-Mächte in die Lage kommen können, die von ihnen betonte Freundschaft für die Türkei in concreten Fällen nachzuweisen. Bei der Beurtheilung dieses möglicherweise bevorstehenden wichtigen Entschlusses handelt es sich vor allem darum, darüber klar zu sein, daß bei diesem diplomatischen Ringen Alles sich darum dreht, welche Mächtegruppe in der türkischen Hauptstadt über den maßgebenden Einfluß verfügt, mit anderen Worten, ob die Türkei weiterhin unter dem Banne der englisch-russischen Bevormundung zu verbleiben hat, oder ob sie, in Anlehnung an die zwei Kaiser-Mächte, in eine Epoche größerer äußerer Selbständigkeit und wahrer innerer Consolidierung zu treten in der Lage sein wird.

Ich betonte ferner gegenüber Herrn von Tschirschky, daß ich, gleich Freiherrn von Marschall, eine Klärung der innerpolitischen Zustände in Constantinopel selbst für unbedingt nötig erachte, bevor wir auf eventuelle türkische Annäherungs-Wünsche überhaupt eingehen könnten. Nur mit vertrauenswürdigeren Persönlichkeiten als den jetzigen Machthabern dürfen wir uns in einen, weittragende Consequenzen nach sich ziehenden Gedankenaustausch einlassen. Bis dahin hätten wir aber verschiedene Mittel, um das Rückgrat der Türken gegenüber den Bestrebungen der englisch-russischen Gruppe zu stärken. So in der Cretafrage, in der Erhöhung der türkischen Zölle, des Abschlusses der Handelsverträge u. s. w. In allen diesen Angelegenheiten könnten Oesterreich-Ungarn und Deutschland deutlich den Nachweis erbringen, daß wir selbstlose türkenfreundliche Ziele vor Augen haben. Was die Cretafrage betrifft,^{d)} so liegt es schon heute auch für die Türken klar zu Tage, daß das Einlenken der Schutzmächte auf die Besorgniß zurückzuführen ist, daß eine andere Politik nebst Complicationen zwischen der Türkei und Griechenland lediglich die Stärkung der Position Oesterreich-Ungarns und Deutschlands am goldenen Horn bedeuten würde. An der bisherigen Haltung in der Creta-Verwicklung müßten wir also festhalten. Auch in der Presse könnten wir obige Gesichtspunkte noch präciser als bisher zur Geltung bringen.

Wir constatirten — Herr von Tschirschky und ich —, daß ein Zweifel über die von uns in der gegenwärtigen, einleitenden Phase anzuwendenden Mittel nicht bestehen könne. Die Schwierigkeiten des Entschlusses werden sich erst dann einstellen, bis, in einer concreten Situation, von allgemeinen, mehr platonischen Erklärungen zur Affirmation der Machtverhältnisse wird geschritten werden müssen. Baron Marschall erwähnt, daß die Kaiser-Mächte durch Abgabe einer Erklärung, etwa in dem Sinne: „daß Verabredungen einzelner Mächte niemals das große internationale Vertragsrecht zu ändern vermögen“, den türkischen Staatslenkern eine werthvolle Beruhigung und Sicherheit zu geben vermögen. Gewiß wird eine solche Erklärung, im richtigen Augenblick, an den Mann gebracht, einen Eindruck hervorrufen; ob aber sich die Türken damit begnügen werden, dürfte von der betreffenden concreten Situation abhängen. Die Mächte, welche eine die

Erhaltung und Befestigung des türkischen Reiches bezweckende Politik ernstlich befolgen wollen, dürften niemals die schwierige Lage der Türkei gegenüber der englischen umfassenden Macht außer Rechnung lassen. Bis vor kurzem war, wie dies Marschall so treffend ausführt, — in der Rivalität der Mächte, speciell in dem englisch-russischen Gegensatze eine wenn auch nur negative Bürgschaft für den Fortbestand des Reiches gegeben. In gewissen critischen Momenten hat aber England nicht gezögert, sich auch positiv für die Türkei einzusetzen, so im Krimkriege und vor dem Berliner-Congress. Wenn England lange Zeit hindurch einen dominierenden Einfluß in Constantinopel auszuüben wußte, so erklärt sich dies, weil England in der Stunde der Entscheidung seine Macht in die Wagschale geworfen. Diese positive Bürgschaft werden die Kaiser-Mächte gegebenenfalls übernehmen müssen, wollen sie in ihr Orientprogramm die Bedingungen für das Fortbestehen einer von England und Rußland selbstständigen und kräftigen Türkei aufnehmen. Baron Marschall ist ganz dieser Meinung, indem er den lapidaren Satz ausspricht: „Wie das Insekt dem Lichte zu, so wendet sich der Orientale nach der Macht.“ Wer die effective Macht besitzt, hat gewonnenes Spiel.

Aus diesem Gesichtswinkel betrachtet, hat Baron Marschall vollkommen recht, der Entwicklung in Persien eine große Bedeutung zuzuschreiben. Deutschland kann aber dort nur dann wirklich eingreifen, wenn es in der Türkei über den ausschlaggebenden Einfluß disponirt. Ich erinnerte Herrn von Tschirschky an meine einschlägigen Äußerungen im Gespräche mit ihm, als vor einigen Wochen die persische Frage aus Anlaß der Anlehens- und Concessions-Verhandlungen acut zu werden drohte. Bemerkenswerth ist, daß die jetzigen türkischen Machthaber eine große Scheu zu haben scheinen, zu der persischen Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Ich schloß meinen Gedankenaustausch mit dem deutschen Botschafter unter Betonung unseres warmen Interesses für den Fortbestand und die Kräftigung der Türkei, der wir Freundschaft und Wohlwollen entgegen bringen, mit der aber Oesterreich-Ungarn allein ein Allianzverhältnis schon aus dem Grunde nicht abzuschließen vermag, weil bei letzterem jede Gegenseitigkeit fehlen würde. Unsere Freundschaft für die Türkei wird, nebst der in Constantinopel geführten Politik, von ihrer inneren Lebensfähigkeit abhängen. Sollte sich diese Potenz, soweit die europäische Türkei in Betracht kommt, vermindern, so würden die Interessen der Monarchie auch eine andere Gestaltung auf dem Balkan vertragen. Nachdem wir jede Gebiets-erwerbung auf Kosten der Türkei grundsätzlich von der Hand weisen, wird es nicht schwer fallen, bei der Gruppierung der nationalen und staatlichen Kräfte so vorzugehen, daß unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu den vergrößerten Balkan-Staaten und folglich unser Einfluß dortselbst keine Einbuße erleiden.

Diese Neugestaltung wäre aber unter der Voraussetzung des Verbleibens der Türken in Constantinopel gedacht, wobei das Schwergewicht des Reiches natürlich auf die asiatischen Provinzen fiele. Letzteres wäre wahrscheinlich einer stärkeren Cohäsion der innerstaatlichen Kräfte nur

förderlich. Aus einer Aeußerung des Herrn von Tschirschky war zu entnehmen, daß auch in Berlin mit einer solchen Eventualität immerhin gerechnet wird.

Soweit meine Unterredung mit dem deutschen Botschafter. Der Bericht Baron Marschalls ist aber auch deshalb sehr beachtenswerth, weil derselbe die wahren Ursachen des deutsch-englischen Antagonismus mit einer nichts zu wünschen übrig lassenden Klarheit bloßlegt. England hat sich den russischen Bundesgenossen in der Frage Central-Asiens und im nahen Orient zugelegt, um seine Position in der Türkei gegen den immer mehr aufkommenden wirthschaftlichen und in letzter Analyse auch politischen Einfluß Deutschlands zu schützen. Dieser Rivalitätskampf wird zweifelsohne auch für die nächste Entwicklung bestimmend bleiben und längere Zeit, vielleicht mit wechselndem Erfolge, weiter geführt werden. Wenn Herr von Bethmann Hollweg seine mir im verflossenen Winter zugestandene Absicht, sich England zu nähern, nicht allein aus tactischen und vielleicht auch innerpolitischen Motiven ins Auge gefaßt hat, wird ihm das Lesen des Berichtes Baron Marschalls Stoff zu einigem Nachdenken geben. Die Haltung Englands und Rußlands in der persischen Angelegenheit, sowie die Nervosität Sir E. Greys in der Behandlung der von ihm so verfahrenen Creta-Affaire, sind deutliche Symptome für den ungeschwächten Fortbestand eines aus dem Gefühle der Eifersucht und der Furcht entsprungenen hochgradigen Mißtrauens Englands gegen die Pläne der deutschen Politik.

Dieses Mißtrauen wird, wie dies mannigfach zu beobachten ist, auf Oesterreich-Ungarn, den Bundesgenossen Deutschlands übertragen, wiewohl die Monarchie weder in der Frage des Bahnbaues nach Bagdad, noch in den persischen Angelegenheiten hervorgetreten. Diese Umstände werden auch in der nächsten Zukunft unser Verhältniß zu England beeinflussen. Solange eben England im Zeichen der engsten Interessen-Gemeinschaft mit Rußland im nahen Orient thätig ist, werden unsere Ziele nicht die gleichen sein. Rußlands Pläne sind heute weniger denn je von der Utopie loszulösen, unter den slavischen Balkanvölkern die Vorsehung zu spielen und auf eine Beherrschung der Meerengen gerichtet. Beides tangirt die Interessen Oesterreich-Ungarns in empfindlicher Weise, weil beide Ziele unter einander im Connex stehen und auf eine Umklammerung der Monarchie durch einen Bund unter der russischen Führung stehender slavischer Staaten abzielen. Zur Abwehr dieser Bestrebungen war im Jahre 1878 die Occupation und 30 Jahre später die Annexion Bosniens und der Herzegowina unternommen worden. Solange aber Rußland obige Ziele noch dazu im engsten Bunde mit England anstrebt, hat Oesterreich-Ungarn im nahen Orient nur einen zuverlässigen Bundesgenossen und deshalb kann es uns nur recht sein, wenn dieser sich für die Entwicklung in der Türkei interessirt und dies nicht bloss platonisch, sondern auch dem Gedanken näher zu treten beginnt, daß Deutschland im Orient wirthschaftlich nur dann sich entwickeln kann, wenn die Türkei davon überzeugt wird, daß das deutsche Reich an der Existenz und der Selbstständigkeit des Landes ein politisches Interesse besitzt.

^{a)} Vgl. n. 2227. — ^{b)} Aus Therapia, 30. Mai 1910. Vgl. G. P. XXVII/1 S. 249 Nr. 9789, 9790. — ^{c)} Vgl. n. 2194, 2229. — ^{d)} Vgl. n. 2206.

Nr. 2206. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 27. Juni 1910 Nr. 215
(eing. 5 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Gestern haben die Botschafter der Kreta-Schutzmächte der Pforte eine Kollektivnote überreicht. Bompard sagte mir über deren Inhalt Folgendes: Die Mächte teilen in der Note der Pforte mit, dass sie an die kretensische Regierung die bekannten Forderungen gestellt und dass sie beschlossen hätten, weitere Kriegsschiffe in die kretensischen Gewässer zu entsenden. Ferner erklären sie, dass sie sich nicht für kompetent erachten, über das Kreta zu gebende definitive Regime ohne Mitwirkung der übrigen Signatarmächte des Berliner Vertrages zu beraten. Ausserdem weist die Note auf die bedauerlichen unheilbaren Folgen hin, welche die im türkischen Volke herrschende Erregung gegen Griechenland, zu welcher die Haltung des letzteren keinen Anlass gebe, nach sich ziehen könnte. Aus obigem scheint hervorzugehen, dass die Schutzmächte, nachdem sie sich über die von Frankreich beantragte Lösung der Frage nicht einigen konnten — und zwar augenscheinlich weil England einen anderen Standpunkt einnehme — nunmehr das Odium für das Nichtzustandekommen eines Definitivums auf Österreich-Ungarn und Deutschland wälzen möchten. Wie ich einer weiteren Äusserung des französischen Botschafters entnehme, sind die vier Mächte über die Frage der eventuellen Wiederbesetzung der Insel nicht einig. Bompard liess sogar die Eventualität durchblicken, dass die vier Mächte ihre Rolle als Depositäre der Insel ganz aufgeben könnten.
Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 2205, 2207, 2208.

Nr. 2207. Privatschreiben nach St. Petersburg, 27. Juni 1910 Nr. 1837.^{a)}
Konz. (S. Szápáry; V. und G. Aehrenthal).

Vertraulich. ... *Pressefehden* ... Ich hatte in letzter Zeit wiederholt Unterredungen mit Fürst Ouroussoff. Es handelte sich hiebei zunächst um eine Courtoisie-Mission, in dem das Kexholm-Regiment aus Anlass des am 12. Juli d. J. stattfindenden 200-jährigen Jubiläums seines Bestandes mit Erlaubnis Kaiser Nikolaus' unseren Allergnädigsten Herrn durch eine Regimentsdeputation zu begrüßen beabsichtigt, welche Allerhöchstdemselben eine Erinnerungsmedaille und ein Exemplar der Regimentsgeschichte zu überbringen hätte. Seine Majestät hat mich diesbezüglich beauftragt, dem russischen Botschafter bekanntzugeben, dass Allerhöchstdieselben sehr erfreut sein werden, die Offiziere des Kexholm'schen Regiments zu sehen, jedoch vorziehen würden, die Deputation erst im Oktober zu empfangen, da das Allerhöchste Sommerprogramm bereits fixiert sei. Fürst Ouroussoff war weiters genötigt in einer weniger angenehmen Angelegenheit bei mir vorzusprechen. Diese betraf die Verhaftung des russischen Hofrathes Kolenko, welcher in Czernowitz unter dem Verdachte der Spionage, wie sich seither herausgestellt hat, ohne genügenden Grund einige Tage im Gefängnis zurückgehalten worden war. Der Botschafter beschwerte sich in ziemlich erregten Töne über diese und verschiedene andere Massnahmen

unserer Behörden in Galizien, wobei er auch auf mehrere frühere Reklamationen zurückkam. Ich gab ihm die Versicherung, daß mir solche Vorfälle selbst sehr peinlich seien, und daß von meiner Seite alles geschehe und auch in Hinkunft geschehen werde, damit die k. k. Behörden nur in solchen Fällen einschreiten, in welchen ausreichende Verdachtsgründe oder thatsächliche Übergriffe vorliegen. Ich habe Fürst Ouroussoff bei diesem Anlasse, wie schon zu wiederholtenmalen, nicht verhehlt, daß Galizien und die Bukowina leider von zahlreichen angeblichen Agenten der russischen Regierung überschwemmt sind, durch deren Thätigkeit unsere Behörden zur Anwendung erhöhter Wachsamkeit zur Wahrung des Staatsinteresses genötigt werden. Im konkreten Falle werde ohne Verzug eine Untersuchung eingeleitet werden, und wir würden, falls die in Rede stehende Verhaftung bloss aus Übereifer stattgefunden hätte, nicht zögern, der russischen Regierung das Bedauern über diesen Vorfall auszusprechen. Wie schon oben erwähnt, hat die seither durchgeführte Untersuchung leider die letztere Annahme bestätigt. In diesem Zusammenhange möchte ich noch hinzufügen, daß ich schon vor der in Rede stehenden Demarche des russischen Botschafters auf Grund anderweitiger zu meiner Kenntniss gelangten Symptome grossen Eifers unserer Organe auf diesem Gebiete meine warnende Stimme erhoben und auf die Gefahr hingewiesen habe, daß solche Fälle von Übereifer seitens unserer Behörden eine ungünstige Beeinflussung unserer Beziehungen zu Rußland involvieren könnten. Selbstverständlich wird meine Stimme nur dann Gehör finden, wenn die in jüngster Zeit in Ostgalizien betriebene Propaganda im großrussischen Sinne, die eine Gefährdung der staatlichen Integrität der Monarchie in sich birgt, aufhört. Im entgegengesetzten Falle wäre ich der Erste, welcher auf eine rücksichtslose Bekämpfung der Agitation einrathen müßte. Über dieses leider jetzt sehr actuelle Thema erhalten Euer Exzellenz demnächst sehr instructive Informationen. Ich bin vollkommen damit einverstanden, dass Euer Exzellenz keinen Anstand nehmen, falls Herr Iswolsky Ihnen gegenüber politische Themen zur Sprache bringt, dem Minister auf dieses Gebiet zu folgen; zugleich ersehe ich jedoch mit Genugthuung aus Euer Exzellenz eingangs erwähntem Schreiben,^{b)} dass Sie sich stets die Notwendigkeit vor Augen halten, in Ihren Äusserungen alles zu vermeiden, was Herrn Iswolsky Stoff für die Betätigung seiner Ränkesucht liefern könnte. Speziell das Thema Albanien^{c)} ist ein sehr heikles, da bis zu einem gewissen Grade russische Einflüsterungen mit daran betheiligte sein dürften, die türkische Regierung zu dem von ihr dem Aufstande gegenüber an den Tag gelegten Aufwand von Energie zu ermuntern. In Petersburg wird man über die Entwaffnung der Albanesen sehr erfreut sein, weniger allerdings über die Nachricht, daß gleichzeitig auch die Christen entwaffnet und die serbischen Schulen geschlossen werden. Ausser der ewigen Kretafrage^{d)} gibt es jetzt keine Angelegenheit, welche die Kabinete ernstlich beschäftigen würde. Fürst Ouroussoff hatte mir am Samstag den 18. d. M. angekündigt, er sei beauftragt, meine Ansicht über einen russischen Vorschlag in der Kreta-Angelegenheit kennen zu lernen, sei aber infolge mangelhaften Chiffrements des bezüglichen Telegrammes noch nicht in der Lage, die in Rede stehende Proposition

bekanntzugeben. Im Hinblick auf diesen Umstand verabredeten wir eine Zusammenkunft für Montag den 20. d. M.; der Botschafter hat sich aber nicht wieder gezeigt, und zwar mit gutem Grunde, denn die russische Initiative wurde von England abgewunken, und Herr Iswolsky hat sich beeilt, dem Stirnrunzeln Grey's und Hardinge's und namentlich seines diplomatischen Praeceptor's Nicolson sich schleunigst anzubequemen. Ich brauche wohl nicht besonders zu betonen, dass uns der gegenwärtige Augenblick weniger denn je bestimmen wird, unsere bisherige Reserve zu verlassen. Solange die Cretamächte die souveränen Rechte der Türkei über die Insel als Grundlage für die weitere Behandlung der Angelegenheit nicht aus dem Auge verlieren, werden wir in unserer bisherigen Zurückhaltung verharren. Fragen und Andeutungen Herrn Crozier's und Sir F. Cartwright's lassen mich immerhin annehmen, dass diese beiden Botschafter versuchen könnten, anlässlich meines für diesen Sommer in Aussicht genommenen Aufenthaltes in Marienbad eine Begegnung zwischen Iswolsky und mir herbeizuführen.^{e)} Es scheint, daß letzterer die Absicht hat, sich im August zur Kur nach Karlsbad zu begeben. Mir wäre eine solche Begegnung durchaus unerwünscht. Euer Excellenz werden mir beipflichten, daß bei der Persönlichkeit und Veranlagung des russischen Ministers ein von uns geführtes Gespräch von diesem zweifellos dazu benützt werden würde, um Rekrimationen vorzubringen, was einen neuerlichen Misston zur Folge haben müsste. Aber auch für den höchst unwahrscheinlichen Fall, daß Herr Iswolsky die Verpflichtung übernehmen sollte, bei einem Zusammentreffen mit mir die Vergangenheit ruhen zu lassen, schiene mir eine Besprechung mit ihm wenn nicht schädlich so doch zum mindesten überflüssig. Ich gebe mich nämlich keinerlei Illusionen darüber hin, dass Iswolsky sein in der Dumarede vom Dezember 1908 entwickeltes Programm, einen Balkanbund zustande zu bringen und auf diese Weise Russland eine Art Protektorat über diesen gesammten Länderkomplex zu sichern, mit Hochdruck zu verwirklichen bemüht sein wird. Ich glaube und hoffe, dass diese Bestrebungen Utopien sind, bin aber andererseits der Meinung, dass die russische Diplomatie sich nicht so bald entschliessen wird, dieselben aufzugeben. Unter solchen Umständen wäre eine Aussprache, wie gesagt, zum Mindesten zwecklos. Auch sonst liegt übrigens unsererseits kein Interesse vor, welches mir wünschenswerth erscheinen lassen könnte, nach der in diesem Winter gezeigten mala fides Herrn Iswolsky's mit letzterem persönlich in Contact zu treten.

^{a)} Vgl. n. 2186, 2269. — ^{b)} Vom 11. Juni 1910. Nicht aufgenommen. —

^{c)} Vgl. n. 2204, 2209. — ^{d)} Vgl. n. 2206, 2208. — ^{e)} Vgl. n. 2105.

Nr. 2208. Tel. nach Berlin, 28. Juni 1910 Nr. 58 (chiffr. 8 U. 15 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Macchio).

Markgraf Pallavicini telegraphiert unterm Gestrigen, wie folgt: ... wie n. 2206 ... Der Inhalt dieser Note der vier Mächte stellt den Versuch dar, uns und Deutschland, wie Markgraf Pallavicini sehr richtig bemerkt, das Odium an dem Stagnieren der Kretafrage zuzuschieben, beziehungsweise die beiden Kaisermächte zum Aufgeben ihrer Reserve auf

diese Art zu veranlassen. Es erscheint mir geboten, diesem Versuch durch eine neuerliche Präzisierung unseres Standpunktes entgegenzutreten; den Anlaß hiezu dürfte uns die zu gewärtigende Mitteilung des Textes der erwähnten Note, sei es durch die Türkei, sei es durch die Schutzmächte bieten. Sollte aber eine solche Mitteilung an uns nicht gerichtet oder eine an die Note anknüpfende Demarche bei uns von keiner Seite unternommen werden, so hielte ich es für angezeigt, auch spontan im obigen Sinne vorzugehen und unseren prinzipiellen Standpunkt sowohl den Kabinetten nochmals bekanntzugeben als auch im Wege der Presse öffentlich festzulegen. Da wir in der Kretafrage stets in engster Fühlungnahme mit dem Berliner Kabinet vorgegangen sind, wollen Euer Exzellenz von dem Vorstehenden dem Herrn Reichskanzler Mitteilung machen und hinzufügen, daß sich unsere Enunziation in demselben Gedankengang bewegen würde wie die Erklärungen, die Ende des vorigen Jahres von uns und dem Berliner Kabinet den Kretamächten gegenüber abgegeben wurden (vgl. mein Telegramm an Euer Exzellenz vom 17. Dezember v. J. Nr. 248). Ich sehe mit Interesse der telegrafischen Berichterstattung Euer Exzellenz darüber entgegen, ob die deutsche Regierung meinen Ansichten beipflichtet und in analoger Weise vorzugehen gedenkt.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2207 Anm. d, 2217.

Nr. 2209. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 29. Juni 1910 Nr. 221 (eing. 30. Juni 9 U. a. m.).^{a)} Entziff.

Vertraulich. Ich habe heute Gelegenheit gehabt, mich dem Grossvezir und Rifaat Pascha gegenüber in vollkommen erschöpfender Weise im Sinne der hohen Aufträge vom 17. und 24. d. M. Nr. 96 und 112 auszusprechen. Ich betonte hiebei insbesondere die Gefahren, welche der Türkei infolge der Schwächung des albanesischen Elementes seitens der Slawenflut drohen könnten. Sowohl der Grossvezir als der Minister des Aeussern nahmen meine freundschaftlichen, aber in ernstem Tone gehaltenen Ausführungen sehr gut auf, namentlich der Grossvezir ersuchte mich, Euer Exzellenz für das von Hochdenselben an den Tag gelegte Interesse zu danken. Beide Minister sagten mir, dass die türkische Regierung auf das albanesische Element den grössten Wert lege und dass man weit davon entfernt sei, dasselbe schwächen zu wollen. Die jetzige Aktion bezwecke nur, Ordnung zu schaffen, um das albanesische Element allmählich der Kultur zuführen zu können; insbesondere Hakki Pascha versicherte mich, dass keinerlei Gefahr bestehe, dass die Arnauten den Serben gegenüber in eine inferiore Lage kämen, dies wäre ja den vitalen Interessen des Reiches zuwider. Hakki Pascha bemerkte wiederholt, dass er vollkommen die Auffassung Euer Exzellenz in dieser Hinsicht teile und fügte hinzu, dass die Desarmierung des serbischen Elementes selbstverständlich bereits zu Reklamationen der serbischen Regierung Anlass gegeben habe. Die Erklärungen der beiden türkischen Minister machten auf mich den Eindruck der Aufrichtigkeit. Auch scheint mir, dass ihnen augenblicklich

sehr viel daran gelegen ist, sich des Wohlwollens der k. u. k. Regierung zu versichern. Der deutsche Geschäftsträger hat unmittelbar nach mir beim Grossvezir sich in ähnlichem Sinne wie ich ausgesprochen. Herr von Miquel sagte mir, dass Baron Marschall von seiner Regierung aufgefordert wurde, sich schriftlich über die Opportunität des von Euer Exzellenz unternommenen Schrittes auszusprechen, worauf Baron Marschall antwortete, dass eine solche Demarche ihm durchaus angebracht erscheine.
Pallavicini.

a) Vgl. n. 2207 Anm. c, 2210.

Nr. 2210. Erlaß nach Konstantinopel, 30. Juni 1910 Nr. 1862.a) Konz. (S. Rappaport; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. In der Anlage beehre ich mich, zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Kenntnissnahme und rein persönlicher Orientirung die Abschrift eines Berichtes des Freiherrn von Giesl^{b)} zu übersenden, welcher das Verhältnis Montenegros zur albanischen Bewegung behandelt. Die darin wiedergegebenen geheimen Informationen stimmen in vielen Punkten mit den mir von anderer Seite zukommenden gegenständlichen Nachrichten überein und verdienen infolge dieser Bestätigung ihrer Glaubhaftigkeit die allergrößte Beachtung. Sie bekräftigen vor allem, wie sehr es begründet war, daß in kürzlichen hierortigen Weisungen wiederholt die Besorgnis ausgesprochen wurde, daß eine Schwächung des albanischen Elementes zu einer solchen der ganzen türkischen Position am Balkan führen könnte. Geht doch aus jenen Informationen hervor, daß selbst der kleinste Balkanstaat einen Moment daran gedacht hat, die albanischen Wirren für sich auszunützen, und daß Montenegro, wenn es auch momentan von einem directen Eingreifen absieht, doch die Zustände in den benachbarten albanischen Landestheilen mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt und daselbst Verbindungen unterhält, die ihm die Rückkehr zu einem weitergehenden Actionsplane in jedem Augenblicke ermöglichen. Überdies wäre die Entwaffnung der Albanier, welche bekanntlich in dem zum Vilajete Kossovo gehörigen Theilen des montenegrinisch-albanischen Grenzlandes im vollen Gange ist und in der betreffenden Zone des Generalgouvernements Skutari — selbst nach Mahmud Schewket Paschas erfahrungsgemäß nicht immer zuverlässigen Angaben — bloß aufgeschoben erscheint, im hohen Grade geeignet, nicht bloß die bereits bestehenden Verbindungen der Montenegriner mit den albanischen Notablen jener Gegenden zu consolidiren, sondern könnte sogar die in Rede stehenden Bergstämme zur Verzweiflung bringen und ganz und gar in die Arme Montenegros treiben, was weder dem türkischen, noch auch unserem Interesse entspräche. Mit Rücksicht auf die geheime Quelle von Baron Giesls Meldung beschränke ich mich vorläufig darauf, vorstehende Erwägungen Euer Exzellenz zu Hochderen rein persönlicher Orientirung mitzutheilen, behalte mir jedoch vor, auf dieses Thema in einer bei der Pforte verwertbaren Form zurückzukommen.

a) Vgl. n. 2209, 2211. — b) Vgl. n. 2197.

Nr. 2211. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 1. Juli 1910 Nr. 229 (eing. 10 U. 15 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Geheim. Deutscher Geschäftsträger, der mich um Geheimhaltung bittet, will authentisch erfahren haben, daß serbischerseits im Wege der türkischen Gesandtschaft in Belgrad die Pforte auf die Schädigung aufmerksam gemacht wurde, welche eine eventuelle Verminderung der türkischen Truppenmacht in Albanien für die Aufrechterhaltung des Friedens am Balkan nach sich ziehen könnte. Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 2210, 2213.

Nr. 2212. Entwurf des Reichskriegsministers Franz Freiherrn von Schönauich zu einem Abkommen zwischen Österreich-Ungarn und Italien betreffend die Einschränkung der Kriegsvorbereitungen (Sommer 1910?).^{a)} Abschrift.

Österreich-Ungarn und Italien, entschlossen darzutun, daß alle ihre auf Stärkung der eigenen Wehrkräfte abzielenden Maßnahmen in erster Linie den Interessen des Dreibundes dienen sollen, regeln die militärischen Verhältnisse in den aneinander grenzenden Gebieten beider Länder durch nachfolgende Vereinbarungen, die für die Dauer des Bündnisverhältnisses Geltung haben:

1. Beide Monarchien einigen sich über die Stärke, Stände und Dislokation des italienischen 3. 5. u. 6. Korps und des österr.-ung. 3. und 14. Korps und verpflichten sich, dauernde oder vorübergehende Veränderungen nur nach vorheriger gegenseitiger Verständigung durchzuführen.

2. Die längs der beiderseitigen Grenzen, innerhalb zweier Tagmärsche von diesen situierten Befestigungen erhalten bloß Normalbesatzungen, eben ausreichend gegen Handstreichs oder Putschversuche.

3. Ausgenommen von dieser Maßregel sind die in diese Zone fallenden Festungen; österr.-ungarischerseits Trient und Riva, italienischerseits Verona und Peschiera.

4. Geschütze, Munition oder Material, die der Offensive gegen die Sperrbefestigungen des Nachbarn dienen könnten, werden österreichisch-ungarischerseits vorwärts (südlich) der Karawanken und des Brenner, italienischerseits vorwärts (nördlich) des Po nicht angesammelt werden.

5. Der begonnene oder bereits eingeleitete Ausbau von Grenzbefestigungen wird beendet, ihre seinerzeitige Besatzungsstärke nach Artikel 2 bestimmt werden.

6. Österreich-Ungarn und Italien verzichten auf die Ausübung eines geheimen militärischen Kundschaftsdienstes.

7. Mit Ausnahme der als lokalorganisierte Grenzschutztruppen deklarierten beiderseitigen Formationen und der schon heute innerhalb der unten angedeuteten Grenzzone garnisonierenden Truppen werden alle andern Truppen der unter 1. genannten Korps mit ihren Übungen nicht näher als 10 Kilometer an die Staatsgrenzen herangehen.

8. Größere Manöver nahe der Grenze mit Zugrundelegung der Annahme eines Krieges zwischen beiden Monarchien werden nicht angeordnet werden.

9. Nach Abschluß dieser Vereinbarungen werden im beiderseitigen Grenzverkehr die möglichsten Erleichterungen zugestanden und Reisende, die mit legalen Dokumenten versehen sind, gegen Vexationen jeder Art durch behördliche Verfügungen geschützt werden.

10. In administrativen Schutzmaßregeln der österreichisch-ungarischen Monarchie gegen eine irredentistische Propaganda erblickt Italien nicht nur keine Feindseligkeit gegen sich, sondern es verpflichtet sich auch, solchen gegen seinen Verbündeten gerichteten Bestrebungen im eigenen Lande entgegenzutreten; denn, gleichwie Österreich-Ungarn den Besitzstand Italiens loyal achtet, achtet auch Italien den historischen Besitz und die historischen Besitzgrenzen seines Verbündeten.

a) Das Stück selbst ist nicht datiert und wurde vom Leiter des politischen Archivs nachträglich mit dem Vermerk „1910?“ versehen. Nähere Anhaltspunkte für eine Datierung fehlen. Im Archiv des Ministeriums des Äußern und des Kriegsministeriums ist kein Niederschlag dieser Angelegenheit zu finden. Conrad, Aus meiner Dienstzeit II 17 teilt mit, daß der Kriegsminister Baron Schönaich im Sommer 1910 einen derartigen Entwurf ohne sein Wissen verfaßt hätte und fügt hinzu: „Was aus diesem Vertragsentwurf, von dem ich erst weit später hörte, geworden ist, weiß ich nicht.“ Vgl. n. 2241, 2243, 2244, 2256, 2285. Anm. c.

*Unterredung mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten, 5. Juli 1910.
Siehe n. 2224.*

*Nr. 2213. Bericht aus Berlin, 7. Juli 1910 Nr. 26 J (eing. 10. Juli).a)
Ausfert.*

Vertraulich. Wie ich Euer Excellenz mit meinem Telegramme vom 21. v. Mts. Nr. 105^{b)} zu melden die Ehre hatte, wurde der deutsche Geschäftsträger in Constantinopel seitens seiner Regierung angewiesen, die massgebenden türkischen Persönlichkeiten im Sinne der von Euer Excellenz damals gemachten Anregung vor einem allzu schroffen Vorgehen den Albanesen gegenüber zu warnen und ihnen neuerdings zur Milde zu raten. Sichtlich befriedigt äusserte sich nun der Staatssecretär mir gegenüber dahin, dass die der Initiative Euer Excellenz zu dankenden Ratschläge des österreichisch-ungarischen Botschafters und des deutschen Geschäftsträgers in Constantinopel auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein schienen. Rifaat Pascha hätte Herrn von Miquel seine Dankbarkeit für die aus obigem Anlasse bekundete freundschaftliche Interessennahme der deutschen Regierung ausgedrückt und ihn versichert, das Vorgehen gegen die Arnauten würde nicht aus dem Rahmen des absolut notwendigen heraustreten und lediglich die Aufrechterhaltung der türkischen Staatsautorität im Auge behalten. Die Pforte verhehle sich nicht, dass ein zu schroffes Vorgehen gegen die Albanesen oder die Schwächung dieses Volkes die übelsten Folgen in Bezug auf die Stärkung des slawischen Elementes in jenen Gegenden zur Folge haben würde. Man möge nur nicht z. B. die ab und zu erfolgende Zerstörung eines albanesischen Raubnestes, nach europäischen Begriffen, als die Vernichtung einer häuslichen Wohnstätte auffassen; es handle sich hiebei lediglich um die Zerstörung von festungsartigen Gebäuden. Rifaat Pascha wiederholte schliesslich nochmals, dass die ottomanische

Regierung nichts anderes bezwecke, als die Herstellung ihrer staatlichen Autorität in Albanien; über dieses Ziel hinaus würde keinerlei Unterdrückung des albanesischen Volksstammes erfolgen. Szögyény.

a) Vgl. n. 2211, 2217. — b) Nicht aufgenommen, weil im wesentlichen mit obiger Meldung gleichlautend.

Nr. 2214. Bericht aus St. Petersburg, 25. Juni/8. Juli 1910 Nr. 26 B (eing. 11. Juli). Ausfert.

Die Ernennung meines englischen Kollegen Sir Arthur Nicolson zum Under Secretary of State for Foreign Affairs ist mir bereits vor einiger Zeit von Herrn Iswolsky mit dem Stosseufzer annonciert worden: „Nous allons perdre Nicolson“. Inzwischen ist dieser Schicksalsschlag zur Tatsache geworden und der russische Minister wird künftighin ohne diese bewährte Magnetenadel am Steuerrade des russischen Staatsschiffes im Weltenmeere sitzen müssen. Die Persönlichkeit des Nachfolgers Sir Charles Hardinge's ist Euer Exzellenz sowohl vom persönlichen Verkehre her, wie aus meiner Berichterstattung sattem bekannt, so dass ich mich in dem dem scheidenden Kollegen gewidmeten Nachrufe kurz fassen kann. Sir Arthur Nicolson hat seinen Namen mit dem Abschlusse der englisch-russischen Entente auf immerwährende Zeiten verknüpft. Ohne vielleicht der geistige Vater dieser politischen Richtlinie gewesen zu sein, deren Orientierungspflöcke vielmehr von seinem Amtsvorgänger vorgesteckt worden sein dürften, ist er den, seinen Anschauungen vollkommen zusagenden Weg mit einer an Starrsinn grenzenden Konsequenz gewandelt, wiederholt die russophilen Intentionen noch übertrumpfend, die sich seit dem russisch-japanischen Zweikampfe an der Themse eingenistet hatten. Mit empirisch gewonnener Sachkenntnis und unleugbarem zünftigen Geschicke hat er die Verhandlungen geführt, die schliesslich alle Streitfragen zwischen den beiden Weltreichen vom tibetanischen Hochlande bis zum persischen Golfe geschlichtet haben. Mehr jedoch noch als dieses Werk ist ihm die Ausgestaltung eines freundschaftlichen und vertrauensvollen Verhältnisses zu Russland angelegen gewesen und hat es wohl keine grössere Frage gegeben, in der er nicht bestrebt war, sich dem russischen Minister des Aeussern gefällig zu erweisen. Ganz in letzter Zeit noch in der ost-asiatischen Controverse, in der er der russisch-japanischen Annäherung zu Paten gestanden ist, unbekümmert um die durch eine solche Constellation offenbar bedrohten englischen Interessen im Fernen Osten. Die Erklärung für diesen blinden Eifer im Dienste einer und derselben Idee gibt die auch von Sir Arthur geteilte englische Hypnose von der dem dreieinigen Königreiche durch Deutschland's Welthandel und Seemacht drohenden „Existenzgefahr“. Wiederholt hat mir mein englischer Kollege, der sich ursprünglich dem Marinedienste widmen wollte und nur durch ein körperliches Gebrechen gezwungen war, diese selbstgewählte Karriere aufzugeben, seine Besorgnisse angesichts der Entwicklung der deutschen Marine Ausdruck gegeben. Aus den Ausführungen Nicolson's ging deutlich das Bewusstsein hervor von der Unmöglichkeit, auf die Dauer gleichen Schritt zu halten. Die logische

Konsequenz der wünschenswerten Schwächung Deutschland's durch kontinentale Komplikationen ergibt sich von selbst. Und hiezu muss Russland nolens volens die Hand bieten. Aus dem persönlichen Umgange einerseits mit meinem deutschen Kollegen, andererseits mit mir konnte ich auch die weiteren politischen Kombinationen Sir Arthur's unschwer erkennen. Während er mit Grafen Pourtalès vom Anfange bis zum Schlusse stets auf dem gleichen Fusse korrekter, kühler Kollegialität verkehrte, erwies er mir in dem ersten Jahre meines Hierseins einen merklich grösseren Grad von Entgegenkommen und Liebenswürdigkeit. Mit der Sandschakbahn-Krise flaute sich dann diese Freundschaft zusehends ab und erreichte zur Zeit der Annexions-Krise nahezu den Gefrierpunkt. Erst in der Epoche der sogenannten russisch-österreichisch-ungarischen Annäherung hat wieder etwas Hoffnungslicht gedämmt am politischen Horizonte Sir Arthur's, wovon mich der Abglanz vorübergehend beschien. Gegenwärtig weilt der neue Unterstaats-Sekretär noch auf Urlaub, wird jedoch demnächst hier erwartet, um dann, nach kurzem Aufenthalte in der russischen Hauptstadt, zu seinen beiden gesellschaftlichen Egerien (Fürstin Schachovskoy und Gräfin Helene Potocka) auf Landséjour zu gehen. Ob Nicolson dieselbe unverwüsthche cheville ouvrière dem Foreign Office abgeben wird, die seinerzeit Sir Thomas Sanderson gewesen, scheint mir sehr fraglich. Physisch schwächlich und wenig arbeitsam, dürfte er mehr seine Hilfskräfte als sich selbst in Anspruch nehmen. Hohe Politik allerdings wird er weiter treiben, wie er es auch hier getan, wie es sein Lebenszweck und Lebensinhalt ist. Und sollte diese Politik nicht die Anzeichen einseitiger Verblendung an sich tragen und nicht Ränke wie Intriguen zu Werkzeugen gebrauchen, so wird der kleine Mann gewachsen sein mit seinen grösseren Zwecken. Berchtold.

Nr. 2215. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 9. Juli 1910 Nr. 55 F (eing. 12. Juli).^a) Ausfert.

Streng geheim. Rifaat Pascha, welchen ich vorgestern bei dem an anderer Stelle erwähnten, vom Kammerpräsidenten gegebenen Frühstücke begegnete, ersuchte mich nach dem Frühstück um einige Minuten vertraulicher Unterredung und stellte hiebei an mich folgendes Ansuchen. Er bäte mich, anlässlich meines bevorstehenden Eintreffens in Wien Euerer Excellenz die Bitte der türkischen Regierung um käufliche Überlassung eines Kriegsschiffes der k. u. k. Kriegsflotte von ungefähr 10.000 Tonnen vorzutragen. Infolge der Einstellung des neuerworbenen Schlachtschiffes „Averoff“ werde die griechische Flotte der türkischen überlegen sein und es könnte dem nur so abgeholfen werden, dass auch die türkische Regierung ohne Verzug ein Schiff analoger Grösse, also 10.000 Tonnen, erwerbe. Die Türkei habe, wie bekannt, keine kriegsrischen Absichten und eben deshalb würde mit der Gewährung ihrer Bitte nur dem Frieden gedient sein, da sie dadurch gegen einen eventuellen griechischen coup de tête geschützt wäre. Ich erwiderte dem Minister, dass es mir mit dem Neutralitätsgedanken schwer vereinbar vorkomme, der türkischen Regierung derzeit ein Kriegsschiff abzutreten. Zudem wisse ich überhaupt nicht, ob wir ein solches,

welches wir momentan entbehren könnten, besässen. Ich erklärte mich aber über neuerliches Drängen des Ministers immerhin bereit, Euerer Excellenz die Sache vorzutragen. Die Bitte Rifaat Paschas ist jedenfalls für die Kriegsbefürchtungen der türkischen Regierung bezeichnend. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2027 Anm. b, 2218, 2219.

Nr. 2216. Privatschreiben aus Belgrad, 14. Juli 1910 (eing. 16. Juli).a)
Ausfert.

Streng vertraulich. In einem Gespräche über die Gesundheit und die Sommerpläne König Peters bemerkte der Minister des Aeussern zu mir, dass der König vor Ende Oktober Sein Land nicht zu verlassen gedenke, und dass vor weiteren Besuchen an europäischen Höfen in erster Linie an uns die Frage gerichtet würde, ob Seiner Kaiserlichen und Königlichen Apostolischen Majestät die Aufwartung König Peters genehm wäre. Ich gab keine direkte Antwort auf diesen Anwurf. Da aber die Minister Pašić und Milovanović sich, wie alljährlich, in den nächsten Tagen nach Marienbad begeben, liegt die Möglichkeit vor, dass sie diese Frage persönlich Euer Exzellenz gegenüber berühren. Ueber die weittragende Bedeutung, welche ein Empfang des Königs durch Unseren Allerhöchsten Herrn dynastisch für das serbische Herrscherhaus und politisch für Serbien und unsere Beziehungen zu diesem Nachbarstaate hätte, brauche ich in keine längeren Erörterungen einzugehen. Dass unser Verhältnis noch vieles zu wünschen übrig lässt, dass Serbien gegenwärtig im russischen Fahrwasser ist, und dass wir auch in Zukunft mit diesem kleinen Nachbar ernste Schwierigkeiten haben können, ist Euerer Exzellenz bekannt und durch die geographische Lage, die nationale, geschichtliche und ökonomische Entwicklung begründet. Immerhin halte ich eine ruhige, sogar erspriessliche Ausgestaltung der Beziehungen Serbiens zu uns für durchaus nicht ausgeschlossen und die Anstrengung eines solchen Zieles war immer in den Instruktionen enthalten, welche Euer Exzellenz die Gewogenheit hatten, mir zu erteilen. Heute sind noch keine zwei Jahre seit der Annexion und nur ein Jahr seit den kritischen Wintertagen von 1909 verflossen. Wir können aber schon jetzt mit Befriedigung konstatieren, dass Serbien, welches vor Jahresfrist gegen uns schäumte und tobte, durch Abschluss eines Handelsvertrages den ökonomischen Frieden mit uns sucht, dass österreichisch-ungarische und serbische Offiziere in gemeinsamer, friedlicher Arbeit die Drinagrenze vermessen und dass der Herrscher dieses Landes bittet, Seine Aufwartung bei Unserem Allerhöchsten Herrn machen zu dürfen. Durch Gewährung dieses Wunsches würde Seine Kaiserliche und Königliche Apostolische Majestät die friedliche Entwicklung an unserer Südostgrenze hochherzig und tatkräftig fördern, während eine Ablehnung zu Weiterungen und Erschwerungen führen müsste. Ich erlaube mir daher Euer Exzellenz ergebenst zu bitten, meine gehorsamsten Ausführungen in wohlwollende Erwägung zu ziehen und, falls Hochdieselben meinen Darlegungen beipflichten und die offizielle serbische Anfrage erfolgt, bei Unserem Allergnädigsten Herrn, Allerhöchstwelcher Sein ganzes Leben den Ihm zum

Heile Seiner Länder von der göttlichen Vorsehung auferlegten Pflichten widmete, alleruntertänigst zu beantragen, dass Seine Kaiserliche und Königliche Apostolische Majestät im Interesse der friedlichen Entwicklung und des Ausbaues unserer Beziehungen zum Königreiche Serbien geruhen möge, das grosse Opfer zu bringen, König Peter von Serbien mit allen Höchstdessen königlicher Würde entsprechenden Rücksichten allergnädigst zu empfangen.

Forgách.

a) Vgl. n. 2052, 2125, 2226.

Nr. 2217. Bericht des Gesandten Eduard Otto aus Konstantinopel-Jeniköj, 15. Juli 1910 Nr. 58 E (eing. 18. Juli).^{a)} Ausfert.

Ich hatte gestern einen längeren Besuch des russischen Botschafters, in dessen Verlauf Herr Tscharykow — eigentlich ganz gegen seine Gewohnheit — den breitesten Raum den augenblicklich im Vordergrund stehenden politischen Gegenständen widmete. Der Herr Botschafter begann mit Creta. Er sei immer der Ansicht gewesen, dass man diesem Inselvolke die Faust zeigen müsse, jedoch so, dass dasselbe überzeugt sei, es werde der Geste im Nothfalle auch sofort der Schlag folgen. Diese seine Ansicht habe soeben durch die am letzten Montag, also kaum 48 Stunden nach dem Ultimatum der vier Mächte eingetretene Wendung volle Bestätigung erfahren. Auch die Pforte sei mit dem Erfolge des kräftigen Auftretens der Schutzmächte im Grunde genommen ganz zufrieden, ungeachtet sie sich nach Aussen hin den Anschein gebe, mehr erwartet zu haben, womit Herr Tscharykow wohl die Landung von Truppen meinte. Diese Äusserungen brachte mein Mitredner mit sichtlicher Genugthuung vor und es machte ganz den Eindruck, als ob er die in letzter Stunde entwickelte Energie als ein Verdienst speziell seiner Regierung, ja sogar seiner selbst hinstellen wollte. ... *Gesetz über Schulen und Kirchen in Mazedonien* ... Auch über die Lage der Dinge in Albanien^{b)} sprach sich der russische Botschafter sehr befriedigt aus. Den mittelalterlichen Zuständen in diesem Gebiete hätte, weil mit dem constitutionellen Régime unvereinbar, absolut ein Ende gemacht werden müssen, da anderenfalls Letzteres durch die Türken selbst ad absurdum geführt worden wäre. Die Entwaffnung der gesamten Bevölkerung ohne Unterschied der Nationalität und Religion bilde den unerlässlichen Beginn des von der Regierung mit Bezug auf dieses Land in Angriff genommenen Culturwerkes. Leider müsse er constatieren, dass die von der Pforte hiebei verwendeten Werkzeuge — die Truppen — nach den ihm vorliegenden Consularmeldungen höchst parteiisch und zugleich, insoferne die christliche (serbische) Bevölkerung in Betracht komme, sehr brutal vorgiengen. Ganz unzulässig sei es, dass man speciell die Muhadjirs (mohammedanische Emigranten) von der Entwaffnung nicht nur ausnehme, sondern sie sogar, wenn sie keine Waffen besässen, mit solchen betheile. Wenn die Pforte in dieser Hinsicht nicht bald einen Wandel schaffe, würde wohl nichts übrig bleiben, als dass die Mächte die Sache in die Hand nähmen. Alles dies brachte Herr Tscharykow in sehr ruhigem Tone und mit der sichtlichen Tendenz vor, für die von ihm beklagten

Übelstände nicht die Regierung, sondern deren untergeordnete Organe verantwortlich zu machen. Immerhin ist es aber bezeichnend, dass er überhaupt die Möglichkeit einer Rückkehr zur Interventionspolitik der Mächte ins Auge fasst.

Otto.

a) Vgl. n. 2208, 2220, 2225, 2226 Anm. c, 2227 Anm. c. — b) Vgl. n. 2213.

Nr. 2218. Tagesbericht des Sektionschefs Ladislaus von Müller, 18. Juli 1910.^{a)} *Konz. (S. Calice; G. Müller) und Ausfert.*

Mit dem Berichte vom 9. I. M. Nr. 55 F, streng geheim, meldet Markgraf Pallavicini eine Bitte Rifaat Paschas um Ueberlassung eines k. u. k. Kriegsschiffes an die türkische Regierung. Dieser Bericht wurde dem Herrn Minister^{b)} zur Einsicht vorgelegt. Seine Exzellenz hat sich dahin geäußert, dass er aus politischen Erwägungen es für ganz ausgeschlossen erachte,^{c)} dem geäußerten Wunsche näherzutreten und hat hinzugefügt, dass wohl die k. u. k. Marinesektion sich mit Recht gegen eine solche Ueberlassung mit allen Mitteln sträuben müsste, im Augenblicke, wo sie auf eigene Verantwortung, vor Erteilung der verfassungsmässigen Bewilligung, neue Schiffe auf den Stapel gelegt hat.

a) Vgl. n. 2219. — b) Graf Aehrenthal. — c) Eigenhändige Randbemerkung Kaiser Franz Josefs auf Ausfert.: „sehr richtig FJ.“

Nr. 2219. Erlaß an den Gesandten Eduard Otto in Konstantinopel, 20. Juli 1910 Nr. 2061.^{a)} *Konz. (S. Maschinschrift; V. Musulin und Müller; G. Müller).*

Geheim. Mit dem Berichte vom 9. I. M. Nr. 55 F, streng geheim, hat der k. u. k. Botschafter Markgraf Pallavicini eine Bitte Rifaat Paschas um Überlassung eines k. u. k. Kriegsschiffes an die türkische Regierung einberichtet und weiter gemeldet, daß er dieses Ansuchen zwar anher geleitet, jedoch dem türkischen Minister des Äußern gegenüber gleich bemerkt habe, es scheine ihm eine solche Transaktion mit dem Neutralitätsgedanken schwer vereinbar; zudem wisse er nicht, ob wir überhaupt ein Kriegsschiff, wie es die türkische Regierung im Auge habe, entbehren könnten. Ich bin mit dieser vom Herrn Botschafter dem türkischen Minister erteilten vorläufigen Antwort vollkommen einverstanden, da ich es nämlich aus politischen Erwägungen für ganz ausgeschlossen halte, dem türkischerseits geäußerten Wunsche näherzutreten. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren daher, Rifaat Pascha in rücksichtsvoller Weise davon zu verständigen, daß die k. u. k. Regierung zu ihrem großen Bedauern nicht in der Lage sei, dem ihr durch Markgrafen Pallavicini bekannt gewordenen Wunsche der türkischen Regierung zu entsprechen. Um diesen ablehnenden Bescheid in eine tunlichst entgegenkommende Form zu kleiden, könnten Euer Hochwohlgeboren ausführen, daß die k. u. k. Regierung, wie er — Rifaat Pascha — wisse, in einer konsequenten Ausbildung und Stärkung der ottomanischen Wehrmacht zu Land und zu Wasser die sicherste Gewähr des Friedens am Balkan erblicke und daher jede Maßregel, welche auf eine solche Stärkung abziele, von vorneherein sympathisch begrüße. In dem vorliegenden Falle jedoch sei sie zu

ihrem größten Leidwesen außerstande, dem von dem Herrn türkischen Minister geäußerten Wunsche zu willfahren, da der relativ geringe Flottenstand der k. u. k. Monarchie es (in einem Momente, wo alle Großmächte auf den Ausbau ihrer Wehrfähigkeit zur See bedacht seien) ganz unmöglich mache, irgend eine Schiffseinheit, geschweige denn eine solche von 10.000 Tonnen, zu entbehren. Zur Illustrirung dieser Thatsache könnten Euer Hochwohlgeboren anführen, daß die k. u. k. Marineverwaltung vor kurzem, als der Stationär in Konstantinopel durch ein neues Fahrzeug ersetzt werden sollte, eine eigene Jacht nur zu dem Zwecke angekauft hat, um nicht zur Detachierung auch des kleinsten sonst zu diesem Zwecke verwendbaren Schiffes genötigt zu sein.

a) Vgl. n. 2218, 2221.

Nr. 2220. Tel. nach Berlin Nr. 65 (1), London Nr. 56 (2), Paris Nr. 50 (3), St. Petersburg Nr. 68 (4), Rom Nr. 67 (5) und Konstantinopel Nr. 125 (6), 21. Juli 1910 (chiffre 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Müller).

1. Sir F. L. Cartwright ist am 18. d. M. hier erschienen und hat an der Hand eines (auch den andern Signatarmächten überreichten) Aide-Mémoires Folgendes ausgeführt: Obzwar die jüngste Einwirkung der vier Mächte auf die Kretenser der Türkei „eine volle Genugthuung“ gebracht habe, dauere der antigriechische Boykott fort. Dieser bedauerliche Zustand habe Sir E. Grey umsomehr impressionirt, als Rifaat Pascha kürzlich Sir G. Lowther gegenüber direkt darauf hingewiesen habe, daß der Boykott sich gewissermassen als eine türkische Revanche für griechische Umtriebe in den mazedonischen und sonstigen Provinzen der Türkei darstelle. Man befürchte in London, daß die Türken sich jetzt, wo Kreta in den Hintergrund getreten sei, der mazedonischen Angelegenheiten bedienen wollen, um einen Streit mit Griechenland vom Zaune zu brechen und halte es daher für wünschenswert, daß die sechs Signatarmächte durch ihre Konstantinopler Botschafter ihren Einfluß bei der Pforte dahin geltend machen, daß dieselbe der gefährvollen Situation ein Ende bereite. Eine analoge Kollektiv-Demarche wäre auch in Athen zu unternehmen, falls die Botschafter die auf Mazedonien bezüglichen Klagen der Pforte für berechtigt beziehungsweise einen solchen Schritt für nützlich halten sollten. Der britische Botschafter wies schließlich in insinuirender Weise, offenbar um dem Einwande unserer reservirten Haltung in der Kretafrage zu begegnen, darauf hin, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland auch im vorigen Sommer ihre Stimme in Konstantinopel im Interesse der Erhaltung des Friedens haben vernehmen lassen. Ich habe heute Sir F. L. Cartwright für seine Mittheilung danken und gleichzeitig bemerken lassen, daß wir nicht in der Lage seien zu beurtheilen, ob die letzte Note der vier Mächte der Türkei eine volle Satisfaction gegeben habe. In der Kreta-Frage könnten wir aus der von uns bisher beobachteten Reserve jetzt nicht heraustreten, nach unserer Ansicht seien aber die zwischen der Türkei und Griechenland bestehenden Schwierigkeiten eben auf das Kreta-Problem zurückzuführen. Anhaltspunkte, daß auch mazedonische Angelegenheiten mit im Spiele seien, hätten wir nicht. Sollte der Friede gefährdet

werden, so würden wir sicher, wie im vorigen Sommer, unsere abmahrende Stimme erheben. Vorstehendes wollen Euer Exzellenz zur vertraulichen Kenntnis des Staatssekretärs bringen. Die in meiner Antwort an Sir F. L. Cartwright enthaltene Anspielung auf die letzte Note der vier Mächte, sollte eine Andeutung dafür sein, daß auch eine provisorische Regelung der Kreta-Frage und folglich Beruhigung nur mittelst der Wiederbesetzung der Insel durch Kontingente der Mächte eintreten könne. Der deutsche Geschäftsträger hat soeben nachgefragt, welche Antwort dem englischen Botschafter auf obige, auch in Berlin erfolgte Demarche ich gegeben hätte. Die kaiserliche Regierung beabsichtige sie ablehnend zu beantworten. Graf Oberndorff wurde entsprechend informiert.

2.—6. Vorstehendes zu Euer etc. vertraulichen Kenntnisnahme und Regelung Ihrer Sprache. Zu Euer etc. persönlichen Orientierung: Die in meiner Antwort (scribatur aus 1 bis „eintreten könne“). Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2217, 2222.

Nr. 2221. Bericht des Gesandten Eduard Otto aus Konstantinopel-Jeniköj, 25. Juli 1910 Nr. 63 E (eing. 28. Juli).a) Ausfert.

Geheim. Es hat sich mir im Verlaufe der vorgestrigen Flottenrevue aus Anlass der Constitutionsfeier die Gelegenheit geboten, mich dem Herrn Minister des Äussern gegenüber in Angelegenheit des türkischen Wunsches nach Überlassung eines grösseren Schiffes der k. und k. Kriegsmarine im Sinne des mir am selben Tage zugekommenen Auftrages Euerer Excellenz vom 20. d. M. Nr. 2061, geheim, auszusprechen. Rifaat Pascha erwiderte mir, er sehe vollkommen ein, dass bei der gegebenen Sachlage auf obigen türkischen Wunsch unsererseits nicht eingegangen werden könne. Zugleich ersuchte er mich, Euerer Excellenz für die ihm durch mich vermittelte Message Hochderselben, sowie insbesondere für die hiebei zum Ausdruck gelangte Sympathie für die türkische Kriegsmarine seinen Dank auszurichten.

Otto.

a) Vgl. n. 2233.

Nr. 2222. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem englischen Botschafter, 25. Juli 1910.a) Konz. (S. Andrian; V. Musulin; G. Müller).

Der hiesige englische Botschafter überreichte heute das beiliegende Aide-Mémoire,^{b)} das dahin koncludirt, daß England mit Rücksicht auf die Weigerung der k. u. k. Regierung an einer Demarche der sechs Signatarmächte des Berliner Vertrages in Constantinopel behufs sofortiger Einstellung des Boycotts teilzunehmen, seine diesbezügliche Initiative zurückziehe und daher, im Falle einer Friedensstörung auf dem Balkan, jede Verantwortung ablehnen müsse. Nach Kenntnisnahme des von Sir F. L. Cartwright, in übrigens sehr freundschaftlicher Weise, einbegleiteten Aide-Mémoires, wurde dem Herrn Botschafter erwidert, es erhelle aus dem Memorandum das schon bei der letzten Unterredung mit Sir Fairfax constatirte Factum, daß Rifaat Paschas Tendenz dahin gehe, statt Kretas Macedonien in den Vordergrund der Discussion zu stellen. Wie übrigens

ebenfalls bereits bei früherer Gelegenheit erwähnt, lägen aber hier keinerlei Anhaltspunkte dafür vor, daß dermalen eine griechische Bewegung in Macedonien existiere. Was den Passus über die Ablehnung der Verantwortung für etwaige Ruhestörungen auf dem Balkan anbelange, so lasse sich eine Verantwortlichkeit schon aus dem Grunde kaum konstruieren, weil ja ganz und gar nicht gesagt werden könne, welches Resultat die geplante gemeinsame Demarche in Constantinopel gezeitigt haben würde.

a) Vgl. n. 2220, 2224 Anm. c, 2225, 2227. — b) Beilage.

Beilage zu n. 2222. Aide-Mémoire überreicht vom englischen Botschafter am 25. Juli 1910. Ausfert.

L'Ambassadeur d'Angleterre a été chargé par son Gouvernement de faire la communication suivante au Comte Aehrenthal. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique a lieu de croire que le Gouvernement Ottoman n'est pas satisfait de la phase actuelle dans laquelle est entrée la question Crétoise — question qui ne peut recevoir une solution définitive qu'à la suite d'un accord établi entre les Puissances Signataires du Traité de Berlin. En outre, Sir Edward Grey a déjà fait remarquer que Rifaat Pasha a cherché à justifier le boycott en basant son point de vue sur l'activité prétendue des comités grecs et des sociétés grecques en Macédoine et dans d'autres provinces de la Turquie où les Quatre Puissances Protectrices n'ont aucun mandat spécial. En effet, dans sa dernière conversation avec Sir Gerard Lowther Rifaat Pasha n'a pas paru mettre le moindre poids sur la question de Crète. Ayant égard au refus du Gouvernement Impérial et Royal à s'associer avec les autres Puissances Signataires du Traité de Berlin pour réclamer la cessation immédiate du boycott dans le but d'éliminer tout danger existant pour le maintien de la paix dans la Péninsule Balcanique, le Gouvernement de Sa Majesté Britannique se voit forcé avec regret de renoncer à l'initiative qu'il avait prise en invitant la coopération des Six Puissances, et de désavouer toute responsabilité dans le cas où la paix dans les pays Balcaniques sera mise en danger.

Nr. 2223. Bericht aus Belgrad, 26. Juli 1910 Nr. 36 B (eing. 26. Juli).a) Ausfert.

Streng vertraulich. In meinen ergebensten Berichten Nr. 27 E^b) und 28 F^b) vom 2. und 12. Juni hatte ich die Ehre Euer Exzellenz zu berichten, dass der bulgarische Journalist Harizanoff, welcher der k. u. k. Gesandtschaft in Sofia sich nicht bewahrheitende konfidentielle Mitteilungen im Vorjahre sowie heuer gemacht hatte, die gleichen Dienste der serbischen und bulgarischen Regierung geleistet hat. In einem vertraulichen, freundschaftlichen Gespräche, welches ich vor einigen Tagen mit Sektionschef Spalajković hatte, erwähnten wir verschiedene Individuen, welche im Verfolge der vorjährigen Ereignisse und Prozesse nunmehr unter Drohungen mit Enthüllungen und so weiter sowohl von der serbischen Regierung als von der Gesandtschaft Geld zu erpressen suchen. Der Sektionschef nannte auch Harizanoff und setzte hinzu, dass die serbische Regierung und ihre Sofioter

Gesandtschaft diesen Schwindler früher tatsächlich unterstützt, da er ihnen konfidentiell Material über bulgarisch-makedonische Angelegenheiten lieferte. Doch wäre bald konstatiert worden, dass seine Nachrichten meist ganz falsch und frei erfunden waren. Gelegentlich des Kaiserbesuches in Bosnien sei er nach Nisch gekommen und habe von dort um eine Geldunterstützung gebeten, um fürchterliche österreichische Pläne aufzudecken. Oberstleutnant Hranilović, k. u. k. Militärattaché in Sofia, habe ihn persönlich gedungen, mit Waffen und Munition versehen, damit er nach Sarajevo reise, ein Attentat auf Seine k. u. k. Apostolische Majestät fingiere und nach seiner Verhaftung alle Serbenführer in Bosnien durch seine Aussagen kompromittiere und an den Galgen bringe. Er selbst würde begnadigt und reich belohnt werden. Herr Spalajković meinte noch, dass, wenn ich es wünsche, er mir in alle unsinnigen Briefe Harizanoffs Einsicht geben könne, und dass es nur zu begrüßen sei, dass wir, wie schon öfters, ganz offen unsere Ansichten über jene verdächtigen Individuen austauschen, welche die vergangene Epoche und die schon der Vergessenheit angehörenden Prozesse in Cetinje, Agram und Wien (Dr. Friedjung) benützen wollen, um Erpressungen zu versuchen. Über solche Angelegenheiten habe ich schon öfters gelegentlich mit dem Herrn Milovanović und Spalajković gesprochen und hiedurch bis jetzt — und hoffentlich endgiltig — der Möglichkeit vorgebeugt, dass ehemalige Konfidenten dieser k. u. k. Gesandtschaft und deren eventuelle, falsche „Enthüllungen“ bei der serbischen Regierung Aufnahme finden und mit deren Unterstützung publiziert werden könnten. Speziell Milan Stefanović äussert fortwährend seine Absicht eine Brochure (mein ergebenster Bericht Nr. 30 E vom 17. Juni) drucken zu lassen. Seine öfteren Bitten um Schweigegeld habe ich natürlich nicht beachtet oder abweisen lassen. Eventuelle phantastische Veröffentlichungen seinerseits wären heute vollkommen gleichgültig.

Forgách.

^{a)} Vgl. n. 2266, 2296, 2328. — ^{b)} Diese Berichte wurden, weil belanglos, nicht abgedruckt.

Nr. 2224. Aufzeichnung über eine Unterredung mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Malinow, 30. Juli 1910.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Am 5. Juli l. Js. auf der Durchreise von Paris besuchte mich der bulgarische Minister-Präsident Herr Malinow. Es ist das zweite Mal, dass der genannte bulgarische Minister seinen Aufenthalt in Wien benützt, um mit mir über politische Fragen zu sprechen. Diesmal hatte Herr Malinow, wie er gleich eingangs betonte, den lebhaften Wunsch, mir den Dank der bulgarischen Regierung für die Förderung des durch österreichische Bankinstitute im vorigen Winter abgeschlossenen bulgarischen Anlehens auszusprechen. Der bulgarischen Regierung sei es genau bekannt, dass die betreffenden Wiener Bankinstitute sich zur Gewährung des für den bulgarischen Credit sehr günstigen Anlehens^{b)} nur infolge der sympathischen Haltung entschlossen hätten, welche das k. u. k. Ministerium des Äussern in dieser Frage eingenommen habe. Er betrachte es als eine angenehme

Pflicht mir die dankbare Würdigung unserer Haltung seitens der bulgarischen Regierung zu verdolmetschen. Ich erwiderte Herrn Malinow, dass ich mich sehr gefreut hätte, durch die eben erwähnte sympathische Haltung unsere freundschaftliche Gesinnung für Bulgarien neuerdings zu documentiren. Wir hätten eine gute Meinung von Bulgariens Credit, der auf der günstigen Entwicklung des Landes und der Sparsamkeit seiner Bevölkerung aufgebaut sei, und wären auch überzeugt, dass die Bulgarien zu Gebote gestellten finanziellen Mittel zu culturellen Zwecken verwendet werden würden. Im Verlaufe unseres Gespräches erwähnte Herr Malinow auch, es wäre nicht zum ersten Male gewesen, dass Bulgarien seitens der Monarchie ein Freundschaftsdienst erwiesen worden sei. Ich quittirte diese freundliche Wendung mit der Bemerkung, es freue mich zu sehen, dass man sich in Sofia über die Haltung der Monarchie zu Bulgarien, was die Vergangenheit anbelange, richtige Vorstellungen mache. Auch was die Zukunft betreffe, hätte ich die feste Überzeugung, dass die Beziehungen zwischen uns und Bulgarien immer die besten bleiben werden, und dass sich unsere wirklichen Interessen an keinem Punkte kreuzen. Ich betonte bei dieser Wendung des Gespräches, dass mir die Aufrechthaltung guter Beziehungen zu Bulgarien für alle Eventualitäten der Zukunft denkbar scheine, nachdem Österreich-Ungarn durch die Annexion die Linie seiner territorialen Expansion definitiv abgesteckt habe. Herr Malinow gieng sodann auf die Cretafrage^{c)} über, speziell was deren Rückwirkung auf die Gestaltung der Verhältnisse in Mazedonien anbelangt. Er äusserte sich diesfalls pessimistisch und schien der Ansicht zu sein, dass eine friedliche Beilegung der Differenzen zwischen der Türkei einerseits und Creta und Griechenland andererseits kaum zu erwarten sei. Bulgarien werde natürlich seine bisherige ruhige Politik fortsetzen und trachten, die durch den Königsbesuch in Constantinopel eingeleiteten besseren Beziehungen zu consolidiren. Es fehle jedoch — wie Herr Malinow es unumwunden aussprach — am richtigen Zutrauen zur Beständigkeit der türkischen Verhältnisse. Aus dieser Einschätzung der Lage in der Türkei ergibt sich, wie mein Mitredner deutlich zu verstehen gab, eine *toujours en vedette* Stellung für Bulgarien. Man befürchtet dort, dass Complicationen mit Griechenland und eine rücksichtslose Anwendung des centralistischen Systems der Jungtürken neuerdings den Schmerzensschrei der mazedonischen Bulgaren provociren könnten, dem gegenüber keine bulgarische Regierung taube Ohren machen dürfe. Über die Aussprachen, die Malinow in Petersburg und Paris mit den dortigen politischen Persönlichkeiten gehabt hat, äusserte er sich dahin, dass man an beiden Orten Bulgarien nur dringend eine Politik des Friedens und der Freundschaft mit der Türkei gepredigt habe. Ich sagte Herrn Malinow, dass ich von meinem Standpunkte auch Nichts Anderes rathen könne. Ich hätte keine so pessimistische Auffassung der türkischen Verhältnisse, wie er sie geäussert habe, könne aber natürlich nicht leugnen, dass die Entwicklung in der Türkei noch nicht zu einem definitiven Abschluss gelangt sei, und dass möglicherweise noch manche Fährlichkeiten zu passiren sein würden. Im Grossen und Ganzen wäre ich aber der Ansicht, dass für Bulgariens Interessen eine Politik des Zuwartens und der correcten Befolgung der von den Gross-

mächten ertheilten Rathschläge die beste wäre. Schliesslich kam mein Mitredner nach einigen Verlegenheitsphrasen auf ein heikles Thema. Er erkundigte sich nach den Gründen, welche Seine Majestät unseren Allergnädigsten Herrn verhindert hätten, seinem Souverain das sehnlich erwünschte goldene Vliess^{d)} zu verleihen. Ich beschränkte mich darauf, Herrn Malinow, welcher sich in totaler Unkenntnis der Geschichte und des Charakters des Ordens vom goldenen Vliesse befand, darüber aufzuklären, dass Seine Majestät mein allergnädigster Herr diesen Orden nicht als eine Auszeichnung, sondern hervorragenden Persönlichkeiten, welche sich zur katholischen Religion bekennen, spontan verleihe. Diese Verleihung sei also nicht mit einer Auszeichnung gleich zu stellen, wie die der Verleihung des Grosskreuzes des Stephans Ordens. Auch war Herr Malinow sehr erstaunt zu hören, dass weder der Kaiser von Russland noch Kaiser Wilhelm das österreichische goldene Vliess besaßen. Herr Malinow entschuldigte sich, dass er diese Frage überhaupt berührt habe; er hätte es gethan, weil er wisse, wie sehr sein Herrscher diesen Orden ambitionire und wie sehr es ihn schmerzt habe, dass Kaiser Franz Josef diese hohe Auszeichnung dem Kronprinzen von Rumänien habe zu Theil werden lassen. Als Niederschlag unserer Unterredung können die Bemerkungen betrachtet werden, die Herr Malinow bald darauf einem Mitarbeiter des Prager „Čas“ gegenüber machte. Der bulgarische Ministerpräsident sagte unter anderem: „Zwischen Bulgarien und Österreich-Ungarn bestehen keine Conflicte. Wenn auch die gegentheilige Meinung sehr verbreitet ist, ist sie doch irrig. Die Beziehungen Bulgariens zu Österreich-Ungarn können nicht anders als freundschaftlich sein.“ Der Zufall brachte es mit sich, dass Herr Malinow mich gerade an dem Tage — dem 5. Juli — besuchte, an dem der neoslavische Congress in Sofia eröffnet wurde. Der bulgarische Ministerpräsident war sehr verwundert, dass einige Wiener Zeitungen sich so aufgeregt in dem Sinne äusserten, als ob Bulgarien das Noyau der gegen die Monarchie gerichteten feindlichen Bestrebungen wäre. Herr Malinow verwahrte sich gegen diese Auffassung, welche auch aus dem Grunde unrichtig sei, weil König Ferdinand während der Tagung des Congresses garnicht in Sofia weilte und er selbst und die meisten seiner Collegen erst beinahe gegen Schluss desselben nach Sofia zurückgekehrt seien.

a) Vgl. n. 1921. — b) Vgl. 1919. — c) Vgl. n. 2222, 2225. — d) Vgl. n. 1921, 2468.

Unterredung mit dem serbischen Minister des Äußern Milovanović, 31. Juli 1910. Siehe n. 2226.

Nr. 2225. Erlaß an den Gesandten Eduard Otto in Konstantinopel, 31. Juli 1910 Nr. 2215.^{a)} Konz. (S. Maschinschrift; G. Müller).

Streng vertraulich. Euer Hochwohlgeboren Bericht vom 15. I. M. Nr. 58 E habe ich erhalten. Die in demselben wiedergegebenen Aeusserrungen Herrn Tscharykows erscheinen mir insoferne beachtenswert, als sie auf die Möglichkeit hindeuten, dass einzelne der Mächte zur Politik der Intervention in der Türkei zurückkehren könnten. Bekanntlich ist der Grundsatz dieser Politik vom Petersburger Kabinette niemals aufgegeben

worden. Ich brauche diesbezüglich nur auf die im russischen Rundschreiben vom Sommer 1908 formulierten Reserven (vide hierämtliches Telegramm Nr. 137 vom 17. August 1908)^{b)} und auf den 3. Punkt der vom russischen Kabinett im heurigen Winter proklamierten Formel (hierämtlicher Erlass Nr. 433 vom 17. Februar l. J.) hinzuweisen, welche letztere Formel Herr Iswolsky durch die Zustimmung sämtlicher Mächte bindend machen wollte. Die von mir jüngst abgelehnte englische Anregung^{a)} zu einer Kollektiv-Demarche in Konstantinopel behufs Einstellung des anti-griechischen Boykotts stellt sich ebenfalls als ein Versuch dar, uns und Deutschland ins Konzert der Mächte zu locken und sodann mittels des Konzertes einen Druck auf die Türkei im Sinne der russisch-englischen Wünsche auszuüben.

^{a)} Vgl. n. 2222, 2224 Anm. c, 2227 Anm. b. — ^{b)} Betrifft das russische Zirkulare vom 25. Juli (7. Aug.) 1908 über die Einstellung der Reformaktion und wurde daher entsprechend dem Grundsatz, daß Schriftstücke aus der Zeit vor dem 5. Okt. 1908 nur dann aufgenommen werden, wenn sie in direktem Zusammenhang mit der Annexion Bosniens und der Herzegowina stehen, nicht abgedruckt.

Nr. 2226. Tagesbericht über eine am 31. Juli 1910 zu Marienbad geführte Unterredung mit dem serbischen Minister des Äußern Milovanović; Marienbad, 1. Aug. 1910. Konz. (S. Franckenstein; V. u. G. Aehrenthal).

Gestern besuchte mich der hier zum Kurgebrauche eingetroffene serbische Minister des Äußern Herr Milovanović.

Das Gespräch wendete sich gleich dem glücklichen Abschlusse unserer Handelsvertragsverhandlungen mit Serbien^{a)} zu und wir konnten uns nur gegenseitig zu diesem nach langwierigen Verhandlungen erzielten Resultate beglückwünschen. Herr Milovanović betonte nachdrücklichst, dass er von diesem Handelsvertrage einen heilsamen Einfluss auf den Zustand der Gemüther in seinem Lande erwarte. Wir besprachen noch eingehend die Frage der Activirung des Vertrages, in betreff welcher bekanntlich drei Alternativen vorliegen, die nunmehr den Gegenstand der Beschlussfassung der in Budapest stattfindenden Zoll- und Handels-Conferenz bilden werden. Herr Milovanović rechnet darauf, dass der Vertrag der Skupschtina, welche am 1./14. October laufenden Jahres wieder zusammentritt, sofort vorgelegt und von ihr in kurzer Zeit verabschiedet werden wird.

Anknüpfend an die von ihm erwarteten heilsamen Folgen der nunmehr geregelten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien bat Herr Milovanović um Erlaubnis, ein Thema berühren zu dürfen, welches er vor kurzem mit Graf Forgách besprochen habe. Die Relation des letzteren über dieses Gespräch befindet sich im Anbuge.^{b)} Es handelt sich um eine Sondirung bezüglich der Allerhöchsten Dispositionen in Angelegenheit eines Besuches König Peters in Wien. Herr Milovanović wiederholte, was er bereits dem Grafen Forgách gesagt hatte, dass sein Souverain bis Ende October keine Auslandsreise unternehmen wird. Um diese Zeit beabsichtige der König den im Principe feststehenden Besuch in Rom und Paris abzustatten. Es wäre Ihm jedoch sehr daran

gelegen, vorher Seiner Majestät dem Kaiser und König Franz Josef seine Aufwartung machen zu dürfen. Herr Milovanović versicherte mich, dass König Peter den sehnlichen Wunsch hege, durch sein persönliches Erscheinen vor dem Herrscher der Nachbarmonarchie in solenner Weise zu bekunden, dass die normalen politischen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien wiederhergestellt und ein reges wirtschaftliches Verhältnis der beiden Staaten durch den Abschluss des Handelsvertrages angebahnt seien. Der serbische Minister des Äussern betonte nochmals, dass es seinem Souverain sehr daran gelegen wäre, weitere Besuche erst nach dem Empfange in Wien abzustatten; zugleich machte jedoch Herr Milovanović die vorsichtige Bemerkung, dass er allerdings nicht wisse, welche Dispositionen Kaiser Franz Josef für den Herbst getroffen habe und ob Seiner Majestät überhaupt Besuche in dieser Zeit genehm wären, dass aber sein Herrscher jedenfalls nicht unterlassen wollte, eine bezügliche Anfrage zu stellen.

Ich erwiderte Herrn Milovanović, dass mir Graf Forgách von dem einschlägigen Gespräche Mitteilung gemacht hätte. Nachdem nun Seine Excellenz selbst dieses Thema mir gegenüber berührt habe, würde ich die Anfrage bei meinem nächsten mündlichen Vortrage, welcher nicht vor Ende August stattfinden dürfte, Seiner Majestät meinem Allernädigsten Herrn unterbreiten. Ich würde ferner nicht verfehlen, sobald ich in der Lage sein werde, die Antwort auf die Anfrage zu erteilen, dieselbe durch Graf Forgách in Belgrad bekannt zu geben.

Aus der weiteren Conversation mit dem serbischen Minister des Äussern ist nur hervorzuheben, dass er die Zustände in der Türkei mit einigen flüchtigen, aber nicht uninteressanten Bemerkungen streifte. Er beklagte sich über die Brutalitäten der Türken bei der Entwaffnung der christlichen Bewohner,^{c)} wodurch neuerdings der Beweis erbracht sei, dass die Methoden des neuen Regimes im türkischen Reiche dieselben bleiben, wie die des alten Regimes. Trotz der vielen Schmerzensrufe, die aus dem Vilajete Kossovo nach Belgrad drängen, habe sich die serbische Regierung darauf beschränkt, in durchaus freundschaftlicher Weise in Constantinopel für eine mildere Vorgangsweise zu plaidiren und ganz davon abgesehen, diesen Schritt zur Kenntniss der Grossmächte zu bringen oder ihre Unterstützung zu erbitten. In Belgrad wolle man das bestehende gute Verhältnis zur Türkei nicht trüben und sei bestrebt, die Empfindlichkeiten der Herrn des neuen Regimes zu schonen.

^{a)} Handelsvertrag vom 14. 27. Juli 1910. Vgl. Bittner, Chronol. Verz. d. österr. Staatsverträge III 613 Nr. 5393. — ^{b)} Vgl. n. 2216, 2235. — ^{c)} Vgl. n. 2217, 2230 Anm. c und e.

Nr. 2227. Aufzeichnung über Unterredungen mit dem deutschen Staatssekretär von Kiderlen-Wächter in Marienbad; Marienbad, 1. Aug. 1910.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. u. G. Aehrenthal).

Während des zweitätigen Aufenthaltes des neuen deutschen Staatssekretärs Herrn von Kiderlen-Wächter in Marienbad ergab sich wiederholt Gelegenheit, über verschiedene politische Fragen einen intimen und freund-

schaftlichen Gedankenaustausch zu pflegen. Herr von Kiderlen hatte in den letzten 1½ Jahren auf der Durchreise von Berlin nach Bucarest wiederholt bei mir vorgesprochen, so dass es sich bei unserer jetzigen Begegnung eigentlich nicht so sehr um neue Gesichtspunkte handelte als um die Wiederholung und Bestätigung von Auffassungen, die für die Politik der beiden Kaisermächte in den wichtigeren Fragen massgebend sind.

Rein persönlich machte mir Herr von Kiderlen einige Confidencen über die Ursache der langen Ungnade, in welcher er sich bei Kaiser Wilhelm befunden hat. Diese ist auf eine Intrigue zurückzuführen, welche kein günstiges Licht auf den Charakter des Fürsten Bülow zu werfen geeignet ist. Kiderlen hatte während der Nordlandsreisen Kaiser Wilhelms seine damaligen Chefs, den Reichskanzler Caprivi und den Staatssecretär Baron Marschall, in verschiedenen Angelegenheiten bei Höchstdemselben zu vertreten. Beide waren damals schon nicht mehr im Vollgenusse des kaiserlichen Vertrauens, und es ergaben sich oft sachliche und persönliche Differenzen, die Kiderlen auszugleichen die Aufgabe hatte. Aus dieser Zeit stammt eine eigenhändige Correspondenz mit Baron Marschall, in welcher — Kiderlen gesteht es selbst zu — vielleicht manches freie Wort über den höchsten Herrn gefallen sein mag. Baron Marschall beging nun die Unvorsichtigkeit, diese Correspondenz in seinem Schreibtische in Berlin zurückzulassen, wo sie sein Nachfolger Fürst Bülow vorfand. Letzterer hat nun aus Beweggründen, die Herrn von Kiderlen unbekannt sind, es verstanden diese Correspondenz vor die Augen Kaiser Wilhelm's zu bringen.

Ueber die Vorgeschichte seiner Ernennung zum Staatssecretär, die für alle Welt sehr überraschend kam, erzählt Herr von Kiderlen Folgendes:

Der Reichskanzler Herr von Bethmann Hollweg hatte ihm im Mai l. J. anlässlich einer Urlaubsreise wie bei früheren Anlässen seine Meinung über verschiedene Fragen des nahen Orientes abverlangt. Eine Eröffnung über die weitere Zukunft Kiderlens machte der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit nicht. Deshalb entschloss sich Herr v. Kiderlen etwas Klarheit in die Situation zu bringen, welche für ihn thatsächlich sehr schwierig geworden war, da bis auf Baron Marschall sämtliche deutsche Botschafter jünger im Dienste sind, als Kiderlen selbst. Dieser Umstand veranlasste denselben, an den Reichskanzler einen Brief zu schreiben, in welchem er sich eine Aufklärung in Betreff seiner Zukunft erbat. Er stellte in diesem Schreiben, das er von Kissingen absandte, keinerlei concretes Ansuchen, sondern beschränkte sich darauf, den Wunsch auszusprechen, davon in Kenntnis gesetzt zu werden, ob er auf einen Botschafterposten beim nächsten Revirement rechnen könne oder nicht. In letzterem Falle würde er sich, da er sich zu jung fühle, um sich ins Privatleben zurückzuziehen, um den im Herbste frei werdenden Posten des Vertreters Deutschlands bei der Dette Publique in Constantinopel bewerben. Als Antwort erhielt er die Aufforderung nach Berlin zu kommen und den Posten des Staatssecretärs zu übernehmen.

Von politischen Angelegenheiten haben wir zunächst die letzte englische Demarche^{b)} erörtert und uns für die Zukunft darüber geeinigt, ähnliche Versuche der Ententemächte, welche darauf abzielen, uns in das Concert

der Mächte einzubeziehen und auf diese Weise ihre eigene Verantwortung zu mindern, wie bisher unter Beibehaltung concilianter Formen abzulehnen. Herr von Kiderlen war über die letzten Phasen in Angelegenheit der englischen Initiative nicht au courant und wurde von mir über die diesbezüglich gewechselten Schriftstücke unterrichtet. Auch in den beiden letzten Expeditionen des Markgrafen Pallavicini und des Geschäftsträgers Otto aus Constantinopel liess ich Herrn v. Kiderlen Einblick nehmen. Ebenso wie mir ist auch Herrn von Kiderlen der Wunsch der Türkei nicht recht verständlich, Oesterreich-Ungarn und Deutschland in die Cretafrage hineinzuziehen. Von einer definitiven Lösung dieser so complicirten und verfahrenen Affaire könne ja doch nicht gesprochen werden, nachdem ja vielleicht nur die Zeit die Fehler der Schutzmächte curieren könne. Die Unmöglichkeit einer jetzigen definitiven Regelung gehe auch daraus hervor, dass die Mächte abwechselnd dieselbe Sache, nämlich die Souveränitätsrechte bezüglich Cretas, zunächst Griechenland und dann wieder der Türkei in Aussicht gestellt hätten. Soll eine Beruhigung eintreten, so meint Herr v. Kiderlen so wie ich, dass dies nur durch die Wiederbesetzung der Insel seitens der Contingente der Schutzmächte erfolgen könnte.

Der Bericht des Markgrafen Pallavicini über die zunehmende Sympathie der Türkei für Oesterreich-Ungarn und Deutschland interessirte Herrn von Kiderlen lebhaft. Doch auch in betreff dieses Themas, welches von uns schon früher eingehend erörtert worden war, begegneten wir einander in der Auffassung, dass die Haltung der beiden Kaisermächte gegenüber diesen Strömungen eine sympathisch zuwartende bleiben müsse. Sowohl Oesterreich-Ungarn wie Deutschland haben ein Interesse daran, ihre Stellung in Constantinopel zu verbessern, und werden daher gut thun, jede geeignete Gelegenheit zu benützen, um die Türkei für sich warm zu erhalten, doch ist an bindende diplomatische oder militärische Abmachungen weder für jetzt noch für absehbare Zeit zu denken.

Sehr beachtenswerth fand Herr v. Kiderlen den Bericht des k. u. k. Geschäftsträgers in Constantinopel über gewisse Aeusserungen Herrn Tscharykows,^{c)} welche erkennen lassen, dass die russische Diplomatie ein gelegentliches Zurückgreifen auf die früher von den Mächten betriebene Interventionspolitik contemplire. Ich erinnerte Herrn von Kiderlen daran, dass diese Eventualität seitens des Petersburger Cabinetes immer offen gelassen worden ist, und verwies in dieser Hinsicht auf den betreffenden Passus der russischen Circulardepesche vom Sommer 1908 gleich nach Etablirung des neuen Regimes in der Türkei und auf den Punkt 3 der Iswolski'schen Propositionen, welche diesen Winter zwischen Wien und St. Petersburg in Verhandlung standen,^{d)} und deren Festlegung durch Mittheilung an alle Signatarmächte ich verweigerte. Man kann also sagen, dass die russische Diplomatie stets den Hintergedanken gehabt hat, in dem ihr passenden Augenblicke die Interventionsmelodie wieder ertönen zu lassen. Auch machte ich Herrn v. Kiderlen darauf aufmerksam, dass auch das Londoner Cabinet sich anscheinend in derselben Richtung orientirte, wie der letzte fehlgeschlagene Schritt in Wien und Berlin zur genüge darthue.

Selbstverständlich sprachen wir uns in dem Sinne aus, dass Oesterreich-Ungarn und Deutschland kein Interesse haben dürfte, auf solche Initiativen, welche die Rückkehr zur Interventionspolitik bezwecken, einzugehen, denn wir beide hätten den Wunsch, die Türkei sich normal entwickeln zu sehen, während Englands und Russlands Ziel darin liegt, das osmanische Reich unter ihrer Vormundschaft zu erhalten und, falls eine solche Unterwerfung seitens der türkischen Regierung nicht glatt angenommen wird, sofort zu dem früheren Pressionsmittel der Interventionspolitik zu greifen. Unsere Aufgabe müsse es daher sein, durch eine ruhige, consequente, für die Türkei sympathische Haltung den Ententemächten, speciell England und Russland zu Gemüthe zu führen, dass sie ohne Unterstützung der mitteleuropäischen Kaisermächte im nahen Orient Nichts durchzusetzen vermögen. Herr v. Kiderlen hatte Kenntniss von dem interessanten Berichte Baron Marschalls,^{e)} welchen Herr von Tschirschky mir kürzlich mitzutheilen beauftragt war, und welcher sich — wie es aus meiner bezüglichen Aufzeichnung ersichtlich ist — im selben Gedankengange bewegt, wie mein Meinungsaustausch mit dem neuen deutschen Staatssecretär.

Die Controverse, welche vor einiger Zeit bezüglich Persiens zwischen Deutschland einerseits und Russland und England andererseits entstanden ist, wurde auch von uns berührt. Herr von Kiderlen war in seinen diesfälligen Bemerkungen sehr zurückhaltend. Er beschränkte sich darauf, zu betonen, dass Deutschland eine Verletzung des Principes der offenen Thüre in Persien nicht ruhig hinzunehmen gesonnen sei und gegen etwaige Verletzungen dieses Grundsatzes protestiren würde. Herr von Kiderlen hat aber nicht widersprochen, als ich andeutete, dass die Position Deutschlands in den persischen Angelegenheiten eine ziemlich schwierige werden würde, wenn England und Russland via facti vorgiengen. In einem solchen Falle wäre nur die Möglichkeit vorhanden, der englisch-russischen Action erfolgreich zu begegnen, wenn in der Türkei halbwegs geordnete Zustände bestünden, die es den Machthabern in Constantinopel ermöglichen würden, gegen die für die Türkei in erster Linie so gefährliche Auftheilungspolitik Englands und Russlands in der unmittelbarsten Nähe des türkischen Reiches aufzutreten. Bei dieser Besprechung verlied ich dem gleichen Gedanken Ausdruck, wie vor kurzem Herrn v. Tschirschky gegenüber, als ich mich dahin vernehmen liess, dass die deutsche Politik in persischen Angelegenheiten am Besten in Constantinopel zu führen sei.

Herr von Kiderlen erkundigte sich sodann über meine Auffassung der jüngst zustandegekommenen russisch-japanischen Entente. Ich resümirte meine Ansicht dahin, dass die fragliche, seit Monaten zu gewärtigende Annäherung nicht unbedingt unseren Interessen entgegensteht. Die zwischen Petersburg und Tokio zustandegekommenen Verabredungen würden in erster Linie auf China und Nord-America zurückwirken und es sei abzuwarten, in welcher Weise sich diese beiden Mächte zu der russisch-japanischen Entente stellen würden. Herr v. Kiderlen ist meiner Ansicht, dass Russland auch nach diesem Abkommen an den ostasiatischen Angelegenheiten interessirt bleibt, was für Oesterreich-Ungarn und Deutschland das Wichtigste ist. Von einer freien Hand im nahen Oriente könne schon deshalb nicht gesprochen

werden, weil ja bekanntlich die russische Armee noch Jahre lang ausser Stande sein werde, grosse militärische Actionen nach aussen hin zu unternehmen.

Zwei Tage nach dem Besuche Kiderlens frug mich der hier zum Curgebrauche eingetroffene französische Botschafter Herr Crozier, was für Nachrichten ich aus China über die dortige Lage erhalten hätte. In Paris seien sehr beunruhigende Meldungen über die hochgradige Erregung in den chinesischen Provinzen eingetroffen, welche sich gegen die Dynastie zu kehren begännen und vornehmlich dadurch entstanden sei,^{f)} dass die in Aussicht gestellten constitutionellen Reformen garnicht oder sehr langsam verwirklicht würden. Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass auch die russisch-japanische Verständigung, welche eine neue Niederlage der chinesischen Diplomatie bedeutet, den in China vorsichgehenden Gährungsprocess verstärken wird.

a) Vgl. n. 2230. — b) Vgl. n. 2222, 2225, 2230 Anm. f. — c) Vgl. n. 2217. — d) Vgl. n. 2001. — e) n. 2205. — f) So!

Nr. 2228. Tel. des Sektionschefs Ladislaus von Müller an den Gesandten Eduard Otto in Konstantinopel, 3. Aug. 1910 Nr. 136 (chiffr. 1 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Matscheko; V. Musulin; G. Müller).

Der hiesige türkische Botschafter ist am 1. d. M. hier erschienen und hat folgendes mitgeteilt. Nach verschiedenen in Konstantinopel eingelangten Meldungen beabsichtige die bulgarische Regierung, die Mächte wegen der Entwaffnung der mazedonischen Bulgaren um Intervention bei der Pforte zu ersuchen. Reschid Pascha sei nun beauftragt, sich zu erkundigen, ob ein solcher Schritt der bulgarischen Regierung in Wien bereits unternommen worden sei und zu bemerken, die Pforte hoffe, die Mächte würden auf eine derartige Démarche, die eine Einmischung der Bulgaren in innere türkische Angelegenheiten bedeute, nicht reagieren. Es wurde Reschid Pascha erwidert, daß der bulgarische Gesandte allerdings gesprächsweise vor kurzem hier das Thema der Entwaffnungsaktion in Mazedonien berührt und der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, daß die Mächte in mäßigendem Sinne auf die Türkei einwirken würden; er habe sich aber hiebei nicht auf einen Auftrag seiner Regierung berufen und auch nicht um eine Antwort des k. und k. Cabinetes ersucht. Eine offizielle Démarche der bulgarischen Regierung sei mithin in dieser Frage hier bisher nicht erfolgt. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren Information.

Müller.

a) Vgl. n. 2191, 2230 Anm. b.

Nr. 2229. Bericht des Legationsrates Stephan von Ugron aus Bukarest-Sinaia, 7. Aug. 1910 Nr. 38 A (eing. 10. Aug.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. unlängst habe ich Gelegenheit gehabt, mit Seiner Majestät König Carol eine längere Unterredung zu pflegen, bei welcher Gelegenheit Höchstderselbe verschiedene interessante politische Tagesfragen zu berühren die Gnade hatte. Seine Majestät besprach vorerst eingehend die ungarischen Wahlergebnisse und schien diesbezüglich sehr gut orientiert zu sein. Mit großer Befriedigung äußerte Er sich über den von der königlich

ungarischen Regierung in der Nationalitätenfrage eingenommenen Standpunkt und hob auch die Bedeutung der über diese Frage gehaltenen Rede des Grafen Tisza hervor. Seine Majestät hofft, daß es der staatsmännischen Einsicht des Grafen Khuen gelingen werde, die Basis zu einer dauernden Verständigung mit den ungarländischen Rumänen zu legen. „Sie glauben gar nicht,“ fügte Höchstderselbe lächelnd hinzu, „wie glücklich wir wären, wenn Ungarn und Rumänen drüben in Frieden leben könnten.“ Seine Majestät meinte aber, daß die ungarische Regierung nicht ausschließlich mit der höheren rumänischen Geistlichkeit verhandeln sollte; auch andere hervorragende politische Persönlichkeiten der Nationalitätenpartei, wie Herr Mihályi etc. sollten den Besprechungen zugezogen werden. Höchstderselbe kam sodann auch auf sein Lieblingsthema, auf die slavische Gefahr, zu sprechen. Er meinte, daß es auch im ungarischen Interesse wäre, sich in Gemeinschaft mit den Rumänen gegen die slavische Überflutung zur Wehr zu setzen. „Schreiben Sie“ fügte Seine Majestät hinzu, „Ihrer Regierung nach Budapest, daß sie sich die Karte des letzten Slavenkongresses in Sofia anschau, dann wird man auch bei Ihnen erkennen, dass die eigentliche Gefahr für Ungarn nicht in der rumänischen, sondern vielmehr in der slavischen Frage liegt. Ich habe diese Karte Herrn von Kiderlen unmittelbar vor seiner Abreise zukommen lassen und ich vermute, dass Graf Aehrenthal sie auch kennt.“ Über die bulgarische Politik sprach sich Seine Majestät auch diesmal nicht sehr günstig aus, hatte aber anerkennende Worte für Serbien und sagte unter anderm: „Wir müssen doch mit den Serben halten und so die aggressiven Tendenzen Bulgariens paralysieren; ich habe schon oft bei meiner Regierung ein gutes Wort für Serbien einsetzen müssen.“ Eingehender besprach Seine Majestät die Verhältnisse in der Türkei. Es sei Ihm bekannt, daß die Türkei in letzter Zeit einen Anschluß oder wenigstens eine Annäherung an den Dreibund gesucht habe und dies durch Österreich-Ungarn erreichen zu können hoffe. Höchstderselbe meint, daß eine gewisse Annäherung sehr wünschenswert sei, glaubt aber nicht, daß man weiter gehen könne. Von einem förmlichen Bündnis könnte — nach Höchstseiner Auffassung — vorderhand wohl keine Rede sein. Auch an Ihn hatte sich die Türkei bereits zweimal mit ähnlichen Ansinnen gewendet, doch habe Höchstderselbe stets eine ablehnende Haltung eingenommen. (Dies hat Seine Majestät mir gegenüber bereits im Vorjahre erwähnt gehabt, vide meinen Bericht vom 15. August 1909 No. 39 A). Nach den Informationen, die Höchstdemselben zugekommen sind, ist der Moment für die Annäherung der Türkei an den Dreibund recht günstig, da die Beziehungen zu England momentan nicht die allerbesten sein sollen, dagegen hätten die Sympathien für Österreich-Ungarn in letzter Zeit ganz auffallend zugenommen, was — wie Seine Majestät zu betonen geruhte — in erster Linie ein persönliches Verdienst des Markgrafen Pallavicini ist. Auch Baron Marschall soll — wie Seine Majestät aus dessen Berichterstattung entnommen haben will — der Tätigkeit unseres Botschafters am Goldenen Horn die allergrößte Anerkennung gezollt haben. Ugron.

a) Mit Erlaß vom 29. Aug. 1910 Nr. 2439 nach Berlin mitgeteilt. Vgl. n. 2205 Anm. c, 2230 Anm. d, 2240.

Nr. 2230. Aufzeichnung über die am 15. und 16. August 1910 mit dem türkischen Großvezier Hakki Pascha in Marienbad geführten Unterredungen, ohne Datum.^{a)} Konz. (S. Franckenstein; V. und G. Aehrenthal).

Die Persönlichkeit des Großveziers, dessen Erscheinung nicht sehr imponirend ist, wird bei näherer Bekanntschaft sympathischer. In seinen Darlegungen ist er klar und er spricht anscheinend mit großem Freimuth. Er nahm keinen Anstand zu sagen, daß er und seine Collegen voll Optimismus seien. Dies ist gewiß eine glückliche Veranlagung für jeden Staatsmann, besonders jedoch für einen jungtürkischen Staatsmann, der seines so schwierigen Amtes überhaupt nur zu walten vermag, wenn ihn ein unverwüstlicher Glauben an die Lebenskraft der türkischen Herrschaft beseelt. Auch das starke Betonen, daß das neue Regime in der Türkei sich vor Allem auf die Armee stützen müsse, wirkt bei Hakki Pascha sympathisch. Denn der Umsturz ist ja durch die Armee erfolgt, die Reaction gegen das neue Regime ist von dieser niedergeworfen worden, und es ist daher nicht bloß logisch, sondern auch politisch richtig gedacht, wenn die jetzigen Machthaber in erster Linie bestrebt sind, sich auf die Armee zu stützen und dieselbe nach Thunlichkeit zu stärken. Die Ereignisse der letzten Monate, speciell die rasche Niederwerfung des Widerstandes in Albanien beweisen, daß diese Politik ihre guten Früchte trägt.

Der Großvezir hat die Initiative ergriffen, um gewisse concrete Fragen der Balkanpolitik mit mir zu erörtern. ... *Konflikt mit dem ökumenischen Patriarchate in Angelegenheit des mazedonischen Kirchen- und Schulgesetzes* ...

Sodann berührte der Großvezier die letzte Spannung mit Bulgarien,^{b)} die er nicht sehr ernst genommen hat. Hakki Pascha hatte davon Kenntnis, daß durch das Eingreifen König Ferdinands die letzte schroffe Stellungnahme der bulgarischen Regierung, welche während der Abwesenheit des Königs erfolgt war, sich zu einer entgegenkommenderen gestaltet hatte und die Verhandlungen mit dem türkischen Gesandten in Sofia in betreff der Repatriirung einen nicht unbefriedigenden Fortgang nahmen. Die ruhige Auffassung des Großveziers ist auf seine Einschätzung der Persönlichkeit König Ferdinands zurückzuführen, von dem er mit Recht annimmt, daß er sich nicht so leicht an die Spitze der Truppen stellen und in den Krieg ziehen werde. Ich habe Hakki Pascha natürlich in dieser Auffassung bestärkt. Bei Erwähnung der Entwaffnungsaction, die der Großvezier streifte, wobei er auch die Mission des Ministers des Innern Talaat Bey berührte, nahm ich den Anlaß wahr, um zu betonen, daß die einschlägigen Maßnahmen meiner Ansicht nach ausschließlich Sache der türkischen Regierung seien und daß sie, wenn einmal durchgeführt, für die Aufrechterhaltung der Ruhe in den Provinzen gewiß heilsame Folgen zeitigen würden. Es schiene mir jedoch im Interesse der Türkei selbst gelegen, wenn bei der Durchführung unnöthige Härten vermieden würden. Meinen Informationen zufolge seien solche entschieden vorgekommen und wären bezügliche Nachrichten geeignet, die gute Sache der Türkei zu erschweren, indem auf Grund derselben das Geschrei über türkische Grausamkeiten in gewissen Kreisen neuerdings anhebe. Es komme jetzt darauf an, daß die türkische Regierung die günstige

diplomatische Situation erhalte und die in Mazedonien nothwendigen Vorkehrungen mit Energie, aber ohne Brutalität durchführe. Hakki Pascha nahm diese freundschaftlichen Bemerkungen gut auf; er versuchte nicht, in Abrede zu stellen, daß Übergriffe hie und da geschehen sein mögen, meinte jedoch, daß von nun an in Folge der Vorkehrungen des türkischen Ministers des Innern Wiederholungen von Übergriffen kaum zu besorgen seien.

Der Großvezier hatte selbst wiederholt in unserer bisherigen Conversation albanesische Angelegenheiten^{c)} gestreift. Dies gab mir den ganz natürlichen Anlaß, meine Meinung über das Vorgehen der Türkei in dieser Provinz genau so zu präcisiren, wie dies Markgraf Pallavicini in den letzten Monaten auftragsgemäß gethan hatte. Ich constatirte mit Befriedigung, daß es der türkischen Regierung gelungen sei, den albanesischen Widerstand in so rascher und, wie es scheine, auch durchgreifender Weise zu brechen. Ich drückte sodann die Hoffnung aus, daß die türkische Regierung ihre Markgraf Pallavicini gegenüber geäußerte Absicht nunmehr verwirklichen werde, den albanesischen Stämmen gegenüber jede überflüssige Härte zu vermeiden und in dem Momente, wo sie ihre Autorität in so überzeugender Weise hergestellt habe, das für die Türkei so wichtige albanesische Element für sich zu gewinnen. Ich wiederholte hiebei dem Großvezier, daß wir bei unseren freundschaftlichen Winken nur bestrebt seien, die türkischen Staatslenker darauf aufmerksam zu machen, daß eine Schwächung des albanesischen Elementes und ein Andauern des Gegensatzes zwischen Constantinopel und Albanien nur Wasser auf die Mühle der russischen Politik sei. Der Großvezier versicherte mich, daß er die Rathschläge des Markgrafen Pallavicini und meine Sprache in ihren Intentionen vollauf zu schätzen wisse und daß es thatsächlich in den Absichten der Türkei gelegen sei, den Albanesen gegenüber, nachdem ihnen die Faust gezeigt worden sei, mildere Saiten aufzuziehen. ... *Frage des Kultusprotektorates in Albanien* ...

Mit sichtlicher Befriedigung gedachte der Großvezier seines Aufenthaltes in Sinaia und der Aussprache mit König Carol.^{d)} Er sei — so bemerkte er — im Gespräche mit dem König zur Constatirung der Identität der Interessen der Türkei und Rumäniens in betreff der Erhaltung des status quo am Balkan gelangt. König Carol habe ihm die uns bekannte rumänische Auffassung bezüglich dieser Frage sehr bestimmt wiederholt, nämlich daß er eine Veränderung der territorialen Verhältnisse auf dem Balkan ohne seine Zustimmung und ohne Berücksichtigung der Interessen Rumäniens nicht zugeben werde. Hiebei habe der König erwähnt, daß er, um diesem Standpunkte mehr Relief zu geben und den Ernst dieses Entschlusses zu manifestiren, an die Erhöhung des Truppenstandes in der Dobrudscha bis zur Stärke eines Armeecorps geschritten sei. Ob der Großvezir den Versuch gemacht hat, mit König Carol über eine eventuelle schriftliche Vereinbarung zu sprechen, gieng aus den Äußerungen meines Mitredners nicht hervor. Als seine persönliche Überzeugung sagte er mir aber, daß die Identität der Interessen der Türkei und Rumäniens in betreff der Erhaltung des jetzigen status quo auf der Balkanhalbinsel eine derartige sei, daß eine Festlegung derselben durch eine schriftliche Formulirung nicht nothwendig erscheine. Ob diese richtige Einschätzung der gegebenen Verhältnisse eine

spontane war, oder das Ergebnis der Besprechungen mit König Carol bildete, dürften wir wohl aus Sinaia^{d)} hören. Meinerseits habe ich dem Großvezier meine volle Übereinstimmung mit seinen Äußerungen ausgesprochen und ihm gesagt, daß ein herzliches, freundschaftliches Verhältnis zwischen der Türkei und Rumänien durchaus genüge, um den ohnehin für einen Krieg nicht begeisterten und befähigten König Ferdinand im Zaume zu halten. Ich rieth zugleich dem Großvezier, durch Regelung aller zwischen den beiden Regierungen schwebenden Fragen die türkisch-rumänischen Beziehungen noch herzlicher zu gestalten, wobei ich in erster Linie des Handelsvertrages gedachte. Hakki Pascha theilte vollkommen meine Auffassung und sprach die Hoffnung aus, daß bei den einschlägigen Verhandlungen, welche infolge des geringen Entgegenkommens Rumäniens bisher nicht zu einem Erfolge geführt hätten, schließlich doch ein Einvernehmen erzielt werden könnte.

Auf die guten, zwischen der Türkei und Serbien bestehenden Beziehungen reflectirte Hakki Pascha nur mit einigen flüchtigen Bemerkungen. Er meinte, Markgraf Pallavicini hätte mich über die gelegentlich des Besuches König Peters in Constantinopel mit den serbischen Ministern geführten Gespräche seiner Zeit eingehend informirt. Die Türkei hätte zwar ein Interesse daran, mit Serbien sowohl wirthschaftlich wie politisch auf gutem Fuß zu bleiben. Der Großvezier hätte aber seinen serbischen Zuhörern deutlich zu verstehen gegeben, daß die Türkei, welche ausgezeichnete Beziehungen zu Österreich-Ungarn unterhalte, sich in keine Combinationen einlassen werde, welche ihre Spitze gegen die Monarchie richten könnten. Hakki Pascha wollte offenbar damit andeuten, daß der russische Traum von einem Balkanbunde^{e)} inclusive der Türkei, als Abwehr gegen Österreich-Ungarn, in Constantinopel keine verständnisvolle Aufnahme gefunden.

Erst nach 1½stündiger Besprechung der im Vorstehenden erwähnten Fragen kam der Großvezier etwas zögernd und tastend auf die Cretafrage^{f)} zu sprechen, die, wie er gleich bemerkte, für ihn von capitaler Bedeutung sei. Er begann damit, daß ihm der Standpunkt des Wiener Cabinetes hinlänglich bekannt sei, und daß ich seine Mittheilungen nicht als einen formellen Vorschlag auffassen möge, sondern nur als eine Sondirung und einen Beweis des Vertrauens in die freundschaftlichen Absichten Österreich-Ungarns. Der Großvezier glaubt, daß in den Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland in den nächsten Wochen keine Verschärfung eintreten werde. Ein wichtiger Moment werde aber im Herbste und zwar spätestens im October kommen, weil die türkische Regierung dann gezwungen sein werde, zur Note der vier Schutzmächte Stellung zu nehmen. In dieser Note erblickt Hakki Pascha einen vom Standpunkte der 4 Mächte sehr geschickten Schachzug, was von den früheren Enunciationen der 4 Cabinetes nicht gesagt werden könne. Die Note besage in ihrem hauptsächlichen Punkte, daß die 4 Schutzmächte mit der Türkei in dem Wunsche übereinstimmen, die Cretafrage definitiv zu regeln und zu diesem Behufe die Theilnahme sämtlicher Signatarmächte, also auch Österreich-Ungarns und Deutschlands, als notwendig bezeichnen. Wie Hakki Pascha bemerkte, sei ihm die Tendenz dieser Note durchaus klar und habe er auch keinen Augenblick an die Aufrichtigkeit und Bereitwilligkeit der Schutzmächte, zur definitiven Lösung

dieser Frage zu schreiten, geglaubt. Die Absicht sei vielmehr gewesen, Österreich-Ungarn und Deutschland aus ihrer vortheilhaften reservirten Position zu locken. Hakki Pascha betheuerte, daß weder er noch seine Collegen solche Idealisten seien, um an die Durchführbarkeit der definitiven Regelung der Cretafrage im gegenwärtigen Augenblicke zu glauben. Nachdem jedoch eben diese Frage auf die öffentliche Meinung in der Türkei einen so dominirenden Einfluß ausübe, müsse sich die türkische Regierung mit Rücksicht auf ihren parlamentarischen Ursprung und ihre Verantwortlichkeit weiter mit dem Cretaprobleme befassen und eine Verbesserung der Position der Türkei anstreben. In dieser Hinsicht erblicke er eine gewisse Übereinstimmung der Interessen der Türkei mit jenen Österreich-Ungarns und Deutschlands, welche letztere nicht wünschen könnten, daß man ihnen in der türkischen öffentlichen Meinung den Vorwurf des Egoismus mache, was natürlich die türkischen Sympathien wieder mehr auf die Seite der Westmächte verschieben könnte. Dem Großvezier schwebt keine formelle Berathung sämmtlicher Mächte über die Cretafrage sei es im Wege einer Conferenz oder in Form weniger formeller Besprechungen vor. Beide Modalitäten würden kaum mit den Interessen der Türkei in Einklang gebracht werden können. Was ihm aber wünschenswerth erscheint, wäre, die 4 Schutzmächte zu einer offeneren Anerkennung der ausschließlichen Souveränitätsrechte der Türkei über die Insel zu bewegen, und diesfalls glaubt Hakki Pascha, daß die beiden mitteleuropäischen Kaisermächte nicht nur der Türkei einen Gefallen erweisen, sondern auch ihre günstige Position im türkischen Reiche weiterhin erhalten könnten. Ein geeignetes Mittel hiezu wäre, die Bereitwilligkeit in irgend einer Form auszudrücken, daß die Regelung der Cretafrage auf Basis der Souveränitätsrechte des Sultans in Angriff genommen werde. Der Großvezier wiederholte sodann nochmals, daß er keine formelle Anregung zu machen wünsche, sondern sich nur genau über seinen Gedankengang informiren wolle; ich würde verstehen, daß es ihm daran gelegen sei, von mir und von dem Reichskanzler keinen Refus zu erhalten; er bitte mich nur, über seine Ausführungen nachzudenken. Vielleicht käme er dann im Laufe des September oder Oktober auf seine Sondirung neuerdings zu sprechen.

Ich habe meinerseits dem Großvezier gegenüber alle Argumente ins Treffen geführt, welche für die Beibehaltung der reservirten Haltung Österreich-Ungarns in der Cretafrage sprechen. Ich sagte ferner Hakki Pascha, man müsse sich bei der Behandlung der Cretafrage vor Augen halten, daß die verlausulirte Erklärung der Schutzmächte in betreff der Souveränitätsrechte nicht ernst gemeint sei; sie ließen sich vielmehr von dem Hintergedanken leiten, Zeit zu gewinnen und die Insel schließlich doch an Griechenland zu bringen. Gegenüber dieser offenkundigen Thatsache wäre es nach meiner Ansicht die beste Politik der Türkei, wenn sie jeder aggressiven Haltung möglichst aus dem Wege gienge und auf dem diplomatischen Terrain verbliebe, indem sie die Schutzmächte daran mahne, daß sie die Depositäre der Rechte des Sultans über die Insel seien, und daß, falls diese Rechte nicht respectirt werden, die Türkei Grund habe, die Wiederbesetzung Cretas durch die Truppencontingente zu verlangen. Dies scheine mir das

einzig rationelle Mittel, um in der Cretafrage einen für die Türkei nicht ungünstigen provisorischen Abschluß zu erreichen. Für letztere würde es sich darum handeln, sich während dieser provisorischen Lösung zu stärken und ihre Position für später zu verbessern. Die freundschaftliche Reserve Österreich-Ungarns und Deutschlands könnte in dieser Hinsicht sehr schätzenswerte Dienste leisten, wie ja auch die bisherigen Erfolge der türkischen Regierung in der Cretafrage zum größten Theile dieser freundschaftlichen Reserve zu verdanken wären. Es würde sich daher in unser aller Interesse empfehlen, an dieser Situation Nichts zu ändern. Hakki Pascha würdigte zwar meine Argumentation, kam aber immer wieder darauf zurück, daß die Cabinete von Wien und Berlin ein eigenes Interesse daran hätten, die gegen sie gerichtete maliciöse Formulirung der letzten Cretanote in entsprechender Weise zu pariren. Dies aber könnte am Besten durch ein gewisses Entgegenkommen im Sinne der türkischen Sondirung erfolgen.

Ich erwiderte hierauf dem Großvezier, wenn es ihm darum zu thun sei, die Stellungnahme der Mächte im türkischen Parlamente zu beleuchten, so könne er die beiden mitteleuropäischen Kaisermächte auf Grund ihrer bisherigen Haltung in der Cretafrage ganz gut in ein günstiges Licht stellen, denn diese bereiten einer Lösung des Cretaproblemes gar keine Schwierigkeiten. Ihre Erklärung sei ja peremptorisch klar: vorausgesetzt, daß die Lösung auf Basis der Erhaltung der Souveränitätsrechte des Sultans gesucht werde, wären die Cabinete von Wien und Berlin mit jeder Transaction über die Detailbestimmungen der zu gebenden Autonomie im voraus einverstanden. Diese Stellungnahme sei daher für die Türkei durchaus günstig und gehe über die Bereitwilligkeit der Schutzmächte weit hinaus, so daß Österreich-Ungarn und Deutschland schwerlich der Vorwurf des Egoismus gemacht werden könne.

Ich wollte nicht näher auf die praktischen Conclusionen des Großvezirs eingehen, was ja auch von ihm vorderhand nicht gewünscht war; soweit ich ihn aber verstanden habe, würde er Werth darauf legen, daß die Cabinete von Wien und Berlin der Türkei in Beantwortung der fraglichen Note der Schutzmächte helfen, indem sie à l'amiable einen Austausch von Erklärungen vereinbaren würden, welche dann der Türkei dazu dienen könnten, die 4 Schutzmächte in dem Punkte der principiellen Anerkennung der Souveränitätsrechte des Sultans über die Insel definitiv festzulegen.

Über sein Verhältnis zu Baron Marschall äußerte sich Hakki Pascha in der freundschaftlichsten und anerkennendsten Weise. Wiederholt betonte er, daß er nicht zweifle, mit Baron Marschall über die zwischen Deutschland und der Türkei schwebenden Fragen zu einer Verständigung zu gelangen. Er deutete mir hiebei an, daß er dieses Einvernehmen, welches sich auch auf die Bagdadbahn bezieht, in der Richtung zu suchen bestrebt sei, daß die Vereinbarungen sich auf den Ausbau der Eisenbahn bis Bagdad beschränken. Die deutsche Gesellschaft würde über diese Stadt hinaus keine weitere Concession verlangen und sich damit einverstanden erklären, daß seinerzeit der Ausbau der Linie von Bagdad zum persischen Golfe von der Türkei selbst in Angriff genommen werde. Auf diese Weise wäre es möglich, das für die Türkei in jeder Beziehung so wichtige Werk des Aus-

baues der Linie bis Bagdad sicher zu stellen und gleichzeitig die englische Regierung von ihrer bisherigen Opposition abzubringen. England könne schließlich doch der Türkei nicht verwehren, auf ihrem eigenen Territorium eine Bahn zu bauen. Sehr cathégorisch sprach sich der Großvezier gegen die Überlassung des Ausbaues der Linie Bagdad—persischer Golf an England oder dessen starke Participirung an demselben aus. Bekanntlich seien an letzterem Punkte die politischen Verhältnisse sehr unklar und es wäre doch der reine Selbstmord, wollte die Türkei England eine Eisenbahn bauen lassen, die über türkisches Territorium liefe und in einem englischen Hafen ausmünden würde. Wenn eine Linie gebaut werden soll, müsse man vor allem dafür sorgen, daß sie in einen türkischen Hafen münde und dieser befestigt sei. Seinen principiellen Standpunkt in der großen Controverse präcisirte Hakki Pascha mit folgenden, treffenden Bemerkungen: Alle Conzessionen, welche Deutschland gewährt würden, hätten einen ausschließlich wirtschaftlichen Charakter und könnten auch durch entsprechende Verständigung und Ablösung auf dieser Grundlage rückgängig gemacht werden. Anders sei es in Bezug auf England. Dieses sei an verschiedenen, leider schwachen Punkten der Türkei ihr Nachbar, und jede Conzession in diesen Provinzen habe auch eine politische Tragweite. In Constantinopel müsse man jetzt und für absehbare Zeit damit rechnen, daß hinter wirthschaftlichen Reclamationen Englands seine mächtige Flotte stehe.

In betreff Persiens sagte Hakki Pascha, er hoffe, daß sich die Lage der dortigen Regierung trotz der bestehenden precären Verhältnisse doch befestigen werde. Die Vorwürfe, die von russischer Seite wegen Belassung türkischer Truppen auf persischem Boden erhoben würden, lehne er immer mit dem Hinweise ab, daß auch Rußland und England auf persischem Territorium Truppen unterhielten. Für die Autorität und das Prestige der Türkei sei die Belassung türkischer Truppen in der Provinz Azerbeidjan von großer Wichtigkeit.

Zwei Bemerkungen illustirten das Mißtrauen Hakki Paschas gegen die russische Politik. Er erkundigte sich nach meiner Beurtheilung der Bedeutung des russisch-japanischen Übereinkommens und sprach die Hoffnung aus, daß die Aufmerksamkeit Rußlands trotz dieser Entente dem fernen Osten zugewendet bleiben würde. Denn ein größeres Desinteressement des Zarenreiches in Ostasien würde die Türkei sofort spüren. Ich unterließ nicht, meinem Mitredner zu verstehen zu geben, daß auch vom Standpunkte der österreichisch-ungarischen Interessen es wünschenswerth wäre, wenn Rußland weiterhin in Ostasien beschäftigt bleibe. Nach meinem Dafürhalten könnte auch mit letzterer Eventualität gerechnet werden und zwar schon aus dem Grunde, weil Rußland bald erkennen dürfte, daß die Vereinbarung vornehmlich zum Vortheile Japans ausfallen werde.

Sodann machte er abfällige Bemerkungen über die russificirende Politik in den Grenzmarken und erwähnte, daß die jünste Verordnung, wonach auch in den mohamedanischen Schulen in der Crim und an der Wolga die russische Sprache obligatorisch eingeführt würde, unter den der russischen Regierung bisher so treuen mohamedanischen Staatsangehörigen eine lebhafte Verstimmung hervorrufe. Der Großvezier schätzt die Zahl der mohamedanischen Unterthanen Rußlands auf 25 Millionen.

Sehr warm sprach sich Hakki Pascha über Frankreich aus, dessen Haltung und Stellungnahme zu den großen Fragen er ganz richtig einschätzt. Er ist der Ansicht, die ja auch von den Cabineten von Wien und Berlin getheilt wird, daß Frankreich infolge seiner großen finanziellen Engagements in Rußland, der Türkei und an anderen Punkten immer ein eifriger Verfechter des Friedensgedankens sein werde.

Was die wirthschaftlichen Fragen anbelangt, meinte Hakki Pascha, daß es ihm gelingen werde, die ausstehende Zustimmung der Mächte zur 4% Zollerhöhung schließlich doch durchzusetzen, und daß die Türkei, sofort nach Perfectionirung dieser Maßnahme daran schreiten wolle, Handelsverträge abzuschließen, jedoch nicht mehr auf der Basis des Werthzolles, sondern auf jener des specifischen Zolles. Denn erstere bisher in Gebrauch stehende Modalität sei für die Interessen der Türkei zu ungünstig.

a) Vgl. n. 2227, 2231, 2234, 2236, 2259, 2276. — b) Vgl. n. 2228. — c) Vgl. n. 2226 Anm. c, 2282. — d) Vgl. n. 2229, 2255. — e) Vgl. n. 2165, 2226. — f) Vgl. n. 2227 Anm. b, 2303.

*Nr. 2231. Tel. an den Sektionschef Ladislaus von Müller; Marienbad, 16. Aug. 1910 Nr. 7 (eing. 17. Aug. 9 U. a. m.).*a) Konz. (S. Aehrenthal) und Entziff.

Ad Telegramm Nr. 7.b) Ersuche, nachfolgendes Telegramm nach Wilhelmshöhe zu senden und dasselbe auch mit Euer Excellenz Telegramm Nr. 7^{b)} zu dem Kaisereinlauf zu legen: „Euer Excellenz wollen dem Reichskanzler nebst meinen herzlichsten Grüßen sagen, dass ich von der Unterredung mit dem Grossvezir^{c)} einen günstigen Eindruck empfangen habe. Nach Wien zurückgekehrt, werde ich die Einzelheiten der Unterredung zusammenfassen und diese Aufzeichnung Herrn von Bethmann Hollweg mitteilen lassen. Euer Excellenz können schon jetzt den Reichskanzler informieren, dass ich bei Besprechung der eventuellen Balkanfragen den Grossvezir in freundschaftlicher Weise auf das Interesse der Türkei aufmerksam gemacht habe, ihre gute diplomatische Situation nicht durch brutale Durchführung der Entwaffnungsaktion in Mazedonien zu verschlechtern. Hakki Pascha hatte volles Verständnis für diesen Wink. Er theilte mir die beruhigenden Nachrichten aus Sofia mit, welche mit den Meldungen des k. u. k. Geschäftsträgers übereinstimmen. Die Kretafrage hat der Grossvezir nur vorsichtig und im Sinne einer Befestigung der parlamentarischen Position der türkischen Regierung berührt. Ich habe an unserem bekannten Standpunkte festgehalten. Anderweitige Wünsche brachte Hakki Pascha nicht vor. Es ist augenfällig, dass die türkische Diplomatie durch ein gewisses Affichieren der guten Beziehungen mit Österreich-Ungarn und Deutschland sowie auch mit Rumänien einen heilsamen Eindruck auf Balkanstaaten sowie auf gewisse Grossmächte auszuüben bestrebt ist.“

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2232. — b) Nicht aufgenommen. Müller meldet, daß der deutsche Reichskanzler und Staatssekretär von Kiderlen am 17. und 18. d. M. in Wilhelmshöhe sein werden. — c) n. 2230.

Nr. 2232. Tel. des Sektionschefs Ladislaus von Müller an den Berliner Botschafter in Wilhelmshöhe, 17. Aug. 1910 Nr. 75 (chiffr. 1 U. 10 M. p. m.). Konz. (S. u. G. Kinsky).

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 129.^{a)} Graf Achrenthal telegraphiert aus Marienbad ... wie n. 2231 ... Müller.

^{a)} Vom 15. Aug. (eing. 16. Aug. 9 U. a. m.). Dieses meldet, daß der Reichskanzler am 17. Aug. in Wilhelmshöhe eintreffen und dort auch am 18. Aug. verbleiben werde.

Nr. 2233. Privatschreiben des Berliner Botschafters; Wilhelmshöhe, 18. Aug. 1910. Ausfert.

Festtafel in Wilhelmshöhe am 18. August ... Mit sehr geringer Anerkennung sprach sich hingegen Kaiser Wilhelm über den neuen englischen Unter-Staatssekretär Sir Arthur Nicolson aus; dieser sei ein ausgesprochener Feind Deutschlands und habe tätigen Anteil an dem Zustandekommen des russisch-japanischen Abkommens genommen, für welches er sich hauptsächlich aus dem Grunde eingesetzt habe, weil er überzeugt gewesen sei, dass es in Deutschland mit scheelen Augen betrachtet werden würde! Nach den Nachrichten, die Ihm aus privater Quelle aus England zukämen, sei übrigens der grössere Teil der massgebenden englischen Politiker mit dem Abschlusse dieses Abkommens in keiner Weise einverstanden, was Ihm ganz begreiflich scheine, es wäre denn, dass die Engländer sich zu gleicher Zeit in einer geheimen Abmachung für ihr an den Tag gelegtes Einverständnis hätten „bezahlen“ lassen. Dies sei nach Seiner Ansicht sehr wahrscheinlich, und er halte es nicht für ausgeschlossen, dass Herr Iswolsky in seiner Kurzsichtigkeit England Tibet ausgeliefert habe. Überhaupt habe der russische Minister des Äussern bei dem Abschlusse des russisch-japanischen Vertrages nicht viel weise Voraussicht gezeigt; Herr Iswolsky sei ganz einfach, so drückte sich Seine Majestät aus, den Japanern aufgefressen; dies werde man in Russland in nicht zu ferner Zeit, wahrscheinlich aber zu spät, einsehen müssen. Den Balkan betreffend sprach sich Seine Majestät, was die nächste Zukunft anbelangt, sehr zuversichtlich aus. Den Verkauf der deutschen Kriegsschiffe^{a)} an die Türkei betrachtet Seine Majestät als einen ausserordentlich geschickten Coup der deutschen Politik; Er ist überzeugt, dass nunmehr die Übermacht der Türkei gegenüber Griechenland auch zur See gesichert sei. „Hauptsächlich aus diesem Grunde habe Ich“ so führte Kaiser Wilhelm aus, „der Überlassung zweier Meiner grössten Kriegsschiffe an die Türkei zugestimmt, da Ich überzeugt bin, dass dadurch das Creta-Problem, wenn auch nicht entschieden, so doch dessen endgültige Lösung in weite Ferne gerückt ist!“ Über den König der Bulgaren äusserte sich der Kaiser ziemlich abfällig; König Ferdinand werde unbegreiflicher Weise von vielen Seiten bedeutend überschätzt; Seine Haltung in der mazedonischen Entwaffnungsfrage sei gerade vom bulgarischen Standpunkte aus ganz thöricht gewesen; zuerst aufbegehren, und dann klein beigeben, sei wohl für einen Herrscher ein unwürdiges und gefährliches Vorgehen. ... Hofnachrichten. ... Szögyény.

^{a)} Vgl. n. 2221.

Nr. 2234. *Tel. nach Konstantinopel, 19. Aug. 1910 Nr. 153 (chiffre 9 U. p. m.).*^{a)} Konz. (S. Calice; V. u. G. Müller).

Bei meiner Unterredung mit dem Großvezir,^{b)} von der ich einen günstigen Eindruck empfangen habe, machte ich Hakki Pascha in freundschaftlicher Weise auf das Interesse der Türkei aufmerksam, ihre günstige diplomatische Situation nicht durch brutale Durchführung der Entwaffnungsaktion zu verschlechtern. Der Großvezir zeigte für diesen Wink volles Verständnis und teilte mir die beruhigenden Nachrichten aus Sofia mit, die mit den Meldungen der k. u. k. Gesandtschaft übereinstimmen. Die Kreta-Frage hat Hakki Pascha nur vorsichtig und im Sinne einer Befestigung der parlamentarischen Position seiner Regierung berührt. Ich habe an unserem bekannten bisherigen Standpunkte festgehalten. Anderweitige Wünsche brachte der Großvezir nicht vor. Es ist augenfällig, daß die Pforte durch ein gewisses Affichieren der guten Beziehungen zur Monarchie und zu Deutschland, wie auch zu Rumänien, auf die Balkanstaaten und auch auf manche Großmächte einen heilsamen Eindruck zu machen hofft. Vorstehende Bemerkungen werden Euer Exzellenz über die Hauptpunkte unserer Unterredung informiren. Ich behalte mir vor, Anfang September, wenn Euer Exzellenz hieherkommen, Hochdieselben über die Einzelheiten derselben weiter aufzuklären. ... *Frage des Kulturprotektorates in Albanien.* ...

a) Vgl. n. 2236, 2237, 2244. — b) Vgl. n. 2230.

Nr. 2235. *Erlaß an den Legationsrat Franz Freiherrn von Haymerle in Belgrad, 20. Aug. 1910 Nr. 2353.*^{a)} Konz. (S. Matscheko; G. Müller).

Die serbische Presse ist in letzter Zeit bemüht gewesen, zwischen den österreichisch-ungarisch-serbischen Handelsvertragsverhandlungen und einem eventuellen Besuch König Peters in Wien einen Zusammenhang zu konstruieren, indem sie die Sache so darstellte, als ob bei diesen Verhandlungen eine Reise des Königs nach Wien von unserer Seite angeregt worden wäre. Ich habe die letzte Zusammenkunft, die ich mit Herrn Milovanović vor einigen Tagen in Marienbad hatte, benützt, um den serbischen Minister, der ja am besten davon unterrichtet ist, daß bei den Handelsvertragsverhandlungen eines Besuches König Peters in Wien mit keinem Worte gedacht wurde, auf die tendenziösen Ausführungen der Belgrader Zeitungen aufmerksam zu machen. Herr Milovanović versprach, sein Möglichstes zu tun, um der Verbreitung dieser unrichtigen Version durch die serbischen Journale ein Ende zu machen; er sprach hiebei die Absicht aus, in offiziöser Weise den von mir zur Sprache gebrachten falschen Nachrichten entgegenzutreten und zur Richtigstellung des Sachverhaltes in der Presse nochmals auf die von ihm seinerzeit in der Skupschtina abgegebenen Erklärungen hinweisen zu lassen. Indem ich Euer Hochwohlgeboren das Vorstehende zu Ihrer Information mitteile, ersuche ich Sie, mir darüber zu berichten, ob wahrzunehmen ist, daß von Herrn Milovanović ein mot d'ordre im Sinne der mir gegebenen Zusage tatsächlich ergangen ist.

a) Vgl. n. 2226, 2270.

Nr. 2236. Bericht aus St. Petersburg, 7./20. Aug. 1910 Nr. 31 F (eing. 22. Aug.).^{a)} Ausfert.

Bei Gelegenheit meines Abschiedsbesuches im Auswärtigen Amte besprach der Ministergehilfe Herr Sazonoff unter Anderem die gegenwärtige Lage auf der Balkanhalbinsel. Die durch die türkische Entwaffnungsaktion hervorgerufene Spannung in den türkisch-bulgarischen Beziehungen hält der derzeitige Platzhalter des russischen Aussenministeriums nicht für beunruhigend. Nach den letzten hier eingelaufenen Nachrichten sei Hoffnung vorhanden, dass die Emigranten unter gewissen Garantien wieder zurückkehren und keine weiteren Grenzübertritte stattfinden werden. Weniger zuversichtlich sieht Herr Sazonoff der Entwicklung der kretensischen Angelegenheit entgegen. Es sei sichergestellt, dass die Hindernisse einer gedeihlichen Lösung weniger auf Kreta als in Griechenland zu suchen seien. Die desolaten Parteiverhältnisse im Königreiche, die einer Anarchie gleichkämen, machten es möglich, dass man mit der Wahl Veniselos' zu rechnen haben werde. Letzterer habe eingesehen, dass er unter den gegebenen Umständen auf Kreta nicht die seinem Ehrgeize zusagende Rolle spielen könne. Die Oppositionspartei der gegenwärtigen griechischen Regierung mache sich dies zu Nutze und spiele nun diesen Mann als Parlamentskandidaten gegen König und Regierung aus. Was sei von einem schwächlichen Régime in einer unter dem Zeichen des nationalen Terrorismus stehenden Epoche zu erwarten? Wenn die derzeitigen verantwortlichen Staatslenker einwenden, nichts gegen die Wahl tun zu können, so müsse man ihnen insofern Recht geben, als nach der merkwürdig gefassten griechischen Konstitution auch Männer, die nicht griechische Untertanen sind, Mitglieder der Kammer werden. Wenn aber dieser Fall eintreten sollte, müsse man mit einer rupture diplomatique zwischen der Türkei und Griechenland rechnen. Angesichts dieser Verhältnisse seien die Schutzmächte ratlos, was zu tun sei, um das Unheil abzuwenden. Dem griechischen Geschäftsträger will der Ministergehilfe vor wenigen Tagen sehr ernst zugesetzt haben. Voriges Jahr, so hatte sich Herr Sazonoff ausgedrückt, hatte Griechenland wenigstens eine korrekte reservierte Haltung eingenommen, indess auf Kreta in eigenmächtiger und unzulässiger Weise griechische Demonstrationen, wie in Form der Fahnen-Affaire, stattfanden. Gegenwärtig sei es umgekehrt der Fall. Die Störung der Ruhe und Ordnung komme von Athen, in unverantwortlicher Weise werde von dort aus der Weltfriede gefährdet, indess Kreta einen Beweis von Mässigung und Zurückhaltung geliefert habe. Für den neuen König von Montenegro^{b)} fand der Ministergehilfe keine sympathischen Akzente. Es trage diese Rangserhöhung eines Fürstentumes von der Grösse von Schaumburg-Lippe oder Lippe-Detmold den Stempel der Lächerlichkeit an sich. Überdies habe Fürst Nikita den unglücklichen Gedanken gehabt, sich „Roi Serbe du Montenegro“ zu nennen, was selbstverständlich in Belgrad verschnupfen musste.

Berchtold.

^{a)} Vgl. n. 2230, 2234, 2237, 2260. — ^{b)} Vgl. n. 2137, 2569.

Nr. 2237. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 23. Aug. 1910 Nr. 264 (eing. 8 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Streng vertraulich. Mein italienischer Kollege hat mir gestern mitgeteilt, dass er über die Entrevue Euer Excellenz mit Hakki Pascha einigermaßen widersprechende Nachrichten erhalten habe. Einerseits erfahre er, dass diese Entrevue zur grössten beiderseitigen Zufriedenheit ausgefallen sei, anderseits erhalte er und zwar über London die Nachricht, dass Euer Excellenz mit Bezug auf die Entwaffnungsaktion in Mazedonien eine „strenge Sprache geführt“ und Hakki Pascha sogar angedeutet hätten, dass „die Mächte eventuell gezwungen sein könnten, wieder zur Interventionspolitik zurückzukehren“. Ich erwiderte dem italienischen Botschafter, dass diese Version nicht mit den mir von Euer Excellenz zugekommenen Nachrichten stimme. Hochdieselben hätten allerdings die Aufmerksamkeit Hakki Pascha's auf die Gefahr gelenkt, welche ein zu brutales Vorgehen bei der Entwaffnungsaktion in Mazedonien nach sich ziehen könnte, keineswegs aber hiebei mit der Rückkehr zur Interventionspolitik gedroht.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 2234, 2236, 2238.

Nr. 2238. Tel. nach Konstantinopel, 24. Aug. 1910 Nr. 156 (chiffr. 7 U. p. m.).^{a)} Konz. (S. Calice; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 264 von gestern. Euer Exzellenz haben Ihrem italienischen Kollegen ganz richtig geantwortet, daß seine Londoner Informationen mit den Thatsachen nicht übereinstimmen. Wie ich Euer Exzellenz seinerzeit telegrafisch informierte, habe ich in vorsichtiger, durchaus freundschaftlicher Weise Gelegenheit genommen, bei Besprechung des an der bulgarischen Grenze vorgekommenen Zwischenfalls dem Großvezir zu sagen, daß es im Interesse der Türkei gelegen wäre, wenn ihre untergeordneten Organe mit weniger Härte vorgehen. Von einer „strengen Sprache“ war absolut keine Rede und die Version, wonach „die Mächte eventuell gezwungen sein könnten, wieder zur Interventionspolitik zurückzukehren“, ist genau das Gegenteil von dem, was ich seit 2 Jahren anstrebe und worüber ich mich auch Hakki Pascha gegenüber deutlich ausgesprochen habe. Man hat es offenbar mit einer Intrigue zu thun, welche auf ziemlich plumpe Weise Unfrieden zu stiften bestrebt ist.

^{a)} Vgl. n. 2239, 2247.

Nr. 2239. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 25. Aug. 1910 Nr. 74 E (eing. 28. Aug.).^{a)} Ausfert.

Beide Male, als ich Rifaat Pascha während der letzten acht Tage sah, richtete er an mich die Frage, ob ich an die Möglichkeit einer gemeinsamen feindlichen Cooperation Bulgariens und Griechenlands gegen die Türkei glaube. Er verwies hiebei, um seine Anfrage zu begründen, auf die Sprache einzelner bulgarischer und griechischer Zeitungen und die von denselben

in der letzten Zeit gebrachten Nachrichten, fügte aber hinzu, dass er selbst keinerlei Anhaltspunkte für eine solche Annahme besitze. Es schiene mir nicht ausgeschlossen, dass der Minister aus Athen oder Sophia gewisse Meldungen erhalten hat, welche ihn wenigstens bis zu einem gewissen Grade beunruhigen.

Pallavicini.

^{a)} Vgl. n. 2238, 2240, 2249.

Nr. 2240. Bericht des Legationssekretärs Emmerich von Pflügl aus Athen, 27. Aug. 1910 Nr. 40 F (eing. 2. Sept.).^{a)} Ausfert.

Streng vertraulich. Im Nachtrage zu meinem ergebensten Berichte Nr. 39 D^{b)} vom 20. d. M. beehre ich mich Euer Excellenz zu melden, dass ich mit dem Herrn Minister des Äussern gelegentlich eines gesellschaftlichen Zusammentreffens eine durch Blättermeldungen veranlasste längere Konversation über die Möglichkeit einer griechisch-bulgarischen Annäherung hatte, im Verlaufe welcher Herr Kalergy den Gedanken entwickelte, dass eine Verständigung am Wege sei und nichts diese so sehr beschleunigen könne, als das Liebeswerben der Pforte um Rumänien. Der Herr Minister sagte, dass die zuletzt darüber in Umlauf gewesenen Gerüchte, wie ihm Herr Gryparis berichte, auf der Pforte Eindruck gemacht hätten, und stellte Hakki Paschas spontanen (?) Besuch in Bukarest^{c)} als eine Gegendemonstration hin. Auf meinen Hinweis auf die unter Trikupis gemachten Erfahrungen wiederholte der Herr Minister, dass das Eingehen in konkrete Verhandlungen von der weiteren Schwächung des jungtürkischen Regimes abhängen, dass aber im Gegensatze zu früher der gemeinsame Boden für diese in gemeinschaftlichen Interessen in Mazedonien gefunden sei.

Pflügl.

^{a)} Vgl. n. 2239, 2254. — ^{b)} Mit Bericht Nr. 39 D, 20. Aug. 1910 (eing. 26. Aug.) wurde aus Athen gemeldet, daß die erste Nachricht über einen griechisch-bulgarischen Annäherungsversuch Herrn von Pflügl durch den Athener amerikanischen Gesandten Moses zukam, der von der amerikanischen Botschaft in Konstantinopel erfahren habe, daß das Patriarchat mit dem Exarchat über eine Verständigung in kirchlichen Fragen in direkte Verbindung getreten sei. — ^{c)} Vgl. n. 2229.

Nr. 2241. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 27. Aug. 1910 Nr. 39 C (eing. 30. Aug.).^{a)} Ausfert.

Vertraulich. Infolge der mehrwöchentlichen Abwesenheit des Herrn königlich italienischen Ministers des Äussern von Rom hatte sich für den Besuch, den ich ihm gestern abstattete, ein sehr ausgiebiger Gesprächsstoff angehäuft. Meine Unterredung mit ihm dauerte denn auch fünf Viertelstunden, im Verlauf welcher abwechselnd bald er bald ich die meisten auf dieser k. u. k. Botschaft pendenten Fragen politischer Natur aufs Tapet brachten, und die mit einem in geistreicher und fesselnder Weise entwickelten Exposé des Herrn Ministers über seine Ansichten betreffend unsere Beziehungen zu Italien und über sein auf die Verbesserung derselben abzielendes Programm zum Abschluss gelangte. Da Marquis San Giuliano

zahlreiche Zusammenhänge zwischen den successiv aufgeworfenen Themen construierte und dieselben in ihrem inneren Connex beleuchtete, glaube ich diesmal, ausnahmsweise, von der vorgeschriebenen getrennten Behandlung der einzelnen Gegenstände absehen zu dürfen und den Inhalt der Unterredung, wie sie sich zugetragen hat, tunlichst genau wieder geben zu sollen: Marquis San Giuliano leitete das Gespräch mit der Bemerkung ein, er habe gehört, dass auch ich in der letzten Zeit mich von Rom absentirt hätte, was mir Gelegenheit gab, ihm einzelne Eindrücke über den Stapellauf des „Dante Alighieri“, insbesondere über die Schönheit und Grazie der Königin wiederzugeben. ... *Administrative Angelegenheiten, einzelne irredentistische Kundgebungen* ... Ich bemerkte, dass, gleichgiltig wie man die obigen Tatsachen bewerte, bei uns eine gewisse Reizbarkeit gegenüber irredentistischen Kundgebungen dieser Art unzweifelhaft vorhanden sei, und dass damit jeder verantwortliche Staatsmann Österreich-Ungarns und Italiens als mit einer feststehenden Tatsache rechnen müsse. Dieser Behauptung stimmte Marquis San Giuliano lebhaft bei und kehrte dann auf seine Anschauungen über die verschiedene Mentalität der Bevölkerungen beider Länder mit der Bemerkung zurück, dass die Staatsmänner beider Länder diesen Unterschied des Denkens und Fühlens der beiden Nationen in ihren Calcul einstellen und mit einander Rücksicht und Geduld haben müssten. Es sei vielleicht paradox aber doch wahr, dass die Beziehungen der beiden Länder darunter leiden, dass die Gefühle, die die Völker gegeneinander hegen, zwar ungerechtfertigte, aber aus der Tiefe des Volksgemütes stammende, echte oder, wie er sagte, bona fide Empfindungen sind. Wäre das Mißtrauen, das der Österreicher gegen Italien und der Italiener gegen Österreich hegt, ein gekünsteltes oder oberflächliches, so hätten die Regierungen, die ja ihre gegenseitigen ehrlichen Bemühungen, gute Beziehungen zu erhalten, richtig einschätzen, leichtes Spiel. Dies sei aber nicht der Fall. Im Gegenteile. In Österreich glaube so ziemlich Jedermann, dass jeder Italiener Österreich hasse, was keineswegs der Fall sei. Ebenso habe sich in Italien die Ansicht in den Massen festgewurzelt, dass in Österreich-Ungarn gewichtige und sich von Tag zu Tag verbreiternde Kreise nur den geeigneten Augenblick abwarten wollen, um über Italien herzufallen. Auch diese Ansicht sei irrig, oder wenigstens übertrieben. Hier müsse also der Hebel angesetzt und der ernstliche Versuch unternommen werden, die öffentliche Meinung aufzuklären, die Stimmung der Bevölkerungen gegeneinander zu verbessern und das gegenseitige Misstrauen verschwinden zu machen. Die derzeitige internationale Lage und unser Bundesverhältnis schaffe hiefür eine durchaus günstige Basis. Der enge Anschluss Italiens an Österreich-Ungarn sei ein vollkommen natürlicher. Man könne bestimmt behaupten, dass unsere vitalen Interessen nirgends collidiren und — wie er zweimal emphatisch betonte — dass auch in der Zukunft keine Collisionspunkte in Aussicht stehen. Die allgemeine Lage Europas gestatte für eine Reihe von Jahren friedliche Prognosen. Wenn man sich aber vergegenwärtige, dass in Europa andauernd natürliche Bewegungen im Gange sind, durch welche mit der Zeit das Gleichgewicht der Kräfte verschoben werden kann, wenn man einerseits mit dem langsamen Anschwellen des slavischen

Oceans und der zunehmenden Kraft des Germanismus als einer unabwendbaren Erscheinung rechne, müsse man erkennen, dass eine Erhaltung der Macht und des Einflusses Österreich-Ungarns ein vitales Lebensinteresse Italiens bilde. Der allfällige Gewinn, den Italien aus dem Erwerb des Trentino oder Triests ziehen könnte, könne nie und nimmer den unersetzlichen Verlust wettmachen, den es aus einer dauernden militärischen Schwächung Österreich-Ungarns erleiden würde. Die österreichisch-ungarische Monarchie sei das Bollwerk Italiens gegen Slavismus und Germanismus. Desgleichen sei es auch für uns keineswegs gleichgiltig, ob wir für gewisse Eventualitäten der Zukunft auf ein starkes Italien rechnen können. Das Bündnis müsse also intimer gestaltet werden. Diesem Zwecke werde er seine Kräfte widmen, und er rechne darauf bei Euerer Excellenz hiefür Sympathie und Verständnis zu finden. Als erste Massnahme schwebte ihm eine constante Fühlungnahme mit der Presse vor, um die Aufbauschung von Incidenzfällen hintanzuhalten. Noch wichtiger sei es, der Presse hiezu keine Gelegenheit zu geben und vor Allem die Incidenzfälle tunlichst zu vermeiden. Schliesslich wäre in die gegenseitigen Beziehungen ein Geist der Geduld, des gegenseitigen Verstehens und der Nachsicht zu tragen. Als ich nun fragte, was er mit dem Irredentismus machen würde, erwiderte er, dass derselbe eigentlich schon jede Bedeutung verloren habe. Er führte nun den Gedanken näher aus, dass in Italien, wie in allen Ländern der Welt eine Art Wechsel in den elementaren Bestrebungen der Massen eingetreten sei. Die Zeit des Nationalismus sei vorbei. Die Massen bekümmern sich jetzt vor Allem um ihren materiellen Wohlstand. Der Socialismus habe den Irredentismus erschlagen, der jetzt nur mehr von wenigen Leuten aus Reclamezwecken betrieben werde und zum Unterschiede gegen frühere Zeiten gänzlich unfähig sei, auf die Entschliessungen der kgl. italienischen Regierung einen Druck auszuüben. Ich machte nun die Bemerkung, dass diese Tatsache gewiss sehr erfreulich sei, die Irredentisten es aber nach wie vor sehr gut verstehen und ihren Erfindungsgeist andauernd in den Dienst des Gedankens stellen, uns zu reizen und dadurch zwischen den beiden Ländern Zwiespalt zu säen. Sie würden gewiss das Möglichste tun, um die Verwirklichung des schönen Programmes des Herrn Ministers zu stören. Letzterer meinte, dass mit der Zeit auch wir die Irredentisten richtig einschätzen lernen würden. Übrigens sei ja zu hoffen, dass ihre Stänkereien wegen Mangels an Beschwerdesubstrat abnehmen werden. Wenn bei uns die Universitätsfrage gelöst sei, wenn die italienische Presse entsprechend beeinflusst, und wenn die Grenzzincidenzfälle auf das Tunlichste reducirt werden, würde das Agitationsfeld der Irredentisten wesentlich eingeengt sein. Er nehme die italienischen Propositionen über die Behandlung der Grenzzincidenzfälle nach Salzburg mit, wo er sie Euerer Excellenz vorlegen wolle, und erwarte gerade von der Lösung dieser Frage sehr viel Nutzen. Ich griff den auf die Universitätsfrage bezüglichen Anwurf des Herrn Ministers nicht auf und nahm von ihm Abschied, indem ich ihm eine glückliche Reise und einen für unsere beiden Länder erfolg- und segensreichen Abschluss seiner Mission wünschte.

Ambrózy.

a) Vgl. n. 2212, 2242, 2251.

Nr. 2242. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 29. Aug. 1910 Nr. 120 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).^{a)} Entziff.

Ich habe gestern meinem deutschen Kollegen von dem wesentlichen Teil meiner vorgestern einberichteten Unterredung mit Marquis San Giuliano^{b)} — mit Ausnahme der hypothetisch gemeinten Andeutung des letzteren über die Gefahren, die Italien seitens des Germanismus drohen könnten — vertraulich in Kenntnis gesetzt. Prinz Stolberg teilte mir hierauf den Inhalt einer Anzahl von Konversationen mit, die teils sein Chef, teils er mit dem königlich italienischen Minister des Äussern, Herrn Bollati und Baron Fasciotti gehabt haben. Aus dem Zusammenhalt dieser konfidenziellen mit den mir gemachten Mitteilungen scheint hervorzugehen, dass Italien tatsächlich und bona fide im Dreibund bleiben und seine Beziehungen zu uns verbessern will. Zu diesem Entschlusse haben beigetragen: 1.) Die in der bosnisch-hercegovinischen Krise erwiesene Verlässlichkeit Deutschlands, auf die auch Italien in Zukunft rechnen könne. 2.) Die beim selben Anlasse zu Tage getretene Entschlossenheit und Festigkeit Euer Exzellenz. 3.) Die Schlagfertigkeit unserer Armee. — Herr von Jagow reiht diesen Motiven noch die folgenden bei: Enttäuschung über Russland, wiedererlangte Erkenntnis, dass ein präponderierendes Hervortreten des russischen Einflusses auf dem Balkan für Italien noch unbequemer ist, als das des unsrigen, und Tatsache, dass Herr Barrère und seine Politik hier abgewirtschaftet haben. Fortsetzung folgt.

Ambrózy.

^{a)} Vgl. n. 2243, 2244, 2251. — ^{b)} n. 2241.

Nr. 2243. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 29. Aug. 1910 Nr. 121 (eing. 6 U. p. m.).^{a)} Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 120. Andeutungen Baron Fasciottis an den kaiserlich deutschen Geschäftsträger bestärken den instinktiven Eindruck, den ich aus meiner Unterredung mit Marquis San Giuliano mitnahm, dass der Herr Minister den Gedanken der Niederschlagung von Incidenzfällen, mit welchem er, soweit Grenzzwischenfälle in Betracht kommen, bei der k. u. k. Regierung Glück gehabt hat, weiter auszudehnen und zu erreichen hofft, Euer Exzellenz dazu bestimmen zu können, seine Bemühungen, die öffentliche Meinung der beiden Länder zu beruhigen, dadurch zu fördern, dass Höchstdieselben womöglich für längere Zeit hier überhaupt keine Beschwerden politischer Natur vorbringen lassen werden. Die innere Wahrscheinlichkeit, die dafür spricht, dass Marquis San Giuliano eine derartige „Treuga Dei“ eintreten lassen möchte, liegt darin, dass bei der notorischen Indiskretion der hiesigen Beamten (Offiziere nicht ausgeschlossen) eine Einflussnahme auf die hiesige Presse — abgesehen davon, dass es fraglich ist, ob sie in jedem Falle rechtzeitig eintreten könnte — eine Unterdrückung der Aufbauschung von Incidenzfällen kaum gewährleisten kann. Wenn diese Interpretation der Absichten des Herrn Ministers richtig ist, so würde seine Hoffnung, dass wir mehr „Geduld, Nachsicht und Verständnis“ bekunden, soviel bedeuten, dass wir über Incidenzfälle auch irredentistischer Natur soweit und solange als möglich überhaupt ganz die

Augen schliessen. Hiebei mag derselbe auch von der Sorge erfüllt sein, dass die Aufgreifung und nachdrückliche Behandlung der Incidenzfälle, wie sie seit dem Wechsel auf dem hiesigen Botschafterposten eingetreten ist, im nächsten Jahre, während dessen im ganzen Lande die Einigung Italiens gefeiert werden wird, und gewiss zahlreiche Taktlosigkeiten unterlaufen werden, zu Verstimmungen, Reibungen und zur Verschlechterung der Beziehungen führen könnten.

Ambrózy.

a) Vgl. n. 2212, 2244, 2251.

Nr. 2244. Aufzeichnung über die in Salzburg und Ischl mit dem ital. Minister des Äußern Marchese di San Giuliano in der Zeit vom 30. Aug. bis 2. Sept. 1910 geführten Unterredungen. Ohne Datum und Nummer.^{a)} Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Aehrenthal).

Marquis di San Giuliano ist eine geistreiche Persönlichkeit, ein Mann von grossen Gesichtspunkten, welche er mit echt sizilianischer Lebhaftigkeit und Wärme vorbringt. Eine langjährige politische Erfahrung hat ihn gelehrt, mit den realen Verhältnissen zu rechnen; er ist ein kluger Kopf, der heute, wo er die höchste Spitze erklimmen hat, die Situation acceptirt, wie sie ist, ohne Rücksicht darauf, dass er früher politische Ideen vertreten hat, welche sich mit seinen heutigen Anschauungen schwerlich in Einklang bringen liessen. Auch scheint er eine gute Dosis von Ehrgeiz zu besitzen, so dass man schon aus diesem Grunde mit seinem Bestreben rechnen kann, sich möglichst lange an der Macht zu erhalten.

Angesichts dieser Veranlagung hat sich unsere Aussprache über die grossen Linien der österreichisch-ungarischen und der italienischen Politik in glatter Weise abgewickelt. Der italienische Minister betonte mit Emphase sein Festhalten an der Politik des Dreibundes, ohne jedoch im geringsten die Frage der Erneuerung desselben zu streifen. Auch nahm er keinen Anstand als seine von vielen seiner Landsleute getheilte Ueberzeugung auszusprechen, dass es im Interesse Italiens gelegen sei, eine starke österreichisch-ungarische Monarchie zum Nachbar zu haben. Es sei dies für Italien viel vorteilhafter, als wenn eine rein slavische Gruppierung am Balkan platzgriffe, welche ihre Rückwirkung auch auf die Italien benachbarten Provinzen der Monarchie ausüben würde. Gewissermassen als Illustration des eben gesagten erzählte mir Marquis di San Giuliano im Vertrauen, dass König Victor Emanuel gar keine Freude über die Erhebung Montenegro's zum Königreiche empfunden habe. Der König habe für seinen Schwiegervater wie für die ganze montenegrinische Königsfamilie sehr wenig übrig, so dass er die Beziehungen zu Cetinje blos aus Rücksicht für seine königliche Gemahlin, welcher Er in heisser Liebe zugethan sei, pflege, so weit es eben unbedingt nötig sei. Freundschaftlichere Gesinnungen hege Seine Majestät für König Peter von Serbien, von welchem der König überzeugt sei, dass Er dem scheusslichen, an König Alexander und Königin Draga verübten Verbrechen völlig ferne gestanden sei.

Serbien betreffend scheint der italienische Minister die Situation nicht ganz unbefangen zu beurtheilen, indem er als Axiom aufstellte, dass

die öffentliche Meinung jenes Landes die Ueberzeugung hege, Oesterreich-Ungarn wolle dasselbe von seinen Verbindungen mit dem Westen abschneiden und dadurch wirtschaftlich botmässig machen. Dies war jedoch nur eine flüchtig hingeworfene Bemerkung, und als das Gespräch sich gleich darauf der Frage der Donau-Adria-Bahn zuwendete, entwickelte mein Mitredner durchaus realpolitische Ansichten. Marquis di San Giuliano leitete die Erörterung dieses Gegenstandes mit der Frage ein, ob ich mich zu dem in Rede stehenden Projekte der Donau-Adria-Bahn heute noch so verhalte, wie ich es vor drei Jahren Herrn Tittoni gegenüber geäußert hätte, und ob wir daran dächten, die Sandschakbahn, deren wirtschaftliche Bedeutung übrigens nur eine geringe sein dürfte, zu verwirklichen? Ich erwiderte, dass ich auch heute der Ansicht sei, der rasche und rationelle Ausbau des Eisenbahnnetzes sei für jedes Land, vor allem aber für die Türkei, von grösstem Vortheil. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend würde ich demnach jede Eisenbahnverbindung, welche die Türkei vom Standpunkte ihrer Interessen als entsprechend betrachtet, nur mit Sympathie begrüßen. Was speziell die Sandschakbahn betreffe, hätten wir diese vor drei Jahren aus dem Grunde aufs Tapet gebracht, weil wir gerade damals unsere bosnischen Linien unter Aufwendung grosser Geldmittel bis an die türkische und serbische Grenze ausgebaut hatten, und diese nicht als Sackbahn endigen lassen wollten. An eine rasche Durchführung der ausländischen Anschlussstrecken hätten wir jedoch nie geglaubt. Die unerwartet schnelle Ertheilung des Iradé's für das Tracenstudium der Sandschakbahn sei nur eine Folge des Lärms gewesen, den die russische und die ihr sekundirende englische Presse geschlagen habe, wodurch diese Angelegenheit über Gebühr aufgebauscht und zu einer cause célèbre gemacht wurde. Seither seien die bezüglichen Vorstudien beendet, die Türkei sei jedoch weder mit Vorschlägen einer eventuellen unsererseits zu leistenden finanziellen Unterstützung noch in Betreff der in Betracht kommenden technischen Fragen an uns herangetreten. Andererseits hätten auch wir nicht die Absicht, auf eine Beschleunigung der Angelegenheit zu dringen, da wir von den wohlwollendsten Gesinnungen für die Türkei erfüllt seien, und ihr in Anbetracht ihrer zahlreichen Mühen und Sorgen Zeit zur Ueberlegung gönnen wollen, um darüber schlüssig zu werden, welche Bahnbauten vom Standpunkt ihrer Interessen zunächst in Angriff zu nehmen seien. Mit der Zeit jedoch würde es nach meiner Ansicht jedenfalls zum Ausbau der türkischen Anschlussstrecke an das bosnische Eisenbahnnetz kommen.

Marquis di San Giuliano nahm meine Mittheilungen mit Befriedigung entgegen und bemerkte, dass er auch an eine rasche Realisirbarkeit der Donau-Adria-Bahn nicht glaube. Hiebei liess mein Mitredner, welcher die albanesischen Provinzen aus eigener Anschauung sehr genau kennt, eine spöttische Bemerkung über den Zukunftshafen San Giovanni di Medua fallen, welcher heute aus einigen ärmlichen Fischerhütten und einem türkischen Blockhaus bestehe. Der italienische Minister gibt sich jedoch der Hoffnung hin, dass die eigenen Interessen der Türkei letztere zum Ausbau einer Verbindung Constantinopels etwa über Monastir mit der adriatischen Küste veranlassen werde, wobei ihm natürlich der Gedanke der Aus-

nützung einer solchen Linie für den Verkehr mit dem gegenüberliegenden Italien vorschwebt.

Von den Kreta-Angelegenheiten schien Marquis di San Giuliano insoferne präoccupirt, als er keinen Ausweg aus dem von den vier Schutzmächten angerichteten Imbroglia sieht. Er bedauert auf das lebhafteste, dass die italienische Regierung nicht einen günstigen Anlass wahrgenommen hat, um sich der von uns und Deutschland eingenommenen reservirten Haltung anzuschliessen.

Die türkisch-griechischen Verwicklungen sowie die türkisch-bulgarischen Differenzen beurtheilt der italienische Minister ausschliesslich vom Standpunkte der Chancen für die Erhaltung des Friedens. Ich unterliess nicht, dem Marquis meine Ueberzeugung auszusprechen, dass alle Regierungen, welche den Frieden im Nahen Orient ernstlich wollen, auch die entsprechenden Mittel zur Verwirklichung ihrer Absichten wählen müssten. Diese bestünden in einer thunlichsten Unterstützung des neuen Régime's in der Türkei, denn nur in dem Falle, als das von den Jungtürken unternommene Experiment von Erfolg begleitet sei, könne man auf eine relative Ruhe am Balkan rechnen. Zu diesem Behufe müssten wir vor allem darauf bedacht sein, die Autorität der türkischen Regierung zu schonen und in Betreff der gewiss nicht einwandfreien türkischen Verwaltung in den Provinzen ein oder beide Augen zudrücken. Auch hielt ich es für nützlich, die Balkanstaaten — und zwar kämen diesfalls im gegenwärtigen Augenblicke besonders Bulgarien und Griechenland in Betracht, — daran zu gewöhnen, ihre Differenzen mit der Türkei selbst auszutragen, statt wegen jedes Zwischenfalles stets an das Forum einzelner oder aller Grossmächte zu appelliren. Marquis di San Giuliano erhob keine Einwendungen gegenüber meinen Ausführungen; ich hatte viel mehr den Eindruck, dass er denselben beipflichte. Es fiel mir jedoch auf, dass der Herr italienische Minister, wiewohl sich öfters Anlässe ergaben, um über Russland und die russische Politik zu sprechen, nie die Gelegenheit hiezu ergriff. Das gesammte Verhalten San Giuliano's veranlasst mich, diese Reserve dahin zu deuten, dass er die von Herrn Tittoni im Vorjahre befolgte Politik des Kokettirens mit Russland nicht für ganz einwandfrei und mit dem Allianzverhältnis im Einklang stehend hält, und es daher vorzog, dieses heikle Thema nicht zu berühren.

Recht freimüthig sprach sich Marquis di San Giuliano über das Verhältnis Italiens zu Frankreich aus. Er theilte mir im Vertrauen mit, dass Herr Luzzatti demnächst mit Herrn Pichon in der Schweiz zusammen treffen werde, vornehmlich zu dem Zwecke, um die arg verfahrenere Affaire des Ankaufs des Palazzo Farnese seitens der französischen Regierung in Ordnung zu bringen. Bei dieser Gelegenheit machte der Marquis einige kritische Bemerkungen über seinen Ministerpräsidenten, der neben einer grossen Begabung und geradezu unglaublichem Wissen an einer lächerlichen Eitelkeit und Empfindlichkeit leide. Luzzatti sei ein ebenso überzeugter Anhänger des Dreibundes wie er, da jedoch die französische Presse ihn mit Weihrauch einzuhüllen pflege, sei er in den Ruf eines Freundes der Annäherung an Frankreich gerathen. Der italienische Minister führte

weilers aus, dass Italien ein natürliches Interesse habe, mit Frankreich in guten Beziehungen zu stehen, wenn schon aus keinem anderen Grunde, wegen der italienischen Kolonien in Tunis. Infolge Ablaufes des bisherigen Vertrages seien diese sehr zahlreichen italienischen Kolonien dem französischen Belieben vollkommen ausgeliefert. Es bestünden zwar heute noch italienische Schulen und sonstige Anstalten in Tunis, doch hänge deren Fortbestehen ausschliesslich von dem Wohlwollen der französischen Regierung ab und von Zeit zu Zeit accentuiren sich die Tendenz der französischen Verwaltung, die weit über 150000 Seelen zählende italienische Kolonie in diesem orientalischen Lande französisiren zu wollen. Eine weitere Bemerkung des italienischen Ministers über die französische Marokkopolitik und die grossen Verlegenheiten, welchen Frankreich dortselbst noch entgegensetze, gestattet den Schluss, dass Marquis di San Giuliano sich vielleicht im Geiste auch mit Eventualitäten beschäftigt, welche eine Schwächung der Position Frankreichs in Nord-Afrika zur Voraussetzung haben.

Unendlich mittheilsam zeigte sich der italienische Minister über England, König Eduard und die Zustände im Inselreiche, was angesichts des Umstandes, dass der Marquis 4 Jahre Botschafter in London war, wo er dank seiner Persönlichkeit eine gewisse Rolle spielte, vollkommen begreiflich ist. Gleich nach der Audienz bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät sagte mir San Giuliano im Vertrauen, dass er bisher König Eduard für die hervorragendste Erscheinung unter den Monarchen unserer Zeit gehalten habe. Seitdem ihm jedoch das Glück beschieden gewesen sei, von Seiner Majestät dem Kaiser und König empfangen zu werden, bestehe für ihn kein Zweifel mehr, dass unser Allergnädigster Herr die weitaus bedeutendere und imponirendere Persönlichkeit sei. Schon in der Wahl des Gesprächstoffes, in dem sicheren Gefühle für das bedeutsamste Moment in jeder Frage und in der Praecision der Formulierungen, manifestire sich die grosse Erfahrung und abgeklärte Weisheit des Monarchen.

Der italienische Minister glaubt nicht, dass England, wie es von mancher Seite behauptet werde, dem Verfall entgegengeht, denn das englische Volk sei in seinen wesentlichen Bestandtheilen noch viel zu gesund und energisch. Er ist der Ansicht, dass die englische auswärtige Politik nach den jüngst gemachten Erfahrungen — und speziell so lange deren Leitung in den Händen Grey's verbleibt — eine reservirtere sein werde.

Die im Laufe des nahezu viertägigen Beisammenseins mit Marquis di San Giuliano gewonnenen Eindrücke bestätigen mir unzweifelhaft das schon früher wahrnehmbare Bestreben der italienischen Politik, sich enger an die beiden verbündeten Mächte zu halten. Es ist dies offenbar ein Resultat des vorigjährigen festen Zusammenhaltens der beiden mitteleuropäischen Kaisermächte und der seither unter den Theilnehmern an der Entente konstatirbaren Uneinigkeit.

Wie nicht anders zu erwarten, war ein grosser Theil unserer Aussprache den sich in letzter Zeit leider stark häufenden Grenzzwischenfällen und Kundgebungen der Irredenta gewidmet. Die Grenzzwischenfälle betreffend hat der italienische Minister ausführliche und präzise Vorschläge gemacht, welche geeignet scheinen, eine Eindämmung dieser misslichen Affairen

herbeizuführen. Was die Stellungnahme der italienischen Regierung zur Irredenta anbelangt, hat Marquis di San Giuliano bereits die Absicht documentirt, dass er — im Gegensatz zu den früheren italienischen Ministern — den Muth besitzt, diesem bedenklichen Treiben entgegenzutreten. Er hat mir auch angekündigt, dass er entschlossen sei, in dieser Richtung fortzufahren. Der Minister hofft, dass es ihm gelingen werde, dank dem Einflusse, welchen er im Parlamente besitze, auf die öffentliche Meinung in den nördlichen Provinzen Italiens — denn im Süden gebe es keinen Irredentismus — aufklärend und beruhigend einzuwirken. Marquis di San Giuliano meint jedoch nur dann diesem Ziele näher kommen zu können, wenn wir es unsererseits vermeiden, ihn vor der Zeit abzunützen, indem wir kleinere Zwischenfälle allzuhäufig releviren und ihn zwingen, das mit deren Beilegung verbundene Odium auf sich zu nehmen. Der Minister richtete denn auch die Bitte an mich, die Intervention der italienischen Regierung nur in solchen Fällen in Anspruch zu nehmen, wo ein weiteres Gewährenlassen unsererseits ganz unmöglich sei. Er werde gleichfalls sich enthalten, aus geringfügigen Ursachen Reclamationen zu erheben. Ich habe meinem Mitredner versichert, dass ich nur aus zwingenden Gründen mit Reclamationen vorgehe, und hob insbesondere hervor, dass bei der gegenwärtig in Italien herrschenden Stimmung, falls wir den Dingen ihren Lauf liessen, die im nächsten Jahre zu veranstaltende Ausstellung leicht Gelegenheit zu Kundgebungen bieten könnte, welche auf unsere Besucher den peinlichsten Eindruck hervorbringen müssten. Ich empfang überhaupt den Eindruck, dass Marquis di San Giuliano die Bedeutung des Irredentismus unterschätzt, vielleicht aus dem Grunde, weil er vier Jahre in England gelebt hat und auch als Sizilianer die Stimmung in den oberitalienischen Bevölkerungskreisen weniger genau kennt. Der Minister macht sich keine Illusionen darüber, dass für das in den letzten Dezennien neuerlich wahrnehmbare Ueberhandnehmen des Irredentismus die Herrn Prinetti und Zanardelli verantwortlich seien, welche keine Vorstellung von äusserer Politik hatten, und welchen der zu jener Zeit eben erst zur Regierung gelangte König Victor Emanuel gänzliche Aktionsfreiheit gelassen hatte. Der König habe jedoch gegenwärtig das vollste Verständnis für die damals begangenen Fehler und Unterlassungen.

Auch die Besuchsfrage brachte Marquis di San Giuliano spontan zur Sprache und anerkannte, dass dieselbe durch die Vorgänge des Jahres 1881, wo der Besuch König Humberts in Wien angekündigt und dort angenommen wurde, für heute und die nächste Zukunft unlösbar geworden ist. Er halte jedoch den Standpunkt für gänzlich verfehlt, dass dem König von Italien nur in Rom ein Besuch abgestattet werden könne. Dieser sei an jedem Ort, an welchem der Herrscher sich eben befinde, entgegenzunehmen.

Der Minister sprach mit grosser Begeisterung von der Begabung und den Herrschertugenden seines Königs und gab seinem lebhaften Bedauern Ausdruck, dass aus den eben angeführten Gründen eine Begegnung Seiner Majestät mit unserem Allernädigsten Herrn nicht stattfinden könne, da eine solche Begegnung gewiss dazu beitragen würde, die auf beiden Seiten vorhandenen Voreingenommenheiten zu zerstreuen. Im Hinblick auf den

neuerdings kundgegebenen Entschluss, die Beziehungen der beiden alliierten Mächte intimer zu gestalten, kamen Marquis di San Giuliano und ich überein diese Richtung durch die Wiederholung unserer Begegnung zu marquieren. Wir würden demnach im künftigen Jahre, falls wir noch im Amte wären, abermals zusammenkommen, um hiedurch den Wunsch beider Monarchen nach Pflege des bestehenden Allianzverhältnisses auch in formeller Hinsicht kundzuthun und durch unseren persönlichen Kontakt auf die Beseitigung localer Zwischenfälle und die Milderung nationaler Voreingenommenheiten hinzuwirken.

a) Nach Rom mit Erlaß vom 12. Sept. 1910 Nr. 2525 und nach Berlin (zur Mitteilung an den deutschen Reichskanzler) mit Erlaß vom 13. Sept. 1910 Nr. 2528 mitgeteilt. Vgl. n. 2212, 2234, 2242, 2243, 2245, 2246, 2251, 2253, 2264, 2265, 2439, 2607.

Nr. 2245. Tel. an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio; Salzburg, 31. Aug. 1910 Nr. 4 (eing. 3 U. 40 M. p. m.).^{a)} Konz. (S. u. G. Szápáry) und Entziff.

Das im Einvernehmen mit Marquis San Giuliano festgestellte Communiqué über die Entrevue hat folgenden Wortlaut: „Die Reise, welche Marquis San Giuliano nach Ischl unternommen hat, um sich Seiner Majestät dem Kaiser und König Franz Joseph vorzustellen, sowie die Begegnung des italienischen Ministers des Aeussern mit dem Grafen Aehrenthal, die vorher in Salzburg stattfand, sind ein neuer Beweis für die freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen Italien's zu Oesterreich-Ungarn. Die Entrevue der beiden Staatsmänner gab diesen die Möglichkeit, einen, den Allianceverhältnissen entsprechenden intimen Gedankenaustausch über die allgemeine Lage in Europa, wie auch speziell über die Verhältnisse im nahen Osten zu pflegen. In der Beurteilung dieser Fragen ergab sich eine erfreuliche Übereinstimmung der Ansichten. Die Ziele beider Kabinette sind vor allem auf die Aufrechterhaltung des Friedens und des status quo gerichtet. Im besonderen erhoffen sie von dem neuen Regime in der Türkei eine Konsolidierung dieser letzteren und werden auch weiterhin das Gedeihen der Balkanstaaten mit ihren Sympathien begleiten.“ Ich ersuche Euer Exzellenz zu veranlassen, dass diese Verlautbarung morgen den 1. September nachmittags in Wien publiziert werde. Marquis San Giuliano trifft seinerseits Vorsorge, dass das Communiqué gleichfalls morgen nachmittags in Rom erscheine.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2244, 2246.

